Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

THE UNIVERSITY
OF ILLNIOIS
LIBRARY
332.05
BAA
1914²
ECONOMICS
DEPARTMENT

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

BAA 332.05
B A A
1914 2

Die Bank

Monatshefte für Finanz- u. Bankwesen

Herausgeber: **Alfred Lansburgh**

II. Semester 1914

BANK VERLAG
Berlin W., Mansteinstrasse 9

Digitized by Google

INHALT.

Abhandlungen.

„Abbau" d. Berl. Börsenkurse, Der, von A. L. 1019.
Abzahlungswirtschaft 1198.
Aktienbanken. Dividendenpolitik d. 1090.
Aktiengesellschaft., D. Aufspeicherungspolitik d. 1086.
Anreizung z. Spekulation 714.
Aufhebung d. Notensteuer, Zur 1087.
Aufspeicherungspolitik der Aktienges., D. 1086.
August 1914.
Auslande, Forderungen i. 988.
Ausschaltung Londons als Clearinghaus d. Welt, Die, von Alfred Lansburgh 903.
Automat. Wachsen d. Kapit., D. von Walter L. Hausmann 738.

Bank v. Engl. i. Kriege, D. 1187
Banken, D. Krieg u. d. 982.
Banken u. Reichspost 713.
Bankkonto als Täuschungsversuch 986.
Bankwesens, Aus d. metallnen Chronik des, v. H. Krauss 754.
Baugenossenschaften 1092.
Bauhandwerkerschutzges. (Eine Denkschrift) 635
Bauschwindel im Lichte d. Statistik, Der, von Ludwig Eschwege 742.
Begriffsverwirrung 988.
Bestellbau, Verkaufsbau u. 896.
Börsen, Die Schließung d. 809.
Börsenkurse, Der „Abbau" d. Berliner, von A. L. 1019.
Börsenlogik 707.
Börsenmoratorium u. Ultimogeld 889.
Britische Kreditsystem, Napoleons I. Krieg gegen d., von Dr. P. Aretz 829, (dazu eine Berichtig. S. 947).

Clearinghaus d. Welt, D. Ausschaltung Londons als, von Alfred Lansburgh 903.

Darlehnskassen, D. Zinsfuß der 1193.
Denkschrift, Eine (Bauhandwerkerschutzges.)v.L.Eschwege 635.
Deutsche Reichsbk. als Kriegsbank, Die 979.
Deutschen Kriegsanleih. D. 883.
Deutschland und Frankreich, Kommunalschulden i. 895.
Dividenden, Patent- 892.
Dividendenpolitik d. Aktienbanken 1090.

Edelmetallgewinnung 897.
Eigenartige Kriegs-Offerte, Eine 1191.
Emissionsmethoden, Neuartige, von Dr. E. Hirt 655.
Entgoldung d. Verkehrs, D. 714.
Erste Hypotheken 893.
Erwerbsanstalten, Staatsfinanzen u. 895.
Erziehung zur Liquidität, Die, von A. Lansburgh 623.
Exportes v. d. Kohle z. Fabrikat, Verschiebung d. 1116.

Fabrikat, Verschieb. d. Export. v. d. Kohle z., v. Dr. H. Zickert 1116.
Forderungen im Auslande 988.
Frankreich, Kommunalschulden in Deutschland u. 895
Französischen Großbanken, Der Sturmlauf geg. die (Société Générale) 703.

Gedanken über die Milliardenanleihe, von A. L. 932.
Geld im Kriege, Das, von Alfred Lansburgh 727.
Genossenschaftl. Hilfsaktion, Grundgedanken einer, von Prof. Dr. H. Crüger 920.
Gesellschaftsform, Konkurs und 1091.
Gewaltakt, Ein unschädlicher 1196.
Gold i. d. Reichsbank, Das 1088.
Goldklausel, Kapitalauswanderung u. 1084.
Gründungsrevisionen 713.
Grundgedanken ein. genossenschaftl. Hilfsaktion, von Prof. Dr. H. Crüger 920.
Güterhandel auf Aktien (Landbank) 709.

Hartgeld u. Scheine 987.
Hausbesitz i. Kriege, D. verschuldete, v. L. Eschwege 1125.
Hausbesitzes, D Hilfsbedürftigkeit des, von L. Eschwege 1009.
Hilfsaktion, Grundgedanken einer genossenschaftlich., von Prof. Dr. H. Crüger 920.
Hilfsbedürftigkeit d. Hausbesitzes, D., v. L. Eschwege 1009.
Hypotheken, Erste 893.
Hypothekenforder., Kriegsschutz d., v. L. Eschwege 940.

Industrie i. Kriege, Die Umorganisierung d. deutsch., von Dr. O. Stillich 1030.
Internat. Zahlungsausgleich im Kriege, Der, von A. L. 833.

Juni 1914 658.
Juli 1914 758.

Kapitalauswanderung und Goldklausel 1084.
Kapitals, Das automat. Wachsen d., v. Walter L. Hausmann 738.
Kohle z. Fabrikat, Verschiebung d. Exportes v. d., v. Dr. H. Zickert 1116.
Kommunale Verschuldung 1089.
Kommunalschuld. i. Deutschland u. Frankreich 895.
Konkurs und Gesellschaftsform 1091.
Kreditsystem, Napoleons I. Krieg gegen d. britische, von Dr. P. Aretz 829 (dazu eine Berichtigung S. 947).
Krieg gegen d. britische Kreditsystem, Napoleons I., von Dr. P. Aretz 829 (dazu eine Berichtigung S. 947).
— u. d. Banken, Der 982.
Kriege, Das Geld im, von Alfred Lansburgh 727.
—, Der intern. Zahlungsausgleich im, von A. L. 833.
—, Der verschuldete Hausbesitz im, von L. Eschwege 1125.
—, Die Postscheckämter i. 887.
Kriegsanleih., D. deutsch. 883.
Kriegsbank, D. dt. Reichsbk. als 979.

Digitized by Google

Kriegsbereitschaft, Wirtschaftliche 819
Kriegsbilanzen 1194.
Kriegskontributionen 894.
Kriegskostendeckung u. ihre Quellen, D., v. Alfred Lansburgh 997, 1097.
Kriegsmoratoriums, Die Notwendigkeit eines 806.
Kriegsnoten d. Reichsbank u. d. Notensteuer, Die 810.
Kriegs-Offerte, Eine eigenartige 1191.
Kriegsschutz d. Hypothekenforderung., v. L. Eschwege 940.
Kursverluste der Sparkassen, Die 706.
Kyffhäuserhütte 710.

Lebensversicherung, Öffentlich-Rechtliche 712.
Leistungsfähigkeit d. Deutsch. Privatnotenbanken, Die 886.
Liquidität, Die Erziehung zur, v. A. Lansburgh 623.
Londons als Clearinghaus d. Welt, D. Ausschaltung, v. Alfred Lansburgh 903.

Metallnen Chronik d. Bankwesens, A. der v. H Krauss 754.
Milliardenanleihe, Gedanken über d., von A. L. 932.
Mobilmachung d. Worte, Die, von Dr. Felix Pinner.

Napoleons I. Krieg gegen d. britische Kreditsystem, v. Dr. P. Aretz 829 (dazu eine Berichtigung S. 947).
Nationalwirtschaft i. Lichte des Weltkriegs, D., von L. Eschwege 838.
Neuen Zentralbank-Distrikte in d. Ver. Staaten, D., von Dr. Fr. Glaser 1136.
Notensteuer, Die Kriegsnoten d. Reichsbank u. d. 810.
—, Zur Aufhebung d. 1087.
Notwendigkeit eines Kriegsmoratoriums, Die 806.
November 1914.

Oeffentlich-Rechtl. Lebensversicherung 712.
Ohle's Erben 891.

Patent-Dividenden 892.
Postscheckämter im Kriege, Die 887.
Privatbankiers, Die Zentralkasse d. deutschen, v. A. L. 644.
Privatnotenbanken, Die Leistungsfähigkeit d. dt. 886.

Reichsbank, Das Gold i. d. 1088.
— als Kriegsbank, D. dt. 979.
— u. d. Notensteuer, D. Kriegsnoten der 810.
Reichspost, Banken u. 713.

Scheine, Hartgeld u. 987.
Schließung d Börsen, D. 809.
September 1914 948.
Sparkassen, Die Kursverluste der 706.
Sparkassenstatistik 1090.
Spekulation, Anreizung z. 714.
Staatsfinanzen und Erwerbsanstalten 895.
Statistik, Der Bauschwindel im Lichte der, v. L. Eschwege 742.
— der wirtschaftl. Zusammenbrüche 985.
Sturmlauf geg. d. französischen Großbanken, Der (Société Générale) 703.

Täuschungsversuch, Bankkonto als 986.

Ultimogeld, Börsenmoratorium und 889.
Umorganisierung d. dt. Industrie im Kriege, von Dr. O. Stillich 1030.
Unschädlicher Gewaltakt, Ein 1196.

Ver. Staaten, Die neuen Zentralbank-Distrikte in den, von Dr. Fr. Glaser 1136.
Verkaufsbau u. Bestellbau 896.
Verkehrs, D. Entgoldung d. 714.
Verschiebung d. Exportes von der Kohle zum Fabrikat, von Dr. H. Zickert 1116.
Verschuldete Hausbesitz im Kriege, D., v. L. Eschwege 1125.
Verschuldung, Kommunale 1089.

Wachsen d. Kapitals, Das automatische, v. W. L. Hausmann 738.
Was kostet der Weltkrieg? 888.
„Waschzettel" 706.
Weltkrieg? Was kostet d. 888.
Weltkriegs, Die Nationalwirtschaft im Lichte des, von L. Eschwege 838.
Wertpapierhandel im Umherziehen 988.
Wirtschaftliche Kriegsbereitschaft, von A. Lansburgh 819.
Worte, Die Mobilmachung der, von Dr. Felix Pinner 925.

Zahlungsausgleich im Kriege, Der internat., von A. L. 833.
Zentralbank-Distrikte in den Ver. Staaten, Die neuen, von Dr. Fr. Glaser 1136.
„Zentralkasse der deutschen Privatbankiers", D., v. A. L. 644.
Zinsfuß der Darlehnskassen, Der 1193.
Zusammenbrüche, Statistik der wirtschaftlichen 985.

Statistik.

A.-G., Gründung. 683, 684, 685, 785, 786, 862, 863, 967, 968, 969, 1057, 1058, 1163, 1164.
—, Kapitalserhöhungen 683, 684, 685, 785, 786, 862, 863, 967, 968, 969, 1057, 1058, 1163, 1164.
Abrechnungsverk. d. Reichsb. 689, 783, 861, 966, 1058, 1162.
Antimon 668, 852.
Arbeitsmarkt 661, 762, 847, 952, 1043, 1148.
Augsburg. Börse, Zulass. a. d. 682, 784.
Aussenhandel, Amerik. 761, 1043.
—, Deutsch. 660, 760, 847, 952, 1042.
—, Engl. 761, 1043.
—, Französ. 761.
—, Oesterr.-Ung. 761, 1043.
— verschied. Länder 660, 1042.
Auswanderung 662, 762 f., 847 f., 953, 1044, 1149.
Ausweise dt. Depositenbanken 775.
— europ. Notenbk. 677, 779, 859, 964, 1054, 1160.

Badische Bank 720, 814, 899, 992, 1095, 1201.
Bank v. England 677, 721, 779, 815, 859, 900, 964, 993, 1054, 1096, 1160, 1202.
— v. Finland 677, 779, 859, 901, 964.
— v. Frankreich 677, 721, 779, 815, 859.
— v. Griechenland 678, 780, 818, 860.
— v. Italien 677, 779, 816, 859, 964, 1054, 1096, 1161.
Bank v. Norwegen 678, 725, 780 860, 965, 994, 1055, 1161.
— v. Portugal 677, 724, 779, 859, 964, 995, 1095, 1161.
— v. Spanien 677, 724, 779, 859, 964, 995, 1054, 1161.
Baumwolle 668, 1154.
Bayerische Notenbk. 720, 814, 899, 992, 1095, 1201.
Belgische Nationalbk, 678, 723, 780, 859, 964, 993.
Berliner Börse, Kassa-Kurse a. d. 672, 773 f.
— —, Ultimo-Kurse a. d. 670, 771.
— —, Zulass. a. d. 681, 783.
— Privatdiskont 676, 781, 1056, 1162.
— Wechselkurse 676, 679, 781 f., 860, 966, 1056, 1162.
Blei 668, 852.

319110 Digitized by Google

Börsen, Zulassung. a. d. dt. 681, 783.
Börsensteuern 672, 772, 853, 959.
Bremer Börse. Zulass. a. d. 682, 785.
Breslauer Börse, Zulass. a. d. 681, 784.

Clearing, Londoner 674, 776, 856, 961 f., 1052, 1158.
Cölner Börse, Zulass. a. d. 682, 784.
Commerz- u. Discontobk. 775.

Darmstädter Bk. 775.
Depositenbanken, Ausw. dt. 775.
Deutsche Bk. 775.
Deutsche Reichsbk., s. Reichsb.
Diskontbew. d. europ. Notenbk. 675 f., 778, 858, 963, 1054, 1160.
Discontoges. 775.
Dresdner Bk. 775.
Dresdner Börse, Zulass. an d. 682, 784.
Düsseldorfer Börse, Zulass. an d. 681, 784.
— Produktenbörse 664, 764 850, 956.

Effektenstempel 672, 772, 853.
Eisen, Ein- und Ausfuhr, s. Roheisen.
Eisenbahn-Einnahm., Dt. 661, 762, 847, 953, 1044, 1149.
Eisenmarkt, Amerik. 665, 765, 850, 956, 1046.
—, Belg. 665, 765, 850, 1151.
—, Deutsch. 663, 763, 849, 954, 1045, 1149.
—, Engl. 665, 765, 850, 956, 1046, 1151.
—, Französ. 665, 765.
—, Oesterr.-Ung. 665, 956, 1046.
Emissionen, Deutsche 679.
—, Engl. 674.
Essener Börse, Zulass. a. d. 681.

Flachs 668.
Frankfurter Börse, Zulass. a. d. 681, 784.

G. m. b. H., Gründung. 683, 684, 685, 785, 786. 862, 863, 967, 968, 969, 1057, 1058, 1163, 1164.
—, Kapitalserhöhung. 683, 684, 685, 785, 786, 862, 863, 967, 968, 969, 1057, 1058, 1163, 1164.
Geldmarkt 672, 774, 853, 959, 1050, 1156.
Genossenschaft., Gründ. v. 686, 785, 864, 967, 1058, 1164.
Getreideernte 667 f., 768, 851, 957, 1048, 1153.
Glas 958.
Glasgower Warrants 665, 765, 850, 956, 1046, 1151.
Goldbeweg. i. Deutschld. 679, 680, 782.
Goldeing.- u. Ausg. b. d. Bk. v. Engl. 673, 674, 776, 855, 961, 1052, 1158.
Gründung. offen. Handelsreg. 686, 787, 864, 970, 1058, 1164.
— v. A.-G. 683, 684, 685, 785, 786, 862, 863, 967, 968, 969, 1057, 1058, 1163, 1164.
— v. G. m. b. H. 683, 684, 685, 785, 786, 862, 863, 967, 968, 969, 1057, 1058, 1163, 1164
— v. Genossensch. 686, 785 864, 967, 1058, 1164.
Gummi 769.

Häute 1049, 1154.
Hamburger Börse, Zulass. a. d. 682, 785.
Hanf 668.
Hannov. Börse, Zulass. an d. 681, 784.
Harpen. Ausw. 767, 1048.
Hefe 1154.
Hibernia, Ausw. 767.

Jute 668, 1154.

Kaffee 668, 769, 852, 958, 1153.
Kakao 1153.
Kalisyndikat 667, 767 f, 851, 957, 1048.
Kapitalserhöhungen v. A.-G. 683, 684, 685, 785, 786, 862, 863, 967, 968, 969, 1057, 1058, 1163, 1164.
— v. G. m. b. H. 683, 684, 685, 785, 786, 862, 863, 967, 968, 969, 1057, 1058, 1163, 1164.
Kassamarkt, Die bedeutendst. Schwankungen am 672, 773 f.
Königsberger Börse, Zulass. an der 682, 784.
Kohlen s. Steinkohlen.
Kohlenabsatz, Rechnungsmäß. 666.
Kohlenmarkt, Amerikan. 667.
—, Belgischer 666 f.
—, Deutscher 665, 766, 850, 956, 1047, 1151.
—, Englischer 767, 851, 1048.
—, Französischer 667, 1048.
—, Oesterreichischer 1048.
—, Russischer 1048.
Kohlenproduktion 666, 766 f., 851, 957, 1047, 1153.
Kohlensyndikat 666, 766, 850, 956, 1047, 1152.
Konkursstatistik, Amerikan. 763, 1044.
—, Deutsche 662, 763, 848, 953, 1044, 1149.
Kupfer 668, 852, 1154.

Leder 1154.
Leipziger Börse, Zulass. a. d. 682, 785.
Londoner Clearing 674, 776 856, 961 f., 1052, 1158.
— Privatdiskont 673, 776, 854, 960, 1051, 1157.

Magdeburger Börse, Zulass. an der 682, 784.
Mannheimer Börse, Zulass. a. d. 682, 785.
Metallmarkt 668, 769, 852, 958, 1049, 1154.
Mitteldeutsche Creditbk. 775.
Münchner Börse, Zulass. a. d. 682, 784.

Nationalbank f. Deutschl. 775.
— v. Bulgarien 678, 780, 817, 860, 965, 1055, 1161, 1203.
— v. Dänemark 678, 722, 780, 860, 965, 1055, 1161.
— v. Serbien 678, 780, 817, 860.
New-Yorker Banken., Wochenausweise 675, 778, 858, 963, 1054, 1160.
— Trust Co. 675, 778, 858, 963, 1054, 1160.
Niederländ. Bk., 677, 723, 779, 859, 900, 964, 1055, 1161, 1202.
Notenbanken, Ausweise europ. 677, 678, 779, 859, 860, 964, 1054, 1160.
—, Diskontbewegung der europ. 675 f., 778, 858, 963, 1054, 1160.

Oel 668.
Oesterr.-Ung. Bank, 677, 722, 779, 859.
Offene Handelsges., Vollkaufl. u. Eintrag. ins Handelsreg. 686, 787, 864, 970, 1058, 1164.

Pariser Privatdiskont 674, 777.
Petroleum 668, 769, 1154.
Privatdiskont, Berl. 676, 781, 1056, 1162.
—, Londoner 673, 776, 1051, 1157.
—, Pariser 674, 777.
Privatdiskont, Wiener 675, 777.

Quecksilber 769.

Rechnungmäss. Kohlenabsatz 666, 766, 850, 957, 1047, 1152.
Reichsbank 677, 719, 720, 779. 813, 814, 859, 898, 899, 964, 991. 992, 1054, 1094, 1095, 1160. 1200, 1201.
—, Abrechnungsverkehr d. 680. 783, 861, 966, 1059, 1162.
Roheisen, Ein- u. Ausfuhr 665. 764 f., 850, 956.
Roheisenerzeugung 663, 763. 849, 954, 1045, 1150.
Rumänische Nationalbk. 678. 780. 818, 860, 965, 1055, 1161, 1203.
Russische Reichsb. 677, 779. 859, 901, 964, 1054, 1160.

Digitized by Google

Sächsische Bk. 720, 814, 899, 992, 1095, 1201.
Salpeter 668, 769.
Schaaffhausen'scher Bankver., A. 775.
Scheckstempel 680, 783, 862.
Schlußscheinstempel 672, 772, 853.
Schwed. Reichsbk. 678, 725, 780, 859, 965, 994, 1055, 1161.
Schweizer. Nationalbk. 678, 780, 816, 859, 964, 1055, 1161.
Spiritus 958, 1049
Stahltrust, Amerik. 765 f., 1046.
Stahlwerksverband, Versandziffern 664, 764, 849, 955, 1045, 1150.
Steinkohlen, Ein- u. Ausfuhr 666, 767.
Stettiner Börse, Zulass a. d., 682, 784.
Stuttgart. Börse, Zulass a. d. 682, 785.

Talonsteuer 680, 783, 862.
Tantièmesteuer 680, 783, 862.
Tee 958, 1153.
Textilwaren 668, 769, 852, 958, 1049, 1154.
Trust Comp., New Yorker 675, 778, 858, 963, 1054, 1160.

Ultimo-Kurse a. d. Berl. Börse 670, 771.

Versicherungsstempel 680, 862.
Vollkaufleute, Off. Handelsges. u. Eintrag. ins Handelsreg. 686, 787, 864, 970, 1058, 1164.

Warenpreise 668 f., 769, 852, 958, 1049, 1153
Wechselkurse, Berl. 676, 679, 781 f., 860, 966, 1056, 1162.
Wechselstempelsteuer 680, 783, 862, 967.
Weizenernte, Welternte 768.
Wiener Privatdiskont 675, 777.
Wolle 668, 769, 1154.
Württemberg. Notenbk. 720, 814, 899, 992, 1095, 1201.

Zink 668, 852, 1049.
Zinn 668, 852, 1154.
Zucker 668, 739, 852, 958, 1049, 1153.
Zulassung, a. d. dt. Börsen 681, 783.
Zwickauer Börse, Zulass. a. d. 682, 785.

Notenbanken.

Badische Bank 720, 789, 814, 899, 992, 1095, 1201.
Bank v. England 677, 698, 721, 779, 815, 854, 859, 900, 960, 964, 993, 1051, 1054, 1064, 1096, 1157, 1160, 1202.
— v. Finland 677, 779, 800, 859, 901, 964, 1077.
— v. Frankreich 677, 721, 779, 793, 815, 856, 859, 1053, 1072, 1158.
— v. Griechenland 678, 780, 818, 860, 879, 1183.
— v. Italien 677, 779, 816, 859, 870, 964, 1054, 1096, 1161, 1171.
— v. Norwegen 678, 725, 780, 860, 878, 965, 994, 1055, 1161, 1180.
— v. Portugal 677, 724, 779, 859, 876, 964, 995, 1055, 1161, 1179,
— v. Spanien 677, 724, 779, 814, 859, 876, 964, 995, 1054, 1161, 1179.
Bayerische Notenbank 720, 814, 866, 899, 992, 1095, 1201.
Belgische Nationalbk. 678, 723, 780, 859, 874, 964, 993, 1176.

Griechische Nationalbank s. Bank von Griechenland.

Nationalbank von Bulgarien 678, 780, 817, 860, 879, 965, 1055, 1161, 1182, 1203.
— v. Dänemark 678, 722, 780, 860, 878, 965, 1055, 1161, 1180.
— v. Serbien 678, 780, 817, 860, 879, 1182.
Niederländische Bank 677, 723, 779, 859, 875, 900, 964, 1055, 1161, 1177, 1202.

Oesterr.-Ung. Bk. 677, 693, 722, 779, 856, 859, 975, 1053, 1159.

Reichsbank 677, 686, 719, 720, 779, 787, 813, 814, 859, 861, 864, 898, 899, 964, 966, 970, 991, 992, 1054, 1056, 1059, 1094, 1095, 1160, 1165, 1200, 1201.
Rumänische Nationalbank 678, 780, 818, 860, 878, 965, 1055, 1161, 1182, 1203.
Russische Reichsbk. 677, 779, 797, 859, 1053, 1054, 1075, 1160.

Sächsische Bank 720, 814, 869, 899, 974, 992, 1063, 1095, 1201.
Schwedische Reichsbank 678, 725, 780, 859, 876, 965, 994, 1055, 1161, 1179.
Schweizer. Nationalbk. 678, 780, 816, 859, 964, 1055, 1161, 1173.

Württemberg. Notenbank 720, 814, 899, 992, 1095, 1201.

Deutsche Kreditbanken (Abschlüsse, Monatsübersichten etc.).

A.-G. f. Boden- u. Kommunalkred. i. Els.-Lothr. 866.
Allg. Dt. Creditanst. 689, 789, 866.
— Elsäss. Bankges. 1167.
Apelt & Sohn, D. H. 869.
Arnhold, Gebr. 689, 1061, 1167.

Baethge, Richard 693.
Bank d. Berliner Kassenvereins 972.
— f. Grundbesitz, Leipzig 789.
— — — u. Handel 972.
— — Handel u. Gew. 792, 1167.
— — industrielle Untern. 972.
— — Landwirtsch. u. Gew. 689.
— — Thüringen 789, 972, 1061, 1167.
— v. Elsass-Lothring. 789, 1167.
— Ziemski 1061.
Bankverein Göttingen 789.
— Zeulenroda 792.
Banque de Metz 866.
Barmer Bankverein 689, 789, 866, 1061, 1167.
— Kreditbank 1167.
Bayerische Bodencr.-Anst. 866.
— Disconto- u. Wechselbk. 689, 789, 1061.
— Handelsbank 689, 789, 866, 1168.
— Hypoth. u. Wechselbk. 689, 866, 972, 1168.
— Vereinsbank 789, 866, 972, 1168.
Beck, Heinrich 975.
Bendorfer Volksbank 693.
Berg.-Märkische Bk. 689.
Berl. Handelsges. 688, 788, 865, 1061, 1167.
— Hypoth.-Bank 866.
Bieber, M. & J., Potsdam 792.
Biermann & Co. 692.
Bleichröder, S. 789, 866, 972, 1061, 1168.
Blum & Schmitz 692.
Bößl, München 974.
Brasilian. Bank f. Deutschld. 790, 1168.
Braunschweig-Hannov. Hyp.-Bank 689, 866.
Brückner, Chr. Gotth. 1062.
Burger, S. 870.

Carlebach & Cahn, Mainz 793.
Centralbk. f. Eisenbahnwerte 866.

Digitized by Google

Centralkasse d. hess. landw. Genossensch. 689, 866.
Charlottenburg. Kreditver. 792.
Coblenzer Bank 972.
Commerz- u. Discontobk. 688, 775, 789, 866, 1167.

Danziger Privat-Akt.-Bk. 1062, 1168.
Darmstädt. Bk. 688, 775, 788, 865, 972, 1061, 1167.
Delbrück, Schickler & Co. 790, 867.
Deutsch-Asiat. Bk. 790, 867, 972, 1168.
— -südamerik. Bk. 1169.
— Ueberseeische Bk. 867, 1168.
— -Westafrikan. Bk. 790
Deutsche Afrika-Bk. 790.
— Bank 687, 775, 788, 865, 971, 1060, 1166.
— Creditbk. Friedenau 975.
— Effekten- u. Wechselbk. 790, 1168.
— Grundkr.-Bk. 689, 867.
— Hypothekenbk., Berlin 867, 1062.
— Hypothekenbk., Meiningen, 690, 867, 1168
— Nationalbk. 790, 1168.
— Orientbk. 790, 867, 972, 1062, 1168.
— Palästinabk. 690, 790, 867
— Treuhandges. 972.
— Vereinsbk. 972.
Discontoges. 687, 775, 787, 865, 971, 1060, 1166.
Dresdner Bank 687, 775, 788, 865, 971, 1060, 1166.
Dürener Bank 690, 867.

Eisenbahnrentenbk. 867
Elbinger Vereinsbk. 692, 793, 1064.
Erlenbacher Spar- & Darlehnskassenver. 1171.
Essener Creditanst. 690, 790, 973.

Föckersperger & Frank 869 974.
Frankfurter Hypothekenbk. 867.
—, Hyp.-Kred.-Ver. 867, 1169.
Friedl & Co., Augsburg 793, 794.
Friedmann & Weinstock, Halle 693, 793,
Friedrichsberger Bk. 869, 974.
Fuld & Co. 974.

Gelsenkirchener Bankver. 790.
Genossenschaftsbk. i. Windhuk 790.
Gewerbebank, Hamburg 870, 1064.
Göttinger Bank 690.
Goldmann, Max 792, 870.
Gotthold, N. J. 870.
Greb & Frühauf 692. 974.
Grundkreditbank 867.
Gumbel Nachf., Gebr. 870.
Gumpert & Rosenberg 792.
Guttmann, Reißner & Co. 792.

Hache, Joh. Fr. W. 975.
Hallescher Bankv. 690.
Hamburg-Altonaer Kreditbk. 1171.
Hamburger Gewerbebk. 974.
Handwerkerbk., Gleiwitz 692.
Hannoversche Bank 1169.
— Bodencredit-Bank 867.
Hanseatische Bank 867.
Harburger Gewerbebank 693.
Hardy & Co. 867.
Haugs Nachf., C 793.
Hessische Landeshypothekenbank 790, 867.
Hessischer Bankverein 1062.
Hildesheimer Bank 790, 1169.
Hilfsbank, Pforzheim 973
Hoerlein, Konrad 870, 974, 1064.
Hypothekenbk. i. Hamburg 868, 1169.

Joachimsohn, Berlin 1064.

Kaestners Nachf., C. G. 792, 869, 1064.
Kerstens & Koerner 974, 1064.
Kieler Creditbank 690.
Knappe & Thomas 869.
Köhler & Janiszewski 692.
Königl. Bayer. Bank 690, 790
Königswinterer Spar- und Kreditverein 1171.
Kolter & Co., Koblenz 793.
Krause, Wilhelm 793.
Kreditkasse Pforzheim 1062.
Kriegskreditinstitute 865, 971, 1059, 1166.

Landsberg, Curt 792, 869, 974.
Landwirtschaftl. Bk. d. Prov. Pommern 973, 1064.
— Central-Darlehnskasse für Deutschland 690, 973, 1062.
— Hypothekenbank 790, 868.
Landwirtschaftsbk. f. Disch.-Südwestafrika 790.
Lazard Speyer-Elissen 1063.
Lazarus, Benno 869. 1064.
Leipziger Handelsbk. 1171.
— Hypotheken-Bank 868.
Lindner, Dortmund 869.
Löbauer Bank 868.
Löwenstein, Gebr. 693

Märkische Bank 973.
Märkischer Bankverein 791.
Magdeburger Bankv. 690, 1062.
— Güterbank 1064.
Maklerbk. Hamburg 1062, 1169.
Marienburger Privatbk. 1064.
Mecklenb.-Strelitzsche Hyp.-Bank 868.
Mecklenburg. Bk. 1169.
— Hypoth.- u. Wechselbk. 791, 868, 1062, 1169.
— Sparbank 791.
Mendelssohn & Co. 690, 868, 973, 1062, 1169.
Meyers Söhne, David 870.
Mitteldt. Bodencr.-Anst. 868, 1169.
— Creditbank 689, 775, 789, 866, 1061, 1167.
— Privatbk. 690. 791, 973, 1063.
Mittelrhein. Bk. 691.

Nationalbank f. Deutschland 688, 775, 789, 866, 1061, 1167.
Neuburger, Carl 691, 1169.
Neuwieder Volksbk. 793.
Niederdeutsche Bk. 691, 973, 1063, 1169.
Norddeutsche Bk. i. Hamburg 691, 791, 868, 973.
— Creditanstalt 691, 1170.
— Grundcr.-Bk. 868, 1170.
— Handelsbk. 791, 1064.

Oldenburg. Landesbk. 973.
Osnabrücker Bk. 868, 973.
Ostbank f. Handel u. Gewerbe 691, 868, 973, 1063.

Papenburger Bk. 974.
Pfälzische Bk. 691, 791, 1063.
— Hypothekenbk. 691, 868, 1170
Pfeiffer & Co. 870.
Pforzheimer Bankverein 791, 868, 973, 1063, 1170.
— Kriegskreditkasse 1170.
Pistorius, Hildesh. 1064, 1171.
Pins Spar- u. Darlehnsk. 974.
Potsdamer Creditbk. 691.
Preuss. Boden-Credit-Akt.-Bk. 791, 868.
— Central-Bodencredit-A.-G. 691, 868.
— Central-Genossenschaftskasse 686 787, 865, 970, 1059, 1165.
— Hyp.-Akt.-Bk 868.
— Pfandbriefbk. 869, 1170.
— Leihhaus 1063.
Privatbank zu Gotha 1170.
Pummerer, Joseph 975.

Reisacher, Kempten 1064.
Rhein.-Westfäl. Bodencr.-Bk. 791, 869, 1170.
— Westfäl. Disconto-Ges. 791, 974, 1063.
Rheinische Bk. 691.
— Creditbk. 691, 791, 793, 1170.
— Hyp.-Bk. 691. 791, 869.
— Treuhand A.-G. 1170.
Rostocker Bk. 974.

Saal, A. W. 792, 869, 1064.
Sächsische Bodencr.-Anst. 869.
Samson, Hamburg 793.
Schaaffhausen'scher Bkv., A. 688, 775, 788, 972, 1061.
Schalscha & Co. 792.
Schellhorn, Ed. 1064.
Schlesinger-Trier & Co. 691.
Schles. Bodencr.-Akt.-Bk. 869.
— Handelsbank 1170.
Schlesischer Bankv. 792, 1063.
Schmitz, Hannover 793, 974.

Digitized by Google

Schöneweider Bank 792.
Schraml, J. 870.
Schumann & Co. 974.
Schwarzburg. Hyp.-Bk. 869.
— Landesbank 691, 974.
Schweisheimer, E. & J. 870.
Seehandlung 686, 787, 864, 970, 1059, 1165.
Siebert, Wilhelm 870, 975.
Siegener Bk. f. Hand. u. Gew. 1170.
— Bankverein 1064, 1171.
Spar- & Darlehnskasse, Schreiberhau 869.
Stahl & Federer 691, 792.
Staub & Co., E. 870.
Strauß & Heberlein 869.
Süddt. Bodencr.-Bk. 869, 974.
— Discontoges. 692, 792, 974, 1063.
Süßkind, Alfred 793.

Thüring. Kreditanst. 692, 792.
— Landesbank 692 974.
Treubank A.-G. 1171.
Treuhand A.-G., Köln 792.

Uhl & Co. 975.

Vereinsbank in Hamburg 792, 1063, 1170.
— in Nürnberg 869.
Vorschußver. Konstanz 793.

Warburg & Co, M. M. 974.
Wechsler & Co., E. 792, 1171.
Weck, Ed. 1064.
Weißenseer Bank 692, 1064.
Werlauer Spar- u. Darlehnskassenverein 792.
Werthauers Nachf., E. 869.
Westdeutsche Bodencredit-Anstalt 692, 869, 1064.
Westdeutscher Bankver. 792, 974, 1064.
Westfäl.-Lippische Vereinsbank 792, 1171.
Westholstein. Bank 869.
Wörner & Wehrle 692.
Württemberg. Hypothekenbk. 692, 869.
— Vereinsbank 869, 1171.
Wulkow, Eduard 792, 974, 1064, 1171.

Ausländische Banken (Abschlüsse, Monatsübersichten etc.).

Alban. Bankwesen 880, 1183.
Amerikan. Bankwes. 800, 801, 802. 803, 804, 805, 806, 1077, 1078, 1079, 1080, 1081, 1082, 1083, 1084.
Argentin. Bankwesen 880, 881, 1184, 1185.

Belg. Bankwes. 873, 874, 875, 1175, 1176, 1177.
Boliv. Bankwesen 881.
Brasil. Bankwes. 881, 1185, 1186.
Bulgar. Bankwesen 879, 1182.

Chilen. Bankwesen 881, 1186.
Chines. Bankwesen 881, 1186.
Cuban. Bankwesen 882.

Dänisches Bankw. 878, 1180.

Ecuador. Bankwesen 1186.
Egypt. Bankwesen 882, 1186.
Engl. Bankwes. 698, 699, 700, 701, 702. 703, 1064, 1065, 1066, 1067, 1068, 1069, 1070, 1071, 1072.

Franz. Bankw. 793, 794, 795, 796, 797, 1072, 1073, 1074, 1075.

Griech. Bankw. 879, 880, 1183.

Holländ. Bankwesen 875, 876, 1177, 1178.

Italien. Bankwes. 870, 871, 1171, 1172, 1173.

Japan. Bankw. 880, 1183, 1184.

Luxemb. Bankwes. 875, 1177.

Marokkan. Bankwesen 882.
Mexikan. Bkwes. 882, 1186, 1187.
Montenegr. Bankwesen 880.

Nicaraguan. Bankw. 883, 1187.
Norweg. Bankwesen 878, 1180.

Oesterr.-Ung. Bankwesen 693, 694, 695, 696, 697, 698, 975, 976, 977, 978, 979.

Paraguay. Bankwesen 883.
Pers. Bankwesen 883.
Peruan. Bankwesen 883, 1187.
Portug. Bankwesen 876, 1179.

Rumän. Bankwesen 878, 879, 1181, 1182.
Russ. Bankwes. 797, 798, 799, 800, 1075, 1076, 1077.

Schwed. Bankwesen 876, 877, 1179, 1180.
Schweiz. Bankwesen 871, 872, 873, 1173, 1174, 1175.
Serb. Bankwes. 879, 1182, 1183.
Span. Bankwesen 876, 1179.

Türk. Bankwes. 878, 1180, 1181.

Uruguayisch. Bkwes. 883, 1187.

Aargauische Kantonalbk. 872.
African Banking Corpor. 701.
Allg. Dep.-Bank 694, 977.
— Oesterr. Bodencredit-Anstalt 694, 977.
— Verkehrsbank 694, 977.
American Exchange National Bank 804.
Amsterdamsche Bk. 876, 1178.
Anglo-Egyptian Bank 701.
— -Oesterr. Bank 695, 977.
— -South American Bank 701.
Argentin. Nationalbk. 881, 1184.
— National-Hypoth.-Bank 1185.

Asow-Don-Kommerzbk. 798, 1076.
Australasian Bank of Commerce 701, 1070.

Banca Commerciale Italiana 870, 1172.
Banca d'Italia 870, 1171.
— Generala Romana 879.
Banco Agricola 883.
— de Castilla 1179.
— de Chile 1186.
— de la Nacion 881.
— de la Republica (Paraguay) 883.
— de la Republica Oriental del Uruguay 883, 1187.
— de Lisboa e Azores 1179.
— de Londres y Mexico 882, 1187.
— de Valencia y Aragon 1185.
— del Comercio 881.
— di Napoli 871, 1172.
— di Roma 871, 1172.
— di Sicilia 871, 1173.
— do Brasil 881, 1186.
— Español de Credito 876.
— Espagnol del Rio de la Plata 1185.
— Francés del Rio de la Plata 1185.
— Hipotecario de España 876, 1179.
— Hispano-Americano 876.
— Hollandes de la America del Sud 876, 1178.
— Italiano dell' Uruguay 1187.
— Nacional Ultramarino 1179.
— Popular Argentino 1185.
Bank f. Handel u. Industrie. Zug-Zürich 1174.
— of Australasia 1070.
— of Bengal 1071.
— of Bombay 1071.
— of British North America 701, 1071.
— of British West Africa 701.
— of Ireland 1070.
— of Liverpool 1068.
— of Montreal 702, 1071.
— of New South Wales 702, 1071.
— of New Zealand 702, 1071.
— of Nova Scotia 1071.
— of Scotland 701, 1070.
— of Victoria 702, 1071.
— u. Wechselstuben A.-G. 695, 977.

Digitized by Google

Bank v. Chosen 880.
— v. England 698, 1064.
— v. Finland 800, 1077.
— v. Japan 880, 1183.
— v. Norwegen 878, 1180.
— v. Portugal 876, 1179.
— v. Spanien 876, 1179.
Bankers Trust Co. 804, 1083.
Banque Agricole, Konstantinopel 1181.
— — Bulgare 1182.
— Allard & Co. 1074.
— Alsacienne 794.
— Balcanique 879.
— Belge pour l'Etranger 1176.
— Brésilienne Italo-Belge 874.
— Centrale Anversoise 874.
— — Gantoise 874, 1176.
— Commerciale du Maroc 882.
— Continentale 794.
— d'Anvers 874. 1176.
— d'Athènes 880, 1183.
— de Bordeaux 794.
— de Bruxelles 874, 1177.
— de Crédit, Sofia 879.
— de Crédit Commercial 874.
— de France 793, 1072.
— de Gand 874.
— de l'Afrique Occidentale 1075.
— de l'Algérie 796, 1075.
— de l'Etat de Fribourg 872.
— de l'Indo-Chine 796, 1075.
— de l'Union Anversoise 874, 1177.
— de l'Union Parisienne 794.
— de Paris et des Pays-Bas 794, 1074.
— de Reports, de Fonds Publics et de Dépôts 874.
— de Salonique 880.
— des Pays du Nord 796.
— d'Outremer 875.
— Foncière du Jura 872.
— Française du Rio de la Plata 796, 1075.
— pour le Commerce et l'Industrie 795.
— Franco-Serbe 879.
— Hypothécaire et Agricole d'Espirito Santo 881.
— Industrielle de Chine 796
— Intérnat., Luxemburg 875, 1177.
— — de Bruxelles 875, 1177.
— — et Hypothécaire du Mexique 882.
— Nationale de Crédit 795.
— — de la République d'Haiti 882.
— Périer & Co. 1074.
— Privée 795.
— Suisse et Française 795.
— Transatlantique 796.
Barcley & Co. 699, 1068.
Basellandschaftl. Kantonalbk. 872, 1174.
Basler Handelsbank 872.
Belfast Banking Co. 701.
Belgische Nationalbk. 874, 1176.
Berner Handelsbank 1174.
Bodencr.-Bank i. Basel 872.
Böhmische Eskompte-Bank 977.
— Industrialbank 695, 977.
— Unionbank 695, 977.
British Bank of Northern Commerce 702.
— Bank of South-America 702.
— Linen Bank 701.
Bulgar. Nationalbank 879, 1182.

Caisse Générale de Reports et de Dépôts 1177.
Caja de Credito Hipotecario 1186.
Canadian Bank of Commerce 702, 1071.
Capital and Counties Bank 699, 1068.
Centralbank der Böhm. Sparkassen 695, 977.
— dt. Sparkassen 696, 977.
Centralbanken for Norge 1180.
Central-Hypothekenbk. ungar. Sparkassen 697.
— -Kreditbank ungar. Kreditinstitute 979.
Central Trust Co. 804, 1083.
Chase National Bank 804, 1083.
Chartered Bank of India, Australia and China 702.
Chemical National Bank 1083.
Christiania Hypothek- og Realkredit-Bank 878.
Colonial Bank of Australasia 702.
Columbia-Knickerbocker Trust Co. 1083.
Commercial Bank of Australia 702, 1071.
— — of Scotland 701.
— Banking Cy. of Sidney 702, 1071.
Commerzbk I. A. Junker & Cie. 799.
— in Warschau 799, 1076.
Commonwealth Bank of Australia 702, 1071.
Comptoir National d'Escompte 795, 1074.
Continental and Commercial Bank 1083.
Continental and Commercial National Bank 804.
Corn Exchange Bank 805.
Coutts & Co. 1068.
Crédit Anversois 875, 1177.
— Foncier Argentin 797.
— — d'Algérie et de Tunisie 797.
— — de France 795, 1074.
— — del Uruguay 883.
— — Franco-Canadien 797.
— — Mexicain 1187.
— — Urbain de Craiova 879.
— Français 795.
— Franco-Egyptien 1075.
— Industriel et Commercial 795, 1074.
— Lyonnais 795, 1074
— Mobilier de Belgique 1177.
— — Français 795.
Credito Italiano 871, 1173.

Dänisch-Westindische Nationalbank 1180.
Dänische Landmannsbk. 878, 1180.
— Nationalbk. 878, 1180.
Dominion Bank of Canada 702.

Eidgenössische Bk. 872.
Engl. Postsparkasse 699.
English, Scottish and Australian Bank 702.
Equitable Trust Co. 805, 1083.

Farmers Loan and Trust Co. 805.
Finländ. Stadthypothekenkasse 1077.
First National Bank, Chicago 1083
— — —, New York 805, 1083.
— Second National Bank of Pittsburgh 805.
Förenings-Banken in Finland 800, 1077.

Glyn, Mills, Currie & Co. 1069.
Galiz. Akt.-Hyp.-Bk. 696, 977.
Göteborgs Handelsbank 877, 1180.
Griechische Nationalbk. 879, 1183.
Grundeigner-Bank 1180.
Guaranty Trust Co. 805, 1083.

Handelsbk. i. Lodz 799, 1076.
Hanover National Bank 805, 1083.
Hongkong and Shanghai Banking Corporation 703.
Hypothekenbk. d. Königr. Norwegen 878, 1180.
— i. Basel 873.
— i. Finland 800.
Hypothekenverein Finlands 800.

Imperial Bank of Canada 703.
— — of Persia 883
— Ottoman Bank 878, 1181.
Industriebk. f. d. Kgr. Galizien u. Lodomerien 696.
Istituto di Fondi Rustici 871.

Jadranska Banka 977.
Jwyewer (Dorpater) Bank 1076.

Kantonalbk., Bern 873.
Kiewer Privat-Commerz-Bk 799.
Kitahama-Bank 1183.
Kopenhagener Handelsbank 1180.
Kreditver. Jütländisch. Landeigentümer 878.
— v. Grundbesitzern i. Kopenhagen u. Umgegend 878.
Kroatisch-Slavon. Landesbyp.-Bank 696.

Lancashire and Yorkshire Bank 1069.

Digitized by Google

Landesbk. f. Bosnien u. Herzegowina 696.
Landwirtschaftl. Kreditbank f. Böhmen 977.
Lloyds Bank 699, 1069.
London and Brasilian Bank 703.
— and Provincial Bank 700, 1069.
— and South Western Bank 700, 1069.
— City and Midland Bank 700, 1069.
— County and Westminster Bank 700, 1069.
— Joint Stock Bank 700, 1069.
Luxemburger Unionbk. 1177.

Manchester and County Bank 1069.
— and Liverpool Distrikt Banking Co. 700, 1069.
Marine National Bank of Buffalo 1083.
Marokkan. Staatsbk. 882.
Mechanics and Metals National Bank 805.
Mercantile Bank of India 703.
Metropolitan Bank of England and Wales 700.
— Trust Co. 805, 1083.
Mexikan. Darlehnskasse f. Bewässerungsanlagen 882.
— Nationalbk. 882, 1187.
Moskauer Discontobk. 799.

National Bank, London 700, 1070.
— Bank of Australasia 703, 1071.
— Bank of Commerce, New York 805, 1084.
— Bank of Commerce, St. Louis 805, 1084.
— Bank of Egypt 1186.
— Bank of India 1071.
— Bank of New Zealand 1071.
— Bank of South Afrika 703, 1071.
— Bank of Turkey 878.
— City Bank, New York 805, 1084.
— Discount Co. 1069.
— Park Bank 1084.
— Provincial Bank of England 700, 1069.
Nationalbank v. Dänemark 878.
Nederlandsche Handelsmaatschappij 1178.
— Indische Handelsbk, 1178.
New York Trust Co. 806, 1084.
Niederländische Bk. 875, 1177.
Niederösterr. Eskompte-Ges. 696, 978.
— Kriegskreditbk. 975.
Nordische Akt.-Bk. f. Handel u. Industrie 800, 1077.
Nordlandsbanken 877.
Norwegische Industrie-Hyp.-Bk. 878.

Oesterr.-Bosnische Bk. 696.
—-Ung. Bk. 693, 975.
Oesterr. Central-Bodencr.-Bk. 696, 978.
— Creditanst. f. Handel u. Gewerbe 696, 978.
— Industrie- u. Handelsbk. 978.
— Länderbk. 696, 978.
— Postsparkasse 693, 976.

Parr's Bank 700, 1070.
Pester Erste Vaterländ. Sparkasse 697.
— Ung. Commerzial-Bk. 697.
Petersburger Discontobk. 799.
— Internat. Handelsbk. 799, 1076.
— Privat-Handelsbank 799.
Politzer, Rosenberg & Co. 978.
Prager Creditbank 696.
Provincial Bk. of Ireland 1070.

Rigaer Commerzbk. 799, 1077.
Robarts, Lubbock & Co. 1070.
Rotterdamsche Bankvereeniging 1178.
Royal Bank of Australia 703.
— — of Canada 703.
— — of Ireland 701, 1070.
— — of Scotland 701.
Rumän. Nationalbk. 878, 1182.
Russisch-Asiat.-Bk. 799, 1077.
— Französ. Bank 800.
Russische Bk. für auswärtigen Handel 799, 1077.
— — für Handel u. Ind. 1077.
— Bauernagrarbank 797.
— Staatsbank 797, 1075.

Schwed. Reichsbk. 876, 1179.
— Reichs-Hypoth.-Bank 877.
Schweizerisch-Argentinische Hypoth.-Bank 1174.
— Südamerikanische Bk. 1175.
Schweizerische Bankges. 873.
— Bodencreditanstalt 873.
— Kreditanstalt 873.
— Nationalbank 1173.
— Privatbank 1174.
— Vereinsbank 1175.
— Volksbank 1175.
Schweizer. Bankver. 873, 1175.
Serbische Creditbank 879.
— Nationalbank 879, 1182.
— Staats-Bodencredit-Anst. 1183.
Sibirische Handelsbk. 800, 1077.
Skandinaviska Kreditaktiebolaget 877.
Skanska Handelsbanken 877.
Società Bancaria Italiana 871.
— Italiana di Credito Provinziale 871.
Société Centrale des Banques de Province 795.
— Financière Franco-Americaine 795.
— — Franco-Suisse 873.
— — Italo-Suisse 873.
— Française de Banque et de Dépôts 796, 1075.
— Générale 796, 1075.
Société Générale de Belgique 875, 1177.
— Marseillaise de Crédit Industriel et Commercial 796.
— Nancéienne de Crédit 796.
— Suisse de Banque et de Dépôts 1175.
Södermanlands Enskilda Bk. 877.
Solothurner Handelsbk. 1175.
Solothurnische Volksbk. 1175.
St. Gallische Kantonalbk. 1175.
Staatsbk. v. Nicaragua 883.
Stadthyp.-Kasse d. Königr. Schweden 877.
Standard Bank of South Africa 703. 1072.
Stockholms Enskilda Bk. 877, 1180.
Sundvalls Enskilda Bank 877.
Sydsvenska Kreditaktiebolaget 877.

Title Guaranty & Trust Co. 1084.
Twentsche Bankvereeniging 876, 1178.

Ulster Bank 701, 1070.
Ungar.-Böhm. Industrialbk. 979.
— Allg. Kreditbk. 697.
— Bank- u. Handels-A.-G. 697. 979.
— Hypothekenbk. 979.
— Postsparkasse 693.
— Bodencr.-Institut 698.
Union Bank of Australia 703, 1072.
— — of Canada 703, 1072.
— — of Scotland 701.
Union Disconnt Co. 1070.
— of London and Smith's Bank 700, 1070.
— Trust Co. 1084.
Unionbank, Moskau 800, 1077.
—, Wien 697.
United Counties Bank 1070.

Vaterländ. Bank, Budapest 698.

Warschauer Discontobk. 800.
Wiener Bankverein 697, 978.
— Giro- u. Kassenverein 697, 978.
— Lombard- u. Eskomptebk. 978.
— Saldierungsverein 978.
Williams Deacon's Bank 701, 1070.
Wolga-Kama-Kommerzbk. 800.

Yokohama Specie Bank 1184.

Zivnostenska Banka 697, 979.
Zürcher Kantonalbk. 1175.

Digitized by Google

Handelskammern und Statistische Aemter.

Barmen 988.

Chemnitz 712.

Deutscher Handelstag 712, 713.
Dresden 712.

Elberfeld 988.
Emden 989.
Erfurt 713.

Hamburg (Detaillistenkammer) 987.
Hannover 713. 986.

Kaiserl. Stat. Amt 1090.
Kgl. Preuß. Stat. Landesamt 1090.
— Sächs. Stat. Landesamt 1089.
Koburg 714.

Mecklenburg. Handelskammer 986, 987.

Pforzheim 714.
Preuß. Stat. Korrespondenz 895.
— Stat. Landesamt 1092.

Saarbrücken 985.
Schöneberg (St. A.) 893.
Statistik d. Dt. Reiches 895.
Stat. Amt d. Stadt Halle 896.
— Jahrbuch f. d. Dt. Reich 897.

Vierteljahrsheft z. Stat. d. Dt. Reiches 1091.

Worms 988.
Würzburg 989.

Zittau 712.

Literatur.

A.-G., Handbuch d. deutsch. 897.
Abschreibung, Tilgung und Zinseszinsen, Die Wertveränd. durch, von Dipl.-Ing. H. Kastendieck 812.
Allg. Verbandes d. a. Selbsthilfe beruh. dt. Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften, Jahrbuch d., von Prof. Dr. H. Crüger 1199.
American Economic Review, The 990.
Annuaire Suisse du Registre du Commerce 1914 1199.
Ausgewählte Lesestücke zum Studium d. polit. Oekonomie, v. K. Diehl u. P. Mombert 716.
Auslandshochschule, Die dt., v. Prof. Dr. P. Eltzbacher 812.

Bankgeschäft, Das, von Dr. G. Obst 897.
Bankwesen v. Dr. P. Rensch 812.
Belgien, Volkswirtschaftl. Betrachtungen über, von Dr. C. Calmon 1093.
Bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund für 1913, Jahresbericht des Vereins für, 990.
Berliner Börse im Jahre 1913, D. Kursschwankungen a. d., herg. v. d. Disconto-Ges. 717.
— Statistik f. d. Jahre 1908—1912, hg. v. Stat. Amt d. Stadt Berlin 989.
Beste billige Schulden-Einziehungs-Verfahren, Das, nach Dr. E. Karlemeyer 718.
Betriebs-Wissenschaft von R. Dietrich 1093.
Bilanz, Buchhaltung und, von Dr. J. F. Schär 715.
Bodenreform, Jahrbuch der, herg. v. Damaschke 1093.
Börsen, Die Schweizerischen, von R. Lüscher-Burckhardt 717.
Buchforderungeskomptes, Die Kosten d., herg. v. d. Evidenz-Zentrale, Wien 718.
—, Zur Kritik des, v. Dr. M. Sokal 717.
Buchführung, Die rechtliche u. wirtschaftl. Bedeutung der, von Dr. G. Hartrodt 718.
Buchhaltung u. Bilanz, v. Dr. J. F. Schär 715.

„Compaß", Finanzielles Jahrbuch f., Oesterr.-Ungarn 1915, herg. v. R. Hanel 989.

Deutsche Auslandshochschule, Die, von Prof. Dr. P. Eltzbacher 812.
Deutschen Landwirtsch.-Ges., Jahrbuch d., herg. v. Vorst. 1199.
Deutsches Petroleum-Monopol u. Welt-Petroleummarkt von Germanicus 812.
Dortmund f. 1913, Jahresbericht d. Vereins f. bergb. Interessen im Oberbergamtsbez. 990.
Dresdener Wohnhauses, Die Entwicklung des, v. Dr.-Ing. C. Beuckert 717.

Einführung in d. Volkswirtschaftslehre, von Prof. Dr. P. Benndorf 812.
Entwicklung d. Landwirtsch. i. d. Ver. Staaten v. Nordamerika, D., v. Dr. M. Augstin 1199.
— d. Dresdener Wohnhauses, D., v. Dr.-Ing. C. Beukert 717.

Finanzstatistik, Die Steuerreserven Englands u. Deutschlands nebst Materialien zur intern., von Prof. Jul. Wolf 715.
Finlands Bank 1811—1911 von E. Schybergson 716.
Fünfzig Jahre sächs. Volkswirtschaft v. Bankhaus Gebr. Arnhold 1199.

Gegenwart, Die Großmächte der, von Dr. R. Kjellen 897.
Generalversammlungen, Die Einberufung der, von Dr. R. A. Wenck 715.
Geschichte des Privatbankiers in der Schweiz, Zur, von Dr. C. Burckhardt 717.
Gewerblicher Erzeugnisse in Belgien, Preisbildung, von Dr. E. Mahaim 811.
Großmächte der Gegenwart, Die, von Dr. R. Kjellen 897.
Gründung d. Universität Frankfurt a. M., Die, Vortrag von Prof. Dr. A. Voigt 1199.

Handbuch der dt. A.-G. 897.
Handels-, Zahlungs- u. Wirtschaftsbilanz von Dr. I. Gruntzel 990.
Handelsgeschichte von K. Stracke 812.
Handelspraxis, Zeitschrift für Handelswissenschaft u., herg. von Rehm, Obst u. a. 1093.
Handelsteil der Tagespresse, Der, von W. Vogel 989.
Handelswissenschaft und Handelspraxis, Zeitschrift für, herg. v. Rehm, Obst u. a. 1093.
Hartleben's Kleines Statist. Taschenbuch über alle Länder der Erde, A., bearb v. Prof. Dr. F. Umlauft 717.
— Statistische Tabelle über alle Staaten der Erde, A. 717.
Heimarbeit i. rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet, Die, von Prof. Dr. A. 716.
Hypothekenbanken, Die Schweizerischen, von Dr. I. Weber-Schuster 990.
Hypothekengläubiger a. d. Mietzinsen, Die Rechte der, von A. Sittarz 990.

Jahrbuch d. allg. Verbandes d. auf Selbsthilfe beruh. dt. Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften von Prof. Dr. H. Crüger 1199.
— der Bodenreform, herg. von Damaschke 1093.

Digitized by Google

Jahrbuch d. Deutsch. Landwirtschafts-Ges., hg. v. Vorst. 1199.
— 1914 des Zentralverbandes dt. Konsumvereine, herg. von H. Kaufmann 1093.
— über d. Rhein.-Westfäl. Kuxenmarkt, Ausgabe 1914, herg. v. der Rhein.-Westfäl. Disconto-Ges. 717.
Jahresbericht des Vereins für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund für 1913 990.
— des Zentralverb. dt. Konsumvereine für 1913, herg. von H. Kaufmann 715.
Journal des Economistes, herg. von Guyot 718.

Kantonalbanken, Die schweizerischen, von Dr. A. Stampfli 812.
Kaufmann i. Beruf, Staat u. Leben, D. von A. Doerr und J. Buschmann 717.
Kaufmännisches Schriftwesen von Dr. A. Weiß 718.
Kleine Merkur, Der, von O. Wick 717.
Kleines Stat. Taschenbuch über alle Länder d. Erde. A. Hartleben's, bearb. v. Prof. Dr. F. Umlauft 717.
Kontrolle d. Rechnungslegung i. d. Privatwirtschaft, Die, von Bruno Stein 812.
Korbwarenindustrie u. d. Korbwarenhandels i. Deutschen Reiche, Die Organisation d., von K. Brauer 718.
Kosten d. Buchforderungseskomptes, Die, herg. v. d. Evidenz-Zentrale, Wien 718.
Kredit i. Preußen, Der landwirtschaftl. (I. Die Ostpreuß. Landschaft), von Dr. W. v. Altrock 811.
Krieg bringen muß, Was uns d. von einem Deutschen 1093.
Kriegszeit, Wichtige kaufmännische Rechtsfragen i., von Dr. H. Heimann 990.
Kritik des Buchforderungseskomptes, Zur, von Dr. M. Sokal 717.
Kulturbanken, Die Niederländ.-Indischen, von E. Helfferich 715.
Kursschwankungen a. d. Berliner Börse i. Jahre 1913, Die, herg. v. d. Disconto-Ges. 717.
Kuxenmarkt Ausgabe 1914, Jahrbuch über den Rhein.-Westfäl., herg. v. d. Rhein.-Westfäl. Disconto-Ges. 717.

Landwirtschaft i. d. Ver. Staaten v. Nordamerika, D. Entwicklung d., von Dr. M. Augstin 1199.
Landwirtschaftliche Kredit i. Preussen, Der (I. Die Ostpreußische Landschaft), von Dr. W. v. Altrock 811.
Lebensmittelversorgung i. unseren Großstädten, Die Markthallen u. ihre Hiltskräfte als Faktoren d., von H. Krüer 718.
Lokal-u. Mittelbanken d. Schweiz, Die, von Dr. E. Wetter 812.

Markthallen u. ihre Hilfskräfte als Faktoren d. Lebensmittelversorgung i. unseren Großstädten, Die, von H. Krüer 718.
Mietzinsen, D. Rechte der Hypothekengläubiger a. d., von A. Sittarz 990.
Milchversorgung norddtsch. Städte u. Industriegebiete, D., 1199.
Mittelbanken d. Schweiz, Die Lokal- u., von Dr. E. Wetter 812.

Niederländ.-Indischen Kulturbanken, Die, von E. Helfferich 715.
Nordamerikanische Fragen herg. v. d. Handelshochschule München 715.

Oekonomie, Ausgew. Lesestücke z. Studium d. pol., von K. Diehl u. P. Mombert 716.
Oesterreich u. Ungarn, D. wirtschaftl. Beziehungen zwischen, von Dr. Béla Rajnik 1199.
Oesterr. Volkswirt, Der, herg. von G. Federn 990.
Organisation d. Korbwarenindustrie u. des Korbwarenhandels i. Deutschen Reiche, Die, von K. Brauer 718.

Petroleum-Monopol u. Welt-Petroleummarkt, Deutsches, von Germanicus 812.
Postscheckordnung v. 22. Mai 1914, Die, von J. Weiland 716.
Praxis der Emission von Wertpapieren n. d. österr. u. deutsch. Rechtsverhältnissen, Die, von J. Schwätzer 716.
Preisbildung gewerbl. Erzeugnisse i. Belgien, von Dr. E. Mahaim 811.
Privatbankiers i. d. Schweiz, Zur Geschichte der, von Dr. C. Burckhardt 717.

Rechnungslegung in d. Privatwirtschaft, Die Kontrolle der, von Bruno Stein 812.
Recht u. Wirtschaft, herg. von Reichel-Rumpf 990.
Rechte d. Hypothekengläubiger a. d. Mietzinsen, Die, von A. Sittarz 990.
Rechtliche u. wirtschaftl. Bedeutung der Buchführung, Die, von Dr. G. Hartrodt 718.
Rechtsfragen i. Kriegszeit, Wichtige kaufmännische, von Dr. H. Heimann 990.
Réforme Economique, La, herg. von Domergue 718.
Règlements par Effets de Commerce, La, v. G. Roulleau 715.
Reichsstempelgesetz, von P. Loeck 812.
Rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet, Die Heimarbeit im, von Prof. Dr. Arndt 716.
— -Westfäl. Kuxenmarkt Ausgabe 1914, Jahrbuch über den, herg. v. d. Rhein.-Westfäl. Disconto-Ges. 717.
Riforma Sociale, La, herg. von Einaudi-Prato 1093.
Rüstungsausgaben d. Deutsch. Reichs, Die, von M. Erzberger 1093.

Sächs. Volkswirtschaft, Fünfzig Jahre, vom Bankhaus Gebr. Arnhold 1199.
Salings Börsenpapiere III. (finanz.) Teil, bearb. von O. Hartberg 1198.
Schmoller's Jahrbuch f. Gesetzgebung. Verwaltung u. Volkswirtschaft 990
Schriftwesen, Kaufmännisches, von Dr. A. Weiß 718.
Schulden-Einziehungs-Verfahren, Das beste, billige, nach Dr. E. Karlemeyer 718.
Schweiz, Die Lokal- u. Mittelbanken der, v. Dr. E. Wetter 812.
—, Z. Geschichte d. Privatbankiers i. d., von Dr. C. Burckhardt 717.
Schweizerischen Aktienwesen wissen muß, Was der Kaufmann und Aktionär vom, von Prof. Dr. H. Töndury 717.
— Börsen, Die, von R. Lüscher-Burckhardt 717.
— Hypothekenbanken, Die, von J. Weber-Schuster 990.
— Kantonalbanken, Die, von Dr. A. Stampfli 812.
Soziale Kultur 718, 990.
Sozialistische Monatshefte, herg. von Bloch 990.
Sozialwissenschaft, Zeitschr. für, herg. von Pohle 718, 990.
Staatswissenschaft, Zeitschr. f. d. ges., herg. v. Bücher 1093.
Städte, Verfassung u. Verwaltung d. dt., von Dr. Schmid 716.
Statistik d. Steinkohlengaswerke i. Ungarn, Kroatien u. Slawonien von Ludwig Molnar 718.
— für die Jahre 1908—1912, Berliner, herg. vom Stat. Amt der Stadt Berlin 989.
Stat. Tabelle über alle Staaten der Erde, A. Hartleben's 717.

Digitized by Google

Stat. Taschenbuch über alle Länder d. Erde, A. Hartleben's Kleines, bearb. von Prof. Dr. F. Umlauft 717.
Steinkohlengaswerke in Ungarn, Kroatien und Slawonien, Statistik der, von Ludwig Molnar 718.
Steuerreserven Englands und Deutschlands n. Materialien z. intern. Finanzstatistik, D. von Prof. Jul. Wolf 715.

Tagespresse, Der Handelsteil der, v. n W. Vogel 989.
„Taxator", Der (Bodenwerte u. Beleihungen Groß-Berlins) von R. Bloos 812.

Universität Frankfurt a. M., Die Gründung der, Vortrag von Prof. Dr. A. Voigt 1199.

Ver. Staaten von Nordamerika, Die Entwickl. der Landwirtschaft in den, von Dr. M. Augstin 1199.
Verfassung u. Verwaltung der dt. Städte von Dr. Schmid 716.
Versicherungswissenschaft, Zeitschrift für die ges., herg. von Manes 1093.
Volkswirtschaftl. Betrachtungen über Belgien von Dr. C. Calmon 1093.
Volkswirtschaftslehre, Einführung in die, von Prof. Dr. P. Benndorf 812.

Was der Kaufmann u. Aktionär v. schweizer. Aktienwesen wissen muß v. Prof. Dr. H. Töndury 717.
— uns d. Krieg bringen muß von einem Deutschen 1093.
Welt-Petroleummarkt, Deutsches Petroleum-Monopol u., von Germanicus 812.
Weltkrieges, D. wirtschaftl. Folgen d., von A. Lohmann 1199.
Wertpapieren n. d. österr. u. dt. Rechtsverhältnissen, Die Praxis d. Emission von, von J. Schwätzer 716.
Wertveränderung durch Abschreibung, Tilgung u. Zinseszinsen, Die, von Dipl.-Ing. H. Kastendieck 812.
Wettbewerbsverbot (Konkurrenzklausel) von Dr. G. Baum 812.
Wichtige kaufmännische Rechtsfragen i. Kriegszeit von Dr. H. Heimann 990.
Wirtschaftl. Bedeutung d. Buchführung, Die rechtliche u., von Dr. G. Hartrodt 718.
— Beziehungen zwischen Oesterr. u. Ungarn von Dr. Bèla Rajnik 1199.
— Folgen d. Weltkrieges, D., von A. Lohmann 1199.
Wirtschaftsbilanz, Handels-, Zahlungs- u., von Dr. J. Gruntzel 990.

Zahlungs- u. Wirtschaftsbilanz, Handels-, von Dr. J. Gruntzel 990.
Zeitschrift f. d. gesamte Staatswissenschaft, herg. v. Bücher 1093.
— f. d. ges. Versicherungswissenschaft, herg. v. Manes 1093
— f. Handelswissenschaft u. Handelspraxis, herg. v. Rehm, Obs u. a. 1093.
— f. Sozialwissenschaft, herg. v Pohle 718, 690.
Zentralverbandes dt. Konsumvereine für 1913, Jahresbericht des, herg. v. H. Kaufmann 715.
— dt. Konsumvereine, Jahrbuch 1914, d., herg. v. H. Kaufmann 1093.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee. Für die Redaktion verantwortlich: Wolfgang Fernbach, Berlin.
Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Die Erziehung zur Liquidität.

Die deutsche Reichsbank hat in der letzten Zeit mit sichtlichem Erfolge an der seit den schlimmen Herbsttagen des Marokkojahres 1911 als außerordentlich dringlich empfundenen Aufgabe gearbeitet, die unmittelbare Zahlungsbereitschaft des deutschen Kreditwesens zu verbessern. Von vornherein hat ihr als Ziel der Reform jene Kreditverfassung vorgeschwebt, die eines fortgeschrittenen Bankwesens allein würdig ist, bei der sich nämlich auf einem Unterbau von innerlich gefestigten und der Staatshilfe entwachsenen Privatbanken ein starkes Zentralinstitut erhebt, das sich nicht damit begnügt, das Geldwesen im Lande mechanisch zu regeln, sondern das zugleich die große Reserve verwaltet, die das Land im Hinblick auf künftige wirtschaftliche und politische Möglichkeiten braucht, und die man als den Prämienfonds der nationalen Gefahrenversicherung anzusehen hat. Auf dieses Ziel hat die Reichsbank mit großer Konsequenz hingearbeitet. Sie hat die Banken, die in früheren Jahrzehnten systematisch daran gewöhnt worden waren, sich auf die Hilfe der Zentralbank zu verlassen, und die sich infolgedessen an allen großen Zahltagen wie Bleigewichte an sie gehängt hatten, mit größtmöglicher Schonung von sich abzuschütteln begonnen; die Diskontierung von Finanz- und Prolongationswechseln wurde eingeschränkt, der viel mißbrauchte Lombardkredit an den Quartalsterminen verteuert. Gleichzeitig wurde den Banken der Weg gewiesen, wie sie diesen kleinen Ausfall an fremder Hilfe aus eigener Kraft wettmachen könnten. Durch sorgfältige Auswahl der Anlagen, durch verringerte Inanspruchnahme von Passiv-Kredit, vor allem aber durch Unterhaltung hinreichend hoher Barbestände würde sich, wie die Reichsbank immer und immer wieder betonte, allmählich ein so hoher Grad von

Digitized by Google

Eigenliquidität bei den Banken herausbilden, daß ein Rückgriff auf fremde Hilfe nur noch ausnahmsweise erforderlich werden würde. Energische Maßnahmen zur Beschleunigung dieser Verbesserung der Banksitten wurden zunächst vermieden. Die Reichsbank beschränkte sich darauf, den Banken die „freiwillige" Veröffentlichung von Zwischenbilanzen in zweimonatlichem Turnus nahezulegen, und wartete ab, ob das Bewußtsein, fortdauernd die scharfen Augen der Kritik und vor allem der Reichsbank auf ihre Ausweise gerichtet zu sehen, die Banken mit der Zeit zur Vornahme der gewünschten Korrekturen veranlassen würde. Inzwischen nahm sie Reformen im eigenen Hause vor. Sie verstärkte ihre schwachen Goldbestände durch Barrenkäufe im Ausland sowie durch Ausgabe kleiner Noten, schützte diese Metallmassen durch einen starken Vorrat an Auslandswechseln vor der Gefahr des Zusammenschmelzens bei ungünstiger Zahlungsbilanz und setzte durch, daß der Reichstag einen eisernen Kriegs- und Krisenfonds — der heute rund 100 Millionen beträgt und auf 240 Millionen anwachsen soll — in ihre Obhut gab.

Während aber die Reichsbank auf diese Weise ihre eigene Krisenbereitschaft in kurzer Zeit erheblich verbessert hat, ist bei den Privatbanken alles beim alten geblieben. Die Zweimonatsbilanzen haben, soweit es auf erzieherische Wirkungen abgesehen war, ihren Zweck vollkommen verfehlt, zum mindesten bei den Berliner Großbanken, auf die es in erster Linie ankommt. Die Spekulationskredite haben sich allerdings vermindert, und die Einschüsse darauf haben sich erhöht. Aber das ist vielleicht nur die natürliche Wirkung der herrschenden Börsendepression; ob man einen Systemwechsel darin erblicken darf, wird sich erst bei der nächsten Börsenbelebung herausstellen. Nichts geändert hat sich dagegen in der sonstigen Anlagepolitik und bei den Passivkrediten. Der Akzeptumlauf hat sich sogar noch weiter erhöht und bei den acht Ausweise veröffentlichenden Berliner Großbanken Ende April d. J. 110 % des Aktienkapitals ausgemacht (vor zwei Jahren rund 99 %). Nichts geändert hat sich vor allem bei den Barbeständen, die noch immer in demselben Verhältnis oder vielmehr Miß-

Digitized by Google

verhältnis zu den fremden Geldern stehen wie vor dem Besserungsversuch der Reichsbank. Da sich die indirekten Mittel also als unwirksam herausgestellt haben, so hat der Reichsbankpräsident sich jetzt zu einem Schritt entschlossen, der wie ein erstes unmittelbares Eingreifen in die Selbstverwaltung der Banken aussieht. Er hat die Direktoren der Berliner Großbanken aufgefordert, dafür zu sorgen, daß ihre fremden Gelder künftig im Jahresdurchschnitt mit 10 % in bar oder Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken gedeckt seien; natürlich nach einer Uebergangszeit, während derer sie die sukzessive Auffüllung der Kassenbestände in Ruhe vornehmen könnten, wofür ihm zwei Jahre eine angemessene Frist zu sein schienen. An die Provinzbanken wolle er erst später, und zwar gruppenweise, herantreten, weil er hier eine unterschiedliche Behandlung je nach Gattung und Domizil für angebracht halte. Man brauche von den Provinzbanken nicht die gleiche Liquidität zu fordern wie von den Berliner Großbanken, könne bei ihnen vielmehr eine Abstufung der Barreserve nach unten eintreten lassen. Für die Gesamtheit der Kreditbanken werde sich die Bardeckung daher nur auf 8—9 % der fremden Gelder stellen.

Wie nicht anders zu erwarten, hat die Forderung des Reichsbankpräsidenten in der Berliner Großbankwelt stark verstimmt. Um so mehr, als man sehr wohl weiß, daß das konsequente Vorgehen der Reichsbank sowohl bei der Regierung wie auch bei den einsichtigeren Volkswirten auf Beifall zu rechnen hat, und daß man Gefahr läuft, sich bei offener Opposition eine Niederlage zu holen. Man kann also zunächst nur die Faust in der Tasche ballen, und das verstärkt den Groll über eine Maßnahme, die man nicht nur als einen willkürlichen Eingriff in die Autonomie des Bankwesens, sondern zugleich als eine pekuniäre Schädigung empfindet. Die Banken haben ausgerechnet, daß die geforderte Erhöhung der Barliquidität sie zwingt, im Laufe der nächsten Jahre rund 250 Mill. M. werbendes Kapital in zinsloses Geld zu verwandeln, und daß das eine jährliche Einbuße von mindestens 5 Mill. M. für sie bedeutet, was einem Dividendenausfall von fast ½ % entsprechen würde. Dabei gehen sie mit Recht von der Auffassung aus, daß der

Digitized by Google

Reichsbankpräsident den zehnprozentigen „Durchschnitts-Barbestand" nur an den sechs Ausweistagen des Jahres, nicht aber auch an den anderen Tagen voll aufrechterhalten wissen will. Denn da der Barbestand an diesen anderen Tagen gegenwärtig um einige Prozent niedriger zu sein pflegt als an den Ausweis- und Ultimotagen und nur auf etwa 3 % der fremden Gelder veranschlagt werden kann, so würde eine Ausdehnung der geforderten zehnprozentigen Bardeckung auf alle 300 Arbeitstage im Jahre eine Mehrreserve von 7 % oder annähernd 375 Mill. M. bedeuten.

Aber gleichviel, ob man den in Reserve zu stellenden Mehrbetrag und den dadurch bedingten Zinsausfall höher oder niedriger veranschlagen will, einen praktischen Wert hat die ganze Berechnung nicht, weil sie auf einer irrigen Voraussetzung fußt. Die Banken übersehen nämlich, daß in der zweijährigen Frist, die ihnen der Reichsbankpräsident läßt, die Summe der von ihnen verwalteten Gelder aller Voraussicht nach eine starke Erhöhung erfahren wird, so daß sie die beiseite zu setzenden Bargelder nicht aus ihrem heutigen Geschäft zu ziehen brauchen, sondern sie dem natürlichen Neuzufluß entnehmen können. Veranschlagt man die Depositen und Kontokorrentgelder, die den zunächst in Frage kommenden Großbanken bis Mitte 1916 zufließen werden, auf 600 bis 700 Mill. M. — unter Zugrundelegung des Zuflusses vom 30. April 1913 bis 30. April 1914 würde man sie mit 900 Mill. M. anzusetzen haben —, so stehen den Banken nicht nur die nötigen Mittel zur Verfügung, um ihre Barreserven auf 10 % zu erhöhen, sondern noch ein weiterer Betrag von mehr als gleicher Höhe, der ihnen allermindestens so viel Zinseinnahmen abwirft, wie die Passivzinsen und Verwaltungskosten auf den bar aufzuspeichernden Teil des Neuzuflusses ausmachen. Man darf also nicht von einer Verkürzung der heutigen Dividenden, sondern höchstens von einer Verringerung des künftigen Mehrgewinnes reden.

Aber bei näherem Zusehen erweist sich nicht einmal das als gerechtfertigt. Denn für den Mindergewinn, der die notwendige Folge der Umwandlung werbenden Kapitals in zinsloses Geld ist, erhalten die Banken ein

Digitized by Google

ausreichendes Aequivalent in Gestalt der Konditionen-Aufbesserung, die sie auf Anregung und mit Unterstützung der Reichsbank teils schon durchgesetzt haben, teils noch durchsetzen werden. Im vorigen Sommer konnte man in allen Börsenblättern lesen, daß das allgemeine deutsche Konditionenkartell der Banken so gut wie perfekt wäre, und daß an fast allen maßgebenden Plätzen Deutschlands die Bedingungen für den Kontokorrent- und Akzeptkredit, für das Vermittlungsgeschäft, für die Verzinsung von Ultimogeld usw. vereinheitlicht und zum Vorteil der Banken verschärft worden wären. Damals mußte in diesen Heften darauf aufmerksam gemacht werden, daß ein allgemeines Banken- und Bankierkartell eine logische Unmöglichkeit sei, da immer nur solche Institute kartellierungsfähig seien, die unter annähernd gleichen äußeren Bedingungen arbeiten; daß also ein gut Teil Uebertreibung in der bankoffiziösen Darstellung liege. Heute, wo die Reichsbank auf die verbesserten Konditionen als eine Quelle von Mehreinnahmen hinweist und aus ihnen die Möglichkeit erhöhter Barreserven folgert, meinen die Banken selbst etwas kleinlaut, ein zuverlässiges Wirken des Konditionenkartells sei durchaus nicht sichergestellt. Ob sie damit allenthalben Glauben finden werden, ob nicht vielmehr diese Selbstdementierung jetzt als eine Notlüge aufgefaßt werden wird, kann dahingestellt bleiben. Denn der Einspruch der Banken ist, obwohl er den Tatsachen entspricht, ohne Bedeutung für die vorliegende Frage. Es handelt sich ja heute um ein Onus, das nicht etwa sämtlichen Banken, den großen wie den kleinen, den großstädtischen wie den provinzialen, auferlegt werden soll, sondern das zunächst nur die Berliner Großbanken belastet. Gerade sie aber haben ihre Konditionen bereits sehr wirksam verschärft, und gerade sie sind auch fernerhin in der Lage, ihrer Kundschaft gewisse sachlich nicht berechtigte Begünstigungen zu entziehen, und so ihre Einnahmen zu steigern, unbekümmert darum, ob die Provinz ihnen folgt oder nicht. Daß namentlich die Passivzinsen in der laufenden Rechnung einen allmählichen Abbau vertragen, das hat sich in der letzten Zeit deutlich gezeigt; ihre Ermäßigung um nur ¼ % wiegt bei den meisten

Digitized by Google

Banken schon überreichlich den Zinsverzicht auf, den ihnen die Forderung des Reichsbankpräsidenten zumutet.

Die Erregung, die sich der Großbankkreise bemächtigt hat, würde also selbst dann jeder Berechtigung entbehren, wenn es sich bei dem neuesten Schritt des Bankpräsidenten um einen Befehl handeln würde, dem die Banken ohne Widerrede nachzukommen hätten. Das ist aber natürlich gar nicht der Fall. Die Reichsbank hat weder das Recht noch die Absicht, dem Reichstag ins Handwerk zu pfuschen und auf eigene Faust Gesetze zu erlassen. Sie zieht lediglich die Konsequenz aus der Tatsache, daß sie, der die Sorge um das deutsche Geldwesen anvertraut ist, zugleich auch der größte und am rücksichtslosesten in Anspruch genommene Kreditgeber ist. Sie macht die Banken darauf aufmerksam, daß sie jene großen Kreditansprüche, durch die sie bisher so oft gezwungen wurde, den Bankdiskont zu erhöhen, also dem schwächeren Teil der deutschen Kreditnehmer den Zins zu verteuern, und die seltsamer Weise um so größer geworden sind, je mehr die Kapitalkraft der Privatbanken zugenommen hat, nicht in alle Ewigkeit fort befriedigen könne. Sie nennt den Banken gleichzeitig das nach ihrer Ansicht probateste Mittel, das jene in den Stand setzt, auf den Kredit der Reichsbank bis zu einem gewissen Grade zu verzichten, ohne dadurch in Verlegenheit zu geraten. Und sie sagt zugleich denjenigen Banken, die das Mittel anwenden wollen, ihre fernere Hilfe in dem dann etwa noch nötig werdenden Umfange zu. Wenn das ein Zwang ist, so ist es nur der berechtigte Zwang, den jeder Kreditgeber im Interesse des Selbstschutzes auf den Kreditnehmer ausüben darf und muß, der ihn durch seine ungemessenen Ansprüche in Verlegenheit zu bringen droht. Denjenigen Banken, die etwa der Meinung des Herrn Prof. Plenge sind und in den Forderungen der Reichsbank einen unstatthaften Eingriff in die Reichsgesetzgebung sehen, steht es durchaus frei, diese Forderungen unberücksichtigt zu lassen. Nur müssen sie dann natürlich darauf gefaßt sein, daß die Reichsbank ihnen den Aushilfskredit an kritischen Tagen knapp zumißt und die Wechselzensur ihnen gegenüber mit aller nur irgend statthaften Schärfe handhabt.

Digitized by Google

Daß die Reichsbank immer nur Wünsche äußern, aber keine Gesetze erlassen kann und will, geht u. a. aus der Tatsache hervor, daß bisher noch nicht einmal der vierte Teil der deutschen Aktienbanken ihrem Verlangen nach periodischer Veröffentlichung von Zwischenausweisen nachgekommen ist; die Zahl wäre sicherlich noch weit geringer, wenn nicht der Bundesrat die Forderung der Reichsbank in den revidierten Ausführungsbestimmungen zum Börsengesetz nachdrücklich unterstützt hätte. Auch die neueste Reformbestrebung der Reichsbank deutet in ihrer ganzen Formulierung darauf hin, daß jeder Eingriff in die Selbstbestimmung der Banken vermieden werden sollte. Man kann wenigstens nicht annehmen, daß die Reichsbank ohne Absicht darauf verzichtet hat, die zehnprozentige Bardeckung der fremden Gelder für alle 300 Arbeitstage obligatorisch zu machen, sich vielmehr mit dem weit weniger drückenden Nachweis einer solchen Deckung an den sechs Bilanztagen im Jahre begnügt hat. Denn nur für diese sechs Tage ist ihr der Stand der Banken genau bekannt, die Bardeckung daher ohne weiteres nachprüfbar. Eine Kontrolle der Bardeckung auch an den anderen Tagen würde sich nicht ohne einen willkürlichen Einblick in die Bücher der Banken ermöglichen lassen. Zu einem solchen fühlte sich die Reichsbank aber wohl trotz ihrer Gläubigereigenschaft nicht berechtigt, und so hat sie es bei der Verstärkung der Barliquidität an den Bilanztagen bewenden lassen — nicht ohne eine gewisse Gefahr für die ganze Reform, da ihr auf diese Weise die Kontrolle über den Barbestand an einem der allerwichtigsten Termine entgeht, nämlich über denjenigen am 30. September, für den die Großbanken keine Zwischenbilanz veröffentlichen.

Die Banken können sich also eigentlich nach keiner Richtung über einen willkürlichen Eingriff in ihre Rechte beklagen. Und da ihnen die Reform, wie wir gesehen haben, auch keinen sonderlichen pekuniären Schaden bringt, so sollte man meinen, daß sie sich in Ruhe mit ihr abfinden würden, zumal sie gegenüber dem als Damoklesschwert über den Banken schwebenden Reichsdepositengesetz entschieden das kleinere Uebel darstellt. Aber das ist wie bereits gesagt, nicht der Fall. Zum Teil überschätzen

Digitized by Google

die Banken die Einwirkung der Reform auf ihr Gewinnkonto, zum Teil vergessen sie, daß die Mehreinnahmen, die ihnen die (nicht ohne Zutun der Reichsbank) abgeänderten Konditionen bringen werden und heute schon bringen, von vornherein nur als Aequivalent für das Opfer gedacht waren, das sie im Interesse der Liquidität der ganzen deutschen Kreditwirtschaft bringen sollten. Jedenfalls nehmen sie den Forderungen der Reichsbank gegenüber eine abwehrende Stellung ein, wobei sie — da sich die absolute Nützlichkeit hoher Barreserven nicht gut in Zweifel ziehen läßt — die Taktik befolgen, die Reform durch den Hinweis auf ihre indirekten ökonomischen Folgen in Mißkredit zu bringen. Man kann aber nicht sagen, daß sich ihre Kritik dabei auf einem sonderlich hohen volkswirtschaftlichen Niveau bewegt.

Geradezu töricht ist z. B. die Behauptung, die Großbanken würden sich die ihnen aufgezwungenen Barreserven teilweise im Wege der Kapitalserhöhung beschaffen. Wer das sagt, der vergißt, daß eine Ausgabe neuer Aktien, die man unter Zugrundelegung der jetzigen Dividenden und des bei der Emission zu erzielenden Kurserlöses mit 5½ bis 6 % zu verzinsen haben würde, die denkbar teuerste Art der Geldbeschaffung sein würde. Man wird so leicht niemand glauben machen, daß man 6 %iges Geld aufnehmen wolle, um zinslos daliegende Barreserven aufzufüllen. Man würde sich damit auch selbst Lügen strafen. Denn wenn man wirklich glaubt, unter dem neuen Barregime angemessene Dividenden auf ein noch höheres als das gegenwärtige Kapital verteilen zu können — nur unter dieser Voraussetzung ließe sich ja eine Kapitalsvermehrung rechtfertigen —, so steht das in schroffem Widerspruch zu der beweglichen Klage der Banken, daß die Barreserven ihnen schon die Verzinsung des jetzigen, kleineren Kapitals erschweren müßten. Die Drohung mit der weiteren Steigerung der ohnehin schon maßlos angewachsenen Bankkapitalien und der Vorwurf, der Reichsbankpräsident leiste mit seinen Liquiditätsbestrebungen nur der Kapitalkonzentration Vorschub, sind also nicht ernst zu nehmen.

Ebensowenig kann man die Drohung ernst nehmen, die Banken würden ihren enormen Akzeptumlauf um den

Digitized by Google

in die Barreserve zu legenden Betrag weiter steigern. Denn damit würden sie nichts anderes erreichen als eine Verschärfung der Liquiditätsmaßregel. Bisher hat der Reichsbankpräsident, um die Banken nicht allzu sehr zu belasten, davon abgesehen, die Forderung der Bardeckung auch auf die Akzeptverbindlichkeiten zu erstrecken. Vor einer strengen Kritik kann die Ausnahmestellung, die dem Akzeptkredit auf diese Weise eingeräumt worden ist, und die den Berliner Großbanken fast 150 Mill. M. Barreserve erspart, ohnehin nur mit Mühe bestehen. Wird dieses Entgegenkommen aber gar mißbraucht und von den Banken zum Anlaß einer weiteren Steigerung ihres Akzeptumlaufs genommen, so bleibt der Reichsbank beim besten Willen nichts anderes übrig, als die Lücke zu schließen und die Bardeckungspflicht der Akzepte auszusprechen.

Nicht weniger unvorsichtig ist es von den Banken, wenn sie erklären, die Forderung der Reichsbank mit einem Massenverkauf ihrer Staatsanleihen beantworten zu wollen oder zu müssen. Sie liefern damit den Bankengegnern, die schon seit langem fordern, daß der den Sparkassen auferlegte Zwang zur Unterhaltung größerer Anleihebestände auf die Banken ausgedehnt werde, in leichtfertiger Weise neue Waffen. Und wenn es ihnen mit der Verkaufsdrohung noch ernst wäre! In Wirklichkeit kann aber eine gut geleitete Bank heute gar nicht daran denken, eine so liquide und gleichzeitig so hochverzinsliche Anlage, wie sie die Staatsanleihen zurzeit darstellen, zu niedrigem Kurse fortzugeben und dadurch die Verluste zu verewigen, die sie als vorübergehend ansehen darf, solange sie die Bestände festhält.

Einigen Eindruck mögen die Banken allenfalls mit der Behauptung erzielen, sie würden durch die Notwendigkeit, hohe Barbestände zu unterhalten, in die Zwangslage versetzt, größere Kreditkündigungen vorzunehmen. In Wirklichkeit liegt diese Zwangslage zwar gar nicht vor, denn die Barbestände sollen, wie wir gesehen haben, aus dem Geldzufluß der nächsten zwei Jahre und nicht aus den Gegenwartsgeldern der Banken angesammelt werden. Aber insofern haben die Banken dennoch recht, als das Geld, das bar aufgespeichert wird, dem Kreditverkehr naturgemäß

Digitized by Google

verloren geht. Das ist aber gerade der Zweck der Maßregel. Wenn unser Kreditwesen ungesund ist und die periodische Wiederkehr intensiver Wirtschaftskrisen geradezu erzwingt, so liegt das ja nur daran, daß sich auf einer zu schmalen Geldbasis ein zu hohes Kreditgebäude erhebt. Man kommt daher, wenn man bessern will, nicht um die Notwendigkeit herum, etwas vom Kreditgebäude abzutragen und zur Verbreiterung der Bargeldbasis zu verwenden. Dadurch, daß man diese Maßnahme nicht in die Gegenwart, sondern in die Zukunft verlegt, also nicht in existente Kreditverträge eingreift, sondern nur den Umfang der noch nicht getätigten, späterer Vereinbarung unterliegenden Kreditverträge etwas schmälert, erreicht man, daß sich die Reform in der schonendsten Weise, von der Nationalwirtschaft fast unbemerkt, vollzieht. Dies um so mehr, als die Reichsbank mit ihrer Forderung absichtlich in einer Zeit des geschäftlichen Niedergangs und des potenzierten Mißtrauens hervortritt, wo die Neigung zu neuen Kreditgeschäften ohnehin gering und der sogenannte „Kreditbedarf" in Deutschland so zusammengeschrumpft ist, daß deutsches Kapital in außerordentlich großem Umfange nach dem Auslande fließt.

Die überraschendste Behauptung aber, mit der die Banken die Forderung der Reichsbank beantwortet haben, ist wohl die, daß wahrscheinlich niemand anders die den Banken aufgezwungenen Barbestände aufzubringen haben werde, als die Reichsbank selbst. Die Banken würden, wenn sie nicht Kreditkündigungen, Konsolsverkäufe, Kapitalserhöhungen oder Akzeptvermehrungen vorzögen, sich die Barmittel einfach in der Weise verschaffen, daß sie einen entsprechenden Teil ihrer Wechselbestände bei der Reichsbank rediskontierten. Diese Behauptung ist so naiv und zeugt von einer derart schiefen Auffassung von dem, was die Reichsbank mit dem neuen Kurs ihrer Politik bezweckt, daß man an ihrer Ernsthaftigkeit zweifeln müßte, wenn sie nicht in allen maßgebenden Zeitungen als die offizielle Bankauffassung wiedergegeben würde. Glaubt man wirklich, daß die Reichsbank, deren ganzes Bestreben seit Jahren darauf gerichtet ist, die Anforderungen der Bankwelt an ihre Diskontbereitschaft herab-

Digitized by Google

zudrücken, und die insbesondere die erhöhte Barreserve der Banken als das wirksamste Mittel zu diesem Zweck ansieht, es dulden würde, daß man sie künftig noch stärker als bisher in Anspruch nimmt? Wenn das die Meinung ist, so kann eine schwere Enttäuschung nicht ausbleiben. Der zehnprozentige Barbestand soll nach dem Willen der Reichsbank ja gerade den beweglichen Puffer darstellen, der sich zwischen das Geldbedürfnis der Banken und ihre eigene Kreditbereitschaft schiebt; er soll den Stoß, den die Banken bei plötzlicher Häufung ihrer Auszahlungen gegen die Geldbestände der Reichsbank zu führen pflegen, auffangen und mildern. Erfüllt er diese seine Aufgabe nicht, erweist er sich nicht als ein Damm, der die Bankansprüche an die Reichsbank abwehrt, sondern als ein Kanal, der diese Ansprüche noch reichlicher zufließen läßt, so ist es unausbleiblich, daß die Reichsbank zu Mitteln einer direkten und schärferen Abwehr greift. Die Banken wären dann die Leidtragenden. Sie sollten es daher im eigenen Interesse unterlassen, die vergleichsweise harmlose Barreverse auf diese Weise zu diskreditieren.

Es steht natürlich nichts im Wege, daß die Reichsbank den Großbanken während einer gewissen Uebergangszeit mit Sonderkrediten zur Seite steht, um ihnen die Ansammlnug der Barbestände so leicht wie möglich zu machen; namentlich denjenigen Banken, bei denen der Zufluß der fremden Gelder sich unerwartet langsam vollziehen sollte. Aber diese Aushilfskredite dürften nur im Wege freundschaftlicher Vereinbarung und in dem der Reichsbank jeweils angebracht erscheinenden Umfange gewährt, sie dürften der Reichsbank nicht abgetrotzt werden. Auch müßte das etwa entstehende Schuldverhältnis der Privatbanken zur Reichsbank nach Ablauf der zweijährigen Uebergangszeit beendet sein, damit spätestens am 1. Januar 1917 die zehnprozentige Barreserve der Banken voll und unbelastet bereit liege. Denn an diesem Tage soll nach einem früheren Beschluß des Reichstags der Scheckstempel aufgehoben werden, der heute eine gewisse Schwerflüssigkeit der Depositengelder sowohl im Einzahlungs- wie Auszahlungsgeschäft bewirkt, und dessen Fortfall die Ansprüche, die man an die Liquidität

Digitized by Google

der Banken stellen muß, erheblich erhöht. Es scheint sogar, als ob der Reichsbankpräsident gerade im Hinblick auf die am 1. Januar 1917 zu erwartende Belebung des Depositen- und Scheckverkehrs die Frist für die Ansammlung der Barreserven auf zwei Jahre bemessen hat; wenn er es nicht am Ende selbst gewesen ist, der seinerzeit die Forterhebung des Scheckstempels bis zu jenem Termin durchgesetzt hat, an dem er seine Reform der Bankenliquidität beendet zu haben glaubte.

Wenn die Großbanken sich darüber beklagen, daß man ihnen eine Zwangsliquidität aufbürden wolle, die den Provinzbanken nur in wesentlich abgeschwächtem Maße, den Sparkassen und Kreditgenossenschaften aber überhaupt nicht zugemutet werden soll, so lassen sie die großen Unterschiede außer acht, die zwischen ihnen und jenen anderen Instituten bestehen. Die Großbanken spielen in Deutschland dieselbe Rolle, wie in den Vereinigten Staaten die Banken in den sogenannten „Zentral-Reservestädten". Das heißt, sie sind nicht nur die Banken ihrer Privatkundschaft, sondern zugleich die Banken der Kreditinstitute in der Provinz, deren Reserven sie zum Teil zu verwalten und deren Kreditbedürfnis sie gegebenenfalls zu befriedigen haben. Die Geldansprüche, die unerwartet an sie herantreten können, sind also nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig weit größer als bei den Provinzbanken, und andererseits fehlt ihnen der Rückhalt, den jene Banken außer an der Reichsbank noch an ihnen selbst haben. Deshalb ist es nur gerechtfertigt, wenn man an ihre Liquidität dieselben erhöhten Anforderungen stellt, wie das amerikanische Nationalbankengesetz sie gegenüber den Zentralreservebanken erhebt. Nicht minder gerechtfertigt wie die unterschiedliche Vorzugsstellung, der sich die Provinzbanken — je nachdem sie selbst wieder Reservebanken sind oder nicht — im Liquiditätsplan des Reichsbankpräsidenten erfreuen, ist die prinzipielle Freilassung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken von der Forderung einer erhöhten Barreserve. Wenn auch diese Institute an der dem ganzen deutschen Kreditwesen eigentümlichen Illiquidität nicht minder laborieren wie die Aktienbanken, so ist die Illiquidität bei ihnen doch von einer ganz anderen Art. Sie ist

Digitized by Google

hier mehr durch eine geeignete Auswahl der Anlagen als durch die Festsetzung eines Bargeld-Minimums zu heilen. Eine Ausnahme machen bei den Genossenschaften nur diejenigen großen Institute, welche entweder einen vollkommenen Bankcharakter angenommen haben, oder aber — ähnlich den Großbanken — Zentralen und Geldausgleichstellen einer größeren Anzahl von Genossenschaften zweiten Ranges sind. Wenn an diese Institute keine Bardeckungsforderung ergehen sollte — sie wäre in Preußen vom Präsidenten der Zentralgenossenschaftskasse zu erlassen —, so wäre das in der Tat eine Lücke in der gegenwärtigen Kreditreform. Alfred Lansburgh.

Eine Denkschrift.

„Die wirtschaftlichen Wirkungen eines Gesetzes lassen sich niemals mit völliger Sicherheit überschauen. Aus diesem Grunde sind auch die von dem Gegner einer durchgreifenden gesetzlichen Maßregel zumeist mit großer Sicherheit vorgetragenen Vorausbestimmungen mit Vorsicht aufzunehmen." So heißt es in dem Gutachten, das der eifrige Vorkämpfer eines Gesetzes zum Schutze der Bauforderungen, der Berliner Grundbuchrichter und spätere Kammergerichtsrat Thinius, auf den Verhandlungen des 24. Deutschen Juristentages über den damals vorliegenden Gesetzentwurf erstattet hat. Die „mit großer Sicherheit vorgetragenen Vorausbestimmungen" hatten es verschuldet, daß dieser Entwurf erst nach jahrzehntelangem Drängen der verschiedenen Parteien von der Regierung vorgelegt worden war, und sie waren auch schuld daran, daß es weiterer geraumer Zeit bedurfte, ehe er zum Reichsgesetz erhoben wurde. Dies geschah im Jahre 1909, im wesentlichen in der Form, in der das Gesetz zwölf Jahre vorher von dem Referenten des Deutschen Juristentages befürwortet worden war; nur daß es den Gegnern des Gesetzes gelungen war, die tatsächliche Einführung des Hauptteiles des Gesetzes von besonderen landesgesetzlichen Verordnungen abhängig zu machen. Die Folge dieser Klausel war, daß die Debatten über den Schutz der Bauforderungen, der die Parlamente schon mehr als ein Dezennium beschäftigt hatte, von neuem eröffnet wurden, und daß sie selbst heute, fünf Jahre nach dem Erlaß des Gesetzes, noch nicht beendet sind. Die Gegner der Einführung des Hauptteiles haben inzwischen eine gewichtige Autorität in der Person des vorerwähnten Kammergerichtsrats gewonnen, der seit seinem Auftreten auf dem Juristentag sein Amt mit dem Posten eines Hypothekenbank-Direktors vertauscht hat. Um dem immer stür-

Digitized by Google

mischer werdenden Drängen der geschädigten Handwerker nach Einführung des Gesetzes entgegenzukommen, entschloß sich die preußische Regierung im Jahre 1912, die bereits von einer Generation von Parlamentariern bewältigte Arbeit noch einmal zu leisten. Sie beauftragte das Statistische Landesamt, eine Untersuchung über die von Bauhandwerkern und Baulieferanten bei Groß-Berliner Neubauten in den Jahren 1909—1911 erlittenen Verluste vorzunehmen, und auch die Gründe zu ermitteln, welche die Verluste verschuldet hätten. Das Statistische Amt hat die ihm übertragene Arbeit kürzlich vollendet, und das Resultat seiner bald zweijährigen Tätigkeit liegt jetzt in einer durch den Regierungsrat Höpker bearbeiteten Denkschrift vor. Sie wird die Herbsttagung des preußischen Abgeordnetenhauses beschäftigen, obwohl die Entscheidung bei den Landesbehörden liegt, und die vom Abgeordnetenhause einzunehmende Stellung für die Regierung praktisch gleichgültig sein kann.

Die Denkschrift zerfällt in drei Teile. Der erste Teil dient der zahlenmäßigen Feststellung der Verluste und des Verhältnisses, in dem die einzelnen Baugläubiger daran partizipieren, der zweite beschäftigt sich mit den Gründen der Verluste, und der dritte bringt eine Uebersicht über die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung der Bauforderungen. Bei der Bearbeitung des zweiten und dritten Teiles der Denkschrift ist die dreitägige Aussprache berücksichtigt worden, die auf Veranlassung des Handelsministers zwischen Freunden und Gegnern des Gesetzes im Dezember vorigen Jahres im Statistischen Landesamt stattgefunden hat. Die Art und Weise, wie diese kontradiktorischen Verhandlungen auf die Denkschrift zurückgewirkt haben, rechtfertigt leider die Vermutung, daß man die Arbeit einer Persönlichkeit anvertraut hat, deren Urteil schon vor dem ersten Federstrich, und zwar im Sinne einer Ablehnung des Gesetzes, feststand. Dem Verfasser der Denkschrift wird man persönlich daraus keinen Vorwurf machen können. Wer sich überhaupt mit dieser Materie eingehender beschäftigt hat — und ein anderer kam ja für die Bearbeitung nicht in Frage —, mußte unvermeidlich der einen oder der anderen Partei zuneigen, wie es auch weiter ganz selbstverständlich ist, daß dieser Parteistandpunkt auf die Gruppierung des Materials nicht ganz einflußlos bleiben konnte. Damit muß man sich abfinden. Peinlich ist nur der Gedanke, daß die an der Hintertreibung des Gesetzes interessierten Kreise Mittel und Wege gefunden haben könnten, das Referat in die Hände einer Persönlichkeit gelangen zu lassen, über deren Standpunkt sie von vornherein beruhigt sein konnten.

So ist denn aus dem Statistischen Landesamt eine Denkschrift mehr gegen als über das Gesetz zum Schutze der Bauforde-

Digitized by Google

rungen herausgekommen — eine brauchbare Kulisse, hinter die sich Regierung und Abgeordnetenhaus vor den ungeduldigen Handwerkern zurückziehen können, wenn sie die Einführung des Gesetzes noch immer nicht für opportun erachten. Trotzdem bietet die Denkschrift auch den Freunden der Einführung insofern manche Handhabe, sowohl was ihre positiven Resultate, wie auch ihre Folgerungen anlangt, als sie deutlich erkennen läßt, in welchem Grade sie von dem subjektiven Parteistandpunkt aus beeinflußt worden ist. Die ungeschriebene Disposition der Denkschrift läßt sich nämlich etwa dahin präzisieren: 1. Verluste der Bauhandwerker und Lieferanten sind zwar vorhanden, sie sind aber nicht annähernd so groß, wie die Freunde des Gesetzes behaupten. 2. Welches die tieferen Ursachen dieser Verluste sind (abgesehen von der Ueberproduktion an Häusern, die nicht als Ursache, sondern als äußeres Symptom anzusehen ist), konnte nicht ermittelt werden; es steht aber fest, daß die von den Freunden des Gesetzes als Hauptursache angeführten Mißstände bei der zünftigen Terrainspekulation, nämlich die Verteuerung der Parzellenpreise und dadurch bedingte Zurückdrängung des soliden Bauunternehmertums, nicht vorhanden sind. 3. Die bisherigen Gesetzesmaßnahmen haben die unerfreulichen, wenn auch von den Freunden der Einführung stark übertriebenen, Zustände auf dem Baumarkt nicht beseitigen können. Die Einführung des zweiten Teils des Bauhandwerkergesetzes würde sie zwar beseitigen, trotzdem aber ist sie nicht zu befürworten, weil die schon seit 20 Jahren von der Terrainspekulation und von den Hypothekenbanken mit großer Sicherheit prophezeiten Nachteile (die nach Thinius mit großer Vorsicht aufzunehmen sind) bei dem Verfasser der Denkschrift noch heute ihre volle Geltung haben.

Um die Verluste der Baugläubiger zu ermitteln, wurden an die beteiligten Kreise Fragebogen versandt und zugleich eine statistische Aufnahme sämtlicher von 1909—1911 in 48 Gemeinden Groß-Berlins errichteten Neubauten gemacht. Die dabei gewonnenen Ziffern, die nachzuprüfen auch noch auf anderem Wege versucht wurde, bilden die Grundlage der weiteren Untersuchung. Hier stockt der Leser der Denkschrift schon. Was sind Neubauten? Wenn die Stadt Berlin ein neues Rathaus, wenn Borsig Arbeiterwohnungen, wenn die Firma Wertheim ein neues Warenhaus, Herr von Mendelssohn eine neue Villa im Grunewald errichtet, so sind das gewiß alles Neubauten; aber es sind Bauten, die für eine Untersuchung über den Umfang des in Groß-Berlin herrschenden Bauschwindels ohne jedes Interesses sind. Die Bearbeiter der Statistik sind anderer Meinung gewesen und haben alle diese Neubauten mit hineingenommen. Sicherlich ist die

Digitized by Google

Einbeziehung dieser Objekte für die Beurteilung der Lage des Berliner Bauhandwerks nicht ohne Wert; aber im Hinblick auf die von der Denkschrift verfolgten Ziele ist sie gefährlich und irreführend. Wenn auch in einigen der wichtigsten Tabellen der Neubauwert der öffentlichen Gebäude außer Betracht bleibt, ist die gewählte Methode doch geeignet, wichtige Resultate der Denkschrift in einer, den Gegnern des Handwerkerschutzes sehr erwünschten Weise zu beeinflussen. So erfährt man z. B., daß in der fraglichen Zeit (unter Weglassung der öffentlichen Bauten) 6962 Gebäude errichtet wurden, von denen 2818 Häuser gleich 40,48 % mit Verlusten für die Baugläubiger verbunden waren. Freilich ist auch das noch ein Beweis für die Unsolidität der Verhältnisse, aber es spiegelt nicht entfernt die ganze Unsolidität wider. Man wollte sinngemäß eine Statistik über die sogenannten Spekulationsbauten, das sind diejenigen Bauten, die von der Bauspekulation zu möglichst schnellem Verkauf errichtet werden, und bei denen die erste Anregung meist von dem Terrainbesitzer ausgeht, zum Unterschied, von dem Bestellungsbau (Villen, Fabrikgebäude, Geschäfts-Eigenhäuser), den der Erbauer zu geschäftlichen oder Anlagezwecken (Zinshaus) benutzen will. Man sollte meinen, daß es nicht hätte schwer fallen können, einen Trennungsstrich zu ziehen, und sich auf die Verluste an den eigentlichen Spekulationsbauten, die für die vorliegende Untersuchung allein von Interesse sind, zu beschränken. Statt dessen hat man ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Entstehungsart alles in die Statistik einbezogen, was aus Stein und Ziegeln, Holz und Trägern besteht. Nur Holzschuppen wurden ausgeschieden. Hierdurch muß aber notwendigerweise das Bild nach der günstigen Seite hin gefärbt erscheinen. Und diese Retouchierung macht ihren Einfluß mehr oder weniger auf alle wichtigeren Teile der Statistik geltend, obwohl diese an sich das Streben erkennen läßt, aus den von vornherein falsch sortierten Zahlen objektiv herauszuholen, was nur immer herauszuholen ist.

Im übrigen leidet die Denkschrift an dem Fehler, der jeder Statistik anhaftet, hier aber besonders gefährlich wirkt: Sie gibt nivellierende Durchschnittsziffern. So erfahren wir, daß bei den 2818 mit Handwerkerverlusten behafteten Bauten insgesamt Verluste von 20,5 Millionen angemeldet worden sind, was 1,78 % aller Neubauwerte (ohne die öffentlichen Bauten) ausmacht. Die Ziffer 1,78 % erscheint ziemlich niedrig, und man ist im ersten Augenblick geneigt, in einem solchen Verlustkoeffizienten, der wohl auch bei anderen Branchen vorkommt, nichts besonders Beunruhigendes, also auch nichts, was ein „Ausnahmegesetz" rechtfertigen könnte, zu sehen. Natürlich würde das Resultat ein ganz anderes gewesen sein, wenn man sich,

Digitized by Google

wie es sich gehörte, auf die Spekulationsbauten beschränkt hätte. Nun wird allerdings an einer Stelle der Denkschrift eine rohe Trennung vorgenommen, aus der sich ergibt, daß die Verlustziffer sich bei den Villenbauten auf nur 0,68 % und bei den Geschäftshäusern und Fabrikgebäuden auf nur 0,81 % stellt, während sie bei den Mietshäusern auf 1,97 % ansteigt. Das bestätigt zwar die allgemeine Annahme, daß das unsolide Bauunternehmertum, wenn es auch bei Villen sowie bei Geschäfts- und Fabrikhäusern nicht ganz ausgeschaltet ist, doch der Hauptsache nach bei den Mietshäusern zu finden ist. Aber die ganze Berechnung ist schief. Die für Mietshäuser herausgerechnete Ziffer wird dadurch weit unter den wirklichen Koeffizienten gedrückt, daß sich unter den „Mietshäusern" u. a. auch die Häuser gemeinnütziger Baugesellschaften, ferner die Häuser von Arbeiterkolonien, in denen viele Millionen Neubauwerte stecken, ferner die von Terraingesellschaften für eigene Rechnung zu Reklamezwecken erbauten Häuser und zahlreiche sonstige Eigenhäuser befinden, die für den Zweck der Statistik von Rechts wegen auszuscheiden hätten.

Trotz dieser Mängel sind manche der angegebenen Ziffern noch gravierend genug; so z. B. die Angabe, daß in Weißensee 73,58 %, in Schmargendorf 70,31 %, in Steglitz 65,75 %, in Friedrichsfelde 65,22 %, in Reinickendorf 64,49 %, in Niederschöneweide 63,16 %, in Mariendorf 60,58 %, in Tempelhof 60,39 Prozent aller Neubauten für die Handwerker verlustbringend waren. Interessant ist auch die Feststellung, daß die Verlustquote bei den Neubauten in den westlichen Berliner Vororten 2.20 %, in den übrigen 15 Vorortgemeinden dagegen nur 1,79 % beträgt. Hieraus ergibt sich, so heißt es in der Denkschrift, daß das Risiko für die Baugläubiger in den westlichen Vororten größer war als in den übrigen Gemeinden. Da die westlichen Vororte das klassische Gebiet der organisierten Terrainspekulation bilden, so hätte hier Veranlassung vorgelegen, dem ursächlichen Zusammenhang der beiden Tatsachen auf den Grund zu gehen. Die gleiche Veranlassung wäre angesichts der geringen Verlustziffer bei Villen und Geschäftshäusern gegeben, an deren Errichtung die Terraingesellschaften bekanntlich nur ganz ausnahmsweise beteiligt sind. Die Denkschrift geht an diesen immerhin auffälligen Tatsachen achtlos vorüber, versucht dagegen, wie bereits erwähnt, im zweiten Teil den Nachweis zu liefern, daß die den Terraingesellschaften von den Freunden der Einführung des Gesetzes gemachten Vorwürfe in allen wesentlichen Punkten unbegründet seien.

Es gibt noch mehr solcher Beispiele für sich aufdrängende, aber unterlassene Folgerungen. Bei der Feststellung der Neubau-

Digitized by Google

werte ist dem Statistischen Amt die in Fachkreisen längst bekannte Tatsache aufgestoßen, daß die Wertschätzungen der privaten Feuerversicherungsanstalten in den Berliner Vororten den wirklichen Bauwert fast immer weit übersteigen, im Gegensatz zu Berlin selbst, wo die städtische Feuersozietät, der alle Berliner Bauten angehören müssen, keine Ueberversicherung zuläßt. Man hat hier eine typische Folgeerscheinung der Bauspekulation vor sich. Die Ueberversicherung muß hier dem gleichen Zweck dienen, wie die Uebertaxierungen gefälliger Grundstückssachverständiger, nämlich dem, die Beleihungs- und Verkaufswerte heraufzuschrauben. Die äußerliche Korrektheit, mit der diese zwei, für den Spekulationsbau so charakteristischen Schwindelmethoden auftreten (zu denen nicht selten noch frisierte Mietsverträge kommen), macht es begreiflich, warum so viel unerfahrene Rentner, die diese Bauten als solide Vermögensanlage erwerben, ihre Anzahlungen, und so viel Kapitalisten, die sie auf Grund dieser Angaben beleihen, ihr Geld verlieren, so daß man es geradezu als das kleinere Uebel ansehen muß, wenn diese Objekte, wenn auch auf Kosten der unbezahlt gebliebenen Handwerker, schon in der ersten Hand zur Subhastion kommen, ehe noch andere Kreise mit ihnen hineingelegt werden. Die Denkschrift hätte hier eine vorzügliche Gelegenheit gehabt, eine der Quellen des Bauschwindels nachzuweisen; sie hat davon aber keinen Gebrauch gemacht. Sie beschränkt sich lediglich auf die Konstatierung der Tatsache, „daß die Feuerversicherung für die Ermittlung der Neubauwerte unbrauchbar sei", ohne daraus die Folgerungen für das vorliegende Thema zu ziehen, die doch so nahe gelegen hätten.

Eine besondere Mühe ist vom Statistischen Amt auf die Errechnung des prozentualen Verhältnisses zwischen Verlust und Umsatz der verschiedenen Handwerkergruppen verwandt worden. Die dabei gewonnenen Resultate sind insofern von Wert, als sie die schon früher bekannte Tatsache statistisch belegen, daß die am Rohbau beschäftigten Handwerker- und Lieferantengruppen in ungleich geringerem Maße an den Verlusten beteiligt sind als die sogenannten Ausbauhandwerker — eine Folge des Umstandes, daß das Baugeld gewöhnlich die Hälfte bis zwei Drittel des Bauwerts erreicht. Die Ermittelungen sind aber auch wiederum nicht ungefährlich, weil die relative Mäßigkeit selbst des Höchstverlustes — 4,73 % des Umsatzes bei den Malern — leicht zu einer Unterschätzung der Verlustgefahr als solcher führt. Zunächst muß auch gegen diese Statistik der Einwand erhoben werden, daß der errechnete Umsatz sich nicht auf die Spekulationsbauten beschränkt, sondern sämtliche Privatbauten umfaßt. Eine Beschränkung auf die Spekulationsbauten

Digitized by Google

allein würde, wie immer wieder betont werden muß, eine ungleich höhere Durchschnittsziffer ergeben. Vor allem aber: Was soll überhaupt der Vergleich zwischen Gesamtverlust und Gesamtumsatz, der notwendigerweise zu schiefen Auffassungen führen muß? Nach dieser Methode könnte man beweisen, daß jeder Vermögensschutz überflüssig sei, weil nur ein winziger Bruchteil des Gesamtvermögens durch Raub und Diebstahl in Verlust kommt. Wertvoller wäre es gewesen, wenn das Statistische Amt ermittelt hätte, viewiel Personen des Handwerkerstandes in den letzten zehn Jahren infolge von Bauverlusten durch Selbstmord geendet oder den Verstand verloren haben, wie viel zu Verbrechern geworden oder einfach verlumpt und verlottert sind. Auch die Ermittlung des destruktiven Einflusses der anarchischen Zustände auf die staatserhaltende Gesinnung der Handwerkerkreise wäre von statistischem Interesse gewesen. Wobei allerdings zuzugeben ist, daß die gescheiterten Existenzen sich in der Regel im stillen zu verbluten pflegen, also der Statistik wenig Handhaben bieten.

Eine außerordentlich wichtige Folgerung, die aus dem Unterschied der anteiligen Verluste der verschiedenen Baugläubigergruppen hätte gezogen werden können, hat sich der Bearbeiter der Denkschrift entgehen lassen; die Folgerung nämlich, daß die verhältnismäßig geringen Verluste der am Rohbau beteiligten Kreise, also der Architekten, der Maurer, der Lieferanten von Trägern und Eisenkonstruktionen, von Steinen und Holz, die im ersten Augenblick schwer verständliche Tatsache erklären, warum diese Gruppen ein so auffallend geringes Interesse für den Schutz der Bauhandwerker haben, ja, das Schutzgesetz sogar wegen der Vorteile, die der jetzige Zustand in mancher Hinsicht für sie bringt, zuweilen direkt bekämpfen, wie es z. B. die in der Berliner Handelskammer vertretenen Holz- und Steinhändlerfirmen tun.

In seiner prinzipiellen Bedeutung ebenfalls nicht voll gewürdigt worden ist das Resultat einer interessanten Statistik, bei der man zunächst Zahl und Bauwert der Mietsgebäude je nach ihrer Ausstattung und Geschoßzahl in 13 Gruppen geteilt und dann den prozentualen Verlust ermittelt hat, der auf jede einzelne Gruppe entfällt. Das so gewonnene Resultat bestätigt, daß bei den Häusern mit einfacher Ausstattung die durchschnittliche Verlustziffer beträchtlich hinter der bei den vornehmen Häusern zurückbleibt. Die höchste Ziffer bietet bemerkenswerter Weise die letzte Gruppe, das sind Häuser mit sieben und mehr Zimmern und „hochherrschaftlicher" Ausstattung, wie man sie vorzugsweise in den westlichen Vororten findet. Welche aufreizende Tatsache durch diese scheinbar so trockenen Zahlen

Digitized by Google

enthüllt wird, scheint der Statistiker nicht zu fühlen. Die arme Bevölkerung, das predigt die Statistik dem tiefer Eindringenden, hat Wohnungen inne, bei denen ein verhältnismäßig großer Teil der Baugläubiger reell bezahlt wird. Dementsprechend muß der Besitzer oder Erwerber dieser Häuser auch die reelle Miete fordern, ja, es tritt vielfach noch ein Aufschlag deshalb ein, weil die Baugläubiger erfahrungsmäßig durch Höherstellung der Preise bei den sicheren Bauten einen Ausgleich für die Verlustgefahr bei den gefährdeten Bauten vorzunehmen pflegen. Umgekehrt wohnen unsere Geheimräte und Bankdirektoren, unsere ersten Rechtsanwälte und Aerzte vielfach unter dem Mietspreis, der bei reeller Bezahlung der Baugläubiger verlangt werden müßte. Wer ein solches Haus in der Subhastation erwirbt, kann natürlich billig sein, da ein Teil der Bau- und Einrichtungskosten an den Handwerkern und Lieferanten „gespart" worden ist. Welch ein Hohn liegt doch darin, solche zu einem Schandpreis ersteigerten Objekte, an denen der Schweiß unbezahlter Arbeit klebt, „Kulturwohnungen" zu nennen! Kein anständiger Charakter wird sich einen Rock bei einer Firma machen lassen, von der er weiß, daß sie ihre Gesellen um den Lohn betrügt. Aber in kostbar getäfelten Zimmern zu wohnen, in Marmorwannen zu baden, vor stilvollen Kaminen zu träumen, an denen die Tränen betrogener Handwerker hängen, das bereitet uns nicht die geringsten Skrupel.

Eine derartige ethische Ausschrotung des statistischen Materials wird man von der Denkschrift billigerweise nicht verlangen können. Wohl aber hätte es nahe gelegen, aus der zuletzt erwähnten Statistik eine für die Ermittelung der Ursachen der Bauverluste wichtige Tatsache festzustellen. Daß gerade die Häuser, die für wohlhabende Mieter berechnet sind, den verhältnismäßig größten Prozentsatz zu den Verlusten liefern, ist natürlich kein Zufall. Vielmehr hängt diese Erscheinung aufs engste mit der Schmutzkonkurrenz der westlichen Berliner Vorortgemeinden um die leistungsfähigen Steuerzahler zusammen. Um die ärmere Bevölkerung fernzuhalten, ist von einzelnen Gemeinden, namentlich von Wilmersdorf, ein großer Teil des städtischen Gebietes für den Bau von Häusern mit kleinen Wohnungen gesperrt, dagegen der Bau von Häusern mit vielzimmerigen Wohnungen auf jede Weise, speziell durch übermäßige Bereitstellung von fertigen Wohnstraßen, gefördert worden. Auf der gleichen Ursache beruht die Intimität mancher Gemeindeverwaltungen mit den auf ihrem Gebiet arbeitenden Terraingesellschaften. Als Folge dieses Wettrennens der Gemeinden um die Steuerzahler ist in den letzten Jahren jene Ueberproduktion von hochherrschaftlichen Häusern in den westlichen Vororten eingetreten, die zu Massensubhastationen, verbunden mit großen Handwerkerver-

Digitized by Google

lusten, geführt hat. Als Reaktion gegen die kommunalen Ausschreitungen ergibt sich jetzt eine Stockung im Wohnungsbau, unter der wiederum nicht die wohlhabende Bevölkerung leidet — diese hat noch mehr als genügend Auswahl —, sondern der ärmere Teil, auf den während der Hochkonjunktur der Bauspekulation nicht genügend Rücksicht genommen wurde, und bei dem infolgedessen jetzt bereits ein effektiver Notstand in der Beschaffung ausreichender Wohngelegenheit eingetreten ist. Von alledem ist übrigens, wie an dieser Stelle nur kurz erwähnt werden soll, im kritischen Teil der Denkschrift kein Wort zu lesen.

Ein anderer Mangel der Denkschrift wird von manchen vielleicht als Vorzug empfunden werden. Es ist dies die Ueberfülle an Ziffern, die hier geboten wird, und die bei aller Anerkennung des riesigen Fleißes und des echt preußischen Pflichteifers, der in diesen Zahlen steckt, doch nur zu leicht verwirrend wirken und den Blick von den entscheidenden Punkten ablenken kann. Ueber die Gefahren von Durchschnittsziffern ist schon gesprochen worden. Dazu kommt der berechtigte Zweifel hinsichtlich der Vollständigkeit des die Grundlage der Untersuchung bildenden Materials. Der Verfasser der Denkschrift gibt sich in dieser Hinsicht einem nach meiner Ueberzeugung nicht gerechtfertigten Optimismus hin. Er meint, daß die herausgerechneten Endziffern der Verluste Maxima darstellten; wenn also Fehler in der Aufnahme gemacht sein sollten, so könne sich das Bild höchstens nach der günstigen Seite hin ändern. Gegen diese Auffassung ist sehr viel einzuwenden. Um nur eins herauszugreifen: Nach der Denkschrift haben von 10099 in die Statistik einbezogenen Handwerkerbetrieben 8215 auf die Umfrage des Amtes geantwortet und 1884 nichts von sich hören lassen. Von denen, deren Antworten eingingen, haben wiederum 6055 oder 73,7% keine Verluste angemeldet, so daß im ganzen nur 2160 Betriebe nach eigenen Angaben Verluste erlitten haben. Die so große Zahl der Handwerker ohne Verluste findet nach der Denkschrift darin ihre Erklärung, daß sich unter ihnen auch viele befinden, die zwar gefragt wurden, aber in den betreffenden Jahren 1909 bis 1911 an Neubauten in Groß-Berlin nicht beteiligt waren. Diese Erklärung reicht aber nicht aus. Viele Handwerker haben, wie der Verfasser durch Befragung kleiner Handwerksmeister festgestellt hat, ihre Verluste deshalb unterdrückt, weil sie im anderen Falle ihren Kredit bei den Rohmateriallieferanten, auf den sie fast ausnahmslos angewiesen sind, zu schädigen glaubten. Diese Furcht war natürlich unberechtigt; aber man darf nicht vergessen, daß es sich in den allermeisten Fällen um kleine Leute gehandelt hat, die einem Fragebogen der Regierung, durch den ihnen alle möglichen Geheimnisse entlockt werden sollen, an und für sich

Digitized by Google

schon mißtrauisch gegenüberstehen. Es ist danach die Vermutung nicht unberechtigt, daß die kleinen, aber für die betreffenden Existenzen doch sehr fühlbaren Verluste, in der Statistik keinen entsprechenden Niederschlag gefunden haben. Dazu kommt die nicht eben geringe Zahl von Handwerkern, die durch die unsoliden Zustände auf dem Baumarkt derartig verbittert, vielleicht auch moralisch derartig heruntergekommen sind, daß ihnen das Gefühl für die Verpflichtung mangelte, sich an solchen Enqueten zu beteiligen. Endlich begegnet man in diesen Kreisen vielfach dem Gefühl der allgemeinen „Wurstigkeit", das in der Ansicht wurzelt, daß eine Besserung der Verhältnisse von der Regierung nach so vielen Enttäuschungen doch nicht mehr zu erwarten sei.

Alle diese Mängel machen es verständlich, daß die Statistik bei einer Stelle große Anerkennung gefunden hat, nämlich bei dem Schutzverband für den deutschen Grundbesitz, dessen erster Angestellter früher selbst ein hohes statistisches Amt inne hatte, und deshalb eine gewisse Kompetenz für sich in Anspruch nehmen kann. Aber gerade das Lob dieser Kreise, hinter denen die zünftige Terrainspekulation steht, also Persönlichkeiten, die nach weit verbreiteter Ansicht die Hauptschuld an den unsoliden Zuständen auf dem Baumarkt tragen, sollte den Verfasser der Denkschrift stutzig machen.

Immerhin sind die Bedenken gegen die statistische Erfassung und Bearbeitung des Materials im wesentlichen solche, wie sie der allgemeinen Mangelhaftigkeit dieser ebenso gefährlichen wie wichtigen Wissenschaft entspringen. Ganz anderer Art sind die Bedenken, die der zweite und dritte Teil der Denkschrift auslösen, in denen auf die Gründe der Verluste eingegangen und eine Darlegung über die vermutlichen Wirkungen der etwaigen Einführung des zweiten Teiles des Bauhandwerkergesetzes gegeben wird. Da in diesen beiden letzten Teilen der Parteistandpunkt des Statistikers gegen das Gesetz stärker hervortritt als dem Zweck der Denkschrift dienlich war, so muß es den Freunden des Gesetzes erlaubt sein, hierzu eine Antikritik zu liefern. Das soll in einem zweiten Artikel geschehen.

Ludwig Eschwege.

Die „Zentralkasse der deutschen Privatbankiers".

Im Gegensatz zur Großbank, deren geschichtliche und organisatorische Eigenart sie allerwärts zur Trägerin des internationalen Kreditgeschäftes, in Deutschland außerdem noch des Gründungs- und Emissionsgeschäftes macht, ist der Privatbankier der gegebene Vertrauensmann des Privatkapitalisten bei der Wahl seiner Vermögensanlagen und sein Vermittler bei der Durchführung der-

Digitized by Google

selben. Als Berater des Kapitalisten steht er der Aktienbank, welche die Anlagen liefert, unter denen jener wählen soll, objektiv kritisch gegenüber; als Vermittler ist er ihr Abnehmer, ihr Kunde. Diese Doppelfunktion des Bankiers als Vertrauensmann des Kapitalisten und als Großabnehmer der Bank ist eine volkswirtschaftlich so gesunde, ja unentbehrliche, daß man meinen sollte, sie gewährleiste dem tüchtigen Bankier seine Existenz in jedem nur denkbaren Wirtschaftssystem. Denn so wenig der Privatmann den zuverlässigen Berater missen kann, der über die verborgenen Vorzüge und Risiken der unzähligen Anlagegelegenheiten sachverständig und uninteressiert aburteilt, genau so wenig kann die Emissionsbank auf den Mittelsmann verzichten, der ihre Werte zu den Abnehmern leitet, deren Vertrauen er genießt, und deren Bedürfnisse er kennt. Der Privatbankier als Kommissionär müßte also von Rechts wegen zu jeder Zeit sein gutes Brot finden, besonders aber in einer Zeit wie der gegenwärtigen, in der immer größere Teile des Volksvermögens mobilisiert werden, d. h. immer mehr Unternehmer nach Kapital und immer mehr Kapitalisten nach Unternehmungen suchen.

Nichtsdestoweniger sehen wir, daß das Gegenteil der Fall ist. Wir stehen vor einem unverkennbaren, andauernden und dem Anschein nach unaufhaltsamen Niedergange des Bankierstandes. Das seltsamste ist aber, daß nicht nur fernerstehende Kreise diesem Niedergange achselzuckend als einer Art Naturerscheinung zusehen, sondern daß der Stand der Privatbankiers selbst seinen Niederbruch als etwas ganz Selbstverständliches, als etwas im Zuge der Zeit Liegendes betrachtet, wogegen es keinen Widerstand gibt. Wenn die Privatbankiers sich jetzt in einigen Städten zu Verbänden zusammengeschlossen haben, so ist das, wie wir im vorigen Hefte gesehen haben, nicht etwa zu dem Zweck geschehen, sich das bedrohte, ja schon halb verlorene Gebiet des Kundengeschäftes zurückzuerobern, sondern um gemeinsam eine Geschäftsart zu pflegen, die eigentlich aus dem Kreise ihrer berechtigten Interessen herausfällt und einen Eingriff in das Reservat der großen Aktienbanken bedeutet; also keine Verteidigung ihres eigenen, sondern eher eine Auswanderung auf fremdes Gebiet. Es sind sich eben nur sehr wenige Bankiers darüber klar, daß der Enteignungsprozeß, dem ihr Stand zum Opfer zu fallen droht, ganz und gar kein notwendiges Produkt der Zeitverhältnisse, sondern eine Anomalie ist, die in einem ganz bestimmten Fehler, in einer Unterlassungssünde des Bankierstandes selbst wurzelt, und daß man nur die Unterlassung nachzuholen braucht, um die Anomalie zum Verschwinden und den Bankierstand wieder zur Blüte zu bringen.

Worin besteht die begangene Unterlassungssünde? Das ist

Digitized by Google

sehr leicht zu erkennen, wenn man sich vergegenwärtigt, was das Publikum vom Bankier verlangt, und was es bei ihm findet bzw. vermißt.

Was das Publikum in erster Linie beim Bankier sucht, ist uneigennützige, sachverständige und individuelle Raterteilung in Vermögenssachen. In diesem Punkte ist der Bankierstand heute genau so leistungsfähig, wie er es zur Zeit seiner höchsten Blüte war. Ja, er entspricht den Anforderungen heute sogar noch besser als früher. Er hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte eine gereiftere Auffassung seiner Pflichten gebildet und ist entschieden nicht mehr der bedingungslose Freund der Spekulation, der er noch vor fünfundzwanzig Jahren war. Inwieweit Börsen- und Depotgesetz zu dieser Wandlung beigetragen haben, braucht hier nicht untersucht zu werden. Beanstanden könnte man vielleicht, daß sich ein großer Teil der Bankiers bei der Raterteilung nicht unabhängig genug von den Bonifikationen hält, welche die Emissionsinstitute und namentlich die Hypothekenbanken für die Unterbringung ihrer Effekten zu gewähren pflegen. Doch hat man nur selten davon gehört, daß diese Beeinflussung bis zur dolosen Empfehlung notorisch minderwertiger Papiere gegangen wäre. Und wer die Empfehlungen des Durchschnitts-Privatbankiers mit denen des typischen Depositenkassen-Vorstehers vergleicht, dem drängt sich die Erkenntnis auf, wie überaus notwendig der Bankierstand schon als Gegengewicht gegen die von einseitigen Emissionsinteressen diktierte Placierungspolitik der Großbanken ist.

In puncto Raterteilung hat daher der Privatbankier auch heute noch eine Vorzugsstellung gegenüber der Aktienbank, und wenn das Publikum weiter nichts von seiner Bankverbindung verlangen würde, als Rat und Anlagevermittlung, so wäre trotz der Aktienbanken noch genügend Raum für einen großen und blühenden Bankierstand. Aber das Publikum verlangt mehr. Bei dem kaufmännischen Teil wird das Anlagebedürfnis oft vom Kreditbedarf abgelöst, wobei es sich um mancherlei Spielarten des Kredits handelt. Bei einzelnen Gattungen ist der Privatbankier durchaus leistungsfähig. Das gilt vor allem vom regulären Diskontkredit, den er infolge der Möglichkeit der Weiterbegebung seiner Wechsel an die Notenbank oder an seine eigene Bankverbindung ohne weiteres gewähren kann. Schwerer fällt es ihm schon, dem Verlangen seiner Kundschaft nach größerem Kontokorrent-Kredit, insbesondere nach ungedecktem, nach Rembourskredit für Auslandszahlungen, nach Interimskredit bei Fälligwerden einer größeren Hypothek und nach ähnlichen Krediten nachzukommen. Hier wird der kapitalschwächere Bankier, dessen Eigenkredit gering und dessen Akzept am Diskontmarkt unbekannt ist, sehr oft versagen. Aber das ist schließlich nur die

Digitized by Google

selbstverständliche Folge der Tatsache, daß sich viele Leute dem Bankierberuf zugewandt haben, ohne über die großen Mittel zu verfügen, die gerade hier unentbehrlich sind und es auch früher schon waren. In der Geschäftsbeschränkung, der sie sich auf dem Gebiete der großen Kreditgewährung heute wie ehedem notgedrungen unterwerfen müssen, darf man nicht etwa das charakteristische Zeichen der verringerten Konkurrenzfähigkeit und des Niederganges sehen wollen. Diese Privatbankiers wären auch in früheren Zeiten nur Bankiers zweiten Grades gewesen, wenn sie vielleicht auch hier und da einmal mit Hilfe der ihnen überlassenen Depositengelder ein Kreditgeschäft hätten abschließen können, das sie sich heute, wo diese Depositengelder knapper werden, versagen müssen. Aber indem wir auf die Tatsache des Rückganges der Kundschaftsdepositen zu sprechen kommen, streifen wir bereits die eigentliche und entscheidende Ursache des Darniederliegens der Privatbankiers.

Was nämlich das Publikum von seinem Bankier in allererster Linie fordert und fordern muß, das ist seine unbedingte Vertrauenswürdigkeit in bezug auf die ihm in Geld- und Effektenform anvertrauten Kapitalien. Selbst wer zu seinem Bankier nur in dem losen Verhältnis von Kommittent zu Kommissionär steht, kommt von Zeit zu Zeit in die Lage, dem Bankier größere Effekten- und Geldbeträge auf eine gewisse Frist anvertrauen zu müssen. Die meisten Kunden stehen aber zu ihrer Bankverbindung in einem weit intimeren Verhältnis. Die Aktienbanken haben durch das Angebot kostenloser Effektenverwaltung und hoher Effekten-Bevorschussung das Publikum verwöhnt, und es ist heute beinahe schon eine Selbstverständlichkeit, daß die Bankverbindung, welche die An- und Verkäufe von Effekten und die sonstigen Geschäfte des Kunden besorgt, auch seine Effektenbestände und zeitweiligen Barguthaben verwaltet. Dadurch ist der Privatbankier, als der weniger kapitalstarke, in einem entschiedenen Nachteil gegenüber den Aktienbanken geraten. Mag der Glaube an die größere Zuverlässigkeit der Aktienbank nun gerechtfertigt sein oder nicht, Tatsache ist, daß die Effekten und Bardepositen sich immer mehr vom Privatbankier fort und zur Aktienbank, speziell zur Großbank hinziehen. Selbst der einsichtigere Teil des Publikums, der genau weiß, daß er am Privatbankier den erfahreneren, selbstloseren und freundschaftlicheren Berater hat, zieht vielfach den Geschäftsverkehr mit der Depositenkasse der Großbank vor, weil ihr Kapital und ihr Betriebsmechanismus ihm eine größere Gewähr für die Sicherheit seiner offenen und geschlossenen Depots und seiner Bargelder zu bieten scheinen. Dadurch gehen aber dem Privatbankier nicht nur die Depositen, sondern, was ein weit größerer Schaden für ihn ist, auch die Kommissionsgeschäfte

Digitized by Google

verloren, die schon aus Bequemlichkeitsgründen meist da in Auftrag gegeben werden, wo die Effekten ruhen.

So ist der Niedergang des Privatbankierstandes einzig und unzweifelhaft die Folge des Umstandes, daß das breite Publikum lieber auf die bessere Beratung, als auf die — vermeintlich oder tatsächlich — bessere Sicherheit verzichtet und deshalb sein Vertrauen und zugleich sein Konto und seine Aufträge auf die Aktienbank überträgt. Diese Tendenz ist so natürlich, und sie ist seit so langen Jahren zu beobachten, daß es erstaunlich ist, wie untätig die Privatbankiers sie bisher mitangesehen haben. In zahlreichen Berufsständen hat man es verstanden, das Vertrauen, das dem einzelnen entzogen wurde, korporativ zurückzugewinnen. Nur der Bankierstand, dessen ganze Existenz wie die keines anderen Standes auf dem Vertrauen beruht, hat jahrzehntelang nichts unternommen, um sich seine Lebensfähigkeit zu sichern, obwohl ihm das durchaus möglich wäre und er sogar die Wahl zwischen zwei verschiedenen Mitteln zu diesem Zweck hat. Die Mittel sind der Zusammenschluß und die Versicherung.

Die Depositenversicherung ist kein unbekanntes Experiment mehr, seit sie in mehreren Staaten der amerikanischen Union, hier als Zwangsversicherung, dort als Fakultativversicherung, von Gesetzes wegen eingeführt worden ist. Allerdings hat man drüben weniger das Interesse der Banken als das ihrer Gläubiger im Auge gehabt. Aber das brauchte die deutschen Privatbankiers nicht zu hindern, die Neuerung zu ihrem eigenen Vorteil auch hier einzuführen und die Kundschaft, die sie heute verläßt, weil sie anderwärts eine bessere relative Sicherheit für ihre Depositen zu finden glaubt, dadurch wieder an sich zu fesseln, daß sie ihr eine absolute Depositengarantie bietet. In der Tat haben vereinzelt bereits Versuche nach dieser Richtung stattgefunden, und zwar in München. Die dortige Bankiervereinigung ist unlängst in Verhandlungen mit einer Rückversicherungsgesellschaft eingetreten, und eine bekannte Münchener Bankfirma (Gebr. Schwarzhaupt) hat sogar schon einen bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Vorvertrag mit einer Unfallversicherungs-Gesellschaft vereinbart, der als der erste Depositenversicherungs-Vertrag in Deutschland interessant genug ist, um in extenso wiedergegeben zu werden. Das Dokument lautet folgendermaßen:

Zwischen der Firma Gebrüder Schwarzhaupt, Bankgeschäft in München, als Versicherungs-Nehmerin und der . . . . . ., Versicherungsgesellschaft in . . . . . ., ist heute folgender Vertrag abgeschlossen worden:

§ 1.

a) Die . . . . . Versicherungsgesellschaft leistet für die Bankfirma Gebrüder Schwarzhaupt in München den Kunden dieser Bank durch diese Versicherung Sicherheit gegen allfällige Verluste, welche diese letzteren an den von ihnen genannter Bank anvertrauten Bar-

Digitized by Google

einlagen und Depots erleiden sollten durch Veruntreuungen dieser Hinterlagen seitens der Inhaber genannter Bank oder Angestellten derselben.

b) Die Versicherung gilt nur für solche Veruntreuungen, die während der Dauer dieses Vertrages (resp. der für den einzelnen Kunden laufenden Versicherung) begangen und vom versicherten Kunden spätestens innerhalb drei Monaten seit Begehung entdeckt und der Gesellschaft angemeldet worden sind.

c) Die Firma ist verpflichtet, diese Depots besonders zu verwalten und für die ihr anvertrauten Gelder Bank-Primadiskonten oder Reichsschatzanweisungen bei der Königl. Staatsbank zu hinterlegen, der Gesellschaft Doppel der bezügl. Hinterlegungsscheine zu überweisen und ohne schriftliche Zustimmung der Gesellschaft nicht über die betreffenden Depots zu verfügen.

d) Die Firma Gebrüder Schwarzhaupt verpflichtet sich, auf ihre Kosten die Depotsbücher durch zwei gerichtlich vereidigte Bücherrevisoren, welche der Versicherungsgesellschaft zu bezeichnen sind, dauernd kontrollieren und das Vorhandensein der Wertpapiere überwachen zu lassen. Diese Revisoren sollen der Versicherungsgesellschaft auf ihr Verlangen über die Revisionen Bericht erstatten, ohne Kosten für die Gesellschaft. Der letzteren steht überdies das Recht der Kontrolle dieser Depots durch ihre eigenen Organe oder Sachverständigen zu.

§ 2.

Diese Versicherung gilt als für fremde Rechnung genommen im Sinne der §§ 74 ff. des Reichsgesetzes über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908, und zwar ohne Auftrag der Versicherten (§ 79 letzter Absatz des erwähnten Gesetzes).

§ 3.

Diese Versicherung erstreckt sich auf die in dem diesem Vertrag beigeschlossenen, einen Bestandteil dieses Vertrages bildenden Verzeichnis oder in Nachträgen dazu einzeln aufgeführten Kunden der genannten Bankfirma, und zwar je bis zur Höhe der in diesem Verzeichnis oder dessen Nachträgen für jeden einzelnen Kunden als Höchstgarantie angegebenen Summe. Diese Summe soll in der Regel den Betrag von M. 50 000 (Mark fünfzigtausend) pro einzelnen Kunden nicht übersteigen. Soll ausnahmsweise für einen Einleger eine höhere Summe versichert werden, so hat hierüber erst eine besondere Verständigung zwischen der Firma Gebrüder Schwarzhaupt und der Versicherungsgesellschaft stattzufinden. — Wenn die Gesamtsumme der für alle Kunden versicherten Beträge eine Million Mark erreicht, so steht es der Versicherungsgesellschaft frei, die Uebernahme weiterer Versicherungen abzulehnen.

Bei Verminderung der Gesamtsumme aller Garantiesummen wird die vorausbezahlte ratierliche Prämie vom Zeitpunkt des Eingangs der bezügl. Veränderungsanzeige an, welche von der schriftlichen Bestätigung der betreffenden Kunden begleitet sein muß, zurückerstattet abzüglich 25 % für Verwaltungskosten.

Bei Erhöhung der Garantiesummen für einzelne oder bei Eintritt neuer, in die Versicherung einzuschließender Kunden ist der Gesellschaft Anzeige zu machen unter genauer Angabe der Adresse des oder der Kunden, der Höhe der für jeden zu garantierenden Summe, unter Beifügung der bezügl., in § 1c erwähnten Hinterlegungsscheine. Diese Garantieversicherung tritt jeweilen erst nach schriftlicher Annahmeerklärung der Gesellschaft und gegen Zahlung der entsprechenden Mehrprämie, die pro rata bis zum Beginn des nächsten Versicherungsjahres zu zahlen ist, in Kraft.

§ 4.

a) Die Verpflichtung der Gesellschaft aus diesem Vertrag beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem für die versicherten Kunden

Digitized by Google

die erste Jahresprämie (bzw. die Prorata-Prämie) nebst Gebühren bezahlt wird.

b) Die jährliche Prämie für diese Versicherung beträgt 6 pro Mille der für jeden Kunden zu garantierenden Höchstsumme.

c) Die Prämie ist, vorbehaltlich der in § 3 letzter Absatz erwähnten Prämie für Nachversicherungen, jährlich vorauszuzahlen, und zwar die erste Prämie nebst Stempelgebühr und M. 10 Vertragsgebühr bei Aushändigung des von beiden Kontrahenten unterzeichneten Vertrags-Doppels. Die folgenden Prämien werden jeweils bei Beginn eines neuen Versicherungsjahres fällig. Wird die Prämie nicht rechtzeitig bezahlt, so ist nach § 39 des Versicherungsvertragsgesetzes zu verfahren.

§ 5.

Dieser Versicherungsvertrag ist zunächst für die Dauer eines Jahres abgeschlossen. Er beginnt mit dem . . . . . Nach Ablauf dieser Zeit gilt derselbe jeweilig auf ein Jahr als fortgesetzt, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf der Vertragsdauer von einem der Vertragsschließenden eine Kündigung des Vertrages erfolgt ist. Die Kündigung ist schriftlich durch eingeschriebenen Brief zu bewirken.

§ 6.

Die Entschädigungspflicht der Gesellschaft ist von folgenden Bedingungen abhängig:

a) Daß die in § 1 d vorgesehene Kontrolle stattfindet;

b) daß die Firma Gebrüder Schwarzhaupt jedem versicherten Kunden bei Beginn der Versicherung für den betreffenden Kunden vom Inhalt dieses Versicherungsvertrages Kenntnis gibt und sich von ihm dies bescheinigen läßt mit Angabe des genauen Datums;

c) daß der Gesellschaft von einem unter die Versicherung fallenden Schaden innerhalb einer Woche nach erlangter Kenntnis durch eingeschriebenen Brief Anzeige gemacht wird;

d) daß ihr fernerhin eingehende und wahrheitsgemäße Auskunft gegeben wird über Zeitpunkt, Umstände und Umfang des Schadens und ihr alle weiteren von ihr gewünschten Angaben und Unterlagen, die zur Klarstellung des Falles oder der Höhe des Schadens dienlich sein können, soweit möglich, geliefert werden, und

e) daß der Geschädigte auf Kosten der Gesellschaft alle von ihr gewünschten Schritte tut, um den Schaden zu verhüten, zu mindern oder Ersatz dafür zu erlangen.

§ 7.

Die Gesellschaft ist zu keiner Entschädigung verpflichtet, wenn der Anspruchsberechtigte bei Anmeldung des Schadens oder bei den Ermittlungen über den Schadenfall wissentlich falsche Angaben gemacht oder erhebliche Tatsachen verschwiegen, oder wenn der Geschädigte den Schadenfall grobfahrlässig verschuldet hat.

§ 8.

Die Bank ist verpflichtet, der Gesellschaft bzw. ihrem Delegierten auf Verlangen jederzeit über alles, was sich auf das Versicherungsverhältnis bezieht, erschöpfende Auskunft zu geben und Einsicht in die Bücher und die betreffenden Akten zu gestatten. Dies gilt insbesondere auch im Schadenfall.

Die Bank und deren Inhaber sind der Versicherungsgesellschaft ersatzpflichtig für alle von letzterer aus dieser Versicherung etwa zu leistenden Entschädigungen und bezügl. Kosten.

§ 9.

In der Höhe der von der Gesellschaft gezahlten oder zu zahlenden Entschädigung gehen alle dem Geschädigten aus dem Schadenfall gegenüber der Bank oder Drittpersonen zustehenden Rechte (einschließlich der Rechte auf die in § 1 c vorstehend vorgeschriebenen Hinterlegungen) auf die Gesellschaft über. — Der Gesellschaft steht es frei, vom Geschädigten eine schriftliche Abtretungsurkunde zu verlangen.

Digitized by Google

§ 10.

Bei Eintritt eines Schadenfalles findet § 96 des Vers.-Vertrags-Gesetzes Anwendung.

§ 11.

Hat die Gesellschaft den Versicherungsschutz abgelehnt, so ist der Anspruch bei Meidung des Verlustes binnen sechs Monaten durch Erhebung der Klage gegen die Gesellschaft geltend zu machen. — Diese Frist beginnt erst, nachdem die Gesellschaft dem Ansprecher gegenüber den erhobenen Anspruch unter Angabe der mit dem Ablauf der Frist verbundenen Rechtsfolgen schriftlich abgelehnt hat.

§ 12.

Für alle aus diesem Versicherungsvertrage entstehenden Rechtsstreitigkeiten sind neben den sonstigen gesetzlich zuständigen Gerichten die Gerichte der Haupt- und Residenzstadt München zuständig (vorbehaltlich der Revision ans Reichsgericht).

Wie aus diesem Vertragsentwurf hervorgeht, ist die Depositenversicherung für den Bankier weder billig noch bequem. Er hat allein an Prämie 0,6% auf die versicherten Höchstbeträge zu entrichten, so daß die Gesamtkosten (Brutto-Prämie, Ueberprämie auf zu viel oder zu lange versicherte Depositen, Stempel, Provisionskosten usw.) auf rund $^3/_4$% der Depositen zu veranschlagen sind. Außerdem ist der Bankier in der Anlage seiner Depositen und infolgedessen auch in der Verzinsung derselben außerordentlich beschränkt. Unter Berücksichtigung seiner Selbstkosten und seines Nutzens, den er auf nicht weniger als $^1/_2$% wird bemessen wollen, kann er selbst in geldknappen Zeiten langfristige Depositen mit nicht mehr als $2^3/_4$% verzinsen. Schon aus diesem Grunde scheint die Einzelversicherung kein geeigneter Weg zu sein, um dem Privatbankier die Depositen des Publikums und damit auch dessen Geschäftsumsätze wieder zuzuführen. Aussichtsreicher wäre wohl die Kollektivversicherung, das heißt die gemeinsame Versicherungsnahme einer größeren Anzahl eng zusammengeschlossener Bankiers. Die Prämie könnte in diesem Falle niedriger, die Auswahl unter den statthaften Anlagen größer bemessen werden. Voraussetzung wäre aber, daß die Bankiers der Versicherungsgesellschaft gegenüber solidarisch für die allseitige Befolgung der Versicherungsbedingungen haften und ihr so die umständliche Einzelkontrolle abnehmen.

Es entsteht also die wichtige Frage, ob die Bankiers gewillt sind, für einander in Haftung zu treten. Es sind dabei sowohl prinzipielle wie quantitative Bedenken zu überwinden. Für alle Möglichkeiten, die sich aus einer fahrlässig oder dolos vertragswidrigen Verwaltung versicherter Depositen ergeben können, werden kaum viele Bankiers mit ihrem Vermögen einstehen wollen. Allenfalls wird sich eine größere Anzahl von ihnen bereit finden, im Interesse des gemeinsamen Vorteils eine bestimmte, nicht zu hohe Maximalhaftung zu übernehmen. Dann werden sie sich aber mit Recht die Frage vorlegen, ob es angesichts dieser Haftung

Digitized by Google

denn überhaupt noch einer kostspieligen Versicherung bedarf, ob nicht vielmehr die Haftung allein völlig ausreicht. Und diese Frage ist um so berechtigter, als wir in der Genossenschaft tatsächlich eine Organisationsform haben, welche mit ausgezeichnetem Erfolge die Versicherung durch die Haftung ersetzt hat.

Und so kommen wir zu dem zweiten Mittel, das für die Rückgewinnung der Kundschaftsdepositen in Frage kommt, dem des genossenschaftlichen Zusammenschlusses. Auch an diesen hat man in Bankierkreisen bereits gedacht, und Dr. M. Kühne (in Firma Kühne & Ernesti in Zeitz) hat den Gedanken im November 1912 zum Gegenstande einer Abhandlung im Bank-Archiv gemacht. Nur schwebte dabei den Bankiers, auch Dr. Kühne, immer die Fata Morgana einer Emissionsbank vor. Für diesen Zweck ist aber die Genossenschaft weit weniger geeignet, als zu dem hier in Rede stehenden Zweck. Eine Emissionsbank braucht in erster Linie Kapitalien, und diese liefert keine Rechtsform besser als die der Aktiengesellschaft. Zur Rückgewinnung der Kundschaftsdepositen dagegen bedarf es lediglich des Vertrauens in deren unbedingte Intakterhaltung, und dieses Vertrauen wird durch die permanente Garantie leistungsfähiger Genossenschaftsmitglieder besser gerechtfertigt als durch ein noch so hohes Aktienkapital, das bei ungeeigneter Verwaltung in Verlust geraten kann. Indes handelt es sich auch hier darum, mit der Schwierigkeit fertig zu werden, die sich schon bei der Frage einer Kollektivhaftung gegenüber der Versicherungsgesellschaft erhob. Es werden nur wenig Bankiers bereit sein, für die Intaktheit von Depositen zu haften, die sich in der Verwaltung anderer Bankiers befinden. Deshalb scheint mir der genossenschaftliche Zusammenschluß nur dann möglich und zweckentsprechend zu sein, wenn er sich in etwa der nachstehend geschilderten Form vollzieht.

Die Bankiers eines bestimmten geographischen Bezirkes bilden eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, der jeder achtbare Bankier (auch jede bessere Kreditgenossenschaft und kleinere Aktienbank) mittels Zeichnung mindestens eines voll einzuzahlenden Geschäftsanteils von 3000 Mark und unter Uebernahme einer Haftsumme von 12000 Mark pro Anteil beitreten darf. Die so entstandenen Genossenschaften errichten an einem größeren Platze, der nicht notwendig Berlin zu sein braucht, wenn dies auch aus manchen Gründen ratsam wäre, eine Zentral-Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung unter der Firma „Zentralkasse deutscher Privatbankiers", an der sie sich mit einem Viertel ihres Kapitals und, da die Haftung hier eine unbeschränkte sein soll, mit ihrer vollen Haftsumme beteiligen. Jeder angeschlossene Bankier ist berechtigt, durch Anbringung eines Schildes an seinem Geschäftslokal kenntlich zu machen, daß

Digitized by Google

seine Firma Annahmestelle von Effekten und befristeten Bankdepositen für die Zentralkasse deutscher Privatbankiers ist. Ueber den Empfang dieser Werte quittiert interimistisch als Treuhänder der Bankier, definitiv die lokale Genossenschaft, die alle Effekten und Gelder empfängt und an die Zentralkasse weitergibt.

Die Zentralkasse verwaltet die Wertpapiere kostenlos für Rechnung der Deponenten, denen sie direkt Couponsgutschriften erteilt Die Bardepositen verzinst sie zu einem Satze, der mindestens um $^1/_2$% unter dem Zinse bleibt, den die angeschlossenen Bankiers für die ihnen selbst anvertrauten Depositen gewähren; sonst würden diese Depositen zur Zentralkasse verlegt werden, dem Bankier also verloren gehen, was nicht geschehen darf. Der um $^1/_2$% unter dem Bankiersatz bleibende Zins entspricht immer noch ungefähr dem Zinse der größeren Aktienbanken. Die empfangenen Depositen sind folgendermaßen anzulegen: mindestens 15% in barem Gelde, mindestens 25% in Staatsanleihen, der Rest in bankfähigen Wechseln und gedeckten Vorschüssen, letztere ausschließlich an die lokalen Genossenschaften, die sie ihrerseits an ihre Mitglieder weitergeben. Die Spannung zwischen dem Durchschnitts-Aktivzins und dem Passivzins soll niemals weniger als 1 und niemals mehr als $1^1/_2$% betragen, wovon etwa die Hälfte zur Deckung der Verwaltungskosten, die andere Hälfte zu Rücklagen und Dividenden verwendet wird, nachdem die Bankiers, die als Annahmestelle für die Depositen tätig waren, $^1/_4$% Vermittlungsprovision erhalten haben.

Die Zentralkasse macht außer der Verwaltung der ihr anvertrauten Werte und etwaiger Kreditaufnahme zwecks Weitergabe an die Lokalgenossenschaften keinerlei Geschäfte, insbesondere keine Emissions- und Kommissionsgeschäfte. Die letzteren verbleiben den angeschlossenen Bankiers, die als Annahmestelle für die Zentralkasse figurieren; denn die Wiedereroberung des Vermittlungsgeschäftes, das mit den Depositen in Verlust geraten war, ist ja als der eigentliche Zweck des Zusammenschlusses gedacht. Es bleibt den Bankiers auch überlassen, wo sie ihre Börsenaufträge zur Ausführung bringen lassen wollen, ob bei ihren bisherigen Verbindungen oder bei der mit der Zentralkasse befreundeten Bank, von der noch zu reden sein wird. Ebenso verbleiben die Emissionsgeschäfte den Bankiers, die sie selbständig in ihren kürzlich gegründeten Vereinigungen betreiben können, die sie aber auch, wenn sie wollen, ebenfalls in Gemeinschaft mit der erwähnten befreundeten Bank vornehmen können. Die Zentralkasse selbst wird als reine Depositenbank nach den strengsten Liquiditäts- und Deckungs-Prinzipien einer solchen betrieben. Ihre Verwaltungskosten sind infolge dieser Geschäftsbeschränkung niedrig, um so mehr, als sie Gelder in laufender Rechnung und

Digitized by Google

auf Scheck-Konto nicht entgegennimmt. Auch diese bleiben den Einzelbankiers überlassen, die ihrerseits der Kundschaft anheimgeben können, nach Belieben Uebertragungen von diesen Konten auf die Zentralkasse vorzunehmen, d. h. unbefristete in befristete Depositen zu verwandeln.

Mit der jedem einzelnen Bankier gewährten Möglichkeit, in seiner Eigenschaft als Agent einer allgemeinen deutschen Bankierbank das fliehende Privatpublikum bei sich festzuhalten, sowie mit der weiteren Möglichkeit der Kreditentnahme aus den Fonds der Bankierbank sind die Vorteile, welche die Zentralkasse den Bankiers verschaffen kann, keineswegs erschöpft. Zunächst steht dem Bankier in dieser Kasse ein Vermittler mit dem Weltverkehr zur Verfügung, der ihm sowohl für die Ausfertigung von Kreditbriefen und internationalen Anweisungen, wie für Rembourskredite die fehlenden Eigenverbindungen und den Eigenkredit ersetzt. Denn man darf nicht übersehen, daß ein Institut mit 10 bis 15 Millionen Mark Haftsumme, das ganz anders als unsere großen Gemischtbanken jedem Risiko aus dem Wege geht und die strengsten Liquiditätsgrundsätze befolgt, ein beachtenswerter Faktor auf dem Kreditmarkte ist.*) Von außerordentlichem Wert für jeden beteiligten Privatbankier ist ferner die propagandistische Kraft, welche die Anzeigen einer „Zentralbank deutscher Privatbankiers" haben müßten, und die auf jedes Mitglied reflektieren würde. Vor allem aber kommt in Betracht, daß die Zentralbank dank der hinter ihr stehenden Bankierzahl ein gesuchter Freund der großen Banken oder Weltbankiers sein würde, und daß sie in der Lage wäre, durch Abmachungen mit einem dieser Institute den ihr angeschlossenen Bankiers nennenswerte Vorteile zu verschaffen. Bei dem enormen Kommissionsgeschäft, das die durch die Zentralbank repräsentierten Bankiers einem befreundeten Hause zu überschreiben vermögen, und bei der nicht zu verachtenden Placierungskraft, die sie darstellen, wären nicht nur Vorzugsbedingungen für Börsenausführungen und Originalbeteiligungen bei Emissionen für die Bankiers durchzusetzen, sondern es wären auch günstige Kreditabmachungen für die Zentralbank selbst und somit zum Vorteil ihrer Mitglieder zu erlangen. Aus allen diesen Gründen empfiehlt es sich, die Zentralbank nicht zu isolieren, sondern sie, unbeschadet ihrer Selbständigkeit, von vornherein in engere Beziehungen zu einem großen Bankinstitut zu bringen.

*) Angenommen, daß von 300 beteiligten Bankiers, Kreditgenossenschaften und kleinen Aktienbanken je ein Anteil, von 150 weiteren Bankiers usw. durchschnittlich je drei Anteile, und von 50 Bankiers durchschnittlich je fünf Anteile genommen werden — der höheren Beteiligung stehen höhere Vorteile gegenüber — so ergibt sich eine Gesamthaftsumme von $(300 + 450 + 250) \times 12\,000 = 12$ Millionen M.

Digitized by Google

Dies in ganz kurzen Zügen die Darstellung des nach meiner Ansicht geeignetsten Mittels, um dem Niedergange der Privatbankiers, der ebenso unverdient wie unnötig ist, ein Ende zu machen.

A. L.

Neuartige Emissionsmethoden.

Vor einiger Zeit erhielten zahlreiche Privatpersonen, bei denen die Vermutung bestand, daß sie vielleicht Gelder für Anlagezwecke übrig haben könnten, ein Zirkular der Disconto-Gesellschaft, in dem ein Angebot auf die jüngste rumänische Anleihe „franko Courtage unter Kurs" gemacht wurde. Dieses im Bankwesen bisher nicht übliche Vorgehen, noch dazu bei einem Institut, dem eine gewisse konservative Vornehmheit in seinen Geschäftsgrundsätzen nachgesagt wird, rief unter den Bankiers eine große Erregung hervor, weil sie darin einen weiteren Angriff auf ihre bisher schon durch die Großbanken stark bedrohten Interessen erblickten. Ihre Besorgnis ist in der Tat begreiflich, denn durch das direkte Angebot der Emissionsinstitute an die Privatkapitalisten unter Börsenpreis geht dem Privatbankier nicht nur die Vermittlergebühr verloren — das wäre angesichts der relativen Geringfügigkeit des Gewinnes im vorliegenden Fall noch nicht so schlimm —, sondern diese Art der Unterbietung bildet auch, wenn sie Schule machen sollte, ein äußerst wirksames Mittel, um dem Bankier die Kundschaft überhaupt abzujagen und sie den Emissionsbanken zuzuführen. Wenn dem Privatmann das Zirkular eines Schneiderateliers zugeht, das sich erbietet, ihm einen Anzug um 25 Prozent billiger zu liefern als die Konkurrenz, so pflegt er in den meisten Fällen das Angebot achtlos beiseite zu legen, wie die hundert anderen Zirkulare, die ihm, sofern er im Adreßbuch steht, alljährlich ins Haus flattern. Denn er sagt sich, daß die Preisdifferenz ihren Grund in der Verschiedenheit der Qualität haben werde. Aber Rumänen sind Rumänen; da gibt es keine Qualitätsunterschiede. Wenn man sie billiger von der Bank beziehen kann als von dem Privatbankier, den man bisher mit seinen Geschäften betraut hat, so muß die erstere doch leistungsfähiger sein; es ist also zweckmäßig, nicht nur dieses Geschäft, sondern schon der Bequemlichkeit halber auch die anderen Geschäfte mit ihr zu machen. Der Empfänger derartiger Bankzirkulare wird vielleicht sogar eine für den Privatbankier noch bedenklichere Ueberlegung anstellen. Wenn ihm dieser sein bisheriger Berater für dasselbe Papier ein halbes Prozent mehr abfordert als die Absenderin der Zirkulare, so muß er doch wohl nicht ganz reell sein. Von dieser Entdeckung bis zur Uebertragung seines Kontos an die

Digitized by Google

nächste Depositenkasse ist nur ein Schritt. Daß und warum diese Argumentation falsch ist, braucht hier nicht weiter auseinandergesetzt zu werden. Aber sie liegt zweifellos nahe, und man sollte sich deshalb nicht wundern, wenn die durch das Vorgehen einer ersten Großbank akut gewordene Gefahr des Kundenverlustes in den Zusammenschlußbestrebungen der Privatbankiers demnächst noch eine große Rolle spielen wird. Dies um so mehr, als es sich bei dem Rumänen-Angebot nicht um einen Einzelfall handelt; denn bald nach der Versendung des Rumänen-Zirkulars wurde eine Offerte der Deutschen Bank an Privatleute bekannt, in dem die Bank, ebenfalls unter Umgehung der Bankkommissionsgeschäfte, neue Obligationen der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn ein halbes Prozent unter Kurs frei von Courtage anbot.

Hat die breitere Oeffentlichkeit außerhalb des Privatbankierstandes irgendeine Veranlassung, diesen Vorgängen regere Teilnahme zuzuwenden, oder gar Partei zu ergreifen? Der Privatmann ist wohl zunächst der Ansicht, die Frage sei zu verneinen. Daß der Privatbankierstand sich in einem schweren Existenzkampf gegen die Großbanken befindet, weiß er schon seit langem, und es scheint für ihn und seine Interessen ziemlich gleichgültig, welche Mittel die beiden sich gegenüberstehenden Gruppen bei der Verteidigung beziehungsweise Ausdehnung ihres Geschäftsradius anwenden, wenn sie sich nur im Rahmen des Zulässigen halten. Die Auffassung über das, was im Konkurrenzkampf erlaubt ist, ist aber in einem ständigen Fluß begriffen, auch im Bankgeschäft. Warum sollte es den Großbanken verwehrt sein, den Zwischenhandel bei der Placierung von Wertpapieren auszuschalten, da doch unsere ganze Volkswirtschaft von dieser Tendenz erfüllt ist? Vom Standpunkt des Publikums aus scheint sich gegen eine solche Modernisierung jedenfalls nichts einwenden zu lassen, denn tatsächlich spart es dabei doch Geld. Daß die Schwächung des Privatbankiers und die hierdurch bedingte Gefahr einer allmähligen Ausmerzung dieses Standes aus den verschiedensten volkswirtschaftlichen Gründen beklagt werden muß, ist eine Sache für sich. Jedenfalls haben die Banken als private Erwerbsinstitute keine Veranlassung, auf diesen höheren Gesichtspunkt irgendwie Rücksicht zu nehmen.

Die Wandlung der Ansichten über das, was geschäftlich erlaubt ist, hängt mit unserer neueren bankgeschäftlichen Entwicklung aufs engste zusammen. Große Privatfirmen des Bankgewerbes, wie Mendelssohn & Co., S. Bleichröder, Delbrück, Schickler & Co., perhorreszieren auch heute noch gewisse Methoden der Kundenakquirierung, wie sie bei den Depositenbanken gang und gäbe sind; und diese vornehme oder, wenn man will, rück-

Digitized by Google

ständige Auffassung trifft man in der Regel sogar bei kleineren Privatfirmen an, obwohl diese doch gewiß Veranlassung hätten, alle Mittel, die nicht verboten sind, anzuwenden, um ihre schwer gefährdete Stellung zu verteidigen. Wenn im Gegensatz dazu die Großbanken allmählich dazu gekommen sind, eine größere Weitherzigkeit der Geschäftsmethoden walten zu lassen, so mag das letzten Endes darin begründet liegen, daß sie Geschäfte machen müssen, ob sie wollen oder nicht. Der ständig wachsende Zustrom an fremden Geldern bedeutet für unsere Depositenbanken einen unaufhörlichen Zwang, nach neuen Verwendungsmöglichkeiten Ausschau zu halten. Man übernimmt Anleihen, für die nicht gleich Absatz vorhanden ist. Darauf zu warten, daß das Material allmählich absorbiert wird, wie es das Natürliche wäre, geht nicht an. Das Aktienkapital und die Depositen-Milliarden wollen verzinst sein. Man muß also die übernommenen Anleihen schnell ins Publikum pressen, um Raum für neue Geschäfte dieser Art zu schaffen. Geht es nicht in der eigenen Klientele, und erweisen sich auch die Bonifikationen an die Privatbankiers nicht als ausreichend, so muß man eben in das Jagdgebiet der Konkurrenz einbrechen. Man darf schließlich auch nicht davor zurückschrecken, zu tun, was früher nicht als fair galt, und fremden Privatpersonen Bonifikationen zu versprechen, um sich ihre Sparkraft dienstbar zu machen. Business is business.

Dennoch enthält die direkte Aufsuchung unbekannter Privatpersonen auch bei weitherzigster Auffassung einen Einschlag von Unreellität, für den aber nicht die handelnden Personen, sondern unser börsenamtliches Notierungswesen verantwortlich zu machen ist. Um das näher zu erläutern, mag ein Vergleich gestattet sein. Wenn ein Schreibmaschinenfabrikant unter Umgehung des Zwischenhandels einer Privatperson einen Apparat zu Fabrikpreisen anbietet, so ist — soweit nicht Verträge dem entgegenstehen — gegen eine solche Bonifizierung nichts zu sagen. Es ist dem Fabrikanten erlaubt, an jedermann Rabatt zu gewähren, wenn es sein Vorteil erheischt. Ganz ähnlich hat man auch den Adressaten der Rumänen- und Halberstadt-Blankenburger Zirkulare, um einen Anreiz auf sie auszuüben, ein Angebot zu „Fabrikpreisen" gemacht. Der Unterschied gegen das erstgenannte Beispiel der Rabattgewährung besteht nur darin, daß im letzteren Falle eine Irrtumserregung vorangehen mußte, um das Angebot verlockend erscheinen zu lassen. Die Empfänger der Angebote sehen nämlich in dem amtlich notierten Kurs den aus Angebot und Nachfrage ermittelten Marktpreis, und jeden Nachlaß darauf halten sie für einen effektiven Gewinn, In Wirklichkeit findet bei solchen Neuemissionen zunächst gar

Digitized by Google

kein börsenmäßiger Handel im üblichen Sinne statt. Der amtlich notierte Kurs wird von dem vereideten Makler einfach nach der Angabe der Emissionsbank niedergeschrieben, auch wenn der Kurs nur nominell ist und genau um den Rabatt höher gehalten wird. Die Börseneinrichtungen dienen also in solchem Falle dazu, das Publikum in den Irrtum zu versetzen, daß der um den Rabatt höher notierte, Kurs ein aus Angebot und Nachfrage ermittelter Verkehrswert sei. Es ist dies der gleiche Vorgang, der bei dem Pfandbriefvertrieb der Hypothekenbanken zu einer durch die Länge der Zeit gewissermaßen „berechtigten Eigentümlichkeit" geworden ist. Auch hier laufen die amtlichen Notierungen darauf hinaus, das Publikum in den Glauben zu versetzen, daß es sich bei den Kursen um reelle Verkehrswerte handle. Daß dies nicht der Fall ist, zeigt sich erst, wenn die betreffende Serie ausverkauft und der Kurs genau um die Bonifikation zurückgegangen ist. Nach diesem Vorbild kann es sehr wohl möglich sein, daß sich die Kurse der in den beiden Zirkularen angebotenen Papiere um den Betrag der Bonifikation ermäßigen werden, sobald die Anleihen untergebracht sind. Nur in einer Hinsicht paßt allerdings die Analogie mit den Hypothekenpfandbriefen nicht. Die Hypothekenbanken halten es traditionell für ganz selbstverständlich, daß die von ihnen gewährten Bonifikationen nur den Bankiers zukommen. Ein Institut, das sich unterfangen würde, auch Privatleute an dieser Vergünstigung teilnehmen zu lassen, würde sich nach der in diesen Kreisen herrschenden Auffassung einer schweren Verletzung der Standespflichten schuldig machen.

Dr. E. Hirt.

Der Juni 1914.

Das bedeutsamste politische Ereignis, das der Juni gebracht hat, die Ermordung des **österreichischen** Thronfolgerpaares durch groß-serbische Fanatiker in Sarajewo, ist in seinen Folgen vorläufig noch nicht zu übersehen. Daß es einen Wandel in den politischen Geschicken Oesterreichs mit sich bringen und vor allen Dingen die Balkanpolitik dieses Landes beeinflussen wird, ist jedoch außerordentlich wahrscheinlich. Ueberhaupt fängt das Balkanproblem an, sich wieder recht unangenehm in den Vordergrund des Interesses zu drängen. In Serbien hat König Peter den Erbprinzen mit seiner Stellvertretung beauftragt, was von vielen Seiten als der erste Schritt zur Abdankung betrachtet wird, und in Albanien ist die Lage des Fürsten Wilhelm so kritisch geworden, daß auch seine Abdankung nahe bevorzustehen scheint. Die Spannung zwischen Griechenland und der Türkei hat wieder eine derartige Schärfe angenommen, daß zeitweilig

Digitized by Google

ein Wiederausbruch der Feindseligkeiten befürchtet wurde. Da überdies die Fäden des Komplottes, dem Erzherzog Franz Ferdinand zum Opfer fiel, sich ziemlich deutlich nach Serbien hinüberziehen und auch der Gegensatz zwischen Rußland und den Großmächten Mitteleuropas in der Balkanfrage erneut schärfere Formen angenommen hat, so ist die Lage wieder ziemlich gespannt.

Aber auch abgesehen von den Ereignissen, die mit dem Balkanproblem im Zusammenhang stehen, hat es nicht an Vorfällen von Bedeutung gefehlt. So ist in **Frankreich** das Ministerium Ribot, das die Stelle des zurückgetretenen Kabinetts Doumergue eingenommen hatte, bereits am Tage seiner Vorstellung von der Kammer gestürzt worden. An seinen Platz trat ein Kabinett Viviani, bei dessen Bildung zum ersten Male offen zugegeben wurde, daß die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit auf ausdrückliches Verlangen Rußlands erfolgt war. — In **Groß-Britannien** hat das Parlament dem an dieser Stelle bereits erwähnten Erwerbe der persischen Oelaktien zugestimmt. Das Kabinett hätte im Unterhause durch Absplitterung der Arbeiterpartei beinahe eine schwere Schlappe erlitten, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß es noch vor Durchführung seines Programms (Homerule usw.) zum Rücktritt gezwungen wird. — In den **Vereinigten Staaten** ist die Zollfreiheit amerikanischer Küstenfahrer im Panamakanal endgültig widerrufen worden. — In **Dänemark** ist nach den Wahlen der Radikale Zahle erneut als Ministerpräsident berufen worden. — In **Deutschland** sind politische Ereignisse von Bedeutung nicht zu verzeichnen.

Auf **staatsfinanziellem** Gebiete ist vor allem der neuen französischen Staatsanleihe zu gedenken, die nunmehr endgültig von Kammer und Senat genehmigt worden ist. Zunächst gelangen Anfang Juli 805 Mill. Fr. zur Ausgabe, und zwar als $3^1/_2$ proz., der Einkommensteuer unterworfene, binnen 25 Jahren tilgbare Anleihe zum Kurse von 91%, der eine weitere Milliarde binnen verhältnismäßig kurzer Zeit folgen wird. Diese Anleihe ist aber auch das einzige Projekt von Bedeutung, das zur Reife gediehen ist. Die übrigen Verhandlungen über große Anleihen im Juni haben keine Fortschritte gemacht. Das gilt zum Beispiel von der geplanten brasilianischen Neu-Emission, die 20 Mill. Pfund Sterling betragen, und an deren Aufbringung auch Deutschland beteiligt sein soll. Angeblich ist hier die Stockung auf Brasiliens Weigerung zurückzuführen, eine wirksame Kontrolle der Verwendung des Anleiheerlöses zuzulassen. Auch die schon ziemlich weit gediehenen bulgarischen und serbischen Anleiheverhandlungen in Deutschland haben bisher nicht zum Abschluß geführt. Wie es scheint, will der erstgenannte Staat sich für den Moment durch Ausgabe von über 100 Mill. Fr. Schatz-

Digitized by Google

scheinen helfen, von denen Deutschland 30 Mill. zugedacht sind. — Einzelne Meldungen wollten wissen, daß auch Rußland eine neue große Anleihemission plane. Für das prompt erfolgte Dementi war vielleicht die Erwägung maßgebend, daß zurzeit eine solche Anleihe wenig Erfolg haben dürfte. — Italien braucht ebenfalls recht bedeutende Summen. Da die Finanzverwaltung auch hier mit Recht der Ansicht ist, daß zurzeit eine feste Anleihe wenig Aussicht hat, beabsichtigt man die Emission von fünfjährigen Schatzscheinen. — Deutschland hat 65 Mill. M. in 4 proz. Schutzgebietsanleihe zu 96,40% mit gutem Erfolge aufgelegt.

In der allgemeinen Lage der **Weltwirtschaft** hat der Juni, wie nicht anders zu erwarten, einen Wandel nicht gebracht. Die außerordentlich große Weizenernte der Union, die für die internationale Wirtschaftslage bedeutsam werden kann, hat bisher eine Wirkung noch nicht ausüben können.

Für den **Außenhandel der wichtigsten Staaten** liegen jetzt die von dem englischen Board of Trade berechneten Ergebnisse der ersten drei Monate vor, die (in 1000 £) folgendes Bild zeigen:

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Ver. Staaten . . .	90,698	97,588	101,074	124,869	124,751	116,086
Großbritannien . .	156,638	165,204	167,632	118,621	127,308	133,587
Deutschland . . .	129,596	129,260	134,675	101,591	120,160	124,227
Frankreich . . .	81,363	82,651	92,704	59,226	65,346	65,071
Britisch-Indien . .	25,151	30,478	32,734	43,152	44,263	46,563
Belgien	42,251	44,905	48,152	35,182	34,603	37,478
Rußland	24,014	27,979	35,995	29,361	27,381	31,543
Oesterreich-Ung. .	36,840	33,721	36,540	25,668	27,011	26,953
Italien	34,614	35,918	35,274	22,753	22,860	24,291
Schweiz	18,929	19,209	17,501	13,338	12,966	13,674
Japan	16,898	19,425	20,286	10,783	14,069	15,694
Spanien	9,565	12,631	11,222	10,600	10,428	9,711

Für den **Außenhandel Deutschlands** per Juni sind bisher erst die Gewichtsziffern einer Reihe wichtigerer Waren bekannt, die (in dz) wie folgt lauten:

	Einfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Juni 1913	Ausfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Juni 1913
Baumwolle . . .	400 609	350 164	314 689	61 990	57 960	55 207
Jute und Jutewerg .	98 184	108 201	79 393	9 062	12 541	32 933
Merinowolle im Schweiß	83 264	109 240	38 429	1 636	2 094	1 568
Kreuzzuchtwolle im „	60 431	85 038	45 787	626	2 182	619
Eisenerze . . .	13 164 093	11 857 839	12 499 868	1 966 673	1 419 885	2 224 172
Steinkohlen . . .	9 463 049	8 947 741	9 572 791	32 607 751	29 466 039	26 810 388
Braunkohlen . . .	4 982 385	5 547 598	5 917 448	39 248	38 984	43 902
Roheisen	71 720	135 455	85 974	675 526	530 054	697 735
Rohl.,Rohsch.,Rohbl.usw.	7 608	5 576	9 578	552 898	494 188	506 465
Träger, eiserne . .	800	8 358	560 966	401 153	288 467	17 947
Eisenb.-, Straßenbach.	726	179	85 974	611 313	417 001	697 735
Kupfer	165 932	204 577	195 472	2 573	3 507	9 586

Am **Weltarbeitsmarkt** waren im Juni Lohnkämpfe von Bedeutung nicht zu verzeichnen. Ein sogenannter Generalstreik in

Digitized by Google

Italien, der im übrigen nur wenige Tage dauerte, bei dem es jedoch zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht kam, war rein politischer Natur. — Ein Ereignis, dessen Bedeutung *in* der Zukunft liegt, ist der Abschluß eines Vertrages zwischen dreien der größten englischen Gewerkschaften der Kohlenarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter zu einer gemeinschaftlichen Lohnkampfaktion, die wahrscheinlich Anfang nächsten Jahres, nach Ablauf der Verträge mit den Bergherren und Eisenbahnen, einsetzen wird. — Ziffernmäßiges Material über den Arbeitsmarkt liegt erst für den Mai vor. In diesem Monat hat sich in England die Lage etwas verschlechtert, vor allem durch einen Rückgang des Beschäftigungsgrades im Schiffbau, während in Deutschland die seit einigen Monaten zu beobachtende Besserung sich nach einzelnen Statistiken fortgesetzt hat. Allerdings betont das Reichsarbeitsblatt wieder den saisonartigen Charakter der Belebung sowie die noch unbefriedigende Gesamtlage, und hebt hervor, daß die Beschäftigung bei der Großindustrie zum Teil eine weitere Abnahme zeige. Tatsächlich fortgesetzt hat sich die Besserung nach den Ziffern der Krankenkassen, doch ist nicht zu erkennen, inwiefern hier die Neuorganisation die Ziffern beeinflußt. Die Arbeitslosenziffern dagegen sind denen des Vorjahres relativ gleich, absolut sogar überlegen, und auch der Andrang zu den Arbeitsnachweisen zeigt noch eine größere Steigerung als im Vorjahre. Es kamen nämlich auf hundert offene Stellen an Arbeitsgesuchen:

	März		April		Mai	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914
männliche	168	173	160	161	166	172
weibliche	87	92	96	94	100	100

Für die Verkehrseinnahmen der **deutschen Eisenbahnen** liegen die Ziffern ebenfalls erst bis Ende Mai vor. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr zeigen ein ziemlich erhebliches Plus, bei dessen Beurteilung jedoch nicht außer acht zu lassen ist, daß im vorigen Jahre das ganze Pfingstfest in den Mai fiel. Im einzelnen erbrachten:

	Güterverkehr				Personenverkehr				Sonstiges		Gesamteinn.	
	1913		1914		1913		1914		1913	1914	1913	1914
	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	Mill. M.		Mill. M.	
*) März	187,4	3031	190,1	3041	83,5	1383	75,6	1241	30.0	31,3	300,9	297,0
*) April	189,4	3062	184,7	2954	73,0	1209	89,8	1474	16.5	18,3	278,9	292,8
*) Mai	181,1	2923	188,4	3006	99,4	1300	90,0	1472	18,4	17,4	298,9	295,7

In den Verhältnissen der **Groß-Schiffahrt** hat der Juni, soweit es sich um die verschiedenen schwebenden Verhandlungen und provisorischen Abkommen handelt, eine Aenderung nicht gebracht. Die Lage des Frachtenmarktes ist eher noch eine Kleinigkeit schlechter geworden, und einzelne wichtige Sätze haben etwas weiter nachgegeben. — Die Auswanderung über

Digitized by Google

deutsche Häfen im Juni zeigt gegen die drei vorhergehenden Monate einen sehr erheblichen Rückgang. Die Halbjahrsziffer bleibt ebenfalls weit hinter dem Vorjahr zurück. Es wanderten aus:

	1910	1911	1912	1913	1914
über Hamburg . .	9 495	7 556	14 324	22 428	9 325
„ Bremen . . .	13 501	10 000	15 168	28 947	9 862*)
zusammen .	22 996	17 556	29 492	50 475	19 187
dagegen im					
Mai	27 550	22 404	37 171	56 502	35 922
April	35 155	17 177	24 611	43 286	25 164

	Im 1. Halbj. 1912	Im 1. Halbj. 1913	Im 1. Halbj 1914
über Hamburg	65 223	102 168	64 864
„ Bremen	83 921	124 110	77 288
	149 144	226 278	142 152

Die Entwicklung der **Konkursziffern** war in Deutschland auch im Juni relativ günstig; es wurden nämlich eröffnet:

im April	1912	765	Konkurse	1913	962	Konkurse	1914	706	Konkurse
„ Mai	1912	761	„	1913	845	„	1914	682	„
„ Juni	1912	791	„	1913	750	„	1914	672	„
im 2. Quart.	1912	2317	Konkurse	1913	2557	Konkurse	1914	2060	Konkurse
„ 1. „	1912	2347	„	1913	2709	„	1914	2427	„
im 1. Halbj.	1912	4664	Konkurse	1913	5266	Konkurse	1914	4487	Konkurse

Während Deutschland von außergewöhnlich großen oder in ihren Folgen besonders weitreichenden Zusammenbrüchen verschont blieb, waren in einer Reihe von Auslandsstaaten solche zu verzeichnen. Besonders hervorgehoben werden muß hier der Zusammenbruch des Londoner Finanzhauses von Chaplin, Milne, Grenfell & Co., der die Insolvenz der Canadian Agency zur Folge hatte und auch sonst recht weite Kreise zog. In der Amerikanischen Union wurde eine der größten Drygoods Importfirmen, die H. B. Claflin Co., insolvent, deren Passiven man auf etwa 35 Mill. Dollar schätzt. Ferner kam dort die Cincinnati, Hamilton and Dayton-Bahn unter Zwangsverwaltung, ein Schicksal, das anscheinend auch noch anderen Bahn-Systemen bevorsteht. In Argentinien ging eine der größten Exportfirmen, die Cooperativa, mit fast 20 Mill. M. Passiven in Konkurs. In diesem Zusammenhange muß auch die auffallende Tatsache erwähnt werden, daß eine der drei französischen Groß-Banken, die Société Générale, sich wegen eines runartigen Andranges ihrer Depositengläubiger gezwungen sah, sich von der Bank von Frankreich und dem Finanzminister sozusagen ein Leumundszeugnis ausstellen zu lassen, das denn auch die gewünschte Beruhigung zur Folge hatte.

Die **Fusionsbewegung** hat in Deutschland insofern weitere Fortschritte gemacht, als wiederum zwei Versicherungsgesellschaften sich miteinander vereinigt haben. Außerdem hat die

*) Die vom Bremer Stat. Amt veröffentlichte Ziffer von 12 030 Personen enthält die Kajütspassagiere.

Digitized by Google

Firma Deutscher Eisenhandel A.-G. ihr Exportgeschäft mit der Exportabteilung der Firma I. Feige fusioniert und die Firma Bamberger, Leroi & Co. aufgenommen.

Die Lage des **deutschen Eisenmarktes** hat sich auch im Juni ziemlich wenig, jedenfalls nicht zum besseren, verändert. Der Markt steht völlig unter dem Eindrucke der Syndikatsverhandlungen, und da man im Verlaufe des Monats in den Handelskreisen wieder weniger optimistisch geworden ist, als man es zu Beginn der Verhandlungen war, so hat sich die Zurückhaltung des Handels und der Verbraucher wieder etwas verschärft. Dazu kommt, daß das Exportgeschäft immer energischer umstritten wird, und daß das Geschäft in Trägern und Formeisen sich nicht in dem erwarteten Maße belebt hat. Preisrückgänge von Bedeutung sind nicht eingetreten. — Das Siegerländer Eisensteinsyndikat hat die Preise für alle Erzsorten um 5 M. per 10 t herabgesetzt. Im Mai (Juniziffern fehlen noch) ist die Förderung der Vereinsgruben bereits wieder höher gewesen als der Versand, obwohl bereits seit dem 1. Januar Betriebseinschränkungen eingetreten sind.

Am **Roheisenmarkte** ist der Abruf etwa im bisherigen Rahmen geblieben. Wie sich nachträglich herausstellt, haben aber die angeblich unveränderten Preise des Verbandes tatsächlich Ermäßigungen um 1 bis 2 Mark erfahren, für deren Gewährung allerdings die Deckung des gesamten Quartalbedarfs zur Bedingung gemacht wird. Außerdem hat der Verband die Ausfuhrvergütung von 4,75 auf 5,50 Mark pro Tonne erhöht. Der letzte Bericht des Verbandes erklärt den Auftragseingang als „unter Berücksichtigung der allgemeinen Marktlage befriedigend" und sagt, daß die Auslandsabnehmer Neigung zeigten, sich auf längere Zeit zu decken. Die Roheisenerzeugung im Juni bleibt hinter dem Vormonat und, ebenso wie die Halbjahrsziffer, auch hinter dem Vorjahre zurück. Es wurden erblasen (in 1000 t):

	1910	1911	1912	1913	1914
Januar	1 177,6	1 320,7	1 372,7	1 609,7	1 566,5
Februar . . .	1 091,4	1 179,1	1 319,8	1 492,5	1 445,5
März	1 250,2	1 322,1	1 424,1	1 628,2	1 602,7
April	1 202,1	1 285,4	1 427,6	1 587,3	1 534,4
Mai	1 261,7	1 312,2	1 463,6	1 641,6	1 607,2
Juni	1 219,1	1 263,0	1 418,4	1 608,3	1 531,3
im 1. Halbjahr .	7 202,1	7 682,5	8 426,2	9 567,6	9 287,6

Der Stahlwerksverband berichtet, daß im allgemeinen die Marktlage eine bemerkenswerte Aenderung erfahren habe, und daß auf den (im vorigen Hefte erwähnten) Lieferungsvertrag mit dem preußischen Eisenbahnfiskus bereits größere Mengen in Auftrag gegeben worden seien; das Grubenschienengeschäft sei im Auslande außerordentlich stark umstritten. Der Verkauf von Formeisen zum Export im dritten Quartale ist zu unveränderten

Digitized by Google

derten Preisen freigegeben worden. — Die Versandziffern des Verbandes liegen erst bis Ende Mai vor. Die Versendungen von Eisenbahnmaterial sind wieder beträchtlich gewachsen; im übrigen zeigen die Ziffern keine bemerkenswerten Veränderungen. Es wurden versandt (in 1000 t):

	Halbzeug:			Eisenbahn-Material:			Formeisen:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914	1912	1913	1914
März	157,6	151,7	153,2	256,1	232,4	206,3	245,7	178,2	201,0
April	130,0	137,7	133,8	151,3	234,3	199,1	187,0	193,3	179,5
Mai	147,7	141,6	131,4	173,7	237,2	231,1	214,3	188,5	190 4

Das Interesse, mit dem man den Syndikatsverhandlungen in der Eisenindustrie folgt, ist nicht geringer geworden, wenn auch, wie bereits erwähnt, der Optimismus wieder nachgelassen hat. Von positiven Ergebnissen brachte der Juni nur eines, nämlich eine provisorische Einigung der Röhren-Werke untereinander über eine Preiserhöhung und über die Unterlassung von Vorverkäufen. Für die mehrfach angeregte Bildung eines Gesamtverbandes oder miteinander in enger Beziehung stehender Einzelverbände in der Eisenindustrie ist in dieser Zeit ein interessanter Vorschlag gemacht worden, der mehrere neue Gedanken enthält, allerdings etwas utopisch klingt. Direktor Eich von den Mannesmannwerken empfiehlt nämlich eine zehnjährige Syndizierung sämtlicher B-Produkte mit lückenlosem gegenseitigem Produktionsschutz, den Verzicht auf weitere Bauten und die Verzinsung der in den letzten Jahren geschaffenen Neuanlagen, welche die Ursache der Ueberproduktion sind, durch Einführung einer Besitz- und einer Leistungsquote. Sein Vorschlag begegnet großer Skepsis, und man scheint zunächst mehr geneigt den Weg der Einzelverhandlungen weiter zu versuchen.

Am Markte der Halb- und Fertigfabrikate sind im Juni keine wesentlichen Veränderungen der Preise eingetreten. Die Stabeisenpreise tendieren allerdings wieder etwas nach unten, weil der Handel sehr zurückhaltend geworden ist. Die Schweißeisenvereinigung hat ihre Verkaufspreise um fünf Mark ermäßigt, und auch Bleche, sowie Bandeisen werden etwas billiger angeboten. Andererseits haben die Röhrenpreise erhöht werden können. — Die Notierungen der Düsseldorfer Börse mit Ausnahme derer für Erz sind unverändert geblieben. Sie lauten für eine Anzahl wichtigerer Waren (in Mark per t):

	29. 5. 1914	5. 6. 1914	19. 6. 1914	3. 7. 1914
Lux. Gießereieisen III	60—62	60—62	60 – 62	57,50
Dtsch. Gießereieisen I	75,50	75,50	75,50	74.50
„ „ „ III	70,50	70,50	70,50	69.50
Engl. „ „ III	—	—	—	—
Gew. Fluß-Stabeisen .	94—97	94—97	94—97	94—97
Grobbleche (Flußeis.)	99—102	99—102	99—102	99—102
Feinbleche	115—120	115—120	115—120	115—120
Flußeisenwalzdraht .	117,50	117,50	117,50	117,50

Digitized by Google

Der deutsche **Außenhandel in Eisen und Eisenwaren** zeigt im Mai (einzelne provisorische Juniziffern siehe an anderer Stelle) einen Rückgang von ganz ungewöhnlicher Schroffheit. Die Ausfuhr sank der Menge nach um etwa 170 000 t, dem Werte nach um etwa 20 Millionen Mark. Der Rückgang betrifft so ziemlich alle Positionen, er ist besonders scharf bei Halbzeug, Stabeisen, Schienen und Draht. Für einzelne wichtigere Waren betrugen (in t):

Einfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914	1913	1914
März	6265,8	7088,2	856,2	670,3	0,8	18,7	32,8	252,7
April	8978,0	10451,3	397,7	391,5	19,2	82,3	39,2	21,3
Mai	9585,0	13545,5	729,4	557,6	51,5	17,9	85,5	835,8

Ausfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914	1913	1914
März	77216,7	62555,6	57821,0	61285,1	41838,4	43533,9	38030,7	32501,6
April	69368,8	65884,6	48702,2	75861,1	52275,6	66828,0	48913,4	40640.3
Mai	72953,2	53005,4	55264,7	49418,8	50063,6	41700,1	44283,8	28846,7

Am englischen Eisenmarkte sind wesentliche Veränderungen nicht zu verzeichnen. Connals Roheisenlager haben nach vorübergehender Steigerung weiter abgenommen, ohne daß das die Warrantpreise beeinflußt hätte. No. 3 M'bro Warrants notierten in Glasgow (per t):

3. Juni	10. Juni	17. Juni	25. Juni	30. Juni
51 sh 3 d	51 sh 2 d	51 sh 1 d	51 sh 1½ d	50 sh 11 d

Am belgischen Eisenmarkte überwogen im Juni wieder die Preisrückgänge, und es wurde in der Ausfuhr besonders über den deutschen und französischen Wettbewerb geklagt. Der belgische Stahlwerksverband hat für das dritte Quartal die Inlandspreise von Halbzeug unverändert gelassen. — Auch der französische Thomasstahlverband, sowie das Roheisenkontor haben für das zweite Semester ihre Preise beibehalten. — Der Maiausweis der österreichischen Eisenwerke zeigt etwas bessere Ziffern als der des April.

Am amerikanischen Eisenmarkt haben sich auch im Juni Preise und Beschäftigung nicht gehoben. Teils macht man die andauernde Hinauszögerung der Entscheidung in der Eisenbahn-Frachtratenfrage dafür verantwortlich, teils die noch immer anhaltende allgemeine Depression. Das Exportgeschäft geht im übrigen etwas besser als das heimische. Trotzdem mußten im Juni neue Preisreduktionen vorgenommen werden, und Roheisen ist auf einen ungewöhnlich niedrigen Stand zurückgegangen.

Die Belebung, die der Absatz am **deutschen Kohlenmarkte** im Mai erfahren hatte, hat im Juni nicht angehalten. Zum Teil wohl im Zusammenhange mit der Inventurperiode haben die Abforderungen wieder einen Rückgang erfahren, der am deutlichsten

Digitized by Google

sich bei Koks bemerkbar macht. Die Feierschichten sind denn auch wieder angewachsen. Die Abschwächung erstreckt sich auf alle deutschen Reviere und ist auch am Braunkohlenmarkte zu spüren. — Der Bericht des **Kohlensyndikats** liegt erst bis Ende Mai vor. Er zeigt, wie bereits im vorigen Monat konstatiert, lebhafteren Kohlen-, dagegen schwächeren Koks- und Brikettabsatz. Die Einschränkung für Kohle und Briketts wurde nur um 2½ auf 15 %, diejenige für Koks dagegen um 5 auf 60 % erhöht, was um so bemerkenswerter ist, als wenige Tage vorher noch halboffiziell mitgeteilt worden war, es sollten die bisherigen Lieferprozente in Anspruch genommen werden. Das Syndikat hat ferner eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung um 1 auf 2½ Mark pro t vorgenommen, womit die an anderer Stelle erwähnte Erhöhung der Bonifikation durch den Roheisenverband zusammenhängt. Die Versandziffern des Syndikats lauten für den rechnungsmäßigen Kohlenabsatz (in 1000 t):

	1912		1913		1914	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
März	5 008,1	192,6	6 869,6	286,2	5 913,8	227,5
April	6 196,5	258,2	7 269,3	279,6	6 347,9	264,5
Mai	6 478,8	259,2	6 754 5	278,5	6 643,0	265,7

Der Koks- und Brikettversand betrug (in 1000 t):

	1912				1913				1914			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
März	1685,9	54,4	275,5	10,6	1970,1	63,5	365,4	15,2	1438,5	46,4	343,6	13,2
April	1595,4	53,2	325,9	13,6	1805,9	60,2	410,6	15,8	1424,2	47,5	367,2	15,3
Mai	1561,8	50,4	346,3	13,9	1785,3	57,6	375,9	15,5	1461,7	47,2	376,6	15,1

In den Erneuerungsverhandlungen des Kohlensyndikats dauert die Pause noch an.

Für **Deutschlands Kohlengewinnung** liegen die Ziffern ebenfalls erst bis Ende Mai vor. Sowohl gegen den Vormonat, als auch gegen das Vorjahr weisen Stein- und Braunkohlenproduktion eine Steigerung auf. Es wurden gefördert (in 1000 t):

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
März . . .	12 811,8	15 413,3	16 148,0	7 042,0	6 706,2	7 628,4
April . . .	14 062,0	15 821,0	15 162,4	6 356,0	7 258,0	7 130,5
Mai . . .	14 734,1	14 268,1	15 987,7	6 442,7	6 865,4	7 389,7

Im **Außenhandel mit Kohle** hat der Mai (provisorische Juniziffern siehe an anderer Stelle) wieder sehr hohe Exportzahlen gebracht. Die Koksausfuhr dagegen zeigt eher rückgängige Tendenz. Bei Steinkohle betrugen (in 1000 t):

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
März	497,5	709,2	796,1	2 421,0	2 815,6	2 914,7
April	215,9	940,7	809,7	2 947,0	2 938,8	2 930,9
Mai	882,8	952,6	894,8	2 480,5	2 288,6	2 946,6

An den Kohlenmärkten des Auslandes kommt die Verschlechterung der Marktlage zum Teil noch deutlicher, und vor allem in den Preisen, zum Ausdruck. So sind in Belgien, dessen

Digitized by Google

Zechen auch mit den Staatseisenbahnen einen neuen Abschluß zu wesentlich niedrigeren Preisen getätigt haben, weitere Preisermäßigungen vorgenommen worden, und auch die französischen Zechen machen jetzt Preiszugeständnisse, nachdem sie zunächst Feierschichten eingelegt haben. In Amerika sind die Kokspreise weiter zurückgegangen.

Die Bindungsaktion in der **Kaliindustrie** hat im Juni insofern weitere Fortschritte gemacht, als ihr der preußische Fiskus, wenn auch nicht vorbehaltlos, so doch im Prinzip zugestimmt hat. Bis jetzt ist der Vertrag von 748 Tausendsteln unterzeichnet. Aus dem Jahresberichte des Syndikats seien folgende Ziffern wiedergegeben (in 1000 t):

	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Chlorkalium	288,5	327,6	434,2	443,2	471,4	484,3
Kalidüngesalz (20—40%) .	285,0	351,9	490,2	607,1	723,3	906,2
Kainit, Sylvinit, Carnallit und Kieserit	2462,8	2699,4	3133,5	3293,3	3321,4	3577,3
Andere Salze	136,6	158,6	161,7	188,9	209,0	220,6
Von Kalidüngesalz. Kainit und Sylvinit entfallen auf Deutschland . . .	1784,6	1961,9	2149,7	2461,4	2631,9	2953,6
auf Nordamerika . . .	414,0	510,0	850,5	734,2	620,4	705,7

Ueber den Versand werden gute Mitteilungen gemacht. Das Plus des laufenden Jahres beträgt bis Ende Mai, trotz des schlechten Aprilversandes fast 9½ Millionen Mark, und auch der Juni verläuft günstig. Die Ausfuhrziffern liegen erst bis Ende Mai vor und lauten (in 1000 t):

	Gesamtausfuhr			Davon nach den Vereinigten Staaten		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
März	107,7	135,7	176,1	28,6	61,6	39,0
April	56,8	138,4	105,1	10,9	50,3	35,1
Mai	42,4	91,2	91,8	10,0	40,5	50,1

Die Entwicklung der **Saaten** hat im Juni in fast allen Ländern ganz wesentlich raschere Fortschritte gemacht, als in den vorhergehenden Monaten. Das gilt besonders von der Nordamerikanischen Union, die eine außergewöhnlich große Winterweizenernte bereits so gut wie in der Scheuer hat, daneben aber auch u. a. von Deutschland. Etwas weniger günstig bleiben die Aussichten in den französischen Kolonien, in Italien und Oesterreich-Ungarn. Auch aus den Balkanländern lauten die Berichte nicht einheitlich. Immerhin dürfte, so weit es sich bis jetzt übersehen läßt, der Ernteertrag zur Deckung des Weltbedarfes reichlich genügen, was denn auch in den Terminpreisen der führenden Getreidemärkte deutlich zum Ausdrucke kommt. Anders liegt die Sache mit greifbarer Ware. Diese ist überall knapp und teuer, so daß die Deports für spätere Sichten wesentlich größer geworden sind. Die Saatenstandsnoten des

Digitized by Google

Kaiserlich Statistischen Amtes für Deutschland lauten per 1. Juli:

	Winter-Weizen	Sommer-Weizen	Winter-Roggen	Sommer-Roggen	Sommer-Gerste	Hafer
1. Juli 1914 . .	2,5	2,4	2,5	2,5	2,3	2,5
1. Juni 1914 . .	2,6	2,5	2,7	2,5	2,4	2,5
1. Juli 1913 . .	2,5	2,7	2,6	2,6	2 4	2,8
1. Juni 1913 . .	2,4	2,5	2,6	2,6	2 4	2,5

Die im vorigen Monat eingetretene Erhöhung der Zuckerpreise hat nicht lange angehalten, weil die Berichte über die Saaten in den rübenbauenden Ländern fast durchweg günstig lauten. Die Preise sind den größten Teil des Monats nicht unerheblich zurückgegangen und haben erst in den letzten Tagen eine Kleinigkeit angezogen. — Die Kaffeepreise bröckelten infolge der nunmehr günstigeren Nachrichten aus Brasilien erneut ab.

Am Markte der **Textil**rohstoffe ist Baumwolle unter Schwankungen wieder etwas gefallen, Wolle dagegen noch recht beträchtlich weiter gestiegen. Die Jutenotierungen zeigen einen Rückgang, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß es sich jetzt um Abladung aus neuer Ernte handelt, und auch die Flachs- und Hanfpreise haben einen kleinen Rückgang erfahren.

An den **Metall**märkten sind eine Reihe neuer, nicht unbeträchtlicher Kursrückgänge eingetreten, vor allem bei Kupfer, in zweiter Reihe bei Zinn und Antimon, wogegen Blei infolge des dauernden Ausbleibens der mexikanischen Zufuhren im Preise stieg. Die europäischen Zinkpreise haben sich nicht geändert, während die amerikanischen weiter zurückgegangen sind.

Auch die Petroleumpreise sind mehrfach weiter herabgesetzt worden. Die Absicht, ein internationales Salpeterkartell zu bilden, ist wieder einmal aktueller geworden, ohne daß im übrigen die Aussicht, sie zu verwirklichen, sich vergrößert hätte. Auf die Salpeterpreise haben die Erörterungen einen Einfluß nicht gehabt. — Einzelne pflanzliche Oele, namentlich Sojaöl zeigen Preisermäßigungen, die zum Teil nicht unwesentlich sind. — Unsere Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	30. Juni 13	1. Mai 14	1. Juni 14	10. Juni 14	20. Juni 14	29. Juni 14
Weizen (Berlin) .	203,50	196.50	200.50	198,75	195,75	193,25
do. (New York)	97 1/4	93,—	93 1/2	92 3/4	90 1/8	86 3/8
Roggen (Berlin) .	168,50	162.50	172.25	162,25	164,50	165.—
Mais (New York)	69,—	73 3/8	79 1/4	81 3/4	79 1/4	77.—
Baumwolle (Brem.)	62 1/2	64 1/4	70.—	69 1/2	67 3/4	69 1/2
do. (New York)	12,40	13,—	13,75	13,65	12.64	13,25
Wolle (Antwerpen)	6,07	6,52	6,60	6.65	6,70	6,72
Zucker (Magdeb.)	9,37	9.40*)	9,35	9,30	9,35*)	9,30*)
Kaffee (Hamb.) .	50,—	47 3/4	50 1/4	50 1/4	49 1/4	47 1/4
Salpeter (Hamb.)	9,92 1/2	9,50	9,67 1/2	9,60	9,62 1/2	9,55

*) Hamburger Notiz.

Digitized by Google

	30. Juni 13	1. Mai 14	1. Juni 14	10. Juni 14	20. Juni 14	29 Juni 14
Schmalz (Chicago)	11,30	10 20	11.17	10 27	10,32	10,22
Silber (London) .	$26^{15}/_{16}$	$27^{3}/_{16}$	$25^{15}/_{16}$	$26^{1}/_{8}$	$25^{13}/_{16}$	$26^{1}/_{16}$
Kupfer (London) .	$64^{1}/_{4}$	$63^{3}/_{4}$	$62^{3}/_{8}$	$62^{1}/_{2}$	$61^{1}/_{16}$	$60^{1}/_{8}$
Zinn (London) . .	$194^{1}/_{2}$	$155^{3}/_{4}$	140,—	$140^{5}/_{8}$	$138^{1}/_{4}$	137.—
Zink (London) . .	21,—	$18^{1}/_{2}$	$21^{1}/_{2}$	$21^{3}/_{8}$	$21^{3}/_{8}$	$21^{3}/_{8}$
Blei (London) . .	$19^{3}/_{4}$	$21/^{1}/_{2}$	$19^{5}/_{8}$	$19^{1}/_{2}$	$19^{3}/_{8}$	$19^{3}/_{8}$

Die Notierungen verstehen sich für Weizen, Roggen, Wolle, Kaffee, Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Baumwolle (Bremen) in Pfennig per ½ kg mit 1¼% Skonto, (New York) in Cents per engl. Pfund, Wolle in Francs per kg, Zucker (Korn, 88 %) in Mark per 50 kg, Kaffee in Pfennig per Pfund, Salpeter in Mark per 50 kg, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze, Kupfer in Lstrl. per ton netto, Zinn und Zink in Lstrl. per engl. ton netto, Blei in Lstrl. per engl. ton netto mit 2½ %.

Den **Weltbörsen** hat der Juni eine Anzahl neuer Erschütterungen gebracht, jedoch prägte sich die schon in den letzten Monaten zu beobachtende Widerstandsfähigkeit noch deutlicher darin aus, daß alle Ereignisse entweder nur wenig oder nur kurze Zeit und auf den unmittelbar betroffenen Marktgebieten wirkten. Dies gilt sogar von der Ermordung des österreichischen Erzherzog-Thronfolgers, die selbst in Wien keinerlei Kursrückgänge von Bedeutung hervorrief. Das gleiche war in New York bei dem Zusammenbruch des Claflin-Konzernes und bei dem Bekanntwerden neuer Insolvenzen im Bahnwesen des Landes der Fall. Auch in London wirkten die Insolvenz von Chaplin, Milne und die mit ihr zusammenhängenden Zahlungseinstellungen nur auf den direkt mit der Firma in Beziehungen stehenden Canadiermarkt. Für London ist jedoch als bedeutsames Moment hervorzuheben, daß fast alle Neu-Emissionen, namentlich diejenigen festverzinslicher Werte, fortgesetzt schwere Mißerfolge erleiden. In Petersburg setzte sich der Kursdruck, dem russische Werte unterlagen, zunächst noch weiter fort, jedoch wurde hier die Stimmung gegen Ende des Monats etwas freundlicher. Zum Teil hängt dies mit der Entwicklung in Paris zusammen, wo in der ersten Hälfte des Monats die Vereinigung der Börsenmakler sich noch zu besonderen Maßnahmen gegen die Baissespekulation veranlaßt sah, und wo man später um jeden Preis und mit allen Mitteln den Boden für die kommende Anleiheemission zu ebnen versuchte. Daß diese ebenso wie das immer wiederholte Stocken in den Verhandlungen über die geplanten exotischen Anleihen sämtliche Rentenmärkte ungünstig beeinflussen, ist selbstverständlich.

An der **Berliner Börse** unterschieden sich Stimmung und Geschäftsumfang nicht wesentlich von denen der anderen Effektenmärkte. Die Sensation des Monats bildeten die Vorgänge bei einem kleinen Werk, Ohles Erben, dessen 2 Millionen Mark Aktien bisher an der Berliner und Breslauer Börse ein ziemlich unbeachtetes Dasein geführt hatten. Infolge von Zinnspeku-

Digitized by Google

Kurse der Ultimo-Papiere an der Berliner Börse.

	1913		1914						
	2. Juni	30. Juni	2. Jan.	2. Juni	6. Juni	18. Juni	20. Juni	27. Juni	30. Juni
3 % Reichsanleihe	75,50	74,60	76,10	77,50	77,30	77,20	77,20	76,90	76,80
4½ % Japaner	88,60	—	90,50	90,80	90,75	90,50	91,00	92,00	92,00
4 % Russen v. 02	88,00	86,50	90,60	89,80	89,60	89,75	89,50	89.50	89,50
3 % Portugiesen	65,00	65,30	63,80	65,30	65 50	65,90	66,00	65,70	65,70
5 % Chin. Anleihe	96,50	99,60	97,50	99,50	99,50	99,10	99,20	99,20	99,10
Türk. Anl. v. 03	86 50	85,50	86,00	83,30	83,40	83,25	82,00	82,90	82,00
Türken-Lose	163,90	154,70	169,50	164,10	162,50	165,50	162,75	162,10	162 50
Disconto-Com.-Ant.	181,75	179,50	186,90	186,75	187,00	186,80	185,40	183,90	183,10
Oesterr. Kredit-Akt.	196,25	194,30	202 50	—	—	—	191,25	—	190 00
Berl. Handels-Ges.	160,40	156,50	155,90	151,00	150,10	150,60	150,10	149,60	149,00
Darmstädter Bank	115,40	113,50	115,90	116,20	116,00	116,00	115,90	115,50	115,50
Deutsche Bank	242,70	240,75	249,00	240,75	240,00	239,50	237,00	235,80	234,00
Dresdner Bank	149,50	145,75	151,80	149,25	148,75	148,75	147,25	147,10	146,90
Nationalbank	115,70	113,00	116,90	110,00	109,50	109,60	109,40	108,60	108 40
A. Schaaffh. Bankv.	112.00	110,00	101,25	109,00	108,80	108,75	108,00	106,90	106,50
Comm.-u.Disc.-Bank	108 00	106,20	107,30	107,60	107,60	107,40	107,50	107,00	107,00
Wiener Bankverein	130,25	—	134,50	130,50	—	—	—	—	—
Azow-Don-Commerz	238,25	—	238,00	216,50	216,00	218,50	221,00	219,50	—
Russ. B. f. ausw. H.	153,80	150,00	156,70	149,75	149,70	150,50	152,00	150,50	150,75
Petersb.Int.Hand.-B.	202,75	198,50	201,50	177,50	177,50	178,30	181,40	179,25	179,25
Franzosen	—	—	155,25	—	—	—	—	—	—
Lombarden	26,60	25,50	22,10	19,25	18,70	18,50	17,75	17,80	17,70
Ital. Meridionalbahn	113,75	—	108,75	—	—	109,00	—	—	—
Anatolische Eisenb.	113,00	—	116,50	117,25	—	116,30	115,60	116,75	117,10
Orientbahn	176,00	—	200,00	—	—	—	—	—	—
Prince Henri	158,75	155,00	157,75	—	147,50	147,50	146,75	145,25	145,60
Schantungeisenbahn	134,10	121,00	128,75	138,40	138,50	131,90	130,60	130,90	129,25
Baltimore	96,50	92,90	92,90	91,50	91,25	91,00	91,40	90,10	—
Canada	220,80	218,50	214,75	199,50	196,00	197,10	198,40	196,00	195,50
Pennsylvania	—	109,25	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck-Büchener	170,40	170,25	180,75	185,00	184,00	—	172,25	—	171,50
Gr. Berl. Straßenb.	162,25	160,00	163,50	150,00	147,50	147,00	147,00	147,10	147,10
Electr. Hochbahn	124,00	123,00	137,90	132,00	132,00	131,80	130,75	130,75	129,75
Dynamite Trust	180,10	166,00	173,25	166,25	166,00	165,50	164,75	164,50	163,80
Norddeutsch. Lloyd	121,50	118,30	117,40	111,70	111,—	110,30	110,00	109,80	109,30
Hamb.-Am. Packetf.	142,50	137,60	134,00	127,90	127,40	127,10	126,80	126,25	125,80
Hansa Dampfschiff.	292,25	280,50	271,50	253,40	250,25	249,00	249,00	253,75	255,40
Dt. Austral Dampf.	186,25	179,30	172.50	170,60	170,60	170,50	169,90	169,80	169,60
Hamb.-Südam. „	188,50	178,70	163,10	158,25	159,20	157,50	154,75	156,25	156,25
Bochum. Gußstahl	212,50	214,00	210,00	223,—	222,00	221,10	220,60	221,00	222,00
Laurahütte	165,00	161,30	125,25	146,75	146,10	147,90	148,00	147,50	147,00
Harpener	187,50	185,75	174,00	179,20	178,00	178,30	177,75	178,00	177,10
Gelsenkirchen. Bgw.	179,40	177,90	185,00	184,10	183,10	182,40	181,90	182,50	181,90
Dt.-Luxemb. Bergw.	155,50	149,40	133,50	128,30	128,90	128,50	128,50	128,00	127,10
Aumetz-Friede	170,20	164,60	157,80	159,—	158,00	157,40	156,40	156,25	155 50
Rhein. Stahlwerke	161,40	154,50	152,75	159,20	159,25	157,25	157,10	154,10	154,10
Hohenlohewerke	168,00	164,00	133,50	106,00	105,80	103,75	106,25	104,50	105.00
Phönix	252,70	246,80	235,60	236,75	236,90	236,10	236,00	236,50	235,00
Rombacher Hütten	155,00	148,25	150,00	155,10	154,40	153,75	154,00	152,75	152,00
Allg. Elektr.-Ges.	235,80	232,50	236,60	243,25	242,90	242,50	242,30	240,50	240,30
Siemens & Halske	215,50	210,25	220,00	214,50	213,00	213,00	211,30	210,50	210,30
Schuckert Electr.	151,75	145,00	151,90	145,50	145,10	145,00	144,10	143,50	142,25
Electr. Licht u. Kraft	127,00	113,00	129,75	128,00	128,10	127,50	128,50	128,00	129,60
Ges. f. Electr. Untern.	151,00	147,75	164,00	158,60	158,10	158,40	157,90	156.50	156,75
Dt. Uebersee Elektr.	173,50	160,70	167,00	176,00	175,80	164,40	164,00	163,30	163,30
Bk. f. Electr. Untern.	193,75	—	185,00	195,00	194,75	195,25	195,90	197,40	197.50
Oberschles. Eisb.-B.	96,00	91,00	89,90	83,90	85,00	86,60	85,50	87,50	86,50
Orenstein & Koppel	203,50	182,25	167,00	170,10	170,00	168,90	157,40	154,00	153,30
Oberschles. Eis.-Ind.	79,60	73,25	62,00	71,60	75,50	80,00	77,75	77,75	77,10
South-West Africa	118,10	111,00	115,00	114,25	114,90	109,40	107,00	105,10	105,10

Digitized by Google

lationen, die weder der Aufsichtsrat noch die revidierende Treuhandgesellschaft gemerkt hatten, waren Verluste entstanden, deren Höhe nicht wesentlich hinter dem Aktienkapital zurückblieb. Das führte zu einer scharfen Entwertung der Aktien, die an einem einzigen Tage über 70% betrug. — An den Ultimomärkten war das Geschäft nicht groß. Zu den in den letzten Monaten geschilderten Momenten, die den Geschäftsumfang einengten, kam jetzt noch die Nähe der Ferienzeit. Das Geschäft schrumpfte allmählich so zusammen, daß an einzelnen Tagen für über ein Drittel der per Ultimo gehandelten Papiere ein erster Kurs nicht zustande kam. Von einer einheitlichen Tendenz kann angesichts des minimalen Geschäftes kaum gesprochen werden. Wie die Veränderungen der Liquidationskurse des Juni gegenüber denen des Mai fast durchweg nur gering sind, so waren auch die Kursschwankungen innerhalb des Monats nur in Ausnahmefällen erheblich. Am Montanaktienmarkte wirkten zeitweilig die Syndizierungsverhandlungen leicht belebend, zu anderen Zeiten wieder deprimierten die ungünstigen Marktberichte und die damit zusammenhängenden ungünstigen Dividendentaxen. Nur einzelne oberschlesische Werte hatten beträchtlichere Kurserhöhungen zu verzeichnen, in erster Reihe Oberschlesische Eisenindustrie-Aktien, für die mit Gerüchten über eine nahe bevorstehende größere Transaktion Stimmung gemacht wurde. Von den an anderer Stelle eingehend behandelten neuen Forderungen der Reichsbank ging zeitweilig ein Druck auf Bankaktien aus; bei Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft wirkten die neuen Aktienemissionen in gleicher Richtung. Der Druck auf Rentenwerte wurde bereits erwähnt. Ziemlich mäßig war, im Gegensatz zu früheren Monaten, auch das Geschäft in Schiffahrts- und Eisenbahnwerten. Lediglich Hansaaktien, Schantung und Südbahn hatten gelegentlich etwas lebhafteres Geschäft zu verzeichnen, wobei die Kursabschläge überwogen. Des wichtigsten Ereignisses am Kassamarkt (Fall Ohles Erben) wurde bereits gedacht. Im allgemeinen war hier das Geschäft noch stiller als an den Ultimomärkten. Gelegentlich zeigte sich einiges Interesse für Braunkohlenwerte infolge der steigenden Verwendung von Braunkohlenbriketts in der Industrie. Die Aktien der chemischen Fabriken, von denen infolge der Kapitalserhöhungen Material an den Markt kam, unterlagen fast durchweg stärkerem Kursdruck, ebenso Automobilaktien, weil man damit rechnet, daß in einer Depressionsperiode, wie jetzt, der Absatz von Luxusartikeln leiden muß. Erwähnt sei noch die ungünstige Kursbewegung der Vulkanaktien; der Abschluß der Gesellschaft enttäuschte selbst Pessimisten. Aus dem freien Terminverkehr ist

Digitized by Google

der Kursrückgang von Deutschen Erdöl- und Stahlwerk Becker-Aktien zu erwähnen.

Die bedeutendsten Schwankungen am Kassamarkt im Juni.

	höchst. Kurs*)	niedr. Kurs*)	letzter Kurs	Besonderer Grund der Bewegung, wo ein solcher vorhanden
Oesterr. Kronenrente . .	82,25	80,90	81,30	
Chilen. Anleihe 1911 . .	97,25	93,30	96,10	
5 % Mexikaner v. 1899 .	86,50	81,70	81,70	politische Krisis
Argo Dampfschiff . . .	120,40	115,60	117,25	
Bank f. Brauindustrie. .	61,00	56,75	57,90	schlechter Abschluß
Berliner Kindl-Brauerei .	290,50	282,00	282,25	
Dortm. Akt.-Brauerei . .	424,50	401,00	401,00	
Bad. Anilin	602,00	575,00	579,75	Kap.-Erhöhung
Bauverein Weißensee . .	669,00	635,00	640,00	
Braunschw. Kohlen . . .	301,50	276,50	300,00	Steig. d. Braunkohlenwerte
Deutsche Gasglühlicht . .	575,50	556,50	568,00	
Deutsche Erdöl	217,00	200,00	200,00	Sanierg. einer Tochterges.
Deutsche Waffen	351,00	336,00	336,50	
Elberfelder Farben . . .	610,00	586,75	588,00	Kap.-Erhöhung
Gerb- und Farbst. Renner	251,00	230 00	233 00	Schlechte Auss. d. ihr nahest. Forestal Land Timber Cy.
Höchster Farbwerke . .	590,75	451,50	458,0	
Linke Hofmann	273,60	257,60	265,50	Lang dauernder Streik
Luckau & Steffen . . .	83,00	74,25	74,25	
Mech. Weberei Linden .	235,00	218,00	222,00	Schlecht. Geschäftsgang
Mühle Rüningen	340,50	316,50	328,00	
E. F. Ohle's Erben . . .	205 00	8 ,50	95,00	Verfehlte Zinkspekulation.
Ostelb. Sprit	319,50	301,25	319,50	Käufe Eingeweihter
Reisholz Papier	248,00	225,30	242,25	Günst. Dividendenaussicht.
Stahl & Nölke.	180,00	169,75	178,50	
Wittener Stahl	153,25	138,00	149,00	

Die Ziffern der Börsensteuern liegen erst bis Ende Mai vor. Der niedrige Schlußscheinstempel zeigt, auf welch geringes Maß die Börsenumsätze zurückgegangen sind. Im einzelnen erbrachten (in 1000 M.):

Schlußscheinstempel.	1911	1912	1913	1914
März	2 038,6	1 794,5	1 264,0	1 444,8
April	1 953,8	2 206,1	2 271,1	1 318,8
Mai	1 982,7	2 420,0	1 663,3	1 155,3

Effektenstempel.	1911	1912	1913	1914
März	4 501,9	6 220,0	3 750,6	7 359,1
April	4 550,0	5 642,5	5 368,4	13 362,9
Mai	5 314,3	4 542,0	5 695,8	14 899,3

Am **internationalen Geldmarkt** hat der Juni im Zeichen zweier sich kreuzenden Bewegungen gestanden. Auf der einen Seite hat die geschäftliche Depression, die sich fast in allen auf europäisches Geld angewiesenen Uebersee-Ländern bemerkbar macht, starke Rückflüsse, zum Teil in effektivem Gold herbeigeführt. Auf der anderen Seite halten an allen großen Geld-

*) Den „Berliner Monatskursen" von Dr. Handl, Berlin W. 57, entnommen.

Digitized by Google

zentren die Notenbanken ihre Sätze höher als unbedingt nötig, weil sie dem noch immer bei weitem nicht befriedigten internationalen Anleihebedarf mißtrauen. Die einzige überhaupt vorgenommene Diskontänderung ist eine Erhöhung (Norwegen). Die Geldflüssigkeit kommt daher nicht so deutlich zum Ausdruck, wie es sonst wohl der Fall wäre. Immerhin hat der Juni an den meisten Märkten verhältnismäßig leichte Geldsätze und ein reichliches Angebot namentlich von Geld auf kurze Frist gebracht.

Am Londoner Geldmarkt ist das störende Moment, das die fortgesetzten russischen Goldkäufe in die Marktverfassung gebracht hatten, im Juni in Fortfall gekommen, und die Geldsätze konnten sich langsam wieder ermäßigen, nachdem die Gefahr einer Abwehr-Diskonterhöhung der Bank von England beseitigt war. Mitte Juni fand 1 Mill. £ sechsmonatliche Schatzwechsel zu dem niedrigen Satze von $2^1/_{32}$% Nehmer. Der Privatdiskont notierte:

2. Juni	8. Juni	15. Juni	22 Juni	30. Juni	höchst	niedrigst
$2^3/_4$	$2^3/_4$	$2^9/_{16}$	$2^5/_{16}$	$2^3/_{16}$	$2^3/_4$	$2^3/_{16}$

im Durchschnitt 2,52 gegen 2,79 im Mai

Die Bank von England hat in dem Maße, wie die privaten Leihsätze zurückgingen und deshalb die Inanspruchnahme ihrer Mittel nachließ, ihren geschwächten Status erheblich kräftigen können. Sie hat Ende Juni ihre normale Sommerverfassung zurückgewonnen, so daß der Markt, aus einem Extrem ins andere fallend, statt der befürchteten Diskonterhöhung bereits eine Diskontermäßigung erwarten zu dürfen glaubte. Namentlich der Metallbestand der Bank hat sich nennenswert erhöhen können, und zwar ausschließlich infolge des Zuschusses von Auslandsgold. Denn obwohl am Goldmarkt der Wettbewerb des Kontinents, hauptsächlich Frankreichs, um die Barren-Ankünfte noch immer nicht ganz aufgehört hat, so schließt die äußere Goldbewegung bei der Bank doch mit einem außerordentlich hohen Aktivsaldo ab. Die Ziffern lauten (in 1000 £):

Eingang:		davon aus		Ausgang:	davon nach:		Saldo
2.— 6. Juni	647	Egypten 125	Der Rest Barren (größtenteils Kap- und Austral.-Gold)	—			+ 647
		Brasilien 90		—			
8.—13. „	901	Argentin. 240		5	Gibraltar	5	+ 896
		Brasilien 73					
15.—20. „	1129	Argentin. 783		35	Kontinent	10	+1094
		Egypten 178			Gibraltar	25	
22.—27. „	1612	Argentin. 204		—			+1612
		Egypten 410					
		Ver. Staat. 220					
29.—30 „	188	Egypten 75		—			+ 188
		Argentin. 50					
	4477			40			+4437

Im ersten Semester 1914 zeigt die Goldbewegung bei der Bank von England (mit dem Ausland) das nachstehende Bild:

Digitized by Google

		Eingang	Ausgang	Saldo 1914	Saldo 1913
Januar . . .	£	3 250 000	1 240 000	+2 010 000	— 849 000
Februar . . .	£	369 000	2 189 000	—1 820 000	+1 369 000
März	£	—	651 000	— 651 000	+1 303 000
April	£	322 000	396 000	— 74 000	+3 264 000
Mai	£	1 696 000	325 000	+1 371 000	+1 921 000
Juni	£	4 477 000	40 000	+4 437 000	+ 635 000
	£	10 114 000	4 841 000	+5 273 000	+7 643 000

Der Londoner Clearing-Verkehr (umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch) weist im Juni 1914 im Vergleich mit den Parallelwochen der Vorjahre folgende Ziffern auf (in 1000 £):

1912		1913		1914	
30. 5.— 5. 6.	364 970	29. 5 — 4. 6.	368 785	28. 5.— 3. 6.	306 206
6. 6.—12. 6.	248 265	5. 6.—11. 6.	281 268	4. 6.—10. 6.	285 464
13. 6.—19. 6.	324 666	12. 6.—18. 6.	352 567	11. 6.—17. 6.	329 729
20. 6.—26. 6.	252 677	19. 6.—25. 6.	268 080	18. 6.—24. 6.	275 105
30. 5.—26. 6.	1 190 578	29. 5.—25. 6.	1 270 700	28. 5.—24. 6.	1 196 504
1. 1.—29. 5.	6 488 673	1. 1.—28. 5.	6 735 323	1. 1.—27. 5.	7 150 712
1. 1.—26. 6.	7 679 251	1. 1.—25. 6.	8 006 023	1. 1.—24. 6.	8 347 216

Die Emissionstätigkeit ist in England im verflossenen ersten Semester 114, namentlich infolge der starken Ansprüche der Kolonien, eine lebhaftere als in den Vorjahren gewesen. Die Ziffern lauten (nach dem „Economist") in £:

	1911	1912	1913	1914
I. Quartal . . .	61 245 000	47 966 100	50 344 000	97 610 200
II. Quartal . . .	56 238 800	62 377 500	70 014 900	54 739 100
I. Halbjahr	117 483 800	110 343 600	120 358 900	152 349 300

Die Gesamtziffern des ersten Halbjahrs verteilen sich in folgender Weise auf Inland, Kolonien und Ausland (in £):

	I. Sem. 1911	I. Sem. 1912	I. Sem. 1913	I. Sem. 1914
Großbritann. u. Irland .	16 677 000	24 159 400	20 324 400	24 909 700
Britische Kolonien . . .	35 576 800	27 932 200	43 002 600	70 252 600
Ausland	65 230 000	58 252 000	57 032 600	57 187 000

Der Pariser Geldmarkt hat im Juni starke Zuflüsse aus dem Ausland, speziell Amerika und Rußland, erhalten, dennoch aber kein besonders flüssiges Aussehen gewonnen, weil das Anfang Juli erfolgende Angebot der lange erwarteten französischen Anleihe (805 Mill. Fr. 3½ proz. Rente) seine Schatten vorauswarf und man für den Sommer mit weiteren starken Ansprüchen der Fremdländer, vor allem Brasiliens und der Balkanstaaten, rechnete. Der Privatdiskont hat sich deshalb nicht ermäßigen können, vielmehr lautete die offizielle Notierung des Bankensyndikats unverändert 2¾%. Dagegen hat der Markt seine Schuld bei der Bank von Frankreich ermäßigen können — er hat zu diesem Zweck erhebliche Guthaben im Auslande gekündigt, u. a. auch in Norwegen, wo eine Diskonterhöhung die Folge war — und darüber hinaus noch starke Guthaben bei der Bank angesammelt, die allerdings nach der Subskription auf die Rente wieder verschwinden werden. Der Status der Bank hat sich

Digitized by Google

infolgedessen ganz außerordentlich gekräftigt, und ihr Goldbestand ist Ende Juni infolge fortgesetzter Zuflüsse aus dem Ausland auf 4 Milliarden Fr. (i. V. 3,3 Milliarden) gestiegen. Trotzdem hat die Bank von der beabsichtigten Diskontermäßigung Abstand genommen, um den Geldzufluß aus dem Auslande nicht zu unterbrechen.

Am Wiener Geldmarkt ist im Juni wieder eine kleine Versteifung eingetreten, da größere Rückzahlungen nach Deutschland und Frankreich zu leisten waren. Der Privatdiskont notierte:

2. Juni	8. Juni	15. Juni	22. Juni	26. Juni	30. Juni	höchst	niedrigst
$3^3/_8$	$3^5/_{16}$	$3^5/_{16}$	$3^1/_2$	$3^3/_4$	$3^{11}/_{16}$	$3^3/_4$	$3^5/_{16}$

im Durchschnitt 3,44 gegen 3,27 im Mai.

Unverändert flüssig ist dagegen der New-Yorker Geldmarkt geblieben; ja die Sätze für tägliches und Wochengeld haben sich sogar noch etwas ermäßigt, obwohl große Zahlungen nach Europa, teils für rückgeflossene Effekten, teils für die Mehreinfuhr unter dem neuen Zolltarif, zu machen waren. Da man infolge der höheren englischen Geldsätze von den üblichen Sommertrassierungen absah, mußten die Zahlungen in bar beglichen werden, was zur Ausfuhr weiterer großer Mengen Goldes führte. Innerhalb 6 Wochen (von Mitte Mai an) sollen rund 80 Mill. $ Gold nach London und Paris verschifft worden sein. Die Ausweise der New York Associated Banks zeigen, der Geldflüssigkeit entsprechend, hohe Reserven und lauten (in Mill. $):

	16. Mai	23. Mai	29. Mai	6. Juni	13. Juni	20. Juni
Darlehen	1511,3	1486,5	1482,8	1475,0	1490,8	1484,4
Depositen	1609,0	1584,2	1575,2	1577,3	1583,7	1570,9
Barbest. u. Legal-Tenders	442,0	443,5	438,0	445,6	436,5	429,8
Gesetzl. Mindestbarbest.	402,3	396,0	393,8	394,3	395,9	392,7
Reserve	39,7	47,5	44,2	51,3	40,6	37,1

Die Ausweise der dem New-Yorker Clearinghaus angeschlossenen Trust-Companies lauten (in Mill. $):

	16. Mai	23. Mai	29. Mai	6. Juni	13. Juni	20. Juni
Darlehen	638,4	631,2	631,1	634,8	640,6	641,4
Depositen	466,4	471,5	470,4	479,0	483,1	475,5
Deposit. b. d. Assoc.-Bks.	97,3	97,6	96,7	87,9	93,6	87,5
Barbest. u. Legal-Tenders	69,9	74,2	75,4	72 8	74,2	73,0

Die Diskontsätze der maßgebenden europäischen Notenbanken haben im Juni, bis auf den der Bank von Norwegen, keine Veränderung erfahren und lauten:

Deutsche Reichsbank	bis 30. Juni	4;	Durchschnitt	4
Bank von England	„ 30. „	3;	„	3
Bank von Frankreich	„ 30. „	3,5;	„	3,5
Oest.-Ung. Bank	„ 30. „	4;	„	4
Banca d'Italia	„ 7. „	5;	„	5
Russ. Reichsbank	„ 30. „	5,5;	„	5,5
Bank von Finnland	„ 30. „	5;	„	5
Bank von Spanien	„ 30. „	4,5;	„	4,5

Digitized by Google

Bank von Portugal	bis 21. Juni	5,5;		Durchschnitt	5,5
Schweiz. Nationalbank	„ 30. „	3,5;		„	3,5
Schwed. Reichsbank	„ 30. „	4,5;		„	4,5
Bank von Norwegen	„ 23. „	4,5;	bis 30. Juni 5;	„	4,6
Niederländische Bank	„ 25. „	3,5;		„	3,5
Nationalb von Belgien	„ 30. „	4;		„	4
Nationalb. v. Dänemark	„ 30. „	5;		„	5
Rumän. Nationalbank	„ 30 „	5,5;		„	5,5
Nationalb. v. Bulgarien	„ 30. „	6,5;		„	6,5
Nationalbk. v. Serbien	„ 30. „	7 (6)*);		„	7 (6)*)
Nationalb. v. Griechenl.	„ 30 „	6,5;		„	6,5

Nachstehend die Hauptziffern aus den Juni-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken (vgl. auch die Tabellen am Schluß des Heftes).

Der **Berliner Geldmarkt** bleibt andauernd in guter Verfassung, da der schleppende industrielle Geschäftsgang fortgesetzt Gelder freisetzt. Von diesen Geldern ist auch im Juni ein Teil ins Ausland geflossen, teils infolge von Vorschüssen auf später abzuschließende Anleihen (z. B. Bulgarien und anscheinend China), teils infolge von Geldarbitragen. So sind u. a. große Zahlungen nach London und Paris geleistet worden, wofür man sich in Rubeln und österreichischen Kronen gedeckt hat. Auch Effektenkäufe im Ausland (z. B. Zeichnungen auf die neue französische Anleihe) sowie Devisenkäufe zu Anlagezwecken sind beobachtet worden. Trotz dieser Abflüsse hat der Juni nur eine ganz unwesentliche Steigerung der Geldsätze gebracht. Ultimogeld war à 4%, bei der besonders geldflüssigen Seehandlung sogar à $3^7/_8$% zu haben, und für den Privatdiskont, bei dem sich wieder die Notwendigkeit getrennter Notierungen für die bevorzugten langen und die ungern genommenen kurzen Wechsel herausstellte, lauten die Sätze wie folgt:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnab.
2.— 6. Juni		2,750	2.750	2,875[1])	2,750[2])	2,750[2])
8.—13. „	2.750[2])	2,750[2])	2,750[2])	2,813[3])	2,813[3])	2,875[1])
15.—20. „	2,938[4])	2,875[1])	3,063[5])	2,938[6])	2,938[6])	2,875[7])
22.—27. „	2,938[6])	2,813[5])	2,813[8])	2,875[1])	2,875[1])	3,000[9])
29.—30. „	3,063[5])	2 875[1])				

Höchster Stand 3,063 niedrigster Stand 2,750, Durchschnitt 2,860.

Durchschnitt im I. Sem. 1914: 2,897
„ „ I. „ 1913: 5.188
„ „ I. „ 1912: 3,940

Das fortgesetzte Ausfließen von Geld nach dem Auslande hat die Wechselkurse im Laufe des Monats noch weiter ansteigen lassen, den Pariser Kurs sogar bis auf den praktischen Goldpunkt, was zur Folge hatte, daß einige Millionen Gold über die französische Grenze gingen. Nur Petersburg, demgegenüber der Ber-

*) In Klammern der Diskontsatz für Silber.
Lange Wechsel: 1) 2,750. 2) 2,625. 3) 2,750. 4) 2,875. 5) 2,875. 6) 2,750. 7) 2,625. 8) 2,625. 9) 2,875.
Kurze Wechsel: 1) 3,000. 2) 2,875. 3) 2,875. 4) 3,000. 5) 3,250. 6) 3,125. 7) 3,125. 8) 3,000. 9) 3,125.

Digitized by Google

Juni-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. VI.	1325,4	324,7	—	803,9	59,5	883,9		1909,8	259,7
15. „	1356,2	331,4	—	782,4	64,3	980,0		1834,4	146,8
23. „	1371,1	340,9	—	755,4	55,0	1066,0		1804,6	92 6
30. „	1306,2	324,4	—	1212,7	71,6	858,3		2406,6	776,0
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
3. VI.	36,9		—	52,2		17,5	42,4	29,0	—
10. „	36,9		—	49,7		17,0	41,7	28,7	—
17. „	38,7		—	48,5		17,6	41,9	28,4	—
24. „	39,9		—	51,0		18,1	44,9	28,7	—
Bank von Frankreich. (Millionen Francs)									
4. VI.	3783,1	626,8	9,2[4])	1723,5	942,6[1])	132,8	764,5	6131,0	1711,9
11. „	3824,0	637,4	9,5[4])	1519,2	969,6[1])	130,3	941,9	5950,1	1479,2
18. „	3875,3	641,6	9,6[4])	1589,8	958,3[1])	204,0	944,6	5917,4	1390,9
25. „	3975 7	638,3	8,1[4])	1603,6	948,2[1])	294,3	1016,7	5825,3	1203,2
Oesterreichisch-Ungarische Bank. (Millionen Kronen)									
7. VI.	1256,3	292,5	60,0	718,8	539,7[2])	281,8		2187,9	579,1
15. „	1256,9	294,6	60,0	651,1	535,0[2])	281,0		2109,5	498,0
23. „	1255,1	297,3	60,0	649,8	533 3[2])	290,6		2081.7	469,3
30. „	1255,1	294,0	60,0	856,3	554,7[2])	271,1		2325,1	716,0
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
23.V./5. VI.	1591,5	73,1	193,0	362,8	354,9	436,3	605,8	1648.2	—
1./14. „	1591,9	73,1	192,8	385,1	360,6	433,9	608,3	1633,7	—
8./21. „	1592,5	73,3	183,1	392,4	368,7	475,0	570,3	1633,0	—
16 /29. „	1595,7	73,2	169,2	401,9	360,6	488,4	579,9	1628,4	—
Bank von Finland. (Millionen Mark [finländisch])									
30. V.	57,4[3])	1,9	89,9[4])	72,8	32,3	22,0		123,9	—
8. VI.	58,9[3])	1,8	88,5[4])	73,9	31 3	23,1		123,0	—
15. „	63,0[3])	1 8	84 8[4])	74.3	30,0	25,5		120,0	—
23. „	62,4[3])	1,8	85,0[4])	72,9	30,2	27,6		115,7	—
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
20. V.	1111,0	98,4	85,9[4])	716,1[5])		178,5	201,1	1525 1	229,8
31. „	1113,2	96,7	86,1[4])	735.4[5])		180,2	201,5	1556.9	260,9
10. VI.	1112,3	96,0	86 8[4])	708,0[5])		159,4	211,0	1542,1	247,0
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
6. VI.	523.5	731,7[6])	178,1	330,6	497,4[7])	109,2	465,5	1905.7	472,4
13. „	524,8	737,0[6])	179,2	326,4	492,9[7])	105 3	467,4	1901,3	460,3
20. „	528,1	735,9[6])	179,3	329,2	491 9[7])	107,0	468,1	1890,3	447,0
27. „	531,6	737,3[6])	179,3	328,0	494,3[7])	109,5	476.7	1892,2	444,0
Bank von Portugal. (Millionen Escudos)[16])									
20. V.	7,778	9,431[8])	—	22,450	66,152	2,715	5,744	82,731	65,522
27. „	8,009	9,516[8])	—	22,639	65,281	2,804	5,931	82,188	64,663
3. VI	8,009	9,436[8])	—	22,228	66,258	2,702	5,329	83,500	66,055
9. „	8,012	9,446[8])	—	21,928	66,321	2,726	5,818	82,655	65,197
17. „	8,012	9,473[8])	—	22,034	66,358	2,684	6,227	82,422	64,937
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
6. VI.	162,6	8,4	20,1[4])	68,6[9])	74.5	—	8,3	308,8	117,7
13. „	161,1	8,7	19,9[4])	66,5[9])	73.4	—	5,9	307,1	117,4
20. „	160,6	9 2	20,0[4])	65 4[9])	72,1	—	7 3	303 8	114,0
27. „	160,6	9,4	19,9[4])	66,4[9])	72,1	—	5,1	306.2	116,3

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand			b) Anlagen		c) Verbindlichkeiten		d) Notenumlauf	
	Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	Wechsel	Darlehen	Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	insges.	durch a) nicht gedeckt
Belgische Nationalbank. (Millionen Francs)									
4. VI.	259,1	77,4	116,2[4])	575,3[9])	53,6	53,1	75,0	970,1	517,4
11. „	259,1	73,1	104,4[4])	545 2[9])	49,1	26,4	55,1	966,0	529,4
18. „	259,2	78 8	103,1[4])	524,4[9])	50,1	26,9	53,5	951,3	510,2
25. „	260,3	76,0	131,4[4])	524,5[9])	46,6	22,9	72,1	959,6	491,9
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
6. VI.	171,9	18,2	—[17])	82,2	20,2	34,7		264.1	74,0
15. „	173,9	19,2	—[17])	82,9	19.2	51,4		255,2	62,1
23. „	176,5	19 6	—[17])	78,1	17,8	48,2		251.3	55,2
30. „	175,8	17,8	—[17])	100,4	20,2	39,2		285,3	91,7
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
6. VI.	104,9		111,9	108,5		67,3		225,4	8,6
13. „	104,8		109,3	103,4		65 2		219,6	5,5
20. „	104,8		109,9	106,4		66,7		219,9	5,2
23 „	104,8		109,1	104,2		65,9		217,6	3,7
30. „	105,4		113,9	118,0		61,8		239,0	19,7
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
8. VI.	48 0		54,8[4])	77,9		7,9		112,1	9,3
15. „	48,0		54,6[4])	81,0		7,1		114,2	11,6
22. „	49,1		54,5[4])	82,5		8,3		116,7	13,1
30. „	52,7		54,3[4])	84,7		6,5		124,1	17,1
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
30. V.	82,0		31,1[4])	35,4[9])	36,6[10])	6,7		157,3	44,2
30. VI.	82 2		27,1[4])	40,5[9])	38,1[10])	6,6		159,8	50,5
Nationalbank von Serbien. (Millionen Dinar)									
22. V./4. VI.	70,6	7,8	3,7	9,1	35,5[11])	19,8		96,4	14,3
31. „ /13. „	70,5	8,0	3,8	9,1	36,2[11])	21,5		95,7	13,4
8. „ /13. „	69,7	8,1	3.7	9,2	37.4[11])	24,2		93,5	12,0
15./28. „	68,4	8,2	4,0	9,3	37,5[11])	24,1		92,8	12,2
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
17./30 V.	155,4	0,9	56,6	191,5	68,8[12])	—[13])		426,5	213,6
24. V./6. VI.	155,3	0,8	56,6	190,3	71,5[12])	—[13])		430,4	217,7
31. „ /13. „	155,2	1,0	56,6	195,6	66,1[12])	—[13])		428,2	215,4
7./20. „	155,1	1,0	56,6	191,0	66,9[12])	—[13])		425,0	212,3
14./27. „	154,9	1,0	56,6	190,8	66,5[12])	—[13])		423 4	210,9
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
7./20. IV.	55,6	26,8	46,1[4])	38,7	277,9[14])	—	218,6	183,0	54,5
14./27. „	55,6	28,9	39,8[4])	36,8	271,2[14])	—	218,6	174,4	50,1
22. IV./ 5.V.	55,6	29,3	27,1[4])	36,9	271,8[14])	—	206,8	172,8	60,8
30. „ /13. „	55,6	29,6	16,1[4])	36,4	268,9[14])	—	189,9	172,5	71,2
7./20. „	55.5	29.6	15,8[4])	36,6	269,1[14])	—	190,3	177,7	76,8
14 /27. „	55,5	30,0	12,5[4])	36,9	264,3[14])	—	185,5	176 8	78,8
Bank von Griechenland. (Millionen Drachmen)									
30. IV /13. V.	24.7		221,7	28,7	290,9[15])	1,3	282,9[16])	219,2	—
31. V./13. VI.	23,3		227,3	23,8	283,6[15])	1,7	290,9[16])	214,3	—

*) Einschließlich Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei 200 Millionen Francs „ewiger Vorschuß an die Regierung". — [2]) Dabei 60 Millionen Kr. Vorschuß an den Staat und ca. 300 Millionen Kr. Hypotheken. — [3]) Dabei fremde Münzen und ausländische Staatsanleihen. — [4]) Dabei die ausländischen Wechsel. — [5]) Einschließlich Kontokorrent-Debitoren und der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [6]) Dabei geringe Kupferbestände. — [7]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [8]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [9]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [10]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (30. 5. 14 24,6 Mill. Kr., 30. 6. 14 24,5 Mill. Kr.) — [11]) Dabei Vorschüsse an den Staat lt. Gesetz vom 15. 3. 1908. — [12]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 13 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [13]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [14]) Hiervon rund 77 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. [15]) Dabei rund 62 Millionen Drachmen Darlehen an die Regierung, ferner Hypotheken-Darlehen, Kommunal-Darlehen etc. — [16]) Dabei rund 44 Mill. Dr. Sparkassengelder. — [17]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [18]) Nach dem am 21. Juni 1913 veröffentlichten Gesetz bildet ab 1. 7. 1913 der Gold-Escudo die Münzeinheit.

Digitized by Google

liner Markt hochaktiv bleibt, zeigt anhaltend niedrige Kurse, deren Ursachen im vorigen Heft erläutert worden sind. Die Wechselkurse lauten:

		2. Juni	8. Juni	15. Juni	22. Juni	30. Juni	Höchst.	Niedr.	Durchschnitt
Amsterdam	**8 Tage**	168,80	168,85	168,80	168,90	169,00	169,00	168,80	168 89
London . . .	**vista**	20,490	20,505	20,510	20,480	20,510	20,510	20,480	20,499
New York .	**vista**	4,1900	4,1900	4,1875	4,1925	4,1950	4,1950	4,1875	4,1906
Paris	**vista**	81,425	81,475	81,425	81,375	81,525	81,525	81,350	81,420
Wien	**8 Tage**	84,825	84,800	84,750	84,750	84,750	84,825	84,700	84,766
Petersburg .	**Ausz.**	214,17	214.00	213,85	214,70	214,00	214,70	213,85	214,08
Stockholm .	**10 Tage**	112,20	112,30	112 20	112,20	112,10	112,30	112,10	112,20
Christiania .	**10 Tage**	—	112,25	—	—	—	112,25	112.15	112,20
Belgien . . .	**8 Tage**	80,825	80,850	80,825	80,800	80,850	80,850	80,775	80,810
Madrid . . .	**14 Tage**	77,45	77,45	77,80	77,60	79,05	79,05	77,45	77 84
Italien . . .	**10 Tage**	80,95	81,05	81,00	81,05	81,10	81,15	80,95	81 03
Schweiz . .	**8 Tage**	81,25	81,30	81,30	81,20	81,30	81,35	81,20	81,28
Kopenhagen	**8 Tage**	112,25	112,20	112,15	112,15	—	112,25	112,10	112.17

Ein Vergleich der wichtigsten Wechselkurse im Juni mit denen des gleichen Monats im Vorjahre zeigt folgendes Bild:

	London (für 1909-14 vista, sonst 8 Tage)			Paris (für 1909-14 vista, sonst 8 Tage)			New York (vista)			Wien (8 Tage)		
	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt
14	20,510	20,480	20,499	81,525	81,350	81,420	4,1950	4,1875	4,1906	84,825	84,700	84,766
13	20,455	20,425	20,431	81,025	80,925	80,961	4,1950	4,1875	4,1913	84,650	84,325	84,484
12	20,465	20,435	20,450	81,125	80,975	81,041	4,1950	4,1875	4,1915	84,700	84,550	84,603
11	20,445	20,420	20,430	80,825	80,675	80,744	4,2025	4,1925	4,1993	85,125	84,900	85,004
10	20,505	20,435	20,470	81,150	81,100	81,120	4,2100	4,1975	4,2027	85,050	84,975	85,010
09	20,430	20,400	20,420	81,150	81,025	81,100	4,1900	4,1775	4,1842	85,200	84,975	85 060

Die **deutsche Emissionstätigkeit** ist im ersten Semester 1914 eine ziemlich lebhafte gewesen, hauptsächlich infolge der starken Ansprüche der deutschen Bundesstaaten. Die Emissionen ausländischer Wertpapiere haben sich ungefähr im Rahmen des ersten Semesters 1913 gehalten. Das Gesamtbild ist (nach der Fkf. Ztg.) das folgende:

	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Staatsanleihen . . .	1098,0	1124,0	827,0	544.0	671.0	1079,0	1069,0
Stadt- u Prov.-Obl. .	426,0	417,0	333,0	309,0	238,0	160,0	325,0
Hypothekbk.-Obl. . .	244,0	378,0	347,0	334,0	247,0	40,0	70,0
Sonstige Obligat. . .	238 0	184.0	341,0	142,0	342,0	250,0	168,0
Bank-Aktien	52,0	43,0	86,0	259,0	144,0	44.0	107,0
Eisenb. u. Straßb. A. .	20 0	—	3,0	25,0	17,0	19,0	63.0
Industrie-Aktien . .	182,0	170,0	139,0	198,0	444,0	159,0	261 0
Zusammen	2259,0	2327,0	2077,0	1831,0	2102,0	1752,0	2063,0
Davon							
In- u. ausl. Staats- u. u. Komm.-Papiere .	1524,0	1541,0	1160,0	853.0	909,0	1239.0	1395,0
Sonst. festverz. Werte .	482,0	572.0	688,0	476,0	589,0	290,0	238,0
Dividendenpapiere .	254,0	213,0	229,0	482,0	605,0	223,0	431.0

Auf das Ausland entfallen im I. Semester 1912 315,86. im I. Semester 1913 240,34, im I. Semester 1914 415,95 Mill. M.

Die **Deutsche Reichsbank** ist auch im Juni, abgesehen von den Ultimotagen, nicht stark in Anspruch genommen worden und hat ihren Metallbestand bis gegen Monatsende weiter ver-

Digitized by Google

stärken können. Dann wandte sich allerdings das Bild. Sowohl der Staat wie die Privaten griffen in großem Umfange auf die Bank zurück, der erstere zur Bestreitung weiterer Militärausgaben, deren Deckung (Wehrsteuer) ihm noch nicht zugeflossen ist, die Banken zur Befriedigung des nur wenige Tage anhaltenden Ultimo-Begehrs. Die Einreichung ganz kurzfristiger Wechsel, die mehr und mehr üblich geworden ist, fiel diesmal besonders auf. Die Einbuße an Gold während der letzten Juniwoche hat den Zuwachs der ersten drei Wochen völlig aufgezehrt.

Ueber die Goldbewegung in Deutschland liegen für den Juni erst die provisorischen Gewichtsziffern vor, die folgendermaßen lauten (in dz):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Juni 1914	51,2	10,8	3,4	65,4	3,4	0,1	2,0	5,5	+ 59,9

Im Mai*) zeigte die Goldbewegung nach den Angaben der Reichsstatistik das folgende Bild (in Mill. Mark):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Mai 1914	9,2	0,9	0,4	10,5	1,6	2,2	0,7	4,5	+ 6,0
dagegen Mai 1913	12,4	6,0	6,9	25,3	2,6	0,1	0,5	3,2	+ 22,1

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank hat sich im Juni auf der Höhe der Maiziffern gehalten. Er zeigte im ersten Semester folgende Entwicklung (in Mill. Mark):

	1910	1911	1912	1913	1914
Januar	4 738,7	5 362,7	6 333,7	6 691,7	7 299,7
Februar	4 240,6	4 445,8	5 526,3	5 275,6	6 525,6
März	4 583,2	5 141,6	5 922,0	5 851,0	6 948,5
April	4 786,4	5 039,1	6 443,7	7 036,7	7 111,4
Mai	4 171,4	5 067,6	5 899,8	5 927,4	6 124,2
Juni	4 383,1	4 921,1	5 656,4	6 078,1	6 170,1
zus. im I. Sem.	26 903,4	29 977,9	35 781,9	36 860,5	40 179,5

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer haben im Mai (Juniziffern fehlen noch) den üblichen scharfen Rückschlag erfahren. Sie erbrachten:

	1911	1912	1913	1914
März	1 554 582 M.	1 603 233 M.	1 688 620 M.	1 699 922 M.
April	1 614 850 „	1 748 340 „	1 845 642 „	1 834 120 „
Mai	1 591 263 „	1 605 010 „	1 618 515 „	1 592 146 „

Der Scheckstempel erbrachte im Mai 0,27 (i. V. 0,26) Mill. M., die Talonsteuer 1,20 (i. V. 0.38) Mill. M., die Tantièmesteuer 1,05 (i. V. 1,07) Mill. M, der neue Versicherungsstempel 2,77 (i. V. 0) Mill. M.

*) Im Juniheft ist bei den provisorischen Maiziffern ein Druckfehler unterlaufen. Die Einfuhr betrug insgesamt 45,2, der Saldo der Goldbewegung 29,0 dz.

Digitized by Google

Zulassungen an den deutschen Börsen
im Juni 1914.

I. Börse zu Berlin.

M. 66 200 000 Deutsche 4 % Schutzgebietsanl. v. 1914.
M. 20 000 000 Mecklenb.-Schwerinsche 4 % Landesanl.
M. 20 000 000 Westfäl. 4 % Provinzanl.
M. 5 000 000 Westpreuß. 4 % Provinzanl.
M. 10 000 000 Charlottenburg 4 % Stadtanl.
M. 10 000 000 Duisburg 4 % Stadtanl.
M. 10 000 000 Freiburg i. Br. 4 % Stadtanl.
M. 6 000 000 Rhein. Schuckert-Ges. 5 % Oblig.
M. 4 000 000 Emscher Genossenschaft 4 % Oblig.
M. 3 815 000 Deutsch-Südamerikan. Telegraphenges. 4½ % Oblig.
M. 1 000 000 Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn 4 % Oblig.
M. 75 000 000 Direktion d. Disconto-Ges. n. Komm.-Ant.
M. 21 600 000 (Rbl. 10 000 000) Russ. Bk. f. auswärt. Handel jg. Akt.
M. 21 600 000 (Rbl. 10 000 000) Asow-Don Commerzbk. jg. Akt.
M. 14 000 000 Deutsche Maschinenfabr. A.-G. Akt.
M. 9 000 000 Maschinenfabr. Ausgburg-Nürnberg jg. Akt.
M. 7 200 000 (Frcs. 9 000 000) Aluminium-Ind. A.-G. Neuhausen jg. Akt.
M. 5 500 000 Deutsch-Südamerikan. Telegraphenges. jg. Akt.
M. 4 000 000 Amme, Giesecke & Konegen Akt.
M. 3 000 000 Rhein. Schuckert-Ges. jg. Akt.
M. 3 000 000 Deutsche Kunstleder A.-G. jg. Akt.
M. 2 500 000 Rhein.-Nassauische Bergwerks- u. Hütten-A.-G. jg. Akt.
M. 1 250 000 Lothringer Portland-Cementwerke Akt.
M. 1 000 000 Dr. Paul Meyer A.-G. jg. Akt.
M. 1 000 000 Joh. C. Tecklenborg jg. Akt.
M. 857 400 A.-G. f. Fabrikation v. Eisenbahnmaterial i. Görlitz jg. Akt.
M. 750 000 Kollmar & Jourdan jg. Akt.
M. 500 000 Nähmaschinen- u. Fahrräderfabrik Bernh. Stoewer jg. Akt.

II. Börse zu Breslau.

M. 50 000 000 Provinzial-Hilfskasse f. d. Provinz Schlesien 3, 3½ oder 4 % Oblig.

III. Börse zu Düsseldorf.

M. 10 000 000 Gewerkschaft Westfalen 5 % Hyp.-Oblig.

IV. Börse zu Essen.
Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M. 850 000 Bezirk Oberelsaß 4 % Oblig. von 1910 u. 1914
M. 5 000 000 Südd. Bodencreditbk. 4 % Hyp.-Pfandbr.
M. 50 000 000 Nassauische Landesbk. 4 % Oblig.
M. 6 000 000 Chem. Fabr. Griesheim Elektron 5 % Oblig.
M. 3 000 000 Frankfurter Allg. Versicherungs-A.-G. jg. Akt.
M. 1 250 000 Lothringer Portland-Cementwerke jg. Akt.
M. 1 200 000 Maschinenfabr. Moenus 6 % Vorz.-Akt.
M. 500 000 Chem. Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. Akt.
M. 7 200 000 (Frcs. 9 000 000) Aluminium-Ind. A.-G. Neuhausen jg. Akt.

VI. Börse zu Hannover.
Keine Zulassung.

Digitized by Google

VII. Börse zu Köln.

M. 50 000 000 Deutsche Bank jg. Akt.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.

Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

M. 15 000 000 Bayer. Hypotheken- u. Wechselbk. 4 % Hyp.-Pfandbr.
M. 5 000 000 Südd. Bodencreditbk. 4 % Hyp.-Pfandbr.
M. 50 000 000 Deutsche Bank jg. Akt.
M. 1 500 000 Aktienfärberei Münchberg vorm. Knab & Linhardt Akt.

XII. Börse zu Augsburg.

M. 5 000 000 Südd. Bodencreditbk. 4 % Hyp.-Pfandbr.
M. 850 000 Prinz Färberei 4½ % Hyp.-Oblig.
M. 750 000 Hasenbrauerei 4½ % Oblig.

XIII. Börse zu Dresden.

M. 500 000 Maschinen- u. Werkzeugfabr. A.-G. vorm. Aug. Paschen 5 % Oblig.
M. 1 750 000 Freiberger Bankverein Akt.
M. 1 500 000 Faradit-Isolierrohrwerke Max Haas Akt.

XIV. Börse zu Leipzig.

M. 80 000 000 Chemnitz 4 % Stadtanl.
M. 1 500 000 Faradit-Isolierrohrwerke Max Haas Akt.

XV. Börse zu Zwickau.

Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

Keine Zulassung.

XVII. Börse zu Mannheim.

M. 1 000 000 Portlandcementwerke Diedesheim-Neckarelz 5 % Hyp.-Oblig.
M. 500 000 Chem. Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. Akt.

XVIII. Börse zu Bremen.

M. 50 000 000 Deutsche Bank jg. Akt.
M. 1 000 000 Bremen-Besigheimer Oelfabriken jg. Akt.

XIX. Börse zu Hamburg.

M. 65 000 000 Deutsche 4 % Schutzgebietsanl. v. 1914
M. 8 100 000 Hypothekenbk. i. Finland 5 % Pfandbr.
M. 25 000 000 Direktion d. Disconto-Ges. Komm.-Ant.
M. 50 000 000 Deutsche Bank jg. Akt.
M. 20 000 000 Woermann-Linie Akt.

In den ersten sechs Monaten 1914 haben an 19 deutschen Börsen **Zulassungen** in folgendem Umfange stattgefunden (die an verschiedenen Börsen ungefähr gleichzeitig zugelassenen Papiere sind nur einmal gezählt worden):

Digitized by Google

	Inländ. Effekten (in Millionen Mark)			Ausländ. Effekten (in Millionen Mark)			Insgesamt
	I. Quart. 1914	II. Quart. 1914	zus.	I. Quart. 1914	II. Quart. 1914	zus.	
Staatsanleihen . . .	822,60	141,20	963,80	425,00	388,11	813,11	1776,91
Provinz-Anleihen . . .	—	80,24	80,24	—	—	—	80,24
Stadtanleihen	187,49	157,90	345,39	134,30	—	134,30	479,69
Landwirtsch. Pfandbriefe .	7,50	—	7,50	—	—	—	7,50
Rentenbriefe							
Hypotheken-Pfandbriefe .	146,60	213,39	359,99	11,25	8,10	19,35	379,34
Komm.-Oblig.							
Industrie-Oblig.	60,10	127,62	187,72	21,25	—	21,25	208,97
Industrie-Aktien . . .	133,51	162,91	296,42	252,00	21,97	273,97	570,39
Bank- u. Versich.-Aktien	—	180,25	180,25	—	69,12	69,12	249,37
Kolonial-Anteile	—	—	—	—	—	—	—
Genußsch. u. Anteilsch. .	11,00	—	11,00	—	—	—	11,00
Kuxe (in Stück) . . .	—	—	—	—	—	—	—
Zusam. im I. Sem. 1914	**1368,80**	**1063,51**	**2432,31**	**843,80**	**487,30**	**1331,10**	**3763,41**
dageg. „ II. „ 1913			686,07			594,70	1280,77
„ „ I. „ 1913			1727,10			713,87	2440,97

Die **Gründungstätigkeit** bzw. die Fintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister hat im Juni infolge der Umgründung des Schaaffhausen'schen Bankvereins (allein 100 Mill. Mark) eine besonders hohe Ziffer erreicht. Es wurden eingetragen:

9 **Aktiengesellschaften** mit 106 450 000 **M. Kapital**
190 **Gesellschaften m. b. H.** „ 10 029 000 „ „
zusammen 116 479 000 M. Kapital
gegen 42 174 000 M. Kapital im Juni 1913
und 56 290 000 „ „ „ „ 1912

Ebenso haben die **Kapitalserhöhungen**, wie schon im Vormonat, einen sehr hohen Betrag absorbiert, weil in ihnen die neuen Diskonto-Comm.-Anteile (75 Mill. Mark) enthalten sind. Die Ziffern lauten:

29 **Aktiengesellschaften** mit 144 758 000 **M. Kapital**
42 **Gesellschaften m. b. H.** „ 9 435 000 „ „
zusammen 154 193 000 M. Kapital
gegen 39 538 000 M. Kapital im Juni 1913
und 89 769 000 „ „ „ „ 1912

Im ganzen ersten Halbjahr 1914 haben die Gründungen und Kapitalserhöhungen sich folgendermaßen gestaltet:

Gründungen im I. Semester.

im April	1913:	44 191 000 M.	im April	1914:	19 152 000 M.
„ Mai	1913:	58 517 000 „	„ Mai	1914:	33 686 000 „
„ Juni	1913:	42 174 000 „	„ Juni	1914:	116 479 000 „
im II. Quart.	1913:	144 882 000 M.	im II. Quart.	1914:	169 317 000 M.
„ I. „	1913:	146 948 000 „	„ I. „	1914:	134 521 000 „
I. Semester	1913:	291 830 000 M.	I. Semester	1914:	303 838 000 M.

Kapitalserhöhungen im I. Semester.

im April	1913:	71 523 000 M.	im April	1914:	89 459 000 M.
„ Mai	1913:	61 988 000 „	„ Mai	1914:	175 270 000 „
„ Juni	1913:	39 538 000 „	„ Juni	1914:	154 193 000 „
im II. Quart.	1913:	173 049 000 M.	im II. Quart.	1914:	418 922 000 M.
„ I. „	1913:	94 876 000 „	„ I. „	1914:	126 343 000 „
I. Semester	1913:	267 925 000 M.	I. Semester	1914:	545 265 000 M.

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Juni 1914.

(Vom 1. bis 30. Juni im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Juni 1913		Juni 1914		Juni 1913		Juni 1914		Juni 1913		Juni 1914		Juni 1913		Juni 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	—	—	—	—	5	203	1	21	1	400	—	—	3	74	—	—
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	2	2 500	4	363	2	40	2	1 750	—	—	—	—	1	10
Steine u. Erden	2	600	—	—	25	2 405	14	518	6	1 305	2	500	9	697	2	79
Metalle u. Maschinen	3	5 350	1	500	28	1 817	16	1 422	6	8 965	5	24 600	5	1 343	5	500
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	11	608	2	40	1	750	—	—	2	1 540	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	2	309	1	1 000	4	390	4	260	3	1 287	3	14 100	6	798	3	394
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	1	65	1	20	1	600	1	500	2	208	—	—
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	1	1 500	2	1 950	11	1 735	9	422	2	1 400	2	15 920	7	1 369	—	—
Textilgewerbe	—	—	—	—	3	550	3	150	1	30	1	1 600	—	—	1	505
Papiergewerbe	—	—	—	—	1	425	5	783	1	1 000	1	350	2	220	—	—
Ledergewerbe	—	—	—	—	3	620	3	227	—	—	1	600	1	160	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	—	—	9	268	6	240	2	1 750	—	—	1	19	1	8
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	3	4 140	—	—	18	1 105	2	41	1	150	4	2 009	3	89	1	150
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	1	400	—	—	5	600	—	—	—	—	—	—	3	370	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	—	—	19	633	6	323	—	—	—	—	4	1 085	4	347
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	1	20	6	369	—	—	3	559	—	—	2	42
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	5	1 136	—	—	46	1 752	29	992	—	—	—	—	6	189	3	6 512
Banken u. Vers.-Ges.	2	2 050	3	100 500	3	568	6	148	4	9 350	3	76 020	—	—	—	—
Bahnen u. Transport-Ges.	1	1 300	—	—	7	1 700	4	203	1	40	3	8 000	3	61	2	125
Handel (außer Banken)	2	2 300	—	—	47	4 260	51	2 658	—	—	—	—	6	496	4	166
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	6	735	4	123	—	—	—	—	1	45	2	5
Sonstige Gesellschaften	—	—	—	—	41	2 267	16	1 029	1	1 000	—	—	17	998	11	592
	22	19 085	9	106 450	298	23 089	190	10 029	33	29 777	29	144 758	81	9 761	42	9 435

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Juni 1914: 116 479 000 Mk.; im Juni 1913: 42 174 000 Mk.
Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 154 193 000 „ „ „ 1913: 39 538 000 „
Gesamtanspruch im Juni 1914: 270 672 000 Mk.; im Juni 1913: 81 712 000 Mk.

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im II. Quartal 1914.

(Vom 1. 4. bis 30. 6. im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	II. Quartal 1913		II. Quartal 1914		II. Quartal 1913		II. Quartal 1914		II. Quartal 1913		II. Quartal 1914		II. Quartal 1913		II. Quartal 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	1	230	1	500	16	902	5	206	1	400	1	500	6	515	1	45
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	4	4 200	8	1 354	9	2 455	5	5 660	3	4 523	1	100	5	552
Steine u. Erden	2	600	—	—	63	4 470	49	2 734	11	2 390	8	4 967	23	1 485	21	1 478
Metalle u. Maschinen	4	6 350	4	3 260	107	11 384	57	3 878	23	28 102	17	62 225	43	7 790	26	3 642
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	26	1 420	10	325	2	3 750	—	—	10	2 086	2	620
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	4	2509	2	9 000	16	1 777	8	2 882	15	31 161	7	23 375	8	2 010	5	423
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	8	110	2	40	1	600	2	1 500	2	208	1	15
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	5	5 050	3	2 570	49	3 934	30	1 917	5	2 450	11	76 240	22	2 676	6	1 456
Textilgewerbe	2	2 950	—	—	15	1 500	10	1 710	11	6 220	3	3 350	2	158	2	535
Papiergewerbe	1	1000	—	—	8	1 522	7	1 003	2	1 250	1	350	3	232	1	21
Ledergewerbe	—	—	2	2 325	9	761	11	575	2	5 288	1	600	2	185	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	3	3 259	33	2 047	17	746	6	4 719	1	400	5	1 480	2	88
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	6	5 846	3	400	57	4 737	28	1 338	5	2 000	10	4 959	20	2 615	10	386
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	1	400	—	—	27	1 932	6	434	—	—	—	—	3	370	2	20
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	1	10	49	1 585	21	866	1	76	1	6	9	1 178	8	428
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	9	1 554	18	1 187	1	500	4	1 559	1	20	4	131
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	8	2 756	1	30	159	13 767	74	3 332	1	50	3	135	20	1 482	5	6 614
Banken u. Vers.-Ges.	4	3 150	4	101 100	8	710	12	350	11	30 750	9	165 050	—	—	—	—
Bahnen u. Transport-Ges.	5	23 235	1	500	31	3 027	23	1 530	10	16 377	8	31 055	8	145	9	2 334
Handel (außer Banken)	5	6250	—	—	189	15 781	154	7 964	2	1 000	2	10 500	16	870	13	383
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	17	1 361	10	258	1	21	1	2 000	9	730	15	302
Sonstige Gesellschaften	—	—	4	1 871	135	8 921	63	4 562	2	1 500	3	3 110	46	2 450	49	3 045
im II. Quartal	48	60 326	33	129 025	1039	84 556	524	40 292	118	144 264	96	396 404	259	28 785	187	22 518
dagegen im I. Quartal	44	59 539	34	85 654	1141	87 409	681	48 867	72	66 323	59	114 244	271	28 553	153	12 099
demnach im I. Semester	92	119 865	68	214 679	2180	171 965	1205	89 159	190	210 587	154	510 648	530	57 338	340	34 617

Gründungen v. Akt.-Ges. u. Gesellsch. m. b. H. im I. Sem. 1914: 303 838 000 Mk., im I. Sem. 1913: 291 830 000 Mk.,
Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 545 265 000 „ „ „ 1913: 267 925 000 „
Gesamtanspruch im I. Sem. 1914: 849 103 000 Mk., im I. Sem. 1913: 559 755 000 Mk.

Digitized by Google

An Genossenschaftsgründungen haben im Juni laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
35	8	1	1	18	93
Dagegen im Juni 1913:					
27	10	1	3	7	63
Dagegen im Juni 1912:					
39	17	0	4	10	96

Insgesamt sind also gegründet worden:

Juni 1914: 54 Genossenschaften m. unb. H. u. 102 Genossenschaften m. b. H.
„ 1913: 35 „ „ „ „ 76 „ „ „ „
„ 1912: 49 „ „ „ „ 117 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Juni fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Aschaffenburg	6	in Frankfurt, Main	19	in Nürnberg	6
„ Berlin	67	„ Freiburg/Br.	7	„ Pirmasens	5
„ Blumenthal, Hann.	9	„ Geestemünde	6	„ Posen	5
„ Bremen	13	„ Hamburg	36	„ Rostock, Mecklb.	6
„ Breslau	13	„ Hannover	18	„ Schweinfurt	5
„ Chemnitz	29	„ Kiel	9	„ Sommerfeld (Bez. Frankfurt a. O.)	7
„ Cöln, Rhein	8	„ Leipzig	26		
„ Dresden	13	„ Mannheim	14	„ Stuttgart	19
„ Düsseldorf	12	„ Marbach, Neckar	5	„ Wormditt	7
„ Eichstätt	6	„ München	22		
„ Essen, Ruhr	5	„ Neuenburg/Wstpr.	6		

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Juni 1914:

863 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

im I. Halbjahr 1914:

5664 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Die deutschen Banken im Juni 1914.

Reichsbank. Präsident Havenstein fordert die Berliner Großbanken zur Erhöhung ihrer Barbestände auf. Sie sollen allmählich einen Bestand an Kassa und Reichsbankguthaben in Höhe von 10 % der Depositen und Kreditoren ansammeln. Für die Schaffung dieser Barreserve, die später in kleinerer Abmessung auch von den Provinzbanken verlangt werden soll, ist eine Frist von zwei Jahren vorgesehen (vgl. den leitenden Aufsatz). Die Bank erwirbt in Allenstein ein neues Grundstück, wogegen sie das alte Reichsbankgebäude abstößt. Wird in Güstrow eine Nebenstelle errichten.

Seehandlung. Erhält konsortialiter den Zuschlag auf 5.60 Mill. M. 4 % Bonner Stadtanleihe à 95,97 %. Erwirkt die Zulassung von 4 Mill. Mark 4 % Obligationen der Emscher Genossenschaft zur Berliner Börse.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Der Bruttogewinn pro 1913/14 beträgt 4,84 (i. V. 4.61) Mill. M., der Reingewinn 3,38 (i. V. 3.10) Mill. M. = 4.42 % (i. V. 4.07 %) des Grundkapitals (76,45 Mill. M.). Die Geschäftsverbindungen erstreckten sich auf

Digitized by Google

51 (52) Vereinigungen und Verbandskassen eingetragener Genossenschaften, 8 (8) landschaftliche (ritterschaftliche) Darlehnskassen, 5 (6) von Provinzen errichtete Institute, 1059 (901) öffentliche Kassen, 660 (552) einzelne Genossenschaften, Firmen, Personen usw. und 102 (104) Hinterlegungsstellen. Die Gesamtverpflichtungen der Verbandskassen betrugen Ende des Geschäftsjahres 84,1 (i. V. 96,5) Mill. M.

Disconto-Gesellschaft. Führt das Konsortium, das mit der bulgarischen Regierung wegen Uebernahme einer Anleihe von 250 Mill. Francs verhandelt. Die Verhandlungen werden Mitte Juni abgebrochen, weil die Regierung die Forderungen der Bank, namentlich gewisse Konzessionen, nicht bewilligen will, gegen Ende des Monats wieder aufgenommen, infolge der Ermordung des österreichischen Thronfolgers indessen erneut unterbrochen. Die Bank übernimmt konsortialiter 65 Mill. M. 4 % Deutsche Schutzgebietsanleihe à 95,50 % (à 96,40 % zur Zeichnung aufgelegt). Ein unter Führung der Bank stehendes Konsortium übt die Option auf 30 Mill. Lei 4½ % rumänische Anleihe aus, die à 91,26 % an Unterbeteiligte weiterbegeben wird. Die Bank verhandelt (zusammen mit der Deutschen Bank) wegen Uebernahme einer brasilianischen Anleihe von 20 Mill. £; das Projekt scheitert aber. Unter Mitwirkung der Bank wird die Beleuchtungsfirma Ehrich & Graetz in eine Aktiengesellschaft mit 6 Mill. M. Kapital umgewandelt. Die Bank gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 12 Mill. M. 4½ % Hypotheken-Obligationen der Gewerkschaft Konstantin an. Die Filiale in Antwerpen (vgl. Maiheft) hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Bank erhält konsortialiter den Zuschlag auf 3 Mill. M. 4 % M.-Gladbacher Stadtanleihe à 94,25 %, die à 95 % freihändig zum Verkauf gestellt wird. Erwirkt für 6 Mill. M. 5 % Obligationen und 3 Mill. M. junge Aktien der Rheinischen Schuckert-Gesellschaft die Zulassung zur Berliner Börse.

Deutsche Bank. Verhandelt (mit der Disconto-Gesellschaft) wegen Uebernahme einer brasilianischen Anleihe von 20 Mill. £; kurz vor dem Abschluß scheitert das Geschäft. Die der Bank und der Bagdadbahn-Gesellschaft vor etwa 10 Jahren erteilten Oel-Konzessionen in Mesopotamien gehen an die mit Hilfe der Bank gegründete Türkische Petroleum Cy Ltd. über, der auch die Konzessionen englischer Gesellschaften überschrieben werden. Die Bagdadbahn-Gesellschaft verteilt eine Dividende von wieder 5 %, die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft eine solche von 6 % (i. V. 5½ %). Die der Bank bzw. der Handelsvereinigung nahestehende Boswau & Knauer A.-G. schlägt eine Zusammenlegung ihres Kapitals von 12 auf 1 Milll. M. und Wiedererhöhung auf 12 Mill. M. vor. Direktor v. Gwinner polemisiert im „American Luncheon Club" gegen die trust- und eisenbahnfeindliche Politik des Präsidenten Wilson; er beziffert die notwendige Erhöhung der Tarifsätze der amerikanischen Bahnen auf 25 bis 30 %. Die Bank führt das Konsortium, das 12 Mill. M. 4½ % Hypotheken-Obligationen der Gewerkschaft Konstantin übernimmt. Erwirkt die Zulassung von: 5 Mill. M. 4 % Westpr. Provinzialanleihe, 10 Mill. Rbl. jg. Aktien der Russ. Bank für auswärtigen Handel, 9 Mill. M. jg. Aktien der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, 4 Mill. M. Aktien der Amme, Giesecke & Konegen A.-G., 2,5 Mill. M. jg. Aktien der Rhein-Nassauischen Bergwerks- und Hütten-A.-G., 1 Mill. M. jg. Aktien der Dr. Paul Meyer A.-G. und 11 Mill. M. Aktien der Deutschen Maschinenfabrik A.-G. zur Berliner Börse.

Dresdner Bank. Geheimrat Gutmann und Geheimrat v. Klemperer treten in den Aufsichtsrat der mit 1 Mill. M. Kapital neugegründeten Wallendorfer Kohlenwerke ein. Die Bank errichtet in Altenburg eine Geschäftsstelle. Die Generalversammlung der der Bank nahestehenden Metzeler A.-G. genehmigt die vorgeschlagene Sanierung durch Zusammenlegung der Aktien von 40:1 und Wiedererhöhung auf 2,80 Mill. M. Die Bank übernimmt den Restbestand von 0,5 Mill.

Digitized by Google

Mark 4½ % Obligationen der Frankfurter Lokalbahn (Anleihe von 1911). Die Klage der Bank gegen die Eheleute Hatke, die Helfershelfer des Defraudanten Bruning, auf Herausgabe von 33 000 M. ist auf Grund eines von den Eheleuten Hatke geleisteten Eides abgewiesen worden.

Darmstädter Bank. Direktor Simon tritt in den Aufsichtsrat der Portland-Cementfabrik Schwanebeck A.-G. ein, die ihr Kapital um 0,85 auf 2 Mill. M. erhöht. Die Bank eröffnet in ihrem Frankfurter Gebäude ein Stadtbureau. Direktor Michel von der Filiale Frankfurt ist gestorben. Herr Jean Schröder wird zum stellvertretenden Direktor der Filiale Mainz ernannt.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Die Aktionäre der Bank werden zur Einlieferung ihrer Aktien zwecks Empfangnahme der darauf entfallenden Disconto-Kommandit-Anteile aufgefordert (vgl. Maiheft). Der neugegründete A. Schaaffhausen'sche Bankverein mit dem Hauptsitz in Köln und einer Zweigniederlassung in Berlin ist nunmehr auch in Berlin handelsgerichtlich eingetragen worden. Die Bank verhandelt wegen Uebernahme einer Serbischen Schatzschein-Anleihe von ca. 8 Mill. Fr., die zur Bezahlung einer Ehrhardtschen Waffen- und Geschützlieferung an Serbien dienen soll. Direktor Dr. Fischer tritt in den Aufsichtsrat der Deutsch-Ueberseeischen Elektrizitätsgesellschaft und der Kamerun-Bahn ein. Unter Mitwirkung der der Bank nahestehenden Petroleumgesellschaft Astra Romana wird die Schiffahrtsgesellschaft Danubiol mit 1 Mill. Fr. Kapital errichtet. Die Regreßklage eines Gläubigers der Bankfirma Curt Berndt gegen die Bank wird in zweiter Instanz abgewiesen. Die Bank erwirkt die Zulassung für 5,5 Mill. M. neue Aktien der Deutsch-Südamerikanischen Telegraphen-Gesellschaft (4 Mill. M. à 110 % zur Zeichnung aufgelegt) und 3,82 Mill. M. 4½ % Obligationen derselben Gesellschaft (à 97,50 % freihändig verkauft) zur Berliner Börse.

Berliner Handels-Gesellschaft. Geschäftsinhaber Dr. Wallich tritt in den Aufsichtsrat der Deutsch-Ueberseeischen Elektrizitätsgesellschaft ein, Dr. Jeidels in den der Frankfurt-Finkenheerder Braunkohlen A.-G. Die Bank verhandelt mit Serbien wegen Uebernahme eines größeren Postens Schatzscheine. Die Bank figuriert als Hinterlegungsstelle für die 4 % Refunding Mortgage Gold Bonds der St. Louis and San Francisco Railroad Cy., deren Julicoupon notleidend geworden ist und von einem Komitee unter Führung des New-Yorker Bankhauses Seligmann & Co. vorschußweise eingelöst wird. Erwirkt die Zulassung von 7,2 Mill. M. jg. Aktien der Aluminium-Industrie A.-G. Neuhausen zur Berliner Börse.

Commerz- und Disconto-Bank. Ist mit 0,7 Mill. Lei an der mit 7,20 Mill. Lei (davon 2 Mill. Lei bar eingezahlt) neugegründeten rumänischen Schiffahrtsgesellschaft Romana de Navigatiunea per Durnare beteiligt. Die der Bank nahestehende Admiralsgartenbad A.-G. weist pro 1913 eine Unterbilanz von 1,98 (i. V. 1,28) Mill. M. aus, die durch Zusammenlegung der 2,85 Mill. M. Stammaktien von 5:1 und der 2,25 Mill. M. Vorzugsaktien von 2:1 (Sanierungsgewinn 3,41 Mill. M.) getilgt werden soll. Die Bank übernimmt konsortialiter 4 Mill. M. 4 % Posener Stadtanleihe (à 95,10 % zur Zeichnung aufgelegt). Erwirkt die Zulassung von 10 Mill. M. 4 % Freiburger Stadtanleihe, 10 Mill. M. 4 % Duisburger Stadtanleihe, 1 Mill. M. jg. Aktien der Rhederei A.-G. und 0,86 Mill. M. jg. Aktien der A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial, Görlitz, zur Berliner Börse.

Nationalbank für Deutschland. Direktor Winterfeld tritt in den Aufsichtsrat der Schantungbahn ein. Die Bank übernimmt konsortialiter 5 Mill. M. 4 % Elberfelder Stadtanleihe à 94,70 %. Verhandelt wegen Uebernahme eines Postens serbischer Schatzscheine, die zur Bezahlung deutscher Lieferungen dienen sollen.

Digitized by Google

Mitteldeutsche Creditbank. Errichtet in den Räumen der Firma Eduard Meyerhof in Hildesheim, die nach dem Tode ihres Begründers liquidiert, eine Filiale. Direktor Weber tritt in den Aufsichtsrat der Papierfabrik Frantschach A.-G. ein.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Errichtet eine Filiale in Werdau, deren Leitung der bisherige Direktor der Meeraner Niederlassung, Moeschler, übernimmt. Legt konsortialiter 5 Mill. M. 5 % Obligationen der Gewerkschaft Sachsen (vgl. Juniheft) à 99,75 % zur Zeichnung auf. Uebernimmt (mit der Mitteldeutschen Privatbank) 0.25 Mill. M. neue Aktien der Glasfabrik Brockwitz A.-G. à 135 % (deren Aktionären à 140 % angeboten).

Gebr. Arnhold, Dresden. Unter Mitwirkung des Bankhauses wird die Allg. Treuhand-A.-G., Dresden, mit 0,4 Mill. M. Kapital gegründet. Die Firma übernimmt 1,5 Mill. M. 5 % Obligationen der Hofbrauhaus Dresden A.-G. (von denen ein Teil zum Umtausch der alten 4 % Anleihe dient und der Rest à 99,50 % zur Zeichnung aufgelegt wird), ferner konsortialiter 7.5 Mill. M. 4 % Chemnitzer Stadtanleihe (à 96,40 % zur Zeichnung aufgelegt) und (mit der Kieler Creditbank) 0.5 Mill. M. 5 % Obligationen der Schloßbrauerei Kiel, die à 100 % zur Zeichnung aufgelegt werden.

Bank für Landwirtschaft und Gewerbe, Köln. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0.05 Mill. M., die in Reserve gestellt werden. Die Verwaltung erklärt, die Bank habe „viel Geld" immobilisiert. Oberlehrer Frohn scheidet aus dem Aufsichtsrat aus, in den von acht anderen vorgeschlagenen Herren niemand eintreten will.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Die Verwaltung erklärt, daß der Kursrückgang der Aktien weder im Geschäftsgang noch in den inneren Verhältnissen der Bank begründet sei.

Bayerische Disconto- und Wechselbank, München. Errichtet eine Filiale in Weiden (Oberpfalz).

Bayerische Handelsbank, München. Erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 10 Mill. M. binnen 70 Jahren kündbaren und 2 Mill. M. binnen 60 Jahren kündbaren 4 % Hypotheken-Obligationen. Errichtet in Cham eine Filiale.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 15 Mill. M. 4 % Hypotheken-Pfandbriefen.

Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld. Die Aktionäre der Bank werden zum Umtausch ihrer Aktien in Deutsche Bank-Aktien aufgefordert (vgl. Aprilheft).

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Die stellvertretenden Direktoren Duensing und Schopka scheiden aus.

Centralkasse der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften e. G. m. b. H., Darmstadt. In der ersten ordentlichen Generalversammlung wendet sich Direktor Mager gegen die 22 Genossenschaften, die dem Moratorium der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank bisher nicht zugestimmt haben, so daß die Gefahr eines Konkurses für dieses Institut immer noch akut ist. Die Regierung will ihrerseits versuchen, die Genossenschaften zur Zustimmung zu veranlassen. In der Klage der Verwaltung der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank gegen ihre früheren Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder schlägt das Gericht einen Vergleich auf Basis von 0.25 Mill. M., etwa 10 % der eingeklagten Summe, vor.

Deutsche Grundcredit-Bank, Gotha. Das Aufsichtsratsmitglied Geh. Reg.-Rat a. D. Schwabe ist gestorben.

Digitized by Google

Deutsche Hypothekenbank. Meiningen. Das Aufsichtsratsmitglied Konsul Dr. Ladenburg ist gestorben.

Deutsche Palästina-Bank, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,71 Mill. M., wovon 1,49 Milll. M. zur Errichtung eines Delkrederefonds benutzt werden (i. V. betrug die Dividende 7 %). Die Verwaltung glaubt bei Fortführung der stillen Liquidation eine höhere Quote als 100 % (Marktpreis der Aktien) herausholen zu können. Aus dem Aufsichtsrat scheiden Rittergutsbesitzer Dr. Schoeller und Kammerpräsident Kunzig aus, während als neues Mitglied Assessor Dr. Kleefeld (Geschäftsführer des Hansabundes) eintritt.

Dürener Bank. Führt das Bankenkonsortium, das der Persischen Teppich-A.-G., Berlin (!), einen Kredit von 4 Mill. M. eingeräumt hat und 1,5 Mill. M. neue Aktien dieser Gesellschaft in Option bis Ultimo Dezember 1917 übernimmt, obwohl die Gesellschaft pro 1913 mit 0,13 Mill. M. Unterbilanz abgeschlossen hat.

Essener Credit-Anstalt. Die der Bank nahestehende Westdeutsche Terrain- und Baubank verteilt pro 1913 eine Dividende von 3 % (i. V. 4 %).

Göttinger Bank in Konk. Die voraussichtliche Konkursquote wird insgesamt 75 bis 80 % betragen (bisher sind 50 % gezahlt worden). Eine weitere Zahlung soll erst bei Beendigung des Konkurses erfolgen, der noch mehrere Jahre dauern wird.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co. Direktor Funke tritt in den Aufsichtsrat der mit 0.5 Mill. M. Kapital neugegründeten Auto-Räder- und Felgenfabrik Max Hering, Ronneburg, ein.

Kieler Creditbank. Uebernimmt (zusammen mit dem Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden) 0,5 Mill. M. 5 % Obligationen der Schloßbrauerei Kiel (à 100 % zur Zeichnung aufgelegt).

Königl. Bayerische Bank, Nürnberg. Auf Antrag des Zentrums wird im Finanzausschuß trotz Einspruchs des Finanzministers der Anteil des Staates am Gewinn der Bank von 2,6 auf 3,5 Mill. M. erhöht, weil der Reservefonds anstatt der vorgeschriebenen 10 % bereits 400 % des Betriebskapitals ausmache. Die Bank plant ab 1. Juli die versuchsweise Errichtung von Depositenstellen bei sämtlichen Postanstalten.

Landwirtschaftliche Central-Darlehnskasse für Deutschland, Berlin (früher Neuwied). Generaldirektor Dietrich erklärt in der Generalversammlung, daß nach vollständiger Unterbringung der neuen 5 Mill. M. Aktien, von denen bisher nur 1,76 Mill. M. gezeichnet worden sind, eine weitere Erhöhung des Kapitals erfolgen solle. Die Differenzierung der Zinssätze in verschiedenen Bezirken (Straßburg, Nürnberg, Braunschweig, Ostpreußen und Westpreußen) sei bereits durchgeführt. In den Aufsichtsrat treten die Grundbesitzer Wecherath und Unkrieg ein.

Magdeburger Bank-Verein. An Stelle von Direktor Weissel, der zu dem Schaaffhausen'schen Bankverein, Köln, übergeht, tritt Direktor Fuß von der Disconto-Gesellschaft in den Vorstand des Magdeburger Bankvereins ein.

Mendelssohn & Co., Berlin. In Wiener Börsenblättern wird gegen die angeblich staatsfeindliche Geschäftsgebarung des Bankhauses polemisiert, das trotz der feindlichen politischen und wirtschaftlichen Haltung Rußlands diesem immer wieder Gelder zur Verfügung zu stellen bereit sei.

Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg. Erhält konsortialiter den Zuschlag auf 4 Mill. M. 4 % Erfurter Stadtanleihe à 95,31 % (à 96 % zur Zeichnung aufgelegt). Uebernimmt (mit der Allg. Deutschen Credit-Anstalt) 0.25 Mill. M. neue Aktien der

Digitized by Google

Glasfabrik Brockwitz A.-G. à 135 % (deren Aktionären à 140 % angeboten). Direktor Köhler scheidet auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus.

Mittelrheinische Bank, Koblenz. Ist an der Insolvenz der Speldorfer Baugesellschaft mit etwa 0.10 Mill. M. beteiligt, aber angeblich gedeckt.

Carl Neuburger Komm.-Ges. a. A. in Liqu., Berlin. Der Liquidator legt gegen das (im Aprilheft wiedergegebene) Urteil in dem Prozeß gegen den Fürsten Fürstenberg Berufung ein; die Verhandlung wird bis zum Herbst vertagt.

Niederdeutsche Bank Komm.-Ges. a. A. in Konk., Dortmund. Die angekündigte Verteilung einer weiteren Abschlagsquote von 4 % (vgl. Maiheft) wird nunmehr vorgenommen.

Norddeutsche Bank in Hamburg. In den Aufsichtsrat tritt Freiherr Carl v. Merck ein.

Norddeutsche Creditanstalt, Königsberg. Errichtet in Allenstein eine Filiale. Zwei Beamte der Zentrale Königsberg werden zu Liquidatoren der Norddeutschen Bau-A.-G., Bütow, gewählt.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen. Eröffnet in den Räumen der in Konkurs gegangenen Elbinger Vereinsbank (vgl. unter Zahlungseinstellungen) eine Filiale. Bevorschußt die Spareinlagen dieses Instituts mit 25 %. Figuriert im Auftrag Dritter ohne eigene Beteiligung als Zeichnungsstelle für 4 Mill. M. 4 % Posener Stadtanleihe. Ein Kassierer der Bank, der eine größere Anzahl der ihm aus seiner Banktätigkeit bekannten Kunden der Bank zur Hergabe von Geldern für seine privaten Zwecke veranlaßt hat unter der Vorspiegelung, daß er diese Gelder enorm hoch verzinsen könne, flüchtet nach Unterschlagung von 0.20 Mill. Mark dieser Gelder.

Pfälzische Bank, Ludwigshafen. Uebernimmt 1.6 Mill. M. 5 % Anleihe der Münchener Aktienbrauerei zum Eberl-Faber.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 12 Mill. M. 4 % Hypotheken-Obligationen.

Potsdamer Credit-Bank. Das Potsdamer Landgericht hat den wegen einer angeblichen Provisionsforderung von 0.06 Mill. M. von Direktor Witzig ausgebrachten Arrest auf Antrag der Bank aufgehoben.

Preußische Central-Bodenkredit-A.-G., Berlin. Legt 8 Mill. M. 4 % Komm.-Obligationen à 95.80 % zur Zeichnung auf.

Rheinische Bank, Essen. Zwei Beamte der Filiale Mülheim, die nach Unterschlagung von 0.05 Mill. M. nach Amerika zu flüchten versuchen, werden in New York auf dem Dampfer verhaftet.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Uebernimmt konsortialiter 4 Mill. Fr. 5 % Anleihe der Sulzer Unternehmungs-A.-G., die à 100.50 % zur Zeichnung aufgelegt werden.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. In der zweiten badischen Kammer wird die Bank von fortschrittlicher Seite getadelt, weil sie abnorm hohe Zinsen und Provisionen berechne. Die Regierung erklärt die Vorwürfe für ungerechtfertigt.

C. Schlesinger-Trier & Co., Komm.-Ges. a. A., Berlin. Verhandelt zusammen mit Schaaffhausen (vgl. diesen) und der Nationalbank wegen Uebernahme von 6 bis 8 Mill. Fr. Serbischen Schatzscheinen.

Schwarzburgische Landesbank, Sondershausen. Die Filiale in Eisenach (vgl. Maiheft) hat ihre Tätigkeit aufgenommen.

Stahl & Federer A.-G., Stuttgart. Errichtet eine Filiale in

Digitized by Google

Schwäb. Gmünd. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 2 Mill. M. 5 % Obligationen der Ueberlandwerk Jagstkreis A.-G. an (vgl. Süddeutsche Disconto-Ges.).

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Hat die 1910 übernommenen Grundstücke im großen Straßburger Straßendurchbruch sämtlich mit angemessenem Nutzen und ausschließlich im Wege des Erbbaurechts abgestoßen. Führt das Konsortium, das 2 Mill. M. 5 % Obligationen der Ueberlandwerk Jagstkreis A.-G., Ellwangen, übernimmt (die à 99.75 % freihändig verkauft werden). Die Prokuristen Kottow und Warnecke werden zu stellvertretenden Direktoren ernannt. Der frühere Direktor der Bank (später Aufsichtsratsmitglied) Konsul Dr. Ladenburg ist gestorben.

Thüringische Kreditanstalt, Eisenach. Die Bank, die durch den Konkurs ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Seiffert in Schwierigkeiten geraten ist, beantragt die Abberufung des alten Aufsichtsrats sowie die Einleitung der Regreßklage gegen diesen sowie den Vorstand. Auf Antrag eines Gläubigers wird die Bank geschlossen; nachdem sie auf einen entsprechenden Antrag bei der Regierung wieder geöffnet worden ist, wird über sie wegen Ueberschuldung der Konkurs verhängt. Im Aufsichtsrat ist auch der Generaldirektor der Kyffhäuserhütte, Reuß, vertreten.

Thüringische Landesbank, Weimar. Uebernimmt 0.6 Mill. Mark 4 % Anleihe der Stadt Waltershausen à 94.58 %.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln. An Stelle des ausgeschiedenen Direktors Mannsfeld tritt Direktor Loos von der Deutschen Pfandbriefanstalt in Posen in die Bank ein.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Hat der in Konkurs gegangenen Keramischen Centrale, Essen, seinerzeit ein erststelliges Hypotheken-Darlehen von 0.78 Mill. M. gewährt.

Zahlungseinstellungen usw. Göttinger Bank, Carl Neuburger, Niederdeutsche Bank und Thüringische Kreditanstalt siehe oben. — Die vor 66 Jahren gegründete Elbinger Vereinsbank e. G. m. b. H., die pro 1913 noch 6 % Dividende verteilt hatte, geht in Konkurs. Der Zusammenbruch ist durch Riesenkredite an die Elbinger Werftfirma Schenk & Co. verursacht worden. Der Direktor der Bank, Hein, wird unter der Anschuldigung, für die Gewährung der Kredite Schmiergelder genommen zu haben, verhaftet; der Werftbesitzer Karl Siede wird ebenfalls verhaftet. Es wird versucht, die Geschäfte der Bank auf eine neue Genossenschaft unter der Firma „Elbinger Mittelstandsbank" zu überführen. — Ein gegen die Pforzheimer Bankfirma Greb & Frühauf G. m. b. H. gestellter Konkursantrag wird wieder zurückgezogen. — Die Kölner Bankfirma H. Blum & Schmitz bricht zusammen. Der alleinige Inhaber Blum, der Aktien im Betrage von 90 000 M. gefälscht hat, flüchtet. Ein Drittel des Betrages schickt er der geschädigten (Berliner) Firma in bar zurück, mit dem Bemerken, daß er geistesgestört sei. — Im Konkurs der Weißenseer Bank e. G. m. b. H. sind 8.19 Mill. M. Forderungen zur Anmeldung gelangt, von denen 2.86 Mill. M. nicht anerkannt werden dürften. Die Quote wird auf 5.4 % geschätzt. — Im Konkurs der Handwerkerbank, Gleiwitz, steht für Ende des Jahres eine weitere Abschlagszahlung von 20 % bevor (bisher 20 %). — Die beiden Inhaber der Karlsruher Bankfirma Wörner & Wehrle werden wegen Untreue, Vergehens gegen das Depotgesetz und Betruges zu Gefängnisstrafen verurteilt. — Die kleinen Sparer der in Konkurs gegangenen polnischen Bankfirma Köhler & Janiszewski, Kattowitz, werden voraussichtlich infolge Massemangels leer ausgehen. — Im Konkurs der Bankfirma Biermann & Co. in Worbis gehen die nicht bevorrechtigten Gläubiger leer aus. — Im Konkurs der Spandauer Bank-

Digitized by Google

firma Richard Baethge sind 0.10 Mill. M. verfügbare Masse vorhanden. — Die Spareinleger der Harburger Gewerbebank in Konk. werden voraussichtlich 40 bis 45 % ihrer Einlagen retten. — Der Inhaber der Bankfirma Friedmann & Weinstock, Halle, Friedmann, wird wegen Wuchers zu einer Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt. — Die Gläubiger der Bankfirma Gebr. Löwenstein, Hamm, die infolge des Zusammenbruchs der Firma Seiler in Ahlen zur Liquidation gezwungen worden war, sind voll befriedigt worden. — Die Generalversammlung der Bendorfer Volksbank genehmigt die vorgeschlagene Zusammenlegung des Kapitals von 0,35 auf 0,07 Mill. M. Der Gewinn aus der Sanierung von 0,28 Mill M. soll zur Deckung des Fehlbetrages von 0,27 Mill. M. verwandt werden. Das Kapital wird um 0,13 auf 0,20 Mill. M. wieder erhöht.

Die ausländischen Banken im II. Quartal 1914.

I. Oesterreich-Ungarn.

Oesterreichisch-Ungarische Bank. Die Bank erklärt in einer im Justizministerium stattfindenden Enquête über die Eskomptierung offener Buchforderungen und die Diskontierung nicht akzeptabler Tratten, daß sie an ihre Statuten gebunden sei und im Diskontgeschäft die inakzeptable Tratte wie andere Wechsel nehmen werde, sofern in der Regel drei, mindestens aber zwei gute Unterschriften daraufständen. Der Diskontsatz bleibt während des zweiten Quartals 1914 unverändert 4 %.

Oesterreichische Postsparkasse. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 10,50 (i. V. 12.52) Mill. Kr., wovon auf den Postscheckverkehr 8,76 (10,79), auf den Sparverkehr 1,74 (1,73) Mill. Kr. entfallen. Der Reingewinn wird wieder der Scheckverkehrsreserve überwiesen. Die Kursverluste auf die Anlagen betragen 7.69 (i. V. 19,84) Mill. Kr.

Ungarische Postsparkasse. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,15 (i. V. 2,77) Mill. Kr. und wird der Staatskasse überwiesen. Der Einlagenbestand ist gegen 1912 um 4.3 auf 12.6 Mill. Kr., die Zahl der Einleger um 38 000 auf 873 780 gestiegen.

Spargelder und Staatsanleihen. Unter Führung der Postsparkasse sollen (von dem ·Bankier Schwarz angeregte) Rentensparkassen errichtet werden, die Einzahlungen auf Staatsrente von 20 Kr. aufwärts annehmen.

Kommunalanleihen. Um den erheblichen Geldbedarf der ungarischen Städte zu erträglicheren Bedingungen zu decken, sollen die Kommunen von ungefähr gleicher Kreditwürdigkeit zu Anleihe-Kartellen (einem Mittelding zwischen der deutschen Geldausgleichsstelle und Kommunalbanken) vereinigt werden. Der unmittelbare Geldbedarf der österreichischen Kommunen (ausschließlich Wien) wird auf etwa 700 Mill. Kr. geschätzt.

Banken und Spargelder. Der zwischen den Sparkassen und Banken schwebende Kampf um die Spareinlagen wird von den Sparkassen mit erneutem Eifer aufgenommen. Der Sparkassentag in Kufstein wendet sich in einer energischen Resolution gegen die Ansammlung von Spareinlagen bei den Banken und verlangt, die Bezeichnungen „Sparkasse" und „Sparkassebüchel" den regulären Sparkassen vorzubehalten (vgl. Juliheft 1913, S. 702).

Bankbeamte. Nach den Ausführungen des Präsidenten des Reichsvereines der Bank- und Sparkassenbeamten in dessen vierter Hauptversammlung haben in den letzten zwei Jahren sämtliche bedeutenderen Banken das automatische Zeitavancement eingeführt; auch die Pensionsversicherungen sind teilweise erheblich verbessert worden.

Digitized by Google

Börsenwesen. Der Kommissar der Wiener Börse, Ministerialrat Dr. Lopuszanski, ist gestorben. An seine Stelle tritt Dr. Zwierzina.

Reform des ungarischen Aktiengesetzes. Die Regierung plant eine Reform des ungarischen Aktiengesetzes. Es soll ein höheres Mindestkapital sowie eine höhere Mindesteinzahlung gefordert werden. Die Reform sieht ferner die Anstellung staatlicher oder gerichtlicher Revisoren, eine Ausdehnung des Aufsichtsrechts, Schutz der Minoritätsrechte und größere persönliche Verantwortung der Verwaltungsratsmitglieder vor.

Ungarisches Kreditwesen. Im Landeskongreß der ungarischen Finanzinstitute wird darauf hingewiesen, daß in der 80 jährigen Geschichte der ungarischen Finanzinstitute, die mit der im Jahre 1834 erfolgten Gründung der Kronstädter Sparkasse beginnt, das Jahr 1913 den traurigsten Abschnitt bilde. Rund 130 Kreditinstitute sind 1913 durch Konkurs, Liquidation oder Fusion verschwunden. Die notwendige Reform des Kreditwesens sei durch Errichtung einer autonomen Finanzinstitutskammer und durch Aenderung des geltenden Aktienrechts zu bewirken. Beispielsweise müsse die Konzessionierung von Aktiengesellschaften, die Spareinlagen annehmen, an die Bedingung eines angemessenen eingezahlten Grundkapitals geknüpft werden (vgl. auch unter „Reform des ungarischen Aktienrechts").

Insolvenzen: Ende Juni bricht die Bankfirma Ph. J. Plewa & Sohn, Wien, zusammen und geht in Konkurs. Der Inhaber Schober wird verhaftet. Bei der Prüfung der Bücher stellt sich heraus, daß Depots im Betrage von mehreren Millionen Kronen unterschlagen worden sind. Viele kleine Sparer dürften ihr Geld verlieren. — Durch den vorstehenden Konkurs erleidet die Kirchberger Spar- und Vorschußkassa einen Verlust von 0,4 Mill. Kr., der voraussichtlich die Zahlungseinstellung zur Folge haben wird. — Bei der Nordösterreichischen Bank für Handel, Industrie und Landwirtschaft wird mit Unterstützung der Regierung der Konkurs vermieden. Die Bank tritt in Liquidation, die Direktion garantiert kollektiv die Rückzahlung aller Einlagen. — Die seit längerer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten befindliche Erste Prager Garantiebank (vgl. Aprilheft S. 385 „Fiasko der Kreditversicherung") geht in Konkurs. — Die erste Karlstädter Sparkasse (Kroatien), die bei einem Aktienkapital von 0,3 Mill. Kr. einen Einlagenbestand von 5 Mill. Kr. hatte, stellt ihre Zahlungen ein. — Die Eskomptebank von Vinkovce (Kroatien) gerät in Zahlungsschwierigkeiten. Die Direktoren werden von der Kroatischen Eskomptebank, welche die Liquidation besorgt, gezwungen, für das Defizit zu garantieren. — Die Sparkasse des I. und II. Bezirkes in Budapest ist infolge starker Immobilisierung ihrer Mittel zur Zahlungseinstellung gezwungen. — Die Luposer Gewerbebank wird durch Unterschlagung ihres Oberbuchhalters um 0.10 Mill. Kr. geschädigt (Kapial 0,21 Mill. Kr.). — Die Bihar-Mezoekereszieser Sparcasse, Budapest, geht in Konkurs (Kapital 0,15, Depositen 0,35 Mill. Kr.).

Allgemeine Depositenbank, Wien. Direktor Dessauer tritt in den Verwaltungsrat der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel (vgl. Juliheft 1913) ein. Direktor Dische (Filiale Lemberg) gehört einem Konsortium an, das die Kosmaczgrube bei Kolema erwirbt.

Allgemeine Oesterreichische Boden-Credit-Anstalt, Wien. Der der Bank nahestehende Aussiger chemische Verein erhöht sein Kapital um 2.5 auf 14.5 Mill. Kr. und erwirbt die Aktienmajorität der „Hungaria" Kunstdünger-, Schwefelsäure- und chemischen Industrie-A.-G. Direktor Herzfeld tritt in den Verwaltungsrat der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel (Textil-Kartell) ein.

Allgemeine Verkehrsbank, Wien. Die bereits Ende 1911 beschlossene Uebernahme der fünf Versatzämter der Bank durch

Digitized by Google

die staatliche Pfandleihanstalt Dorotheum soll nunmehr erfolgen. Die Placierung der zu diesem Zwecke ausgegebenen 25 Mill. Kr. Obligationen soll durch die Bank erfolgen. Direktor Broch tritt in den Verwaltungsrat der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel ein. Die Bank gewährt (mit dem Wiener Bankverein, vgl. diesen) der Stadt Czernowitz ein Darlehen von 4 Mill. Kr.

Anglo-Oesterreichische Bank, Wien. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 20 auf 120 Mill. Kr. Unter Mitwirkung der Bank werden die Verhandlungen wegen Verstadtlichung der Allg. Oesterreichischen Elektrizitätsgesellschaft zu Ende geführt; die Gesellschaft erhält von der Stadt Wien anstatt der geforderten 14 Mill. Kr. für ihre Anlagen 12,15 Mill. Kr. Die der Bank nahestehende Prager Maschinenbau-A.-G. (vorm. Ruston, Bromovsky & Ringhoffer) weist pro 1913 einen Verlust von 5,85 Mill. Kr. aus, abgesehen von der Notwendigkeit starker Abschreibungen; die Sanierung soll durch Herabsetzung des Kapitals von 14 auf 5,60 Mill. Kr., Heranziehung der Reserven mit 1,47 Mill. Kr. und Ausgabe von 4 Mill. Kr. neuen Aktien erfolgen. Das Unternehmen, das im Vorjahre noch 5 % Dividende verteilte, ist durch seine „amerikanische" Expansionspolitik in Schwierigkeiten geraten. Die der Bank nahestehende Marcu Fischersche Zuckerfabrik A.-G. in Liqu. weist eine Unterbilanz von 3 Mill. Kr. aus; die Bank ist für ihre Forderungen nur zum Teil gedeckt. Unter Mitwirkung der Bank wird in Kronstadt die Siebenbürgische Eskomptebank mit 1,5 Mill. Kronen Kapital errichtet. Die Bank eröffnet in Karlsbad, Marienbad und Karbitz Filialen. Die der Bank nahestehende Erste Triester Reisschälfabrik weist einen Verlust von 0,10 Mill. Kr. aus (i. V. 8 % Dividende), die Fiatwerke verteilen 9 % (i. V. 8 %) Dividende. Präsident Landesberger wird zum Präsidenten des Verwaltungsrats der Schodnica A.-G. gewählt. Direktor Engel von der Filiale Budapest tritt in die Zentrale Wien ein. Direktor Kommerzienrat Schwarz in den Verwaltungsrat der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel.

Bank- und Wechselstuben A.-G. „Merkur", Wien. Direktor Schwarz tritt in den Aufsichtsrat der Brünner A.-G. für Maschinenbau, vorm. Brand & Lhuillier ein, die pro 1913 eine Dividende von 11 % verteilt; ferner in den Aufsichtsrat der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel.

Böhmische Industrialbank, Prag. Die im Jahre 1911 beschlossene Kapitalserhöhung um 10 auf 40 Mill. Kr. ist erst jetzt — nach drei Jahren — behördlich genehmigt worden.

Böhmische Unionbank, Prag. Schließt mit der Gemeinde Franzensbad eine 4½ % Anleihe von 4 Mill. Kr. ab (Uebernahmekurs 85½ %). Direktor Kux tritt in den Verwaltungsrat der Internationalen Rückversicherungs-A.-G. ein. Direktor Kraus von der Filiale Olmütz wird zum Liquidator der Olmützer Kreditbank gewählt.

Centralbank der böhmischen (tschechischen) Sparkassen (Ustredni banka ceskych sporitelen). Prag. Der nominelle Reingewinn pro 1913 von 0,70 Mill. Kr. wird der Reserve überwiesen. Auf Antrag der Revisionskommission (vgl. Juliheft 1913) soll die Anzahl der Niederlassungen reduziert, die leitenden Beamten aus der Zeit des früheren Generaldirektors Patek entlassen und der Pensionsvertrag des letzteren gelöst werden. Gegen die Mitglieder des Verwaltungsrats soll die Klage auf Rückerstattung der erhaltenen Tantiemen und Dividenden angestrengt werden. In einer Anfang Mai tagenden außerordentlichen Generalversammlung wendet sich Direktor Patek gegen die abfällige Kritik seiner Geschäftsführung, kann aber nur mit Mühe vor Mißhandlungen geschützt werden. Das Tochterinstitut der Bank, die Bohemia-Bank, hat seine Verbindungen zu dem Mutterinstitut gelöst; es verteilt pro 1913 keine Dividende.

Digitized by Google

Centralbank deutscher Sparkassen, Prag. Hat ihr Filialgebäude in Wien bedeutend vergrößert und plant für Anfang 1915 die Verlegung der Zentrale von Prag nach Wien.

Galizische Aktien-Hypotheken-Bank. Lemberg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3.04 (i. V. 2.81) Mill. Kr., die Dividende wieder 10 %.

Industriebank für das Königreich Galizien und Lodomerien usw., Lemberg. Unter Mitwirkung der Bank wird zur Ausbeutung der Kalilager in Kalusz die A.-G. für die Exploitation von Kalisalzen mit 6 Mill. Kr. Kapital errichtet.

Kroatisch-Slavonische Landeshypothekenbank, Agram. Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 6½ %.

Landesbank für Bosnien und Herzegowina, Serajewo. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1.90 (i. V. 1.74) Mill. Kr., die Dividende wieder 9 %.

Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft, Wien. In den Aufsichtsrat tritt Generaldirektor Erhard von den Ver. Brauereien Schwechat, St. Marx usw. ein. Von der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Eisenindustrie Zenica A.-G. 10 % (i. V. 16 %), Eisenhandels- und Industrie-A.-G. 5 % (7 %), Lampen- und Metallwarenfabriken R. Ditmar, Gebr. Brünner A.-G. 6 % (7 %).

Oesterreichisch-Bosnische Bank, Serajewo. Erhöht ihr Kapital um 4 auf 8 Mill. Kr.

Oesterreichische Central-Boden-Credit-Bank, Wien. Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 8 %. Direktor v. Hofmannsthal tritt nach 42 jähriger Tätigkeit in den Ruhestand.

Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Wien. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 20 auf 170 Mill. Kr., die aber erst bei günstigerer Börsenlage durchgeführt werden soll. Die Bank weist in ihrem Geschäftsberichte darauf hin, daß ihr das laufende Jahr einen starken Ausfall an Zinseneinnahmen bringen werde. Direktor Spitzmüller tritt in den Verwaltungsrat der Banca Commerciale Triestina (an Stelle des ausscheidenden Präsidenten Blum) und in den der Hirtenberger Patronenfabrik Keller & Co. ein. An die Stelle von Blum im Verwaltungsrat der Banque Internationale de Bruxelles tritt Direktor Hammerschlag, während Direktor Neurath in den Verwaltungsrat der Wienberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft A.-G. und den der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel eintritt. Die von der Bank gegründete, schlecht rentierende Austro-Orientalische Handelsgesellschaft soll der Exportgesellschaft Alois Schweiger G. m. b. H. angegliedert werden. Die Bank übt die ihr zustehende Option auf etwa die Hälfte der 12 Mill. Kr. Aktien der Pulver- und Patronenfabriken A.-G. E. Roth aus, die pro 1913 eine Dividende von 12½ % (i. V. 10 %) verteilt; die Aktien sollen demnächst an der Börse eingeführt werden. Die der Bank nahestehende Gerngroß A.-G. verteilt eine Dividende von wieder 10 %, die Kerka A.-G. 9 % (i. V. 8 %).

Oesterreichische Länderbank, Wien. Der frühere Generaldirektor Palmer ist im Alter von 75 Jahren gestorben. Die Aktien der Bank erfahren im Zusammenhang mit dem Zurückströmen eines Teils der in Paris placierten Aktien einen stärkeren Kursrückgang. Die der Bank nahestehende Brückenbau- und Eisenkonstruktionsanstalt verteilt eine Dividende von 4 % (i. V. 7½ %). Direktor Rotter tritt in den Verwaltungsrat der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel ein.

Prager Kreditbank. Ein Angestellter der Filiale Lemberg beschuldigt in einem offenen Brief den Leiter dieser Filiale einer Reihe von Unregelmäßigkeiten, die er durch Briefe, die er sich während seiner Tätigkeit angeeignet hat, zu beweisen versucht. Die Bank errichtet Filialen in Pisek und Rakonitz. An Stelle der geplanten

Digitized by Google

Filiale in Sofia wird dort wegen der ungeklärten politischen Lage nur eine Expositur eröffnet. Direktor Reich gehört einem Konsortium an, das die Kosmaczgrube bei Kolema erwirbt.

Unionbank, Wien. Direktor Schick tritt in den Aufsichtsrat der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel ein.

Wiener Bankverein. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 20 auf 150 Mill. Kr.; 10,4 Mill. Kr. neue Aktien werden den Aktionären à 125 % angeboten, der Rest ist zum Kurse von 127,50 % fest placiert worden. Prokurist Kaßner wird zum stellvertretenden Direktor ernannt. Die Bank gewährt (mit der Allg. Verkehrsbank) der Stadt Czernowitz ein Kontokorrentdarlehen von 4 Mill. Kr. zu einem Zinsfuß, der 1½ % über den offiziellen Diskontsatz hinausgeht. Errichtet eine Filiale in Mährisch-Ostrau, ferner, unter Uebernahme der Bankfirma Taussig, Filialen in Bodenbach und Tetschen. Direktor Weiner tritt in den Verwaltungsrat der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel ein.

Wiener Giro- und Kassenverein. Das Verwaltungsratsmitglied Palmer, früher Generaldirektor der Oesterr. Länderbank, ist gestorben.

Zivnostenska Banka, Prag. Unter Mitwirkung der Bank wird in Prag die Böhmische Munitionsfabrik A.-G. mit 2 Mill. Kr. Kapital errichtet. Die Bank wandelt die Selchwarenfabrik Anton Chmel in Prag in eine Aktiengesellschaft um. Stellvertretender Direktor Dr. Preiß tritt in den Verwaltungsrat der Oesterr. Kontrollbank für Industrie und Handel ein.

Central-Hypothekenbank ungarischer Sparkassen, Budapest. 20 Mill. Kr. 5 % Pfandbriefe werden zur Wiener Börse zugelassen.

Pester Erste Vaterländische Sparkasse, Budapest. Vgl. Pester Ungarische Commercial-Bank.

Pester Ungarische Commerzial-Bank, Budapest. Gewährt (mit der Pester Ersten Vaterländischen Sparkasse und der Ungarischen Hypothekenbank) der Stadt Großwardein ein Darlehen von 3 Mill. Kr. Die Bank gehört dem Konsortium an, das im Vorjahre mit der Regierung wegen Uebernahme einer bosnischen Eisenbahnanleihe verhandelte, aber eine Beteiligung an dem später unter Führung der Dresdner Bank stehenden deutschen Konsortium ablehnte. Siehe auch Ungarische Bank- und Handels-A.-G.

Ungarische Allgemeine Kreditbank, Budapest. Unter Mitwirkung der Bank gibt die Ungar. Fluß- und Seeschiffahrts-A.-G. 15 Mill. Kr. Prioritätsaktien und 5 Mill. Kr. Stammaktien aus, wodurch sich das Kapital der Gesellschaft um 20 auf 40 Mill. Kr. erhöht. Die der Bank nahestehende Kattundruck-Industrie A.-G. setzt ihr Kapital von 4,05 auf 0,51 Mill. Kr. herab. Die Bank gehört dem Konsortium an, das im Vorjahre wegen Uebernahme einer bosnischen Eisenbahnanleihe verhandelte (vgl. Pester Ungar. Commerzial-Bank).

Ungarische Bank- und Handels-A.-G., Budapest. Der frühere langjährige Generaldirektor und Vizepräsident der Bank, Elek, ist gestorben. Zum Präsidenten der Bank wird der Teilhaber der Budapester Bankfirma Krauß & Bettelheim, Simon Krauß, ernannt; Hofrat Franz Szekely wird Vizepräsident. Direktor Donner von der Banque Balcanique wird zum geschäftsführenden Direktor der Bank ernannt. Die Bank dementiert die Nachricht von einem geplanten Ausscheiden des Direktors v. Balogh und von Fusionsverhandlungen mit der Pester Ungar. Commercial-Bank. Plant den Ankauf von türkischen Fiskalwäldern in Kleinasien. Finanziert den Bau eines von der Firma Liptak & Co. bei Budapest errichteten Eisenwerkes. Unter Mitwirkung der Bank wird die Bank der Budapester Kaufleute liquidiert.

Digitized by Google

Ungarisches Bodenkreditinstitut, Budapest. Aus dem Status per 31. März 1914: Hypotheken 412,89 (31. März 1913: 403,02), Pfandbriefe 412,65 (399,93) Mill. Kr.

Vaterländische Bank A.-G., Budapest. Unter Mitwirkung der Bank wird die Martin Rosenthalsche Erste Bekescabaer Dampfmühle in eine Aktiengesellschaft mit 2 Mill. Kr. umgewandelt.

II. England.

Bank von England. Die Filiale der Bank in Portsmouth geht auf die London Joint Stock Bank über. Die Bank hat nunmehr noch 10 Filialen, und zwar in Birmingham, Bristol, Hull, Leeds, Liverpool, Manchester, Newcastle, Plymouth und zwei in London. Es ist möglich, meint der „Economist", daß die Aufgabe der Filiale in Portsmouth keinen Einzelfall darstellt, sondern die Abstoßung sämtlicher Filialen einleitet. In den Board of directors tritt an Stelle des Sir Augustus Prevost Mr. R. M. Kindersley, seit acht Jahren Mitglied der Firma Lazard Brothers & Co. Der Diskontsatz bleibt während des II. Quartals 1914 unverändert 3 %.

Liquidität der englischen Banken. Ende Mai 1914 betrugen die Depositen und Kreditoren der 11 größten englischen Banken (Capital and Counties, Lloyds, London City and Midland, London County and Westminster, London and South Western, London Joint Stock Bank, National Bank, National Provincial Bank, Parrs Bank, Union of London and Smith's Bank und Williams Deacons' Bank) 567,23 (i. V. 516,99) Mill. £, denen an Kasse und Guthaben bei der Bank of England 85,96 (80,11) Mill. £ = 15,1 % (15,5 %) gegenüberstanden.

Statistik der englischen Aktienbanken. Die in England und Wales arbeitenden 43 (i. V. 41) englischen Aktienbanken (ohne Bank von England) weisen Ende 1913 nach einer Zusammenstellung des „Economist" folgende Bilanzziffern auf (die Vergleichsziffern für 1912 zeigen gegen die im Juliheft 1913 angegebenen Zahlen kleine Abweichungen): Kapital und Reserven 82,07 (81,15), Depositen 809,35 (773,97), Akzepte 61,71 (61,30), Kasse und Callgelder 235,96 (216,11), Effekten 121,24 (127,65), Wechsel und Darlehen 539,80 (515,90) Mill. £. Der Reingewinn betrug 10,38 (9,12) Mill. £, wovon 6,94 (6,88) Mill. £ für Dividenden verwendet wurden. Die Anzahl der Filialen stieg von 5582 im Jahre 1912 auf 5802. — Die 8 (im Vorjahre 9) öffentlich berichtenden Privatbanken in England und Wales hatten bei einem Eigenkapital (inkl. Reserven) von 3,62 (3,61) Mill. £ 27,09 (26,75) Mill. £ Depositen, denen an Wechseln und Vorschüssen 16,80 (16,40) und an Kasse und Callgeldern 6,47 (7,11) Mill. £ gegenüberstanden.

Schottische und irische Banken. Die 9 schottischen Aktienbanken verfügten Ende 1913 bei 17,30 (17,35) Mill. £ Kapital und Reserven über 125,89 (118,80) Mill. £ Depositen; Kasse und Callgelder betrugen 33,96 (33,88), Wechsel und Vorschüsse 77,76 (72,44) Mill. £. Der Reingewinn betrug 1,89 (1,87) Mill. £, woraus die Aktionäre 1,44 (1,47) Mill. £ als Dividende erhielten. Die Anzahl der Filialen betrug 1240 (1225). — Bei den 9 irischen Aktienbanken betrugen Kapital und Reserven 11,10 (i. V. 11,16), Depositen 70,66 (66,90), Kasse und Callgelder 17,19 (14,03), Wechsel und Vorschüsse 48,66 (47,16) Mill. £. Der Reingewinn betrug 1,10 (1,05) Mill. £, wovon die Aktionäre 0,76 (0,76) Mill. £ erhielten.

Englische Privatnotenbanken. Der Notenumlauf bei 8 Bankiers und 5 Aktienbanken (inzwischen ist diese Zahl durch die Uebernahme der Wilts and Dorset Banking Cy durch die Lloyds Bank auf 4 zurückgegangen) betrug Anfang Mai 0,12 Mill. £ bei einer autorisierten Ausgabe von 0,51 Mill. £.

Irische Notenbanken. Ende April betrug der durchschnittliche Notenumlauf der 6 irischen Notenbanken 8,35 Mill. £ bei 4,76 Mill £ Bardeckung.

Digitized by Google

Schottische Notenbanken. Ende April betrug der durchschnittliche Notenumlauf der 8 schottischen Notenbanken 7,49 Mill. £ bei 6,22 Mill. £ Bardeckung.

Kanadisches Bankwesen. Die 21 kanadischen Aktienbanken hatten Ende Dezember 1913 ein eingezahltes Kapital von 114,81 Mill. $; die Reserven betrugen 112,12, Notenumlauf 108,65, Depositen 1158,34, Wechsel und Darlehen 915,17, leicht greifbare Mittel 553,64 Mill. $.

Australisches Bankwesen. Die Ziffern der in Australien und Neuseeland arbeitenden Banken weisen Ende Dezember 1913 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres keine erhebliche Veränderung auf. Kapital, Reserven und unverteilte Gewinne betrugen 36,22 (i. V. 32,52). Verbindlichkeiten einschließlich Notenumlauf 211,82 (212,14), Kasse und leicht greifbare Mittel 96,20 (87,70), Vorschüsse 146,00 (151,25) Mill. £.

Englische Postsparkasse. Mitte Juni 1914 betrugen die Guthaben der Sparer 54,55 Mill. £ gegen 53,64 Mill. £ zur Parallelzeit des Vorjahres.

Englische Privatsparkassen (trustee savings banks). Die Guthaben der Einleger betrugen Mitte Juni 1914 190,79 Mill. £. zur gleichen Zeit des Vorjahres 184,84 Mill. £.

Bankers' Clearing House, London. Der Vereinigung wird die London and Provincial Bank angeschlossen, mit der die Anzahl der Clearing-Banken (ohne Bank of England) auf 18 steigt.

Die Londoner Stock-Exchange verteilt für das am 25. März 1914 beendete Geschäftsjahr eine Gesamtdividende von 10 £ pro share. Die Anzahl der Mitglieder betrug 4855.

Englische Bankbeamte. Der Zusammenschluß der englischen Bankbeamten zu einer National Association of Bank Clerks wird geplant. Man will außer höheren Gehältern und besseren Arbeitsbedingungen die Beseitigung der Willkür in der Behandlung seitens der Vorgesetzten erreichen.

Insolvenz. Die über 100 Jahre alte Londoner Bankfirma Chaplin, Milne, Grenfell and Co. stellt infolge enormer Spekulationsverluste ihres früheren Teilhabers Mr. Artur Grenfell Anfang Juni ihre Zahlungen ein. Im April hatte ein Londoner Stützungssyndikat einen großen Teil der umfangreichen Engagements Grenfells übernommen; G. hatte aber darüber hinaus noch erhebliche Verbindlichkeiten, die zum Konkurse führten. In Verbindung mit dem Zusammenbruch der Firma stellt auch die von ihr gegründete Canadian Agency ihre Zahlungen ein, die als Emissionsstelle für kanadische Effekten (Canada Pacific, Grand Trunk und Bodenwerte) figurierte.

Barclay & Co., London. In die Direktion tritt Mr. Tritton ein.

Capital and Counties Bank, London. Per Ende Mai 1914 werden ausgewiesen: Kapital und Reserven 2,55 (wie i. V.), fremde Gelder 39,74 (38,81), Kasse 6,32 (6,30), Callgelder 5,40 (4,82) Mill. £. Errichtet in Swanage eine Filiale.

Lloyds Bank, London. Nimmt die älteste reine Provinzbank Süd-Englands, die Wilts and Dorset Banking Cy (Kapital und Reserven 1,25 Mill. £) in sich auf. Von den zahlreichen Filialen der letzteren in Hampshire, Devonshire, Gloucester und Somerset werden einige geschlossen, da die Lloyds Bank in Süd-England bereits überreichlich vertreten ist. Für je 7 Wilts und Dorset Shares (mit 10 £ einbezahlt) werden je 10 Lloyds Bank-Shares (mit 8 £ einbezahlt) sowie eine Barentschädigung von je 2 £ pro Wilts and Dorset Share gegeben. Das eingezahlte Kapital der Bank erhöht sich auf 4,91 Mill. £. Durch diese Fusion wachsen Eigenkapital und Depositen der Bank über die der London City and Midland Bank

Digitized by Google

hinaus, so daß Lloyds Bank — allerdings nur auf kurze Zeit — wieder die größte englische Bank wird. Siehe auch London City and Midland Bank. Per Ende Mai 1914, also nach der Fusion, werden ausgewiesen: Kapital und Reserven 8,61 (i. V. 7,11), fremde Gelder 105,21 (88,17), Kasse 16,86 (14,59), Callgelder 11,01 (7,96). Wechsel 13,88 (9,43), Darlehen 56,16 (50,36) Mill. £. Die Bank errichtet eine weitere Filiale in London (Whitechapel High Street).

London and Provincial Bank, London. Die Bank wird in das Bankers' Clearing House aufgenommen.

London and South Western Bank. Per Ende Mai 1914 werden ausgewiesen: Kapital und Reserven 2,25 (wie i. V.), fremde Gelder 21,10 (19,87), Kasse usw. 3,30 (3,05), Callgelder 3,04 (2,77) Mill. £. Die Bank eröffnet Filialen in Bromley und Croydon und eine weitere Zweigstelle in London (Half Moon Lane).

London City and Midland Bank. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 6 auf 28,2 Mill. £ nom. bzw. 4.6 Mill. £ effektiv. Die Bank beantwortet die Uebernahme der Wilts and Dorset Banking Cy durch die Lloyds Bank (vgl. diese) zunächst mit der Eröffnung von 17 Filialen im Devon- und Dorset-Gebiet, dann durch die Uebernahme der Metropolitan Bank of England and Wales, wodurch ihr eingezahltes Kapital auf 4,78, die Reserven auf 4 (Kapital und Reserven bei Lloyds 8,61), die Depositen auf mehr als 105 Mill. £ und die Filialen auf beinahe 1000 steigen. Die Aktionäre der Metropolitan Bank (eingezahltes Kapital 0,55 Mill. £) erhalten für je 7 mit 5 £ eingezahlte Shares 11 mit 2 £ 10 sh eingezahlte Shares der London City and Midland Bank. Der Vizepräsident des Legislative Council of India tritt in die Verwaltung der Bank ein. Aus der Zwischenbilanz per Ende Mai 1914 (vor der Fusion): Kapital und Reserven 8,05 (i. V. 7,51), fremde Gelder 94,18 (83,75), Kasse usw. 15,91 (13,22), Callgelder 11,02 (10,45), Wechsel 10,84 (10,26), Darlehen 53,11 (47,27) Mill. £.

London County and Westminster Bank, London. Ende Mai 1914 betrugen die Depositen und Kreditoren 86,73 Mill. £, denen an Kasse und Guthaben bei der Bank von England 11,64 Mill. £ = 13,4 % gegenüberstanden.

London Joint Stock Bank. Aus der Zwischenbilanz per Ende Mai: Kapital und Reserven 4,10 (i. V. 4,07), fremde Gelder 37,17 (32,48), Kasse usw. 5,13 (4,42), Callgelder 5,74 (4,77) Mill. £. Die Bank übernimmt die Filiale der Bank von England in Portsmouth.

Manchester and Liverpool District Banking Co. In die Direktion tritt Mr. Storey ein.

Metropolitan Bank of England and Wales, London. Fusioniert mit der London City and Midland Bank (vgl. diese).

National Bank, London. Per Ende Mai 1914 werden ausgewiesen: Kapital und Reserven 1,98 (i. V. 1,99), fremde Gelder 14,31 (13,91), Kasse usw. 1,92 (2,11), Callgelder 2,76 (2,55) Mill. £.

National Provincial Bank of England, London. Per Ende Mai 1914 werden ausgewiesen: Kapital und Reserven 5,00 (i. V. 5,15), fremde Gelder 68,48 (64,14), Kasse usw. 9,95 (10,12), Callgelder 4,90 (5,59) Mill. £. Der Direktor der Bank, Lord Inchcape, wird das Präsidium des Institute of Bankers übernehmen.

Parr's Bank, London. Per Ende Mai 1914 werden ausgewiesen: Kapital und Reserven 4,82 (4,62), fremde Gelder 46,24 (39,97), Kasse usw. 6,86 (6,23), Callgelder 8,98 (7,65) Mill. £. Die Bank gibt neuerdings — wie verschiedene andere Banken — eine eigene Zeitschrift heraus.

Union of London and Smith's Bank, London. Per Ende Mai 1914 werden ausgewiesen: Kapital und Reserven 4,70 (i. V. 4,70), fremde Gelder 38,57 (39,51), Kasse usw. 5,60 (6,32), Call-

Digitized by Google

gelder 6.00 (6,29) Mill. £. Die Bank errichtet eine Filiale in Tunbridge Wells.

Williams Deacon's Bank, London. Ende Mai 1914 betrugen die Depositen und Kreditoren 15,49 Mill. £. denen an Kasse und Guthaben bei der Bank von England 2,48 Mill. £ = 16 % gegenüberstanden.

Bank of Scotland, Edinburgh. Verteilt für das am 28. Februar beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 20 % p. a. Aus der Bilanz per 28. Februar 1914: Depositen und Kreditoren 19,64 (i. V. 20,17), Notenumlauf 1.24 (1,30), Kasse 1,81 (1,88), Wechsel und Darlehen 12,03 (12,24) Mill. £.

British Linen Bank, Edinburgh. Verteilt für das am 15. Januar beendete Geschäftsjahr eine Dividende von 18 % (i. V. 19 %). Der Notenumlauf betrug am Ende des Jahres 0,796 (i. V. 0.792) Mill. £.

Commercial Bank of Scotland, Edinburgh. Verteilt für das am 30. April beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 20 % p. a. Siehe auch Royal Bank of Australia.

Royal Bank of Scotland, Edinburgh. Erklärt eine Halbjahrsdividende von wieder 10 % p. a. minus income-tax.

Union Bank of Scotland, Edinburgh. Verteilt für das am 2. April beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 15 % p. a. Anfang April werden ausgewiesen: Depositen und Kreditoren 16,46 (i. V. 15,41), umlaufende Noten 0,95 (0,93), Kasse 1.23 (1,17), Wechsel 3,79 (2.76). Darlehen 6.67 (5,75) Mill. £.

Belfast Banking Co. Verteilt auf die alten Aktien eine Dividende von 20 % p. a., auf die neuen von 8 % p. a. (beide einkommensteuerfrei).

Royal Bank of Ireland. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von 10 % (i. V. 10½ %) p. a.

Ulster Bank. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von wieder 20 % p. a.

African Banking Corporation, London. Gibt 40 000 neue Shares à 10 £ mit 5 £ Einzahlung aus, die den alten Aktionären al pari zur Zeichnung angeboten werden. Das eingezahlte Kapital beträgt nunmehr 0.6 Mill. £.

Anglo-Egyptian Bank, London. Verteilt für das am 28. Februar beendete Halbjahr eine Dividende von 10 % p. a.

Anglo-South American Bank, London. Verteilt für das am 31. Dezember 1913 beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 12 % p. a.

Australasian Bank of Commerce, Sydney. Verteilt für das am 31. Dezember beendete Geschäftsjahr eine Dividende von 3 % p. a.

Bank of British North America, London. Verteilt für das ganze (Ende November beendete) Geschäftsjahr eine Dividende von 8 %. Eröffnet eine Filiale in Bromhead (Saskatchewan).

Bank of British West Africa, London-Hamburg. Verteilt für das am 31. März beendete Halbjahr eine Dividende von 11 % p. a. (i. V. 10 %); die Dividende des letzten Halbjahres ist incometax-pflichtig. Die Bank wird in Zukunft nur noch incometax-pflichtige Dividenden verteilen. Schlägt eine Kapitalserhöhung um 1 auf 2 Mill. £ vor (in Shares à 10 £ mit 4 £ Einzahlung), die in Zwischenräumen je nach Bedarf durchgeführt werden soll. Eröffnet eine Filiale in Port Harcourt (Nigeria).

Digitized by Google

Bank of Montreal. Erklärt für das erste Quartal 1914 eine Dividende von 3½ % (wie i. V.) = 14 % p. a. Eröffnet eine Filiale in Berlin (Ontario) und Riverport (Neu-Schottland).

Bank of New South Wales, Sydney. Verteilt für das am 31. März beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 10 % p. a.

Bank of New Zealand, Wellington. Verteilt für das ganze Jahr 1913 eine Dividende von 15 % (wie i. V.).

Bank of Victoria, Melbourne. Verteilt für das am 31. Dezember 1913 beendete Halbjahr eine Dividende von 6 % p. a.

British Bank of Northern Commerce, London. Der Generaldirektor, Mr. Rutherford, erhält die höchste dänische Ordensauszeichnung, den Dannebrog-Orden.

British Bank of South-America, London. Verteilt für das ganze Jahr 1913 eine (einkommensteuerfreie) Dividende von wieder 17 % (i. V. außerdem noch 10 sh per Share Jubiläumsdividende).

Canadian Bank of Commerce, Montreal. Errichtet Filialen in Admiral St. Louis, Hafford und Prince Albert (sämtlich in Saskatchewan), Alma Road (Vancouver), Chicoutimi und Compton (Quebeck), Madoc (Ontario) und Toronto. Verteilt eine Quartalsdividende von 3½ % (2½ % + 1 % Bonus) = 14 % p. a.

Chartered Bank of India, Australia and China, London. Verteilt für das ganze Jahr 1913 eine Dividende von 17 % (inkl. Bonus) gegen 16½ % i. V. Errichtet eine Filiale in Haiphong (China). Aus der Bilanz per Ende Dezember 1913: Notenumlauf 0,82 (i. V. 0,75), Depositen 17,12 (18.01). Kasse 3,98 (3,67), Diskonten und Darlehen 11,38 (10,49), Devisen 6,72 (7.49) Mill. £.

Colonial Bank of Australasia, Melbourne. Verteilt für das am 31. März beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 7 % p. a.

Commercial Banking Cy of Sydney. Verteilt für das am 31. Dezember 1913 beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 10 % p. a. Errichtet Filialen in Haberfield, Quambone und Marrickville (N. S. W.) und in Brisbane (Queensl).

Commercial Bank of Australia, Sydney. Die Vorzugsaktionäre protestieren gegen die Absicht der Verwaltung, für das am 30. Juni 1914 beendete Halbjahr 4 % p. a. Dividende auf die Vorzugsaktien und 10 % p. a. auf die Stammaktien zu verteilen, weil die Vorzugsaktien, die ursprünglich 2.12 Mill. £ betrugen und infolge der früheren Sanierung auf 1.31 Mill. £ heruntergeschrieben wurden, vor einer Dividendenzahlung an die Stammaktionäre erst wieder auf ihren alten Wert gebracht werden müßten. Die Dividende auf die Stammaktien würde die erste seit der australischen Bankenkrisis von 1892 sein, nach der die Stammaktien von je 10 £ auf 10 sh zusammengelegt wurden. Die Bank errichtet eine Filiale in Dunedin (Neu-Seeland).

Commonwealth Bank of Australia, Sydney. Der Reingewinn für das am 31. Dezember 1913 beendete zweite Halbjahr des ersten Geschäftsjahres beträgt 1547 £ (im ersten Halbjahr 46 637 £ Verlust). Die Bilanz Ultimo Dezember zeigt an Depositen und Kreditoren 2,82 (Ende Juni 1913 2,25), Spargeldern der Savings Bank-Abteilung 3,73 (2.69), Kasse und leicht greifbaren Geldern 5,51 (4,51), Wechseln und Darlehen 0,97 (0,49) Mill. £. Die Bank eröffnet Filialen in Broken Hill und Newcastle (N. S. W.) sowie Ballarat (Victoria).

Dominion Bank of Canada, Toronto. Verteilt für das erste Quartal 1914 eine Dividende von 3 % = 12 % p. a.

English, Scottish and Australian Bank, London. Verteilt eine Abschlagsdividende von 4 % p. a.

Digitized by Google

Hongkong and Shanghai Banking Corporation, Hongkong. Aus der Bilanz per Ultimo Dezember: Notenumlauf 24,84, Kreditoren 182,46, Depositen 115,73, Akzepte 12,51, Kasse 49,58, Diskonten und Vorschüsse 141,68, Inkasso-Wechsel 147,99 Mill. $. Die Verwaltung erklärt in der Generalversammlung, daß China im Jahre 1913 aus den Seezöllen nicht nur den gesamten Zinsendienst der durch diese Zölle garantierten Anleihen versehen, sondern auch zum erstenmal die Boxer-Indemnität daraus begleichen konnte.

Imperial Bank of Canada, Toronto. Die Dividende für das ganze Jahr 1913 beträgt wieder 12 %.

London and Brazilian Bank, London. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 12 % p. a. und einen Bonus von 16 sh per share (= 8 %), insgesamt also 20 % p. a. (einkommensteuerfrei).

Mercantile Bank of India, London. Erklärt für das zweite Halbjahr 1913 eine einkommensteuerfreie Dividende von 4 % = 8 % p. a.

National Bank of Australasia, Melbourne. Erklärt für das am 31. März beendete Halbjahr eine Dividende von 7 % p. a. auf die Stamm- und Vorzugs-Shares.

National Bank of South Africa, Pretoria. Verteilt für das am 31. März 1914 beendete Halbjahr eine Dividende von 6 % p. a. (income-tax-pflichtig). Errichtet Filialen in Murraysburg (Kap-Prov.), Doornfontein und Breyten (Transvaal) sowie in Balfour (Kap-Provinz).

Royal Bank of Australia, Melbourne. Die Londoner Geschäfte der Bank, die bisher von der Commercial Bank of Scotland geführt wurden, werden der neuerrichteten eigenen Londoner Filiale (18, Bishopsgate) übertragen.

Royal Bank of Canada, Montreal. Erklärt für das am 31. Mai beendete Quartal eine Dividende von 3 % = 12 % p. a. Nimmt die British Guijana Bank mit Filialen in Georgetown und New Amsterdam auf.

Standard Bank of South Africa, London. Erklärt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 10 % p. a. plus Bonus von 4 % = 14 % p. a. (wie i. V.). Errichtet eine Filiale in Loxton (Kap-Prov.), ferner verschiedene Agenturen.

Union Bank of Australia, London. Errichtet eine Filiale in Goomalling (West-Australien).

Union Bank of Canada, Quebeck. Errichtet eine Filiale in Lawson (Saskatchewan).

Umschau.

DER STURMLAUF GEGEN DIE FRANZÖSISCHEN GROSSBANKEN.

Die deutsche Bankwelt sieht augenblicklich mit einer unverhohlenen Genugtuung nach Frankreich hinüber. Im Spätsommer 1911 war unter anderem die plötzliche Zurückziehung der bis dahin gewohnheitsmäßig nach Deutschland ausgeliehenen Report- und Pensionsgelder der Pariser Großbanken Schuld daran gewesen, daß die Berliner Banken auf eine starke und nicht eben gut bestandene Liquiditätsprobe gestellt wurden. Jetzt haben sie ihre Revanche. In den ersten Junitagen haben die Pariser Banken, und zwar gerade die drei Weltinstitute, Crédit Lyonnais, Société Générale und Comptoir National, starke Depositenkündigungen über sich ergehen lassen müssen, die bei dem einen, der Société Générale, einen derartigen Umfang anzunehmen drohten, daß die Bank sich genötigt sah, zur Beruhigung ihrer Gläubiger sich ein Bonitätszeugnis von der Banque de France ausstellen zu lassen. Hat man bisher in Paris nicht ohne Selbst-

Digitized by Google

gefälligkeit auf die schwächliche Haltung der deutschen Großbanken herabgesehen, die zur Zeit der Marokko-Krisis das Reichsschatzamt veranlaßt hatten, durch eine beruhigende Erklärung auf die Psyche der Bankgläubiger einzuwirken, so haben sich die Banken der beiden Länder jetzt nichts mehr vorzuwerfen. Lobend hervorheben muß man dabei, daß die deutschen Banken gegenüber den Vorgängen in Paris sehr viel Zurückhaltung an den Tag gelegt haben. Bisher wenigstens ist noch kein Versuch gemacht worden, aus den Verlegenheiten der Société Générale Kapital zu schlagen, obwohl gerade jetzt, wo die Reichsbank die Liquidität der deutschen Banken mit sanftem Zwange verbessern will, ein solcher Versuch verständlich gewesen wäre. Allerdings hätte das Unterfangen, am französischen Beispiel die Zweckmäßigkeit der eigenen Organisation nachzuweisen, von der ernsthaften Kritik zurückgewiesen werden müssen. Nicht etwa deshalb, weil das französische Bankwesen als ganzes solider wäre als das deutsche. Die unleugbare Ueberlegenheit der französischen Organisation wird durch den größeren Leichtsinn der Direktionen — vielleicht ist es auch nur der Tropfen Champagner, der jedem Franzosen im Blut sitzen soll — reichlich ausgeglichen. Man braucht dabei nicht an den klassischen Bontoux-Krach zu denken. Aber im Jahre 1889 ist das Comptoir d'Escompte, der Vorgänger des heutigen Comptoir National, dadurch zu Fall gekommen, daß es zum Zwecke eines Kupfer-Corners für eine einzige Firma Garantien in Höhe von 700 Mill. Francs (bei 80 Millionen Aktienkapital) übernommen hatte. Etwas Derartiges ist, trotz Dresdner Creditanstalt, Leipziger Bank und Niederdeutsche Bank, in Deutschland nicht denkbar. Also nicht etwa wegen einer tatsächlichen Ueberlegenheit des französischen Bankwesens würden deutsche Schlußfolgerungen aus den jüngsten Pariser Vorgängen zurückzuweisen sein, sondern einfach deshalb, weil diese Vorgänge nicht das mindeste für oder gegen ein bestimmtes Bankwesen beweisen. Die gleichen Ursachen würden in jedem andern Lande die gleichen, wo nicht schlimmere Wirkungen zur Folge gehabt haben. Den Anstoß zu den starken Depositenabhebungen bei den Pariser Banken hat nämlich nicht, wie man hier zuerst annahm, die Tatsache gegeben, daß der Abfluß der von den Banken übernommenen oder bevorschußten Fremdanleihen ins Stocken gekommen war, und die Portefeuilles der Banken sich daher immer mehr mit unrealisierbaren Anlagen füllten. Diese Tatsache hat die Banken zwar in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt und sehr gestört, Depositenabflüsse aber nicht zur Folge gehabt. Der Andrang der Gläubiger an den Bankschaltern begann erst, als ein hartnäckiger und zielbewußter Feldzug der Schmutzpresse gegen die Banken einsetzte. Wir, die wir in Deutschland an eine gewisse Disziplin der Presse gewöhnt sind, haben die Nachrichten über diese Preßkampagne zuerst für Uebertreibungen und für eine Bemäntelung der wirklichen Gründe gehalten. Es ist aber tatsächlich wahr, daß das Publikum in Paris durch literarische Stinkbomben kopfscheu gemacht worden ist, die in Broschüren- und Flugschriftform an den Ecken der Boulevards und des Börsenplatzes gegen die Banken geschleudert wurden — nebenbei bemerkt, eine satyrische Illustration zu der auf dem letzten deutschen Bankiertage vorgebrachten Behauptung, daß Kritiken, wie sie Ende 1911 an den deutschen Banken (mit Recht und in würdigster Form) geübt worden sind, in Frankreich nicht möglich wären. Dieser widerliche Feldzug einer durch und durch korrumpierten Presse letzten Ranges machte um so mehr Eindruck auf die Pariser, als ihm scharfe Angriffe auf die Börsenkurse der Bankaktien parallel gingen, und die ernsthafte Presse den Banken zudem den Danaerdienst leistete, sowohl hinter dem Kursrückgang wie hinter den Schmähschriften allerlei dunkle Gewalten zu wittern, und die ausländische Spekulation, ja sogar die deutsche Politik zu verdächtigen. Dadurch verlieh man dem Boulevardgeschrei, dem in Wirklichkeit sehr durchsichtige materielle Interessen zugrunde lagen, eine Bedeutung, die ihm nicht im entferntesten zukam. Den Schaden hatte

Digitized by Google

hauptsächlich die Société Générale, die infolge ihrer Beziehungen zur Oesterreichischen Länderbank als „Oesterreicher-Institut" denunziert wurde. Es nutzte ihr nichts, daß sie zur Ermittlung der Personen, die hinter den Flugschriften und Börsengerüchten standen, bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige „gegen Unbekannt" erließ. Die Abhebungen der durch den Fall Rochette und den Zusammenbruch des angesehenen Bankhauses de Neufville & Co. nervös gewordenen Kundschaft nahmen immer größeren Umfang an und griffen auch auf die Provinz über, wobei die Kehrseite des Depositenkassensystems — die Bank hat über 1100 Zweigstellen — peinlich empfunden wurde. Dennoch wäre die Bank sicherlich ohne Mühe mit dem Run fertig geworden, denn abgesehen von ihren eigenen Mitteln und der Möglichkeit der Rediskontierung von Wechseln bei der Banque de France konnte sie auf den Beistand der anderen Banken, insbesondere der ihr seit Jahren befreundeten Banque de Paris, rechnen. Wenn sie sich dennoch an den Ministerpräsidenten wandte und auf dessen Veranlassung die Demütigung auf sich nahm, ihre Bestände durch die Banque de France revidieren zu lassen, so war dafür die begründete Besorgnis maßgebend, daß eine Reihe fremder Regierungen (unter anderen die russische und schwedische) ihr nicht nur ihre Guthaben, sondern zugleich auch die Geschäftsverbindung aufkündigen könnten, eine Gefahr, die gelegentlich eines Runs im Jahre 1905 bereits einmal akut gewesen war. Für diese Regierungen mehr als für die Depositengläubiger war das Leumunds- und Bonitäts-Zeugnis der Banque de France bestimmt. Fraglos würde auch den deutschen Großbanken im Fall eines — in Deutschland freilich kaum möglichen — konzentrierten Angriffs einer verleumderischen Presse nichts übrigbleiben, als ebenso zu handeln wie die Société Générale. Aber noch aus einem anderen Grunde sind die Pariser Vorgänge kein Anlaß zu überheblicher Selbstbespiegelung für die deutschen Banken. Die einzige Bank nämlich, die ernstlich in Mitleidenschaft gezogen worden ist, eben die Société Générale, ist diejenige unter den Pariser Großbanken, die in ihrer Organisation und ihrer Geschäftsart den deutschen Großbanken am ähnlichsten ist. Im Gegensatz zum Crédit Lyonnais und zum Comptoir National, die auf einer Zwischenstufe zwischen dem englischen und dem deutschen Banksystem stehen, ist die Société Générale eine typische Effektenbank. Die gegen sie gerichteten Angriffe hätten keine so tiefgehende Wirkung ausüben können, wenn man nicht gewußt hätte, daß die Bank mit russischen Industriewerten, mit amerikanischen Eisenbahnpapieren und mit brasilianischen, argentinischen und peruanischen Engagements reichlich beladen war. Dieser Tatsache entsann man sich um so deutlicher, als im vorigen Jahre die Demission des Generaldirektors Dorizon und die Absicht der Bank, ihr Kapital von 250 Mill. Fr. weiter zu erhöhen, einen schlechten Eindruck gemacht hatten. Die Verlegenheiten der Bank sprechen also, wenn man überhaupt innere Gründe für sie verantwortlich machen will, weniger gegen die französische als gegen die deutsche Organisationsform. Uebrigens hat weder in Paris noch in Berlin jemand ernsthaft an die Möglichkeit eines Zusammenbruchs der Bank gedacht. Und mit vollem Recht. Man hätte mit diesem Optimismus sogar dann Recht gehabt, wenn die Bank auf schwächeren Füßen gestanden hätte, als es tatsächlich der Fall war. Banken von der Größe der ersten französischen und deutschen Banken d ü r f e n einfach nicht fallen. Können sie sich nicht selbst halten, so hält sie der Staat direkt oder indirekt, freiwillig oder gezwungenermaßen. Denn diese Banken sind mit dem wirtschaftlichen, ja sogar mit dem politischen Wohl der Nation so eng verknüpft, daß die Gesetze der Staatsraison ihren Fortbestand fordern, wenn die Wirtschaftsgesetze sie fallen lassen wollen. Allerdings legt die Riesengröße, die sie immun macht, den Banken auch entsprechende Pflichten gegen das Staatsganze auf. Dafür fehlt es aber noch mancherorts an dem nötigen Verständnis.

Digitized by Google

DIE KURSVERLUSTE DER SPARKASSEN.

Der Preußische Städtetag hat unlängst eine Untersuchung darüber angestellt, wie groß die Kursverluste sind, welche die städtischen Sparkassen in Preußen an ihren Inhaberpapieren und insbesondere an ihren Reichs- und Staatsanleihe-Beständen erlitten haben. Zu diesem Zwecke wurden sechzig Sparkassen herausgegriffen, deren Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt. Das Ergebnis ist, daß die sechzig Kassen in den letzten drei Jahren auf ihre Bestände an Reichs- und Staatspapieren einen buchmäßigen Kursverlust von 8,39 %, auf ihre Bestände an sonstigen Inhaberpapieren (hauptsächlich Stadtanleihen) einen buchmäßigen Verlust von 5,81 % erlitten haben. Die Statistik nimmt sich gegenüber den vom Preußischen Statistischen Landesamt regelmäßig vorgenommenen Berechnungen der Kursverluste aller Sparkassen (vgl. Augustheft 1912, Seite 797) ziemlich dürftig aus, wenn sie ihnen auch zeitlich etwas voraus ist. Ihr Zweck ist der Nachweis, daß das neueste Gesetz über die Sparkassen-Anlagen mit seiner Forderung eines bestimmten Mindestbestandes an Staatsanleihen den Sparkassen ungerechtfertigt große Opfer auferlegt. Indes ist die Statistik in dieser Beziehung durchaus nicht so überzeugend, wie der Städtetag annimmt. Der hohe Durchschnittsverlust von 8,39 % in drei Jahren mag ja im ersten Moment frappieren. In Wirklichkeit braucht man ihn aber nicht tragisch zu nehmen, denn es verhält sich mit den Anleihebeständen der Sparkassen genau wie mit den Rothschildschen Konsols. Als vor Jahren einmal ein wohlhabender Mann Rothschild klagte, daß seine Konsols so enorm gefallen seien, zuckte der Finanzmann die Achseln und erwiderte trocken: „Meine nicht." Buchmäßige Kursverluste sind eben in Wirklichkeit gar keine Verluste, weil sie durch die Kursgewinne in anderen, für Rentenwerte günstigeren Jahren früher oder später ausgeglichen werden. Nur wenn die Sparkassen genötigt wären, einen großen Teil ihrer Bestände zu Gelde zu machen, dürften sie von „Verlusten" reden. Diese Notwendigkeit lag für sie aber in den letzten Jahren nicht vor. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden sie vielmehr schon in gar nicht ferner Zeit feststellen können, daß sich ihre buchmäßigen Verluste erheblich verringert haben. Aber selbst wenn das nicht der Fall sein, ihr Buchverlust sich vielmehr zum Teil in Effektivverlust verwandeln sollte, so wäre das angesichts der hohen Ueberschüsse und sonstigen Vorteile, welche die Kommunen aus ihren Sparkassen ziehen, kein Unglück. Die Kassen würden den Verlust dann als Gebühr dafür anzusehen haben, daß der Staat ihnen die nationalen Spargelder überläßt, und sie nicht, wie es in den meisten anderen Ländern der Fall ist, ganz oder zum Teil für sich selbst reklamiert. Statt also dem Staate fortgesetzt Vorwürfe über seine „egoistische" Politik den Sparkassen gegenüber zu machen, sollte man ihm in kommunalen Kreisen Dank dafür wissen, daß er die so naheliegende Errichtung von Postsparkassen bis zum heutigen Tage unterlassen hat.

„WASCHZETTEL."

Darf eine gewerbliche Standesvertretung, um die Interessen der hinter ihr stehenden Kreise zu fördern, den Tatsachen ein Mäntelchen umhängen und gelegentlich auch vor einer Unwahrheit nicht zurückschrecken? Praktisch ist die Frage längst im bejahenden Sinne entschieden, und man geht über Leistungen dieser Art, so oft man ihnen in der Tagespresse begegnet, mit einem verzeihenden Lächeln hinweg. Und im allgemeinen mit Recht. Denn wenn ein Eisen- oder Kohlenverband die Marktlage nach der günstigen Seite hin korrigiert, um das Vertrauen der Verbraucher anzuregen, oder wenn ein Landwirtschaftsrat aus Rücksicht auf die Getreidepreise bei der Beurteilung der Ernteaussichten die ungünstigen Momente dreimal unterstreicht, so schadet das im allgemeinen nicht viel. Die Handelskreise, für

Digitized by Google

die solche Mitteilungen bestimmt sind, besitzen in der Regel Erfahrung genug, um diejenigen Abstriche vornehmen zu können, die auf das Konto „Interessenvertretung" kommen. Bedenklicher wird die Sache aber, wenn auf diesem Wege die gesetzgebenden Kreise beeinflußt werden sollen oder können. Als eine Leistung dieser Art charakterisiert sich der kürzlich erschienene Wochenbericht der Standesvertretung der Berliner Grundstücks- und Hypothekenmakler. Dieser Bericht konstatiert, daß das Angebot in zweiten Hypotheken neuerdings reichlicher sei, und meint, daß die erfreuliche Tatsache wohl mit dem in der Schwebe befindlichen Gesetzentwurf über die Mietszessionen (§ 1124 BGB.) zusammenhänge. Diese plumpe Stimmungsmache für ein von der Maklerschaft erhofftes Gesetz beweist, daß man den Abgeordneten, an deren Adresse sich der erwähnte Satz wendet, eine besonders große Lebensfremdheit zutraut. Tatsächlich hat nämlich die Zurückhaltung am Markt der zweiten Hypotheken bisher in vollem Umfange angehalten, obwohl die Geldflüssigkeit und die niedrigen Zinssätze bei den Banken unter normalen Verhältnissen hätten belebend wirken müssen. Es geht eben nicht so schnell, daß das Publikum die schlechten Erfahrungen vergißt, die es mit der Anlage in zweiten Hypotheken gemacht hat. Man mag zugeben, daß das geplante Gesetz die rechtliche Lage der zweiten Hypothek und damit deren Sicherheit um ein geringes verbessern wird. Aber es gehört eine große — Unbefangenheit dazu, der Oeffentlichkeit zu erzählen, daß schon die bloße Möglichkeit der kommenden Gesetzesänderung eine Zunahme des Angebots von Geld für zweite Hypotheken bewirkt habe. Natürlich will man nur Eindruck auf den Reichstag machen, damit die Gesetzesvorlage möglichst schnell unter Dach komme und so den Hypothekenvermittlern ein neues Moment der Ueberredung an die Hand gegeben werde. Es ist zwar in diesem Falle nicht anzunehmen, daß die Behauptung der Grundstücks- und Hypothekenmakler von den Abgeordneten ernst genommen wird. Dennoch zeigt der Vorgang, daß es prinzipiell nicht unbedenklich ist, wenn die Presse die von dem beschränkten Standesinteresse redigierten Zirkulare oder „Waschzettel" der gewerblichen Vertretungen kritiklos nachdruckt.

Bank und Börse.

BÖRSEN-LOGIK

Mit dem 2. Januar 1900 trat an den österreichischen Börsen eine Reform in Kraft, die, so meinte man, mit einem alten Zopf auf ewige Zeiten aufräumen würde. Bis dahin waren die Kurse aller dividendentragenden Papiere sowie der Lose in Gulden bzw. Kronen pro Stück notiert worden — eine Methode, die durch ihr Alter geheiligt, im Grunde aber so widersinnig wie möglich war. Denn wer nicht die Nominalbeträge aller börsenmäßig gehandelten Papiere im Kopf hatte, wußte niemals, wie hoch ein Kurs im Verhältnis zum Nennwert und dessen Rente eigentlich stand. Und selbst für denjenigen, dem es bekannt war, daß beispielsweise Kreditaktien einen Nennwert von 160 Gulden hatten, war es nur mit Hilfe des Rechenstifts möglich, die Bedeutung eines Kurses von 622½ Kronen pro Aktie zu erfassen. Deshalb wurde an dem genannten Tage die Stücknotierung durch die Notierung nach Prozenten ersetzt. Kreditaktien standen nicht mehr 622½ Kronen, sondern 194½ %. Nun ist rein ziffernmäßig 194½ natürlich weniger als 622½. Und darum erhob sich in Börsenkreisen ein Sturm gegen die neue Notierungsart. Denn die Bankiers und Makler behaupteten, daß das Publikum, durch die scheinbare Kursermäßigung stutzig geworden, seine Papiere als minderwertig ansehe und verkaufe. Die Börsendepression, die damals alle europäischen Märkte heimsuchte, wurde in Wien allen Ernstes mit der veränderten Notierungsart in Zusammenhang gebracht. Und richtig, es dauerte

Digitized by Google

kein halbes Jahr, da war die Reform wieder abgeschafft und die unsinnige Notierung per Stück von neuem in Kraft — übrigens ohne daß es etwas an der Börsendepression geändert hätte. Ein ganz ähnlicher Vorgang spielt sich jetzt an den deutschen Börsen ab. Auch hier hat man vor anderthalb Jahren einen alten Zopf abgeschnitten, indem man beschloß, die Dividendenscheine aller Aktien künftig erst nach vorliegendem Dividendenbeschluß, und nicht schon bei Ablauf des Geschäftsjahres von den Stücken zu trennen, was unredlichen Verwaltungen oft Gelegenheit gegeben hatte, auf dem Rücken der Aktionäre mit falschen Dividendentaxen und ihrer Rückwirkung auf die Kurse zu spekulieren. Gleichzeitig schaffte man bei den Aktien die bis dahin übliche Berechnung von sogenannten „Stückzinsen" ab. Diese Stückzinsen, die eine Spezialität der deutschen und österreichischen Börsen bildeten, hatten allenfalls in jenen Zeiten einen Sinn, wo jede Aktie mit einem festen Zinsversprechen ausgestattet war, und sie lassen sich zur Not auch heute noch beim Börsenhandel in Papieren mit Rentencharakter rechtfertigen. Der Zins, den man dem Käufer belastet und dem Verkäufer vergütet, entspricht hier ungefähr dem bis zum Tage des Kaufs oder Verkaufs aufgelaufenen Anteil an den dem Papier zugesicherten Jahreszinsen. Der Sinn dieser Zinsberechnung wird aber zu Unsinn, wenn man sie mechanisch auf die Aktien überträgt und bei Abrechnung eines Papiers, das, wie Lombarden, keine Zinsen trägt und deshalb 16 % notiert, ebenso 4 % Zins auf den Paribetrag schlägt wie etwa bei Magdeburger Bergwerks-Aktien, die 38 % Dividende verteilen und rund 500 % notieren. Im ersten Fall hat man in Wirklichkeit 25 %, im zweiten 0,8 % Zinsen auf den effektiv zu zahlenden Betrag berechnet. Man würde also bald den Käufer, bald den Verkäufer benachteiligen, wenn nicht der Börsenkurs der Aktien dem Zinsunsinn Rechnung trüge und das zu viel oder zu wenig automatisch ausgliche. Man hat denn auch seit langem eingesehen, daß der unterschiedslose Zinsaufschlag, der in zahlreichen Fällen erst durch die Kursgestaltung wieder unschädlich gemacht wurde, zum mindesten überflüssig wäre, und wie gesagt gleichzeitig mit der Beseitigung der verfrühten Dividendenscheintrennung auch die Stückzinsenberechnung auf Aktien abgeschafft. Aber genau wie seinerzeit in Wien, hat jetzt in Berlin die Börse Front gegen die Neuerung gemacht, und zwar mit einer ganz ähnlichen Motivierung: Das Publikum vermisse beim Verkauf eines vor Monaten angekauften Papiers die inzwischen aufgelaufenen Zinsen, glaube sich benachteiligt und verzichte daher auf den Ankauf von Aktien. Beweis: die Geschäftslosigkeit und Schwäche an den deutschen Börsen, die Unlust der Spekulation usw. Nun hat die Beschwerde allerdings scheinbar einen berechtigten Kern. Der Aktienkurs soll theoretisch den Fortfall der Stückzinsen dadurch wettmachen, daß er sich im Laufe des Geschäftsjahres — unbeschadet der durch die Marktlage hervorgerufenen Schwankungen — allmählich um den Betrag der mutmaßlichen Dividende hebt, kurz vor Abtrennung des Dividendenscheines dessen Wert voll enthält und nach seiner Trennung um genau diesen Wert sinkt. Aber in praxi besteht keine Gewähr, daß der Kurs diese Dividendenregulierung wirklich so exakt vornimmt. Und in den Fällen, wo die Regulierung richtig erfolgt, glaubt der naivere Teil des Publikums nicht daran, daß der aufgelaufene Zins- und Dividendenanteil im Kurse enthalten ist. Diese Argumentation der Börsenleute, die auf den Laien Eindruck machen muß, klingt ganz plausibel, aber ist es in Wirklichkeit nicht. Wenn der Kurs einer Aktie den aufgelaufenen Anteil an der Jahresdividende nicht zum Ausdruck bringt, so liegt hier ein Versagen der Börsenspekulation vor, deren Aufgabe und Rechtfertigung es ist, daß sie die so überaus zahlreichen Anomalieen in den Börsenkursen durch ihr Eingreifen beseitigt. Sie hat sich den Fehler, daß ein Börsenpapier kurz vor der Dividendenzahlung dem Umstand dieser Zahlung nicht Rechnung trägt, oder daß es nach der Dividendenzahlung allzu lange

Digitized by Google

auf dem durch den Abschlag ermäßigten Kurse verharrt, zunutze zu machen, d. h. bald durch Kauf, bald durch Verkauf auf die Kurse einzuwirken. Sie erzielt dadurch selbst einen Verdienst und trägt zugleich zur Beseitigung der Anomalie bei. Fehlt diese Spekulation, oder läßt sie die Kursmängel unausgenutzt und unberichtigt, so darf man versichert sein, daß sie auch die groben Stückzinsdifferenzen, wie sie vorhin durch das Lombarden- und Magdeburger Bergwerks-Beispiel illustriert worden sind, unkorrigiert gelassen hätte. Was aber denjenigen Teil des Publikums betrifft, der nicht verstehen will, daß sich seit Abschaffung der Stückzinsen sachlich nicht das mindeste geändert hat, und der z. B. bei den ihm erteilten Prolongationsrechnungen den um die fortgefallenen Stückzinsen erhöhten Reportsatz als Benachteiligung empfindet, so muß mit aller Entschiedenheit gesagt werden, daß dieser Teil des Publikums, sofern er sich der Belehrung durch Fachpresse und Bankier unzugänglich erweist, nicht an die Börse und vor allem nicht an den Terminmarkt gehört. Natürlich sind die Bank- und Maklerfirmen, welche die Petition um Wiedereinführung der Stückzinsen unterschrieben haben, in letzterem Punkte anderer Ansicht. Das kann aber für den Börsenausschuß und für den Bundesrat, der das letzte Wort in der Sache zu sprechen hat, nicht maßgebend sein.

GÜTERHANDEL AUF AKTIEN

Das Grundteilungsgesetz, mit dem sich die Herbsttagung des preußischen Abgeordnetenhauses zu befassen haben wird, geht von dem Gedanken aus, daß die Schaffung von Bauernstellen durch Aufteilung größerer Güter eine gemeinnützige Angelegenheit sei und als solche der privaten Erwerbstätigkeit möglichst entzogen werden müsse. Es ist dies dieselbe Anschauung, die in den Städten dazu geführt hat, die Bereitstellung von Bauland für Wohnzwecke als eine Aufgabe der Stadtverwaltungen anzusehen. Der Kampf gegen die „Güterschlächter", wie man den Gesetzentwurf auch nennen kann, wurzelt in der Ansicht, daß die Kreise, die sich mit der gewerbsmäßigen Zerschlagung von Gütern befassen, daraus einen unverhältnismäßig großen Gewinn erzielen, um den sich die Anschaffungskosten der Erwerber erhöhen, was aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen zu beklagen sei. Diese Auffassung von der preisverteuernden Tätigkeit der privaten Parzellanten steht nun in einem auffallenden Widerspruch zu den Ergebnissen des größten Privatunternehmens dieser Art, der Landbank in Berlin. Die Gewinne dieses mit einem Aktienkapital von 20 Mill. M. arbeitenden Unternehmens sind niemals sehr hoch gewesen. Sie betrugen in den Jahren 1902 bis 1906 regelmäßig 7 % und sind in den letzten Jahren ständig zurückgegangen; erst auf 6 bis 6½ %, dann (1912) auf 3 %. Im Jahre 1913 ist die Dividende gänzlich ausgefallen. Die Tätigkeit der Bank ist also bereits recht nahe an die Grenze der „Gemeinnützigkeit" herangerückt. Im Geschäftsbericht pro 1912 wird angedeutet, die ungünstigen Ergebnisse der letzten Jahre seien auf die Konkurrenz der auf gemeinnütziger Grundlage arbeitenden Parzellierungsgesellschaften zurückzuführen, denen große steuerliche Vergünstigungen zuteil würden. Doch kann dies, wie ein genauerer Einblick in die letzten Bilanzen ergibt, zur Erklärung nicht ausreichen. Die Entwicklung der Landbank bestätigt vielmehr die Tatsache, daß das von diesem Institut beackerte Gebiet für eine auf Dividenden berechnete Gesellschaft an sich wenig geeignet ist. Das scheint ein Widerspruch mit den früheren, wenn auch nicht besonders hohen, so doch immerhin genügenden Erträgnissen zu sein, ist aber keiner. Der Güterhandel der Landbank war früher und ist noch heute ein reines Spekulationsgeschäft. Der kommissionsweise Verkauf von Gütern spielt bei ihr nur eine nebensächliche Rolle, vielmehr überführt sie die zu parzellierenden Güter fast stets in ihren Eigenbesitz. Die ganze Natur eines solchen langfristigen Geschäfts verbietet eigentlich die Verteilung von Dividenden, wie es ja auch als ein Unfug

Digitized by Google

anzusehen ist, wenn Terraingesellschaften, deren definitiver Gewinn sich meist erst nach Verkauf der letzten Parzelle, also nach Jahrzehnten, übersehen läßt, in ihren Statuten Jahresdividenden versprechen. Dieses falsche Prinzip rächt sich jetzt auch bei der Landbank. Ihre früheren Gewinne resultierten daraus, daß ihr die steigende Tendenz auf dem Gütermarkt zustatten kam, die ihrerseits durch den Zollschutz, die Einfuhrscheine und die riesigen Ankäufe der Ansiedlungskommission im preußischen Osten hervorgerufen war. Daß in dieser Hinsicht in den letzten Jahren ein Stillstand eingetreten ist, das bestätigen in interessanter Weise die Verschiebungen, die in gewissen Bilanzposten der Landbank wahrzunehmen sind. Obwohl nämlich die Abstoßung des Güterbestandes der Landbank weitere Fortschritte gemacht hat, sind ihre Aktivhypotheken weiter beträchtlich gestiegen. Sie haben in der letzten Bilanz die im Verhältnis zum Aktienkapital enorme Höhe von 72 Mill. M. erreicht gegen 64 Millionen im Jahre 1912, 58 Millionen im Jahre 1911 und 46 Millionen im Jahre 1908. Das gewaltige Wachstum dieser Ziffern deutet darauf hin, daß es nicht möglich gewesen ist, die an den verkauften Grundstücken haftenden Restkaufgelder in der erforderlichen Höhe abzulösen. Bekanntlich ist Landschaftskredit für erststellige Beleihungen, um die es sich hier in der Hauptsache handelt, leicht zu haben. Nur schätzen die Landschaften vorsichtig und erkennen die während der Hochkonjunktur für Güter gezahlten Preise nicht ohne weiteres als Unterlage für ihre Wertermittlung an. Infolgedessen war die Landbank in zunehmendem Maße genötigt, Bankkredit in Anspruch zu nehmen. Bankkredit ist aber sehr viel kostspieliger als Landschaftskredit, und Zinsverpflichtungen, die über eine gewisse Höhe hinausgehen, werden normalerweise nicht durch die Zinseingänge aus den ihnen gegenüberstehenden Aktivhypotheken gedeckt. Denn die Landwirtschaft rechnet mit wesentlich niedrigeren Zinsen, als für Bankdarlehen zu zahlen ist. So erklärt es sich, daß der Posten „Zinsenkonto" im Debet des Gewinn- und Verlustkontos pro 1913 mit nicht weniger als 886 000 M. figuriert (gegen 308 000 M. im Jahre 1908). Die mit dem Geschäftsumsatz zunehmenden Zinsverluste haben denn auch Schuld daran, daß im letzten Jahre die Verteilung selbst des bescheidensten Gewinns unmöglich war. Wir sehen hieran, wie ungeeignet die Aktienform für Unternehmungen dieser Art ist. Der private Güterhandel kann sich die Objekte aussuchen und muß trotzdem damit rechnen, jahrelang auf ihnen sitzen zu bleiben. Der teuere Betrieb einer Aktiengesellschaft für Güterhandel ist dagegen auf ständigen Umsatz angewiesen. Die Aktiengesellschaft kann nicht darauf warten, ob ihr vielleicht in einem halben Jahre Güter preiswert angeboten werden, sondern muß den Geschäften nachlaufen. Dieser prinzipielle Unterschied erklärt die kaufmännisch unverständliche Tatsache, daß die Landbank trotz der Schwierigkeit, die bereits erworbenen Güter mit Gewinn zu verkaufen, immer noch neue Güter dazu erwarb, also den Umsatz steigerte, obwohl der Gewinn hieraus relativ und absolut zurückging. Dazu kommt noch der Uebelstand, daß die Bewirtschaftung ländlicher Güter durch eine Aktiengesellschaft weit unrationeller ist als durch einen Privatbesitzer. Das Auge des Herrn macht den Acker fett, sagt eine alte Spruchweisheit. Landwirtschaftlicher Betrieb auf Aktien ist ein Unding, ein wirtschaftlicher Nonsens, der möglicherweise den Aktionären der Landbank noch schweres Geld kosten wird.

KYFFHÄUSER-HÜTTE

Einem Handelshochschullehrer, der über Aktienwesen liest und seinen Hörern an einem besonders krassen Beispiel die Schattenseiten der Institution erläutern will, kann für diesen Zweck nichts geeigneteres empfohlen werden, als die Geschichte der Kyffhäuserhütte Act.-Ges. Wer sich in diese traurige Geschichte vertieft, dem drängt sich die Erinnerung an das bekannte anatomische Bild auf: ein der Haut entblößter Mensch, an dessen einzelnen Gliedmaßen die verschiedenen,

Digitized by Google

durch eine bestimmte Krankheit hervorgerufenen Deformationen zu ersehen sind. Die Gesellschaft, ehemals ein Privatunternehmen des auch heute noch im Amt befindlichen Generaldirektors, empfing den Krankheitskeim, als man den Plan faßte, die Zulassung der Aktien an der Berliner Börse zu bewirken. Um die Börsenfähigkeit zu ermöglichen, mußte zuvor das nur 400 000 M. betragende Kapital auf 1 Mill. M. gebracht und eine geradezu verbrecherisch hohe Dividende (60 % !) gezahlt werden. Das hätte ein technisch gesundes Unternehmen schließlich noch überstehen können. Viel gefährlicher als Kapitalverwässerung, Börseneinführung und einmalige Zweckdividende ist aber für eine Aktiengesellschaft die Versuchung, mit der Dividendenpolitik dauernd den Börsenkurs der Aktien zu beeinflussen. Dieser Versuchung ist die Verwaltung der Kyffhäuserhütte erlegen. Das ergibt sich für jeden Kenner, auch wenn er sonst nichts weiter über die Gesellschaft gehört hätte, aus der Dividendenkurve. Ihre starken Schwankungen sind ein Diagramm der Unsolidität, der geschäftlichen Unvernunft, wie sie sich eben nur dadurch erklären läßt, daß bei Aufstellung der Bilanzen immer nach der Börse geschielt worden ist. Durch die zeitweilig überhohen Dividenden wurden dem Unternehmen die Kräfte entzogen, die es gesunden Betrieben ermöglicht, auch über Jahre mit schlechten Resultaten hinwegzukommen. Es ging dann, wie es in solchen Fällen stets geht. Zuerst muß man Schulden machen. Um die Schulden abzutragen, muß man neue Aktien ausgeben. Um die Aktien günstig zu placieren, muß man wieder gewaltsam Gewinne herausrechnen. Bis auch diese Morphiumkur nicht mehr anschlägt und das entsetzt gewordene Publikum keine neuen Aktien mehr nehmen will. Das ist dann in der Regel das Ende. Möglicherweise wäre es der Kyffhäuserhütte glimpflicher ergangen, wenn nicht ihr Generaldirektor zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats des lokalen Bankinstituts, des Artener Bankvereins, gewesen wäre, dessen leitender Direktor vice versa im Aufsichtsrat der Kyffhäuserhütte saß. Wenn einst über die Kyffhäuserhütte der Nekrolog geschrieben wird, dann wird die Rolle, die der Artener Bankverein auf ihrem Lebensweg gespielt hat, nicht vergessen werden dürfen. Die Vorlesung über die Mißstände im Aktienwesen wäre aber lückenhaft, wenn das Thema der Expansionspolitik nicht behandelt werden würde. Auch zu diesem Thema liefert die Kyffhäuserhütte einen lehrreichen Beitrag. Eines Tages hielt sie es, natürlich nur aus betriebstechnischen Gründen, für notwendig, sich die mit einem Aktienkapital von 1,2 Mill. M. ausgestatteten Ruhrwerke in Duisburg anzugliedern. Welcher Art dieses Unternehmen war, wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß der Betrieb wegen technischer Unzulänglichkeit ein Jahr nach der Uebernahme stillgelegt, die mitübernommenen Außenstände von über 900 000 M. aber als wertlos abgeschrieben werden mußten. Vorbesitzer der Mehrzahl der Ruhrwerke-Aktien war — der Generaldirektor der Kyffhäuserhütte selbst. Diese Tatsache schien dem Aufsichtsrat der Gesellschaft jede eingehendere Prüfung des zu übernehmenden Werkes entbehrlich zu machen. Man sollte nun meinen, daß die Erfahrungen, die man mit den vom Generaldirektor so nachdrücklich empfohlenen Ruhrwerken machen mußte, den Aufsichtsrat veranlaßt hätten, das Tischtuch zwischen sich und dem Generaldirektor zu zerschneiden. Aber das wäre ein Irrtum, denn nun kommt etwas, das nur im Aktienwesen möglich ist, etwas, das, von einer höheren Warte aus betrachtet, die Tragödie der Kyffhäuserhütte in befreienden Humor ausklingen läßt. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung appellierte der Vorsitzende des Aufsichtsrats in warmen Worten an die versammelten Aktionäre, doch dem hochverdienten Generaldirektor, der zwar ein großer Optimist sei, aber immer nur das beste der Gesellschaft gewollt habe, nicht das Vertrauen zu entziehen. In diesem Falle würde er „bereit sein, sein Amt weiterzuführen". Dem Laien muß diese Szene als die tollste Satire erscheinen. Tatsächlich dokumentiert sich hier in

Digitized by Google

Reinkultur die besondere Logik des Aktienwesens. Denn was wäre geschehen, wenn man den Generaldirektor in aller Form hätte fallen lassen? Man hätte damit der sich regenden Opposition selbst den durchschlagenden Beweis dafür geliefert, daß der Aufsichtsrat seine Ueberwachungspflicht gegenüber dem „optimistischen" Generaldirektor vernachlässigt, sich also regreßpflichtig gemacht hatte. Um sich nicht selbst ans Messer zu liefern, mußte man also volens volens die Schuldfrage verneinen und dem Generaldirektor, der seine Gesellschaft fast bis zum Zusammenbruch gebracht hat, vor versammelten Aktionären einen Lorbeerkranz auf die Stirn drücken.

Aus den Handelskammern.

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE LEBENSVERSICHERUNG

Bereits bei Gründung der ersten Lebensversicherungsanstalt öffentlichen Rechtes ist in diesen Heften darauf hingewiesen worden, daß es sich hier um ein wirtschaftlich wie politisch gleich bedeutsames Experiment handle. Inzwischen hat sich die Anzahl dieser Anstalten bedeutend vergrößert, und der Deutsche Handelstag hat sich in einer seiner letzten Sitzungen scharf gegen die Errichtung und Unterstützung dieser Anstalten, vor allem gegen die Tätigkeit von Beamten für sie, ausgesprochen. Das geschah gerade zu der Zeit, als in Sachsen eine öffentliche Lebensversicherungsanstalt in der Gründung begriffen war, die unter anderem auch die Sparkassen ihrer Propaganda dienstbar machen wollte. Während nun die meisten sächsischen Kammern entweder, wie zum Beispiel Zittau, einfach durch Bezugnahme auf den Beschluß des Handelstages oder, wie zum Beispiel Dresden, in längeren Verhandlungen sich gegen die geplante Neugründung ausgesprochen haben, nimmt Chemnitz eine Sonderstellung ein. Man hat sich dort in längeren Verhandlungen auf eine Resolution geeinigt, die wie folgt lautet: „Die Handelskammer zu Chemnitz vermag sich dem unter Stimmenthaltung ihrer Vertreter am 18. März 1914 vom Deutschen Handelstag gefaßten Beschluß, soweit er die Lebensversicherung öffentlich-rechtlicher Körperschaften bekämpft, nicht anzuschließen. Sie erblickt in der Lebensversicherung ein Gebiet so hoher ethischer und gemeinnütziger Bedeutung, daß auf ihm Rücksichten wirtschaftlichen Wettbewerbs privater und öffentlicher Unternehmen zurückzutreten haben. Jede Ergänzung der bisherigen großen und segensreichen Arbeit der privaten Gesellschaften durch öffentlich-rechtliche Anstalten dünkt ihr vielmehr begrüßenswert, wenn dadurch eine Ausdehnung der Lebensversicherung und ihrer Vorteile auf Schichten der Bevölkerung erreicht werden kann, deren Gewinnung dem privaten Versicherungs- und Agenturgewerbe nur unvollkommen möglich gewesen ist." — Von den Gründen, welche die Mitglieder des Ausschusses anführen, der diese Resolution vorgelegt hat, sind einige recht bedeutsam. Neben der Erwägung, daß die öffentlich-rechtlichen Institute die Versicherung in weitere Kreise tragen könnten als die privaten, wurde gegenüber der Verneinung der Bedürfnisfrage durch die privaten Anstalten unter anderem darauf hingewiesen, daß diese Frage seinerzeit im umgekehrten Falle, bei den Feuerversicherungsanstalten, auch nicht gestellt worden sei. Als wichtigstes Argument aber wurde die bessere Anlagepolitik ins Feld geführt, die man von den öffentlichen Anstalten erwarten zu können glaubt, und die in Sachsen auch ausdrücklich zugesagt worden ist. Es ist immerhin bemerkenswert, wenn eine Körperschaft, die zur Vertretung von Handel und Industrie berufen ist, sich mit solcher Energie für einen Schritt ausspricht, der letzten Endes kaum etwas anderes als der Vorläufer eines Staatsmonopols sein kann.

Digitized by Google

GRÜNDUNGS-REVISIONEN

Das Thema ist erst auf Seite 503/4 des laufenden Jahrganges behandelt worden, jedoch verlohnt es sich, noch einmal darauf zurückzukommen. Der Bericht der Handelskammer Hannover, welche die Frage erneut ins Rollen gebracht hat, liegt nunmehr im Original vor. Unter anderem wird in ihm darauf hingewiesen, daß von den Gesellschaften, die ein einziger Revisor der Hannoverschen Kammer bearbeitet hat, sieben in Schwierigkeiten, davon vier in Konkurs, geraten sind, und zwar in fünf Fällen auf Grund der Hinweise und Befürchtungen, die bereits in den Revisionsberichten geäußert worden waren. Wenn die Kammer hinzufügt, sie sei fest überzeugt, daß in ihrem Bezirke die Verhältnisse nicht anders lägen als in anderen Bezirken, so wird man ihr darin beistimmen müssen. — Inzwischen hat, wie ebenfalls schon kurz erwähnt, der Deutsche Handelstag sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Er veröffentlicht in einer der letzten Nummern seiner Zeitschrift „Handel und Gewerbe" den Text einer Umfrage, die er anzustellen beschlossen hat. Zu den Fragen 1 und 3, wie oft Revisoren bestellt worden seien, und ob später Schwierigkeiten bei geprüften Gesellschaften entstanden seien, ist nichts zu bemerken. An den Kern der ganzen Angelegenheit rührt lediglich die Frage 2. Sie lautet: „Sind Fälle vorgekommen, in denen trotz wesentlicher im Revisionsberichte ausgesprochener Bedenken die Eintragung der Aktiengesellschaft in das Handelsregister erfolgte, ohne daß das Registergericht den Bedenken irgendwie Rechnung trug? Leider ist zu erwarten, daß unter den Antworten darauf das „Ja" sehr häufig wiederkehren wird. Denn das Handelsgesetzbuch statuiert, wie auch in den meisten Kommentaren ausdrücklich hervorgehoben wird, lediglich eine formale Prüfungspflicht des Registerrichters. Sind die vom Gesetze geforderten Unterlagen überhaupt vorhanden, so ist ihr Inhalt für ihn nur von sekundärer Bedeutung. Er kann den Beanstandungen der Revisoren Geltung zu schaffen versuchen — ob er damit Erfolg haben würde, ist auch noch zweifelhaft —, ein Zwang dazu liegt aber für ihn nicht vor. Zurzeit ist zur Verhinderung der allergrößten Schäden lediglich der (auch von Hannover erwähnte) Weg gangbar, daß die Revisoren den Gründern Bedingungen stellen und, wenn diesen nicht Rechnung getragen wird, die Erstattung des Berichtes verweigern. Daß durch ein solches Vorgehen aber ein dauernder allgemeiner Erfolg nicht zu erzielen ist, liegt auf der Hand. Praxis und Judikatur werden sich hier als machtlos erweisen, solange nicht eine durchgreifende Modernisierung der gesetzlichen Vorschriften durchgesetzt worden ist.

BANKEN UND REICHSPOST

Auf die Tatsache, daß die Grenzen zwischen dem Bankgeschäft und den ihm in gewissem Grade verwandten Gewerben, wie z. B. den Sparkassen, sich immer mehr verwischen, ist in diesen Heften schon des öfteren eingegangen worden. Natürlich suchen sich die Banken gegen jeden neu auftauchenden Konkurrenten zu wehren, und so haben sie auch die Einrichtung des Postscheckverkehrs als eine Grenzverletzung betrachtet und bekämpft. Es ist deshalb verständlich, wenn sich die Handelskammer zu Erfurt im Interesse der Banken gegen den neuesten Eingriff der Post in den Geldverkehr wendet, den diese eben jetzt mit der Ausgabe von Postkreditbriefen begeht. Die Kammer sagt: „Nicht vorübergehen kann man auch an Bestrebungen, die sich in neuerer Zeit bei der Postbehörde geltend machen und den Bankverkehr berühren; es ist dies u. a. die Absicht, Kreditbriefe durch die Post ausstellen zu lassen. Bei dem weitverzweigten Filialennetze der Banken und ihren Beziehungen zu fast allen in Betracht kommenden Plätzen in der ganzen Welt ist es ihnen möglich, jedem Wunsche der Kundschaft in bezug auf Ausstellung von Kreditbriefen, Reiseschecks usw. zu begegnen, so daß das Vorgehen der Post als ein weiterer Eingriff in die Interessensphären der Bank erscheint." Das ist an sich wohl

Digitized by Google

richtig, wenn auch nicht außer acht gelassen werden darf, daß die Post mit ihren Kreditbriefen, ebenso wie vorher schon mit dem Postscheck, nicht nur den Banken, sondern mehr noch sich selbst und ihrem Postanweisungsverkehr Konkurrenz macht. Wichtig aber für die Beurteilung der Maßregel ist, daß der Geltungsbereich der Postkreditbriefe nur das Deutsche Reich umfaßt, und daß die Summen, welche darauf erhoben werden können, verhältnismäßig eng umgrenzt sind, während der Kreditbrief der Banken seit jeher vorzugsweise dem Reiseverkehr im Auslande dient und über größere Summen lautet. Die Konkurrenz ist also nicht allzu scharf. Es ist aber auch nicht zu überschen, daß eine Organisation, wie die der Post, deren Zweigstellen nach vielen Tausenden zählen, dem Inhaber eines Kreditbriefes durch die außerordentlich große Bewegungsfreiheit, die sie ihm gestattet, tatsächlich Vorteile gewährt wie kein anderes Institut und auch keine noch so große Bank. Und diesen Gesichtspunkt wird man, da das Publikum schließlich nicht nur der Banken wegen da ist, nicht ganz aus dem Auge lassen dürfen.

DIE ENTGOLDUNG DES VERKEHRS

Die Politik der kleinen Noten und die Propagierung der bargeldlosen Zahlungsweise verfolgen ausgesprochenermaßen den Zweck, im allgemeinen Verkehr die Note, den Scheck und die Ueberweisung an die Stelle der klingenden Münze treten zu lassen. Ob die beabsichtigte Entgoldung des Verkehrs sich bereits deutlich bemerkbar macht, darüber sind die Meinungen geteilt. Immerhin ist eine Stelle, die zwar nicht völlig objektiv ist, die aber einen recht genauen Ueberblick über die Lage haben dürfte, der Meinung, daß das Gold heute im Verkehr doch schon wesentlich seltener anzutreffen ist als früher. Die Handelskammer Pforzheim gibt nämlich in ihrem Jahresbericht zwar ausdrücklich zu, daß Gold, namentlich in Form der von der Reichsbank angelieferten Goldplättchen, trotz stellenweise recht stürmischen Bedarfs stets in ausreichender Menge erhältlich war, erklärt aber gleichzeitig, daß die von der Reichsbank zur Verstärkung ihres Goldschatzes ergriffenen Maßnahmen eine „sichtbare und fühlbare Entblößung des Verkehrs von Goldgeld" zur Folge gehabt hätten.

ANREIZUNG ZUR SPEKULATION

Der Kampf gegen die Bucket-Shops und ähnliche Pseudobanken hat die Tatsache einigermaßen in den Hintergrund treten lassen, daß nicht nur von seiten dieser Piraten des Bankgewerbes das Publikum zu Spekulationen direkt angeregt und veranlaßt wird. Es gibt leider auch wirkliche Bankgeschäfte, die ihren Beruf weniger in objektiver Beratung des Publikums als darin erblicken, ihre Kundschaft in Spekulationen hineinzuhetzen, bei denen es ihnen mehr auf den Umfang als auf Art und Sicherheit der Geschäfte ankommt. Es muß damit schon ziemlich weit gekommen sein, wenn selbst eine Handelskammer, die für das Herzogtum Koburg, sich veranlaßt sieht, in ihrem Jahresbericht gegen die allzu heftige Anreizung zum Börsengeschäft Front zu machen. Nachdem sie früher schon vor übermäßiger Spekulation gewarnt hat, konstatiert sie jetzt, daß diese Warnungen eine gute Wirkung getan und zur Folge gehabt hätten, daß die Zwangsexekutionen und Verluste keinen größeren Umfang erreichten. Hätte die Privatspekulation „durch die verschiedenartigen Propagandamittel der Großinteressenten am Effektengeschäft" sich in umfangreiche Engagements hineinreißen lassen, so wären sehr bald recht peinliche Ueberraschungen eingetreten. Seit Abfassung dieses Jahresberichts haben die in Thüringen eingetretenen Zusammenbrüche von Spekulationsbanken die Zahl der „Großinteressenten am Effektengeschäft" etwas einschrumpfen lassen.

Digitized by Google

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

Die Niederländisch-Indischen Kulturbanken. Von Emil Helfferich. Schriften des Königl. Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser Wilhelm-Stiftung. Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms. Jena. Verlag Gustav Fischer. (7 M.) — Aus dem Inhalt: Vorgeschichte des Großplantagenbetriebs in Niederländisch-Indien. — Geschichte und Aufgaben der Kulturbanken. — Die einzelnen Kulturbanken. — Wesen und Technik der Kulturbanken. — Die Kulturbank als Vorbild für überseeische Unternehmungsbanken.

Buchhaltung und Bilanz auf wirtschaftlicher, rechtlicher und mathematischer Grundlage für Juristen, Ingenieure, Kaufleute und Studierende der Privatwirtschaftslehre. Von Dr. hon. c. Johann Friedrich Schär. Zweite, stark erweiterte und völlig umgearbeitete Auflage. Berlin. Verlag von Julius Springer. (7 M.) — Aus dem Inhalt: Der Kreislauf des Kapitals und seine Darstellung durch mathematische Gleichungen. — Das Kontensystem. — Auslegung der gesetzlichen Vorschriften über die Buchführung. — Beziehungen zwischen Buchführung, Betrieb und Organisation einer Sonderwirtschaft. — Die Gesamtorganisation der Buchführung: Die Bücher und ihr Zusammenhang. — Die Bilanzkunst. — Die Zwischenbilanz. — Ideal und Wirklichkeit in der Buchführung.

Nordamerikanische Fragen. II. Heft der Veröffenlichungen der Handelshochschule München. Verlag von Duncker & Humblot. 1914. (71 S.) — Aus dem Inhalt: Der amerikanische Nationalcharakter (Fullerton). — Die Einwanderungs- und Siedelungspolitik in Amerika (Parker). — Die Arbeiterfrage in Amerika (Kuczynski). — Die amerikanische Industrie (Vogelstein). — Das Trustproblem (Vogelstein).

Die Steuerreserven Englands und Deutschlands nebst Materialien zur internationalen Finanzstatistik. Von Prof. Jul. Wolf. (Finanzwirtschaftliche Zeitfragen, Heft 13. Verlag von Ferd. Enke, Stuttgart. 1914. Geh. 2 M.) — Der Verfasser will mit seiner Monographie die im Auslande weit verbreitete, in England durch führende Staatsmänner genährte, aber auch in Deutschland vielerorts geglaubte Legende zerstören, Deutschland sei jetzt, zumal nachdem es die Wehrsteuer auf sich genommen, finanziell am Ende seiner Kraft. Er sucht den Nachweis zu führen, daß alles in allem die steuerliche Leistungsfähigkeit Deutschlands größer als die Englands ist.

Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1913. Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes von dessen Mitglied Heinrich Kaufmann. Druck und Verlag der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg. (3 M.) — Aus dem Inhalt: Die Preisbewegung im Jahre 1913. — Die Bekämpfung von Handwerkergenossenschaften von Händlern. — Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. — Die Besteuerung der Konsumvereine. — Tabellen.

Les Règlements par Effets de Commerce en France et a l'Etranger. Par Gaston Roulleau, chef adjoint des Etudes Economiques à la Banque de France. (Ouvrage couronné par la Société de Statistique de Paris.) Paris. Imprimerie Dubreuil, Frèrebeau & Cie., 1914. (7,50 Fr.) — Aus dem Inhalt: Importance et composition de la masse des effets circulant en France. — Répartition géographique. — Durée et circulation. — Escompte du papier. — Chèques. — Encaissements des effets. — Effets impayés.

Die Einberufung der Generalversammlungen bei Aktiengesellschaften, Genossenschaften, G. m. b. H., Gewerkschaften und Versicherungs-Vereinen. Von Dr. Rud. Ad. Wenck. Marburg 1914.

Digitized by Google

Elwert'sche Verlagsbuchhandlung. (8 M.) — Aus dem Inhalt: Die juristische Natur der Einberufung und Ankündigung. — Das Berufungsrecht in seinen verschiedenen Gestaltungen. — Zeit und Ort der Versammlungen. — Die gesetzlichen Vorschriften über die Ankündigung der Beratungsgegenstände. — Der Inhalt der Einladung. — Der Hinweis auf die Bedingungen des Stimmrechts und den Nachweis der Stimmberechtigung.

Die Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet. Monographien, herausgegeben im Auftrage des Wissenschaftlichen Ausschusses der Heimarbeitausstellung Frankfurt a. M. 1908 von Prof. Dr. Arndt. III. Band, II. Teil, mit einem Bericht über die Heimarbeitausstellung von J. H. Epstein (mit 1 Karte). Jena. Verlag von Gustav Fischer. (7 M.) — Aus dem Inhalt: Herstellung der Schuhwaren (Dr. Becker). — Nadel-, Perlkranz- und Taillenstabindustrie im Taunus (Meta Kraus-Fessel). — Holzdreherei und Holzschnitzerei im Odenwald (Fleischer). — Heimarbeit im Odenwalde (Eidmann). — Hygienische Verhältnisse der Heimarbeiter im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet (Hanauer). — Ergebnisse der Untersuchungen (Arndt).

Die Postscheckordnung vom 22. Mai 1914. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister von J. Weiland, Ober-Postinspektor im Reichs-Postamt. 1914. Taschenformat. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung. Berlin. (1.50 M.) — Die Ausgabe ist eine Ergänzung des von demselben Verfasser im Guttentagschen Verlage bereits erschienenen Postscheckgesetzes. Sie enthält eine zuverlässige Wiedergabe der amtlichen Postscheckordnung mit ausführlichen Erläuterungen und Abbildungen der gebräuchlichen Formulare.

Verfassung und Verwaltung der deutschen Städte. Von Dr. Matth. Schmid. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin. (1.25 M.) — Aus dem Inhalt: Das Recht der modernen Stadt. — Kommunales Wohnungswesen. — Gemeindebetriebe. — Kommunale Sozialpolitik und Armenpflege. — Die städtische Finanzwirtschaft.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie. Herausgegeben von Karl Diehl und Paul Mombert, Professoren der Nationalökonomie an der Universität Freiburg. Band X „Zur Lehre vom Geld", II. Teil. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B. (Geb. 2.60 M.) — Aus dem Inhalt: I. Zur Papiergeldtheorie, von John Law. — II. Zur Währungsfrage, von M. L. Wolowski, L. Bamberger. — III. Zur Theorie der Banknotendeckung, von Samuel Jones Loyd, John Fullarton, Adolf Wagner. — IV. Zur Frage: Zentralisation oder Dezentralisation des Bankwesens, von J. E. Horn, M. L. Wolowski. — V. Zur Theorie der Wechselkurse, von G. J. Goschen.

Finlands Bank 1811—1911. Von Emil Schybergson. Im Auftrage der Direktion der Bank. Helsingfors 1913. Frenckellsche Druckerei-Aktiengesellschaft. (325 S. mit zahlreichen graphischen Tabellen.) — Das gut ausgestattete Werk gibt eine Schilderung der Entwicklung der Bank von ihrer Gründung bis zur Jetztzeit. Aus dem Inhalt: Die Gutachten der Finanzkommission über die Ungelegenheiten mehrerer gleichzeitig umlaufenden Münzsorten. — Die Emission von Kleinzetteln. — Die Münzrealisation. — Das Resultat der Tätigkeit der Bank von 1840—1868. — Uebergang zum Goldmünzfuß. — Die Bedeutung der Bank im Vergleich mit derjenigen der privaten Geldinstitute.

Die Praxis der Emission von Wertpapieren nach den österr. und deutschen Rechtsverhältnissen. Von J. Schwätzer. Alfred Hölder. Wien 1914. (Geb. 6 Kr., brosch. 5 Kr.) — Das vorliegende Werk ist ein Versuch, die Praxis der Emission von Wertpapieren, die Grundlagen ihrer Ausgabe und ihre Unterbringung im Zusammenhange zu erörtern. Der Verfasser zitiert überall die einschlägigen Gesetzes-

Digitized by Google

stellen, wodurch das Buch auch für diejenigen brauchbar wird, die durch Beruf und Stellung in die Lage gebracht werden, für öffentliche Körperschaften, Aktiengesellschaften usw. Anleihen aufzunehmen oder Aktien auszugeben.

Die Schweizerischen Börsen. Von R. Lüscher-Burckhardt. Verlag Art. Institut Orell Füßli, Zürich. (6 Fr. = 4,80 M.) — Aus dem Inhalt: Zur Geschichte der schweizerischen Börsen: Genf, Basel, Zürich, Bern, Lausanne, Neuenburg, Genf. — Reglemente und Usancen. — Kotierungsreglemente. — Tabellen.

Zur Geschichte der Privatbankiers in der Schweiz. Von Dr. C. F. W. Burckhardt. Verlag Art. Institut Orell Füßli, Zürich. (2 Fr. = 1,60 M.) — Der Verfasser hat die historischen Angaben über die wichtigsten Privatbankfirmen auf allen schweizerischen Plätzen gesammelt und aus ihnen ein Bild über den Umfang und die Bedeutung des Privatbankierstandes der Schweitz zusammengestellt.

Die Entwicklung des Dresdner Wohnhauses vom 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte der Mietskaserne. Von Dr. Ing. Curt Beukert. Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1914. (3,50 M.) — Aus dem Inhalt: Der Stadtplan. — Der städtische Grundbesitz. — Das Einfamilienhaus. — Das Mietshaus.

Was der Kaufmann und Aktionär vom schweizerischen Aktienwesen wissen muß. Darstellung in Fragen und Antworten mit Mustern, Formularen und Gesetzestext von Prof. Dr. H. Töndury. Zürich. Verlag Orell Füßli. (179 S.) — Der Zweck des Buches ist in dem Titel ausgesprochen.

Die Kursschwankungen an der Berliner Börse im Jahre 1913 sind soeben von der Disconto-Gesellschaft veröffentlicht worden. Die Disconto-Gesellschaft stellt diese Ausarbeitung Interessenten auf Wunsch unentgeltlich zur Verfügung.

Jahrbuch über den Rheinisch-Westfälischen Kuxenmarkt Ausgabe 1914. Herausgegeben von der Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft. — Das Jahrbuch enthält neben einem ausgezeichneten, sehr reichhaltigen Tabellenmaterial ausführliche Berichte über die einzelnen Gewerkschaften.

Der Kaufmann in Beruf, Staat und Leben. Lesebuch für kaufmännische Unterrichtsanstalten. Herausgegeben von Alexander Doerr und Johannes Buschmann. Verlag B. G. Teubner. Leipzig-Berlin 1914. (3 M.) — Aus dem Inhalt: Bilder aus dem Handelsleben der Vergangenheit und Gegenwart. — Der Handel und seine Stellung im Wirtschaftsleben. — Der Kaufmann in Staat und Gesellschaft.

A. Hartleben's Kleines Statistisches Taschenbuch über alle Länder der Erde. Bearbeitet von Prof. Dr. Friedrich Umlauft. Wien und Leipzig 1914. (1,50 M.) — Das praktische Werkchen ist nach neueren Quellen ergänzt und vervollständigt worden.

A. Hartleben's Statistische Tabelle über alle Staaten der Erde. Wien und Leipzig 1914. A. Hartlebens Verlag. (0,50 M.) — Uebersichtliche Zusammenstellung von Regierungsform, Flächeninhalt, Bevölkerung. Staatsfinanzen, Handel, Eisenbahnen, Telegraphen. Wert der Landesmünzen usw.

Der Kleine Merkur. (Kaufmännisches Repetitorium.) Von O. Wick, Vorsteher der Kant. Handelsschule Basel. Schultheß & Co. Zürich 1914. (416 S.) — Das Büchlein will den Lernbegierigen zum Studium der Fachliteratur, der Fachpresse usw. anregen und die hierzu nötigen grundlegenden Begriffe vermitteln.

Zur Kritik der Buchforderungseskomptes. Von Dr. Max Sokal. Leipzig und Wien 1914. Verlag von Franz Deuticke. (1 M.) — Aus dem Inhalt: Entwicklung und Verbreitung des Buchforderungs-

Digitized by Google

eskomptes nach Gebiet und Branche. — Die volkswirtschaftlichen Bedenken gegen den Buchforderungseskompte. — Ist der Buchforderungseskompte schädlich?

Die rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung der Buchführung für den praktischen Gebrauch dargestellt von Dr. jur. Georg Hartrodt. Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin. (1,50 M.) — Aus dem Inhalt: Begriff und wirtschaftliche Bedeutung der Buchführung. — Die gesetzliche Buchführungspflicht der Vollkaufleute. — Die rechtliche Bedeutung der Buchführung.

Die Kosten des Buchforderungseskomptes. Herausgegeben von der Evidenz-Zentrale für den Eskompte offener Buchforderungen in Wien. Leipzig und Berlin 1914. Verlag von Franz Deuticke. (1,40 Mark.) — Aus dem Inhalt: Die Kosten des Buchforderungseskomptes. — Auf welche Weise läßt sich der Eskompte offener Buchforderungen verbilligen?

Die Organisation der Korbwarenindustrie und des Korbwarenhandels im Deutschen Reiche. Von Kurt Brauer. München und Leipzig. Duncker & Humblot. (2 M.) — Aus dem Inhalt: Verteilung der Korbwarenindustrie und des Korbwarenhandels im Deutschen Reich. — Geschichte der Korbwarenindustrie und des Korbwarenhandels. — Organisation der Korbwarenindustrie.

Die Markthallen und ihre Hilfskräfte als Faktoren der Lebensmittelversorgung in unseren Großstädten. Von Hermann Krüer. Bonn 1914. A. Marcus und E. Webers Verlag. Heft V der Kölner Studien zum Staats- und Wirtschaftsleben. (102 S.) — Aus dem Inhalt: Die ersten Markthallen-Anlagen und ihre äußere Entwicklung. — Voraussetzungen für das Gedeihen der Markthallen. — Technische Einrichtung und Organisation der Markthallen.

Statistik der Steinkohlengaswerke in Ungarn, Kroatien und Slawonien. Von Ludwig Molnar. (5 Kr.) Druck von Dick Mano Kiadasa, Budapest 1913. Der erläuternde Text der Tabellen ist in ungarischer und deutscher Sprache geschrieben.

Das beste billige Schulden-Einziehungs-Verfahren. Unter diesem Titel sind 40 gebrauchsfertige Formulare nach Dr. jur. E. Karlemeyer's Großem Handbuch des gesamten Mahn- und Klagewesens und „Außenstände ohne Kosten einzuziehen" vereinigt. Verlagsanstalt E. Abigt, Wiesbaden (0,90 M.).

Kaufmännisches Schriftwesen. Von Dr. A. Weiß. Leipzig. Verlag der Modernen kaufmännischen Bibliothek. — Das vorliegende Buch ist ein Hilfsmittel zur Einführung in das kaufmännische Schriftwesen. Die Geschäftsvorfälle sind dem praktischen Leben entnommen. Die Musterbeispiele sind gut gewählt, ihr Wesen und Zweck ist kurz dargelegt.

* * *

Zeitschrift für Sozialpolitik (Pohle). Heft 7 und 8. — Die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik zur Reallohnfrage (Herbig); Die Preiskurve und das Teuerungsproblem (Glier).

Soziale Kultur. Juni u. Juli 1914. — Die deutsche Elektrizität auf dem Weltmarkt (Heiß); Die neueste Entwicklung des Finanzwesens und der Steuerlast in Deutschland, England und Frankreich (Beusch).

Journal des Economistes (Guyot). Juni 1914. — Le Fisc et les sociétés (Falck); La production de l'or et les échanges internationaux (Mondet).

La Réforme Economique (Domergue). 26. Juni u. 3. Juli 1914. — Les abus du crédit agricole (Lavoulet); L'impot sur le revenu devant le sénat (Touron).

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat Juni (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

Aktiva | **Passiva**

	Metallbestand*)	Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (−) **)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdiskont %
7. Juni															
1914	1650,1 (1325,4)	63,5	19,7	803,9	59,6	261,9	225,7	180,0	74,5	1909,8	883,9	36,2	+373,6	86,4	4
1913	1336,1 (1043,9)	19,8	21,1	1071,7	83,0	15,7	190,4	180,0	70,0	1820,7	618,6	48,3	+106,2	73,4	6
1912	1264,1 (916,9)	46,1	21,7	991,7	74,1	2,2	158,3	180,0	66,9	1594,4	680,4	36,7	+287,6	79,3	5
1911	1165,2 (845,7)	64,7	17,9	901,7	67,4	1,6	187,8	180,0	64,8	1504,5	629,7	27,4	+293,4	77,4	4
1910	1132,2 (834,5)	68,7	16,7	862,9	69,0	55,4	152,2	180,0	64,8	1477,7	603,3	31,2	+216,7	76,4	4
15. Juni															
1914	1687,6 (1356,2)	66,9	26,3	782,4	64,3	253,8	224,4	180,0	74,5	1834,4	980,0	36,9	+496,5	92,0	4
1913	1374,2 (1079,5)	20,5	27,4	1043,1	81,6	27,6	190,5	180,0	70,0	1775,7	689,9	49,2	+196,4	77,4	6
1912	1305,5 (954,8)	47,4	30,9	979,7	78,2	2,3	150,7	180,0	66,9	1554,0	755,9	37,8	+379,8	84,0	4½
1911	1214,6 (887,9)	66,6	24,9	901,6	65,9	9,9	181,9	180,0	64,8	1554,5	938,3	27,8	+401,6	83,5	4
1910	1156,4 (855,0)	69,8	23,4	841,7	74,7	79,4	157,6	180,0	64,8	1434,7	691,3	32,3	+287,8	80,6	4
23. Juni															
1914	1712,0 (1371,1)	71,5	32,1	755,4	55,0	263,6	273,4	180,0	74,5	1804,6	1066,0	37,8	+561,0	94,8	4
1913	1415,9 (1114,9)	21,9	32,8	1002,5	74,5	15,8	264,9	180,0	70,0	1754,6	773,1	50,6	+266,0	80,7	6
1912	1338,8 (982,2)	48,9	37,5	981,3	61,1	5,6	155,3	180,0	66,9	1549,8	793,1	38,8	+425,5	86,4	4½
1911	1229,7 (898,8)	67,4	31,9	923,6	54,8	10,5	195,0	180,0	64,8	1473,4	766,1	28,6	+405,5	83,5	4
1910	1165,9 (860,1)	70,4	28,4	836,9	75,6	70,5	166,6	180,0	64,8	1460,7	676,0	32,7	+276,8	79,8	4
30. Juni															
1914	1630,6 (1306,2)	49,9	9,7	1212,7	71,6	367,0	218,2	180,0	74,5	2406,6	858,3	40,4	+ 33,6	67,7	4
1913	1363,3 (1081,0)	14,0	13,8	1505,4	127,9	101,7	191,1	180,0	70,0	2316,8	696,4	53,9	−175,7	58,9	6
1912	1227,8 (887,9)	36,6	9,0	1463,4	116,9	68,5	143,7	180,0	66,9	2087,7	690,3	40,8	− 64,4	58,7	4½
1911	1120,6 (803,9)	55,8	10,2	1355,4	73,9	86,4	216,5	180,0	64,8	1964,7	678,7	30,6	− 28,1	57,0	4
1910	1026,8 (734,2)	63,3	8,7	1187,8	255,7	162,2	179,4	180,0	64,8	1923,5	681,2	34,3	−351,9	53,4	4

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.

**) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im Juni 1914.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Juni 1914	Metallbestand	Reichskassenscheine	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grundkapital	Reserv.-Fonds	Umlaufende Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Notenreserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 650 117	63 491	19 748	803 934	59 517	261 862	225 687	180 000	74 479	1 909 765	883 908	—	36 204	+ 373 591	—
	15.	1 687 635	66 938	26 309	782 404	64 257	253 832	224 421	180 000	74 479	1 834 404	979 974	—	36 939	+ 496 478	—
	23.	1 711 955	71 530	32 111	755 402	54 985	263 591	273 368	180 000	74 479	1 804 569	1 066 047	—	37 847	+ 561 027	—
	30.	1 630 600	49 859	9 667	1 212 746	71 632	367 014	218 211	180 000	74 479	2 406 580	858 296	—	40 374	+ 33 546	—
Bayerische Notenbank	7.	33 390	148	5 157	38 398	2 641	56	3 598	7 500	3 750	64 912	3 707	—	3 519	+ 5 783	622
	15.	34 158	153	5 111	37 816	2 603	56	3 567	7 500	3 750	64 089	4 476	—	3 649	+ 7 333	361
	23.	34 701	166	5 112	37 518	2 637	56	3 343	7 500	3 750	64 541	4 263	—	3 479	+ 7 438	501
	30.	33 234	98	4 939	38 464	2 605	56	3 763	7 500	3 750	65 160	3 278	—	3 471	+ 5 111	502
Sächsische Bank	7.	19 844	671	14 685	43 544	31 567	8 245	12 054	30 000	7 500	42 077	30 071	18 674	2 289	+ 9 894	6
	15.	20 470	927	18 715	41 901	35 697	8 204	12 011	30 000	7 500	44 561	33 836	19 666	2 363	+ 12 322	8
	23.	22 727	1 002	21 128	42 706	33 604	8 112	10 682	30 000	7 500	44 641	35 466	19 983	2 371	+ 16 987	11
	30.	20 288	572	13 832	57 087	32 091	8 178	6 435	30 000	7 500	52 581	27 251	18 759	2 392	+ 1 118	4
Württembergische Notenbank	7.	9 388	309	2 270	19 658	16 713	2 522	1 488	9 000	1 721	17 792	22 665	7	1 162	+ 4 175	850
	15.	10 486	314	3 585	19 965	17 691	2 522	1 726	9 000	1 721	18 328	26 051	7	1 183	+ 6 057	412
	23.	10 444	338	3 737	19 247	17 201	2 522	2 156	9 000	1 721	19 514	24 188	7	1 215	+ 5 005	1 280
	30.	8 984	252	998	18 605	17 861	2 522	1 017	9 000	1 721	20 233	18 035	7	1 243	+ 1	1 145
Badische Bank	7.	6 651	22	785	16 175	14 036	1 124	3 694	9 000	2 250	16 138	14 478	—	621	+ 1 320	306
	15.	7 799	28	769	16 390	14 746	1 137	3 635	9 000	2 250	17 533	15 083	—	638	+ 1 063	129
	23.	8 635	11	1 100	16 656	14 915	1 121	3 972	9 000	2 250	19 117	15 389	—	654	+ 629	243
	30.	5 717	8	491	16 552	13 697	1 775	3 554	9 000	2 250	15 395	14 477	—	672	+ 821	912
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 719 390	64 641	42 645	921 709	124 474	273 809	246 521	235 500	89 700	2 050 684	954 829	18 681	43 795	—	—
	15.	1 760 548	68 360	54 489	898 476	134 994	265 751	245 360	235 500	89 700	1 978 915	1 059 420	19 673	44 772	—	—
	23.	1 788 462	73 047	63 188	871 529	123 342	275 402	293 521	235 500	89 700	1 952 382	1 145 353	19 990	45 566	—	—
	30.	1 698 823	50 789	29 927	1 343 454	137 886	379 545	232 980	235 500	89 700	2 559 949	921 337	18 766	48 152	—	—

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im Juni (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 Juni 3.	35,99	11,05	41,13	28,99	17,55	42,37	25,45	42 1/2	3
„ 10.	36,94	11,05	38,66	28,70	17,00	41,68	26,69	45 1/2	3
„ 17.	38,68	11,05	37,46	28,42	17,64	41,87	28,71	48 1/4	3
„ 24.	39,93	11,05	39,99	28,70	18,07	44,92	29,68	47 1/8	3
Juli 1.	40,08	11,01	49,69	29,78	17,07	54,55	28,75	40 1/8	3
1913 Juni 4.	37,60	12,80	29,99	28,64	13,68	38,74	27,41	52 1/4	4 1/2
„ 11.	37,85	12,80	31,04	27,39	13,82	40,14	27,91	51 3/4	4 1/2
„ 18.	38,49	12,76	32,38	28,23	15,08	40,96	28,71	51 1/8	4 1/2
„ 25.	38,42	12,76	36,19	28,65	18,05	41,30	28,21	47 1/2	4 1/2
Juli 2.	37,05	12,76	30,66	29,63	14,74	46,63	25,87	42 1/8	4 1/2
1912 Juni 5	40,68	14,16	35,63	29,08	21,71	40.31	30,05	48 1/2	3
„ 12.	41,09	14,16	34,93	28,79	22,23	39,79	30,75	49 5/8	3
„ 19.	41,51	13,98	36,38	28,58	23,38	40,52	31,38	49 1/8	3
„ 26.	41,08	13,98	40,28	29,21	23,72	43,02	30,32	45 3/8	3
1911 Juni 7.	38,80	14,97	28,89	28,29	13,91	41,19	28,97	52 1/2	3
„ 14.	39,49	14,97	29,03	28,74	13,83	41,63	29,19	52 5/8	3
„ 21.	39,88	14,97	29,28	29,01	14,76	41,07	29,32	52 1/2	3
„ 28.	40,44	14,97	36,36	29,43	14,97	47,24	29,46	46 3/4	3
1910 Juni 1.	40,44	14,94	32,41	28,38	23,04	37,11	30,52	50 3/4	4
„ 8.	41.50	17,18	31,13	28,01	24,93	37,59	31,94	51 1/8	3 1/2
„ 15.	42,39	17,87	30,56	27,70	27,53	36,28	33,14	51 7/8	3
„ 22.	43,04	17,97	33,87	27,63	27,87	40,02	33,86	49 7/8	3
„ 29.	42,40	17,97	42,83	28,70	24,68	50,46	32,15	42 3/4	3

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Juni (von 1910—1914). (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechs.	Deb.*)	Umlauf. Noten	Depositen		Noten-deck. in %	Bank-disk. %	Gold-Präm. %
						staatl.	priv.			
1914 Juni 4.	3783,1	626,8	1732,7	942,6	6131,0	132,8	764,5	71,9	3 1/2	—
„ 11.	3824,0	637,4	1528,7	969,6	5950,1	130,3	941,9	75,0	3 1/2	—
„ 18.	3875,3	641,6	1599,4	958,3	5917,4	204,0	944 6	76,3	3 1/2	—
„ 25.	3975.7	638,3	1611,7	948,2	5852,3	294,3	1016,7	78,9	3 1/2	—
1913 Juni 5.	3311 7	619,3	1574,8	960,9	5655,6	255,8	672,5	69,5	4	—
„ 12.	3313 1	621,6	1525,3	959,4	5500,4	248,2	697,2	71,5	4	—
„ 19.	3316,0	6 4,2	1583,4	968,5	5457,0	403,6	652,6	72,2	4	—
„ 26.	3317,0	623,6	1656,7	955,8	5398,9	450,4	732,0	73,0	4	—
1912 Juni 6.	3242,1	817,2	1104,7	888,8	5251,5	250,5	577,3	77,3	3	—
„ 13.	3249,1	814,8	1093,9	880,4	5171,2	256,0	600,5	78,6	3	—
„ 20.	3261,0	815,6	1050,7	887,5	5124,5	302,8	605,2	79,5	3	—
„ 26.	3263,0	819,6	1206,9	880,4	5110,7	359,6	742,1	79,9	3	—
1911 Juni 1.	3213,3	852,9	1210,8	800,3	5198,5	210,7	579,5	78,2	3	—
„ 8.	3211,9	857,1	1034,9	820,4	5105,1	167,5	626,1	79,7	3	—
„ 15.	3208,4	853,8	1022,4	828,5	5079,1	199,7	615,3	79,9	3	—
„ 22.	3219,4	856,1	1022,5	823 2	5004,5	277,2	624,1	81,4	3	—
„ 29.	3212,5	851,5	1214,6	822,5	5126,1	291,3	675,3	79,2	3	—
1910 Juni 2.	3390,3	884,9	1084,8	700,1	5181,6	133,0	634,1	82,5	3	—
„ 9.	3395,4	877,1	846,3	718,0	5102,1	117,2	604,6	83,9	3	—
„ 16.	3399,1	885,4	809,3	722,6	5066,0	153,1	573,0	84,6	3	—
„ 23.	3412,4	890,1	826,6	723,5	4996,1	206,9	628,8	83,9	3	—
„ 30.	3403,9	882,0	1157,4	726,5	5236,3	152,9	738,9	81,9	3	—

*) Dabei „ewiger Vorschuß an die Regierung", seit 1. 1. 1912 200 Mill. Fr., für 1910 und 1911 180 Mill. Fr.

Digitized by Google

Oesterreichisch-Ungarische Bank.

Wochen-Ausweise von April bis Juni 1913—1914.

In Millionen Kronen ö. W. (K 100 = M. 85,0510).

	Datum		Metallschatz inkl. 60Mill Kron. Devisen	Eskompt. Wechsel, Warrants u. Effekt.	Darl. gegen Handpfand	Hypothekar-Darlehen	Banknotenumlauf	Giroguth. u. sonstige sofort fäll. Verbindl.	Not.-Res. (+) bzw. steuerpfl. Üml. (−)	Bankzinsfuß i. Diskontgeschäft %
1914	April	7.	1604,2	740,5	174,8	299,9	2235,6	227,5	— 31,4	4
	„	15.	1604,3	707,8	171,3	299,9	2162,4	269,5	+ 41,9	4
	„	23.	1611,1	719,9	174,1	299,9	2106,4	376,9	+104,7	4
	„	30.	1607,4	792,6	174,2	299,9	2358,6	206,7	+151,2	4
	Mai	7.	1607,2	751,0	171,4	299,8	2238,1	274,8	+ 30,9	4
	„	15.	1607,9	657,2	168,5	299,9	2157,7	245,8	+ 50,2	4
	„	23.	1610,3	648,3	166,8	299,9	2101,8	282,7	+108,4	4
	„	31.	1610,3	762,6	171,5	299,9	2290,0	224,3	— 79,7	4
	Juni	7.	1608,8	718,8	179,8	299,9	2187,9	281,8	— 20,9	4
	„	15.	1611,5	651,1	175,0	299,9	2109,5	281,0	+120,0	4
	„	23.	1612,4	649,8	173,3	299,9	2081,7	290,6	+130,7	4
	„	30.	1609,1	856,3	194,7	299,9	2325,1	290,9	—116,1	4
1913	April	7.	1515,8	924,4	235,0	299,9	2368,6	225,3	—252,8	6
	„	15.	1518,5	853,4	224,3	299,9	2303,1	220,4	—184,5	6
	„	23.	1521,0	843,7	212,8	299,9	2250,0	247,0	—129,0	6
	„	30.	1519,2	1026,5	241,6	299,9	2501,4	243,8	—382,2	6
	Mai	7.	1518,6	992,1	245,2	299,7	2410,8	279,5	—292,3	6
	„	15.	1523,3	892,3	233,9	299,9	2322,4	268,3	—199,1	6
	„	23.	1528,6	838,5	217,1	299,9	2231,8	282,2	—103,2	6
	„	31.	1527,5	928,5	215,2	299,8	2374,8	242,8	—247,3	6
	Juni	7.	1526,9	856,5	212,2	299,9	2266,3	253,2	—139,3	6
	„	15.	1526,3	818,2	211,0	299,9	2219,7	253,0	— 93,5	6
	„	23.	1527,9	815,6	213,5	299,9	2174,7	288,9	— 46,8	6
	„	30.	1525,9	960,9	233,6	299,8	2397,9	263,2	—271,9	6

Nationalbank von Dänemark

Monats-Ausweise von April bis Juni 1910—1914.

(Millionen Kronen.)

	Ultimo	Wechsel u. Vorschüsse*	Effektenbestand	Ausländische Guthaben**	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Metallbestand	Notenumlauf	Metallisch gedeckte Noten in Prozent	Bankdiskont %
1914	April	78,463	10,840	22,780	6,716	79,337	153,026	51,8	5
	Mai	78,897	10,840	24,102	6,680	82,024	157,272	50,2	5
	Juni	78,492	10,827	19,839	6,621	82,171	159,836	51,4	5
1913	April	74,705	9,496	23,240	2,892	76,506	148,731	51,4	5½
	Mai	74,325	9,496	21,811	5,516	80,695	148,385	54,4	5½
	Juni	85,283	9,486	21,230	5,096	78,313	155,488	50,4	5½
1912	April	75,736	9,918	20,228	5,196	71,948	138,904	51,8	5
	Mai	74,500	9,918	14,976	5,224	78,189	139,051	56,2	5
	Juni	83,799	9,912	13,635	3,688	79,203	147,760	53,6	5
1911	April	71,540	7,465	19,387	2,427	72,427	133,332	54,4	5
	Mai	74 655	7,466	26,674	3,771	68,638	133,847	51,2	5
	Juni	81,976	7,459	19,701	8,085	74,222	141,815	52,3	5
1910	April	73,793	6,822	7,546	2,218	75,244	129,403	58,1	5
	Mai	73,141	6,783	9,941	8,671	72,583	127,001	57,1	5
	Juni	80,455[1]	6,808	10,352	3,925	72,386	138,255	52,4	5

*) Inkl. „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank (ca. 20—32 Mill. Kr.).

**) Ohne ausländische Wechsel, die den „Wechseln und Vorschüssen" zugezählt worden sind.

Digitized by Google

Niederländische Bank.

Wochenausweise von Januar bis März 1913—1914 (in 1000 Fl.)

Ausweis-Tag			Metall: Gold	Metall: Silber	Wechselbestand	Darlehen	Laufende Rechnungen (Saldo)	Notenumlauf	Nicht metallisch gedeckte Noten	Bankdiskont %
1914	Jan.	3.	151 490	8 876	89 099	111 928	5 691	333 771	173 405	5
	„	10.	151 518	8 926	87 877	101 685	4 381	324 752	164 308	5
	„	17.	150 182	9 336	88 565	96 796	5 361	318 573	159 055	5
	„	24.	150 244	10 190	81 606	91 535	3 657	308 777	148 343	5
	„	31.	151 478	10 252	80 835	99 057	4 175	315 437	153 707	5
	Febr.	7.	151 536	9 915	75 487	92 641	4 062	304 496	143 045	5
	„	14.	152 934	9 854	73 988	88 106	3 290	299 980	137 192	5
	„	21.	156 293	10 390	74 716	80 304	3 956	295 870	129 187	4½
	„	28.	157 614	10 112	80 341	83 618	3 406	305 874	138 148	4
	März	7.	158 941	9 491	77 053	87 742	4 812	305 615	137 183	4
	„	14.	159 944	9 362	73 531	88 332	3 991	304 284	134 978	4
	„	21.	159 956	9 573	69 532	88 616	3 728	301 012	131 483	4
	„	28.	159 968	9 516	71 465	84 177	4 276	297 894	128 410	3½
1913	Jan.	4.	162 399	7 872	109 802	81 804	7 010	334 459	164 188	4
	„	11.	159 526	10 013	105 110	78 484	8 447	324 505	154 966	4
	„	18.	159 314	9 512	100 598	76 734	6 532	318 483	149 657	4
	„	25.	159 118	9 183	96 589	70 580	4 419	309 997	141 696	4
	Febr.	1.	158 591	9 215	101 623	72 890	3 953	316 914	149 108	4
	„	8.	158 399	9 042	100 437	66 214	4 985	308 319	140 878	4
	„	15.	158 316	9 461	96 325	62 168	3 530	301 269	133 492	4
	„	22.	159 280	10 062	91 505	61 031	5 789	294 699	125 357	4
	März	1.	160 164	9 963	89 242	71 382	4 270	304 447	134 320	4
	„	8.	161 077	9 659	84 272	70 161	3 745	300 237	129 501	4
	„	15.	161 074	9 687	84 183	70 066	2 936	299 891	129 130	4
	„	22.	161 558	9 680	81 445	69 350	3 152	297 994	126 756	4
	„	29.	161 569	9 827	80 173	76 593	3 321	303 253	151 857	4

Belgische Nationalbank.

Wochenausweise von Januar bis März 1913—1914 (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag			Gold	Silber	Ausländ. Guthab.	Wechsel	Darlehen a. belg. Staatspap.	Staatl. u. priv. Depositen	Banknotenumlauf	Nicht metall. gedekt. Noten	Bankdiskont %
1914	Jan.	8.	249,0	59,8	150,1	587,2	*)	97,6	1020,8	712,0	5
	„	15.	249,1	57,9	132,0	587,9	57 6	77 7	1024,1	717,1	5
	„	22.	249,8	61,0	131,0	586,8	54 6	96,6	1003,4	692,6	4½
	„	29.	249,8	55,9	133,6	592,0	51,9	89,8	1010,7	705,0	4
	Febr.	5.	249,9	58,8	151,7	576,0	64,9	125,0	994,2	685,5	4
	„	12.	250,4	56,9	131,4	567,9	66,8	98,7	992,6	685,3	4
	„	19.	250,4	65,8	133,7	578,8	63,1	132,2	976,9	660,7	4
	„	26.	250,4	58,0	132,5	585,7	56,4	111,9	988,8	680,4	4
	März	5.	251,6	65,8	127,6	587,2	62,7	137,8	977,8	660,4	4
	„	12.	252,0	67,1	119,1	583,0	57,3	127 2	971,9	652,8	4
	„	19.	252,6	72,0	122,7	542,9	61,9	114,8	958,0	633,4	4
	„	26.	256,0	71,2	121,8	537,5	61,8	108 0	959,6	632,4	4
1913	Jan.	2.	214,5	69,9	170,4	602,8	*)	138,9	1013,7	729,3	5
	„	9.	215,0	68,1	162,0	566,9	*)	114,2	996,6	713,5	5
	„	16.	215,2	68,4	159,4	557,5	80,9	104,3	995,0	711,4	5
	„	23.	215,4	70,2	131,6	570,9	73,0	96,7	982,3	696,9	5
	„	30.	215,5	64,4	136,7	595,9	81,0	92,2	1018,9	739,0	5
	Febr.	6.	215,6	71,7	135,5	572,1	79,2	115,5	975,5	688,2	5
	„	13.	215,8	69,9	123,2	563,0	80,7	91,9	977,5	691,8	5
	„	20.	215,9	73,7	143,9	560,4	76,9	121,0	966,2	676,6	5
	„	27.	215,9	67,1	141,3	576,6	85,4	99,8	1002,9	719,9	5
	März	6.	216,1	74,5	124,1	560,7	87,7	112,0	970,8	680,2	5
	„	13.	216,2	71,6	130,7	542,0	85,3	90,3	975,0	687,2	5
	„	20.	217,2	74,5	117,8	551,6	77,1	96,3	961,1	669,4	5
	„	27.	217,5	69,0	111,3	551,8	76,5	77,5	967,2	680,7	5

*) Wegen der Jahresbilanz nicht publiziert.

Digitized by Google

Bank von Spanien.

Wochenausweise von Januar bis März 1913—1914. (Mill. Pesetas.)

Ausweis-Tag	Metall: Gold	Metall: Silber[1])	Ausländ. Guthaben	Wechsel	Darlehen[2])	Guthaben des Staat.	Guthaben der Privat.	Notenumlauf	Durch Gold u. Silb. nicht ged. Not.	Bankdiskont
1914 Jan. 3.	480,0	725,2	195,8	364,3	563,6	138,7	491,1	1934,3	729,1	4½
„ 10.	481,3	722,6	195,1	360,5	563,3	132,7	484,1	1946,4	742,5	4½
„ 17.	482,1	721,0	191,0	355,1	549,9	119,1	476 1	1945,1	742,0	4½
„ 24.	483,4	724,6	191,2	349,9	539,0	116,2	477,9	1934,3	726,3	4½
„ 31.	484,2	727,7	183,1	353,5	531,7	110,0	468,3	1928,6	716,7	4½
Febr 7.	486,1	719,1	183,6	346,4	529 2	114,1	470,2	1938,2	833,0	4½
„ 14.	487,8	719,7	184,8	338,7	527,4	125,9	478,9	1932,6	725,1	4½
„ 21.	490,3	723,5	174,8	336,9	523,1	112,2	479,7	1918,1	704,3	4½
„ 28.	491,5	726,6	177,0	339,7	526,4	112,9	470 5	1916,9	698,8	4½
März 7.	493,5	720,0	179,7	336,5	535,2	115,1	477,0	1923,4	709,9	4½
„ 14.	495,1	723,2	181,0	330,4	528,5	116,5	484,9	1912,3	694,0	4½
„ 21.	497,5	727,4	181,3	328,1	524,2	105,6	481,5	1898,4	773,5	4½
„ 28.	503,7	728,7	177,7	329,6	521,3	106,8	488,2	1895,2	662,8	4½
1913 Jan. 4.	437,5	744,1	204,4	303,2	541,5	138,0	473,5	1868,3	686,7	4½
„ 11.	438,1	743,8	201,2	299,5	536,1	130,2	455,7	1871,4	689,5	4½
„ 18.	438,8	746,6	202,6	293,1	532,4	125,7	454,9	1862,8	677,4	4½
„ 25.	439,4	750,7	200,9	291,0	526,4	106,4	465,1	1857,0	666,9	4½
Febr. 1.	439,7	751,4	199,1	298,6	527,9	103,0	452,7	1859,0	667,9	4½
„ 8.	440,4	747,5	200,2	291,3	527,8	103,2	461,1	1867,6	679,7	4½
„ 15.	441,6	749,8	199,1	285,7	525,5	105,9	475,5	1855,1	663,7	4½
„ 22.	442,3	752,5	199,6	287,7	519,4	104,2	459,6	1840,8	646,0	4½
März 1.	443,6	754,0	200,4	293,2	524,3	100,5	456,2	1836,9	639,3	4½
„ 8.	444,2	750,5	204,5	287,2	520,9	101,9	462,8	1838,5	643,8	4½
„ 15.	445,7	754,5	203,9	281,5	515,8	91,1	466,1	1826,3	626,1	4½
„ 22.	446,3	756,8	199,6	277,1	515,6	89,1	449,7	1819,7	616,6	4½
„ 29.	447,1	758,6	195,9	280,4	511,4	86,5	452,4	1807,5	601,8	4½

[1]) Inklusive geringer Kupferbestände.
[2]) Inkl. 150 Mill. Pesetas ewiger Vorschuß an die Regierung.

Bank von Portugal.

Wochenausweise von Januar bis März 1913—1914. (Mill. Escudos.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber[1])	Wechsel	Darleh.	Guthaben d. Staats	Guthaben d. Privat.	Notenumlauf	dav. nicht met. ged.	Disk. %
1914 Jan. 7.	7,534	8,860	24,205	69,239	2,648	4,056	87,717	71,323	5½
„ 14.	7 534	8,883	23,896	68,730	2,397	4,061	86,739	70,322	5½
„ 21.	7 535	8,901	23,797	67,977	2,234	4,581	85 817	69,381	5½
„ 28.	7.535	8,978	24,542	66,788	2,192	4 397	85,376	68,863	5½
Febr. 4.	7,535	8,878	24,509	65,463	2,250	4,095	84,517	68,104	5½
„ 11.	7 535	8 925	24 488	64,938	2,441	4,175	82,506	66,046	5½
„ 18.	7.542	8,923	24,451	65.103	2,555	4,880	82,668	66,203	5½
„ 25.	7.542	8,946	24,334	65,034	2,581	4,812	82 611	66,123	5½
März 4.	7.542	8 927	23,884	64,898	2,632	4,206	83,596	67,127	5½
„ 11.	7,542	8,984	23,767	65,015	2,844	4,741	83,056	66 530	5½
„ 18.	7.542	9,077	23,759	64,935	3 034	4 840	82,788	66,169	5½
„ 25.	7.542	9 149	23.871	65.370	3,066	5,257	82 835	66,144	5½
1913 Jan. 8.	7,022	8,507	22,386	69,571	2,030	4,505	85,633	70,104	6
„ 15.	7,022	8,583	22,131	69,525	1,895	4,354	85,293	69,688	6
„ 22.	7,023	8,664	22.101	69.574	1,751	4,816	84,883	69,196	6
„ 29.	7,023	8,730	22,315	69,004	1,481	4,971	84,758	69,005	6
Febr. 5.	7,024	8,700	22 179	68,675	1,767	4,651	84,686	68,962	6
„ 12.	7,024	8,845	21,975	68 466	1,911	4,754	83,889	68,020	6
„ 19.	7,024	8,973	22,010	68,526	2,065	4,977	84,005	68,008	6
„ 26.	7,024	9,025	22,153	68,879	2,127	5,257	84,065	68.016	6
März 5.	7,026	8.944	21,739	69,088	2,305	5,153	84,854	68,884	6
„ 12.	7.026	8,963	21,902	69,141	2.478	5,538	84,302	68,313	6
„ 19.	7,026	9,044	21.649	69,383	2.685	5.674	84,267	68,197	6
„ 26.	7,026	9,097	21,661	69,557	2,803	6,052	83,893	67,770	6

[1]) Inkl. geringer Kupferbestände.

Digitized by Google

Schwedische Reichsbank.

Wochen-Ausweise von Januar bis März 1913—1914.

Millionen schwedische Kronen (1 Kr. = Rmk. 1,12).

Datum	Metall	Ausländ. Guthab. (Saldo)	Schwed. u. ausländ. Staatspap.	Wechsel und Vorschüsse	Täglich fällig. Verbindlichk.	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdisk. %
1914 Jan. 3.	102,119	94,065	27,489	165,154	98,859	227,618	101,620	5½
„ 10.	102,132	97,021	27,489	144,014	97,137	207,085	122,179	5½
„ 17.	103,020	97,546	28,361	134,029	95,867	202,875	128,166	5½
„ 24.	103,344	95,606	28,361	121,005	87,508	194,005	137,682	5
„ 31.	103,335	99,182	28,361	119,598	80,963	205,296	126,374	5
Febr. 7.	103,683	101,573	28,361	112,166	76,991	204,376	127,246	4½
„ 14.	104,271	104,695	29,250	107,186	76,395	204,227	129,315	4½
„ 21.	104,265	107,634	29,250	99,602	76,357	198,900	134,630	4½
„ 28.	104,257	108,929	29,250	105,307	67,042	213,872	119,641	4½
März 7.	104,219	102,889	33,848	100,798	62,457	213,074	118,113	4½
„ 14.	104,219	101,411	36,067	108,511	65,330	218,237	115,201	4½
„ 21.	104,192	102,377	36,067	107,860	72,695	211,635	121,749	4½
„ 28.	104,165	103,188	36,067	110,620	74,143	213,146	120,185	4½
„ 31.	104,127	105,116	36,020	132,465	80,444	233,551	99,782	4½
1913 Jan. 4.	100,047	79,560	20,776	170,166	84,667	212,037	71,131	5½
„ 11.	100,070	80,087	20,776	149,388	77,060	199,806	83,574	5½
„ 18.	100,080	82,398	20,092	136,056	74,868	190,439	102,329	5½
„ 25.	101,214	80,522	20,092	129,077	71,221	185,072	105,711	5½
„ 31.	101,226	86,932	18,103	128,120	66,841	196,657	97,881	5½
Febr. 1.	101,199	88,119	18,103	129,463	65,142	198,927	95,089	5½
„ 8.	101,637	90,635	18,103	118,728	56,062	195,147	92,651	5½
„ 15.	101,638	86,826	18,103	120,753	58,663	193,746	93,387	5½
„ 22.	102,090	87,405	18,103	116,677	55,103	189,203	98,169	5½
„ 28.	102,683	86,143	18,103	126,710	51,313	204,375	84,241	5½
März 1.	102,660	85,911	18,103	130,420	49,947	210,262	78,337	5½
„ 8.	102,640	86,944	18,103	127,150	50,264	203,488	89,466	5½
„ 15.	102,673	83,449	18,103	138,812	53,659	210,333	78,506	5½
„ 22.	102,996	81,201	15,783	137,017	51,789	203,466	83,606	5½
„ 29	102,983	79,850	15,738	146,251	57,109	211,122	76,576	5½
„ 31.	102,989	81,214	14,011	164,215	59,899	224,565	65,111	5½

Bank von Norwegen.

Wochen-Ausweise von Januar bis März 1913—1914.

Millionen norwegische Kronen (1 Kr. = Rmk. 1,12).

Datum	Goldbest. inkl. des i. Ausland befindl.	Ausländische Wechs.	Fremde Staatsoblig.	Wechsel und Vorschüsse	Depositen	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdisk. %
1914 Jan. 7.	73,755	28,977	9,131	74,636	13,012	102,285	15,397	5½
„ 15.	73,950	29,690	8,823	70,248	10,890	99,778	17,175	5½
„ 22.	71,868	28,803	8,823	67,620	9,288	97,234	18,703	5½
„ 31.	72,840	29,708	8,823	68,598	9,958	99,737	17,030	5
Febr. 7.	72,561	30,822	8,823	67,534	10,962	97,782	18,003	5
„ 16.	72,605	30,082	8,823	66,120	10,006	97,177	17,587	4½
„ 23.	72,136	31,434	8,823	64,759	11,371	97,258	17,702	4½
„ 28.	71,126	33,388	8,823	67,238	10,760	101,515	12,512	4½
März 8.	69,270	32,625	8,823	66,003	10,104	100,072	12,936	4½
„ 16.	68,537	34,537	8,823	65,239	9,825	100,790	11,595	4½
„ 23.	67,007	34,237	8,816	64,582	7,327	101,300	9,135	4½
„ 31.	67,794	32,944	8,816	70,426	7,820	107,368	5,427	4½
1913 Jan. 7.	61,422	22,726	9,230	67,963	10,902	95,303	10,969	5½
„ 15.	60,564	24,085	9,137	65,300	10,554	93,172	11,823	5½
„ 22.	59,867	22,759	9,137	64,638	10,700	91,456	13,411	5½
„ 31.	58,851	22,611	9,137	65,823	9,436	92,807	10,894	5½
Febr. 8.	58,412	22,290	9,137	66,390	9,513	92,540	10,872	5½
„ 15.	58,683	22,472	9,137	64,733	8,460	91,476	11,557	5½
„ 22.	58,268	21,442	9,137	64,697	10,522	91,598	11,670	5½
„ 28.	58,152	21,063	9,137	65,834	9,265	94,216	8,936	5½
März 8.	58,314	21,904	9,137	66,143	9,772	94,019	9,027	5½
„ 15.	58,877	21,789	9,137	64,658	8,475	94,154	9,723	5½
„ 22.	58,013	21,625	9,137	64,065	7,359	94,113	8,780	5½
„ 31	57,400	20,496	9,137	65,312	5,585	96,101	6,299	5½

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft zu Berlin.

Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M. pf	M. pf
I. Deutsche Erdölunternehmen.		
1. **Im Elsass:** a) Eigene Erdölwerke. Grundst., Gebäude, Raffinerie- u. Bergwerkseinrichtungen		2 228 874 59
Mobilien		2 —
Oelgerechtsamen		2 —
Oelquellen		2 —
b) Verein. Pechelbronner Oelbergwerke G. m. b. H. Sämtliche Geschäftsanteile i. Nennbetrage von M. 3 500 000		4 553 757 05
2. **Sonstige Raffinerien.** Sämtl. Geschäftsant. d. Gesellsch. m. b. H.: Nennbetrag		
Dtsche. Erdölwerke Wilhelmsburg . M 2 000 000	2 371 335 —	
Hannov. Erdölraffinerie, Linden . „ 201 000	481 326 —	
Mineralölraff. Grabow, Grabow (mit 25% eingez.) . „ 100 000	25 000 —	
Wietzer Mineralölraff., Wietze (mit 25% eingez.) . „ 100 000	25 000 —	
Deutsche Benzinfabriken, Berlin . „ 724 500	648 840 30	
Berliner Benzin-Werke, Berlin . „ 360 000	180 000 —	
Hamburger Benzin-Werke, Hamburg „ 350 000	160 000 —	
Rheinische Benzin-Werke, Köln . „ 200 000	80 000 —	
50% d. Geschäftsant. d. Mineralölraffin. Rheinau G. m. b. H., Mannh.-Rheinau (St.-Kap. insges. M. 150 000) . . „ 75 000	180 193 50	4 161 994 80
3. **Deutsche Mineralöl-Industrie-Aktiengesellschaft. Wietze in Hannover.** Beteilig. im Nennbetrage von M. 8 100 000		5 652 166 18
II. Oesterreichische Erdölunternehmen.		
Premier Oil and Pipe Line Co. Ltd., London, Beteiligung im Nennbetrage v. £ 450 000 Vorzugsakt.	6 026 012 35	
„Austria" Petroleumindustr. A.-G., Wien, Beteiligung im Nennbetrage von Kr. 4 950 000	2 021 243 —	
Mineralöl-Industrie A.-G. „Trzebinia", Wien, Beteilig. im Nennbetrage v. Kr. 320 000 Vorz.-Akt.	125 120 —	8 172 375 35
III. Rumän Erdölunternehmen.		
„Concordia", Rumänische Petroleum-Industrie A.-G., Bukarest, Beteiligung im Nennbetrage von Lei 9 189 750	1 458 235 13	
„Vega", Rumän. Petroleum-Raffinerie A.-G., Bukarest, Beteilig. i. u. Nennbetrage v. Lei 2 240 000	1 085 891 —	
„Credit Petrolifer", Gesellsch. z. Förder. d. Entwickl. d. rumän. Petroleum-Industrie, Bukarest, Beteil. i. Nennbetr. v. Lei 2 555 000	1 268 465 —	
Erste Rumänische Bohrgesellsch. A.-G. in Liqu., Ploesti, Beteilig. im Nennbetrage von Lei 257 000	205 600 —	7 018 191 13
IV. Verkaufs-, Transport- und Lagerungs-Unternehmen.		
„Olex" (A.-G. für österr. u. ungar. Mineralölprodukte, Wien) Beteil. im Nennbetrage von Kr. 2 368 400	2 679 683 40	
Deutscher Mineralöl-Verkaufsver. G. m. b. H., Berlin (Oelkontor). Sämtl. m. 25% eingez. Geschäftsanteile im Nennbetr. v. M. 500 000	125 000 —	
„Köhlbrand" Industrie-Gesellsch. m. b. H., Berlin. Sämtl. Geschäftsanteile im Nennbetr. v. M. 20 000	20 000 —	
Umschlagsanlage Regensburg . .	110 160 55	
Fahrzeuge	627 336 57	3 562 240 52
Auszahlung auf in Ausführung befindliche Schiffsbauten		703 364 30
Transport		35 052 969 83

	M. pf	M. pf
Transport		35 052 969 83
V. Kalliunternehmen.		
Verschiedene Beteiligungen		3 343 521 —
VI. Bestände.		
Rohölbest. im Elsaß u. in Wietze	62 974 04	
Bestand an Halb- und Fertigfabrikaten in Rumänien, auf der Köhlbrandanlage, a. d. Benzinfabriken, auf d. Lagern d. Olex u. d. Oelkontors a. unterwegs befindl.	5 795 986 65	
Materialien und Fastagen auf der Köhlbrandanl. u. i. elsässischen Bohrbetrieb	214 865 40	
Wertpapiere: 3½% Pr. Konsols im Nennbetrage von M. 7000	5 078 —	
Kassenbestand	22 743 07	6 102 487 16
VII. Verschiedenes.		
Beteiligung a. Patentunternehmen		19 000 —
Deutsche Bohrgesellsch. f. Erdöl G. m. b. H., Berlin, Beteilig. im Nennbetr. v. M. 500 000,—, eingez. m. 25% (Stammk. insg. 520 000,—)		125 000 —
Mobilien		1 —
Zollniederlegungen		41 880 —
Vorausgez. Versicherungsbeträge		34 868 —
Vorausgezahlte Kesselwagenmiete		57 732 —
Avale . . . . . M 7 413 853,40		
Debitoren		15 383 844 —
		61 161 04

Passiva.	M.
Aktienkapital	30 750 000 —
Anleihen	9 682 000 —
Gesetzliche Rücklage	7 402 —
Sonderrücklage	12 900 000 —
Rückstellung für Selbstversicherung	1 000 000 —
Delkredere-Rückstellung	327 000 —
Rückstell. für Anleihezins. u. ausgel. Schuldv.	155 215 —
Nicht erhobene Dividende	5 000 —
Rückstellung für Talonsteuer	93 276 50
Avale . . . . . M. 7 413 853,40	
Kreditoren	4 502 409 83
Reingewinn	6 158 358 12
	61 161 04 —

Gewinn- u. Verlustrechnung p. 31. Dezember 1913

Soll.	M.
Geschäfts- und Verwaltungsunkosten	967 05 —
Aufgeld f. ausgeloste Schuldverschreibungen	4 8 —
Steuern	111 — —
Zinsen	569 7 —
Abschreibungen:	
1. auf eigene Erdölwerke im Elsaß (außer Ver. Pechelbronn. Oelbergw. G. m. b. H.)	871 570 18
2. auf Verschiedenes	120 910 —
Rückstellung für Talonsteuer pro 1913	35 187 —
Reingewinn	6 158 358 12
	8 718 694 —

Haben.	M.
Vortrag aus 1912	775 746 —
Erträgnis aus elsässischen Unternehmen	4 756 142 —
Erträgnis aus sonstig. deutsch. Unternehmen, einschl. des Handelsgeschäfts	1 810 232 —
Erträgnis aus österreichischen Unternehmen	624 983 12
Erträgnis aus rumänischen Unternehmen	751 589 —
	8 718 694 —

Die für das Geschäftsjahr 1913 für unsere Aktien
Nr. 1—20 500 auf 17 pCt.
„ 20 501—30 750 „ 8½ „
festgesetzte und durch die Generalversammlung genehmigte Dividende gelangt gemäß Couponvorschrift vom **1. Juli d. J.** ab bei den Banken: **Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin** W. 8, **S. Bleichröder, Berlin** W. 8, **Dresdner Bank Berlin** W. 56, **Rheinische Bank, Essen-Ruhr, Essener Creditanstalt, Essen-Ruhr, Laupenmühlen & Co., Berlin** NW. 7 gegen Einlieferung der Gewinnanteilscheine

Nr. 5 für die Aktien Nr. 1—6625
Nr. 4 „ „ „ „ 6626—8000 } **mit M. 170 pro Stück**
Nr. 3 „ „ „ „ 8001—13000
Nr. 2 „ „ „ „ 13001—20500
Nr. 1 „ „ „ „ 20501—30750 **mit M. 85 pro Stück**
zur Auszahlung.

Der Vorstand. R. Nöllenburg.

Digitized by Google

Das Geld im Kriege.

Der Weltkrieg, der lange gefürchtete, ist da. Er ist zur brutalen Tatsache geworden, obwohl ihn das Herz, im Widerstreit mit dem Verstande, tausendmal für eine Unmöglichkeit erklärt hat. Und damit treten urplötzlich und gebieterisch alle jene Fragen, sofortige Antwort heischend, vor uns hin, mit denen wir uns in ruhigeren Tagen mehr aus theoretischem Interesse beschäftigt haben, und die wir dann immer wieder haben fallen lassen, weil der Tag uns fern schien, an dem sie aktuell werden könnten. Die wichtigste und dringlichste dieser Fragen ist: Woher nimmt der Staat die Milliarden, die ein moderner Krieg kostet?

Der naive, mit volkswirtschaftlichem Wissen nicht beschwerte Verstand antwortet: Der Staat schafft das Geld, dessen er bedarf, aus sich selbst heraus, indem er Zettel druckt, ihnen einen bestimmten Nennwert beilegt und die Bevölkerung durch das Gesetz zwingt, den Nennwert anzuerkennen. Mit anderen Worten: Kriege werden mit ungedeckten Noten geführt. Diese Anschauung klingt aus dem Munde des Laien nicht nur naiv, sondern verrät auch große Weltunerfahrenheit, weil die Wirtschaftsgeschichte uns die verhängnisvollen Wirkungen einer ungehemmten Zettelproduktion an hundert Beispielen aus der fernen und nahen Vergangenheit mit unübertrefflicher Eindringlichkeit vor Augen führt. Trotzdem ist es keineswegs nur der Laie, der dieser primitiven Auffassung vom Gelde huldigt. Sein Standpunkt unterscheidet sich in nichts von jener Anschauung, mit der sowohl die Staatspragmatik wie eine bestimmte Richtung der Geldtheorie seit tausend Jahren immer und immer wieder liebäugeln. Die erstere aus der realpolitischen Erwägung heraus, daß Not kein Gebot kennt, und daß da, wo es um Sein oder Nichtsein geht, eine Verletzung der Wirtschaftsgesetze erlaubt und geboten ist; die Theorie aus einer bestimmten juristisch-philo-

Digitized by Google

sophischen Auffassung vom Staate heraus, die sie im Gelde ein Produkt der Regierungswillkür erblicken läßt. gemäß dem alten kameralistischen Zweckmäßigkeitssatz: „tantum valet nummus quantum majestas ipsum valere jubet".

Der Weltkrieg, in dem das Deutsche Reich jetzt eine Hauptrolle zu spielen gezwungen ist, wird mit manchem Irrglauben aufräumen. Er wird sich auch in Geld- und Währungsdingen als ein energischer Lehrmeister erweisen. Bereits in seinen allerersten Anfängen hat er die Fadenscheinigkeit der sogenannten „staatlichen Theorie vom Gelde", wie sie gemeinhin verstanden wird, blosgelegt und der Welt gezeigt, daß wertbeständiges Geld nicht durch willkürliche Maßnahmen beliebiger Regierungen geschaffen werden kann. Aber es ist jetzt nicht der Moment, um aus den weltgeschichtlichen Vorgängen abstrakte Lehren abzuleiten und papierne Nutzanwendungen zu ziehen. Die Not der Stunde erfordert schnelles Handeln. Sie will eine brauchbare Antwort auf die Frage haben, wie Deutschland denjenigen Teil der vom Reichstag bewilligten Kriegskredite, dessen es während der nächsten Wochen bedarf, am besten, d. h. mit möglichst geringen Schäden für die ohnehin schwer betroffene Privatwirtschaft, realisieren kann.

Die Reichsbank hat der Antwort allerdings schon vorgegriffen. Sie hat im Drange der Stunde das getan, was der naive Sinn des Bürgers und die Theorie vom staatlichen Gelde gleicherweise als das nächstliegende ansehen. Sie hat der Reichsregierung gegen bestimmte Wertschriften ungedeckte Noten ausgehändigt, wogegen die Regierung der Bank den Reichskriegsschatz übergeben und ihr ferner die Konzession gemacht hat, die neu geschaffenen Kriegs-Darlehnskassenscheine gleich den Reichskassenscheinen als Notendeckung ansehen zu dürfen, so daß die gesetzliche Forderung der baren Dritteldeckung formell erfüllt ist. Die Reichsbank hat also das getan, was nach den Lehren der Wirtschaftsgeschichte vermieden werden sollte. Sie hat die Hand dazu geboten, daß der Krieg, zum mindesten in seinem Anfangsstadium, mit Papiergeld geführt wird. Sie hat dies getan, obwohl die Krisis, die schon vor dem Kriegsausbruch über das

Digitized by Google

Erwerbsleben im allgemeinen und die Banken im besonderen hereingebrochen ist, sie — mangels eines Moratoriums — gezwungen hat, auch der Privatwirtschaft mit ihren Noten weitgehend zu Hilfe zu kommen. Es erhebt sich also nicht nur die Frage, was in der allernächsten Zeit zur Deckung des nationalen Kriegsbedarfs zu geschehen hat, sondern die weitere Frage, ob die Reichsbank mit ihrer starken Notenemission auf dem rechten Wege ist, und welche Folgen sich aus ihrer Kriegspolitik für das deutsche Geldwesen ergeben.

Da muß zunächst gesagt werden, daß die Reichsbank durchaus korrekt gehandelt hat, als sie — freiwillig oder äußeren Einflüssen nachgebend — sich dem Reich zur Deckung der ersten Kriegsausgaben zur Verfügung gestellt hat. So falsch es auch nicht nur theoretisch, sondern ebenso in praxi ist, irgendwelche Ausgaben mit ungedeckten Noten, also mit Kunstgeld, zu bestreiten, und so energisch man auch grundsätzlich gegen jegliche Papiergeld-Wirtschaft Front machen muß, so sehr ist es in dem vorliegenden Falle zu billigen, daß die Reichsbank ohne langes Besinnen einen Schritt gewagt hat, der an sich, losgelöst von den äußeren Umständen, als Fehler erscheinen muß. Nicht etwa deshalb, weil der plötzliche Kriegsausbruch einen Vorgang höherer Gewalt darstellt, der Notmaßnahmen rechfertigt. Derartige politische Erwägungen braucht man nicht zu Hilfe zu nehmen. Das Verhalten der Reichsbank erscheint vielmehr durch rein wirtschaftliche Gründe gerechtfertigt, und zwar deshalb, weil der Fehler, den es an und für sich bedeutet, durch einen Gegenfehler im Wirtschaftsmechanismus geheilt bezw. unschädlich gemacht wird.

Der Gegenfehler, der die schädliche Wirkung der Massenausgabe ungedeckter Noten paralysiert, besteht in der Versickerung der Umlaufsmittel, in der plötzlichen Zurückziehung großer Summen Geldes aus dem Verkehr, wie sie seit den letzten Julitagen — übrigens nicht nur in Deutschland — zu beobachten gewesen ist. Vom Großkapitalisten und der Aktienbank bis zum kleinen Wochenlohn-Empfänger ist alles bemüht gewesen, einen kleineren oder größeren Vorrat von Hartgeld anzusammeln. Die Gründe sind in diesem Zusammenhange gleichgültig. Tat-

Digitized by Google

sache ist jedenfalls, daß zuerst das Gold, dann das Silber bis auf geringfügige, selbst für den arg zusammengeschrumpften Kleinverkehr nicht mehr genügende Reste, und endlich sogar viele Reichskassenscheine à 5 und 10 Mark aus dem Zahlungsverkehr verschwunden sind. Durch die umfangreichen Kündigungen von Bankguthaben sind auch große Reichsbanknoten von den Banken, bei denen sie das Medium der Kreditgewährung, Schuldentilgung und Wirtschaftsbefruchtung jeder Art bilden, zurück in die Einzelkassen gewandert, von wo sie nur sehr langsam den Weg in den Zirkulationsprozeß finden. An und für sich ist dieses Brachliegen bisher arbeitender Geldmassen kein Unglück, sondern ein ganz natürlicher, ja selbstverständlicher wirtschaftlicher Vorgang. Die Luxusausgaben, die durch das Thesaurieren baren Geldes unmöglich gemacht werden, sollen und müssen in Zeiten wie den gegenwärtigen unterbleiben. Die Verweigerung neuer Kreditgewährung durch die Banken, so schwer sie auch den Einzelnen trifft, entspricht nur der gewaltsamen Unterbrechung, welche Produktion und Handel, namentlich Außenhandel, durch den Krieg erlitten haben. Der Sparzwang und die Einschränkung des Bedarfs, die das Festhalten am Bargelde jeder Haushaltung auferlegt, decken sich genau mit der Forderung des Tages, die der Privatwirtschaft eine gewisse Konsumverringerung zur Pflicht macht, weil im kriegführenden Staate ein neuer Konsument auf den Markt tritt, der im höheren nationalen Interesse tausend verfügbare Güter und Kräfte mit Beschlag belegt. Wir haben eben erst gesehen, wie der Staat enorme Mengen von Produktions- und Luxusgütern an sich gezogen und in Kriegsmaterial verwandelt hat, von den Motorrädern, Automobilen und Pferden an bis zu den Güterbahnen und den Riesendampfern der Hapag und des Lloyd; wie er mit elementarer Gewalt Millionen friedlich schaffender Menschen aus dem Produktionsprozeß herausgehoben und um seine Fahnen geschaart hat; wie er weitere Menschenmassen aus ihrer gewohnten Stellung innerhalb der Gesamtwirtschaft entfernt und auf andere, momentan wichtigere Posten gestellt hat, wo sie unmittelbar oder mittelbar für Mobilmachung und Kriegsbedarf arbeiten. Es geht nicht an, daß der Einzelne

Digitized by Google

diese notwendige nationale Umwälzung durch privaten Kräfteverbrauch und egoistische Luxuskonsumtion stört. Der Privatverbrauch muß zurücktreten, bis der Staatsbedarf gedeckt ist, und das geschieht ganz von selbst, völlig automatisch dadurch, daß das Geld, dieser Magnet, der allein imstande wäre, Güter und Kräfte aus ihrer vorgeschriebenen Richtung zu ziehen, zeitweise in den Ruhestand versetzt, und damit im nationalen Sinne unschädlich gemacht wird.

Das allein genügt aber nicht. Indem das Geld zur Passivität verurteilt wird, erfüllt es nur den einen, negativen Teil seiner Aufgabe im Kriege. Der andere, wichtigere, positive Teil bleibt noch zu leisten: Der Staat, der große Verbraucher, der an die Stelle des unterbrochenen Privatkonsums tritt, muß seinerseits in den Besitz des großen Magneten kommen, der Güter und Kräfte an sich zieht. Was der Staat kraft seiner Autorität oder durch seinen Appell an die Vaterlandsliebe zu requirieren vermag, ist immerhin nur begrenzt. In der Hauptsache muß der Staat, wie jeder Privatbetrieb, sich dem großen Wirtschaftsgesetz unterordnen, nach dem Leistung gegen Leistung ausgetauscht wird. Will er die von der Privatwirtschaft freigegebenen Güter und Kräfte für sich in Anspruch nehmen, so muß er, sofern er ein Rechtsstaat ist, Zahlung dafür leisten. Die notwendige Ergänzung des Kriegszustandes, der aus Arbeitern Soldaten und aus Friedensgütern Kriegsmaterial macht, ist also, daß entsprechende Mengen Zahlungsmittel aus den Händen der nicht verbrauchenden (sparenden) Einzelwirtschaften in die Hände des verbrauchenden Staats gelangen. Wenn wir auf der einen Seite eine Massenansammlung von Geld in hunderttausend Händen sehen, die es der Verwendung entziehen und entziehen müssen, also große Gütermengen freisetzen, wenn wir auf der anderen Seite einen Massenbedarf an Gütern und Dienstleistungen sehen, für deren Bezahlung das Geld fehlt, so erscheint es uns als eine ganz selbstverständliche Forderung, daß ein geldlicher Austausch zwischen Privatwirtschaft und Staat stattfindet. Die Situation findet von selbst ihre harmonische Lösung, wenn die zahllosen Einzelwirtschaften das Geld, das sie momentan nicht verwenden

Digitized by Google

wollen und dürfen, dem Staat zur Verfügung stellen. Das naheliegende Mittel zu diesem Zweck ist die fundierte oder unfundierte Kriegsanleihe.

Nun setzt aber jede Kriegsanleihe voraus, daß die Gesamtheit der Einzelwirtschaften ein gewisses Vertrauen in den Staat setzt. Je größer das Vertrauen, um so günstiger die Bedingungen, zu denen der Staat seine Anleihe unterbringen kann. Aus diesem Grunde vermeidet es jeder Staat, der des Erfolges seiner Waffen einigermaßen gewiß ist, sofort bei Kriegsausbruch an die Anleihewilligkeit der Bevölkerung zu appellieren, weil er weiß, daß das Vertrauen zu ihm nach einem entscheidenden Siege bedeutend zunimmt und die Anleihebedingungen sich für ihn entsprechend verbessern. Er wartet also den ersten bedeutenden Sieg ab, bevor er mit einer Anleihe an den Markt tritt, und hilft sich inzwischen entweder mit staatlichem Papiergeld, oder aber mit Schatzwechseln, die er bei seiner Zentralbank gegen Noten eintauscht. Statt also das vorhandene, momentan brachliegende Geld an sich zu ziehen, führt er zusätzliches Geld, das ad hoc künstlich geschaffen worden ist, in den Verkehr ein.

Geld ist — es mag bestehen woraus es will — eine Anweisung auf Dienste und Güter. Den Nennwert, d. h. die äußere Bezeichnung dieser Anweisung, kann der Staat willkürlich festsetzen. Ihr Realwert aber, d. h. ihre Kaufkraft, entzieht sich jeder imperativen Einwirkung. Durch welche wirtschaftlichen Faktoren sich ihr Realwert in Wirklichkeit bestimmt, das auseinanderzusetzen würde hier zu weit führen, ist auch für den Zweck dieser Abhandlung unerheblich. Es genügt in diesem Zusammenhange, wenn man sich vergegenwärtigt, daß jedes Gut und jede Dienstleistung, die man nicht unmittelbar oder mittelbar gegen ein anderes Gut oder eine andere Dienstleistung austauscht, durch Geld dargestellt wird, und daß die jeweilig in einem Lande vorhandene Gesamtsumme Geldes genau der Menge erzeugter bzw. geleisteter Güter und Dienste entspricht, über deren Gegenwert man noch nicht in irgend einer Weise verfügt hat, sondern erst künftig verfügen will. Indem der Gesamtwert des vorhandenen Geldes so ganz genau der Summe aller Ansprüche auf noch unverzehrte Güter entspricht, stellt er,

Digitized by Google

gemessen an der Gesamtheit aller Güter, eine bestimmte Größe dar. Diese Größe kann man nicht künstlich dadurch ändern, daß man plötzlich ein Blatt Papier durch einen Aufdruck als zusätzliches Geld erklärt und ihm ebenfalls einen Anspruch auf das Quantum unverzehrter Güter einräumt. Das Güterquantum wird dadurch einer erhöhten Geldmenge gegenübergestellt; da es sich selbst aber nicht verändert hat, so kommt auf jedes seiner Teilchen ein größerer Geldbetrag, mit anderen Worten, die Gesamtheit aller Güter steigt im Preise oder — was dasselbe ist — das Geld büßt an Kaufkraft ein, zum Schaden aller derer, die mit einem bestimmten Geldbetrage haushalten müssen. Wohlgemerkt hat nur die Herstellung von innerlich wertlosem oder unterwertigem Gelde, nicht aber diejenige von vollwertigem Gelde — also Goldgeld oder in Gold vollgedeckten Noten — eine solche Verschiebung im Verhältnis zwischen Geld und unverzehrter Gütermenge, d. h. in der Kaufkraft des Geldes zur Folge. Denn wenn auch jedes Goldstück, das in den Zahlungsverkehr eintritt, genau wie jede papierne Note einen neuen Anspruch auf ein Teilchen der unverzehrten Gütermenge verleiht, so tritt doch mit ihm zugleich auch ein neues Gut in den Wirtschaftsverkehr ein, dessen Wert durchaus dem neugeschaffenen Geldbetrag entspricht und von jedermann (durch Umschmelzung) realisiert werden kann, so daß der Anspruch, mit dem das neue Geld auf den Markt tritt, kein unberechtigter ist.

Das zusätzliche Geld, das der Staat in Kriegszeiten in Umlauf setzt, ist natürlich nur selten Goldgeld; Gold ist gerade dann ein viel zu wertvolles, weil international begehrtes Gut, als daß der Staat sich von ihm trennen könnte, solange er seine Zahlungsbereitschaft noch auf andere Weise zu stärken vermag. Kriegsgelder sind vielmehr fast stets Noten oder Kassenscheine, und zwar metallisch ungedeckte bzw. nicht voll gedeckte Scheine, denen, wie wir gesehen haben, normalerweise das Uebel anhaftet, daß sie die Kongruenz zwischen dem Gelde und dem berechtigten Anspruch auf unverzehrte Güter stören und Preiserhöhungen hervorrufen. Auch das Kriegsgeld des Deutschen Reiches besteht bisher aus nicht voll, sondern nur zu etwa zwei Fünfteln gedeckten Noten, stellt

Digitized by Google

also an sich einen Verstoß gegen das wirtschaftliche Nationalinteresse dar. Aber der Fehler, den die Ausgabe dieses Kriegsgeldes bedeutet, wird — und damit kommen wir zum Ausgangspunkt zurück — gegenwärtig durch jenen anderen Fehler in der wirtschaftlichen Maschinerie geheilt, der in dem Verstecken großer Geldmengen durch die Privatwirtschaften besteht.

Sachverständige schätzen den Betrag an thesauriertem Gold und Silber auf mehr als eine Milliarde Mark. Mindestens ebenso hoch ist der Betrag an eingesperrten Banknoten zu veranschlagen, wozu noch jener weitere Geldbetrag kommt, den die Banken in Befürchtung starker Abhebungen über ihren sonst üblichen Barbestand hinaus angesammelt, d. h. einstweilen immobilisiert haben. Das Verschwinden so enormer Geldbeträge aus dem Zahlungsverkehr hat natürlich den Güteraustausch zusammenschrumpfen lassen, was aber nur der durch den Krieg geschaffenen Lage entsprach und so lange unschädlich war, wie der Güteraustausch auf dem ermäßigten Niveau verharrte. Diese Zeit ist aber vorüber. Der Staat mit seinen Riesenbezügen hat den eingeschrumpften Privatverkehr durch einen Güterverkehr ersetzt, der zwar anders geartet ist als jener, der aber zu seiner Bewältigung entsprechender Geldsummen (Anweisungen auf vorhandene Güter und Kräfte) bedarf. Solange also das von den Privatwirtschaften thesaurierte Geld weder von selbst wieder in den Verkehr zurückgeflossen, noch durch eine Anleihe in die Hände des Staates übertragen ist, bleibt dem letzteren garnichts anderes übrig, als selbst ein Kunstgeld zu schaffen, das unter den obwaltenden Umständen keine Geldvermehrung, sondern einen Geldersatz bedeutet und gewissermaßen eine Vorwegnahme der kommenden Anleihen durch Zertifikate darstellt, die zwar nicht juristisch, aber wirtschaftlich ihre Deckung in den versteckten Geldern der Privaten haben.

Solange die ungedeckten Noten, Reichskassenscheine, Darlehnskassenscheine, kurz, alle Arten neugeschaffenen Kriegs-Kunstgeldes nicht über den Barbetrag hinausgehen, den die Bevölkerung im ersten panischen Schrecken dem Verkehr entzogen hat, ist die Ausgabe aller dieser Scheine unschädlich. Aber auch nur solange. In dem Maße, wie

Digitized by Google

das Vertrauen der Bevölkerung zurückkehrt, die Handelstätigkeit wieder in ihre gewohnten Bahnen und das thesaurierte Bargeld wieder in seine alten Kanäle zu fließen beginnt, verändert sich die wirtschaftliche Natur des neuen Kunstgeldes. War es bis dahin Stellvertreter und Platzhalter, so wird es jetzt Nebenbuhler und Konkurrent. Seine Kaufkraft, die bisher die wohltätige Wirkung gehabt hat, die völlige Stockung im Handelsverkehr hintanzuhalten, zu der das plötzliche Verschwinden der Handelsmünze sonst unfehlbar geführt hätte, beginnt jetzt, wo die Kaufkraft der bisher versteckten Handelsmünze wieder am Markte erscheint, als zusätzliche Nachfrage nach Gütern und Diensten zu wirken. Indem es seinem ersten Inhaber, der in diesem Falle der Staat ist, ein Anrecht auf einen bestimmten Teil der nationalen Güterproduktion verschafft, auf den die Privatwirtschaft zunächst zwar (durch den Spar-Akt des Thesaurierens) verzichtet hat, jetzt aber (durch Verausgaben des thesaurierten Geldes) wieder ihren berechtigten Anspruch erhebt, korrigiert es in bedenklicher Weise das Verhältnis aller unverzehrten Güter und Dienste zu der sie repräsentierenden Gesamtgeldmenge, die eine Vermehrung erfahren hat, ohne daß ein gleiches bei der Gütermenge der Fall wäre. Es tritt ein Wettbewerb zwischen dem alten, wertechten, dem Rechtsanspruch auf Güter genau kongruenten Gelde und dem neuen, künstlichen Zusatzgelde um die vorhandene und im Werden begriffene Gütermenge, mit anderen Worten eine Preissteigerung ein, die nichts anderes als der äußere Ausdruck dafür ist, daß das alte Geld einen Teil seiner Kaufkraft verloren bzw. an das neue Geld abgegeben hat.

Ein solch willkürlicher Eingriff in die natürliche Geldverfassung, der eine Benachteiligung der ganzen, mit einem festen Geldwert rechnenden Bevölkerung darstellt, ist selbstverständlich ohne weiteres erlaubt, ja sogar geboten, wenn die Staatsnotwendigkeit die sofortige Beschaffung erheblicher Geldmittel fordert, andere Mittel ihrer Beschaffung aber nicht vorhanden sind. Not bricht Eisen, Not bricht auch den „contrat social", der die Kaufkraft des Geldes bestimmt. Die willkürliche Vermehrung des Geldes mit ihrer konfiskatorischen Wirkung ist

Digitized by Google

dann eben nichts anderes als eine Kriegssteuer, die zwar insofern hart ist, als sie auch den Aermsten nicht verschont, die aber den gerade in Kriegszeiten hoch zu veranschlagenden Vorteil hat, daß sie nicht als Steuer empfunden wird, da der großen Masse der Zusammenhang zwischen Kunstgeld und Teuerung nicht zum Bewußtsein kommt. Realpolitisch-staatsrechtliche Gründe können also die Ausgabe ungedeckter Noten unter Umständen selbst dann rechtfertigen, wenn sie nicht eine harmlose Substitution des aus dem Verkehr verschwundenen Geldes durch Ersatzgeld, sondern eine währungspolitisch bedenkliche Schaffung von Zusatzgeld bedeutet.

Andererseits versteht es sich nach dem Gesagten von selbst, daß ein solcher Akt der staatlichen Selbsthilfe unterlassen werden muß, sobald sich dem Staate andere, näherliegende und natürlichere Mittel der Geldbeschaffung bieten. Solch ein natürliches und naheliegendes Mittel bietet sich aber in Kriegszeiten jedem Staate, dessen Heer nicht gerade eine empfindliche Niederlage erlitten hat, in der Kriegsanleihe. Die Anleihe ist in solchen Zeiten das gegebene Instrument der Geldbeschaffung deshalb, weil sie zwei Vorteile bietet, während alle anderen Mittel nur eins bieten. Sie führt nicht nur dem Staate das von ihm benötigte Geld zu, sondern sie sorgt gleichzeitig dafür, daß erhebliche Teile der thesaurierten Gelder der Bevölkerung aus ihren Verstecken hervorgeholt und dem Verkehr wiedergegeben werden. Sie beseitigt die Stockung, die das Aufspeichern des Geldes für die Nationalwirtschaft im Gefolge hat, indem sie das Geld, das der Einzelne aus egoistischen Gründen nicht verwenden will und aus rationellen Gründen höherer Art auch nicht verwenden soll, in die Hand des Staates überführt, der es verwenden muß. Die Anleihe ersetzt auf diese Weise den alten Konsumenten durch einen neuen, ohne daß irgend ein gewaltsamer Eingriff in die geldlichen Verhältnisse erfolgt. Denn die Umschichtung des Geldes erfolgt auf die in der kapitalistischen Wirtschaft allgemein übliche Weise durch Austausch barer Geldvorräte gegen ein Zins- und Amortisationsversprechen.

Natürlich ist der Moment, in dem ein ganzes Volk durch den Kriegsausbruch und die jähe Unterbrechung

Digitized by Google

der gewohnten wirtschaftlichen Zusammenhänge in panischen Schrecken versetzt wird, nicht der geeignete Zeitpunkt für eine Kriegsanleihe. Gerade dann ist eine Anleihe aber auch garnicht erforderlich. Denn es ist dies derselbe kritische Moment, in dem die Gelder, wie von einem Zauberstabe berührt, aus dem Verkehr verschwinden und sich in Kasten und Schränken verbergen, und wir haben gesehen, daß dies der richtige Augenblick für die Ausgabe ungedeckter Noten ist, die so lange unschädlich, ja sogar nützlich sind, wie sie Stellvertreter-Dienste für die verschwundenen Gelder leisten. Erst wenn diese Gelder, zugleich mit der Beruhigung der Massen und der Wiederkehr des Vertrauens zum Staate, in den Verkehr zurücksickern, beginnt die ungedeckte Note ihre Wesensart zu verändern und sich in einen Schädling zu verwandeln. Dann ist es höchste Zeit, daß sie verschwindet. Und eben dann ist es auch an der Zeit, daß die Kriegsanleihe aufgelegt wird. Denn der beginnende Rückfluß des Geldes in den Verkehr ist ein sicheres Anzeichen dafür, daß das allgemeine Vertrauen zurückkehrt, und daß die Bevölkerung bereit sein würde, bei angemessenen Zinsbedingungen auf eine Anleihe zu zeichnen. Der Erlös der Anleihe muß dann zur Tilgung der ungedeckten Noten dienen; das heißt, genau so wie anfangs diese Noten an die Stelle des versteckten Geldes getreten sind, tritt jetzt das wieder in den Verkehr fließende Geld an die Stelle der Noten, mit denen der Staat die ersten Kriegsausgaben bestritten hat. Und von jetzt an wird der Krieg mit Anleihen geführt, die das durch Kriegslieferungen in den Verkehr dringende Geld immer wieder dem Staate zuführen. Auf diese Weise hat selbst das zu Boden geschlagene Frankreich 1870 seine enormen Inlands-Ausgaben gedeckt. Auslandslieferungen hat es — in Paranthese bemerkt — mit barem Golde bezahlt. Ungedeckte Noten hat es 1870 nur in ganz geringfügigem Maße ausgegeben.

Und nun die Nutzanwendung: Die Deutsche Reichsbank hat während der ersten beiden Wochen nach dem Beginne der Mobilmachung dem Reiche seine ungedeckten bzw. nur zu einem Drittel gedeckten Noten zur Verfügung gestellt. Sie hat weitere ungleich größere Notenmengen zu Darlehen an die Banken benutzt, denen in der ersten

Digitized by Google

Kriegspanik enorme Gelder entzogen worden sind. Ihr Notenumlauf hat sich so binnen zwei Wochen um über 2 Milliarden Mark erhöht. Diese Politik, die unter anderen Verhältnissen als inflationistisch aufs schärfste verurteilt werden müßte, ist diesmal richtig und unvermeidlich gewesen, denn ein mindestens ebenso hoher Geldbetrag, wie ihn die Reichsbank neu in den Verkehr eingeführt hat, ist von der erschreckten Bevölkerung in irgendeiner Form versteckt worden. Und ein Versuch der Regierung, die Gelder mit einer Milliarden-Anleihe aus ihrem Versteck hervorzuholen, wäre zum mindesten in den ersten Tagen nach der Mobilmachung nicht oder nur unter unerlaubt hohen Zinsopfern geglückt.

Jetzt aber beginnen Beruhigung und Siegeszuversicht bei uns einzukehren. Es ist deutlich zu bemerken, daß thesaurierte Gelder bereits in den Verkehr zurückzusickern beginnen. Jetzt ist der Moment für die erste Kriegsanleihe gekommen. Läßt sich ihre Ausschreibung durch einen eklatanten Sieg der deutschen Waffen unterstützen, um so besser; sonst muß es auch ohne das gehen. Jedenfalls müssen die aus den Tresoren und Kassen hervorbrechenden Bargelder für den Staat aufgefangen und zum allmählichen Ersatz der ungedeckten Kriegsnoten verwendet werden, wenn wir nicht doppelte Geldmassen im Verkehr haben und damit die unvermeidlichen Folgen jeder übermäßigen Ausgabe künstlichen Geldes über Deutschland heraufbeschwören wollen. Alfred Lansburgh.

Das automatische Wachsen des Kapitals.

Der Bürgermeister einer kleinen Stadt hat dieser unlängst eine Stiftung von 200 Mark mit der Bestimmung überwiesen, das Geld 340 Jahre lang auf Zins und Zinseszins zu legen, bis das Kapital zur Summe von 25 Millionen Mark angewachsen sein würde. Diese eigenartige Verfügung hat den Berliner Privatdozenten Dr. Franz Oppenheimer veranlaßt, im „Berl. Tageblatt" die prinzipielle Frage zu untersuchen, ob die Rechnung des Bürgermeisters nicht ein Loch habe. Denn man brauche sich nur den Fall zu vergegenwärtigen, daß statt der kleinen Stiftungssumme von 200 M. eine ungleich größere Summe mit derselben Bestimmung auf 340 Jahre festgelegt würde, um zu erkennen, daß es falsch sei, ein der Zinseszinsrechnung entsprechendes

Digitized by Google

automatisches Anwachsen des Stiftungskapitals als notwendig oder auch nur möglich vorauszusetzen. Wollte z. B. ein Multimillionär heute 100 Mill. M. zu 4% auf Zinseszins legen, so müßte das Kapital in 100 Jahren rechnungsmäßig auf 5 Milliarden, in 200 Jahren auf 250 Milliarden, in 340 Jahren aber gar auf über 150000 Milliarden angewachsen sein. Dasselbe Resultet würde sich ergeben, wenn etwa eine Million schlauer kleiner Sparer je 100 M. im Staatsschuldenbuch auf Zinseszins anlegen wollten. Daß derartige Kapitalmassen in Wirklichkeit nicht in Erscheinung treten können, sei, so meint Oppenheimer, ganz klar. Denn ein Kapital von 150000 Milliarden sei größer, als man das Weltvermögen in 340 Jahren voraussetzen könne, selbst wenn man die Zunahme des letzteren noch so optimistisch einschätzen wollte. Die Berechnung müsse also einen „Haken" haben.

Oppenheimer glaubt diesen Haken in der Tatsache gefunden zu haben, daß der Leihzins im Laufe der Zeit unter die im Moment der Stiftungserrichtung vorausgesetzte Höhe fallen müsse. Es sei irrig, anzunehmen, daß Kapitalien von außerordentlicher Höhe fortwährend Zinsen in einer und derselben Höhe hecken könnten. In Wirklichkeit würde der Zins eines Riesenkapitals allmählich fallen, und zwar viel tiefer, als es den historischen Erfahrungen der letzten Jahrhunderte entspreche. Denn da der Zinsfuß sich entsprechend dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt, so falle der Zinsfuß, wenn das Kapitalangebot wachse. Eine Kapitalanhäufung, wie sie hier vorausgesetzt wird, müsse sich also von einem gewissen Zeitpunkt an, sobald die Summe groß genug geworden ist, um den Markt entscheidend zu beeinflussen, aus ihren eigenen inneren Kräften heraus selbst beschränken und immer langsamer zunehmen.

Hierzu schreibt Herr Walter L. Hausmann der „Bank" folgendes:

Die Tatsache, daß 100 Millionen, zu 4% auf Zinseszins gelegt, in 300 Jahren 50 mal soviel betragen, wie das heutige deutsche Gesamtvolksvermögen, das rund mindestens 250 Milliarden ausmacht, veranlaßt Herrn Dr. Oppenheimer, den „Haken" darin zu suchen, daß durch das ständig wachsende Kapitalangebot der Landeszinsfuß so gedrückt werden würde, daß die hohe Endsumme überhaupt nicht erzielt werden könnte, wenigstens nicht in absehbarer Zeit. Dieser Schluß erscheint mir abwegig, und zwar schon deshalb, weil es vor 300 Jahren, also im Jahre 1614, wahrscheinlich in Deutschland allein, sicherlich aber in der ganzen Welt, tatsächlich 1 Million Sparer gegeben hat, die je 100 Mark angesammeltes Sparkapital zu 4% auf Zinsen legten, ohne daß dadurch der Weltzinsfuß sich wesentlich nach unten bewegt hätte. Der Einwand, daß keiner dieser Sparer

Digitized by Google

sein Sparkapital 300 Jahre unberührt gelassen habe, erscheint deshalb nicht stichhaltig, weil dann eben irgendein anderer Sparer das Kapital hielt, und es hier nicht auf die Person des Sparers, sondern nur auf die Tatsache ankommt, daß seit 300 Jahren in der Welt eine Totalsumme von mindestens 100 Millionen zinsbar angelegt ist, ohne daß deshalb der Zinsfuß ins unendliche zusammengeschrumpft wäre. Um meine abweichende Meinung klar zum Ausdruck bringen zu können, bedarf es zunächst einer Kennzeichnung der Begriffe: Geld, Zins, Kapital.

1. Geld ist eine die Tauschkreise unendlich oft erweiternde Vertragsurkunde, die dem jeweiligen Inhaber Anrechte in Währungseinheiten auf Arbeitskräfte und „geronnene" Arbeitskraft (Sachgüter) gibt. Das Gold und Silber im Gelde ist lediglich Sicherheitsanhängsel, in unsicheren Staaten ein mehr, in sicheren Staaten ein weniger notwendiges Mittel zum Einflößen von Vertrauen. Eine Dritteldeckung des Geldes (Banknoten u. dergl.) durch Hinterlegung von Gold ist für große Kulturstaaten vollkommen genügend.

2. Zins ist nichts weiter als die Pacht oder Miete, die man für die obigen Anrechte auf Sachgüter oder Anrechte auf Arbeitskräfte bezahlt. Nehmen wir an, ein Wald ergebe ca. 5000 Mark Reinnutzen, so würde er einen Wert von 100 000 M. haben. Nach 20 Jahren hätte er, verpachtet, seinem Eigentümer an Pacht ebensoviel gebracht, als wenn er verkauft worden wäre; aber niemand würde wohl verlangen, daß der Eigentümer aus diesem Grunde keine Pacht oder eine verringerte Pacht empfangen müsse. Man würde es vielmehr als selbstverständlich betrachten, daß, so lange die Ergiebigkeit und die Holzpreise sich nicht geändert haben, dieselbe Pacht oder „Miete" durch Hunderte von Jahren hindurch bezahlt werden muß. Da man sich mit 100 000 Mark Barvermögen einen solchen Wald oder ähnliche vermietbare Sachgüter jederzeit kaufen kann und tatsächlich jedes Vermögen in irgendein Sachgut verwandelt (angelegt) zu werden pflegt, so ergibt sich daraus, daß Zinsen nichts weiter wie Pacht für Sachgüter und daher auch dann berechtigt sind, wenn ihre Gesamthöhe den Wert des Sachgutes längst überschritten hat. Die absolute Höhe des Zinssatzes, die von vielen Faktoren, hauptsächlich von dem Dringlichkeitsgrade der Nachfrage abhängt, ist dabei nebensächlich.

3. Kapital ist für den Gesamtwirtschaftskörper die Summe von Menschenkräften plus Naturkräften plus Naturprodukten. Die Zusammenballung ergibt die Sachgüter. Das Betriebskapital der Einzelwirtschaft sind teils Sachgüter, teils Anrechte auf Sachgüter anderer Einzelwirtschaften in Währungseinheiten, d. h. Geld, Hypotheken, Wechsel und dergleichen.

Digitized by Google

Die Sachgüter lassen sich einteilen in:

1. Tagesgüter, welche ich so nenne, weil sie noch am selben Tage, an dem sie den letzten Konsumenten erreichen, verschwinden — verzehrt werden (Nahrungsmittel, Brennstoffe u. dergl.).
2. Jahresgüter (Kleidung u. dergl.).
3. Jahrzehntgüter (Möbel, Maschinen u. dergl.).
4. Jahrhundertgüter (Häuser u. dergl.).

Erst auf dieser Grundlage, d. h. wenn man sich des Zusammenhanges zwischen Kapital und Sachgütern und der verschiedenen Lebensdauer der Sachgüter bewußt ist, kann man verstehen, welche wirtschaftliche Wirkung es hat, wenn ein Milliardär 100 Millionen seines Besitzes zu 4% auf Zinseszins legt.

Das deutsche Volk mit einem Gesamtvermögen von 250 bis 300 Milliarden und einem Einkommen von etwa 50 Milliarden verausgabt davon für Tages- und Jahresgüter etwa 40 Millarden. Nur etwa 10 Milliarden werden für Jahrzehnt- und Jahrhundertgüter aufgewendet und bilden den jährlichen Vermögenszuwachs Deutschlands. Würde ein Krupp heute 100 Millionen Mark Geld (Anrechte auf Waren und Arbeitskräfte) zu 4% auf Zinseszins legen, d. h. ausleihen, anstatt sie in neue Fabrikgebäude zu stecken oder für sein Privatleben auszugeben, so müßte diese Summe, um Zinsen bringen zu können, von irgend jemand benützt werden, um damit Sachgüter zu erzeugen oder zu kaufen und solche zu verpachten oder zu vermieten.

Als einfachstes Beispiel nehmen wir an, die Berliner Sparkasse würde diese Summe erhalten und in Form von ersten Hypotheken ausleihen. Der Erfolg würde (in Gestalt etwas niedrigerer Hypothekenzinsausgaben der Hausbesitzer) sich in einem Anziehen der Grundstücks- und Häuserpreise, also der Jahrhundertgüter, zeigen. Hätte Krupp die 100 Millionen für Automobile, Yachten, Festlichkeiten und dergleichen verausgabt, so wären die „Jahresgüter" und damit die Löhne gestiegen. Da nun in dem vorliegenden Vermächtnis jährlich 4% Zinsen von den hundert Millionen zwangsweise 300 Jahre hindurch immer wieder in „Jahrhundertgütern" und nicht in „Jahresgütern" angelegt werden müssen und es sich nach 100 oder 200 Jahren um Neuanlagen von jährlich Hunderten von Milliarden handeln würde, die gesamtdeutsche „Jahrhundert"güter-Produktion, also Häuser und dergl., aber nur 10 Milliarden jährlich beträgt, so würde die kolossale Nachfrage den Preis der Jahrhundertgüter so gesteigert haben, daß die 10 Milliarden Jahrhundertgüter, um die sich heute das Volksvermögen jährlich vermehrt, in 200 Jahren einen ganz enormen Wert hätten, so daß die Kruppschen Erben mit

Digitized by Google

ihren Hunderten von Milliarden nur einen wenn auch beträchtlichen Bruchteil der Gesamtproduktion erwerben könnten. Selbstverständlich würden Löhne und Warenpreise in demselben Verhältnis gestiegen sein. Ein gelernter Arbeiter, der heute 1 M. pro Stunde erhält und für sein Mittagsbrot 1 M. zahlt, würde alsdann 100 M. Arbeitslohn erhalten und 100 M. für sein Mittagsbrot bezahlen. Seine Lebensweise wäre durch die Preissteigerung nicht verändert, nur der nominelle Geldwert hätte sich verringert. Die Preise könnten ins unendliche steigen und würden es auch tun, da die einzige Hemmung der Preissteigerung, die Goldwährung mit ihrer Drittelnotendeckung, unter dem Druck der sonst entstehenden furchtbaren Katastrophen (Handelskrisen. Geldnot, Arbeitslosigkeit) längst aufgehoben worden sein würde. Niemand würde einen Schaden davon haben, mit Ausnahme der Besitzer langfristiger Schuldforderungen, deren Nennwert trotz des Sinkens des Geldwertes unverändert auf die alte Geldsumme lautet. Der Zinsfuß aber hätte sich, entgegen der Annahme von Oppenheimer, kaum verändert, weil dem starken Kapitalangebot seitens der Kruppschen Erben die Hypothekennachfrage für die im Werte und in der Beleihungsgrenze ums Hundertfache gestiegenen Häuser die Wagschale hielte. Walter L. Hausmann.

Der Bauschwindel im Lichte der Statistik*)

Unter den Gründen, weshalb der Kampf gegen die Mißstände auf dem Baumarkt bis heute so völlig ergebnislos verlaufen ist, ist wohl der wesentlichste die Unklarheit, die hinsichtlich des Begriffes „Bauschwindel" herrscht. Gibt es einen Bauschwindel, so muß es doch wohl auch Bauschwindler geben. Diese Logik scheint unanfechtbar und ist doch in Wirklichkeit grundfalsch. Selbstverständlich gibt es wie in jedem Beruf so auch im Baugewerbe Unreellität. Sie ist aber für die Mißstände auf dem Baumarkt nicht das entscheidende. Das, was die Bekämpfung des Bauschwindels so schwer macht, ist vielmehr der, man möchte fast sagen bedauerliche Umstand, daß die Personen, deren Zahlungsunfähigkeit Schuld an den Verlusten der Bauhandwerker ist, in der Regel durchaus dem Durchschnittsmaß der gewerblichen Moral entsprechen. Diese Tatsache, die weder neu ist noch etwas beweist, wird auch durch die Denkschrift bestätigt. Die Bearbeiter der Statistik haben sich die Mühe genommen, alle wegen Bauschwindels zur Anzeige gebrachten oder abgeurteilten Fälle in Groß-Berlin zu prüfen. Das Resultat dieser Untersuchung bildet für das Groß-Berliner Bauunternehmertum geradezu eine Ehrenerklärung. In den 46 untersuchten Fällen wurde das

*) Vergl. den Aufsatz „Eine Denkschrift" im Juliheft.

Digitized by Google

Verfahren fast durchweg schon auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt. In einigen Fällen kam es zur Erhebung der Anklage, die aber zur Freisprechung führte. Bestrafungen sind nur in drei Fällen erfolgt, je einmal mit 50 und 75 M. und einmal mit vier Wochen Gefängnis. In dem einzigen „schweren" Fall erfolgte Bestrafung, weil der Unternehmer das Baugeld zur Bezahlung älterer Schulden verwandt hatte. Wüßte man es nicht längst, so würde dieses Ergebnis als ein Beweis dafür anzusehen sein, daß der Bauschwindel seinen Ursprung nicht im moralischen Defekt des Bauunternehmertums hat. Dieses ist Objekt, nicht Subjekt des Bauschwindels. Es ist also Donquichotterie, wenn man die Gesetzgebung auf den Bauunternehmer als einen gewerbsmäßigen Bauschwindler hetzt und ihre Kräfte sich in Lufthieben erschöpfen läßt, und es ist nur natürlich, daß der I. Teil des Bausicherungsgesetzes mit seinen drakonischen Strafen gegen die Bauschwindler völlig versagt hat.

Auch die Gegner der Einführung des II. Teils des Gesetzes können dieses negative Ergebnis nicht leugnen. Da ihre Position aber damit steht und fällt, ob es ihnen gelingt, das Problem, das in Wirklichkeit der Ausfluß einer ganz bestimmten Rechtslage ist, als eine Personenfrage hinzustellen, so haben sie seit dem Versagen des I. Teils des Bausicherungsgesetzes den Begriff des „unzuverlässigen" Bauunternehmers geprägt. Seiner Bekämpfung soll u. a. auch die von den Terrain-Interessenten im Jahre 1912 ins Leben gerufene Bauauskunftsstelle für Groß-Berlin dienen. Um nun zu ermitteln, ob und inwieweit die Behauptung, der „technisch vorgebildete und schon darum zuverlässige" Bauunternehmer habe sich mehr und mehr vom Baumarkt zurückgezogen, richtig sei, hat das Statistische Amt nachgeforscht, wer bei den in den Jahren 1909 bis 1911 errichteten Neubauten als Bauunternehmer in Betracht gekommen ist. Danach ergibt sich, daß 57 % der Bauunternehmer als technisch vorgebildet anzusprechen waren. Es ist mir nun nicht bekannt, ob die Handwerker tatsächlich den Trugschluß begangen haben, „technisch vorgebildet" und „zuverlässig" gleichzustellen. Ist dies der Fall, so würde damit nur bewiesen sein, daß auch in diesen Kreisen noch manche bedauerliche Unklarheit über die Gründe der Bauverluste herrscht oder geherrscht hat. Natürlich hat die Statistik ermittelt, daß der berufsmäßige und technisch vorgebildete Bauunternehmer einen viel größeren Beitrag zu den Verlusten liefert als z. B. derjenige Unternehmer, der sich als Kaufmann bezeichnet. Das ist deshalb natürlich, weil der berufsmäßige Bauunternehmer sich nur schwer dazu entschließen kann, still zu liegen; er baut, weil er nichts anderes gelernt hat, auch wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen dagegen sprechen.

Digitized by Google

Nur ein Gesichtspunkt könnte ihn davon abhalten: Die Furcht, sein Vermögen dabei zuzusetzen. Diese Rücksicht hat tatsächlich den potenten Bauunternehmer bestimmt, sich vom Groß-Berliner Baumarkt mehr und mehr zurückzuziehen, und das Feld den Leuten zu überlassen, die nichts zu verlieren haben und deshalb „hemmungslos" bauen. Man sieht hieraus, welcher Unfug mit dem Begriff „zuverlässig" getrieben werden kann. Statt mit vieler Mühe nachzuweisen, daß die Verluste bei den technisch vorgebildeten Unternehmern noch größer sind als bei den aus anderen Berufen stammenden Unternehmern, wäre es zweckentsprechender gewesen, die Vermögensverhältnisse der Bauunternehmer zu untersuchen. Das wäre an der Hand der Steuerlisten und anderer Aktenstücke sehr wohl möglich gewesen. Eine solche Statistik hätte zweifellos den Nachweis erbracht, daß das Gros der Bauunternehmer sich aus fast oder ganz unbemittelten Personen zusammensetzt. Auch die Manifestanten unter ihnen hätten keinen kleinen Prozentsatz ausgemacht. In den kontradiktorischen Verhandlungen, die im vorigen Jahre über die Frage des Bauhandwerkerschutzes stattgefunden haben, fiel von einem der eifrigsten Freunde der Terrainspekulation das Wort, das Bauen in den Großstädten sei eine so riskante Sache, daß sich immer nur kleine Leute damit befassen würden; wohlhabende Kreise dächten gar nicht daran, sich in so gefährliche Geschäfte einzulassen. Und er erwähnte eine Statistik des Magistrats von Breslau, nach der 96 % aller Neubauten von ganz kleinen Leuten errichtet worden sind. Wohl verstanden, das sagte ein Verteidiger der bestehenden Verhältnisse, und er hielt dies für den natürlichen Zustand der Dinge. Der Bearbeiter der Statistik hätte sich diese in ihrer Offenherzigkeit so wertvollen, dabei aber alle gesunden wirtschaftlichen Gesetze auf den Kopf stellenden Ausführungen, die für den Baumarkt so typisch sind, nicht entgehen lassen dürfen. Er hätte auf die Frage eingehen müssen, wie sich denn dieser unnatürliche, für die Baugläubiger so ungünstige Zustand hat herausbilden können. Die Erklärung ist in diesen Heften oft genug gegeben worden. Unser Hypothekenrecht gestattet es den Verkäufern der Baustelle, auf den mit fremdem Gelde errichteten Bau und auf alle Leistungen der Handwerker, die mit dem Boden körperlich verbunden sind, Beschlag zu legen. Auf dieses durch das Hypothekenrecht geschaffene Privileg, das unsern Enkeln eines Tages nicht viel weniger barbarisch vorkommen wird als das jus primae noctis des Mittelalters, lassen sich in der Tat alle Mißstände zurückführen, die heute auf dem Grundstücksmarkt herrschen, und die u. a. auch der II. Teil des Bausicherungsgesetzes bekämpfen will. Das hat niemand schärfer präzisiert

Digitized by Google

als der frühere Grundbuchrichter und jetzige Hypothekenbankdirektor Kammergerichtsrat a. D. Thinius. Die von ihm ausgearbeiteten Vorschläge, die später in dem II. Teil des Gesetzes verwirklicht wurden, laufen denn auch folgerichtig auf eine Durchbrechung des Prioritätsprinzips zugunsten der Baugläubiger hinaus. Die verhängnisvollste Konsequenz des heutigen Rechts besteht darin, daß es die Hemmung außer Kraft setzt, die sich sonst überall im Erwerbsleben wohltätig bemerkbar macht, nämlich die Rücksicht auf das eigene Risiko. Die Verkäufer der Baustellen können bei der heutigen Rechtslage auch mit mittellosen Unternehmern arbeiten, mit ihnen sogar noch eher als mit den potenten, weil die ersteren finanziell von ihnen abhängig sind und deshalb einen Aufschlag auf den regulären Parzellenpreis bewilligen.

Der Bauschwindel ist also in Wirklichkeit weder eine Frage der persönlichen Moral noch der technischen Zuverlässigkeit, sondern eine Rechtsfrage. Da er in der erlaubten Ausnutzung der durch das Gesetz geschaffenen Möglichkeiten besteht, erscheint er juristisch nicht als das, was er nach dem Moralempfinden des Volkes ist, sondern als formal korrekte kaufmännische Gebarung. Will man trotzdem mit dem Begriff der Unzuverlässigkeit operieren und diese in Beziehung zu den Bauverlusten bringen, so darf man dabei nicht an den Bauunternehmer denken, dessen einzige Schuld seine Mittellosigkeit ist, sondern an die Terraingesellschaften und Großhändler, die in Ausnützung der Rechtslage mit Personen kontrahieren, von denen sie bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns wissen müssen, daß sie ihre Verpflichtung gegen die Baugläubiger voraussichtlich nicht werden erfüllen können. Man hätte also bei der Untersuchung über die Ursachen der Bauverluste vor allem feststellen müssen, wer denn die Verkäufer bei den notleidend gewordenen Grundstücken gewesen sind. Dabei hätte sich höchst wahrscheinlich ein Heer von Strohmännern gezeigt. Es hätte sich aber auch in vielen Fällen ergeben, daß hinter den Verkäufern unsere vornehmsten, über alle Mittel der kaufmännischen Auskunftseinholung verfügenden Terraingesellschaften stehen. Eine solche Statistik hätte die Heuchelei erkennen lassen, die darin besteht, daß man den Handwerkern leichtsinniges Gebaren bei ihrer relativ begrenzten Kreditgewährung an unzuverlässige Bauunternehmer zum Vorwurf macht, während große Gesellschaften und ihre Hintermänner an eben diese Unternehmer Objekte im Wert von Hunderttausenden verkaufen.

Dem Statistiker ist es bei der Durcharbeitung des Materials natürlich nicht verborgen geblieben, daß sich aus der Unzuver-

Digitized by Google

lässigkeit der Bauunternehmer die Häufigkeit der Bauverluste nicht erklären läßt. Das hätte ihm eigentlich nahelegen müssen, sich gegen die Behauptung der Gegner des II. Teils des Bausicherungsgesetzes zu wenden, daß durch eine bessere Ausgestaltung des Auskunftswesens die zu bekämpfenden Mißstände auch ohne Aenderung der Rechtslage lediglich durch Selbsthilfe beseitigt werden können. Statt dessen widmet die Denkschrift der bereits erwähnten Bauauskunftsstelle für Groß-Berlin außerordentlich sympathische Worte, ja sie befürwortet sogar noch ihre weitere staatliche Förderung dadurch, daß man ihr das Recht verleiht, die Vorlage der Bauverträge zu verlangen. Der Verfasser der Denkschrift unterdrückt zwar nicht seinen Zweifel, ob diese „wichtige Selbsthilfe" für den Kampf gegen die Mißstände am Baumarkt ausreicht, aber der ganze Ton seiner Ausführungen über diesen Gegenstand läßt doch erkennen, auf welches Gleis er bzw. seine Informatoren das Problem geschoben haben wollen. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, nachzuweisen, warum die Bauauskunftsstelle für das freie Baugewerbe eine schwere Bedrohung bedeutet, eine um so schwerere, als ihr bereits eine Reihe von Machtmitteln des Staates ausgehändigt worden sind, ohne daß sie dessen Verantwortung trüge. Der Verfasser muß sich darauf beschränken, auf seinen Artikel „Der Sumpf" im Oktoberheft 1913 der „Bank" zu verweisen, mit dem Hinzufügen, daß ihm seit Erscheinen des Artikels aus Architekten- und Handwerkerkreisen zahlreiche Aeußerungen zugegangen sind, nach denen man die Bauauskunftsstelle in den am Bau beteiligten Erwerbskreisen vielfach bereits als eine öffentliche Gefahr ansieht. Für das vorliegende Thema sei nur ein einziges charakteristisches Detail erwähnt. Die Väter der Bauauskunftsstelle sitzen bekanntlich in dem von den Terrain-Interessenten ins Leben gerufenen Schutzverband für den deutschen Grundbesitz. Als im Präsidium des Verbandes der Plan erörtert wurde, das Bauauskunftswesen für Groß-Berlin zu monopolisieren, wurde von einer Seite der Vorschlag gemacht, sich nicht auf die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit der Bauunternehmer zu beschränken, sondern in der Erwägung, daß selbst der solide Bauunternehmer, wenn er an ungeeigneter Stelle und in ungeeigneter Zeit baut, leicht zu Schaden kommen kann, auch ein allgemeines Urteil über die Aussichten des projektierten Baues abzugeben. Eine solche Auskunft könnte, vorausgesetzt, daß sie objektiv, d. h. von allen Eigeninteressen losgelöst erteilt würde, in der Tat ein taugliches Mittel sein, um die Verlustgefahren der Baugläubiger bis zu einem gewissen Grade zu beschränken. Der Vorschlag wurde aber abgelehnt. Natürlich! Im anderen Falle wäre ja in das anarchische System unserer

Digitized by Google

Wohnungsherstellung, bei dem nicht das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, sondern der Zwang, Baustellen verkaufen zu müssen, entscheidet, Bresche gelegt worden. Freilich leiden die Parzellenverkäufer gegenwärtig selbst empfindlich unter diesem System. Aber sie wollen sich deshalb doch nicht die Möglichkeit versperren, die Vorteile des Systems einzuheimsen, wenn die jetzige Stagnation gewichen sein wird.

Die für die Baugläubiger so ungünstige Rechtslage bildet aber nur ein Element von mehreren, in dem „Bauschwindel" genannten Komplex von Moralwidrigkeiten. Die Rechtslage kann ihre nachteiligen Wirkungen nur in den Fällen ausüben, wo als weiteres Element eine krasse Ueberschätzung des Bodenwertes mit entsprechend überhoher Eintragung des Restkaufgeldes stattfindet. Es ist eins der wesentlichsten Argumente zugunsten der Einführung des II. Teils des Bausicherungsgesetzes, daß diese Ueberwertungen, welche die Regel bilden, durch die im Gesetz vorgesehene Abschätzung des Baustellenwertes seitens unabhängiger Schöffen (welche die Grundlage des den Baugläubigern einzuräumenden grundbuchlichen Vorrechts bilden soll) beseitigt werden würden. Die Denkschrift widmet nun einen unverhältnismäßig großen Teil ihres Inhalts der Aufgabe, folgendes nachzuweisen: 1. Bei den der Untersuchung unterworfenen Fällen hat überhaupt keine in Betracht kommende Ueberwertung der Terrains stattgefunden; 2. selbst wo Ueberwertungen stattfanden, können sie nicht als Verlustgrund angesehen werden; 3. eine tatsächliche Verteuerung zum Nachteil der Baugläubiger findet nicht durch die Terraingesellschaften, sondern nur durch die Zwischenhändler statt. (Es sind dies die sogenannten Blockkäufer, deren sich die Gesellschaften manchmal bedienen, um eine schnellere Aufschließung ihrer Terrains zu ermöglichen.) Im übrigen wird die Konzession an den Standpunkt der Befürworter des Gesetzes, welche in dem Zugeständnis einer Bodenverteuerung durch die Blockkäufer liegt, alsbald wieder zurückgenommen, indem die Denkschrift ausführt, daß die Blockkäufer nur Engrospreise bezahlen, die sich bis zu 50 % niedriger stellen als die mit den eigentlichen Unternehmern erzielten Preise. Um seinen im Widerspruch mit weitverbreiteten Ansichten stehenden Standpunkt zu rechtfertigen, wählt der Verfasser der Denkschrift als Beispiel zwei Terraingesellschaften, die ihren Besitz vollständig liquidiert haben, ohne dabei übermäßige Gewinne zu erzielen, nämlich die Terraingesellschaft Neu-Bellevue und die Kurfürstendamm-Gesellschaft. Es wird nun der hypothetische Fall gesetzt, die Terrains seien bei der Gründung dieser beiden Gesellschaften um 33⅓ % niedriger eingebracht worden, als es tatsächlich der Fall war. Und es wird ausgerechnet, daß es

Digitized by Google

dann möglich gewesen sein würde, das Quadratmeter in dem einen Beispiel um 27,4 %, in dem anderen Beispiele um 30,23 % billiger abzugeben. Da nun in Groß-Berlin der Preis des nackten Bodens zwischen ¼ und ⅓ des Gesamtwertes der bebauten Grundstücke zu liegen pflegt, so würden bei der um 33⅓ % niedriger angenommenen Bewertung des Rohlandes die Gesamtkosten eines Hauses sich auf 7 bis höchstens 10 % billiger stellen, und die Bauhandwerker würden, entsprechend ihrem Anteil am Gesamtwert, durch die Ueberwertung im Höchstfalle 10 bis 15 % verlieren können. „Aber auch Bauverluste in dieser Höhe" — so fährt die Denkschrift fort — „wären außerordentlich beklagenswert, falls sie als Folgeerscheinung einer allgemeinen Ueberwertung des Terrains durch den Terrainhandel eintreten würden. Doch zeigt eine einfache Ueberlegung, daß dies nicht der Fall sein kann. Ist die Ueberwertung allgemein, so werden auch die Verluste als ihre Folgeerscheinung allgemein sein. Die Verluste der Bauhandwerker sind aber keine allgemeine Erscheinung bei allen Mietshäusern, sondern nur bei einer bestimmten Zahl, und treten in jedem einzelnen Fall in ganz verschiedener Höhe auf." Selbst wenn man sich diese Gedankenkette zehnmal durchliest, wird man die in ihr enthaltene Logik nicht begreifen. Der Schreiber dieser Zeilen erklärt sich wenigstens für seine Person dazu außerstande. Weil die Verluste der Bauhandwerker an den auf überwerteten Terrains errichteten Häusern keine allgemeine Erscheinung bilden und in verschiedener Höhe auftreten, soll es nicht erlaubt sein, die Tatsache der Ueberwertung und der Verluste in einen ursächlichen Zusammenhang zu bringen? Es gibt aber doch hundert Möglichkeiten, welche die Wirkungen der Ueberwertung im einzelnen Falle modifizieren oder ganz aufheben können. Die Tuberkulose wird heute fast allgemein auf ungünstige Wohnungsverhältnisse zurückgeführt. Das ist ein Irrtum, belehrt uns ein Gegner der Wohnungsreform, denn es gibt zahlreiche Bewohner überfüllter Räume, die nicht an dieser Seuche leiden. Genau derselbe Trugschluß wird in der Denkschrift gemacht. Ihr Verfasser leugnet nicht nur jeden Zusammenhang zwischen dem Preis des Baulandes und den Verlusten der Baugläubiger, er glaubt aus dem durch die Statistik gewonnenen Material auch den Nachweis erbringen zu können, daß bei den Häusern, an denen Verluste erlitten wurden, keine Ueberteuerung der Parzelle stattgefunden hat; die an schwach gewordene Unternehmer verkauften Baustellen hätten sich eben einfach der allgemeinen Preisbildung nicht entziehen können. Eine Nachprüfung der zu diesem Ergebnis kommenden Statistik ist mir nicht möglich. Es muß aber betont werden, daß diese Feststellung der Denkschrift sich in einem schroffen Gegensatz

Digitized by Google

zu den Erfahrungen des täglichen Lebens befindet. Eine mit geringer Anzahlung an einen kleinen Mann verkaufte Nähmaschine ist selbstverständlich teurer, als eine bar oder mit hoher Anzahlung verkaufte. Für den Grundstücksmarkt wird diese Differenzierung des Preises ausdrücklich durch ein vor einigen Jahren erstattetes Gutachten der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft bestätigt. Danach ist es Handelsbrauch, den Preis einer mit geringer Anzahlung verkauften Parzelle um 15 bis 20 % höher zu stellen. Die Denkschrift will also die Berliner Aeltesten eines besseren belehren. Aber selbst wenn man sich mit diesem Widerspruch abfindet, bleibt doch noch immer die Frage offen, ob nicht etwa durch die Tätigkeit der Terrainspekulation eine ganz allgemeine Verteuerung des großstädtischen Wohnbodens eintritt, durch welche die Verlustgefahr der Baugläubiger gesteigert wird. Der Verfasser der Denkschrift bestreitet selbst nicht die Möglichkeit, daß bei der Inferierung von Grundstücken in Terraingesellschaften „Vorschätzungen von Zukunfts-Verwertungen" stattfinden, meint aber, daß sie hier ebenso wie im sonstigen gewerblichen Leben „wohl kaum je auszuschalten sind". Ein böses Wort, das jedermann außer dem Terraingründer unangenehm im Ohre klingt. Wo gibt es denn im gewerblichen Leben eine Analogie für die schamlosen „Vorschätzungen", wie sie im Bodenhandel gang und gäbe sind? Selbst die krassen Fälle von Ueberwertung, wie sie bei der Umwandlung eines Privatbetriebs in eine Aktiengesellschaft oft stattfinden, gestatten keinen Vergleich mit den Aufschlägen im Terraingeschäft. Oder werden in der Eröffnungsbilanz die Rohmaterialien, Maschinen, Halb- und Fertigfabrikate, Werkzeuge, Bureaueinrichtungen usw. etwa danach eingeschätzt, was sie in Zukunft einmal wert sein könnten? Auch der optimistischste Gründer wird sich, wenn er nicht gerade ein Betrüger ist, bei der Ueberwertung dieser Einbringungen in bescheidenen Grenzen halten. Nur bei den Immobilien im weitesten Sinn (also auch Bergwerksgerechtsamen) ist es möglich, der Phantasie die Zügel schießen zu lassen.

Daß die Ueberteuerung des Bodens für den Bauschwindel die primärste Voraussetzung bildet, lehrt übrigens auch die Geschichte. Denn der Bauschwindel ist ja keine Erscheinung aus den letzten Jahrzehnten, sondern kann auf ein ehrwürdiges Alter herabblicken. In seiner Anfang der 70er Jahre erschienenen Biographie spricht der berühmte Eisenbahngründer Strousberg von dem Bauschwindel, der so viele Opfer unter den Handwerkern fordere, und erwähnt dabei die zu jener Zeit in Berlin grassierende schwindelhafte Ueberwertung der Bodenpreise, die eine Folge

Digitized by Google

des glücklichen Feldzugs und des Avancements Berlins zur Reichshauptstadt war, und auf die dann Ende der 70er Jahre der katastrophale Zusammenbruch erfolgte. Es war nicht die letzte Periode der phantastischen Ueberwertung des Groß-Berliner Bodens. Die jüngste Periode wurzelt in der etwa 1906 einsetzenden Hochflut der Terraingründungen. Damals wendeten sich einige Berliner Großbanken in totaler Verkennung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben dem Terraingeschäft zu, und schon die bloße Tatsache des Erscheinens dieser potenten Käufer auf dem Markt ließ die Bodenwerte auf das Niveau emporschnellen, das später den Baugläubigern wie den Zeichnern der Terrain-Aktien so verhängnisvoll geworden ist.

Wenn durch eine Hochkonjunktur die Preise der Rohmaterialien auf eine ungesunde Höhe getrieben worden sind, dann tritt nach einer gewissen Zeit der Moment ein, wo die Unternehmungslust schon wegen des gestiegenen Risikos abflaut. Im Baugewerbe ist die wirtschaftliche Logik eine andere. Zwar ziehen sich die soliden Unternehmer, die ihre eigene Haut zu Markte tragen, zurück, trotzdem aber erleidet die Konjunktur zunächst keine Unterbrechung, denn unser Hypothekenrecht gestattet ja den Terrainverkäufern, auch mit mittellosen Unternehmern Geschäfte zu machen, ihnen Baugeld zu geben und sonstige Erleichterungen zuteil werden zu lassen. Erhebliche Gefahr ist damit nicht verbunden, da das Hauptrisiko von anderen, den Lieferanten und Handwerkern, getragen wird. Und dieser volkswirtschaftlich durchaus ungesunde Zustand kann noch lange fortdauern, auch wenn eine starke Ueberproduktion unverkennbar ist, die Subhastationen sich häufen und Bauhandwerker zugrunde gehen. In Groß-Berlin ist die Reaktion erst eingetreten, als sich keine Dummen mehr fanden, die durch Hergabe von zweiten Hypotheken den fiktiven Teil des Baustellenpreises ablösen wollten. Von den Terraininteressenten wird allerdings behauptet, die steuerlichen Lasten seien an der schließlich, viel zu spät, ausgebrochenen Krisis schuld gewesen. Sich mit dieser Behauptung zu identifizieren, trägt der Verfasser der Denkschrift, als Mitglied der Regierung, natürlich Bedenken. Aber seine Darstellung läßt deutlich die Sympathie erkennen, die er ihr entgegenbringt.

Auf einen äußerst wichtigen Punkt ist die Statistik leider nicht eingegangen. Man hat es nicht für erforderlich gehalten, zu ermitteln, in welchem Umfang die schwachen Bauunternehmer dadurch zu Schaden gekommen sind, daß ihnen ein Teil der erforderlichen Rohmaterialien über dem Marktpreis angerechnet wurde Die Lieferanten dieser Materialien sind mit den Baugeldgebern bekanntlich vielfach identisch, und die von ihnen

Digitized by Google

geforderten Ueberpreise fallen nur deshalb nicht in das Gebiet des Warenwuchers, weil sie einem allgemein üblichen, durch das vermehrte Risiko vielleicht auch nicht einmal ganz unberechtigten Handelsgebrauch entsprechen. Jedenfalls haben wir hier eine weitere Ursache mancher Grundstücksüberwertung und mithin eine Verlustquelle für die Handwerker vor uns, die nicht ganz hätte ignoriert werden dürfen.

Man sollte meinen, daß niemand besser in der Lage sei, die Symptome der Ueberproduktion mit ihren schlimmen Folgen für die Bauhandwerker rechtzeitig zu erkennen, als die Geldgeber auf erste Hypothek, also hauptsächlich die Hypothekenbanken und Lebensversicherungs-Anstalten. Sie brauchten nur bei eintretender Häufung der Zinsrückstände und der Subhastationen in ihrer Beleihungstätigkeit Zurückhaltung zu üben, um dem Bauschwindel das Wasser abzugraben. Sie haben aber nach dieser Richtung hin nicht nur völlig versagt, sondern ganz im Gegenteil durch ihre Beleihungspraxis den Ausschreitungen noch Vorschub geleistet. Die Denkschrift bringt dafür, freilich ohne die sich aufdrängenden Schlußfolgerungen zu ziehen, die schlagendsten Beweise. Um festzustellen, ob an den mit Verlust für die Baugläubiger verbundenen Subhastationen etwa der unzureichend gewährte Realkredit schuld sei, wurde in zehn Berliner Vorortgemeinden untersucht, wie hoch die 1909 bis 1911 auf Neubauten gegebenen ersten Hypotheken im Verhältnis zum katasteramtlichen Wert auslaufen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist: Von den fertiggestellten und subhastierten Häusern lief die erste Stelle im Durchschnitt bei 73,53 %, von den schon im Rohbau subhastierten Häusern bei 72,81 % des Wertes aus. In einzelnen Gemeinden geht bei der ersteren Gruppe die erste Hypothek durchschnittlich bis über 75 %, bei der zweiten Gruppe bis über 79 %. Da nun nach den Feststellungen des Statistischen Amts die katasteramtlichen Gesamtwerte zu niedrig sind, so ermäßigen sich nach der Meinung des Verfassers der Denkschrift die Verhältnisziffern um 4 bis 5 %. Damit erhält man für die erste Stelle einen durchschnittlichen Prozentsatz, der zwischen 65 und 70 % schwankt. Die Denkschrift bezeichnet diese Realkreditverhältnisse als „günstig", und das ist außerordentlich bezeichnend für den subjektiven Standpunkt des Verfassers. Anstatt an die für die Beleihungspraxis unserer großen Darlehnsinstitute, die doch nur bis 60 % (süddeutsche Institute sogar nur bis 50 %) des sorgfältig ermittelten Wertes gehen dürfen, so blamable Feststellung einige kräftige Worte zu knüpfen, sieht er darin lediglich den Beweis, daß unsere Realkreditverhältnisse nicht für die vielen Zusammenbrüche von Bauunternehmern verantwortlich gemacht werden können. Das ist ganz

Digitized by Google

der Gedankengang, in dem sich der kurzsichtige Egoismus der Interessenten bewegt. Daß diese „günstigen" Realkreditverhältnisse, d. h. Ueberbeleihungen bis zu 75 % in einer Zeit, wo jedes aufgeweckte Kind wußte, daß auf dem Groß-Berliner Wohnungsmarkt ein riesiges Mißverhältnis zwischen Angebot und Bedarf herrschte, in Wirklichkeit einer der Hauptgründe für die sich häufenden Subhastationen und die damit untrennbar verbundenen Handwerkerverluste gewesen sind, ist dem Verfasser der Denkschrift nicht zum Bewußtsein gekommen. Wenigstens hat er einen solchen Zusammenhang an keiner Stelle seiner Arbeit auch nur leise angedeutet. Man kann den Groß-Berliner Vorortgemeinden, welche die Gewährung von zweiten Hypotheken unter dem Obligo ihrer Steuerzahler in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen haben oder noch ziehen wollen, nur den dringenden Rat geben, sich die vorliegende Statistik genau anzusehen und die entsprechenden Folgerungen daraus zu ziehen. Ja, es wäre zu überlegen, ob nicht im Hinblick auf die Feststellungen der Denkschrift eine offizielle Warnung erlassen und den Kapitalisten Zurückhaltung in der Gewährung zweiter Hypotheken empfohlen werden müßte, bis die Verhältnisse auf dem Markte der ersten Hypotheken wieder „ungünstiger" geworden sind.

Wie sehr sich die Denkschrift dem Standpunkt der Terraininteressenten nähert, dafür muß noch ein anderes Beispiel angeführt werden, das sich ebenfalls auf die Beleihungspraxis bezieht. Der Verfasser erörtert die voraussichtlichen üblen Folgen des sogenannten „Bauvermerks", die er vor allem darin erblickt, daß die Finanzierung des Baues sehr große eigene Mittel erfordern, und nur wenige Bauunternehmer zu ihrer Beschaffung fähig sein würden. Es ist dies dasjenige Argument der Gegner des Gesetzes, das auf die Regierung bisher am überzeugendsten gewirkt hat. Ganz aus diesem Gedankengang heraus schreibt der Verfasser, nachdem er an einem Beispiel demonstriert hat, wie sich die finanzielle Gebarung eines Hausbaues unter der Herrschaft des Bauvermerks gestalten würde, folgenden Satz nieder: „Die Hypothekenbank wird das Grundstück noch vorsichtiger als bisher beleihen und wohl kaum über 60 % des berechneten Verkaufswertes hinausgehen." Die Worte „noch vorsichtiger" könnten, wenn man sich der oben erwähnten Statistik der Beleihungshöhe — bis 75 bzw. 79 % des Wertes — erinnert, humoristisch anmuten, wenn es nicht mit schmerzlichem Bedauern erfüllen müßte, zu sehen, wie ein Vertreter der Regierung, der doch von dem ehrlichen Willen und dem Pflichtgefühl durchdrungen ist, an der Bekämpfung der unleidlichen Zustände mitzuarbeiten, hypnotisiert worden ist, so daß er beim Schreiben

Digitized by Google

eines solchen Satzes nicht erkennt, daß das, was er als eine Gefahr an die Wand malt, in Wirklichkeit das anzustrebende Ziel darstellt.

Der erwähnte Satz ist ein Symptom für die Verwirrung der Begriffe, die, unter systematischer Förderung durch die Gegner des Gesetzes, selbst bei ehrlichen Feinden des Bauschwindels Platz gegriffen hat. Er bildet zugleich einen Schlüssel für die so rätselhaft erscheinende Haltung der Regierung, die seit nunmehr fünf Jahren die Einführung eines vom Reichstag fast einstimmig gutgeheißenen Gesetzes verhindert hat. Es ist vielleicht das wertvollste Ergebnis der Denkschrift, daß sie die eingetretene Verwirrung durch einzelne charakteristische Beispiele aktenkundig gemacht hat.

Die Denkschrift enthält folgenden vortrefflichen Satz: „Wie sich gezeigt hat, ist also in den der Statistik unterworfenen Jahren . . . nicht ein Mangel an Kredit, wie er billig verlangt werden kann, sondern das geringe eigene Vermögen des Unternehmers, das weit unter der erforderlichen Summe blieb, die Ursache des Zusammenbruchs von Unternehmern und damit die Ursache von Bauverlusten gewesen." In diesen wenigen Worten ist eigentlich alles zusammengefaßt, was zugunsten der Einführung des zweiten Teils des Bausicherungsgesetzes gesagt werden kann. Es sind wirklich nicht, wie man uns weismachen möchte, die Steuern, nicht der Leichtsinn und der Mangel an kaufmännischer Bildung bei den Handwerkern, nicht die Verteuerung oder Unzulänglichkeit des Realkredits, sondern es ist das geringe eigene Vermögen der Bauherren, das „weit unter der erforderlichen Summe blieb", was für die Handwerkerverluste mit in erster Linie verantwortlich zu machen ist. Aber trotz dieser klaren Erkenntnis, zu deren Erlangung man übrigens das Statistische Amt nicht zwei Jahre lang zu beschäftigen brauchte, wird noch immer die Einführung des Gesetzes mit der Rücksicht auf den kleinen, wenig kapitalkräftigen Unternehmer bekämpft. Die Denkschrift unterstreicht in ihrem letzten Teil doppelt und dreifach die Gefahr, die darin liegen soll, daß nach Einführung des Gesetzes der kleine Mann vom Baumarkt verschwinden und an seine Stelle der kapitalkräftige Unternehmer, ja sogar — horribile dictu — die großen Terraingesellschaften treten würden. Niemals ist mit der Phrase von dem Schutze des kleinen Mannes ein größerer Mißbrauch getrieben worden. Werden Regierung und Abgeordnete, wenn sie sich durch die Denkschrift hindurch gearbeitet haben, auf diese Phrase immer noch hineinfallen? Ludwig Eschwege.

Digitized by Google

Aus der metallenen Chronik des Bankwesens.

Man hat nicht unzutreffend eine Sammlung von Schaumünzen und Medaillen einen Mikrokosmos der Geschichte und Kulturgeschichte oder auch eine „metallene Chronik" genannt. Es ist vielleicht nicht unangebracht, aus der Fülle der existierenden Münzen und Medaillen einige besonders instruktive Kabinettstücke herauszugreifen und zu beschreiben, insofern sie als Beiträge zur Geschichte des Bankwesens Anspruch auf allgemeineres Interesse erheben dürfen.

Schaumünze auf den Bankprokuristen Johann Heinrich Knab zu Augsburg aus dem Jahre 1812.

Auf der Vorderseite dieser silbernen Schaumünze sieht man Merkur auf einem Warenballen sitzend und mit der Linken auf einen daneben stehenden hohen Palmbaum weisend. Die Inschrift besagt: Der Taten Saat zum Ruhme aufgewachsen. Auf der Rückseite kündet eine Inschrift: dem Verdienst des edlen Herrn J. H. Knab, Handelsbevollmächtigter in dem von Halder'schen Wechselhause in Augsburg, ein Kranz zur Jubelfeier im Juni 1812. — Bankprokurist Knab war geboren am 27. Juli 1747 zu Stuttgart; er starb am 21. August 1823 zu Augsburg, wo er seit seinem 15. Lebensjahre in dem Wechselhause Joh. & G. V. von Halder angestellt und viele Jahre dessen Prokuraträger war. Zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum wurde obige Medaille in Silber geprägt.

Schaumünze auf den Bankier Johann Lorenz Freiherrn v. Schäzler (geb. zu Ansbach, gestorben zu Augsburg).

Auf der Vorderseite, die seinen Kopf von links zeigt, kündet eine Inschrift: Joh. Lor. Freiherr von Schäzler, K. b. Finanzrat und Banquier, geb. d. 15. Sept. 1762, gest. d. 19. März 1826. Auf dem Revers liest man: Sein Wahlspruch war: Tue Recht und scheue Niemand.

Medaille zu Ehren des Bankiers Averhoff 1773.

Die Vorderseite zeigt das Brustbild des Bankiers in französischer Tracht sowie seinen Namen: Johann Peter Averhoff. Auf dem Revers sieht man an einem felsigen, links mit hohen Bäumen bewachsenen Meeresufer eine Schnecke kriechen; im Hintergrunde zeigt sich eine große Stadt (Stockholm), davor ein großer Dreimaster und ein kleineres Schiff. Die Umschrift lautet: Vergnügt mit dem Meinigen. Im Abschnitt steht die Jahreszahl: 1773. — Johann Peter Averhoff, dem zu Ehren diese Medaille geschlagen wurde, war kgl. schwedischer Kanzleirat, Generalagent und Kommandeur des Vasaordens. Er war am 22. Oktober 1723 in Altona geboren und starb am 4. März 1809 in Hamburg. Er galt als einer der angesehensten Bankiers an der Hamburger

Digitized by Google

Börse. Im Jahre 1750 etablierte er eine eigene Handlung, 1760 assoziierte er sich mit Ernst Friedrich von Scheven aus Anklam. Dieser starb am 11. Januar 1798, nachdem die Geschäftsverbindung unter der Firma Averhoff & von Scheven bereits mit dem Schluß des Jahres 1797 aufgehoben worden war. Averhoff setzte dann die Handlung für seine alleinige Rechnung fort. Außerordentliche Finanz- und Handelskenntnisse der beiden — unverheirateten — Männer, große Reellität, eine ausnehmende Tätigkeit und Sparsamkeit hatten dieses Handelshaus zu dem reichsten erhoben, welches bis zu jener Zeit in Hamburg existiert hatte. Mit Warengeschäften befaßten sich die Inhaber wenig; Geld- und Wechselgeschäfte, namentlich mit Schweden und der schwedischen Regierung, waren der Hauptgegenstand ihrer Tätigkeit, der sie ein hohes Einkommen verdankten; das ererbte Geld beider hatte nur in wenigen tausend Mark bestanden. Averhoff hinterließ ein kolossales Vermögen, das teilweise zu Wohltätigkeitszwecken bestimmt wurde, dann aber auch für Stipendien an Studierende und junge Künstler diente, wodurch manchem Talente ein Weg gebahnt wurde. Mit dem Motto auf der Umschrift soll es nach Zeugnissen eines seiner Freunde folgende Bewandtnis gehaben haben: Der Bankier Averhoff sei gewohnt gewesen, wenn man ihm Komplimente über seinen Reichtum machte, zu antworten: „Ich bin zufrieden mit dem, was ich habe" oder auf schwedisch: „Noid med det mina." Dies habe man wörtlich übersetzt in die Worte: „Vergnügt mit dem Meinigen."

Medaille von 1774 auf den Hofbankier Georg Friedrich Dittmer in Regensburg.

Auf dem Avers befindet sich nebst dem Brustbilde des Hofbankiers (bekleidet mit pelzbesetztem Mantel) die Inschrift: G. Friedr. Dittmer, kurbayr. Hofkammerrat und Hofbankier. Auf der Rückseite liest man die Widmung: „Denkmal seinem Freunde gewidmet von Joh. Kasp. Edlen von Lippert, kurbayr. Wirkl. Revisions- und Kommerzienrate 1774." — Dittmer war geboren am 16. April 1727 zu Kammin in Pommern; als er nach Regensburg kam, verehelichte er sich daselbst mit Elisabeth Eberhardt und gründete die Handlung, die seinen Namen trug. Später wurde er bayer. Hofkammerrat und Hofbankier und war mit dem Verschleiß der österreichischen Bergwerksprodukte beauftragt. Kaiser Joseph II. erhob ihn in den Adelsstand, später in den Ritterstand; Kaiser Franz II. erteilte ihm die Freiherrnwürde.

Satirische Schaumünze von 1720 auf den Geldfabrikanten und Aktienhändler John Law.

Die Vorder- und Rückseite dieser Schaumünze enthalten in lateinischer Inschrift eine Verspottung der beim Lawschen

Digitized by Google

Aktienschwindel Hereingefallenen (Lob sei dir, Betrüger usw.). — Eine andere Spottmedaille von 1720 auf den verderblichen Aktienhandel geißelt die Folgen der Spekulationssucht. Auf der Vorderseite befindet sich das Bild eines Mannes, welcher mit einem Blasbalg Papiere zerstreut; auf der Rückseite sieht man auf einer Brücke einen Hund, der nach Fleisch im Wasser schnappt.

Medaille von 1624 auf die vier vornehmsten Banken in Europa.

Auf der Vorderseite sieht man die Wappen von Venedig, Amsterdam, Hamburg und Nürnberg sowie die Inschrift: Lenke die Unternehmungen aufs höchste. Gedächtnis der mit Gottes Güte in Europa aufgerichteten Banken 1624. — Auf der Rückseite sieht man in der Mitte ein Schiff, darauf Merkur und die Umschrift: Die Wagenden wird Gott unterstützen. Zur Rechten des Schiffes steht Apollo, links Diana, beide mit einem Füllhorn, zwischen beiden im Vordergrunde eine mit Geldsäcken gefüllte offene Kiste, auf deren Deckel steht: Mit. kais. Privileg. Vor der Kiste liegt ein offener, ausgeschütteter Geldsack, daneben ein zusammengebundener Warenballen, davor ein offenes Buch. Vorn in der Mitte befindet sich ein kleines Getreide- oder Gewürzmaß. Die Umschrift mahnt: „Ahme solchen Führern nach und alle Vorteile werden von neuem erstehen."

Bank-Portugaleser von 1770 auf das Bank- (Giro-) System in Hamburg.

Auf der Vorderseite befindet sich ein Tisch unter einer mit dem Hamburger Wappen verzierten Decke; darauf steht ein Schreibpult mit einem aufgeschlagenen Buche, in dem zu lesen ist: Banco-Ordnung Art. 1. Seitwärts steht ein zweiter Tisch mit einer Probierwage. Die Umschrift besagt: Durch ein beständiges Gesetz befestigt. Im Abschnitt liest man: die Schatzkammer der Kaufmannschaft 1770. Auf dem Revers befindet sich ein Tisch mit einer Wage, auf der Silberbarren gewogen werden, von denen noch ein Vorrat, mit dem Feingehalte bezeichnet, im Vordergrunde liegt. Die Inschrift lautet: Auf öffentliche Treu und Glauben wird hier das Silber der Bürger aufbewahrt und zurückgegeben. — Auf einem einige Jahre später geprägten ähnlichen Portugaleser sind auf dem Revers auch die Wappen der vier im Jahre 1774 amtierenden Bürgermeister angebracht, den obrigkeitlichen Schutz andeutend.

Bank-Portugaleser von 1819 auf das zweihundertjährige Jubiläum der Bank in Hamburg

Die Vorderseite zeigt die allegorische Frauengestalt Hammonia (Hamburg) mit der Mauerkrone auf dem Haupte, wie sie auf den danebenstehenden Altar des Vaterlands eine Opfer-

Digitized by Google

schale ausgießt, als Dank für das 100jährige Bestehen des Bankinstituts. In der Linken hält sie einen Regierungsstab, auf dessen oberem Teil die geflügelte Siegesgöttin schwebt. Die an dem Altare angebrachten verschlungenen Hände symbolisieren Treue und Einigkeit. Die Umschrift besagt: Zweite Jahrhundertfeier 1819. Auf dem Revers präsentiert sich der Eingang zu dem Gebäude, worin sich die Bank befindet, mit der Umschrift: Schatzkammer der Hamburgischen Kaufleute. — Schon 1719 war ein Bankportugaleser auf das 100jährige Jubiläum geprägt worden; hier sieht man auf der Vorderseite ein tempelartiges Gebäude mit Geldkiste und Stadtwappen, auf der Rückseite einen Springbrunnen und die Umschrift: Jactura sine iactura.

Bank-Portugaleser von 1826 auf das neue Bankgebäude in Hamburg.

Der Avers stellt die allegorische Figur der beständigen Sicherheit dar, die sich an eine mit dem Hamburger Stadtwappen gezierte Säule (den Staat Hamburg symbolisierend) lehnt; sie stützt sich auf einen Friedensstab und hält im linken Arm ein Füllhorn. Zu ihren Füßen liegen Silberbarren, Bücherrollen und eine Wage, auf welche sie wachend und schützend herabblickt. Die Umschrift besagt: Die beständige Sicherheit. Im Abschnitt ist das Jahr der Erbauung der Bank 1826 angegeben. Der Revers zeigt das Bild des neuen Bankgebäudes mit der Umschrift: Das neue Gebäu, die alte Treu. Im Abschnitt liest man: Die Schatzkammer der Kaufleute Hamburgs.

Bank-Portugaleser von 1841 auf die neue Börse in Hamburg.

Der Avers zeigt Hammonia (allegorische Figur Hamburgs) in ruhiger, fester Haltung auf einem Schiffsschnabel sitzend; den rechten Fuß stützt sie auf einen Anker, die rechte Hand auf ein mit dem Hanseatenkreuz verziertes Steuerruder, mit der linken zeigt sie auf die neuerstandene Börse; ihr zur Rechten steht die alte Börse, zum Teil von der Weltkugel bedeckt, um anzudeuten, daß sie dem wachsenden Umfange des Welthandels nicht mehr genügte. Im Abschnitt sieht man das Hamburger Wappen, zu beiden Seiten desselben die Jahreszahlen der Erbauung der alten und neuen Börse: 1558—1841. Auf dem Revers steht in einem Kranze von Eichenlaub die Inschrift: Unter Gottes Segen wachse Hamburgs Wohlfahrt auch in den neuen Räumen durch seiner Bürger rastlos treues Streben.

Geschichts-Konventionstaler von 1835 auf die Errichtung der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank in der Residenzstraße in München.

Auf dem Revers sieht man neben einem mit dem Merkurstab bezeichneten Säulenschaft eine weibliche Figur stehen, welche

Digitized by Google

die Rechte auf das Haupt legt. Die Umschrift kündet: Errichtung der Bayerischen Hypothekenbank 1835. Diese Aktienbank ist die älteste Münchens; ursprünglich war sie mit einem Kapital von 10 Mill. Gulden ausgestattet. Vor einigen Jahren erstand ein neuer, großangelegter Kolossalbau, in dem die Bank- und Hypothekenabteilung untergebracht wurde. Die von der Bank losgelöste Versicherungsabteilung verblieb im alten Bankgebäude (früheren Preysingpalais). H. Krauss.

Der Juli 1914.

Ein unheilschwangerer Monat, der den **Weltkrieg** einläutet! Ein Wendepunkt in der Geschichte der Kulturvölker, ein Merkstein, der auf Jahrtausende sichtbar bleiben wird!

Die Untersuchung gegen die Mörder des **österreichischen** Thronfolgerpaares wies so deutliche Spuren nach Belgrad und zeigte so unwiderleglich den Zusammenhang zwischen den jahrelangen großserbischen Umtrieben und dem Morde, daß die österreichisch-ungarische Regierung am 23. Juli eine überaus scharfe Note an **Serbien** richtete. Die Antwort, die Serbien darauf, wohl im Einverständnis mit Rußland, gab, war unbefriedigend, und Oesterreich-Ungarn erklärte am 28. Juli Serbien den Krieg. **Rußland,** das sich von Anfang an in diese Angelegenheit eingemischt hatte, forderte von **Deutschland,** daß es seinen Einfluß auf Oesterreich im Sinne einer friedlichen Beilegung des Streits geltend mache, mobilisierte aber gleichzeitig seine sämtlichen europäischen Streitkräfte. Der deutsche Kaiser, der in loyaler Weise dem mehrfachen Ersuchen des Zaren entsprochen und seine Hand zu diplomatischen Verhandlungen geboten hatte, sah sich infolge der deutlich gegen Deutschland gerichteten Mobilisation Rußlands genötigt, das Reich in Kriegszustand zu erklären und (am 1. August) den Befehl zur Mobilmachung der gesamten Armee und Marine des Deutschen Reiches zu erteilen. Damit stehen wir am Beginne eines Krieges, der seines gleichen in der Geschichte der Menschheit nicht hat, der, wenn nicht ein Wunder geschieht, das zivilisierte Europa bis in seine Grundfesten durcheinander wühlen wird, und dessen wirtschaftliche Schäden in den Dreibundstaaten selbst dann ungeheuer sein werden, wenn diese, wie wir hoffen, aus dem ihnen aufgezwungenen Kampfe als Sieger hervorgehen sollten. Daß **Frankreich** und **England** sich an Rußlands Seite stellen würden, war von vornherein anzunehmen, wenn es auch bis in die ersten Tage des August hinein nicht als unbedingte Notwendigkeit erschien. Das Wirtschaftsleben, das ohnehin nur schwach pulsierte und schon in den letzten Wochen durch den Druck des nahenden

Digitized by Google

Konfliktes in immer schärferer Weise beeinflußt wurde, stockte bei Ausbruch des Krieges gänzlich; alle Weltbörsen traten außer Funktion.

Gegenüber der ungeheuren Tragweite dieser Ereignisse verlieren alle anderen Geschehnisse des verflossenen Monats an Gewicht. Bezeichnend ist die Tatsache, daß in **Großbritannien**, wo nach dem Scheitern der Homerule-Konferenz der irische Bürgerkrieg so gut wie vor der Tür stand, alle Verhandlungen über die Lösung der irischen Frage unter Zustimmung sämtlicher Beteiligten vertagt wurden, um der auswärtigen Politik des Landes nicht die Hände zu binden. — In den übrigen europäischen Ländern war es politisch ruhig. Dagegen hat in **Mexiko** die Union es durch ihre Unterstützung der revolutionären Banden endlich vermocht, Huerta zum Rücktritt zu veranlassen. Es kennzeichnet die desolate Lage des Landes, daß die Nationalbank ihre sämtlichen Filialen im Lande geschlossen hat. In der **Union** selbst sind wieder einige neue Bahn-Skandale zu verzeichnen. Der offizielle Bericht über die finanziellen Vorgänge bei der New York—New Hawen-Bahn wirft auf die Rolle, die Morgan im Wirtschaftsleben der Union gespielt hat, ein überaus scharfes Schlaglicht.

Auf **staatsfinanziellem** Gebiete muß zunächst wiederum die neue französische Staatsanleihe erwähnt werden, die nach den offiziellen Meldungen mehr als 40fach gezeichnet wurde, aber noch vor Zuspitzung der europäischen Krise unter den Emissionskurs sank. — In zweiter Reihe ist der Abschluß der bulgarischen Anleihe bedeutsam, die von einer deutsch-österreichischen Gruppe mit einer halben Milliarde Franken in Option genommen worden ist. Gezahlt wurde bisher nur ein Vorschuß von 120 Mill. Frcs. gegen Schatzscheine, die sich mit etwa 7% verzinsen. — Ferner hat Belgien die Ausgabe von 150 Mill. Frcs. 4% Schatzscheinen und dem gleichen Betrage 3% Rente beschlossen; wieviel von diesen Beträgen aber wirklich aufgelegt worden ist, entzieht sich der Kenntnis. — Die Verhandlungen über die bereits mehrfach erwähnte brasilianische Anleihe hatten sich bereits zerschlagen, ehe die politische Krisis voll auf die Geldmärkte einwirkte.

Die allgemeine Lage der **Weltwirtschaft** hat neue, deutliche Zeichen der Verschlechterung schon zu einer Zeit gezeigt, wo die österreichische Note an Serbien noch nicht ergangen war. Namentlich in Frankreich und Rußland herrschten damals bereits ausgesprochen krisenhafte Zustände. Die dann folgende Mobilisierung fast aller europäischen Heere führte zu einem Chaos, dessen Entwirrung sicherlich lange Zeit in Anspruch nehmen wird, und das selbst solche Länder in Mitleidenschaft

Digitized by Google

zog, die, wie die Vereinigten Staaten von Amerika und die südamerikanischen Republiken, dem Kampfe völlig fern stehen.

Der **Außenhandel des Deutschen Reiches** zeigte im ersten Halbjahr 1914 die folgenden Wertsummen:

	Einfuhr (in 1000 M.)		Ausfuhr (in 1000 M.)	
	1913	1914	1913	1914
Warenverkehr (ohne Edelmetall) . . .	5 431 483	5 477 567	4 943 385	5 069 450
Edelmetallverkehr . .	218 730	129 070	53 595	46 472
zusammen	5 650 213	5 606 637	4 996 980	5 115 922
gegen 1913	— 43 576		+ 118 942	

Während somit die Einfuhr etwas niedriger erscheint, ist es trotz der meist billigeren Warenpreise gelungen, die Ausfuhr noch um ein geringes zu steigern. Für die wichtigsten Warengruppen lauten die Wertziffern:

	Einfuhr (in 1000 M.)		Ausfuhr (in 1000 M.)	
	1913	1914	1913	1914
Land- u. forstwirtschaftl. Erzeugn.	3 539 178	3 576 746	875 758	904 785
Mineralische und fossile Rohstoffe	538 797	539 164	427 410	424 804
Wachs,Fettsäur.,Kerzenst.,Seif.etc.	14 508	12 381	25 226	25 000
Chemikalien, Farben	245 783	271 983	482 877	490 667
Spinnstoffe, Haare, Federn . . .	449 020	440 433	739 249	797 674
Leder, Leder- u. Kürschnerwaren	81 698	83 384	273 118	302 934
Kautschukwaren	13 565	13 386	67 587	64 582
Geflechte und Flechtwaren . . .	3 000	3 594	4 384	4 483
Besen, Bürsten, Pinsel	1 047	904	6 389	6 799
Schnitzstoff, Holz- und Korkwaren	35 958	35 591	76 962	84 323
Papier, Pappe und Waren daraus	15 406	15 438	129 554	136 828
Bücher, Bilder	23 335	22 939	50 215	49 944
Steinwaren	16 879	14 437	16 859	16 595
Tonwaren	3 615	3 078	54 672	53 546
Glas und Glaswaren	8 188	8 463	70 609	70 296
Edle Metalle und Waren daraus .	231 214	148 250	87 290	78 686
Unedle „ „ „ „	334 403	329 507	951 114	934 647
Maschinen, elektrotechn. Erzeugn.	77 879	69 976	550 210	554 309
Waffen, Uhren, Musikinstrumente	14 964	16 080	94 383	104 154

Beteiligt bei der Steigerung der Ausfuhrwerte sind vor allem die Landwirtschaft, die Textilindustrie, Lederindustrie und Elektroindustrie, dagegen ist der Wert der Ausfuhr von Eisenwaren zurückgegangen. Für den Juli liegen erst die Gewichtsziffern einer Reihe wichtigerer Waren vor. Sie lauten (in dz):

	Einfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Juli 1913	Ausfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Juli 1913
Baumwolle . . .	315 369	400 609	277 809	55 153	61 990	61 085
Jute und Jutewerg .	76 627	98 184	74 288	11 584	9 062	10 542
Merinowolle im Schweiß	28 968	83 264	36 304	3 805	1 636	2 710
Kreuzzuchtwolle im „	37 354	60 431	45 462	721	626	1 104
Eisenerze . . .	14 492 076	13 164 093	12 779 835	1 124 491	1 966 673	2 056 270
Steinkohlen . . .	11 106 179	9 463 049	10 509 192	32 969 152	32 607 751	30 309 526
Braunkohlen . . .	5 582 997	4 982 385	6 441 222	35 304	39 248	63 835
Roheisen	114 398	71 720	143 455	591 539	675 526	694 127
Bohl.,Rohsch.,Roh l.usw.	8 769	7 608	8 272	584 634	552 898	418 121
Träger, eiserne . .	385	800	769	394 643	401 153	435 419
Eisenb.-, Straßenbsch.	627	726	205	448 696	611 313	384 577
Kupfer	204 694	165 932	187 540	2 614	2 573	4 116

Digitized by Google

Der Außenhandel **Oesterreich-Ungarns** im ersten Semester zeigt eine gewisse Besserung gegenüber dem Vorjahre, die sich allerdings weit weniger in der Gesamtziffer der Ausfuhrwerte, als im Wiederanstieg der Importziffern ausspricht. Es betrugen (in Mill. Kr.):

	Einfuhr	Ausfuhr
1912	1814,8	1264,3
1913	1678.9	1342,7
1914	1859,6	1329,3

Der Außenhandel **Großbritanniens** im ersten Halbjahr weist folgende Ziffern auf (in Mill. £):

	1912	1913	1914
Ausfuhr	**225,3**	**257,1**	**255,5**
davon			
Kohle, Koks etc. . . .	17,1	25,8	25,0
Eisen- und Stahlwaren .	30,9	38,8	35,0
Maschinen	15,7	18,4	19,5
Textilwaren	84,2	90,5	90,8
Einfuhr	**353,9**	**378,8**	**375,9**
davon			
Lebensmittel	126,1	132,9	131,9
Baumwolle	39,2	32,5	39,1
Textilwaren	22,5	23,7	21,0
Außerdem Durchfuhr.	57,8	59,1	59.3

Der Außenhandel **Frankreichs** im ersten Halbjahr zeigt bei der Einfuhr eine Zunahme der Rohstoffe und Lebensmittel. Die Ziffern lauten (in Mill. Frs.):

	1912	1913	1914
Einfuhr	**4162,4**	**4240,8**	**4410,0**
davon			
Lebensmittel	890,3	842,9	942,9
Rohstoffe	2489.9	2571,5	2652,4
Fabrikate	782,2	826,4	814,7
Poststücke	—	—	—
Ausfuhr	**3224,1**	**3372,2**	**3376,0**
davon			
Lebensmittel	389,6	399,4	360,4
Rohstoffe	935,5	903,2	974,5
Fabrikate	1654.2	1782.8	1758,1
Poststücke	244,9	286,8	283,0

Für den Außenhandel der **Vereinigten Staaten von Amerika** liegen jetzt die Gesamtziffern aus dem letzten Rechnungsjahre vor. Sie zeigen ein ziemlich beträchtliches Steigen der Einfuhr-, aber ein noch bedeutenderes Sinken der Ausfuhrwerte und damit auch des Ausfuhrüberschusses. Im einzelnen betrugen (in 1000 $):

Fiskal. Jahr, end. mit 30. Juni	Warenausfuhr	Wareneinfuhr	Ausfuhr-Ueberschuß
1914	2 330 000	1 894 000	436 000
1913	2 466 000	1 813 000	653 000
1912	2 204 222	1 653 426	550 795
1911	2 049 320	1 527 226	522 094
1910	1 744 984	1 556 947	188 037

Digitized by Google

Auch am **Weltarbeitsmarkt** war die Lage bereits ziemlich kritisch geworden, ehe die politische Lage sich kriegerisch zuspitzte. In England rüstete man für den Ablauf der wichtigsten Tarifverträge, in Deutschland kam es zu Generalaussperrungen in der Solinger Kleineisen- und Lausitzer Tuchindustrie, und in Petersburg sowie anderen Teilen Rußlands fanden große Arbeiterausstände politischer Art statt. Diese letzteren haben mit dem Moment ihr Ende gefunden, wo Rußland sich nach außen schärfer engagierte, und auch der Kampf in der Lausitz endete im Moment der Kriegserklärung. Ziffernmäßiges Material über den Beschäftigungsgrad liegt erst für den Juni vor. Danach hatte sich, laut Reichsarbeitsblatt, die Lage etwas gebessert. Das spricht sich in den Arbeitslosenziffern aus, die eine Kleinigkeit niedriger als im Vormonat, und zum ersten Male im laufenden Jahre auch etwas besser als die Vergleichsziffern des Vorjahres sind, weniger in den Krankenkassenziffern. Die Arbeitsnachweisziffern zeigen auch eine leichte Besserung, vor allem bei männlichen Arbeitern. Es kamen auf hundert offene Stellen an Arbeitsgesuchen:

	April		Mai		Juni	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914
männliche	160	161	166	172	168	168
weibliche	96	94	100	100	101	101

Die Verkehrseinnahmen der **deutschen Eisenbahnen** sind erst bis Ende Juni bekannt. Im letzteren Monat und ebenso im ganzen ersten Semester erbrachte der Güterverkehr ein kleines, der Personenverkehr ein etwas größeres Plus. Es betrugen die Einnahmen:

	Güterverkehr				Personenverkehr				Sonstiges		Gesamteinn.	
	1913		1914		1913		1914		1913	1914	1913	1914
	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	Mill. M.		Mill. M.	
*)Jan.	164,5	3077	174,8	2797	57,7	1106	64,8	1064	18,7	20,8	240,9	260,4
*)Febr.	164,1	3068	179,5	2873	52,4	1005	61,2	1004	15,5	19,3	231,9	260,0
*)März	187,4	3031	190,1	3041	83,5	1383	75,6	1241	30,0	31,3	300,9	297,0
*)April	189,4	3062	184,7	2954	73,0	1209	89,8	1474	16,5	18,3	278,9	292,8
*)Mai	181,1	2923	188,4	3006	99,4	1300	90,0	1472	18,4	17,4	298,9	295,7
*)Juni	176,4	2843	177,4	2830	91,2	1506	103,4	1691	16,4	18,1	284,0	298,9
I. Sem.	1062,9		1094,9		457,2		484,8		115,5	125,2	1635,5	1704,8

In den Verhältnissen der **Groß-Schiffahrt** hat der Juli wesentliche Veränderungen nicht mehr gebracht. Die Kanadabahn wurde in Oesterreich wieder zugelassen, und es erfolgten in der Kanadafahrt einige kleine Preisherabsetzungen, in der amerikanischen dagegen einige kleine Preiserhöhungen seitens der Poollinien. Die vorbereitete Schiffahrtskonferenz ist angesichts der politischen Lage vertagt worden. Die deutschen Reedereien haben, als die Verhältnisse sich zuzuspitzen begannen, ihre Fahrten sämtlich glatt eingestellt. — Die Auswanderung über deut-

Digitized by Google

sche Häfen weist wiederum sehr niedrige Vergleichsziffern auf.

Es wanderten aus:	1910	1911	1912	1913	1914
über Hamburg . .	8 154	5 734	8 961	18 187	7 901
„ Bremen . . .	8 145	9 140	11 042	23 017*)	9 333*)
zusammen .	16 299	14 874	20 003	41 204	17 234
dagegen im					
Juni	22 996	17 556	29 492	50 475	19 187
Mai	27 550	22 404	37 171	56 502	35 922

Die Entwicklung der **Konkursziffern** war in Deutschland auch im Juli nicht ungünstig. Es wurden eröffnet:

im Mai	1912	761	Konkurse	1913	845	Konkurse	1914	682 Konkurse
„ Juni	1912	791	„	1913	750	„	1914	672 „
„ Juli	1912	837	„	1913	879	„	1914	720 „

In den Vereinigten Staaten dagegen ist die Entwicklung der Konkursstatistik ganz außerordentlich ungünstig gewesen. Wenn auch die Zahl der Konkurse die ziemlich hohe des Vorjahres nicht wesentlich übersteigt (bedeutend ist die Steigerung nur bei den Bankbrüchen), so sind doch die Verbindlichkeiten ganz wesentlich höher als in allen Vorjahren. Nach Dun's Statistik wurden eröffnet:

1. Semester	1914	8 636	Konkurse mit	213 721 042 $ Passiven
1. „	1913	8 163	„ „	132 909 061 $ „
1. „	1912	8 317	„ „	108 012 223 $ „
1. „	1911	7 061	„ „	103 698 334 $ „
1. „	1910	6 388	„ „	112 239 306 $ „
1. „	1909	6 831	„ „	88 541 373 $ „

In der deutschen Industrie hat die **Fusionsbewegung** im Juli keine bemerkenswerten Fortschritte mehr gemacht. Im Bankwesen ist ein nicht unwichtiger Zusammenschluß, die Aufnahme des Westdeutschen Bankvereins durch die Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft, durch den Kriegsausbruch vereitelt worden. Im Auslande haben sich im Bankgewerbe einige Zusammenschlüsse von ganz ungewöhnlicher Bedeutung vollzogen, vor allem die Aufnahme der Londoner Bankfirma Rob. Lubbock and Co. durch das Bankhaus Coutts and Co., sowie der Zusammenschluß von zehn schwedischen Provinzbanken zu einem neuen Institut.

Die Lage des **deutschen Eisenmarktes** hatte schon vor der letzten Verschärfung der politischen Lage eine neue Wendung zum Schlechteren genommen. Zu der pessimistischen Beurteilung des Marktes trug nicht wenig die Tatsache bei, daß bei den Verhandlungen über die Syndizierung der B-Produkte die Schwierigkeiten sich je länger je mehr häuften, so daß man auf den verschiedensten Seiten bereits sicher damit rechnete, überhaupt keine greifbaren Ergebnisse zu erzielen.

Am **Roheisenmarkt** hat sich der Abruf, wie verlautet, im Juli gegenüber der sehr geringen Juniziffer von 70,28% der Beteiligung eine Kleinigkeit gebessert. In der letzten Hauptver-

*) Die vom Bremer Stat. Amt veröff. Ziffer (12 611) enthält Kajütspassagiere.

Digitized by Google

sammlung wurde mitgeteilt, daß die Verkaufstätigkeit für das Inland per drittes Quartal nahezu beendet sei, die abgeschlossenen Mengen aber teilweise etwas zurückgegangen seien. Der ausländische Wettbewerb sei sehr stark. Die Roheisenerzeugung per Juli ist bis gegen Mitte August noch nicht bekanntgegeben worden.

Der **Stahlwerksverband** hat im Juli eine Mitgliederversammlung nicht abgehalten. Privaten Berichten nach soll der Abruf stiller geworden sein. — Die Versandziffern für das erste Semester lauten:

	Halbzeug:			Eisenbahn-Material:			Formeisen:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Januar	182,6	162,7	143,0	177,3	229,8	211,4	118,7	143,1	100,8
Februar	173,0	140,4	134,5	194,8	229,9	214,6	139,4	136,2	133,9
März	157,6	151,7	153,2	256,1	232,4	206,3	245,7	178,2	201,0
April	130,0	137,7	133,8	151,3	234,3	199,1	187,0	193,3	179,5
Mai	147,7	141,6	131,4	173,7	237,2	231,1	214,3	188,5	190,4
Juni	167,6	132,6	130,2	214,8	282,0	250,3	230,4	190,8	182,6
1. Semester	958,5	866,7	826,1	1177,0	1445,6	1312,8	1135,5	1030,1	988,2

Die Syndizierungsverhandlungen für B-Produkte wurden bereits erwähnt. Das wichtigste Moment ist das Scheitern der Röhrensyndizierungsverhandlungen, das den Auftakt zur Einstellung der Besprechungen auch bei den anderen B-Produkten bildete. Für den Schluß des Monats war eine neue Sitzung der Grobblechwerke vorgesehen, die unter den veränderten Umständen natürlich nicht stattfinden konnte. Dem Schiffbaustahlkontor ist Gelsenkirchen schließlich doch wieder beigetreten. In der Drahtindustrie hat Krupp mit Werken von Kaiser, Kuenne und Sohn und Friedrich Thomée eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. — Die Preise, namentlich für Röhren und Stabeisen, sind weiter gesunken. Auf die Notierungen der Düsseldorfer Börse hat dies nur geringen Einfluß gehabt, zumal hier die letzte Notierung am 17. Juli stattfand. Für eine Anzahl wichtigerer Waren lauten die Notizen (in M. per t):

	3. 7. 1914	17. 7. 1914	31. 7. 1914
Lux. Gießereieisen III	57,50	57,50	
Dtsch. Gießereieisen I	74,50	74,50	
„ „ „ III	69,50	69,50	
Engl. „ „ III	—	—	Börse ausgefallen
Gew. Fluß-Stabeisen .	94—97	94—96	
Grobbleche (Flußeis.)	99—102	99—102	
Feinbleche	115—120	115—120	
Flußeisenwalzdraht .	117,50	117,50	

Der deutsche **Außenhandel in Eisen und Eisenwaren** zeigt im Juni (provisorische Juliziffern siehe an anderer Stelle) einen neuen, recht bemerkenswerten Aufstieg. Der Menge nach ist in der Ausfuhr fast der ganze Rückgang des Vormonats wieder eingeholt worden. Als kennzeichnend für den Wechsel in der Marktlage ist hervorzuheben, daß gegenüber dem Vor-

Digitized by Google

jahre zwar die Ausfuhrmenge um zirka 75 000 t gestiegen, der Ausfuhrwert aber um etwa 2½ Millionen M. gefallen ist. Der größte Teil des Juni-Ausfuhrplus gegenüber dem Vormonat entfällt auf Stabeisen, Feinbleche, Draht und Schienen. Für einzelne wichtigere Waren betrugen (in t):

Einfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914	1913	1914
Januar	11960,1	10188,4	741,8	675,3	22,4	9,3	87,1	12,1
Februar	6702,3	5828,1	899,5	670,8	29,9	19,0	91,0	73,6
März	6265,8	7088,2	856,2	670,3	0,8	18,7	32,8	252,7
April	8978,0	10451,3	397,7	391,5	19,2	82,3	39,2	21,3
Mai	9585,0	13545,5	729,4	557,6	51,5	17,9	85,5	835,8
Juni	8597,4	7172,0	957,8	760,8	1,4	72,6	27,8	80,0
I. Sem.	52088,6	54273,2	4582,4	3726,3	125,2	219,8	363,4	1275,5

Ausfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914	1913	1914
Januar	78831,3	49436,1	56888,4	55647,2	26468,2	32577,3	35927,5	25109,2
Februar	75979,0	41565,7	61886,7	66406,9	41493,8	41290,3	39616,9	26080,8
März	77216,7	62555,6	57821,0	61285,1	41838,4	43533,9	38030,7	32501,6
April	69368,8	65884,6	48702,2	75861,1	52275,6	66828,0	48913,4	40640,3
Mai	72953,2	53005,4	55264,7	49418,8	50063,6	41700,1	44283,8	28846,7
Juni	69773,5	67552,6	50646,5	55289,8	42617,4	61131,3	51169,2	40115,3
I. Sem.	444122,5	340000,0	331209,5	363908,9	254757,0	287060,9	257941,5	193293,9

Am englischen Eisenmarkte waren wesentliche Veränderungen auch im Juli nicht zu verzeichnen; vereinzelt gaben die Preise für Halb- und Fertigfabrikate eine Kleinigkeit weiter nach. Die Roheisen-Warrantnotierungen zeigen nur winzige Schwankungen, die Warrantlager eine leichte Zunahme. No. 3 M'bro Warrants notierten in Glasgow (per t):

1. Juli	8. Juli	15. Juli	22. Juli	29. Juli
51 sh	51 sh 5 d	51 sh 4 d	51 sh 3½ d	51 sh 1½ d

Am belgischen Eisenmarkt waren im Juli wieder nicht unbeträchtliche Preisabschwächungen zu verzeichnen, während die französischen Eisenkontore ihre Preise für das zweite Halbjahr nicht geändert haben.

Am amerikanischen Eisenmarkt sind im Juli einzelne Preise etwas in die Höhe gesetzt worden, allerdings lediglich deshalb, weil die vorangegangenen Preisreduktionen die erhoffte Belebung des Geschäftes nicht zur Folge gehabt haben. Der Ausweis des Stahltrust zeigt einen weiteren Rückgang des Auftragbestandes und ist auch sonst sehr wenig günstig. Im einzelnen betrugen:

Betriebsgewinn (in 1000 Doll):

	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
1. Quart.	18 229	22 921	37 617	23 519	17 827	34 426	17 994
2. „	20 265	29 340	40 170	28 108	25 102	41 218	20 458
3. „	27 106	38 247	37 365	29 523	30 064	38 450	
4. „	26 225	40 970	25 991	23 105	35 186	23 036	
zus.	91 825	131 478	141 143	104 255	108 179	137 130	

Digitized by Google

Auftragsbestand (in 1000 tons Anf. des):						
1. Quart.	3 765	3 542	5 403	3 447	5 304	7 468
2. „	3 314	4 058	4 257	3 361	5 807	5 807
3. „	3 422	4 797	3 158	3 611	6 551	4 033
4. „	3 603	5 927	2 648	5 084	7 932	—

Der Absatz am **deutschen Kohlenmarkte,** der sich bereits im Mai infolge großer Abrufe des Auslandes günstiger gestaltet hat, im Juni dann allerdings wieder etwas zurückgefallen ist, zeigt im Juli von neuem ein verhältnismäßig günstiges Bild. Vorbereitende Regierungskäufe spielen dabei wohl eine gewisse Rolle. Das Syndikat schätzt den Versand auf etwa 86% der Beteiligung. In Koks und Kokskohlen haben sich freilich die Absatzschwierigkeiten weiter verschärft. — Der Bericht des **Kohlensyndikats** liegt erst bis Ende Juni vor. Die Ziffern, die bekannt gegeben werden, sind gegenüber denen des Vormonats nicht wesentlich verändert: Nur der arbeitstägliche Versand von Koks zeigt einen neuen, nicht unbeträchtlichen Rückgang. Die Versandziffern lauten für den rechnungsmäßigen Kohlenabsatz (in 1000 t):

	1912		1913		1914	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
Januar	6 276,8	247,4	7 379,7	293,7	6 154.1	244,9
Februar	6 538,9	261,6	6 920,9	288,4	5 945,6	248,2
März	5 008,1	192,6	6 869,6	286,2	5 913,8	227,5
April	6 196,5	258,2	7 269,3	279,6	6 347,9	264,5
Mai	6 478,8	259,2	6 754,5	278,5	6 643,0	265,7
Juni	6 183,3	264,5	7 031,4	281,3	6 277,8	268,6

Für Koks und Briketts lauten die Versandziffern (in 1000 t):

	1912				1913				1914			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Jan.	1656,7	53,4	333,1	13,1	1985,5	64,1	401,6	16,0	1642,0	53,0	344,1	13,7
Febr.	1621,2	55,9	343,9	13,8	1875,6	67,0	370,6	15,4	1472,5	52,6	329,9	13,7
März	1685,9	54,4	275,5	10,6	1970,1	63,5	365,4	15,2	1438,5	46,4	343,6	13.2
April	1595,4	53,2	325,9	13,6	1805,9	60,2	410,6	15,8	1424,2	47,5	367,2	15,3
Mai	1561,8	50,4	346,3	13,9	1785,3	57,6	375,9	15,5	1461,7	47,2	376,6	15,1
Juni	1527,2	50,9	334,0	14,3	1725,6	57,5	396.4	15,9	1385,5	46,2	329,5	14,1

Das Syndikat hatte die Absicht, für den August die gleichen Beteiligungsanteile wie im Juli in Anspruch zu nehmen. Ferner waren Preisermäßigungen, vor allem für Koks und Kokskohle, geplant. Der Krieg wird diese Absichten wohl etwas korrigieren.

Für **Deutschlands Kohlengewinnung** liegen die Ziffern jetzt für das erste Halbjahr vor. Die Steinkohlenförderung ist im Juni infolge der geringeren Zahl der Arbeitstage gesunken. Braunkohlen- und Brikettproduktion erfuhren Steigerungen, die Kokserzeugung einen unwesentlichen Rückgang. Auf das ganze Halbjahr berechnet, zeigt 1914 nur bei Koks eine etwas niedrigere Ziffer, sonst nicht unwesentliche Erhöhungen. Es wurden gefördert (in 1000 t):

Digitized by Google

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Januar . . .	14 565,6	16 536,1	16 691,8	6 865,2	7 375,6	7 998,5
Februar . .	14 644,3	15 609,0	15 143,4	6 506,7	6 836,2	7 097,5
März . . .	12 811,8	15 413,3	16 148,0	7 042,0	6 706,2	7 628,4
April . . .	14 062,0	15 821,0	15 162,4	6 356,0	7 258,0	7 130,5
Mai . . .	14 734,1	14 268,1	15 987,7	6 442,7	6 865,4	7 389,7
Juni . . .	13 888,8	15 929,9	15 016,2	6 217,5	6 858,7	7 158,7
I. Semester .	84 706,5	93 577,4	94 149,5	39 430,1	41 900,1	44 403,3

Im **Außenhandel mit Brennstoffen** zeigt der Juni (prov. Juliziffern siehe an anderer Stelle) wieder einen sehr hohen Export von Steinkohle. Die Koksausfuhr dagegen bleibt weiter unbefriedigend. Bei Steinkohle betrugen (in 1000 t):

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Januar	759,5	663,3	715,9	2 452,7	2 386,2	2 818,0
Februar	642,1	805,3	613,1	2 721,6	3 258,3	3 298,6
März	497,5	709,2	796,1	2 421,0	2 815,6	2 914,7
April	215,9	940,7	809,7	2 947,0	2 938,8	2 930,9
Mai	882,8	952,6	894,8	2 480,5	2 288,6	2 946,6
Juni	1 191,2	957,3	946,3	2 076,7	2 681,0	3 260,8
1. Semester . . .	4 189,0	5 028,4	4 775,9	15 099,5	16 368,5	18 169,6

Die wenig günstigen Verhältnisse, unter denen die deutsche Kohlenindustrie im 1. Halbjahr 1914 gearbeitet hat, spiegeln sich in den Ausweisen der reinen Kohlenzechen, die jetzt bekannt geworden sind. Bei zwei der größten von ihnen betrugen die Betriebsüberschüsse:

Harpen

	1910	1911	1912	1913	1914
1. Quartal	3 400 000 M.	4 306 000 M.	3 966 000 M.	7 008 700 M.	4 669 000 M.
2. „	3 779 000 „	3 603 000 „	6 262 500 „	7 385 700 „	4 003 000 „
3. „	4 036 000 „	3 752 000 „	6 373 000 „	7 222 000 „	—
4. „	4 490 000 „	4 351 000 „	5 277 600 „	5 605 000 „	—
	15 705 000 M.	16 012 000 M.	21 879 100 M.	27 221 400 M.	

Hibernia

	1910	1911	1912	1913	1914
1. Quartal	2 623 488 M.	2 963 744 M.	2 401 167 M.	4 607 090 M.	3 790 986 M.
2. „	2 456 767 „	2 454 921 „	3 788 972 „	4 500 612 „	3 172 093 „
3. „	2 663 116 „	2 565 916 „	3 850 709 „	4 374 054 „	—
4. „	2 958 527 „	2 894 355 „	3 539 977 „	3 535 128 „	—
	10 701 898 M.	10 878 936 M.	13 580 825 M.	17 016 884 M.	

An den Kohlenmärkten des Auslandes war im Juli ein Wandel in der Ungunst der Lage nicht zu bemerken; es wurden fast überall Preiskonzessionen gemacht. Eine Ausnahme bildeten aus leicht begreiflichen Gründen Walliser Dampfkohlen, das Heizmaterial der Kriegsschiffe, für die namentlich gegen Ende des Monats ganz außergewöhnlich hohe Preise gezahlt wurden, bis die englische Admiralität von ihrem Rechte Gebrauch machte, die ganze Förderung und sämtliche Vorräte an sich zu ziehen.

Der Absatz der deutschen **Kaliindustrie** hat sich im ersten Semester günstiger entwickelt, als zunächst angenommen worden war. Das Syndikat schätzt das Absatzplus auf etwa 11½ Mill.

Digitized by Google

Mark. Bedenklich ist nur, daß sich die in der Aufschließung begriffenen spanischen Lager als wesentlich reichhaltiger zu erweisen scheinen, als das Syndikat zunächst zugegeben hatte. Ueber die Ausfuhr liegt ziffernmäßiges Material bisher ebenfalls nur für das erste Halbjahr vor. Danach wurden ausgeführt (in 1000 t):

	Gesamtausfuhr		Davon nach den Vereinigten Staaten	
	1913	1914	1913	1914
Januar	172,4	133,6	80,3	74,8
Februar	169,3	121,4	81,7	33,7
März	135,7	176,1	61,6	39,0
April	138,4	105,1	50,3	35,1
Mai	91,2	101,8	40,5	50,1
Juni	61,6	89,0	34,9	48,7
1. Semester	768,6	727,0	349,3	281,4

Die Entwicklung der **deutschen Saaten** hat im Juli keine besonderen Fortschritte gemacht. Trotzdem, und obwohl vereinzelt Klagen über Weizen und Hafer zu hören sind, so kann doch im allgemeinen ein recht gutes Ergebnis erwartet werden. Es ist zu hoffen, daß die ungünstigen Umstände, unter denen sich jetzt die Einbringung vollziehen muß, den Ertrag nicht allzu sehr schmälern. Auch aus den Vereinigten Staaten und Kanada lauteten die Berichte recht günstig, wogegen Oesterreich-Ungarn, Frankreich und vor allem Rußland ganz wesentlich weniger ernten werden als in den letzten Jahren. — An den Weltgetreidemärkten machten sich die politischen Störungen naturgemäß schon ziemlich früh bemerkbar, und die Preise kamen, vornehmlich an den europäischen Plätzen, stark ins Steigen. Schließlich gerieten, ausgehend von den österreichisch-ungarischen Märkten, die Getreidebörsen in eine derartig kopflose Verfassung, daß sich die Einstellung des Lieferungshandels, ja die völlige Schließung der meisten Börsen als notwendig erwies. Vorausgegangen waren Preissprünge, die an einzelnen Tagen bis zu 15 M. per Tonne gingen.

Das Statistische Reichsamt vergibt per 1. August für Deutschland folgende Saatenstandsnoten, die eine kleine Verschlechterung aufweisen:

	Winter-Weizen	Sommer-Weizen	Winter-Roggen	Sommer-Roggen	Sommer-Gerste	Hafer
1. Aug. 1914	2,6	2,5	2,7	2,7	2,4	2,5
1. Juli 1914	2,5	2,4	2,5	2,5	2,3	2,5
1. Aug. 1913	2,4	2,6	2,6	2,6	2,4	2,5
1. Juli 1913	2,5	2,7	2,6	2,6	2,4	2,8
1. Aug. 1912	2,4	2,4	2,4	2,4	2,2	2,7
1. Juli 1912	2,4	2,3	2,5	2,7	2,3	2,5

Die Beerbohm'sche Schätzung der Weltweizenernte weist gegen das Vorjahr ermäßigte Ziffern, insbesondere für Europa (Rußland und Ungarn) auf. Die Schätzung lautet (in 1000 Quarters à 217,7 kg):

	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Welternte	437 420	442 300	435 300	462 850	494 500	465 000
Europa	248 800	252 300	236 700	249 550	281 900	244 000

Digitized by Google

Auf die Zuckerpreise hatte die Krisis angesichts der recht günstigen Ernteaussichten und der Tatsache, daß wir weit über unseren eigenen Bedarf hinaus produzieren, wesentlich weniger Einfluß; die Kaffeepreise sind sogar erheblich weiter gefallen.

Auch am Markte der **Textil**rohstoffe überwogen, solange die Börsen noch arbeiteten, die Preisrückgänge, die besonders am Wollmarkte nicht unbeträchtlich waren.

An den **Metall**märkten setzte sich die rückläufige Preisbewegung, die bereits die letzten Monate gekennzeichnet hatte, während des ganzen Juli mit vereinzelten Unterbrechungen weiter fort; natürlich wurde sie durch die kritische Zuspitzung der politischen Lage noch wesentlich beschleunigt. Eine Ausnahme machte Quecksilber, dessen Preis wegen seiner Verwendung im Kriege im letzten Monatsdrittel bereits eine steigende Tendenz zeigte.

Die Petroleumpreise sind im Juli erheblich weiter zurückgegangen. Das gleiche gilt von den Salpeterpreisen. Eine leise Erholung dagegen zeigten die Gumminotierungen. Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	31. Juli 13	1. Juni 14	1. Juli 14	10. Juli 14	20. Juli 14	30. Juli 14
Weizen (Berlin) .	202,75	200,50	206,—	204,—	204,—	212,—
do. (New York)	94 1/8	93 1/2	87 1/2	89 3/8	88 1/2	102 3/4
Roggen (Berlin) .	168,—	172,25	177,25	171,75	169,25	182,—
Mais (New York)	74,—	79 1/4	77 1/4	78 1/8	79 1/2	83 3/4
Baumwolle (Brem.)	61 1/4	70,—	69,—	67 3/4	66 3/4	63,—
do. (New York)	12,—	13,75	13,25	13,25	13,25	12,50
Wolle (Antwerpen)	6,07	6,60	6,77	6,80	—	—
Zucker (Magdeb.)	9,20	9,35	9,15	—	—	9,47
Kaffee (Hamb.) .	48,—	50 1/4	47 1/2	48,—	48,—	40,—
Salpeter (Hamb.)	10,15	9,67 1/2	9,52 1/2	9,42 1/2	9,25	9,15
Schmalz (Chicago)	11,65	11,17	10,—	10,12	10,12	10,17 1/2
Silber (London) .	27 3/8	25 15/16	26 1/8	25 11/16	24 15/16	23 3/4
Kupfer (London) .	67,—	62 3/8	60 5/8	61 1/2	61 1/8	57 3/4
Zinn (London) . .	181 1/2	140,—	140,—	147,—	146,—	133 1/2
Zink (London) . .	20 5/8	21 1/2	21 7/16	21 1/2	21 5/8	21 7/8
Blei (London) . .	20 1/2	19 5/8	19 3/4	19 3/4	19 1/2	19 1/4

Die Notierungen verstehen sich für Weizen, Roggen, Wolle, Kaffee, Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Baumwolle (Bremen) in Pfennig per 1/2 kg mit 1 1/4 % Skonto, (New York) in Cents per engl. Pfund, Wolle in Francs per kg, Zucker (Korn. 88 %) in Mark per 50 kg, Kaffee in Pfennig per Pfund, Salpeter in Mark per 50 kg, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze, Kupfer in Lstrl. per ton netto, Zinn und Zink in Lstrl. per engl. ton netto, Blei in Lstrl. per engl. ton netto mit 2 1/2 %.

Die **Weltbörsen** spürten das politische Ungewitter, das um die Monatswende sich zu entladen begann, schon wesentlich früher. Sie haben einen Monat hinter sich, der in ihrer Geschichte einzig dasteht. Hatte bereits in den ersten Wochen die Verschärfung des serbisch-österreichischen Konfliktes an ihre an sich schon geschwächte Widerstandsfähigkeit Anforderungen gestellt, denen sie nicht gewachsen sein konnten, so begannen mit der Ueber-

Digitized by Google

reichung des österreichischen Ultimatums an Serbien Kursstürze von einer Schärfe, wie sie in keiner der früheren wirtschaftlichen und politischen Krisen zu beobachten gewesen waren. Eine nach der anderen von den großen Börsen stellte das Geschäft völlig ein, und die Börsen der kleinen neutralen Staaten (Brüssel, Zürich usw.) hielten sich vielleicht noch schlechter, als die in den kriegführenden Staaten gelegenen. Gegen Ende des Monats arbeitete nicht eine Börse von Bedeutung mehr, denn auch New York sah sich, als der Konflikt seinem Höhepunkt zusteuerte, zur Einstellung seiner Tätigkeit gezwungen.

Der **Berliner Börse** darf man das Zeugnis ausstellen, daß sie den Stürmen gegenüber zum mindesten keine geringere Widerstandskraft bewiesen hat, als die meisten anderen großen Märkte. Zunächst engte die unbehagliche Stimmung, die Anfang Juli im Zusammenhang mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers alle Kreise erfaßte, die Geschäftstätigkeit weiter ein. Aber von sensationellen Kursrückgängen blieb der Markt im ersten Drittel des Monats so ziemlich verschont. Die Depression, welche die Wiener Börse ziemlich zeitig aktionsunfähig machte, wirkte hier zunächst nicht in dem Maße, wie man hätte annehmen dürfen. Dieser Zustand hielt aber nicht lange an. Schon mehrere Tage vor Ueberreichung der österreichischen Note in Belgrad verflaute der Berliner Markt — vielleicht im Zusammenhange mit der vielbeachteten pessimistischen Aeußerung eines Großbankdirektors — außerordentlich stark. Es traten höchstens noch stundenweise infolge von Deckungen kleinere Erholungen ein, die aber stets von neuen Rückgängen abgelöst wurden. Im letzten Monatsdrittel folgten dann in Berlin wie anderwärts die Katastrophen und die außerordentlichen Maßnahmen Schlag auf Schlag. Hatte man sich zuerst in den meisten Fällen mit Streichung des einzelnen Kurses begnügt, so schritt man bald zur Einstellung des gesamten Ultimoverkehrs, wobei gleichzeitig ein mehrere Tage zurückliegender, noch verhältnismäßig hoher Kurs als Liquidationskurs für laufende Ultimoengagements festgesetzt wurde, und schließlich zur Einstellung des gesamten offiziellen Handels. Obwohl infolge dieser Maßnahmen die Liquidationskurse und die später noch festgestellten Kassakurse den vollen Umfang der Effektenentwertung nicht erkennen lassen, so zeigen doch auch sie, wie ungeheuerlich die Rückgänge trotz des vorher schon verhältnismäßig niedrigen Kursniveaus gewesen sind. Während bei fremden Renten der durchschnittliche Rückgang etwa 5—6% beträgt, liegt der Liquidationskurs von Naphta Nobel 65%, von Petersburger Internationale Handelsbank, Canada-Pacific und Orientbahn etwa 50% unter dem des vorigen Monats. Bei Montanwerten gehen die Rückgänge bis etwa 30, bei Transportwerten

Digitized by Google

Kurse der Ultimo-Papiere an der Berliner Börse.

	1913		1914						
	1. Juli	31. Juli	2. Jan.	1. Juli	4. Juli	11. Juli	18. Juli	25. Juli	30. Juli
3 % Reichsanleihe	74,50	74,10	76,10	76,90	76,90	76,30	76,20	74,30	72,—
4½ % Japaner	89,60	91,80	90,50	92,—	92,25	92,—	91,90	90,—	85,10
4 % Russen v. 02	88,75	90,—	90,60	89,60	89,60	89,40	89,10	82,75	80,—
3 % Portugiesen	64,75	65,—	63,80	65,70	66,25	66,25	66,25	66,40	63,—
5 % Chin. Anleihe	96,75	98,90	97,50	99,40	99,50	99,90	99,90	98,50	92,—
Türk. Anl. v. 03	84,75	82,30	86,—	82,50	81,10	81,60	82,—	80,—	76,90
Türken-Lose	155,50	156,25	169,50	162,60	161,90	159,25	160,—	144,—	135,—
Disconto-Com.-Ant.	179,90	181,90	186,90	183,50	182,75	181,25	180,80	173,25	170,—
Oesterr. Kredit-Akt.	195,90	195,60	202 50	190,—	187,—	184,50	186,50	179,—	176,75
Berl. Handels-Ges.	156,90	159,25	155,90	149,10	148,80	148,—	147,—	142,—	139,25
Darmstädter Bank	113,60	113,75	115,90	115,40	115,10	114,—	113,70	110,25	107,—
Deutsche Bank	240,10	244,90	249,—	235,—	234,75	233,25	231,60	222,—	218,—
Dresdner Bank	145,40	149,—	151,80	147,40	146,70	146,25	145,10	139,—	138,—
Nationalbank	112,75	114,10	116,90	108,40	108,30	106,80	106,25	103,50	101,—
A. Schaaffh. Bankv.	109,40	108,80	101,25	106,60	106,50	106,—	105,20	102,50	100,—
Comm.-u.Disc.-Bank	106,25	107,—	107,30	106,90	106,75	106,40	106,—	103,75	101,—
Wiener Bankverein	128,50	—	134,50	128,—	—	—	—	124,75	—
Azow-Don-Commerz	—	235,—	238,—	219,—	218,10	218,—	211,75	193,50	183,—
Russ. B. f. ausw. H.	148,50	150,75	156,70	150,90	150,—	149,25	146,—	128,50	126,75
Petersb.Int.Hand.-B.	195,—	198,75	201,50	179,50	178,90	177,—	171,25	129,25	129,—
Franzosen	—	151,50	155,25	146,50	—	—	142,20	131,50	131,—
Lombarden	25,—	26,10	22,10	17,10	16,80	16,—	16,40	14,40	12,50
Ital. Meridionalbahn	107,75	106,—	108,75	—	—	—	104,—	—	—
Anatolische Eisenb.	112,75	112,—	116,50	107,—	—	108,50	108,50	108,—	—
Orientbahn	—	173,—	200,—	—	198,50	186,—	177,—	150,10	150,—
Prince Henri	154,—	158,25	157,75	145,75	144,75	143,—	141,—	131,—	124,—
Schantungeisenbahn	121,—	120,10	128,75	129,—	130,20	127,50	124,90	109,—	105,—
Baltimore	92,50	99,—	92,90	89,—	90,75	90,40	84,80	76,50	73,—
Canada	215,90	215,30	214,75	196,50	194,60	191,50	186,75	174,80	160,25
Pennsylvania	111,90	113,30	—	—	—	—	—	—	106,—
Lübeck-Büchener	170,10	172,—	180,75	171,75	171,60	170,10	169,—	162,25	155,50
Gr. Berl. Straßenb.	160,—	163,60	163,50	147,—	147,50	145,75	143,—	136,—	130,—
Electr. Hochbahn	123,25	115,10	137,90	130,50	130,—	129,75	130,75	125,50	120,—
Dynamite Trust	166,75	168,50	173,25	—	—	—	—	—	—
Norddeutsch. Lloyd	117,—	116,70	117,40	110,60	110,—	108,75	106,—	92,—	89,40
Hamb.-Am. Packetf.	137,—	139,75	134,—	127,50	126,60	125,75	124,—	108,50	103,—
Hansa Dampfschiff.	277,30	293,—	271,50	258,—	255,—	252,70	250,10	218,50	198,75
Dt. Austral Dampf	—	—	172,50	170,50	169,75	170,—	167,10	145,50	140,50
Hamb.-Südam.	—	—	163,10	157,50	156 80	153,75	152,30	130,—	115,30
Bochum. Gußstahl	213,75	219,90	210,—	221,40	221,90	216,75	217,25	199,75	189,75
Laurahütte	158,75	168,70	125,25	146,75	146,25	145,—	140,50	129,90	120,—
Harpener	183,40	190,10	174,—	177,90	176,50	173,25	173,—	163,—	150,—
Gelsenkirchen. Bgw.	175,70	181,30	185,—	182,—	181,90	178,30	177,60	163,60	154,90
Dt.-Luxemb. Bergw.	147,25	148,75	133,50	128,—	127,—	123,—	122,10	107,10	101,60
Aumetz-Friede	163,10	167,—	157,80	155,—	152,50	147,60	146,90	125,—	123,25
Rhein. Stahlwerke	153,10	156,25	152,75	154,60	155,50	154,—	151,—	140,—	131,25
Hohenlohewerke	162,—	149,60	133,50	105,50	105,25	104,—	102,25	95,—	88,50
Phönix	244,10	252,75	235,60	236,75	235,10	230,80	227,20	211,75	204,—
Rombacher Hütten	148,—	154,—	150,—	152,25	152,—	150,20	149,—	131,—	121,25
Allg. Elektr.-Ges.	231,—	242,—	236,60	241,—	242,—	240,90	237,30	219,75	210,—
Siemens & Halske	209,—	217,75	220,—	210,60	211,—	211,—	209,—	194,25	192,—
Schuckert Electr.	143,60	150,50	151,90	143,—	143,20	142,10	138,25	124,—	118,75
Electr. Licht u. Kraft	122,75	126,—	129,75	128,80	127,25	128,50	124,50	121,—	115,80
Ges. f. Electr. Untern.	146,75	153,90	164,—	156,50	156,75	155,50	153,25	137,—	138,70
Dt. Uebersee Elektr.	160,25	163,30	167,—	164,25	163,90	163,75	161,60	150,—	151,50
Bk. f. Electr. Untern.	—	193,—	185,—	198,75	198,50	198,60	197,—	189,—	179,50
Oberschles. Eisb.-B.	90,10	92,10	89,90	86,25	86,25	72,25	74,60	74,50	74,75
Orenstein & Koppel	179,—	176,40	167,—	153,30	152,10	148,—	138,—	127,—	125,25
Oberschles. Eis.-Ind.	72,25	75,90	62,—	77,70	82,50	84,25	77,90	65,—	60,50
South-West Africa	110,50	111,75	115,—	106,75	105,60	106,—	104,75	88,—	86,75

Digitized by Google

bis etwa 20%. Am Kassamarkte war das Bild das gleiche wie an den Ultimomärkten. In den letzten Tagen des Monats vermochten sich nur ganz vereinzelte Werte leidlich zu behaupten. Andererseits sind auch schon zu Anfang des Monats, als die politischen Momente noch nicht in voller Schärfe wirkten, manche erheblichen Rückgänge eingetreten; so bei Ostelbische Spritwerke, Akkumulatoren Hagen, Geisweider Eisen und — im freien Verkehr — bei deutschen Erdölaktien. Kaliwerte waren zu Monatsbeginn infolge der günstigen Absatzziffern etwas lebhafter und höher.

Die Ziffern der Börsensteuern liegen erst bis Ende Juni vor. Sie zeigen bei beiden Gattungen starke Rückgänge. Im einzelnen erbrachten (in 1000 M.):

	Schlußscheinstempel.			
	1911	1912	1913	1914
Januar	2 214,8	2 277,2	1 665,7	1 665,1
Februar	2 288,7	1 620,3	1 236,7	1 916,8
März	2 038,6	1 794,5	1 264,0	1 444,8
April	1 953,8	2 206,1	2 271,1	1 318,8
Mai	1 982,7	2 420,0	1 666,3	1 155,3
Juni	1 951,4	1 688,3	1 557,3	859.0
im 1. Halbjahr	12 430,0	12 006,4	9 661,1	8 359,8

	Effektenstempel.			
	1911	1912	1913	1914
Januar	5 112,1	5 284,2	5 619,4	5 811,4
Februar	3 847,2	4 724,4	2 529,2	4 455,9
März	4 501,9	6 220,0	3 750,6	7 359,1
April	4 550,0	5 642,5	5 368,4	13 362,9
Mai	5 314,3	4 542,0	5 695,8	14 899,3
Juni	5 094,2	4 415,3	4 771,7	10 281,5
im 1. Halbjahr	28 419,7	30 828,4	27 735,1	56 170,1

Die nachstehende Tabelle vergleicht die Einnahmen aus dem Effektenstempel im zweiten Quartal 1914 mit den korrespondierenden Einnahmen im zweiten Quartal 1913 (in Mill. M.):

	April 1914	Mai 1914	Juni 1914	II. Quart. 14	April 1913	Mai 1913	Juni 1913	II. Quart. 13
1. Inländ. Aktien*)	9940,0	13011,0	8831,8	31783,3	1566,2	2664,2	3345,6	7576.0
2. Dt. Kolon.-Ant.	—	—	—	—	0,2	6,0	—	6,2
3. Ausländ. Aktien	220,0	131,0	68,4	419,5	8,4	152,1	23,1	183,5
4. Inl. Rent. u. Obl.	1636,5	711,3	290,0	2637,9	1525,1	742,9	552,1	2820,1
5. Inhaber-Obl. v. Kom.-Verbänd., Grndbes.-Korp., Hyp.-Banken u. Eisenb.-Ges.	574,9	485,2	501,6	1561,8	573,7	336,4	299,9	1209,9
6. Ausl. Staats-, Stadt-u. Eisenb.-Oblig.	841,5	361,7	431,7	1635,0	1377,6	1569,2	403,1	3350,0
7. Sonst. ausl. Obl.	70,5	42,6	66,6	179,8	99,1	14,4	15,6	129,0
8. Bergw.-Kuxe	78,7	156,2	91,0	325,8	217,9	209,1	132,3	559,3
9. Genußscheine	0,0	0,1	0,0	0.2	—	1.5	—	1,5
	13362,5	14899,2	10281,4	38543,7	5368,2	5695,8	4771,7	15835,9

*) und, seit Okt. 1913, Gesellschaftsverträge.

Digitized by Google

Die bedeutendsten Schwankungen am Kassamarkt im Juli.

	höchst. Kurs*)	niedr. Kurs*)	letzter Kurs	Besonderer Grund der Bewegung, wo ein solcher vorhanden **)
5% Chines. Anleihe 96	99,90	92,—	92,—	
4½% Serb. Gold-Anl.	87,50	76,50	76,50	
4% Serb. Anleihe 95	78,50	63,—	63,—	
Crefelder Eisenbahn	94,50	70,—	74,50	Zwangsverk. großer Lomb.
Berliner Kindl-Brauerei	270,—	254,25	256,—	
Patzenhofer	240,—	213,—	213,—	
Accumulatoren	297,—	249,—	252,—	Starke Exekutionen.
A.-G. für Anilinfabrik	473,—	296,50	296,50	
Adlerwerke	296,—	250,25	250,25	
Ammendorf. Papier	382,75	350,—	350,—	
Anh. Kohlen	190,—	170,50	170,50	
Arenb. Bergw.	396,—	362,—	362,—	
Bad. Anilin	578,—	365,—	365,—	Einschl. Abg. d. Bezugsrecht.
Baer & Stein	405,—	360,—	360,—	
Jul. Berger	276,—	242,—	242,—	
Braunschweig. Kohlen	300,—	253,—	253,—	
Bremer Wollkämmerei	294,—	255,10	255,10	
Chem. Werke Albert	401,—	373 —	373,—	
Consolid Schalke	316,90	279,—	279,—	
Daimler	382,25	325,—	328,25	
Deutsche Gasglühl. (Auer)	572,50	429,75	429,75	
„ Schachtbau	362,50	310,—	320,—	
„ Waffen	338,50	280,—	280,—	
Dresdener Gardinen	165,90	139,50	140,—	Auss. auf einegering. Divid.
Dürkopp	295,50	250,—	250,—	
Düsseld. Eisenb. Wagw.	230,—	199,—	199,—	
„ Eisenhütte	137,25	95,50	98,—	Rückgang der Ergebnisse.
Elberfelder Farben	587,—	370,—	370,—	Einschl. Abg. d. Bezugsrecht.
Excelsior Fahrrad	266,25	225,—	225 —	
Façon Mannstaedt	129,90	101,—	103,—	
Filter u. Brautech.	280,90	250,25	250,25	
Flöther Masch.	253,—	228,—	228,—	
Friedrichshütte	155,—	127,25	127,25	
R. Frister	227,—	200,—	200,—	
Gebhardt & König	215,75	172,—	176,—	Unfälle im Schacht.
Geisweider Eisen	146,50	115,—	117,25	teilw. Betriebseinst.
Joh. Girmes	232,—	194,—	194,—	
Glas-Manf. Schalke	194,—	165,—	165,—	Konkurrenzk. in d. Glasind.
Hannov. Masch. Egestorff	338,—	298,—	298,—	
Herbrand Waggon	150,25	120,—	120,—	
Hindrichs-Aufferm.	215,60	174,75	174,75	
Höchster Farben	460,—	420,—	420,—	Einschl. Abg. d. Bezugsrecht.
Max Jüdel	444,75	290,—	299,75	„ „ „ „
Kahla Porzellan	290,50	245,—	245,—	Exportstockung.
Köhlmann Stärke	391,—	348,—	355,—	
König Wilhelm St. Pr.	311,—	270,—	270,—	
Königsborn	221,25	185,75	185,75	
Kronprinz Metall	264,50	204,—	217,—	Rückgang des Absatzes.
C. Lindström	168,—	126,—	126,—	Ablehn. d. Zulass. jg. Aktien.
C. Lorenz	332,—	300,—	300,—	
Lüneburger Wachs	176,—	136,—	136,—	
Ostelb. Sprit	332,—	295,75	295,75	
Roddergrube	355,50	318,—	318,—	
Rosenthal Porz.	276,—	230,—	230,—	Exportstockung.
Sächs Gußstahl Döhlen	263,50	220,—	220,—	
Scholten Stärke	371,25	340,—	340,—	
Schubert & Salzer	336,—	299,50	299,50	

*) Den „Berliner Monatskursen" von Dr. Handl, Berlin W. 57, entnommen.
**) Wo nichts anderes vermerkt „Kriegspanik".

Digitized by Google

	höchst. Kurs	niedr. Kurs	letzter Kurs	Besonderer Grund der Bewegung, wo ein solcher vorhanden
Fritz Schulz jr.	261,25	226,—	226,—	Dividendenrückgang.
Spritbank	440,50	410,—	412,—	
Terrain Nordost	178,50	150,—	150,—	
Thale	200,75	150,—	163,—	
Türk. Tabak-Regie . . .	221,—	178,75	178,75	
Ver. chem. Charlottenb. .	352,75	310,—	310,—	
Wanderer-Werke	344,50	300,—	300,—	
Westl. Boden-Ges. . . .	630,—	540,—	540,—	

Nebenstehend unsere gewohnte Tabelle der **Zweimonatsbilanzen deutscher Depositenbanken.**

Am **internationalen Geldmarkt** haben der Ausbruch des österreichisch-serbischen Krieges und seine verhängnisvollen Folgen wie ein Blitz eingeschlagen. Nachdem noch bis weit in den Juli hinein die diesem Monat eigentümliche, durch die Couponauszahlungen verstärkte allgemeine Geldflüssigkeit geherrscht hatte, begann im letzten Drittel die regelmäßige Leihtätigkeit zu stocken, und immer deutlicher wurde das Bestreben der Banken, ihre ausländischen Guthaben an sich zu ziehen bzw. zu Gelde zu machen. In den letzten Tagen des Monats wurde diese Tendenz, die fast alle Märkte zu überstürzten Käufen von Londoner und Pariser Devisen zwang, durch kopflose Versuche von Privaten, größere Summen nach London zu übertragen, noch verstärkt. Schließlich kam es zu einer allgemeinen Panik, enormen Abhebungen bei allen Kreditinstituten, und zum Stillstand der internationalen Geldbeziehungen. Der offizielle Devisenhandel wurde eingestellt Gleichzeitig traten allenthalben stürmische Geldforderungen an die Zentral-Notenbanken heran, da die Privatbanken dem Ansturm der Depositengläubiger nicht gewachsen waren. Die Folge war eine Kette von Diskonterhöhungen; den Anfang machte die Oesterr.-Ungar. Bank, ihr folgte die Russische Staatsbank, und um die Monatswende prasselten die Diskonterhöhungen ununterbrochen auf den Geldmarkt nieder.

Der Londoner Geldmarkt setzte im Juli in äußerst günstiger Verfassung ein. Der Diskontsatz ging bis auf $1^7/_8$ % herab, und tägliches Geld war an einigen Tagen zu 1 % schwer anzubringen. Schon gegen Mitte des Monats versteiften sich jedoch die Geldsätze im Zusammenhang mit der Ulster-Krise. Dann blieb die Marktverfassung normal, bis plötzlich das Gespenst des russisch-deutschen Krieges auftauchte und die Leihsätze (am 28. Juli) weit über den Diskontsatz der Bank von England sprangen, so daß diese zu Abwehr-Maßnahmen genötigt wurde. Die Londoner Wechsel aus den Portefeuilles der kontinentalen Notenbanken überschwemmten den Markt derart, daß dieser Ende des Monats außer Funktion trat. Zu Sätzen von 6 % und darüber

Digitized by Google

Ausweise deutscher Depositenbanken per 30. Juni 1914

(in Millionen Mark).

30. Juni 1914	Disc.-Gesellschaft	Dtsch. Bank	Dresd. Bank	Darmstädt. Bank	A. Schaaffh. Bankv.	Nationalbank für Deutschl.	Comm.-u. Disc.-Bk.	Mitteld. Credit-B.	Acht Berliner Banken	Sämtl. 93 Bank. d. Zwischenbil. veröff.
Aktiva.										
Kasse, Sort. u. Kup.	46,4	105,2	41,6	23,4	10,0	5,7	9,0	6,1	**247,5**	**350,9**
Guth. b. Notenbk.	14,0	39,3	20,5	19,2	12,8	5,3	10,6	3,4	**125,1**	**174.2**
Eigene Akzepte .	—	—	—	0,9	—	0,4	—	0,2	**1,5**	**13,0**
Eigene Ziehungen	—	0,5	—	0,6	—	0,1	—	—	**1,2**	**46,4**
Solawechs. d. Kund.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**43,3**
Sonst. Wechsel u. Schatzanweis. .	229,0	699,1	374,1	198,3	104,8	79,1	66,5	50,7	**1801,6**	**2738,2**
Nostroguthaben bei Banken etc.	115,7	90,4	65,5	64,5	22,5	36,6	51;4	13,0	**459,6**	**704,5**
Effekten-Rep. etc.	104,0	195,4	115,8	117,9	32,1	57,8	75,2	23,5	**721,7**	**1271,7**
Warenvorschüsse	98,6	183,1	106,1	16,1	—	—	22,8	3,8	**430,5**	**591,4**
davon gedeckt:										
a) durch Waren od. Frachtscheine .	23,9	44,4	55,8	7,4	—	—	13,3	0,3	**145,1**	**264,6**
b) and. Sicherh. .	15,3	52,5	5,7	2,7	—	—	0,7	0,5	**77,5**	**93,1**
Effekten, davon										
a) Staatsanl. und verz. Schatzanw.	22,9	121,6	22,0	26,3	7,4	4,6	4,1	3,1	**212,0**	**360,9**
b) sonst b. d. Reichsbank beleihbar	6,8	6,3	7,4	4,5	3,6	0,3	2,3	1,6	**32,8**	**85,9**
c) sonst. börseng.	12,5	19,7	17,6	21,8	9,3	18,2	18,8	7,4	**125,3**	**195,0**
d) weitere Effekten	3,3	4,3	2,2	7,5	14,0	4,7	5,1	1,3	**42,5**	**106,9**
Konsortialbeteilig.	58,0	47,3	61,3	41,4	27,0	30,3	22,2	6,4	**293,8**	**383,7**
Dauernde Beteilig.	222,2	55,8	37,8	8,8	24,7	4,7	12,3	2,0	**368,4**	**518,3**
Debitoren, gedeckt	295,8	722,5	449,9	349,1	170,7	147,6	154,6	122,2	**2412,4**	**4356.2**
„ ungedeckt	117,8	227,7	176,0	101,7	112,8	31,4	53,2	31,1	**851,0**	**1745,7**
Bankgebäude . .	25,3	41,7	30,4	18,6	4,3	5,1	7,7	8,1	**141,1**	**249,3**
Sonst. Immobilien	—	—	2,0	0,3	0,1	—	2,1	0,5	**5,1**	**27,3**
Sonstige Aktiven	—	—	1.2	—	9,6	2,2	—	3,1	**16,1**	**115,2**
Passiva.										
Aktienkapital . .	300,0	250,0	200,0	160,0	100,0	90,0	85,0	60,0	**1245,0**	**2646,9**
Reserven	117,3	170,0	61,0	32,0	10,0	16,0	14,5	9,1	**429,9**	**729,2**
Kreditoren:	730,0	1783,9	995,1	653,0	343,5	251,2	324,5	151,1	**5232,3**	**8392,1**
a) Nostroverpflicht.	—	1,8	3,5	0,2	7,2	1,0	22,8	4,7	**41,4**	**105,1**
b) seit. d. Kundsch. bei Dritten benutzte Kredite	6,7	—	1,3	2,4	1,2	3,4	3,7	0,4	**19,2**	**52,7**
c) Bankguthaben .	104,7	116,8	84,2	75,2	29,2	21,6	29,9	34,6	**496,4**	**627,6**
d) provisionsfr. Einl.	276,9	1007,0	374,5	211,6	149,4	55,4	140,5	75,3	**2290,6**	**4194,6**
1. innerh. 7 Tag. fäll.	181,0	656,8	203,6	90,5	22,8	33,9	70,0	43,1	**1301,7**	**2056.9**
2. v. 8—90 Tag. „	51,2	147,5	101,3	73,6	67,4	13,2	51,5	18,7	**524,4**	**881,6**
3. nach 90 Tag. „	44,7	202,6	69,6	47,5	59,2	8,3	18,9	13,5	**464,5**	**1256.0**
e) sonst. Kredit. .	341,5	658,2	531,6	363,6	156,4	169,8	127,5	36,0	**2384,6**	**3412,0**
1. innerh. 7 Tag. fäll.	222,1	486,1	310,0	207,6	76,1	47,2	87,1	20,6	**1456,9**	**2313,8**
2. v. 8—90 Tag. „	113,7	101,2	197,8	133,2	74,6	104,6	35,6	13,0	**773,7**	**895.7**
3. nach 90 Tag. „	5,6	70,9	23,8	22,8	5,6	18,0	4,7	2,3	**153,9**	**202,5**
Akzepte	214,8	315,5	269,0	168,2	102,0	71,5	81,9	61,9	**1284,8**	**2123.8**
Schecks	3,4	14,7	6,4	3,0	0,3	1,2	1,6	0,3	**30,8**	**34,1**
Sonstige Passiven	6,8	26,0	—	4,5	9,1	4,3	10,6	5,3	**66,6**	**175,1**
Eig. Ziehg. überh.	—	0,5	—	0,6	0,8	10,4	1,0	0,3	**13,7**	**101,2**
dav. f. dritte Rechn.	—	0,4	—	—	0,8	10,4	1,0	0,3	**13,0**	**14,6**

Digitized by Google

war nur das allerfeinste Wechselmaterial unterzubringen. Das normale Material der Diskonthäuser war nicht verwertbar, und die Notiz mußte an den letzten beiden Julitagen ausfallen. Der Privatdiskont notierte, so lange der Wechselmarkt noch in Funktion war:

1. Juli	6. Juli	13. Juli	20. Juli	27. Juli	29. Juli	höchst	niedrigst
$2^{1}/_{16}$	$1^{15}/_{16}$	$2^{3}/_{16}$	$2^{3}/_{16}$	$3^{1}/_{2}$	$4^{3}/_{4}$	$4^{3}/_{4}$	$1^{7}/_{8}$

im Durchschnitt 2,49 gegen 2,52 im Juni.

Die Bank von England, die in guter Verfassung in den Juli trat und bis in die dritte Woche wenig in Anspruch genommen wurde, sah sich an den letzten Tagen des Monats einem selten erlebten Ansturm von Diskontgesuchen gegenüber, die sie, da ihr kleines Notenkontingent ihr enge Grenzen steckt, mit scharfen Diskonterhöhungen abzuwehren suchte. Sie ging am 30. Juli auf 4, am 31. Juli auf 8 und Anfang August auf 10 %. Schon der letzte Juli-Ausweis (per 29.) deutet an, welche enormen Anforderungen an die Leihbereitschaft der Bank gestellt wurden. Trotzdem leistete die Bank dem stürmischen Verlangen der Bankwelt, die Peels Act zu suspendieren und Noten in unbeschränktem Maßstabe auszugeben, energisch Widerstand. Sie konnte diese — zuletzt 1866 angewendete — Notmaßregel während der ersten Panik auch tatsächlich vermeiden, da die Banken ihre durch Konsols-Lombardierungen erzielten Guthaben zunächst bei der Bank stehen ließen, und ihr dadurch die Mittel zu weiterer Kreditgewährung verschafften. Doch mußte die Bank um die Monatswende die Goldzahlung suspendieren, da ihr ganze Wagenladungen an Gold entzogen wurden. Auch die äußere Goldbewegung bei der Bank, die fast während des ganzen Monats aktiv gewesen war, schlug Ende Juli um, da die Goldeingänge vom Barrenmarkt den starken Goldentziehungen, namentlich denen für französische Rechnung, nicht die Wage hielten. Die Ziffern lauten (in 1000 £):

Eingang:		davon aus		Ausgang:	davon nach:		Saldo
1.— 4. Juli	115	Egypten	110	8			+ 107
6.—11. „	518	—		—		—	+ 518
13.—18. „	535	Deutschl.	20	7	Kontinent	7	+ 528
		Brasilien	50				
		Argentin.	115				
		Egypten	45				
20.—25. „	310	Brasilien	54	6	Frankreich	6	+ 304
		Argentin.	100				
27.—31. „	782	Argentin.	75	2630	Frankreich	1374	—1848
		Brasilien	174		Gibraltar	250	
		Monte Vides	126		Egypten	565	
	2260			2651			— 391

Der Rest Barren (größtenteils Kap- und Austral.-Gold)

Der Londoner Clearing-Verkehr (umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch) weist im Juli 1914 im Vergleich mit den Parallelwochen der Vorjahre folgende Ziffern auf (in 1000 £):

Digitized by Google

1912		1913		1914	
27. 6 — 3. 7.	388 527	26. 6 — 2. 7.	425 992	25. 6.— 1. 7.	445 419
4. 7.—10. 7.	293 243	3. 7. — 9. 7.	327 789	2. 7.— 8. 7.	348 453
11. 7.—17. 7.	332 117	10. 7.—16. 7.	334 831	9. 7.—15. 7.	356 222
18. 7.—24. 7.	262 979	17. 7.—23. 7.	267 371	16. 7.—22. 7.	295 707
25. 7.—31. 7.	326 853	24. 7.—30. 7.	328 280	23. 7.—29. 7.	337 450
27. 6.—31. 7.	1 603 719	26. 6.—30. 7.	1 684 263	25. 6.—29. 7.	1 783 251
1. 1.—26. 6.	7 679 251	1. 1.—25. 6.	8 006 023	1. 1.—24. 6.	8 347 216
1. 1.—31. 7.	9 282 970	1. 1.—30. 7.	9 690 286	1. 1.—29. 7.	10 130 467

Der Pariser Geldmarkt, der schon Mitte Juli unter den Einflüssen einer sehr ungünstigen Medio-Liquidation und den Einzahlungen auf die neue, vielfach überzeichnete 3½ % Anleihe zu leiden hatte, kam Ende Juli völlig ins Stocken. Die Banken stellten ihre Diskonttätigkeit ein, nachdem sie schon vorher darauf verzichtet hatten, die Zinssätze gemeinsam festzusetzen. Infolgedessen wurde die Bank von Frankreich, die bis in die letzten Julitage hinein fieberhaft an der weiteren Erhöhung ihres Goldschatzes gearbeitet hatte, in solchem Maße in Anspruch genommen, daß sie den Antrag stellte, ihr Noten-Maximum (bis dahin 6,8 Milliarden), auf 10 Milliarden Francs zu erhöhen. Im Gegensatz zur Bank von England kam sie den Diskontansprüchen sehr weit entgegen. Sie begnügte sich mit einer Zinsheraufsetzung um 1 Prozent, sah also von der Festsetzung eines Prohibitiv-Diskontsatzes ab. Der Privatdiskont notierte:

1. Juli	6. Juli	13. Juli	20. Juli	27. Juli	31. Juli	höchst	niedrigst
2¾	2¾	—	2¾	3¾	—	3¾	2¾

im Durchschnitt 2,85 gegen 2,75 im Juni.

In Wien wurden sofort bei Erlaß des Ultimatums an Serbien so umfangreiche Kündigungen ausländischer Guthaben vorgenommen, daß die Oesterreichisch-Ungarische Bank, um die Kronenwährung nicht in Gefahr geraten zu lassen, dem Markt fast ihr ganzes Devisenportefeuille und später bares Gold zur Verfügung stellen mußte. Trotzdem sank der Wiener Scheckkurs in Berlin unter 83. Auch die österr. Notenbank wurde mit Darlehnsgesuchen bestürmt, denen gegenüber sie ihren Diskontsatz erst auf 5, dann auf 6 % erhöhte. Der Wiener Privatdiskont setzte in der letzten Juliwoche völlig aus und notierte im übrigen:

1. Juli	6. Juli	11. Juli	20. Juli	27. Juli	31. Juli	höchst	niedrigst
3⅜	3¾	3¾	3 13/16	—	—	3 15/16	3 7/16

im Durchschnitt 3,80 gegen 3,44 im Juni.

Den New-Yorker Geldmarkt hat der Kriegsausbruch in nicht geringere Verwirrung gebracht, als die europäischen Märkte. Die Zurückziehung englischer und französischer Guthaben nahm einen solchen Umfang an, daß mangels genügenden Wechselmaterials die Devisenkurse prozentweise in die Höhe gingen, und die Goldexporte sich bedrohlich vermehrten. Die Regierung gab, um der Entwertung der Valuta Einhalt zu tun,

Digitized by Google

schließlich die Erklärung ab, daß in den Tresors des Schatzamtes noch 1,3 Milliarden $ Gold ruhten. Die Goldexporte ließen erst Anfang August etwas nach, als wegen Kapergefahr deutsche Schiffe nicht mehr ausliefen, und die kurz zuvor ausgelaufene „Kronprinzessin Cecilie" mit 10 Millionen $ Gold an Bord nach New York zurückkehrte. Die Geldsätze zogen stark an, so daß man, da die Bundesreservebanken noch nicht funktionieren, die 1907 erprobte Ausgabe von Notstands-Bankgeld (emergency notes und Clearinghaus-Certifikaten) in Erwägung zog. Die Ausweise der New York Associated Banks lauten, so weit bisher vorliegend (in Mill. $):

	20. Juni	27. Juni	8. Juli	11. Juli
Darlehen	1484,4	1481,5	1474,9	1450.2
Depositen	1570,9	1552,4	1521,7	1481,6
Barbest. u. Legal-Tenders	429,8	416,0	390,4	375,0
Gesetzl. Mindestbarbest.	392,7	388,1	380,4	370,4
Reserve	37,1	27,9	10,0	4,6

Die Ausweise der dem New-Yorker Clearinghaus angeschlossenen Trust-Companies lauten (in Mill. $):

	20. Juni	27. Juni	8. Juli	11. Juli
Darlehen	641,4	636,9	641,6	639,1
Depositen	475,5	474,0	483,0	481,6
Deposit. b. d. Assoc.-Bks.	87,5	85,4	74,3	67,2
Barbest. u. Legal-Tenders	73,0	74,6	73,1	75,2

Auch alle übrigen Geldmärkte haben Ende Juli mehr oder weniger zu funktionieren aufgehört. In Petersburg, von wo das ganze Ausland seine Guthaben stürmisch zurückrief, verschärfte sich der Devisenmangel derart, daß die russische Valuta in Berlin auf 180 bis 190 Mark (Parität 216) stürzte. Die Geldsätze zogen stark an, eine Notierung fand nicht statt. Die Russische Staatsbank erhöhte ihren Diskontsatz allerdings nur um ½ %, sperrte aber die Goldauszahlung. Ebenso ist in der Schweiz die Goldeinlösung der Noten suspendiert worden.

Die Diskontsätze der maßgebenden europäischen Notenbanken haben im Juli fast durchweg eine oder mehrere Erhöhungen erfahren. Sie lauten:

			Durchschnitt
Deutsche Reichsbank	bis 30. Juli 4;	bis 31. Juli 5:	4
Bank von England	„ 29. „ 3;	„ 30. „ 4; bis 31. Juli 8;	3,2
Bank von Frankreich	„ 30. „ 3,5;	„ 31. „ 4,5;	3,5
Oest.-Ung. Bank	„ 27. „ 4;	„ 30. „ 5; „ 31. „ 6;	4,2
Banca d'Italia	„ 31. „ 5;		5
Russ. Reichsbank	„ 28. „ 5,5;	„ 31. „ 6,0:	5,6
Bank von Finnland	„ 28. „ 5,5;	„ 31. „ 6,0;	5,6
Bank von Spanien	„ 31. „ 4,5;		4,5
Bank von Portugal	„ 31. „ 5,5;		5,5
Schweiz. Nationalbank	„ 30. „ 3,5;	„ 31. „ 4,5:	3,5
Schwed. Reichsbank	„ 30. „ 4,5;	„ 31. „ 5,5:	4,5
Bank von Norwegen	„ 31. „ 5;		5
Niederländische Bank	„ 29. „ 3,5;	„ 31. „ 4,5;	3,6
Nationalb. von Belgien	„ 29. „ 4;	„ 30. „ 5; bis 31. Juli 6;	4,1
Nationalb. v. Dänemark	„ 31. „ 5;		5
Rumän. Nationalbank	„ 31. „ 5,5;		5,5
Nationalb. v. Bulgarien	„ 31. „ 6,5;		6,5
Nationalbk. v. Serbien	„ 31. „ 7 (6)*);		7 (6)*)
Nationalb. v. Griechenl.	„ 31. „ 6,5;		6,5

*) In Klammern der Diskontsatz für Silber-Darlehen.

Digitized by Google

Nachstehend die Hauptziffern aus den Juli-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken (vgl. auch die Tabellen am Schluß des Hefts).

Juli-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. VII.	1311,1	314,7	—	973,6	62,5	837,2		2192,3	566,5
15. „	1344,1	324,8	—	807,7	59,7	895,0		1994,6	325,7
23. „	1356,9	334,5	—	750,9	50,2	944,0		1890,9	199.5
31. „	1253,2	274,8	—	2081,1	202,2	1258,5		2909,4	1381,4
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
1. VII.		40,1	—		60,7	17,1	54,6	29,8	—
8. „		39,6	—		45,8	12,6	43,8	29.5	—
15. „		40,1	—		44,6	13,3	42,5	29,3	—
22. „		40,2	—		44,6	13,7	42,2	29,3	—
29. „		38,1	—		58,3	12,7	54,4	29,7	—
Bank von Frankreich. (Millionen Francs)									
2. VII.	4057,7	638.9	8,9[4])	1781,9	951,7[1])	249,7	982,7	6051,2	1345,7
9. „	4092,6	637,4	8,6[4])	3050,7	1159,2[1])	327,0	2689,3	6039,9	1301,3
16. „	4092,7	635,2	9,5[4])	1606,3	956,8[1])	289,9	929,0	6044,7	1307,3
23. „	4104.4	639,6	8,4[4])	1532.7	944,4[1])	400.6	943,0	5911,9	1159,5
30. „	4141,3	625,3	9,0[4])	2435,2	963,8[1])	382,6	947,6	6683,2	1907,6
Oesterreichisch-Ungarische Bank. (Millionen Kronen)									
7. VII.	1250,9	289,1	60,0	829,7	559,4[2])	280,4		2257,3	657,3
15. „	1247,2	289,6	60,0	773,0	550,4[2])	282,5		2172,4	575,6
23. „	1237,9	291,4	60,0	767,8	546,5[2])	291,3		2129.8	540,5
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
23.VI./6.VII.	1597,5	72,4	142,5	392,6	359,1	512,6	561,7	1646,9	—
1./14. „	1599,7	73,4	143,8	406,1	365,4	491,1	571,1	1630,4	—
8./21. „	1601,1	73,8	144,0	393,4	364,6	502,6	596,5	1634,1	—
16./29. „	1603,7	72,8	140,7	407,6	366,7	514,4	636,2	1633,3	—
Bank von Finland. (Millionen Mark [finländisch])									
30. VI.		62,9[3])	1,8	85,7[4])	72,7	29,9	25,6	118,1	—
8. VII.		63,8[3])	1,8	84,9[4])	71,3	29,5	27,2	115,3	—
15. „		63,2[3])	1,8	87,0[4])	70,5	28,5	28,6	112,9	—
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
20. VI.	1106,6	96,0	88,9[4])	707,3[5])		95,6	224,3	1571,9	280,4
30. „	1102,8	93,2	87,4[4])	808,5[5])		130,4	202,7	1683,0	399,6
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
4. VII.	533.3	737,6[6])	177,9	341,6	505,6[7])	132,3	478,0	1919,1	470,3
11. „	534,9	731,8[6])	179,2	343,2	497,0[7])	128.5	484,1	1923.8	477,9
18. „	542,0	734,7[6])	175,7	340,1	482.5[7])	121,6	482,5	1919,4	467.0
24. „	543,5	736,2[6])	174,8	335,9	481,6[7])	120,4	489,1	1919,0	464,5
Bank von Portugal. (Millionen Escudos)[10])									
24. VI.	8,013	9,523[8])	—	22,327	66,192	2,623	6,513	82,704	65,168
1. VII.	8,013	9,432[8])	—	21,759	67,343	2,664	6,484	82,923	65,478
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
4. VII.	160,6	8,1	19,8	74,8[9])	81,9	—	6,9	321,9	133,4
11. „	160,1	7,9	20,0	75,7[9])	79,9	—	5,7	321,0	133,0
18. „	161,1	7.9	20,1	71,7[9])	73,8	—	4 2	312.9	123,8
25. „	162,1	8,2	20,2	67,9[9])	74,1	—	4,7	310,4	119,9

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand			b) Anlagen		c) Verbindlichkeiten		d) Notenumlauf	
	Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	Wechsel	Darlehen	Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	insges.	durch a) nicht gedeckt
Belgische Nationalbank. (Millionen Francs)									
2. VII.	260,4	77,6	106,6[4])	562,5[9])		18,8	87,5	985,8	541,2
9. „	260,4	71,6	122,4[4])	523,1[9])		6,8	61,2	988,0	533,6
16. „	261,5	70,5	143,9[4])	527,2[9])	62,1	47,3	52,0	986,3	510,4
23. „	261,6	69,1	136,8[4])	517,1[9])	58,0	19,1	67,2	976,4	508,9
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. VII.	176,4	16,6	—[17])	94,6	20,4	41,2		277,1	84,1
15. „	176,8	18,0	—[17])	95,2	14,6	46,3		271,5	76,7
23. „	180,1	18,9	—[17])	93,8	14,0	50,7		267,9	68,9
31. „	191,9	5,9	—[17])	215,1	32,0	78,2		409,3	211,5
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
4. VII.	105,8	113,2		110,0		63,3		227,6	8,6
11. „	105,8	113,9		102,0		66,1		218,6	—
18. „	105,8	115,4		96,5		69,0		211,6	—
25. „	105 8	115,6		92,4		68.2		206,2	—
31. „	104,0	111,3		115,5		66,6		228,4	13,1
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
7. VII.	54,7		58,6[4])	83,5		9,7		123,8	10,5
15. „	52,8		65,7[4])	82,6		10,7		123,0	4,5
22. „	52,4		65,7[4])	79,3		10,7		120,8	2,7
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
30. VI.	82,2		27,1[4])	40,5[9])	38,1[10])	6,6		159,8	50,5
31. VII.	78,3		21,6[4])	59,4[9])	37,5[10])	16,9		156,5	16,9
Nationalbank von Serbien. (Millionen Dinar)									
22. VI./5. VII.	71,4	8,1	4,5	9,3	37,5	2,0		89,4	5,4
30. „ /13. „	70,1	8,2	4,3	9,3	37,5	2,0		91,2	8,6
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
21. VI/4. VII.	154,6	1,0	56,7	183,3	70,2[12])	—[13])		420,8	208,5
5./18. „	153,9	0,9	56,6	180,7	66,3[12])	—[13])		414,3	202,9
12./25. „	153,6	0,9	56,6	175,9	66,3[12])	—[13])		413,6	202,5
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
22. V./4. VI.	55,5	30,4	11,6[4])	36,9	264,1[14])	—	183,5	177,3	79,8
31. „ /13. „	55,6	30,6	14,2[4])	37,1	264,8[14])	—	188,7	172,8	72,4
7./20. VI.	55,6	30,5	10,2[4])	37,0	259,8[14])	—	178,5	176,4	80,1
14./27 „	55,6	30,6	7,2[4])	37,5	258,0[14])	—	178,4	176,6	83,2
22. VI./5. VII.	55.6	30,7	5,7[4])	37,7	261,7[14])	—	179,7	174,1	82,1
Bank von Griechenland. (Millionen Drachmen)									
31. V./13. VI.	23,3		227,3	28,8	283,6[15])	1,7	290,9[16])	214,3	—
30. VI./13. VII.	25,3		181,7	28,9	352,0[15])	5,1	299,4[16])	212,3	—

*) Einschließlich Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei 200 Millionen Francs „ewiger Vorschuß an die Regierung". — [2]) Dabei 60 Millionen Kr. Vorschuß an den Staat und ca. 300 Millionen Kr. Hypotheken. — [3]) Dabei fremde Münzen und ausländische Staatsanleihen. — [4]) Dabei die ausländischen Wechsel. — [5]) Einschließlich Kontokorrent-Debitoren und der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [6]) Dabei geringe Kupferbestände. — [7]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [8]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [9]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [10]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (30. 6. 14 24,5 Mill. Kr., 30. 7. 14 23,6 Mill. Kr.) — [11]) Dabei Vorschüsse an den Staat lt. Gesetz vom 15. 3. 1908. — [12]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 13 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [13]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [14]) Hiervon rund 77 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. [15]) Dabei rund 62 Millionen Drachmen Darlehen an die Regierung, ferner Hypotheken-Darlehen, Kommunal-Darlehen etc. — [16]) Dabei rund 44 Mill. Dr. Sparkassengelder. — [17]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [18]) Nach dem am 21. Juni 1913 veröffentlichten Gesetz bildet ab 1. 7. 1913 der Gold-Escudo die Münzeinheit.

Digitized by Google

Am **Berliner Geldmarkt** hat während der ersten drei Juli-Wochen eine außerordentliche Geldflüssigkeit geherrscht, bis dann plötzlich der Privatdiskont von 2⅛ auf 4 und weiter auf rein nominelle, je nach der Bonität des Schuldners ganz verschiedene Sätze sprang. Zugleich setzte ein Sturm auf die Banken und Sparkassen sowie eine starke Goldausfuhr ein, die sich in der Richtung nach Belgien und Holland mittels Grenzverkehrs in Koffern usw. vollzog, der Statistik also unbekannt blieb. Alle Mahnungen zur Besonnenheit und selbst Ausleihungen der Preußischen Seehandlung, die Geld auf einige Tage über Ultimo à 4½ % gab, nutzten nichts. Reportgeld notierte 4 bis 4½ %, wurde aber nur gegen reichliches Spezialpfand gegeben. Der Privatdiskont notierte, soweit offizielle Feststellungen erfolgt sind:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnab.
1.— 4. Juli			2,563[1])	2,438[2])	2,438[2])	2,313[3])
6.—11. „	2,313[3])	2,313[3])	2,125	2,125	2,000	2,000
13.—18. „	2,125	2,125	2,125	2,125	2,250	2,250
20.—25. „	2,250	2,250	2,125	2,125	2,500	3,000
27.—31. „	4,000	4,000	4,000	—	—	

Höchster Stand 4,000, niedrigster Stand 2,000, Durchschnitt 2,475.

Der allgemeine Liquidationsprozeß der Auslandsforderungen hat die Wechselkurse der Gläubigerstaaten unerhört steigen, die der Schuldnerstaaten ebenso sehr fallen lassen. In den letzten Julitagen fand ein geregelter Devisenverkehr überhaupt nicht mehr statt. Für kurz London wurden um die Monatswende Kurse bis zu 20,70, für kurz Paris bis zu 83 und mehr genannt. Die Wechselkurse lauten, soweit notiert:

		1. Juli	6. Juli	13. Juli	20. Juli	27. Juli	30. Juli	Höchst.	Niedr.	Durchschnitt
Amsterdam	8 Tage	169,00	169,00	169,05	169,05	169,00	168,80	169,15	168,50	168,96
London . . .	vista	20,505	20,490	20,495	20,490	20,520	20,620	20,620	20,485	20,508
New York .	vista	4,1950	4,1950	4,2000	4,2025	4,1900	—	4,2025	4,1900	4,1976
Paris	vista	81,525	81,475	81,400	81,425	81,500	82,200	82,200	81,350	81,473
Wien	8 Tage	84,775	84,775	84,775	84,675	83,300	—	84,825	82,900	84,493
Christiania .	10 Tage	—	112,30	112,20	—	112,20	—	112,30	112,20	112,24
Stockholm .	10 Tage	112,10	112,25	112,25	112,25	112,10	—	112,25	112,10	112,19
Petersburg .	Ausz.	214,10	214,35	214,20	213,65	—	—	214,52	206,75	213,69
Belgien . . .	8 Tage	80,850	80,800	81,000	80,950	81,125	—	81,250	80,775	80,964
Madrid . . .	14 Tage	79,05	—	78,47	78,40	—	—	79,05	78,20	78,45
Italien . . .	10 Tage	81,10	81,05	81,00	80,95	80,90	—	81,10	79,75	80,88
Schweiz . .	8 Tage	81,30	81,35	81,30	81,40	81,40	—	81,45	81,30	81,35
Kopenhagen	8 Tage	—	112,20	112,20	112,15	—	—	112,20	112,15	112,17

Ein Vergleich der wichtigsten Wechselkurse im Juli mit denen des gleichen Vorjahrsmonats zeigt folgendes Bild:

Lange Wechsel: [1]) 2,500. [2]) 2,375. [3]) 2,250.
Kurze Wechsel: [1]) 2,625. [2]) 2,500. [3]) 2,375.

Digitized by Google

	London für 1909-14 vista, sonst 8 Tage			Paris für 1909-14 vista, sonst 8 Tage			New York (vista)			Wien (8 Tage)		
	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt
14	20,620	20,485	20,508	82,200	81,350	81,473	4,2025	4,1900	4,1976	84,825	82,900	84,493
13	20,475	20,450	20,464	81,100	81,025	81,058	4,2000	4,1900	4,1963	84,600	84,350	84,486
12	20,485	20,460	20,477	81,150	81,100	81,130	4,1975	4,1950	4,1957	84,925	84,675	84,829
11	20,475	20,440	20,458	81,100	80,800	80,935	4,2075	4,1975	4,2037	85,200	84,975	85,105
10	20,465	20,430	20,445	81,175	81,100	81,140	4,2125	4,2000	4,2069	85,125	85,025	85,070
09	20,425	20,405	20,420	81,150	81,075	81,120	4,1925	4,1825	4,1873	85,175	85,050	85,130

Die **Deutsche Reichsbank** hat den Ansturm der Banken, der bei Beginn der Kriegsvorbereitungen einsetzte, ruhig über sich ergehen lassen und ist mit Hilfe ihrer Noten allen Anforderungen in großzügigster Weise gerecht geworden. Sie war in den ersten Augusttagen sogar bereit, Lombardgesuchen über das Maß des gesetzlich statthaften hinaus zu entsprechen, indem sie für die Kriegs-Darlehnskassen, die erst am 8. August ihre Tätigkeit begannen, in Vorschuß trat. Schon Ende Juli zeigt ihr Ausweis daher ein enormes Anschwellen der ungedeckten Noten, das sich Anfang August rapide fortgesetzt hat, ohne daß jedoch bisher eine Verletzung der Dritteldeckungs-Pflicht eingetreten ist, da sowohl der freie wie der gesperrte (Juliusturm) Kriegsschatz in Höhe von zusammen rund 220 Millionen Mark inzwischen der Bank als Deckung übergeben worden sind, und die neuen Darlehnskassenscheine ebenfalls als Notendeckung zugelassen sind. Dem Ansturm auf ihre Umwechslungsschalter hat die Bank Ende Juli durch Einstellung der Goldzahlung ein Ende gemacht, nachdem ihr rund 100 Millionen Mark Gold entzogen worden waren.

Ihr Devisenportefeuille mit vielen Dutzend Millionen großenteils englischer Wechsel hat die Bank rechtzeitig, d. h. vor Eintritt des englischen Moratoriums, zu Gelde gemacht.

Ueber die Goldbewegung in Deutschland liegen für den Juli erst die provisorischen Gewichtsziffern vor, die folgendermaßen lauten (und natürlich die Schleich-Exporte nicht umfassen):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Juli 1914	51,3	6,2	1,1	58,6	16,4	17,7	2,1	36,2	+ 22,4

Im Juni zeigte die Goldbewegung nach den Angaben der Reichsstatistik das folgende Bild (in Mill. M.):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Juni 1914	11,8	2,7	0,9	15,4	0,9	0,0	0,5	1,4	+ 14,0
dagegen									
Juni 1913	57,1	20,6	1.5	79.2	1,6	0,0	0.7	2,3	+ 76,9

Im ganzen ersten Semester 1914 beträgt der offizielle Ueberschuß der Goldeinfuhr über die Ausfuhr 75,1 Mill. M. Das bedeutet einen erheblichen Rückgang gegenüber dem ersten

Digitized by Google

Semester 1913, in dem sich ein mehr als doppelt so hoher Einfuhr-Ueberschuß ergeben hat. Die Ziffern für das erste Halbjahr 1914 lauten (in Mill. M.):

	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feing o	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Januar .	10,8	1,0	1,2	13,0	1,6	0,7	0,3	2,6	+ 10,4
Februar .	8,4	0,7	0,2	9,3	1,9	2,2	0,2	4,3	+ 5,0
März . .	22,3	0,9	0,3	23,5	1,5	2,6	0,2	4,3	+ 19,2
April . .	15,7	1,1	5,0	21,8	1,4	0,1	0,2	1,7	+ 20,1
Mai . .	9,2	0,9	0,4	10,5	1,6	2,2	0,7	4,5	+ 6,0
Juni . .	11,8	2,7	0,9	15 4	0,9	0 0	0,5	1,4	+ 14.0
	78,5	7,3	8,0	93,8	8,9	7,7	2,1	18,7	+ 75,1

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank hat im Juli eine starke Steigerung erfahren. Die Ziffern lauten (in Mill. M.):

	1910	1911	1912	1913	1914
Mai	4 171,4	5 067,6	5 899,8	5 927,4	6 124,2
Juni	4 383,1	4 921,1	5 856,4	6 078,1	6 170,1
Juli	4 254,0	5 502,0	6 597,6	6 521,2	6 942,1

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer haben im Juni (Juliziffern fehlen noch) und im ersten Halbjahr betragen:

	1911	1912	1913	1914
Januar	1 671 080 M.	1 795 082 M.	1 886 706 M.	1 952 970 M.
Februar . . .	1 427 686 „	1 477 487 „	1 516 542 „	1 511 808 „
März	1 554 582 „	1 603 233 „	1 688 620 „	1 699 922 „
April	1 614 850 „	1 748 340 „	1 845 642 „	1 834 120 „
Mai	1 591 263 „	1 605 010 „	1 618 515 „	1 592 146 „
Juni	1 451 239 „	1 543 111 „	1 541 975 „	1 597 523 „
im 1. Halbjahr .	9 310 700 M.	9 772 263 M.	10 098 000 M	10 188 489 M.

Der Scheckstempel hat im Juni 0,28 (i. V. 0,20), die Talonsteuer 0,45 (i. V. 0,72), die Tantièmesteuer 0,41 (i. V. 0,39) Millionen Mark erbracht.

Zulassungen an den deutschen Börsen
im Juli 1914.

I. Börse zu Berlin.

M. 80 000 000 Deutsche 1 % Reichsschatzanweisungen.
M. 9 000 000 Elberfeld 4 % Stadtanl.
M. 5 645 000 Bonn 4 % Stadtanl.
M. 4 500 000 Gießen 4 % Stadtanl.
M. 4 500 000 Osnabrück 4 % Stadtanl.
M. 4 000 000 Erfurt 4 % Stadtanl.
M. 4 000 000 Posen 4 % Stadtanl.
M. 3 500 000 Worms 4 % Stadtanl.
M. 1 000 000 Berlin-Schöneberger Hypothekenbankverein 4¼ % Pfandbr.
M. 90 000 000 Provinzialverband d. Provinz Ostpreußen 4 % Obligationen.
M. 10 000 000 Provinzialverband d. Provinz Ostpreußen 3½ % Obligationen.
M. 42 000 000 Provinzialverband von Pommern 4 % Oblig.
M. 10 000 000 Preuß. Bodencredit-Aktienbank 4 % Komm.-Obligationen.
M. 1 300 000 Landeskreditkasse Schwarzburg-Sondershausen 4 % Oblig.

Digitized by Google

M. 12 000 000 Gewerkschaft Ver. Konstantin der Große 4½ % Hyp.-Oblig.
M. 3 000 000 Gewerkschaft Bergmannssegen 5 % Hyp.-Oblig.
M. 2 500 000 Mannesmannröhrenwerke 4½ % Oblig.
M. 15 000 000 Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken jg. Akt.
M. 14 553 360 (£ 713 400) Nobel Dynamite Trust Comp. Stamm-Akt.
M. 11 000 000 Mannesmannröhrenwerke jg. Akt.
M. 8 000 000 „Deutscher Anker" Pensions- u. Lebensversicherungs-A.-G. Akt.
M. 4 500 000 Eisenwerk Kraft jg. Akt.
M. 2 523 000 Donnersmarckhütte jg. Akt.
M. 2 000 000 Ges. f. Linde's Eismaschinen jg. Akt.
M. 2 000 000 Aktienbauverein „Unter den Linden" Vorz.-Akt.
M. 2 000 000 Chem. Fabr. vorm. Weiler ter Meer jg. Akt.
M. 1 000 000 Schultheiß-Brauerei jg. Akt.

II. Börse zu Breslau.

M. 80 000 000 Deutsche 4 % Reichsschatzanweisungen.
M. 10 000 000 Preuß. Bodencredit-Aktien-Bank 4 % Komm.-Obligationen.

III. Börse zu Düsseldorf.

Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M. 4 500 000 Gießen 4 % Stadtanl.
M. 10 000 000 Eisenbahnbank zu Frankfurt/M. 4½ % Oblig.
M. 6 000 000 Rhein. Schuckert-Ges. f. elektr. Ind. 5 % Oblig.
M. 2 000 000 Kalle & Co. A.-G. 5 % Oblig.
M. 2 000 000 Deutsche Gelatinefabriken 5 % Oblig.
M. 750 000 J. Brünnig & Sohn 5 % Oblig.
M. 75 000 000 Direktion d. Discontoges. n. Komm.-Ant.
M. 11 000 000 Mannesmannröhrenwerke jg. Akt.
M. 3 500 000 J. Brüning & Sohn Akt.
M. 3 000 000 Rhein. Schuckert-Ges. f. elektr. Ind. jg. Akt.
M. 1 000 000 Braunschweig. Landeseisenbahn-Ges. jg. Akt.

VI. Börse zu Hannover.

Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln.

M. 2 500 000 Rhein.-Nassauische Bergwerks- und Hütten-A.-G. jg. Akt.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.

Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

M. 12 000 000 Bayer. Handelsbank 4 % Pfandbr.
M. 505 000 Neue Baumwollspinnerei u. Weberei Hof Akt.

XII. Börse zu Augsburg.

M. 15 000 000 Bayerische Hyp.- u. Wechselbk. 4 % Hyp.-Pfandbriefe.
M. 12 000 000 Bayerische Handelsbank 4 % Pfandbr.

XIII. Börse zu Dresden.

M. 10 000 000 Grundrenten- u. Hypothekenanst. d. Stadt Dresden 4 % Rentenbriefe.
unbest. Betrag Landwirtschaftl. Kreditverein i. Königreich Sachsen 4 % Kreditbriefe.
M. 1 500 000 A.-G. Hofbrauhaus Dresden 5 % Oblig.

Digitized by Google

M. 250 000 Aelteste Volkstedter Porzellanfabrik Vorz.-Akt.
M. 225 000 Ver. Fabr. engl. Sicherheitszünder jg. Akt.

XIV. Börse zu Leipzig.

M. 80 000 000 Deutsche 4 % Reichsschatzanw.
M. 65 000 000 Deutsche 4 % Schutzgebietanl. v. 1914.
M. 4 386 000 Grundrenten- u. Hypoth.-Anst. d. Stadt Dresden 4 % Pfandbr.

XV. Börse zu Zwickau.

M. 1 000 000 Vereinsbank Zwickau Akt.
M. 750 000 A. Horch & Co. Motorwagenwerke.
Stück 2 290 Gewerkschaft Deutschland Kuxe.

XVI. Börse zu Stuttgart.

Keine Zulassung.

XVII. Börse zu Mannheim.

Keine Zulassung.

XVIII. Börse zu Bremen.

M. 80 000 000 Deutsche 4 % Reichsschatzanweisungen.

XIX. Börse zu Hamburg.

M. 80 000 000 Deutsche 4 % Reichsschatzanweisungen.
M. 20 000 000 Großh. Mecklbg.-Schwerinsche 4 % Landesanl.
M. 2 000 000 Deutsch-Argentin. Zuckerplantagen A.-G. 5½ % Hyp.-Oblig.
M. 75 000 000 Direktion d. Disconto-Ges. u. Komm.-Ant.
M. 21 600 000 (Rbl. 10 000 000) Russ. Bk. für auswärt. Handel jg. Akt.
M. 9 000 000 Deutsche Levante-Linie Akt.

Die **Gründungstätigkeit** bzw. die Eintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister ist im Juli, wie alljährlich, stark zusammengeschrumpft. Es wurden eingetragen:

11	Aktiengesellschaften	mit 18 123 000	M. Kapital
247	Gesellschaften m. b. H.	„ 19 535 000	„ „
	zusammen	37 658 000	M. Kapital
gegen	59 916 000	M. Kapital im Juli	1913
und	44 673 000	„ „ „ „	1912

Noch weit mehr haben die **Kapitalserhöhungen** abgenommen, bei denen die Juliziffern folgendermaßen lauten:

17	Aktiengesellschaften	mit 16 182 000	M. Kapital
45	Gesellschaften m. b. H.	„ 3 188 000	„ „
	zusammen	19 370 000	M. Kapital
gegen	78 897 000	M. Kapital im Juli	1913
und	83 551 000	„ „ „ „	1912

An Genossenschaftsgründungen haben im Juli laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
10	11	0	1	10	58
Dagegen im Juli 1913:					
29	5	0	5	8	93
Dagegen im Juli 1912:					
42	5	0	7	11	73

Insgesamt sind also gegründet worden:

Juli 1914: 20 Genossenschaften m. unb. H. u. 70 Genossenschaften m. b. H.
„ 1913: 37 „ „ „ „ „ 103 „ „ „ „
„ 1912: 53 „ „ „ „ „ 85 „ „ „ „

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Juli 1914.

(Vom 1. bis 31. Juli im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Juli 1913		Juli 1914		Juli 1913		Juli 1914		Juli 1913		Juli 1914		Juli 1913		Juli 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	1	2 100	1	2 000	3	170	7	2 547	—	—	1	1 000	1	160	1	75
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	—	—	6	872	—	—	2	3 700	—	—	3	351	—	—
Steine u. Erden	1	1 600	—	—	25	7 526	15	1 546	3	501	2	460	3	210	3	68
Metalle u. Maschinen	2	2 574	3	7 600	41	2 776	32	3 538	9	14 754	3	1 050	16	1 192	6	175
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	11	749	3	158	1	1 000	—	—	3	1 185	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	—	—	—	—	3	444	4	180	3	19 270	—	—	2	550	1	140
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	8	2 780	3	240	1	10 250	—	—	—	—	1	600
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	—	—	—	—	18	2 430	10	1 346	5	7 950	2	2 780	1	40	2	200
Textilgewerbe	2	3 250	—	—	8	2 125	5	140	2	900	—	—	1	80	—	—
Papiergewerbe	—	—	—	—	2	44	5	270	1	250	—	—	—	—	1	400
Ledergewerbe	—	—	—	—	2	102	—	—	—	—	—	—	1	7	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	—	—	9	1 279	8	1 010	—	—	1	300	3	308	2	270
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	1	468	1	30	24	1 083	9	892	5	3 500	2	134	5	581	—	—
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	—	—	—	—	9	1 720	1	28	—	—	1	58	—	—	1	25
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	—	—	12	421	12	353	—	—	—	—	2	112	2	118
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	6	461	7	410	1	360	1	400	1	25	3	60
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	3	4 612	1	800	50	4 503	18	788	—	—	—	—	4	60	4	141
Banken u. Vers.-Ges.	1	2 000	—	—	6	340	6	230	3	4 200	3	9 500	1	15	1	42
Bahnen u. Transport-Ges.	3	2 548	2	4 333	10	656	9	838	3	3 200	—	—	3	57	—	—
Handel (außer Banken)	1	1 000	2	3 160	79	4 928	64	4 023	—	—	—	—	11	3 495	7	502
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	5	601	1	21	—	—	1	500	2	6	3	243
Sonstige Gesellschaften	2	746	1	200	50	3 008	28	977	—	—	—	—	10	628	7	129
	17	20 898	11	18 123	387	39 018	247	19 535	39	69 835	17	16 182	73	9 062	45	3 188

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Juli 1914: 37 658 000 Mk.; im Juli 1913: 59 916 000 Mk.
Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 19 370 000 „ „ „ „ 1913: 78 897 000 „
Gesamtanspruch im Juli 1914: 57 028 000 Mk.; im Juli 1913: 138 813 000 Mk.

Digitized by Google

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Juli fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Alt-Landsberg	7	in Elberfeld	5	in Mannheim	8
„ Berlin	121	„ Essen, Ruhr	10	„ München	28
„ Braunschweig	5	„ Frankfurt. Main	21	„ Nürnberg	8
„ Bremen	19	„ Freiburg/Br.	6	„ Oldenburg,Großh.	11
„ Breslau	30	„ Gießen	5	„ Säckingen	7
„ Chemnitz	19	„ Greifswald	6	„ Segeberg	6
„ Cöln, Rhein	16	„ Halle, Saale	7	„ Stettin	8
„ Danzig	5	„ Hamburg	57	„ Stuttgart	16
„ Dortmund	8	„ Heidelberg	6	„ Stuttgart-Cannstatt	6
„ Dresden	12	„ Karlsruhe, Baden	5	„ Waldsee, Württ.	7
„ Düsseldorf	13	„ Koblenz	9	„ Wiesbaden	5
„ Eckernförde	8	„ Leipzig	33	„ Zittau	10

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Juli 1914:

1033 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Die deutschen Banken im Juli 1914.

Reichsbank. Wird bei Ausbruch des österreichisch-serbischen Krieges von den Banken mit enormen Wechselmassen beworfen, so daß sich ihr Status in der letzten Juliwoche um rund 1¼ Milliarden M. verschlechtert. Erhöht daher am 31. Juli den Diskont auf 5 %. Suspendiert im Einverständnis mit Reichskanzler und Bundesrat die Goldzahlung, nachdem ihr in vier Tagen rund 100 Mill. M. Gold entzogen worden sind. In Süddeutschland kursieren falsche 20- und 100-Markscheine. Ein Aushilfsschreiber, der durch Fälschung eines Giroscheines die Barmer Reichsbankstelle um 45 000 M. geschädigt hat, wird in New York verhaftet. Heppenheim a. B. wird Inkassoplatz.

Seehandlung. Beantragt die Zulassung von 5 645 000 M. 4 % Bonner Stadt-Anleihe zur Berliner Börse. Ist bis gegen Monatsende als Geldgeberin zu relativ, niedrigen Sätzen im Markte.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Stellt infolge großer Geldflüssigkeit der mit ihr arbeitenden Central-Genossenschaften und Sparkassen dem Markte bis etwa zum 25. Juli große Summen zur Verfügung. Wird dann infolge der politischen Ereignisse überaus stark in Anspruch genommen.

Disconto-Gesellschaft. Das unter Führung der Bank stehende Konsortium schließt mit Bulgarien einen Anleihevertrag über 500 Millionen Frs. ab, die zu 5 % verzinslich sind. Die Anleihe wird den Banken zu 84 % in zwei Optionen à 250 Mill. Frs. überlassen. Vorerst erhält Bulgarien nur 120 Mill. Frs. Vorschuß gegen etwa 7 % Schatzscheine. Der Anleihevertrag enthält eine Kriegsklausel, die dem Bankenkonsortium gestatten würde, zurückzutreten, was indes angeblich nicht geschieht. Die Verhandlung in der Anfechtungsklage wegen der Fusion mit Schaaffhausen wird vertagt. 75 Mill. M. neue Kommanditanteile werden an verschiedenen Börsen zugelassen. Die Bank stellt Zulassungsanträge u. a. für: 4,50 Mill. M. Osnabrücker Stadtanleihe, 2 Mill. M. 5 % Oblig. von Kalle & Co. (Frankfurt a. M.). Bietet konsortialiter 94,44 % auf 4½ Mill. M. neue Trierer Stadtanleihe. Das Höchstgebot geben Delbrück, Schickler & Co. u. Consorten à 94,53 % ab. Die bisherigen stellv. Direktoren Heinrich Schneider, Ernst Jaup, Dr. Julius Mankiewicz und Moritz Krell werden zu Direktoren ernannt, ferner die Herren Lücke, Thürnau, Friedensohn, Pestel, Holz, Ko-

Digitized by Google

walski, Zeitz. Traniß und Hermann zu stellv. Direktoren. Kurt von Andreae, bisher bei der Kölner Niederlassung, tritt als Teilhaber zur Firma F. von der Heydt & Co., London, über.

Deutsche Bank. Errichtet in Offenbach eine Zweigstelle. Die Beratungen der Banken und Bankiers Berlins in den letzten Julitagen über die Kriegsmaßnahmen (Kreditpolitik usw.) finden bei dem Institut statt. Die Bank plant die Umwandlung der Firma Ludwig Deuß & Co., Hamburg, in eine Akt.-Ges. Entsendet Direktor Heinemann nach London zu den (wiederum gescheiterten) brasilianischen Anleiheverhandlungen. Geh. Baurat Foerster, Marsopp, und Dr. Berve (Schles. Bankverein) sollen in den Aufsichtsrat der Berliner Terrain- und Bau-A.-G. eintreten. Der Liquidator der W. Wertheim G. m. b. H. erklärt, daß sich der Durchführung der Regreßklagen (gegen Palästinabank usw.) große Schwierigkeiten entgegenstellten, die seiner Ansicht nach mit der die Liquidation (sc. der Palästinabank) durchführenden Deutschen Bank zusammenhingen. Stellt folgende Zulassungsanträge, teilweise konsortialiter: 2.53 Mill. M. neue Aktien der Donnersmarckhütte (Berlin), 3.5 Mill. M. Aktien und 0,75 Mill. M. 5 % Obligationen der J. Brüning & Sohn A.-G. (Frankfurt), 2 Mill. M. 5 % Obligationen der Deutschen Gelatinefabriken (Frankfurt), 12 Mill. M. 4½ % Obligationen der Gewerkschaft Konstantin der Große (Berlin), 3,5 Mill. Mark Wormser und 5,5 Mill. M. Frankfurter (Oder) 4 % Stadtanleihe (Berlin). In Dresden kommen kleinere, bisher nicht aufgeklärte Kassendiebstähle vor. Der stellvertretende Direktor Kraemer, Düsseldorf, tritt als Teilhaber zur Firma J. Dreyfus & Co., Frankfurt a. M., über. Stellv. Direktor Fels, Berlin, erhält eine Ordensauszeichnung.

Dresdner Bank. Am 18. Juli erklärt Direktor Herbert Gutmann, daß die Bank ihrer Kundschaft nicht zur Konservierung ihrer Effektenengagements raten könne, da die österreichische Note an Serbien sehr scharf, und eine Lösung auf friedlichem Wege kaum möglich sein werde. Die Pariser Bankfirma J. Allard & Co., an der die Dr. B. beteiligt ist, schließt Ende Juli vorübergehend ihre Schalter, weil ihr, als „deutschem" Institut, der Kredit am Pariser Platze abgeschnitten ist, und deutsche Rimessen mit Verspätung eingehen. Kommerzienrat Plaut tritt von der Leitung der Kasseler Filiale zurück. Die Bank entsendet in den Aufsichtsrat der rekonstruierten Metzeler & Co. A.-G. ihren Direktor Bremer. Stellt folgende Zulassungsanträge, teilweise konsortialiter: 4.50 Mill. M. neue Aktien der Eisenwerk Kraft A.-G. (Berlin), 1 Mill. M. neue Aktien der Braunschweigischen Landeseisenbahn (Frankfurt), 10 Mill. M. 4½ % Obligationen der Eisenbahnbank (Frankfurt a. M.). 1,5 Mill. M. 5 % Obligationen der Hofbrauhaus A.-G. (Dresden).

Darmstädter Bank. Verkauft 856 500 M. Aktien der Krefelder Eisenbahn zu 80 % an die Stadt Krefeld. Ist mit angeblich 0.2 Mill. Mark beim Zusammenbruch der Firma Gebr. Eckel beteiligt, aber großenteils gedeckt. Stellt konsortialiter den Antrag auf Zulassung von 8 Mill. M. Aktien des „Deutscher Anker" zur Berliner Börse.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Die Verhandlung in der Nichtigkeitsklage gegen die Fusion mit der Disconto-Gesellschaft wird vertagt. Direktor Thomas scheidet aus dem Aufsichtsrat von Schuster & Wilhelmy aus. Die der Bank nahestehende Braunkohlen-A.-G. Zukunft verteilt für das erste Geschäftsjahr 5 % Dividende.

Berliner Handels-Gesellschaft. Die Klage gegen die Baroper Walzwerk A.-G. wird endgültig zugunsten der B. H. G. entschieden; es handelt sich um nachträgliche Zahlung rückständiger Dividenden auf Baroper Vorz.-Aktien. — Die Bank wirkt bei dem Verkaufe von Gleiwitzer Steinkohlen-Kuxen aus dem Besitz der Oberschles. Eisenindustrie A.-G. an die Oberschlesischen Kokswerke A.-G. mit; dadurch wird eine Forderung der Bank an erstere Gesellschaft realisierbar. Die Bank beantragt, teilweise konsortialiter, die Zulassung von 3 Mill. M.

Digitized by Google

5 % Anleihe der Kaligewerkschaft Bergmannssegen, und von 6 Mill. Mark Aktien der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft zur Berliner Börse.

Commerz- und Disconto-Bank. Erhält konsortialiter den Zuschlag auf 12,75 Mill. M. 4 % Nürnberger Stadtanleihe zu 94,71 %, und auf 3 Mill. M. 4 % Oberhessische Provinzialanleihe zu 94,56 %; beantragt die Zulassung von 4 Mill. M. 4 % Erfurter Stadtanleihe zur Berliner Börse.

Nationalbank für Deutschland. Beantragt die Zulassung von 1 Mill. M. 4 % Pfandbriefen des Berlin-Schöneberger Hypotheken-Bank-Vereins und von 9 Mill. M. 4 % Elberfelder Stadtanleihe zur Berliner Börse. Direktor Winterfeld tritt in den Aufsichtsrat der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau ein. Dr. ing. Maier-Bismarckhütte soll der nächsten Generalversammlung zur Wahl in den Aufsichtsrat der Bank vorgeschlagen werden.

Mitteldeutsche Creditbank. Direktor Dr. Weber soll in den Aufsichtsrat der Berliner Terrain- und Bau-A.-G. eintreten. Die Bank bietet konsortialiter 94,26 % für 4½ Mill. M. 4 % Trierer Stadtanleihe. Den Zuschlag erhält die Gruppe Delbrück Schickler & Co. à 94,53 %. Beantragt konsortialiter die Zulassung von 4,50 Mill. M. 4 % Gießener Stadtanleihe (Frankfurt).

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Wandelt die Textilfabrik von Hermann Wünsches Erben, Eberbach, in eine A.-G. um. Ist am Konkurse der Kalliope A.-G. hoch beteiligt, glaubt aber ohne großen Verlust davonzukommen.

Badische Bank, Mannheim. Stellv. Direktor C. Bormuth zieht sich ins Privatleben zurück.

Bank für Grundbesitz, Leipzig. Uebernimmt die Ausbietungsgarantie für 2,80 Mill. M. zweite Hypotheken auf die Grundstücke der Geschäftshaus A.-G., Berlin.

Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Eröffnet in Suhl und Erfurt Zweigniederlassungen. Gewährt dem Kreis Hildburghausen eine 4 % Anleihe von 1 Mill. M. zum Bau einer Ueberlandzentrale.

Bankverein Göttingen. Der erste Abschluß des Unternehmens (ehemals Filiale der Hildesheimer Bank) ergibt 246 006 M. Reingewinn. Die Dividende wird mit 6 % vorgeschlagen. Aus der Bilanz: 4,16 Mill. M. Kreditoren und Depositen, 1,19 Mill. M. bar und Bankguthaben, 3,39 Mill. M. Debitoren.

Bank von Elsaß-Lothringen, Straßburg. Ist bei dem Zusammenbruch der Firma Gebr. Eckel beteiligt.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Die Hauptschuldigen an den bei der (vom B. B. kommanditierten) Firma v. d. Heydt-Kersten & Söhne, Elberfeld, begangenen Unterschlagungen usw. (vgl. Augustheft 1913, S. 793) werden zu 4 Jahren Zuchthaus resp. 2½ und 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Bayerische Disconto- und Wechselbank, München. Errichtet eine Depositenkasse in Weilheim (Oberbayern).

Bayerische Handelsbank, München. Uebernimmt die Geschäfte der liquidierenden Bankfirma Hugo Thalmessinger & Co., Regensburg (vgl. auch Pfälzische Bank).

Bayerische Vereinsbank, München. Plant die Errichtung von Filialen in Weiden und Schwandorf. Erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 5 Mill. M. 4 % Hyp.-Pfandbriefen und 2 Mill. M. Kommunalobligationen.

S. Bleichroeder, Berlin. Beantragt konsortialiter die Zulassung von 11 Mill. M. neuen Aktien der Höchster Farbwerke.

Digitized by Google

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg. Bei der Filiale in Sao Paolo werden Schwindeleien eines Angestellten aufgedeckt; der Schaden soll mindestens 70 Contos betragen.

Delbrück, Schickler & Co., Berlin. Beantragen konsortialiter die Zulassung von 2 Mill. M. neuen Weiler-ter-Meer-Aktien. Erhalten konsortialiter den Zuschlag auf 4½ Mill. M. 4 % Trierer Stadtanleihe zu 94,53 %.

Deutsch-Asiatische Bank, Hamburg. Die Beleihungsgrenze für Hypotheken, gegen welche Hypothekenobligationen ausgegeben werden, wird für Tsingtau und die deutschen Niederlassungen in Hankau und Tientsin auf 75 % erhöht. Der geflüchtete betrügerische Compradore der Bank wird verhaftet.

Deutsche Afrika-Bank, Hamburg. Aus einem Reingewinn von 186 675 M. werden für 1913 wieder 8 % Dividende verteilt.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. Main. Stellt Konkursantrag gegen das Warenkredithaus N. Fuchs, Frankfurt a. M., an welches die Bank eine hohe Forderung hat, und dessen Passiven auf 4 Mill. M. geschätzt werden.

Deutsche Nationalbank, Bremen. Bietet die neuen Aktien der Carl Bödiker & Co., Komm.-Ges. a. A., deren Aktionären zu 110 % an.

Deutsche Orientbank, Berlin. Bewirbt sich um die Konzession für die Arghana Kupfergruben (Kleinasien).

Deutsche Palästinabank. Verklagt den früheren Direktor der Handelsvereinigung, Ernst Hofmann, unbekannten Aufenthalts, auf Zahlung von 0,1 Mill. M. Siehe ferner Deutsche Bank.

Deutsch-Westafrikanische Bank, Berlin. Die Gesamteinnahme an Provisionen usw. ging 1913 auf 214 825 M. zurück. Aus dem Reingewinn von 85 397 M. sollen 6 % Superdividende verteilt und die Reserve durch Zuweisung von 50 000 M. auf 250 000 M. erhöht werden.

Essener Credit-Anstalt. Bietet die neuen 0,5 Mill. M. Aktien der A.-G. Bierbrauerei in Essen deren Aktionären zu 106½ % an. Wird Ende Juli von Depositengläubigern in ganz besonders starkem Maße bestürmt.

Gelsenkirchener Bankverein. Ist an der Insolvenz der Vereinigten Ahlen-Gelsenkirchener Stanz- und Emaillierwerke beteiligt.

Genossenschaftsbank in Windhuk. Plant eine Zweigniederlassung in Okahandja.

Hessische Landeshypothekenbank, Darmstadt. Gewährt der Stadt Friedberg ein Darlehen von 0,5 Mill. M. zu 4,4 %.

Hildesheimer Bank. Dem Aufsichtsrat der neugegründeten Senkingwerk A.-G. gehört auch Direktor Leeser an.

Königl. Bayerische Bank, Nürnberg. Bietet für 12¾ Mill. Mark Nürnberger 4 % Stadtanleihe 94,41 %. Aus der Halbjahresbilanz per 30. Juni: 116,70 (88.63) Mill. M. Wechsel, 12,13 (13.10) Mill. Mark Lombarddarlehen, 16,69 (11,51) Mill. M. Effekten, 9.33 (7,54) Millionen Mark Kasse. Die Abgeordnetenkammer beschließt, für die bei der Bank angelegten Staatsgelder eine höhere Zinseinnahme in den Etat einzusetzen. Der Minister stimmt dem zu, aber nur als einer vorübergehenden Maßnahme zur Ausgleichung des Budgets.

Landwirtschaftliche Hypothekenbank, Frankfurt a. Main. Die Auseinandersetzung mit der Reichsgenossenschaftsbank in Darmstadt ist nunmehr erfolgt. Die Bank plant die Wiederaufnahme des regulären Geschäftsbetriebes.

Landwirtschaftsbank für Deutsch-Südwestafrika. Schränkt die Darlehnsgewährung, die bisher bei einem Kapital von 5 Mill. M. 7.25 Mill. M. betrug, ein, da der Reichstag nur die Hälfte

Digitized by Google

des noch ausstehenden Kapitals mit 2½ Mill. M. bewilligt und das Reich die Zinsgarantie für die ausgegebenen Pfandbriefe noch nicht übernommen hat.

Märkischer Bankverein i. Liqu., Gevelsberg. Aus dem Abschluß per Ende 1913: Unterbilanz 1 731 332 (1 647 982) M., Debitoren 0,59 (1,38), Kreditoren 1,01 (1,86) Mill. M.

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin. Geh. Finanzrat Dr. Büsing scheidet aus dem Aufsichtsrat aus. Dr. Wiebering wird zum stellvertretenden Direktor gewählt.

Mecklenburgische Sparbank, Schwerin. Direktor Komm.-Rat Berger tritt in den Aufsichtsrat der Wagenbau-A.-G. Wismar ein.

Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg. Die Anfechtungsklage des Aktionärs Koopmann (vgl. Juniheft) nimmt ihren Fortgang, nachdem seiner Beschwerde gegen das Versäumnisurteil stattgegeben wurde. Die Bank führt konsortialiter die Fusion Holstenbrauerei—Vereinsbrauerei durch.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Beteiligt sich bei der Uebernahme von 17.34 Mill. M. 4½ % Christiania Stadtanleihe, wovon die Hälfte zu 99½ % auf dem Kontinent zur Zeichnung aufgelegt wird.

Norddeutsche Handelsbank, Geestemünde (Kapital 1,8 Mill. M., letzte Dividenden 7, 6 und 6 %) stellt ihre Zahlungen ein.

Pfälzische Bank, Ludwigshafen. Direktor Schayer wird in den Aufsichtsrat der Guß- und Armaturenwerke Kaiserslautern gewählt. Die Bank ist bei dem Zusammenbruch der Firma Gebr. Eckel beteiligt. Uebernimmt der Bayerischen Handelsbank gegenüber eine kurzfristige Bürgschaft für einen Teil der Außenstände von Thalmessinger & Co., Regensburg, bei denen sie bisher kommanditarisch beteiligt war.

Pforzheimer Bankverein. Infolge der Spekulationen des früheren stellvertretenden, jetzt ordentlichen Direktors Hermann gerät die Bank in Zahlungsschwierigkeiten; man schätzt den Verlust auf etwa 6½ Mill. M. bei 6 Mill. M. Kap. Siehe Rhein. Creditbk.

Preußische Boden-Credit-Actien-Bank, Berlin. 10 Mill. M. 4 % Kommunalobligationen werden zur Berliner Börse zugelassen. Die Bank ist an der Insolvenz der A.-G. Alexanderplatz beteiligt, auf deren Hotelgrundstück sie 1,79 Mill. M. erste Hypothek besitzt.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Ist bei dem Zusammenbruch Gebr. Eckel mit 20 000 M. beteiligt, aber gedeckt. Die Direktoren Kahn und Vogelsang traten in den Aufsichtsrat der neugegründeten Wilhelm Wolff A.-G. ein. Die Bank beteiligt sich kommanditarisch bei der Bankfirma Leo Roesle & Cons., Säckingen. Plant eine Hilfsaktion für den Pforzheimer Bankverein, zusammen mit der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Trifft mit der Stadtgemeinde Mannheim Vereinbarungen über die Gewährung zweiter Hypotheken, die von der Stadt garantiert werden.

Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Köln. Zum Treuhänder wird Oberregierungsrat Mahrenholz, zum Stellvertreter Regierungsrat Fleck ernannt.

Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft, Aachen. Beabsichtigt, den in Schwierigkeiten geratenen Westdeutschen Bankverein, dessen Kapital von 3 auf 1.8 Mill. M. herabgesetzt werden soll, gegen Hergabe von 0.6 Mill. M. eigenen Aktien in sich aufzunehmen und Zweigstellen in Hagen und Wetter zu errichten. Der Kriegsausbruch vereitelt fürs erste die Transaktion.

Digitized by Google

Schlesischer Bankverein, Breslau. Verkauft seinen Konsortialbesitz von Gleiwitz Steinkohlenkuxen an die Oberschlesischen Kokswerke. Veröffentlicht Auszüge aus dem Revisionsbericht von der ihm nahestehenden, durch Riesenspekulationen stark geschädigten Metallfirma E. F. Ohles Erben.

Stahl & Federer A.-G., Stuttgart. Tritt als Kommanditist bei der Bankcommandite Künzelsau, Mayer & Cie. ein.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Eröffnet in Mosbach eine Zahlstelle. Beteiligt sich kommanditarisch an der Bankfirma Carl Schmitt & Co., Pforzheim. Plant, mit der Rheinischen Creditbank, eine Hilfsaktion für den Pforzheimer Bankverein.

Thüringische Credit-Anstalt, Eisenach. Eine nach Berlin einberufene außerordentliche Generalversammlung wird in letzter Stunde abgesagt. Die Bank legt zunächst gegen den Beschluß, Konkurs zu eröffnen, Beschwerde ein, nimmt diese aber dann zurück. Die außerordentliche Generalversammlung in Eisenach ruft den Aufsichtsrat ab und beschließt Erhebung der Regreßklage gegen die frühere Verwaltung. Bankdirektor Hintze wird wegen Meineides und Bilanzfälschung verhaftet. Die Unterbilanz wird (nach 900 000 Mark Abschreibungen) auf 110 000 M. angegeben.

Treuhand A.-G., Köln. Errichtet eine Zweigniederlassung in Frankfurt a. M.

Vereinsbank in Hamburg. Beantragt Zulassung von 340 000 M. Aktien der Chemischen Düngerfabrik Rendsburg zur Hamburger Börse.

Westdeutscher Bankverein, Hagen. Soll infolge von älteren Verlusten, die beinahe die Höhe des Aktienkapitals erreichen, zuerst saniert werden und dann an die Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft (siehe diese) übergehen. Die Generalversammlung, die darüber beschließen soll, wird aufgehoben, ohne daß das Projekt endgültig aufgegeben wird.

Westfälisch-Lippische Vereinsbank, Bielefeld. Errichtet eine Filiale in Bad Oeynhausen.

Zahlungseinstellungen usw. Norddeutsche Handelsbank, Thüringische Credit-Anstalt, Pforzheimer Bankverein siehe oben. — Im Konkurs des Bankvereins Zeulenroda wird eine bestrittene Forderung von 90 000 M. anerkannt; deshalb können vorläufig nicht, wie beabsichtigt, 50 %, sondern nur 33⅓ % ausgeschüttet werden. — Die Bankfirma Guttmann, Reißner & Co., Berlin, ist insolvent; die Unterbilanz stellt sich als recht bedeutend (½ Mill. M., vielleicht mehr) heraus. — Die Bank für Handel und Gewerbe m. b. H., Frankfurt a. M., die sich seit 1912 in Liquidation befindet, geht in Konkurs. — In der Gläubigerversammlung des Charlottenburger Kreditvereins wird erklärt, daß sich bisher eine Hilfsaktion nicht habe durchführen lassen; die Genossen müßten damit rechnen, ihre Haftsumme selbst aufzubringen. — Im Konkurse der Schöneweider Bank G. m. b. H., Berlin, werden 350 000 M. vorrechtlose Forderungen voraussichtlich leer ausgehen. — Der Werlauer Spar- und Darlehnskassenverein e. G. m. u. H. geht in Konkurs. — Die Berliner Bankfirmen Ernst Wechsler & Co., Gumpert u. Rosenberg, Curt Landsberg, Schalscha & Co., Eduard Wulkow (der Inhaber erschießt sich), Max Goldmann und etwa 15 kleinere Firmen erklären im Zusammenhang mit den Kursrückgängen infolge der Kriegsfurcht ihre Insolvenz. — Außerhalb Berlins brechen aus dem gleichen Grunde zusammen: M. u. J. Bieber, Potsdam (der Inhaber erschießt sich), A. W. Saal, C. G. Kaestners Nachf., Weimar (der In-

Digitized by Google

haber und sein Bruder enden durch Selbstmord), Carlebach & Cahn, Mainz, Bernhard Samson, Hamburg, Wilhelm Krause, Harburg, Alfred Süßkind, Schwabmünchen, C. Haugs Nachf., Freudenstadt (der Inhaber macht einen Selbstmordversuch). — Bankier Wilhelm Schmitz, Hannover, der seinerzeit zum Schaden der Gewerkschaft Carlshall 700 000 M. unterschlug, wird in London verhaftet. — Bei der Elbinger Vereinsbank e. G. m. b. H. betragen die Passiven 2,86 Mill. M., die Unterbilanz 1,11 Mill. M. — Bei der Liquidation Franz Kolter & Co., Koblenz, schätzt der Verwalter die Dividende auf 47 %. — Die Inhaber der Augsburger Bankfirma Friedrich Friedl & Cie. werden wegen Depotunterschlagung verhaftet. — Im Konkurs der Neuwieder Volksbank ist nach zwölfjähriger Dauer die Schlußverteilung erfolgt; im ganzen wurden 57,24 % ausgeschüttet. — Die Bankfirma Friedmann & Weinstock in Halle tritt in Liquidation, nachdem ein Inhaber wegen Wuchers bei Güteraufkäufen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. — Der Vorschußverein Konstanz e. G. m. u. H. gerät in Schwierigkeiten, über die ihm von der Dresdner Bank hinweggeholfen wird.

Die ausländischen Banken im II. Quartal 1914.

III. Frankreich.

Banque de France. Die Dividende für das erste Halbjahr 1914 beträgt wie in den vorhergehenden beiden Semestern 100 Fr. Die Bank gehört dem Uebernahmekonsortium für 805 Mill. Fr. 3½ % amortisable französische Rente an, die à 91 % zur Zeichnung aufgelegt und vielfach überzeichnet wird. Der Goldbestand der Bank streift Ende Juni mit 3,98 die vierte Milliarde und überschreitet sie Anfang Juli. Der Diskontsatz bleibt während des zweiten Quartals 1914 unverändert 3½ %.

Eine Kampagne gegen die großen Banken, besonders gegen die Société Générale, setzt Anfang Juni ein und führt zu lebhaften Beunruhigungen der Börse und des Publikums, das namentlich in der Provinz seine Einlagen zurückzuziehen beginnt. Die Société Générale pariert die Ausstreuungen damit, daß sie ihren Wechselbestand von der Banque de France prüfen und sich eine Erklärung über seine Güte ausstellen läßt. Erst dieses Leumundszeugnis der Centralbank vermag die Befürchtungen zu zerstreuen. Daß übrigens der Kurs anderer Bankaktien durch die böswilligen Gerüchte stärker affiziert worden ist als derjenige der Société Générale, zeigt folgende Zusammenstellung:

	1. Mai	6. Juni	15. Juni	
Banque de Paris	1,615	1,470	1,510	Frc. pro Actie v. 500 Frc.
Crédit Lyonnais	1,635	1,582	1,609	„ „ „ „ 500 „
Comptoir d'Escompte . . .	1,038	1,024	1,030	„ „ „ „ 500 „
Société Générale	797	778	771	„ „ „ „ 500 „
Banque de l'Union Parisienne	935	835	865	„ „ „ „ 500 „

Genossenschaftswesen. Ende 1912 bestanden nach der offiziellen Statistik 15 städtische Volksbanken (banques populaires), 98 ländliche Zentralkassen (Caisses régionales), denen 4204 caisses locales mit 215 695 Mitgliedern angeschlossen waren. Das eingezahlte Kapital dieser 4204 Lokalkassen belief sich auf 13,52 Mill. Fr., der Gesamtbetrag der Darlehen auf 147,09 Mill. Fr. Das eingezahlte Kapital der Regionalkassen belief sich auf 21,55 Mill. Fr., die in Anspruch genommenen Regierungsgelder auf 62,74 Mill. Fr., die Vorschüsse auf 63,39 Mill. Fr. Weitere 120 ländliche Kreditkassen waren den Regionalkassen nicht angeschlossen. — Dem Centre fédératif du crédit populaire en France, Paris, waren Ende September 1913 1244 Kreditgenossenschaften in Frankreich und den Kolonien

Digitized by Google

angeschlossen, und zwar die 15 städtischen Volksbanken, 1179 lokale ländliche Kassen und 46 ländliche Regionalkassen. Eine zweite Organisation, die Union des caisses rurales et ouvrières françaises à responsabilité illimitée, Paris, die nach dem System Raiffeisen arbeitet, hatte bis zum Oktober 1912 nach und nach 1616 Kassen errichtet, von denen zurzeit nur noch etwa 800 bestehen. — Da im ländlichen Kreditwesen die Darlehnsprinzipien und das Kontrollsystem mangelhaft sind, wird eine Enquête veranstaltet, um eine Gesetzesänderung herbeizuführen.

Bankstatistisches. Fünf Pariser Großbanken, der Crédit Foncier, der Crédit Lyonnais, das Comptoir National d'Escompte, die Société Générale und der Crédit Industriel weisen am Ende der Jahre 1911, 1912 und 1913 und Ultimo April 1914 folgende Hauptziffern auf (in Mill. Fr.):

	1911	1912	1913	April 1914
Kasse und Bankguthaben . . .	555	501	497	514
Wechsel*)	3334	3507	3729	3971
Reports und Darlehen	1067	1096	1188	1222
Effekten und Beteiligungen .	327	312	476	335
Debitoren	1224	1415	1499	1623
Kreditoren	2896	3021	3286	3569
Depositen	2334	2386	2570	2703

Rochette-Affäre. Die Kammer nimmt eine Tagesordnung an, welche die mißbräuchliche Einmischung der Finanz in die Politik und der Politik in die Justiz tadelt. Die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen Caillaux, Monis, Barthou und Briand wird dagegen von der Kammer abgelehnt (vgl. Maiheft S. 481).

Insolvenz. Die alte Pariser Bankfirma de Neufville & Cie. geht infolge der Entwertung südamerikanischer Effekten und starker Verluste an südafrikanischen Minen-Shares in Konkurs.

Banque Alsacienne in Liqu., Paris. Die Bank geht in Konkurs.

Banque Continentale, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt vor Vornahme der außerordentlichen Abschreibungen 0,86 (i. V. 0,29) Mill. Fr., eine Dividende wird infolge der starken Verluste an der insolvent gewordenen Marseiller Firma Guérard & Fils (ca. 2 Mill. Fr.) nicht verteilt.

Banque de Bordeaux. Verteilt eine Dividende von wieder 6 %. Führt die bereits 1905 genehmigte Kapitalserhöhung um 4 auf 20 Mill. Fr. durch. Die neuen Aktien werden den Aktionären al pari angeboten.

Banque de l'Union Parisienne, Paris. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt nur 13.75 (i. V. 16.16) Mill. Fr., da an Wertpapieren und Beteiligungen starke Verluste erlitten worden sind. Trotz des niedrigeren Reingewinnes von 10.35 (i. V. 13.15) Mill. Fr. wird die gleiche Dividende wie i. V. verteilt, 50 Fr. pro Aktie = 10 %, woran 20 Mill. Fr. neue Aktien noch nicht partizipieren. An Stelle des ausgeschiedenen Baron Baeyens wird Herr Jadot zum Administrateur gewählt. Von der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Banque Balcanique wieder 8½ %, Banque Franco-Serbe 6 %, Banque Hypothécaire Franco-Argentine wieder 12 %. Die Bank gehört dem Uebernahmekonsortium für 500 Mill. Fr. 5 % türkische Anleihe an (à 93,25 % zur Zeichnung aufgelegt).

Banque de Paris et des Pays-Bas, Paris. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 25.06 (i. V. 20.30) Mill. Fr., wovon aber infolge starker Entwertung des Effektenportefeuilles 6.70 Mill. Fr. für Abschreibungen entnommen werden müssen. Der Reingewinn geht

*) ohne Crédit Foncier.

Digitized by Google

infolgedessen auf 14,42 (i. V. 16.24) Mill. Fr. zurück, doch wird die Dividende von 75 Fr. pro Aktie = 15 %, wie schon im Maiheft mitgeteilt, aufrechterhalten. Die Bank führt das Uebernahmekonsortium für 73,87 Mill. Fr. 4 % marokkanische Staatsanleihe (à 99,50 % zur Zeichnung aufgelegt) und gehört dem Konsortium an, das 500 Mill. Fr. 5 % türkische Anleihe übernimmt (à 93,25 % zur Zeichnung aufgelegt).

Banque Française pour le Commerce et l'Industrie, Paris. Unter Mitwirkung der Bank wird der Crédit Foncier Ottoman mit nom. 2 Mill. türk. Pfund Kapital und 25 % Einzahlung errichtet. Die Bank gehört dem Uebernahmekonsortium für 500 Mill. Fr. 5 % türkische Anleihe an (à 93,25 % zur Zeichnung aufgelegt).

Banque Nationale de Crédit, Paris. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 20 Mill. Fr. 5 % Goldobligationen der Energia Electrica de Cataluña, Barcelona an, die à 95 % zur Zeichnung aufgelegt werden.

Banque Privée. Lyon-Marseille. Zum Verwaltungsratsmitglied wird der bevollmächtigte Minister Gaston Guiot gewählt.

Banque Suisse et Française, Paris. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 20 Mill. Fr. 5 % Goldobligationen der Energia Electrica de Cataluña, Barcelona, an, die à 95 % zur Zeichnung aufgelegt werden.

Comptoir National d'Escompte de Paris. Gehört dem Uebernahmekonsortium für 500 Mill. Fr. 5 % türkische Anleihe an (à 93,25 % zur Zeichnung aufgelegt). Die Bank, die 7 Agenturen in Madagaskar besitzt, bemerkt im Geschäftsbericht, daß die Errichtung einer Notenbank in Madagaskar immer noch nicht spruchreif sei.

Crédit Foncier de France, Paris. Ende März werden ausgewiesen: Hypothekardarlehen 2827,39 (Ende März 1913: 2550.97), Komm.-Darlehen 2370,57 (2310,28). Hyp.-Obligationen 2577,96 (2426,75). Komm.-Obligationen 1936,06 (1837,56) Mill. Fr.

Crédit Français, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2.81 (i. V. 1.89) Mill. Fr., die Dividende wieder 5 % auf 50 Mill. Fr. Kapital (i. V. auf 25 Mill. Fr. Kapital). Präsident Doumer scheidet aus, um sich ausschließlich der Politik zu widmen. In den Verwaltungsrat treten die Herren Varenne und Lalande ein.

Crédit Industriel et Commercial, Paris. Gehört dem Uebernahmekonsortium für 500 Mill. Fr. 5 % türkische Anleihe an (à 93,25 % zur Zeichnung aufgelegt). Eröffnet drei weitere Filialen in Paris (Avenue Parmentier, Avenue Daumesnil und Boulevard Voltaire).

Crédit Lyonnais, Paris. Führt ein russisch-französisches Bankenkonsortium, das mit der Stadt Moskau wegen Gewährung eines Darlehens von 36 Mill. Rbl. verhandelt (vgl. auch unter: Eine Kampagne gegen die großen Banken).

Crédit Mobilier Français, Paris. Gehört dem Uebernahmekonsortium für 500 Mill. Fr. 5 % türkische Anleihe an (à 93.25 % zur Zeichnung aufgelegt).

Société Centrale des Banques de Province, Paris. Dementiert die Nachricht, daß sie an der Uebernahme und Placierung chinesischer Schatzbons beteiligt sei. Zum Administrateur-délégué wird der Finanzinspektor und frühere Finanzkontrolleur von Indo-China, Gallut, gewählt. Die Bank verlegt ihren Sitz von der Rue Lafayette nach der rue Cambon.

Société Financière Franco-Américaine, Paris. Das Institut hat infolge des Kursrückganges südamerikanischer Werte einen Verlust von 4.51 Mill. Fr. auf Effektenkonto erlitten, der durch die Heranziehung sämtlicher Reserven auf 1.42 Mill. Fr. re-

Digitized by Google

duziert wird (Vorjahrsdividende 6 %). Die Bank plant eine allmähliche Liquidation.

Société Française de Banque et de Dépôts, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,09 (i. V. 2,07) Mill. Fr., die Dividende wieder 32,50 Fr. pro Aktie = 6½ %. In den Verwaltungsrat tritt der Präsident der Société Générale, Herr Dorizon, ein.

Société Générale, Paris. Die großen Verluste an südamerikanischen Werten, die eine starke Depression der Börse herbeiführen, haben eine systematische Hetze gegen die Pariser Großbanken, speziell gegen die Société Générale, zur Folge. Diese weiß sich, da ihren Niederlassungen in der Provinz erhebliche Einlagen entzogen werden, nicht anders zu helfen, als daß sie ihr Wechselportefeuille durch die Bank von Frankreich prüfen und sich über ihre liquide Position eine Erklärung ausstellen läßt (vgl.: Eine Kampagne gegen die großen Banken und im Juliheft den Umschauartikel: „Der Sturmlauf gegen die französischen Großbanken"). Generaldirektor Dorizon wird zum Präsidenten gewählt und tritt in den Aufsichtsrat der Société de Banque et de Dépôts ein; zum Vizepräsidenten der Soc. Gén. wird Herr Lemarquis gewählt. Unter Mitwirkung der Bank wird die Société Franco-Espagnole d'Electricité mit 12,5 Mill. Fr. Kapital errichtet. Die Bank gehört dem Uebernahmekonsortium für 500 Mill. Fr. 5 % türkische Anleihe an (à 93,25 % zur Zeichnung aufgelegt).

Société Marseillaise de Crédit Industriel et Commercial, Marseille. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,88 (i. V. 4,72) Mill. Fr., die Dividende wieder 45 Fr., worauf, wie üblich, eine Abschlagszahlung von 12,50 Fr. im November geleistet worden ist.

Société Nancéienne de Crédit, Paris. Wird einer Sanierung unterzogen. Schlägt zu diesem Zwecke statt der beabsichtigten Einberufung des ausstehenden Kapitals (vgl. Maiheft) die Ausgabe von 100 000 neuen Aktien à 250 Fr. vor. Die alten, mit 25 % eingezahlten Aktien von 500 Fr. sollen in der Weise zusammengelegt werden, daß für je zwei alte eine neue Aktie à 250 Fr. gegeben wird.

Banque de l'Indo-Chine, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6,78 (i. V. 6,52) Mill. Fr., die Dividende 55 Fr. = 11 % (i. V. 10½ %). Unter Mitwirkung der Bank soll die seit langem geplante Währungsreform in Cochinchina durchgeführt werden. Der Notenumlauf schwankte 1913 zwischen 79,57 und 89,83 Mill. Fr., Ende Dezember betrug er 86,46 Mill. Fr. bei einem Kassenbestand von 71,28 Mill. Fr.

Banque de l'Algérie, Paris. Verteilt für das erste Semester 1913/14 eine Dividende von 58,92 (i. V. 55,41) Fr. pro Aktie.

Banque des Pays du Nord, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,15 (i. V. 0,46) Mill. Fr., die Dividende 12,50 Fr. pro Aktie (mit 375 Fr. eingezahlt).

Banque Française du Rio de la Plata, Paris. Das Immobilienkonto hat sich im Jahre 1913 von 3,80 auf 6,25 Mill. Goldpiaster erhöht, teils infolge der Errichtung neuer Filialen, zum größeren Teil aber, weil die Bank eine Anzahl Grundstücke insolventer Schuldner hat übernehmen müssen.

Banque Industrielle de Chine, Paris. Die Bank dementiert in einer Zuschrift an das Reutersche Telegraphenbureau die Nachricht von einem Mißerfolg der von ihr kommissionsweise übernommenen 75 Mill. Fr. 5 % industriellen chinesischen Anleihe sowie von einer Zurückgabe eines Teils der damit verknüpften Konzessionen.

Banque Transatlantique, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,62 (i. V. 1,60) Mill. Fr., die Dividende wieder 15 Fr. pro Aktie = 6 %.

Digitized by Google

Crédit Foncier Argentin, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 7,80 (i. V. 6,93) Mill. Fr., die Dividende 35 Fr. pro Aktie von 500 Fr. mit 50 % eingezahlt (i. V. 30 Fr. pro Aktie).

Crédit Foncier d'Algérie et de Tunisie, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,72 (i. V. 5,12) Mill. Fr., die Dividende 28 (i. V. 26) Fr. Nach dem Geschäftsbericht hat die Bank im abgelaufenen Jahr das Bankhaus Vve P. A. Letameur & Fils und die Bankfirma Renault & Lemoine aufgenommen. Die Bank gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 20 Mill. Fr. 5 % Goldobligationen der Energia Electrica de Cataluña, Barcelona, an, die à 95 % zur Zeichnung aufgelegt werden.

Crédit Foncier Franco-Canadien, Paris. Verteilt pro 1913 eine Dividende von 26 Fr. auf die alten und 19,50 Fr. auf die neuen Aktien.

IV. Russland.

Russische Staatsbank. Setzt ihren Diskontsatz am 1. April von 6 auf 5½ % herab. Für Wechsel mit neunmonatlicher Laufzeit beträgt der Diskontsatz 6 % (bisher 6½ %). In Warschau beginnt ein sensationeller Prozeß gegen zwei Banknotenfälscher, angeblich Millionäre, die in Sibirien und zeitweilig in Nizza über eine Million Rbl. falsche russische Banknoten in Umlauf gesetzt haben sollen.

Bankstatistisches. Das Kapital der Petersburger Aktienbanken betrug am 1. Januar 1912 254,5 Mill. Rbl., am 1. März 1914 389 Mill. Rbl. Die Moskauer Banken erhöhten ihr Kapital in demselben Zeitraum von 38,5 auf 88,5 Mill. Rbl., die Provinzbanken von 71,25 auf 76,5 Mill. Rbl. Das Gesamtkapital der russischen Banken hat sich von 364,25 auf 554 Mill. Rbl. erhöht. Am 1. April 1914 lauteten die wichtigsten Bilanzziffern: a) bei allen Petersburgern Aktienbanken: fremde Gelder 3027, Wechsel 1026, Effekten 264, Kasse 231 Mill. Rbl.; b) bei allen Moskauer Aktienbanken: fremde Gelder 680, Wechsel 394, Effekten 60, Kasse 41 Mill. Rbl.

Staatssparkassen. Ende Juni betragen die Einlagen bei den staatlichen Sparkassen 1,70 Milliarden Rbl. (i. V. 1,61 Milliarden).

Bauernagrarbank. Soll ihre Tätigkeit auch auf Finland erstrecken, wogegen sich die finnischen Großgrundbesitzer wehren.

Finanzielle Kriegsrüstung. Die russische Regierung zieht im April und Mai die Valuta ihrer 250 Mill. Rbl. sog. „Eisenbahn-Anleihe" aus Frankreich zurück, davon einen erheblichen Teil in Gold über London. Außerdem kauft die Reichsrentei fortgesetzt Barrengold in London zu Preisen bis annähernd 78 sh pro Unze (Standardpreis 77 sh 9 d).

Entwertung der russischen Valuta. Infolge großer Zahlungen nach Paris und London — von wo Rußland seine ständigen Guthaben vorher zurückgezogen hatte — sinkt der Rubelkurs in Berlin auf etwa 213¾ M. (Parität 216 M.). Die Zahlungen dienen teils zur Bezahlung starker Barrengold-Bezüge und, wie sich nachträglich herausstellt, von Rüstungsmaterial, teils zur Intervention an der Pariser Börse und zur Abtragung privater Bankschulden. (Vgl. „Die russischen Auslandsguthaben" im Juliheft S. 601 ff.) Der Rückgang des Rubelkurses liegt u. a. auch daran, daß die Getreideexporte künstlich unterbunden worden sind (wohl in Vorbereitung des Krieges), so daß der Devisen-Spekulation, die im Frühjahr Mark- und Francs-Wechsel in blanco abgegeben hatte, das Deckungsmaterial knapp wurde.

Hypothekenbanken. Infolge des andauernd niedrigen Kursstandes der russischen Hypothekenbank-Obligationen bestimmt ein neuer Gesetzentwurf, daß die Obligationen nicht mehr wie bisher durch Ziehung oder Ankauf, sondern nur noch durch Ziehung getilgt werden dürfen. Diese Bestimmung soll für alte, vor 1898 ausgegebene

Digitized by Google

und für künftig auszugebende Obligationen gelten; bei den übrigen soll unter gewissen Voraussetzungen noch in beschränktem Maße Ankauf statthaft sein. Für die ländlichen Banken wird in dem Gesetzentwurf der Prozentsatz an Hypotheken, den sie auf städtische Grundstücke gewähren dürfen, von 33⅓ auf 50 % erhöht.

Privatbankiers. Ein Gesetzentwurf bedroht diejenigen Privatbankiers, die eine irreführende Firma führen, mit Strafe. Wegen bestimmter Vergehen (Diebstahl, Betrug usw.) Verurteilte sind von der selbständigen Ausübung des Bankierberufs ausgeschlossen. Jeder Bankier hat eine Kaution zu hinterlegen, die, je nach der Größe der Städte, zwischen 10 000 und 30 000 Rbl. schwankt, und untersteht, sofern er Depositen annimmt, der staatlichen Kontrolle. Die Depositen dürfen das Fünffache des Eigenkapitals nicht übersteigen.

Kreditgenossenschaften. Die Anzahl der russischen Kreditgenossenschaften ist vom 1. 1. 1908 bis 1. 10. 1913 von 304 auf 1081 gestiegen, ihr Eigenkapital von 55 auf 142 Mill. Rbl., ihre fremden Gelder von 229 auf 545 Mill. Rbl. Neben ihnen bestanden am 1. 1. 1910 noch 305 sog. „kommunale Kreditbanken" (mit 184 Mill. Rbl. fremden Geldern) und 16 535 „Gesellschaften für den kleinen Kredit" (mit 130 Mill. Rbl. fremden Geldern).

Aktienwesen. Der Ministerrat hat einen Beschluß gutgeheißen, der die Aktiengesellschaften im Landerwerb beschränkt (Höchstareal 200 Dessjätinen), und der Juden nur zu einem bestimmten Prozentsatz in der Verwaltung von Aktiengesellschaften duldet. Die Bestimmungen sollten nicht im Wege des Gesetzes, sondern im Verwaltungswege (bei der Konzessionserteilung usw.) durchgeführt werden, sind aber angesichts der heftigen Opposition in Finanzkreisen und der Deroute an der Börse — die man als einen Racheakt der Juden ansah — angeblich fallen gelassen worden. — Ein Gesetzentwurf sieht Beschränkungen in der Ausgabe von Industrie-Obligationen vor. Solche sollen nur noch in beschränktem Umfange (⅔ des Eigenkapitals und ¾ der Immobilien) und nur mit dinglicher Sicherung ausgegeben werden. — Es sind in Rußland an Aktiengesellschaften gegründet worden:

	National-Russische		Ausländische		Zusammen
	total	davon Illat.-Grdg.	total	dav. Illat.-Grdg.	
1903	71	44	12	1	83
1905	64	49	9	3	73
1907	118	85	18	3	136
1909	113	73	15	3	128
1910	181	114	17	6	198
1911	222	121	40	4	262

Petersburger Börse. Der anhaltende Kursrückgang an der Petersburger Börse, der von den Nationalisten als ein Racheakt der jüdischen Finanziers für ihre teilweise Ausschließung aus der Verwaltung der Aktiengesellschaften (siehe Aktienwesen) bezeichnet wird, veranlaßt den Finanzminister Bark, dem Interventionssyndikat der Banken („Rotes Kreuz") weitere 70 Mill. Rbl., insgesamt also 100 Millionen Rubel, bei der Staatsbank zur Verfügung zu stellen — wobei es anscheinend nur auf die psychologische Wirkung der Zusage, nicht aber auf die tatsächliche Geldhergabe abgesehen ist. Tatsächlich scheint die Börsenpanik durch starke Verkäufe russischer Magnaten hervorgerufen zu sein, die sich in Kenntnis der Kriegsabsichten des Hofes ihrer Effekten zu entledigen suchten. Einige Makler, die Baissespekulationen eingegangen waren, werden von der Börse verwiesen. Die Fondsbörse soll noch im Laufe dieses Jahres reorganisiert, vor allem das Zeitgeschäft neben dem jetzt allein statthaften Kassageschäft eingeführt werden. Vgl. „Die russischen Auslandsguthaben" im Juniheft S. 601 ff.

Asow-Don-Kommerzbank, Petersburg. 10 Mill. Rbl. neue Aktien werden (auf Antrag der Darmstädter Bank) zur Berliner

Digitized by Google

Börse zugelassen. Die Bank ist an der Insolvenz der Moskauer A.-G. für Apothekerwarenhandel stark beteiligt. Die Moskauer Filiale bezieht ihr neues Bankgebäude.

Commerzbank J. A. Junker & Cie., Moskau. Das stellvertretende Vorstandsmitglied Schaefer tritt in den Aufsichtsrat ein.

Commerzbank in Warschau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,69 (i. V. 2,72) Mill. Rbl., die Dividende wieder 12 %.

Handelsbank in Lodz. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,27 (i. V. 1,30) Mill. Rbl., die Dividende wieder 11 % (1911 12 %). Die Bank plant die Uebernahme der Lodzer Kaufmannsbank (Kapital 5 Mill. Rbl.).

Kiewer Privat-Kommerz-Bank. Verteilt pro 1913 eine Dividende von 6,8 % (i. V. 8,6 %).

Moskauer Diskonto-Bank (Moscowische Disconto-Bank). Per 1. Juni 1914 werden ausgewiesen: Kasse und Bankguthaben 1.40 (i. V. 1,42), Wechsel 25,74 (24,25), Darlehen 17,65 (18.97), Debitoren 4,81 (4,54), Einlagen 29,23 (33.64), Kreditoren 16,45 (9,35) Mill. Rbl.

Petersburger Disconto-Bank. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 5 auf 20 Mill. Rbl. In dem „Petersburger Herold" wird der frühere Ministerpräsident Kokowzow beschuldigt, bei der Bank große spekulative Engagements unterhalten zu haben.

Petersburger Internationale Handelsbank. 12 Mill. Rubel neue Aktien werden zur Berliner Börse zugelassen. Die Bank hat dem serbischen Offizierverein 1910 4,5 Mill. Dinar geliehen, deren Rückzahlung nur zum kleinen Teil erfolgt ist. Die Bank dementiert die Nachrichten von einer Krisis in der polnischen Zementindustrie. Ein Mitglied des Verwaltungsrats tritt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft für elektrische Beleuchtung von 1886 ein. Direktor Schaikewitsch erzwingt in der Generalversammlung der Naphta-Produktions-Gesellschaft Nobel die Vertagung der Kapitalserhöhung.

Petersburger Privat-Handelsbank. Ein Konsortium unter Führung der Bank erwirbt die Nowobychowsker Zuckerfabrik für 2,4 Mill. Rbl.

Rigaer Commerzbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0.90 (i. V. 0.83) Mill. Rbl., die Dividende 8 % (i. V. 7½ %). Die Bank beabsichtigt eine Erhöhung ihres Kapitals.

Russisch-Asiatische Bank, Petersburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6,52 (i. V. 6,49) Mill. Rbl., die Dividende wieder 10 %. Die schon längst beschlossene Kapitalserhöhung um 20 Mill. Rbl. soll in der Verbindung mit der Errichtung einer Balkanbank mit Zweigniederlassungen in Konstantinopel, Adrianopel, Saloniki, Rustschuk, Varna, Burgas, Nisch, Monastir und Uesküb durchgeführt werden. Die Bank plant außerdem die Errichtung von Handelsmuseen und Ausstellungen in den Balkanstädten. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Kasse und Bankguthaben 37,68 (31. 12. 1912: 31.67), Wechsel 139,74 (139,07), Devisen 2,77 (4,74), Vorschüsse 253,01 (201,29). Debitoren 251,47 (223,69), Einlagen und laufende Rechnungen 367,07 (340,21), Kreditoren 240,21 (180.14) Mill. Rbl. Die Bank erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß die chinesischen Filialen mit Verlust gearbeitet hätten, der aber durch die vorsichtige Politik bei neuen Geschäften wieder eingebracht worden wäre.

Russische Bank für auswärtigen Handel, Petersburg. 10 Mill. Rbl. neue Aktien werden zur Berliner Börse zugelassen. Von den neuen Aktien sind nach einer Mitteilung der Bank nur 10 % nicht bezogen worden. Der Präsident der Bank (v. Timirjaseff) tritt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft für elektrische Beleuchtung von 1886 ein.

Digitized by Google

Russisch-Französische Bank, Petersburg. Verteilt für 1913 eine Dividende von 6½ % (i. V. 6 %). Das Kapital soll von 10 auf 20 Mill. Rbl. erhöht werden.

Sibirische Handelsbank, Petersburg. Eine geringe Anzahl von Aktionären protestiert gegen die Beschlüsse der Generalversammlung, worauf die Verwaltung in corpore ihre Mandate der Generalversammlung zur Verfügung stellt; darauf wird der Verwaltung ein Vertrauensvotum erteilt. Der Direktor der Filiale in Taschkent hat Unterschlagungen in Höhe von 0,4 Mill. Rbl. begangen.

Unionbank, Moskau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,02 (i. V. 4,02) Mill. Rbl., die Dividende wieder 9 %. Plant die Verlegung ihres Sitzes nach Petersburg.

Warschauer Disconto-Bank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,47 (i. V. 0,93) Mill. Rbl., die Dividende wieder 12 %.

Wolga-Kama-Kommerzbank, Moskau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,36 (i. V. 3,70) Mill. Rbl., die Dividende wieder 22 % auf das erhöhte Kapital.

Finnische Banken. Nach dem Monatsausweise haben Ende März 1914 die fremden Gelder aller finnischen Aktienbanken 671,3 (i. V. 637,3) Mill. Rbl. betragen.

Postsparkasse in Finland. Es bestehen Ende 1913 bei 397 Schulen Schulsparkassen, die dem Postsparkassensystem angegliedert sind.

Bankenverband. Die meisten finnischen Aktienbanken schließen sich zu einem Verein zusammen.

Bank von Finland, Helsingfors. Das Kontingent ungedeckter Noten der Bank soll von 40 auf 70 finn. M. erhöht werden. Von dem Gewinn der Bank pro 1913 sollen Verwendung finden: 4 Mill. finnische Mark als erster Beitrag zu einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung, 1 Mill. als Darlehen an die Genossenschaftskassen, 3,25 Mill. zur Verstärkung der Reserven der B. v. F. Diese wirkt bei der Emission von 3 Mill. finn. M. Obligationen des Hypothekenvereins Finlands mit. Der Diskontsatz wird am 1. April um ½ % auf 5 % für Dreimonatswechsel herabgesetzt.

Förenings-Banken in Finland, Helsingfors. Beabsichtigt ihr Kapital um 3 Mill. auf 33 Mill. finn. M. zu erhöhen. Der Emissionskurs soll 200 % betragen. Aus der Jahresbilanz Ende 1913: fremde Gelder 178,9, Kasse 3,6, Devisen 6,8, Wechsel 70.1, Darlehen usw. 126,1 finn. M. Die Hypothekenabteilung hatte 18,8 finn. M. Pfandbriefe ausstehen.

Hypothekenbank in Finland, Helsingfors. 10 Mill. Mark 5proz. Hypotheken-Obligationen werden zur Hamburger Börse zugelassen (vgl. Maiheft).

Hypothekenverein Finlands, Helsingfors. Per Ende 1913 werden ausgewiesen: Obligationenumlauf 66,26 (Ende 1912 66,48), ausstehende Hypotheken 72,59 (Ende 1912 70,50) Mill. finn. M. Die Bank hat 3 Mill. finn. M. 5proz. staatsgarantierte Anleihe ausgegeben. die auch in Deutschland zum Angebot gekommen sind.

Nordische Aktienbank für Handel und Industrie, Helsingfors. Die jungen Aktien sind fast viermal überzeichnet worden. Die Bilanz Ende 1913 weist neben 18 Mill. finn. M. Kapital und 16,8 finn. M. Reserven 148.3 Mill. finn. M. fremde Gelder auf. Bei der Hypothekenabteilung standen 18.6 Mill. finn. M. Pfandbriefe aus.

V. Vereinigte Staaten von Amerika.

Bank- und Währungsreform. Die zwölf Städte, in denen Bundes-Reservebanken errichtet werden sollen, sind laut Beschluß

Digitized by Google

der Kongreßkommission (daneben die Anzahl und das Eigenkapital der zu den Städten ressortierenden Nationalbanken):

Boston	446	165	Mill. $	Chicago . . .	984	211	Mill. $
New York . . .	478	343	„	St. Louis . . .	434	80	„
Philadelphia . .	800	216	„	Minneapolis . .	687	78	„
Cleveland . . .	724	192	„	Kansas City . .	835	93	„
Richmond . . .	475	105	„	Dallas	726	92	„
Atlanta	372	77	„	San Franzisko .	514	130	„

Eine Reihe anderer Hauptstädte, namentlich New Orleans, Baltimore, Denver und Omaha, fühlen sich bei dieser Auswahl übergangen und protestieren. Andere Städte erheben Einspruch gegen die Distrikteinteilung. Vor allem Städte im New Jersey-Bezirk, die New York als ihr natürliches Geschäftszentrum ansehen, aber Philadelphia zugeteilt worden sind, beklagen sich über Willkür. Kongreßmitglied Glass verteidigt die Einteilung der Kongreßkommission, wobei er sich scharf gegen den Vorwurf wendet, man habe Richmond (statt Baltimore oder Washington) zum Sitz einer Reservebank gemacht, weil der Comptroller of the currency, Williams, dort gebürtig sei. Das Organisationskomitee fordert die Banken auf, ihre Mitgliedschaft beim Bundes-Reservesystem anzumelden und auf die ihnen zukommenden Anteile zu zeichnen. Bis zum 27. Juni haben rund 7500 Nationalbanken und 50 state banks und trust comp. die Mitgliedschaft vollzogen. Präsident Wilson hat — vorbehaltlich der der Zustimmung des Senats — die Ernennungen zum Vorstand des Bundes-Reserveamts (Federal Reserve Board) vollzogen. U. a. ist der Finanzmann Paul Warburg trotz starker Opposition im Senat ernannt worden; er scheidet infolgedessen aus der Firma Kuhn, Loeb & Co., der Verwaltung der National Bank of Commerce usw. aus. Mehrere angesehene Männer haben die Berufung in das Reserveamt abgelehnt. Es ist beabsichtigt, das Amt und die 12 Banken schon am 1. August in Tätigkeit treten zu lassen, doch ist es fraglich, ob dies möglich sein wird, obwohl die Banken die Wahl der 12×6 Verwaltungsratsmitglieder bei den Bundesreservebanken bereits vollzogen haben, und nur noch die Wahl der restlichen 12×3 Mitglieder durch die Verwaltung des Reserveamts zu erfolgen hat.

Bankgesetzgebung. Der Staat New York verschärft in der sogenannten Van Tuyl-Bill die Vorschriften für den Betrieb von Privatbankgeschäften, namentlich soweit die Depotverwaltung, das Eigenkapital und die Firmierung als „Bankier" in Frage kommt. Viele Bankiers müssen ihr Geschäft aufgeben, weil sie nicht über das gesetzliche Mindestkapital (25 000 bzw. 50 000 und 100 000 $, je nach Größe der Stadt) verfügen. Vorgeschrieben ist ferner die periodische Einreichung von Bilanzen bei dem Bank-Aufsichtsamt — von 1918 an werden diese Bilanzen veröffentlicht — sowie die Unterhaltung von 10 bis 15 proz: Mindestbarreserven. — Die Sparbanken im Staate New York haben künftig neben ihren buchmäßigen Reserven einen Garantiefonds anzulegen und dem Bank-Aufsichtsamt zu übergeben, der allmählich aus den Jahresgewinnen bis auf 10 % der Spargelder zu bringen ist. Sonstige Bestimmungen vgl. Maiheft S. 490. Gouverneur Glynn meint, daß der Staat New York nunmehr das vollkommenste Bankgesetz in der Union habe. — Im Staate Mississippi ist die Errichtung eines Bankamtes beschlossen worden. Vom 1. Mai 1915 ab sollen hier alle Banken, außer den Nationalbanken, dem Depositengarantiezwange unterworfen werden. — Im Staate Massachusetts ist den Trust-Comp. verboten worden, mehr als 10 % einer anderen Trust-Comp. in Händen zu haben. Die Folge des Verbots ist, daß die Trust-Ges. mit höherer Beteiligung fusionieren.

Nationalbankgesetz. Die Städte Atlanta und Richmond sind neu unter die Reservestädte im Sinne der national banks act von 1887 eingereiht worden. Diese Maßregel ist notwendig ge-

Digitized by Google

worden, weil beide Städte künftig Sitz je einer Central-Reserve-Bank sein werden.

Personalunion bei den Banken. Der neue Entwurf zur Bekämpfung der Trusts sieht in dem Abschnitt über die Häufung von Verwaltungsposten in einer Hand (interlocking directorates) die Bestimmung vor, daß nach einer Uebergangszeit von zwei Jahren kein Beamter oder Aufsichtsrat einer Bank gleichzeitig in der Verwaltung von Banken anderen Systems sitzen darf; Ausnahmen sollen nur in kleineren Städten und bei ganz kleinen Banken sowie bei Sparbanken auf Gegenseitigkeit geduldet werden. Die Vereinigung der investment bankers protestiert gegen den Entwurf mit der Motivierung, die Banken verfügten nicht über genug geschulte Kräfte, um jede Verwaltungsstelle bei den großen Aktiengesellschaften — wo die Personalunion ebenfalls beseitigt werden soll — mit einer speziellen Person zu besetzen.

Ländliche Pfandbriefbanken. Eine im Vorjahr vom Kongreß bestellte Kommission hat das landwirtschaftliche Kreditwesen in Europa studiert und nunmehr ihren Bericht erstattet. Sie empfiehlt die Errichtung zahlreicher Pfandbriefbanken, von deren Wettbewerb sie sich die günstigsten Kreditbedingungen für die Landwirtschaft verspricht. Zugleich wird aber konstatiert, daß eine Minderheit in der Kommission jede Zersplitterung vermieden wissen will und ein einziges Zentralinstitut in jedem Bundesstaate wegen des besseren Pfandbriefabsatzes befürwortet. Entsprechend dem letzteren Votum beschließt der Staat New York die Errichtung einer Zentral-Pfandbriefanstalt, welche die Hypotheken der privaten Bau- und Hypothekenbanken sozusagen „rediskontieren" soll. Gleichzeitig wird in New York die Gründung einer „Farm Mortgage Banker's Association of America" vorbereitet, die als Zentral-Pfandbriefstelle aller ländlichen Realkreditinstitute in Amerika gedacht ist. Dem Kongreß liegt der Entwurf eines Gesetzes vor, das die Gründung zahlreicher Landbanken mit einem Ueberbau von 12 Bundesbanken vorsieht. Von den Pfandbriefen der letzteren soll die Bundesregierung bis zu 50 Mill. $ pro Jahr (!) ankaufen dürfen.

Enquete über das Zahlungswesen. Die Nationalbanken sind vom Währungsamt aufgefordert worden, während des Juni täglich ein Verzeichnis einzureichen, auf dem die Summen der eingehenden Schecks, Wechsel, Banknoten, Metallgelder usw. nach ihrer lokalen bzw. territorialen Herkunft spezifiziert sein sollen. Die Banken empfinden die ihnen aufgebürdete Arbeit als eine nutzlose Belästigung.

Goldbewegung. Der von Pessimisten erst für den Zeitpunkt der Eröffnung der Federal Reserve Banks vorhergesagte Goldabfluß aus den Vereinigten Staaten hat bereits eingesetzt, bevor diese Banken ihre Tätigkeit aufgenommen und ihre Noten emittiert haben. Im ersten Halbjahr 1914 sind mehr als 80 Mill. $ Gold aus den Vereinigten Staaten nach Europa geflossen, davon rund 50 Mill. im Juni. Hauptursache sind die großen schwebenden Schulden der Bahnen in London und Paris, deren Fundierung angesichts der zahlreichen Bahninsolvenzen nicht möglich ist. Das Mißtrauen in die Beständigkeit der amerikanischen Währung hat zur Folge, daß die Gläubiger Zahlung in Pfund Sterling statt in Dollars verlangen, so daß trotz des Geldüberflusses in New York Barsendungen erforderlich werden.

Bekämpfung der Trusts. Trotz zahlreicher Proteste von Handelskammern und anderen Korporationen — eine Protestadresse trug 350 000 Unterschriften — beschließt die Senatskommission, den Hauptteil der neuen Antitrustvorlagen sofort dem Plenum zur Beratung zu überweisen, statt die Verhandlungen auf den Winter zu verschieben. Es handelt sich in der Hauptsache um die Errichtung einer Inter-State Trade Commission und um die Beseitigung der Häufung mehrerer kollidierender Verwaltungsstellen in einer Hand.

Digitized by Google

Banknoten-Umlauf. Der Gesamtnotenumlauf aller Nationalbanken beträgt am 1. April 752.05 Mill. $ gegen 757.84 Mill. $ Ende 1913.

Mehr als 3000 Banken sind an der Insolvenz des großen Schnittwarenkonzerns der H. B. Claflin Co. beteiligt. Die Wechsel, die sie von dieser Gesellschaft oder ihren Tochtergeschäften in Händen haben, werden auf 30 Mill. $ geschätzt.

Regierungskredite. Am 1. April sind die Sonderkredite, welche die Regierung im Sommer 1913 wie alljährlich den Banken im Süden und Westen zur Erleichterung der Erntebewegung zur Verfügung gestellt hat, zur Rückzahlung gekommen. Der Gesamtbetrag war 37,4 Mill. $, die Nettozinseinnahme 260 000 $. Der Schatzsekretär kündigt an, daß er auch in diesem Jahre Erntekredite, und zwar im Notfall bis zur Höhe von 200 Mill. $, zu geben bereit sei, glaubt aber, daß seine Kredite entbehrlich seien, da die neue Bundes-Reserve-Organisation wohl schon im Herbst größere Rediskontkredite zu geben in der Lage sein werde.

Riesendividenden. Die kleine German National Bank in Allegheny (0,2 Mill. $ Kapital) verteilt eine Extradividende von 300 %, um ihre Reserve von 0,9 auf 0,3 Mill. $ zu ermäßigen und nicht gezwungen zu sein, einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Bundes-Reservebank zu zeichnen (6 % des Eigenkapitals müssen gezeichnet werden). — Die Union Bank of Pittsburgh schüttet außer der regelmäßigen Jahresdividende von 40 % weitere 100 % in Form neuer Aktien aus; trotzdem belaufen sich ihre Reserven noch auf 200 % des Aktienkapitals von nunmehr 2 Mill. $. — Die Fifth Avenue Bank, New York, schüttet außer ihrer regelmäßigen Quartalsdividende von 25 % (= 100 % p. a.) weitere 125 % Sonderdividende aus (i. V. betrug die Sonderdividende 130 %). — Die First National Bank of Uniontown (Kapital 0,1 Mill. $) verteilt eine Extradividende von 700 % aus gleichem Grunde wie die German Nat. Bank.

Börsenwesen. Die Chicagoer Effektenbörse führt als erste Börse Amerikas das Zeitgeschäft (Ultimoverkehr) ein. Zugleich werden Einschußvorschriften erlassen, denen zufolge die Terminschlüsse je nach Höhe und Kurs mit 14 bis 22 % bar gedeckt sein müssen.

Der Preis der Börsenmitgliedschaft bei der New-Yorker Fondsbörse schwankt zwischen 42 000 und 50 000 $.

Fusionen. (Siehe auch Mechanics and Metals Nat. Bank.) Die National Bank of Commerce, Boston (1,5 Mill. $ Kapital), geht in die Merchants Nat. Bank, Boston (3 Mill. $ Kapital), auf, die ihr Kapital nicht erhöht. Die Depositen beider Banken machen rund 37 Mill. $ aus. — Die Old Detroit Nat. Bank und die First Nat. Bank of D. schließen sich zur First and Old Detroit Nat. Bank mit 5 Mill. $ Kapital und 2,71 Mill. $ Reserven zusammen. — Die National Bank of the Republic (0,5 Mill. $ Kapital) geht in die National Reserve Bank, Kansas City (1,2 Mill. $ Kapital), auf. — Die Munsey Trust Co., Baltimore (1 Mill. $ Kapital), übernimmt die 1912 gegründete Equitable Mortgage and Trust Co., Baltimore (¼ Mill. $ eingezahltes Kapital, 0,6 Mill. $ Hypotheken-Obligationen). — Die Irving National Bank, New York (4 Mill. $ Kapital), übernimmt die National Nassau Bank (1 Mill. $ Kapital), die große Abschreibungen vornehmen muß, zu für diese Bank wenig günstigen Bedingungen. — Die Maryland Nat. Bank geht in die National Bank of Commerce, Baltimore (0,5 Mill. $ Kapital), auf. — Es fusionieren ferner: Die Federal Safe Deposit Co. mit der Corn Exchange Safe Deposit Co., New York; die First Nat. Bank und die Farmers State Bank, Glen Ullin; die State Nat. Bank und die First Nat. Bank, Artesia; die United States Nat. Bank und die First Nat. Bank in Ashland; die Bank of Norfolk und die Seabord Nat. Bank, Norfolk; Main Street Bank und Broadway Nat. Bank, Richmond; National Bank of West-Virginia und City Bank, Wheeling, und viele andere.

Digitized by Google

Insolvenzen usw. (Siehe auch First-Second Nat. Bank of Pittsburgh.) Im ersten Halbjahr 1914 haben (nach R. G. Dun) 93 (i. V. 55) Banken ihre Zahlungen eingestellt. Die Verbindlichkeiten betragen 28.6 (6.4) Mill. $. — An der Spekulationsfirma H. B. Hollins & Co., New York, die ihre Zahlungen eingestellt hat (vgl. Februarheft) sind einige Morgan-Banken hoch beteiligt. — Ein Run auf die German-American Trust Co., Denver, wird, angeblich ohne fremde Hilfe, abgeschlagen. Die Abhebungen machten 0.6 Mill. $ aus (bei 0.5 Mill. $ Aktienkapital und 5 Mill. $ Depositen). — Die 1908 in Liquidation getretene Depositors Savings and Trust Co., Cleveland, verteilt eine erste Quote von 5 $ auf die Aktien. Die Depositen sind, soweit nicht auf die Geschäftsnachfolger übergegangen, voll zurückgezahlt worden. — Die La Salle Street and Savings Bank, Chicago, kommt unter Zwangsverwaltung. Im Zusammenhang damit stellen 5 kleine Banken, die zu ihrem Konzern gehören, sowie einige Privatbankiers die Zahlungen ein. — Die State National Bank of Little Rock (0.5 Mill. $ Kapital) stellt ihre Zahlungen ein. — Die Brokerfirma Cramp, Mitchell & Co., Philadelphia, bricht zusammen; die Passiven betragen 3.6 Mill. $. — Der frühere Präsident der insolventen First National Bank of Natchez wird wegen Betruges zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. — Präsident Reichmann von der Carnegie Trust Co., die im Januar 1911 zusammenbrach, ist begnadigt worden (er hatte 4½ Monate Gefängnis für falsche Berichterstattung erhalten, aber fortgesetzt Strafaufschub erwirkt). — Die 1910 fallierte Peoples Safe Deposit and savings bank, Bath, hat bisher 83⅓ % Konkursdividende gezahlt. — Die insolvente First Nat. Bank, Pensacola, verteilt eine erste Liquidationsquote von 40 %. — Die in Liquidation getretene Eliot National Bank of Boston hat nach Befriedigung ihrer Gläubiger bereits 100 % auf die Aktien zurückbezahlt und dürfte noch weitere 100 % ausschütten. — Kleinere Insolvenzen: First Nat. Bank of Gallatin, First Nat. Bank of Wyalusing, Security Savings Bank of Columbus, First National Bank of Bayonne, Dominion Trust Co. of Pittsburgh.

American Exchange National Bank, New York. Kündigt am 1. Mai — wie vor einem Jahre die Chemical Nat. Bank (vgl. Augustheft 1913) — der Regierung, und zwar dem Post-Ressort, die bis dahin verwalteten Staatsdepositen (rund 300 000 $), weil die Post die Verzinsung ihres gesamten Guthabenbestandes, auch der täglichen Eingänge auf ihrem Scheckkonto, verlangt, was die Bank angesichts der niedrigen Geldsätze und des auf den Garantieeffekten ruhenden Kursrisikos nicht bewilligen will.

Bankers Trust Co., New York. Beantragt Zwangsverwaltung über die Cincinnati-Hamilton-Bahn sowie gerichtliche Versteigerung (foreclosure) der den Inhabern der 5 % General Lien Bonds verpfändeten Linien der St. Louis and San Franzisco-Bahn. Setzt ihren Zins auf langfristige Depositen von 3 auf 2½ % herab.

Central Trust Co., New York. Verteilt wieder 10 % Quartalsdividende = 40 % p. a.

Chase National Bank, New York. Verteilt 5 % Quartalsdividende (= 20 % p. a.).

Continental and Commercial National Bank, Chicago. Präsident Reynolds wird in die Verwaltung der Bundes-Reservebank in Chicago gewählt, muß also, falls er die Wahl annimmt, aus der C. a. C. N. B. ausscheiden. In einer im allgemeinen wohlwollenden Kritik, die er neuerlich an dem Bundes-Reserve-Gesetz übt, tadelt er, daß die Nationalbanken geradezu dazu aufgemuntert werden, regelmäßige Wechseldiskontgeschäfte mit den Reservebanken zu machen; „wenn diese Aufforderung allgemein befolgt wird, so muß das Ergebnis unheilvoll (disastrous) sein".

Digitized by Google

Corn Exchange Bank. New York. Eröffnet eine neue — die dreiunddreißigste — Depositenkasse in New York. Verteilt eine Quartalsdividende von 4 % = 16 % p. a. Die neuen 0.5 Mill. $ Aktien werden zur New Yorker Börse zugelassen.

Equitable Trust Co., New York. Verteilt wieder 6 % Quartalsdividende = 24 % p. a.

Farmers Loan and Trust Co., New York. Setzt ihren Zins auf langfristige Depositen von 3 auf 2½ % herab. Verteilt 12½ % Quartalsdividende = 50 % p. a.

First National Bank, New York. Verteilt eine Quartalsdividende von 7 % = 28 % p. a.

First-Second National Bank of Pittsburgh. Die Bank, die im vorigen Sommer ihre Zahlungen eingestellt hat (vgl. Novemberheft 1913), hat ihren Betrieb wieder aufgenommen, nachdem die Gläubiger für einen Teil ihrer Forderungen 3 Mill. $ Aktien in Zahlung genommen haben. Das reorganisierte Institut arbeitet jetzt mit 4 Mill. $ Kapital und 0,95 Mill. $ Surplus.

Guaranty Trust Co., New York. Kommt bei der Staatsregierung von New York um die Erlaubnis ein, in anderen Städten Agenturen zu errichten oder Bevollmächtigte zu bestellen, um den An- und Verkauf von Effekten zu erleichtern. Das Ersuchen wird abgelehnt, weil das Bankgesetz von New York die Errichtung von Bankfilialbetrieben untersagt. Die Bank verteilt wieder eine Quartalsdividende von 6 % = 24 % p. a. sowie einen Bonus von 2 %. Die Depositen der Bank betragen am 30. Juni 233.9 Mill. $ (i. V. 188.7 Mill. $).

Hanover National Bank, New York. Verteilt 5 % Quartalsdividende = 20 % p. a. (bisher 16 %). Ist beim Zusammenbruch der Spekulationsfirma H. B. Hollins & Co. mit ca. 0.35 Mill. $ beteiligt.

Mechanics and Metals National Bank, New York. Die Bank (6 Mill. $ Kapital, 8,9 Mill. Reserven, 59,8 Mill. Depositen) übernimmt das Geschäft der Fourth National Bank (Kapital 3 Mill., Reserven 3 Mill., Depositen 36,0 Mill. $). Verteilt die übliche Quartalsdividende von 3 % (= 12 % p. a.).

Metropolitan Trust Co., New York. Der bisherige superintendent of banks im Staate New York, Van Tuyl, nach dem das neueste New-Yorker Bankgesetz benannt worden ist, wird zum Präsidenten der Bank gewählt.

National Bank of Commerce, New York. Feiert am 3. April ihr 75jähriges Bestehen. Ihr Kapital betrug ursprünglich 5 Mill. $, wurde 1856 auf 10 Mill. $ erhöht, 1877 auf 5 Mill. $ herabgesetzt und allmählich auf die heutige Höhe von 25 Mill. $ gebracht. Die Reserven betragen 16.9 Mill. $, die Depositen 216 Mill. $. Die Bank ist an dem Claflinschen Zusammenbruch hoch beteiligt. Paul Warburg, der in das Bundes-Reserveamt berufen worden ist, scheidet aus der Verwaltung aus; ebenso scheidet J. P. Morgan, der alle äußerlichen Verbindungen zu Banken und Bahnen abbricht, aus. Die Bank verteilt eine Quartalsdividende von 2 %.

National Bank of Commerce, St. Louis. Ein Aktionär strengt eine Klage gegen die Verwaltung an, weil sie dem früheren Präsidenten Edwards bei seinem Ausscheiden aus der Bank eine Gratifikation von 50 000 $ bewilligt hatte.

National City Bank, New York. Die Bank, die ein Hauptglied des Morganschen Konzerns ist, erfährt scharfe Angriffe wegen ihrer Teilnahme an den „Raubzügen“ gegen die New York, New Haven and Hartford-Bahn, die nach Angabe ihres früheren Direktors von Morgan gezwungen worden ist, zahlreiche Bahnen zum Mehrfachen ihres Wertes anzukaufen, und die in Schwierigkeiten

Digitized by Google

geraten ist. Es wird der Bank ferner vorgeworfen, daß sie einem einzigen Schuldner, einem Strohmann Morgans, einen Kredit von 11 Mill. $ eingeräumt habe, obwohl das gesetzliche Maximum 5 Mill. (10 % der eigenen Mittel) beträgt. Präsident Vanderlip erwidert, der Kredit sei für Rechnung eines Bankenkonsortiums erteilt worden. Die Bank nimmt große Goldverschiffungen nach London und Paris vor, wo mehrere kurzfristige Anleihen von Bahnen ihres Konzerns rückzahlbar sind. Beabsichtigt in Paris sowie in Südamerika (dort zunächst in Rio de Janeiro und Buenos Aires) Filialen zu errichten, wozu sie seit Anschlußnahme an das Federal Reserve-System berechtigt ist. J. P. Morgan und Jacob Schiff (Kuhn, Loeb & Co.) treten aus der Verwaltung der Bank aus. Präsident Vanderlip tritt in mehreren Reden für eine Erhöhung der Eisenbahn-Frachtsätze und gegen die geplante Verschärfung der Antitrustgesetze ein; er sieht in der neuen Federal Reserve Act einen großen Fortschritt, da sie einen großen Diskontmarkt schaffen und daher geldverbilligend wirken werde. Die Bank gibt den Text aller geltenden Bundesgesetze über das Bankwesen in Buchform heraus. Zahlt der Regierung für Rechnung Griechenlands 12 Mill. $ für an diesen Staat verkaufte Kriegsschiffe.

New York Trust Co., New York. Präsident Bannard übt scharfe Kritik an der Durchführung des Bundes-Reservegesetzes, namentlich an der Einteilung der Distrikte. Daß u. a. Richmond zum Sitz einer Reservebank bestimmt worden ist, statt Baltimore oder Washington, zeige klar, „daß politische und nicht geschäftliche Rücksichten bei der Wahl ausschlaggebend gewesen sind". Die Bank verteilt wieder 8 % (= 32 % p. a.) Quartalsdividende.

Umschau.

DIE NOTWENDIGKEIT EINES KRIEGSMORATORIUMS.

Seitdem der Ausbruch des furchtbarsten Krieges, den die neuere Geschichte kennt, Deutschlands Außenhandel unterbunden und seinen Binnenverkehr auf einen Bruchteil des Normalumschlags reduziert hat, ist die deutsche kaufmännische Welt in zwei Lager gespalten. In dem einen Lager fordert man ungestüm den Erlaß eines Moratoriums, das die Pflicht zur Erfüllung aller früher eingegangenen und in dieser kritischen Zeit fällig werdenden Zahlungsverbindlichkeiten für die Dauer des Kriegszustandes aufhebt; in dem andern Lager fordert man mit demselben Nachdruck, daß die rechtliche Grundlage des Kreditverkehrs, die in dem Zwange zur prompten Erfüllung aller einmal abgegebenen Zahlungsversprechen beruht, unter keinen Umständen angetastet werde. Die deutsche Reichsregierung hat sich bis jetzt auf den zweiten Standpunkt gestellt und die Einführung eines allgemeinen Moratoriums abgelehnt, im Gegensatz zu allen anderen kriegführenden und selbst einigen neutralen Ländern, welche die Zahlungsfristen für die wichtigsten Verbindlichkeiten hinausgeschoben haben. Mit einem gewissen Stolze hält man bei uns prinzipiell daran fest, daß Recht unter allen Umständen Recht bleiben, und daß auch in Kriegszeiten Verbindlichkeiten erfüllt und Schulden bezahlt werden sollen. Man hat es aber doch nicht verhindern können, daß das Rechtsprinzip an verschiedenen wichtigen Stellen durchbrochen wurde. Zunächst mußte man eine Ausnahme zugunsten der im Felde Stehenden machen, denen die Regelung ihrer Geschäfte schon rein physisch zur Unmöglichkeit geworden ist. Man hat sie für die Dauer des Krieges vor Rechtsverfolgung, Zwangsvollstreckung und Konkurs geschützt. Dann hat man die fälligen Auslandsforderungen auf drei Monate suspendiert, um das Geld im Lande zu halten und den deutschen Schuldnern gegenüber ihren fremden Gläubigern denselben Vorteil zu verschaffen, in dem die fremden Schuldner sich infolge ihrer Moratorien den deutschen Gläubigern gegenüber befinden. Und endlich hat man auf Drängen der Kaufmann-

Digitized by Google

schaft, insbesondere der Handelskammern in den exponierten Grenzbezirken, die Gerichte mit der Vollmacht ausgestattet, auf Antrag der Schuldner Zahlungsfristen bis zu drei Monaten zu gewähren, d. h. ein Moratorium von Fall zu Fall auszusprechen. In den starren Rechtsstandpunkt ist also eine Bresche nach der anderen gelegt worden. Und es werden weitere Breschen folgen müssen. Denn die Innehaltung der Zahlungsfristen in Kriegszeiten ist überall da undenkbar, wo der Kredit eine große Rolle spielt, und das ist bekanntlich nirgends mehr der Fall, als gerade in Deutschland. Schon eine ganz flüchtige Ueberlegung läßt uns deutlich erkennen, daß es hier ohne eine zeitweilige Aufhebung der Verpflichtung zu sofortiger Zahlungsleistung beim besten Willen nicht geht. Von der Gesamtsumme aller gegenwärtig in Deutschland schwebenden Verbindlichkeiten werden, roh gerechnet, 25 bis 30 Milliarden Mark binnen eines Monats fällig. Davon entfallen, immer in ganz runden Zahlen, 10 Milliarden auf kurzfristige Bank- und Genossenschaftsguthaben, 12 Milliarden auf kurzfristige Einlagen bei Sparkassen, 3 Milliarden auf Wechsel, die noch bis zu einem Monat laufen, und 6 bis 10 Milliarden auf sonstige sofort oder binnen vier Wochen fällige Forderungen; der Gesamtbetrag macht 30 bis 36 Milliarden aus, ermäßigt sich aber etwas, da einzelne Forderungen der einen Art in denen der anderen Art zum zweitenmal enthalten, also doppelt gezählt sind. In normalen Zeiten ist die sofortige oder demnächstige Fälligkeit aller dieser Forderungen bedeutungslos, denn bei dem größeren Teil von ihnen wird das Recht der Rückforderung vom Gläubiger nicht ausgeübt, und bei dem anderen Teil, namentlich bei den Wechseln und Waren-Buchschulden, tritt sofort bei Fälligkeit ein entsprechender neuer Kredit an die Stelle des alten. In Kriegszeiten ändert sich das. Die Forderungsrechte werden dann zu einem sehr hohen Prozentsatz ausgeübt, die fälligen Kredite zum größeren Teil nicht mehr prolongiert, und der Erlös, soweit er überhaupt erhältlich, nicht neu angelegt, d. h. an Geldbedürftige ausgeliehen, sondern meist bar aufgespeichert. Kommen auf diese Weise aber auch nur 15 Prozent aller kurzfristigen Kredite zur Liquidation — so hoch schätzt man die Abforderungen, die in einer einzigen Woche bei den Banken stattgefunden haben — so bedeutet das einen totalen Zusammenbruch des Kreditsystems. Denn nur ein ganz unbedeutender Prozentsatz aller kurzbefristeten Gelder ist bar vorhanden, der gesamte Rest ist in Anlagen gesteckt, die teils gar nicht, teils nur unter der Voraussetzung schnellsten Warenumsatzes, der gerade jetzt aber stockt, realisierbar sind. Strenge Handhabung der geltenden Rechtsgrundsätze würde infolgedessen den Ruin des größten Teils aller im Kreditverkehr stehenden Erwerbswirtschaften zur Folge haben. Nun gibt es allerdings einen Ausweg, der ganz probat erscheint, und den man bei uns tatsächlich beschritten hat. Man kann den Uebelstand, daß zahllose Gläubiger Anspruch auf Gelder erheben, die gar nicht vorhanden, sondern in mehr oder weniger feste Anlagen verwandelt worden sind, dadurch beheben, daß man ein provisorisches Geld schafft und es den Schuldnern gegen Verpfändung oder Ueberlassung jener Anlagen aushändigt, so daß die Schuldner nunmehr in der Lage sind, die ihnen abgeforderten Summen zurückzuzahlen. Dieser Prozeß läuft auf eine künstliche Rückverwandlung von Anlagen in Geld hinaus und geht bei uns in der Weise vor sich, daß die Reichsbank in Zusammenwirkung mit besonderen, für diesen Zweck neugeschaffenen Darlehnskassen aller Art in außerordentlichem Umfange Wechsel diskontiert und Waren sowie Effekten beleiht, wozu die Druckerpresse die erforderlichen Milliarden liefert. Rein wirtschaftlich angesehen stellt das so geschaffene Geld nichts anderes dar, als staatliche Anweisungen auf die Waren, Effekten und Forderungen, in die sich die Gelder der Gläubiger verwandelt haben; eine Art gedeckter Partial-Obligationen, für die der Staat die Garantie übernommen hat. Eine Regierung, die auf diese Weise immobile Anlagen künstlich mobilisiert und Gelder, die nicht vorhanden sind, kraft ihres Hoheits-

Digitized by Google

rechts schafft und den zahlungsunfähigen Schuldnern ausfolgt, kann natürlich ein allgemeines Moratorium vermeiden, im Gegensatz zu anderen Regierungen, die einen solchen Eingriff in die privatwirtschaftlichen Verhältnisse unterlassen; ohne daß man deshalb etwa sagen dürfte, der Nichterlaß eines Moratoriums sei in dem einen Falle ein Zeichen besonderer Leistungsfähigkeit, die Ausschreibung eines Moratoriums im anderen Falle dagegen ein Zeichen von Schwäche der Nationalwirtschaft. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß der eine Staat die Tatsache der allgemeinen Zahlungsunfähigkeit konstatiert und ihr in einem Zahlungsaufschub Rechnung trägt, während der andere sie durch Schaffung künstlichen Geldes zu beseitigen versucht. Gegen die letztere Methode sprechen nun verschiedene ernste Bedenken. Ueber den prinzipiellen Fehler, den eine übermäßige Ausgabe nicht metallisch gedeckten Geldes bedeutet, kann dabei hinweggesehen werden; denn die Aufspeicherung enormer Mengen Bargeld durch die Privatwirtschaften, wie wir sie in den letzten Wochen mitangesehen haben, rechtfertigt vielleicht die zeitweilige Ausgabe von Ersatzgeld und macht sie unschädlich, sofern sie den Umfang des thesaurierten Geldes nicht übersteigt und mit dem Aufhören der Thesaurierung wieder unschädlich gemacht wird. (Vergl. hierüber das im leitenden Aufsatz dieses Heftes Gesagte.) Was aber die Methode, die allgemeine Zahlungsstockung durch öffentliche Darlehen zu beseitigen, als ein ganz ungeeignetes Mittel erscheinen läßt, das ist die Willkür und Ungerechtigkeit, mit der sie notwendig verbunden ist. Denn der öffentliche Aushilfskredit wird nicht nach dem Grade des berechtigten Anspruchs erteilt, sondern nach dem zufälligen Umstande, ob ein Schuldner über diejenigen Werte verfügt, die von den Geldausgabestellen (Reichsbank, Darlehnskassen usw.) als Kreditunterlage anerkannt werden können oder nicht. Wer dauerhafte, lombardfähige Waren besitzt, ist kreditberechtigt, wer leicht verderbliche besitzt, ist es nicht. Wer Forderungen in Wechselform hat, erhält Leihgeld, wer Buchforderungen oder Forderungen an das Ausland besitzt, erhält keins. Der kleine Mann, dessen Unterschrift wenig bekannt ist, befindet sich im Nachteil gegenüber seinem größeren Berufsgenossen; der Geschäftsmann, dessen Kundschaft im Felde steht und während des Krieges von der Zahlung befreit ist, im Nachteil gegenüber den anderen, die hauptsächlich an Frauen oder an juristische Personen liefern. Den Hauptvorteil von der Darlehnsmethode haben diejenigen, deren Geschäftsbetrieb schon in Friedenszeiten eine Massenansammlung diskont- und lombardfähiger Werte mit sich bringt, und die daher sofort bei Kriegsausbruch einen enormen Kreditanspruch geltend machen können. Das sind in erster Linie die Banken, denen in den letzten zwei Wochen eine bis anderthalb Milliarden ausgezahlt worden sind, die daher allen Ansprüchen ihrer Gläubiger prompt entsprechen können und natürlich keine Ursache haben, ein allgemeines Moratorium herbeizuwünschen, das ihre Schuldner von der Zahlungspflicht entbinden würde. Freilich sind sie es auch, die dem stärksten und unmittelbarsten Ansturm der Gläubiger ausgesetzt sind. Aber ein Moratorium würde es gerade ihnen ermöglichen, über die schlimme Zeit ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Kassen hinwegzukommen. Prüft man im einzelnen, welche Erwerbsgruppen von der Leihbereitschaft dieser Kassen profitieren, und welche nicht, so ergibt sich, daß die Großunternehmungen weitaus im Vorteil gegenüber den kleinen und mittleren Betrieben sind, schon dadurch, daß ihre den Banken bekannten Unterschriften diskontfähig sind. Die Billigkeit fordert aber, daß gerade in Zeiten wie den jetzigen dem gewerblichen Mittelstande der weitestgehende Schutz zuteil wird. Das gleiche fordert eine gesunde Wirtschaftspolitik, die keinen Vorteil darin sieht, daß die Kleinunternehmung im Kriege aufgerieben und noch schneller durch den Riesenbetrieb ersetzt wird, als es in der natürlichen Entwicklung liegt. Die Bekämpfung der Kriegskrise durch die öffentliche Kreditpolitik, die notwendigerweise zu einer Differenzierung der Schuldner führt, ist

Digitized by Google

nur scheinbar ein harmloseres, in Wirklichkeit ein viel gefährlicheres Hilfsmittel als ein allgemeines Moratorium, das keine Unterschiede macht, sondern klein und groß gleich behandelt. Darum ist es töricht und überheblich, die Achsel über alle jene Länder zu zucken, die sofort bei Beginn der Kriegswirren den Zahlungsaufschub ausgesprochen haben. Man wird auch bei uns nicht umhin können, das Moratorium von Fall zu Fall, das man bereits erlassen mußte, und das unvermeidlich eine neue Willkür in die Behandlung der Schuldverhältnisse trägt, durch ein allgemeines, gleiches und gerechtes Moratorium zu ersetzen.

DIE SCHLIESSUNG DER BÖRSEN.

Mit der Präzision eines Uhrwerks hat sich die deutsche Mobilmachung vollzogen. In staunenswerter Weise haben sich alle Maßnahmen bewährt, die unsere Heeresverwaltung in der Friedenszeit vorbereitet hatte. Im Gegensatz hierzu haben wir in diesen Tagen gesehen, daß gewisse wirtschaftliche Vorbereitungen für die finanzielle Mobilmachung in dem Augenblick, wo der langgefürchtete Ernstfall eintrat, völlig versagt haben. Man denke nur an unsere großen, jetzt unverwertbaren Bestände an Auslandsanleihen, die uns von einer weltfremden Theorie so oft als wertvolle Reserve für den Notfall bezeichnet worden sind. Heute ist die Zeit noch nicht gekommen, um die bisherigen wirtschaftlichen Glaubenssätze an der Hand der letzten geschichtlichen Ereignisse einer Nachprüfung zu unterziehen. Eine Frage aber hat der Weltkrieg schon in seinen ersten Anfängen klar beantwortet, die Frage nämlich, ob man bei Eintritt einer Weltkrise die Börsen schließen solle oder nicht. Die Organe der Berliner Börse haben in den aufregenden Tagen, die dem Kriegszustand vorangingen, über diesen Punkt eine auffallende Unschlüssigkeit erkennen lassen, die sich zum Teil daraus erklärt, daß man diese rein wirtschaftliche Frage mit Prestigerücksichten verquickte, Rücksichten, über die sich die Auslandbörsen, London voran, unbedenklich sofort hinwegsetzten. In diesem unentschlossenen Schwanken hat es drei Perioden gegeben. Zuerst ordnete der Börsenvorstand an, daß die Notierung solcher Kurse, bei denen ein unverhältnismäßig großer Rückgang zu erwarten sei, unterlassen werden solle. Als dann die Erregung wuchs, wurde beschlossen, den Ultimoverkehr einzustellen, aber den Kassaverkehr aufrecht zu erhalten. Erst im dritten Stadium wurde auch der Kassahandel aufgehoben. Von vornherein steht fest, daß die beiden ersten halben Maßnahmen in einem starken Gegensatz zu der bisher üblichen Börsenauffassung stehen. Beide sind zweifellos auf eine, wenn auch in bester Absicht unternommene Färbung der Marktlage und Irreführung des Publikums hinausgelaufen. Zugleich bedeuteten sie aber auch einen bedenklichen Eingriff in die Vertragsfreiheit. Die Nichtnotierung der meisten Kurse wegen starken Rückgangs lief praktisch auf die Verhinderung von Verkäufen hinaus, die zu jener Zeit, wenn auch zu niedrigeren Preisen, noch möglich war — wohlgemerkt bei geöffneter Börse. Gegen diesen Eingriff der Börsenbehörde hat sich denn auch in den Börsenkreisen selbst sofort eine abfällige Kritik bemerkbar gemacht. Die Einstellung der Ultimonotierungen dagegen wurde nicht nur nicht bemängelt, sondern sogar willkommen geheißen. Damit haben sich die Börsenkreise ganz den Gedankengang der Börsengegner zu eigen gemacht, wie er z. B. in den Erschwerungen des Getreideterminhandels zum Ausdruck kommt. Durchaus im Sinne dieser Logik hat man es gebilligt, daß durch Einstellung der Ultimonotierungen die spekulativen Verkäufe (und damit natürlich auch die spekulativen Käufe) verhindert wurden, und so zum Ausdruck gebracht, daß den reinen Kassaumsätzen eine höhere wirtschaftliche Berechtigung innewohne. Gegen die Einstellung des Kassaverkehrs hat der Börsenvorstand bis zuletzt, auch noch zu einer Zeit, wo die großen Weltbörsen bereits geschlossen waren, Widerstand geleistet, und die Theorie hat über die Zweckmäßigkeit der gänzlichen Einstellung des Börsenverkehrs allerhand Betrachtungen angestellt. Die Frage, ob eine Börse

Digitized by Google

offen zu lassen oder zu schließen sei, bietet aber der theoretischen Erörterung keinen Raum. Hier entscheidet die Praxis und nur die Praxis, und tatsächlich hatte diese längst ihr Votum abgegeben, als die Börsenbehörde noch unschlüssig schwankte. Der börsenmäßige Verkehr in Wertpapieren hört nämlich auch ohne besonderen Beschluß von dem Augenblick an auf oder schrumpft zu einem kläglichen Zerrbild zusammen, wo die Börsenbesucher nicht mehr sicher sind, ob ihre Kontrahenten in der Lage sein werden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Für gewöhnlich besteht einer der Hauptunterschiede zwischen Ultimoverkehr und Kassaverkehr darin, daß bei letzterem, bei dem Abnahme und Lieferung binnen weniger Tage erfolgen muß, ein Risiko des Kommissionars so gut wie ausgeschlossen ist, während die mit dem Terminverkehr verbundene Hinausschiebung der Erfüllung ein Risiko selbst für denjenigen einschließt, der sich von jeder Spekulation fern hält. Dieser grundsätzliche Unterschied verschwindet aber in Krisenzeiten und ist auch in den letzten Tagen vor dem Kriegsausbruch verschwunden. Die Kursschwankungen innerhalb der 24 oder 48 Stunden, die zwischen Abschluß und Zahlung bzw. Ablieferung liegen, sind dann bei den Kassapapieren ebenso groß, ja vielfach noch größer, als die Schwankungen, wie sie bei den Ultimopapieren innerhalb des Zeitraums zwischen Abschluß und Monatsabwicklung vorkommen können. Das hierdurch geschaffene Risiko steht in keinem Verhältnis zu der Vermittlergebühr, und kein Bankier kann es vernünftigerweise auf sich nehmen, zu kaufen und zu verkaufen, wenn er nicht in der Lage ist, sich bei dem vermittelnden Makler die Gegenseite auszuwählen. Das aber ist praktisch nicht durchzuführen. Schließlich kommt es dahin, daß nur ein paar Großbanken und erste Privatfirmen untereinander Abschlüsse tätigen können. Diesen Rest von Umsätzen zur Grundlage der amtlichen Notierung zu machen, ist aber das Zerrbild eines Marktberichts, und so bleibt nichts übrig, als die Börse, die sich tatsächlich längst selber aufgegeben hat, auch formell zu schließen. Daran kann keine Rücksichtnahme auf Prestige und dergl. etwas ändern, und läßt man die Börsensäle trotzdem offen, und notiert man gar ein paar fragwürdige Kurse, so spiegelt man der Welt lediglich einen Börsenverkehr vor, der de facto nicht existiert. Das zeigt zugleich an, wann eine Wiedereröffnung des Börsenverkehrs zu erwarten steht: In dem Augenblick nämlich, wo das Vertrauen der Börsenbesucher zueinander wieder zurückgekehrt ist. Nicht früher und nicht später.

DIE KRIEGSNOTEN DER REICHSBANK UND DIE NOTENSTEUER.

Unter den zahlreichen Ausnahmegesetzen, die wenige Tage nach Ausbruch des Krieges dem Reichstage vorgelegt und von diesem ohne Diskussion angenommen worden sind, befindet sich auch ein Gesetz, das für die Dauer des Krieges die Paragraphen 9 und 10 des Bankgesetzes außer Kraft treten läßt. Es sind dies die beiden Paragraphen, die der Reichsbank die Verpflichtung auferlegen, von ihrem ungedeckten Notenumlauf, soweit er über 550 Mill. M. an den Normal-Ausweistagen und über 750 Mill. M. an den Quartalsterminen hinausgeht, eine Steuer von 5 % an das Reich abzuführen. Die Paragraphen haben den Zweck, einer übermäßigen Ausgabe ungedeckter Noten vorzubeugen. Da die Reichsregierung aber der Ansicht ist, daß in Kriegszeiten eine außerordentliche Steigerung der Notenausgabe zur unumgänglichen Notwendigkeit wird, Maßregeln, die dieser Steigerung direkt oder indirekt entgegenwirken, also überflüssig oder schädlich sind, so stand es seit langem fest, daß unmittelbar nach Ausbruch eines Krieges die Notensteuer aufgehoben werden würde. Der betreffende Gesetzentwurf ruht seit Jahren wohl vorbereitet in den Geheimakten des Reichsschatzamts und gehört zu jenem Teil unserer finanziellen Mobilmachung, der im Ernstfall sozusagen automatisch in Kraft tritt. Die Promptheit, mit der infolge dieser Vorsorge gewisse finanzielle Kriegs-

Digitized by Google

maßnahmen durchgeführt werden konnten, hat allgemein einen vorzüglichen Eindruck gemacht, und auch die Aufhebung der Notensteuer ist als ein Akt weiser Voraussicht angesehen und beifällig aufgenommen worden. Das letztere unserer Ansicht nach zu Unrecht. Man hätte besser getan, in bezug auf die Besteuerung der ungedeckten Noten keine Aenderung eintreten zu lassen. Einmal, weil die Aenderung überflüssig ist. Die Reichsbankleitung hat seit Jahren nicht nur wiederholt erklärt, sondern auch durch ihre Politik bewiesen, daß sie sich durch die Notensteuer nicht abhalten läßt, den Notenumlauf auf diejenige Höhe zu bringen, die sie sachlich für gerechtfertigt hält. Sie hätte sich also durch die Steuer auch jetzt und g e r a d e jetzt gewiß nicht hindern lassen, den Notenumlauf im erforderlichen Umfange auszudehnen. Sie hätte zu einer Weigerung auch gar keinen Grund gehabt, da bei dem heutigen Bankdiskont von 6 % jede ungedeckte Note einen baren Zinsgewinn von 1 % über die Steuer hinaus erbringt. Vor allem aber ist der Fortfall der Steuer deshalb ungerechtfertigt, weil er für die Reichsbank bzw. für ihre Aktionäre einen großen und unverdienten Mehrgewinn bedeutet. Unter dem Einfluß der Kriegsvorbereitungen ist der ungedeckte Notenumlauf der Reichsbank binnen zwei Wochen um mehr als 2 Milliarden Mark gestiegen. Unter der Voraussetzung, daß dieser Mehrumlauf während der ganzen Kriegsdauer anhält, daß der Krieg ebensolange währt wie jener von 1870 (7 Monate), und daß der Diskont unverändert 6 % bleibt, ergibt sich für die Reichsbank bei weiterer Geltung der §§ 9 und 10 des Bankgesetzes, also bei Forterhebung der Notensteuer, ein Bruttomehrgewinn von rund 28 Millionen Mark. Kommt die Notensteuer in Fortfall, so erhöht sich dieser Gewinn auf 70 Millionen. Selbst wenn man die Unkosten aus der verstärkten Notenausgabe noch so hoch ansetzt, ergibt sich für die Aktionäre, die Anspruch auf ein Viertel des Mehrgewinns haben, mindestens eine Verdoppelung ihrer Dividende. Daß ein so großer Gewinnzuwachs in einer Zeit, die jedem Kapitalisten Opfer auferlegt, durch nichts gerechtfertigt ist, dürfte einleuchten, zumal der Mehrgewinn sich aus zwei Faktoren zusammensetzt, die beide jeden Privatvorteil ausschließen sollten, nämlich aus der Belastung der kreditnehmenden Geschäftswelt mit einem hohen Diskont, und dem Verzicht des Reichs auf eine ihm gesetzlich zustehende, gerade jetzt mehr als je gerechtfertigte Steuer. Man muß daher die Erwartung aussprechen, daß entweder der Bundesrat von dem ihm laut § 4 des die Steuer aufhebenden Gesetzes zustehenden Rechte der Annullierung der Steuerfreiheit bald Gebrauch macht, oder aber, daß die Reichsbank ihren Diskontsatz ermäßigt, damit die Allgemeinheit wenigstens einen kleinen Teil jenes Nutzens habe, der heute ohne jeden plausiblen Grund der kleinen Zahl der Besitzer von Reichsbankanteilen zufällt.

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

Preisbildung gewerblicher Erzeugnisse in Belgien. Von Dr. Ernest M a h a i m. München und Leipzig 1914, Verlag von Duncker & Humblot. (9 M.) — Aus dem Inhalt: Industrie de la laine. — Les prix de 1890 à 1910 dans l'industrie belge du fer et de l'acier. — Les prix dans l'Industrie du coton. — Les prix dans l'industrie du verre à vitres depins vingt ans. — Les prix dans l'industrie du cuir.

Der landwirtschaftliche Kredit in Preußen. I. D i e O s t p r e u ß i s c h e L a n d s c h a f t. Von Dr. W. v. A l t r o c k. Mit einer Einführung von Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz. Berlin 1914. Verlag von Paul Parey. (6 M.) — Aus dem Inhalt: Errichtung, Verwaltung, Betriebsmittel, Beleihungshöhe, Wertsermittelung usw. der Landschaft, Höhe der Zinsen, Tilgung der Pfandbriefschuld, Erleichterung der Darlehnsaufnahme durch Nebeninstitute. — Bank der Ostpreußischen

Digitized by Google

Landschaft. — Lebensversicherungsanstalt. — Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten. — Geschäftliche Entwicklung der Ostpreußischen Landschaft und ihrer Nebeninstitute. — Statistische Uebersichten (15 Tabellen und 2 Karten).

Reichsstempelgesetz. Von P. Loeck. Berlin 1914. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung. (8 M.) — Aus dem Inhalt: Reichsstempelgesetz. — Tarif. — Grundsätze zur Auslegung des Reichsstempelgesetzes.

Die deutsche Auslandshochschule. Von Prof. Dr. Paul Eltzbacher. Berlin 1914. Verlag Georg Reimer. (2 M.) — Aus dem Inhalt: Notwendigkeit einer Auslandshochschule. — Plan der Auslandshochschule. — Verwirklichung der Auslandshochschule.

Die schweizerischen Kantonalbanken. Von Dr. Arthur Stampfli. Zürich 1914. Verlag Art. Institut Orell Füssli. (4,80 M.) — Die Monographie gibt eine zusammenhängende Darstellung des Werdens und Wirkens der Kantonalbanken, ein Bild ihres Wesens sowie ihrer Stellung und Bedeutung im Wirtschaftsorganismus des schweizerischen Staatswesens.

Die Lokal- und Mittelbanken der Schweiz. Von Dr. Ernst Wetter. Zürich 1914. Verlag Art. Insititut Orell Füssli. (4.80 M.) — Aus dem Inhalt: Die historische Entwicklung der schweizerischen Lokal- und Mittelbanken. — Die Funktionen der Lokal- und Mittelbanken. — Die Sicherheit und die Liquidität. — Die Konzentration im schweizerischen Bankwesen und ihre Folgen für die Lokal- und Mittelbanken. — Die Sicherung der Depositen und die Revisionsverbände.

Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Von Prof. Dr. P. Benndorf. Stuttgart. Wilhelm Violet. — Aus dem Inhalt: Arbeitsteilung. — Arbeitslohn. — Mittel zur Erhöhung des Arbeitslohnes. — Bedürfnisse. — Wirtschaft und Volkswirtschaft. — Münzgeld. — Papiergeld. — Bankwesen. — Börsenwesen. — Kapital.

Deutsches Petroleum-Monopol und Welt-Petroleummarkt. In letzter Stunde noch ein Wort zum deutschen Leuchtöl-Projekt von Germanicus. Politik-Verlagsanstalt, Berlin W 57. (53 S.)

Die Wertveränderung durch Abschreibung, Tilgung und Zinseszinsen. Von Dipl.-Ing. H. Kastendieck. Berlin 1914. Julius Springer. (1.60 M.) — An Hand der hier veröffentlichten Formeln und Tabellen ist jedermann in der Lage, den Stand eines Betriebs- und Kapitalwertes sofort zu ermitteln.

Bankwesen. Von Dr. Paul Bensch. M.-Gladbach 1914. Volkvereins-Verlag. (0.50 M.) — Die Schrift erläutert Charakter und Bedeutung des Kredits, sodann die Arten und die Einteilung der Banken. Ausführlich werden die Bankgeschäfte besprochen und erklärt.

Der **„Taxator"**, Bodenwerte und Beleihungen Groß-Berlins. Von Richard Bloos. Berlin 1914. Taxator-Verlag. (5 M.) — Der Taxator ist ein bequemes Handbuch für Interessenten des Groß-Berliner Grundstücksmarktes, welche den ungefähren Bodenwert in den verschiedenen Ortsteilen zu erfahren wünschen.

Die Kontrolle der Rechnungslegung in der Privatwirtschaft. Von Bruno Stein. Borna-Leipzig 1914. Buchdruckerei Robert Noske (110 S.). — Aus dem Inhalt: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kontrolle und das öffentlich-rechtliche Interesse daran. — Die Berufsbücherrevisoren. — Die Kontrollorgane.

Wettbewerbsverbot (Konkurrenzklausel). Von Dr. Georg Baum. Berlin 1914. J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung. (3 M.) — Aus dem Inhalt: Zur Geschichte des Wettbewerbsverbotes. — Das geltende Recht des vertraglichen Wettbewerbsverbotes.

Handelsgeschichte. Von K. Stracke. Stuttgart. Wilhelm Violet. — Aus dem Inhalt: Das Altertum. — Das Mittelalter. — Die neuere Zeit. — Die neueste Zeit.

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat Juli (von 1910 bis 1914).

Aktiva (Millionen Mark) **Passiva**

	Metallbestand*)	Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (—) **)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdisk. %
7. Juli															
1914	1625,8 (1311,1)	50,8	23,4	973,6	62,5	373,4	213,2	180,0	74,5	2192,3	837,2	38,8	+ 57,8	76,5	4
1913	1371,5 (1089,5)	14,9	29,4	1307,2	78,6	108,7	184,1	180,0	70,0	2132,0	659,1	53,3	—166,2	64,2	6
1912	1236,0 (903,5)	37,9	27,8	1256,8	65,1	74,1	156,2	180,0	66,9	1912,3	655,1	39,6	— 60,6	64,6	4½
1911	1153,2 (842,8)	56,4	22,9	1163,2	55,5	82,1	211,2	180,0	64,8	1788,3	682,8	28,6	— 5,8	64,4	4
1910	1138,2 (752,0)	63,5	22,0	1036,2	119,5	136,0	190,1	180,0	64,8	1746,3	581,8	32,7	—149,7	59,5	4
15. Juli															
1914	1668,8 (1344,1)	59,1	33,1	807,7	59,7	347,0	208,1	180,0	74,5	1994,6	895,0	39,4	+316,4	86,7	4
1913	1422,8 (1138,9)	19,1	40,9	1082,6	76,8	91,7	200,2	180,0	70,0	1933,7	696,3	54,2	+ 99,2	73,5	6
1912	1282,0 (942,9)	41,5	38,6	1088,2	72,9	53,9	153,6	180,0	66,9	1740,0	703,2	40,4	+172,0	73,4	4½
1911	1196,8 (883,9)	58,8	31,8	1010,8	56,5	41,9	188,6	180,0	64,8	1632,8	678,4	29,2	+204,6	73,3	4
1910	1083,0 (794,0)	65,5	29,6	931,3	87,8	124,1	188,9	180,0	64,8	1607,0	625,1	33,4	+ 43,9	67,4	4
23. Juli															
1914	1691,4 (1356,9)	65,5	40,1	750,9	50,2	330,9	200,4	180,0	74,5	1890,9	944,0	40,0	+756,1	93,0	4
1913	1453,7 (1156,7)	22,7	48,1	976,2	63,1	71,9	209,2	180,0	70,0	1826,0	713,9	55,0	+248,6	80,8	6
1912	1329,4 (979,1)	45,4	44,7	1020,3	57,1	30,0	149,3	180,0	66,9	1641,3	743,9	41,0	+325,2	83,5	4½
1911	1235,9 (917,2)	61,2	37,2	936,6	46,5	21,9	188,3	180,0	64,8	1554,0	699,0	29,7	+330,3	76,9	4
1910	1111,5 (817,9)	67,2	33,4	864,9	66,7	84,2	190,7	180,0	64,8	1533,3	606,4	34,0	+151,6	72,5	4
31. Juli															
1914	1528,0 (1253,2)	33,4	11,5	2081,0	202,2	396,6	218,1	180,0	74,5	2909,4	1258,5	48,6	—786,4	53,7	5***)
1913	1418,3 (1129,2)	16,6	12,7	1000,2	102,3	80,2	223,4	180,0	70,0	1948,7	598,9	56,0	+ 48,9	72,8	6
1912	1271,5 (927,8)	40,1	11,0	1058,9	99,5	20,0	172,2	180,0	66,9	1742,6	641,9	41,7	+129,9	73,0	4½
1911	1178,1 (867,8)	56,5	11,7	951,0	85,0	2,5	198,7	180,0	64,8	1646,9	561,8	30,1	+149,4	71,5	4
1910	1059,0 (770,9)	64,2	9,2	942,9	91,5	72,3	187,8	180,0	64,8	1616,9	530,7	34,6	— 11,7	65,5	4

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.
**) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 760 Mill. M
***) Seit 1. August 6.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im Juli 1914.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Juli 1914	Metall-bestand	Reichs-kassen-scheine	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grund-kapital	Reserv.-Fonds	Umlaufende Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Noten-reserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 625 839	50 795	23 431	973 583	62 505	373 364	213 210	180 000	74 479	2 192 302	837 170	—	38 776	+ 57 763	—
	15.	1 668 825	59 104	33 078	807 651	59 696	347 044	208 097	180 000	74 479	1 994 564	895 041	—	39 411	+ 316 443	—
	23.	1 691 398	65 479	40 106	750 892	50 200	330 819	200 408	180 000	74 479	1 890 895	943 964	—	39 964	+ 456 088	—
	31.	1 528 026	33 443	11 513	2 081 075	202 190	396 603	218 079	180 000	74 479	2 909 422	1 258 466	—	48 562	— 786 440	—
Bayerische Notenbank	7.	33 687	114	6 174	37 811	2 576	56	3 731	7 500	3 750	65 228	4 080	—	3 591	+ 6 747	718
	15.	35 143	120	3 902	38 104	2 577	59	3 793	7 500	3 750	64 753	4 105	—	3 590	+ 6 412	474
	23.	35 690	186	2 989	37 872	2 549	53	3 764	7 500	3 750	63 832	4 409	—	3 612	+ 7 033	704
	31.	32 353	92	2 717	45 027	2 654	53	3 737	7 500	3 750	66 633	5 131	—	3 619	+ 529	885
Sächsische Bank	7.	21 215	778	18 482	52 388	31 865	8 112	8 678	30 000	7 500	49 472	32 334	19 762	2 450	+ 7 774	6
	15.	23 142	993	22 525	46 890	32 056	8 103	9 817	30 000	7 500	51 895	31 439	20 204	2 487	+ 11 536	1
	23.	24 751	1 177	27 039	44 068	30 899	8 060	10 147	30 000	7 500	49 514	36 190	20 443	2 493	+ 20 224	3
	31.	22 295	346	10 828	78 051	32 675	8 099	8 181	30 000	7 500	66 304	35 920	18 229	2 522	— 16 064	9
Württembergische Notenbank	7.	9 649	236	4 228	18 544	17 366	2 522	2 796	9 000	1 721	21 404	21 925	7	1 284	+ 2 709	991
	15.	10 342	281	4 350	17 933	16 893	2 522	3 844	9 000	1 721	21 542	22 612	7	1 282	+ 3 431	941
	23.	10 534	284	6 040	17 484	16 247	2 522	4 231	9 000	1 721	22 029	23 285	7	1 300	+ 4 829	810
	31.	7 981	116	1 271	23 904	15 896	2 522	1 329	9 000	1 721	21 636	19 325	7	1 330	— 2 268	
Badische Bank	7.	7 098	13	1 113	16 186	14 200	2 044	4 116	9 000	2 250	17 972	14 853	—	695	+ 252	255
	15.	6 960	11	1 213	16 607	15 422	558	4 521	9 000	2 250	18 070	15 249	—	722	+ 114	194
	23.	9 033	13	1 608	16 518	15 446	554	4 787	9 000	2 250	20 250	15 686	—	773	+ 404	345
	31.	6 283	1	1 074	16 947	13 551	603	3 553	9 000	2 250	15 985	13 960	—	818	+ 1 373	992
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 697 488	51 936	53 428	1 098 512	128 512	386 098	232 531	235 500	89 700	2 346 378	910 362	19 769	46 796	—	—
	15.	1 744 412	60 509	65 068	927 185	126 644	358 286	230 072	235 500	89 700	2 150 824	968 446	20 211	47 492	—	—
	23.	1 771 406	67 139	77 782	866 834	115 341	342 008	223 337	235 500	89 700	2 046 520	1 023 534	20 450	48 142	—	—
	31.	1 596 938	33 998	27 403	2 245 004	266 966	407 880	234 879	235 500	89 700	3 079 980	1 332 802	18 236	56 851		

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im Juli (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 Juli 1.	40,08	11,01	49,69	29,78	17,07	54,55	28,75	40 1/8	3
„ 8.	39,60	11,01	34,83	29,53	12,58	43,79	28,52	50 5/8	3
„ 15.	40,05	11,01	33,62	29,32	13,32	42,49	29,19	52 1/4	3
„ 22.	40,16	11,01	33,63	29,32	13,74	42,19	29,30	52 3/8	3
„ 29.	38,13	11,01	47,31	29,71	12,71	54,42	26,88	40	4*)
1913 Juli 2.	37,05	12,76	40,66	29,63	14,74	46,63	25,87	42	4 1/2
„ 9.	37,39	12,76	30,85	29,62	10,73	41,07	26,22	50 1/2	4 1/2
„ 16.	38,23	12,76	29,12	29,39	10,40	40,71	27,29	53 3/8	4 1/2
„ 23.	38,73	12,76	29,18	29,46	11,54	40,05	27,72	53 5/8	4 1/2
„ 30.	39,28	12,76	29,19	29,86	10,93	40,82	27,88	53 7/8	4 1/2
1912 Juli 3.	40,40	13,98	44,83	29,97	21,38	48,39	28,88	41 3/8	3
„ 10.	40,39	13,98	33,00	29,57	17,89	40,36	29,27	50 1/4	3
„ 17.	40,96	13,98	32,94	29,34	17,58	41,38	30,07	51	3
„ 24.	41,16	13,98	33,88	29,33	18,37	41,72	30,28	50 5/8	3
„ 31.	40,72	13,98	34,76	30,08	17,97	41,80	29,09	48 5/8	3
1911 Juli 5.	39,95	14,97	37,65	29,69	10,76	52,59	28,71	45 1/4	3
„ 12.	40,66	14,97	30,38	29,29	9,28	47,91	29,82	52 1/8	3
„ 19.	40,91	14,97	29,24	29,33	9,33	46,90	30,03	53 3/8	3
„ 26.	41,16	14,97	28,44	29,19	9,29	46,52	30,42	54 1/2	3
1910 Juli 6.	41,48	17,97	35,93	28,85	21,50	45,44	31,08	46 3/8	3
„ 13.	41 37	17,97	30,90	28,56	19,52	42,58	31,26	50 3/8	3
„ 20.	41,20	17,37	30,35	28,41	17,59	43,30	31,23	51 1/8	3
„ 27.	40,66	17,37	29,64	28,61	15,34	44,10	30,50	51 1/4	3

*) ab 31. Juni 8%.

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Juli (von 1910—1914). (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechs.	Deb.*)	Umlauf. Noten	Depositen		Noten-deck. in %	Bank-disk. %	Gold-Prem. %
						staatl.	priv.			
1914 Juli 2.	4057,7	638,9	1790,8	951,7	6051,1	249,7	982,7	77,6	3 1/2	—
„ 9.	4092,6	637,4	3059,3	1159,2	6039,9	327,0	2689,3	78,3	3 1/2	—
„ 16.	4092,7	635,2	1615,8	956,8	6044,7	289,9	929,0	78,2	3 1/2	—
„ 23.	4104,4	639,6	1541,1	944,4	5911,9	400,6	943,0	80,3	3 1/2	—
„ 30.	4141,3	625,3	2444,2	963,8	6683,2	382,6	947,6	71,4	4 1/2	—
1913 Juli 3.	3315,5	630,1	1857,7	970,2	5663,0	229,4	700,2	69,7	4	—
„ 10.	3313,	622,2	1567,5	972,8	5593,8	244,1	612,2	70,3	4	—
„ 17.	3328,7	623,9	1574,3	953,0	5567,5	273,7	622,5	71,0	4	—
„ 24.	3351,	626,3	1578,2	94 ,8	5452,1	362,8	696,3	72,9	4	—
„ 31.	3362,2	627,4	1840 4	939,1	5676,8	388,1	657,4	70,3	4	—
1912 Juli 4.	3259,1	814,9	1408,1	894,0	5396,5	156,1	708,6	75,5	3	—
„ 11.	3271,9	808,3	1137,7	900,2	5230,8	179,5	711,1	78,0	3	—
„ 18.	3284,0	806,2	1178,2	883,0	5201,3	236,3	715,0	78,6	3	—
„ 25.	3296,9	978,6	1120,9	877,5	5088,4	295,8	750,9	80,4	3	—
1911 Juli 6.	3196,1	852,3	1098,5	862,7	5193,2	150,6	655,4	77,9	3	—
„ 13.	3186,1	849,9	1083,7	835,0	5161,6	138,8	611,6	78,4	3	—
„ 20.	3186,1	849,9	1102,2	829,7	5087,4	183,9	655,5	79,3	3	—
„ 27.	3192,0	850,9	1123,1	815,6	5024,9	254,0	684,5	80,4	3	—
1910 Juli 7.	3396,8	881,2	873,3	751,6	5150,4	107,4	583,7	83,1	3	—
„ 15.	3380,2	874,7	902,9	742,0	5158,1	118,9	571,7	82,5	3	—
„ 21.	3388,3	865,8	849,1	730,0	5051,6	196,1	553,5	84,2	3	—
„ 28.	3393,0	860,6	968,8	720,4	5037,5	225,4	670,4	84,4	3	—

*) Dabei „ewiger Vorschuß an die Regierung", seit 1. 1. 1912 200 Mill. Fr., für 1909 bis 1911 180 Mill. Fr.

Digitized by Google

Bank von Italien.

Dekadenausweise von April bis Juni 1913—1914. (Mill. Lire.)

Ausweis-Tag	Gold-bestand	Silber	Goldwechsel auf das Ausland[1]	Wechs., Vorsch. und Debit.[2]	Guthab. des Staates	Guthab. der Privat.	Noten-umlauf	Durch Gold u. Silber nicht gedeckte Not.	Bank-diskont % [3]
1914 April 10.	1110,0	98,8	84,8	740,3	137,4	188 3	1600,4	391,6	5½
„ 20.	1109,7	99,3	86,6	726,8	143,0	211,1	1565,1	356,1	5½
„ 30.	1109,3	98,7	85,5	771,0	205,0	192,6	1577,8	369,8	5½
Mai 10.	1111,2	98,7	85,5	759,8	191,5	193,0	1554,5	344,6	5
„ 20.	1111,0	98,4	85,9	716,1	178,5	201,1	1525,1	315,7	5
„ 30.	1113,2	96,7	86,1	735,4	180,2	201,5	1556,9	347,0	5
Juni 10.	1112,3	96,0	86,8	708,0	159,4	211,0	1542,1	333,8	5
„ 20.	1106,6	96,0	88,8	707,3	95,6	224,3	1571,9	369,3	5
„ 30.	1102,8	93.2	87,4	808,5	130,4	202,7	1683,0	487,0	5
1913 April 10.	1135,3	125,1	85,5	716,0	56,0	195,1	1590,1	329,7	6
„ 20.	1135,0	126,4	86,5	682,0	52,4	205,9	1546,9	285,5	6
„ 30.	1132,4	123,3	86,8	756,7	146,7	209,5	1548,6	292,9	6
Mai 10.	1129,6	122,6	85,7	684,6	109,5	203,3	1534,4	282,2	6
„ 20.	1126,0	123,4	86,1	670,2	98,1	210,3	1510,0	260,6	6
„ 31.	1124,9	120,0	86,1	687,7	81,0	206,5	1532,2	287,3	6
Juni 10.	1123,9	120,1	85,0	664,8	51,0	199,4	1524,9	280,9	5½
„ 20.	1124,2	116,5	88,0	675,4	61,0	223,0	1543 3	302,6	5½
„ 30.	1122,8	112,8	87,9	774,3	105,0	207,9	1625,7	390,1	5½

[1]) Ein Teil der Goldwechsel auf das Ausland erscheint nochmals in der Rubrik Wechsel und Darlehen. [2]) In den früheren Zusammenstellungen sind die Debitoren gesondert aufgeführt worden. [3]) Maximaldiskontsatz.

Schweizerische Nationalbank.

Wochenausweise von April bis Juni 1913—1914. (Mill. Frcs.)

Datum	Metallbestand		Wechsel	Darlehen	Korrespondent.*)	Kurzfällige Verbindlichkeiten	Notenumlauf	nicht metallisch ged. Noten	Bankdiskont
	Gold	Silber							
1914 April 7.	169,8	16,1	90,9	21,3	18,9	40,0	269,8	83,9	3½
„ 15.	170,0	17,9	79,7	21,4	24.3	44,2	261,7	73,8	3½
„ 23.	169,9	20,1	80 2	19,6	17,1	45,0	254,6	64,6	3½
„ 30.	169,5	17,8	96,6	21,5	19,7	36.3	281,0	93,7	3½
Mai 7.	169,8	17,6	89,3	21,8	18,0	39,3	269,6	82,2	3½
„ 15.	170.6	18,8	82,3	19,1	23,5	44,3	262,7	73,3	3½
„ 23.	170,7	19,8	79,2	18,6	14,5	39,8	256.5	66,0	3½
„ 30.	171,2	18,4	83,2	19,8	23,5	33,8	275,9	86,3	3½
Juni 6.	171,9	18,2	82,2	20,2	13,7	34,7	264,1	74,0	3½
„ 15.	173,9	19,2	82,9	19,2	17,9	51,4	255,2	62,1	3½
„ 23.	176,5	19,6	78,1	17,8	14,3	48,2	251,3	55,2	3½
„ 30.	175,8	17,8	100,4	20,2	17,6	39,2	285,3	91,7	3½
1913 April 7.	171,9	15,6	109,2	17,5	12,7	40,9	276,0	88 5	5
„ 15.	172,0	16,8	96,4	16,0	18,7	44,3	264,4	75,6	5
„ 23.	171,9	16,9	90,7	14,3	15,6	40,5	258,2	69,4	5
„ 30.	172,7	15,8	102,8	19,8	21,8	34,4	286,9	98,4	5
Mai 7.	172,6	17,6	99,3	22,0	19,0	43,9	276,4	86,2	5
„ 15.	172,7	18,4	96,8	14,4	20,4	44,7	267,5	76,4	5
„ 23.	172,6	19,1	96,5	14,5	15,7	48,8	259,4	67,7	5
„ 31.	172,2	20,3	96,6	17,4	21,7	38,8	277,5	85,0	5
Juni 7.	172,4	20,7	86,9	17,1	18,6	40,0	265,0	71,9	5
„ 14.	170 9	23,0	84,2	15,2	23,9	50 1	257,6	63,7	5
„ 23.	170,1	24,4	89,7	14,4	15,7	49,9	253,7	59,2	5
„ 30.	169,5	24,3	110,7	16,4	20,1	43,3	286,3	92,5	5

*) Einschließlich Devisen.

Digitized by Google

Nationalbank von Serbien.

Wochenausweise vom Januar bis März 1913—1914.

(Tausend Dinar.)

Ausweis-Tag (alter Stil)	Metallbestand Gold	Silber	Guthab. im Ausld.	Wechsel	Darlehen*	Verbindl. bzw. Depos.	Banknotenumlauf	nicht metall. gedeckte Noten	Bankdisk.** %
1914 Jan. 8.	56542	4409	3697	8881	41231	1328	102522	41371	7 (6)
„ 15.	54942	4759	4092	8885	41058	1487	100705	41004	7 (6)
„ 22.	56003	4819	4145	8763	38172	1601	99216	38394	7 (6)
„ 31.	61536	5252	5475	8774	32323	1287	100163	33375	7 (6)
Febr. 8.	65719	5445	5284	8810	31724	7081	98798	27634	7 (6)
„ 15.	66686	5650	4854	8651	31425	9196	97268	24932	7 (6)
„ 22.	66291	5878	4805	8893	31047	10252	95829	23660	7 (6)
„ 28.	66074	6126	4767	8670	31399	9690	96776	24576	7 (6)
März 8.	67222	6299	4959	8816	31588	10723	97421	23900	7 (6)
„ 15.	71534	6397	3644	8860	32277	15760	96298	18367	7 (6)
„ 22.	73124	6590	3555	8859	33053	19372	95942	16228	7 (6)
„ 31.	73144	6809	4382	8882	33270	18871	97607	17654	7 (6)
1913 Jan. 8.	52975	3410	25997	6401	35883	1640	93525	37140	7 (6)
„ 15.	53009	3142	25957	6282	30308	1724	97888	41737	7 (6)
„ 22	53608	2777	25998	6265	30227	1642	101027	44642	7 (6)
„ 31.	53879	2540	25861	6215	32086	1621	103210	46791	7 (6)
Febr. 8.	55193	2223	25708	6234	34543	1570	104312	46896	7 (6)
„ 15.	54217	1705	25589	6248	35579	1221	106785	50863	7 (6)
„ 22.	54162	1433	25512	6221	36201	1127	107283	51688	7 (6)
„ 28.	53721	1192	24666	6221	38040	1132	107688	53175	7 (6)
März 8.	53743	670	22936	9178	39604	1165	110087	55674	7 (6)
„ 15.	53635	500	22062	9212	40107	781	110206	56071	7 (6)
„ 22.	53374	312	21832	9182	40120	764	110240	56554	7 (6)
„ 31.	53265	145	20384	9111	39910	771	110949	57539	7 (6)

*) Inkl. Darlehen an den Staat gemäß Gesetz vom 15. März 1908.
**) In Klammern der Diskontsatz für Silber.

Nationalbank von Bulgarien.

Wochenausweise von Januar bis März 1913—1914. (Mill. Lewa).

Ausweis-Tag (alter Stil)	Metall Gold	Silber	Guthaben im Ausl.	Wechsel*)	Darlehen**)	Verbindl. bzw. Einlagen	Notenumlauf	nicht metall gedeckt. Not.	Bankdiskt. %
1914 Jan. 7.	55,3	23,6	25,2	40,5	283,0	245,3	186,4	107,5	6½
„ 14.	55,4	23,7	52,9	39,7	282,5	249,2	184,3	105,2	6½
„ 22.	55,3	24,5	64,2	39,0	280,4	239,2	187,2	107,4	6½
„ 31.	55,3	24,8	61,3	40,7	278,1	235,0	180,8	100,7	6½
Febr. 7.	55,4	24,5	60,7	40,5	270,7	227,2	182,5	102,6	6½
„ 14.	55,5	24,7	62,3	40,2	268,2	227,4	182,1	101,9	6½
„ 22.	55,5	25,1	67,8	39,6	271,9	237,2	183,0	102,4	6½
„ 28.	55,5	25,3	70,8	39,4	271,9	236,5	180,9	100,1	6½
März 7.	55,6	25,3	68,3	38,8	276,0	238,2	186,6	105,7	6½
„ 14.	55,6	25,4	64,1	38,7	272,3	230,7	185,1	104,1	6½
„ 22.	55,6	25,7	58,9	38,6	273,3	226,4	183,3	102,0	6½
„ 31.	55,6	26,7	52,1	38,6	276,1	221,6	184,1	101,8	6½
1913 Jan. 7.	50,3	16,9	34,7	50,5	163,8	161,9	165,1	97,9	6½
„ 14.	51,2	17,1	34,1	50,6	163,7	162,8	163,7	95,4	6½
„ 22.	51,0	17,2	32,9	50,4	163,4	162,5	162,1	93,9	6½
„ 31.	51,0	17,3	31,2	50,4	174,5	154,1	162,0	93,7	6½
Febr. 7.	51,4	18,3	28,7	50,2	176,8	149,8	167,3	97,6	6½
„ 14.	51,5	18,7	27,4	50,1	176,2	150,9	166,8	96,6	6½
„ 22.	54,0	20,2	21,5	50,0	157,4	145,2	165,1	90,9	6½
„ 28.	54,1	19,8	19,2	49,9	168,3	155,1	164,3	90,4	6½
März 7.	54,3	22,2	31,3	49,8	169,5	165,3	167,7	91,2	6½
„ 14.	54,5	22,2	26,6	49,8	169,9	161,5	169,3	92,6	6½
„ 22.	54,8	22,1	22,9	49,6	185,5	171,2	171,8	94,9	6½
„ 31.	54,9	21,5	20,6	49,4	187,2	171,3	172,0	95,6	6½

*) Seit Okt 1913 sind die Devisen nicht den Wechseln, sondern den Ausl.-Guth. zugezählt.
**) Inkl. Hypotheken- und Kommunaldarlehen.

Digitized by Google

Nationalbank von Rumänien.

Wochenausweise von Januar bis März 1913—1914

(in 1000 Lei.)

Ausweis-Tag (alter Stil)			Metall: Gold	Metall: Silber	Guthab. im Ausl.	Wechs.	Darlehen*)	Notenumlauf	nicht metall. gedeckt. Not.	Bankdiskont
1914	Jan.	4.	151 385	1347	56 642	199 070	41 438	425 995	273 263	6
	„	11.	151 263	1386	56 642	193 769	42 597	421 391	268 742	6
	„	18.	151 093	1430	56 642	188 890	39 135	412 691	260 168	6
	„	25.	150 956	1470	56 642	184 304	45 065	414 009	261 583	6
	Febr.	1.	152 069	1527	56 642	178 817	40 797	407 587	253 991	6
	„	8.	151 976	538	56 642	172 021	40 309	399 851	247 337	6
	„	15.	151 847	544	56 642	177 319	33 766	403 382	250 991	6
	„	22.	151 744	598	56 642	167 874	41 799	406 226	253 884	6
	März	1.	154 113	653	56 642	169 464	42 578	407 345	252 579	6
	„	8.	153 970	643	56 642	168 863	45 248	410 080	255 467	6
	„	15.	153 819	645	56 642	179 998	42 747	416 879	262 415	6
	„	22.	153 686	667	56 642	182 959	45 630	422 990	268 637	6
1913	Jan.	5.	155 020	1137	57 852	146 621	80 282	415 395	259 238	6
	„	12.	154 296	1199	54 957	142 090	84 153	410 721	255 226	6
	„	19.	153 443	1248	56 376	146 970	67 856	400 271	245 580	6
	„	26.	152 928	1287	56 563	140 835	65 216	397 566	243 351	6
	Febr.	1.	152 416	1387	56 674	147 342	63 835	397 128	243 325	6
	„	9.	152 019	1406	56 383	156 536	53 010	394 466	241 041	6
	„	16.	151 581	1513	56 504	154 220	54 008	392 487	239 393	6
	„	23.	151 178	1499	56 704	153 013	54 542	394 341	241 664	6
	März	2.	150 741	1570	56 653	148 402	58 556	393 911	241 600	6
	„	9.	150 389	1547	56 653	151 331	56 691	396 393	244 457	6
	„	16.	149 959	1556	56 653	150 473	59 779	396 921	245 406	6
	„	23.	149 609	1513	56 653	146 973	66 467	402 019	250 897	6
	„	30.	149 231	1495	56 607	148 412	71 142	406 043	255 317	6

*) Inkl. Saldo des Kontokorrents, in dem ein Debetsaldo der Regierung von rund 13 Mill. Lei enthalten ist.

Nationalbank von Griechenland.

Monatsausweise für Januar bis März 1910—1914.

(Millionen Drachmen.)

Ultimo (alter Stil)		Metallbestand	Goldguth. im Ausl.	Wechsel	Darlehen	Darl. an die Regier.	Staatsanleih.	Privat-Depositen*)	Staatl. Depositen	Notenumlauf[1])	Nicht Metall. u. Ausl.-Guth. n. ged. Not.	Bankdisk.
1914	Jan.	23,2	238,4	18,6	172,5	61,8	60,2	269,9	4,5	230,3	+31,3	6½
	Febr.	23,0	216,2	18,8	172,9	61,8	60,2	270,2	3,5	228 3	+10,9	6½
	März	22,1	194,4	19,1	174.3	61,8	60,2	281,9	12,0	219,5	3,0	6½
1913	Jan.	18,3	173,6	28,3	182,8	61,8	63,7	230,6	1,1	197,5	5,6	6½
	Febr.	13,6	179,5	27,3	182,4	61,8	62,5	229,9	1,1	196,9	3,8	6½
	März	15,6	193,0	27,4	181,9	61,8	62.2	237,6	2.7	199,8	+8,8	6½
1912	Jan.	11,5	104,5	24,1	173,3	61,8	65,8	194,2	27,8	130,9	14,9	6½
	Febr.	12.1	102,8	24,4	172,2	61,8	65,7	196,3	25,5	130,4	15,5	6½
	März	12 4	105,2	22,6	171,4	61,8	65,7	198,8	22,4	132,3	14,7	6½
1911	Jan.	5,5	53,2	23,4	154,2	69,2	62,6	173,9	13,5	129,6	70,9	6½
	Febr.	6,3	53,8	23,9	153,3	68,8	62,7	179,1	13,4	127,3	67,2	6½
	März	7,6	53,4	23,9	153,4	68,1	62,6	181,5	12,4	122,0	61,0	6½
1910	Jan.	5,0	41,8	20,3	165,1	70,8	60,1	168,9	2,1	131,2	84,4	6½
	Febr.	5,3	40,6	20,0	162,1	70,8	59,9	166,5	2,7	128,6	82,7	6½
	März	5,7	38,5	20,0	160,2	70,8	59,7	165,1	0,4	128,3	84,1	6½

*) Darunter ca. 13—32 Mill. Drachmen Sparkassengelder und 4—13 Mill. Dr. Guthaben der Internat. Finanzkommission.

[1]) Für 1913/1914 abzügl. der im Bestande der Bank befindlichen Noten.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz. Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Wirtschaftliche Kriegsbereitschaft.

Es ist keine deutsche Nationaleigenschaft, sondern eine allgemein menschliche Schwäche: Mag das Wirtschaftsleben eines Staates eine noch so heftige Krisis durchgemacht haben, mögen noch so viele Existenzen zugrunde gerichtet, noch so wichtige Zweige des nationalen Schaffens in der Entwicklung zurückgeworfen worden sein, stets heißt es bei dem Wiedereintritt halbwegs normaler Verhältnisse, daß die Volkswirtschaft sich überraschend widerstandsfähig gezeigt habe, und daß aus der Kraft, mit der sie den Sturm überdauert habe, auf eine gesunde innere Verfassung und eine vorzügliche Organisation geschlossen werden müsse. Vielleicht ist der oberflächliche Optimismus, der in diesem Selbstlob zum Ausdruck kommt, von Nutzen für den Heilungsprozeß, der sich im Zeitalter des Kredits ja nicht ohne eine gewisse Dosis Zuversicht und Vertrauen vollziehen kann. Außerordentlich bedenklich aber ist es, wenn dieser Optimismus der gewerblichen Kreise auch den nüchternen Volkswirt ansteckt und ihn blind für die organischen Fehler macht, die an der Krisis mitschuldig gewesen sind. Der Volkswirt muß wissen, daß die gewerblichen Zusammenhänge niemals, auch unter den schwierigsten Verhältnissen nicht, so radikal zerstört zu werden pflegen, daß das Wirtschaftsleben zum absoluten Stillstand kommt. Er muß wissen, daß der Erwerbswirtschaft ein außerordentliches Beharrungsvermögen innewohnt, das im geschäftlichen Egoismus der gesamten Handelswelt wurzelt, und das die zerrissenen Fäden schnell wieder zusammenknüpft, auch wenn die Momente, die zur Krisis geführt und viele Opfer — nicht immer unter den wirklich Schuldigen — gefordert haben, noch keineswegs beseitigt sind. Nichts würde verkehrter und für eine gesunde Fortentwicklung verhängnisvoller sein, als wenn der Wirt-

Digitized by Google

schaftskundige sich verleiten ließe, das, was in Wirklichkeit die natürliche Robustheit des gewerblichen Lebens ist, für die Wirksamkeit einer besonders zuverlässigen und bewährten Wirtschaftsverfassung zu halten. Er käme dann notwendig dahin, in den Giftstoffen, mit denen der wirtschaftliche Organismus zwar wohl oder übel fertig geworden ist, die aber tatsächlich die Ursache der Krisis gebildet haben, wichtige Bestandteile der Nationalwirtschaft zu sehen, die nur mit Gefahr für die Zukunft beseitigt werden dürfen.

Wir haben im Winter 1907 und wieder im Spätsommer 1911 die Gesundheit der deutschen Kreditwirtschaft rühmen hören, weil empfindliche Störungen ziemlich schnell haben überwunden werden können. Wer damals etwas genauer hingesehen hat, der weiß, daß die Ueberwindung der Krisis beide Male im wesentlichen darin bestanden hat, den Blitz von den besonders exponierten Stellen des Erwerbslebens, den bedeutenderen Aktiengesellschaften, Finanzinstituten und Großhandelshäusern, auf das breitere, aber weniger sichtbare Gebiet der kleinen und mittleren Unternehmung sowie auf das Privatpublikum abzuleiten; geschäftlicher Instinkt und Kreditwillkür haben das ganz automatisch besorgt. Heute hören wir das Loblied auf unsere wirtschaftliche Organisation von neuem ertönen. Der Krieg soll unser Geld- und Kreditwesen in einer Verfassung angetroffen haben, der nur noch unsere militärische Schlagfertigkeit an die Seite gestellt werden könne. „Vor unserer finanziellen Kriegsbereitschaft steht die Welt wie vor einem Wunderbau", steht wörtlich irgendwo zu lesen. Selbst wenn es stimmt, berührt es peinlich. Angesichts des ungeheuren nationalen Verteidigungswerks von Blut und Eisen, das unser Wirtschaftsleben jetzt zu seinem Schutze rund um sich aufgeworfen sieht, ziemt ihm ehrfürchtiges Schweigen, klingt jedes Selbstlob, auch das berechtigte, anmaßend, wenn nicht schamlos. Aber wenn man ganz absieht von Fragen des Takts und ebenso von dem Bedenken, daß es ein paar Wochen nach Kriegsausbruch reichlich früh für eine abschließende Kritik ist: In welcher Weise hat sich der hohe Grad wirtschaftlicher Bereitschaft denn bisher dokumentiert? Die Hergabe der für den Kriegs-

Digitized by Google

beginn erforderlichen Bargelder ist auf einen Regierungsakt hin ausschließlich durch die Reichsbank erfolgt. Die Gelder, deren es zur Ersetzung der in der ersten Kriegspanik plötzlich aus dem Verkehr gezogenen Zahlungsmittel bedurfte, sind wiederum von der Reichsbank bereitgestellt worden, und zwar in solchem Umfange, daß nach Bekanntwerden der ersten Siege einzelne Banken imstande waren, mit dem Gelde der Reichsbank Schatzwechsel vom Reiche zu übernehmen. Die Tätigkeit der staatlichen Darlehnskassen, die für die bei den Banken naturgemäß ins Stocken gekommene Leihbereitschaft größere Ersatzkredite herzugeben haben, beruht auf engster Zusammenarbeit mit der Reichsbank. Die zahlreichen Kriegskreditbanken auf aktienrechtlicher, genossenschaftlicher und kommunaler Grundlage, deren Tätigkeit da beginnt, wo die der Darlehnskassen aufhört, bauen sich fast ausnahmslos auf der Zusage der Reichsbank auf, ihr Akzept oder Wechselgiro zur Unterlage eines reichlichen Diskontkredits zu machen. Wohin wir auch blicken, stets stoßen wir auf die Reichsbank, die alle diese Aufgaben nur deshalb zu bewältigen vermag, weil sie jahrelang eine Politik der Geldansammlung und Krediteindämmung getrieben hat, die ihr die Mißbilligung und oft genug den lauten Widerspruch der Privatwirtschaft eingetragen hat. Ueberall da, wo das Füllhorn der Bank nicht hinreicht, sehen wir Kreditnot, Zahlungsunfähigkeit, Geschäftsstockung und Arbeitslosigkeit, und der Bundesrat muß von der ihm bei Kriegsbeginn erteilten Ermächtigung, Notverordnungen zu erlassen, einmal über das andere Gebrauch machen, um zu verhindern, daß ganze Berufszweige in Vermögensverfall geraten. Ist das wirtschaftliche Kriegsbereitschaft?

Ich bitte dringend, mich nicht mißzuverstehen. Eine absolute Kriegsbereitschaft kann es nicht geben und wird es niemals geben. Der Krieg führt ebenso wie jede andere einschneidende Veränderung in den Erzeugungs-, Absatz- und Kreditbedingungen notwendig einen vorübergehenden Stillstand in zahlreichen Betrieben herbei. Maschinen, Verkehrsmittel, Zufuhr- und Absatzwege, Handfertigkeit, technisches Wissen, Handelsbeziehungen usw. sind naturgemäß auf eine gewisse Beharrung des Konsums ein-

Digitized by Google

gestellt. Die Produktion für den Luxusbedarf hört auf, wenn Luxusausgaben unterbleiben, und sie kann sich nicht von heute auf morgen in eine Produktion für den Tagesbedarf umwandeln. Die Exportindustrie steht still, wenn die Ausfuhr aus irgendeinem Grunde gesperrt ist; der Inlandkonsum tritt nicht sofort an die Stelle des Auslandbegehrs. Es sind immer Reibungen und Widerstände vorhanden, die zu überwinden zum mindesten Zeit kostet. Darum ist es nur selbstverständlich, wenn angesichts eines Weltkrieges, der viele Arten des Bedarfs mit einem Schlage verschwinden läßt und die Transportmöglichkeit aufs äußerste beschränkt, Produktion und Handel zunächst ruhen. Keine noch so weitsichtige Vorbereitung kann daran etwas ändern. Die wirtschaftliche Prophylaxis kann sich immer nur darauf beschränken, die Folgen dieser Unterbrechung aller gewohnten Tätigkeit zu beseitigen. Die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft hat also weniger den Charakter eines Schutzes und einer Abwehr, als vielmehr den einer Schadenversicherung. In diesem Sinne hat man zwischen zwei Versicherungsarten zu unterscheiden, die beide für das wirtschaftliche Wohl des vom Kriege betroffenen Landes von höchster Bedeutung sind; zwischen einer finanziellen und einer organisatorischen.

Die finanzielle Kriegsbereitschaft besteht ausschließlich in der Ansammlung genügender Barreserven. Alle scheinbar gleichwertigen Anlagen wie Bestände von Auslandsanleihen, Vorräte an Devisen, Guthaben an fremden Plätzen und dergleichen haben nur in dem Maße wirklichen Wert als nationale Reserve, wie sie sich im gegebenen Falle in Bargeld verwandeln lassen; und wenn noch ein Zweifel daran statthaft gewesen wäre, daß diese Umwandlung in Kriegszeiten auf Schwierigkeiten stößt, so haben die jüngsten Moratorien, Zahlungsverbote an Ausländer und Börsenschließungen ihn gründlich beseitigt. Die alte Bauernregel: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not", übersetzt sich für die finanzielle Kriegsbereitschaft der Staaten in die Forderung größtmöglicher Barreserven und ist für Staat, Zentralbank, Kreditinstitute und Einzelindividuen von gleichgroßer Bedeutung. Die sogenannte „Elastizität" des Geldes, die den Geldumlauf

Digitized by Google

durch das ihm eigentlich wesensfremde Element des Kredits ergänzt und vervielfältigt, und die in Zeiten der Bedrängnis ebenso notwendig, wie in anderen Zeiten bedenklich ist, auch sie hat einen hohen nationalen Barbestand zur Voraussetzung. An Barreserven fehlt es aber bei den Großen wie bei den Kleinen, in den Einzelkassen der Individualwirtschaften wie bei den Kollektivkassen der Banken, so daß an das einzige wirklich vorhandene Reservoir, das der Reichsbank Ansprüche gestellt werden, die weit über die Fonds und die geldschöpferische Kraft der Bank hinausgehen. Die bedauerliche, aber naheliegende und leicht verständliche Folge ist, daß jedermann das bare Geld, dessen er irgend habhaft werden kann, aufspeichert und mit Zähigkeit festhält, weil er sieht, wie sehr es allenthalben fehlt, und weil er instinktiv an der Fähigkeit des Staates zweifelt, absolut vollwertiges Geld im erforderlichen Umfange zu schaffen. Es steht also um die finanzielle Kriegsbereitschaft genau so, wie nüchtern urteilende Volkswirte es seit Jahr und Tag gesagt haben, und die Anstrengungen, welche die Reichsbank in der letzten Zeit gemacht hat, um die Barreserven innerhalb und außerhalb der Banken auf die doppelte bis dreifache Höhe zu bringen, erweisen sich als nur zu berechtigt. Zum Trost sieht es in dieser Beziehung in den anderen Ländern nicht viel besser aus als bei uns. Und während unsere hohe militärische Kriegsbereitschaft die Mängel der finanziellen Bereitschaft bis zu einem gewissen Grade ausgeglichen und unschädlich gemacht hat, ist dies anderwärts nicht der Fall gewesen.

Ueber diesen Punkt wird jedoch erst in einem späteren Stadium des Krieges, insbesondere nach Durchführung mehrerer Anleiheoperationen, abschließend geurteilt werden können. Im Gegensatz dazu läßt sich über den zweiten, organisatorischen Teil der wirtschaftlichen Bereitschaft heute schon ein Endurteil fällen. Diesen Teil der Kriegsmaßnahmen haben die Schönredner wohl hauptsächlich im Auge, wenn sie, genau wie im Verlaufe jeder wirtschaftlichen Krisis, so auch jetzt die große Widerstandskraft des deutschen Wirtschaftslebens rühmen. Dazu liegt aber aus verschiedenen Gründen nicht die mindeste Ursache vor. Zunächst kann von einem kraftvollen

Digitized by Google

Weiterarbeiten unserer Industrie nicht die Rede sein; wer dies dennoch konstatieren zu können glaubt, konstatiert etwas Unmögliches. Keine noch so wohlgerüstete Industrie kann ruhig fortarbeiten, wenn man ihr die Rohstoffe und den Absatz abschneidet, die Hälfte ihrer Arbeiter ins Feld schickt und die Transportmöglichkeit nimmt. Das erste Stadium eines Weltkrieges muß die Industrie — von bestimmten Spezialgebieten abgesehen — zum Stehen bringen und hat sie auch zum Stehen gebracht, die Exportindustrie so gut wie ganz, die Inlandsindustrie zum erheblichen Teil. Das ist als unabänderliche Begleiterscheinung des Krieges hinzunehmen. Die weitestgehende Kredithilfe — die im übrigen in das Kapitel der finanziellen Bereitschaft fällt — kann daran nichts ändern. Von einer Widerstandskraft der Börse und des Handels kann gleichfalls nicht gesprochen werden, denn die Börsen sind geschlossen, und der Handel arbeitet teils mit Zahlungsaufschub, teils unter Geschäftsaufsicht, teils gar nicht. Hieran kann ebenfalls keine organisatorische Maßnahme etwas ändern. Die Triebfeder der Produktion wie des Handels ist die nutzbringende Befriedigung einer vorhandenen Nachfrage, und man müßte, um beide anzuregen, neue Absatzmärkte öffnen und Surrogate für die fehlenden Rohstoffe erfinden oder heranschaffen. Beides ist schwer, dauert zum mindesten längere Zeit und bleibt am besten dem individuellen Geschäftsegoismus überlassen, der bereits die größten Anstrengungen zu machen beginnt, um auf irgendeine Weise wieder mit dem Markte in Fühlung zu kommen.

Unbedingt notwendig dagegen ist die Organisation in der Landwirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Das große und in Kriegszeiten besonders wichtige Problem der Volksernährung bleibt ungelöst, wenn hier nicht eine kraftvolle und umfassende Organisation einsetzt, welche die Nahrungsmittel auf dem besten und billigsten Wege der Bevölkerung zuführt und gleichzeitig der Bevölkerung so viel Verdienstgelegenheit schafft, daß sie die Nahrungsmittel kaufen kann. Es geht nicht an, daß in dem Moment, wo der Krieg die gewohnten Zusammenhänge zerreißt, auf der einen Seite hunderttausend Arbeitslose ohne genügende Nahrungsmittel, auf der

Digitized by Google

andern Seite große Mengen Nahrungsmittel ohne genügenden Absatz sind. So ist es aber in den letzten Wochen tatsächlich gewesen, und so ist es noch heute. In vielen Gegenden Deutschlands sind enorme Mengen Obst und Gemüse zu Schleuderpreisen auf den Markt geworfen worden, weil die Möglichkeit fehlte, sie an die Stätten der Nachfrage zu befördern. Aehnlich stand und steht es noch jetzt um Vieh und Fleisch. Während in einigen großen Städten mangels genügender Zufuhr starke Preiserhöhungen stattgefunden haben, ist das Fleisch anderwärts, z. B. im Hannoverschen, infolge starken Auftriebs und fehlender Versandgelegenheit bis um 30% unter den Normalpreis gesunken. Gleichzeitig hat sich in den Großstädten ein gewaltiges Heer von Arbeitslosen angesammelt, die mit Freude jede Verdienstgelegenheit ergriffen hätten, solche aber nicht gefunden haben, weil man es unterlassen hatte, die wochenlang mit Militärtransporten belasteten Eisenbahnen durch Wagen, Karren und Viehtreiber zu ersetzen und so den Gärtnern und Landwirten Absatz für ihre Produkte und Tausenden von müßigen Händen Arbeit zu verschaffen. Und doch würde sich in einer Zeit, wo die Maschinen und mechanischen Beförderungsmittel zum großen Teil feiern oder für Kriegszwecke beansprucht werden, auf vielen Gebieten die Menschenkraft aushilfsweise verwenden lassen, um Güter zu schaffen oder zu bewegen, die am Orte des Bedarfs vermißt werden. Es fehlt aber die Organisation, die Nachfrage und Angebot zusammenführt. Sie fehlt auch auf dem so überaus wichtigen Gebiete des Kleinkredits. Hunderttausende haben ihr bares Geld aufgespeichert, möchten es gern gegen angemessenen Zins anlegen, zahlen es aber bei den Kreditanstalten aus Furcht vor einem Moratorium nicht ein. Sie würden ohne weiteres einen Teil an Handwerker und Kleinkaufleute ausleihen — die heute vielleicht kreditwürdiger sind als der Großindustrielle — wenn eine angesehene öffentliche oder private Korporation die Bürgschaft übernehmen würde. Aber eine solche Korporation fehlt. In Genossenschaftskreisen hat man ein paar schwächliche Hilfsaktionen eingeleitet, die der großen Oeffentlichkeit so gut wie unbekannt geblieben sind, teilweise sogar im Dienst von Sonderbestrebungen

Digitized by Google

stehen, und von denen man daher nicht erwarten kann, daß sie einen Ausgleich zwischen Anlage- und Kreditbedürfnis herbeiführen werden. Und so fehlt tausenden von selbständigen kleinen Existenzen, die nicht, wie die Großen, ein Faustpfand oder ein paar bekannte Unterschriften zu den Kriegsbanken tragen können, der allernotwendigste Kredit. Ihnen und vielen Hilfskräften fehlt daher auch die Möglichkeit des Fortarbeitens, durch das der Produktion ein breiter Absatzkanal offengehalten werden würde. Und doch ließe sich dieser Kleinkredit durch eine großzügige Organisation ohne Mühe beschaffen.

Aber die mechanische Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage, die Ersetzung maschineller Kräfte durch die billig gewordenen menschlichen Hände und die Beschaffung von Kredit für das Kleingewerbe, alles das würde vermutlich noch nicht genügen, um jede durch den Krieg freigewordene Arbeitskraft innerhalb der veränderten wirtschaftlichen Anordnung in Tätigkeit zu setzen. Diese letzte Lücke wäre durch eine vernünftige soziale Fürsorge in Gestalt von Notstandsarbeiten zu schließen. Lebten wir in einer primitiveren Wirtschaftsverfassung, so könnte die öffentliche Hilfe auch in dieser humansten und gesündesten Form entbehrt werden. Der Zusammenhang zwischen den gemeinsam wirtschaftenden Menschen wäre dann enger und unmittelbarer, und das Problem der Kriegsfürsorge würde sich im Rahmen der örtlichen und beruflichen Zusammengehörigkeit ohne Mühe und ohne besondere Opfer für den einzelnen von selbst lösen. Der Landwirt, der Handwerker, der Kleingewerbetreibende hilft sogar heute, wo die Existenzbedingungen für ihn selbst sehr schwere geworden sind, seinen Arbeitern und Gehilfen nach Möglichkeit über die Kriegszeit hinweg. Der moderne Großbetrieb auf Aktien dagegen schließt die Pforten oder schränkt die Produktion systematisch ein und setzt dadurch tausende von Arbeitern auf die Straße. Das Rechtssubjekt, das hinter der anonymen Gesellschaft steht, schützt sich gegen den Vorwurf der unsozialen Gesinnung mit dem Hinweis auf das Interesse von zehntausend Kleinaktionären. Auch der Riesenbetrieb in Privathand läßt große Arbeitermassen brotlos werden. Hier stehen die

Digitized by Google

große Ziffer und der abgeschnittene Bankkredit zwischen dem Unternehmer und seinen Mitarbeitern. In Friedenszeiten wird das Fehlen des persönlichen Kontaktes und die mangelnde Solidarität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch eine weitgehende Sozialversicherung nach Möglichkeit ersetzt. Im Kriege fehlt es an einer Einrichtung, die den Egoismus des Massenbetriebs, der gerade dann besonders brutal wirkt, unschädlich macht. Deshalb ist von verschiedenen Seiten, z. B. von Prof. Paul Arndt und im „Oesterr. Volkswirt", die Forderung erhoben worden, diesen Egoismus der Großunternehmung während des Krieges durch das Gesetz zu unterdrücken und die Unternehmer zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zu zwingen. So gut gemeint die Absicht ist, die dieser Forderung zugrunde liegt, so unmöglich ist es, sie zu verwirklichen. Es gibt kein Mittel, den Unternehmer zur Fortführung eines durch den Krieg verlustbringend gewordenen Betriebes zu zwingen. Und wenn es ein solches Mittel gäbe, so dürfte es in einem Rechtsstaate nicht angewandt werden. Es wäre mehr als unbillig und würde verhängnisvolle Wirkungen auslösen, wollte man über das Unternehmertum, das durch den Krieg ohnehin schwer geschädigt wird, einen Produktionszwang verhängen; ganz abgesehen davon, daß das auf eine nationale Verschwendung hinauslaufen würde. Denn die Tatsache, daß ein Betrieb verlustbringend zu werden beginnt, d. h. der Erlös die Produktionskosten nicht mehr deckt, ist ein Beweis dafür, daß ein Bedürfnis für das betreffende Produkt weder vorliegt, noch auf absehbare Zeit hinaus zu erwarten ist; anderenfalls würde das Produkt auf Vorrat bzw. auf Spekulation hergestellt werden. Aus diesem Grunde wäre es auch nicht zu rechtfertigen, wenn der Staat, wie es vorgeschlagen worden ist, dem Unternehmertum für den Schaden aufkommen wollte, den der Weiterbetrieb ihm verursachen würde. Will der Staat die bedeutenden Kosten für eine im Interesse der arbeitenden Bevölkerung unternommene Zusatz-Produktion tragen, so braucht er nicht Gegenstände minderer Nützlichkeit herstellen zu lassen. Er wird dann besser tun, für die Vornahme solcher Arbeiten zu sorgen,

Digitized by Google

die er für nötig oder vorteilhaft hält, und die er nur aus budgetären Rücksichten nicht schon selbst in Angriff genommen hat. Es gibt in jedem Staate große Mengen solcher Arbeiten. In Preußen z. B. bedürfte es nur eines Federstrichs, um die Erdarbeiten für viele hundert Kilometer Kleinbahnen, für den Ausstich großer Kanäle, für die sog. Moorkultur und für sonstige nützliche, längst projektierte und teilweise auch schon genehmigte Landesmeliorationen vornehmen zu lassen. Diese „Notstandsarbeiten" würden Beschäftigung für ziemlich den ganzen Rest der unfreiwillig feiernden Bevölkerung schaffen, der übrigbleibt, nachdem die organisierte Vermittlung zwischen Arbeits-Angebot und -Nachfrage in der früher geschilderten Weise Unterkunft für den Hauptteil geschaffen hat. Die Kosten würden in Form von Steuern auf alle Wohlhabenden umgelegt werden, mit dem moralischen Endeffekt, daß jeder Besitzende nach Maßgabe seines Vermögens an der Kriegsfürsorge teilnimmt, ohne daß, wie es bei der Verhängung eines Produktionszwanges der Fall wäre, das ohnehin schwer geprüfte Unternehmertum einseitig belastet, oder nationalwirtschaftlich überflüssige Arbeit geleistet würde.

Es brauchen also weder Umwege eingeschlagen, noch Gewaltmaßregeln angewandt zu werden, um die durch den Krieg nötig gewordene Neuverteilung der produktiven Kräfte herbeizuführen, und der ganzen arbeitenden Bevölkerung eine ausreichende Ernährung während der Kriegskrisis zu gewährleisten. Es ist dies das wichtigste Problem, das der Kriegszustand geschaffen hat, und um das man nicht scheu herumschleichen darf, indem man es der Mildtätigkeit überläßt, Almosen zu spenden, wo Verdienst geschaffen werden muß. Die Wunden, die der Krieg dem größeren Teil der Bevölkerung schlägt, dürfen nicht gestreichelt, sondern müssen geschlossen werden. Das ist im Wege der Organisation durchaus möglich. Solange diese Organisation aber fehlt, dürfen wir nicht davon reden, daß wir wirtschaftlich kriegsbereit seien.

Alfred Lansburgh.

Digitized by Google

Napoleons I. Krieg gegen das britische Kreditsystem.

Das gegenwärtige Ringen Deutschlands mit England weckt das Interesse für vergangene Kriege, an denen diese Länder beteiligt gewesent sind. Da ist es von besonderem Reiz, die Erinnerung daran aufzufrischen, auf welche Weise vor hundert Jahren Napoleon I. das Kreditsystem seines zähen englischen Gegners zu untergraben versucht hat. Eine Darstellung dieses eigenartigen Kampfes verlohnt sich um so mehr, als es heute möglich ist, einen bedeutsamen, aber bisher unverständlich gebliebenen Schachzug des Imperators zu erklären und auf seine wirklichen Ursachen zurückzuführen. Zwar hat der britische Kredit auch früher schon scharfe Angriffe aushalten müssen, so von den Staatsmännern der französischen Revolution, und in einem englischen Parlamentsbericht über die Bank von England vom Jahre 1797 wird bereits gesagt, es sei „offenbar die Absicht des Feindes, England in seinen Finanzen zu bekriegen"*). Aber erst Napoleon unternahm einen systematischen und energisch durchgeführten Feldzug gegen das britische Kreditgebäude, dessen Zertrümmerung ihn um so leichter dünkte, als es, wie seine Berater ihm versicherten, eine übergroße Ausdehnung auf ganz schwachem Unterbau gewonnen hatte**).

Gleichsam die Einleitung zu seinem Unternehmen bildete die Verhängung der Kontinentalsperre über England. Durch die Dekrete von Berlin und Mailand in den Jahren 1806 und 1807 wurde England in Blockadezustand erklärt. Dem europäischen Festland wurde der Handel mit englischen Waren verboten, allen von England und seinen Kolonien kommenden Schiffen wurde die Einfahrt in die Häfen untersagt. Auf diese Weise sollte der englische Ausfuhrhandel vernichtet werden und infolgedessen das Ausland keine Zahlungen mehr an England zu leisten haben. Umgekehrt legte Napoleon der Ausfuhr von industriellen Rohstoffen und von Fabrikaten nach England keine Schwierigkeiten in den Weg. Soweit es sich um die Ausfuhr französischer Fabrikate nach England handelte, suchte er diese sogar zu fördern. Indes war dabei die Erwägung, daß der heimischen Industrie so ein Vorteil erwachsen könnte, zu jener Zeit für den Kaiser mehr nebensächlicher Art. Der Grundgedanke seiner damaligen Politik war vielmehr folgender: Wenn Großbritanniens Ausfuhr unterbunden ist, die Einfuhr dorthin aber fortdauert,

*) Report from the Committee of Secrecy upon the Restriction of Payments in Cash by the Bank, 1797.

**) Das in diesem Aufsatz verwertete Tatsachenmaterial ist hauptsächlich Veröffentlichungen der damaligen Zeit entnommen, insbesondere den englischen Bankenquête-Berichten von 1810 (Report on the high Price of Bullion) und von 1819 (Report of the House of Lords sowie Report of the House of Commons on the Resumption of Cash Payments).

Digitized by Google

so entsteht für das Land eine passive Handelsbilanz, deren Saldo es in Gold an das Ausland zu zahlen hat. Größere Goldabflüsse müssen aber das Goldreservoir des Landes, den Barschatz der Bank von England — der seit der Jahrhundertwende nur vorübergehend mehr als 5 bis 6 Millionen £ betragen hatte — zum Schwinden bringen. Dadurch wird der Zusammenbruch der englischen Kreditwirtschaft herbeigeführt und es der englischen Regierung unmöglich gemacht, Anleihen im Inlande aufzunehmen und die Festlandstaaten sowie die auf dem Festlande kämpfenden englischen Truppen fernerhin mit Geldmitteln zu unterstützen.

Die britische Regierung störte nun allerdings diese Berechnungen dadurch, daß sie die Schließung der festländischen Häfen für britische Waren mit einer Anzahl Verfügungen beantwortete, welche die Einfuhr einer Reihe französischer Güter sowie der Produkte solcher Länder erschwerten, die sich den Anordnungen der Franzosen zu fügen hatten, darunter die Einfuhr spanischer Wolle und italienischer Seide. Dafür kam dem Korsen ein anderes Ereignis für seine Kalkulation sehr gelegen. Das war die Reihe von Mißernten, von denen England in den Jahren 1808—1811 heimgesucht wurde. Er konnte also seinen Plan der Goldauspoverung Englands dadurch fördern, daß er dorthin die bisher verbotene Einfuhr von Getreide erlaubte.

Diese Erlaubnis des Imperators, Getreide nach den britischen Inseln zu verschiffen, ist der Schachzug, von dem eingangs die Rede war, und der allen denen, die sich mit jener bewegten Zeit befaßt haben, viel Kopfzerbrechen verursacht hat. Selbst zwei so hervorragenden Schriftstellern wie Alexander von Peez und Paul Dehn ist die Aufhebung des Getreideausfuhr-Verbotes ein Rätsel, und in ihrem vor einigen Jahren erschienenen Werke über jene Zeit rufen sie erstaunt aus: „Napoleons Kurzsichtigkeit bleibt unverständlich"*). In Wirklichkeit liegt die Lösung des Rätsels sehr nahe. Bonaparte hat eben mit einem doppelten Feldzugsplan gearbeitet, und die plötzliche Genehmigung der Getreideausfuhr nach England beweist lediglich, daß er den Gedanken an eine Aushungerung Englands, mit dem er sich eine Zeitlang getragen hatte, zugunsten seines ursprünglichen Planes, die „stolze Krämerinsel" von Edelmetall zu entblößen, hat fallen lassen.

Dieser Plan war auch in der Tat wohl durchdacht. Nur wurde seine Durchführung dadurch wesentlich erschwert, daß dem Kaiser eine der englischen auch nur annähernd ebenbürtige Flotte fehlte. Er vermochte zwar dem englischen Handel eine Zeitlang die Kontinentalstaaten zu versperren, nicht aber

*) Englands Vorherrschaft, Bd. I, Aus der Zeit der Kontinentalsperre, Leipzig 1912, S 307.

Digitized by Google

die Ausfuhr nach Uebersee. Die britische Flagge hielt nicht nur dem alten britischen Handel die Wege frei, sondern sie eroberte noch neue Absatzgebiete hinzu, namentlich die spanisch-südamerikanischen Kolonien nach deren Abfall vom Mutterlande Mitte 1808. Schon der dorthin einsetzende Warenstrom bot England einen gewissen Ersatz für den Ausfall seiner Ausfuhr nach Europa. Außerdem stellte es sich jedoch bald heraus, daß auch die Kontinentalsperre vielfach umgangen und durchbrochen wurde. Gewisse englische Waren, die der Kontinent nicht entbehren konnte, wurden auf weiten Umwegen dorthinein geschmuggelt; später gewährten die Regierungen der Kontinentalstaaten, sogar die französische, mit Billigung Napoleons den Kaufleuten „Lizenzen" für die Einfuhr gewisser unentbehrlicher Waren aus England. So verschob sich in den Jahren 1808 und 1809 die Handelsbilanz beträchtlich zugunsten Englands. Ihr Aktiv-Saldo stieg von 5,8 Mill. £ im Jahre 1807 auf 12½ Mill. £ im Jahre 1808 und auf 14,9 Mill. £ im Jahre 1809. Trotzdem wurde die Lage bald kritisch. Es ergab sich im Jahre 1810 ein Passiv-Saldo von nicht weniger als 10 Mill. £, wovon 4 Mill. auf den Handel mit dem Kontinent entfielen. In diesem Jahre erreichte nämlich infolge der vorangegangenen Mißernten die Getreideeinfuhr die Höhe von 7 Mill. £ gegen 2,7 Mill. im vorhergehenden Jahre, und gleichzeitig stockte die englische Ausfuhr nach den überfüllten südamerikanischen Märkten. Napoleon suchte jetzt mit Aufbietung aller Kraft sein Ziel zu erreichen. Er machte durch erneute Verschärfungen in der Anwendung der Sperre der bisher schon stark herabgeminderten Ausfuhr Englands nach dem Kontinent völlig ein Ende, er verordnete die Beschlagnahme britischer Schiffe und die Verbrennung britischer Waren auf dem Kontinent.

Englands finanzielle Lage wurde jetzt recht prekär. Schon in den Jahren 1808 und 1809 hatte sich trotz des hohen Ausfuhrüberschusses die Zahlungsbilanz wesentlich ungünstiger gestellt, als die Ziffern der Handelsbilanz es erkennen ließen, und zwar aus einem interessanten Grunde: England hatte seine Einfuhr, besonders die von Getreide, sogleich zu bezahlen, während es bei seiner Ausfuhr, namentlich nach Südamerika, Kredite von zwölf und mehr Monaten bewilligen mußte. Es erlitt große Verluste, nicht nur durch die Verbrennung britischer Waren seitens Napoleons, sondern mehr noch durch die leichtfertige Kreditgewährung an die Abnehmer. Ein wichtiger Faktor war ferner, daß ein beträchtlicher Teil der Ausfuhr Englands in Lieferungen an die ihm verbündeten Mächte bestand, also in Subsidien, die keine Gegenrimessen brachten. In den drei Jahren 1808 bis 1810 machten diese Subsidien nicht weniger als 32 Mill. £ aus. Endlich

Digitized by Google

hatte England an die neutralen Schiffe, deren sich sein Export bediente, übertrieben hohe Frachtgelder zu entrichten, 1810 allein 5½ Mill. £.

Die Ungunst der Zahlungsbilanz Englands äußerte sich Mitte 1910 in dem Fallen der ausländischen Wechselkurse um zehn und mehr Prozent unter den Stand des Jahres 1808. Die Goldeinfuhr nach England, die sich in den 1790er Jahren auf durchschnittlich zirka 2 Mill. £ und in den ersten 8 Jahren des neuen Jahrhunderts noch immer auf durchschnittlich ½ Mill. £ belaufen hatte, hörte mit dem Jahre 1909 so gut wie ganz auf. Um so mehr Gold floß ins Ausland, auch in Goldmünzen, trotz des Ausfuhrverbotes, das die englische Regierung für geprägtes Gold erlassen hatte. Die Folge war, daß die Goldreserve der englischen Zentralnotenbank, die sich von 6½ Mill. £ Ende August 1807 bis auf annähernd 8 Mill. £ Ende Februar 1809 hatte heben können, andauernd sank und Ende August 1810 nur noch 3 Mill. £ betrug. In der Folgezeit schrumpfte sie noch mehr zusammen. Zwar wurde dadurch weder das Vertrauen in die Noten der Bank von England, noch das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit des englischen Staates erschüttert; der Realzins der von der Regierung aufgenommenen großen Anleihen fiel sogar von etwa 5½ Prozent im Jahre 1804 auf ungefähr 4½ Prozent im Jahre 1810. Aber die Regierung wurde durch den Mangel an Hartgeld in ihren Operationen sehr beengt. Namentlich war das in Spanien kämpfende britische Heer in einer argen Geldklemme, und sein Führer Lord Wellington beklagte sich wiederholt bei der englischen Regierung, daß er aus Geldmangel nicht gegen den Feind vorrücken könne.

Englands Not war also zeitweilig wirklich groß. Trotzdem scheiterte Napoleons Plan der Zerstörung des englischen Kreditsystems, und zwar hauptsächlich deswegen, weil der britische Handel sich nach 1810 wieder machtvoll ausdehnte, ohne daß die französische Flotte es zu verhindern vermochte. Rußland sagte sich Anfang 1811 von der Kontinentalsperre los und führte in größerem Umfange englische Waren ein. Die Vertreibung der Franzosen aus der pyrenäischen Halbinsel brachte auch dort eine neue Nachfrage nach britischen Waren mit sich. Die überseeischen Märkte hatten die gewaltige englische Einfuhr der Jahre 1808/09 allmählich absorbiert, konnten also der britischen Industrie neue Aufträge geben. Gleichzeitig ging infolge Sinkens der Inlandspreise die englische Zahlungsverpflichtung aus der Zufuhr industrieller Rohstoffe beträchtlich zurück. Auch die Getreideeinfuhr war trotz einer wiederum kargen Ernte in England nur unbedeutend, da auch auf dem Festlande die Ernte mißraten war, und Napoleon die Getreideausfuhr nach England wieder verbot, allerdings „nicht, um die Engländer in Verlegenheit zu stürzen,

Digitized by Google

sondern um möglichst reiche Vorräte für das große Heer im östlichen Mitteleuropa anzusammeln"*). Wahrscheinlich hatte der Imperator zu der Zeit bereits erkannt, daß er das britische Kreditgebäude nicht niederzuwerfen vermochte. Freilich erlitt der britische Ausfuhrhandel noch einmal einen empfindlichen Rückschlag. Das war im Jahre 1812 infolge des Ausbruches des britisch-nordamerikanischen Krieges. Aber damals begann Napoleons Stern bereits zu sinken und die Kontinentalsperre wurde von den europäischen Mächten kaum noch ernst genommen.

Wäre die Idee Napoleons heute nachahmenswert und durchführbar? Der Goldbestand der Bank von England ist allerdings gegen damals erheblich gewachsen, er betrug bei Beginn des jetzigen Krieges etwa 38 Mill. £. Aber die auf ihm ruhenden Verpflichtungen sind in weit höherem Maße angeschwollen, und noch mehr als damals bildet gegenwärtig diese schmächtige Grundlage des britischen Kreditsystems eine wunde Stelle. Trotzdem würde der Versuch einer Goldaushungerung Englands wohl auch heute vergeblich gemacht werden, weil selbst im Falle eines Niederringens der britischen Armada kein Land der Welt Englands Ueberseehandel wirksamer würde unterbinden können, als es dem großen Korsen gelungen ist. Und auch die Goldzufuhren aus den Goldgewinnungsstätten und aus anderen Ländern würden sich kaum auf längere Zeit von den englischen Küsten fernhalten lassen.

Dr. Peter Aretz.

Der internationale Zahlungsausgleich im Kriege.

Mit roher Hand hat der Weltkrieg in das aus hunderttausend Fäden sinnreich geknüpfte Netz der internationalen Handels- und Verkehrsverhältnisse hineingegriffen. Er hat Verbindungen auseinandergerissen, die von so elementarer Bedeutung für die ganze Kulturwelt sind, daß man geglaubt hat, sie müßten unzerstörbar und von ewiger Dauer sein, wie die Menschheit selbst. Warenverkehr und Kreditverkehr sind in gleicher Weise unterbunden, der eine durch Transportschwierigkeiten, Kapergefahr und Ausfuhrverbote, der andere durch Moratorien, die Schließung aller Weltbörsen und den Zweifel in die Solvenz selbst der ersten Handelshäuser. Nirgends besteht Neigung, Zahlungen für auswärtige Geschäftsfreunde ohne reichliche Deckung zu leisten, überall dagegen das Bestreben, Forderungen einzuziehen und Kreditpapiere zu Geld zu machen. Kein Bankier und kein Kaufmann weiß ja heute, in welchem Stande der Zahlungsfähigkeit er bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse seine Schuldner vorfinden wird, und wie dringlich seine

*) Von Peez und Dehn, a. a. O., S. 305.

Digitized by Google

Gläubiger ihre Ansprüche an ihn selbst geltend machen werden. Daher in der ganzen Welt, in kriegführenden wie neutralen, in europäischen wie asiatischen und amerikanischen Ländern, dasselbe krampfhafte Bemühen, die eigene Zahlungsbereitschaft um jeden Preis zu stärken. Das Element des Kredits, das sonst den internationalen Geldverkehr in solchem Maße ersetzt, daß bare Zahlungen eine Ausnahme bilden, fällt wie ein loses Gewand herunter und läßt das Gerippe, den Geldverkehr in seiner primitivsten Form hervortreten. Gold ist wieder das erste und vielfach einzige Weltausgleichsmittel geworden. Aber die verfügbaren Mengen reichen nicht hin, um die zahllosen Kreditbeziehungen zwischen den Ländern zu liquidieren, da jedes Land ängstlich bemüht ist, seinen Goldvorrat festzuhalten, weil sich auf ihm nicht nur die Weltgeltung, sondern auch die innere Zahlkraft seiner Währung aufbaut.

Selbst diejenigen Länder, deren Forderungen und Guthaben im Auslande sich die Wage halten, die also per Saldo nichts zu fordern und nichts zu zahlen haben, befinden sich in einer schwierigen Lage. Ihre Guthaben sind ihnen zum großen Teil durch Moratorien gesperrt, also zur Ausgleichung nicht verwendbar. Den Banken in Frankreich z. B. ist gestattet, Zahlungen in Höhe von mehr als 250 Fr. zu verweigern; in Italien werden auf jedes Guthaben nur 5% pro Monat ausgezahlt. Anweisungen auf diese Banken werden daher nicht honoriert. Deutschland hat sich gegenüber dieser Willkür durch ein Abwehrmoratorium geholfen, das die deutschen Schuldner von Zahlungen an alle Länder, die ihren Verpflichtungen gegen das Ausland nicht nachkommen, entbindet. Aber diese Gegenmaßregel kann nur von kriegführenden oder von finanziell durchaus unabhängigen Ländern angewandt werden, denen es nichts ausmacht, wenn ihnen auf Jahre hinaus jeder Kredit in fremden Ländern verweigert wird. Neutrale Staaten, denen der Kriegseinwand fehlt, und die auf ihren Ruf als verläßliche Schuldner halten müssen, sind in der Zwangslage, die ihnen gesperrten Guthaben durch Barzahlungen zu ersetzen, und zwar aus bereiten Mitteln; denn das Ausland nimmt weder Bankakzepte noch internationale Wertpapiere in Zahlung, da sie sich nicht zu Gelde machen lassen, so lange Kreditverkehr und Börsenhandel stocken.

In noch schlimmerer Lage befinden sich aber diejenigen Länder, deren Zahlungsbilanz um die Zeit des Kriegsausbruchs in starkem Maße passiv gewesen ist, und an die natürlich die Aufforderung ergangen ist, ihre Schulden sofort abzudecken. Das gilt für alle südamerikanischen Staaten, die der Kriegsausbruch ohnehin in kritischer Verfassung angetroffen hat, und die heute, so weit es sich bei dem gestörten Nachrichtendienst

Digitized by Google

erkennen läßt, sämtlich unfähig sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Das gilt aber auch für die Vereinigten Staaten von Amerika, von deren Standpunkt aus die Kriegskrisis zu dem denkbar ungünstigsten Zeitpunkt ausgebrochen ist. Die Vereinigten Staaten sind aus natürlichen Gründen in jedem Sommer den europäischen Geldmärkten stark verschuldet. Sie bezahlen ihre Einfuhr, die sich ziemlich gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt, mit großen Getreide- und Baumwoll-Exporten, die erst im Herbst einzusetzen pflegen. Ihr finanzielles Verhältnis zu Europa gestaltet sich daher regelmäßig so, daß die amerikanische Volkswirtschaft in London sehr große, ständig steigende und im Juli oder August ihr Maximum erreichende Summen schuldet, die sie in der Exportsaison mit Getreide- und Baumwoll-Dokumenten tilgt. In diesem Sommer ist die Verschuldung Amerikas noch größer gewesen als gewöhnlich, weil die dortige Eisenbahn-Krisis die europäischen Märkte veranlaßt hat, starke Effektenverkäufe in New York vorzunehmen. Bei Kriegsausbruch war mithin die Lage für die Vereinigten Staaten in allerhöchstem Maße kritisch. Es bestanden nur ganz geringfügige Guthaben, dagegen ungeheure Schuldverpflichtungen in Europa. Und diese Schuldverpflichtungen wurden durch eine große Torheit der New-Yorker Börsenbehörde noch erhöht. Aus falschem Ehrgeiz ließ man nämlich die Börse noch während einiger Tage offen, obwohl die Londoner und Pariser Börse ihre Geschäfte bereits eingestellt hatten. Die Folge war, daß die Effektenverkäufe für europäische Rechnung einen ganz enormen Umfang annahmen, und die Verpflichtungen der amerikanischen Banken eine weitere starke Steigerung erfuhren.

Diesen enormen Verpflichtungen stand nun mit dem Moment des Kriegsausbruchs die Unmöglichkeit gegenüber, durch das gewohnte Mittel des Massenexports entsprechende Guthaben in Europa zu schaffen, aus denen die Schulden abgedeckt werden konnten. Denn infolge der Unterbrechung der deutschen und Störung der englischen Schiffahrt durch Kapergefahr, sowie infolge des Ausbleibens der gewohnten Kaufordres für Baumwolle gingen die amerikanischen Exporte sofort auf einen Bruchteil des normalen Umfanges zurück. Angesichts der Weigerung der europäischen Bankwelt, fällig werdende Kredite auch nur um einen Tag zu verlängern, bedeutete diese Exportverringerung für die amerikanischen Banken die unumgängliche Notwendigkeit, ihre Schulden bar abzudecken. Da sie Guthaben von einiger Bedeutung außerhalb Amerikas nirgends hatten (und selbst wenn sie solche gehabt hätten, in mehreren Ländern das Moratorium ihrer Abhebung im Wege gestanden haben würde), so waren die amerikanischen Banken in der Zwangslage, Gold nach Europa senden zu

Digitized by Google

müssen. Nun hatten sich aber schon in den vorangegangen zwei bis drei Monaten infolge des Rückströmens von Dollar-Effekten die Wechselkurse bedeutend versteift, und es waren bereits ganz gewaltige Goldexporte nach London und Paris gegangen, deren Gesamtbetrag man bis gegen Ende Juli auf rund 125 Mill. $ schätzt. Das bedeutete eine fühlbare Schwächung des amerikanischen Gesamt-Goldbestandes; bei weiteren Exporten ergab sich die Gefahr, daß nicht nur die Bardeckung der New-Yorker Bankdepositen sich unter die vorgeschriebenen 25% ermäßigte, sondern auch, daß die Volldeckung der Bundes-Goldzertifikate, das Rückgrat der amerikanischen Währung, angetastet würde. Das Schatzamt stellte daher die Hergabe von Gold ein, und die Banken sahen sich, nachdem sie in den letzten Juli- und ersten Augusttagen noch etwa 50 Mill. Dollar verschifft und ihre Reserven dadurch unter das gesetzliche Minimum hatten sinken lassen, vor der Unmöglichkeit, weiteres Gold zu exportieren. Mit diesem Moment hat eine Zahlungsmittel-Krisis eingesetzt, wie sie niemals seit Bestehen der amerikanischen Goldwährung, auch Ende 1907 nicht, erlebt worden ist. Es entstand ein wahrer Kampf um die wenigen Guthaben, die einzelne Banken in England hatten, und es wurde für Auszahlungen in London bis zu 7 Dollar für das Pfund Sterling, d. h. ein Agio bis zu 45% gezahlt. Es blieb den großen Finanzhäusern angesichts der fehlenden Möglichkeit von Goldexporten nur die Wahl, ob sie Phantasiepreise für Anweisungen in London zahlen wollten — Preise, die eine genügende Risiko-Prämie enthielten, um Londoner Häuser zur Eröffnung von Krediten zu veranlassen —, oder ob sie sich Europa gegenüber für zahlungsunfähig erklären wollten, was das Ende ihres Weltkredits bedeutet hätte. Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse übrigens in Kanada. Auch dort mußte bis zu 30% Agio für Sterling-Wechsel gezahlt werden, weil Goldexporte nur zu schwersten Fracht- und Versicherungsbedingungen ausführbar waren, und weil sie bei der Unsicherheit der Schiffahrt weder verläßlich noch prompt genug nach London kamen, um die Schulden unbedingt am Fälligkeitstage zu decken. Den letzteren Uebelstand hat die englische Regierung schon nach kurzer Zeit dadurch beseitigt, daß sie in Ottava ein unter Aufsicht der kanadischen Regierung stehendes Golddepot errichtete, in das für England bestimmtes Gold eingezahlt werden konnte und auch in großen Beträgen eingezahlt worden ist. Unter anderem ist auch die Hälfte der 10 Mill. Dollar Gold, welche die „Kronprinzessin Cecilie“ nach England überführen sollte, der Kapergefahr wegen aber in forcierter Fahrt wieder nach New York zurückbrachte, in Ottava eingezahlt worden.

In großer Verlegenheit war auch die Regierung der Vereinigten Staaten. Sie hatte erhebliche Zahlungen in Europa zu

Digitized by Google

leisten, teils auf die internationalen „money orders" hin, die ihre Postämter in Dollars empfangen und in Pfund, Francs oder Mark auszuzahlen hatten, teils in Ausführung eines Senatsbeschlusses, demzufolge den amerikanischen Reisenden in Europa 3 Mill. $ Staatsgelder vorgeschossen werden sollten, weil ihre Kreditbriefe bei Kriegsausbruch wertlos geworden waren. Obwohl die Regierung ein Verlangen des bekannten Finanzmannes Jacob H. Schiff, die Währungsgesetze zu ändern und dadurch 100 Mill. $ Gold zum Export nach Europa freizumachen, energisch zurückgewiesen hatte, blieb ihr selbst nichts anderes übrig, als einen armierten Kreuzer nach London zu expedieren, der außer einem Posten Banken-Gold auch ihre eigenen 3 Millionen in barem Golde an Bord hatte. Mit einer Reihe von Notverordnungen, die sie teils selbst erließ, teils veranlaßte (Ausgabe von emergency notes und Clearinghaus-Zertifikaten), konnte sie zwar dem Fehlen von Währungsgeld zu Inlandszahlungen, nicht aber dem Mangel an Weltgeld ein Ende machen. Wie drückend dieser Mangel in der ersten Augustwoche gewesen ist, geht nicht nur aus dem Agio für Sterling-Wechsel, sondern auch aus den Bedingungen hervor, die man für die Bereitstellung von Gold in Europa anzunehmen bereit war. So mußte Morgan mit der französischen Regierung dafür, daß sie seinem Pariser Hause 6 Mill. $ = 30 Mill. Fr., davon die Hälfte in Gold, anwies, eine große Anleihe abschließen, und zwar in einer Form, die der Neutralität Amerikas Rechnung trug und die Anleihe als einen Privatvorschuß auf Getreidelieferungen erscheinen ließ.

Der Abschluß dieser Anleihe, bzw. die Art und Weise ihrer Realisierung ist auch insofern interessant, als sie die eigentliche Natur der Kriegs-Geldklemme in ein helles Licht setzt. Es ist der französischen Regierung bei der Morgan-Anleihe nämlich durchaus nicht auf die Geldbeschaffung angekommen; die Erhöhung des Notenmaximums der Banque de France auf 12 Milliarden Francs und das englische Bündnis entheben sie bis auf weiteres der Notwendigkeit, den teuren amerikanischen Kredit in Anspruch zu nehmen. Vielmehr war es der Regierung lediglich darum zu tun, sich vorsorglich ein Guthaben bei ihrem Haupt-Getreidelieferanten zu sichern, um nicht nach einiger Zeit vor die Notwendigkeit gestellt zu werden, das amerikanische Getreide bar bezahlen zu müssen. Denn es war möglich und sogar wahrscheinlich, daß Frankreich dann in dieselben Verlegenheiten gegenüber Amerika geraten wäre, in denen sich im August Amerika gegenüber England befunden hat. Die Unterbrechung des regelmäßigen Handels- und Kreditverkehrs durch den Krieg hat eben zur Folge, daß jedes Land, das vor die Notwendigkeit einer großen Auslandszahlung gestellt wird, auf die Benutzung des in Friedenszeiten meist gut funktionierenden internationalen

Digitized by Google

Zahlungsapparates verzichten und seine Schuld in Gold begleichen muß. Dieses Gold gibt aber kein in einen Krieg verwickeltes Land gern her, da es sich gerade in dieser Zeit nur zu deutlich herausstellt, wie sehr auch die scheinbar selbständige Inlandswährung von der Höhe des Goldvorrats abhängig ist.

Mit dem Stande der inneren Währung, der Massen-Ausgabe von ungedeckten Noten oder von gleichgeartetem Zusatzgeld haben übrigens die Zuckungen, welche die Wechselkurse im August durchgemacht haben, wenig oder nichts zu tun gehabt. Es hat sich hier nur um Fiebererscheinungen infolge stockenden Blutumlaufs gehandelt. Nachdem infolge des totalen Aufhörens aller Kreditbeziehungen sämtliche auf Kredit beruhenden Zahlungsmittel, einschließlich des Papiergeldes und der Banknoten, im Weltverkehr außer Kurs getreten waren, blieb denen, die Zahlungen in anderen Ländern zu machen hatten, nichts anderes übrig, als entweder vorhandene Guthaben in diesen Ländern anzukaufen, oder solche durch Uebersendung des einzigen allgemein in Zahlung genommenen Gutes, nämlich Gold, neu zu schaffen. Aber Gold war nicht in der erforderlichen Menge zu haben oder nicht mit der gebotenen Beschleunigung zu versenden, neue Guthaben ließen sich daher nicht in ausreichender Höhe bereitstellen; so erhielten denn die vorhandenen Guthaben einen Seltenheitswert, den der Konkurrenzkampf unter den Zahlungspflichtigen zu phantastischer Höhe steigerte. Die Qualität der einzelnen Landeswährungen spielte dabei keine Rolle. Das geht unter anderem auch daraus hervor, daß zur selben Zeit, wo in Amerika ein hohes Aufgeld für Pfund Sterling gezahlt wurde, der Dollar also ein erhebliches Disagio hatte, in Berlin ein mehrprozentiges Aufgeld für amerikanische Auszahlung entrichtet werden mußte. Die krankhaften Erscheinungen auf dem Markt der internationalen Zahlungsmittel sind also lediglich eine Folge der beschränkten Freizügigkeit des Goldes gewesen, und als solche außerordentlich lehrreich. Die Verschiebungen, die sich im Verlauf des Krieges durch die übermäßige Ausgabe von Kunstgeld im Werte der einzelnen Landeswährungen einstellen dürften oder schon eingestellt haben, werden sich erst nach Wiederkehr normaler Handels- und Kreditverhältnisse am Stande der Wechselkurse ablesen lassen. A. L.

Die Nationalwirtschaft im Lichte des Weltkriegs.

Wie ein Traum liegt die Zeit hinter uns, da es in Deutschland Millionen Volksgenossen gab, die in der Stärkung unserer Wehrkraft und unseren Rüstungsanstrengungen nur den Ausdruck eines von bestimmten Klassen aus selbstsüchtigen Gründen ge-

Digitized by Google

züchteten Militarismus sahen. Ein paar ereignisschwangere Tage haben diesen Irrglauben ausgerottet und auch den unstrategischen Köpfen die Notwendigkeiten vor Augen geführt, von denen eine Generation pflichttreuer Beamter, der geographischen Lage unseres Vaterlandes Rechnung tragend, sich hat leiten lassen. Aber nicht nur in militärischer Hinsicht hämmern die großen Ereignisse des Jahres 1914 neue Ansichten in die Köpfe. Auch der Standpunkt, den der einzelne zu den Problemen des Wirtschaftslebens einnimmt, beginnt sich unter der überzeugenden Sprache der Kanonen zu verschieben. Mit welch verändertem Gesicht stellt sich uns heute schon, um nur ein Problem herauszugreifen, die Frage der Getreidezölle dar! Nicht nur der Volkswirt erkennt jetzt, daß diese so heiß umstrittene Frage noch unter einem höheren Gesichtspunkt betrachtet werden muß, als ihn die Schlagworte des politischen Tageskampfes bisher widerspiegelten. Ein Weltkrieg mußte ausbrechen, um alle erkennen zu lassen, daß es eine Existenzfrage für uns gewesen ist, die deutsche Nahrungsmittel-Versorgung vom Ausland unabhängig zu machen. Ein Schleier fällt plötzlich von diesen und anderen Problemen, und jene manchesterliche Auffassung, welche die internationale Verteilung der Güterproduktion ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlich günstigsten Vorbedingungen anstrebt, erscheint uns hohl und flach. Auch der überzeugteste Freihändler muß es heute als ein unschätzbares Glück ansehen, daß der Staat so oft mit rauher Hand in das freie Spiel der Kräfte eingegriffen und verhindert hat, daß Deutschland zum reinen Industriestaat ohne Ar und Halm geworden ist.

Also nicht nur eine Veränderung der Landkarte, sondern auch eine Neuorientierung der geistigen Strömungen ist von diesem Weltkriege zu erwarten. Als Schüler haben wir einst gelernt, daß die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des alten Griechenland eng mit seiner zerklüfteten Küste und mit seiner geographischen Lage zusammenhing. Wenn die durch den Krieg aufgerührten Kräfte erst wieder zur Ruhe gelangt sein werden, wird man an die Untersuchung der Frage herantreten, welche Richtung Deutschlands binnenländische Lage unserer Wirtschaftspolitik weist, vor allem aber jener Frage, deren ungeheure Bedeutung unseren Volkswirten noch immer nicht ganz klar geworden ist, der Frage nämlich, ob sich die Anlagegewohnheiten des deutschen Kapitalisten denn der politisch-geographischen Lage seines Landes hinreichend angepaßt haben. In dieser Beziehung hat man sich bisher mancher Täuschung hingegeben, die der Kriegsausbruch sofort als solche hat erkennen lassen. Wenn die finanzielle Mobilmachung Deutschlands im allgemeinen geklappt hat, so gibt es heute wohl niemand mehr, der das auf den Besitz

Digitized by Google

Deutschlands an Auslandswerten zurückführt. Dagegen gewinnt die Anschauung fortgesetzt an Boden, daß Frankreichs finanziell wie politisch gefährdete Lage nicht zuletzt auf die kosmopolitischen Tendenzen seiner Sparkraft zurückzuführen ist.

Vor hundert Jahren hat Fichte den Deutschen die Vorzüge des geschlossenen Handelsstaates entwickelt. Seine hierüber geäußerten Gedanken gelten heute als veraltet und sind tatsächlich etwas einseitig. Aber der Weltkrieg ist geeignet, den berechtigten Kern seiner Anschauungen bloßzulegen. Ein Land, an dessen Grenzen so viel rassefremde Völker mit politisch entgegenstehenden Interessen wohnen, wird in der Tat nicht nur hinsichtlich der Nahrungsmittel-Versorgung auf eine Politik der Konzentration hingewiesen. Nichts Falscheres kann es für ein solches Land geben, als mechanisch die wirtschaftlichen Grundsätze eines Inselstaats, wie England, auf seine eigenen Verhältnisse zu übertragen. Von den zwei Wegen, die es gibt, um einer ständig wachsenden Bevölkerung Nahrung zu verschaffen, nämlich den Weg der Kolonialpolitik und den der ständig zunehmenden Intensivierung der heimischen Volkswirtschaft, hat Deutschland den letzteren und für uns richtigeren gewählt. England hat bisher einen großen Kolonialbesitz zur Not zu schützen und daraus Reichtümer zu ziehen vermocht, weil ihm seine insulare Lage gestattete, auf ein Landheer im kontinentalen Sinn zu verzichten und die hierdurch frei werdenden Summen in seiner Flotte anzulegen. Deutschland, das auf Grund seiner geographischen Lage ein starkes Heer unterhalten muß, konnte sich nicht die Ausgaben für eine Riesenflotte gestatten, wie sie England auf sich genommen hat oder vielmehr hätte auf sich nehmen müssen; denn tatsächlich bleibt die englische Flotte noch immer weit hinter dem Umfang ihrer Aufgaben zurück. Dieser Sachlage entsprechend ist der Erwerb von Kolonien bei uns mehr unter dem Gesichtspunkt des Prestiges vor sichgegangen, als unter dem der Rohstoffversorgung oder der Beschaffung neuer Weideplätze. Der Versuch Dernburgs, finanzielle Ausbeutungsmöglichkeiten für die heimische Sparkraft zu schaffen, ist bekanntlich mißglückt. Das wirtschaftliche Heil Deutschlands liegt also noch immer innerhalb der Reichsgrenzen, und ein gütiges Geschick hat es gefügt, daß die heimische Sparkraft sich dieser Realität im großen und ganzen angepaßt hat.

Denn es ist keineswegs selbstverständlich, daß die Sparkraft sich in der Frage: intenesive oder extensive Kapitalwirtschaft? so verhält, wie es das nationale Interesse erfordert. Sie kann sehr wohl ihre eigenen Wege gehen. Für das von Rivalen umlagerte und auf sich selbst gestellte Deutschland ist es aber von außerordentlicher Bedeutung, daß die Sparkraft im Lande bleibt. So

Digitized by Google

lukrativ der Export von Kapital zum Zwecke der Beteiligung an ausländischen Unternehmungen oder zur Gründung eigener Betriebe in fremden Ländern für den einzelnen auch sein kann — die englische Plutokratie ist hauptsächlich durch solche extensive Betätigung entstanden —, die Heimat hat nur scheinbar Vorteil davon. Die wirtschaftlichen und politischen Eroberungen, die das Kapital in fernen Weltstrichen machen kann, wiegen selbst in Friedenszeiten den Schaden nicht auf, den ihr Fehlen für das Mutterland bedeutet. Im Kriege verwandeln sie sich nur zu leicht in Blößen, die der Panzer auch des stärksten und reichsten Landes nicht sämtlich decken kann. Kapitalexport heißt nationale Zersplitterung; vor allem heißt er Menschenexport. Menschen aber sind nach dem Worte Friedrichs des Großen der größte Reichtum. Dasselbe Streben, das in der hochentwickelten Hygiene Deutschlands zum Ausdruck kommt und darauf hinausläuft, das heimische Menschenmaterial vor Dezimierung zu bewahren, muß auch die Kapitalwirtschaft durchdringen. Intensive Kapitalwirtschaft ist gleichfalls eine Art Hygiene, und nicht die schlechteste.

Nicht immer hat man dies bei uns begriffen. Man hat dem Deutschen früher kosmopolitische Neigungen nachgesagt, und diese Kennzeichnung hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten, obwohl sie mit der Zeit zu einem bloßen Schlagwort ohne Inhalt geworden ist. Ehemals hatte jene Charakteristik zweifellos ihre volle Berechtigung. Es war der natürlichste Vorgang von der Welt, daß die deutsche Industrie, der deutsche Kaufmann kosmopolitisch dachten, so lange die geringe politische Wertschätzung, die man ihrem Vaterland entgegenbrachte, sich auch auf dessen Erzeugnisse übertrug. Made in Germany war damals ein Synonym für Minderwertigkeit. Es war nur die logische Konsequenz davon, daß deutsches Kapital, deutsche Intelligenz und deutsche Arbeitskraft sich mit Vorliebe in fremden Zonen betätigten. Die Vereinigten Staaten haben den Vorteil davon gehabt. Mit der Gründung des Reichs hat sich das geändert. Damals setzte jene intensive Wirtschaftspolitik ein, die Deutschland zum ersten Industrieland der Welt gemacht hat. Made in Germany ist seitdem zu einem Ehrentitel geworden.

Die Entwicklung Deutschlands zu einem führenden Industriestaat ist, so pflegt die landläufige Logik zu sagen, notwendig gewesen, um der wachsenden Bevölkerung vermehrte Arbeitsgelegenheit und damit Brot zu schaffen. Hier liegt eine Verwechselung von Ursache und Wirkung vor. Nur weil durch die Intensität der heimischen Volkswirtschaft eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit eintrat, oder, genauer ausgedrückt, weil die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg, und zwar in so kolossalem Maßstabe stieg, daß sogar bei fremden Völkern Menschenanleihen

Digitized by Google

gemacht werden mußten, konnte sich die Bevölkerung Deutschlands vermehren. Nur deshalb konnte die deutsche Auswanderung seit den siebziger Jahren fast ohne Unterbrechung zurückgehen und auf eine kaum noch in Betracht kommende Ziffer sinken. Mehr als alles andere beweist gerade dieser Rückgang des Menschenexportes, daß uns die Lösung der unter politischem Gesichtspunkt wichtigsten aller Aufgaben, nämlich die Erhaltung der Volkskraft für das Heimatland, in relativ vollkommener Weise gelungen ist.

Auch der deutsche Kapitalist ist dabei nicht schlecht gefahren. Wenn bei seiner Kapitalsanlage, die immer ein gewisses Risiko in sich schließt und oft auf ein Lotteriespiel hinausläuft, im großen ganzen die Zahl der Nieten auf ein erträgliches Maß beschränkt geblieben ist, so ist das sicherlich mit in erster Reihe dem Umstand zu verdanken, daß die deutsche Industrie immer von der Tendenz geleitet war, ihren Schwerpunkt im Inland zu behalten. Es ist kein Zufall, daß das deutsche Sparkapital die schwersten Nackenschläge dann erdulden mußte, wenn es sich unter fremder Flagge engagierte. Es sei nur an den furchtbaren Aderlaß erinnert, den das deutsche Publikum durch seine Beteiligung an der englischen Goldminenindustrie erlitten hat.

Die denkbar beste Rechtfertigung aber und gleichzeitig den energischsten Ansporn erfährt unsere national gerichtete Volkswirtschaft jetzt durch den vor den staunenden Augen der ganzen Welt erbrachten Nachweis, daß es ihr gelungen ist, die heimische Rüstungsindustrie auf die höchste Stufe der Vollendung zu bringen. Denn so sehr auch der kriegerische Erfolg auf dem Geist der Heere beruht, und so ungeheuer der Vorsprung ist, den der deutsche Vaterlandsverteidiger vor dem englischen Söldner, dem phrasenberauschten Franzosen, dem russischen Analphabeten besitzt, so unzweifelhaft steht es doch fest, daß ohne unsere in der Heimat wurzelnde Industrie ein derartiger Erfolg unserer Waffen nicht denkbar gewesen wäre. Unsere Munitions- und Waffenfabriken, unsere Schiffbau-, unsere Automobil- und Flugzeugindustrie, unser Eisenbahnwesen, unsere chemische und Nahrungsmittel-Industrie, unsere Textil- und Lederfabriken, unsere Fabriken für chirurgische Instrumente, sie alle haben mehr oder minder wichtige Räder für unsere vortreffliche Kriegsmaschinerie geliefert und dazu beigetragen, den Sieg an unsere Fahnen zu ketten. So ist auch das vielgenannte 42-Zentimeter-Geschütz ein Symbol unserer kraftvoll aufstrebenden Volkswirtschaft und zugleich ein Unterpfand für eine wahrhaft nationale Weiterentwicklung. Ludwig Eschwege.

Digitized by Google

Der August 1914.

Der erste Monat eines **Weltkrieges,** wie ihn die Geschichte noch nie gesehen hat, liegt hinter uns. Schon Anfang Juli, vielleicht sogar noch vor der — anscheinend mit dem Einverständnis gewisser **russischer** Kreise erfolgten — Ermordung des österreichischen Thronfolgers hatte das Zarenreich insgeheim mit der Mobilmachung seines Heeres begonnen; und auch **England,** von dem es noch vor einem Monat nicht völlig sicher schien, ob es aktiv in den Kampf eingreifen oder sich den beiden Zentralmächten nur in übelwollender Neutralität gegenüberstellen würde, hat, wie sich inzwischen ebenfalls hat nachweisen lassen, bereits vor langer Zeit Vorbereitungen zu dem Kriege getroffen. Diesen Vorbereitungen gegenüber sind die Erklärungen Greys, daß keine Verträge vorlägen, die England zum Eingreifen zwängen, als leere Worte anzusehen gewesen. Ende August standen somit den beiden europäischen Zentralmächten als kriegführende Staaten Groß-Britannien, Rußland, Frankreich, Serbien, ferner Montenegro, Belgien und Japan gegenüber, von denen die beiden letzteren besonders hervorgehoben werden müssen, **Belgien** deshalb, weil es durch Geheimverträge vor Jahren schon den Franzosen und Engländern die Verletzung seiner Neutralität gestattet hatte, jedoch dem deutschen Ersuchen, die Durchmarschlinie Aachen-Verviers freizugeben, sich mit Waffengewalt entgegenstemmte. Das **japanische** Ultimatum an Deutschland, das die Räumung Kiautschaus forderte und unbeantwortet blieb, ist deshalb bemerkenswert, weil es beweist, daß England in seinem Bestreben, den deutschen Welthandel zu vernichten, sogar die für die Behauptung seiner eigenen Stellung auf die Dauer notwendige Solidarität der Europäer gegenüber fremden Weltteilen und Rassen völlig außer acht gelassen hat. Der dritte Partner des Dreibundes, Italien, hat sich nach langem Schwanken, währenddessen es mehr als einmal so aussah, als ob es gegen seine Bundesgenossen Partei ergreifen wollte, infolge der ersten großen deutschen Siege definitiv neutral erklärt. Das gleiche taten von vornherein die Schweiz, die drei skandinavischen Reiche und die Union, während von den Balkanstaaten nur einzelne erklärt haben, „zunächst" neutral bleiben zu wollen. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der Balkan, und nicht völlig unmöglich, daß (über Finland) Schweden in den Weltbrand hineingezogen wird. Auch bei China erscheint dies nicht ganz ausgeschlossen. In den afrikanischen Kolonien haben die Kämpfe bereits begonnen, und Togo ist, soweit die nur auf großen Umwegen einlaufenden Nachrichten es erkennen lassen, von den Engländern besetzt worden.

Digitized by Google

Die **militärischen Ergebnisse** des ersten Kriegsmonats sind die Niederringung der Koalition in Belgien (außer Antwerpen, das noch belagert wird), eine Reihe glänzender Siege an der französischen Nord- und Ostgrenze, die unseren Heeren den Weg nach Paris freilegten und die französische Regierung zur Flucht nach Bordeaux veranlaßten, die völlige Vernichtung einer russischen Armee im südlichen Ostpreußen, das Eindringen russischer Regimenter im nördlichen Ostpreußen, dagegen preußischer und österreichischer Heere in Kongreßpolen, zwei österreichische Siege, eine große unentschiedene Schlacht an der galizischen Grenze sowie beträchtliche, für den Augenblick jedoch wenig bedeutsame österreichische Erfolge gegenüber Serbien und Montenegro. Die völlige Geschlossenheit der Volksstimmung in Deutschland und Oesterreich sticht wohltuend ab von den bereits beginnenden revolutionären Zuckungen in Rußland und Frankreich, über deren Bedeutung sich selbstredend im Augenblicke noch nichts sagen läßt, sowie von dem andauernden Homerule-Gezänk und der offen ausgesprochenen scharfen Gegnerschaft weiter Kreise in England gegen den Krieg.

Von einer allgemeinen Lage der **Weltwirtschaft** kann man unter den durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnissen selbstredend nicht sprechen: sie hat vorläufig aufgehört zu existieren. Nicht nur die Schwierigkeiten des Ueberseehandels, der sich durch Kaperkrieg und Minengefahr bedroht sieht, sondern auch die langdauernden Moratorien so ziemlich aller in Betracht kommenden Staaten, Ausfuhrverbote und die zeitweilig fast völlige Einstellung des Eisenbahnverkehrs auf dem europäischen Kontinent (abgesehen von Skandinavien und den drei südlichen Halbinseln) haben zur Wiederkehr eines Zustandes der Abgeschlossenheit geführt, den man für ganz unmöglich gehalten hätte. Die einzelnen Nationalwirtschaften sind gezwungen, sich mit geringen Ausnahmen selbst zu genügen, und sogar Groß-Britannien, um dessen Meerbeherrschung der Kampf bisher noch gar nicht begonnen hat, kann nur mit größter Mühe kleine Posten von den Nahrungsmitteln und Rohstoffen heranschaffen, deren es bedarf.

Um auf die wirtschaftlichen Einzelheiten überzugehen, so ist zunächst von Deutschland zu erwähnen, daß man hier vom Erlasse eines allgemeinen Moratoriums abgesehen und sich mit einer Art richterlichen Moratoriums, Einrichtung einer Geschäftsaufsicht an Stelle des Konkurses und einem Gegenmoratorium gegen das Ausland begnügt hat. Guthaben feindlicher Staaten, in erster Linie Rußlands und Japans, wurden beschlagnahmt und umfassende Ausfuhrverbote für das Reich erlassen, denen sich solche lokalen Charakters anschlossen. Das preußische Staatsministerium hat

Digitized by Google

nach langen Jahren in der Person des Staatssekretärs Dr. Delbrück wieder einen Vizepräsidenten erhalten. — In Frankreich ist bereits zu Beginn des Krieges ein scharfes, auch für Banken und Sparkassen geltendes Moratorium erlassen und gegen Ende des Monats ein Kabinett der nationalen Verteidigung (allerdings nicht unter diesem Namen) gebildet worden, dessen interessanteste Namen Delcassé, Sembat und Guesde sind. Finanzminister ist Ribot, nicht Caillaux geworden. — Auch Großbritannien mußte ein Moratorium, zuerst für Wechsel erlassen, das dann auf alle Verbindlichkeiten über 5 £ ausgedehnt und bisher zweimal um je einen Monat verlängert worden ist. Es hat ferner sämtliche deutschen und österreichischen Patente für ungültig, und in Uebereinstimmung mit seiner veralteten Gesetzgebung den gesamten Handelsverkehr mit Angehörigen der feindlichen Staaten für Landesverrat erklärt. Auch sonst sind seine Kriegsmaßnahmen gegenüber Deutschland und Oesterreich bisher mehr wirtschaftlicher als militärischer Natur gewesen; sie haben teilweise einen Charakter getragen, der das frühere schrankenlose Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Vertragstreue des englischen Kaufmanns erschüttert haben dürfte. — In Rußland, wo nach zuverlässigen Meldungen die Kriegsvorbereitungen und die Mobilmachung durch die Großfürstenpartei hinter dem Rücken der leitenden Männer des Ministeriums erzwungen wurden, sind Polen und angeblich auch Finland zunächst von den russischen Truppen geräumt worden. Manifeste, in denen Polen, Finländer und Juden unter Hinweis auf die Wohltaten des Hauses Romanow für die russische Sache mobil gemacht werden sollten, sind ziemlich wirkungslos geblieben; Polen hat mit der Bildung national-polnischer Legionen bereits begonnen. Bisher haben sich übrigens weder die russische Ausrüstung noch das russische Heer als so verrottet und wertlos erwiesen, wie hie und da angenommen worden war. Von wirtschaftlichen Maßnahmen sind ein strenges Ausfuhrverbot und ein seinem Umfange nach nicht genau bekanntes Moratorium zu nennen. — Belgien ist, soweit es von den deutschen Truppen besetzt wurde, unter deutsche Verwaltung genommen worden. Generalgouverneur ist Freiherr von der Goltz. — Oesterreich und Ungarn haben ziemlich umfassende Moratorien erlassen, die inzwischen bereits einmal verlängert worden sind. — Italien dekretierte ein beinahe allgemeines, wie in Frankreich auch die Banken umfassendes Moratorium, das inzwischen ebenfalls verlängert worden ist. Auch dieses Land hat die Ausfuhr einer ganzen Anzahl von Nahrungsmitteln und Rohstoffen verboten. — Die Vereinigten Staaten von Amerika sind durch den Krieg außerordentlich stark in Mitleidenschaft gezogen worden, unter anderem deshalb, weil ihr Außenhandel sich zum

Digitized by Google

großen Teile unter deutscher und englischer Flagge vollzieht. Sie haben ein Gesetz erlassen, das die Annahme der amerikanischen Flagge durch Schiffe der kriegführenden Parteien sehr erleichtert. Kurz nach Beginn des Krieges wurde auch die seit vielen Monaten mit größter Spannung erwartete Frachtratenentscheidung der Interstate Commerce Commission bekanntgegeben, die eine ganze Reihe von Frachterhöhungen genehmigt hat, unter den jetzigen Umständen aber natürlich völlig wirkungslos geblieben ist.

Auf **staatsfinanziellem** Gebiete sind zunächst die Maßnahmen zu erwähnen, die in Deutschland die Verschiebung der Ausgabe einer Kriegsanleihe möglich machten. Das sind eine Aenderung des Bankgesetzes, starke Ausgabe ungedeckter Noten und die ja seit jeher vorgesehene Uebertragung des Kriegsschatzes an die Reichsbank. In diesem Zusammenhange sind auch die Gründung von Darlehnskassen wie im Jahre 1866 und 1870 sowie die Errichtung von Kriegskreditbanken zu erwähnen, obwohl diese eigentlich das staatsfinanzielle Gebiet nur indirekt berühren. Der 5-Milliarden-Kredit, den sich die Regierung vom Reichstage bewilligen ließ, ist bisher nur zum kleinen Teil durch an die Reichsbank begebene Schatzwechsel in Anspruch genommen worden. — Groß-Britanniens Regierung hat sich einen 2-Milliarden-Kredit zur Verfügung stellen lassen, jedoch ist bisher nicht bekannt geworden, wann und in welcher Weise er flüssig gemacht werden soll. Ueber die finanziellen Kriegsmaßnahmen Frankreichs und Rußlands fehlen noch authentische Nachrichten; so verlautet jedoch, daß Frankreich bei Morgan-New York die Unterbringung einer verhältnismäßig kleinen Anleihe (50 Mill. $) versucht, deren Gegenwert es aber nicht in bar, sondern in Lebensmitteln und Rohstoffen zugeführt erhalten würde. — Dem belgischen Staate haben in einem Moment, als nur wenig mehr als das ziemlich von allen Seiten eingeschlossene Antwerpen nicht von den Deutschen okkupiert war, Frankreich und England einen Vorschuß von je 250 Mill. Frs. „zugesagt", ohne daß sich bisher allerdings erkennen läßt, ob es sich dabei um mehr als eine leere Demonstration gehandelt hat. Der Stadt Brüssel ist deutscherseits eine Kriegskontribution von 200 Mill., dem Bezirk Lüttich eine solche von 50 Mill. Frs. auferlegt worden. — Die Schweiz hat eine 30-Millionen-Frs.-Anleihe zu Rüstungszwecken im Inlande aufgenommen und plant eine weitere, ebenso große in der Union. — Mexiko, wo der neue Präsident angeblich beabsichtigt, alle von Huerta erteilten Konzessionen usw. für ungültig zu erklären, will nicht weniger als 60 Mill. $ neue Schatzbons ausgeben; von einem Teil des Erlöses sollen bereits

Digitized by Google

überfällige Verbindlichkeiten beglichen werden. — Brasilien hat seinen europäischen Bankhäusern, in erster Reihe also Rothschild-London, erklärt, daß es nicht in der Lage sei, die Zinsen seiner Staatsschuld rechtzeitig zu bezahlen; auch hier handelt es sich, wie seinerzeit bei Mexiko, zunächst um eine als vorübergehend bezeichnete Zahlungsstockung.

Für den **Außenhandel des Deutschen Reiches** im Juli, dem letzten Monat vor Kriegsausbruch, sind genauere Nachweise nicht mehr veröffentlicht worden; begreiflicherweise fehlen solche für den August vollständig.

Sich ein nur einigermaßen zuverlässiges Bild von der Lage des **Weltarbeitsmarktes** im August zu machen, ist eine Unmöglichkeit, da einesteils der Nachrichtendienst mit dem Auslande außerordentlich schlecht funktioniert, und anderenteils gerade in den europäischen Hauptindustriestaaten die Einwirkungen des Kriegszustandes noch kaum zu übersehen sind. Auf dem Kontinent steht ein guter Teil der Fabrikarbeiter unter den Waffen, was die unter anderen Umständen sicherlich noch erheblich fühlbarere Verminderung des Arbeitsquantums nicht in dem Maße zum Ausdruck kommen läßt, wie es sonst der Fall wäre. In Groß-Britannien soll die Arbeitslosigkeit sehr bedeutend sein, und auch aus Amerika wird das gleiche berichtet. — Für Deutschland liegen per Juli noch ziffernmäßige Nachweise vor, deren symptomatische Bedeutung jetzt natürlich gleich Null ist. Immerhin seien sie der Vollständigkeit wegen hier wiedergegeben. Es entfielen danach auf 100 offene Stellen an Arbeitsgesuchen:

	Mai		Juni		Juli	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914
männliche	166	172	168	168	174	158
weibliche	100	100	101	101	103	99

Auch für die **Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen** ist der Juli vorläufig der letzte Monat, über den Ausweise veröffentlicht werden. Besonderheiten zeigt der vorliegende Ausweis nicht. Im einzelnen erbrachten:

	Güterverkehr				Personenverkehr				Sonstiges		Gesamteinn.	
	1913		1914		1913		1914		1913	1914	1913	1914
	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	Mill. M.		Mill. M.	
*)Mai	181,1	2923	188,4	3006	99,4	1300	90,0	1472	18,4	17,4	298,9	295,7
*)Juni	176,4	2843	177,4	2830	91,2	1506	103,4	1691	16,4	18,1	284,0	298,9
*)Juli	190,0	3061	186,8	2973	110,7	1827	111,9	1827	17,7	17,6	318,4	316,3

Eine deutsche **Großschiffahrt** gibt es zurzeit nicht mehr. Die Schiffe unserer Linienreedereien liegen, soweit sie nicht als Hilfskreuzer Dienst tun, wie die vernichteten Königin Luise und Kaiser Wilhelm der Große getan haben, in heimischen oder neu-

*) Inkl. der Einnahmen der bayrischen Bahnen.

Digitized by Google

tralen, zum Teil auch feindlichen Häfen auf; erst in den allerletzten Tagen des August sind wieder einige Schiffe in der Ostsee nach den skandinavischen Ländern abgefertigt worden. Die Schiffahrt der Neutralen wird durch Minen und Kapergefahr ebenfalls sehr stark behindert, und von der englischen Handelsschiffahrt scheint so ziemlich das gleiche zu gelten. Unter diesen Umständen sind natürlich, trotz des wesentlich zusammengeschrumpften Ladungsangebotes, die Ozeanfrachten sehr stark gestiegen; vor allem haben die Versicherungsprämien eine Höhe erreicht, die in den meisten Fällen geradezu geschäftsverhindernd wirkt. Aus diesem Grunde haben sich in einer Reihe von Staaten die Regierungen entschlossen, einen Teil des Risikos der Versicherung mitzutragen. — Die Auswanderung über deutsche Häfen war unter diesen Umständen fast vollständig unterbunden. Es wanderten aus:

	1910	1911	1912	1913	1914
über Hamburg . .	7 232	5 223	10 008	17 522	193
„ Bremen . . .	8 732	7 615	13 953	21 875	0
zusammen .	15 964	12 838	23 961	39 397	193
dagegen im					
Juli	16 299	14 874	20 003	41 204	17 234
Juni	22 996	17 556	29 492	50 475	19 187

Die ungünstige Einwirkung, welche der Krieg auf die Entwicklung der **Konkursziffern** hätte ausüben müssen, ist durch den Erlaß der verschiedenen Kriegsnotgesetze, vor allem desjenigen über die den Konkurs ersetzende Geschäftsaufsicht, hintangehalten worden. Infolge dieser Maßnahmen ist die Zahl der Konkurseröffnungen sogar ganz wesentlich zurückgegangen. Es wurden nämlich im August eröffnet:

Im Juni	1912	791	Konkurse	1913	750	Konkurse	1914	672 Konkurse
„ Juli	1912	837	„	1913	879	„	1914	720 „
„ August	1912	659	„	1913	651	„	1914	415 „

In sämtlichen deutschen Industrien hat, soweit es sich nicht um Betriebe handelt, die direkt oder indirekt für die Heeresverwaltung arbeiten, der Krieg zunächst eine vollkommene Stockung des Geschäftes mit sich gebracht, die ja allein schon durch die wochenlange Sperrung der Bahnen für den Güterverkehr und durch den Mangel jeder Exportmöglichkeit über die gewohnten Häfen hinreichend erklärt wird. Eine kleine Besserung hierin scheint sich allerdings gegen Ende des August eingestellt zu haben. Einesteils sah sich die Eisenbahnverwaltung nach Bewältigung der Hauptmobilisierung und des Aufmarsches allmählich wieder in der Lage, wenigstens offene Waggons zu stellen, anderenteils versuchte der Exporthandel, die durch den Krieg zerrissenen Verbindungen mit den neutralen Ländern zum Teil über neutrale Häfen (Holland, Italien) wieder anzuknüpfen. Auch das siegreiche Vordringen der deutschen Heere wirkte be-

Digitized by Google

lebend auf die vorher vollkommen verschwundene Unternehmungslust.

Die deutsche **Eisenindustrie** ist durch den Kriegsausbruch sofort und in schärfstem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden. Abgesehen davon, daß gerade die kräftigen Arbeiter, die dieser Industriezweig braucht, zum großen Teile durch ihre militärischen Pflichten den Betrieben entzogen worden sind — nur Kriegsartikel herstellende Fabriken haben ihren Arbeiterstamm zum Teil zurückhalten dürfen — handelt es sich hier überwiegend um Unternehmungen, die ohne dauernde Zufuhr von Rohmaterialien binnen kürzester Zeit zum Erliegen kommen. Eine große Anzahl von Hochöfen wurde denn auch ausgeblasen oder gedämpft und die Walzenstraßen meist stillgelegt. Auch die Betriebe der Fertigindustrie feierten ganz oder zum großen Teil. Die Syndikatsverhandlungen wurden vertagt — das Provisorium im Walzdrahtverbande dürfte bis einen Monat nach Schluß des Krieges verlängert werden — und die Preise schlugen eine scharf steigende Richtung ein. Die Bedeutung dieses letzteren Momentes wird naturgemäß dadurch eingeschränkt, daß zu den erhöhten Preisen nur recht geringe Umsätze stattfinden.

Einzelheiten sind unter diesen Umständen natürlich nur in wesentlich geringer Anzahl zu berichten, als sonst. Der **Roheisenverband** hat seinen Versand mehr als drei Wochen hindurch völlig eingestellt, ihn in der letzten Augustwoche jedoch in beschränktem Umfange wieder aufgenommen; gleichzeitig erhöhte er für neue Abschlüsse den Verkaufspreis um 5 Mark per t. Der Walzdrahtverband, dessen Augustversand auf etwa ein Fünftel des normalen zurückgegangen ist (er betrug im August 7950 t gegen 39 500 im Juli) erhöhte seine Preise um 17½ bis 20 Mark per t. Roheisenverband und Stahlwerksverband haben mangels Exportmöglichkeit ihre Ausfuhrvergütungen aufgehoben, und der letztere hat den Beschluß gefaßt, Formeisenabschlüsse, die bis zum Ausbruch des Krieges nicht spezifiziert worden sind, zu streichen. Die Formeisenpreise erfahren eine Erhöhung, wenn es sich um neue Bestellung für sofortige Lieferung oder um eine besondere Herstellungsart handelt. Der Zuschlag beträgt in diesem Falle 20 Mark per t. Die Halbzeugpreise wurden um 12½ Mark per t für Zusatzkäufe und für neue Kunden per drittes Quartal erhöht. Die jetzt bekanntgegebenen Versandziffern des **Stahlwerksverbandes** für Juli waren schon ziemlich niedrig, namentlich für Eisenbahnmaterial. Es betrugen die Expeditionen (in 1000 t):

	Halbzeug:			Eisenbahn-Material:			Formeisen:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Mai	147,7	141,6	131,4	173,7	237,2	231,1	214,3	188,5	190,4
Juni	167,6	132,6	131,0	214,8	282,0	252,1	230,4	190,8	182,1
Juli	154,1	107,6	128,1	175,7	242,4	186,2	211,8	155,7	156,1

Digitized by Google

Die Einzelheiten über den **Eisenaußenhandel** für den Juli sind nicht mehr bekanntgegeben worden; ebenso fehlen Notierungen der Düsseldorfer Börse, da diese geschlossen war.

Vom englischen Eisenmarkte liegen nur sehr spärliche Nachrichten vor. Soweit diese einen Schluß zulassen, ist auch dort das Geschäft sehr klein geworden, jedoch haben die Fabrikanten, vornehmlich von Schiffbaustahl, die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz zu sehr bedeutenden Preiserhöhungen benutzt. Die Glasgower Warrantkurse haben nur verhältnismäßig unbedeutende Veränderungen erfahren. Nr. 3 M'bro Warrants notierten (per t):

1.	8.	17.	25.	31. Aug.
—	—	53 sh 1 d	51 sh 3½ d	51 sh 4 d

Von den übrigen europäischen Eisenmärkten sind Einzelheiten von Belang nicht bekannt geworden; erwähnt sei nur, daß die große Fabrik von Cockerill in Seraing (Belgien) jetzt für deutsche Rechnung weiter betrieben wird. Der amerikanische Eisenmarkt muß den Einflüssen, welche die europäischen Märkte zerrüttet haben, ebenfalls seinen Tribut zollen. Das Geschäft ist aufs äußerste zusammengeschrumpft. Es wird zwar berichtet, der Stahltrust habe Lieferungen für Südamerika übernommen, die bisher der deutschen Industrie zugefallen waren, doch wird auf Bezahlung der Aufträg angsichts der zerrütteten Staatsfinanzen und der geschäftlichen Stockung in ganz Südamerika wohl auf längere Zeit hinaus nicht zu rechnen sein.

Von der Entwicklung des **deutschen Kohlenmarktes** im August gilt das bisher gesagte nur mit Einschränkung. Der Brennstoffversand hat schon relativ zeitig wieder aufgenommen werden können, weil er ja teilweise zu Wasser erfolgt, und weil die Versorgung von Oesterreich und Italien auch eine gewisse politische Wichtigkeit besitzt. Seine Ausfuhrvergütung hat auch das Kohlensyndikat aufgehoben; die Festsetzung der Richtpreise für das Winterhalbjahr ist bis auf weiteres verschoben worden, ebenso die Bekanntgabe fester Beteiligungsanteile. Für einzelne Kohlensorten, speziell Hausbrandkohlen, soll jedoch eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der Preise erfolgen, im Gegensatz zu Koks, der keine Aenderung erfahren soll. Auf den Gruben dürften etwa zwei Drittel der Belegschaften geblieben sein, so daß man hofft, den Betrieb soweit aufrechterhalten zu können, wie es notwendig ist. — Der Bericht des Rheinisch-Westfälischen **Kohlensyndikats** bis Ende Juli zeigt, wie bereits im vorigen Monat erwähnt, eine ziemlich beträchtliche Steigerung des Kohlen- und einen neuen scharfen Abfall des Koksversandes. Für den rechnungsmäßigen Kohlenabsatz lauten die Ziffern pro Juli (in 1000 t):

Digitized by Google

	1912		1913		1914	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
Mai	6 478,8	259,2	6 754 5	278,5	6 643,0	265,7
Juni	6 183,3	264,5	7 031,4	281.3	6 277,8	268,6
Juli	6 814,8	252,4	7 314,0	270,9	6 969,4	258,1

Für Koks und Briketts lauten die Versandziffern (in 1000 t):

	1912				1913				1914			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Mai	1561,8	50,4	346,3	13,9	1785,3	57,6	375,9	15,5	1461,7	47,2	376,6	15,1
Juni	1527,2	50,9	334,0	14,3	1725,6	57,5	396,4	15,9	1385,5	46,2	347,4	14,9
Juli	1621,2	52,3	391,5	14,5	1787,1	57,6	411,6	15,2	1390,2	44,8	401,4	14,9

Die Braunkohlenindustrie hat, wie aus den mitteldeutschen Revieren erklärt wird, bisher nicht die Absicht, Preiserhöhungen vorzunehmen. Ob die Fabrikation von Hausbrandbriketts angesichts des Rückganges, den die Erzeugung von Industriebriketts erfahren hat, gesteigert werden wird, ist noch fraglich, da mit einer Einschränkung des Verbrauchs von Feuerungsmaterial auf das allernotwendigste gerechnet werden muß.

Für **Deutschlands Kohlengewinnung** sind die Juliziffern noch veröffentlicht worden, dagegen nicht für den Kohlenaußenhandel. Die ersteren betragen (in 1000 t):

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Mai . . .	14 734,1	14 268,1	15 987,7	6 442,7	6 865,4	7 389,7
Juni . . .	13 888,8	15 929 9	15 016,2	6 217,5	6 858,7	7 158,7
Juli	15 799,1	17 198,0	16 562,0	6 645,2	7 508,5	7 672,0

Von den Kohlenmärkten des Auslandes fehlen die Berichte. England hat die Ausfuhr von Kohlen (außer Dampfkohle) nach neutralen Ländern nach kurzer Unterbrechung wieder gestattet.

Für die **Kaliindustrie** bedeutet der Krieg fürs erste ebenfalls die Unmöglichkeit, die Ausfuhr, von der ja fast die Hälfte nach der Union geht, weiter fortzusetzen. Man ist damit beschäftigt, neue Exportwege zu finden und hofft, daß der Inlandsabsatz angesichts der Wichtigkeit, die im kommenden Jahre eine gute Ernte für die Schlagfertigkeit Deutschlands hat, zum mindesten nicht sinkt. Bemerkenswert ist, daß sich jetzt auch amerikanisches Kapital an der Ausbeutung der vielgenannten, aber noch immer etwas sagenhaften spanischen Läger zu beteiligen beabsichtigt.

Die **deutsche Ernte** ist trotz der Schwierigkeiten, die ihrer Einbringung durch den Krieg erwachsen sind, in gutem Zustande geborgen worden. Wenn auch die Schüttung gewisse Enttäuschungen brachte, so werden diese doch durch die gute Qualität, in der alle Halmfrüchte dieses Mal geerntet worden sind, mehr als aufgewogen. Wir haben mit einer Mittelernte vorzüglicher Beschaffenheit zu rechnen, die uns von überseeischer Zufuhr um so mehr unabhängig macht, als für die Ernährung großer Heeresteile ja auf die Vorräte der besetzten feindlichen Staaten zurückgegriffen werden kann, und der besetzte Teil Ostpreußens

Digitized by Google

hoffentlich bald von den Russen geräumt werden wird. — Die Getreidepreise sind selbstredend aller Orten außerordentlich stark gestiegen, in Deutschland, wo der Terminhandel völlig eingestellt ist, vor allem für Futtergetreide; hier läßt der außerordentlich gestiegene Bedarf das Fehlen der regelmäßigen Auslandszufuhr am stärksten fühlbar werden. Immerhin ist auf die sprunghafte Preissteigerung, die in Berlin Ende Juli und Anfang August eingesetzt hat, bald ein merklicher Rückgang, wenigstens für Brotgetreide, eingetreten. Eine wesentliche Steigerung haben die Notierungen in der Union erfahren, weil die dortigen Händler ihre Monopolstellung gegenüber England und Frankreich nach Möglichkeit ausnutzen.

Die **Zucker**preise sind in Deutschland ebenso wie die Kaffeepreise etwas gestiegen, obwohl im Stande der Zuckerrübe ungünstige Veränderungen nicht eingetreten sind.

Die Märkte der **Textil**rohstoffe haben ihre Tätigkeit eingestellt; in Deutschland ist allzu großen Preissteigerungen für den Heeresbedarf (wie übrigens auch bei Getreide und Metallen) durch Bildung von Einkaufsgesellschaften mit gewissen staatlichen Befugnissen vorgebeugt worden.

An den **Metall**märkten sind die Preissteigerungen der überseeischen Marken begreiflicherweise am größten gewesen; so hat zum Beispiel Antimon in Deutschland seinen Preis etwa verdoppelt; auch Kupfer und Zinn haben sehr wesentliche, Zink und Blei geringere Preiserhöhungen aufzuweisen.

Wie bereits gesagt, haben die deutschen Warenterminmärkte mit Beginn des Krieges ihre Tätigkeit eingestellt. Es ergab sich deshalb die Notwendigkeit, über die noch laufenden Engagements Bestimmungen zu treffen. Man hat sich allgemein zur Zwangsglattstellung entschlossen, und die dafür notwendigen Verordnungun sind durch den Bundesrat auf Grund der Kriegsnotgesetze bereits erlassen worden. Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt, soweit solche überhaupt festgestellt worden sind, folgende Vergleichsziffern:

	29. Aug. 13	1. Juli 14	1. Aug. 14	10. Aug. 14	20. Aug. 14	31. Aug. 14
Weizen (Berlin) .	200,50	206,—	252,50	215,—	220,50	—
do. (New York)	97 8/8	87 1/2	—	99 3/4	101 1/2	115 1/2
Roggen (Berlin) .	167,—	177.25	198,—	185,—	188,50	197,—
Mais (New York)	82 1/2	77 1/4	—	78 1/2	91 1/4	89,—
Schmalz (Chicago)	11,30	10,—	—	—	10,—	10,22
Silber (London) .	27 1/2	26 1/8	—	—	25 9/16	(am 28 17 1/16) 23 7/8
Kupfer (London) .	71 13/16	60 5/8	—	150—60	175,—	170,—
Zinn (London) . .	195 1/2	140,—	—	330.—	340.—	362,5
Zink (London) . .	21 1/4	21 7/16	—	54,—	52,5	50,5
Blei (London) . .	20 3/8	19 3/4	—	48,—	46,—	45,—

(12. August)

Die Notierungen verstehen sich für Weizen New York, Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze. Kupfer (sonst in Lstrl. per ton netto) Zinn und Zink (sonst in Lstrl. per engl. ton netto), Blei (sonst in Lstrl. per engl. ton netto mit 2 1/2 %), für August 1914 in Mark per 100 kg (seit 12. August 1914 festgestellt).

Digitized by Google

Die **Weltbörsen** hatten, wie bereits im vorigen Hefte mitgeteilt, um die Monatswende ihre Tätigkeit sämtlich eingestellt. Keine von ihnen hat bisher wieder zu arbeiten begonnen; nur in Paris wurden einige Tage lang ein paar Scheinkurse (Französ. Rente 75 %) festgestellt. In London hat sich ein freier Verkehr etabliert, der aber nur mangelhaft funktionierte. Für 2½ % Konsols wurden Kurse zwischen 69 und 70 % genannt. In Berlin hat es an Anregungen, den Börsenverkehr ganz oder teilweise wieder aufzunehmen, nicht gefehlt; der Börsenvorstand hat ihnen jedoch nicht stattgegeben. Die Ultimoliquidation ist von Ende Juli auf Ende September verschoben worden, jedoch rechnet man jetzt bereits mit ihrer weiteren Hinausschiebung. Die Maßnahmen des Börsenvorstandes, insbesondere die Verhängung eines Spezialmoratoriums für Ultimo-Geld, haben vielfache Anfeindung erfahren.

Die Ziffern der Börsensteuern, die bis Ende Juli vorliegen, zeigen beim Schlußscheinstempel deutlich den Einfluß der Zwangsglattstellungen per Ende dieses Monats. Es erbrachten (in 1000 m):

	Schlußscheinstempel.			
	1911	1912	1913	1914
Mai	1 982,7	2 420,0	1 666,3	1 155,3
Juni	1 951,4	1 688,3	1 557,3	859,0
Juli	2 298,3	2 029,9	1 298,6	1 258,0

	Effektenstempel.			
	1911	1912	1913	1914
Mai	5 314,3	4 542,0	5 695,8	14 899,3
Juni	5 094,2	4 415,3	4 771,7	10 281,5
Juli	4 989,6	6 522,3	3 346,5	5 247,5

Ein **internationaler Geldmarkt** hat im August, streng genommen, gar nicht existiert. Zugleich mit der Schließung der Börsen ist auch der offizielle Handel von kurz- und langfristigen Geldern, von Sorten und Devisen eingestellt worden, so daß die Bankwelt ihre Umsätze von Kontor zu Kontor erledigen und ihren Bedarf zu ganz willkürlichen, beinahe von Straße zu Straße wechselnden Kursen decken mußte. Allerdings waren Nachfrage und Angebot nur klein, da der Kredit ins Stocken gekommen und der Außenhandel selbst mit den neutralen Ländern auf einen Bruchteil seines gewöhnlichen Umfangs zusammengeschrumpft ist. Auch stören die allenthalben erlassenen Moratorien den internationalen Geldausgleich. Ein Voll-Moratorium, d. h. ein allgemeiner Zahlungsaufschub (mit bestimmten Ausnahmen) auf ein bis drei Monate, ist erlassen worden in: Oesterreich-Ungarn, Rußland, England, Schweiz, Schweden, Norwegen, Serbien, Bulgarien, Griechenland, Türkei, Argentinien, China: Teil-Moratorien bestehen in: Deutschland (Gerichts- und Abwehr-Moratorium), in Frankreich (Banken, Sparkassen und Wechsel), Belgien (Banken), Italien (Banken, Börse, Wechsel),

Digitized by Google

Dänemark (wie Deutschland), Aegypten (Wechsel), ferner in den Vereinigten Staaten, in Brasilien und Mexiko. Infolge der Suspension der Goldzahlung in allen, auch den Goldwährungsländern, ist ein internationales Goldagio entstanden, dessen Höhe in den einzelnen Ländern sich erst herausstellen wird, sobald ein regelmäßiger Handel in Devisen die Abweichung der Wechselkurse von der Parität erkennen läßt. In Holland und Belgien ist für Gold ein Aufschlag von 10 bis 15% gezahlt worden. Die Zentralnotenbanken haben allenthalben die Einlösung ihrer Noten auch in Silber aufgehoben.

Am englischen Geldmarkt setzte Anfang August, um die Zeit der britischen Kriegserklärung, ein so stürmisches Wechselangebot ein, wie es hier noch niemals erlebt worden ist. Alle europäischen Noten- und großen Kreditbanken suchten ihre Bestände an englischem Papier zu realisieren und die so entstehenden sowie die älteren Guthaben nach dem Kontinent zu übertragen. Die Folge war eine vollkommene Anarchie auf dem Wechsel- und Geldmarkt, der einem derartigen Andrange natürlich nicht gewachsen war, und es blieb nichts anderes übrig, als die Tage vom 3. bis 6. August durch Parlamentsbeschluß zu „Bankfeiertagen" zu machen, d. h. den Verkehr wie an der Börse so auch an den Bankschaltern zu suspendieren. Dadurch gewann man Zeit, gegen die Sturmflut der Diskontangebote und der Geld- und Goldausfuhr Gegenmaßregeln zu ergreifen. Als solche sind in erster Linie das Moratorium und das absolute Verbot der Zahlungsleistung an deutsche und österreichische Staatsbürger anzusehen. Diese Maßnahmen in Verbindung mit der Suspension der Goldzahlung bei der Bank von England und einem Goldausfuhrverbot führten eine gewisse Beruhigung herbei, so daß der Geldmarkt wieder zu funktionieren begann. Wenn Anfang August auch allerfeinste Wechsel zu 10% und darüber nicht anzubringen gewesen waren, so fand nach Ablauf der ersten Augustwoche wieder ein ziemlich regelmäßiger Verkehr zu Sätzen von 5 bis 5½% statt. Tägliches Geld war — allerdings nur gegen sehr reichliche Effektendeckung — zu 3½%, Wochengeld zu 4% erhältlich. Später gingen die Geldsätze noch um etwa ½% herunter, und es bildete sich eine Zinsspannung zwischen „Prämoratoriums"- und „Postmoratoriums"-Wechseln heraus; für die ersteren wurde ein Diskont von 4 bis 4½%, für die letzteren ein solcher von 5 bis 5½% berechnet. Die großen Aktienbanken, die anfangs bis zu 5% für befristete Depositen gezahlt hatten, ermäßigten den Zins später bis auf 3½%, und am 22. August fanden 15 Mill. £ sechsmonatliche Schatzanweisungen Unterkunft zu dem relativ niedrigen Durchschnittssatz von 3,7%.

Die Bank von England, auf die sich der Ansturm von

Digitized by Google

Wechselmaterial in der Form von Lombard- und Diskontgesuchen übertrug, versuchte die uferlosen Ansprüche zunächst auf dem indirekten Wege, durch Erhöhung ihres Diskonts auf 10 %, abzuwehren, konnte es jedoch nicht hindern, daß ihr Portefeuille in der ersten Augustwoche von 47 auf 65 Mill. £ anschwoll. Vor allem aber war sie machtlos dagegen, daß die stürmischen kontinentalen Geldabhebungen sich an ihren Schaltern in enorme Goldentnahmen verwandelten, und daß ihr Goldbestand in wenig Tagen um über 10 Mill. £ (von 38 auf 27½ Mill. £) zusammenschmolz. Sie setzte daher schon in den ersten Tagen des August eine gesetzliche Suspension ihrer Barzahlungspflicht durch, weshalb sich im Auslande die Meinung verbreitete, die Bankakte sei in allen Teilen aufgehoben worden. Dies hat sich jedoch als Irrtum erwiesen. Die Hauptbestimmung der Peels Act, daß die Bank nicht mehr als 18,5 Mill. £ ungedeckte Noten ausgeben darf, ist in Kraft geblieben, und tatsächlich hat die Bank bisher noch nicht mehr als 9 Mill. £ ungedeckte Noten im Umlauf gehabt. Ende August ist der Umlauf sogar wieder mit rund 8 Mill. £ überdeckt gewesen, obwohl die Bank nach Verhängung des Zwangskurses und Erlaß des Goldausfuhrverbotes ihren Diskont sofort (4. 8.) auf 6, und bald darauf auf 5% heruntersetzte, und ihre Leihtätigkeit in größtem Umfange wieder aufnahm; das letztere allerdings erst, nachdem die Regierung erklärt hatte, ihr für etwaige Verluste aus Prämoratoriums-Wechseln (vor dem 4. August akzeptiert), aufkommen zu wollen. Die Möglichkeit zu weiterer Geldhergabe ohne Inanspruchnahme der Notenpresse war dadurch gegeben, daß die Banken nicht nur den Gegenwert ihrer bei der Bank lombardierten Effekten stehen ließen, sondern sogar noch Bareinzahlungen in bedeutendem Umfange machten, so daß die Privatguthaben bei der Bank von England in drei Wochen von 57 auf 108 Mill. £ anstiegen. Das Sinken der prozentualen Bardeckung aller Passiven von zirka 40 auf zirka 15 bis 18 % ist mehr auf diese Zunahme der fremden Gelder als auf die Abnahme des Barbestandes und die Steigerung des Notenumlaufs zurückzuführen. Ein Teil dieser Einzahlungen scheint in Gold gemacht worden zu sein, denn der Goldvorrat der Bank ist von seinem tiefsten Stande (am 6. August) bis gegen Monatsende um fast 15 Mill. £ oder mehr als 50 % gestiegen. Ein Teil der Zunahme ist allerdings auf Entnahmen aus der Indischen Goldreserve und auf Ankäufe von Transvaal-Gold zurückzuführen. Dagegen scheinen Goldübertragungen aus Paris, von denen viel gesprochen wurde, in Wirklichkeit nicht stattgefunden zu haben. Auch hat die Bank nicht, wie häufig zu lesen war, kleine Noten von 1 und ½ £ ausgegeben, vielmehr ist dieses Zusatzgeld von der Regierung ohne Mitwirkung der Bank in Umlauf gesetzt worden. Da Gold-

Digitized by Google

transporte von Uebersee, speziell den Vereinigten Staaten, wegen Kapergefahr untunlich sind, hat die englische Regierung beim kanadischen Finanzministerium eine Art Depot eingerichtet, der das für sie bestimmte amerikanische Gold überwiesen werden kann.

Die Ziffern der äußeren Goldbewegung bei der Bank von England lassen sich ebenso wie die des Clearinghaus-Verkehrs zurzeit nicht wiedergeben, da die gewohnten englischen Quellen nicht regelmäßig zugänglich sind. Aus den summarischen Mitteilungen, die über das neutrale England einlaufen, geht hervor, daß die Clearing-Umsätze auf etwa die Hälfte des vorjährigen Umsatzes zusammengeschrumpft sind.

Der Pariser Geldmarkt hat im August völlig zu funktionieren aufgehört. Ein Geldverkehr scheint nur zwischen den großen Banken untereinander stattgefunden zu haben, hier allerdings zu nicht besonders hohen Sätzen. Der Verkehr zwischen Banken und Publikum ist fast vollständig unterbrochen worden, wozu die Schließung der Börse sowie das Moratorium beigetragen haben, das die Auszahlungen der Banken auf ganz kleine Summen beschränkt. Die meisten Kreditansprüche der Geschäftswelt sind von den Banken an die Bank von Frankreich verwiesen worden, welche heute fast die einzige Geldquelle des Landes darstellt. In welchem Umfange die Bank ihre Mittel zur Verfügung des Staates und der Privaten gestellt hat, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis, da sie die Veröffentlichung ihrer Wochenausweise suspendiert hat. Doch lassen die weitere Erhöhung ihres Notenmaximums von 10 auf 12 Milliarden Fr. sowie die Tatsache, daß die Steigerung des Notenumlaufs auch über diesen Betrag hinaus ohne Parlamentsbeschluß für statthaft erklärt worden ist, auf den Umfang ihrer Inanspruchnahme schließen. Die Barbestände der Bank sind beim Heranrücken der deutschen Heere nach West- und Südfrankreich gebracht worden, ein Teil, wie schon gesagt, angeblich auch nach England. Wie anderwärts, so ist auch in Frankreich das Silber sofort nach dem Kriegsausbruch aus dem Verkehr verschwunden, und die Bank hat die Lücke mit Ein- und Zweifrancsnoten ausfüllen müssen, nachdem sie schon vorher ihre alten Kriegsnoten à 5 und 10 Fr. in Umlauf gesetzt hatte. Der Diskontsatz der Bank wurde am 1. August auf 6% erhöht, am 21. August aber auf 5%, den Satz der Bank von England, ermäßigt.

Auch in Wien ist von einem Geldmarkt im August keine Rede gewesen. Die Geldsätze, die gelegentlich genannt worden sind, haben keine praktische Bedeutung. Nur die Oesterreichisch-Ungarische Bank hat eine lebhaftere Leihtätigkeit entfalten können, obwohl sie vor allem für die Kriegsbedürfnisse des Staates aufzukommen hatte. Sie hat Diskont-

Digitized by Google

gesuche mit einer Erhöhung ihres Zinssatzes auf 8% abzuwehren gesucht und, als dies vergeblich blieb, eine strenge Auswahl unter den Darlehnsgesuchen getroffen. Am 20. August hat sie ihren Satz wieder auf 6% ermäßigt. Ihre Deckungsvorschriften sind außer Kraft gesetzt worden, so daß sie in der Lage war, ihren Notenumlauf unbeschränkt ausdehnen zu können. Nach dem Stande der österreichischen Valuta zu urteilen (in Berlin zirka 80 bis 81 statt 85), hat die Bank von dieser Möglichkeit bereits weitgehenden Gebrauch gemacht. Ausweise veröffentlicht sie seit dem 23. Juli nicht mehr. Sie hat u. a. auch große Mengen Ein- und Zwei-Kronennoten in Verkehr gebracht.

Wohl die größte Panik hat der Kriegsausbruch am Newyorker Geldmarkt hervorgerufen, der, wie man jetzt erkennt, Europa ganz außerordentlich verschuldet ist und durch die enormen Effektenverkäufe, die das Ausland an der ein paar Tage zu lange geöffneten Newyorker Börse vorgenommen hat, noch mehr ins Debet gekommen ist. Für Kabelüberweisungen nach England mußten bis zu 45% Aufgeld gezahlt werden, zumal Goldtransporte wegen der Kapergefahr nicht auszuführen waren. Später, als England eine Goldannahmestelle in Kanada eingerichtet hatte, der u. a. auch die Hälfte des Goldes von der „Kronprinzessin Cecilie" (vgl. Augustheft) zugeflossen ist, hat das Aufgeld für Sterling-Zahlungen sich bis auf 4% ermäßigt. Dafür sind so große Goldmengen aus dem Lande gewandert, daß die Regierung Notmaßregeln ergreifen mußte. Sie hat die national banks zur Erhöhung ihres regulären Notenumlaufs sowie dazu ermächtigt, die in der Aldrich-Vreeland Act vorgesehenen emergency notes auszugeben, wovon bis Ende August etwa 150 Mill. $ in Umlauf gesetzt worden sind. Ferner hat das Schatzamt ganz erhebliche Darlehen gewährt und sich bereit erklärt, Baumwoll-Konnossemente bis zum Betrage von 160 Millionen $ zu bevorschussen. Die Clearingbanken haben gleichzeitig wieder zur Ausgabe von Clearing-Zertifikaten gegriffen. Auf diese Weise ist es gelungen, den inneren Geldverkehr notdürftig aufrecht zu erhalten. Der Wechseldiskontsatz stellte sich gegen Ende des Monats auf ca. 7%, tägliches Geld schwankte zwischen 6 und 9%. — Die Ausweise der dem Newyorker Clearinghaus angeschlossenen Banken und Trust-Companies, für die wir bisher getrennte Wochenausweise zu veröffentlichen in der Lage waren, werden seit Beginn des europäischen Krieges nur noch summarisch, unter Zusammenfassung beider Gattungen, bekanntgegeben. Man will dadurch anscheinend das Prozentverhältnis der Barreserven zu den Depositen verschleiern, bzw. die Oeffentlichkeit im Unklaren darüber lassen, ob der Rückgang der Barreserven unter das gesetzliche Minimum

Digitized by Google

von 25% auf die Banken oder auf die Trust-Companies zurückzuführen ist. Man will die alte Ausweisform erst wieder aufleben lassen, sobald die ausgegebenen Clearinghaus-Zertifikate eingezogen werden können, d. h. die Geldkrisis vorüber ist. Inzwischen bringen wir nachstehend die Ausweise in der abgeänderten Form (in Mill. $):

New Yorker Clearingbanken einschließlich Trust-Comp.

	11. Juli	18. Juli	25. Juli	1. Aug.	8. Aug.
Darlehen	2089,3	2054,3	2057,6	2056,2	2085,1
Metallgeld	374,2	380,1	386,0	363,4	311,6
Legal-Tenders	76,0	79,8	81,9	81,0	75,0
Depositen	1963,1	1944,2	1958,3	1935,8	1908,9

Die Diskontsätze der maßgebenden europäischen Notenbanken haben im August in der Mehrzahl heftige Veränderungen durchgemacht. Infolge der unzuverlässigen Berichterstattung aus dem Auslande kann keine Gewähr dafür übernommen werden, daß die Aenderungen in allen Fällen genau an dem angegebenen Tage vorgenommen worden sind. Bei einer Anzahl Banken stehen Meldungen über den Stand des Diskonts überhaupt aus; hier ist — vorbehaltlich späterer Berichtigung — der vormonatliche Satz eingestellt worden:

				Durchschnitt
Deutsche Reichsbank	bis 31. Aug. 6;			6
Bank von England	„ 6. „ 10;	bis 8. Aug. 6;	bis 31. Aug. 5;	6
Bank von Frankreich	„ 21. „ 6;	„ 31. „ 5;		5,7
Oest.-Ung. Bank	„ 3. „ 6;	„ 20. „ 8;	„ 31. „ 6;	7
Banca d'Italia	„ 3. „ 5;	„ 31. „ 6;		5,9
Russ. Reichsbank	„ 31. „ 6;			6
Bank von Finnland	„ 31. „ 6;			6
Bank von Spanien	„ 31. „ 4,5;			4.5
Bank von Portugal	„ 31. „ 5,5;			5,5
Schweiz. Nationalbank	„ 3. „ 5,5;	„ 31. „ 6;		6
Schwed. Reichsbank	„ 3.(?). 6.5;	„ 27. „ 6:	„ 31. „ 5,5;	6
Bank von Norwegen	„ 3. „ 6:	„ 19. „ 6,5;	„ 31. „ 5,5;	6,1
Niederländische Bank	„ 18. „ 6;	„ 31. „ 5 5;		5,8
Nationalb. von Belgien	„ 31. „ 6;			6
Nationalb. v. Dänemark	„ 3. „ 6;	„ 31. „ 7;		6 9

Nachstehend die Hauptziffern aus den August-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken, soweit solche veröffentlicht bzw. in Deutschland bekannt geworden sind (vgl. auch die Tabellen am Schluß des Heftes)

Der offizielle **Berliner Geldmarkt** ist mit der Schließung der Börse zum Stillstand gekommen. Auch im Verkehr von Kontor zu Kontor haben in der ersten Hälfte des August kaum Umsätze stattgefunden, da bei den Banken keine Neigung zur Erwerbung von Privatdiskonten oder zur Gewährung von Börsendarlehen in irgendeiner Form herrschte. Infolge des Börsenschlusses und der Hinausschiebung der August-Liquidation auf Ende September war auch ein börsenmäßiger Geldbedarf nicht vorhanden. Soweit ein Geldverkehr überhaupt stattfand, spielte er sich zwischen

Digitized by Google

August-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. VIII.	1477,6	118,0	—	3737,1	226,3		1879,5	3897,2	2301,6
15. „	1508,5	81,7	—	4426,0	181,0		2551,8	3881,9	2291,7
22. „	1529,8	66,3	—	4616,0	162 8		2619,8	4 00,0	2403,9
31. „	1556,5	50,4	—	4750,1	104,9		2441,3	4234,9	2628,0
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
6. VIII.		27,6	—		76,4	11,5	56,8	36,1	8,5
13. „		33,0	—		93,8	7,9	83,3	35,9	2,9
20. „		38,0	—		123,9	13,6	108,1	37,2	—
27. „		43,5	—		139,7	23,9	123,9	35 6	—
Bank von Frankreich. Veröffentlichen während des Kriegs keine Ausweise.									
Oesterreichisch-Ungarische Bank. Veröffentlichen während des Kriegs keine Ausweise.									
Russische Reichsbank. Ausweise bisher nicht bekannt geworden.									
Bank von Finland. (Millionen Mark [finländisch])									
23. VII.		63,8[3])	1,8	87,7[4])	70,5	27,3	30,1	112,2	—
31. „		63,6[3])	1,8	89,0[4])	72,2	29,7	24,3	122,2	—
8. VIII.		63,8[3])	1,4	89,6[4])	85,0	42,0	26,3	146,2	—
15. „		63,7[3])	1,3	97,4[4])	83,4	39,9	22,7	152,4	—
22. „		64,7[3])	1,3	96,3[4])	80,7	39,3	23,2	149,6	—
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
10. VII.	1105,3	91,4	85,4[4])	761,7[5])		80,5	205,2	1678,2	396,1
20. „	1106,5	90,4	85,3[4])	740,8[5])		60,9	211,9	1661,1	378,9
31. „	1105,1	88,9	88,3[4])	892,2[5])		118,5	244,9	1730,1	447,8
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
1. VIII.	545,1	737,0[6])	175,0	344,5	495,0[7])	107,9	474,0	1938,9	481,8
8. „	545,3	705,2[6])	178,9	380,7	532,2[7])	105,8	493,3	1993,4	564,0
14. „	545,3	696,5[6])	179,7	391,5	541,1[7])	106,2	512.6	2002,5	581,0
22. „	545,4	693,9[6])	180 3	394,8	541,8[7])	102,4	525,8	1998,1	678,5
Bank von Portugal. (Millionen Escudos)									
8. VII.	8,013	9,466[8])	—	22,119	67,142	2,622	6,451	83,292	65,813
15. „	8,013	9,508[8])	—	22,127	66,928	2,527	6,545	83,447	65,926
22. „	8 014	9,590[8])	—	22,150	66,573	2,324	6,634	83,111	65,507
29. „	8,014	9,542[8])	—	22,597	65,859	2,245	6,696	83,226	65,670
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
1. VIII.	162,0	3,0	16,5	144,5	137,9	—	17,2	427,9	246,4
8. „	162,0	0,6	16,4	175,7	154,3	—	29,6	461,1	282,1
15. „	162,0	0,6	13,8	175 4	142,5	—	31,6	445,4	269,0
22. „	162,1	0,8	10,4	174,5	137,0	—	32,8	438,9	265,6
29. „	162,1	0,9	8,4	171,7	143,6	—	32,2	444,2	272,8
Belgische Nationalbank. (Millionen Francs)									
30. VII.	261,7	56,0	120,4[4])	716,7[9])	69,5	15,6	108,6	1119,2	681,1
Neuere Ausweise bisher nicht bekannt geworden.									
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. VIII.	200,9	6,7	—[17])	261,7	32,3		82,3	430,3	222,7
15. „	206,3	6,8	—[17])	272,7	28,2		84,5	435,8	222,7
22. „	212,3	7,0	—[17])	276,9	27,1		87,1	440,4	221,1
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
1. VIII.		102 9	110,7		134,9		70,3	241,8	28,2
8. „		103,0	60,7		189,0		74,6	281,9	118,2
15. „		103,1	51,4		184.2		74,6	276,7	122,2
22. „		103,1	50,0		178,5		76,6	272,3	119,2

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand			b) Anlagen		c) Verbindlichkeiten		d) Notenumlauf	
	Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	Wechsel	Darlehen	Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	insges.	durch a) nicht gedeckt
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
31. VII.	53,7		58,4[4])	88,4		14,4		122,5	10,4
7. VIII.	56,1		53,9[4])	117,4		18,2		151,9	41,9
15. „	57,5		52,8[4])	119,6		23,0		146,8	36,5
22. „	56,6		46,3[4])	118,0		22,8		139,3	36,5
31. „	56,6		45,7[4])	118,2		21,0		140,2	37,9
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
31. VII.	78,3		21,6[4])	59,4[5])	37,5[10])	16,9		156,5	16,9
31. VIII.	74,7		30,2[4])	85,7[5])	48,9[10])	11,8		194,2	89,3
Nationalbank von Serbien. (Millionen Dinar) Ausweise bisher nicht bekannt geworden.									
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
19.VII/1.VIII.	153,4	0,8	56,6	187,8	69,3[12])	—[13])		429,9	219,1
26. „ /18. „	153,2	0,7	56,6	229,0	79,8[12])	—[13])		476,2	265,7
2./15. „	153,1	1,0	56,6	252,3	85,3[12])	—[13])		501,1	290,4
9./22. „	151,1	0,8	56,6	252,8	99,3[12])	—[13])		510,8	302,3
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
30.VI./13. VII.	55,5	30,5	5,7[4])	37,9	269,1[14])	—	190,4	173,3	81,5
7./20. „	55,6	30,6	3,8[4])	37,8	268,3[14])	—	189,9	175,1	85,1
14./27. „	55,6	30,7	2,5[4])	37,6	267,0[14])	—	188,5	175,9	87,1
22.VII./4.VIII.	55,5	30,7	36,1[4])	39,1	253,5[14])	—	193,7	189,4	67,1
Bank von Griechenland. (Millionen Drachmen)									
30.VI./13.VII.	25,3		181,7	28,9	352,0[15])	5,1	299,4[16])	212,3	—

*) Einschließl. Auslandswechsel, wo angegeben. — [3]) Dabei fremde Münzen und ausländ. Staatsanleihen. — [4]) Dabei die ausländischen Wechsel. — [5]) Ohne Kontokorrent-Debitoren aber einschließlich der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [6]) Dabei geringe Kupferbestände. — [7]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [8]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [9]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [10]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (30. 6. 14 24 Mill. Kr., 31. 7. 14 23 Mill. Kr.) — [13]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 15 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [12]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [14]) Hiervon rund 73 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. — [15]) Dabei rund 62 Millionen Drachmen Darlehen an die Regierung; ferner Hypotheken-Darlehen, Kommunal-Darlehen etc. — [16]) Dabei rund 44 Mill. Dr. Sparkassengelder. — [17]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren.

Publikum und Bank einerseits und Bank und Reichsbank andererseits ab. In der zweiten Augusthälfte begann sich an einem improvisierten Geldmarkt einiges Geschäft zu regen, und man hörte wieder Geldsätze nennen, die sich zwischen 5½ und 6, Ende des Monats zwischen 5 und 5¼ % für erstklassiges Wechselmaterial und zwischen 3½ bis 4 % für tägliches Geld (bei hoher Sicherheit) bewegten. Die Banken, die anfangs versucht hatten, mit einem Zinssatze von 4½ % für Scheckguthaben das Publikum von der Abhebung ihrer Gelder abzuhalten, gingen später, als die Neigung zur baren Aufspeicherung des Geldes nachließ und die Guthaben zu den Banken zurückzufließen begannen, auf 3½ % zurück.

Offizielle Wechselkurse sind im August nicht notiert worden, doch sind verschiedentlich Umsätze in Devisen zustande gekommen, wobei die Kurse je nach der Dringlichkeit des Bedarfs

Digitized by Google

und der Nachfrage stark schwankten. Für Wechsel auf England und Frankreich sind zu Anfang des Monats mehrere Prozent Agio gezahlt worden; später bestand für diese Wechsel keine Nachfrage mehr, da sie teils infolge der Moratorien, teils infolge der Nichtanerkennung deutscher Unterschriften nicht zur Einlösung gekommen wären. Französische Banknoten waren etwa zur Parität, österreichische Noten 5 %, russische 10 bis 15 % darunter zu haben.

Die **Deutsche Reichsbank** ist auch im August ihrer Aufgabe, die Kreditstockung durch reichliche Darlehnsgewährung abzuschwächen, in vollem Maße nachgekommen, wobei sie durch die neuen Kriegsdarlehnskassen unterstützt worden ist, deren Scheine sie als gesetzliche Deckung für ihre eigenen Noten verwenden darf. Welche enormen Ansprüche an die Bank gestellt worden sind, geht aus der Steigerung ihres Wechselbestandes hervor, der Ende August mit 4¾ Milliarden um rund 4 Milliarden höher war, als fünf Wochen zuvor. Man muß allerdings berücksichtigen, daß in diesem Riesenbetrage die Vorschüsse der Bank an die Reichsregierung stecken. Man darf dieselben auf etwa zwei Milliarden schätzen, wovon aber ein großer Teil noch nicht zur Verwendung gekommen, sondern einstweilen auf Girokonto bei der Bank belassen worden ist. Auch die Banken haben einen großen Teil ihrer durch Wechseleinreichung entstandenen Guthaben bei der Bank stehen lassen. Infolgedessen brauchte der Notenumlauf vom 23. Juli bis zum 31. August nur um 2,34 Milliarden auf den immerhin außerordentlich hohen Betrag von 4,23 Milliarden Mark gesteigert zu werden, dem als Deckung 1607 Mill. M. Metall und 183 Mill. M. Reichskassen- und Darlehnskassenscheine gegenüberstanden. Der Goldbestand hat nicht nur die Einbuße, die er Ende Juli erlitten hat, wieder wettgemacht, sondern — infolge der Uebertragung der beiden Kriegsschätze in die Reichsbankkassen — noch eine weitere Steigerung um rund 200 Mill. M. erfahren.

Ueber die **Goldbewegung** in Deutschland sind amtliche Ziffern bisher weder für den Juli noch für den August veröffentlicht worden. Sie würden auch kaum ein getreues Bild der tatsächlichen Verhältnisse liefern, da in den Tagen der ersten Kriegspanik erhebliche Goldmengen auf statistisch nicht zu ermittelnden Wegen nach Holland, Belgien und England gewandert sind.

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank ist im August auf etwa die Hälfte der normalen Umsätze zurückgegangen, worin der Stillstand des bankmäßigen Geldverkehrs und der Fortfall der Börsenzahlungen deutlich zum Ausdruck kommt. Die Ziffern lauten (in Mill. M.):

Digitized by Google

	1910	1911	1912	1913	1914
Juni	4 383,1	4 921,1	5 856,4	6 078,1	6 170,1
Juli	4 254,0	5 502,0	6 597,6	6 521,2	6 942,1
Aug.	4 233,7	5 119,4	5 456,8	5 218,9	2 938,5

Dagegen haben sich die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer bereits im Juli außergewöhnlich stark erhöht, was ebenfalls mit der Kriegslage zusammenhängt, da viele Ende Juli fälligen Zahlungen durch Akzeptleistung ersetzt und zahlreiche Wechsel prolongiert werden mußten. Die Ziffern für den Juli (Augustangaben fehlen noch) lauten:

	1911	1912	1913	1914
Mai	1 591 263 M.	1 605 010 M.	1 618 515 M.	1 592 146 M.
Juni	1 451 239 „	1 543 111 „	1 541 975 „	1 597 523 „
Juli	1 667 652 „	1 763 636 „	1 877 059 „	1 927 259 „

Der Scheckstempel hat im Juli 0,29 (i. V. 0,27) Mill. M., die Talonsteuer 0,67 (i. V. 1,21) Mill. M., die Tantièmesteuer 0,32 (i. V. 0,35) und der Versicherungstempel 2,73 Mill. M. erbracht.

Da die Börsen im August sämtlich geschlossen gewesen sind, haben Zulassungen an den deutschen Börsen natürlich nicht stattgefunden.

Auf die **Gründungstätigkeit** bzw. die Eintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister hat der Krieg im August noch keinen Einfluß ausüben können, da in diesem Monat meist Gesellschaften zur Eintragung gekommen sind, deren tatsächliche Entstehung noch in die vorangegangenen Monate fällt. Außerdem aber figuriert auch die neue Hamburgische Kriegsbank (Hamburgische Bank von 1914) mit 15,85 Mill. M. Kapital bereits unter den Eintragungen, deren Gesamtziffer folgendermaßen lautet:

9	Aktiengesellschaften	mit 23 118 000 M. Kapital
96	Gesellschaften m. b. H.	„ 8 731 000 „ „
		zusammen 31 849 000 M. Kapital

gegen 35 270 000 M. Kapital im Aug. 1913
und 42 602 000 „ „ „ „ 1912

Die **Kapitalserhöhungen**, für die das eben gesagte gleichfalls gilt, haben laut Nachweisung der Handelsregister im August sogar eine Zunahme erfahren, da die Ausgabe von 22 Mill. M. neuen Aktien der Hamburgischen Elektrizitäts-Werke im August zu den Akten genommen worden ist. Die Ziffern lauten:

13	Aktiengesellschaften	mit 30 892 000 M. Kapital
35	Gesellschaften m. b. H.	„ 8 394 000 „ „
		zusammen 39 286 000 M. Kapital

gegen 24 021 000 M. Kapital im Aug. 1913
und 46 636 000 „ „ „ „ 1912

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im August 1914.

(Vom 1. bis 31. August im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	August 1913		August 1914		August 1913		August 1914		August 1913		August 1914		August 1913		August 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	—	—	—	—	4	727	—	—	—	—	—	—	1	3	2	154
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	—	—	3	140	—	—	2	2 995	—	—	1	55	2	750
Steine u. Erden	1	1 000	2	1 125	20	1 598	7	297	1	200	—	—	3	43	2	22
Metalle u. Maschinen	—	—	2	2 500	32	1 183	13	786	2	1 100	2	137	9	2 241	5	470
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	6	184	1	40	—	—	—	—	1	300	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	1	2 800	—	—	2	84	1	20	1	135	2	22 100	1	50	—	—
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	4	105	2	235	—	—	—	—	1	1	—	—
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	1	10	2	1 493	13	1 322	8	2 445	2	191	1	3 000	6	947	5	6 010
Textilgewerbe	2	735	—	—	8	6 438	8	382	2	2 259	—	—	1	10	—	—
Papiergewerbe	—	—	—	—	5	1 121	—	—	1	650	—	—	1	300	—	—
Ledergewerbe	—	—	—	—	1	20	—	—	1	500	—	—	2	220	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	1	2 000	9	278	2	270	—	—	—	—	1	200	—	—
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	1	100	1	150	15	1 766	2	41	5	1 338	3	3 315	4	534	2	40
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	1	100	—	—	2	63	1	20	—	—	—	—	—	—	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	—	—	12	382	3	296	—	—	2	332	3	48	—	—
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	9	661	4	207	—	—	—	—	—	—	2	132
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	3	54	—	—	38	1 717	7	709	—	—	—	—	1	80	—	—
Banken u. Vers.-Ges.	1	10	1	15 850	80	1 220	1	20	2	5 850	—	—	—	—	1	4
Bahnen u. Transport-Ges.	—	—	—	—	10	4 676	2	40	3	2 500	1	800	2	210	1	60
Handel (außer Banken)	—	—	—	—	60	3 206	24	2 131	—	—	—	—	6	243	2	154
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	1	20	—	—	—	—	1	608	1	9	3	29
Sonstige Gesellschaften	—	—	—	—	42	3 550	10	792	—	—	1	700	14	809	8	569
	11	4 809	9	23 118	376	30 461	96	8 731	22	17 718	13	30 892	59	6 303	35	8 394

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im August 1914: 31 849 000 Mk.; im August 1913: 35 270 000 Mk.
Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 39 286 000 „ „ „ 1913: 24 021 000 „
Gesamtanspruch im August 1914: 71 135 000 Mk.; im August 1913: 59 291 000 Mk.

Digitized by Google

An Genossenschaftsgründungen haben im August laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
13	4	0	0	6	38
Dagegen im August 1913:					
20	5	0	7	16	80
Dagegen im August 1912:					
16	3	0	3	15	67

Insgesamt sind also gegründet worden:

Aug.	1914:	19	Genossenschaften	m. unb. H.	u.	42	Genossenschaften	m. b. H
„	1913:	36	„	„	„	92	„	„	„
„	1912:	31	„	„	„	73	„	„	„

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im August fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	55	in Frankfurt, Main	5	in Leipzig	18
„ Breslau	7	„ Gütersloh	5	„ Mannheim	14
„ Dresden	5	„ Hamburg	17	„ München	19
„ Düsseldorf	7	„ Küstrin	5	„ Schöneck/Wstpr.	6

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im August 1914:

393 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Die deutschen Banken im August 1914.

Reichsbank. Erhöht am 1. August den Diskont weiter auf 6 %. Gibt am gleichen Tage die beabsichtigte Gründung von Kriegs-Darlehenskassen bekannt, die wenige Tage später ins Leben treten; zunächst ist die Ausgabe von 1½ Milliarden M. Darlehenskassenscheinen in Aussicht genommen, die teils in Umlauf gesetzt, teils als Notendeckung zur Reichsbank kommen sollen. Von den sonstigen Kriegsmaßnahmen sind in erster Reihe die Suspension der Noteneinlösungspflicht und der Notensteuer (vgl. Augustheft S. 810), sowie die Abänderung der Deckungsvorschriften (Schatzscheine und Akzepte des Reiches werden Handelswechseln gleichgestellt) zu erwähnen. In der Zeit zwischen Kriegsausbruch und Erlaß der Kriegsnotgesetze wird nach Suspension der Goldzahlung (vgl. voriges Heft) auch dem allzu großen Abzug von Scheidemünze durch Erschwerung der Umwechslung sowie verstärkte Ausgabe kleiner Noten entgegengearbeitet. Die Bank paßt ihre Lombardbedingungen den in bezug auf die Beleihungsgrenze schärferen Vorschriften der Darlehenskassen an und verweist neue Lombardnehmer an die letzteren. Erklärt sich bereit, Requisitionsscheine zu diskontieren. Die Reichsbankhauptstelle München erklärt, daß ihr Engagement bei der insolventen Bankfirma Schweisheimer lediglich aus kleinen guten Geschäftswechseln bestehe und gering sei. Bankdirektor Rogge-Zwickau ist gestorben.

Seehandlung. Gerät in Differenzen mit dem Börsenvorstand, dessen Vorschriften über die Prolongation von Ultimogeld sie nicht als für sich bindend anerkennt. Prolongiert die ausgeliehenen Börsengelder bis zum 24. September zu 4½%. Dem Institut fließen große Summen als Depositeneinlagen zu, meist auf tägliche Kündigung.

Digitized by Google

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Stellt den Genossenschaften, die mit den ihr angeschlossenen Zentralkassen arbeiten, die Kriegslage berücksichtigende Erleichterungen des Geschäftsverkehrs in Aussicht. Gerät, ebenso wie die Seehandlung, in Differenzen mit dem Börsenvorstand wegen seines Beschlusses über die Prolongation von Ultimogeldern und prolongiert die von ihr hergegebenen Ultimogelder „zu besonders zu vereinbarenden Sätzen", d. h. zunächst meist zu 6½%, später zu 6%.

Kriegskreditinstitute. Außer den gemäß dem Darlehnskassen-Gesetz in Anlehnung an die Reichsbank errichteten Kriegs-Darlehnskassen werden gegründet: Kriegskreditbank für Groß-Berlin, Kapital 18 Mill. M., Garantien der Handelskammern usw. 11½ Mill. Mark, Diskontzusage der Reichsbank rund 150 Mill. M. — Hamburgische Bank von 1914, Kapital 15,85 Mill. M., davon 5 Mill. Mark Staatsbeteiligung, Aufsichtsratsvorsitzender Direktor Kämmerer (Nordd. Bank). — Kriegskreditbank in München, Kapital 6 Mill. M., davon 2 Mill. M. städt. Beteiligung (noch in Gründung begriffen). — Frankfurter Kreditgenossenschaft von 1914 e. G. m. b. H., 1 Mill. M. Geschäftsanteile, 4 Mill. M. Haftsumme, unter Beteiligung der Stadt. — Städtische Kriegsdarlehnskasse in Charlottenburg, Kapital 0,5 Mill. M. — Städtische Darlehnskasse in Wilmersdorf, Kapital 0,3 Mill. M. — Leipziger Kriegskreditbank, Kapital 7 Mill. M., davon 2 Mill. M. von der Stadt garantiert. — Kriegsdarlehnskasse für den Bezirk Kassel, Kapital 0,5 Mill. M., davon 0,2 Mill. M. Beteiligung der Stadt Kassel. — Geplant sind ferner: Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen, für das Herzogtum Sachsen-Meiningen, für die Provinz Posen, für den Regierungsbezirk Düsseldorf, für die Städte Nürnberg, Augsburg, Stuttgart, Braunschweig, Remscheid, Elberfeld, Wiesbaden, Mainz. — Ferner geplant: eine Hypothekenlombardbank der Versicherungsanstalten, eine gleiche unter Beteiligung der Hypothekenbanken, eine Exportbank in Iserlohn.

Disconto-Gesellschaft. Die Verhandlungen in den Anfechtungsklagen wegen der Fusion mit Schaaffhausen werden auf unbestimmte Zeit vertagt. Direktor Schneider ist gestorben. Die Bank erklärt, versiegelte Pakete nur dann zur Aufbewahrung anzunehmen, wenn der Nachweis geführt wird, daß sie kein Hartgeld enthalten. Die Filiale Antwerpen wird nach Abreise der deutschen Angestellten in voller Ordnung geschlossen. Die Bank stellt die Zahlungen an Bulgarien, soweit sie noch nicht geleistet sind, wegen des Krieges ein (vergleiche Augustheft).

Deutsche Bank. Eine argentinische Goldsendung für die Londoner Filiale wird auf der „Tubantia" von England beschlagnahmt. Die Coupons der argentinischen Anleihen können nur teilweise (1888er innere) eingelöst werden. Die Filiale Brüssel bleibt in Betrieb. Direktor Helfferich reist als einer der Finanzberater zum deutschen Hauptquartier nach Belgien, kehrt aber bald zurück.

Dresdner Bank. Errichtet eine Kriegsgeschäftsstelle für die Mitglieder und Einleger der Genossenschaften der vom Krieg betroffenen östlichen Plätze. Setzt die Girobedingungen ihrer Genossenschaftsabteilung teilweise außer Kraft. Der Konkurs Metzeler & Co. wird durch Zwangsvergleich beendet. Die Bank beteiligt sich bei der Wiederaufrichtung des Unternehmens.

Darmstädter Bank. Die Pforzheimer Bankfirma Fuld & Co., an der die Bank kommanditarisch beteiligt ist, unterwirft sich einer Geschäftsaufsicht.

Berliner Handels-Gesellschaft. Geschäftsinhaber Carl Fürstenberg wird den Vorsitz im Grubenvorstande der Consolidierten Gleiwitzgrube übernehmen.

Digitized by Google

Commerz- und Disconto-Bank. 4 Mill. M. Erfurter 4% Stadtanleihe werden (im Juli) zur Berliner Börse zugelassen.

Nationalbank für Deutschland. Dem Antrag auf Zulassung von 9 Mill. M. Elberfelder 4% Stadtanleihe sowie von 1 Mill. M. 4¼% Pfandbr. des Berlin-Schöneberger Hypotheken-Bank-Vereins zur Berliner Börse (vgl. Augustheft) ist stattgegeben worden.

Mitteldeutsche Creditbank. 4,5 Mill. M. 4% Gießener Stadtanleihe sind auf Antrag der Bank zur Frankfurter Börse zugelassen worden.

Act.-Ges. für Boden- und Kommunalkredit in Elsaß-Lothringen, Straßburg. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 201,69 Mill. M. Registerhypotheken, 197,84 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 8.24 Mill. M. Registerhypotheken, 5,91 Millionen M. Pfandbriefumlauf.

Banque de Metz. Vertagt die auf den 22. August einberufene Generalversammlung auf unbestimmte Zeit.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Ist bei der Gründung der Messingwerke A.-G., Unna, beteiligt. Zwei frühere Beamte werden wegen Unterschlagung zu 2 bzw. 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Bayerische Bodencredit-Anstalt, Würzburg. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 137,27 Mill. M. Registerhypotheken, 133,34 Mill. Mark Pfandbriefumlauf.

Bayerische Handelsbank, München. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 405,35 Mill. M. Registerhypotheken, 404,64 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 10,09 Mill. M. Kommunaldarlehen, 9,34 Mill. M. Kommunalobligationen.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 1183,75 Mill. M. Registerhypotheken, 1179,95 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Bayerische Notenbank, München. Erhöht den Diskont auf 6%.

Bayerische Vereinsbank, München. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 496,22 Mill. M. Registerhypotheken, 490,40 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 7,08 Mill. M. Kommunaldarlehen, 6,75 Mill. M. Kommunalobligationen. Uebernimmt die Bankfirma Herz & Schmidt. Landsberg. Plant die Errichtung einer Filiale in Garmisch-Partenkirchen. Gehört zu den Instituten, bei denen russische Staatsguthaben beschlagnahmt werden.

Berliner Hypothekenbank. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 249,72 Mill. M. Registerhypotheken, 238,08 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 17,89 Mill. M. Kommunaldarlehen, 17,60 Mill. M. Kommunalobligationen.

S. Bleichröder, Berlin. Geschäftsinhaber Gen.-Konsul Schwabach fährt als Finanzberater zum Kriegsstabe nach Belgien.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 205,83 Mill. M. Registerhypotheken, 202,56 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Centralbank für Eisenbahnwerte, Berlin. Aus dem Abschluß pro 1913: Reingewinn 1.16 (i. V. 1,37) Mill. M., Dividende 8½ (8) %. Effektenbestand 34,51 (32,60) Mill. M., Obligationenschulden 23.84 (23,93) Mill. M.

Centralkasse der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Darmstadt. Fordert die ihr angeschlossenen Genossenschaften auf, in ihren Kreisen zum Anschluß an die neugegründete hessische Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit für den Krieg 1914 zu wirken.

Digitized by Google

Delbrück, Schickler & Co., Berlin. Sind an der Gründung der Frankonia A.-G. vorm. Albert Frank beteiligt.

Deutsch-Asiatische Bank, Berlin. Erklärt infolge früherer Ueberweisungen der Seezollverwaltung in der Lage zu sein, den September-Coupon der 4½% Chinesen-Anleihe von 1898 einzulösen.

Deutsche Grundkreditbank in Gotha. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 349,68 Mill. M. Registerhypotheken, 336,60 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 288,97 Mill. M. Registerhypotheken, 278,25 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 32,19 Mill. M. Kommunaldarlehen, 30,33 Mill. M. Kommunalobligationen.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 591,05 Mill. M. Registerhypotheken, 565,63 Mill. Mark Pfandbriefumlauf.

Deutsche Orientbank, Berlin. Hat ihre Kassen in Egypten und der Türkei vorübergehend geschlossen, jedoch ihre Tätigkeit (soweit Nachrichten vorliegen) nach Erlaß der Moratoriumsgesetze wieder aufgenommen.

Deutsche Palästinabank, Berlin. Gibt ihre Räume für die Kriegskreditbank Groß-Berlin her.

Deutsche Ueberseeische Bank, Berlin. Die spanischen Filialen haben starke Auszahlungen zu leisten, können diese aber angeblich glatt bewältigen. Die südamerikanischen Filialen haben, soweit Nachrichten vorliegen, ihre Tätigkeit einstellen müssen.

Dürener Bank. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Geh. Kommerzienrat Carl Delius, ist gestorben.

Eisenbahnrentenbank, Frankfurt a. M. Aus dem Abschluß pro 1913: Reingewinn 1,25 (1,13) Mill. M. Die Verteilung von 10% Dividende wie im Vorjahre wäre angeblich möglich, scheint jedoch unterbleiben zu sollen.

Frankfurter Hypothekenbank. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 534,64 Mill. M. Registerhypotheken, 516,69 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 9,75 Mill. M. Kommunaldarlehen, 5,40 Mill. M. Kommunalobligationen.

Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 378,61 Mill. M. Registerhypotheken, 370,05 Mill. Mark Pfandbriefumlauf.

Grundkreditbank, Königsberg. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 6,06 Mill. M. Registerhypotheken, 5,00 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Hannoversche Bodenkredit-Bank. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 52,36 Mill. M. Registerhypotheken, 50,97 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 3,45 Mill. M. Kommunaldarlehen, 2,72 Mill. M. Kommunalobligationen.

Hanseatische Bank in Konk. Im Prüfungstermin wird mitgeteilt, daß die Außenstände 5 Mill. M. betragen, von denen nur 100 000 Mark eingehen dürften. Von den angemeldeten nicht bevorrechtigten Forderungen (8 Mill. M.) dürften ca. 3½% Mill. M. anerkannt werden. Die Quote wird auf 1% geschätzt.

Hardy & Co., Berlin. Sind an der Gründung der Frankonia A.-G. beteiligt.

Hessische Landes-Hypothekenbank, Darmstadt. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 120,13 Mill. M. Registerhypotheken, 117,66 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 55,33 Mill. M. Kommunaldarlehen, 54,70 Mill. M. Kommunalobligationen. Die Bank gewährt gegen Verpfändung erststelliger Hypotheken auf hessische Grundstücke Kriegs-Darlehen.

Digitized by Google

Hypothekenbank in Hamburg. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 562,47 Mill. M. Registerhypotheken, 530,11 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Landwirtschaftliche Hypothekenbank, Frankfurt. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 3,28 Mill. M. Registerhypotheken, 2,71 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Leipziger Hypothekenbank. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 199,66 Mill. M. Registerhypotheken, 190,82 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Löbauer Bank. Die Filiale Seifhennersdorf wird durch einen Betrug um 7500 Mark geschädigt.

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 127,24 Mill. M. Registerhypotheken, 125,44 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 10,62 Mill. M. Registerhypotheken, 9,66 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Mendelssohn & Co., Berlin. Die Guthaben, welche die russische Regierung bei dem Hause unterhält, werden von der deutschen Regierung beschlagnahmt bzw. der russischen Verfügung entzogen. Es handelt sich nur noch um relativ kleine Beträge.

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 51,78 Mill. M. Registerhypotheken, 48,17 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 28,44 Mill. M. Rentendarlehen, 28,31 Mill. M. Grundrentenbriefe, 0,32 Mill. M. Kommunaldarlehen, 0,04 Mill. M. Kommunalobligationen.

Norddeutsche Bank, Hamburg. Beantragt konsortialiter die Zulassung von 17,34 Mill. M. 4½% Kristiania-Stadtanleihe zur Hamburger Börse. Direktor Kämmerer übernimmt den Aufsichtsratsvorsitz bei der Hamburgischen Bank von 1914.

Norddeutsche Grundcredit-Bank, Weimar. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 102,00 Mill. M. Registerhypotheken, 98,34 Mill. Mark Pfandbriefumlauf.

Osnabrücker Bank. Errichtet eine Zweigniederlassung in Papenburg.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen. Muß infolge des Krieges einige Filialen in Ost- und Westpreußen vorläufig schließen.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 476,45 Mill. M. Registerhypotheken, 465,63 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 4,74 Mill. M. Kommunaldarlehen, 4,36 Mill. M. Kommunalobligationen.

Pforzheimer Bankverein. Die Stadt verzichtet auf das ihr ausgesetzte Legat des verstorbenen Direktors Kayser zugunsten der Bank. Es wird über eine Sanierungsaktion verhandelt, bisher ohne Erfolg. Die Spekulationsverluste werden auf ca. 8 Mill. M. geschätzt, die zweifelhaften Forderungen auf etwa 4 Mill. M., die Unterbilanz auf etwa 7 Mill. M.

Preußische Boden-Credit-Aktien-Bank, Berlin. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 439,51 Mill. M. Registerhypotheken, 421,84 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Preußische Central-Bodenkredit-Aktienbank, Berlin. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 817,12 Mill. M. Registerhypotheken, 800,19 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 192,50 Mill. M. Kommunaldarlehen, 185,95 Mill. M. Kommunalobligationen.

Preußische Hypotheken-Aktien-Bank, Berlin. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 349,21 Mill. M. Registerhypotheken, 324,44 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 28,50 Mill. M. Kommunaldarlehen, 26,52 Mill. M. Kommunalobligationen.

Digitized by Google

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 341,39 Mill. M. Registerhypotheken, 331,75 Mill. M. Pfandbriefumlauf, 98,09 Mill. M. Kommunaldarlehen, 97,25 Mill. M. Kommunalobligationen, 7,26 Mill. M. Kleinbahndarlehen, 5,00 Mill. Mark Kleinbahnobligationen.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 608,30 Mill. M. Registerhypotheken, 586,36 Mill. Mark Pfandbriefumlauf, 18,50 Mill. M. Kommunaldarlehen, 17,47 Mill. Mark Kommunalobligationen.

Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Köln. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 274,97 Mill. M. Registerhypotheken, 268,48 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Sächsische Bank, Dresden. Erhöht den Diskont am 31. Juli auf 5, am 1. August auf 8% (bei 6% Reichsbank-Diskont).

Sächsische Bodenkredit-Anstalt, Dresden. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 186,88 Mill. M. Registerhypotheken, 180,43 Mill. Mark Pfandbriefumlauf.

Schlesische Bodenkredit-Aktien-Bank, Breslau. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 470,03 Mill. M. Registerhypotheken, 454,79 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Schwarzburgische Hypothekenbank, Sondershausen. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 63,25 Mill. M. Registerhypotheken, 62,50 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Süddeutsche Bodenkreditbank, München. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 511,48 Mill. M. Registerhypotheken, 501,85 Mill. Mark Pfandbriefumlauf.

Vereinsbank in Nürnberg. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 339,47 Mill. M. Registerhypotheken, 336,06 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 120,80 Mill. M. Registerhypotheken, 113,58 Mill. Mark Pfandbriefumlauf.

Westholsteinische Bank, Heide. Das Aufsichtsratsmitglied Kommerzienrat Paap ist gestorben.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 217,90 Mill. M. Registerhypotheken, 201,76 Mill. M. Pfandbriefumlauf.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Per 30. 6. werden ausgewiesen: 43,04 Mill. M. Registerhypotheken, 42,70 Mill. Mark Pfandbriefumlauf.

Zahlungseinstellungen usw. Pforzheimer Bankverein, Hanseatische Bank siehe oben. — Bei der insolventen Bankfirma Knappe & Thomas, Jauer, steht eine Abschlagszahlung von 2½% bevor, bei Strauß & Heberlein, Eisenach, eine solche von 5 %, bei Emil Werthauers Nachf., Hannover, eine solche von 5 %, und zwar in Form von Sparbüchern. — Bei A. Saal, C. G. Kästners Nachf., Weimar, ergibt sich buchmäßig ein kleiner Ueberschuß. Die Forderungen werden mit 2.46 Mill. M. ausgewiesen, die Gesamtaktiva mit 3,53 Mill. M. — Im Konkurse D. H. Apelt & Sohn, Halle, werden 2,90 Mill. M. Forderungen anerkannt; 5 % sollen als erste Rate ausgeschüttet werden. Außerdem sind noch 8—10 % zu erwarten. — Bei der Insolvenz Curt Landsberg, Berlin, dürften auf 0,8 Mill. M. Passiva etwa 25 % entfallen. — Ueber die Friedrichsberger Bank, die infolge eines Runs in Schwierigkeiten kommt, wird die Geschäftsaufsicht verhängt. — Die Spar- und Darlehnskasse, Schreiberhau, gerät in Schwierigkeiten. — Bankier Lindner, Dortmund, wird verhaftet, weil er sich beim Wechseln von Sorten eine Provision von 10 % berechnete. — Die In-

Digitized by Google

haberin des Bankgeschäftes Benno Lazarus, Brandenburg a. H., das zum Verkauf von Hypothekenpfandbriefen aufgefordert hatte und deshalb scharf angegriffen worden war, verübt Selbstmord. — Bankier Peschke, in Firma Föckersperger & Frank, Augsburg, verübt Selbstmord. — Von teilweise mit dem Kriege in Zusammenhang stehenden Insolvenzen werden noch bekannt: N. J. Gotthold, Hamburg, Pfeiffer & Co., Wiesbaden, E. & J. Schweisheimer, München (wird außergerichtlich liquidieren), Konrad Hoerlein, Würzburg, Gebr. Gumbel Nachf., München, Emil Staub & Co., Garmisch, Siegmund Burger, Nürnberg (der Inhaber macht einen Selbstmordversuch), Max Goldmann, Berlin, Wilhelm Siebert, Jena, Joseph Schraml, Nürnberg, Gewerbebank, e. G. m. b. H., Hamburg, David Meyers Söhne, Schwelm.

Die ausländischen Banken im II. Quartal 1914.

VI. Italien.

Staatsdepositenbank (Casa Depositi e Prestiti). Die Kasse verwaltete am 31. Dezb. 1913 insgesamt 2,827,9 (am 30. Juni 2,646,9) Mill. Lire, meist Gelder der Postsparkasse und anderer Staatskassen. Davon waren 1,247,7 (1,210,1) in Staatspapieren, der Rest in Staatsbahn-Zertifikaten, Tresorscheinen, Kommunal-Darlehen und dergleichen angelegt.

Bankprojekte. Eine Gruppe italienischer Finanzleute beabsichtigt, in Serbien eine Bank zu errichten, die öffentliche Arbeiten finanzieren (und wohl auch politische Arbeit leisten) soll. — Der Ausschuß des Schutzverbandes für den italienischen Levantehandel befürwortet die Errichtung je einer Bank in Konstantinopel und Tientsin, die der italienischen Industrie staatliche Aufträge aus der Türkei nud China verschaffen sollen.

Abgelehnte Fusion. In der Generalversammlung der Banca Latina, Rom, wird die vorgeschlagene Fusion mit der Banca di Firenze abgelehnt.

Postsparkassen. Am 1. April 1914 betrugen die Guthaben der Einleger 2137,8 (i. V. 2004,6) Mill. Lire.

Auswanderung als nationale Einkommensquelle. Die italienischen Auswanderer haben im Jahre 1913 insgesamt 84,56 Millionen Lire (i. V. 76,20) ersparte Gelder nach der Heimat gesandt; davon stammten 53,71 Mill. aus den Ver. Staaten, 4,95 Mill. aus Argentinien, 1,43 Mill. aus Deutschland.

Banca d'Italia. Setzt am 9. Mai ihren Diskontsatz um ½ % auf 5 % herab.

Banca Commerciale Italiana, Mailand. Läßt den Aktionären durch ein internationales Banken-Konsortium die 26 Mill. Lire neuen Aktien à 147 % anbieten (der Kurs der Aktien wird im Juli andauernd nicht notiert). Mitte Juni tauchen Gerüchte auf, die von einer Fusion der Bank mit dem Banco di Roma und der Società Bancaria wissen wollen, sich aber nicht bestätigen. Die Bank übernimmt (mit der Züricher Electrobank) 5 Mill. Lire neue Aktien der Soc. Adriat. di Elettricita und ist bei der Gründung einer sardinischen Elektrizitätsgesellschaft beteiligt, welche die Wasserkraft des Flusses Tirso ausnutzen will. Hat konsortialiter an der Uebernahme der 4½ % österr. Staatsanl. teilgenommen, ferner mit Montenegro eine Anleihe von 40 Mill. Lire abgeschlossen und darauf 3 Mill. Lire ausgezahlt. Aus dem Ausweise per 31. Mai: Kapital 156,0 (davon fehlen noch ca. 10,2 Mill. Einzahlung auf junge Aktien), Reserven 59,5, fremde Gelder 810,0, Akzepte 56,2, Kasse 49,1, Wechsel 477,9, Reports 70,4, Debitoren 419,6 Mill. Lire.

Digitized by Google

Banco di Napoli. Das neue Bankgebäude in Neapel ist Anfang Mai eröffnet worden.

Banco di Roma. Mitte Juni tauchen Fusionsgerüchte auf, die sich nicht bestätigen, obwohl die Bank infolge großer Verluste sehr anlehnungsbedürftig ist (vgl. Banca Commerciale Ital.).

Banco di Sicilia, Palermo. Ende Mai betrugen der Notenumlauf 94,47, der Kassenbestand 59,85 Mill. Lire.

Credito Italiano, Mailand. Errichtet Filialen in Messina und Catania und beabsichtigt, auch in Catanzaro und Chieti solche zu eröffnen. Aus dem Ausweis per 31. Mai 1914: Kapital 75,0, Reserven 11,0, fremde Gelder 479,1, Kasse 21,6, Wechsel 286,9, Reports 66,6, Debitoren 229,1 Mill. Lire.

Istituto di Fondi Rustici (Landbank), Rom. Verteilt für das letzte, Ende November 1913 abgeschlossene Geschäftsjahr eine Dividende von 2½ % auf das Kapital von 25 Mill. Lire.

Società Bancaria Italiana, Mailand. Aus dem Ausweis per 31. Mai: Kapital 50,0, Reserve 1,2, fremde Gelder (inkl. „buoni fruttiferi") 134,6, Kasse 9,4, Wechsel 82,8, Reports 9,2, Debitoren 84,5 Mill. Lire. Wegen der Fusionsgerüchte vgl. Banca Commerciale Ital.

Società Italiana di Credito Provinziale. Busto Arsizio. Eröffnet eine Filiale in Turin, auf die das Bankgeschäft von Giovanni Donn & Co. übergeht. Aus der Bilanz per 30. April: Kapital 15,0, Reserven 10,0, fremde Gelder und buoni fruttiferi 120,1 Mill. Lire.

VII. Schweiz.

Währung. Seit 1850 sind in der Schweiz für 130 Mill. Fr. Gold- und für 55 Mill. Fr. Silber-Münzen ausgeprägt worden.

Staatsaufsicht über das Bankwesen. Infolge zahlreicher Zusammenbrüche von Banken, insbesondere der Kette von Insolvenzen im Tessin (vgl. Juniheft S. 587), verstärkt sich das Bestreben, die mangelhafte oder ganz unterbliebene Bankaufsicht der Kantonalregierungen durch eine Bundesaufsicht zu ersetzen. Die Kompetenz des Bundes steht nach Ansicht der Rechtsgelehrten außer Frage. (Vgl. auch Juniheft, „Reform des schweiz. Bankwesens".)

Kantonalbanken. Die dem Verbande schweizerischer Kantonalbanken angehörenden 22 Kantonalbanken haben auf ihr Dotationskapital von insgesamt 276,0 Mill. Fr. im Jahre 1913 einen Reingewinn von 20,75 Mill. Fr. (inkl. Vortrag) = 6,06% erzielt. Die Reserven aller Banken betragen 57,7 Mill. Fr. — Der Kanton Thurgau hat sein Kantonalbank-Gesetz geändert; es fallen künftig 25 % des Reingewinns, der bisher ganz an die Reserve- und Hilfsfonds der Bank ging, an die Kantonskasse.

Bank-Konditionen-Kartell. Am 1. Juli tritt eine Konvention in Kraft, die den Zinsfuß auf Scheck-Guthaben und die Spesen des Wechselinkassos regelt. Die meisten Banken gehören dem Kartell an.

Bankwesen. Die Abteilung „Bankwesen" der Landesausstellung in Bern hat 7 Monographien über das schweizerische Bank- und Börsenwesen ausarbeiten lassen (Verlag von Orell Füßli, Zürich), die u. a. die Geschäfte der Privatbankiers, der Lokal- und Mittelbanken, der Hypothekenbanken und der Kantonalbanken zum Gegenstand haben.

Postsparkassen. Trotz des Widerstandes der Banken (vgl. Märzheft S. 290) wird der Bundesversammlung ein Gesetzentwurf über die Errichtung von Postsparkassen vorgelegt. Das Einzelguthaben soll 1500 Fr. nicht übersteigen, der Zins ½ % unter dem Spargeld-Zins der Kantonalbanken bleiben und die Anlagen zur Hälfte

Digitized by Google

aus Kantonal-Obligationen bestehen. Die Delegiertenversammlung des Schweiz. Gewerbevereins protestiert in einer Mitte Juni abgehaltenen Versammlung gegen den Gesetzentwurf.

Staatliche Hypothekenbank. Auch das Justizdepartement des Kantons St. Gallen hat sich gegen eine Bundes-Hypothekenbank ausgesprochen (vgl. Sept.-Heft 1913 S. 900). Befürwortet wird dagegen eine Zentralstelle für die Hypothekenbanken sowie eine „Vereinheitlichung des Pfandtitels".

Insolvenzen usw. Die Bank für Handel und Industrie, Zug-Zürich, erleidet an industriellen Beteiligungen starke Verluste; will zunächst das Kapital von 6 auf 4,8 Mill. Fr. herabsetzen, ist dann aber, da zahlungsunfähig, zur Liquidation gezwungen. — Auf die Ersparniskasse Uri, Altdorf (Kantonalbank mit 3 Mill. Fr. Dotationskapital), wird wegen Bekanntwerdens verschiedener schlechter Beteiligungen, u. a. an einer „Lichtbühne", ein Run ausgeübt. Durch Eingreifen der Schweiz. Nationalbank und des Kantonalbanken-Verbandes wird eine Zahlungseinstellung verhindert. — Die Bank in Altstätten (1,50 Mill. Fr. Kapital) gerät in Schwierigkeiten und geht auf die St. Gallische Kantonalbank über. — Die Gewerbebank Zürich (Genossenschaft) wird infolge starker Verluste saniert und in eine Akt.-Ges. mit zunächst 2¼ Mill. Fr. Kapital umgewandelt. — Die Centralbank, Bern, wird demnächst ihre Liquidation beenden. Die Vorzugsaktien erhalten 95 % des Aktiennominales, die Stammaktien gehen leer aus. — Die Bankfirma Ed. Dukas & Co., Basel, gerät in Zahlungsschwierigkeiten. — Spar- u. Leihkasse Zofingen, siehe Aargau. Kantonalbk.

Aargauische Kantonalbank, Aarau. Uebernimmt sämtliche Aktiven und Passiven der Spar- und Leihkasse Zofingen (1,5 Mill. Fr. Kap.), die in Schwierigkeiten geraten ist.

Banque de l'État de Fribourg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,2 Mill. (0,90 Mill.) Fr., wovon 0,25 Mill. Fr. auf das Engagement bei der Société Immob. Suisse abgeschrieben werden müssen. (Im Vorjahr mußten 2,44 Mill. Fr. den Reserven entnommen werden.) Das inzwischen auf 30 Mill. Fr. erhöhte Dotationskapital wird mit 0,66 Mill. Fr. (wie i. V.) verzinst.

Banque Foncière du Jura, Basel. Besitzt eine fast wertlose zweite Hypothek von 0,62 Mill. M. auf das Keramikhaus in Essen, das zur Subhastation kommt.

Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal. Aus dem Reingewinn für 1913 von 0,84 Mill. Fr. verbleiben nach Verzinsung des Dotationskapitals (17 Mill. Fr.) noch 0,15 Mill. Fr. für die Kantonalkasse. Die Bank, die kürzlich vom 4- zum 4½ % Obligationenzins übergehen mußte, gibt fortan 4¾ % Oblig. aus.

Basler Handelsbank. Gibt anläßlich ihres 50jährigen Bestehens eine Festschrift heraus. Zum Präsidenten des Verwaltungsrats wird der bisherige Delegierte R. A. Koechlin-Hoffmann gewählt, an dessen Stelle A. Morel-Vischer tritt. Die Bank für Bahn- und Industriewerte, eine Tochtergesellschaft der B. H., erhöht ihr Kapital von 5 auf 10 Mill. Fr. und gibt — durch die B. H. — 5 Mill. Fr. 5 % Oblig. al pari aus. Der der Bank nahestehende Crédit Foncier du Buenos Aires et des Provinces Argentines verteilt wieder 6 % Dividende.

Bodenkreditbank in Basel. Hat zusammen mit einer holländischen Versicherungsgesellschaft eine erste Hypothek von 2½ Mill. M. auf das Romanische Haus in Berlin gegeben; die Spitze von 0,35 Mill. M. ist von einer Berliner Holzfirma garantiert. 2 Mill. Francs 4½ % Obligationen werden à 99 % zum Verkauf aufgelegt.

Eidgenössische Bank, Zürich. Gibt anläßlich ihres 50jährigen Bestehens eine Denkschrift heraus.

Digitized by Google

Hypothekenbank in Basel. Erhöht ihr Kapital um 1 Mill. Fr. (à 120 % den Aktionären angeboten) auf 8 Mill. Fr. Dr. H. Burckhardt-Fetscherin wird zum ersten Direktor ernannt.

Kantonalbank, Bern. Stellt der Bernischen Kraftwerke A.-G. größere Geldmittel zur Verfügung.

Schweizerische Bankgesellschaft, St. Gallen und Winterthur. Erhöht ihr Kapital um 1 Mill. auf 36 Mill. Francs. Ist an der Gründung der Sulzer Unternehmungen A.-G., einer Holding-Ges. mit 24 Mill. Fr. Kapital und 16 Mill. Fr. 5 % Oblig., sowie an deren Tochtergesellschaften in Winterthur und Ludwigshafen beteiligt. Uebernimmt 1.15 Mill. Fr. 5 % Obligationen der neugegründeten A.-G. Blumer & Biedermann, Freienstein.

Schweizerische Bodenkreditanstalt, Zürich. Erhöht ihr Kapital um 18 auf 30 Mill. Fr. Von den neuen Aktien dienen 12 Mill. Fr. zum Erwerb der Thurgauischen Hyp.-Bank, weitere 2 Mill. Fr. werden den Aktionären à 105 %, Dritten à 106 %, angeboten, restliche 4 Mill. Fr. werden erst später ausgegeben.

Schweizerische Kreditanstalt, Zürich. Führt die Aktien der (der Züricher Electrobank nahestehenden) Societa Adriatica di Elettricita in der Schweiz ein.

Schweizerischer Bankverein, Basel. Ist an der Gründung der verschiedenen Aktiengesellschaften des Sulzer Konzerns beteiligt. Die der Bank nahestehende Steiermärkische Elektrizitäts-Gesellschaft verteilt wieder 6% Dividende. Der Leiter der Londoner Niederlassung, Rueff, wird in den Verwaltungsrat der Banque Internationale de Bruxelles gewählt.

Société Financière Franco-Suisse, Genf. Verteilt 20 % (i. V. 22½ %) Dividende.

Société Financière Italo-Suisse, Genf. Emittiert 10 Mill. Fr. 5 % Oblig. al pari. Beabsichtigt, das Aktienkapital der Società Meridionale di Elettricità, Neapel (Brown-Boveri-Konzern), von 10 auf 50 Mill. Lire zu erhöhen, um der Gesellschaft die Aufsaugung zweier anderer Neapolit. Elektro-Gesellschaften zu ermöglichen und ihren eigenen Vorschuß von angeblich 10—15 Mill. Lire zu tilgen.

VIII. Belgien und Luxemburg.

Belgien. Währung. Der Kolonialrat spricht sich für ein Vorkaufsrecht des Staates auf das Kongogold aus, das der Verwaltungsrat der Nationalbank in Zwanzigfrancs-Stücken ausprägen lassen wird. Man nimmt an, daß zwecks möglichster Emanzipierung vom Londoner Markte und allmählichen Uebergangs zur Goldwährung dieses Gold in den Kassen des Zentralinstituts zurückgehalten werden soll.

Aktienwesen. Die Neigung des ausländischen Kapitals zu Gründungen in Belgien nimmt infolge der neuen Aktiengesetzgebung (vgl. Märzheft S. 292) sichtlich ab. Schon das Halbjahr Oktober 1913 bis März 1914 leidet darunter. Es entstehen nur 124 neue Gesellschaften mit 52 Mill. Fr. Kapital (gegen 296 mit 288 Mill. Fr. Kapital in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs).

Scheckwesen. Die Regierung legt der Kammer ein neues Scheckgesetz vor, das die von 1873 stammenden Bestimmungen den Beschlüssen der Haager Konferenz von 1912 zur Vereinheitlichung des Wechselrechtes anpassen soll. Hervorzuheben ist aus dem Entwurf, daß ein auf den Ueberbringer lautender Scheck nicht giriert zu werden braucht, und daß ein Scheck nicht akzeptiert werden darf. Von Bedeutung für die Hebung des Scheckverkehrs ist die Schaffung des „gekreuzten", nur durch Bankgutschrift einlösbaren Schecks.

Digitized by Google

Postscheckverkehr. Ende Mai betrug die Zahl der Teilnehmer 5982, ihr Gesamtguthaben 29,70 Mill. Fr. (Ende Dezember 1913 5452 und 10,64 Mill.).

Depotunterschlagungen, die teilweise bis zu 30 Jahren zurückreichen, sind bei den beiden hochangesehenen Brüsseler Maklerfirmen Collet und de Coen in Höhe von über 4 Mill. Fr. entdeckt worden.

Dividenden verschiedener Banken. Es verteilen: Banque Centrale de la Sambre, Charleroi, 6 (i. V. 5) %. — Banque hypothécaire transatlantique 7 %. — Crédit foncier Colonial 0 (4) Fr. pro Aktie. — Crédit général de Belgique, Brüssel, wieder 7 %. — Banque hypothécaire belge-américaine 75 Fr.

Belgische Nationalbank, Brüssel. Der Diskontsatz bleibt während des zweiten Quartals unverändert 4 %. Vgl. auch unter Währung.

Banque Brésilienne Italo-Belge, Antwerpen. Unter Uebernahme des Geschäfts und der Immobilien des Banco di Comercio in Buenos Ayres (vergl. diesen unter Brasilien) eröffnet die Bank dort eine Niederlassung.

Banque Centrale Anversoise, Antwerpen. Anfang Juni erfolgt ein Run, den die Bank mit fremder Hilfe gut übersteht. Es verlautet jedoch, daß Verhandlungen zwecks Aufnahme der Bank durch die Banque de Gand, Gent, eine Tochtergesellschaft der Société Générale de Belgique, schweben. Die Bank nimmt an der Emission der österreichischen Schatzschein-Anleihe teil.

Banque Centrale Gantoise, Gent. Das der Banque de Reports (vgl. diese) nahestehende Institut besteht einen Run, bei dem die Polizei eingreifen muß.

Banque d'Anvers, Antwerpen. Es werden Betrügereien zweier Beamten der Bank in Höhe von schätzungsweise 500 000 Fr. entdeckt.

Banque de Bruxelles, Brüssel. Die vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 10 auf 40 Mill. Fr. wird in der im Juniheft erwähnten Weise durchgeführt. Die Bank nimmt an der Emission der neuen österreichischen Schatzschein-Anleihe teil. Legt konsortialiter 12,5 Mill. Fr. Aktien der Soc. anon. John Cockerill, Seraign, zu 104 %, 5 Mill. Fr. Aktien der Société Financière de Transports et d'entreprises industrielles zu 227 % und 5 Mill. Fr. Aktien der Compagnie générale pour l'éclairage et le chauffage par le gaz zu 185% zur Zeichnung auf.

Banque de Crédit Commercial, Antwerpen. Die vorgeschlagene Kapitalerhöhung auf 15 Mill. Fr. (vgl. Juniheft) wird durchgeführt, indem die Bank 3 Mill. Fr. junge Aktien à 115 % ausgibt, auf die zunächst 275 Fr. pro Aktie einzuzahlen sind.

Banque de Gand, Gent. Ueber schwebende Verhandlungen wegen Aufnahme der Banque Centrale Anversoise vergleiche diese.

Banque de l'Union Anversoise, Brüssel. Die Auflösung der Brüsseler Niederlassung wird angeregt (und im Juli beschlossen). Sie ist bedingt durch den Zusammenschluß mit der Banque de Reports, de Fonds Publics et de Dépôts (vgl. diese). Die Bank erhöht ihr Kapital um 10 auf 30 Mill. Fr. Nimmt teil an der Emission der 12½ Mill. Fr. John Cockerill-Aktien (vgl. Banque de Bruxelles).

Banque de Reports, de Fonds Publics et de Dépôts, Brüssel. Verliert ihren Präsidenten Edouard Thys durch den Tod. Hat sich mit ihren Beteiligungen derart festgefahren, daß sie trotz Unterstützung durch die Nationalbank Anlehnung an eine andere Bank suchen muß. Plant daher zunächst eine Verbindung mit dem Crédit Anversois und tritt, als dies Projekt scheitert, in eine Interessengemeinschaft mit der Banque de l'Union Anversoise, die ihr 10 Mill. Fr. Wertpapiere abnimmt, wogegen die B. de R. 10 Mill. Fr.

Digitized by Google

Aktien der B. de l'U. zeichnet. um welche diese ihr Kapital auf 30 Mill. Fr. erhöht. Ferner muß die B. de R. 40 000 Genußscheine schaffen und der B. de l'U. überlassen; um die 4 % Gewinnanteil. welche diese erhalten, wird der Anteil des Aufsichtsrats der B. de R. von 12 auf 8 % gekürzt. Am Antwerpener Platze wird die B. de l'U. sich auf das Diskonto- und Depositengeschäft und die B. de R. auf Finanzoperationen beschränken. In Aussicht genommen wird ferner zur Vermeidung von Verwechslungen mit der Caisse Générale de Reports et de Dépôts die Aenderung der Firma B. de R. usw. in „Crédit Mobilier de Belgique". Siehe auch Banque Centrale Gantoise.

Banque d'Outremer, Brüssel. Nimmt an der Emission der neuen österreichischen Schatzschein-Anleihe teil.

Banque Internationale de Bruxelles, Brüssel. Der Aufsichtsrat erklärt eine Kapitalerhöhung für wünschenswert. wegen des niedrigen Kurses der Aktien aber für momentan unratsam. An Stelle des demissionierenden Julius Blum (Oesterreichische Creditanstalt) tritt Dr. Paul Hammerschlag vom selben Institut in den Verwaltungsrat ein. Der Leiter der Londoner Niederlassung des Schweizerischen Bankvereins, Rueff, wird ebenfalls in den Verwaltungsrat gewählt. (Siehe auch Société Générale.) Nimmt teil an der Emission von 12½ Mill. Fr. Aktien der Société John Cockerill. von 5 Mill. Fr. Aktien der Société de Transports und von 5 Mill. Fr. Aktien der Compagnie pour l'éclairage par le gaz.

Crédit Anversois, Antwerpen. Nimmt teil an der Emission von 5 Mill. Fr. Aktien der Société de Transports usw. (siehe Banque de Bruxelles).

Société Générale de Belgique. Brüssel. Tritt zusammen mit der Banque de Bruxelles, der Banque d'Outremer, der Banque Internationale de Bruxelles, der Banque Centrale Anversoise und der Firma Philippsohn & Co. dem Konsortium für die österreichische Schatzschein-Anleihe bei, von der in Belgien ein Teil durch freihändigen Verkauf begeben werden soll. (Siehe auch Banque Centrale Anversoise.) Die Bank legt konsortialiter 17 Mill. Fr. 4% Anleihe der Stadt Gent zu 95 % auf.

Luxemburg. Banque Internationale, Luxemburg. Der Reingewinn für 1913 beträgt 2,35 (i. V. 2,51) Mill. Fr. Der Rückgang trotz normaler Entwicklung des laufenden Geschäfts und hoher Zinsgewinne beruht auf Effektenverlusten und Mindereinnahmen auf Kommanditkonto, die hauptsächlich durch das Unterbleiben einer Gewinnausschüttung für 1913 bei Delbrück, Schickler & Co. in Berlin hervorgerufen sind. Dividende vgl. Juniheft. Der Notenumlauf beträgt Ende 1913 3,80 (i. V. 3,30) Mill. Fr.

IX. Holland.

Niederländische Bank. Feiert im April ihr hundertjähriges Bestehen. Der Bruttogewinn für 1913 beträgt 8,95 (i. V. 8,05), der Reingewinn 7,06 (6,46) Mill. Fl., wovon der Staat 4,11 (3,58) Mill. Fl. erhält. Die Dividende beträgt 13,4 (12,2) %. Der Umlauf an kleinen Banknoten à 10 Fl. ist weiter auf 13,69 (i. V. 12,37) % des Gesamtnotenumlaufs angewachsen. Der Präsident arbeitet auf die Förderung und Ausbildung des Girosystems hin. Der Diskontsatz blieb während des zweiten Quartals unverändert 3½ %.

Postsparkasse. Ende 1913 waren 1 648 720 (i. V. 1 607 016) Sparbücher und 23 507 (i. V. 21 813) Staatsschuldbücher im Umlauf. Die Sparguthaben beliefen sich auf 179,1 (i. V. 176,6) Mill. Fl.

Bankgründung. Eine Hypothekenbank für Baukredite wird in Amsterdam mit 3 Mill. Fl. Kapital gegründet.

Digitized by Google

Dividenden verschiedener Banken: Dordtsche Bank wieder 6 %. — Koloniale Bank, Amsterdam, 6½ (i. V. 8) %.

Amsterdamsche Bank. Der Reingewinn für 1913 beträgt 1.97 (i. V. 1,68) Mill. Fl., die Dividende 10½ (11) % auf 12.5 (10) Millionen Fl. Kapital. Es wird kein Effekten- und Konsortialgewinn ausgewiesen (gegen 0.05 Mill. Fl. im Vorjahr). In Tilburg wird eine Zweigstelle eröffnet.

Banco Hollandes de la America del Sud, Amsterdam. Es werden 4 Mill. Fl. Aktien der neugegründeten Bank durch die Rotterdamsche Bankvereeniging unter Beteiligung der Nederlandsche Handels-Maatschappij al pari emittiert.

Twentsche Bankvereeniging B. W. Blydenstein & Co., Amsterdam. B. W. Blydenstein, der nach Rücktritt von der Leitung der Bank noch für ihre Verbindlichkeiten gehaftet hat, stirbt. Der Reingewinn für 1913 beträgt 2,15 (i. V. 1,95) Millionen Fl., die Dividende, wie schon mitgeteilt, 7½ (7) %.

X. Spanien und Portugal.

Spanien. Währung. Das Goldagio geht vorübergehend bis auf 3 % herab (Durchschnitt des Vorjahres 7,43 %). Infolgedessen wird die Abschaffung des Affidavit für die Coupons der äußeren Schuld sowie die ausnahmslose Zahlung der Zinsen dieser Schuld in Gold in Erwägung gezogen.

Bank von Spanien. Das Maximum des Notenumlaufs soll von 2 auf 2½ Milliarden Pesetas erhöht werden (vgl. Juniheft). Um einer Steigerung des Goldagios vorzubeugen, sollen von den neuen Noten 60 % in Gold und 20 % in Silber und Nickel gedeckt sein. Das Schatzamt tritt der Bank 20 Mill. Pesetas Gold ab. Der Diskontsatz bleibt während des zweiten Quartals unverändert 4.5 %.

Banco Español de Credito, Madrid. Gehört dem Syndikat zur Uebernahme der 5 % Madrider Stadtanleihe an (vgl. Banco Hispano-Americano), ferner einem Konsortium, welches 5 Mill. Pes. Obligationen der Sociedad Española de Construcción Naval emittiert.

Banco Hipotecario de España, Madrid. Der Reingewinn für 1913 beträgt 2,47 (i. V. 2.61) Mill. Pesetas, die Dividende wieder 9 %. Der Pfandbriefumlauf Ende 1913 stellte sich auf 181,71 (i. V. 161,18) Mill. Pes., die Hypothekardarlehen auf 180.71 (163.59) Millionen Pes. Die Bank nimmt an den Emissionen der Stadt Madrid und der Sociedad Española de Construcción Naval teil.

Banco Hispano-Americano, Madrid. Uebernimmt von der Emission von 25 Mill. Pesetas 4 % Staatsschatzscheinen 12 Mill. Pes. und von dem ersten Drittel der neuen (auf 25 Mill. Pes. festgesetzten) Madrider 5 % Stadtanleihe 6 Mill. Pes. Kündigt eine 2 % Abschlagsdividende aus dem Gewinn des laufenden Jahres an, um so die Gerüchte von einem bestehenden Geldmangel bzw. der notwendig werdenden Einforderung weiterer Kapitalquoten zu widerlegen.

Portugal. Währung. Eine Million 1-Escudo-Stücke sollen neu geprägt und von Oktober ab in Umlauf gesetzt werden. Der Feingehalt des Silberescudos wird auf 835 Tausendstel festgesetzt.

Bank von Portugal. Der Diskontsatz bleibt unverändert auf 5,5 %.

XI. Schweden, Norwegen, Dänemark.

Schweden. Schwedische Reichsbank. Der Diskontsatz bleibt das ganze Quartal hindurch 4½ %. Die Bank nimmt an der Emission der Stadthypothekenkasse des Königreichs Schweden teil (siehe diese).

Digitized by Google

Schwedische Reichs-Hypothekenbank, Stockholm. Der Gewinn für 1913 beträgt 0,07 (i. V. 0,06) Mill. Kr., wodurch der angesammelte Gewinn (Reservefonds) auf 1,09 Mill. Kr. wächst. Ende 1913 werden ausgewiesen: Pfandbriefe 300,14 (296,28), Forderungen der Hypothekenvereine 76,13 (75,31), Ausleihungen an diese 373,60 (371,53) Mill. Kr.

Stadthypothekenkasse des Königreichs Schweden. Der Reingewinn für 1913 beträgt 0,11 (i. V. 0,13) Mill. Kr., die der Reserve überwiesen werden. Ende 1913 werden ausgewiesen: Pfandbriefe im Umlauf 181,27 (161,78), Hypothekendarlehen 153,16 (141,71), Kommunaldarlehen 5,95 (6,11) Mill. Kr. Die Bank begibt an ein Konsortium, bestehend aus der Schwedischen Reichsbank, der Skandinaviska, Stockholms Enskilda Bank u. a., 15 Mill. Kr. eigene 5 % Obligationen zu 101 %.

Bankenfusion. In eine neue Aktienbank von 68 Mill. Kr. Kapital und von Reserven in mindestens gleicher Höhe sollen die folgenden Banken aufgehen: Norrlandsbanken, Sveriges Privata Centralbank, Skanska Handelsbanken, Soedra Sverige, ferner Banken in Boras, Norrköping, Oerebro, Helsingland, Södermanland, Uppland und Oestergötland. Diese Banken verfügen (vor der Fusion) insgesamt über 95,40 Mill. Kr. Kapital und 56 Mill. Kr. Reserven.

Göteborgs Handelsbank, Gotenburg. Nimmt die in Liquidation tretende Aktiebolag. Elesjö Folkbank auf, deren Kapital 0.23 Mill. Kr. bei etwa 1 Mill. Kr. Reserven beträgt. Nimmt teil an der Emission von 5 Mill. Kr. Helsingborger Stadtanleihe (s. Skandinaviska Kreditaktiebolaget).

Norrlandsbanken, Stockholm. Beschließt die Ausgabe amortisabler Obligationen mit höchstens 10 jähriger Laufzeit, deren Gesamtbetrag ein Drittel des Reservefonds (jetzt 9 Mill. Kr.) nicht übersteigen soll. Uebernimmt die Bestände der Gefleborgs Handelsbank. Vgl. ferner unter Bankfusion.

Skandinaviska Kreditaktiebolaget, Stockholm. Legt konsortialiter 6 Mill. Kr. 4½ % Stockholmer Stadtanleihe zu 97½ %, ferner 5 Mill. Kr. 5 % Helsingborger Stadtanleihe al pari, 4,72 Mill. Kr. 5% Malmöer Stadtanleihe zu 100½ %, 10 Mill. Kr. 5% Obligationen der Uddeholms Aktiebolag. al pari, ferner 4½ Mill. Kr. 5½% Obligationen der Stockholms Superfosfatfabriks A.-B. al pari auf. Siehe ferner Stadthypothekenkasse des Königreichs Schweden.

Skanska Handelsbanken. Siehe unter Bankenfusion.

Södermanlands Enskilda Bank. Gibt 2 Mill. Kr. mit 5 % Vorzugsdividende ausgestattete Kommanditanteile aus, durch die sich das Kapital auf 8 Mill. Kr. erhöht. Die bisher auf 1000 Kr. lautenden Aktien werden in solche à 100 Kr. geteilt.

Stockholms Enskilda Bank. Legt mit der Finlands Bank und der Helsingfors Aktiebank 5½ Mill. fin. Mark 6% Obligationsanleihe der Finska Angfartygsaktiebol. zu pari auf. Nimmt an der Emission der Stockholmer Stadtanleihe (s. Skandinaviska Kreditaktiebolaget) sowie an derjenigen der Stadthypothekenkasse des Königreichs Schweden (s. diese) teil.

Sundsvalls Enskilda Bank. Feiert ihr 50 jähriges Bestehen. (Das Kapital beträgt heute 10,25, der Reservefonds 10,50 Millionen Kr.)

Sydsvenska Kreditaktiebolaget, Malmö. Nimmt die Aktiebolaget Filipstads Bank auf, zu welchem Zwecke 1 Mill. Kr. neue Aktien zu pari ausgegeben werden.

Digitized by Google

Norwegen. Bank von Norwegen. Erhöht am 24. Juni ihren Diskontsatz von 4½ auf 5 %.

Christiania Hypothek- og Realkredit-Bank. Verteilt 5 (i. V. 4) % Dividende. Ende 1913 beträgt der Obligationenumlauf 23,85 (Ende 1912 25,17) Mill. Kr., die Ausleihungen 23,96 (25,24) Mill. Kr.

Hypotheken-Bank des Königreichs Norwegen. Die Londoner Emissionsinstitute erklären, die laufenden und zukünftigen Obligationen der Bank nicht ohne staatliche Garantie übernehmen zu wollen. Die Regierung ist nicht abgeneigt, die Obligationen zu garantieren. Zurzeit laufen etwa 186 Mill. Kr. Obligationen um.

Norwegische Industrie-Hypotheken-Bank. Legt 5,3 Mill. Kr. 5% eigene Obligationen zu 98½% auf.

Dänemark. Dänische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt während des ganzen Quartals unverändert 5%.

Dividenden verschiedener Banken. Es verteilen: Dänisch-westindische Nationalbank 5½%, Islands Bank 5 (i. V. 5½) %, Dänische Handelsbank 8%.

Dänische Landmannsbank, Kopenhagen. Uebernimmt 1 Mill. Fr. einj. provisorische Wechselanleihe der Stadt Aalborg zu 4⅜% + 1% Provision.

Kreditverein Jütländischer Landeigentümer. Der Obligationenumlauf Ende März beträgt 402,95, die Darlehen 402,96 Mill. Kronen.

Kreditverein von Grundbesitzern in Kopenhagen und Umgegend. Aus dem Status per Ende Dezember 1913: Obligationen 146,17 (i. V. 142,27), Hypothekendarlehen 146,17 (142,30) Mill. Kronen.

XII. Balkanstaaten.

Türkei. Bankgründungen: Unter Führung der Banque française pour le commerce et l'industrie sowie der Société nationale pour le commerce et l'industrie dans l'empire ottoman soll mit 2 Mill. £ t., worauf 25% einzuzahlen, eine Türkische Grundcredit-Bank errichtet werden, an der auch die Deutsche Bank und S. Bleichröder beteiligt sind. An die Spitze der Bank soll Léon Pissard treten, der von seinem Posten als Generaldirektor der Dette Publique zurücktritt. Erwogen wird ferner die Gründung einer mohammedanischen Handelsbank, welche die national-türkische Kaufmannschaft zu moderner Geschäftsführung erziehen soll.

Imperial Ottoman Bank (Banque Impériale Ottomane), Konstantinopel. Zahlt wieder 7% Dividende. Der Notenumlauf beträgt Ende 1913 1,07 (i. V. 1,12) Mill. £. Die fremden Gelder sind von 12,09 auf 14,62 Mill. £ gestiegen. Der frühere Generaldirektor Revoil (vgl. Sept.-Heft 1913) ist gestorben. Die Niederlassungen in Monastir und Uesküb gehen an die Banque Franco-Serbe über.

National Bank of Turkey, Konstantinopel. Verteilt aus einem Reingewinn von 23 790 (26 494) £ t. wieder 5% Dividende und geht in die Banque de Salonique auf (s. diese unter Griechenland).

Rumänien. Rumänische Nationalbank. Der Diskontsatz wird am 14. Mai von 6 auf 5½% herabgesetzt.

Bankgründungen. Es wird mit 10 Mill. Lei Kapital, worauf 40% eingezahlt, die Banca Franco-Romana errichtet, die zur Hälfte mit französischem und zur Hälfte mit rumänischem Geld arbeitet, aber unter rein rumänischer Verwaltung steht. — Ferner werden gegründet:

Digitized by Google

die Banca sindicatula agricol Prahova und die Banca di sconto in Craiova mit je 0,5 Mill. Lei, die Banca Albina mit 0,18 Mill. Lei und der Creditul Romanesc mit 0,2 Mill. Lei Kapital.

Banca Generala Romana. Verteilt für 1913 12 (i. V. 10) % Dividende. Von den 15 Mill. Lei Kapital partizipieren 2½ Mill. Lei nur zur Hälfte.

Crédit Foncier Urbain de Craiova. Begibt in Paris 10 Mill. Fr. 5% Obligationen zu 95%.

Bulgarien. Währung. Das Goldagio steigt infolge der Auflösung des Regulierungssyndikats wieder auf 9% (s. Bulgarische Nationalbank).

Börsenwesen. Die erste bulgarische Effektenbörse wird in Sofia gegründet.

Bulgarische Nationalbank. Das Bankensyndikat zur Regelung des Devisenkurses löst sich auf. Die Nationalbank hatte sich von vornherein das Recht zum Rücktritt vorbehalten, sobald ihr Devisen-Bestand auf 25 Mill. Fr. sinken würde. Obwohl ihr Vorrat noch größer ist, weigert sie sich, weiter Devisen abzugeben, um nicht die Spekulation zu begünstigen; nominell hält sich der Wechselkurs auf 107½, im Markte steigt er jedoch auf 109. Die Bank erhält von einer österreichisch-deutschen Gruppe einen Vorschuß von 10 Mill. Fr., aus dem sie dem Markte wieder einiges Devisenmaterial zur Verfügung stellt, jedoch nur gegen Barzahlung, da ihr Notenumlauf übermäßig angeschwollen ist.

Banque Balkanique, Sofia. Verteilt wieder 8½% Dividende aus, 0,76 (i. V. 0,69) Mill. Fr. Reingewinn. Das Kapital soll von 6 auf 10 Mill. Fr. erhöht werden.

Banque de Crédit, Sofia. Zahlt für 1913 5% Dividende. In Burgas soll eine Zweigstelle errichtet werden.

Serbien. Währungsreform. Die Regierung will ihr Goldguthaben bei der Nationalbank von etwa 50 Mill. Fr. (dem eine ebenso hohe Schuld an die Bank in Silber gegenübersteht) zur Grundlage einer Währungsreform machen. Die Noten der Nationalbank sollen danach künftig in Gold oder Silber eingelöst werden. Da mit der (privaten) Nationalbank (s. auch diese) eine Einigung nicht erzielt werden kann, erwägt die Regierung die Errichtung einer neuen Notenbank.

Serbische Nationalbank. Lehnt bei den Verhandlungen mit der Regierung wegen der Währungsreform (siehe diese) die Forderung ab, daß ihr Kapital, von dem jetzt 50% gleich 10 Mill. Dinar eingezahlt sind, voll eingezahlt werde, und daß der Gouverneur und drei von den sieben Mitgliedern des Kontrollausschusses von der Regierung zu ernennen seien. Die Regierung erwägt daher die Uebertragung des Notenemissionsrechts auf eine neu zu gründende Bank.

Banque Franco-Serbe, Belgrad—Paris. Aus dem Reingewinn für 1913 von 1.17 (i. V. 0,53) Mill. Dinar werden wieder 6% Dividende gezahlt. Uebernimmt die Niederlassungen der Imperial Ottoman Bank in Monastir und Uesküb.

Serbische Creditbank, Belgrad. Zahlt für 1913 aus einem Reingewinn von 0,16 Mill. Dinar 7% Dividende.

Griechenland. Währung. Mit Hilfe der Nationalbank soll unter Ausschaltung der türkischen Silber- u. Scheidemünzen das griechische Münzwesen auf die neuerworbenen Gebiete übertragen werden. Als Umrechnungskurs für das £ t. will die Regierung 22,71 Drachmen festsetzen.

Griechische Nationalbank. An die Stelle des verunglückten Gouverneurs Valaoritis tritt der bisherige Subgouverneur

Digitized by Google

Eutaxias. Die Bank führt das Konsortium für die 5% griechische Anleihe von 1914 von 250 Mill. Dr. (Emittiert à 92%). Siehe auch unter Währung.

Bankgründungen. Die Regierung plant die Gründung einer Landwirtschaftsbank für Makedonien als Nachfolgerin der dortigen türkischen Landwirtschaftsbank. — Eine Banque du Crédit Foncier de Grèce soll mit 25 Mill. Dr. Kapital unter Teilnahme französischer Banken errichtet werden, die Obligationen bis zum Betrage von 225 Mill. Dr. auf dem Pariser Markt zu emittieren berechtigt sein soll.

Banque d'Athènes. In der Bilanz für 1913, die unter den im Juniheft erwähnten Verhältnissen nur provisorisch aufgestellt werden kann, werden ausgewiesen: Bar und Bankguthaben 10,42 (i. V. 16,57), Auslandsguthaben 9,07 (10,60), Einlagen 85,51 (104,40) Mill. Dr. Die französischen Aktionäre erklären dem neuen Generaldirektor Eliasco ihr volles Vertrauen und erwarten, daß nach Beendigung der ägyptischen Krise die entwerteten Anlagen der Bank eine erhebliche Wertsteigerung erfahren werden.

Banque de Salonique. Der Reingewinn für 1913 beträgt 1,27 (i. V. 0,87) Mill. Dr., die Dividende 5 (0) Fr. Das Kapital wird von 20 auf 30 Mill. Dr. erhöht. Die der Banque de Paris et des Pays-Bas und der Société Générale nahestehende Bank übernimmt die National Bank of Turkey, von deren Verwaltungsrat nur Sir Ernest Cassel bleibt, der an der Bank finanziell beteiligt ist. Auch die Niederlassungen der Russisch-Asiatischen Bank sollen, soweit sie in den von den Balkanstaaten eroberten Gebieten liegen, an die Bank übergehen.

Montenegro. Währung. Die Regierung läßt in der Wiener Münze 0,5 Mill. Perpera Silber prägen; das Metall bezieht sie von der Oesterreichisch-Ungarischen Bank gegen Barzahlung.

Albanien. Errichtung einer Staatsbank. Es wird geplant, eine Nationalbank mit 75 Mill. Fr. Kapital zu gründen, zu dem alle Großmächte zu gleichen Teilen beitragen sollen. Die Leitung würde in den Händen Italiens und Oesterreichs liegen.

XIII. Japan.

Bank von Japan. Aus dem Status per Ende Juni: Kassenbestand 221,3 (i. V. 220,5), Notenumlauf 344,4 (i. V. 361,2), Guthaben der Privaten 10,6 (5,4), Guthaben des Staates 163,1 (188,9) Mill. Yen.

Postsparkassen. Die Anzahl der Kontoinhaber, die Anfang des Jahres 12 753 913 betragen hat, ist bis Ende März auf 12 862 102 gestiegen, dann aber bis 25. April auf 12 851 501 zurückgefallen. Die Summe der Guthaben hat sich in der entsprechenden Zeit von 195,90 Mill. Yen auf 191,44 und weiter auf 191,01 Mill. Yen vermindert.

Bankschwierigkeiten. Die Osaka-Bank im Kansaigebiet hat sich in industriellen Beteiligungen derart festgefahren, daß sie die Regierung um Hilfe angehen muß. — Bei der Kitahama-Bank in Osaka muß infolge eines Runs die Reichsbank mit 3 Mill. Yen einspringen. — Auch die Koshin-Bank in Kyobashi hat einen Run zu bestehen. — Die Mansai-Bank in Tokio steht vor der Sanierung.

Bank von Chosen. Bezahlt aus dem Reingewinn für das zweite Semester 1914 von 0,22 Mill. Yen 3% Semestraldividende = 6% p. a.

XIV. Verschiedene Länder.

Argentinien. Währung. Der Goldbestand der Argentinischen Konversionskasse beträgt Ende Juni 213 Mill. $ (Ende 1913: 235 Mill., Ende Juni 1913: 266 Mill. $). Die Depositen bei den einheimischen Aktienbanken sind gegen das Vorjahr um 105 Mill. $ zurückgegangen.

Digitized by Google

Bankgründung. Die Regierung will den lange erwogenen Plan einer Ackerbaubank mit 60 Mill. Pesos Papier Kapital von neuem aufnehmen.

Argentinische Nationalbank. (Banco de la Nación), Buenos Aires. Die Depositen sind bis zum Mai gegen den entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres um 7 Mill. und die Darlehen um 18 Mill. Pesos gewachsen.

Banco del Comercio, Buenos Aires. Schlägt den Aktionären die Liquidation vor. (Vergl. Banque Brésilienne Italo-Belge unter Belgien.)

Bolivien. Die Bankgesetzgebung des Landes wird geändert. Jede Bank hat 20% ihres Kapitals in Aktien der Banco de la Nacion anzulegen, die fremden Banken 20% des vorgeschriebenen Mindestkapitals (50 000 £) in bolivianischen Werten, von dem darüber hinaus vorhandenen Kapital nur 5%. Die heimischen Banken haben 5% ihres Reingewinnes, die fremden 5% ihres Bruttogewinnes als Steuer zu zahlen. Alle Banken müssen 5% ihrer Depositen in Gold halten. Das Recht der Ausgabe von Noten steht künftig allein dem Banco de la Nacion zu; die umlaufenden Noten der anderen Banken sind binnen fünf Jahren aus dem Verkehr zu ziehen.

Banco de la Nacion, La Paz. Erhält die Ermächtigung, ihr Kapital bis auf 4 Mill. £ zu erhöhen. Die umlaufenden Noten dürfen 150% des Kapitals nicht überschreiten und müssen im übrigen bis 1918 mit 40%, in den folgenden Jahren mit je 2% mehr bis zum Maximum von 50% in Gold gedeckt sein. Die Notensteuer beträgt bis Ende 1916 ½%, bis Ende 1922 1%, später 1½%. Die Bank gewährt der Regierung ein zinsfreies Darlehen. Vergl. auch vorstehende Notiz.

Brasilien. Währung. Der Wechselkurs in Rio de Janeiro (für 90 Tage Sichtwechsel auf London), der infolge des zeitweise günstigen Verlaufes der brasilianischen Anleiheverhandlungen sich bis auf $16^{7}/_{32}$ d erholt hat, sinkt wieder auf $16^{1}/_{16}$ d (und neuestens auf ca. $15^{1}/_{2}$ d.)

Banco do Brasil, Rio de Janeiro. Der Reingewinn für 1913 beträgt 15,36 (13,52) Mill. Milreis, die Dividende wieder 10%.

Banque Hypothécaire et Agricole d'Espirito Santo, Victoria. Die 1911 mit 5,90 Mill. Milreis Kapital (wovon 10% eingezahlt) gegründete Bank, die für 1912 5% Dividende zahlte, vermag die vom Staate Espirito Santo garantierten Zinsen für ihre 0,08 Mill. Milreis 5% Obligationen nicht zu zahlen; auch der Staat verweigert die Zahlung.

Chile. Währung. Das Inkrafttreten des Gesetzes zur Stabilisierung des Wechselkurses (s. Juniheft) soll beschleunigt werden. Statt auf 12 d pro Peso soll der Standard auf 10 d festgesetzt werden. Vor Einführung der Papierwährung (1898) war er 18 d. Das erste Drittel (rund 45 Mill. M.) des Guthabens der Konversionskasse in Deutschland wird Ende April nach England übertragen. Ueber den Rest soll im Laufe des Jahres analog verfügt werden.

China. Währung. Die Durchführung des Währungsgesetzes ist infolge des Scheiterns der Fünfmächte-Anleihe unmöglich. Um den Kredit der chinesischen Regierung zu schädigen, wird von revolutionärer Seite in Japan hergestelltes falsches Papiergeld und falsche Noten der Verkehrsbank und der China-Bank in großem Maßstabe in Umlauf gesetzt.

Digitized by Google

Cuba. Banco de Emisión Cubano, Habana. Dem Senat von Cuba liegt ein Projekt zur Gründung einer Emissionsbank obigen Namens mit 20 Mill. Doll. Kapital vor.

Egypten. Egyptische Hypothekenbank, Kairo. (Gründung der Deutschen Orientbank.) Verteilt für 1913 eine Dividende von 4%. Hat bisher noch keine Obligationen emittieren können.

National Bank of Egypt, Cairo. Der Reingewinn für 1913 beträgt 242,653 (i. V. 236,441) £, die Dividende 7½ (8) %. Für 1910 betrug die Dividende noch 9%. Der Notenumlauf betrug Ende Dezember 1913 2,70 (i. V. 2,46) Mill. £.

Haiti. Banque Nationale de la République de Haiti. Der Reingewinn für 1913 beträgt 0,74 (i. V. 0,66) Mill. Fr., die Dividende wieder 8¾%.

Marokko. Währung. Der Kurs des Frank sinkt Ende 1913 auf 135. Die Landesmünze (Hassani-Peseta) hat 1913 Schwankungen von etwa 17% unterlegen.

Marokkanische Staatsbank. Der Reingewinn für 1913 beträgt 1,57 (i. V. 1,55) Mill. Fr., die Dividende wieder 6%; der Metallbestand beträgt 11,44 (7,33) Mill. Fr., davon 1,73 Mill. in Franken, der Rest in 13,15 Mill. Hassani-Pesetas. Diese strömen als Einlagen, auch von seiten des Staates selbst, in die Kassen der Bank. Der Notenumlauf belief sich Ende 1913 auf 3,13 (1,44) Mill. Hassani-Pesetas.

Banque Commerciale du Maroc. Verteilt aus einem Reingewinn von 0,30 Mill. Fr. 12½ Fr. Dividende.

Mexiko. Währung. Der Wechselkurs sinkt Mitte April weiter bis ca. 1,09 M., erholt sich aber Mitte Juni wieder auf ca. 1,44 M.

Bankwesen. Den beiden Hypothekenbanken wird ein Moratorium für den Rest des Jahres eingeräumt, von dem aber nur der Credito Territorial Mexicano durch Nichteinlösung des Juli-Coupons Gebrauch macht.

Mexikanische Nationalbank. Der Reingewinn für 1913 von 6,02 (i. V. 5,82) Mill. Pesos wird der außerordentlichen Reserve zugeführt, der dagegen 11,25 Mill. Pesos zur Deckung der Dubiosen und Verluste entnommen werden, hauptsächlich für die Verbindlichkeiten der Compania Bancaria de Fomento y Bienes (siehe Septemberheft 1913). Die außerordentliche Reserve beträgt nunmehr 7,14 (12,40) Mill. Pesos, die ordentliche Reserve 16 Mill. Pesos = 50% des Kapitals. Die meisten Zweigstellen werden wegen des Bürgerkrieges geschlossen.

Mexikanische Darlehnskasse für Bewässerungsanlagen, Mexiko (Caja de Prestamos para obras de Irrigacion etc.). Zahlt für 1913 keine (i. V. 6%, 1911 10,34%) Dividende. Die beabsichtigte Erhöhung des Kapitals um 10 auf 20 Mill. $ wird vertagt. Für den Zinsendienst der 50 Mill. $ 4½% Obligationen, der bei normalem Wechselkurs nur etwa 2,26 Mill. $ erfordert, werden 1913 infolge der Währungsverschlechterung 2,87 Mill. $ aufgewandt. Die Hypothekendarlehen Ende 1913 betragen 51,29 (49,22) Mill. $. Der Maicoupon 1914 der Obligationen wird trotz der Regierungsgarantie nicht eingelöst.

Banco de Londres y Mexico, Mexiko. Weist pro 1913 einen Verlust von 0,15 Mill. Pesos aus und zahlt keine Dividende (gegen 6% Dividende aus 2,99 Mill. Pesos Reingewinn im Vorjahre).

Banque Internationale et Hypothécaire du Mexique. Der Reingewinn für 1913 beträgt 0,52 Mill. Pesos (wie i. V.), die Dividende 8 (10) %.

Digitized by Google

Nicaragua. Staatsbank von Nicaragua. Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten teilt mit, daß eine New Yorker Bankgruppe 51% der Aktien der Staatsbank besitzt.

Paraguay. Banco de la República. Soll der Regierung einen Vorschuß von ½ Mill. Pesetas gewähren zwecks Vornahme von Hafenbauten.

Banco Agricola. Es wird eine Kapitalserhöhung zur Gewährung billiger Kredite an Landwirte und Kolonisten geplant.

Persien. Währung. Von dem Währungsgeld (Silber), das größtenteils aus Barren europäischer Herkunft geprägt wird, sind im letzten Jahre 37,4 Mill. Kran wieder ausgeführt worden, davon 32,6 Mill. Kran nach Rußland.

Imperial Bank of Persia. Verteilt für das erste Semester eine Interimsdividende von wiederum 4 sh per share.

Peru. Bankwesen. Die politische Unsicherheit und die wirtschaftliche Depression in ganz Südamerika verursachen große Verluste aller peruanischen Banken. Nur der Banco Italiano und die Filiale des Banco Alemán Transatlántico (Deutsche Uebersee-Bank) machen angeblich eine Ausnahme.

Uruguay. Banco de la Republica Oriental del Uruguay, Montevideo. Die (im Juniheft erwähnte) 2 Mill.-£-Anleihe hat den Metallbestand der Bank verstärkt, so daß er sich jetzt auf 80 Mill. Fr. stellt und bei einem Notenumlauf von 110 Mill. Fr. das gesetzliche Minimum um 26% übersteigt.

Crédit Foncier del Uruguay, Montevideo. Der Reingewinn für 1913 beträgt 0,36 (i. V. 0,38) Mill. Fr., die Dividende wieder 12,50 Fr.

Umschau.

DIE DEUTSCHEN KRIEGSANLEIHEN.

Erst etwa sechs Wochen nach Ausbruch des großen Krieges ist das Reich an das deutsche Volk mit der Aufforderung herangetreten, die ungeheuren Kosten dieses Existenzkampfes durch Uebernahme einer Anleihe und von Schatzanweisungen decken zu helfen. Daß man nicht im allerersten Stadium des Krieges mit einer Anleihe herausgekommen ist, liegt an den schlechten Erfahrungen, die man 1870 mit der Anleihe des Norddeutschen Bundes gemacht hat, die wenige Tage nach der Kriegserklärung zur Zeichnung aufgelegt wurde und ein recht klägliches Ergebnis hatte. Der Appell an das nationale Pflichtbewußtsein ist eben wirksamer nach, als vor der Bekanntgabe der ersten militärischen Erfolge. Das Psychologische spielt nun einmal eine große Rolle bei der Durchführung solcher vaterländischen Aktionen. Vielleicht wäre es mit Rücksicht darauf angebracht gewesen, diesmal nicht volle anderthalb Monate zu warten, sondern schon die elementare Begeisterung nach den Siegen von Lüttich und Metz zum Angebot der ersten Kriegsanleihe zu benutzen. Das wäre auch im Hinblick auf die wünschenswerte Entlastung der Deutschen Reichsbank von Vorteil gewesen, deren enormer Umlauf an ungedeckten Noten zwar ohne schädliche Nebenwirkung ist, solange er lediglich den Platzhalter für das in alle möglichen Verstecke fliehende Bargeld abgibt, aber sofort nachteilig auf die Währung einwirkt, sobald er Dienste als Zusatzgeld verrichtet; und das ist seit kurzem der Fall, da ein großer Teil unserer gewohnten

Digitized by Google

Tauschmittel bereits wieder aus den Tresoren und Kästen in den Verkehr zurückgeströmt ist. Abgesehen von diesem kleinen Bedenken, das übrigens durch die Erwägung noch gemildert wird, daß die Emission durch die Verzögerung dem günstigen Zeitpunkt des 1. Oktober mit seinem so lebhaften Anlagebedürfnis nahegerückt worden ist, muß man den Maßnahmen der Finanzverwaltung Lob zollen. Materiell wie technisch ist alles so zweckmäßig angeordnet, daß ein großer Erfolg selbst dann gewährleistet sein würde, wenn die Bevölkerung sich nicht bewußt wäre, daß es heute die verdammte Pflicht und Schuldigkeit jedes Besitzenden ist, der friedlich am häuslichen Herde hockt, zur Deckung der Kosten seines eigenen Schutzes beizutragen. Die Anleihebedingungen sind so gestellt, daß sich für den Zeichner ein großer Vorteil mit der Pflicht verbindet. Für jeden Geschmack ist gesorgt. Man bietet 1 Milliarde Mark 5 % Reichsschatzanweisungen, die von 1918 bis 1920, also im Durchschnitt nach fünf Jahren, zum Nennwert rückzahlbar sind, à 97½ % allen denen an, die mehr Wert auf hohe Verzinsung als auf eine Daueranlage legen; der Realzins beträgt dank der schnellen Amortisation ca. 5⅔ %. Für diejenigen, die es vorziehen, länger im Besitz eines etwas niedriger, absolut aber auch noch recht hoch verzinslichen Papiers zu bleiben, wird zum gleichen Kurse eine 5 % Reichsanleihe aufgelegt, die zehn Jahre unkündbar ist und eine Rente von etwa 5⅓ % abwirft. Was die Anleihe an Verzinsung weniger bietet als die Schatzanweisungen, wird durch die Möglichkeit einer höheren Kurssteigerung ersetzt; denn da anzunehmen ist, daß das Deutsche Reich bald nach dem Kriege wieder zu seinem 4%igen Zinsstandard zurückkehren kann, ist zu erwarten, daß die 5% Anleihe den Paristand erheblich übersteigen wird, was bei den Schatzanweisungen mit ihrer kurzen Laufzeit nicht in demselben Maße vorausgesetzt werden darf. Vom fiskalischen Gesichtspunkt könnte man die Anleihebedingungen vielleicht sogar etwas zu günstig für den Zeichner finden. Man könnte meinen, daß das Deutsche Reich nach sechs derart erfolgreichen Kriegswochen, wie sie jetzt hinter uns liegen, nicht nötig habe, 5⅓ und 5⅔ % Zins zu bewilligen. In der Tat werden alle die Provinzen, Kreise und Kommunen, die jetzt so freigebig mit Notstandskrediten, Beiträgen zu Kriegskassen und Hilfsfonds sind, mit Schrecken an die Zeit denken, wo sie selbst an den Geldmarkt appellieren und mit den hochverzinslichen Reichsanleihen in Konkurrenz treten müssen. Aber man hat dennoch recht daran getan, nicht mit den Zinsen zu sparen. Es handelt sich darum, die noch immer aufgespeicherten Gelder und Guthaben möglichst restlos aus der Bevölkerung herauszuholen, und dem Auslande, nicht zuletzt England, zu zeigen, daß es mit unserer finanziellen Kraft besser bestellt ist, als man rund um uns herum glaubt. Deshalb müssen unsere flüssigen Kapitalien in möglichst großem Umfange in die Hände der Reichsfinanzverwaltung gelegt werden. Wenn wir in der Lage sein werden, der Welt eine imposante Zeichnungsziffer bekanntzugeben, so wird das nicht nur unser eigenes nationales Selbstvertrauen aufrechterhalten, sondern uns auch die mit Furcht gemischte Hochachtung unserer Feinde eintragen, was außerordentlich wichtig ist; nicht des moralischen Effekts halber, sondern wegen der praktischen Folgen. Hat doch noch zu keiner Zeit in dem Maße wie heute auf uns das Horazische „Oderint dum metuant!" gepaßt. Je mehr sich dem Haß unserer Gegner Furcht vor unserer finanziellen Ausdauer beigesellt (an der militärischen zweifelt niemand), um so schneller wird man uns die Hand zum Frieden entgegenstrecken, und um so vorteilhaftere Bedingungen werden wir durchsetzen können. Das Zeichnungsresultat der Anleihen muß also den Nachweis mehr als hinreichender Mittel in der denkbar augenfälligsten Form erbringen, und deshalb ist es taktisch klug, daß man sich nicht lediglich auf das nationale Pflichtgefühl verläßt, sondern auch das Lockmittel eines etwas höheren Zinses anwendet, als er dem Erfolge unserer Waffen

Digitized by Google

und dem Stande unserer Reichsfinanzen eigentlich entspricht. Unter dem gleichen Gesichtspunkt ist es auch klug, daß man zwar den Betrag der auszugebenden Schatzanweisungen auf 1 Milliarde Mark begrenzt hat — um dem Reich nicht schon in den ersten Jahren nach dem Kriege zu hohe Tilgungslasten aufzuerlegen —, dagegen einen Höchstbetrag für die Reichsanleihe nicht festgesetzt hat. Auf diese Weise werden diesmal die lästigen „Konzertzeichnungen" ausgeschaltet, die sonst das Bild des Anleiheerfolges zu fälschen pflegen. Jeder Zeichner muß damit rechnen, daß ihm der volle Betrag seiner Zeichnung zugeteilt wird. Nur wenn die Zeichnungen über den Betrag des vom Reichstage bewilligten Höchstkredits von 5 Milliarden Mark hinausgehen sollten, was nicht anzunehmen ist, wäre eine volle Zuteilung untunlich. Es wird darum niemand mehr zeichnen, als er tatsächlich zu erhalten wünscht, und die Totalanmeldung auf die Anleihe wird kein Blendwerk sein, sondern genau dem wirklichen Anlagewillen und -können entsprechen. Zu billigen ist ferner, daß man die Anleihe zu einem Zeitpunkt herausbringt, wo die Börse noch geschlossen ist. Dadurch wird es unmöglich gemacht, daß Tauschoperationen vorgenommen und die Mittel zur Bezahlung der neuen Anleihen aus Verkäufen der alten, niedriger verzinslichen Anleihen beschafft werden, deren Kursrückgang den Effekt eines noch so günstigen Zeichnungsresultats zerstören würde. Es wird sich natürlich nicht hindern lassen, daß der Kurs der alten Anleihen dennoch zurückgeht, sobald die Börse wieder geöffnet werden wird, was nicht mehr lange dauern kann; aber dann wird der Rückgang keine üble Einwirkung mehr auf die neuen Anleihen ausüben. Da gegenüber der unbedingten Notwendigkeit, einen vollen Emissionserfolg zu erzielen, alle sonstigen Rücksichten in den Hintergrund zu treten haben, darf man auch eine Maßnahme billigen, die an und für sich nicht ohne Bedenken ist. Das ist die Aufforderung an das Publikum, sich die Mittel zur Zeichnung erforderlichenfalls durch Lombardierung von Effekten bei den Kriegsdarlehnskassen zu verschaffen, und die Herabsetzung des Zinses für derartige Zweck-Lombards von 6½ auf 6 %. Jede Schuldverschreibung des Deutschen Reiches, die aus den Vorschüssen der Darlehnskassen bezahlt wird, hat, streng genommen, als nicht ausgegeben zu gelten. Wenn man sich den Vorgang klar macht, erkennt man, daß das Reich mit einer solchen Schuldverschreibung nur seine eigenen Darlehnskassenscheine zurückkauft, d. h. eine unverzinsliche Schuld durch eine verzinsliche ersetzt. Und wenn es auch währungspolitisch vernünftig, ja sogar notwendig ist, möglichst viel öffentlich umlaufende Zwangsanleihen mit Geldcharakter, d. h. ungedeckte Banknoten und Darlehnskassenscheine, in freiwillige Anleihen mit Anlagecharakter umzutauschen, so ist es doch unwirtschaftlich, solche ungedeckten Noten nur zu dem Zweck auszugeben, um sie sofort gegen hochverzinsliche Anleihen wieder einziehen zu können. Gibt man die Noten dann nochmals aus, so bedeutet der Umweg über die Anleihen eine kostspielige Umständlichkeit. Immerhin läßt sich dieses nicht ganz logische Verfahren mit der Erwägung rechtfertigen, daß die Schulden, welche die Bevölkerung bei den Darlehnskassen macht, um auf die Anleihen zeichnen zu können, binnen kurzer Zeit aus der auch während des Krieges nicht ganz unterbrochenen Neubildung von Sparkapital getilgt werden. In dem Maße, wie dies geschieht, verschwinden die Darlehnskassenscheine und ungedeckten Noten wieder aus dem Verkehr, und es bleibt von der ganzen Operation nur das Resultat übrig, daß die Sparkraft eines kommenden halben oder ganzen Jahres zugunsten der Anleihen zum Teil vorweggenommen worden ist. Und das muß angesichts der hohen Bedeutung, die ein großer Zeichnungserfolg unter den heutigen Verhältnissen für Deutschland hat, als ein erlaubtes staatsmännisches Hilfsmittel bezeichnet werden.

Digitized by Google

DIE LEISTUNGSFAEHIGKEIT DER DEUTSCHEN PRIVATNOTENBANKEN.

Von den 32 Privatnotenbanken, die in Deutschland existiert haben, als im Jahre 1875 das Notenbankwesen vereinheitlicht und die Preußische Bank in die Deutsche Reichsbank umgewandelt worden ist, bestehen heute nur noch vier. An diese vier Banken ist in den kritischen Tagen von Ende Juli bis gegen Mitte August zum erstenmal seit längerer Zeit wieder die Gelegenheit herangetreten, den Nachweis zu erbringen, daß sie ihr Dasein, das dem Einheitsgedanken eigentlich widerspricht, nicht nur historischen und partikularistischen Rücksichten, sondern auch Zweckmäßigkeitsgründen verdanken. Unmittelbar vor und nach dem Kriegsausbruch sind an die Reichsbank aus allen Teilen Deutschlands so enorme Ansprüche gestellt worden, daß ihr jede Unterstützung seitens der vier gleich ihr mit dem Notenprivileg ausgestatteten Banken, über deren Konkurrenz sie früher so oft geklagt hat, außerordentlich willkommen gewesen wäre. In Wirklichkeit aber haben ihr die Banken keine oder nur eine unwesentliche, praktisch ganz belanglose Hilfe geleistet. Lediglich die Sächsische Bank hat in ihrem engeren Bezirk eine Leihtätigkeit entfaltet, die wenigstens den guten Willen erkennen ließ, helfend einzugreifen. Sie hat vom 24. Juli bis 7. August für den verhältnismäßig hohen Betrag von 45,7 Mill. M. Wechsel diskontiert und dadurch ihren Wechselbestand mehr als verdoppelt, ohne Rücksicht darauf, daß sie ihr steuerfreies Notenkontingent von 16,77 Mill. M. in noch nicht dagewesenem Maße überschreiten und für mehr als 25 Mill. M. 5 Prozent Notensteuer entrichten mußte. Die anderen drei Banken haben sofort Halt gemacht, als sie sich ihrer Kontingentsgrenze näherten, die für die Bayerische Notenbank bei 32 Mill. M., für die Württembergische und Badische bei 10 Mill. M. liegt. Dabei haben freilich zwei von ihnen, nämlich die Bayerische und die Württembergische, unter einem Zwange gehandelt. Ihr Notenumlauf ist satzungsgemäß auf 70 bzw. 25,7 Mill. M. beschränkt, und sie sind von diesem Maximum Ende Juli nur noch ganz unwesentlich entfernt gewesen. Dagegen hat die Badische Bank, deren Notenumlauf auf 27 Mill. M. ansteigen darf, noch einen sehr großen Spielraum gehabt, ohne ihn auszunutzen. Ihr Wechselbestand ist in den kritischen Tagen nicht einmal so hoch gewesen, wie er an den gewöhnlichen Quartalsterminen zu sein pflegt. Der Sächsischen Bank ist zustatten gekommen, daß sie als einzige von den Privatbanken ihren Notenumlauf innerhalb der durch die Dritteldeckung gezogenen Grenzen beliebig ausdehnen darf. Freilich bedeutet für sie als eine nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen betriebene Aktiengesellschaft die Steuerpflichtigkeit aller über 16,77 Mill. M. hinausgehenden Noten ein starkes Hemmnis und in der Regel auch eine Grenze. Wenn sie die Grenze diesmal so stark überschritten hat, so ist das zum Teil auf ihr Verständnis für die Forderung der Zeit, zum Teil aber auch darauf zurückzuführen, daß die sächsische Industrie bereit gewesen ist, für prompte Hilfe jeden noch so hohen Zins zu bezahlen. Die Sächsische Bank hat infolgedessen ihren Diskontsatz am 1. August auf 8 %, das heißt 2 % über den Reichsbanksatz, hinaufsetzen können. Sie ist also trotz der fünfprozentigen Steuer auf einen Teil ihres Notenumlaufs sehr gut auf die Kosten gekommen. Immerhin ist ihre Hilfeleistung anzuerkennen, da sie unter ziemlich schwierigen Verhältnissen gebracht worden ist. Die Jagd nach Metallgeld und nach kleinen Banknoten, unter der zur Zeit des Kriegsausbruchs der ganze Verkehr gelitten hat, ist für die Sächsische Bank eine Quelle arger Verlegenheiten geworden, da sie nach dem Bankgesetz keine Noten unter 100 Mark ausgeben darf, die bei ihr diskontierenden sächsischen Industriellen aber dringenden Bedarf an kleinen Abschnitten hatten. So mußte denn die Bank Ende Juli fast zwei Drittel ihres Bestandes an Reichsbanknoten hergeben, obwohl dieser für sie einen wichtigen Teil der Deckung ihrer eigenen Noten darstellt. Sie hat dann Anfang August einen größeren Teil ihres Wechselvorrats bei der Reichs-

Digitized by Google

bank rediskontiert, um ihren Bestand an Reichsbanknoten wieder zu ergänzen, denn seit die Verpflichtung zur Einlösung der Noten in Gold für alle deutschen Notenbanken aufgehoben ist, muß jede Privatbank gerüstet sein, auf Verlangen ihre Noten in Reichsbanknoten zu tauschen. Und die Reichsbank macht den Banken diese Pflicht nicht leicht, sondern präsentiert regelmäßig alle Privatnoten, die sich im Laufe des Monats bei ihr angesammelt haben, gegen Ultimo an den Kassen der Banken zur Einlösung. Sie empfindet diese Noten wie überhaupt die ganze Tätigkeit der Privatnotenbanken als eine unliebsame Konkurrenz und eine Störung ihrer national gerichteten Kredit- und Währungspolitik. Und da sich jetzt in kritischer Stunde gezeigt hat, daß die Privatbanken trotz ihres Notenprivilegs selbst in ihrer engeren Heimat nur ganz unzulängliche Notkredite zu geben imstande sind — denn was wollen selbst die 80 Millionen Diskontkredit der verhältnismäßig leistungsfähigen Sächsischen Bank gegenüber den 4750 Millionen der Reichsbank besagen —, so darf man wohl annehmen, daß binnen kurzem die vier letzten Privatnotenbanken freiwillig oder unter sanftem Zwange auf ihr Notenprivileg verzichten und sich dem Ausbau ihres Depositengeschäfts zuwenden werden. Der letzte Rest der alten Buntscheckigkeit des deutschen Notenumlaufs würde damit auf immer verschwinden.

DIE POSTSCHECKAEMTER IM KRIEGE.

Der Kriegslärm ist schuld daran, daß ein wirtschaftlicher Vorgang völlig unbeachtet geblieben ist, der interessant genug ist und nicht verdient, ignoriert zu werden: Die Zahl der Teilnehmer am Postscheckverkehr im deutschen Reichspostgebiete hat im Juli das erste Hunderttausend überschritten. Am 31. Juli betrug die Ziffer 100 104, das ist um 4273 mehr als Ende Juli. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das deutsche Reichspostgebiet die Postscheckämter Bayerns und Württembergs nicht umfaßt. Genaue Ziffern für diese beiden Bundesstaaten sind uns bisher nicht bekannt geworden. Man kann aber die Zahl der dortigen Teilnehmer auf rund 20 % der Teilnehmer im übrigen Deutschland schätzen, so daß sich für das ganze Deutsche Reich eine Teilnehmerzahl von rund 120 000 ergibt. Welchen außerordentlichen Erfolg des erst 5½ Jahre alten deutschen Postscheckwesens diese Ziffer bedeutet, erkennt man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Oesterreich (ohne Ungarn), wo der Postscheck bereits vor mehr als 30 Jahren zur Einführung gelangt ist, die Zahl der Teilnehmer nur um ein ganz Geringes höher ist; sie beträgt hier rund 126 000. Die Summe der Gesamtguthaben bleibt in Deutschland allerdings noch erheblich hinter der österreichischen Vergleichsziffer zurück. Sie beträgt nur etwa 250 Mill. M. gegenüber 440 Mill. Kr. in Oesterreich, wo dem Postscheckverkehr der enge Anschluß an die Postsparkassen zugute kommt. Die ersten Kriegswochen sind dem deutschen Postscheckwesen nicht so schlecht bekommen, wie die Scheckämter selbst es befürchtet haben. Die letzten Julitage haben allerdings zu außerordentlichen Abhebungen geführt, so daß die Aemter sich gescheut haben, den Guthabenstand der Kontoinhaber am Monatsende in gewohnter Weise anzugeben; sie haben statt dessen den Durchschnitts-Guthabenbestand während des Juli bekanntgegeben, der 203,2 Mill. M. (nur für das Reichspostgebiet) betrug. Die Vorsicht ist, wie sich im August gezeigt hat, überflüssig gewesen, denn in diesem Monat sind die Einzahlungen bereits wieder erheblich über die Auszahlungen hinausgegangen, und die Ende August-Ziffer würde, wenn die Scheckämter sie genannt hätten, eine starke Zunahme gegenüber dem Juli erkennen lassen. Die Durchschnitts-Augustziffer, welche die Aemter in Beibehaltung der einmal angenommenen Praxis veröffentlicht haben, zeigt für das Reichspostgebiet einen Stand von 211,3 Mill. Mark, das heißt eine Zunahme um 8,1 Mill. M. In Oesterreich hat sich gleichfalls gezeigt, daß nach Ueberwindung des ersten panischen

Digitized by Google

Schreckens das Postscheckamt mit Zuflüssen statt mit Abhebungen zu rechnen hat. Hier haben sich im August die Einlagen um nicht weniger als 84,2 Mill. Kr. (auf 443,1 Mill. Kr.) vermehrt. Im Gegensatz dazu haben die Postsparkassen im August 10,4 Mill. Kr. eingebüßt.

WAS KOSTET DER WELTKRIEG?

Unter dieser Ueberschrift geht durch die deutsche Presse augenblicklich eine Berechnung, die auf Angaben des Engländers Edgar Crammond beruht. Die Angaben dieses Schriftstellers sind aber, so schreibt „Der deutsche Bankbeamte" in seiner Ausgabe vom 1. September, durchaus unhaltbar, soweit es sich um Schätzungen handelt. Daß bei einem Weltkriege gewaltige Summen auf dem Spiele stehen, ist eine Binsenwahrheit; das braucht man nicht erst mit mehr oder weniger willkürlichen Ziffern zu belegen. Meist geben die Statistiker, aber ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge, nur die Verluste an, die sich in Millionen Mark umrechnen lassen. Die Verluste an Menschenleben, an Gesundheit lassen sie unberücksichtigt. Schon deswegen ist ihre Rechnung falsch. Aber auch ihre Schätzungen über die Verluste an Kapitalvermögen taugen nichts. Meist sprechen sie ganz allgemein von einem bestimmten Prozentsatz der Entwertung, der sich auf Grund der Kursbewegung an den Effektenbörsen ergibt, als ob diese Entwertung gleichbedeutend mit der Verlusthöhe wäre. Dann wird auch die Störung des Welthandels ziffernmäßig ganz willkürlich erfaßt. Da kommen meist Zahlen heraus, die ganz und gar der Phantasie angehören und auf ernsthafte Beachtung nicht den geringsten Anspruch erheben können. Endlich werden auch die laufenden Unkosten für die Verproviantierung der im Felde stehenden Armee und Flotte berechnet, wobei natürlich sehr hohe Ziffern, die gleich in die Milliarden gehen, in die Rechnung eingestellt werden. Dabei wird nicht berücksichtigt, daß der größte Teil gerade dieser Beträge sehr rasch wieder in den wirtschaftlichen Verkehr der Nation, die Streitkräfte zu unterhalten hat, zurückfließt. Die Sache ist eben die, daß durch den Krieg eine überaus heftige Verschiebung des wirtschaftlichen Prozesses stattfindet: aus dem regulären Erwerbsleben werden Millionen herausgerissen, die bisher gearbeitet haben und nunmehr ausschließlich versorgt werden müssen. Dafür muß das Gros der Zurückbleibenden die entstandenen Lücken so viel als möglich ausfüllen, damit der Unterhalt für die Streiter und der Unterhalt für das übrige Volk beschafft werden kann. Personen, die bisher mitversorgt wurden, werden jetzt erwerbstätig. Daß der Eintritt der plötzlichen Verschiebung hohe Kosten verursacht, daß diese Verschiebung trotz aller Sparsamkeit und Vereinfachung ein teureres Wirtschaften bedingt, das ist ganz selbstredend. Aber wie hoch die Beträge sind, um die sich das Wirtschaften einer Bevölkerung verteuert, ist aus einer ganzen Reihe von Gründen ziffernmäßig überhaupt nicht zu erfassen. Die angegebenen Ziffern sind Ausgeburten einer üppigen Phantasie, soweit es sich nicht um die Feststellung tatsächlich gemachter Ausgaben handelt. Nun würden ja solche Berechnungen an sich nichts schaden, wenn sie nicht eine Wirkung auf das Publikum hätten, die besser vermieden würde. Liest man nämlich die hohen Milliardenziffern, so sagt man sich, daß derartige Ausgaben ja gar nicht zu erschwingen sind; man verzweifelt dann zu leicht an dem, was man die finanzielle Kriegsbereitschaft nennt. Gerade inmitten eines schweren Krieges ist es nicht nötig, durch willkürliche Zahlen die Oeffentlichkeit zu Betrachtungen zu veranlassen, die notwendigerweise mit einer pessimistischen Schlußfolgerung enden müssen. Wären die angeführten Ziffern begründet und würden sie die schon angedeuteten Verschiebungen, die Verengerung des Wirtschaftsgebietes und die Verlangsamung des Tempos der wirtschaftlichen Betätigung, kurz würden sie die Dynamik des Wirtschaftslebens berücksichtigen, dann könnte

Digitized by Google

man gegen solche Berechnungen schließlich nichts einwenden. So wie sie heute aber angestellt und dem Publikum kritiklos vorgesetzt werden, sind sie nicht nur wertlos, sondern führen auch zu ganz unbegründeter Beunruhigung.

Bank und Börse.

BÖRSENMORATORIUM UND ULTIMOGELD

Ein falscher, man möchte beinahe sagen törichter Stolz hat verhindert, daß in Deutschland wie in fast allen anderen Ländern ein Moratorium erlassen oder, richtiger gesagt, bestätigt worden ist. Denn nicht die „Staatswillkür", sondern der Krieg verhängt den Zahlungsaufschub, den das Gesetz dann lediglich bekräftigt, und dem es seine schlimmen Rechtsfolgen nimmt. Diese Unterlassung einer Schutzmaßnahme, welche die einfachsten wirtschaftlichen Erwägungen als ein zwingendes Gebot der Billigkeit erscheinen lassen, rächt sich immer mehr, je länger der Krieg andauert. Deutschland befindet sich infolge des raschen Siegeszuges seiner Heere zum Glück in einer weit besseren Lage, als man es beim Kriegsausbruch vorsichtigerweise voraussetzen durfte. Trotzdem ergibt sich auf einem Gebiete nach dem anderen die Notwendigkeit, das fehlende Voll-Moratorium durch Teil-Moratorien zu ersetzen, und mit Spannung sieht man den beiden Quartalsterminen mit ihren ungeheuren Fälligkeiten an Mieten und Hypothekenzinsen entgegen, an denen voraussichtlich ein Riesenapparat von kommunalen, korporativen und richterlichen Notverordnungen wird aufgeboten werden müssen, um tausend Einzelmoratorien der verwickeltsten Art zustande zu bringen. Am schnellsten und gründlichsten hat die Börse die Situation erfaßt. Sie hat sich ein Moratorium „nach Maß" angefertigt, d. h. aus eigener Machtvollkommenheit für ihren Verkehr alle diejenigen Bestimmungen getroffen, welche die Zahlungsverlegenheiten ihrer Mitglieder zu mildern geeignet waren. Die Umrechnungskurse per Juli-Ende wurden weit über dem tatsächlichen Stande angesetzt, so daß sich für Schuldner nur relativ kleine Differenzen ergaben, die Abrechnung über die Augustgeschäfte wurde auf Ende September hinausgeschoben, und für die am Ultimo fällig gewordenen Beträge aus dem reinen Geldverkehr wurde ebenfalls Stundung auf einen Monat angeordnet. Die Börsenbesucher, zu denen vor allem die Berliner Banken und Bankiers gehören, haben sich diesen Beschlüssen ohne weiteres gefügt, obwohl es zweifelhaft ist, ob der § 6 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Berliner Börse sie zur Unterwerfung unter einen derartigen Eingriff in die Vertragsverhältnisse verpflichtet. Dagegen hat sich außerhalb der Börse eine ziemlich lebhafte Opposition erhoben. Sie richtete sich insbesondere gegen den Beschluß des Börsenvorstandes, daß der Zahlungstermin für die sog. „Ultimogelder" um einen Monat hinausgeschoben, also von Ende August auf Ende September verlegt werden sollte. Für die Geldgeber, insbesondere für die Bankiers in der Provinz, die am 31. August die Ultimogelder nicht erhalten haben, mit deren Rückempfang sie bestimmt rechnen durften und über die sie zum Teil auch schon verfügt hatten, bedeutete der Zahlungsaufschub eine große Härte, da sie ihrerseits nicht in der Lage waren, sich ein Spezialmoratorium zurechtzuzimmern, das sie gegenüber ihren Gläubigern geschützt hätte. Einer Strafverfolgung gegen sie wäre zwar mit Rücksicht auf die höhere Gewalt, deren Opfer sie nachweislich waren, nicht stattgegeben worden; aber ihr geschäftliches Ansehen mußte im Falle einer Zahlungsverweigerung schwer leiden. In ihrer Empörung über den Berliner Willkürakt haben viele Provinzbankiers in Zuschriften an die Handelspresse behauptet, das Teil-Moratorium, als welches die Sperrung der Ultimogelder zu bezeichnen sei, komme einseitig den Berliner Großbanken zugute und sei auch nur in ihrem

Digitized by Google

Interesse durchgesetzt worden. Das dürfte indes ein Irrtum sein, denn die Berliner Banken sind mindestens in demselben Umfange Geber wie Nehmer von Ultimogeld, profitieren also nichts bei der Sistierung der August-Zahlungen. Allenfalls mögen sie einen kleinen Zinsvorteil dabei haben, weil sie meist etwas höhere Zinsen für Ultimogeld erhalten, als sie den Provinzbankiers, Versicherungsgesellschaften, Hypothekenbanken usw. vergüten. Dieser kleine Vorteil spielt jedoch angesichts der schwerwiegenden Bedeutung, welche die einseitige Aufhebung einer bestimmten Art von Zahlungsverpflichtungen für den ganzen Geldverkehr hat, eine völlig nebensächliche Rolle. Weit wichtiger ist der Einwand, daß die Berliner Börsenbehörde mit der autonomen Verlegung des Zahlungstermins über ihre Befugnisse hinausgegangen sei. Ihre Bestimmungen seien für Außenstehende nur insoweit bindend, als sie sich ausdrücklich den Bedingungen für die Geschäfte an der Berliner Fondsbörse unterworfen hätten. Und das träfe zwar für Effektengeschäfte zu, die nach Berliner Usance abgeschlossen seien, auch für Reportgeld, das börsenmäßig gegeben und genommen werde, nicht aber für Ultimogeld, das einer Bank von der anderen oder von Privatpersonen überlassen werde. In diesen nicht börsenmäßigen, sondern rein handelsrechtlichen Geldverkehr habe sich die Börsenbehörde nicht hineinzumischen. Man kann diese Auffassung in der Tat nicht von der Hand weisen, und es ist anzunehmen, daß auch die Gerichte sie sich zu eigen machen und die Zuständigkeit des Börsenvorstandes verneinen würden, wenn die Frage zum Gegenstand eines Rechtsstreits gemacht werden würde. Die Beziehung zwischen dem sogenannten Ultimogeld und der Börse ist eine äußerst lose. Dieses Geld wird zwar häufig, ja sogar der Regel nach, zu Monats-Darlehen an Börsenfirmen verwendet, die mit seiner Hilfe in der Ultimo-Abrechnung Effekten, die sie oder ihre Kundschaft im Zeitgeschäft gekauft haben, effektiv abnehmen. Aber diese Verwendung des Ultimogeldes hat mit seiner rechtlichen Natur nichts zu tun. Es ist Monatsgeld, das den Banken zu beliebiger Verwendung überlassen wird und tatsächlich oft genug zu anderen Zwecken als dem der Effektenversorgung dient. Deshalb unterscheidet sich das Ultimogeld erheblich von dem sog. „Reportgeld", mit dem es im Sprachgebrauch zuweilen verwechselt wird. Das Reportgeld dient ausschließlich dazu, Ultimo-Effekten am Lieferungstage abzunehmen und einen Monat lang zu behalten. Es wird nicht in runder Summe, sondern in genau dem Betrage, den die Effekten zum Liquidationskurse ausmachen, an den Darlehnsnehmer ausgeliehen, und zwar ausnahmslos gegen Verpfändung der abzunehmenden Effekten, die ihrem Besitzer am nächsten Ultimo gegen Rückgabe des Reportgeldes plus Zinsen wieder zugestellt werden. Der börsenmäßige Charakter dieses Geldgeschäfts geht klar aus der Form hervor, in der es sich vollzieht. Denn aus Gründen der Rechtssicherheit und Einfachheit wird es in ein doppeltes Effektengeschäft, einen Kauf per diesen und Verkauf per nächsten Ultimo eingekleidet, vom Makler vermittelt und durch einen Schlußschein bekräftigt. Demgemäß spricht man an der Börse auch nur selten von der Hergabe von Reportgeld, sondern meist von der „Hereinnahme von Effekten", womit aber nichts anderes als der Geldumsatz gemeint ist. Im Gegensatz dazu ist die Hergabe von Ultimogeld ein durchaus selbständiges Geschäft, genau wie der Abschluß irgendeines anderen Darlehens. Es wird kein Schlußschein gewechselt, es tritt kein Börsenmakler in Tätigkeit, und der Betrag unterliegt keiner äußeren Einwirkung von Liquidationskurs, Usance u. dergl., sondern wird von den Parteien frei vereinbart, gewöhnlich in einer runden Summe. Soweit sich solche Geldgeschäfte außerhalb der Börsenräume vollziehen, ist in der Tat nicht einzusehen, aus welchem Grunde dem Börsenvorstand ein Einfluß auf sie zustehen sollte. Die preußischen Staatsinstitute, Seehandlung und Preußische Centralgenossenschafts-Kasse, haben denn auch erklärt, den vom Börsenvorstand verhängten Zahlungsaufschub

Digitized by Google

nicht gegen sich gelten zu lassen. Auf der anderen Seite ist zuzugeben, daß der Börsenvorstand in einer Zwangslage gehandelt hat. Nachdem er einmal die Augustliquidation verschoben und dadurch mit der Effektenabnahme auch die Rückzahlung von Reportgeldern unmöglich gemacht hatte, wäre es vom Börsenstandpunkt aus eine Unbilligkeit gewesen, die Ausleiher von Ultimogeld in Vorteil gegenüber den Reportgeldgebern zu setzen, zumal beide Arten der Darlehensgewährung, soweit sie sich an der Börse vollziehen, meist dem gleichen Zwecke dienen. Man hat hier ein Musterbeispiel dafür, wie eine wirtschaftliche Maßnahme die andere nach sich zieht, und wie ein Teil-Moratorium den Keim zum zweiten und dritten und schließlich zu einem Generalmoratorium in sich trägt — es sei denn, daß man bei irgendeiner Schuldnergruppe gewaltsam Halt macht und damit eine Ungerechtigkeit begeht.

OHLE'S ERBEN

Durch den Ausbruch des Krieges sind die Akten des an und für sich schon außerordentlich bemerkenswerten Falls Ohle's Erben wohl zu einem der interessantesten Dokumente des zeitgenössischen Aktienwesens geworden. Der leitende Direktor dieses altangesehenen und hochrentierenden Breslauer Unternehmens, das die Herstellung von Zinnfolie betreibt, hatte sich für Rechnung seiner Gesellschaft in umfangreiche Zinnspekulationen an der Londoner Börse eingelassen, durch welche die Gesellschaft außer ihren bedeutenden Reserven etwa das halbe Aktienkapital einbüßte. Die Angelegenheit machte weit über den Kreis der unmittelbar geschädigten Aktionäre hinaus großes Aufsehen, weil hier das Aufsichtsratswesen in einer besonders sinnfälligen Weise versagt hatte. Die Ohle-Aktionäre traten denn auch zu einem Schutzverband zusammen, um gegen den Aufsichtsrat, dem mehrere Inhaber bedeutender schlesischer Bankfirmen angehören, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Der Aufsichtsrat seinerseits leugnete, sich irgendeiner Vernachlässigung seiner Kontrollpflichten schuldig gemacht zu haben, und ein von der Deutschen Treuhandgesellschaft nach mehrwöchiger Untersuchung erstatteter Bericht brachte über diesen für die Aktionäre wichtigsten Punkt keine Aufklärung. Während noch die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über die Regreßfrage im Gange waren, brach der Krieg aus und warf alle Voraussetzungen, auf denen sich Anklage und Verteidigung aufbauten, total über den Haufen, weil der Ausgangspunkt des Streits, der Verlust an den Zinnabnahmeverpflichtungen, mit einem Mal ein ganz verändertes Gesicht bekam. Der Zinnpreis erfuhr nämlich plötzlich eine scharfe Steigerung. Kurz vor Ausbruch des Krieges hatte er sich auf etwa 275 M. pro Doppelzentner gegen einen Höchstpreis von ungefähr 420 M. im Jahre 1913 gestellt, und durch die, angeblich ohne Wissen des Aufsichtsrats, vorgenommenen Terminkäufe des Direktors war ein bilanzmäßiger Verlust von rund 1½ Mill. M. entstanden. Jetzt, wo ein regulärer Handel in Deutschland nicht mehr stattfindet, sondern von der Börsenkommission lediglich Verrechnungspreise festgesetzt werden, gilt für Zinnabschlüsse ein Regulierungskurs von etwa 350 M. Legt man diesen Preis, der sich um etwa 75 M. höher stellt als vor Ausbruch des Krieges, zu Grunde, so würde sich allein hierdurch der bilanzmäßige Verlust für Ohle's Erben schon um eine bedeutende Summe verringern. Legt man aber gar den Preis zugrunde, der zuletzt (Anfang September) aus London gemeldet wurde, nämlich etwa 210 £ pro ton = 420 M. pro Doppelzentner, so würde, immer vorausgesetzt, daß die gekauften Zinnmengen noch im Bestande der Gesellschaft figurieren oder als Abnahmeverpflichtung bestehen, ein rechnungsmäßiger Verlust überhaupt nicht mehr vorhanden, möglicherweise sogar ein Gewinn eingetreten sein. Nun stellen allerdings weder der Londoner noch der Berliner Zinnpreis zurzeit einen verläßlichen Wertmesser dar. Auf jeden Fall aber steht fest, daß der Krieg an sich einen gewaltigen Haussefaktor

Digitized by Google

für dieses Metall bedeutet. Ist doch in den Vereinigten Staaten seit Kriegsausbruch für Zinn bis zum Doppelten des Berliner Preises bezahlt worden. Für Ohle's Erben ergeben sich aus der veränderten Lage folgende Möglichkeiten: England hat während des Krieges angeordnet, daß alle an seinen Börsen laufenden deutschen Engagements zwangsweise glattgestellt werden. Das würde auch die zwangsweise Lösung der für Rechnung von Ohle's Erben in London noch laufenden Zinnengagements zur Folge haben. Wird dabei ein den veränderten Marktverhältnissen entsprechender Preis zugrunde gelegt, so kommt ein Verlust für Ohle auf diese Posten nicht in Frage. Legen die Engländer aber den niedrigen Preis zugrunde, der kurz vor dem Ausbruch des Krieges bestand, so wäre das eine kaufmännisch nicht zu rechtfertigende Gewaltmaßregel, und eine deutsche Gesellschaft hätte nicht die geringste rechtliche oder auch nur moralische Veranlassung, den Preis anzuerkennen und die hieraus entstehenden Differenzen nach dem Friedensschluß zu bezahlen. Diese für Ohle sehr erfreuliche Rechnung enthält allerdings zwei unbekannte Größen, ohne deren Ermittelung kein sicheres Endresultat möglich ist. Man weiß nämlich erstens nicht, ob für die Londoner Engagements etwa Sicherheiten bestellt worden sind, an die sich die Engländer, wenn auch widerrechtlich, halten könnten. Und zum zweiten befindet man sich im Unklaren darüber, inwieweit die aus den Londoner Engagements bis zum Kriegsausbruch rechnungsmäßig entstandenen Verluste durch Ueberweisung der Monatsdifferenzen etwa bereits beglichen und damit effektiv geworden sind. Es ist sehr bedauerlich, daß der von der Treuhand-Gesellschaft erstattete Bericht über diese beiden so wichtigen Punkte keine unzweideutigen Angaben enthält. Was den zweiten Punkt, den der Differenzzahlung, anbelangt, so muß die Fortlassung aller diesbezüglichen Angaben geradezu als auffällig bezeichnet werden, denn gerade mit diesem Punkt hängt die Frage der Regreßpflicht des Aufsichtsrats aufs engste zusammen. Sind nämlich große Differenzen von der Gesellschaft bereits vor dem Bekanntwerden der Zinnspekulationen des Direktors in London bezahlt worden, so müssen sie durch die Bücher gegangen und dem Aufsichtsrat bei ordnungsmäßiger Wahrnehmung seiner Pflichten zur Kenntnis gekommen sein. Dadurch, daß der Bericht der Treuhand-Gesellschaft in dieser Hinsicht jede Klarheit vermissen läßt, begünstigt er die von Aktionären geäußerte Vermutung, daß das mit der Prüfung beauftragte Treuhand-Institut nicht so sehr im Interesse der Aktionäre, als vielmehr in dem der regreßscheuen Verwaltung angerufen worden sei. Auch wer sich mit dieser Unterstellung nicht identifiziert, wird doch im Hinblick auf die durch den Krieg total veränderte Sachlage fordern müssen, daß jetzt schleunigst ein Ergänzungsbericht geliefert werde, der die beiden erwähnten wichtigen Angaben enthält. Erst dann wird man ermessen können, ob eine Regreßklage Aussicht auf Erfolg hat, oder ob hier der interessante Fall vorliegt, daß ein durch den Leichtsinn der Direktion und die Unachtsamkeit des Aufsichtsrats verschuldeter Millionenschaden durch den Ausbruch eines Weltkrieges geheilt worden ist.

PATENT-DIVIDENDEN

Zu Beginn des Krieges sind zahlreichen Personen die von ihnen verwirkten Strafen im Gnadenwege erlassen worden. Aber nicht nur ihnen hat der Krieg ein unverhofftes Geschenk gebracht. Die Gnadenstimmung, in die das deutsche Volk durch die gemeinsame Gefahr versetzt worden ist, hat es auch verzeihend über manches unerfreuliche Vorkommnis hinwegblicken lassen, das eigentlich ohne Schaden für unser Wirtschaftsleben nicht unbeachtet und unbestraft bleiben dürfte. Es muß demgegenüber mit allem Nachdruck betont werden, daß es einen Generalpardon für die Sünden auf dem Gebiet des Aktien- und Börsenwesens nicht geben darf. Aus dieser Erwägung heraus ist es notwendig, auf die am 30. Juli stattgehabte Generalversammlung der Nitritfabrik

Digitized by Google

A.-G. in Köpenick zurückzukommen, deren charakteristischer Verlauf in den aufregenden Tagen vor dem Kriegsausbruch so gut wie unbemerkt geblieben ist. Die Nitritgesellschaft gehört zu den unerfreulichsten Unternehmungen, die an der Berliner Börse Fuß gefaßt haben. Die Einführung ihrer Aktien gelang 1908 auf Grund mehrmaliger hoher Dividenden — bis zu 16 % —, die ausschließlich aus den Erträgnissen eines Betriebszweigs, der Herstellung von Ameisensäure, gespeist wurden. Als im Jahre 1912 das Patent auf die Ameisensäure ablief und sich die freie Konkurrenz der Erzeugung bemächtigte, war es mit der hohen Rentabilität der Nitritgesellschaft vorbei. Ihre Dividende sank sofort auf 6 und dann auf 4½ %. Im Einklang hiermit ging der Kurs der Aktien, der auf Grund der Patent-Dividenden zeitweilig bis nahe an 300 % getrieben worden war, weit unter pari. Für die enormen Verluste, welche die Aktionäre infolgedessen erlitten haben, kann die kaufmännische Geschäftsführung des Unternehmens in keiner Weise verantwortlich gemacht werden. Nicht der technische Betrieb, sondern einzig und allein die Finanzpolitik der Gesellschaft mit ihrem zu Agiotagezwecken getriebenen Raubbau ist schuld an den Verlusten. Eintags-Dividenden aus Patentgewinnen auszuschütten, ohne der durch den Ablauf der Patente eintretenden Substanzverminderung Rechnung zu tragen, ist ein wirtschaftliches Verbrechen, das gerade deshalb so gemeingefährlich wirkt, weil es nicht unter die vom Gesetz zu ahndenden Vergehen fällt. Daß in dem von der Berliner Zulassungsstelle genehmigten Einführungsprospekt mit keiner Silbe auf die imaginäre Bedeutung der aus ganz kurzfristigen Patenten fließenden Gewinne hingewiesen worden ist, bildet ein Kapitel für sich; es ist dies einer jener Fälle, wo dem unbefangen Urteilenden Zweifel aufsteigen, ob die Einrichtung der Zulassungsstelle im Interesse des Publikums (für das sie gedacht ist) oder in demjenigen der Emissionsfirmen liegt. In der erwähnten Generalversammlung ist nun die Unzufriedenheit der Aktionäre über die absteigende Entwicklung ihres Unternehmens in scharfen Angriffen auf die Direktion zum Ausbruch gekommen, deren technisches Können man anzweifelte. Von seiten des dem Aufsichtsrat vorstehenden Bankiers wurden diese Vorwürfe als gegenstandslos zurückgewiesen; die Verwaltung setze in ihre Direktion unbedingtes Vertrauen. Eine Ehrenerklärung, die insofern nicht des Humors ermangelte, als die Rollen des Angeklagten und des Verteidigers hier vertauscht schienen, und man sich fragen mußte, ob gegebenenfalls auch umgekehrt die Direktion dem Aufsichtsrat ihr unbedingtes Vertrauen öffentlich hätte aussprechen können. Die Szene war aber auch insofern überaus lehrreich, als sie zeigte, in welcher verhängnisvollen Unkenntnis sich der Durchschnittsaktionär hinsichtlich der Momente befindet, die über die äußeren Geschicke eines Aktienunternehmens in letzter Linie entscheiden. Die Direktion der Nitritgesellschaft mochte aus den ersten Autoritäten der Welt bestehen, sie mochte alle technischen und organisatorischen Eigenschaften in sich vereinigen, die nötig sind, um einen Betrieb in die Höhe zu bringen: es wäre mit dem Unternehmen als Aktiengesellschaft trotzdem bergab gegangen, da niemand in der Verwaltung das steife Rückgrat hatte, das nötig war, um den Agiointeressen der im Aufsichtsrat ausschlaggebenden Bankfirmen erfolgreichen Widerstand zu leisten.

Aus den Statistischen Aemtern.

ERSTE HYPOTHEKEN

Bei Erscheinen der Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker wurde an dieser Stelle bereits auf die interessanten Ergebnisse hingewiesen, die das dort zusammengetragene Material für die Beleihungstätigkeit der Geldgeber zur ersten Stelle lieferte. Eine wertvolle Ergänzung erfährt dieses Material jetzt durch eine Untersuchung, welche das Statistische Amt der Stadt Berlin-Schöneberg vorgenommen hat. Die Erhebun-

Digitized by Google

gen erstrecken sich auf etwa ein Neuntel des gesamten Schöneberger Hausbesitzes, nämlich auf die 283 Häuser, die in den Jahren 1908 und 1909 ihre Eigentümer gewechselt haben. Im Gegensatz zur Regierungsdenkschrift, die nur Grundstücke einbezieht, welche zwangsweise den Besitzer gewechselt haben, umfaßt die Schöneberger Untersuchung ebensowohl reguläre Verkäufe, wie Tausche und Zwangsversteigerungen. Vom Ergebnis sagt das Statistische Amt selbst, es sei „sehr merkwürdig". Es stellt sich nämlich heraus, daß die erste Hypothek zumeist zwei Drittel bis drei Viertel des Wertes erreicht und nicht selten noch darüber hinaus geht, und zwar gleichviel, ob man die Hypothek mit dem Kaufpreise oder dem gemeinen Wert vergleicht. Dem objektiven Beobachter unserer Groß-Berliner Grundstücksverhältnisse sagt dieses Resultat nichts Neues. Interessant sind aber die Einzelheiten der außerordentlich weit ausgedehnten Untersuchung. So zeigt diese, indem sie den Hypothekenstand für 16 aufeinander folgende Jahre ermittelt, zunächst, daß die Belastung an erster Stelle fast nirgends mit der Steigerung des gemeinen Wertes der Grundstücke Schritt gehalten hat, was das Amt ganz richtig dahin interpretiert, daß die erwartete Wertsteigerung des Neubaus meist schon bei der ersten Beleihung eskomptiert worden ist. Nach dem Endergebnis der Statistik betrug bei 42 oder 15 % der Häuser die erste Hypothek unter 60 %, bei 158 oder 56 % zwischen 60 und 70 %, bei 83 oder 29 % über 70 % des Wertes. Dabei ist zu beachten, daß die niedrigsten Belastungen sich meist bei geringwertigen Häusern finden. Wenn man aber statt der Hauszahl die Hauswerte summiert, so ergibt sich ein höherer Belastungsdurchschnitt. Am höchsten ist die erststellige Belastung bei den neuen, meist wohl „hochherrschaftlichen" Häusern. Es betrug nämlich die Belastung an erster Stelle im Jahre 1911 durchschnittlich:

bei den	vor 1895	erbauten Häusern	57 %	des gemeinen Wertes			
„ „	1895—1899	„ „	64,8 %	„	„	„	
„ „	1900—1904	„ „	67,2 %	„	„	„	
„ „	1905—1909	„ „	68,8 %	„	„	„	

Noch interessanter fast als diese Ergebnisse ist der Teil der Arbeit, der sich mit den Gläubigern der ersten Hypotheken befaßt. Er zeigt zunächst in einem Ausschnitte die ungeheure Verschiebung, die zwischen Hypothekenbanken und Lebensversicherungsgesellschaften vor sich gegangen ist. Im Jahre 1895 hatten auf den untersuchten Häusern 9 Hypothekenbanken 31 erste Hypotheken, 4 Lebensversicherungsgesellschaften 7 erste Hypotheken; 1907 besaßen 22 Hypothekenbanken 87, 20 Lebensversicherungsgesellschaften 84 erste Hypotheken; im Abschlußjahre der Untersuchung, 1911, hatten 22 Hypothekenbanken 102, aber 23 Lebensversicherungsgesellschaften 128 erste Hypotheken. Noch schärfer springt die Verschiebung bei den Hypothekensummen ins Auge. Der Gesamthypothekenbetrag der Banken ist von 4,6 auf 20,9, derjenige der Lebensversicherungen von 1,0 auf 28,3 Mill. M. gestiegen. Beachtenswert ist auch das Ergebnis, das ein Vergleich der relativen Hypothekenhöhe bei den einzelnen Kategorien von Geldgebern liefert. Der Anteil der ersten Hypothek am gemeinen Wert betrug nämlich in Prozent:

	1895	1900	1905	1907	1909	1911
bei Hypothekenbanken	73,07	71,70	70,10	70,84	69,22	68,54
„ Lebensvers.-Ges. .	63,79	69,98	69,44	69,59	67,86	66,98
„ Sparkassen . . .	—	76,02	52,81	54,99	50,61	46,07
„ sonst. nichtphys. P.	16,—	73,73	60,95	64,02	57,69	59,54
„ sonstige	53,28	57,57	62,31	63,31	62,16	61,05
	66,42	69,07	68,21	68,74	67,12	66,28

Das Amt bemerkt zu diesen Ziffern: „Die wichtigsten Geldgeber, die Hypothekenbanken und die Lebensversicherungsgesellschaften, haben sich hier also in der Regel über die ihnen obliegende Beschränkung der Beleihung im Rahmen von 60 % des Grundstücks-

Digitized by Google

wertes hinweggesetzt, während umgekehrt die anderen nichtphysischen Personen und die in ihrer Bewegungsfreiheit ja völlig ungehemmten Privatpersonen im Durchschnitt diese Grenze einhalten." — Betrachtet man schließlich die Gesamtbelastung der untersuchten Grundstücke nach Ausscheidung der allergeringwertigsten, so ergibt sich, daß sie in 16 % der Fälle unter 80 %, in 51 % der Fälle zwischen 80 und 90 %, in 28 % der Fälle 90 bis 100 %, in 5 % der Fälle sogar über 100 % beträgt.

KOMMUNALSCHULDEN IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH

In der preußischen „Statistischen Korrespondenz" werden für das Ende des Rechnungs- bzw. Kalenderjahres 1911 die langfristigen Schulden der preußischen und der französischen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern einander gegenübergestellt. Es ergibt sich das folgende Bild:

Gemeindegruppen mit	Preußen				Frankreich			
	Zahl	Einwohner	Langfr. Anl. etc. überhaupt Mi. M.	Langfr. Anl. etc. auf 1 Einw.	Zahl	Einwohner	Langfr. Schuld. etc. überhaupt Mi. M.	Langfr. Schuld. etc. auf 1 Einw.
I. 200001 Einw. u. dar.	15	6520154	2040	312,92	5	4387251	2351	535,92
II. 150001—200000 E.	10	1692856	523	309,24	1	170535	36	208,40
III. 100001—150000 „	8	945560	289	305,27	9	1164750	191	163,56
IV. 75001—100000 „	9	770886	201	260,99	10	836682	91	108,58
V. 50001— 75000 „	28	1723574	362	209,77	14	880215	78	88,96
VI. 25001— 50000 „	76	2560853	531	207,17	62	2129092	179	83,84
VII. 10001— 25000 „	247	3804115	592	155,66	196	3011213	183	60,65
zusammen	393	18017998	4538	251,85	297	12579738	3108	247,03

In den Ziffern der ersten Zeile macht sich naturgemäß der Einfluß der hauptstädtischen Schulden geltend, die u. a. durch die große Pariser Anleihe von 1909, von der bis Ende 1911 200 Mill. Fr. ausgegeben waren, stark erhöht worden sind. In allen übrigen Gruppen ist die französische Verschuldung erheblich geringer. Insgesamt beträgt die Differenz zuungunsten der preußischen Gemeinden 1.4 Milliarden M. oder 46 %.

STAATSFINANZEN UND ERWERBSANSTALTEN

In dem letzten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches ist wiederum die (im Jahre 1902 zum ersten Male veröffentlichte) Arbeit über die Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten enthalten. Sie gestattet unter anderem, für eine Reihe von Jahren die Ausgaben und Schulden den Staaten mit den Erwerbseinnahmen in Beziehung zu setzen, welche Reich und Einzelstaaten haben. Für diese Einnahmen lassen sich allerdings leider nur die Roherträge zum Vergleiche heranziehen, von denen nach den Voranschlägen von 1913 an Betriebs- usw. Ausgaben im Reiche 82.2 %, in den Bundesstaaten 76.0 % abzusetzen wären. Es ergibt sich nach den Voranschlägen folgendes Bild (in Mill. M.):

		1906	1908	1910	1912	1913
Fundierte Schulden	Reich . . .	3 383 5	3 643.5	4 556,6	4 582,2	4 677.2
	Bundesstaaten	12 307,1	12 929,6	14 728,7	15 005,2	15 501,9
Gesamt-Ausgaben	Reich . . .	2 570,6	2 953,2	3 031,6	3 285,8	4 120.4
	Bundesstaaten	4 617,9	5 410,6	5 869,3	6 459,9	6 743,0
Gesamt-Einnahmen	Reich . . .	2 570,6	2 953,2	3 031,6	3 285,8	4 120 4
	Bundesstaaten	4 606,0	5 386,6	5 852,6	6 436,5	6 717,8
Erwerbseinkünfte (roh)	Reich . . .	700,3	825,1	872,4	978,6	1 049,2
	Bundesstaaten	3 098,9	3 608,0	3 742,3	4 247,1	4 462,7

Digitized by Google

Ergänzend sei darauf hingewiesen, daß von den im letzten Jahre insgesamt 20,18 Milliarden M. betragenden fundierten Staatsschulden des Reiches und der Einzelstaaten 12.29 Milliarden M. Eisenbahnschulden waren; von diesen letzteren entfielen rund 7½ Milliarden M. auf Preußen, 2 Milliarden M. auf Bayern.

VERKAUFSBAU UND BESTELLBAU

Erst in der neuesten Zeit hat man versucht, der Frage, ob der Hausbau in eigener Regie vorteilhafter ist als der Spekulationsbau, zahlenmäßig näherzukommen. Logische Erwägungen und die Erfahrung des täglichen Lebens sprechen dafür, daß der Eigenbau, d. h. der bestellte Bau zur eigenen Benutzung oder Verwertung, sowohl solider als auch billiger ausfällt als die Bauten der gewerbsmäßigen Bauunternehmer. Doch sind diese Schlüsse in Deutschland noch nicht durch Ziffern bestätigt worden. Im Statistischen Amte der Stadt Halle ist nun in jüngster Zeit eine Arbeit angefertigt worden, welche das Bauproblem nach den verschiedensten Richtungen hin, natürlich in Beschränkung auf die Stadt Halle, untersucht. Die Ergebnisse bestätigen fast durchweg die bisherigen Annahmen. Eingangs wird festgestellt, daß sich das Verhältnis der Bestellbauten zu den Spekulationsbauten selbst in einer Mittelstadt, wie Halle, in den letzten 50 Jahren total umgekehrt hat. Während vor 1871 noch 94,1 % aller Bauten auf Bestellung angefertigt wurden, ein Bauunternehmertum also kaum existierte, wurden 1901 bis 1908 nicht weniger als 91,4 % aller Bauten zum Verkaufe errichtet. Daß der Verkaufsbau den Grund und Boden beträchtlich mehr ausnutzt als der Bestellbau — bei dem letzteren beträgt z. B. für reine Wohngebäude die durchschnittliche Freifläche 51,8 % gegen 65,9 % beim Bestellbau —, ist bekannt. Aber nicht nur horizontal, sondern auch vertikal, durch stärkere Häufung der Stockwerke, zeigt sich diese Inanspruchnahme. Was die Baukosten betrifft, so ergibt sich, daß unter Zugrundelegung des Feuerkassenwertes die tatsächlichen Baukosten des Verkaufsbaues höher sind als die des Bestellbaues (pro cbm 16,77 M. gegen 15.15 M.). Da der Verkaufsbau gewöhnlich mit weniger gutem Material ausgestattet und auch weniger sorgfältig gearbeitet ist, so muß es überraschen, daß die Kosten des Verkaufsbaues nicht nur relativ, sondern auch absolut höher sind als die des Bestellbaues. Die Erklärung ist darin zu suchen, daß der Verkaufsbau entsprechend seiner spekulativen Tendenz das allergrößte Interesse daran hat, den Feuerkassenwert möglichst hoch zu schrauben, die Kosten also noch höher anzugeben als sie tatsächlich sind. Im Gegensatze dazu ist der Mietwert bei den Bestellbauten pro cbm im allgemeinen Durchschnitt erheblich, und auch bei reinen Wohngebäuden immer noch etwas höher als bei den Verkaufsbauten. Dementsprechend ist auch die Bruttorente bei den Bestellbauten häufiger eine gute als bei den Verkaufsbauten; von den ersteren verzinsten sich 15,3 %, von den letzteren nur 6,5 % mit 7 % und darüber. Die Ergebnisse, zu denen die Untersuchung kommt, besagen im wesentlichen das folgende: „Alle die Schäden, die unseren modernen Wohnungsverhältnissen mit Recht zum Vorwurf gemacht werden, haben sich in den auf Spekulation errichteten Häusern bei weitem häufiger vorgefunden als bei den bestellten Häusern. Die Freifläche, die Lunge des einzelnen Grundstücks, ist durch eine rücksichtslosere horizontale Beanspruchung des Grund und Bodens stärker beschnitten, die Geschosse sind stärker aufeinander getürmt und Dach und Keller intensiver zu Wohnungen ausgebaut, die Stockwohnungen sind stärker ineinander geschoben und ihre Zahl ist pro Grundstück größer. Trotz aller dieser für den Konsumenten so ungünstigen Eigenschaften haben die Verkaufsbauten für den Produzenten seltener eine wirklich gute Verzinsung gehabt als die gesundheitlich einwandfreieren, weiträumigeren Bestellbauten. Der Verkaufsbau hat pro Quadratmeter Grundstück höhere Summen angemessen zu verzinsen als der Bestellbau. Und dabei sind die Miet-

Digitized by Google

ausfälle beim Verkaufsbau größer als beim Bestellbau. In der stärkeren Aufbringung von Zinsbeträgen und der erhöhten Möglichkeit von Mietverlusten liegt die wirtschaftliche Gefahr des Spekulationsbaues."

EDELMETALL-GEWINNUNG

Das kürzlich erschienene Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich enthält wiederum eine bis in die neueste Zeit fortgeführte Aufstellung der Reichsbank über die Edelmetallgewinnung der Welt, deren jüngste Ziffern allerdings nur auf Schätzungen beruhen. Es seien ihr folgende Angaben entnommen:

	Goldförderung kg	Silber kg	Prozentanteil Gold	Prozentanteil Silber	Wertverhältnis v. Gold zu Silber
1856/60	201 750*)	904 990*)	18,2	81,8	15,30 : 1
1876/80	172 414*)	2 450 252*)	6,6	93,4	17,81 : 1
1886/90	169 869*)	3 387 532*)	4,8	95,2	21,16 : 1
1896/1900 . . .	387 257*)	5 154 551*)	7,0	93,0	33,54 : 1
1903	522 686	5 108 067	9,3	90,7	35,70 : 1
1906	605 632	5 133 887	10,6	89,4	30,54 : 1
1909	683 201	6 598 721	9,4	90,6	39,74 : 1
1911	694 466	7 008 964	9,0	91,0	38,33 : 1
1912	701 793	6 976 000	9,1	90,9	33,60 : 1
1913	684 348	6 596 000	9,4	90,6	34,16 : 1

Trotz der starken Steigerung der Silberproduktion im letzten Jahrzehnt ist in dieser Zeit der Anteil des Goldes an der Gesamtgewinnung nach dem Gewicht nicht mehr unter 9 % gesunken, ein Verhältnis, das eigentlich nur in der Zeit der kalifornischen Goldfunde dauernd wesentlich überstiegen wurde.

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften. Berlin, Leipzig, Hamburg. 1915. Verlag für Börsen- und Finanzliteratur. Teil I. (30 M.) — Der neue Jahrgang gibt Auskunft über sämtliche Aktienunternehmungen Deutschlands, und zwar nicht nur über diejenigen, welche an irgendeiner deutschen Börse gehandelt werden, sondern vor allem auch über die Gesellschaften, deren Aktien nirgends notiert, und über deren Verhältnisse oft schwer zuverlässige Mitteilungen zu erlangen sind. Das Werk ist das Vollständigste seiner Art; es wurde vom Kaiserlich Statistischen Amt als authentische Unterlage für die Reichsstatistik benutzt. Besonders sei noch auf den Anhang des Werkes: „Deutsche und ausländische Staatspapiere" hingewiesen.

Das Bankgeschäft. Von Dr. Georg Obst. II. Band: Bankpolitik. Leipzig 1914. Verlag Carl Ernst Poeschel. (13.50 M.) — Aus dem Inhalt: Begriff, Aufgaben und Ziele der Bankpolitik. — Entstehen der Banktätigkeit und Entwicklung der Girobanken. — Entstehung, Organisation und Politik der großen Notenbanken. — Das Notenbankwesen in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Notenpolitik. — Das Werden der großen deutschen Kreditbanken. — Innere Bankpolitik. — Aeußere Bankpolitik. — Banken und Industrie. — Banken und Handel. — Banken und Börse. — Banken, Reichsbank und Geldmarkt. — Depositengesetz. — Frühere Reformvorschläge betr. Regelung des Depositenwesens. — Die Liquiditätsreserve der Banken. — Ein- oder Zweireservesystem?

Die Großmächte der Gegenwart. Von Dr. Rudolf Kjellen. Leipzig 1914. Verlag B. G. Teubner. (2.40 M.) — Der Verfasser beleuchtet die weltgeschichtliche Bedeutung des gegenwärtigen Krieges. Das Buch gipfelt in einer zusammenfassenden Betrachtung über das Wesen der Großmacht und die Zukunftskonstellation auf unserem Planeten.

*) Jahresdurchschnitt.

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat August (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

	Aktiva: Metallbestand*)	Kassenscheine **)	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Passiva: Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (—) ***)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdisk. %
7. August															
1914	1595,6 (1477,6)	96,7	22,8	3737,1	226,3	194,2	237,7	180,0	74,5	3897,2	1879,5	79,2	— 1632,1	40,9	6
1913	1420,8 (1137,3)	17,6	22,5	931,1	68,5	91,7	216,5	180,0	70,0	1877,0	584,9	56,6	+133,8	76,0	6
1912	1269,2 (931,9)	40,1	19,8	1001,2	69,4	25,2	164,5	180,0	66,9	1676,7	623,5	42,1	+202,3	75,7	4½
1911	1171,6 (869,4)	55,8	17,5	887,6	59,2	17,6	201,5	180,0	64,8	1586,9	548,8	30,3	+208,0	73,8	4
1910	1046,3 (764,6)	63,7	18,2	891,4	74,2	95,5	169,6	180,0	64,8	1569,5	509,9	34,9	+ 31,6	66,7	4
15. August															
1914	1590,2 (1508,5)	126,8	31 8	4426,0	181,0	200,6	222,0	180,0	74,5	3881,9	2551,8	90,3	— 1583,1	41,0	6
1913	1418,7 (1132,9)	42,7	28,2	907,6	76,7	97,6	246,7	180,0	70,0	1811,8	699,0	57,4	+227,8	78,0	6
1912	1289,3 (949,2)	42,1	27,1	1000,7	70,6	12,1	160,3	180,0	66,9	1626,5	686,1	42,7	+282,0	79,2	4½
1911	1202,5 (896,5	57,6	25,6	883,1	61,0	11,6	205,7	180,0	64,8	1536,6	634,6	31,1	+299,1	78,3	4
1910	1063,5 (780 2)	65,5	25,5	895.9	83,9	90,3	173,1	180,0	64,8	1515,7	601,9	35,5	+111,7	70,8	4
23. August															
1914	1596,1 (1529,8)	118,6	39,5	4616,0	162,8	209,4	228,7	180,0	74,5	4000,0	2619,8	96,9	— 1695,7	39,9	6
1913	1443,2 (1153,7)	43,1	34,3	886,6	58,9	77,5	222,6	180,0	70,0	1754,4	703,3	58,4	+316,2	82,3	6
1912	1315,3 (973,1)	44,0	33,5	984,4	55,4	4,2	153,4	180,0	66,9	1581,7	718,1	43,4	+361,7	83,5	4½
1911	1237,7 (924,9)	59,8	33,2	852,2	49,1	2,7	211,7	180,0	64,8	1469,4	673,5	31,7	+384,2	82,0	4
1910	1106,1 (814,5)	67,6	32,1	887,9	63,9	70,5	163,0	180,0	64,8	1466 5	643,3	36,4	+212,0	75,5	4
30. August															
1914	1606,9 (1556,5)	183,2	9,3	4750,1	104,9	163,3	211,5	180,0	74,5	4234,9	2441,3	98,6	— 1885,5	26,4	6
1913	1401,5 (1121,5)	32,1	7,4	974,6	82,2	75,3	263,7	180,0	70,0	1915,7	611,6	59,4	+ 75,2	73,1	6
1912	1239,9 (911,3)	36,7	11,5	1124,8	79,9	15,6	122,8	180,0	66,9	1752,7	643,2	48,5	+ 85,5	70,7	4½
1911	1169,9 (864,8)	52,9	10,9	963,9	86,1	1,7	219,3	180,0	64,8	1639,6	587,9	32,4	+144,1	71,4	4
1910	1047,3 (762,6)	64,0	10,4	992,4	90,4	70,4	166,9	180,0	64,8	1578,4	581,5	37,2	— 16.2	66,4	4

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.
**) Seit 7. August 1914 Reichs- und Darlehnskassenscheine.
***) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M Die Steuerpflicht ist seit dem 7. August 1914 suspendiert.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im August 1914.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Aug. 1914	Metall-bestand	Reichs-*) kassen-scheine	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grund-kapital	Res.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Noten-reserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 595 618	96 680	22 812	3 737 074	226 292	194 238	237 651	180 000	74 479	3 897 203	1 879 477	—	79 206	—1 632 093	—
	15.	1 590 221	126 753	31 835	4 425 984	180 984	200 621	222 031	180 000	74 479	3 881 931	2 551 754	—	90 265	—1 583 122	—
	22.	1 596 129	118 583	39 516	4 616 010	162 775	209 412	228 685	180 000	74 479	3 999 962	2 619 763	—	96 906	—1 695 734	—
	31.	1 606 922	183 159	9 342	4 750 067	104 929	163 326	211 496	180 000	74 479	4 234 873	2 441 337	—	98 552	—1 885 450	—
Bayerische Notenbank	7.	29 977	53	4 888	44 277	2 873	58	5 195	7 500	3 750	67 038	5 652	—	3 381	— 120	2 089
	15.	29 950	59	6 492	43 118	2 860	58	4 025	7 500	3 750	65 061	6 962	—	3 289	+ 3 440	2 568
	22.	30 058	57	5 229	42 662	2 831	58	3 875	7 500	3 750	63 089	7 122	—	3 309	+ 4 255	1 723
	31.	30 239	48	5 413	42 485	2 820	58	3 641	7 500	3 750	62 601	7 489	—	3 364	+ 5 099	1 029
Sächsische Bank	7.	18 396	138	13 049	89 787	31 160	7 070	8 102	30 000	7 500	73 683	35 088	18 842	2 587	— 25 329	3 865
	15.	18 714	144	21 823	86 685	28 639	7 068	7 467	30 000	7 500	68 194	40 373	21 878	2 597	— 10 742	1 875
	22.	18 714	179	30 641	83 280	26 032	7 068	6 562	30 000	7 500	70 629	38 283	23 481	2 582	— 4 324	1 916
	31.	18 888	196	16 756	71 857	23 026	7 069	5 257	30 000	7 500	48 732	30 191	24 044	2 582	+ 3 879	8 618
Württembergische Notenbank	7.	7 434	127	5 988	22 829	14 468	2 522	1 381	9 000	1 721	22 110	20 534	7	1 378	+ 1 439	1 433
	15.	7 217	64	9 265	21 616	13 093	2 522	3 779	9 000	1 721	20 995	24 442	7	1 391	+ 5 551	710
	22.	7 246	112	11 008	20 608	12 349	2 522	5 826	9 000	1 721	19 729	27 797	7	1 416	+ 8 637	735
	31.	7 275	127	15 308	18 528	11 028	2 522	7 198	9 000	1 721	16 454	33 344	37	1 428	+ 16 256	1 110
Badische Bank	7.	6 189	3	2 590	18 282	10 179	589	3 777	9 000	2 250	16 432	13 096	—	832	+ 2 350	679
	15.	6 193	9	2 997	16 763	9 517	578	4 471	9 000	2 250	16 546	11 884	—	847	+ 2 653	372
	22.	6 206	23	2 935	16 746	8 842	507	5 149	9 000	2 250	16 085	12 201	—	873	+ 3 079	266
	31.	6 220	18	2 494	15 112	9 181	536	5 524	9 000	2 250	13 709	16 235	—	982	+ 5 023	334
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 657 614	97 001	49 327	3 912 249	284 972	204 477	256 106	235 500	89 700	4 076 466	1 953 847	18 849	87 384	—	—
	15.	1 652 295	127 029	72 412	4 594 166	235 093	210 847	241 773	235 500	89 700	4 052 727	2 635 415	21 885	98 389	—	—
	22	1 658 353	118 954	89 329	4 779 306	212 829	219 567	250 097	235 500	89 700	4 169 494	2 705 166	23 488	105 086	—	—
	31.	1 667 544	183 548	49 313	4 898 049	150 984	173 511	233 116	335 500	89 700	4 376 369	2 528 596	24 081	106 818	—	—

*) Reichs- und seit 7. August 1914 Darlehnskassenscheine.

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im August (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 Aug. 6.	27,62	11,04	63 35	36,11	11,50	56,75	9,97	14 3/5	6*)
„ 13.	33,02	23,04	70,79	35,93	7,89	83,33	15,53	17	5
„ 20.	37,95	26,04	97,92	37,18	13,64	108,09	19,23	15 4/5	5
„ 27.	43,47	29,77	109,90	35,57	23,88	123,92	26,41	17 7/8	5
1913 Aug. 6.	39,01	12,76	26,99	29,96	9,35	39,82	27,50	55 7/8	4 1/2
„ 13.	41,07	12,46	27,24	29,57	9,34	42,21	29,94	58 1/8	4 1/2
„ 20.	42,30	12,45	27,81	29,34	10,34	43,21	31,40	58 5/8	4 1/2
„ 27.	43,16	12,45	27,67	29,24	9,99	44,42	32,36	59 1/2	4 1/2
1912 Aug. 7.	39,69	13,98	33,61	29,99	16,82	40,85	28,15	48 3/4	3
„ 14.	29,51	13,98	34,14	29,51	16,55	43,26	29,82	49 7/8	3
„ 21.	29,25	13,37	35,10	29,25	17,54	42,89	30,11	49 7/8	3
„ 28.	41,71	13,37	36,37	29,19	17,23	45,42	30,99	49 1/2	4
1911 Aug. 2	40,16	14,97	26,72	30,23	7,97	44,06	28,38	54 1/2	3
„ 9.	39,67	14,97	26,53	30,46	7,65	43,47	27,66	54 1/8	3
„ 16.	40,08	14,97	25,63	29,92	7,82	43,31	28,61	55 7/8	3
„ 23.	41,93	14,97	25,22	29,88	8,07	43,55	29,50	57 1/8	3
„ 30.	40,73	14,60	26,83	29,98	10,79	42,81	30,20	56 8/8	3
1910 Aug 3.	39,02	17,37	29,09	29,06	15,21	41,61	28,41	50	3
„ 10	39,38	17,37	28,65	28,66	16,56	40,56	29,17	51	3
„ 17.	39,92	16,04	28,39	28,41	17,57	38,73	29,96	53	3
„ 24.	40,33	16,04	29,43	28 31	17,93	39,90	30,47	52 5/8	3
„ 31.	39,93	15,87	30,35	28,63	17,19	40,55	29,76	51 1/2	3

*) 1.—5. August 10%.

Niederländische Bank.

Wochenausweise von April bis Juni 1913—1914 (in 1000 Fl.)

Ausweis-Tag	Metall		Wechsel-bestand	Dar-lehen	Laufende Rech-nungen (Saldo)	Noten-umlauf	Nicht metallisch gedeckte Noten	Bank-dis-kont %
	Gold	Silber						
1914 April 4.	159 954	8 473	79 609	94 685	3 250	317 219	148 792	3 1/2
„ 11.	159 953	7 803	83 201	89 951	3 369	315 885	148 129	3 1/2
„ 18.	160 474	8 591	87 919	84 627	3 123	316 102	147 037	3 1/2
„ 25.	162 469	8 934	90 344	85 746	4 723	320 090	148 687	3 1/2
Mai 2.	162 457	8 264	102 974	94 211	3 221	344 995	174 274	3 1/2
„ 9.	162 969	7 823	96 564	89 409	4 248	333 726	162 934	3 1/2
„ 16.	162 089	8 348	91 460	84 785	6 439	323 504	153 067	3 1/2
„ 23.	162 104	8 337	87 125	82 488	7 332	315 880	145 439	3 1/2
„ 30.	163 096	8 432	87 232	79 652	5 014	316 636	145 108	3 1/2
Juni 6.	162 598	8 369	88 739	74 520	8 268	308 609	137 842	3 1/2
„ 13.	161 101	8 743	86 404	73 435	5 883	307 120	137 276	3 1/2
„ 20.	160 626	9 245	85 351	72 138	7 309	303 783	133 912	3 1/2
„ 27.	160 628	9 358	86 363	72 077	5 089	306 154	136 168	3 1/2
1913 April 5.	162 533	9 136	85 219	78 613	3 570	312 890	141 221	4
„ 12.	162 530	8 749	88 586	76 779	4 742	313 527	142 248	4
„ 19.	162 542	9 080	87 879	77 962	4 836	312 867	141 245	4
„ 26.	162 549	8 989	87 196	79 559	4 004	315 466	143 928	4
Mai 3.	162 529	8 217	97 078	90 646	3 847	337 326	166 580	4
„ 10.	163 031	8 125	93 981	82 055	4 342	326 804	155 648	4
„ 17.	163 050	8 859	92 317	77 401	6 854	318 366	146 457	4
„ 24.	163 113	9 577	89 546	74 638	10 859	309 886	137 196	4
„ 31.	164 605	9 378	88 143	74 771	6 766	313 064	139 081	4
Juni 7.	165 108	8 843	82 392	69 683	5 375	305 763	131 812	4
„ 14.	161 415	8 876	79 691	71 516	4 165	301 316	131 025	4
„ 21.	148 975	9 210	81 592	77 107	3 609	297 067	138 882	4
„ 28.	145 286	8 934	94 182	93 541	11 564	313 125	158 905	5

Digitized by Google

Russische Reichsbank.

Wochenausweise vom April bis Juni 1913—1914. (Millionen Rubel.)

Ausweis-Tag		Gold	Silber	Goldguthab. im Ausl.	Wechsel	Darlehen	Guth. des Staat.	Guth. der Priv.	Notenumlauf	Diskontsatz
1914 April	1./14.	1569,3	69,6	210,3	423,9	369,2	457,1	630,7	1649,1	5½
„	8./21.	1571,1	66,6	207,8	409,7	368,3	445,8	617,5	1668,5	5½
„	16./29.	1574,6	70,5	208,2	387,0	365,3	423,5	645,9	1598,9	5½
„	23./6.	1579,1	73,0	204,2	381,4	359,3	443,2	633,6	1622,2	5½
Mai	1./14.	1581,6	74,4	200,9	376,0	361,1	439,9	619,2	1626,4	5½
„	8./21.	1583,6	74,3	198,4	385,1	360,3	432,7	621,6	1641,5	5½
„	16./29.	1587,6	73,2	197,2	383,2	359,9	434,2	619,8	1645,7	5½
„	23./5.	1591,5	73,1	193,0	362,8	354,9	436,3	605,8	1648,2	5½
Juni	1./14.	1591,9	73,1	192,8	385,1	360,6	433,9	608,3	1633,7	5½
„	8./21.	1592,5	73,3	183,1	392,4	368,8	475,0	570,3	1633,0	5½
„	16./29.	1595,7	73,2	169,2	401,9	360,6	488,4	579,9	1628,4	5½
„	23./6.	1597,5	72,4	142,5	392,6	359,1	512,6	561,7	1646,9	5½
1913 April	1./14.	1364,7	73,9	219,8	489,1	426,0	578,1	573,3	1474,0	6
„	8./21.	1366,0	72,1	219,8	489,2	421,2	567,1	569,9	1492,3	6
„	16./29.	1368,5	67,6	220,1	491,9	422,5	560,7	556,7	1505,1	6
„	23./6.	1373,8	71,3	220,7	469,9	418,0	541,4	558,5	1484,6	6
Mai	1./14.	1381,0	76,5	219,9	456,7	410,9	521,1	564,9	1464,8	6
„	8./21.	1384,7	77,1	214,9	459,9	417,1	526,5	547,2	1471,7	6
„	16./29.	1392,6	78,7	214,8	466,3	422,7	534,1	565,5	1467,6	6
„	23./5.	1396,4	77,7	214,6	465,0	411,9	544,3	549,6	1480,1	6
Juni	1./14.	1403,5	77,7	205,1	490,9	423,6	514,6	589,3	1472,1	6
„	8./21.	1406,5	77,6	194,6	497,8	410,5	525,3	558,1	1472,0	6
„	16./29.	1411,5	77,2	192,4	483,7	417,9	564,9	581,4	1471,3	6
„	23./6.	1418,7	76,1	185,3	454,0	387,9	543,7	560,3	1471,6	6

Bank von Finland.

Wochenausweise für April bis Juni 1913—1914. (Mill. fin. Mark [1 Fm. = 0,81 Rm.

Ausweis-Tag		Gold	Silber	Ausländ. Guthab. (Saldo)	Staatsobligat. in ausl. Valuta	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fäll. Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdiskont
1914 April	8.	35,562	2,085	88,780	22,191	103,832	26,622	119,680	38,628	5
„	15.	35,626	2,082	88,024	22,197	103,037	24,911	119,098	39,389	5
„	23.	35,700	2,094	87,487	22,197	101,837	27,686	115,205	41,108	5
„	30.	35,514	2,073	88,307	22,197	105,414	26,458	119,543	39,413	5
Mai	8.	35,538	2,009	88,922	22,183	104,776	28,214	118,093	38,535	5
„	15.	35,580	1,966	89,213	22,183	103,684	30,225	115,214	39,164	5
„	23.	35,547	1,911	89,935	21,826	102,999	31,419	113,405	39,941	5
„	30.	35,091	1,903	89,583	21,826	105,151	22,021	123,941	38,611	5
Juni	8.	36,731	1,810	87,913	21,826	105,187	23,139	122,962	37,680	5
„	15.	40,574	1,827	83,901	21,871	104,234	25,501	119,975	38,915	5
„	23.	40,039	1,816	83,994	21,871	103,177	27,649	115,700	39,805	5
„	30.	40,469	1,836	85,517	21,867	102,681	25,619	118,114	41,005	5
1913 April	8.	35,533	2,196	58,053	23,279	119,804	27,634	113,460	22,521	6
„	15	35 594	2,214	56,262	23,229	118,230	26,802	110,747	24,609	6
„	23.	35,636	2,201	55,236	23,229	117,357	27,561	108,373	26,220	6
„	30.	35,459	2,155	55,042	23,229	121 464	27,157	110,590	22,991	6
Mai	8.	35 567	2,113	53,950	23,186	122,788	27,326	111,293	21,596	6
„	15.	35,588	2,095	53 379	23,186	122,221	28,284	109,492	22,145	6
„	23.	35,709	2,054	52,310	23,186	121,928	29,705	106,617	23,098	6
„	31.	35,571	2,066	54,494	23,173	126,425	21,943	118,246	18,553	6
Juni	7.	35,572	1,949	54,701	23,171	126,008	23,205	118,534	17,907	6
„	14.	35,637	1,951	55,127	23,171	122,674	23,986	115,340	21,688	6
„	23.	35,693	1,905	56,028	23,163	119,803	25,361	111,901	25,545	6
„	30.	35,724	1,941	57,474	23,158	119,562	23,344	114,916	26,190	6

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Berliner Handels-Gesellschaft

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Behren-Strasse 32-33 und Französische Strasse 42 **BERLIN W. 8** Behren-Strasse 32-33 und Französische Strasse 42

Errichtet 1856

Kommanditkapital M. 110 000 000. Reserven M. 34 500 000.

Stadtbüro mit Stahlkammer

Berlin W. 8, Charlotten-Strasse 33

Fernsprecher: Amt Centrum, Nr. 11 283 und 11 284

Ausführung aller Arten bankgeschäftlicher Aufträge

Nationalbank für Deutschland

Berlin W., Behrenstrasse 68—69

Aktienkapital und Reserven 106 Mill. Mark

An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Noten- u. Geldsorten. Kontokorrent-, Scheck- und Depositenverkehr. Ausstellung von Schecks- und Kreditbriefen auf das In- und Ausland. Einlösung von Wechseldomizilen von Zins- und Gewinnanteilscheinen. Aufbewahrung von Wertpapieren mit gesetzlicher Haftung. Safes.

Die Nationalbank für Deutschland ist nebst ihren sämtlichen Depositenkassen amtliche Zahlstelle der Kgl. Ungarischen Postsparkasse in Budapest. Ein- und Auszahlungen für Rechnung der Scheckkontoinhaber der Kgl. Ungarischen Postsparkasse können bei der Nationalbank für Deutschland erfolgen.

Commerz- und Disconto-Bank

Hamburg Berlin

Leipzig Hannover Kiel Altona Altenburg S.-A.

Aktienkapital Mk. 85 000 000,—

Reservefonds Ende 1913 ca. Mk. 15 500 000,—

Telegramm-Adresse für sämtliche Niederlassungen: **„Hanseatic"**

London Agents: **London & Hanseatic Bank Ltd.**

Die Mitteldeutsche Creditbank

IN FRANKFURT A. M. UND BERLIN

Neue Mainzer Strasse 32 **Burgstrasse 24**

mit Filialen in Baden-Baden, Essen-Ruhr, Fürth i. B., Giessen, Hanau, Hannover, Mainz, München, Nürnberg, Wiesbaden

Aktienkapital und Reserven M. 69 000 000

Übernimmt Wertpapiere aller Art in Verwahrung und Verwaltung in **offenen Depots**, und führt sämtliche bankgeschäftlichen Transaktionen prompt und kulant aus.

Wechselstuben und Depositenkassen:

FRANKFURT a. M.: Neue Mainzer Str. 32, Hanauerlandstr. 1, Adalbertstr. 7a u. b (Bockenheim), Schweizerstr. 31 (Sachsenhausen), Bergerstr. 124 b (Bornheim); **ESSEN-RÜTTENSCHEID:** Rüttenscheider Str. 85; **FRIEDRICHSHAGEN b. B.:** Friedrichstrasse 66; **FRIEDENAU b. B.:** Rheinstr. 4; **FRIEDBERG i. H.:** Kaiserstr. 70; **7HÖCHST a. M.:** Kaiserstr. 2; **MARBURG:** Bahnhofstr. 9; **OFFENBACH:** Frankfurter Str. 55; **UELZEN:** Lüneburger Str. 6; **WETZLAR:** Hausergasse 12; **BERLIN:** Burgstr. 24 (Hauptdepositenkasse), Behrenstr. 4, am Belle-Alliance-Platz 17, Chausseestr. 3, Reesstr. 3, Potsdamer Str. 116, Tauentzienstr. 12, Ritterstr. 36, Alt-Moabit 10 b, Königstr. 51, Köpenicker Str. 45, Müllerstr. 181, Münzstr. 8, Metzstr. 44 (Prager Platz), Jerusalemerstr. 23; **CHARLOTTENBURG:** Berliner Str. 54; **PANKOW:** Breite Str. 8/9. —

Agenturen in **BUTZBACH** und **BÜDINGEN.**

Digitized by Google

Die Ausschaltung London's als Clearinghaus der Welt.

Die Tatsache, daß der größte Geldmarkt der Welt seit zwei Monaten in einen Krieg verwickelt ist, der sich zu heute noch unabsehbaren Dimensionen auswachsen kann, hat die ganze Güter herstellende und Handel treibende Kulturwelt in eine seltsame Lage gebracht. Forderungen, welche die Länder an den Londoner Geldmarkt haben, sind zum erheblichen Teil nicht verwertbar. Einmal, weil ein Anfang August erlassenes und mehrmals verlängertes Moratorium die rechtzeitige Einlösung englischer Akzepte in Frage stellt; sodann, weil alle Wechsel- und sonstigen Forderungen, die aus einer Geschäftsverbindung mit Deutschland oder Oesterreich stammen, bei Strafe nicht honoriert werden dürfen; endlich, weil eine Reihe englischer Akzept- und Handelshäuser durch den Krieg in eine so mißliche Lage gekommen sind, daß ihre Solvenz im Auslande angezweifelt und ihre Unterschrift zurückgewiesen wird. Auf der anderen Seite fehlt es vielfach an der Möglichkeit, Schulden, die in England fällig geworden sind oder demnächst fällig werden, auf die übliche Weise zu begleichen. Die Stockung im Weltverkehr, die der Krieg mit seiner Kapergefahr und seiner gewaltsam herabgedrückten Konsumfähigkeit herbeigeführt hat, macht es zahlreichen neutralen Ländern unmöglich, ihre Schuld mit Warenlieferungen resp. dem daraus entstehenden Wechsel- und Scheckmaterial abzudecken. In normalen Zeiten pflegt ein derartiger Mangel an Warenwechseln durch Trassierungskredite ausgeglichen zu werden. Aber solche Kredite werden seit dem Kriegsausbruch kaum noch gewährt. Und Gold ist entweder gar nicht oder nur mit hohem Aufgeld erhältlich. In vielen Fällen fehlt es zudem an der Fähigkeit, eine Barrimesse überhaupt zu

Digitized by Google

bezahlen. So sind Gläubiger wie Schuldner in gleich übler Lage. Die Kompensation, die durch den englischen Wechselmarkt und den ihn ergänzenden englischen Kredit sonst zwischen Forderungen und Verpflichtungen herbeigeführt wird, stockt vollständig, und dadurch wird nicht nur der Zahlungsausgleich zwischen England und dem mit ihm arbeitenden Ausland, sondern auch zwischen denjenigen gestört, die ihre Zahlungen in englischer Währung und über englische Plätze auszugleichen pflegen, ohne mit England selbst in Warenverkehr zu stehen.

Diese Unterbindung des ganzen internationalen Zahlungsverkehrs hat natürlich in allen Teilen der Welt zu Versuchen geführt, den Geldausgleich zwischen den einzelnen Ländern auf einem anderen als dem gewohnten Wege über London zu bewerkstelligen. Wo ein ernster Zahlungswille vorhanden ist, gibt es trotz Moratorium und Zahlungsverbot fast stets die Möglichkeit, den Gläubiger auf irgendeinem Umwege zu befriedigen. Für den fehlenden Kredit und die Ausfälle, die das Nichteintreffen erwarteter Auslandszahlungen verursacht, läßt sich freilich schwerer ein Ersatz beschaffen. Aber unmöglich ist auch das nicht, zumal wenn die einzelnen Regierungen sich der Außenhandels-Interessen ihrer Länder annehmen und für die Bereitstellung von Aushilfskrediten sorgen. Nach beiden Richtungen, sowohl der des Umweges für die Rimessen, wie der des Ersatzkredites, ist in den letzten Wochen manches geschehen. Aber man ist bei diesen, der unmittelbaren Notwendigkeit entsprungenen Hilfsmaßnahmen nicht stehen geblieben. Man ist gleichzeitig in Erwägungen darüber eingetreten, ob es nicht möglich wäre, den internationalen Zahlungsverkehr vor der Wiederholung derartig verhängnisvoller Störungen dadurch zu sichern, daß man den Welt-Zahlungsausgleich über London allmählich durch ein anderes, weniger konzentrisches Verfahren ersetzte, bei dem die Vermittelung Londons ausgeschaltet sein würde. Nicht nur in Deutschland, wo die Bestrebungen, den Außenhandel von London unabhängig zu machen, schon mehr als vierzig Jahre alt sind, sondern auch im Auslande hat der Gedanke viele Sympathien gefunden. Leicht begreiflich. Verbün-

Digitized by Google

det sich doch hier der Wunsch, das vaterländische Wirtschaftsleben gegen fremde Willkür zu sichern, mit dem Nationalstolz der Bevölkerung und vor allem mit dem geschäftlichen Vorteil der Bankwelt, die das Erbe der großen englischen Akzepthäuser nicht ungern antreten würde.

In den Vereinigten Staaten und in der Schweiz hat die Idee, den Zahlungsausgleich mit dem Auslande unter Umgehung von England vorzunehmen, bereits feste Form gewonnen. In Amerika ist die National City Bank kurz entschlossen mit dem Plan hervorgetreten, sich selbst zwischen die beiderseitigen Zahlungsverpflichtungen der Vereinigten Staaten und der südamerikanischen Republiken zu stellen und auch nach anderen Richtungen hin das Soll und Haben Amerikas mit dem Auslande auszugleichen. Alle Gläubiger und Schuldner, die aus rein technischen Gründen ihre Rechnung nicht bereinigen können, sollen sich an ihre Zentrale in New York oder ihre Filialen in Südamerika wenden. Die Bank wird dann versuchen, „für Bank- und Bar-Kredite sowie für ausländische Verpflichtungen als Clearinghaus zu handeln". Wie man sieht, benutzt die alte Morgan-Bank mit echt amerikanischem Geschäftsgeist die gute Gelegenheit, um ihren eben erst eröffneten südamerikanischen Filialen sofort eine große Kundschaft zuzuführen, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß andere nordamerikanische Banken dem Beispiel folgen werden. In der Schweiz hat derselbe Gedanke in einer weniger egoistischen Form Gestalt angenommen. Hier ist in einer Reihe von Zeitungen angeregt worden, eine „Chambre internationale de Compensation" zu errichten, die durch einfache buchmäßige Uebertragung fremde Forderungen und Verpflichtungen gegeneinander ausgleichen solle, und zwar nicht nur während des Krieges, sondern auch späterhin. Gerade die Schweiz als neutrales Land eigne sich hervorragend zum Vermittler zwischen den einzelnen Teilen des europäischen Auslandes.

Es steht außer Frage, daß alle derartigen Versuche, das englische Privileg der Zahlungsvermittlung zu brechen, gerade im gegenwärtigen Moment auf die ungeteilte Sympathie der Kulturvölker rechnen können.

Digitized by Google

Denn wenn es auch sehr fraglich ist, ob irgendein anderes Land den Zahlungsverkehr besser vor der Einwirkung eines Weltkrieges hätte bewahren können als England, so ist es doch jetzt offenkundig geworden, daß das englische Kreditsystem jedenfalls nicht die Widerstandskraft besitzt, die man bei ihm vorausgesetzt hat, und daß die englische Regierung auch gar nicht gesonnen ist, aus dem Clearing-Charakter des Londoner Zahlungsverkehrs die gebotene Konsequenz zu ziehen und alle ausländischen Ansprüche ohne Unterschied zu respektieren. Für die Loslösung eines großen Teils des internationalen Geldverkehrs von London sind also die Vorbedingungen heute besser als je zuvor. Trotzdem kann man sich des bedauerlichen Eindrucks nicht erwehren, als ob die Emanzipationsversuche, die man jetzt in Amerika, der Schweiz und anderswo anstellt, samt und sonders von einer Verkennung der Voraussetzungen ausgehen, auf denen sich die englische Herrschaft über den Geldmarkt aufbaut, und als ob ihnen zum mindesten so lange kein nachhaltiger Erfolg beschieden sein wird, wie jene Voraussetzungen bestehen. Historisch gewordene Erscheinungen lassen sich nicht von heute auf morgen hinwegdekretieren. Um sie zu beseitigen, bedarf es zuvörderst der Beseitigung der Ursachen und Vorbedingungen, in denen die Erscheinungen wurzeln, und aus denen heraus sie sich im Laufe der Zeit organisch entwickelt haben. Und das ist eine langwierige und schwere Arbeit, die der gute Wille wohl erleichtern, aber nicht ersetzen kann. Wenn man sich erinnert, mit welchen unendlichen Mühen man es vor ein paar Jahren in Deutschland versucht hat, den schwerfälligen Hypotheken-Zahlungsverkehr an den Terminen durch ein fortgeschrittenes Kompensationsverfahren zu ersetzen, und wenn man bedenkt, daß diese im Grunde ganz einfache technische Verbesserung gescheitert ist, weil man zuvor mit einer Reihe von Eigenheiten des Hypothekenverkehrs hätte aufräumen und diesen ganzen Verkehr hätte neu organisieren müssen — dann kann man sich eine Vorstellung davon machen, welche Schwierigkeiten bei der Ablenkung des Zahlungs- und Kreditverkehrs der ganzen Welt aus seinem gewohnten und nicht ohne triftigen Grund gewählten Bett zu überwinden sind.

Digitized by Google

Um diese Schwierigkeiten in ihrem ganzen Umfange würdigen zu können, muß man sich vor allem im klaren darüber sein, worin die Clearinghaus-Funktion des Londoner Marktes besteht. Denn nur, wenn man diese Funktion und ihre Technik wenigstens in ihren Grundzügen übersieht, kann man beurteilen, warum der Weltverkehr sich gerade ihrer bedient, und weiter, ob es möglich ist, sie durch ein anderes, geographisch, währungspolitisch und eventuell auch organisatorisch verschiedenes Verfahren zu ersetzen.

Worin besteht also die Funktion, die London heute zum Welt-Clearinghaus macht? Ganz allgemein ausgedrückt darin, daß sie den größten Teil der Forderungen und Schulden des Auslandes an einem einzigen Platze vereinigt, sie hier durch Verrechnung gegeneinander aufhebt und so eine Barzahlung über Meere und Kontinente hinweg in den allermeisten Fällen überflüssig macht. Das klingt sehr einfach und ist doch außerordentlich kompliziert. Jeder Handelshochschüler im ersten Semester kennt das berühmte Beispiel, das den Vorgang der Kompensation veranschaulicht: A schuldet an B, dieser schuldet an C, und C wiederum schuldet an D. Die Kette von Zahlungen, die sich aus diesem Reihen-Schuldverhältnis ergeben müßte, wird dadurch zu einer einzigen Zahlung zusammengezogen, daß das erste Glied der Kette, A, direkt an das letzte Glied, D, zahlt. Aber dieser einfache Hergang hat nicht weniger als drei Voraussetzungen, die nur selten von vornherein gegeben sind. Die im Schuldverhältnis zueinander Stehenden müssen nämlich erstens zu einer und derselben Zeit zahlen, sie müssen ferner in einer und derselben Währung zahlen, und schließlich müssen zwei von ihnen, nämlich das erste und das letzte Glied in der Kette, an einem und demselben Orte wohnen oder vertreten sein, denn sonst muß die Zahlung durch eine Bargeldsendung erfolgen, was gerade vermieden werden soll.

Wenn Argentinien und Brasilien an die Vereinigten Staaten verschuldet sind, so können sie ihre Schuld dadurch begleichen, daß sie Forderungen erwerben, welche andere Länder, etwa Deutschland und Frankreich, zur selben Zeit an die Vereinigten Staaten, also in Dollar-

Digitized by Google

Währung, haben. Forderungen dieser Länder an Italien und Oesterreich, also in Lire- und Kronen-Währung, nützen den südamerikanischen Schuldnern nichts, ebensowenig Forderungen, die zwar gegen die Vereinigten Staaten lauten, aber erst in zwei Monaten fällig werden. Für eine kompensatorische Zahlungsvereinfachung sind Guthaben und Schulden ohne zeitliche und valutarische Kongruenz nicht zu brauchen. Man kann sie nicht willkürlich gegeneinander aufrechnen. Sie lassen sich nur dann aufeinander abstimmen und in die Kette des Zahlungsausgleichs einbeziehen, wenn es gelingt, sie auf einen gleichen Nenner zu bringen, d. h., wenn man Schuldner oder Gläubiger dazu veranlassen kann, in einer dritten Währung zu zahlen oder zu empfangen. Dazu werden beide Teile regelmäßig dann, aber auch nur dann, bereit sein, wenn die Umwandlung der dritten, neutralen, Währung in ihre eigene Landesvaluta sich jederzeit glatt und ohne Verlust für sie ermöglichen läßt. Und ihre Bereitwilligkeit, als Glied in die den Zahlungsausgleich beschleunigende und verbilligende Kompensationskette einzutreten, wird sich noch ganz erheblich steigern, wenn die Banken des Landes, in dessen Währung die Beteiligten Zahlung leisten oder empfangen sollen, sich bereit erklären, die Zahlungen auf kürzere oder längere Zeit im voraus zu leisten, also Kredite zu gewähren. Das Moment der Kreditgewährung ist von allen das wirksamste, um Ländern mit divergierenden Währungen zur Verrechnung ihrer Zahlungen in einer dritten Währung zu veranlassen. Es ist zugleich dasjenige Moment, das neben den örtlichen und währungstechnischen Verschiedenheiten auch die zeitlichen Abweichungen zwischen den einzelnen Zahlungsakten beseitigt. Der Kredit stimmt Forderungen und Leistungen so vollständig wie nur möglich aufeinander ab und macht die Gesamtheit der internationalen Zahlungen dadurch kompensationsfähig. Ein sehr hoher Prozentsatz der Zahlungspflichtigen aus aller Welt tritt auf diese Weise als B oder C, das heißt als reiner „Durchgangsposten", in die Ausgleichskette A bis D ein. Und auch die schließlich übrigbleibenden Zahlungen des Anfangs- und Schlußgliedes (A und D) werden gewöhnlich überflüssig, weil ihre Endforderung oder

Digitized by Google

Endleistung aus der externen Zahlungskette meist auf eine andere interne Kette übernommen wird, in der sie Mittelglieder bilden (lokales Abrechnungsverfahren). So verwandelt sich der größte Teil der einzelnen internationalen Zahlungsakte in rein buchungstechnische Ab- und Zuschreibungen in den Büchern der Banken des als Clearing dienenden Landes.

Das ist in großen Zügen die Funktion des Welt-Clearings, wie es sich, natürlich in außerordentlich durchorganisierten Formen und mittels weitgetriebener Arbeitsteilung, traditionsgemäß in London vollzieht. Daß im Laufe der Zeit gerade London der Sitz dieser Weltabrechnungsstelle geworden ist, beruht natürlich nicht auf Zufall, sondern ist die logische Folge der Tatsache, daß an keinem Platze der Welt in gleichem Maße die notwendigen Elemente der Abrechnung vorhanden sind — oder bisher vorhanden gewesen sind —, nämlich die Möglichkeit, jede einzige Währung schnell und ohne Verlust in ein neutrales Geld und aus diesem wieder zurückzutauschen, sowie die Gelegenheit, jede Forderung und jede Schuld durch den Kredit vor- oder nachzudatieren und so auf den für die Ausgleichung günstigsten Zeitpunkt zu verlegen. Daß diese Elemente sich in London in höherem Maße vorfinden als anderswo, ist wiederum kein Zufall, sondern hat seine historischen, geographischen und handelspolitischen Gründe, die mit Naturnotwendigkeit London dieselbe Stellung im Welt-Zahlungsausgleich verschaffen mußten, die sie ein paar Jahrhunderte zuvor erst Venedig und dann Amsterdam verschafft hatten.

Der wichtigste Grund, der schon deshalb zuerst genannt werden muß, weil er die Existenz der anderen Gründe überhaupt erst ermöglicht, ist das absolute Uebergewicht des englischen Handels- und Geldverkehrs über den Handel aller anderen Länder. Dabei hat man nicht nur an den rein großbritannischen Handel zu denken, obwohl auch dieser für sich genommen den Handel des ihm am nächsten kommenden Landes (Deutschland) noch um rund 50% übersteigt. Es kommt hinzu der Handel zwischen den Kolonien bzw. Einflußgebieten und dem Mutterland sowie untereinander, der insgesamt nicht viel kleiner ist als der rein englische Außenhandel. Es kommen

Digitized by Google

ferner hinzu die Gebiete, bei deren Verkehr mit der Außenwelt, unbeschadet ihrer selbständigen und gefestigten Landeswährung, die Sterling-Rechnung überwiegt; zu ihnen hat man heute u. a. auch noch Japan zu rechnen. Und es sind endlich in Betracht zu ziehen die exotischen Länder mit schwankender Währung, in denen der Außenhandel schon zur Sicherung seiner eigenen Kalkulation in Pfund Sterling rechnet und fakturiert; zu diesen Ländern gehören China, Chile, Peru, Südpersien, der größere Teil der Türkei, also ganz ungeheure Gebiete, bei denen auch schon die in Handelskreisen weitverbreitete Kenntnis der englischen Sprache zur notwendigen Folge hat, daß die meisten Wechsel, die akzeptiert oder gekauft, und die meisten Schecks, die ausgeschrieben werden, englisch sind. So sind, wenn auch nicht unter dem Gesichtspunkt des reinen Handelsinteresses, so doch unter dem der Zahlungsleistung und ihrer Vermittlung, drei Viertel des Welthandels englisch, d. h. drei Viertel aller internationalen Zahlungen laufen direkt oder indirekt über England. Denn man kann keinen englischen Wechsel ausstellen, handeln oder einlösen, ohne Beziehungen zu englischen Häusern zu haben, die sich denn auch in aller Welt in enormer Anzahl vorfinden, ihrerseits mit englischen foreign banks, colonial banks oder merchant bankers arbeiten und so den größten Teil des Weltwechselmaterials der englischen Skontrierung zuführen. Von dem weiteren Bindeglied, das die englische Schiffahrt darstellt, ganz zu schweigen.

Der zweite, nicht viel weniger wichtige Grund ist, daß England den ungeheuren Handel, der sich seiner Sprache, seiner Währung, seiner Welthäuser und seiner Schiffe bedient, in regulären Zeiten auch finanziert. Und nicht nur diesen Handel; auch der Verkehr mit so reichen Ländern wie den Vereinigten Staaten, der in mancher Hinsicht selbständig ist, vollzieht sich unter Zuhilfenahme englischen Kredits. Wir haben wiederholt gesehen, zu welchen Katastrophen es jenseits des Ozeans führt, wenn dieser Kredit einmal weniger reichlich fließt oder — wie jüngst beim Kriegsausbruch — ganz suspendiert wird. England nimmt eben vor den meisten Ländern auch insofern eine besondere Stellung ein, als es sowohl den

Digitized by Google

Import wie den Export der halben Welt bevorschußt. Zwar hat sich in Frankreich, Belgien und seit etwa zwei Jahrzehnten auch in Deutschland ebenfalls das so bezeichnende und eigentlich anormale Verhältnis herausgebildet, daß im Verkehr mit Uebersee die Banken sich nicht darauf beschränken, dem Importeur Rembourskredite zugunsten seiner Lieferanten einzuräumen; daß sie vielmehr auch in der Exportrichtung Vorschüsse in Gestalt von Kontokorrent- und Akzept-Kredit an den deutschen Ablader, sowie (durch ihre überseeischen Tochterbanken) in Gestalt von Trattenkäufen beim fremden Importeur gewähren. Mit anderen Worten, die Banken sorgen nicht nur für prompte Bezahlung der heimischen Einfuhr, sondern sie schießen auch dem Auslande den Kaufpreis seiner Warenimporte vor. Aber dieser erweiterte Kreditverkehr greift in Deutschland, Frankreich und Belgien meist nur beim Handel zwischen diesen Ländern und ihrer Kundschaft Platz. In England und seiner Interessensphäre dagegen stellen sich die 60 Kolonial- und Auslandsbanken, die zahlreichen Merchants und die vielen mit englischem Kapital arbeitenden Fremdbanken auch in den Dienst des Handelsverkehrs dritter Länder, sofern sich dieser Handel nur in der Sterling-Währung vollzieht. Dadurch treffen sich die allermeisten Gläubiger und Schuldner der fremden Länder bei den englischen Banken der verschiedenen Spielarten, d. h. letzten Endes in London, wo dann, nachdem der Kredit die Forderungen und Leistungen zeitlich aufeinander abgestimmt hat, der definitive Ausgleich erfolgt. Kraft seiner Rolle als Weltgläubiger für kurzfristige Gelder — der langristige Kredit, wie ihn z. B. auch Frankreich in großem Maßstabe gewährt, hat Wirkungen anderer, hier nicht in Betracht kommender Art — vermag eben England den größten Teil des internationalen Handels seiner Währung zuzuführen und damit seiner Clearing-Funktion zu unterwerfen. Irgendein Zwang oder auch nur ein moralischer Druck wird dabei nicht angewendet; der Handel würde sich demgegenüber auch sehr spröde verhalten. Die Kreditfunktion, die England ausübt, und die ursprünglich wohl dafür mitbestimmend war, daß die Sterling-Währung außerhalb der englischen Herrschaft überhaupt Eingang gefunden hat,

Digitized by Google

genügt auch heute noch vollkommen, um den Welthandel im Bann Englands zu halten. Der Bann kann gebrochen werden, sobald der Handel den Kredit anderer Länder dem englischen vorzieht. Aber bisher bilden der niedrige englische Zins und die Bequemlichkeit, die der Verkehr mit den über die ganze Welt verstreuten englischen Kreditinstituten für den Handel bedeutet, noch immer starke Ketten. Insbesondere der billige Zins, der weniger mit der absoluten Höhe des englischen Reichtums als mit der besonderen Art seiner Anlage zusammenhängt, ist ein Bindeglied zwischen England und dem Welthandel, das sogar von der scharfen deutschen Konkurrenz in Argentinien und Brasilien bisher nicht hat zerschnitten werden können*).

Die Tatsache, daß in der ganzen Welt unablässig Nachfrage nach und Angebot von englischen Wechseln, Schecks und Auszahlungen herrscht, hat zur natürlichen Folge, daß das Pfund Sterling eine Art Weltgeld darstellt. Das ist ein weiteres wichtiges Moment für die Befestigung der Beziehungen zwischen dem Welthandel und England. Denn jede Bank, die in irgendwelchen Beziehungen zum Weltverkehr steht, wird dadurch veranlaßt, ihrerseits einen Vorrat an Sterling-Währung zu unterhalten, sei es in Form englischer Devisen, sei es in Form von Guthaben oder Ziehungskrediten in England. Auf diese Weise wird die ganze internationale Bankwelt, die Hauptkonkurrenten der englischen Institute nicht ausgenommen, geradezu gezwungen, bei Londoner Banken eine Rechnung zu führen und sich ebenfalls dem englischen Clearing anzuschließen. Eine Auslandsbank oder eine Bank mit überseeischen Niederlassungen, die sich diesem Zwange nicht unterordnen, sondern versuchen wollte, sich von London unabhängig zu machen, würde ein Risiko auf sich laden, das bei Beziehungen zu den interessanten Ländern der unkonsolidierten Tael-, Peso-, Milreis- oder Mexikan. Dollar-Währung geradezu verhängnisvoll werden kann. Denn das Pfund Sterling ist

*) Ueber die Schwierigkeiten, auf welche die deutschen Ueberseebanken bei der Einführung des Mark-Wechsels in Südamerika stoßen, vergl die Jubiläumsschrift der Brasilianischen Bank für Deutschland (1912); Jaffé, Das englische Bankwesen, 2. Auflage S. 98—101; Landmann, Ueber Mittel und Grenzen der bankmäßigen Exportförderung (1913) S. 5 ff.; ferner Frankf. Ztg. vom 29. August 1914 (Die Ueberseebanken und der Ueberseehandel) und Hamburg. Nachrichten vom 15. Sept. 1914 (Aufgaben der Zukunft für Deutschlands Bankwelt).

Digitized by Google

für solche Banken das einzige praktisch in Betracht kommende Sicherungsmittel gegen Valuta-Verluste. Eingänge, die eine Bank nach Monaten beispielsweise in brasil. Milreis zu erwarten hat, lassen sich nur dadurch gegen die Schwankungen des brasilianischen Wechselkurses sicherstellen, daß die Bank ihrerseits per gleichen Termin in Rio eine Forderung in Pfund Sterling erwirbt, wodurch die fortwährend schwankende Relation zwischen Milreis und Pfund Sterling sich für sie befestigt. Es ist das die bekannte Sicherungs-Spekulation, wie sie auch der Müller gegen die Getreidepreis-Schwankungen und die Gummifabrik gegen die Preisveränderungen des Rohgummis eingeht, und die sich für die Banken zurzeit in keiner anderen Währung auch nur annähernd so schnell und sicher durchführen läßt, wie in der englischen. Direktor Kämmerer von der Brasilianischen Bank für Deutschland sagt daher mit Recht in der Denkschrift seiner Bank: „Das erste, dessen man für die Eröffnung eines überseeischen Bankgeschäfts bedarf, ist ein Kredit, eine Ziehungsadresse in London."

Diese Garantiefunktion würde das Pfund Sterling freilich nicht erfüllen können, wenn es nicht seinerseits mehr als irgendeine andere Währungseinheit gegen alle Schwankungen der Wechselkurse sichergestellt wäre, und zwar dadurch, daß es auf Verlangen prompt in Gold umgetauscht wird und durch Umprägung jederzeit in die Landesmünze eines beliebigen Goldwährungsstaates verwandelt werden kann. Daß das Pfund Sterling unter allen Umständen seinen Nominalwert in Gold wert ist, hat zwar nicht, wie viele glauben, seine Weltherrschaft überhaupt erst herbeigeführt — der englische Außenhandel und der englische Kredit haben mehr für diese Weltherrschaft getan —, aber es hat sie außerordentlich befestigt und gegen plötzliche Aenderungen in den Zahlungsgewohnheiten der Völker sichergestellt. Noch jetzt trägt die Formel 1 Pfund Sterling = 7⅓ Gramm Gold ständig zur weiteren Ausbreitung der englischen Währung und Ausdehnung der Clearinghaus-Funktion Londons bei. Denn jedes Land, das zur Goldwährung übergeht und, wie fast allgemein üblich, große Posten englischer Wechsel als Goldersatz in seinem Besitz hat, ordnet nicht

Digitized by Google

nur einen großen Teil seines Weltzahlungsverkehrs dem Londoner Clearing unter, sondern trägt dadurch auch ganz unmittelbar zur Konsolidierung der englischen Geld-Weltmacht bei; die ständige Unterhaltung eines großen Portefeuilles englischer Wechsel bedeutet ja praktisch nichts anderes, als daß das betreffende Land London erhebliche Mittel zur Verfügung stellt, die London seinerseits zur weiteren Finanzierung des Außenhandels fremder Länder und somit zur Befestigung der Sterling-Währung und seiner eigenen Clearing-Funktion benutzen kann und wirklich benutzt. Die Goldqualität des Pfund Sterling hat also zur Folge, daß England außer seinen eigenen großen Kapitalien ständig noch mehrere Milliarden Mark Fremdgelder in den Dienst seiner Kreditwirtschaft zu stellen in der Lage ist. Ob die jüngsten Vorgänge, insbesondere die Sperrung der englischen Goldausfuhr kurz nach Ausbruch des Krieges, den Glauben an die Goldqualität der englischen Währung erschüttern werden, steht dahin. Bisher läßt der Stand der Wechselkurse nirgends eine Minderbewertung der Sterling-Valuta erkennen.

Wenn man sich vor Augen hält, welch ungeheurer Markt sich für die englische Valuta schon allein dadurch bildet, daß in aller Welt englische Wechsel als Reserve gehalten werden, daß sich mit anderen Worten überall und stets Diskontgelegenheit für englische Wechsel findet, dann erkennt man, wie außerordentlich töricht es ist, wenn man unseren deutschen Ueberseebanken den Vorwurf macht, sie hätten es nicht verstanden, der Mark-Valuta in einem dem deutschen Handel entsprechenden Maßstabe Eingang in fremden Ländern zu verschaffen. Wie sollten wohl die deutschen Banken gegen das berechtigte Verlangen der überseeischen Export- und Importhäuser ankämpfen, ihre Zahlungen in demjenigen Papier zu leisten und zu empfangen, für das Käufer und Verkäufer nicht nur in dem ausgedehnten englischen Interessengebiet, sondern tatsächlich überall vorhanden sind! Es ist schon eine recht anerkennenswerte Leistung, daß der deutsche Wechsel sich in einigen südamerikanischen Ländern in verhältnismäßig kurzer Zeit eine angesehene Stellung neben dem englischen Wechsel errungen hat und

Digitized by Google

heute zur Ausgleichung eines erheblichen Teils der deutsch-südamerikanischen Handels- und Finanzbeziehungen beiträgt. Mehr zu verlangen und etwa zu fordern, daß der ganze deutsche Außenhandel oder gar ein wesentlicher Prozentsatz des Handels dritter Länder sich grundsätzlich der deutschen Valuta bedienen sollen, heißt die Grundbedingungen des internationalen Zahlungsverkehrs verkennen. Selbst wenn man von den Banden der Gewohnheit und der Sprachenübereinstimmung, welche den größten Teil der kaufmännischen Welt mit der englischen Währung verbinden, absieht, sichert schon das Moment der unbeschränkten und prompten Handelsfähigkeit dem englischen Wechsel die Weltherrschaft. Beim allerbesten Willen können die deutschen Banken nicht dafür sorgen, daß auf Verlangen stets ein Mark-Wechsel in der gewünschten Höhe und Fälligkeit parat liegt, oder daß überall ununterbrochene Diskontgelegenheit für deutsche Wechsel in ausreichendem Maße und zu billigen Bedingungen vorhanden ist. Dazu wären mutatis mutandis selbst die an Zahl und Kapitalkraft zehnmal stärkeren englischen Banken nicht imstande, wenn ihnen nicht die „Reserve-Qualität" des englischen Wechsels zu Hilfe käme, die einmal zur Folge hat, daß permanent und überall Nachfrage und Angebot in englischen Zahlungsmitteln herrscht, und zum anderen, daß der englischen Geldwirtschaft dauernd enorme Mittel über ihre eigenen Kapitalien hinaus zur Verfügung stehen, die es ihr möglich machen, etwaige zeitliche oder örtliche Lücken in der Wechsel- oder Scheck-Versorgung durch Kredite auszufüllen. Um den Mark-Wechsel wirklich erfolgreich mit dem Sterling-Wechsel konkurrieren zu lassen, müßten also die deutschen Banken dem internationalen Handel zum mindesten einen ebenso hohen Kredit anbieten können, wie die auf diesen Kredit besonders zugeschnittene und durch die Sterling-Reserven der anderen Länder noch enorm verstärkte englische Geldwirtschaft. Und selbst wenn dies möglich wäre, blieben noch immer die historischen, politischen und psychologischen Hindernisse zu überwinden.

Nach alledem muß man die jetzt in den Vereinigten Staaten und der Schweiz angestellten Versuche, die eng-

Digitized by Google

lische Weltherrschaft auf dem Geldmarkt völlig oder für bestimmte Gebiete zu verdrängen, als ein wenig naiv bezeichnen. Auch wenn zugegeben werden muß, daß der Moment für ein solches Unternehmen insofern günstig gewählt ist, als England sich durch Goldausfuhrverbot, Moratorium und weitgehende Akzeptverweigerung fürs erste seiner Clearing-Funktion freiwillig begeben hat, so gehört doch ein ganz anderes Rüstzeug zu einem Angriff auf die englische Welt-Geldherrschaft, als es der Schweiz oder gar einer einzelnen Morgan-Bank zur Verfügung steht. Ungeheure Geldmittel und niedriger Zins*) sind die unerläßliche Voraussetzung, denn man kann England in seiner Vermittlerrolle nicht ablösen, wenn man es nicht auch als Kreditgeber ausschaltet. Und nicht nur zur Hergabe gewaltiger Geldmittel muß man imstande sein, sondern man muß auch die unbedingte Wertbeständigkeit der Währung garantieren können, die man an die Stelle der englischen setzen will, d. h., man muß jederzeit bereit sein, Zahlung in Gold zu leisten. Damit steht es zurzeit aber allenthalben sehr schlecht. Insbesondere die Vereinigten Staaten machen die verzweifeltsten Anstrengungen, ihr Gold, das infolge der Nichterneuerung der großen englischen Kredite in Massen über die Grenzen drängt, im Lande zu behalten. Welche eigenartigen Vorstellungen man gerade in New York von der Clearing-Funktion einer Geldzentrale hat, geht aus einem Vorschlage hervor, den ein angesehenes New-Yorker Bankhaus (Ladenburg, Thalmann & Co.) unlängst gemacht hat, um die Schwierigkeiten, in denen sich der amerikanische Zahlungsverkehr mit dem Auslande befindet, zu beseitigen. Diese Schwierigkeiten bestehen darin, daß die Vereinigten Staaten dem englischen Geldmarkte ungeheure Summen schuldig sind, die England entweder gar nicht oder nur zu sehr hohen Zinsen prolongieren will. Die Vereinigten Staaten haben ihrerseits nicht annähernd genug Forderungen an das Ausland, um ihre englischen Gläubiger damit befriedigen zu können, was mit Hilfe

*) Welche große Bedeutung speziell der Zins für die Richtung hat, welche die Finanzierung des Außenhandels nimmt, dafür ist eine Befürchtung sehr charakteristisch, die Anfang Januar dieses Jahres in London laut geworden ist. Zu jener Zeit notierte der Privatdiskont in London 4 bis 4¼ %, in Berlin 3⅜ bis 3½ %, also fast ⅜ % niedriger. Eine Londoner Depesche des „Berl. Lokal-Anz." vom 5. Januar meldete nun, man hegte in der City die Besorgnis „daß das Geschäft in amerikanischen Baumwollfratten an Berlin verloren gehen könnte, wenn der hiesige Zinsfuß dem Berliner nicht näher käme."

Digitized by Google

der Clearing-Funktion des Londoner Marktes sonst überaus einfach wäre. Es bleibt somit heute den amerikanischen Schuldnern, zu denen u. a. die Stadt New York gehört, keine andere Wahl, als entweder sehr hohe Preise für Scheck London zu zahlen (Anfang August bis 45 %, im September noch etwa 4 bis 5% Aufgeld**), oder aber Gold nach England zu senden. Das letztere ist denn auch in einem derartigen Umfange geschehen, daß die mit viel Papier beschwerte amerikanische Währung in ernstliche Gefahr gekommen ist, und die Parität mit London trotz der starken Getreide- und Baumwoll-Ausfuhr der letzten Wochen noch immer nicht wiederhergestellt ist. Hier setzt nun der erwähnte Vorschlag ein. Die amerikanischen Schuldner sollen, statt ihre Debetposten in Pfund Sterling nach London zu entrichten, die Schuldsummen in Dollars, das Pfund Sterling zur Parität von 4,866 Doll. berechnet, an ein Treuhänderkomitee in Amerika zahlen, das diesen Betrag den englischen Gläubigern gutschreiben würde, die darüber ihrerseits in Form von Getreide-, Baumwoll- usw. Käufen verfügen könnten. Dieser Vorschlag, der rein äußerlich darauf hinausläuft, zeitweilig New York statt Londons zur Ausgleichstelle für den amerikanisch-englischen Geldverkehr zu machen, läßt zwei Momente ganz außer Betracht. Einmal, daß England die gekündigten amerikanischen Gelder momentan gar nicht zum Ankauf von Getreide, Baumwolle u. dgl. braucht. Wäre das der Fall, so würde in London ja Bedarf für „Auszahlung New York" herrschen, dieser Bedarf würde sich mit der amerikanischen Nachfrage nach „Auszahlung London" kompensieren, und der im Wert gesunkene Dollar würde wieder auf seine Parität steigen. London braucht aber seine amerikanischen Gelder zu anderen Zwecken, muß also unbedingt, und zwar in Pfund Sterling, nicht in Dollars, über sie verfügen können. Zum andern läßt der Vorschlag außer Betracht, daß angesichts des obwaltenden Zahlungsverhältnisses zwischen Amerika und England, d. h. angesichts der Höherwertigkeit des Pfund Sterling gegenüber dem Dollar, London sich die etwa benötigten Baumwoll- und Getreide-Rimessen zu einem weit günstigeren Umrechnungskurse,

**) Vergl. Septemberheft S. 833 ff. „Der internationale Zahlungsausgleich im Kriege."

Digitized by Google

als er der Parität von 4,866 entspricht, verschaffen kann, und daß es eine eklatante Benachteiligung Englands wäre, wenn man ihm die Dollars zur vollen Parität anrechnen wollte. Der Einwand, den man amerikanischerseits etwa machen könnte, daß nämlich Billigkeitsgründe dagegen sprächen, die englischen Gläubiger aus einer zufällig und unerwartet eingetretenen abnormen Lage des internationalen Zahlungsverkehrs Nutzen ziehen zu lassen, wäre nicht stichhaltig. Der englische Gläubiger will weder Dollars zu hohem noch zu niedrigem Preise, sondern er will Pfund Sterling und verlangt nichts anderes, als daß man ihm diese oder den entsprechenden Betrag baren Goldes sendet. Will oder kann Amerika dieser Forderung nicht nachkommen, so bleibt es ihm unbenommen, sich der Dienste des internationalen Clearing zu bedienen und seine Schuld in Mark, Francs oder Kronen, d. h. in Forderungen an dritte Länder abzutragen. Aber natürlich muß es sich diese Währungen zu ihrem augenblicklichen Weltpreis anrechnen lassen, der keine willkürliche Größe ist, sondern genau der Kaufkraft entspricht, welche die betreffenden Währungen momentan auf dem Weltmarkte haben. Und genau dasselbe gilt, wenn Amerika seine Schuld in Dollars abtragen will. Auch hierbei muß die derzeitige Weltgeltung, nicht aber die theoretische Parität oder ein willkürlich gewählter Abrechnungskurs zugrunde gelegt werden. Ein wesentlicher Teil der Stärke des Londoner Weltclearings beruht gerade darauf, daß hier, wo die Forderungen und Leistungen der halben Welt zusammenlaufen, sich ein absolut gerechter Kurs der einzelnen Währungen herausbildet, von dem sich jeden Moment ablesen läßt, in welches Quantum Gold oder Weltgeld man eine gegebene Währungseinheit tauschen kann. Diese Kursbildung ausschalten und einen festen Verrechnungspreis zur Grundlage der internationalen Auseinandersetzung machen zu wollen, zeugt von einer schiefen Auffassung der Bedeutung des Weltclearings und der Art seines Funktionierens.

Ganz etwas anderes ist es, wenn die kriegführenden Länder heute, angesichts der Schwierigkeiten, welche die rein technische Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit

Digitized by Google

dem durch Transportstockungen, Moratorien und Zahlungsverbote verrammelten Auslande verursacht, geeignete Schritte tun, um denjenigen Teil der inländischen Ansprüche und Schulden an ein drittes Land, der sich absolut ausgleicht, zurzeit aber nicht „gecleart" werden kann, künstlich im Inlande zu verrechnen. Es ist ein unleidlicher Zustand, daß in einem und demselben Lande nebeneinander Forderungen und Guthaben eines anderen Landes bestehen, ohne daß man sie miteinander kompensieren kann. So haben z. B. eine Reihe englischer Banken zurzeit große Guthaben in Berlin — 45 Mill. Mark allein aus einer chilenischen Finanzoperation —, während andere englische Häuser erhebliche Schulden, herrührend aus den deutsch-englischen Handelsbeziehungen sowie aus der Devisen- und Effekten-Arbitrage, bei deutschen Banken haben. Diese Forderungen und Schulden, die einstweilen in der Schwebe bleiben müssen, lasten wie ein Bleigewicht auf unserem Wirtschaftsleben, denn die Summen, die wir morgen, in zwei Wochen oder zu einem sonstigen unbekannten Zeitpunkt zu zahlen verpflichtet sein werden, sind, obwohl bar vorhanden, doch jeder nützlichen Verwendung entzogen; sie drücken nur die Sätze für tägliches Geld weit unter den gerechtfertigten Stand hinunter. Diese gebundenen Summen würden freigesetzt und dem Wirtschaftsleben zurückgegeben werden, wenn man sie zur Bezahlung der Schulden verwenden könnte, welche englische Banken in Deutschland haben. Die Summen würden dann aus Händen, die nichts mit ihnen anfangen dürfen und können, weil die Gelder nicht ihr rechtmäßiges Eigentum sind, in Hände übergehen, die sie brauchen können, und denen sie vielleicht ernstlich fehlen, ohne daß sich dem Auslande gegenüber das geringste ändert, und ohne daß ein Pfennig Deutschland verläßt. Eine derartige Kompensation, wie sie z. B. Dr. Curt v. Eichborn (Breslau) schon kurz nach Kriegsausbruch in der „Frkf. Ztg." vorgeschlagen hat, würde, auf reine Mark-Forderungen und Schulden beschränkt, mit geeigneten Kautelen gegen die Verlustgefahr ausgestattet und durch zweckentsprechende Zinsbestimmungen ergänzt, durchaus möglich und nützlich sein. Sie hätte weder etwas mit der Ladenburgschen Naivität zu tun, die darauf hinaus-

Digitized by Google

läuft, Schulden in eine andere und minderwertige Währung als die vereinbarte zu übertragen, noch mit der Utopie der National City Bank und einiger Schweizer Banken, die der Ansicht sind, ein wenig guter Wille sei durchaus genügend, um das Weltclearing oder einen namhaften Teil davon von London loszulösen — ein Ziel, das wohl aufs innigste zu wünschen, aber nicht eher zu erreichen ist, als bis ein anderes Land es vermag, dieselbe Kreditfülle, denselben Komplex von Handels-, Bank- und Zins-Erleichterungen und dieselbe sichere Währungsgrundlage in den Dienst der Welthandels-Interessen zu stellen, wie sie England zum mindesten bis zum Ausbruch des Krieges dem Weltverkehr zur Verfügung gestellt hat. Alfred Lansburgh.

Grundgedanken einer genossenschaftlichen Hilfsaktion.

Im vorigen Heft dieser Zeitschrift hat ihr Herausgeber die „wirtschaftliche Kriegsbereitschaft" eingehend behandelt. Und tatsächlich haben wir es hier wohl mit dem wichtigsten Wirtschaftsproblem zu tun, das uns heute entgegentritt. Groß ist die Zahl der Kriegskreditkassen, die in den letzten Monaten entstanden sind; und kaum zweimal begegnet man dabei der gleichen Organisation. Selbst dort, wo man bei der Gründung einer neuen Kasse sich eine an einem anderen Orte gebildete Kasse zum Vorbild genommen, hat man sich doch veranlaßt gesehen, wichtige Bestimmungen abzuändern. Nur eins ist allen bisherigen Kreditinstituten gemeinsam: sie sind lokaler Natur. Und das bedeutet eine erhebliche Beschränkung. Denn naturgemäß können nur große, leistungsfähige Kommunen, zumal solche, die sich auf maßgebende Handelskorporationen zu stützen vermögen, die Sache in die Hand nehmen und eine auf die Kriegsverhältnisse zugeschnittene Kreditorganisation ins Leben rufen. Ganz anders in den kleinen, in den armen Städten. Was kann hier, was kann in einfachen Landgemeinden geschehen? Hier fehlt es oftmals nicht nur an den Mitteln, sondern auch an den Personen, die imstande sind, eine den Zeitverhältnissen angepaßte wirtschaftliche Hilfsorganisation zu schaffen.

Sollte aber am Ende ein Bedürfnis gar nicht mehr vorhanden, eine Erörterung weiterer Hilfsmöglichkeiten also nicht mehr am Platze sein? Die Antwort hierauf hängt ganz von der mutmaßlichen Dauer des Krieges ab. Man dürfte sich heute damit abgefunden haben, daß so schnell, wie man es ursprünglich an-

Digitized by Google

genommen, der Krieg nicht zum glücklichen Abschluß für Deutschland geführt werden kann. Dazu ist die Zahl der Feinde zu groß und das Kriegsgebiet zu ausgedehnt. Und selbst wenn die Solidarität unter unseren Feinden auf die Dauer nicht anhalten sollte, so muß doch immerhin damit gerechnet werden, daß der Krieg sich noch manchen Monat hinziehen und die wirtschaftlichen Verhältnisse sich vielfach noch verschlechtern werden. Denn wenn auch die eine oder die andere Industrie, vielleicht auch einzelne Handwerkszweige, aus der Herstellung des Kriegsbedarfs Nutzen ziehen, so dürfte doch unbestreitbar sein, daß die Schwierigkeiten die Vorteile weit überwiegen. Das wirtschaftliche „Leben" steht erheblich zurück hinter dem wirtschaftlichen „Stillstand". Und es handelt sich für uns darum, das wirtschaftliche Leben am Leben zu erhalten, bis der Krieg vorüber ist. Dabei stehen aber das Kreditbedürfnis und seine Befriedigung unbedingt im Vordergrunde.

Die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse hatte nun scheinbar eine große Kreditaktion in die Wege geleitet, die nicht lokalen Charakter haben, sondern das ganze Land umfassen sollte. Ich sage scheinbar, denn es ist ein Schlag ins Wasser gewesen. Und das war schließlich noch der beste Ausgang. Denn der Plan der Preußenkasse hätte, wenn ausgeführt, zwar hier und dort Kredithilfe gebracht, im großen und ganzen aber wirtschaftliche Nachteile in nicht geringer Zahl hervorgerufen*).

Ferner wurde bei Beginn des Krieges in Berlin eine große Mittelstands-Kreditaktion erwogen. Aus verschiedenen Gründen wurde damals der Gedanke nicht weiter verfolgt. In den letzten Wochen sind aber von neuem Pläne erörtert worden, welche die Mittelstandshilfe zum Gegenstande haben, und so dürfte es vielleicht angebracht sein, einige Grundgedanken aus jenem beabsichtigten Unternehmen zur Kenntnis weiterer Kreise zu bringen. Möglicherweise werden sie an anderer Stelle wieder aufgenommen. Vielleicht veranlassen sie auch weitere Anregungen. Auf alle Fälle erscheint es mir wichtig, daß einige Momente hervorgehoben werden, die für jede Mittelstands-Kreditaktion maßgebend sein sollten, diese mag im übrigen beschaffen sein wie sie will.

Voraussetzung für jede Mittelstandskreditaktion, die heute in die Wege geleitet wird, muß meiner Meinung nach die folgende Erwägung sein:

Die bestehenden, dem Kleingewerbe dienenden Kredininstitute können in größerem Umfange heute nicht mit neuen Verpflichtungen belastet werden. Jedes dieser Kreditinstitute muß daran denken, sich bei den obwaltenden außergewöhnlichen Verhält-

*) In Nr. 35 und 39 der „Blätter für Genossenschaftswesen" dieses Jahres habe ich dies Urteil näher begründet.

Digitized by Google

nissen noch auf lange hinaus leistungsfähig gegenüber Ansprüchen aus seinem jetzigen Kundenkreis zu erhalten. Die neuen Kreditansprüche entstammen aber in der Regel nicht dem alten Kundenstamm, sondern Kreisen, die sich bisher keiner Kreditquelle im regelmäßigen Geschäftsverkehr bedient haben, aus Gründen, die hier nicht weiter untersucht werden sollen.

Es ist also genau zu unterscheiden zwischen derjenigen Kreditbedürftigkeit, die schon vor dem Krieg bestanden hat, und die meist auf wirtschaftliche Schwäche und daraus entspringenden Mangel an Kreditfähigkeit zurückzuführen ist, und denjenigen Kreditbedürfnissen, die erst durch die Kriegsereignisse hervorgerufen worden sind. Die erstere Gattung wird heute schwerlich eine besondere Vorsorge erforderlich machen. Was schon vor dem Kriege wirtschaftlich faul war, hat ganz gewiß keinen Anspruch darauf, jetzt, nachdem der Krieg hereingebrochen ist, „saniert" oder mit einem ausreichenden Kredit zur Aufrechterhaltung des Betriebes bedacht zu werden. Die Vorsorge hat sich vielmehr lediglich auf die zweite Gattung der Kreditansprüche zu erstrecken. Natürlich ist es schwer, hier die Spreu vom Weizen zu sondern, d. h. festzustellen, inwieweit die Kreditbedürftigkeit auf innere Schwäche oder auf die wirtschaftlichen Folgen des Krieges zurückzuführen ist. Aber die Scheidung muß versucht und die Kreditaktion nach Möglichkeit auf die durch den Krieg nötig gewordenen Kredite beschränkt werden. Dabei scheiden jedoch wieder die Kreditansprüche solcher Personen aus, die aus der Zeit vor dem Kriege her bereits ihre Kreditverbindung haben, welche ihnen auch über die jetzigen Schwierigkeiten hinweghelfen muß und wird, zumal jetzt, wo sich die Verhältnisse besser übersehen und vertrauensvoller beurteilen lassen als bei Ausbruch des Krieges.

Alle hiernach verbleibenden Kredite müssen — das ist wohl zu beachten — als zweifelhafte Risiken angesehen werden; schon deswegen, weil in ihnen trotz aller Unterscheidungsversuche doch noch solche Kredite enthalten sein werden, die nur scheinbar in den wirtschaftlichen Folgen des Krieges ihre Ursache haben. Es wäre daher außerordentlich bedenklich, wollte man diese Risiken den bestehenden Kreditinstituten aufbürden. Es ist vielmehr dringend erwünscht, daß für diese „Kriegskredite" besondere Organisationen geschaffen und den besonderen Verhältnissen und Umständen angepaßt werden. Und wenn auch die Behandlung der Kreditgesuche immerhin ein gewisses Entgegenkommen erfordern wird, d. h. ein Abweichen von den unter normalen Verhältnissen maßgebenden Leihgrundsätzen, so muß doch unbedingte Voraussetzung für die Kreditgewährung bei den neuen Organisationen sein: daß Kredite nur solchen Gewerbetreibenden

Digitized by Google

gewährt werden, die man als wirklich kreditwürdig ansehen darf. Andererseits werden die Kreditorganisationen ein wichtiges Zugeständnis nach Lage der Verhältnisse ohne weiteres machen müssen: Blankokredite werden sich nicht vermeiden lassen.

Wichtig ist ferner, daß jede derartige Organisation von vornherein ihre Tätigkeit auf die Dauer des Krieges beschränkt. Selbstverständlich wird sie nicht bei Friedensschluß sofort alle Außenstände einziehen können; sie muß ihren Kunden Zeit zur Abwicklung lassen. Aber es muß deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich um eine Aktion handelt, die lediglich dazu bestimmt ist, die schweren Wunden zu heilen, die dem wirtschaftlichen Leben durch den Krieg geschlagen werden — und zwar aushilfsweise und vollkommen unabhängig von den bestehenden Kreditinstituten, für die auch während des Krieges strengere Kreditgrundsätze zu gelten haben, natürlich angepaßt den außergewöhnlichen Verhältnissen.

Im wesentlichen wird es sich bei jeder heute eingeleiteten Kreditaktion, wenigstens vorderhand, um die städtischen Gewerbe handeln. Der Landwirtschaft ist durch Ernte, Pferdeaushebung usw. reichlich Geld zugeflossen. Soweit hier Schwierigkeiten vorhanden sind, liegen sie auf ganz anderem Gebiete.

Woher nun aber die Mittel nehmen? Da dürfte es sich wohl nicht vermeiden lassen, daß wieder zurückgegriffen wird auf die Reichsbank, die einer solchen Kreditorganisation des gewerblichen Mittelstandes, wie sie hier gedacht ist, Wechsel abzunehmen haben wird, sofern eine besondere Sicherheit geboten wird. Das letztere ist allerdings unbedingt erforderlich, und zwar wird die Sicherheit am zweckmäßigsten in der Garantie einer politischen Gemeinde liegen.

Muß man denn wirklich auch hier wieder auf die ohnehin schwer belastete Reichsbank zurückgreifen? Ist nicht die Heranziehung von Privatkapital möglich? Ich glaube kaum, daß dies möglich sein wird. Von dem Risiko will ich ganz absehen, denn die Garantie der politischen Gemeinde schwächt das Risiko außerordentlich ab, hebt es in vielen Fällen sogar vollständig auf. Aber die Privatkapitalien für derartige Unternehmungen dürften heute fehlen. Die 4½ Milliarden Kriegsanleihe sind nicht aus der vierten Dimension herausgeholt. Die Privatkapitalisten haben, was sie an Spareinlagen und Depositen besitzen, meist schon für die Zeichnungszwecke hergegeben. Ich glaube also kaum, daß es ohne die Reichsbank gehen wird.

Um die Garantie der politischen Gemeinden zu beschaffen, sind zwei Wege möglich. Entweder können die Gemeinden, die für ihre erwerbstätigen Bürger das Kreditinstitut in Anspruch nehmen wollen, einen Garantieverband zugunsten des Kredit-

Digitized by Google

instituts bilden. Oder aber jede einzelne Gemeinde unterschreibt die von den Gewerbetreibenden ihres Bezirks zu diskontierenden Wechsel. Der zweite Weg bietet große Vorzüge; er ist der einfachere und sichert besser jede einzelne der beteiligten Gemeinden. Gedacht ist hierbei übrigens an ein sich über viele Gemeinden erstreckendes Kreditinstitut. Das hat den Vorteil, daß man nicht eine ganze Reihe von Gründungen braucht, und ist auch schon deswegen gut, weil nicht jede kleinere Gemeinde die Kräfte für ein selbständiges Kreditinstitut aufbringen kann.

Die gegebene Rechtsform dürfte die der Genossenschaft sein; sie bietet die weitestgehende Anpassungsfähigkeit an die Eigenart des Unternehmens.

Die Gemeinden sollen zwar hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, die Träger des Unternehmens bilden. Auch die Gewerbetreibenden werden als Mitglieder herangezogen werden können. Die Beschaffung des Betriebskapitals macht keine große Sorge, wenn es, wie hier vorausgesetzt, durch die Weiterbegebung der von den Gemeinden girierten oder garantierten Wechsel an die Reichsbank erlangt werden kann.

Die Kommunen, die sich der Genossenschaft bedienen wollen, werden am zweckmäßigsten Kreditdeputationen einsetzen, welche die bei ihnen eingehenden Kreditgesuche prüfen. Wird das Kreditgesuch genehmigt, so wird ein entsprechender Wechsel mit der Unterschrift oder dem Giro der Kommune ausgestellt und bei der Genossenschaft diskontiert.

Jede Gemeinde, die den Wechselkredit in Anspruch nimmt, hat der Genossenschaft wöchentlich ein Verzeichnis einzureichen, aus dem sich diese ein Bild über die geschäftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer machen kann. Unter keinen Umständen darf einer leichtfertigen Kreditgewähr Vorschub geleistet werden. Wie die Gemeinde sich decken will, ob sie ihrerseits etwa Kredit nur gegen Sicherstellung oder auch in blanko gewährt, bleibt ihrer Entscheidung überlassen. Jede Gemeinde hat es in der Hand, ihr Risiko für die von ihr garantierten Wechsel dadurch einzuschränken, daß sie die Wechsel sorgfältig prüft. Sie haftet freilich auch mit dem von ihr eingeschossenen Geschäftsguthaben und der Haftsumme. Das hierin liegende Risiko aber dürfte nicht groß sein, da ja vorausgesetzt wird, daß alle Wechsel von Gemeinden giriert oder garantiert sind.

Ueber das eine muß man sich klar sein: Nur in den außergewöhnlichen Verhältnissen findet eine solche Organisation und zumal das Eintreten der Kommunen ihre volkswirtschaftliche und geschäftliche Rechtfertigung. Nur der Krieg mit seinen verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen kann ein derartiges Unter-

Digitized by Google

nehmen entstehen lassen, das die Kreditgewährung, die eigentlich auf nüchterner kaufmännischer Ueberlegung beruhen soll, dem Gedanken der sozialen Fürsorge anpaßt.

Justizrat Prof. Dr. Hans Crüger.

Die Mobilmachung der Worte.

In einem Augenblick, in dem die deutsche Wehrmacht ihre eherne Sprache spricht, nachdem alle friedlichen Versuche, dem gewaltigen Aufschwung der deutschen Wirtschaftsmacht die internationale Anerkennung zu erzwingen, gescheitert sind, in einem solchen Augenblick des Stillstandes und der unfreiwilligen Muße ist es gut, wenn die Wirtschaftspolitik Einkehr hält und aus den plötzlich vor ihr aufgetanen weltgeschichtlichen Perspektiven ein Urteil darüber zu gewinnen sucht, ob sie mit allen ihren Friedensmitteln und Friedensmethoden auf dem richtigen Wege war.

Daß unsere Diplomatie, die ihre Gesichtspunkte und Waffen immer noch aus dem alten Arsenal der Zunft, und nicht aus den Bedürfnissen unserer Zeit nimmt, für die aufstrebende Kraft Deutschlands nicht die richtige Formel zu finden und bei den Völkern der Umwelt durchzusetzen verstanden hat, wissen wir nicht erst seit heute und gestern. Aber auch unserer Wirtschaft selbst fehlte fast immer das Augenmaß für den politischen Rahmen ihrer drängenden Entwürfe; sie wollte wohl auch manchmal auf diese Rahmenlinie keine Rücksicht nehmen, in ihrer Bewegungsfreiheit durch keine anderen als die geschäftlichen Grenzen gehemmt sein und an den „Ernstfall", die Möglichkeit gewaltsamer Hemmungen, nicht denken. Diplomatie und Wirtschaft hatten keine Fühlung mit einander. Die Diplomatie blieb bis auf wenig Ausnahmen auch dann noch mit vornehmer Zurückhaltung außerhalb des Kreises stehen, in dem die Leistungen unserer Wirtschaft sich erfüllten, als unsere „innere Regierung" sich bereits mit wachsender Vertrautheit in die Bedingungen unserer merkantilen Entwicklung einzufühlen begann. Wie dieser Dualismus in unserer Regierung zu erklären ist, soll hier nicht untersucht werden. Wohl aber ist für uns die andere Frage wichtig: wie es kam, daß unsere Wirtschaft so gänzlich unempfänglich für politische Maße und Rücksichten war. Die Antwort liegt im Grunde ziemlich nahe. Unser Wirtschaftsleben, das durch die Reichsgründung so ungeahnt starke Impulse bekommen hatte, war völlig beherrscht von einem ungestümen „Drang nach vorwärts" um jeden Preis. Kaum daß wir die älteren Industriestaaten eingeholt hatten, wollten wir sie auch schon überholen. Unser Tempo war Schnellschritt,

Digitized by Google

unsere Schaffensenergie Hochspannung. Ein Volk, das stets und ständig Neuland erobern, jeden Fuß breit Boden gegen das Vorurteil der Abnehmer und den Neid der Konkurrenz erkämpfen muß, kann nicht bei jeden Schritt daran denken, ob das erkämpfte Gebiet auch für alle Fälle gesichert ist, wird in dem Kraftgefühl des Vorwärtsdringens nicht bei jeder Neuerwerbung haltmachen und reiflich überlegen. Auch hat die Ueberfülle an Arbeit, die unser Tagewerk, die Mehrung unseres noch nicht vom Fette einer reichen Vergangenheit zehrenden Besitzes, mit sich brachte, uns nicht viel an Dinge zweiter Ordnung denken lassen; uns nicht gestattet, daß wir wie die anderen, deren Betrieb sich seit Menschengedenken wie ein gutgeöltes Räderwerk abhaspelte, mit unseren Geschäftsfreunden von 5 Uhr nachmittags an in Dinnerkleidung Konversation machten, stundenlang schwätzend und aushorchend das Terrain sondierten und in diesem geschäftigen Nichtstun die Windfahne der Stimmung nach unserer Seite hindrehten. Wir lebten in dem Wahne, daß es genug sei, sachlich, ehrlich und geradezu zu handeln, und legten keinen Wert darauf, unser Handeln in das richtige Licht zu setzen. Wir stießen wohl auch diesen oder jenen „Neutralen" durch ein rücksichtsloses oder eigenwilliges Wort vor den Kopf, sprachen überhaupt häufig an der falschen Stelle und im falschen, d. h. in der Wirkung auf die anderen nicht richtig abgestimmten Tone. Wir hatten andererseits manchmal wieder ein Schweigen an uns, das Leuten, die uns nicht kannten, nach Hintergedanken auszusehen schien, und es Leuten, die uns mißgünstig waren, leicht machte, uns zu diskreditieren. So kam es, daß ein Volk, dessen wirtschaftlich arbeitender Teil sein ganzes System in einer fast gefährlichen Weise auf Frieden und friedliche Entwicklungen zugeschnitten hatte, das keinen sehnlicheren Wunsch hatte, als seinen Auf- und Ausbau unter dem Schutze des Friedens vollenden zu dürfen, allenthalben in dem Verdacht stand, der Friedensstörer, der Kriegsdroher zu sein. Die größte Ueberraschung, die der Kriegsausbruch im August 1914 dem arbeitenden Deutschland brachte, war wohl die Tatsache, daß selbst Länder, die von uns lebten und deren Blüte aus unserem Wirtschaftsboden ihre beste Nahrung gesogen hatte, wie Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen und Italien, daß Länder, die ihren Staatsgelderbedarf seit Jahren bei uns gedeckt hatten, wie Rumänien, mit ihrem Gefühl instinktiv auf der Seite unserer Gegner standen. Wir glaubten, man verstände, man schätzte uns, wenn man mit uns gute und vorteilhafte Geschäfte machte. Das war ein Irrtum. Wir, die wir die Sachen so gut zu behandeln wußten, hatten die Menschen nicht zu behandeln gewußt. Das neutrale Europa verstand unsere

Digitized by Google

Motive, unsere ganze Art nicht, weil wir uns vorher nicht die Mühe genommen hatten, sie ihm in der gefälligen und geschmeidigen Form klarzulegen, die ihm von anderer Seite geboten worden war. Nicht erst in den Mobilmachungs- und Aufmarschwochen dieses Krieges gelang es dem englisch-französischen Schwatzsystem, der Welt eine bestimmte Tendenz aufzudrücken. Schon vorher, in Friedenszeiten, war das neutrale Ausland daran gewöhnt worden, durch die Brille unserer Gegner zu sehen, die man ihm passend zurechtgeschliffen hatte. Reuter und Havas hatten schon im Frieden den Boden vorbereitet, auf dem die Saat der englisch-französischen Lügennachrichten emporschießen konnte. Der Ausbreitung des Spinnwebennetzes, mit dem der internationale Nachrichten-Trust den Erdball schon in Friedenszeiten umspann, hatte Deutschland untätig, vielleicht sogar geringschätzig zugesehen: „Wir handeln, indes ihr redet." Als wir dann aber nach Ausbruch des Krieges zum neutralen Auslande reden wollten und reden mußten, da zeigte es sich, daß uns das Sprachrohr fehlte, daß der Apparat, den wir in Friedenszeiten zu schaffen oder doch auszubilden unterlassen hatten, nunmehr im Kriege nicht plötzlich in Tätigkeit gesetzt werden konnte. Selbst die wenigen ausländischen Zeitungen, die paritätisch beide Seiten zu Worte kommen lassen wollten, klagten über den spärlichen Eingang der deutschen Meldungen und erkannten jetzt erst, in welchem Maße ihr ganzer Betrieb auf den bequemen, allen Bedürfnissen ihres Publikums entgegenkommenden Pariser und Londoner Nachrichten-Dienst zugeschnitten war. Selbst die knappe, sachliche Art der Berichterstattung unseres Generalstabs, die den strategischen Zwecken unserer Armeeleitung in dem, was sie sagte und verschwieg, so vorzüglich entsprach, gab der politischen Ansichten- und Stimmungsbildung im neutralen Ausland nicht entfernt die Nahrung, wie das nie abreißende Geschwätz der Joffre, French und Kitchener. Die Zeitungen wollen ihre Spalten füllen, und die Quantität, nicht die Qualität des Nachrichtenmaterials bestimmt den Ton im täglichen Konzert der Presse. Selbst wenn man deutsch geschriebene Zeitungen aus Zürich und Bern las, war man erstaunt, welch breiter Raum mit der Hochflut der ausländischen Meldungen überschwemmt war, und wie dürftig sich die deutschen Inseln darin ausnahmen. Vielleicht aus rein zeitungstechnischen Gründen. Denn leider werden die Zeitungen immer noch von Journalisten gemacht, und die Clémenceau, Millerand und Iswolski, die keiner ernsten Aufgabe länger als drei Monate gewachsen bleiben, sind eben bessere Journalisten als unsere Bethmann-Hollwegs und Jagows. Die Presse saugt ihre Nahrung aus dem Tage. Der Tag verlangt Buntheit und Fülle, der lapidare Stil taugt nur für

Digitized by Google

die Geschichte. Die Herren Clémenceau und Millerand sind aber so gute Journalisten, daß sie — wenn es nötig ist — sogar auch einmal lapidar schreiben können. Bei uns ist es um das rein journalistische Element so schlecht bestellt, daß wir es uns, wenn wir es durchaus brauchen, aus Oesterreich verschreiben müssen. Aber der österreichische Ton, immer etwas vormärzlich und oft nicht recht ernst genommen, ist gewiß nicht in der Lage, unserer eisernen Sachlichkeit den richtigen Ausdruck zu finden. sie den Mitvölkern glaubhaft oder gar sympathisch zu machen.

Politische Durchdringung des Sachlich-Wirtschaftlichen, journalistische Durchdringung des Politischen, diese Fähigkeiten, die uns so gänzlich abgingen, und die wir uns anzuerziehen nie die rechte Mühe gaben, sie bildeten gerade die Hauptstärke unserer Gegner. Völker, deren Energie der Tat in sichtlicher Abnahme begriffen war, von allerlei Beharrungstendenzen durchkreuzt, von Unordnung und Korruption verwirrt wurde, waren uns in der Redetechnik, im politischen und journalistischen Spiel weit überlegen. Sie haben der Umwelt schon im Frieden und beim Beginn des Krieges den Glauben an ihre Ueberlegenheit beizubringen vermocht. Freilich, wer Deutschland kannte, hat sich dadurch nicht beirren lassen. Aber wer kannte Deutschland? Wer sah es nicht durch die Brille der „Times" und des „Figaro"? Als in Rumänien kurz nach dem Beginn der europäischen Mobilisierung eine Kronratssitzung stattfand, sollen von den 30 Mitgliedern 29 für einen Anschluß an Rußland, und nur eins für Deutschland-Oesterreich gestimmt haben. Dieses eine Mitglied war der König Karol, ein Fürst von deutscher Abstammung, und darum ein Kenner deutscher Kraft. Die Mühe, die er gehabt hat, bei seinen rumänischen Ratgebern das franko-englische Zerrbild des deutschen Wesens und der deutschen Absichten zu zerstören oder auch nur unschädlich zu machen, soll unsäglich gewesen sein. England zerschnitt die deutschen Kabel, ehe es sich anschickte, seine eigenen Kabel zu benutzen und seine Tendenz, mit allen Lügenfarben bepinselt, in die Welt hinauszurufen. Sehr nichtswürdig, aber sehr geschickt. Die Nichtswürdigkeit sollen wir den Engländern lassen, schon weil wir so wenig Talent dazu haben, aber die Geschicklichkeit und die Mache sollten wir in Zukunft nicht mehr so verächtlich von uns weisen. Wenn man auch zugeben muß, daß die Vorbedingungen für eine Tendenz- und Informations-Beherrschung in Frankreich wie in England günstiger sind als bei uns, in Frankreich wegen der Sprache und in England wegen der geographischen Lage, so muß man doch eingestehen, daß Deutschland seine beschränkten Möglichkeiten in

Digitized by Google

dieser Richtung ganz und gar nicht ausgenutzt hat. Hierzu will ich ein Beispiel anführen, das an sich vielleicht nicht sehr bedeutsam, als Symtom aber doch höchst charakteristisch ist.

Vor einigen Jahren machte der deutsche Professor Goldschmidt eine Erfindung auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie, die geeignet gewesen wäre, den Vorsprung einzuholen, den die Engländer mit Hilfe ihres Marconisystems vor dem annähernd gleichwertigen, aber jüngeren deutschen Telefunkensystem im drahtlosen Weltverkehr errungen hatten. Die Hochfrequenzpatente Goldschmidts, für die sich u. a. Prinz Heinrich von Preußen lebhaft interessierte, beruhten auf einem System, das weite Entfernungen besser zu überwinden versprach, als das bisherige Antennen-Prinzip. Zuerst wurden die Patente den deutschen Elektro-Großkonzernen, den Hauptbeteiligten an der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Inhaberin des Telefunkensystems) zum Erwerb angeboten. Eine Einigung kam aber nicht zustande. Der Konzern Goldschmidt drängte auf eine energische, auch pekuniär schnell rentierende Ausnutzung des Systems. Der Telefunkenkonzern wollte sich nur mit einer vorsichtigen Durcharbeitung einverstanden erklären und warnte vor Ueberstürzung. Das Goldschmidtsche System mußte daher in eine selbständige, eigens zu diesem Zwecke gegründete Aktiengesellschaft (Hochfrequenz-Ges.) eingebracht und von dieser praktisch ausgeführt werden. Als die Ergebnisse der Hochfrequenzmaschine dann nicht mehr wegzuleugnen waren, konstruierte die Telefunkengesellschaft selbst eine Konkurrenzmaschine, die viel besser und wirksamer sein sollte als die (zum mindesten in der Konstruktion fortgeschrittenere) Maschine der Hochfrequenz-Ges. Was war die Folge dieses eigenbrödlerischen Konkurrenzkampfes zwischen den beiden deutschen Systemen? Anstatt daß die deutsche Hauptgruppe für drahtlose Telegraphie, eben die Telefunkengesellschaft, mit ihrer immerhin befestigten Stellung im internationalen drahtlichen Verkehr und mit ihrer starken Kapitalkraft der deutschen drahtlosen Technik durch ein Bündnis mit der Hochfrequenzgesellschaft die Vorteile und den Vorsprung des neuen Systems gesichert hätte, wurde der Goldschmidtkonzern mangels hinreichender Unterstützung im Inlande nach dem Auslande getrieben. Die Hochfrequenzgesellschaft verkaufte alle im Ausland genommenen Patente an eine zu diesem Zwecke gegründete französische Gesellschaft, die Compagnie Universelle de Telegraphie sans Fil in Paris. Dadurch war für die internationale Ausnutzung des Hochfrequenzsystems im deutschen Interesse zwar manches, aber noch nicht alles verloren, denn deutsche Kreise blieben an dem französischen Unternehmen sowohl mit Kapital als auch mit Verwaltungseinfluß beteiligt.

Digitized by Google

Die „französische Gesellschaft mit deutscher Beteiligung" bedeutete aber nur eine Zwischenstation auf dem Wege der völligen Loslösung des Goldschmidtsystems aus dem deutschen Interessenbereich. Vor etwa einem Jahre nahm die französisch-deutsche Gesellschaft eine Offerte der englischen Marconigesellschaft an, nach der diese sämtliche Aktien der Compagnie Universelle und damit sämtliche internationalen Rechte und Ausbeutungsmöglichkeiten des Hochfrequenzsystems erwarb. Den deutschen Interessenten, die vollständig aus der Verwaltung der Compagnie Universelle ausschieden, wurden dafür junge Marconi shares ausgehändigt. Die deutschen Patente zwar behielt die Hochfrequenz-Akt.-Ges. für sich zurück; aber diese gewährten ihr ebensowenig eine Herrschaft über den internationalen Hochfrequenzverkehr wie die ihr verbliebene deutsche Radiostation bei Eilvese in Hannover, nachdem die korrespondiernde amerikanische Station in Tuckerton auf den Marconikonzern mitübergegangen war. Wie weit die praktische Brauchbarkeit des Hochfrequenzsystems bis zum Beginn des jetzigen Krieges fortgeschritten war, weiß ich nicht. Sie hätte jedenfalls als die erste drahtlose Verbindung, die überhaupt zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika gelungen war, früher oder später die telegraphische Verständigung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von dem englischen Kabel unabhängig machen und eine Durchschneidung des deutschen Kabels paralysieren können, wenn beide Stationen unter deutscher Kontrolle verblieben wären. Welche Wichtigkeit ein ungehinderter drahtloser Verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gerade zu Beginn des Krieges gehabt hätte, wissen wir alle. So aber gab die amerikanische Marconigesellschaft, eine Tochtergesellschaft der englischen, ihre Station zuerst überhaupt nicht, und später nur widerwillig unter dem Drucke der neutralen amerikanischen Regierung für eine Uebermittlung deutscher Funkentelegramme her, und eine kurze Radiomeldung über den deutschen Sieg bei Metz war die erste Mitteilung von deutscher Seite, die nach der Kriegserklärung überhaupt nach den Vereinigten Staaten drang. Bis dahin hatte das englische Kabel in Amerika ungehindert arbeiten können.

Das Charakteristische an dem geschilderten Falle liegt nicht nur darin, daß deutsche Industrielle ein für sie gutes Geschäft als rein sachlich-geschäftsmäßige Angelegenheit behandelten, ohne sich um die politische und volkswirtschaftliche Tragweite dieser Transaktion irgendwie zu kümmern; es liegt auch darin, daß die politischen Kreise in Deutschland, also Regierung, Parlament und Presse, dies anscheinend ganz in der Ordnung fanden, jedenfalls keine Anstalten trafen, diese Art der Behandlung von

Digitized by Google

Geschäften mit solch politischer Bedeutung zu kritisieren, geschweige denn zu verhindern. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Deutsche überhaupt eine Abneigung dagegen besitzt, geschäftliche Angelegenheiten politisch zu betrachten, daß er immer nur bestrebt ist, den kaufmännischen Nutzen den Ausschlag geben zu lassen. Im Gegenteil, in manchen geschäftlichen Fragen — ich denke z. B. an die grundverkehrte, kurzsichtig nationalistische Behandlung der Kalifrage — trägt er politische Motive mit einer Leidenschaftlichkeit hinein, die weder den Geschäften noch der Politik förderlich ist. Beide Beobachtungen widersprechen sich aber nur scheinbar. Es liegt ihnen eine und dieselbe Ursache zugrunde: Das Fehlen eines tieferen Gefühls für die politische Seite wirtschaftlicher, und vielleicht auch für die wirtschaftliche Seite politischer Fragen. Hier macht sich der Mangel an einer Tradition bemerkbar, wie sie die politisch wie wirtschaftlich auf eine längere Entwicklung zurückblickenden Völker seit langem besitzen, und durch die sie uns in Dingen der Form und der Aufmachung noch überlegen geblieben sind, nachdem wir sie in der Sache, in den meisten Kerndingen, überflügelt haben. Der deutsche Kaufmann ist heute in einem großen Teil der Welt bereits ein Herrscher, ein Schöpfer von grundlegenden Werten, aber er fühlt sich noch recht häufig so unsicher wie ein Emporkömmling. Er tritt entweder zu selbstbewußt oder zu bescheiden auf, weist einmal mit protziger Gebärde auf sein Deutschtum hin und hat ein andermal wieder, wenn er nur sein Geschäft machen kann, nichts dagegen, daß seine deutschen Waren unter fremder Flagge im Auslande, ja selbst im Inlande verkauft werden. Was ihm fehlt, ist die Selbstverständlichkeit und Selbstsicherheit, mit der die anderen ihre Geschäfte behandeln, und mit der sie selbst ihre Fehler in Respekt zu halten wissen.

Wie aber sollen unsere Kaufleute diesen politischen Sinn haben, wenn ihn unsere Journalisten, unsere Politiker, ja selbst unserer Diplomaten nicht besitzen? Es ist kein Nachteil für Deutschland gewesen, daß seine auswärtige Politik bisher — wenn sie gut war — immer von oben, von überlebensgroßen Einzelpersönlichkeiten gemacht wurde, die ihre politische Kraft nicht aus dem Boden der allgemeinen Volksstimmungen und -ansichten, sondern aus ihrer eigenen, einsamen, besser unterrichteten Weltanschauung nahmen, und die nicht selten gegen die Strömung regierten. Die stärksten Beispiele: der große Friedrich und Bismarck. So hat sich der Deutsche daran gewöhnt, seine Anschauungen über die auswärtige Politik wohlpräpariert von obenher zu bekommen, und die große gewerbliche Arbeit der letzten Jahrzehnte hat ihn erst recht verhindert, sich selbst

Digitized by Google

ein politisches Gefühl anzuerziehen, obwohl er es in dieser Zeit, wo es an einer sicher leitenden Persönlichkeit in Deutschland fehlte, sehr nötig gebraucht hätte.

Dieser Krieg, der unser schnelles wirtschaftliches Tempo plötzlich ins Stocken gebracht hat, der uns ganz neue, und zwar die richtigen Perspektiven gibt, um die Wege unserer wirtschaftlichen Ausbreitung nach vorwärts und rückwärts zu überprüfen, dieser Krieg wird zweifellos manches, was in unserem Welthandel blühend und aussichtsvoll war, verwüsten. Aber er wird uns andererseits immens politisieren, und zwar das ganze Volk von unten herauf. Das ist gut. Denn wir dürfen nicht jederzeit auf einen Bismarck oder einen großen Friedrich, wir dürfen nicht jederzeit auf Genies rechnen. Politische Talente, auf die wir rechnen müssen, die wir aber seit Bismarcks Fortgang nur vereinzelt gehabt haben, können nicht aus der Zunft, sondern nur aus einem durch und durch politisierten Volksboden hervorgehen. Dazu ist es nötig, daß unsere Abgeordneten, unsere Presse, unsere Kaufleute politisch denken, politisch fühlen lernen. Auf diese Weise werden sie sich das politische Gewicht verschaffen, das ihnen heute noch fehlt. Dann wird auch die Diplomatie die Ansichten und Bedürfnisse dieser Kreise nicht mehr ignorieren können, sondern gerade aus ihnen ihre besten Kräfte ziehen.

Dr. Felix Pinner.

Gedanken über die Milliardenanleihe.

Die Zeichnung auf die zur Deckung der bisher entstandenen Kriegskosten aufgelegten 5% Reichsschatzanweisungen und Reichsanleihescheine hat ein Resultat ergeben, das alle Erwartungen bei weitem übertrifft. Rund 4½ Milliarden Mark der beiden Anleihe-Gattungen sind bezogen, und ein namhafter Teil davon ist sofort voll bezahlt worden. Das ist ein Resultat, wie es bisher noch niemals eine Staatsanleihe zu verzeichnen gehabt hat, und ein erhebendes Symptom des National-Empfindens und Pflichtbewußtseins in unserem nach drei Fronten kämpfenden Volke, das man im Auslande beim besten Willen nicht mißdeuten kann. An dem Erfolge ändert auch die Tatsache nichts, daß Reichsbank und Kriegsdarlehenskassen einen erheblichen Teil der für die Abnahme der Anleihen erforderlichen Mittel im Kreditwege zur Verfügung gestellt haben. Denn es ist nicht so sehr die Zeichnungs*kraft*, wie der machtvolle Zeichnungs*wille* der deutschen Nation, was das wirklich kennzeichnende an dem glanzvollen Ergebnis der Kriegsanleihe-Emission ist.

Angesichts der Riesensummen, die hier in Bewegung gesetzt werden, erhebt sich nun eine interessante Frage. Die Frage

Digitized by Google

nämlich, wie die Milliarden, die das deutsche Volk dem Reiche zur Verfügung stellt, eigentlich an die Reichskasse abgeführt werden. Denn der Gesamtbetrag an deutschem Währungsgelde, der heute dem Umlauf entnommen werden kann, bleibt ganz erheblich hinter den für die Anleihen zu zahlenden 4⅓ Milliarden zurück. Eine zeitweilige Verringerung des Umlaufs um auch nur ein Viertel dieser Summe würde den Zahlungsverkehr schon im allerschwersten Maße hemmen. Tatsächlich handelt es sich aber nicht um ein Viertel, sondern um das Totale der 4⅓ Milliarden, das gezahlt werden muß.

Nun verliert die interessante Frage der Bewältigung riesenhafter Zahlungen im vorliegenden Falle allerdings einen erheblichen Teil ihrer Prägnanz dadurch, daß die Reichsbank und namentlich die Darlehnskassen große Mengen von Geldzeichen speziell zum Zwecke der Erleichterung der Anleihe-Zahlungen in Umlauf setzen. Aber abgesehen davon, daß trotzdem noch ein Zahlungsbedarf übrig bleibt, der praktisch nicht aus der zirkulierenden Geldmenge bestritten werden kann, bleibt noch immer die prinzipiell wichtige Frage bestehen, wie Zahlungen von so ungeheurer Höhe zweckmäßig zu leisten sind und tatsächlich geleistet werden, wenn papierne Zusatzgelder nicht in Umlauf gesetzt werden, der Zahlungsverkehr also auf sich selbst angewiesen ist, wie es normalerweise der Fall zu sein pflegt.

Wenn es nach dem Willen der Zeichner ginge, so wäre die Zahlungsleistung auf eine noch so große Anleihe eine sehr einfache Sache. Wer auf eine Anleihe zeichnet, besitzt flüssiges Vermögen, dieses aber meist nicht in Gestalt baren Geldes, sondern als Guthaben bei einer Bank oder als Einlage bei einer Sparkasse, Genossenschaft u. dgl. Diese Institute verwalten in Deutschland rund 35 Milliarden Mark solcher flüssigen Vermögen, über die etwa zur Hälfte sofort, zur anderen Hälfte nach vorangegangener Kündigung, meist nach Monatsfrist, von den Besitzern frei verfügt werden kann. Die deutschen Sparer haben mithin ohne weiteres die Möglichkeit, 5 oder 10 Milliarden Mark einer beliebigen festen Anlage, also auch einer deutschen Anleihe zuzuführen, indem sie den Kreditinstituten den Auftrag zur Auszahlung eines entsprechenden Teils ihrer Guthaben erteilen. Diese Möglichkeit besteht aber nur theoretisch. Denn tatsächlich verfügen die Kreditinstitute nicht entfernt über die zur Auszahlung derartiger Summen erforderlichen flüssigen Gelder — ihr Gesamtbestand an Bargeld und Reichsbank-Guthaben geht für gewöhnlich nicht über ½ Milliarde hinaus — und auch die Beschaffung zusätzlicher Gelder im Wege des Verkaufs oder Kredits stößt, wenn keine außerordentlichen Hilfsmaßnahmen getroffen werden, sehr bald auf das Hindernis des kleinen nationalen Geldvorrats.

Digitized by Google

Faktisch sind also die Kreditinstitute nicht imstande, dem Zahlungsbefehl ihrer Gläubiger nachzukommen. Aber trotz dieses Widerstreits zwischen Zahlungswille und Zahlungsmöglichkeit muß sich schließlich die Uebertragung von Milliarden auf den neuen Eigentümer oder Gläubiger auf irgendeine Weise vollziehen lassen; das Gegenteil wäre eine nationale Bankrott-Erklärung.

Die Geschichte liefert uns nun ein treffliches Schulbeispiel für die technische Durchführung derartiger Operationen in der Uebertragung der französischen Kriegsentschädigung von 1871 nach Deutschland. Damals handelte es sich um die Bewegung von rund 5 Milliarden Francs, deren Zahlung sich über einen Zeitraum von zwei Jahren erstreckte. Die Uebertragung der zweiten Hälfte dieser Entschädigung drängte sich auf die Zeit vom November 1872 bis August 1873, also auf dreiviertel Jahr zusammen. Zieht man den höheren Wert des damaligen Geldes in Betracht sowie die immerhin noch weniger ausgebildete und mehr zeitraubende Technik im internationalen Zahlungsverkehr, so wird man die Lösung jener historischen Aufgabe keinesfalls niedriger einschätzen als die Aufgaben, vor welche die Volkswirtschaft durch eine Riesenanleihe von der Art der neuesten deutschen gestellt wird. Die Milliarden, die es damals binnen weniger Monate zu zahlen galt, gingen über den französischen freien Bargeldvorrat in ebenso erheblichem Maße hinaus, wie es heute bei der Bewältigung unserer Kriegsanleihe der Fall ist.

Wie hat sich nun Frankreich seiner 5 Milliarden-Schuld entledigt? Es waren insgesamt 4990,6 Milliarden Francs zu zahlen. Davon sind, nach einem von Léon Say an die französische Nationalversammlung erstatteten Bericht, nur 742,3 Mill. Fr. in Banknoten, Gold und Silber beglichen worden. Den ganzen Rest von 4248,3 Millionen hat Deutschland in Form von Wechseln erhalten. Das heißt, Frankreich hat Deutschland in dieser Höhe Forderungen abgetreten, die es teils aus Handelsgeschäften, älteren Kreditoperationen und Zinsen auf Kapitalsanlagen im Auslande hatte, teils durch Begebung eigener Anleihen hinzuerwarb. Von diesen Forderungen hat Deutschland nur einen kleinen Teil sofort zu Geld gemacht. Und auch diesen kleinen Teil hat es sich von den Schuldnern nur deshalb in barem Golde senden lassen, weil damals die deutsche Goldwährung geschaffen wurde, und das gelieferte französische Gold dazu nicht ganz hinreichte. Der allergrößte Teil der von Frankreich abgetretenen Forderungen behielt seine buchmäßige Form zunächst bei. Er wurde, soweit er nicht zur Zahlung von Restschulden aus dem Kriege diente und an Dritte weiterüberwiesen wurde, als Guthaben der deutschen Reichsregierung oder von ihr beauftragter Banken am Londoner, Berliner und auch Pariser Geldmarkt belassen. Erst nach und

Digitized by Google

nach kam er zur unmittelbaren Verfügung der Reichsregierung. Aber auch jetzt noch nicht in barem Gelde, sondern in Form von Ueberweisungen fremder Guthaben an die Preußische Bank und andere deutsche Banken, in Form von Anleihetilgung, d. h. Uebertragung des Reichsanspruchs auf fremde Guthaben an die Gläubiger des Norddeutschen Bundes, und in ähnlicher, rein buchmäßiger Form. Mit anderen Worten, Deutschland begnügte sich mit verbrieften Anrechten auf fremde Leistungen, ohne zu fordern, daß ihm auch das Unterpfand für die Leistungen, nämlich das bare Geld, ausgeliefert wurde.

Hätte Deutschland damals darauf bestanden, die ganze Kriegsentschädigung in barem Gelde zu erhalten, so wäre die Weltwirtschaft in schwere Verlegenheiten gestürzt worden, in um so schwerere, je kürzer der Zeitraum gewesen wäre, auf den die Zahlungen sich zusammengedrängt hätten. Die Banken, welche die ihnen überlassenen Erlöse der französischen Wechselziehungen in buchmäßiger Form der Industrie, dem Handel und der Börse nach wie vor zur Verfügung stellen konnten, und die auch dem französischen Staate die Ziehung immer neuer Wechsel ermöglichten, indem sie mit Hilfe der ihnen überlassenen Gelder französische Anleihen zeichneten, alle diese Banken wären gezwungen gewesen, Milliarden an Vorschüssen zu kündigen und an Effekten zu verkaufen. Das hätte zu Bankrotten über Bankrotten, auch von Staaten, geführt. Denn 5 Milliarden Francs hartes Geld, wie es Deutschland zu fordern berechtigt war, hätten sich in ganz Europa nicht auftreiben lassen. Der weiaus größte Teil der 5 Milliarden steckte in Bahnen, Fabrikanlagen, Häusern, Rohstoffen und Fabrikaten, kurz in Gütern, in die sich das den Staatsregierungen, Banken, großen Handels- und Industrie-Gesellschaften überlassene Geld im Laufe der Zeit verwandelt hatte, und aus denen es sich nicht wieder in seine Urform zurückverwandeln ließ. Deutschland hätte sich daher notgedrungen mit Anweisungen auf jene Güter oder deren Inhaber und Gläubiger begnügen müssen, d. h. mit Schuldanerkenntnissen von Regierungen, Tratten auf Bankiers, Hypotheken auf Bahnen, Häuser und Fabriken. Und das hat Deutschland denn auch tatsächlich getan, indem es seinen Geldanspruch in Forderungen an die internationale Bankwelt umwandelte, für deren Ausleihungen eben jene Güter als Sicherheit dienten, soweit es nicht eigene Schulden tilgte, d. h. seine Ansprüche an seine Gläubiger abtrat. Im letzteren Falle sorgte dann das Anlage- bzw. Zinsbedürfnis der Gläubiger dafür, daß ihre Ansprüche an das Reich sich bei den Banken sammelten und sich dort mit Forderungen des Reichs an die Banken kompensierten.

Diese Umwandlung seiner Geldansprüche in Forderungen hat

Digitized by Google

für das Reich weder ein Opfer noch eine materielle Schädigung bedeutet, da sein Schuldner, der französische Staat, für alle etwaigen Ausfälle und Valuta-Risiken haftete, und die Kaufkraft des Reiches dadurch um nichts geschmälert wurde. Das Geld ist ja nicht Selbstzweck, sondern lediglich das sicherste Mittel zum Zweck der Eigentumsübertragung. Es kann jederzeit durch andere Mittel der Uebertragung ersetzt werden, wenn die geringere Sicherheit dieser anderen Mittel durch genügende Garantien gestützt wird. So liegt auch Deutschland bei seiner neuen Kriegsanleihe nichts daran, 4⅓ Milliarden Mark in barem Gelde zu erhalten, sondern nur daran, in den Besitz einer entsprechenden Menge Anrechte auf Güter und Dienste zu gelangen. Das Reich ist in den 2½ Monaten der Kriegsführung große Verpflichtungen gegenüber der Reichsbank, den Bahnverwaltungen, Lieferanten usw. eingegangen, von denen ein Teil bisher nur in Anerkenntnissen oder garnicht getilgt worden ist. Indem das Reich den Banken, bei denen sich die Zeichnungen auf die Kriegsanleihe gesammelt haben, die direkte Barzahlung erläßt und sie statt dessen anweist, jene unbeglichenen Forderungen zu bezahlen — was sich größtenteils durch buchmäßige Uebertragung erledigt —, den Ueberschuß des Anleihe-Erlöses aber bis zum Zeitpunkt seiner Inanspruchnahme am Geldmarkt zu belassen, kommt das Reich zu dem Seinen, ohne daß mehr als ein kleiner Bruchteil der 4⅓ Milliarden in barem Gelde bewegt wird. Das Reich nimmt unbare Anweisungen auf Leistungen entgegen, um seinerseits mit diesen Anweisungen zu leisten, und könnte auf solche Weise statt 4⅓ ebensogut 10 oder 15 Milliarden an sich ziehen, den Zahlungswillen der Bevölkerung vorausgesetzt. Nur muß das Reich dafür sorgen, daß die einfließenden Zahlungen („unbare Anweisungen auf Leistungen") sofort als Schuldentilgung, Bezahlung oder Darlehen wieder in Zirkulation gesetzt werden. Denn bei der geringsten Stockung des Kreislaufs stellt sich sofort ein Niederschlag in Gestalt der Umwandlung von Buchgeld in Bargeld ein, und damit eine Kalamität für alle diejenigen Institute, welche die Gelder der Bevölkerung in feste Anlagen verwandelt haben, ohne mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Bevölkerung eines Tages über 10, 15 oder auch nur 4⅓ Milliarden ihrer Einzahlungen anderweitig verfügen könnte.

In gewöhnlichen Zeiten ist das Vertrauen in das Beharrungsvermögen der Sparkapitalien und Bankguthaben ja auch gerechtfertigt, sofern es in den vernunftgemäßen Grenzen bleibt und nicht in Leichtsinn ausartet. Kommt es aber zum Krieg, zu einer elementaren Katastrophe oder zum plötzlichen Verschwinden des Vertrauens, das die wichtigste Grundlage der Kreditwirtschaft bildet, dann erweist es sich, daß die Rückverwandlung

Digitized by Google

von Anlagen in Bargeld nicht so leicht vonstatten geht, wie der umgekehrte Prozeß. Häufen sich die Rückforderungen dann in einem Grade, daß die Solvenz des ganzen Kreditsystems in Frage gestellt wird, so bleibt dem Staat nichts anderes übrig, als eins der beiden Machtmittel anzuwenden, die ihm für solche Zeiten zur Verfügung stehen: Er muß entweder die Massenabhebung von Guthaben unmöglich machen und den erschütterten Beharrungszustand der Kreditwirtschaft gewaltsam wiederherstellen, was vermittels des Moratoriums geschieht; oder er muß den Kreditinstituten die fehlenden Mittel zur Auszahlung ihrer Gläubiger künstlich schaffen, was die Ausgabe von Papiergeld bedingt. Das letztere Machtmittel wird unvermeidlich, wenn der Staat selbst durch Aufnahme einer Milliarden-Anleihe Beschlag auf einen hohen Prozentsatz der Volksersparnisse legt und dadurch die Bevölkerung zu einem Rückgriff auf ihre Ersparnisse zwingt — ohne dafür zu sorgen, daß der Anleihe-Erlös auf dem Wege der vorhin geschilderten Kompensation sofort wieder in den Verkehr zurückgelangt bzw. gar nicht erst aus dem Verkehr herausgehoben wird.

Für eine solche Kompensation nach Möglichkeit zu sorgen, ist aber eine der ernstesten Pflichten für den Staat. Denn die beiden Machtmittel, die ihm zu Gebote stehen, sind Willkürakte, die er nur im alleräußersten Notfall vornehmen darf. Das Moratorium bedeutet einen Eingriff in die bestehenden Rechtsverhältnisse, der für weite Kreise erhebliche Nachteile im Gefolge hat. Und noch verhängnisvoller ist die Ausgabe so großer Mengen metallisch ungedeckten Papiergeldes, wie sie hier in Frage kommen. In welcher Form und unter welcher Bezeichnung sie auch in den Verkehr gebracht werden, immer bringen sie dem weitaus größten Teil der Bevölkerung materiellen Schaden. Es ist in diesen Heften wiederholt und ausführlich geschildert worden, wie die ungedeckten Scheine durch die ihnen vom Staate verliehene Geldqualität ein zusätzliches Anrecht auf Güter und Dienstleistungen neu erzeugen, dadurch das vorher gegebene, natürliche Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zugunsten der letzteren verschieben, vermindernd auf die Kaufkraft der Landeswährung und erhöhend auf den Preis-Durchschnitt einwirken. Alle Besitzer eines bestimmten Geldbetrages oder Geldanspruchs werden auf diese Weise empfindlich benachteiligt; sie werden, ohne daß sie es zunächst merken, besteuert. Bei längerem Kursieren erheblicher Mengen ungedeckter Noten erreicht die Steuer einen Prozentsatz, der allgemein als überaus drückend empfunden wird, ohne daß sie freilich von den Betroffenen immer als das erkannt wird, was sie tatsächlich ist.

Es gibt Verhältnisse, in denen diese Besteuerung der großen

Digitized by Google

Bevölkerungsmehrheit als das kleinere Uebel gegenüber einer sonst drohenden Katastrophe hingenommen werden muß. Aber nur sehr selten bildet die Massenausgabe ungedeckten Papiergeldes eine Staatsnotwendigkeit in diesem Sinne. Nur zu oft kommt sie bei verhältnismäßig kleinen Anlässen zur Anwendung, weil man ihre Wirkungen ignoriert oder unterschätzt. Frankreich hat die beispiellos schnelle Erholung nach dem verhängnisvollen Kriege von 1870/71 zum großen Teil dem Umstande zu danken, daß es seine Währung intakt erhalten und lieber die größten Lasten auf sich genommen, als ungedeckte Noten in größerem Maßstabe ausgegeben hat. Deshalb ist zu wünschen und zu hoffen, daß auch Deutschland, dessen Notenausgabe bis Ende September das berechtigte Maß noch nicht wesentlich überschritten hat (weil nämlich der Mehrausgabe ein annähernd ebenso großer Betrag thesaurierten Bargeldes gegenüberstand), die Notenpresse während des Krieges nicht allzusehr in Anspruch nimmt. Dank dem vorzüglichen Resultat der Kriegsanleihe ist es dieser Notwendigkeit auf längere Zeit hinaus enthoben, ja, es kann sogar die notwendige Verminderung der neuerdings in größerem Maßstab ausgegebenen Darlehnskassenscheine vornehmen, wenn es bei der Einkassierung des 4⅓ Milliarden-Erlöses der Anleihe vorsichtig zu Werke geht. Je weniger das Reich davon in Geldform in Anspruch nimmt, um so geringer ist die Notenhilfe, die es dem zur Aufbringung eines solchen Betrages in bar natürlich nicht fähigen Zahlungsverkehr bringen muß.

Freilich ist auch der Weg gangbar, daß das Reich dem Zahlungsverkehr die zur sofortigen Einzahlung auf die Anleihe erforderlichen Hilfsgelder vorschießt — wie es in größerem Umfange bereits geschehen ist — und die bei ihm einfließenden Summen sofort wieder zur Tilgung der Hilfsgelder (Darlehns-Kassenscheine) benutzt. Dieser Modus würde das Reich aber der Verfügung über einen großen Teil des Anleihe-Erlöses berauben. Darum scheint der bessere Weg der zu sein, den man vor 40 Jahren eingeschlagen hat, und der darin besteht, statt über das bare Geld selbst nach Möglichkeit über die Güter und Dienstleistungen zu verfügen, die es repräsentiert. Das hieße im vorliegenden Falle eine bankmäßige Tilgung aller Schulden bei Reichsbank, Lieferanten usw., ergänzt durch ebenfalls bankmäßige Ausleihungen an diejenigen Kreditinstitute, die für die Uebermittlung des Anleihe-Erlöses an die Reichskasse aufzukommen haben. Diese Ausleihungen würden für das Reich eine Vorausbezahlung kommender Kriegslieferungen, für die Kreditinstitute aber eine Kompensation bedeuten, die sie der Leistung allzu großer Zahlungen und der Vornahme entsprechend großer Verlegenheitsoperationen, wie Effekten-Verpfändung, Wechsel-

Digitized by Google

Rediskontierung usw. enthebt und dadurch zugleich Reichsbank und Darlehnskassen entlastet. In instinktiver Erkenntnis der Notwendigkeit einer solchen Kompensation haben verständige Leute bereits vorgeschlagen, das Reich solle alle Kriegslieferungen nicht mit dem Barerlös seiner Anleihen, sondern mit diesen Anleihen selbst bezahlen und seine Requisitionsscheine, Anerkenntnisse über abgetretene Autos, Pferde, Bote und dgl. in derselben Weise tilgen; ja, das Reich solle noch einen Schritt weiter gehen und alle großen Zahler, vor allem die jetzt so stark belasteten Lebensversicherungs-Gesellschaften, ermächtigen oder zwingen, zur Ersparnis von Bargeld in Anleihen zu zahlen. Derartige Maßnahmen, die der neuen, so begeistert und opferwillig aufgenommenen Kriegsanleihe den Stempel einer Zwangsanleihe aufdrücken würden, sind erfreulicherweise überflüssig. Man braucht die Anleihe nicht den Lieferanten und Versicherten gegen ihren Willen aufzudrängen, solange Millionen von Sparern freiwillig bereit sind, an ihrer Statt die Anleihen anzunehmen und so die Kredite bereitzustellen, aus denen jene bezahlt werden können. Aber das legt andererseits dem Reiche die Pflicht auf, dafür zu sorgen, daß durch die Zweiteilung der deutschen Wirtschaftsgemeinschaft in ein Heer von Zahlungsleistenden und ein anderes Heer von Zahlungsempfängern keine unnötige Immobilisierung der umlaufenden Bargelder eintritt, sondern daß eine Kompensation stattfindet, welche das große Finanzgeschäft in der Form eines Besitzwechsels von Anlagen und Forderungen zur Abwicklung bringt. Anders ausgedrückt: Da die Menge des Bargeldes, d. h. der noch unbenutzten und daher verfügbaren Anweisungen auf künftige Güter und Dienste, nicht entfernt die Höhe des Anspruchs auf solche Anweisungen erreicht, den das Reich heute geltend machen muß, so ist es unumgänglich nötig, daß des Reich statt der Anweisungen entweder bereits vorhandene Güter in Zahlung nimmt, oder daß es einen Teil seines Anspruchs hinausschiebt, bis sich aus der Sparkraft der Bevölkerung und aus dem Verdienst, den das Reich mit seinen Kriegsbestellungen selbst der nationalen Produktion zuführt, wieder ein neuer Vorrat frei verfügbarer Anweisungen gebildet hat. Dieses Hinausschieben des Anspruchs erfolgt am zweckmäßigsten in der Weise, daß man einen Teil des Anleihe-Solls bis auf weiteres den Kreditinstituten überläßt, die, wie unser Zahlungswesen nun einmal organisiert ist, fast das ganze Anleihe-Soll bereitzustellen haben. Die daraus sich ergebende Kompensation zwischen den an das Reich zu leistenden Zahlungen und den vom Reiche gewährten Krediten gibt einen großen Teil der Zahlungsmittel frei, die sonst festgelegt sein würden. Freilich ist eine solche planmäßige Kompensation diesmal nicht so leicht wie vor 40 Jahren. Die aufgenommenen

Digitized by Google

Gelder dienen heute dem zwingenden Erfordernis der Stunde, nicht wie damals dem ruhigen, stufenweise vorgenommenen Ausbau des Reiches. Aber auch heute läßt sich durch geschicktes Operieren mit dem Kredit die Barzahlung in weitgehendem Maße durch den buchmäßigen Ausgleich ersetzen. A. L.

Kriegsschutz der Hypothekenforderungen.

Welches wirtschaftliche Problem hat die deutsche Oeffentlichkeit in der letzten Zeit der verflossenen Friedensperiode wohl am meisten beschäftigt und die leidenschaftlichsten Erörterungen auf sich vereinigt? Sicherlich das Bodenproblem und was damit zusammenhängt. Wer an dieser Tatsache zweifelt, braucht sich nur die Liste der gesetzgeberischen Gegenstände anzusehen, die unsere Volksvertretung in diesem Herbst beschäftigen sollte. Wir finden darin in erster Linie das Wohnungsgesetz, ferner das Fideikommißgesetz, das Kommunalabgabengesetz, dessen Schwerpunkt in den verschiedenen Paragraphen liegt, welche die Bodenbesteuerung angehen. Dazu sollten Erörterungen über die etwaige Durchführung des Bauhandwerker-Schutzgesetzes kommen. Und schließlich waren im Schoße der Regierung Gesetzentwürfe über eine Neuregelung des Taxwesens und die Förderung der Tilgungshypothek in Vorbereitung. Welche parlamentarischen Kämpfe in den letzten Jahren um die Reichswertzuwachssteuer stattgefunden haben, das ist noch in frischer Erinnerung. Der Krieg hat durch dieses ganze bodenpolitische Programm, wie durch so viel andere Fragen des öffentlichen Lebens, zunächst einen dicken Strich gemacht. Die Regierung legt nach einer offiziösen Erklärung zurzeit keinen Wert auf die Bearbeitung der oben erwähnten Vorlagen, und damit ist auch der außerparlamentarischen Erörterung fürs erste ein Ende bereitet. Man braucht dies nicht zu bedauern. Gerade die bodenpolitischen Probleme, die das Privatinteresse der einflußreichen Schichten so nahe berühren, sind mehr als andere Streitpunkte geeignet, den im Hinblick auf den äußeren Feind verkündeten Parteifrieden zu stören. Trotzdem ist dafür gesorgt, daß die Bodenprobleme auch während des Krieges nicht von der Tagesordnung verschwinden. Sie haben im Gegenteil gerade durch den Krieg und die von ihm geschaffene Lage an Aktualität gewonnen und die Aufmerksamkeit auch solcher Kreise auf sich gezogen, die bisher gleichgültig an ihnen vorübergegangen sind.

Zu Beginn des Krieges hat die Reichsregierung bekanntlich erklärt, von einem allgemeinen Moratorium unter allen Umständen absehen zu wollen, weil die deutsche Volkswirtschaft, so etwa hieß es in der betreffenden Verlautbarung, in ungleich

Digitized by Google

höherem Grade als diejenige anderer Länder auf dem Kredit aufgebaut sei, und dieser daher bei uns einen so weitgehenden Eingriff wie anderswo nicht vertragen könne. Man mag über die Richtigkeit dieser Argumentation denken wie man will, so viel steht fest, daß das Unterbleiben eines Moratoriums für den städtischen Grundbesitz wahrhaft groteske Verhältnisse herbeigeführt hat. Nirgends ist die Kreditwirtschaft so auf die Spitze getrieben wie hier. Dank einem geradezu raffiniert ausgestalteten System ist es möglich geworden, das Sparkapital in kleinsten und größten Mengen jenen großen Pfandkammern zuzuführen, in denen der städtische Grundbesitzer seine immobilen Werte versetzen kann. Zugleich hat unser Taxwesen dafür gesorgt, daß die Ueberdeckung des Darlehens, auf die bei der Verpfändung von Wertgegenständen sonst gehalten wird, hier auf das denkbar geringste Maß verkleinert wurde (Ueberbeleihung). Diese Kreditwirtschaft, die weder im Auslande noch auf irgendeinem anderen Gebiet des heimischen Wirtschaftslebens ein Seitenstück hat, ist uns derartig in Fleisch und Blut übergegangen und erscheint uns heute so natürlich, daß eine Stockung in den Versatzmöglichkeiten, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, als ein großes wirtschaftliches Unglück angesehen wird, das zu beheben die Allgemeinheit unbedingt verpflichtet ist. Durch den Krieg ist nun die Gefahr dieses Systems plötzlich in eine noch ungleich grellere Beleuchtung gerückt worden. Die bis zum Schornstein getriebene hypothekarische Belastung des städtischen Hausbesitzes beruht auf der Voraussetzung, daß die Erträgnisse der städtischen Grundstücke, von einem gewissen Risiko-Koeffizienten abgesehen, in guten und schlechten Zeiten gesichert sind. Wie selbstverständlich uns die Richtigkeit dieser Voraussetzung erscheint, wird u. a. durch die Tatsache beleuchtet, daß die erststellige Hypothek bis zu 50% des Grundstückswertes zur Anlage von Mündelgeld verwendet werden kann, also für eine Anlage, bei der jedes Risiko ausgeschlossen sein soll. Im Lichte des Weltkrieges kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die unserer Bankwelt eingepflanzte Anschauung, wonach eine mündelsichere Hypothek die beste aller Anlagen ist, und eine bei 60% des Grundstückwerts auslaufende Hypothek noch immer unseren Staats- und Stadtanleihen an Sicherheit ebenbürtig sein soll, eine Fiktion ist. Gerade bei den Häusern, die man im Frieden als die sichersten Pfandobjekte ansah, nämlich denen mit kleinen Wohnungen, sind die größten Ausfälle zu beklagen. Sie gingen schon an den ersten Mietsterminen nach Ausbruch des Krieges bis zu 75%, d. h. die Einnahmen betrugen nur noch etwa so viel, wie die ordnungsmäßige Verwaltung eines Hauses kostet. Für die Zahlung von Hypothekenzinsen ist in diesen allerdings extremen Fällen nicht ein Pfennig

Digitized by Google

übrig geblieben. Dabei kann der Besitzer eines Hauses mit kleinen Wohnungen erfahrungsmäßig nicht hoffen, die unbezahlt gebliebenen Mieten später wieder hereinzubekommen. Er muß vielmehr im Hinblick auf die einschlägigen Bestimmungen, die während des Krieges noch eine wesentliche Veränderung zugunsten der Mieter erfahren haben, damit rechnen, daß der jetzt erlittene Verlust ein definitiver ist.

Man könnte nun sagen, daß der Krieg ja auch die meisten anderen Erwerbsquellen bedroht hat, und daß der Hausbesitzer in dieser Beziehung keine Ausnahmestellung einnimmt. Das trifft aber nicht den Kern der Sache. Was den Krieg für den städtischen Grundbesitz, und nur für ihn so besonders gefährlich macht, das ist die Tatsache, daß hier traditionell Einnahmen verpfändet werden, die man erst in der Zukunft erwartet, und durch die nun der Krieg einen Strich macht. Der Inhaber eines Schneidergeschäfts hat allenfalls die Möglichkeit, seine ausstehenden Buchforderungen zu diskontieren, also Forderungen, die durch Lieferungen entstanden, also effektiv geworden sind. Und selbst diese Mobilisierung tatsächlich vorhandener Aktiven gilt in ernst zu nehmenden Kreisen als eine Entartung des Geschäftslebens. Ganz unmöglich, ja, geradezu lächerlich wäre es, wollte der Geschäftsmann den Versuch machen, die von ihm für das nächste Jahr erwarteten Einnahmen zu diskontieren. Dagegen ist es die alltäglichste Sache von der Welt, die kommende Rente eines Grundstücks zu kapitalisieren und im Wege der hypothekarischen Belastung zu Geld zu machen. Das ist natürlich nur deshalb möglich, weil man mit dem Eingang eines gewissen Mietserträgnisses als mit einer absoluten Größe rechnet. Daß diese Rechnung, mochte sie auch früher eine gewisse Berechtigung gehabt haben, in den letzten Jahren nicht mehr stimmte, das hat schon die zunehmende Schwierigkeit in der Beschaffung zweitstelliger Hypotheken gezeigt. Sie besagte im Kern nichts anderes, als daß auf reguläre Einnahmen in einer solchen Höhe, daß auch die Ansprüche der Nachhypotheken daraus befriedigt werden könnten, nicht mehr mit Sicherheit zu rechnen wäre. Durch den Krieg ist dieser Unsicherheitsfaktor, der in den letzten Jahren nicht nur die Geldgeber der hinteren Stellen abschreckte, sondern auch schon die erste Stelle in Mitleidenschaft zog, nicht etwa neu geschaffen, sondern lediglich verstärkt worden. Unter den veränderten Verhältnissen kann nicht mehr mit Bestimmtheit, ja, nicht einmal mit Wahrscheinlichkeit auf diejenigen Einnahmen gerechnet werden, die eine Erfüllung der Zinsansprüche der ersten Hypothek gewährleistet. Von diesem Augenblick an wird aber die Not des Hausbesitzes zu einer öffentlichen Angelegenheit, denn

Digitized by Google

die erste städtische Hypothek verkörpert dreißig und mehr Milliarden von Volksersparnissen.

Allerdings sind in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges bereits Millionen und aber Millionen an zweiten Hypotheken verloren worden. Aber niemand, auch die Organe der Regierung nicht, fragte nach denjenigen, die diese Beträge einbüßten, oder sann auf Mittel, wie solche Verluste in Zukunft verhindert werden könnten. Das Problem der zweiten Hypothek wurde nicht unter dem Gesichtspunkt des Gläubigers, sondern immer nur unter dem des Hausbesitzers angesehen; nicht um die Behebung der großen Verluste, sondern um Beseitigung der infolge der Verluste eingetretenen Stockung des Zuflusses an zweiten Hypotheken handelte es sich. Jetzt hat sich die Anschauungsweise mit einem Schlage geändert. Die Gefährdung der ersten Hypothek berührt die weitesten Bevölkerungskreise, von denen ein Teil nicht einmal ahnt, daß er mittelbar Beziehungen zu städtischen Hausgrundstücken unterhält. Die auch nur teilweise Unterbrechung der Zinszahlung für erste Hypotheken würde bedeuten, daß die Kapitalisten, die ihr Geld in Hypothekenpfandbriefen angelegt haben und damit besonders vorsichtig zu handeln glaubten, nicht mehr unbedingt auf die Bezahlung der Zinscoupons rechnen können; sie würde die Ansprüche der Policeninhaber von Lebensversicherungen, sowie diejenigen der Millionen Arbeiter gefährden, die große Summen zur Sicherung gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit beigesteuert und ihre Ersparnisse in den unter staatlicher Aufsicht arbeitenden Pensionsanstalten niedergelegt haben; sie würde die Sparkassen, soweit sie ihre Mittel dem städtischen Hypothekarkredit zugängig gemacht haben, in die Gefahr bringen, ihre Verpflichtungen nicht mehr in vollem Umfange erfüllen zu können. Nebenbei würde auch noch eine elementare Erschütterung aller städtischen Bodenwerte eintreten. Tatsächlich gibt es kaum einen Sparer in Deutschland, der nicht direkt oder indirekt von einer auch nur zeitweiligen Stockung der Hypotheken-Zinszahlung in Mitleidenschaft gezogen würde.

So bestätigt also der Krieg in gewissem Sinne jene volkswirtschaftliche Theorie, um die in den letzten Jahren so leidenschaftlich gekämpft wurde, die Theorie nämlich, daß das Verhältnis der Gesamtheit zum Bodenbesitz grundsätzlich anders zu beurteilen sei, als ihr Verhältnis zu jeder andern verkäuflichen Ware. Der Gedanke, daß der Wertzuwachs an Grund und Boden in erster Reihe von der Gesamtheit der Staatsbürger geschaffen sei, die dementsprechend einen Anteil daran beanspruchen könne, erscheint heute noch weiteren Kreisen, vor allem aber denjenigen, welche die Steuer bezahlen sollen, als revolutionär, weil er angeblich die Grundlage des staatlichen Lebens,

Digitized by Google

die Achtung vor dem Privateigentum, erschüttert. Der Krieg hat uns nun, wenigstens was den städtischen Grundbesitz anlangt, mit überzeugender Deutlichkeit vor Augen geführt, wie es mit diesem „Privateigentum" bestellt ist. Wohl war es längst allgemein bekannt, daß der städtische Hausbesitz in Deutschland im allgemeinen bis zu 80% und darüber verschuldet ist, und daß mindestens bis zu dieser Höhe nur von einem Scheineigentum gesprochen werden kann. Erst der Krieg aber hat die große öffentliche Bedeutung dieser Sachlage enthüllt, indem er das enorme Risiko erkennen läßt, das vom deutschen Volk seinem Boden gegenüber eingegangen worden ist. Wer sich dies vor Augen hält und daraufhin alle Vorschläge prüft, die seit dem Kriegsausbruch unter der Flagge einer Bekämpfung der Hausbesitzernot gemacht worden sind, der erkennt ohne weiteres, daß alle diese Vorschläge von der Angst diktiert worden sind, es könne diejenigen, die heute das Hauptrisiko tragen, nämlich die große Masse der Hypothekengläubiger ein Schaden treffen. Dieses Empfinden hat man sogar bei den wiederholten Ermahnungen amtlicher Organe an die Mieter, sie sollten doch ja ihre Miete bezahlen. Es ist meines Wissens bisher keine amtliche Aufforderung an die Bürger ergangen, ihre Schneider- oder Schusterrechnungen zu begleichen. Nur die Mietsforderungen liegen den Verwaltungsorganen am Herzen, und es leitet sie dabei die ganz richtige Erwägung, daß die Mehrzahl aller Staatsbürger ihre Ersparnisse direkt oder indirekt in Hypothekenforderungen angelegt hat.

Wer die Früchte einer Sache hat, der hat die Sache selbst, mag das wirkliche Verhältnis sich auch hinter Formen verstecken, die ein Eigentum des Schuldners vorspiegeln. Mit außerordentlicher Deutlichkeit geht diese Tatsache aus einer Eingabe hervor, die der Bund der Haus- und Grundbesitzer Großberlins an den Handelsminister gerichtet hat. In dieser Eingabe bittet der Bund, der Minister möge auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4 August 1914 dem Bundesrat eine Vorlage des Inhalts unterbreiten, daß „die für die Dauer des Krieges zu entrichtenden Zinsen von Hypotheken oder Grundschulden städtischer Mietsgrundstücke zwangsweise im Verhältnis der vertraglich dem Hypothekenschuldner zustehenden Mietszinsen zu den tatsächlich eingegangenen Mietszinsbeträgen herabgesetzt werden". Auch wer den in vorstehender Eingabe angegebenen Weg zur Bekämpfung der Hausbesitzernot nicht für gangbar hält, muß doch die Entschiedenheit anerkennen, mit der die Befürworter der Maßnahme die letzte Konsequenz aus der Sachlage gezogen haben. Für den Volkswirt aber ergibt sich hier ein neues und interessantes Bei-

Digitized by Google

spiel dafür, wie der Weltkrieg, dieser große Umwerter aller Werte, alteingewurzelte Anschauungen über den Haufen wirft. Wer in der einschlägigen Literatur Bescheid weiß, der erinnert sich vielleicht des Auftretens eines Mannes, der vor 20 Jahren als Abgesandter von etwa 30 hannoverschen Dörfern in Berlin eine Agitation für die Forderung entfachte, man solle die Not der Landwirtschaft dadurch lindern, daß im Fall einer Mißernte die Hypothekengläubiger für den Ausfall prozentual herangezogen würden — wohl der radikalste Vorschlag, der jemals von einem rabiaten „Agrarier" gemacht worden ist. Irgendeinen praktischen Erfolg hatte das Auftreten des Mannes nicht. In städtisch-liberalen Kreisen sah man in seiner Propaganda lediglich ein Symptom dafür, welcher Exaltation die agrarische Phantasie da, wo es sich um die Verfolgung landwirtschaftlicher Interessen handelte, fähig wäre. Heute denkt man anders darüber. Der Vorschlag der oben genannten Berliner Grundbesitzerorganisation beruht auf genau dem gleichen Gedanken wie der des agrarischen Heißsporns. Auch er läuft darauf hinaus, den Hypothekengläubiger die durch den Krieg verursachte „Mißernte" bezahlen zu lassen. Aber niemand denkt heute daran, die Männer, die diesen Weg befürworten, für Phantasten oder egoistische Beutepolitiker zu halten. Der Krieg hat eben auch außerhalb der Hausbesitzerkreise das Verständnis dafür geschärft, daß die vorgeschlagene Lösung eigentlich nur einer allgemein bekannten Tatsache Rechnung trägt; nämlich der Tatsache, daß die Hausbesitzer lediglich die Hausverwalter der Gläubiger sind, die den Hauptanteil an Einnahmen wie Risiko haben. Was den Vorschlag nichtsdestoweniger undurchführbar erscheinen läßt, ist nicht etwa der dem Bundesrat angesonnene Rechtsbruch — der Krieg legitimiert so manches andere Unrecht, z. B., um nur eins zu erwähnen, die Nichtrückzahlung der an der Berliner Börse ausgeliehenen Ultimogelder —, sondern es ist der Umstand, daß der Vorschlag einen großen Teil der Bevölkerung des Deutschen Reichs für die Verluste des städtischen Hausbesitzes büßen lassen will. Es sind ja, wie bereits erwähnt, nicht die großen Beleihungsinstitute, zu deren Lasten die zwangsweise Herabsetzung der Hypothekenansprüche gehen würde, sondern die Besitzer von Pfandbriefen, Sparbüchern und Lebenspolicen, die Anwärter auf Alters-, Invaliditäts- und Krankheits-Entschädigungen, also die große Masse des Volks. Wer sich diese Tatsache vor Augen führt, muß unbedingt zu einer Ablehnung des vorgeschlagenen Ausweges kommen — so sympathisch der darin zum Ausdruck kommende Fortschritt in der wirtschaftlichen Erkenntnis auch berührt.

Die städtische Grundrente, das führt uns der Krieg vor

Digitized by Google

Augen, ist auf dem Wege der hypothekarischen Verpfändung zu drei Vierteln längst in den Besitz der Allgemeinheit gelangt. Und des weiteren (der Verfasser muß sich bei dem folgenden Satz auf seine früher in dieser Zeitschrift erschienenen Aufsätze beziehen)*): Ohne die einseitige Bereitstellung der heimischen Sparkraft für den städtischen Realkredit hätte der Teil der Häuserwerte, der auf den nackten Boden entfällt, nicht entfernt die im Frieden erklommene Höhe erreichen können. Ist dem aber so, dann liegt es auf der Hand, daß die Allgemeinheit im ureigensten Interesse handelt, wenn sie die Sorgen des städtischen Hausbesitzes zu den ihrigen macht.

Auf die verschiedenen Vorschläge und ihre praktische Durchführbarkeit einzugehen, durch die eine Gefährdung der hypothekarischen Forderung hintangehalten wird, ist in diesem Augenblick verfrüht — oder auch verspätet. Einerseits ist der erste kritische Termin, der 1. Oktober, bereits vorüber; anderseits muß man, ehe geholfen wird, wenigstens annähernd einen zahlenmäßigen Ueberblick über die am Quartalstermin eingetretenen Ausfälle besitzen. Recht beachtenswert erscheint, wie heute schon kurz angedeutet sein mag, ein von Professor Dr. Joh. Plenge, Münster, gemachter Vorschlag, der einer zeitweiligen Stockung der Hypothekenzinszahlungen dadurch vorbeugen will, daß nach dem Grundsatz der versio in rem „Vorschüsse, die zur Zinszahlung und damit zur Erhaltung unseres ganzen Hypothekenwesens und einer Grundlage des Bodenwertes gegeben werden, einen Vorrang vor allen Hypotheken erhalten. Solche Vorhypotheken, die außerhalb der regulären Hypothekenreihe ständen, würden den Boden mit vorläufig 4 bis 8% neu belasten und müßten in der Weise durchgeführt werden, daß eine Amortisation in etwa fünf Jahren als Vorbedingung für die Eintragung stattfindet". Es kann nach Plenge nicht zweifelhaft sein, daß ohne große Schwierigkeiten Formen zu finden wären, die eine Realisierung dieser Vorhypothek in Geldscheinen irgendeiner Art möglich machen. Hierdurch würde der Zinsendienst gesichert und eine Erschütterung unseres Kreditsystems vermieden werden. Plenge ist sich natürlich darüber im klaren, daß sein Vorschlag auf eine Beeinträchtigung der bestehenden Hypothekenansprüche hinausläuft, deren Sicherheit um die unbezahlt gebliebenen und als Vorhypothek eingetragenen Zinsen geschmälert würde. Es ist immerhin zweifelhaft, ob unsere Juristen, die grade in Sachen unseres Grundbuchrechts überaus empfindlich sind, im Bundesrat oder Reichstag einer solchen Verletzung wohlerworbener Rechte das Wort reden würden. In der Tat gebietet es das allgemeine

*) Großenteils gesammelt erschienen in dem Buche „Boden- und Hypothekenprobleme" (Gustav Fischer, Jena, 1913).

Digitized by Google

Interesse, zu verhindern, daß eine Anlage, die zur Basis unserer ganzen Kreditverhältnisse geworden ist, in ihrem Wert beeinträchtigt wird.

Welchen Weg man aber auch wählt, das eine muß grundsätzlich festgehalten werden: Die Allgemeinheit ist heute in ihrem ureigensten Interesse verpflichtet, für den wankenden Realkredit einzutreten. Dabei muß man gegen den so nahe liegenden Irrtum ankämpfen, als ob es sich bei der Behebung der Hypothekenschwierigkeiten um ein einseitiges Rettungswerk zugunsten der notleidenden Hausbesitzer handele. Davon kann gar keine Rede sein. Gewiß haben unsere Hausbesitzer, wie jeder andere Deutsche, der durch den Krieg in Schwierigkeiten geraten ist, Anspruch auf unsere Teilnahme. Aber so wenig wie irgendeinem anderen Gewerbetreibenden aus öffentlichen Mitteln die Existenz gesichert werden kann — von Almosen ist hier natürlich nicht die Rede — so wenig können die Grundbesitzer ein Eingreifen der Oeffentlichkeit zu ihren Gunsten verlangen. Wenn wir ihnen zu Hilfe kommen, wenn wir uns nicht für die Begleichung von Schuster- und Schneiderrechnungen einsetzen, sondern uns gerade um i h r e Schulden bekümmern, so geschieht es ausschließlich deshalb, weil durch eine spezifisch deutsche Kreditwirtschaft ihre Sorgen u n s e r e Sorgen geworden sind. Nur unter diesem Gesichtspunkt haben die Grundbesitzer Anspruch auf die Machtmittel der Allgemeinheit. Appellieren sie aber an diese Machtmittel, so müssen sie sich andererseits auch damit abfinden, wenn wir in den kommenden Friedensjahren auf den Grundsätzen weiter bauen, deren Berechtigung sie selbst durch ihren Hilferuf anerkannt haben. Der Krieg hat den Nutznießern der deutschen Grundrente zweifellos ungeheuren Schaden gebracht. Der glücklich beendete Krieg wird aber ebenso zweifellos für die deutsche Grundrente einen heute noch kaum zu ahnenden Wertzuwachs im Gefolge haben. Der Weltkrieg wird die größte „Melioration" sein, die auf dem deutschen Boden, soweit seine Geschichte reicht, vorgenommen worden ist. Daß diese Melioration mit dem Blute unserer Söhne erkauft wurde, dessen werden wir uns, und hoffentlich auch die Besitzer des Bodens, zu gegebener Zeit erinnern. Ludwig Eschwege.

Berichtigung. Am Schluß des Aufsatzes von Dr. P e t e r A r e t z, „Napoleons I. Krieg gegen das britische Kreditsystem" (Septemberheft S. 833), ist aus Versehen ein Satzteil fortgeblieben, wodurch der Sinn eine Veränderung erfahren hat. Es muß am Ende des vorletzten Satzes richtig heißen: „. . . als es dem großen Korsen gelungen ist, abgesehen von dem unwahrscheinlichen Fall einer völligen Vernichtung der britischen Flotte."

Digitized by Google

Der September 1914.

Der zweite Monat des **Weltkrieges** hat politisch gewisse Ansätze zu weiteren Entwicklungen gebracht, ohne daß diese jedoch bisher eine klar erkennbare Richtung genommen hätten. So ist der Kampf um die **italienische** Neutralität noch längere Zeit, sowohl in der Presse, wie gelegentlich in ziemlich erregten Versammlungen weitergegangen, mit dem Ergebnis, daß sich die leitenden Kreise dieses Landes zur definitiven Aufrechterhaltung der Neutralität entschlossen zu haben — scheinen. Schärfer zugespitzt haben sich die Verhältnisse am Balkan. Die **griechische** Neutralität ist mehr als zweifelhafter Natur, da die englisch-französische Flotte sich dauernd in den Gewässern dieses Landes aufhält und die griechische Flotte sich dem englischen Oberbefehlshaber unterstellt haben soll. Auch um die Seele **Rumäniens** wird heiß gerungen. Es ist vom Dreiverbande, vor allem von Rußland, mit allen Mitteln versucht worden, auf dem Wege über den hauptstädtischen Mob das Land zu einem Eingreifen gegen Oesterreich zu zwingen, und es wird letzten Endes allein dem Könige zuzuschreiben sein, wenn (wie es den Anschein hat) diese Versuche scheitern. Die Differenzen zwischen den Dreiverbandmächten und der **Türkei** haben sich ganz wesentlich verschärft; die Türkei hat, ohne auf den Widerspruch der Mächte Rücksicht zu nehmen, die Kapitulationen aufgehoben, und macht im ganzen Reiche mobil. In den letzten Tagen des September hat sie sogar die Dardanellen gesperrt und trotz des scharfen Widerspruchs von seiten Englands und Rußlands nicht wieder geöffnet. Es gärt eben im ganzen Islam, wozu das völkerrechtswidrige Verhalten Englands gegenüber Aegypten wesentlich beiträgt. Irgendein Geschehnis von wirklicher Tragweite ist aber bisher nicht zu verzeichnen. In den letzten Tagen des Monats verlautete allerdings, der Emir von Afghanistan ließe seine Truppen gegen Indien und Rußland marschieren, was die erwarteten Aufstände in Indien und Turkestan wesentlich fördern und die englische Flotte spalten würde. Aber beglaubigt ist auch das bisher nicht. Sehr undurchsichtig ist es ferner, welche Folgen das Heranziehen **Japans** in den Konflikt haben wird. Angeblich soll England ihm für seine Hilfe gegen einen etwaigen indischen Aufstand Einwanderungsfreiheit in Australien und Kanada zugestanden haben, was der bisherigen Gesetzgebung dieser Länder ebenso widerspricht, wie der Volksstimmung. Dasselbe Mißtrauen gegenüber Japan, das in diesen englischen Kolonien herrscht, zeigt sich begreiflicherweise auch in der Nordamerikanischen Union, die strengste Neutralität markiert, allerdings auch noch durch die erneute Zuspitzung der Verhältnisse in Mexiko in Anspruch genommen wird, wo Carranza jetzt

Digitized by Google

versucht, sich sämtlichen von den früheren Regierungen eingegangenen finanziellen Verpflichtungen zu entziehen — sofern man ihm nicht ebenfalls mit einer größeren Anleihe beispringt.

Die **militärischen Ergebnisse** des zweiten Kriegsmonats lassen sich nicht so gut in kurzen Worten zusammenfassen, wie dies für den August der Fall war. Immerhin kann an Tatsachen festgestellt werden, daß Ostpreußen nach weiteren Siegen der Hindenburgschen Armee vom Feinde wieder gesäubert ist, und daß bereits ein Teil des angrenzenden Gouvernements Suvalki in preußische Verwaltung genommen werden konnte. Dort scheinen sich weitere Zusammenstöße vorzubereiten. Auch Teile Südpolens sind von deutschen Truppen besetzt. In Galizien haben die Oesterreicher die Hauptstadt Lemberg zwar preisgeben müssen, doch hat dort der eigentlich entscheidende Kampf zwischen den nunmehr vereinigten Heeren der Zentralmächte und den russischen Truppen jetzt erst begonnen. Im Westen tobt seit Wochen etwa in der Linie Verdun-Noyon eine Schlacht, gegenüber deren Riesenhaftigkeit jeder Vergleich mit früheren Kriegen versagt; der Stand war zuerst den französisch-englischen, ist neuerdings aber entschieden den deutschen Waffen günstig. Gegen Ende des Monats ist deutscherseits die Belagerung Antwerpens ernsthaft in Angriff genommen und die französische Festungskette an der Maas an einer wichtigen Stelle zwischen Verdun und Toul durchbrochen worden. Im Seekrieg sind einige sehr erfreuliche Anfangserfolge, vor allem die Vernichtung dreier englischer Kreuzer durch das Unterseeboot U 9 zu verzeichnen; ebenso auf dem südöstlichen Schauplatze schwere Beschädigungen der französischen Flotte durch die österreichischen Hafenbefestigungen. Auch gegenüber Serbien und Montenegro ist mit geringen Kräften weiteres Terrain erkämpft worden.

Noch immer kann von einem Funktionieren der **Weltwirtschaft** nicht gesprochen werden, denn die im vorigen Hefte erwähnten Schwierigkeiten halten unvermindert an. Zu den Schäden, die aus diesen Schwierigkeiten und dem nicht nur von England, sondern auch von Deutschland, und zwar nicht ohne Glück, geführten Kaperkriege erwachsen, treten noch weitere Behinderungen des Handels (auch der Neutralen), deren Grund in der willkürlichen Auslegung des Begriffes „Kriegskonterbande" seitens Englands zu suchen ist. Der Handel der Neutralen hat andauernd durch die Belästigungen durch die englischen Kreuzer zu leiden. Von einer merklichen Belebung irgendeiner der großen Industrien kann deshalb und wegen der finanziellen Zurückhaltung in allen Ländern, selbst in dem neutralen Amerika, noch nicht gesprochen werden.

Digitized by Google

Von den wirtschaftlichen Einzelheiten ist zunächst die Verlängerung der Moratorien in einer Reihe von Staaten zu erwähnen; näheres hierüber an anderer Stelle (unter „Geldmarkt"). In Deutschland ist ein Gesetz über die Beaufsichtigung ausländischer Unternehmungen und gegen Schluß des Monats ein Zahlungsverbot gegen England erlassen worden. Beide Maßregeln stellen in erster Reihe eine Abwehr dar. Das Netz der Kreditkreditbanken hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Es sind jetzt auch von den Genossenschaften Maßregeln getroffen worden, die eine allzu große Einschränkung früher zugesagter Kredite verhindern sollen. Näheres über Versuche zur Errichtung genossenschaftlicher Hilfsbanken vergl. in dem Aufsatz von Prof. Dr. Crüger in diesem Heft. Auch die Beleihung von Hypotheken, welche die Kriegsdarlehnskassen nicht als Unterlage annehmen, ist hie und da in die Wege geleitet worden, und ebenso haben einzelne Kommunen nach Möglichkeit Vorsorge getroffen, um den Folgen der Mietsausfälle am 1. Oktober nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Um dem Außenhandel, speziell dem Uebersechandel eine Anregung zu geben, ist jetzt auch in Deutschland mit staatlicher Unterstützung eine Kriegstransport-Versicherungsgesellschaft gegründet worden, die aber zurzeit noch nicht nach Uebersee funktioniert. — Auch Oesterreich-Ungarn hat mit der Errichtung von Darlehnskassen nach deutschem Muster begonnen. — In Italien hat sich der Fiskus von der Banca d'Italia und Banco di Sicilia die Vorschüsse ganz wesentlich erhöhen und sich auch von dem Banco di Napoli, von dem er bisher einen Vorschuß nicht erhalten hatte, ein Darlehen in Höhe von 60 Millionen Lire gewähren lassen. Ein Anleiheanerbieten Frankreichs hat die Regierung angeblich mit der Begründung abgelehnt, daß die Aufnahme einer Auslandsanleihe nicht beabsichtigt sei. Dagegen ist eine größere Menge Zucker zur Ausfuhr nach England freigegeben worden. — Gerade mit Zucker ist Großbritannien, dessen Hauptlieferanten bisher Deutschland, Oesterreich und Belgien waren, in große Verlegenheit geraten, so daß die Preise heute fast das dreifache des normalen betragen. Wie sich jetzt herausstellt, haben übrigens die englischen Kabelgesellschaften schon in der letzten Juliwoche, also vor Kriegsausbruch, deutsche Handelsdepeschen nicht mehr expediert. Der englische Handelskrieg wird auch jetzt noch in entsprechender, mit Treu und Glauben häufig nicht zu vereinbarender Weise fortgesetzt. — In Frankreich ist man, was noch mehr im Wiederspruche mit dem Völkerrecht steht als die englischen Formen des Kaperkrieges, sogar zur Beschlagnahme von Waren übergegangen, die deutschen und österreichischen Ursprungs und Eisenbahn-Durchfuhrgut aus Friedenszeiten

Digitized by Google

sind. — Als bezeichnend für die Wirkungen des Krieges in allen Ländern sei noch erwähnt, daß der Morgansche Schiffahrtstrust, also eine zum mindesten rechtlich amerikanische Gesellschaft, den Oktoberkupon ihrer 4½% Obligationen nicht bezahlen kann.

Auf **staatsfinanziellem** Gebiete ist zunächst die mit ganz außerordentlichem Erfolge aufgelegte **deutsche Kriegsanleihe** zu erwähnen. Angeboten wurde neben einer Milliarde 5%, durchschnittlich 5jähriger Schatzanweisungen ein unlimitierter Betrag 5%, bis 1924 unkündbarer Anleihe, beides zu 97½%. Nach offiziellen Angaben rechnete man damit, daß insgesamt etwa 2—3 Milliarden gezeichnet werden würden; tatsächlich wurden außer der einen Milliarde Schatzanweisungen noch etwa 3½ Milliarden Anleihe, insgesamt 4,46 Milliarden untergebracht. Damit stellt die Anleihe wohl die größte Finanztransaktion vor, die jemals durchgeführt worden ist. — Großbritannien hat seine Kriegskredite bisher in Form kurzfristiger Schatzanweisungen flüssig gemacht; von solchen ist bis Anfang Oktober über die Hälfte der bewilligten 100 Mill. £ begeben worden. Die letzte September-Rate, 15 Mill. £, ist bei einer etwa 4% Verzinsung rund dreimal überzeichnet werden. — Die im vorigen Heft erwähnte französische Auslandsanleihe bei Morgan ist zwar im letzten Augenblick am Widerspruche der Unionsregierung als solche gescheitert, scheint jedoch in Form von Getreide- und Baumwollkrediten ihre Auferstehung feiern zu sollen. Ob Frankreich jetzt, da ein innerer Markt zurzeit kaum existiert, eine Geldbeschaffung im großen in London beabsichtigt, oder sich mit ungedeckten Noten behelfen wird, ist bisher nicht bekannt. Dagegen plant Rußland, dem eine Zeitlang englische Goldsendungen via Dardanellen zugegangen sind, jetzt angeblich die Aufnahme einer größeren inneren Anleihe. — Oesterreich hilft sich einstweilen noch mit den Noten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank weiter, was aber schon ein erhebliches Disagio seiner Währung herbeigeführt und die Monarchie genötigt hat, die Zinszahlung auf ihre Anleihen nur noch in Kronen, d. h. etwa 5 Heller unter ihrem Pfund- und Markwert, vorzunehmen. — Von Brasilien fehlen bisher noch immer die Anschaffungen für den Oktoberkupon, doch wird weiter über dessen Einlösung verhandelt. Große Schwierigkeiten hat auch für eine Reihe anderer Staaten, so Argentinien und China, die Heranschaffung der Beträge bereitet, welche zur Einlösung ihrer deutschen und überhaupt europäischen Kupons notwendig waren. Sie ist jedoch in den meisten Fällen gelungen; eine Ausnahme machen ein paar argentinische Provinzen. — Die Staatsschuldenverwaltung der Türkei macht bekannt, daß die Einlösung der Zinsscheine nur noch bis zum Ende des laufen-

Digitized by Google

den Rechnungsjahres im Auslande, von da ab ausschließlich in Konstantinopel erfolgen soll. — China soll angeblich mit einem Londoner Bankhause einen Anleihe-Vertrag von 10 Mill. £ abgeschlossen haben; über die Bedingungen und Ausgabe soll jedoch erst nach dem Friedensschluß in Europa verhandelt werden. — Norwegen hat zur Deckung seines Kupons in England bei seinem Londoner Bankier einen Kontokorrentvorschuß von 600 000 £ aufgenommen; es muß dafür 7% Zinsen bezahlen.

Für den **Außenhandel des Deutschen Reiches** im August sind Ziffern nicht veröffentlicht worden. Offiziös wurde erklärt, der Rückgang im Umsatze sei prozentual eine Wenigkeit geringer als bei Großbritannien. Obwohl unsere Küsten nicht blockiert sind, dürften die Eingänge über die Nordseehäfen so ziemlich gleich Null sein, da die Belästigungen auch der neutralen Schiffahrt durch England so ungeheuerlich, und dessen Auslegung des Begriffes Kriegskontrebande so dehnbar ist, daß kein Verlader das Transportrisiko eingehen will. Verhältnismäßig ungestört wickelt sich der Verkehr in der Ostsee ab, und auch Ein- und Ausfuhr über die Landgrenzen beginnen sich langsam wieder etwas zu beleben. Die Seeeinfuhr über die neutralen Staaten leidet vor allem darunter, daß England immer mehr dazu übergeht, auch Rohstoffe, die nicht Kriegszwecken dienen, im Gegensatze zu der auch von ihm unterschriebenen Londoner Deklaration von 1909 und seinen eigenen Erklärungen vom 20. August 1914 als relative Kriegskontrebande zu erklären und diese durchaus wie absolute Kriegskontrebande zu behandeln. Rechtssicherheit irgendwelcher Art gibt es zurzeit auf See überhaupt nicht, und man darf gespannt darauf sein, wie lange sich die neutralen Staaten die Willkür Großbritanniens ohne Widerspruch gefallen lassen werden.

Ob die Lage des **Weltarbeitsmarktes** im September in irgendeinem der großen Industriestaaten eine durchgreifende Wendung zum Besseren erfahren hat, ist schwer festzustellen. Wenn auch die erste, überaus scharfe Senkung nach dem Kriegsausbruche überwunden sein dürfte, so scheinen doch vornehmlich die Luxus- und Textilindustrien in Deutschland, England und der Union andauernd sehr stark zu leiden. An eine wesentliche Besserung dürfte fürs erste schon deshalb nicht zu denken sein, weil nicht nur in den kriegführenden Staaten, sondern auch in allen anderen unbeteiligten europäischen, vor allem aber in den Kolonialstaaten, die Aufnahmefähigkeit zurzeit außerordentlich eingeschränkt ist. Ueber den August liegen einige, allerdings nicht umfassende Berichte vor. Von der Lage in Deutschland sagt das Reichsarbeitsblatt, daß sich nach dem ersten scharfen Rückgang des Beschäftigungsgrades bereits eine gewisse

Digitized by Google

Erholung, und zwar nicht nur in den Militärlieferungsindustrien, sondern zum Beispiel auch im Baugewerbe erkennen lasse. Die sehr unvollständigen Ziffern über den Beschäftigungsgrad geben aber kein zuverlässiges Bild, weil der Rückgang bei den männlichen Arbeitern zum großen Teil auf die Einberufung zu den Fahnen zurückzuführen ist. Ebensowenig läßt zurzeit die Berichterstattung seitens der Arbeitsnachweise einen irgendwie verläßlichen Schluß zu, da die Anzahl der Berichte außerordentlich schwankt und vor allem ganz bedeutend geringer ist, als in Friedenszeiten. So haben zum Beispiel Ende Juni 874, Mitte September nur noch 291 Arbeitsnachweise berichtet. Immerhin scheint in der zweiten Hälfte des August sich auch statistisch eine gewisse Besserung zu zeigen. — In England ist von Ende Juli zu Ende August die Zahl der Arbeitslosen von 2,8 auf 7,1% gestiegen, und das Arbeitsamt bemerkt dazu, daß alle Industrien außer dem Schiffbau ein Abflauen des Arbeitsquantums zeigten.

Ueber die **Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen** wird, wie bereits im vorigen Heft erwähnt, zurzeit nicht berichtet. Sie dürften im September schon wieder eine gewisse Steigerung zeigen, da die Truppenbewegung in und durch Deutschland nachgelassen und für den Güter- und Personenverkehr Raum geschaffen hat. — Ueber die Lage der deutschen **Seeschiffahrt** ist neues nicht zu berichten. Es ist noch immer unmöglich, außerhalb der Ostsee deutsche Seedampfer fahren zu lassen. Ob die englische Schiffahrt von der Ausschaltung dieser Konkurrenz große Vorteile hat, ist angesichts der geschilderten Einschränkung des Ueberseehandels ziemlich fraglich. Als bezeichnend für die Aussichten des englischen Handelskrieges sei erwähnt, daß in England darüber geklagt wird, ein großer Teil der durch den Kriegsausbruch in neutralen Häfen zurückgehaltenen und der gekaperten deutschen Schiffe führe jetzt Ladung für englische Rechnung, wodurch die englische Reederei vielleicht noch schwerer geschädigt werde als die deutsche. Von einer **Auswanderung** über deutsche Häfen ist zurzeit natürlich keine Rede.

Die **Konkursziffern** zeigen im September gegenüber dem August wieder eine kleine Steigerung, die nicht weiter verwunderlich erscheint, da der einmonatliche Protestaufschub für unbezahlt gebliebene Wechsel Ende August abgelaufen und damit die Zahlungsunfähigkeit mancher Firmen offenbar geworden ist. Es wurden eröffnet:

im Juli	1912	837	Konkurse	1913	879	Konkurse	1914	720	Konkurse
„ August	1912	659	„	1913	651	„	1914	415	„
„ Sept.	1912	630	„	1913	671	„	1914	473	„
zus. i. 3. Qu.	1912	2126	Konkurse	1913	2201	Konkurse	1914	1608	Konkurse
dag. i. 2. Qu.	1912	2317	„	1913	2557	„	1914	2060	„
dag. i. 1. Qu.	1912	2347	„	1913	2709	„	1914	2427	„
v. 1. 1.–30. 9.	1912	6790	Konkurse	1913	7467	Konkurse	1914	6095	Konkurse

Digitized by Google

In der Lage des deutschen **Eisenmarktes** ist im September eine kleine Besserung eingetreten. Sie hängt teilweise damit zusammen, daß die Transportverhältnisse sich dem normalen wieder etwas genähert haben, teilweise damit, daß die Nachfrage seitens des Konsums, die im August eigentlich überhaupt nicht existierte, sich im September in bescheidenem Maße wieder zu zeigen begann. Das gilt nicht nur von der Inlandsnachfrage, für die es vor allem wesentlich ist, daß das preußische Eisenbahnministerium Anweisung gegeben hat, Bauarbeiten nach Möglichkeit nicht einzustellen, sondern auch vom neutralen Auslande, also in erster Reihe von Holland, Italien und den Skandinavischen Staaten. Da Frankreich und Belgien zurzeit überhaupt nicht in der Lage sind zu liefern, und der Bezug von England auf dem Seewege vielfach Bedenken unterliegt, so sind die Verbraucher einzelner neutraler Staaten mindestens zum Teil auf die deutsche resp. luxemburgische Eisenindustrie angewiesen. Im Inlande scheint es sich vorläufig mehr darum zu handeln, daß der völlig ins Stocken geratene Abruf auf alte Schlüsse wieder begonnen hat, als daß etwa neue Geschäfte in größerem Umfange sich den Werken geboten hätten. In Fachkreisen wurde gegen Ende des Monats die Beschäftigung großenteils auf etwa 50% der Leistungsfähigkeit, bei vielen Werken allerdings auch wesentlich darunter geschätzt. Der Versand dürfte im August etwas mehr als die Hälfte dieses Quantums betragen, es im September aber annähernd erreicht haben. Die südwestdeutschen Werke waren im übrigen dem Ruhrrevier gegenüber beträchtlich im Nachteile, da bei ihnen Zufuhr und Versand infolge ihrer Lage nahe dem Kriegsschauplatze wesentlich später in Fluß kamen, als bei jenen. Das Rückgrat der Industrie bilden noch immer die Kriegslieferungen, und daran dürfte sich in der nächsten Zeit um so weniger etwas ändern, als im Winterhalbjahr der Privatbedarf zu Bauzwecken ohnehin wesentlich zu sinken pflegt.

Beim **Roheisenverband** hat der Versand im August etwa 22% der Beteiligung betragen; im September dürfte er auf rund das Doppelte dieser Menge gestiegen sein. Der Verband hat seine Verkaufspreise für Lieferung im letzten Vierteljahr um 5 Mark per t erhöht, jedoch sollen bestehende Schlüsse noch möglichst zu den alten Preisen und Bedingungen erfüllt werden. Die Roheisenerzeugung des Verbandes hat im August 432 800 t gegen 793 400 t im Juli betragen; für ganz Deutschland hat sie nach vorläufigen Ermittlungen im August 625 927 t gegen 1 564 345 t im Juli ausgemacht. Sonach bietet die deutsche Roheisenproduktion folgende Vergleichsziffern:

Digitized by Google

(in 1000 t)	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Januar . .	1062	1061	1021	1177	1320	1385	1611	1567
Februar .	978	994	949	1091	1179	1320	1494	1446
März. . .	1099	1046	1073	1250	1322	1424	1629	1603
April . .	1077	979	1047	1202	1285	1458	1589	1534
Mai . . .	1094	1010	1090	1261	1312	1492	1643	1607
Juni . . .	1044	956	1067	1219	1262	1454	1610	1531
Juli . . .	1123	1010	1091	1228	1290	1505	1647	1564
August . .	1117	935	1100	1262	1284	1527	1639	626
September	1091	929	1068	1232	1250	1519	1589	?

Für die Geschäftslage beim **Stahlwerksverbande** sind die bereits erwähnten Staatsaufträge natürlich in ganz besonders hohem Maße bestimmend. Während so das Inlandschienengeschäft ziemlich lebhaft war, stockte der Versand nach dem Auslande zunächst infolge des Ausfuhrverbotes völlig, und es blieb auch nach dessen Aufhebung, wie in der letzten Hauptversammlung berichtet wurde, noch gering. Das Geschäft in Halbzeug liegt im Inlande wie im Auslande still; die für Nachtragsbestellungen und besondere Geschäfte verlangte Preiserhöhung von 12½ M. ist auch für das vierte Quartal allgemein auf 7½ M. per t herabgesetzt worden. Der Verkauf von Formeisen wurde zu den bisherigen Preisen mit Spezifikationsfrist bis zum 31. Oktober unter Vertagung neuer Preisfestsetzung freigegeben. Wie verlautet, sollen übrigens seitens der Eisenbahnverwaltung für Herbst und Winter große Abrufe in Schienen und Schwellen geplant sein. — Am Stabeisenmarkte ist das Geschäft ebenfalls ziemlich unbedeutend, die Preise sind erst um etwa 10 M. erhöht, dann wieder um 5 M. ermäßigt worden. Ungefähr ebenso vollzog sich die Bewegung der Blechpreise. — Entgegen der Erwartung ist die angestrebte vorläufige Verlängerung des Walzdrahtverbandes nicht gelungen, da mit der Firma Thyssen eine Einigung nicht zu erzielen war. Unter diesen Umständen dürfte die im vorigen Hefte erwähnte Preiserhöhung seitens des Verbandes nur auf dem Papier stehen bleiben. Die oberschlesischen Werke haben die Preise für ihre naturgemäß stark verringerte Produktion durchweg um 15—20 M. erhöhen können. — Die Vereinigung der Rheinisch-Westfälischen Bandeisenwerke hat ihre Preise um etwa 15 M., der Verband der Fabriken für verzinkte Eisenblechwaren die seinigen um 7½% erhöht. — Auch die Nieten- und Schraubenpreise sind heraufgesetzt worden. Als Begründung werden in fast allen Fällen die erhöhten Rohmaterialpreise und Arbeitermangel angegeben. Der deutsche Pflugscharverband und das älteste deutsche Syndikat, das Verkaufskontor der deutschen Weißblechfabrikanten, haben sich aufgelöst. — Starke Klagen kommen aus der Klein-Eisenindustrie, aus der lediglich die für Militärzwecke arbeitende Gruppe, diese

Digitized by Google

allerdings bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, beschäftigt ist.

Einzelheiten über den **Eisenaußenhandel** liegen auch für August und September nicht vor; ebensowenig Preisfeststellungen der noch immer geschlossenen Düsseldorfer Börse.

Von den außerdeutschen europäischen Märkten ist wenig zu berichten. In England ist nur in der Schiffbauindustrie das Geschäft wirklich lebhaft. Sonst ist die Beschäftigung gering, und die Warrantpreise haben, ohne daß sich von hier aus ein besonderer Grund dafür erkennen ließe, weiter nachgegeben. In Glasgow notierten Nr. 3 M'bro Warrants (per t):

1. Septemb.	8. Septemb.	15. Septemb.	23. Septemb.	30. Septemb.
51 sh 7 d	51 sh 6 d	51 sh 4 d	51 sh 3 d	51 sh 3 d

Der Absatz der österreichischen Eisenwerke ist im August (ziffernmäßige Angaben über den September fehlen noch) auf 20—30%, in Schienen sogar auf 8% der Produktionsfähigkeit zurückgegangen. Im September hat er sich etwas gehoben. Die Werke haben von einer Preiserhöhung trotz der gestiegenen Selbstkosten Abstand genommen.

Die amerikanische Eisenindustrie leidet natürlich ebenfalls stark unter dem europäischen Kriege, unter anderem deshalb, weil der Import von Mangan aus Britisch-Asien und Rußland, wie übrigens auch der Import gewisser Spezialsorten aus Deutschland, völlig stockt. Bemerkenswert ist es, daß dem „Iron Age" nach im September der Spezifikationseingang noch geringer war als im August. Auch die Preise sind weiter gesunken. Man rechnet in der Union für das laufende Jahr nicht mehr mit einer Besserung der Inlandsnachfrage, erhofft aber einiges vom Export nach Südamerika, wo man in das deutsche Absatzgebiet eindringen zu können hofft.

Die Lage des **Kohlenmarktes** hat sich im September weiter etwas gebessert, was aus den im vorigen Heft genannten Gründen nicht überrascht. Da die Förderung indes klein und angesichts der gesunkenen Belegschaft kaum steigerungsfähig ist, und wohl auch aus Entgegenkommen gegen das Syndikat, hat die preußische Eisenbahnverwaltung probeweise hunderttausend Tonnen Hochofenkoks für ihre Bahnen bestellt, die mit der bisher verwendeten Kohle vermischt werden sollen. Das Syndikat tritt seit langem warm für eine derartige Vermischung von Kohle mit Koks ein, ohne sie jedoch durch eine entsprechende Bemessung der Preise zu unterstützen. Es hat in seiner letzten Sitzung die Richtpreise für Hochofenkoks und Kokskohlen per IV. Quartal unverändert gelassen, die Kohlenpreise jedoch dadurch erhöht, daß es eine Nachlieferung nicht rechtzeitig lieferbarer Mengen zu Kontraktpreisen ablehnte. Der Bericht des Syndikats über

Digitized by Google

den August (Septemberziffern fehlen noch) zeigt für den rechnungsmäßigen Kohlenabsatz folgende Ziffern (in 1000 t):

	1912		1913		1914	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
Juni	6 183,3	264,5	7 031,4	281.3	6 277,8	268,6
Juli	6 814,8	252,4	7 314,0	270,9	6 969,4	258,1
August	7 032,3	260,5	7 027,4	270,3	2 545,9	97,9

Für **Koks und Briketts** lauten die Versandziffern (in 1000 T.):

	1912				1913				1914			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Juni	1527,2	50,9	334,0	14,3	1725,6	57,5	396,4	15,9	1385,5	46,2	347,4	14,9
Juli	1621,2	52,3	391,5	14,5	1787,1	57,6	411,6	15,2	1390,2	44,8	401,4	14,9
Aug.	1751,2	56,5	401,2	14,9	1787,1	57,6	390,4	15,0	553,9	17,9	113,9	4,4

Von der Koksbeteiligung sind nach diesen Ziffern noch nicht einmal 16½% abgesetzt worden. Vorläufige Schätzungen für den September rechnen mit einem Kohlenabsatz von etwa 50—55 und einem Koksabsatz von etwa 25—30%.

Für **Deutschlands Kohlengewinnung** liegen Ziffern est per August vor. Sie zeigen selbstverständlich einen sehr bedeutenden Rückgang. Es wurden nämlich gefördert (ohne die Reviere Metz und Saargemünd, in 1000 t):

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Juni . . .	13 888,8	15 929,9	15 016,2	6 217,5	6 858,7	7 158,7
Juli	15 799,1	17 198,0	16 562,0	6 645,2	7 508,5	7 672,0
August . .	15 909,8	16 542,6	8 477,2	6 805,3	7 250.3	4 378,0

Ueber die Lage der deutschen **Kaliindustrie** läßt sich zurzeit genaues nicht sagen. Der Absatz ist jedenfalls außerordentlich stark zurückgegangen, da, abgesehen von der Unmöglichkeit eines Exportes über See, auch der Versand im Inlande durch den Mangel an geschlossenen Waggons stark behindert wird. Eine große Reihe von Betrieben hat denn auch die Förderung, die überwiegende Anzahl der Kali-Gewerkschaften die Ausbeutezahlung eingestellt.

Trotz der zweifellos guten deutschen **Ernte** sind im September die Preise für Brot und Futtergetreide wieder sehr erheblich gestiegen, zum Teil deshalb, weil infolge der Feldbestellung das Angebot naturgemäß sehr zusammengeschrumpft ist. Um die Monatswende entschloß sich deshalb die Regierung zur Einführung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl und Kleie, über die jedoch Einzelheiten noch nicht bekannt geworden sind. Daneben dürfte wahrscheinlich ein Verbot der Verfütterung von Roggen erlassen werden. Um das für die menschliche Nahrung verfügbare Quantum zu steigern, geht man jetzt in größerem Maßstabe zur Beimischung von Kartoffelmehl beim Brotbacken über; ob das Angebot von Speisekartoffeln durch die beabsichtigte scharfe Herabsetzung des Durchschnittsbrandes bei

Digitized by Google

Spiritus gesteigert werden wird, ist noch nicht völlig sicher. — Auch im Auslande sind die Getreidepreise weiter sehr hoch geblieben, zum Teil unter Schwankungen noch gestiegen.

Die **Zucker**preise haben sich in Deutschland etwa auf dem alten Niveau gehalten, da unbegründeten Steigerungen durch das Ausfuhrverbot ein gewisser Riegel vorgeschoben worden war. Jetzt ist dieses Verbot allerdings aufgehoben worden, eine Maßnahme, die ihre zwei Seiten hat, da angesichts der Erschwerung, welche die Ernährung des deutschen Volkes trotz der guten Ernte immerhin erfährt, der Zucker als gutes und billiges Surrogat für Fette u. dgl. im Lande gehalten werden müßte, andererseits jede Exportförderung im Hinblick auf unsere Währung willkommen zu heißen ist. Die Preise für gute **Kaffees** sind gestiegen, ebenso die für **Thee**.

Bei **Textil**rohstoffen kann von einer normalen Preisbildung zurzeit ebenso wenig gesprochen werden wie bei **Metallen**. Trotz der Bildung der im vorigen Hefte erwähnten Einkaufsgesellschaften sind die Preise vornehmlich für Wolle und die zu Kriegszwecken dienenden Metalle außerordentlich stark gestiegen, da die Zufuhr auch über die neutralen Staaten vorläufig auf große Hindernisse stößt. England hat ein Ausfuhrverbot für Zinn erlassen. — Die **Tafelglas**preise sind stark erhöht worden. Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

			30. Sept. 13	1. Aug. 14	1. Sept. 14	10. Sept. 14	21. Sept. 14	30. Sept. 14
Weizen (Berlin)			196,75	252,50	226,—	232,50	244,50	247,—
do. (New York)			95½	—	120,50	125,50	122,50	124,25
Roggen (Berlin)			165,75	198,—	197,—	205,50	217,50	220,—
Mais (New York)			80,—	—	87½	86,—	87¼	82¼
Schmalz (Chicago)			11,05	—	10,15	9,17	9,50	9,55
Silber (London)			28 5/16	—	24,—	25,—	23⅝	24,—
Kupfer	seit August	London	72⅝	—	170,—	182½	180½	180,—
Zinn	seit August	London	189,—	—	360,—	352½	350,—	350,—
Zink	seit August	Berlin	21,—	—	50½	50½	50½	50½
Blei	seit August	Berlin	20¾	—	45,—	45½	45½	45½

Die Notierungen verstehen sich für Weizen New York u. Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze. Kupfer (sonst in Lstrl. per ton netto), Zinn und Zink (sonst in Lstrl. per engl. ton netto), Blei (sonst in Lstrl. per engl. ton netto mit 2½ %), seit 12. August 1914 in Mark per 100 kg.

Von den **Weltbörsen** hat auch im September nicht eine ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, obwohl es nirgends an Versuchen gefehlt hat, dies zu ermöglichen. Nur die australischen Börsen, welche rein lokale Bedeutung haben, funktionieren wieder einigermaßen. Auch in Berlin wurde versucht, einen „freien Verkehr" aufrechtzuerhalten, doch kam es nur zu vereinzelten kleinen Geschäften in den Börsensälen, bis der Börsenvorstand in Anschlägen und Rundschreiben darauf hinwies, daß vor Feststellung amtlicher Kurse derartige Ge-

Digitized by Google

schäfte unzulässig seien, und auch dieser kleine Verkehr einschlief. Seitdem werden nur noch vereinzelt Effektenposten von Kontor zu Kontor gehandelt; hie und da sind auch Versteigerungen verpfändeter Effekten erfolgt. Soweit die Erlöse der letzteren einen Schluß zulassen, ist für die in Betracht kommenden Wertpapiere meist nicht weniger als Ende Juli zu erzielen gewesen. Die Ultimoliquidation ist weiter auf Ende Oktober verschoben worden, ebenso die Rückzahlung des Ultimogeldes unter Aenderung der den Zins betreffenden Vorschriften. Die Banken haben übrigens die ihnen überlassenen Ultimogelder meist zurückgezahlt. — Die im vorigen Hefte erwähnten Scheinkursfeststellungen in Paris haben bis Anfang September angedauert und sind dann, als die Regierung nach Bordeaux übergesiedelt war, an diesem Orte weiter erfolgt. Für 3 proz. Rente wurde ein Kurs von etwa 74 % krampfhaft festgehalten. — Der Londoner freie Verkehr arbeitet ebenfalls in mangelhafter Weise weiter, und die Kurse (Konsols zum Beispiel 68—68½) sind auch hier nur nomineller Art. Der Londoner Börsenvorstand hat jetzt eine Maßregel, die sich kurz vor Kriegsausbruch in Paris nicht bewährt hatte, in erweitertem Umfange nachgeahmt, indem er für alle mündelsicheren Werte, etwa 800 an der Zahl, Mindestkurse festsetzte. In den ersten Tagen des Oktober wurde diese Maßregel auf eine Reihe amerikanischer Werte ausgedehnt. — In New York ist über die Wiederaufnahme des Börsenverkehrs mehrfach eingehend beraten worden, ohne daß sich bisher ein gangbarer Weg hätte finden lassen. — Aehnliches gilt auch von den Börsen in neutralen Staaten, von denen natürlich die holländischen und schweizerischen jetzt große Wichtigkeit hätten erlangen können.

Für die Börsensteuern, von denen zurzeit eigentlich nur der Wertpapierstempel in Betracht kommt, sind weitere Ertragsziffern seit dem August nicht bekanntgegeben worden.

Am **internationalen Geldmarkt** hat der regellose Zustand, der in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch an allen maßgebenden Plätzen herrschte, im September zwar nicht normalen, aber doch leidlichen Verhältnissen Platz gemacht. Es fand wenigstens allenthalben wieder ein Geldverkehr zu nicht allzu willkürlichen Zinssätzen statt. Von der Pressung, die sich sonst gegen Ende des dritten Quartals einzustellen pflegt, war diesmal sogar weniger zu spüren als sonst. Infolge des Nichtfunktionierens der Börsen fiel der Geldbedarf der Effekten abnehmenden oder Differenzen zahlenden Spekulation fort, und für die Deckung der Quartalsfälligkeiten war allenthalben durch Spezialeinrichtungen (in Deutschland Darlehnskassen und Kriegskreditkassen) sowie durch das Entgegenkommen der Notenbanken nach Möglichkeit

Digitized by Google

vorgesorgt. Dazu kam der geringe Geldbedarf der Industrie, soweit sie nicht direkt oder mittelbar für den Kriegsbedarf arbeitet, sowie die viele Zahlungen ausschaltende Wirkung der Moratorien. Diese im vorigen Hefte an gleicher Stelle aufgezählten Zahlungssuspense sind vielfach abgebaut, d. h. gemildert worden (z. B. in England, Deutschland und Oesterreich), ganz aufgehoben wurde es jedoch nirgends. Nur in der Schweiz, wo das Moratorium von vornherein in der zahmen Form eines „Rechtsstillstandes" verhängt worden war, sind mit dem 1. Oktober Milderungen bei der Schuldbeitreibung und beim Konkurse an seine Stelle getreten.

Am englischen Geldmarkt hat das dringende Wechselangebot im September erheblich nachgelassen. Der Beschluß der englischen Regierung, für vor Kriegsausbruch eskomptierte Wechsel, welche die Kritik der Bank von England bestehen würden, der Bank gegenüber die Garantie zu übernehmen, hat für solche Wechsel einen großen Markt geschaffen und ihren Zins bis auf 3 % heruntergedrückt. Für die später ausgestellten „Postmoratoriumswechsel" bewegte sich der Zinssatz zwischen 3½ und 4 %. Die Kreditkündigungen, die England Anfang August in aller Welt vorgenommen hat, ferner die Guthaben einzelner neutraler Länder sowie Deutschlands und Oesterreichs, die zwangsweise in England verbleiben, haben eine Geldfülle erzeugt, die angesichts des geringen Bedarfs der Industrie an den Geldmarkt drängt und für gute Handelswechsel ein breites Diskontgebiet schafft. Der Geldmarkt ist sogar wieder imstande, außer den Bedürfnissen der englischen und indischen Regierung — es sind bis Anfang Oktober 60 Mill. £ englische Kriegsschatzwechsel begeben worden, die im August 3,7 %, im September aber nur noch 3 bis 3⅓ % Zins brachten — auch noch für die Bedürfnisse dritter Länder aufzukommen. Unter anderen hat Norwegen eine kleine Anleihe in London aufgenommen. Die Handelsbanken gehen auch bereits wieder für Rechnung des Auslandes unter Akzept. Es soll ein Versuch gemacht werden, die englischen Schulden und Forderungen an das feindliche Ausland, soweit sie sich ausgleichen, durch Verrechnung zu tilgen.

Bei der Bank von England hat sich, seit sie Gold nicht mehr an jedermann hergibt, der Metallbestand fortgesetzt und in solchem Maße gehoben, daß sie einen Teil der ihr zu Beginn des Kriegs überwiesenen indischen Goldreserve zurückgeben, 3½ Mill. £ an das Schatzamt zur Deckung der von der Regierung ausgegebenen 30 Mill. £ kleiner Kassenscheine abführen und trotzdem noch einen erheblich vergrößerten Barbestand ausweisen konnte. Vom 26. August bis 30. September hat sich der Barvorrat um 9½ Mill. £ gehoben. Er ist jetzt bei weitem

Digitized by Google

höher als vor Eintritt der politischen Zuspitzung. Der Zufluß erfolgte sowohl vom Inland wie vom Ausland. Das letztere hat, um seine Debetsalden in London zu tilgen, kein anderes Mittel als das der Schuldprolongation, die nur zu hohen Zinsen und bei guter Sicherheit bewilligt wird, oder der Goldversendung. Die Abdeckung der Schuld durch Waren ist schon durch das Nachlassen des Konsums sehr erschwert. Dem im August eingerichteten Golddepot der Bank in Ottava (Kanada) fließen fortgesetzt Goldmengen aus den Vereinigten Staaten zu. Sie werden natürlich in den Barbestand der Bank eingerechnet. In noch höherem Maße wie dieser sind die Guthaben gestiegen, welche die Privaten bei der Bank unterhalten. Sie betragen jetzt ungefähr das Dreifache des Normalstandes und setzen sich in der Hauptsache aus den Reserven der großen Kreditinstitute zusammen. Mit ihrer Hilfe kann die Bank ihre Leihtätigkeit in einem früher nie gekannten Maßstabe fortsetzen, ohne an die Grenze ihres so kleinen Notenkontingents zu kommen. Ende September hat sich sogar bereits wieder die übliche Ueberdeckung der Noten eingestellt. Die Deckung der Totalverbindlichkeiten der Bank (22,81 %) nimmt sich allerdings noch immer dürftig aus, was aber angesichts des enormen Anwachsens der Einzahlungen seitens der Privaten nicht überraschen kann.

Die Ziffern der äußeren Goldbewegung bei der Bank von England sind — nach verschiedenen Quellen zusammengestellt — im September die folgenden gewesen:

Eingang.		Ausgang.		Saldo
1.— 5. September	967 000 £			+ 967 000 £
7.—12. „	4 587 000 „	3 000 000 £	an das Schatzamt u. d. ind. Reserve	+ 1 587 000 „
14.—19. „	2 667 000 „	500 000 „		+ 2 167 000 „
21.—26. „	2 513 000 „	500 000 „		+ 2 013 000 „
28.—30. „	607 000 „	500 000 „		+ 107 000 „
	11 341 000 £	4 500 000 £		+ 6 841 000 £

Die Umsätze des Londoner Clearinghauses haben sich, nachdem sie Mitte August bis auf die Hälfte des Normalen zurückgegangen waren, wieder etwas gehoben und machen Ende September etwa zwei Drittel des gewohnten Umsatzes aus. Die Ziffern lauten (in Mill. £):

August					
1912		1913		1914	
1. 8.— 7. 8.	287	31. 7.— 6. 8.	305	30. 7.— 5. 8.	162
8. 8.—14. 8.	315	7. 8.—13. 8.	275	6. 8.—12. 8.	187
15. 8.—21. 8.	277	14. 8.—20. 8.	315	13. 8.—26. 8.	150
22. 8.—28. 8.	235	21. 8.—27. 8.	255		
1. 8.—28. 8.	1 114	31. 7.—27. 8.	1 150	30. 7.—26. 8.	499
1. 1.— 1. 8.	9 283	1. 1.—30. 7.	9 690	1. 1.—29. 7.	10 130
1. 1.—28. 8.	10 397	1. 1.—27. 8.	10 840	1. 1.—26. 8.	10 629

Digitized by Google

September					
1912		1913		1914	
29. 8.— 4. 9.	341	28. 8.— 3. 9.	325	27. 8.— 9. 9.	323
5. 9.—11. 9.	229	4. 9.—10. 9.	270	10. 9.—16. 9.	180
12. 9.—18. 9.	313	11. 9.—17. 9.	287	17. 9.—23. 9.	185
19. 9.—25. 9.	243	18. 9.—24. 9.	256	24. 9.—30. 9	?
29. 8.—25. 9.	1 126	28. 8.—24. 9.	1 138	27. 8.—30. 9.	?
1. 1.—28. 8.	10 398	1. 1.—27. 8.	10 841	1. 1.—26. 8.	10 629
1. 1.—25. 9.	11 524	1. 1.—24. 9.	11 979	1. 1.—30. 9.	?

Ein Pariser Geldmarkt hat während des September nicht existiert. Das Anrücken der deutschen Heere bis dicht vor Paris hat nicht nur jeden regelmäßigen Geldverkehr unterbunden, sondern auch zur Folge gehabt, daß die meisten Banken an den neuen Sitz der Regierung, Bordeaux, übersiedelten. Ein offizieller Geldmarkt hat sich aber auch hier nicht entwickelt. Die Banken, die durch das Moratorium und den Börsenschluß zur Untätigkeit verurteilt sind und die ihnen obliegende Kreditfunktion der Bank von Frankreich überlassen haben, machen nur kleine Umsätze zu Zinsbedingungen, die von Fall zu Fall verschieden sind, nicht bekanntgegeben werden, sich aber auf mäßiger Höhe halten. Da das Moratorium den Bank- und Sparkassengläubigern die Verfügung über den größten Teil ihrer Guthaben entzieht, kann die französische Regierung es nicht wagen, mit einer Kriegsanleihe an den Markt zu kommen. Sie hat sich zunächst mit den Noten der Bank von Frankreich geholfen und, um sich im Auslande Guthaben zur Bezahlung ihrer Kriegseinfuhr zu schaffen, 2 Mill. £ 5 proz. Schatzscheine nach London begeben. Seit Mitte September bietet sie auch in Frankreich selbst Schatzscheine („Bons der nationalen Verteidigung") an. Die Regierung hat ferner den Banken untersagt, Dividenden auszuschütten, wodurch die Bankaktionäre vor den Gläubigern bevorzugt werden würden; zunächst ist nur der Crédit Lyonnais von dem Verbot betroffen worden. Die Bank von Frankreich hat, wie bereits im vorigen Heft erwähnt, ihre Barbestände außerhalb Paris in Sicherheit gebracht; wohin, hat sie aus guten Gründen nicht bekanntgegeben, doch dürfte das meiste in Bordeaux liegen. Der Transport der mehr als 1 Mill. kg Gold und rund 1½ Mill. kg Silber usw. wurde mittels 132 Eisenbahnwaggons bewältigt. Ausweise hat die Bank seit dem 29. Juli nicht mehr veröffentlicht. Der Finanzminister hat aber die Mitteilung gemacht, daß der Metallbestand sich am 1. Oktober auf 4412 Mill. Fr., davon 4093 Mill. Francs Gold belaufe, der Notenumlauf 9299 und der Wechselbestand 4476 Mill. Fr. ausgemacht habe. Sonach betrug die Bardeckung der Noten nur noch 47,4 % gegen 71,3 % am 29. Juli und 80,2 % am 22. Juli.

Der Wiener Geldmarkt hat im September gleichfalls nicht funktioniert, schon des — inzwischen etwas gemilderten —

Digitized by Google

Moratoriums wegen. Soweit Geld gegeben und genommen wurde, hielten sich die Zinssätze weit unterhalb des Bankdiskonts (6%). Da die Oesterreichisch-Ungarische Bank zwar Noten, und dies in großem Maßstabe, aber keine Zahlungsmittel im Auslande zur Verfügung stellen konnte, hat sich in der habsburgischen Monarchie ein Goldagio von rund 10 % herausgebildet, das den Staat und die großen Gesellschaften (so z. B. die Südbahn-Gesellschaft) zwingt, ihre Zinsen ausschließlich in Kronen zu bezahlen, was für die auswärtigen Gläubiger eine erhebliche Einbuße bedeutet.

In New York hat sich die Panik allmählich gelegt. Das Aufgeld, das auch im September noch für Sterling-Wechsel bezahlt werden mußte, betrug nur noch 3 bis 5%, und der sogenannte „Goldpool" der Banken ist bemüht, das Agio weiter herunterzudrücken. Die Absicht dieses Pools, 100 Mill. $ Gold für die Ausfuhr bereitzustellen, und so Guthaben in London zu schaffen, auf die trassiert werden kann, ist bisher allerdings nur teilweise gelungen. Er hat bis Ende September 10 Mill. $ zusammengebracht und großenteils zugunsten englischer Häuser nach Ottava geschickt. Das hohe Agio, das Anfang August für Sterling-Wechsel gezahlt werden mußte, wird noch ein interessantes Nachspiel in Gestalt eines Prozesses haben, den die Guaranty Trust Co. gegen den Norddeutschen Lloyd angestrengt hat, weil die „Kronprizessin Cecilie" Gold, daß ihr für London und Paris übergeben worden war, nicht abgeliefert, sondern nach Kriegsausbruch wieder nach Amerika zurückgebracht hatte. Im Inlandsverkehr tun Clearinghaus-Zertifikate und Notstandsnoten (bis Ende September waren von letzteren ca. 325 Mill $ ausgegeben) ihre Schuldigkeit. Die Geldsätze sind auf ca. 6% für gute Handelswechsel sowie für tägliches Geld zurückgegangen. Bei den New-Yorker Clearinghaus-Banken (einschließlich Trust-Comp.) ist das Defizit, d. h. die Unterdeckung der Depositen, die eigentlich mit 25% in bar gedeckt sein sollen, allmählich wieder zurückgegangen. Es beträgt Anfang Oktober nur noch 18 Mill. $ gegen ca. 38 Mill. $ Anfang September. Die Ausweise lauten in der neuerdings abgeänderten Form (in Mill. $):

	15. Aug.	22. Aug.	29. Aug.	5. Sept.	12. Sept.	19. Sept
Darlehen	2120,0	2129,0	2127,7	2137,0	2163,0	2230,3
Depositen	1912,7	1912,6	1902,7	1902,4	1920,3	1984,2
Barbest. u. Leg.-Tenders	383,7	387,5	394,2	391,0	397,4	408,8
Notenumlauf	74,0	88,5	103,2	114,4	124,5	129,7
Reserve	—48,0	—42,7	—33,9	—37,1	—35,1	—38,4

Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken lassen sich zum Teil nicht genau ermitteln. Soweit sie bekannt geworden sind, lauteten sie Ende September: Deutsche Reichsbank 6, Bank von England 5, Bank von Frankreich 5, Oesterr.-

Digitized by Google

Ungarn 6, Banca d'Italia 6, Russ. Reichsbank 6, Bank von Spanien 4½, Bank von Portugal 5½, Schweiz. Nationalbank 5, Schwed. Reichsbank 6, Bank von Norwegen 5½, Niederländ. Bank 5, Nationalbank von Dänemark 6, Nationalbank von Belgien 7%.

Nachstehend die Hauptziffern aus den September-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken, soweit solche veröffentlicht bzw. bekannt geworden sind (vgl. auch die Zahlen am Schluß des Heftes).

September-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. IX.	1580,1	39,8	—	4679,8	108,8		2418,9	4138,1	2518,2
15. „	1620,9	32,5	—	4660 5	118,9		2494,3	4053,6	2400,2
23. „	1675,8	28,7	—	4712,2	125,5		2709,0	3992,8	2288,3
30. „	1716,1	21,3	—	4755,8	30,6		2350,7	4490,9	2753,5
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
2. IX.		47,8	—		149,8	28,7	133,8	35,3	—
9. „		47,5	—		142,7	24,4	130,7	35,2	—
16. „		48,7	—		139,5	18,6	135,0	34,6	—
23. „		51,7	—		136,4	28,7	125,3	34,2	—
30. „		52,9	—		141,6	22,2	137,3	35,0	—
Bank von Frankreich.	Veröffentlichen während des Kriegs keine Ausweise.								
Oesterreichisch-Ungarische Bank.									
Russische Reichsbank.	Ausweise nicht bekannt geworden.								
Bank von Finland.									
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
10. VIII.	1093,6	86,2	83,8[1])	1196,6[2])		32,5	251,5	2086,8	823,2
20. „	1083,6	86,1	87,4[1])	1346,1[2])		83,5	321,9	2096,0	838,9
31. „	1080,2	86,7	90,4[1])	1396,5[2])		92,2	371,7	2115,0	857,7
10. IX.	1082,5	88,2	89,3[1])	1367,9[2])		53,0	420,6	2087,4	827,4
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
29. VIII.	545,5	693,7[3])	183 1[4])	392,4	547,9[4])	97,2	540,6	1997,2	574,9
5. IX.	545,6	687,8[3])	183,0	421,9	567,5[4])	87,2	552,3	2018,6	602,2
12. „	547.2	687,6[3])	181.1	420,7	560,5[4])	84,3	563,6	2013,5	597,6
19. „	547,6	690,9[3])	180,4	426,2	549,1[4])	81,3	565,4	1995,7	576,8
Bank von Portugal. Ausweise nicht bekannt geworden.									
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
5. IX.	162,2	1,6	11,6	174,9	138,2		— 29,4	445,2	269,8
12. „	160,8	2,4	9,2	172,5	142,2		— 27,6	444,8	272,4
19. „	159,7	2,9	8,1	172 3	144,9		— 32,3	441,1	270,4
26. „	157,3	2,4	6,8	171,9	149,1		— 32,7	440,8	274,3
Belgische Nationalbank. Ausweise nicht bekannt geworden.									
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
31. VIII.	215,0	7,5	—[9])	282,8	26,2		69,2	452,4	229,9
7. IX.	216,9	8,1	—[9])	277,6	22,0		83,2	446,2	221,2
15. „	220,5	9,2	—[9])	272,3	19,3		91,0	437,7	208,0
23. „	221,7	10,1	—[9])	262,4	17,3		87,2	431,8	200,0
30. „	224,3	11,7	—[9])	262,0	16,8		78,6	444,8	208,8

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
29. VIII.	103,2	52,7		168,5		70,3		270,6	114,7
5. IX.	103,3	60,7		163,0		64,0		283,2	119,2
12. „	103,3	54,6		159,2		69,9		278,3	120,4
19. „	103,3	47,7		153,0		62,7		277,0	126,0
26. „	103,4	51,1		148,5		53,7		276,4	121,9
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
7. IX.	55,5		45,2[1])	117,6		20,7		137,9	37,2
15. „	49,9		55,0[1])	113,8		22,6		133,9	29,0
22. „	48,1		47,9[1])	118,0		22,9		131,7	35,7
30. „	70,0[10])		27,1[11])	120,3		19,4		135,3	38,2
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
31. VIII.	74,7		30,2[1])	85,7[5])	48,9[6])	11,8		194,2	89,3
31. IX.	72,8		32,3[1])	74,8[5])	47,5[6])	7,1		211,3	106,2
Nationalbank von Serbien. Ausweise nicht bekannt geworden.									
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
16./29. VIII.	153,1	0,7	56,6	257,8	102,8[7])	—[8])		521,7	311,3
23.VIII./5.IX.	151,1	0,6	56,6	257,5	119,5[7])	—[8])		534,4	326,1
28. „ /10. „	153,2	0,6	56,7	255,7	123,2[7])	—[8])		543,3	332,8
6./19. „	153,3	0,6	56,8	257,8	136,3[7])	—[8])		558,1	347,4
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
31.VII./14.VIII.	Ausweise nicht bekannt geworden.								
7./20. „									
14./27. „	55,3	30,1	35,1[1])	41,0	251,5[12])	—	182,1	208,3	87,8
22.VIII./4.IX.	55,3	30,1	31,5[1])	41,2	254,4[12])	—	179,4	205,6	88,7
31. „ /13. „	55,2	30.1	31,3[1])	41,8	256,2[12])	—	175,1	205,6	89,0

*) Einschließl. Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei die ausländischen Wechsel. [2]) Ohne Kontokorrent-Debitoren, aber einschließlich der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [3]) Dabei geringe Kupferbestände. — [4]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [5]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [6]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (31. 8. 14 25,9 Mill. Kr., 30. 9. 14 25,6 Mill. Kr.) — [7]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 15 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [8]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [9]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [10]) inkl. Goldbestand im Auslande. — [11]) nur Ausl.-Wechsel. — [12]) Hiervon rund 78 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen.

Der **Berliner Geldmarkt** hat im September wieder einigermaßen funktioniert, wenn auch ein offizieller Verkehr noch nicht stattfand. Für feinste Wechsel wurden Geldsätze von 5 bis 5¼, Ende des Monats etwas mehr, für gute Handelswechsel 5½ bis 5¾%, für tägliches Geld anfangs 2 bis 2½, später 3 bis 3½ und Ende des Monats bis zu 6% genannt. Die Versteifung in den letzten Septembertagen hat weniger mit den Ultimo-Erfordernissen als mit der Vorsorge für die am 4. Oktober fällig werdende erste Einzahlung auf die Kriegsanleihe zu tun gehabt; es wurde in diesen Tagen unangenehm empfunden, daß Seehandlung und Preußenkasse kein neues Geld mehr hergaben. Die Banken haben von der ihnen seitens des Börsenvorstandes erteilten „Ermächtigung", fällig werdende Ultimogelder zurückzuzahlen, durchweg

Digitized by Google

Gebrauch gemacht. Am Hypothekenmarkt scheint die Ueberwindung des 1. Oktober dank der neugeschaffenen Möglichkeiten der Zinsgeld-Beschaffung und der Hypotheken-Beleihung nicht so schwierig gewesen zu sein, wie man befürchtet hatte. Genau zu übersehen ist die Lage aber noch nicht.

Auch im September sind offizielle Wechselkurse nicht notiert worden. Trotzdem war unverkennbar, daß Wechsel auf fast das gesamte Ausland — eine Ausnahme bildeten nur Rußland und Oesterreich — nicht zur Parität zu haben waren. Es bildete sich ein verschieden hohes Aufgeld heraus, das mit der forcierten Einfuhr von Lebensmitteln, Erzen und einzelnen Kriegsbedarf-Artikeln begründet wird. Einstweilen läßt es sich noch mit den anormalen Verhältnissen im Außenhandel entschuldigen; bei längerer Andauer würde es aber den Charakter eines Goldagios annehmen, zu dessen Beseitigung es dann kein anderes Mittel als eine Beschränkung der Ausgabe deutschen Papiergeldes gibt. Am höchsten wurden holländische Zahlungsmittel (mit über 180 statt 168 bis 169 Mark pro 100 Fl.) bewertet.

Die **Deutsche Reichsbank** hat durch den Mund ihres Präsidenten jetzt bekanntgegeben, daß sie gegen Ende September im Besitz von 2348 Mill. M. Schatzanweisungen und Schatzwechseln des Reiches gewesen ist, in dieser Höhe also zur Deckung des Kriegsbedarfs beigetragen hat. (Wir hatten den Betrag im vorigen Heft auf 2 Milliarden M. per Ende August geschätzt.) Es ergibt sich daraus, daß sich in dem Wechselportefeuille der Bank rund 2½ Milliarden M. Handels- und Bankwechsel befunden haben, was selbst gegenüber dem hohen Wechselbestande vom 30. September vorigen Jahres eine Zunahme um rund 1 Milliarde bedeutet. An öffentlichen Guthaben standen bei der Reichsbank am 26. September noch 1,2 Milliarden Mark, wovon die größere Hälfte aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Bankkredite des Reiches besteht. Der Goldbestand der Bank hat sich durch Rückflüsse aus dem Verkehr weiter erheblich stärken können; daneben haben sich die Reichs- und Darlehnskassenscheine mehr als verdoppelt, während der Bestand an Scheidemünzen auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Der Notenumlauf hat sich weiter auf 4,49 Milliarden M. erhöht, teils durch Hergabe von Noten gegen das eingelieferte Gold, teils infolge der gegen Ende des Monats wieder sehr lebhaften Wechseleinreichung der Banken. Die metallische Deckung des Umlaufs ist im letzten Monat von ca. 38% auf 39% gestiegen.

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank hat im September wieder etwas höhere Umsätze aufzuweisen; prozentual zum Vorjahr bedeuten sie aber keine Besserung. Die Ziffern lauten:

Digitized by Google

	1910	1911	1912	1913	1914
Juli	4 254,0	5 502,0	6 597,6	6 521,2	6 942,1
Aug.	4 233,7	5 119,4	5 456,8	5 218,9	2 938,5
Sept.	4 374,2	5 353,6	5 577,4	5 903,7	3 211,7

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer und den sonstigen Reichs-Umsatzsteuern sind für den August und September nicht bekanntgegeben worden.

Die **Gründungstätigkeit** bzw. die Eintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister stockt auch während des Krieges nicht ganz. Allerdings sind es fast ausschließlich Kriegskreditbanken, die im September zur Eintragung gelangt sind. Die Ziffern lauten:

10 Aktiengesellschaften mit 27 135 000 M. Kapital
53 Gesellschaften m. b. H. „ 2 867 000 „ „
zusammen 30 002 000 M. Kapital

gegen 60 882 000 M. Kapital im Sept. 1913
und 35 286 000 „ „ „ „ 1912

Die **Kapitalserhöhungen** haben im September eine starke Abnahme erfahren. Ihre Ziffern vergleichen sich wie folgt:

7 Aktiengesellschaften mit 17 775 000 M. Kapital
15 Gesellschaften m. b. H. „ 1 035 000 „ „
zusammen 18 810 000 M. Kapital

gegen 74 594 000 M. Kapital im Sept. 1913
und 26 458 000 „ „ „ „ 1912

In den ersten drei Quartalen 1914 haben die Gründungen und Kapitalserhöhungen sich folgendermaßen gestaltet:

Gründungen.

im Juli	1913:	59 916 000 M.	im Juli	1914:	37 658 000 M.
„ Aug.	1913:	35 270 000 „	„ Aug.	1914:	31 849 000 „
„ Sept.	1913:	60 882 000 „	„ Sept.	1914:	30 002 000 „
im III. Quart.	1913:	156 068 000 M.	im III. Quart.	1914:	99 509 000 M.
„ I.-II. „	1913:	291 830 000 „	„ I.-II. „	1914:	303 838 000 „
vom 1.1.-30.9	1913:	447 898 000 M.	vom 1.1.-30.9.	1914:	403 347 000 M.

Erhöhungen.

im Juli	1913:	78 897 000 M.	im Juli	1914:	19 370 000 M.
„ Aug.	1913:	24 021 000 „	„ Aug.	1914:	39 486 000 „
„ Sept.	1913:	74 594 000 „	„ Sept.	1914:	18 810 000 „
im III. Quart.	1913:	177 512 000 M.	im III. Quart.	1914:	77 666 000 M.
„ I.-II. „	1913:	267 925 000 „	„ I.-II. „	1914:	545 265 000 „
vom 1.1.-30.9.	1913:	445 437 000 M.	vom 1.1.-30.9.	1914:	622 931 000 M.

An Genossenschaftsgründungen haben im September stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
7	7	0	0	3	13
Dagegen im September 1913:					
16	3	0	3	10	74
Dagegen im September 1912:					
29	6	0	0	12	100

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im September 1914.

(Vom 1. bis 30. September im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Sept. 1913		Sept. 1914		Sept. 1913		Sept. 1914		Sept. 1913		Sept. 1914		Sept. 1913		Sept. 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	1	1 000	—	—	2	351	2	200	—	—	1	100	3	562	—	—
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	—	—	3	60	1	20	1	4 000	—	—	—	—	—	—
Steine u. Erden	3	2 800	—	—	17	1 521	4	330	5	2 950	—	—	5	747	1	520
Metalle u. Maschinen	1	1 500	1	5	39	4 033	8	422	6	22 758	2	255	15	1 011	2	25
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	10	563	—	—	—	—	—	—	5	640	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	—	—	—	—	4	441	—	—	4	2 100	—	—	3	2 030	—	—
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	7	2 851	1	20	—	—	—	—	1	40	—	—
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	2	3 750	—	—	17	1 378	4	110	4	3 330	—	—	7	1 240	—	—
Textilgewerbe	2	1 520	—	—	5	398	1	20	2	700	—	—	—	—	—	—
Papiergewerbe	—	—	—	—	6	977	—	—	2	2 000	—	—	4	80	—	—
Ledergewerbe	—	—	—	—	1	35	1	21	—	—	—	—	1	100	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	—	—	13	441	1	20	—	—	—	—	3	168	—	—
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	4	5 650	—	—	22	970	4	128	2	3 500	—	—	6	367	2	56
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	—	—	—	—	10	1 120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	2	10	—	—	12	595	5	106	—	—	—	—	2	90	1	11
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	10	797	—	—	1	100	—	—	1	20	—	—
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	1	30	—	—	64	2 641	5	100	2	675	—	—	12	6 659	3	161
Banken u. Vers.-Ges.	2	6 050	9	27 130*)	4	80	3	710	6	9 000	2	17 020	1	10	—	—
Bahnen u. Transport-Ges.	—	—	—	—	10	1 787	—	—	2	3 000	1	150	1	21	—	—
Handel (außer Banken)	1	7 500	—	—	81	5 598	8	160	—	—	—	—	8	2 680	—	—
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	2	146	1	20	—	—	1	250	3	2 280	2	137
Sonstige Gesellschaften	1	1 002	—	—	60	3 287	4	480	3	636	—	—	20	1 100	4	125
	20	30 812	10	27 135	399	30 070	53	2 867	40	54 749	7	17 775	101	19 845	15	1 035

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Septbr. 1914: 30 002 000 Mk.; im Septbr. 1913: 60 882 000 Mk.

Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 18 810 000 „ „ „ 1913: 74 594 000 „

Gesamtanspruch im Septbr. 1914: 48 812 000 Mk.; im Septbr. 1913: 135 476 000 Mk.

*) Hierunter befindet sich die „Kriegskreditbank für Großberlin", die mit 0,1 Mill. M. Kap. gegründet und im selben Monat durch Kap.-Erhöhung auf 17 000 000 M. gebracht worden ist. Der Betrag von 16,9 Mill. M. figuriert daher unter Kapitalserhöhungen.

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im III. Quartal 1914.

(Vom 1. 7. bis 30. 9. im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	III. Quart. 1913		III. Quart. 1914		III. Quart. 1913		III. Quart. 1914		III. Quart. 1913		III. Quart. 1914		III. Quart. 1913		III. Quart. 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	2	3 100	1	2 000	9	1 248	9	2 747	—	—	2	1 100	5	725	3	229
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	—	—	12	1 072	1	20	5	10 695	—	—	4	406	2	950
Steine u. Erden	5	5 400	2	1 125	62	10 645	26	2 173	9	3 651	2	460	11	1 000	6	610
Metalle u. Maschinen	3	4 074	6	10 105	112	7 992	53	4 746	17	38 612	7	1 442	40	4 444	13	670
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	27	1 496	4	198	1	1 000	—	—	9	2 125	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	1	2 800	—	—	9	969	5	200	8	21 505	2	22 100	6	2 630	1	140
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	19	5 736	6	495	1	10 250	—	—	2	41	1	600
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	3	3 760	2	1 493	48	5 130	22	3 901	11	11 471	3	5 780	14	2 227	7	6 210
Textilgewerbe	6	5 505	—	—	21	8 961	14	542	6	3 859	—	—	2	90	—	—
Papiergewerbe	—	—	—	—	13	2 142	5	270	4	2 900	—	—	5	380	1	400
Ledergewerbe	—	—	—	—	4	175	1	21	1	500	—	—	4	327	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	1	2 000	31	1 998	11	1 300	—	—	1	300	7	676	2	270
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	6	6 218	2	180	61	3 819	15	1 061	12	8 338	5	3 449	15	1 482	4	96
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	1	100	—	—	21	2 903	2	48	—	—	1	58	—	—	1	25
Beherb.- u. Erquickungsgew.	2	10	—	—	36	1 389	20	755	—	—	2	332	7	250	3	129
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	25	1 919	11	617	2	460	1	400	2	45	5	192
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	7	4 696	1	800	152	8 861	30	1 597	2	675	—	—	17	6 799	7	302
Banken u. Vers.-Ges.	4	8 060	10	42 980	90	1 640	10	960	12	19 050	5	26 520	2	25	2	46
Bahnen u. Transport-Ges.	3	2 548	2	4 333	30	7 119	11	878	7	8 700	2	950	6	288	1	60
Handel (außer Banken)	2	8 500	2	3 160	220	13 732	96	6 314	—	—	—	—	25	6 418	9	656
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	8	767	2	41	—	—	3	1 358	6	2 295	8	409
Sonstige Gesellschaften	3	1 748	1	200	152	9 845	42	2 249	3	636	1	700	44	2 537	19	823
im III. Quartal	48	56 519	30	68 376	1162	99 549	396	31 133	101	142 302	37	64 949	233	35 210	95	12 817
dazu im I. Semester	92	119 865	68	214 679	2180	171 965	1205	89 159	190	210 587	154	510 648	530	57 338	340	34 617
demnach im I.-III. Quartal	140	176 384	98	283 055	3312	271 514	1601	120 292	291	352 889	191	575 597	763	92 548	435	47 434

Gründungen v. Akt.-Ges. u. Gesellsch. m. b. H. im I.-III. Quart. 1914: 403 347 000 Mk., im I.-III. Quart. 1913: 447 898 000 Mk.,

Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 622 931 000 „ „ „ „ 1913: 445 437 000 „

Gesamtanspruch im I.-III. Quart. 1914: 1 026 278 000 Mk., im I.-III. Quart. 1913: 893 335 000 Mk.

Digitized by Google

Insgesamt sind also gegründet worden:

Sept. 1914:	10	Genossenschaften	m. unb. H.	u.	20	Genossenschaften	m. b. H
„ 1913:	26	„	„ „	„ „	80	„	„ „ „
„ 1912:	41	„	„ „	„ „	106	„	„ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im September 5 oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	49	in Leipzig	6
„ Frankfurt a. M.	5	„ Liegnitz	10
„ Hamburg	15	„ München	9

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im September 1914:

268 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften eingetragen.

Die deutschen Banken im September 1914.

Reichsbank. Der Clearingverkehr beträgt im August 2938 (i. V. 5219). im September 3212 (i. V. 5904) Mill. M. Aus den Ausführungen des Präsidenten Havenstein in der Zentralausschußsitzung am 29. September geht hervor, daß die Bank an Reichswechseln am 15. August etwa 1446 Mill. M. und am 26. September etwa 2348 Mill. M. auswies. Dem standen gegen Ende September etwa 1200 Mill. M. öffentliche Guthaben gegenüber. Die Reichsdarlehnskassen erweitern die Beleihungsgrenze für sämtliche Schuldverschreibungen des Reiches und der Bundesstaaten bis zu 75 %. Um dem besonders in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch fühlbaren Mangel an kleinen Geldzeichen abzuhelfen, werden die Silberausprägungen wesentlich vermehrt und auch Darlehnskassenscheine von 2 und 1 M. ausgegeben. Die Bank wird bei solchen, dem Bezogenen schon einmal vorgelegten Wechseln, für die eine Verlängerung der Protestfrist in Anspruch genommen ist, ohne nochmalige Vorzeigung von dem Schuldner zwecks Vermeidung des Protestes den Betrag zuzüglich 6 % Zinsen für 30 Tage einfordern. Emittiert im Auftrage des Reichs 1 Milliarde M. Reichsschatzanweisungen sowie einen unbegrenzten Betrag Reichsanleihe zu 97,50 %. In der (geschlossenen) Reichsbankhauptstelle Mülhausen werden bei dem Einfall der Franzosen große Verheerungen angerichtet. Die Filiale Memel, die ihre Schalter fast zwei Monate geschlossen hatte, nimmt Ende September ihren vollen Betrieb wieder auf. Das Mitglied des Direktoriums von Lumm geht nach Brüssel, um in der belgischen Zivilverwaltung tätig zu sein.

Seehandlung. Hält als Staatsbank ihre Gelder zur Verfügung der preußischen Finanzverwaltung, der die regelmäßigen Eisenbahneinnahmen fehlen, und zieht daher die an die Banken Ende September ausgeliehenen Beträge, die sie schon im Vormonat nach Möglichkeit verringert hatte, bei Fälligwerden aus dem Markte.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Gewährt der neugegründeten Handwerk-Centralkasse die im Septemberheft erwähnten Erleichterungen und wird ebenso einer in Vorbereitung befindlichen Kleinhandelskasse zur Seite stehen. Prolongiert die von ihr gegebenen Ultimogelder bis Ultimo Oktober zu 6¾ %, nimmt aber seit Ende September keine neuen Ausleihungen vor, da die ihr angeschlossenen Genossenschafts- und Sparkassen sie stark in Anspruch nehmen.

Digitized by Google

Kriegskreditinstitute. Außer den im Septemberheft erwähnten Hilfsinstituten werden noch gegründet: Kriegskreditkasse Bremen, Kapital 6 Mill. M., davon Beteiligung des Staates 2 Mill. M. — Kriegskreditbank für den Bezirk Leipzig A.-G., Kapital 4 (nicht 7) Mill. M., Haftsumme der Stadt und der Handelskammer je 2 Mill. M. — Württembergische Kriegskreditbank A.-G., Kapital 2,5 Mill. M. — Kriegskreditbank für Lübeck, Kapital 1,5 Mill. M. — Kriegskreditbank Elberfeld A.-G., Kapital 1,2 Mill. M. — Solingen, Kapital 1 Mill. M. — Kriegskreditbank für das Herzogtum Braunschweig A.-G., Kapital 1 Mill. M. — Kriegskreditbank für Anhalt A.-G., Kapital 0.75 Mill. M. — Kriegskreditbank für Halle A.-G., Kapital 0,75 Mill. M. — Kriegsdarlehnskasse der Stadt Schöneberg, Kapital 0.4 Mill. Mark. — Kriegskreditbank für den Regierungsbezirk Bromberg, Kapital 0,36 Mill. M. — Kriegsdarlehnskasse der Stadt Hildesheim, Kapital 0.2 Mill. M. — Osnabrücker Kriegskreditbank. Kap. 0,3 Mill. M. — Ferner werden errichtet von den im Septemberheft als geplant erwähnten: Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen, Kapital 10 Mill. Mark, Bürgschaft der Handels- und Gewerbekammern und größeren Städte 10 Mill. M. — Kriegskreditbank Nürnberg-Fürth, Kapital 2 Mill. M. — Kriegskreditbank für das Herzogtum Sachsen-Meiningen, Kapital 0,75 Mill. M. — Kriegskreditbank Augsburg, Kapital 0,6 Mill. M. — Kriegskreditkasse Mainz und Oppenheim, Genossenschaft m. b. H., Kapital 0.4 Mill. M. — Ferner gegründet: Bank deutscher Versicherungsgesellschaften A.-G., Berlin, Kapital 10 Mill. M., für Darlehen auf Policen. — Kriegsmetall A.-G., Kapital 6 Mill. M. — Hilfskasse für Gewerbetreibende, insbes. Detaillisten und Handwerker, Hamburg, Kapital 5 Mill. M., davon Beteiligung des Staates 2 Mill. M. — Berliner Kriegsbeleihungskasse für nachstellige Hypotheken A.-G., Kapital 1 Mill. M. — Weiter geplant sind: Kriegskreditbank für das Großherzogtum Sachsen, für die Städte Hamburg, Königsberg und Altenburg, sowie eine Kriegstransport-Versicherungsgesellschaft, Hamburg, Kapital 25 Mill. M. — Vergleiche noch Schwarzburgische Landesbank, Hilfsbank in Pforzheim, sowie unter Preußische Central-Genossenschaftskasse.

Disconto-Gesellschaft. Der in der Halbjahrssitzung vorgelegte Abschluß weist eine weitere Ausdehnung des Geschäftsverkehrs und gegen das Vorjahr erheblich gesteigerte Gewinnziffern auf. Die Bank richtet während der Dauer des Krieges eine (unentgeltliche) Beratungsstelle in Vermögensangelegenheiten für Frauen ein. Siehe auch A. Schaaffhausen'scher Bankverein.

Deutsche Bank. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Excellenz Herz, stirbt. In einer Sitzung des Aufsichtsrates wird berichtet, daß die Bank dank ihrer starken Reserven und dank der Liquidität ihrer Aktiven sich den Erfordernissen des Kriegszustandes vollkommen gewachsen zeige. Die starke Hilfeleistung der Reichsbank wird nicht erwähnt. Die Bank fordert Submissionsofferten von rund 1,2 Mill. M. 4½ proz. Chilenische Anleihe von 1906 ein, da die Tilgung durch Rückkauf an der Börse zurzeit nicht möglich ist. Der Konkursverwalter der W. Wertheim G. m. b. H. berichtet, daß die vorrechtslosen Forderungen sich auf 49 Mill. M. belaufen, von denen 43½ Mill. M. bestritten werden. In den Gläubigerausschuß wird der Vertrauensmann der Bank Sachs gewählt. Die Niederlassung in Brüssel erhält ihren Betrieb aufrecht. Ueber den Zinsendienst der 4 proz. unifizierten türkischen Staatsanleihe siehe Bleichröder.

Dresdner Bank. In der Halbjahrssitzung wird das Ergebnis als

Digitized by Google

recht günstig und die derzeitige Lage der Bank trotz des Krieges als gut bezeichnet. Die Sanierung der A.-G. Metzeler & Co. ist mit Unterstützung der Bank nunmehr durchgeführt.

Darmstädter Bank. Errichtet, da die Bankfirma Fuld & Co., bei der sie mit 0,4 Mill. M. kommanditarisch beteiligt ist, unter Geschäftsaufsicht kommt, eine Zweigstelle in Pforzheim. Siehe auch Hilfsbank und Pforzheimer Bankverein.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Die Frist für den Umtausch der Aktien des Institutes in Disconto-Kommandit-Anteile wird bis 15. Oktober verlängert. Dr. Solmsen, der von der Disconto-Gesellschaft in die Kölner Verwaltung eingetreten ist, wird neu in den Aufsichtsrat der Vereinigten Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten A.-G. (Dividende 8, i. V. 12 %) gewählt.

Von den übrigen Berliner Großbanken liegen Nachrichten aus dem September nicht vor.

Bank des Berliner Kassenvereins. Der Verein für die Interessen der Fondsbörse zu Berlin schlägt seinen Mitgliedern vor, für die Abnahme der am Ultimo bei der Rückzahlung von Darlehen, wie Ultimogeldern, zu empfangenden Effekten, die sofort anderweitig lombardiert werden sollen, sich der Vermittlung des Kassenvereins zu bedienen. Dadurch werde vermieden, daß für die Effektenposten der Gegenwert zunächst bezahlt werden müsse.

Bank für Grundbesitz und Handel, Berlin. Aufsichtsratsmitglied Bergmann scheidet aus.

Bank für industrielle Unternehmungen in Liquidation, Frankfurt. Zahlt eine weitere Abschlagsquote von 15 % (bisher 25 %).

Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Beteiligt sich mit einem größeren Betrage an der Kriegskreditbank für das Herzogtum Meiningen.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Setzt die Verkaufskurse ihrer sämtlichen 4 proz. Pfandbriefe, die sie auf 91½ % ermäßigt hatte, auf 93½ % herauf.

Bayerische Vereinsbank, München. Errichtet in Weiden eine Zweigniederlassung. (Siehe Bayerische Disconto- und Wechselbank im Maiheft.)

S. Bleichröder, Berlin. Löst (ebenso wie die Deutsche Bank) die Zinsscheine der Türkischen 4 proz. unifizierten Staatsanleihe nur ein, wenn die Einreicher eine Erklärung abgeben, daß die dazugehörigen Stücke sich in Deutschland befinden.

Coblenzer Bank. Aus dem Reingewinn von 0,13 (i. V. 0,11) Millionen M. werden wegen des Krieges nur 5 (i. V. 7) % verteilt.

Deutsch-Asiatische Bank, Berlin. Die Niederlassungen in Hongkong und Kalkutta sind unter englische Regierungsaufsicht gestellt worden. Die Niederlassung Yokohama arbeitet angeblich ungestört weiter.

Deutsche Orientbank, Berlin. Hält im Gegensatz zu den meisten anderen Banken in der Türkei die Schalter dauernd geöffnet. In Aegypten sind bei Beginn des Krieges die Kassen vorübergehend geschlossen gewesen (siehe Septemberheft).

Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin. Das Vorstandsmitglied Uhlemann scheidet aus.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Beantragt für 2 Mill. M. neue Aktien des Vereins Deutscher Oelfabriken in Mannheim, in deren Aufsichtsrat Direktor Wormser tritt (Dividende von 10 auf 5 % gesunken) die Zulassung zur Frankfurter Börse nach deren Wiedereröffnung.

Digitized by Google

Essener Creditanstalt. In der Halbjahrssitzung wird das Ergebnis als befriedigend bezeichnet. Die großen Abhebungen bei Kriegsausbruch seien von starken Rückflüssen abgelöst worden.

Hilfsbank, Pforzheim. Wird als Aktiengesellschaft mit 1 Mill. Mark Kapital (25 % eingezahlt) errichtet, das die Rheinische Creditbank und die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft je zur Hälfte übernehmen. Die Bank soll dem Pforzheimer Bijouterie-Geschäft und den ihm nahestehenden stark bedrohten Banken Hilfe bringen. Auch der Darmstädter Bank (siehe diese) war die Beteiligung angeboten worden. Gegenüber dem Pforzheimer Bankverein erklären sich die übernehmenden Banken zu einer späteren Option zur Herbeiführung einer Fusion bereit. In Pforzheim wird ein Garantiefonds von 1 Mill. Mark aufgebracht. Die Reichsbank wird für 8 Mill. M. Wechsel hereinnehmen. An die Spitze des zwölfgliedrigen Aufsichtsrates soll Oberbürgermeister Habermehl treten.

Landwirtschaftliche Bank der Provinz Pommern, Stettin. Ist durch jahrelange Fälschungen, besonders auf Reichsbankgirokonto, seitens ihres ersten Kassierers um 0,41 Mill. M. geschädigt worden.

Landwirtschaftliche Central-Darlehenskasse für Deutschland, Berlin (früher Neuwied). Errichtet in Berlin eine Kriegsgeschäftsstelle für die Mitglieder der ihr angeschlossenen östlichen Kreditgenossenschaften.

Märkische Bank, Bochum. Hebt ihre Zweigniederlassung in Recklinghausen auf.

Mendelssohn & Co., Berlin. Die bei dem Hause ruhenden Guthaben russischer Privatbahnen reichen aus, um die bis zum September fällig gewordenen Coupons zu bezahlen. Fraglich ist jedoch, ob für die Einlösung der späteren Fälligkeiten genug übrig bleiben wird. Das Haus zeichnet 15 Mill. M. Kriegsanleihe.

Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg. Erwirbt die in Konkurs befindlichen Dampfmühlenwerke A. Oppenheim & Co. in Hamburg für 0.61 Mill. M., um eine von ihr gewährte Hypothek zu retten.

Niederdeutsche Bank, Dortmund. In der Regreßklage des Konkursverwalters gegen den früheren Aufsichtsrat über 1.1 Mill. M. tritt wieder Vertagung ein.

Norddeutsche Bank, Hamburg. Die der Bank nahestehende Hammonia Stearin-Fabrik schlägt wieder 7 % Dividende vor.

Oldenburgische Landesbank. Direktor Sparke wird in den Aufsichtsrat des Elsflether Bankvereins gewählt.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen. Nimmt in einer Reihe der infolge des russischen Einbruchs geschlossenen Niederlassungen in Ost- und Westpreußen den Betrieb wieder auf.

Osnabrücker Bank. Errichtet eine Niederlassung in Papenburg.

Pforzheimer Bankverein. Kommt unter Geschäftsaufsicht, bestehend aus einem fünfgliedrigen Kollegium unter Vorsitz des Reichsbankdirektors Pohl. Das gleiche geschieht der Bankfirma Fuld & Co., Pforzheim, bei der der Pforzheimer Bankverein mit 0.5 Mill. M. und die Darmstädter Bank mit 0.4 Mill. M. kommanditarisch beteiligt sind. Siehe Hilfsbank, Pforzheim.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Reklamiert im Konkurse Sulzberger & Sohn G. m. b. H. in Bruchsal die ihr abgetretenen Warenbestände, so daß nur noch etwa 0.24 Mill. M. Aktiva für die Gläubiger bleiben. Da die Bank die ihr verpfändeten Warenbestände und Buchforderungen reklamiert hat, verbleiben den Gläubigern nur ca. 0.24 Mill. M. Die Passiven betragen ca. 900 000 M., wobei die voll belasteten Grundstücke nicht berücksichtigt sind. Siehe auch Hilfsbank, Pforzheim.

Digitized by Google

Rheinisch-Westfälische Diskonto-Gesellschaft, Aachen. Nimmt den wegen des Kriegsausbruches vertagten Plan der Angliederung des Westdeutschen Bankvereins wieder auf; er soll der außerordentlichen Generalversammlung des letzteren am 17. Oktober vorgelegt werden.

Rostocker Bank. Ueber eine Schadenersatzforderung von 0.3 Mill. Mark der Vereinigten Tabakindustriee A.-G. an die Bank schwebt ein Prozeß. (Vgl. Januarheft 1913.)

Sächsische Bank. Setzt den Diskontsatz am 3. September auf 6½ % herab.

Schwarzburgische Landesbank, Sondershausen. Die Regierungen von Schwarzburg-Rudolstadt und -Sondershausen schließen zur Deckung des Kreditbedarfes mit der Bank einen Vertrag ab, wonach die Bank als Kriegsdarlehnskasse Realkredit bis zu je 50000 M. gegen Waren-Lombard und Personalkredit, bis zu je 3000 M. gegen Wechsel und Bürgschaft gibt.

Süddeutsche Bodencreditbank, München. Das Vorstandsmitglied Kommerzienrat Wilhelm Berntheisel ist gestorben.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Siehe Hilfsbank, Pforzheim.

Thüringische Landesbank, Weimar. Erklärt sich bereit, den Saalschen Gläubigern (siehe Zahlungseinstellungen im Septemberheft) Vorschüsse auf ihre Guthaben zu gewähren.

M. M. Warburg & Co., Hamburg. Das Haus wird unter den Firmen genannt, die nach dem Kriegsausbruch spekulativen Massenkauf in Getreide vorgenommen haben, bestreitet jedoch energisch die Richtigkeit dieser Behauptung.

Westdeutscher Bankverein, Hagen i. W. Aufsichtsratsmitglied David scheidet aus. Siehe auch Rheinisch-Westfälische Diskonto-Gesellschaft.

Zahlungseinstellungen usw. Bank für industrielle Unternehmungen, Niederdeutsche Bank und Pforzheimer Bankverein siehe oben. — Die Bankfirma Fuld & Co., Pforzheim, vgl. unter Pforzheimer Bankverein. — Der Liquidator der Greb & Frühauf, Bank G. m. b. H., Pforzheim, erklärt eine Ausschüttung (erwartete Quote 40 %) für unmöglich. — Der Konkurs des Münchener Bankiers Böß1 wird nach Ausschüttung von insgesamt 4 % aufgehoben. — Bei der insolventen Bankfirma Friedr. Friedl & Co., Augsburg, und bei Föckersperger & Frank steht annähernd volle Befriedigung der Gläubiger, bei der Hamburger Gewerbebank e. G. m. b. H. in Konkurs 50—60 % Dividende (Aktiva 2,1 Mill. M.), bei Wulkow, Berlin (Aktiva 0,06 Mill. M.) etwa 4,8 %, bei Schumann & Co., Berlin (Aktiva 0,05 Mill. M.) etwa 5 %, bei Wilhelm Schmitz, Hannover (Aktiva 0,06 Mill. M.) etwa 7 % zu erwarten. — Bei Curt Landsberg, Berlin, werden (gemäß außergerichtlichem Vergleich) 15 % sofort bezahlt, weitere 5 % sind von Verwandten garantiert, aus der Masse werden noch 3 % erwartet. — Im Konkurse Konrad Hoerlein, Würzburg, betragen die Passiva etwa 0,4 Mill. M. bei sehr ungünstigen Aussichten für die Gläubiger. — Bei der Pius Spar- und Darlehnskasse, Köln-Mülheim, sind die Schwierigkeiten durch Unterschlagungen von mehr als 0.3 Mill. M. seitens des Geschäftsführers hervorgerufen (Aktiva 0.7, Passiva 1.7 Mill. M.). — Die Bankfirma Kerstens & Koerner, Stade, geht mit 2.75 Mill. Mark Passiven und angeblich 2,25 Mill. M. Aktiven in Konkurs. — Die Friedrichsberger Bank e. G. m. b. H. (Aktiva 28 Mill. Mark und ebenso hohe Passiva, von denen 20 Mill. M. auf Spar-, Depositen- und Scheckkonto), die Papenburger Bank und die

Digitized by Google

Bankfirma Wilhelm Sieber, Jena, kommen unter Geschäftsaufsicht. — Der Bankier Schuller in Firma Joseph Pummerer, Passau, verübt Selbstmord. — In Konkurs gehen weiterhin: Deutsche Creditbank, Friedenau, Uhl & Co., Augsburg, Heinrich Beck, Wertheim, Johannes Friedr. Wilh. Hache, Dresden.

Die ausländischen Banken im III. Quartal 1914.

I. Oesterreich-Ungarn.

Oesterreichisch-Ungarische Bank. Sendet zur Verstärkung ihrer Auslandsguthaben bzw. ihres Devisenbestandes im Juli erhebliche Mengen Gold nach dem Ausland, besonders an die Bank von Frankreich. Anfang August (kurz nach Kriegsausbruch) wird die Regierung ermächtigt, „außerordentliche Maßnahmen wegen der Geschäftsführung der Bank zu treffen und zu diesem Zwecke Abweichungen von dem geltenden Bankstatut zu verfügen". In der Hauptsache bedeutet dies die Aufhebung der bisherigen Zweifünftel-Metalldeckung. Die Suspendierung der Deckungsvorschriften ist in der Geschichte der Bank dreimal, nämlich in den Jahren 1859, 1866 und 1873 erfolgt. Von der zweiten Augusthälfte an werden Zweikronen-Noten (bisherige kleinste Note 10 Kronen) ausgegeben. Die Veröffentlichung von Ausweisen unterbleibt seit dem 23. Juli. Der Diskontsatz wird am 28. Juli von 4 auf 5, am 31. auf 6, am 4. August auf 8% erhöht und am 21. August wieder auf 6% herabgesetzt. Gegen Ende September werden gemäß Uebereinkommen mit den beiden Finanzverwaltungen Kriegs-Darlehnskassen nach deutschem Muster errichtet, zunächst in Wien, Budapest und (für Zucker) in Prag. Die von den Darlehnskassen ausgegebenen, für Oesterreich auf 500, für Ungarn auf 290 Mill. Kronen begrenzten Kassenscheine haben keinen Zwangskurs, werden aber von allen Staatskassen in Zahlung genommen. Die Bank eröffnet eine mit der Filiale Eger (Ungarn) korrespondierende Banknebenstelle in Hatvan. Die Filiale Krakau, die erst nach Wien übersiedeln sollte, nimmt gegen Ende September ihren unterbrochenen Betrieb wieder auf. Siehe auch Niederösterr. Kriegskreditbank.

Währung. Die Steigerung der Wechselkurse, die gegen Ende September bis zu 10% Agio bedingen, erregt Unruhe und läßt bei den Wiener Banken den Gedanken an eine gemeinsame Aktion entstehen. Auch wird vorgeschlagen, für Markdevisen Maximalkurse (!) festzusetzen. Hundertmarknoten kosten gegen Ende September 126 Kr. (Parität 117,56).

Moratorium. Am 1. August wird ein Moratorium mit zunächst vierzehntägiger Gültigkeit erlassen. Die Banken sind danach nur gehalten, jedem Einleger bis zu 200 Kr. auszuzahlen, erhöhten aber freiwillig die Grenze auf 400 Kr. und 3% der Guthaben. Das Moratorium wird dann bis Ende September verlängert, gleichzeitig aber langsam abgebaut. Es wird z. B. beseitigt für Forderungen aus Pachtverträgen, aus Pfandbriefen und sonstigen zur Anlage von Mündelgeldern zugelassenen Schuldverschreibungen, aus Versicherungsverträgen usw. Auch die Verpflichtungen aus Hypothekarforderungen fallen nicht unter das Moratorium, damit die Hypothekenbanken zur Einhaltung ihrer Zahlungspflichten imstande sind. Bei der Verlängerung des Moratoriums über den September hinaus erfolgen weitere Einschränkungen; in Oesterreich sollen 25%, in Ungarn 10% jeder befristeten Forderung Mitte Oktober fällig werden.

Geschäftsaufsicht. Nach deutschem Muster wird vom 19. September ab die Geschäftsaufsicht an Stelle des Konkurses eingeführt, um den Zusammenbruch von Unternehmungen, die durch den Krieg in Schwierigkeiten geraten sind, zu vermeiden.

Niederösterreichische Kriegskreditbank, Wien. Wird gegen Ende September zur Vermittlung von Akzept- und Lombard-

Digitized by Google

kredit an die mittlere und kleine Geschäftswelt Niederösterreichs mit 6 Mill. Kr. Kapital (40% eingezahlt), von dem Wiener Banken und Großindustrie je eine Hälfte aufbringen, gegründet. Eine Garantie für Ausfälle in Höhe von 4 Mill. Kr. übernehmen die Stadt Wien und die Niederösterreichische Handelskammer. Letztere fungiert als Konzessionärin. Der von der Oesterreichisch-Ungarischen Bank zu gewährende Diskontkredit soll bis zu 32 Mill. Kr. betragen. Die Bank ist nicht, wie zuerst beabsichtigt, dem Wiener Giro- und Kassenverein angeschlossen.

Oesterreichische Postsparkasse. Stellt Anfang Juli den bankmäßigen Zahlungsverkehr nach und von dem Auslande sowie den internationalen Postgiroverkehr ein. Im August, dem ersten Kriegsmonat, übersteigen die Abhebungen die Neueinlagen um 10,44 Mill. Kronen. Im September bleiben sie hinter diesen um 0,44 Mill. Kr. zurück. Der Einlagenstand Ende September beträgt 182,9 Mill. Kronen. Im Scheckverkehr wurden im August 960 Mill. Kr. eingelegt und 876 Mill. Kr. zurückgezahlt (gegen 1704 und 1725 Mill. Kr. im Juli). Die Scheck-Guthaben sind also um rund 84 Mill. Kr. gestiegen. Die Sparkasse leitet die Verhandlungen mit den Banken wegen der Deckung des staatlichen Geldbedarfs. Man erwartet zunächst die Emission von 5% Schatzscheinen, für Oesterreich in Höhe von 300 bis 400 Mill. Kr., für Ungarn in entsprechend geringerer Höhe.

Sparkassen. Die Galizische Sparkasse in Lemberg verlegt infolge des Krieges ihre Tätigkeit nach Wien und zahlt jedem Einleger monatlich 200 Kr. aus (die Zahl der in Wien befindlichen Galizier beträgt über 100 000). Auch die Bukowinaer Sparkasse Czernowitz zahlt vorerst in Wien.

Personalkredit und Sparkassen. Mitte September erhalten die Sparkassen die Ermächtigung zur Errichtung bzw. Erweiterung von Vorschußabteilungen, in denen Personalkredite bis zu 400 Kr., insgesamt aber nicht mehr als 1% der Einlagen, gewährt werden sollen. Da bei sämtlichen Sparkassen Oesterreichs Ende 1912 etwa 6,6 Milliarden Kronen eingelegt waren, so könnten, ungerechnet die bereits in Friedenzeiten gewährten Personalkredite, etwa 60 Mill. Kr. flüssig gemacht werden. Die Spargelder selbst fallen unter das Moratorium.

Spareinlagen. Bei acht Wiener Banken gingen die Spareinlagen von 626,7 Mill. Kr. Ende Juli auf 589,6 Mill. Kr. Ende August zurück, bei drei Wiener Sparkassen von 775,4 auf 774,3 Mill. Kr. (Unter letzteren hatte die Erste Oesterreichische Sparkasse eine Zunahme von 0,6 Mill. Kr. im August, und eine weitere Zunahme von 4,5 Mill. Kr. im September.)

Bankstatistik. 15 böhmische Banken verwalteten Ende 1913 nach einer Zusammenstellung des „Tresor" (in Klammern die Ziffern für 1912): Aktienkapital 329,40 (329,40), Reserven 84,04 (80,28), Kreditoren 838,73 (780,37), Einlagen 428,32 (412,16) Mill. Kr., denen an Kasse 24,24 (26,00), an Debitoren 858,60 (830,82), an Wechseln 433,67 (426,47), an Vorschüssen 153,30 (145,62) und an Effekten 152,45 (147,14) Mill. Kr. gegenüberstanden.

Von dem Wechselbestand der ungarischen Provinzbanken waren bei Eintritt des Moratoriums (nach 984 Auskünften an den Landesverband ungarischer Geldinstitute) etwa 40% in Reeskompte gegeben worden.

Bankgründungen. Die Genehmigung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft „Wiener Kommerzialbank" ist erteilt worden. Das Kapital soll 10 Mill. Kr. betragen und auf 20 Mill. Kr. erhöht werden können. Die Bank wollte den Geschäftsbetrieb im September aufnehmen, was des Krieges halber jedoch unterbleibt. — Ferner wurde die Errichtung einer Krakauer Kommerzbank A.-G. (Kapital?) genehmigt. — Die Plzenska Banka (Pilsener Bank) wurde mit 1 Mill. Kr. Aktienkapital gegründet (bestand bisher als G. m. b. H.).

Digitized by Google

Insolvenzen. Bank Budapester Kaufleute A.-G. Bei der in Schwierigkeiten geratenen Bank werden bei 3 Mill. Kr. Kapital nach Rückzahlung von 0,67 Mill. Kr. Depositen noch 0,80 Mill. Kr. Einlagen des Publikums und etwa 0,25 Mill. Kr. der Direktion notleidend. Die Generalversammlung beschließt die Liquidation, das Gericht verfügt jedoch die Konkurseröffnung, wogegen die Bank Protest einlegt. — Die Wiener Bankfirma Gundelfinger & Co. geht, da sie bei der Differenzzahlung im Juli von drei ihrer größten Schuldner im Stich gelassen wird, in Konkurs.

Allgemeine Depositenbank, Wien. Nimmt vor dem Kriege neben ihrem deutschen Namen folgende Firmenbezeichnungen an: Banque Générale de Dépôts, Banca Generale di Depositi, Powszechny Bank depozytowy, Zahalnyj Bank depozytowyj.

Allgemeine Oesterreichische Boden-Credit-Anstalt, Wien. Direktor von Kniep ist gestorben.

Allgemeine Verkehrsbank, Wien. Feiert ihr 50jähriges Bestehen. Direktor Broch tritt in den Verwaltungsrat der Bank für Tirol und Vorarlberg (Kapital 5 Mill. Kr.) ein.

Anglo-Oesterreichische Bank, Wien. Die Niederlassung in London (die als selbständiges englisches Institut geführt wird und in deren Verwaltungsrat mit Zustimmung der englischen Regierung auch ein Engländer, Colonel Lawrence, sitzt) wird nach Kriegsausbruch unter Aufsicht der englischen Regierung gestellt. Die Geschäftsführung soll sich auf die Abwicklung der bis zum 5. August eingegangenen Geschäfte beschränken, wobei alle dem englischen Interesse widersprechenden Zahlungen zu unterbleiben haben. Die Filiale wird mithin langsam liquidieren. Etwaige Ueberschüsse sind bei der Bank von England zur Verfügnug des Staatsschatzes zu erlegen.

Bank- und Wechselstuben-A.-G. „Merkur", Wien. Direktor Rosenberg tritt von der Leitung zurück. Die Bank schließt infolge der politischen Ereignisse ihre Niederlassung in Heida (Galizien).

Böhmische Eskompte-Bank, Prag. Schließt infolge des Krieges ihre Niederlassung in Heida (Galizien).

Böhmische Industrialbank, Prag. Errichtet (vor Kriegsausbruch) eine Niederlassung in Pardubitz.

Böhmische Unionbank, Prag. Das Verwaltungsmitglied Regierungsrat Klaudy ist gestorben. An seiner Stelle wird Dr. Elbogen, in Firma Seligman Elbogen in Prag, in den Verwaltungsrat kooptiert. Direktor Rakus scheidet aus, um zur Oesterreichischen Industrie- und Handelsbank überzutreten.

Centralbank der böhmischen (tschechischen) Sparkassen (Ustredni banka ceskych sporitelen), Prag. Aus dem Verwaltnugsrate treten aus Dr. Havelka, Dr. Riedl, Prochaska, Siech, Veit, Dr. Volf; an ihre Stelle treten Dr. Holweg, Jina, Dr. Moural, Benes, Brdlik, Tomanek (vergl. Juniheft). Die Bank erhält die Ermächtigung, verzinsliche, in längstens 78 Jahren durch Verlosung mit oder ohne Prämie zu tilgende Schuldverschreibungen auszugeben.

Centralbank der deutschen Sparkassen, Prag. Das Mitglied des Verwaltungsrats Winkler scheidet aus.

Galizische Aktien-Hypotheken-Bank, Lemberg. Direktor Lasarus ist gestorben.

Jadranska Banka (Adriatische Bank), Triest. Die Niederlassung in Abbazia wird Anfang August behördlicherseits geschlossen, aber nach einigen Wochen nach erfolgter Prüfung der Bestände wieder in vollem Umfang eröffnet.

Landwirtschaftliche Kreditbank für Böhmen, Prag. Der Reingewinn für 1913 beträgt 1,10 (i. V. 1,09) Mill. Kr.,

Digitized by Google

die Dividende wieder 7%. Zwei neue Niederlassungen in Neuhaus (Südböhmen) und Außig werden eröffnet.

Niederösterreichische Eskomptegesellschaft, Wien. Präsident von Schwegel ist gestorben. An seine Stelle dürfte der erste Vizepräsident Feilchenfeld treten. Dieser würde dann durch den Generaldirektor Kestranek ersetzt werden.

Oesterreichische Central-Boden-Credit-Bank, Wien. Der bisherige Direktor Dr. Baumfeld tritt in den Verwaltungsrat über. Der Generaldirektor der Länderbank, Lohnstein, wird Mitglied des Verwaltungsrates.

Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Wien. Verschiebt die Veröffentlichung der Halbjahresbilanz. Die der Bank nahestehende Adriawerke Akt.-Ges. für Chemische Industrie beantragt eine Kapitalserhöhung von 4 auf 6 Mill. Kr.

Oesterreichische Industrie- und Handelsbank, Wien. Direktor Glaser scheidet aus. Neu ernannt wird Direktor Rakus, der bisher der Leitung der Böhmischen Unionbank angehört hat.

Oesterreichische Länderbank, Wien. Die Niederlassung in London ist ebenso wie die der Anglo-Oesterreichischen Bank (s. diese) unter englische Regierungsaufsicht gestellt worden und muß liquidieren. Die Pariser Niederlassung soll bis in die zweite Augusthälfte in ungestörtem Betriebe gewesen sein, durfte aber deutsche Schecks schon am 1. August nicht mehr honorieren. Generaldirektor Lohnstein tritt in den Verwaltungsrat der Oesterr. Central-Boden-Credit-Bank ein.

Politzer, Rosenberg & Co., Kommanditges., Wien. In die von der Wiener Lombard- und Eskomptebank kommanditierte Firma ist Ende Juni auch die Banque Belge pour l'Etranger (Gründung der Société de Générale de Belgique) als Kommanditistin eingetreten. Dies ist die erste Beteiligung belgischen Großkapitals an einer österreichischen Privatbank.

Wiener Bankverein. Beim Wiener Handelsgericht wird von der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd Klage gegen die Bank eingereicht, weil diese als Vertreterin der Gesellschaften auf der Generalversammlung der Austro-Americana nicht gemäß dem empfangenen Auftrag die Festsetzung der Dividende auf 9%, sondern nur auf 8% beantragt hat. Da die Sparbücher-Einlagen mit zirka 140 Mill. Kronen der statutenmäßigen Höchstgrenze (gleich dem Aktienkapital von 150 Mill. Kr.) nahekommen, sucht die Bank die Ermächtigung zur Annahme weiterer Depositen auf Sparbuch nach. Die Regierung will diese nur gewähren, wenn 10% der gesamten Einlagen in Staatspapieren angelegt und bei einer staatlichen Depotstelle erlegt werden. Der Bankverein sucht die anderen Wiener Banken zu einem gemeinsamen Protest gegen diese neuartige Beschränkung zu gewinnen. Eröffnet Niederlassungen in Tetschen und Bodenbach. Führt das Konsortium, das mit der Bukowina einen Vorschuß von 7½ Mill. Kr. zu 4½% abschließt. (Uebernahmekurs 85%). Siehe auch Ungar. Bank- und Handels-A.-G.

Wiener Giro- und Kassenverein. Nach dem Semestralabschluß beträgt der Reingewinn im ersten Halbjahr 1914 0.30 (i. V. 0.43) Millionen Kronen. Der Durchschnittszinsfuß im Eskomptegeschäft stellte sich auf 3,49 (i. V. 5,59), im Lombardgeschäft auf 4,73 (6,96)%.

Wiener Lombard- und Eskomptebank. Siehe Politzer, Rosenberg & Co.

Wiener Saldierungsverein. Der erste seit dem Kriege veröffentlichte Ausweis (vom 8. bis 15. September) ergibt Einlieferungen von 78,6 (i. V. 166,8) Mill. Kr. Seit Jahresbeginn betragen die Einlieferungen 6551,6 (i. V. 6314,8) Mill. Kr., und in den Kriegswochen seit 23. Juli 737,6 (i. V. 1115,7) Mill. Kr.

Digitized by Google

Zivnostenska Banka, Prag. Dr. Bares tritt aus dem Verwaltungsrate aus. F. Skorkovsky wird zweiter Direktor der Triester Niederlassung.

Centralkreditbank ungarischer Kreditinstitute, Budapest. Da die Hoffnung, daß eine Besserung der Geldverhältnisse die Sanierung der Bank ermöglichen werde, nicht mehr haltbar ist, wird die Liquidation beschlossen.

Ungarisch-Böhmische Industrialbank A.-G., Budapest. Eröffnet eine Niederlassung in Pozsony.

Ungarische Bank- und Handels-A.-G., Budapest. Die Regierung hält trotz aller früheren Vorkommnisse (vergl. u. a. Januarheft 1912 und Aprilheft 1913) die Beziehungen zu der Bank aufrecht; denn der Vertrag zwischen den ungarischen Staatseisenwerken und der Bank bezüglich des Alleinverkaufs der von den Werken hergestellten landwirtschaftlichen Maschinenfabrikate wird auf 15 Jahre erneuert. Die Genehmigung zur Inbetriebsetzung der von der Bank mit 4,3 Mill. Kr. gegründeten Trencséner Komitats-Lokaleisenbahn-A.-G. wird erteilt. Die Bank untersagt durch einstweilige Verfügung dem Wiener Bankverein die Ausfolgung ihres zur Deckung von Auslandkrediten bei dem Bankverein unterhaltenen Effektendepots von etwa 0,6 Mill. Kr. an die Société Générale de Paris.

Ungarische Hypothekenbank, Budapest. Begibt im Juli 10 Mill. Fr. 5% Pfandbriefe an den Schweizerischen Bankverein, die zu 98% in der Schweiz aufgelegt werden.

England folgt im nächsten Heft.

Umschau.

DIE DEUTSCHE REICHSBANK ALS KRIEGSBANK.

Wie mit dem Fall von Antwerpen ein neuer militärischer Teil des Krieges begonnen hat, so hat mit der Aufnahme einer deutschen Kriegsanleihe ein neuer finanzieller Abschnitt eingesetzt. Den Geldbedarf der ersten beiden Monate hat die Reichsbank decken müssen; in den folgenden Monaten kann das Reich dank der ihm zufließenden 4⅓ Milliarden selbständig wirtschaften. Es verlohnt daher, einen Rückblick auf die abgelaufene Zeitspanne zu werfen und sich ein Bild davon zu machen, wie die Reichsbank ihrer Aufgabe, mehrere Monate lang als Kriegsbank des Reichs zu dienen, gerecht geworden ist. Erfreulicherweise hat die Bank über diese interessanteste Periode aus ihrer demnächst 40jährigen Geschichte keinen Schleier gebreitet, wie es die Zentralbanken in Oesterreich, Frankreich und Rußland getan haben, sondern im Gegenteil die Ziffern ihrer Ausweise noch durch einige wichtige Detailangaben ergänzt, die der Reichsbankpräsident in der letzten Sitzung des Zentralausschusses machte. Die Rüstung, mit der die Bank in den Krieg eintrat, war, absolut genommen, bei weitem nicht so stark wie die der Bank von Frankreich und der Russischen Reichsbank. Ihr Goldbestand betrug ein paar Tage vor Kriegsausbruch nur rund 1350 Mill. M., d. h. etwa 2 Milliarden weniger als bei jeder der beiden Nachbarbanken, und davon wurden ihr bis zur Aufhebung der Goldzahlungen noch rund 100 Milll. M. entzogen. Immerhin bedeutete dieser Goldbestand eine wesentliche Aufbesserung gegenüber früheren Jahren, und durch Ueberführung des alten und des neuen Reichskriegsschatzes in die Kassen der Bank konnte er auf die Höhe von rund 1½ Milliarden M. gebracht werden. Wie sich seitdem herausgestellt hat, hätte dieser Betrag genügt, um die Noten der Bank auch im Moment der stärksten Inanspruch-

Digitized by Google

nahme mit 33⅓ % zu decken. Tatsächlich aber hat der Goldbestand während des Kriegs noch eine Verstärkung aus den bei Banken und Privaten aufgespeicherten Goldvorräten erhalten, die ihn auf 1770 Millionen (am 7. Oktober) gehoben hat. Das ist die metallene Grundlage, auf der sich die Doppelfunktion der Reichsbank als Hauptgeldquelle des Reichs und letzte Reserve der Privatwirtschaft aufgebaut hat. Denn die 300 Mill. M. Silber, über die sie vor Kriegsausbruch noch verfügte, mußte sie binnen weniger Wochen fast restlos, meist zu Löhnungszwecken, hergeben, und die Darlehnskassenscheine, die sie von den neugeschaffenen Kriegsdarlehnskassen übernahm, konnten durch ein Notgesetz nur rechtlich, nicht materiell zur vollgültigen Deckung ihrer Noten gestempelt werden. Die Ansprüche, denen die Reichsbank gerecht werden mußte, waren aber von vornherein sehr erheblich. Und zwar hat in den ersten Wochen mehr die Privatwirtschaft als das Reich an ihre Hilfe appelliert. Von den 4426 Mill. M. Wechseln, welche die Bank am 15. August in ihrem Portefeuille hatte, stammten 2980 Millionen von privater Seite her. Das bedeutete gegen den gesamten Wechselbestand der Bank vom 23. Juli eine Zunahme um nicht weniger als 2229 Mill. M. Dagegen hat das Reich bis zum 15. August nur 1446 Mill. M. Schatzwechsel an die Bank begeben und davon noch über 100 Mill. M. dazu benutzt, früher bei der Bank diskontierte Schatzanweisungen zu tilgen. Uebrigens ist der weitaus größte Teil als Guthaben bei der Bank stehen gelassen worden. In den folgenden Wochen hat sich das Verhältnis dann zuungunsten des Reichs verschoben. Am 26. September hat die Bank, abgesehen von annähernd 100 Mill. M. Schatzanweisungen, etwa 2250 Mill. M. Schatzwechsel im Bestand gehabt. Dieser starken Inanspruchnahme durch das Reichsschatzamt stand allerdings ein Guthaben des Reichs gegenüber, das sich nach den Andeutungen des Reichsbankpräsidenten auf über 1 Milliarde M. belaufen hat. In derselben Zeit war aber die Inanspruchnahme der Bank durch die Geschäftswelt erheblich zurückgegangen. Der Bestand an Privatwechseln hatte sich von 2980 auf 2151 Millionen vermindert, und auf der andern Seite hatten sich die privaten Guthaben auf 1½ Milliarden M. erhöht, was mit den Vorbereitungen für den Ultimo und für die Anfang Oktober zu leistende Einzahlung auf die Kriegsanleihe zusammenhing. Sonach hat zu der starken Belastung der Bank am Quartalswechsel das Reich mehr beigetragen als die Privatwirtschaft, die angesichts des stillen Geschäfts, des völligen Ruhens der Börsenspekulation und der Untätigkeit der Banken diesmal mit geringeren Krediten ausgekommen ist als in früheren Jahren. Absolut genommen hat freilich die Privatwirtschaft noch immer in sehr starkem Maße auf die Reichsbank zurückgegriffen, zumal berücksichtigt werden muß, daß ihr auch die Darlehnskassen zur Verfügung gestanden haben. Trotzdem konnte, wie bereits gesagt, die Reichsbank allen an sie gestellten Ansprüchen nachkommen, ohne daß die Metalldeckung ihrer Noten unter die Drittelgrenze gesunken wäre. Am 30. September, an dem der Notenumlauf mit 4491 Mill. M. sein Maximum erreichte, betrug die Goldeckung 38,2 %, die Metalldeckung 38,7 % und die gesetzliche Deckung, zu der jetzt auch die Darlehnskassenscheine gehören, 46,2 %. Das Institut ist also in banktechnisch guter Verfassung über die erste Kriegsperiode hinweggekommen. Seine seit Jahren so nachdrücklich betriebene Politik der Goldansammlung hat jetzt ihre Früchte getragen und es der Bank ermöglicht, sich über ihre nächstliegende Pflicht der Kriegsgeldbeschaffung hinaus in freigebigster Weise auch den Banken, den finanziellen Hilfsorganisationen und — vermittels der Darlehnskassen — dem Privatpublikum zur Verfügung zu stellen. Jetzt ist sie in die zweite und ebenso wichtige Periode eingetreten, in der es gilt, dafür zu sorgen, daß aus ihrer weitgehenden Hilfsbereitschaft dem deutschen Geldwesen kein Schaden erwachse. Denn unter dem Gesichtspunkt der Währung und ihrer Intakterhaltung kommt es nicht allein darauf an, daß der Notenumlauf die von der Theorie seit jeher

Digitized by Google

geforderte metallische Dritteldeckung habe, sondern daß auch die absolute Menge der metallisch ungedeckten Noten nicht zu weit über das Normalmaß hinausgehe. Einen ungedeckten Notenumlauf von reichlich 2½ Milliarden M., d. h. einen zusätzlichen Geldumlauf von durchschnittlich 1¾ bis 2 Milliarden M., kann Deutschland auf die Dauer nicht auf sich nehmen, ohne daß eine Minderung der Kaufkraft des deutschen Geldes zuerst dem Ausland gegenüber und schließlich auch im Inlande eintritt. Der Stand der fremden Wechselkurse ist schon seit Wochen ein ziemlich eigentümlicher. In der jetzt beginnenden zweiten finanziellen Kriegsperiode hat die Reichsbank daher ihr Augenmerk auf den allmählichen Abbau ihres großen Notenumlaufs zu richten, und der Erfolg der Kriegsanleihe, der das Reich auf Monate hinaus mit Kriegsmitteln versorgt, kommt ihr dabei zu Hilfe. Schon der Ausweis vom 7. Oktober zeigt, daß das Reich nicht mehr bei der Bank verschuldet ist. Aus dem Erlöse der Kriegsanleihe sind rund 1½ Milliarden Schatzwechsel getilgt worden, und den 800 oder 900 Millionen noch verbleibenden Reichswechseln steht ein mindestens ebenso hohes Reichsguthaben auf Girokonto gegenüber. Die Bank kann also mit dem Abbau ihres Notenumlaufs beginnen und hat den ersten Schritt dazu auch bereits getan. Allerdings entspricht die Verminderung der ausgegebenen Noten bei weitem nicht der Rückzahlung des Reichs. Der Umlauf hat vom 30. September bis zum 7. Oktober nur um 292 Mill. M. abgenommen. Daran ist der Umstand schuld, daß ein erheblicher Teil der Einzahlungen auf die Kriegsanleihe von den Banken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und vom Publikum direkt oder indirekt mit dem Gelde der Reichsbank bewirkt worden ist. Ueber 600 Millionen hat die Bank allein in der ersten Oktoberwoche an die Darlehnskassen abführen müssen, und 135 Millionen sind von privater Seite ihrem Girokonto entnommen worden. Diese Gelder haben meist der Einzahlung auf die Anleihe gedient, und wenn sie der Bank auch vom Reiche zurückerstattet worden sind, so stellen sie doch keinen Neuzufluß dar, mit dem man Noten tilgen könnte, sondern nur eine Zahlung der Bank an sich selbst. Nicht der finanzielle Status der Bank hat sich geändert, sondern lediglich das Rechtsverhältnis: Statt des Reichs sind jetzt hunderttausend Zeichner auf die Kriegsanleihe bei der Bank verschuldet. Ihr Notenumlauf finanziert nicht mehr das Reich, sondern die Privatwirtschaft. Es ist zu wünschen, daß die private Sparkraft, die jetzt zwar nur wenig durch die normale Erwerbstätigkeit, dafür aber um so mehr durch Staatsbestellungen alimentiert wird, die hoch aufgelaufenen Schulden bei der Reichsbank und den Darlehnskassen schnell tilgt, damit der Notenumlauf der Bank möglichst bald wieder auf seinen Normalumfang zurückgeschraubt werden kann. — In diesem Zusammenhange ist es übrigens beachtenswert, daß das Reich, dem Anfang Oktober aus seiner Anleihe bereits 2½ Milliarden zugeflossen sind, davon nur 1½ Milliarden an die Reichsbank, die doch seine Kassengeschäfte führt, weitergeleitet hat. Rund 1 Milliarde muß also anderen Zwecken zugänglich gemacht worden sein. Ein Teil hat jedenfalls zur Bezahlung von Kriegslieferungen und Transporten gedient, ein anderer Teil dürfte in die Kriegsgebiete gesandt worden sein, namentlich nach Belgien, wo die Mark seit kurzem offizielles Zahlungsmittel ist. Manches spricht aber auch dafür, daß das Reich aus dem Anleiheerlöse Vorschüsse getilgt hat, die an anderer Stelle als bei der Reichsbank aufgenommen worden sind. Bei einigen Großbanken haben sich ja nach Ueberwindung des ersten panischen Schreckens, auch in Erwartung der kommenden Kriegsanleihe, schon seit Monatsfrist große Privatguthaben angesammelt, von denen ein Teil direkt an das Reich ausgeliehen worden zu sein scheint. Derartige finanzielle Beziehungen hat das Reich mit einer bekannten Großbank bereits vor dem Kriege unterhalten. Es ist zu wünschen, daß diese Beziehungen, welche an sich nicht zu tadeln sind, weil sie die Reichsbank in ihrer Funktion als Reichskriegsbank entlasten

Digitized by Google

und ihren Notenumlauf schonen, nicht zur Bevorzugung bestimmter Institute führen; denn die Erfahrung hat gezeigt, daß sich daraus nur zu leicht Intimitäten, wo nicht Abhängigkeiten ergeben, die dem Reichsinteresse abträglich sind.

DER KRIEG UND DIE BANKEN.

Ueber die deutsche Bankwelt ist in den ersten beiden Monaten des Weltkrieges eine wahre Hochflut von Vorwürfen hereingebrochen, die sich von der sachlichen Kritik bis zur Entrüstung gesteigert haben. Die Banken, insbesondere die Berliner Großbanken, haben den allgemeinen Unwillen dadurch provoziert, daß sie seit Kriegsausbruch ihre Kreditgewährung aufs äußerste eingeschränkt, Wechseldiskontierungen vielfach rund verweigert und einen Teil der bis dahin gewährten Kontokorrent-Vorschüsse gekündigt haben. Das ist für die betroffene Geschäftswelt in der Tat sehr hart, zumal in einer Zeit, in der ihre gewohnten Einkünfte ausbleiben und sie daher mehr als je auf Kredit angewiesen ist. Der öffentliche Unwille hat denn auch ein vernehmbares Echo in angesehenen Tageszeitungen und Zeitschriften gefunden, die energisch für mehr Gemeinsinn der Banken plädieren und von ihnen ein besseres Verständnis für ihre verantwortungsvolle Stellung innerhalb des Wirtschaftslebens fordern. Wer sich nun einmal die Aufgabe gestellt habe, das Erwerbsleben mit Kredit zu versorgen, der dürfe seine Hilfe unter keinen Umständen gerade in dem Moment versagen, wo sie am allernötigsten gebraucht werde. Sonderbar! Gerade diejenigen Organe, die am deutschen Bankwesen bis auf ein paar belanglose Schönheitsfehler eigentlich niemals etwas auszusetzen gefunden haben, leiten daraus für sich die Berechtigung ab, jetzt um so schärfere Kritik an den Banken zu üben. Wir dagegen, die wir seit Jahren mit allem Nachdruck für durchgreifende Reformen, in erster Linie aber dafür eingetreten sind, daß die echten, baren Reserven der Banken auf das Mehrfache ihres hergebrachten Betrages erhöht würden, und zwar gerade aus dem Grunde, damit die Banken in ernsten Zeiten ihre Liquidität nicht durch Kreditkündigung und Kreditversagung, also durch Schädigung der Allgemeinheit, zu schützen brauchten — gerade wir können heute in den Chor der Entrüsteten nicht einstimmen. Denn die Banken haben unter einem Zwange gehandelt, den eine vorsorgliche Reservepolitik vielleicht ein wenig hätte mildern, den sie aber nicht hätte beseitigen können. Die Banken haben bei Kriegsausbruch vor der dringenden Gefahr gestanden, daß ihnen binnen weniger Wochen die Hälfte ihrer Depositen- und Kontokorrent-Einlagen entzogen wurde; und gegenüber dieser drohenden Gefahr, die sich für einzelne Institute in der Tat verwirklicht hat, würden auch zehnprozentige Barbestände und ebenso hohe Konsolsreserven keinen ausreichenden Schutz gewährt haben. Auf einen Weltkrieg kann eben auch die bestorganisierte Volkswirtschaft nicht zugeschnitten sein. So wenig die beste Sicherung des Leibes und des Lebens den einzelnen vor einer Elementarkatastrophe zu schützen vermag, genau so wenig gibt es für die Gesamtheit aller Wirtschaftenden einen absoluten Schutz gegen die Wirkungen eines so gewaltigen Kriegs wie des gegenwärtigen. Solche Zeiten erfordern ihre besonderen, auf die jeweilige Stärke der Gefahr zugeschnittenen Ausnahmemaßregeln, die zu treffen nicht der einzelne, auch nicht ein ganzer Stand, sondern nur der Staat in der Lage ist. Im Auslande hat man sich mit mehr oder weniger weitgehenden Moratorien geholfen. Man mag über die Zweckmäßigkeit eines Moratoriums denken, wie man will, das eine ist sicher: Eine Bankwelt, die durch einen derartigen Akt davor bewahrt bleibt, einen nennenswerten Teil ihrer Depositen herausgeben zu müssen, kann ihre prompte Leihtätigkeit besser aufrechterhalten als eine Bankwelt, die solchen Schutz nicht genießt. In Deutschland hat man von einem Moratorium dieser Art Abstand genommen.

Digitized by Google

die Banken vielmehr — übrigens mit ihrer Einwilligung — der unbegrenzten Rückforderungs-Willkür ihrer Gläubiger ausgesetzt und damit die Kreditmöglichkeiten der Banken unterbunden. Man hat ihnen allerdings ein Surrogat geliefert, indem man sie ermächtigt hat, im Doppelten und Dreifachen des gewohnten Umfanges auf den Diskontkredit der Reichsbank zurückzugreifen. Diese Hilfe hat denn auch die Banken in den Stand gesetzt, allen ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ohne mehr als einen kleinen Teil ihrer Kredite zu kündigen; sie hat ihnen darüber hinaus die Möglichkeit verschafft, den angespannt arbeitenden Kriegsindustrien ihren Akzeptkredit zur Verfügung zu stellen. Aber diese Hilfe hat nicht ausgereicht und auch nicht ausreichen können, um die Leihtätigkeit der Banken voll aufrechtzuerhalten, oder sie gar in Stand zu setzen, das durch den Krieg hervorgerufene Bedürfnis nach Zusatzkrediten zu befriedigen. Unter diesen Umständen muß man sich schon damit genügen lassen, daß die Banken in den letzten Wochen nicht allzu rigoros gegen ihre Schuldner vorgegangen sind. Die Banken haben in den meisten Fällen davon abgesehen, ihre Kundschaft zur Hergabe weiterer Sicherheiten für die durch Effekten nur noch mangelhaft gedeckten Kredite zu zwingen; sie haben sich Börsenfirmen gegenüber damit einverstanden erklärt, die ihnen als Vorschußdeckung überwiesenen Börsenwerte zu dem — meist viel zu hohen — Kurse vom 25. Juli zu bewerten; und sie haben endlich denjenigen ihrer Schuldner, die auf die Kriegsanleihe zu zeichnen wünschten, dies durch Freigabe lombardierter Effekten ermöglicht. Damit muß man zufrieden sein. Wenn die Banken weitergehende Ansprüche an die Kriegskreditbanken verwiesen und einzelne bestehende Kredite gekündigt haben, so finden sie dafür in den obwaltenden Verhältnissen eine hinreichende Rechtfertigung. Nicht zu rechtfertigen ist etwas ganz anderes. Zahlreiche Banken haben die Verlegenheit, in der sich ihre Schuldner fast ausnahmslos befinden, dazu benutzt, um erhebliche Sondervorteile für sich herauszuschlagen. Sie haben außer dem ohnehin hohen Debetzins (1 % über Bankdiskont = 7 %) noch eine Provision von 1 % pro Quartal = 4 % pro anno in Rechnung gestellt, so daß die Schuldner ihre Darlehen heute effektiv mit 11 % verzinsen. Ja, vereinzelt kommen selbst Sätze von 12 und 13 % vor. Das ist unerlaubte Ausnutzung einer Notlage, wo nicht Wucher, und ist niemals weniger angebracht gewesen als gerade jetzt. Der Krieg darf von öffentlichen Instituten, wie es die Banken zwar nicht rechtlich, aber wirtschaftlich sind, keinesfalls zur Erzielung von Extraprofiten ausgenutzt werden — wie in diesen Heften ja auch dringend gefordert worden ist, daß die Reichsbank auf das ihr eingeräumte Privileg, während des Krieges keine Notensteuer zu entrichten, verzichte, damit das Reich und nicht ihre Aktionäre den Nutzen aus der so stark erhöhten Notenausgabe habe. Die Jagd nach hohen Zinsgewinnen und sonstigen Vorteilen verdient mit Recht den Tadel, den die angeblich zu geringe Kreditwilligkeit der Banken mit Unrecht erfahren hat. Tadel verdient ferner die namentlich in den Kreisen der Großbanken weit verbreitete Neigung, die Tatsache des relativ befriedigenden Weiterfunktionierens unserer Wirtschaft sich selbst als den Führern der Nationalwirtschaft zum Lobe anzurechnen. So oberflächlich es ist, aus der eingeschränkten Leihtätigkeit der Banken einen Vorwurf für sie abzuleiten, genau so oberflächlich ist es, ihnen eine besondere Leistungsfähigkeit zu attestieren. Im vorigen Heft der „Bank“ (siehe den leitenden Aufsatz) sind die Gründe auseinandergesetzt worden, warum heute ganz und gar kein Anlaß vorliegt, Hymnen auf eine wirtschaftliche Kriegsbereitschaft anzustimmen, die in dem Umfange, wie man sie gern konstatieren möchte, einfach ein Ding der Unmöglichkeit, und in dem tatsächlich vorhandenen, bescheideneren Umfange ausschließlich ein Verdienst der Reichsbank ist. An dieser Tatsache ändert man auch nichts, indem man unsere gegenwärtige Lage in

Digitized by Google

ein helles Licht gegenüber den angeblich zerrütteten Verhältnissen in England und Frankreich setzt. Es ist ein alter militärischer Grundsatz, den Gegner nicht zu unterschätzen. Dieser Grundsatz, der dem Gebot der Nützlichkeit ebenso wie dem der Billigkeit entspricht, sollte auch in wirtschaftlichen Dingen für uns maßgebend sein. Leichtfertige Kritiken, wie sie beispielsweise am Crédit Lyonnais geübt worden sind, der aus sehr triftigen Gründen und keinesfalls wegen „Zahlungsunfähigkeit" seine Dividendenzahlung eingestellt hat, sind ganz und gar nicht am Platz und sollten besser vermieden werden. Man sollte mit gerechtem Maße messen und sich fragen, wie es heute um unsere Banken und unser ganzes Wirtschaftsleben bestellt sein würde und bestellt sein müßte, wenn nicht die Reichsbank die Sonne ihres Kredits über Gerechte und Ungerechte scheinen ließe.

KRIEGSKONTRIBUTIONEN.

Der Oberbürgermeister Max von Brüssel hat sich eine ziemlich billige Berühmtheit dadurch erworben, daß er die Kriegskontribution, welche die neue deutsche Verwaltung in Belgien der Stadt in Höhe von 200 Millionen Francs auferlegt hatte, zu zahlen verweigerte, weil er eine derartige Summe nicht aufbringen könne. Dabei stand die Logik durchaus auf seiner Seite. Denn in der Tat, wovon sollte er wohl zahlen? Selbst wenn er bereit gewesen wäre, das gesamte liegende Eigentum der Stadt Brüssel zu verpfänden oder hypothekarisch zu belasten, hätte er zunächst Institute finden müssen, die auf dieses Leihgeschäft eingingen und ihm 200 Millionen Francs auf den Tisch zählten. Der gangbarste Weg, der auch meist gewählt wird, besteht in der Aufnahme einer städtischen Anleihe, auf welche die Banken die erforderlichen Vorschüsse gewähren. Die Brüsseler Bevölkerung hat aber in einem Moment, wo niemand wissen konnte, was aus der Stadt werden und unter welche politische Herrschaft sie endgültig geraten würde, mit gutem Grund keine Neigung gehabt, auf eine ungarantierte Brüsseler Stadtanleihe zu zeichnen. Und eine Staatsregierung, welche die Anleihe hätte garantieren können, gab es in Belgien nicht. Der Fall ist von prinzipieller Bedeutung, weil die Frage der Kriegskontribution in diesem gewaltigen Kriege noch häufig auftauchen dürfte. Bei Antwerpen ist sie bereits aktuell geworden, und zwar mit einer noch ungleich höheren Summe als im Brüsseler Falle. Wie lassen sich also derartige Zahlungen mitten im Kriege und von einer mehr oder weniger zerstörten und von den wohlhabenden Einwohnern verlassenen Stadt erzwingen? Mit der Beschlagnahme öffentlichen Vermögens ist dem Sieger nicht gedient, denn es handelt sich für ihn darum, durch sofortigen Empfang flüssiger Mittel seine eigenen unmittelbaren Kriegskosten etwas herunterzudrücken. Hier scheint nun für den Sieger ein Mittel am Platz zu sein, das in normalen Zeiten und im eigenen Lande nach Möglichkeit vermieden werden muß, nämlich die Schaffung papierner Zahlungsmittel. Man kann sie in Form von städtischen Schatzscheinen ausgeben, wobei die Mitwirkung der Kommunal-Behörden nötig wäre, oder aber in Form deutscher Anweisungen auf die Stadtkasse, wobei die Mitwirkung der Behörden überflüssig sein würde; seine Zahlkraft würde das Geld im letzteren Falle dadurch erhalten, daß die deutsche Verwaltung und Besatzung alle Zahlungen ausschließlich in diesem Gelde leisten und ihrerseits das Geld bei allen Verrechnungen mit der Stadt in Zahlung nehmen. Natürlich führt eine solche Papierwirtschaft, wenn sie in größerem Umfange vorgenommen wird und nicht bald eine Refundierung des papiernen Zweckgeldes erfolgt, zu einer Entwertung des letzteren. Aber diese Begleiterscheinung jeder künstlichen Gelderzeugung muß hier eben in Kauf genommen werden, und kann es auch, denn sie trifft nicht den Sieger, sondern den Besiegten, dem das Disagio natürlich bei der Endabrechnung belastet

Digitized by Google

wird, und der sich darüber nicht beklagen darf. Denn der Sieger, der bestrebt ist, auch in Feindesland den Unterhalt seiner Truppen bar zu bezahlen, seinerseits aber keine Gegenleistung von den nach Kriegsrecht mit Kontributionen belegten Städten erhält, handelt nur unter einem Zwange, wenn er das Geld künstlich schafft, das man ihm nicht zahlen will oder kann. Niemand kann ihm zumuten, sein eigenes, ohnehin ungeheures Kriegsbudget unnötigerweise noch mit Zahlungen an den besiegten Feind zu belasten. Der Sieger, der das tun wollte, würde sich schon rein währungspolitisch erheblich schädigen. Er müßte entweder dem Auslande sein eigenes Geld aufzwingen und damit den Umlauf in der Heimat beeinträchtigen (so ist es 1870 geschehen), oder aber er müßte als Käufer für das fremde Währungsgeld auftreten und infolge dieser einseitigen Nachfrage weit über den wirklichen Wert für dasselbe bezahlen — was auf eine Beeinträchtigung der Zahlkraft seiner eigenen Landeswährung hinausliefe. Soll aber schon eine Währung entwertet werden, dann natürlich lieber die des Besiegten als die des Siegers, d. h. im hier gegebenen Falle lieber die belgische als die deutsche.

Aus den Handelskammern.

STATISTIK DER WIRTSCHAFTLICHEN ZUSAMMENBRÜCHE

Die öffentliche Bekanntgabe einer Konkurseröffnung hat zwar eigentlich nur den Zweck, die Gesamtschuldenlast des Gemeinschuldners mit Sicherheit festzustellen, aber ihre Wirkungen gehen bekanntermaßen über diesen ursprünglichen Zweck weit hinaus. Einesteils hat die Veröffentlichung der Tatsache, daß die gerichtliche Liquidation über ein Geschäft verhängt worden ist, große Bedeutung für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit des Inhabers, andererseits ist die Konkursstatistik ein wichtiges Hilfsmittel zur Beurteilung der Konjunktur. Nach beiden Richtungen hin macht sich indes, wie in diesen Heften des öfteren betont worden ist, die Unterlassung einer rechtzeitigen Veröffentlichung der wegen Massemangels zurückgewiesenen Konkursanträge sehr störend bemerkbar. Dem hier geäußerten Verlangen nach Bekanntgabe auch dieser Fälle tritt jetzt die Handelskammer Saarbrücken bei. Sie schreibt: „Wenn auch zuzugeben ist, daß es der Hauptzweck der öffentlichen Bekanntmachung der Konkurseröffnung ist, eine Unterlage für die Durchführung des Konkursverfahrens zu schaffen, so hat diese Maßnahme doch zweifellos auch den sehr zweckdienlichen Nebenerfolg, daß öffentlich vor zahlungsunfähigen Personen gewarnt wird. Hieraus ergibt sich, daß im Interesse der Allgemeinheit eine öffentliche Bekanntmachung auch in dem Fall eintreten sollte, daß der Antrag auf Eröffnung des Konkurses mangels ausreichender Masse abgewiesen wird. In diesem Falle ist das Interesse sogar in erhöhtem Maße vorhanden, da es sich um Personen handelt, die völlig abgewirtschaftet haben . . . Aus der Statistik (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs) ergibt sich, daß die Zahl der mangels Masse nicht veröffentlichten Konkurse innerhalb eines Zeitraums von 16 Jahren (1896—1912) um 406 %, die der veröffentlichten um 150 % gestiegen ist*). Die Konkurse, welche am ungünstigsten für die Gläubiger ausgehen, haben sich um ein Mehrfaches stärker vermehrt als die für die Gläubiger günstigen Konkurse. Dieses Mißverhältnis läßt sich nur darauf zurückführen, daß die Schuldner lieber bis zum völligen Verbrauch der Aktivmasse ihre Geschäfte weiterführen, als in einem geregelten Konkurs ihre Gläubiger zu befriedigen. Dieses tun sie sicherlich zum großen Teil nur deshalb, weil in ersterem Falle ihr

*) Vergl. Januarheft 1914 der „Bank" S. 94.

Digitized by Google

Name als Konkursschuldner überhaupt nicht bekannt wird. Auf Grund dieser Erwägungen dürfte allseitig eine Aenderung der Konkursordnung nach der Richtung hin als erforderlich anzuerkennen sein, daß auch die wegen Massemangels abgelehnten Konkursanträge künftig veröffentlicht werden, wie das bei dem eröffneten Konkursverfahren der Fall ist." — In das gleiche Gebiet fällt auch die Bekanntgabe der Offenbarungseide. Hier sprechen ebenfalls bedeutsame Gründe sowohl für die Veröffentlichung wie für die statistische Zusammenfassung. Naturgemäß ist der Anteil, der bei den Offenbarungseiden nicht auf Handel und Gewerbe entfällt, ganz wesentlich größer als bei den Konkursen; angesichts der weitverbreiteten Kreditgabe an Private ist aber die Kenntnis der von dem Kreditnehmer etwa geleisteten Offenbarungseide von höchster Bedeutung. Sicherlich würde auch eine Statistik der Offenbarungseide sehr interessante Ergebnisse liefern, ihre Herstellung dagegen kaum irgendwelche Schwierigkeiten machen. Die Kosten ihrer Veröffentlichung im Reichsanzeiger wären ebenfalls nicht nennenswert. Wie die Mecklenburgische Handelskammer berichtet, hat eine Breslauer Firma beabsichtigt, eine private Zusammenstellung aller im Deutschen Reich geleisteten Offenbarungseide zu veröffentlichen. Zu diesem Zwecke hat sich die Firma an die zuständigen Stellen mit der Bitte gewandt, die Amtsgerichte anzuweisen, ihr von Amts wegen die geleisteten Offenbarungseide sofort mitzuteilen. Das Schweriner Justizministerium hat die Handelskammer um eine Aeußerung hierüber ersucht. Die Handelskammer beschloß, den Antrag der Breslauer Firma zwar nicht zu unterstützen, dafür aber das Justizministerium zu bitten, nach badischem und preußischem Muster den Amtsgerichten die Ermächtigung zu erteilen, der Handelskammer auf ihren Antrag und auf ihre Kosten Abschriften aus dem Schuldnerverzeichnis auszufertigen. Außerdem will sie den Deutschen Handelstag ersuchen, dahin zu wirken, daß ihm von sämtlichen Amtsgerichten des Deutschen Reichs Abschriften aus dem Schuldnerverzeichnis zum Zwecke der Auskunfterteilung und gegebenenfalls der Weitergabe an die amtlichen Handelsvertretungen zugefertigt werden. Diese Vorschläge der Handelskammer zielen nur auf eine halbe Maßregel ab, von der bei dem lebhaften Ortswechsel der in Betracht kommenden Schuldner nicht zu erwarten ist, daß sie ihren Zweck erfüllen wird. — Es wäre, wie schließlich bemerkt sei, wohl der Erwägung wert, ob nicht auch bei Einrichtung einer Geschäftsaufsicht, wie sie die wirtschaftlichen Kriegsgesetze vorsehen, eine Bekanntgabe der dieser Aufsicht unterworfenen Schuldner erfolgen sollte.

BANKKONTO ALS TÄUSCHUNGSVERSUCH

Eine Bank hat der Hannoverschen Handelskammer folgendes mitgeteilt: Verschiedene Firmen hätten sich durch Einzahlung eines geringfügigen Betrages, der nach kurzer Zeit fast gänzlich wieder zur Abhebung gelangte, ein Konto in den Büchern der Bank einrichten lassen und dabei gleichzeitig Veranlassung genommen, auf ihren Briefbogen, Fakturen usw. den Vermerk „Bankkonto: X. . . Bank" zu setzen, um hierdurch den Eindruck einer regulären Bankverbindung hervorzurufen. Aehnliche Vorkommnisse hätten sich auch bei anderen dortigen Bankinstituten ereignet. Die betreffende Bank bat, in Erwägung zu ziehen, ob die Handelskammer zu diesem Mißbrauche Stellung nehmen könne. In der Sitzung, die sich mit der Sache beschäftigte, hielt der Referent eine Selbsthilfe der Banken für angebracht. Diese sollten die Genehmigung zum Aufdrucke der Bankverbindung bei Eröffnung der Konten sich ausdrücklich vorbehalten; eine Vereinigung der Bankinteressenten könnte hier sehr wohl Wandel schaffen. Von anderen Mitgliedern der Kammer wurde jedoch bezweifelt, ob es gesetzlich zulässig sei, so gegen derartige unlautere Geschäftspraktiken vorzugehen. Ein Mitglied hielt es für ge-

Digitized by Google

radezu gefährlich, für den Aufdruck der Bankverbindung die ausdrückliche Genehmigung der Banken zu fordern, weil dadurch der Eindruck besonderer Kreditwürdigkeit hervorgerufen würde. Ein Beschluß wurde, soweit aus dem Handelskammerbericht hervorgeht, nicht gefaßt, nicht einmal der, die Angelegenheit an den Handelstag weiterzuleiten. Und das ist bedauerlich, denn eine Erörterung der Frage durch Handelstag oder Zentralverband des Bank- und Bankiergewerbes wäre sehr erwünscht. Hier sind tatsächlich Mißbräuche eingerissen. Die Ankündigung „Bankkonto dort und dort" wird nun einmal, wenn auch mit Unrecht, in weiten Kreisen als Zeichen einer großen Kreditwürdigkeit betrachtet, und es wird sich für die Banken in ihrem eigenen Interesse empfehlen, hier die Zügel etwas straffer anzuziehn. Das kann, wenn Einigkeit herrscht, ohne weiteres nach der in England üblichen Methode — Mindesteinzahlung und dauerndes Mindestguthaben — geschehen; sonst aber auch auf dem Wege einer Scheidung der durch Handel und Industrie normal benutzten Konten mit angemessenen Umsätzen von denen, die sich sozusagen als „Privatkonten" darstellen. Werden diese beiden Kontoarten verschieden benannt und wird seitens der Bank darauf geachtet, daß der Kunde ein Konto der zweiten Art ganz deutlich als solches bezeichnet, dann sind Täuschungen zum mindesten sehr erschwert.

HARTGELD UND SCHEINE

Das Problem des Notalgeldes hat augenblicklich in allen Ländern eine vor kurzem noch ungeahnte Aktualität erlangt. Mit den unleugbaren Nachteilen dieses Geldes hat man sich auch in Deutschland unter dem Zwange der Verhältnisse zunächst abfinden müssen, in der Erwartung, daß der Erfolg der Kriegsanleihen es allmählich wieder auf einen kleineren, der Währung nicht gefährlichen Umfang einschrumpfen lassen wird. Trotzdem braucht die Diskussion über die im Frieden unternommenen Versuche, im Kleinverkehr das Gold oder gar das gesamte Hartgeld durch (metallisch gedecktes oder ungedecktes) Papier zu ersetzen, nicht zu verstummen. So ist es nicht ohne Interesse, wenn die Mecklenburgische Handelskammer, die an sich für eine weitgehende Entgoldung des Verkehrs eintritt, in einer darauf bezüglichen Auslassung auf den Widerwillen der Arbeiterschaft, und zwar sowohl aus der Industrie wie der Landwirtschaft, gegenüber dem Papiergelde hinweist. Eine der besten Begründungen dieses Widerwillens findet sich in dem Berichte einer der wenigen Standesvertretungen des Kleinhandels, einer Stelle also, die wesentlich bessere Gelegenheit hat, die Ansichten des breiten Publikums kennen zu lernen, als die Handelskammern. Es ist dies der Jahresbericht der Detailistenkammer in Hamburg, in dem es heißt: „Für Handarbeiter mit stark verarbeiteten Händen, wie im Fuhrwerksgewerbe und überhaupt in allen Gewerben, deren Angestellte im Freien harte körperliche Arbeit zu verrichten haben, erweist sich das weiche Papiergeld als unhandlich und wenig geeignet. Auch fehlt es diesen, wie überhaupt den meisten Angestelltengruppen, an geeigneten Aufnahmebehältern. Sodann paßt das Papiergeld regelmäßig nicht in die Lohntüten, es macht es dem Empfänger ferner unmöglich, durch Nachfühlen mit den Fingern oder durch Gegen-das-Licht-halten den Lohnbetrag nachzuprüfen, ohne das Geld aus der Tüte zu entfernen. Auch haben sich länger im Umlauf befindliche Scheine in diesen Händen als leicht zerreißbar erwiesen. Endlich sind Fälschungen harten Geldes für den Laien durchweg eher kenntlich als falsches Papiergeld. Das meiste falsche Geld verrät sich durch den Klang, und dieses einfache Prüfungsmittel versagt bei dem Papiergeld. Hier ist regelmäßig eine genauere Kenntnis der Ausführung des echten Scheins erforderlich, um eine Fälschung erkennen zu können; eine solche Kenntnis kann aber von der Mehrzahl der Angestellten nicht erwartet werden. Aus diesen Gründen werden der Verwendung von Papiergeld zu Lohnzahlungen stets gewisse natür-

Digitized by Google

liche Grenzen gezogen bleiben." — Eine andere Beobachtung, von der man allerdings kaum vermutet hätte, ihr schon in ruhigen Zeiten zu begegnen, findet sich in dem lange vor Kriegsausbruch geschriebenen Berichte der Wormser Kammer. Es heißt dort: „Die Auffassung, daß die Reichsbank kein Silber verausgabe, ist leider von gewissen Geschäftsleuten genährt und in selbstsüchtiger Weise verbreitet worden. Geldwechsler haben in manchen Gegenden die kleinen Ortschaften bereist und unter allerhand falschen Vorspiegelungen von Kriegsgefahr und Zurückhaltung der Gold- und Silberbestände bei der Reichsbank den betörten Kleinstädtern und Dorfbewohnern Banknoten und Kassenscheine gegen Gold und Kurant mit einem hohen Agio umgewechselt." Wenn auch die Kammer dazu bemerkt, daß ihr aus ihrem eigenen Bezirke Fälle solcher Art nicht bekannt geworden seien, so deutet doch die Tatsache, daß eine Ministerialverfügung über diese Angelegenheit ergangen ist, darauf hin, daß es sich nicht um einen einzelnen Ausnahmefall handelt. Die Gefahr der künstlichen Schaffung eines lokalen Goldaufgeldes in Friedenszeiten läßt sich zwar ohne Mühe beseitigen. Immerhin sind Vorgänge wie der von der Wormser Kammer geschilderte symptomatisch für das Mißtrauen, das in der ländlichen und arbeitenden städtischen Bevölkerung zum mindesten latent noch immer gegen das Papiergeld herrscht.

FORDERUNGEN IM AUSLANDE

Obwohl der Zeitpunkt eigentlich noch verfrüht ist, beschäftigen sich einige Handelskammern doch schon jetzt mit der Frage, wie eine Sicherung der Forderungen deutscher Staatsangehöriger an die Bürger der kriegführenden feindlichen Staaten sich ermöglichen lasse. Die Handelskammer Barmen, die mit der Erörterung begonnen hat, betont selbst, daß sich vorläufig, d. h. während des Krieges, zur Sicherung dieser Forderungen nichts tun lasse. Sie meint ferner, daß man nach dem Kriege zweifellos mit einer Voreingenommenheit der ausländischen Gerichte zuungunsten der deutschen Gläubiger werde rechnen müssen, und daß die Auslandsgläubiger selbst in ihrer Mehrzahl kaum geneigt sein würden, ihre Verpflichtungen gutwillig zu erfüllen. Unter diesen Umständen könne es dazu kommen, daß die deutsche Industrie indirekt an etwaigen Kriegsentschädigungen mitzutragen haben und große Verluste erleiden werde. Die Handelskammern Barmen und Elberfeld machen deshalb folgenden Vorschlag: Die deutschen Gläubiger sollen, wenn der Schuldner binnen einer bestimmten Frist nach dem Friedensschluß seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, ihre Forderungen zur Prüfung bei Handelskammerausschüssen anmelden. Die geprüften Forderungen werden der Reichsregierung mitgeteilt und von dieser zusammen mit der Kriegsentschädigung geltend gemacht. „Der Grundgedanke, auf den es uns ankommt, ist, daß die Regierungen der besiegten Staaten für die Forderungen der böswilligen Schuldner solidarisch haften, und die deutschen Gläubiger unbedingt zu ihrem Gelde kommen." Es ist, wie gesagt, heute noch zu früh, um derartige Vorschläge überhaupt zu erörtern. Es muß aber ferner auch darauf hingewiesen werden, daß sie etwas einseitig formuliert sind. Sicher werden sich die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Industrie nach dem Friedensschlusse anders gestalten als vorher. Wie aber, darüber kann heute kaum jemand sich ein Urteil bilden, ebensowenig wie über die Frage, ob staatliche Eingriffe, wie sie hier vorgeschlagen werden, nach dem Friedensschluß notwendig oder auch nur erwünscht sein werden.

BEGRIFFS-VERWIRRUNG

Es ist in diesen Heften des öfteren zu den Grenzstreitigkeiten zwischen Banken und Sparkassen Stellung genommen und dabei nachdrücklich betont worden, daß Bankfirmen oder deren Zweigstellen in keinem Falle berechtigt sind, sich als „Sparkassen" oder dergleichen zu bezeichnen — eine Fehlbenennung, die ja inzwischen wohl auch fast überall beseitigt sein

Digitized by Google

dürfte. Noch weniger aber kann es gebilligt werden, wenn, wie dies nach einem Berichte der Handelskammer Emden geschehen ist, von einer Handelsfirma zu Reklamezwecken Rabattbücher mit dem Aufdruck „Sparkassenbuch" verteilt werden. Wenn das „Sparkassenbuch", wie in diesem Falle, noch dazu äußerlich dem einer Sparkasse des Verteilungsortes ähnlich sieht, so handelt es sich um eine Ungehörigkeit, die nahe an unlauteren Wettbewerb und strafbare Irreführung streift. Das Gebiet der Sparkassen ist ziemlich scharf umschrieben, und so wenig eine Grenzüberschreitung von ihrer Seite dem recht verstandenen Wesen der Sparkasse entspricht, so wenig kann ein Einbruch auf ihr Gebiet gebilligt werden; noch dazu, wenn er von einer Seite kommt, die nicht eine einzige von den Forderungen erfüllt, welche man an eine Sparkasse stellen muß.

WERTPAPIERHANDEL IM UMHERZIEHEN

Daß Bucketshops und Pseudo-Bankiers in ihren verschiedenen Abarten trotz aller Bemühungen noch nicht ausgestorben sind, läßt eine Bekanntmachung der Regierung von Unterfranken erkennen, die im Bericht der Handelskammer Würzburg wiedergegeben wird. Sie lautet: „Die wiederholt gemachte Wahrnehmung, daß kleinere Bankiers mit Vorliebe unsichere ausländische Wertpapiere im Wege des unerlaubten Gewerbebetriebes im Umherziehen, besonders an sogenannten Banktagen und im Detailreisen, auf dem Lande unterzubringen suchen, veranlaßt zu neuerlichem Hinweise auf die Ministerial-Entschließung vom 1. Oktober 1905. Die Distriktspolizeibehörden werden veranlaßt, solchem unreellen und zum Teil unerlaubten Geschäftsgebaren mit allem Nachdruck zu begegnen und die Bevölkerung zeitweise vor solchem Gebaren eindringlichst zu warnen."

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

„Compaß", Finanzielles Jahrbuch für Oesterreich-Ungarn 1915. (3 Bände.) Herausgegeben von Rudolf Hanel. — Die neuen Bände, welche die Bilanzen pro 1913/14 enthalten, sind ein Spiegelbild der Wirtschaft der Doppelmonarchie und insbesondere des Standes aller Aktiengesellschaften, Sparkassen usw. vor Ausbruch des Krieges. Die vorliegenden Bände zeigen dieselbe fast wissenschaftliche Gründlichkeit und Exaktheit, die man von der Redaktion dieses im In- und Auslande gleich geschätzten Nachschlagewerks gewohnt ist. Wer sich über die Wirtschaftsverhältnisse des In- und Auslandes im allgemeinen, über Anleihen, Banken und Versicherungsinstitute, Industrieunternehmungen und Verkehrsanstalten Oesterreich-Ungarns informieren will, wird im „Compaß" erschöpfende Auskunft finden.

Der Handelsteil der Tagespresse. Von Wilhelm Vogel. Berlin 1914. Verlag Franz Siemenroth. (Preis 1.50 M.) — Aus dem Inhalt: Die Quellen und Hilfsmittel der Berichterstattung. — Die wichtigsten Gebiete der Berichterstattung (Wertpapiermarkt, Geldmarkt, Hypothekenmarkt, Aktiengesellschaften, Getreidemarkt, Zuckermarkt, Kaffeemarkt, Baumwollmarkt, Wollmarkt, Kautschukmarkt, Kohlenmarkt, Eisenmarkt, Metallmarkt, Holzmarkt). — Konjunkturbeobachtung. — Kritik und Beratung. — Die führenden Handelszeitungen deutscher Zunge.

Berliner Statistik für die Jahre 1908—1912. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin. — Für den Volkswirt wie für den Kaufmann und Landwirt ist dies kleine Buch eine reiche Fundgrube. Das authentische Material liefert einen Einblick

Digitized by Google

in die Finanzverhältnisse und über das Wirtschafts- und Gewerbeleben der Reichshauptstadt.

Jahresbericht des Vereins für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund für 1913. (II. Statistischer Teil.) — Aus dem Inhalt: Produktion und Belegschaft. — Verbrauch. — Absatz. — Kohlen- und Eisenpreise. — Ein- und Ausfuhr von Kohle und Eisenerz. — Verkehrswesen. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die Rechte der Hypothekengläubiger an den Mietzinsen. Von Alfred Sittarz. Berlin 1914. Puttkammer & Mühlbrecht. (0,60 M.) — Aus dem Inhalt: Rechtsgeschäftliche Verfügungen über die Mieten. — Beseitigung der Mietzessionen durch Aufkündigung der Mietverträge.

Wichtige kaufmännische Rechtsfragen in Kriegszeit. Von Syndikus Dr. Hanns Heimann und Rechtsanwalt Dr. Ernst Tauber. Berlin 1914. Verlag für Fachliteratur G. m. b. H. (0,75 M.) — Aus dem Inhalt: Angestelltenverträge. — Lieferungsverträge. — Schuldnerschutz. — Wechselrechtliche Bestimmungen. — Notgesetzliche Bestimmungen betr. Gläubiger- und Schuldnerschutz während des Krieges.

Die Schweizerischen Hypothekenbanken. Von J. Weber-Schuster. Zürich 1914. Verlag Art. Institut Orell Füßli. (4,80 M.) — Aus dem Inhalt: Bodenverschuldung und Bodenkredit der Schweiz. — Geschäftstechnik der Hypothekenbanken.

Handels-, Zahlungs- und Wirtschaftsbilanz. Von Dr. Josef Gruntzel. Wien 1914. Verlag der Exportakademie des K. K. Oesterreich. Handelsmuseums. — Aus dem Inhalt: Die Theorie der Wirtschaftsbilanz. — Die Arten der internationalen Wertübertragungen. — Die Ursachen der internationalen Wertübertragungen.

* * *

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung usw. 38. Jahrgang, 3. Heft, 1914. — Aus dem Inhalt: Geschichte der Lohntheorien (Schmoller). — Die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kommanditgesellschaften auf Aktien. — Die neuere Entwicklung des öffentlichen Schuldenwesens in Deutschland (Pfitzner).

Zeitschrift für Sozialwissenschaft (Pohle). September- und Oktoberheft 1914. — Aus dem Inhalt: Die Preiskurve und das Teuerungsproblem. 2. Teil (Glier). — Die inneren jahreszeitlichen Wanderungen der Landarbeiter usw. in Italien (Marchetti).

The American Economic Review. Septemberheft 1914. — Aus dem Inhalt: Voyage Cost via Panama and other routes (Hutchinson). — Certified securities (Mulvey).

Soziale Kultur. Oktoberheft 1914. — Der soziale Charakter des großen Krieges (Mayer). — Die Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung (Schwiedland).

Der Oesterreichische Volkswirt (Federn). Hefte vom 19. und 26. September 1914. — Der gesteigerte Banknotenumlauf im Kriege (Federn). — Außenhandel im Kriege. — Abbau des Moratoriums.

Sozialistische Monatshefte (Bloch). Septemberheft 1914. — Der Krieg und die deutsche Volkswirtschaft (Kaliski). — Die deutschen Gemeinden während des Krieges (Lindemann).

Recht und Wirtschaft (Reichel-Rumpf). August und September 1914. — Non silent leges inter arma (Kipp). — Völkerrecht und Staatsinteresse (Riß).

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat September (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

	Aktiva: Metallbestand*)	Kassenscheine **)	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Passiva: Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (−) ***)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdiskont %
7. September															
1914	1619,9 (1580,1)	160,3	14,1	4679,8	108,8	116,7	209,6	180,0	74,5	4138,1	2418,9	97,7	— 1793,7	43,0	6
1913	1402,8 (1131,3)	45,9	20,2	919,8	68,5	89,3	254,8	180,0	70,0	1874,4	616,3	60,5	+ 144,5	74,8	6
1912	1234,4 (941,4)	37,4	23,6	1138,2	64,2	28,1	170,5	180,0	66,9	1696,1	707,3	46,0	+ 149,2	72,8	4½
1911	1146,5 (849,4)	51,7	19,3	930,9	61,0	5,7	222,3	180,0	64,8	1616,2	603,1	33,4	+ 151,3	70,9	4
1910	1029,4 (752,5)	63,4	20,8	969,8	64,9	75,5	185,5	180,0	64,8	1538,9	587,6	38,0	+ 47,6	66,9	4
15. September															
1914	1653,4 (1620,9)	155,9	19,3	4660,5	118,9	90,4	215,5	180,0	74,5	4053,6	2494,3	111,5	— 1675,1	44,6	6
1913	1445,1 (1170,4)	46,0	29,4	934,0	77,1	81,8	260,2	180,0	70,0	1837,4	724,4	61,8	+ 233,1	78 6	6
1912	1247,8 (925,1)	38,7	31,6	1207,8	57,4	37,9	171,8	180,0	66,9	1669,4	829,0	47,7	+ 198,8	74,7	4½
1911	1128,6 (832 4)	51,8	27,7	1157,5	62,9	26,0	210,7	180,0	64,8	1644,1	740,4	35,9	+ 114,0	68,6	4
1910	1040,2 (761,4)	64,7	29,9	1019,5	76,0	58,5	173,5	180,0	64,8	1514,2	664,0	39,1	+ 93,4	68,6	4
23. September															
1914	1704,5 (1675,8)	149,3	23,1	4712,2	125,5	79 6	269,4	180,0	74,5	3992,8	2709,0	107,3	— 1565,9	46,4	6
1913	1461,6 (1179,5)	58,1	35,7	961,6	64,6	61,8	288,6	180,0	70,0	1847,7	771,6	62,8	+ 257,8	79 1	6
1912	1262,2 (977,1)	39,9	40,6	1274,2	56,2	29,7	167,6	180,0	66,9	1699,5	874,6	49,5	+ 193,3	74,2	4½
1911	1111,9 (815,9)	51,4	34,0	1246,8	50,8	25,1	213,6	180,0	64,8	1677,6	773,6	37,7	+ 69,7	66,3	5
1910	1036,1 (756,4)	64,9	35,5	1112,4	70,9	57,4	170,4	180,0	64,8	1553,4	708,8	40,3	+ 55,7	66,0	4
30. September															
1914	1737,4 (1716,1)	336,5	7,3	4755,8	30,6	105,9	228,5	180,0	74,5	4490,9	2350,7	106,0	— 1659,6	38,6	6
1913	1408,5 (1142,9)	39,2	11,2	1499,3	112,1	198,1	206,9	180,0	70,0	2455,6	703,5	66,2	— 246,8	57,4	6
1912	1144,8 (836,7)	26,6	13,3	1765,3	88,9	109,7	168,8	180,0	66,9	2273,8	744,6	52,0	— 339,1	50,3	4½
1911	995,3 (719,5)	35,0	10,9	1785,1	90,6	118,1	195,8	180,0	64,8	2295,2	650,0	40,8	— 504,0	43,3	5
1910	907,9 (645,0)	55,9	11,0	1534,4	210,0	120,7	167,0	180,0	64,8	2056 0	663,4	42,6	— 608,4	44,1	5

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.

**) Seit 7. August 1914 Reichs- und Darlehnskassenscheine.

***) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11. 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M. Die Steuerpflicht ist seit dem 7. August 1914 suspendiert.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im September 1914.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Sept. 1914	Metall-bestand	Reichs-*) kassen-scheine	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grund-kapital	Res.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Noten-reserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 619 888	160 335	14 122	4 679 769	108 812	116 705	209 570	180 000	74 479	4 138 066	2 418 942	—	97 714	—1 793 721	—
	15.	1 653 419	155 880	19 252	4 660 453	118 884	90 407	215 497	180 000	74 479	4 053 605	2 494 257	—	111 451	—1 675 054	—
	23.	1 704 513	149 292	23 103	4 712 152	125 477	79 624	269 434	180 000	74 479	3 992 806	2 708 975	—	107 335	—1 565 898	—
	30.	1 737 445	336 475	7 347	4 755 770	30 581	105 906	228 528	180 000	74 479	4 490 893	2 350 718	—	105 962	—1 659 626	—
Bayerische Notenbank	7.	30 257	72	4 000	41 797	2 743	58	4 138	7 500	3 750	61 099	7 313	—	3 403	+ 5 230	756
	15.	30 358	66	5 132	40 695	2 711	58	4 293	7 500	3 750	60 247	-8 392	—	3 424	+ 7 309	660
	23.	30 588	57	5 731	38 907	2 750	58	4 921	7 500	3 750	60 603	7 332	—	3 827	+ 7 773	848
	30.	29 941	70	4 437	38 848	2 767	1 514	4 968	7 500	3 750	61 238	6 455	—	3 602	+ 5 210	656
Sächsische Bank	7.	19 112	240	29 327	72 541	19 013	7 064	5 348	30 000	7 500	46 105	39 728	26 711	2 602	+ 19 345	5 533
	15.	26 256	257	26 596	68 757	17 585	6 958	6 622	30 000	7 500	50 568	37 403	24 952	2 608	+ 19 312	67
	23	28 963	279	30 852	65 644	15 146	6 958	6 906	30 000	7 500	48 047	39 895	26 699	2 606	+ 28 818	71
	30.	20 144	213	13 629	63 108	13 866	9 812	7 602	30 000	7 500	39 114	24 159	24 971	2 631	+ 11 643	52
Württembergische Notenbank	7.	7 304	103	19 533	16 626	9 629	2 522	6 201	9 000	1 721	15 683	34 042	37	1 436	+ 21 257	1 037
	15.	7 354	106	21 211	15 571	8 757	2 521	7 355	9 000	1 721	15 143	35 508	37	1 467	+ 23 528	1 050
	23.	7 474	93	24 558	14 802	8 454	2 521	12 501	9 000	1 721	14 795	43 362	37	1 489	+ 27 330	1 151
	30.	7 589	110	13 486	14 500	8 539	2 521	13 201	9 000	1 721	14 672	33 003	37	1 514	+ 16 513	817
Badische Bank	7.	6 271	20	3 412	14 878	8 899	532	6 141	9 000	2 250	13 583	14 413	—	907	+ 6 120	183
	15.	6 301	24	4 270	13 941	8 875	1 027	6 470	9 000	2 250	13 867	14 868	—	923	+ 6 728	149
	23.	6 303	18	4 204	14 019	8 873	977	7 006	9 000	2 250	13 429	15 777	—	943	+ 7 096	227
	30.	5 898	13	490	15 817	7 090	2 892	6 808	9 000	2 250	13 405	13 371	—	982	+ 2 996	299
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 682 832	160 770	70 394	4 825 611	149 096	126 881	231 398	235 500	89 700	4 274 536	2 514 438	26 748	106 062	—	—
	15.	1 723 688	156 333	76 461	4 799 417	156 812	100 971	240 237	235 500	89 700	4 193 430	2 590 428	24 989	119 873	—	—
	23	1 777 841	149 739	88 448	4 845 524	160 700	90 138	300 768	235 500	89 700	4 129 680	2 815 341	26 736	116 200	—	—
	30.	1 801 017	336 881	39 389	4 888 043	52 843	122 645	261 107	235 500	89 700	4 619 322	2 427 706	25 008	114 691	—	—

*) Reichs- und seit 7. August 1914 Darlehnskassenscheine.

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im September (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 Sept. 2.	47,77	28,02	121,82	35,29	28,68	133.82	30,94	19	5
„ 9.	47,51	25,75	116,92	35,22	24,41	130,70	30,74	19 3/4	5
„ 16.	48,72	25,67	113.79	34,62	18,64	135,04	32,55	21 1/8	5
„ 23.	51,67	25,68	110,73	34,20	28,67	125,27	35,92	23 3/8	5
„ 30.	52,92	24,73	116,82	34,97	22,24	137,77	36.39	22 3/4	5
1913 Sept. 3.	43,25	12,45	27,63	29,46	9,52	44,57	32,24	59 5/8	4 1/2
„ 10.	42,43	12,45	26,52	29,05	9,01	43,55	31,84	60 1/2	4 1/2
„ 17.	42.01	12,45	26,31	28,70	9,63	42,63	31,76	60 3/4	4 1/2
„ 24.	40,68	12,45	27,61	28,66	10,24	41,97	30,47	58 3/8	4 1/2
1912 Sept. 4.	42,19	13,37	36,52	29,27	15,90	47,12	31,37	49 3/4	4
„ 11.	42,17	13,37	36,09	28,86	15,51	47,36	31,66	50 3/8	4
„ 18.	41,63	13,37	35.60	28,55	15,88	46,36	31,53	50 5/8	4
„ 25.	41,69	13,37	34,57	28,83	16,87	44,04	31,32	51 3/8	4
1911 Sept. 6.	41,46	14,60	25,35	29,76	9,92	41,92	30,15	58 1/8	3
„ 13.	42,47	14,60	26,38	29,38	9,94	44,32	31,54	58 1/8	3
„ 20.	43,08	14,09	29,08	28,96	11,90	45,55	32,57	56 3/4	3
„ 27.	44,56	14,09	29,16	29,06	12,17	43,71	30,95	55 3/8	4
1910 Sept. 7.	39,44	15,87	29,70	28,20	16,86	40.15	29,69	52	3
„ 14.	39,71	15,63	29,20	27,65	13,33	43,75	30,50	53 3/8	3
„ 21.	39,09	15,27	29,11	27,64	12,49	43,54	29.91	53 3/8	3
„ 28.	37,35	15,27	30,43	27,96	12,79	42,44	27,84	50 3/8	3

Belgische Nationalbank.

Wochenausweise von April bis Juni 1913—1914 (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Ausländ. Guthab.	Wechsel	Darleh a. belg. Staats pap.[1])	Staatl. u. priv. Depositen	Banknoten-umlauf	Nicht metall. gedekt. Noten	Bank-diskont %
1914 April 2.	255,9	75,3	127,2	541,2	67,5	108,1	978,2	647,0	4
„ 9.	257,0	74,5	140,5	529,6	51,9	99.6	972,9	641,4	4
„ 16.	257.1	75,0	130,9	537,1	52 7	99.7	971,7	639,6	4
„ 23.	257,0	74,6	124,9	547,3	47,3	104,3	964,9	633,3	4
„ 30.	259,0	71,7	129,0	603,1	54,3	112,2	1023,6	692,9	4
Mai 7.	259,1	73,7	122,3	561,9	51,5	99,7	986,4	653,6	4
„ 14.	259 0	74,7	114,9	568,6	50,8	99,1	986,2	652,5	4
„ 20.	259,1	76,9	111,1	563,8	49,7	107,0	970,6	634,6	4
„ 28.	259,1	73,6	109,4	588,2	48,2	112,1	983,2	650,5	4
Juni 4.	259,1	77,4	116,2	575,3	53,6	128,1	970,1	633,6	4
„ 11.	259,1	73,1	104,4	545,2	49,1	81,4	966,0	633,8	4
„ 18.	259,2	78,8	103,1	524.4	50,1	80,5	951 3	613,3	4
„ 25.	260.3	76,0	131,4	524.5	46,6	95.0	959,6	623.3	6
1913 April 3.	217,8	77,2	128,5	557,9	78,2	101,0	976,7	681,7	5
„ 10.	218,0	67,4	127,9	571,7	70,6	78,9	994,2	708.8	5
„ 17.	218,2	72,5	127,6	565,1	67,7	78,7	989,5	698,8	5
„ 24.	218,3	70,2	135,1	565,9	63,1	78,7	990,7	702,2	5
„ 30.	218,5	63,8	160,8	611,5	71,1	103.9	1038,4	756,1	5
Mai 8.	220,3	73,7	144,4	563,1	71,6	99,2	989,3	695,3	5
„ 15.	220,3	75.5	142.5	548,5	71,5	83,6	989,8	694,0	5
„ 22.	221,3	73,6	119,9	562,3	62,4	84.8	969,5	674,6	5
„ 29.	221,5	69,3	111,6	568,6	60,4	73.3	978,0	687,2	5
Juni 5.	221,9	78,1	126,3	561,9	67,1	110,8	959,5	659,5	5
„ 12.	222,1	72,8	125,8	549,2	63,2	86,7	961,1	666,2	5
„ 19.	224,5	80,0	112.4	545,2	61 9	92,6	945,8	641,3	5
„ 26.	224,7	71 8	119,0	554,4	62,4	86,1	960,2	663,7	5

[1]) Für 1913 inkl. 0,3—1,9 Mill. Fr. Darlehen auf Barren und Münzen.

Digitized by Google

Schwedische Reichsbank.

Wochen-Ausweise von April bis Juni 1913—1914.

Millionen schwedische Kronen (1 Kr. = Rmk. 1,12).

Datum	Metall	Ausländ. Guthab. (Saldo)	Schwed. u. ausländ. Staatspap.	Wechsel und Vorschüsse	Täglich fällig. Verbindlichk.	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdisk. %
1914 April 4.	104,225	111,549	32,465	131,973	84,104	229,737	103,712	4½
„ 11.	104,184	112,112	32,465	122,212	83,162	222,723	110,645	4½
„ 18.	104,156	112,181	32,465	115,149	85,548	212,866	120,446	4½
„ 25	104,134	112,818	32,465	110,767	88,206	205,870	127,398	4½
„ 30.	104,118	112,872	32,465	117,868	83,558	219,184	114,053	4½
Mai 2.	104,100	114,313	32,465	116,689	81,462	222,983	110,217	4½
„ 9.	104,082	114,463	32 465	112,888	81,848	217,224	115,939	4½
„ 16.	104,958	113,318	32,465	107,704	78,002	214,579	120,337	4½
„ 23.	104,956	112,323	32,465	102,443	75,391	208,890	126,022	4½
„ 30.	104,918	112,172	32,465	112,617	69,660	226,555	108,281	4½
Juni 6.	104,900	111,895	32,465	108,508	67,344	225,410	109,389	4½
„ 13.	104,829	109,251	32,465	103,417	65,214	219,584	115,074	4½
„ 20.	104,822	109,871	32,465	106,352	66,657	219,916	114,728	4½
„ 27.	104,819	109,081	32,465	104,220	65,866	217,562	117,075	4½
„ 30.	105,430	113,939	28,020	118,029	61,819	238,971	96,888	4½
1913 April 5.	102,952	78,734	15,783	156,657	59,688	213,824	74,670	5½
„ 12.	102,931	77,744	15,783	146,501	59,798	203,079	84,242	5½
„ 19.	102,906	78,331	15,783	142,629	61,088	199,165	94,285	5½
„ 26.	102,884	78,231	15,783	143,277	63,098	196,964	93,042	5½
„ 30.	102,882	76,189	15,783	152,684	62,566	209,577	81,510	5½
Mai 3.	102,813	76,356	15,783	153,421	59,372	213,687	75,073	5½
„ 10.	102,804	75,925	15,783	143,794	60,816	203,967	78,569	5½
„ 17.	102,786	76,457	15,783	138,985	61,584	199,478	84,204	5½
„ 24.	102,767	74,591	15,783	129,326	54,504	193,296	91,114	5½
„ 31.	102,753	71,497	15,783	143,777	50,194	210,750	73,926	5½
Juni 7.	102,705	72,277	15,783	141,794	53,703	210,885	75,276	5½
„ 14.	102,681	69,396	15,783	142,312	53,396	209,193	76,085	5½
„ 21.	102,659	68,005	15,783	142,029	50,170	210,017	75,649	5½
„ 28.	102,643	70,379	15,783	139,359	48,824	211,197	74,041	5½
„ 30.	102,641	70,160	15,783	152,806	47,503	226,780	58,708	5½

Bank von Norwegen.

Wochen-Ausweise von April bis Juni 1913—1914.

Millionen norwegische Kronen (1 Kr. = Rmk. 1,12).

Datum	Goldbest. inkl. des i. Ausland befindl.	Ausländische Wechs.	Fremde Staatsobligg.	Wechsel und Vorschüsse	Depositen	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdisk. %
1914 April 7.	69,442	35,218	8,816	71,984	7,007	111,637	1,522	4½
„ 15.	71,619	34,997	8,816	70,585	7,781	111,076	4,650	4½
„ 22.	70,443	32,952	8,816	70,359	8,135	108,575	6,846	4½
„ 30.	73,100	32,053	8,816	74,906	10,622	110,806	6,580	4½
Mai 8.	73,147	31,687	8,816	74,545	9,852	109,386	7,379	4½
„ 15.	72,429	30,463	8,816	74,638	9,288	109,147	7,048	4½
„ 22.	72,223	29,686	8,816	74,436	9,415	108,044	8,298	4½
„ 30.	74,088	28,532	8,816	76,911	7,188	113,484	5,211	4½
Juni 8.	75,205	27,987	8,816	77,859	7,891	112,087	6,381	4½
„ 15.	75,167	27,506	8,816	81,030	7,075	114,179	3,965	4½
„ 22.	76,343	27,289	8,816	82,454	8,344	116,710	2,870	4½
„ 30.	79,827	27,244	8,816	84,739	6,457	124,094	215	5
1913 April 7.	58,181	21,206	9,137	66,931	6,325	97,475	5,615	5½
„ 16.	60,002	21,528	9,137	67,665	6,328	99,500	4,800	5½
„ 22.	61,268	21,478	9,137	67,062	6,855	98,896	6,904	5½
„ 31.	62,337	22,358	9,137	70,943	8,293	102,406	3,762	5½
Mai 8.	64,711	22,793	9,137	70,533	10,396	101,548	7,355	5½
„ 16.	66,242	26,233	9,137	68,153	8,538	102,079	5,334	5½
„ 22.	65,842	25,911	9,137	65,523	8,554	99,866	8,242	5½
„ 31.	66,921	26,920	9,137	67,597	6,357	103,237	5,317	5½
Juni 8.	67,907	26,718	9,137	68,624	6,970	104,137	6,136	5½
„ 16.	66,666	27,600	9,137	72,960	6,079	103,421	4,346	5½
„ 23.	66,988	27,825	9,137	74,721	6,325	105,692	3,749	5½
„ 31	67,779	26,959	9,137	79,552	4,919	112,536	706	5½

Digitized by Google

Bank von Spanien.

Wochenausweise von April bis Juni 1913—1914. (Mill. Pesetas.)

Ausweis-Tag	Metall		Ausländ. Guthaben	Wechsel	Darlehen[2]	Guthaben des Staat.	Guthaben der Privat.	Notenumlauf	Durch Gold u. Silb. nicht ged. Not.	Bankdiskont
	Gold	Silber[1]								
1914 April 4.	507,1	722,5	174,2	345,0	521,1	126 1	478,1	1917,3	687,7	4½
„ 11.	508,2	721,0	174,3	338,7	516,1	119,7	479 8	1923,1	693,9	4½
„ 18.	509,7	724,4	175,5	334,2	509,4	117,5	480,2	1916,5	682,4	4½
„ 25.	510,8	726,6	176,3	333,3	501,7	114,8	488,5	1912,5	675,1	4½
Mai 1.	513,3	728,0	174,9	338,7	509,0	103,1	488,6	1915,9	674,6	4½
„ 9.	515,1	724,9	175.6	331,5	499,4	104,6	485,3	1925,9	685,9	4½
„ 16.	517,5	725,5	176,9	325,4	496,0	111,4	473,7	1916,7	673,7	4½
„ 23.	519,0	731,5	177,6	324,4	495,7	111.5	470 7	1907,5	657,0	4½
„ 30.	521,8	734,7	176,7	337,5	495,7	110.2	469,1	1901,5	645.0	4½
Juni 6.	523,5	731,7	178,1	330,6	497.4	109,2	465,5	1905.7	650,5	4½
„ 13.	524,8	737,0	179,2	326,4	492,9	105,3	467,4	1901,3	639.5	4½
„ 20.	528,1	735,9	179,3	329,2	491,9	107,0	468,1	1890,3	626,3	4½
„ 27.	531,6	737,3	179,3	328,0	494,3	109.5	476,7	1892,2	623.3	4½
1913 April 5.	447,7	753,5	192,1	299,1	515,0	113,8	442,5	1835,7	634,5	4½
„ 12.	448,6	753,7	193,1	292,3	508,2	120,5	441,8	1839,8	637,5	4½
„ 19.	449,9	756,2	190,9	290,5	500,6	115,3	439,1	1836,6	630,5	4½
„ 26.	450,6	758,2	190,5	287,7	496,1	108,1	449,7	1833,9	625,1	4½
Mai 3.	451,4	757,4	189,5	290,3	501,9	98,8	436,6	1842,3	633,5	4½
„ 10.	452,8	753,2	188,8	288,6	499,0	93,0	440,1	1852,3	646,3	4½
„ 17.	453,3	755,9	189,0	291,4	493,9	95,7	445,5	1843,2	634,0	4½
„ 24.	453,6	760,0	189,4	287,0	488,1	93,9	448,8	1836,0	622,4	4½
„ 31.	453,9	763,8	191,0	296,0	491,5	94,1	437,9	1832,5	614,8	4½
Juni 7.	454,6	757,5	192,3	295,0	500,4	93,5	428,4	1845,0	632,9	4½
„ 14.	455,4	760,1	192,7	292,7	496,0	88,0	435,5	1843,3	627,8	4½
„ 21.	456,2	760,2	192,6	294,9	497,3	88,1	432,1	1834,3	617,9	4½
„ 28.	457,0	761,9	193,7	294,4	498,8	88,6	435,0	1838,3	619,4	4½

[1]) Inklusive geringer Kupferbestände.
[2]) Inkl. 150 Mill. Pesetas ewiger Vorschuß an die Regierung.

Bank von Portugal.

Wochenausweise von April bis Juni 1913—1914. (Tausend Escudos.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber[1])	Wechsel	Darleh.	Guthaben d. Staats	Guthaben d. Privat.	Notenumlauf	dav. nicht met. ged.	Disk. %
1914 April 1.	7542,5	9142,2	23719,6	65571,0	2989,9	5422,5	82763,0	66078,3	5½
„ 8.	7542,5	9105,5	23670,3	65940,7	3055,8	5604,7	82819,5	66171,5	5½
„ 15.	7545 3	9189,1	23382,7	65823,9	3316,3	5755,9	82131 6	65397,2	5½
„ 22.	7545,3	9328,1	23404,3	65473,1	3422,0	5681,6	81790,6	64917,2	5½
„ 29.	7546 6	9395,3	23626,9	65881,9	3280,4	5719,7	82552,8	65610,9	5½
Mai 6.	7546,6	9295,5	22871,2	66080,4	3082,0	5236 6	82650,3	65808,2	5½
„ 13.	7777,9	9382,2	22724,8	65795,9	3055,6	5319,6	82385,8	65225,7	5½
„ 20.	7777,9	9431,2	22450,4	66151,6	2715,2	5743,6	82730,6	65521,5	5½
„ 27.	8009,3	9516,1	22638,7	65281,3	2803,6	5931,4	82187,6	64062,2	5½
Juni 3.	8009,3	9436,1	22227,7	66258,9	2702,4	5290,0	83500,4	66055 0	5½
„ 9.	8011,6	9446,7	21928,1	66322,2	2725,6	5818,4	82655,1	65196,8	5½
„ 17.	8011 7	9474,1	22033,7	66358,1	2684,1	6227,3	82421,5	64935,7	5½
„ 24.	8013,0	9523,0	22327,5	66192 5	2623,4	6513,3	82704,2	65168,2	5½
1913 April 2.	7026,8	9104,1	21553 8	69949,5	2735,7	5863,9	84522,6	68391,7	6
„ 9.	7026,8	9142,1	21461,3	70011,1	2787,9	5710,7	84547,5	68378,6	6
„ 16.	7027,4	9215,6	21184,8	69390,5	2363,9	5894,3	83934,5	67691,5	6
„ 23.	7027,4	9319,6	21280,2	69502 5	2528,9	5583,8	84096,1	67749,1	6
„ 30.	7028,5	9286.3	21053,1	69245,0	2580,8	5521,1	83909 7	67594,9	6
Mai 7.	7028,6	9272,0	21255,4	69767,6	2506,6	5308,1	84842,9	68542,3	6
„ 14.	7030,1	9345,7	21661,9	68982,2	2498,3	5593,8	84163,9	67788,1	6
„ 21.	7030.1	9426 4	21457,8	68558,3	2448.4	5731,3	83410,2	66953.7	6
„ 28.	7031 0	9488,1	21645,6	68073,5	2480,4	6320,7	82498,1	65979,0	6
Juni 4.	7031 0	9444,7	21337,5	68286,9	2813,9	5560,5	83224,6	66748,9	6
„ 11.	7031,4	9455,3	21156,1	67948.1	2807,8	5841,8	82244,1	65757,4	6
„ 18.	7031,4	9510,5	21198,0	67651,9	2520,1	5916,6	81975,2	65433,3	6
„ 25.	7031,5	9595,8	21721,8	68008 6	2460,9	7107,2	81759,7	65132,4	5½

[1]) Inkl. geringer Nickel- und Kupferbestände.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: i. V. Wolfgang Fernbach, Friedenau, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Billowstr. 66.

Digitized by Google

A. Schaaffhausen'scher Bankverein Aktiengesellschaft ▫ Köln a. Rh.

Aktienkapital und Reserven: M. 110 000 000.

Niederlassungen und Geschäftsstellen in:

Berlin	Dülken	Grevenbroich	Mülheim a. Rh.	Rheydt
Beuel	Düsseldorf	Kempen	Neuss	Ruhrort
Bonn	Emmerich	Krefeld	Neuwied	Viersen
Cleve	Godesberg	Moers	Odenkirchen	Wesel
Duisburg				

Wechselstuben und Depositenkassen

in Köln:
Unter Sachsenhausen 4
Gürzenichstrasse
Hohenzollernring 9
Karolingerring 3
Zeppelinstr., Ecke Richmodstr.

in Köln-Ehrenfeld:
Venloerstrasse 239

in Köln-Lindenthal:
Geibelstrasse 33

in Krefeld:
Ostwall 50

Commandite in Dresden: Philipp Elimeyer

Rheinische Bank, Essen-Ruhr

Aktienkapital und Reserven: M. 30 000 000.

Niederlassungen:
Mülheim-Ruhr — Duisburg — Duisburg-Meiderich — Duisburg-Hochfeld — Dinslaken — Hamborn — Hattingen

---

Mittelrheinische Bank, Koblenz

Aktienkapital und Reserven: rd. M. 23 200 000.

Niederlassungen:
Duisburg — Haspe — Meiderich — Metz

Westfälisch-Lippische Vereinsbank Aktiengesellschaft

Bielefeld

Aktienkapital und Reserven: rd. M. 7 600 000.

Niederlassungen:
Herford — Minden — Detmold — Geseke — Lage — Lemgo — Bad Oeynhausen — Rinteln — Salzuflen.

Magdeburger Bank-Verein, Magdeburg.

Filialen: Aschersleben, Braunschweig, Burg b. M., Cöthen, Dessau, Hildesheim, Mühlhausen in Thür., Naumburg a. S., Nordhausen, Peine, Salzwedel, Stendal. — Dauernde Beteiligungen b. den Firmen G. Vogler, Quedlinburg, und Meyer & Windmüller, Essen-Ruhr.

Ein Exemplar des

Handwörterbuchs der Staatswissenschaften

(III. Auflage von 1910)

wird preiswert zu kaufen gesucht. Gefl. Offerte erbeten sub **D. M 100** Exped. der „Bank", Berlin, Mansteinstr. 9.

Die

Sortimentsabteilung

des **Bank-Verlages** empfiehlt sich zur Besorgung sämtlicher Werke, die in das Gebiet der Nationalökonomie sowie des Bank- und Finanzwesens schlagen, erteilt auf Wunsch auch Auskunft über derartige Werke.

Berlin, Mansteinstr. 9 **Bank-Verlag.**

ZOOLOGISCHER GARTEN BERLIN.

TÄGLICH KONZERT.

Im Sommer: Doppel-Konzert an den ausgedehnten Restaurationsterrassen (10000 Stühle), Sonntags drei Militärkapellen.
Im Winter: Symphonie-Konzert in dem prachtvollen Festsaale.

Eintrittspreis: 1 Mark, Sonntags und gegen Abend in der Woche billiger.

Restaurant in den Händen der Hotel-Betriebs-Act.-Ges. 8 Eingänge: Stadtbahn, Kurfürstendamm, Tiergarten.
Bequeme Verbindung durch Stadt-, Untergrund- und Straßenbahn. — Fahrradhalle.

Digitized by Google

Die Kriegskosten-Deckung und ihre Quellen.

I.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die rein militärischen Kräfte im gegenwärtigen Weltkriege einander annähernd die Wage halten, solange unsere Feinde die strategische und technische Ueberlegenheit Deutschlands durch den Einsatz immer neuer Menschenmassen und durch die Vervielfältigung der Kampfplätze auszugleichen verstehen. Vermutlich wird ihnen das nicht mehr lange möglich sein, und dann wird der entscheidende Sieg sich auf die Seite der größeren militärischen Tüchtigkeit neigen, die es heute schon zuwege gebracht hat, daß der Krieg sich in Feindesland, statt auf dem eigenen Boden abspielt. Aber unsere Gegner kalkulieren anders. Sie rechnen mit der wirtschaftlichen Erschöpfung des Deutschen Reichs als mit einer gegebenen Größe. Sie sind der festen Ueberzeugung, daß Deutschland trotz aller Erfolge kapitulieren müsse, sofern es ihnen selbst nur gelingt, den Krieg noch ein volles Jahr lang im Gange zu erhalten. Namentlich in den Spalten der englischen Zeitungen kehrt das Wort von der „Aushungerung Deutschlands" mit stereotyper Regelmäßigkeit wieder, und es handelt sich dabei keineswegs nur um eine großsprecherische Phrase. Die öffentliche Meinung in England glaubt tatsächlich, daß ein langer Krieg uns aushungern würde. Allerdings wollen das nur die minder Intelligenten ganz buchstäblich verstanden wissen. In urteilsfähigeren englischen Kreisen bezieht man die Aushungerung weder auf die Volksernährung noch auf die Zufuhr von Kriegsmaterial, sondern auf die finanzielle Tragfähigkeit der Nation. Man meint, Deutschland müsse unter den Kosten eines Fünfzehn- oder Zwanzig-Milliarden-Kriegs unbedingt zusammenbrechen. In diesem Sinne aber ist das Aushungerungsprinzip zum Dogma und zum politischen Leitstern der englischen Re-

Digitized by Google

gierung geworden. Lloyd George hat das bereits Anfang September unumwunden zugegeben. Er sagte damals: „Meiner Ansicht nach werden die letzten hundert Millionen Pfund Sterling den Krieg entscheiden. Die ersten hundert Millionen können unsere Feinde so gut aufbringen wie wir; aber die letzten hundert Millionen werden sie nicht aufbringen können, Gott sei Dank!“

Was der englische Schatzkanzler mit diesem Satze von echt englischer Anschaulichkeit gesagt hat, darf nicht deshalb auf die leichte Achsel genommen werden, weil es der Feind ist, der es ausgesprochen hat. Wer im Stande ist, die finanziellen Bedingungen zu vergleichen, unter denen die englische und die deutsche Volkswirtschaft arbeiten, wird ohne weiteres zugestehen müssen, daß Lloyd Georges Anschauung sich auf wichtige Argumente stützen kann. Die Zahlungsbereitschaft Englands ist um das vielfache größer als diejenige Deutschlands. Dabei muß allerdings zwischen Zahlungsbereitschaft ersten und zweiten Grades unterschieden werden. Die unmittelbare Zahlkraft, die in jedem Lande ausschließlich auf dem vorhandenen Vorrat an barem Gelde beruht, ist in England, trotz der ziemlich hohen Barreserven seiner Banken, nicht größer, sondern erheblich kleiner als in Deutschland. Das Scheck-system, das jenseits des Kanals auf die Spitze getrieben ist, hat das bare Geld entbehrlicher gemacht als bei uns, was in ruhigen Zeiten auch manchen Vorteil hat. Der wichtigste und von den Befürwortern des Schecksystems am stärksten betonte Vorteil ist der, daß unter seiner Herrschaft dem Volksvermögen, welches in der Gestalt voll ausgenutzten und daher zinstragenden Kapitals die Erwerbstätigkeit in Gang hält und belebt, nur ein relativ kleiner Teil entzogen wird, um als unproduktives und daher zinsloses Instrument des Zahlungsverkehrs und der Reservehaltung zu dienen. Das „Bargeld ersetzende“ Scheck-system ermöglicht die weitgehende Umwandlung toten, aber jederzeit bereitliegenden körperlichen Geldes in lebendiges, aber fest im Produktionsprozeß verankertes Kapital. Das ist ein Vorteil in ruhigen, aber ein Nachteil in bewegten Zeiten; der unleugbaren Förderung des Volkswohlstandes steht die Gefahr von Krisen gegenüber, die immer dann entstehen, wenn die Eigentümer ihr bei den

Digitized by Google

Scheckinstituten eingezahltes Geld in der Urform zurückhaben wollen, obwohl dieses längst die Form von Kapital, d. h. von Häusern, Maschinen, Transportmitteln und Waren angenommen hat. Bis zu welchem Grade der Bargeldverkehr durch den Scheckverkehr abgelöst werden darf, ohne daß die Gefahr den Vorteil überwiegt, hängt von den Zahlungsgewohnheiten des Landes und von seiner individuellen Wirtschaftspolitik ab, d. h. von der Anschauung, welcher Grad von Krisengefahr der Wirtschaftsanregung zuliebe in Kauf genommen werden darf. Hier interessiert uns die theoretische Seite der Frage nicht, sondern nur die tatsächliche Menge bar vorhandenen, also nicht in Kapital verwandelten, sondern auf Anruf paratstehenden Geldes, die mit der unmittelbaren Zahlungsbereitschaft des Landes absolut identisch ist. In England ist diese Menge prompt verfügbaren Geldes wie gesagt geringer als in Deutschland, wo das Scheckprinzip sich noch nicht in demselben Maße durchgesetzt hat, und wo überdies eine stärkere Nationalreserve in Form höherer Metallbestände bei der Reichsbank und im Reichskriegsschatz unterhalten wird. Noch weit höher ist der unmittelbar bereite Geldvorrat allerdings in Frankreich und in Rußland, deren Zentralnotenbanken die Verwalter der beiden größten Metallbestände in Europa sind. Ein erheblicher Teil dieser Metallbestände ist zwar als Notendeckung gebunden, aber das mindert ihre Ueberlegenheit nur und beseitigt sie nicht. In bezug auf die Zahlungsbereitschaft ersten Grades befindet sich also Deutschland, obwohl England überlegen, doch im Nachteil gegenüber seinen Feinden, zumal das verbündete Oesterreich metallisch ungleich schlechter versorgt ist als Deutschland selbst.

Auch um die Reserve zweiten Grades steht es bei uns nicht so gut wie bei den feindlichen Mächten, diese als Ganzes genommen. Hier ist uns vor allem England, daneben aber auch Frankreich, entschieden überlegen. Es handelt sich bei der zweiten Reserve um denjenigen Teil des Nationalvermögens, der zwar die äußere Form des Geldes abgelegt und die Form der Kapitalsanlage angenommen hat, der aber im Bedarfsfalle binnen kürzester Zeit in bares Geld zurückverwandelt werden kann. Die

Digitized by Google

Reserve ist also gleichbedeutend mit der Summe aller kurzbefristeten Forderungen, natürlich nur insoweit, wie die Forderungen im Auslande ausstehen, denn im Inlande wird jede Forderung des einen durch die entsprechende Schuld eines anderen kompensiert. Was nun diese zweite nationale Reserve anlangt, so befindet sich hier England in der bei weitem günstigsten Lage. Ich habe im vorigen Heft der „Bank" dargelegt, wie eng die gefestigte Stellung Englands als des Clearinghauses der Welt damit zusammenhängt, daß England den Weltbankier abgibt, d. h. einen außerordentlich großen Teil seines Nationalvermögens an das Ausland ausleiht, und zwar nicht nur, wie es auch Frankreich in großem Maßstabe tut, in Form von Kapitalbeteiligungen oder Rentendarlehen, sondern namentlich in Form von Akzeptkrediten, Kontokorrentvorschüssen und sonstigen Darlehen auf kurze Frist. Nicht sowohl seine Stellung als Weltgläubiger überhaupt, als vielmehr die ihm eigentümliche Stellung als Inhaber großer Mengen sofort oder binnen weniger Wochen fälliger Forderungen auf alle Welt macht England zum Herrn über einen außerordentlich großen Teil der jeweiligen Zahlungskraft aller Länder. Seine Banken brauchen nur das Signal zu einer vorübergehenden Krediteinschränkung an den Welthandel zu geben, und sofort setzen sich gewaltige Mengen Geldes konzentrisch nach London in Bewegung, teils in der Form von Gold, teils in Form von Anweisungen auf dritte Länder, die England einen entsprechenden Warenbezug ohne bare Gegenleistung ermöglichen. Eine geringfügige Zinsheraufsetzung, welche anzeigt, daß bis auf weiteres flüssige Gelder in England eine günstigere Verwendung finden als bisher, oder irgend ein politischer Vorfall, der die Banken ermahnt oder zwingt, ihre bereiten Mittel zu verstärken, löst sofort jenes Signal aus, das für die ganze Welt Kreditstörung und Verkehrsstockung, für den englischen Handel erhebliche Schädigung, für die englische Nationalreserve aber eine ganz erhebliche Verstärkung bedeutet. Wir haben die unwiderstehliche Wirkung dieses Signals in den letzten Monaten kennen gelernt. Die Vereinigten Staaten, die in England fast ständig eine kurzfristige Milliardenschuld unterhalten, haben vom Mai bis Juli etwa eine halbe Milliarde, und seit Beginn des Krieges

Digitized by Google

eine weitere Viertelmilliarde Mark baren Goldes nach London und Ottava senden müssen, weil England auf Bezahlung der fällig werdenden Schulden bestand. Goldtransporte ähnlichen Ursprungs, wenn auch geringeren Umfangs, sind aus zahlreichen anderen, namentlich südamerikanischen Schuldnerländern nach England gegangen, und die Wechselkurse fast der ganzen Welt zeigen an, daß die Rückübertragung englischer Guthaben nach London noch andauert, obwohl die englische Regierung Maßnahmen getroffen hat, um den britischen Auslandsbanken die Wiederaufnahme ihrer für die Weltstellung des Londoner Marktes so bedeutsamen Kreditfunktionen zu ermöglichen. So verfügt England über seine relativ schwache erste Reserve hinaus über eine ganz gewaltige zweite Reserve, die Deutschland abgeht, und die auch Frankreich nicht annähernd in gleichem Maße besitzt. Denn Frankreichs Gläubigerstellung zum Ausland beruht viel zu sehr auf der Uebernahme langfristiger Anleihen und Beteiligungen, die nicht beliebig kündbar sind, und die dem Gläubiger den Rückempfang seines Kapitals erst in so viel Jahren verbürgen, wie der englische Gläubiger Tage braucht, um wieder die Verfügung über das seine zu erlangen. Ist England Weltbankier, der seine Gelder flüssig erhält, so ist Frankreich Weltfinanzier, der seine Gelder festlegt.

Diese einzig dastehende zweite Reserve Englands ist es, was Lloyd George im Auge hat, wenn er von der Ueberlegenheit der englischen Geldpotenz spricht und der Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß die letzten hundert Millionen, die den Krieg entscheiden, sich um so sicherer auf der englischen Seite finden werden, je länger der Krieg dauert. Und wenn die beiden Geldreserven, die wir bisher unterschieden haben, wirklich die einzigen Fonds wären, aus denen die Kosten eines Weltkrieges bestritten werden müßten, so würde der Schatzkanzler auch vollkommen Recht haben. Aber wie er die Tatsache der unmittelbaren finanziellen Ueberlegenheit Englands mit einem frohen „Gott sei Dank!“ feststellt, so können wir mit einem ebenso tiefempfundenen „Gott sei Dank!“ konstatieren, daß seine Rechnung ein Loch hat, und daß jene beiden Reserven, so wichtig sie auch sind, und so sehr wir mit

Digitized by Google

ihnen rechnen müssen, doch weder die einzigen noch die ausschlaggebenden Quellen der Kriegskostendeckung sind. Das ergibt sich schon aus einem ganz rohen Ueberschlag über die in Betracht kommenden Ziffern. Denn mag man nun die Kosten eines einjährigen Krieges für das einzelne Land auf 8, 10 oder 15 Milliarden Mark veranschlagen — auf jeden Fall übersteigt das Gesamterfordernis bei weitem die Summen, die jene beiden Reserven, aus denen ja die ganze Nationalwirtschaft gespeist werden muß, für den Krieg beiseite stellen können. Die unmittelbaren und mittelbaren Barreserven eines Landes können also den Krieg unmöglich voll finanzieren. Sie können immer nur eine Zeitlang in Vorschuß treten. Die endgültige Kostendeckung muß aus anderen Fonds bestritten werden, aus denen jene Barvorschüsse ständig wieder zu ersetzen sind. Somit sind die beiden Barreserven einem Wasserbehälter zu vergleichen, aus dem das Wasser nur so lange abfließen kann, wie er selbst Zuflüsse erhält. Mit anderen Worten: Die Kaufkraft des kriegführenden Staates beschränkt sich nicht auf das Geringe, das aus den vorhandenen Barbeständen und den bargeldgleichen Forderungen des Landes für ihn abgezweigt werden kann; sondern sie gründet sich vor allem auf die lebendige Kraft des Landes, die jene Barbestände davor bewahrt, allmählich ausgeschöpft zu werden, die sie vielmehr immer von neuem auf die ursprüngliche Höhe bringt.

Worin besteht nun aber diese lebendige, die Geldreserven und den Kriegsaufwand immer neu reproduzierende Kraft des Landes? Worauf kann der Staat zurückgreifen, wenn die in den Reserven aufgespeicherte und durch eine Anleihe, durch Steuern oder sonstige Bewegungsmittel auf ihn übertragene Kaufkraft sich zu erschöpfen droht? Die nächstliegende Antwort scheint zu sein: Der Staat kann dann auf das Vermögen der Bevölkerung zurückgreifen, das nicht in Gestalt von Bargeld oder geldgleichen Auslandsforderungen flüssig erhalten worden ist. Er kann das Verfügungsrecht über beliebig große Teile dieses Vermögens auf sich übertragen lassen. Das klänge sehr verheißungsvoll. Denn man hat uns in den letzten Jahren wiederholt vorgerechnet, daß das deutsche Volksvermögen heute 250, 300 oder gar 350 Milliarden Mark beträgt, min-

Digitized by Google

destens so viel wie dasjenige Englands, bei weitem mehr als dasjenige Frankreichs. Es könnte also von einer finanziellen Aushungerung Deutschlands keine Rede sein, wenn die Kriegskosten sich wirklich durch den Rückgriff auf ein dermaßen ansehnliches Volksvermögen decken ließen. Aber leider ist die Lösung der Deckungsfrage doch nicht ganz so einfach.

Zunächst muß daran erinnert werden, daß die Berechnungen der verschiedenen Nationalvermögen in der primitiven Form, in der sie bisher immer angestellt worden sind, praktisch ganz unbrauchbar und nur geeignet sind, in volkswirtschaftlich halbgebildeten Köpfen Verwirrung anzurichten. Durch Beibringung reichen statistischen Materials will man uns zwar veranlassen, die gewonnenen Resultate als das Ergebnis exakter Ermittlungen zu respektieren. In Wirklichkeit hängen aber alle diese Resultate vollkommen in der Luft, weil die Statistiker samt und sonders den Fehler machen, die Reproduktivkraft eines Volkes, wie sie sich in seinem Einkommen, seiner Steuerleistung und seinem Verbrauch spiegelt, zu kapitalisieren. Ist die Bevölkerung eines Landes in einem gegebenen Jahre in der Lage, drei Milliarden Mark für Miete aufzubringen, und wechselt ein kleiner Teil der Wohnhäuser den Besitzer zu einem Preise, der das Zwanzigfache der Miete ausmacht, so werden alle Wohnhäuser des Landes mit 60 Milliarden M. in die Rechnung eingestellt, gleichviel, ob sie mehr oder weniger gekostet haben, und wie hoch sich der „Altersschwund" der Gebäude stellt. Dieselbe mechanische Wertableitung findet sich bei allen anderen Posten der Rechnung wieder: Bei der Bewertung der Eisenbahnen, Schiffe, Elektrowerke, Gasanstalten, Maschinen, Theater usw. Wie irreführend eine solche Nationalbilanz ist, erkennt man sofort, wenn man sich vorstellt, daß infolge mehrerer günstiger Ernten oder sonstiger einkommenerhöhender Momente die Bevölkerung plötzlich in der Lage ist, statt drei Milliarden deren vier für Miete aufzuwenden, entsprechend höhere Steuern zu zahlen usw.; oder umgekehrt, daß infolge mehrerer Mißernten, eines Kriegs oder dergleichen die Mietskraft sich während einiger Jahre auf zwei Milliarden ermäßigt, und auch die Steuerkraft entsprechend nachläßt. Für den Ver-

Digitized by Google

mögensstatistiker setzt sich eine solche vorübergehende Steigerung oder Abnahme der Volkskonsumkraft sofort in eine Zunahme oder Abnahme des Volksvermögens um ein volles Drittel um. Mit andern Worten: Was die Statistiker uns als Volksvermögen, d. h. als den dauernden Vermögensstand des Volksganzen, präsentieren, ist nichts anderes, als eine von der Produktionskraft des Landes abgeleitete Umrechnung, deren Grundlage sich mit jeder Schwankung der Konjunktur verschiebt und durch jeden Zufall der Einkommenbildung erschüttert wird. Sonach haben wir in der Feststellung eines hohen Nationalvermögens — vorausgesetzt, daß die Statistik richtige Grundzahlen verwendet — nur den Ausdruck der Tatsache zu erblicken, daß die nationale Einkommenbildung im Moment der Berechnung auf einer hohen Stufe gestanden hat.

Aber selbst wenn die Errechnung des Volksvermögens nicht die bedeutungslose Spielerei wäre, als die sie in der vorliegenden Form tatsächlich angesehen werden muß, so würde sie für uns, die wir die Quellen der Kriegskostendeckung aufspüren wollen, dennoch wertlos sein: Die Wohnhäuser, Gasanstalten, Theater, Kunstwerke usw., in denen sich der weitaus größte Teil des Volksvermögens verkörpert, können dem Staate unmittelbar nichts nutzen. Sie mögen von der Bevölkerung verwendet werden oder nicht, sie mögen für einen hohen oder niedrigen Preis aus der einen Hand in die andere übergehen, vom Standpunkt des kriegführenden Staates aus brauchten sie nicht oder in primitivster Form zu existieren. Nur bestimmte Teile des beweglichen und unbeweglichen Vermögens, z. B. Eisenbahnen, Pferde, Automobile, Handelsschiffe sind für den Staat im Kriege von Wert. Dieser für den Krieg nutzbar zu machende Teil des Volksvermögens steht aber nur in loser Beziehung zur absoluten Größe des Gesamtvermögens; er ist in erster Linie abhängig von der Intensität der Produktions- und Handelstätigkeit im Lande. Nur ein reger Weltverkehr kann eine große Handelsflotte, nur ein starker Binnenaustausch ein engmaschiges Eisenbahnnetz rechtfertigen und auf der Höhe der Leistungsfähigkeit erhalten. Auf allen Gebieten der Kriegsbedarfsdeckung ist derselbe enge Zusammenhang zwischen der Intensität der Erwerbswirtschaft und dem Grade der militäri-

Digitized by Google

schen Bereitschaft zu beobachten. Ob es sich um die Waffen- und Munitionsversorgung, um die Bereitstellung von Monturen und Stiefeln, um die Heeresernährung oder den Baracken- und Brückenbau handelt, stets ist die nationale Produktionskraft ausschlaggebend, die absolute Vermögensgröße nebensächlich.

Wir sind von der rein ökonomischen Frage der Kriegskostendeckung allmählich auf den technischen Teil der Kriegführung zu sprechen gekommen. Ueber der ungeheuren Wichtigkeit dieses Teils der militärischen Bereitschaft darf aber keinen Moment vergessen werden, daß der finanzielle Teil von genau so großer Bedeutung ist, weil jener ohne diesen auf die Dauer unmöglich funktionieren kann. Wir haben gesehen, daß es für die rein fabrikatorische Bereitstellung des Kriegsbedarfs auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes ungleich mehr ankommt als auf die Summe des angesammelten Vermögens; daß mithin ein arbeitsames Industrieland in erheblichem Vorteil selbst gegenüber einem kapitalistisch stärkeren Rentnerstaate ist. Dasselbe gilt in noch ausgeprägterem Maße von der ökonomischen Bedarfsdeckung, von der Bereitstellung der Kriegskosten. Ein noch so großes Volksvermögen ist, sofern es nicht in der liquiden Form der vorhin besprochenen Reserve ersten und zweiten Ranges erhalten geblieben ist, unter dem Gesichtspunkt der Kriegskostendeckung beinahe wertlos. Weder Häuser noch Fabriken lassen sich in Geld verwandeln, für hochgehäufte Warenlager ist das Ausland, der einzige Faktor, der für die Rückverwandlung von Anlagen in Geld und somit für die Vermehrung der nationalen Kaufkraft in Betracht kommen kann, in Kriegszeiten nicht entfernt in dem Maße Käufer wie im Frieden, und für die theoretisch mobilste aller Anlagen, den Vorrat an international gehandelten Effekten, ist die Verkaufsmöglichkeit gering, wenn sie nicht ganz fehlt. Weit mehr also noch als in technischer, ist der Staat in finanzieller Hinsicht auf die Reproduktionskraft der Nationalwirtschaft angewiesen. Es genügt nicht, daß diese den größten Teil des erforderlichen Kriegsmaterials in natura herstellen kann, sondern sie muß zugleich in der Lage sein, dem Staat aus dem Erträgnis ihrer Arbeit die Geldmittel zu liefern, aus denen er das

Digitized by Google

Material bezahlen und die sonstigen Kriegskosten im In- und Auslande decken kann.

Die dritte und wichtigste Hilfsquelle der kriegführenden Länder liegt also in der Summe körperlicher, technischer und geistiger Arbeit, die ihre Völker während des Krieges selbst zu leisten vermögen, respektive in dem Reingewinn, den sie aus dieser Arbeit ziehen und dem Staat durch Uebernahme von Anleihen zur Verfügung stellen können. In Friedenszeiten pflegt dieser Reingewinn in Deutschland, wie man aus der Steuerstatistik ermittelt hat, zwischen vier und fünf Milliarden Mark zu schwanken. Das wäre, vorausgesetzt, daß der größere Teil davon sich in Staatsanleihen zu verwandeln bereit ist, eine ansehnliche Verstärkung der Kriegskostendeckung. Leider muß man aber damit rechnen, daß zum mindesten im ersten Stadium des Kriegs der Jahresgewinn erheblich zusammenschrumpft. Zahllose Industrie- und Handelszweige liegen brach, namentlich wenn die Aus- und Zufuhr behindert wird und sich erst mit Mühe und Zeitverlust Schleichwege suchen muß. Der Nutzen an den Kriegslieferungen bietet, mag er prozentual auch ungleich größer sein als der Friedensverdienst, nicht entfernt ein Aequivalent für den Ausfall, den die gewaltsame Unterbrechung der normalen Produktion bedeutet. Der Zuwachs, den die Volkskaufkraft im Kriege erfährt, ist also, solange die Nationalwirtschaft sich selbst überlassen bleibt, weit niedriger zu veranschlagen als im Frieden, und wenn es auch kaum möglich ist, sich das Minus ziffernmäßig zu vergegenwärtigen, so ist doch so viel gewiß, daß die finanzielle Reserve ersten und zweiten Ranges durch den Reingewinn der Nationalproduktion in Kriegszeiten nicht entfernt in dem Maße aufgebessert wird, wie es zur vollen Deckung eines einjährigen Kriegsbedarfs erforderlich sein würde.

Nun darf aber ein wichtiges Moment nicht übersehen werden; die Tatsache nämlich, daß der Jahresreingewinn der Nationalproduktion durchaus nicht identisch ist mit dem Ueberschuß, den der Gesamterlös der Produktion über die Unkosten hinaus läßt, und der alljährlich dem Kapitalmarkt zufließt. Dieser Ueberschuß ist erheblich größer als der Reingewinn. Jeder Kaufmann weiß, warum. Der Verkaufserlös aller industriellen Erzeugnisse enthält außer

Digitized by Google

dem Ersatz der aufgewendeten Kosten und außer dem Gewinn noch ein drittes Element, nämlich das der Amortisation. Die Fabriken, Maschinen und Werkzeuge haben im Verlaufe des einjährigen Produktionsprozesses eine gewisse Beeinträchtigung ihrer Leistungsfähigkeit erfahren. Um sie früher oder später wieder auf ihre volle Kapazität zu bringen, spart der Fabrikant alljährlich einen gewissen Prozentsatz des Warenerlöses auf, um ihn zu einem Kapital anwachsen zu lassen, das ihm zu gegebener Zeit den Bau von Ersatzgebäuden und die Anschaffung neuer Maschinen ermöglicht. Bis zu dem Zeitpunkt, wo er eine derartige Erneuerung seiner Anlagen für notwendig hält, verfährt er mit diesem Teil des Jahresüberschusses, obwohl er ihn buchmäßig anders behandelt, genau wie mit dem Reingewinn, das heißt, er legt ihn in irgendeiner Form an. Das Volksvermögen erfährt durch diese Anlage keine Zunahme. Die Mittel, die aus dieser Quelle auf den Kapitalmarkt strömen, ersetzen lediglich den durch Abnutzung in Verlust geratenen Teil des nationalen Betriebsfonds. Aber das ändert nicht das mindeste an der Tatsache, daß der Gesamtwirtschaft in jedem Jahre eine Kaufkraft zuwächst, die gleich der Summe von Reingewinn plus Amortisation, das heißt gleich dem Bruttogewinn der Wirtschaft ist. Allerdings besteht ein wichtiger Unterschied zwischen den beiden Bestandteilen. Der Reingewinn steht zu beliebiger Verwendung zur Verfügung, während dem für die Amortisation bestimmten Teil des Bruttogewinns in jeder vernünftig geleiteten Wirtschaft seine Verwendung vorgeschrieben ist, die sich darauf zu beschränken hat, die Produktionsmittel auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. Die Amortisation übersetzt sich also in Reproduktion. Trotzdem ist auch dieser zweite Teil von höchster Wichtigkeit für den kriegführenden Staat. Denn wenn es gelingt, die Produzenten zu veranlassen, in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Lage die gewohnte Reproduktion der Produktionsmittel in diesem Jahre ausnahmsweise fortfallen zu lassen und statt dessen den auf die Amortisation entfallenden Teil des Bruttogewinns dem Staat zur Verfügung zu stellen, so erhöht sich die Möglichkeit der Kriegskostendeckung um einen Betrag, der nicht viel geringer ist, als der ganze

Digitized by Google

nationale Reingewinn. Die sonst für Fabrikrenovierung, Maschinenerneuerung und Werkzeugergänzung aufgewendeten Summen fließen in den Fonds der nationalen Verteidigung. Daß das wirklich geschieht, dafür sorgt das Bündnis der Vaterlandsliebe mit dem Egoismus, der bei dem hohen Kriegszins der Staatsanleihen seine Rechnung findet.

Aber wie der Reingewinn, so erfährt auch der die Amortisationsquote darstellende Teil des Bruttogewinns in Kriegszeiten eine Ermäßigung. Jedenfalls muß man mit der Möglichkeit, in einem Kriege nach mehreren Fronten sogar mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß auch diese vierte Quelle noch nicht ausreicht, um den ganzen Bedarf des Staates zu decken. Hier ist der eigentliche Kern des Problems. Denn wenn die Kosten der Kriegführung aus den beiden Reserven und den beiden Gewinnbestandteilen, über die jedes Land bis zu einem gewissen Grade verfügt, nicht gedeckt werden können, so bietet sich dem Staat in der eigenen Wirtschaft, wie er sie beim Kriegsausbruch vorfindet, keine weitere Hilfsquelle mehr. Ueber jene vier Zuflüsse hinaus läßt sich auch aus dem größten Nationalreichtum nichts herauspressen. Es nutzt dem Staate herzlich wenig, daß bei den Banken und Sparkassen des Landes dreißig Milliarden Spar- und Leihkapitalien ruhen, die nach dem Willen ihrer Eigentümer jeden Moment flüssig zu machen sein sollen. Denn tatsächlich läßt sich von ihnen im gegebenen Moment nur gerade so viel flüssig machen, wie dem im Lande vorhandenen baren Gelde entspricht, das schon als erste Reserve für die Kriegskostendeckung in Rechnung gestellt worden ist. Ueber diesen Betrag hinaus läßt sich von allen jenen Milliarden, die in Grundstücken und Unternehmungen verankert sind und daraus die Zinsen für die Depositäre und Sparer ziehen, nicht ein Pfennig in bereite Kaufkraft zurückverwandeln. Wenigstens nicht im Inlande. Und auf das Ausland ist gar nicht oder nur in einem ganz beschränkten Umfange zu rechnen. Es kauft dem kriegführenden Lande nicht einmal seine fremden Anleihen und Aktien ab, sobald sie in größerem Maßstabe auf den Markt geworfen werden, sondern schließt entweder seine Börsen, oder setzt die Kurse für die an-

Digitized by Google

gebotenen Papiere so tief herunter, daß die Besitzer, die sich ja von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen, das Angebot wieder zurückziehen. Deshalb ist es ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man die nationalen Bestände an Auslandspapieren als Reserve für Kriegs- und Krisenzeiten ansieht. In die zweite unserer vier Reserven fallen von den Auslandswerten lediglich die Zinsen, Tilgungsbeträge und Dividenden, die einen wenig ins Gewicht fallenden und überdies, wie Frankreich jetzt zu seinem Schaden erfährt, sehr unzuverlässigen Faktor darstellen. Auf das Ausland ist nur zu rechnen, wenn der Staat selbst an seine Hilfe appelliert und eine Anleihe im Auslande begibt. Aber auch das hat seine großen Schwierigkeiten, wird von Deutschland im gegenwärtigen Kriege nicht in Betracht gezogen und braucht nicht in Betracht gezogen zu werden. Denn die vier nationalen Quellen der Kriegskostendeckung, die dem äußeren Anschein nach ein Defizit lassen, reichen bei uns in Wirklichkeit vollkommen aus, wenn technisch-organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, welche die Wirtschaft auf Kriegsfuß setzen und sie zwingen, ihrer hohen Leistungsfähigkeit entsprechend, für den Krieg zu arbeiten. Ueber die Art dieser Maßnahmen wird im nächsten Heft zu sprechen sein.

Alfred Lansburgh.

Die Hilfsbedürftigkeit des Hausbesitzes.

Der Krieg, dieser große Versöhner politischer Zwistigkeiten, ist in mancher Hinsicht auch zu einem grausamen Enthüller geworden. Er hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf wunde Stellen des Wirtschaftskörpers gelenkt, die dem Auge der großen Masse bisher durch ein Buschwerk von Phrasen entzogen worden waren. So kann es niemand, der die wirtschaftlichen Vorgänge während des Krieges auch nur einigermaßen kritisch verfolgt hat, entgangen sein, wie wenig sich die kritische Lage des städtischen Hausbesitzes in das verhältnismäßig befriedigende Bild einfügt, welches die heimische Volkswirtschaft ungeachtet der über sie hereingebrochenen schweren Erschütterung doch im großen ganzen darbietet. Während die Handelskreise von ernsthafteren Zahlungsstockungen verschont geblieben sind und sich mit der Lage wohl oder übel abfinden, während unsere Industrie, gestützt auf ihre im Frieden angesammelten Reserven, erfolgreiche Anstrengungen macht, die Betriebe in Gang zu halten und die

Digitized by Google

Arbeiter selbst unter Opfern weiter zu beschäftigen, hat der städtische Hausbesitz als einzige große Gruppe innerhalb der Volkswirtschaft schon in den ersten Tagen des Krieges seine Unfähigkeit erklärt, mit eigener Kraft durch die Kriegskrisis durchzukommen. Derselbe Stand, der in Friedenszeit nicht müde wurde, gegen die staatssozialistischen Bestrebungen unserer Zeit anzukämpfen, und sich gern als den granitenen Fels des bedrohten Privateigentums bezeichnete, sieht seine Lage als so verzweifelt an, daß er jetzt an die Staatshilfe appelliert, und zwar in einem Umfange und mit einer Selbstverständlichkeit, wie es gleich radikal bisher bei keinem anderen Berufszweig hat konstatiert werden können. Wer die Belastungsprobe des Krieges so wenig bestehen zu können glaubt, wie es jetzt der städtische Hausbesitz tut, der muß notwendig auch schon im Frieden krank gewesen sein.

Nun hat es freilich keinen Zweck, einem nach Hilfe rufenden Kranken eine Vorlesung zu halten und ihn darüber zu belehren, daß er sich die Krankheit nur durch seinen unzweckmäßigen Lebenswandel zugezogen hat. Zunächst kommt es darauf an, die Arznei zu finden, die dem kranken Hausbesitz über die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse hinweghilft. Deshalb bin ich im vorigen Heft der „Bank" nachdrücklich dafür eingetreten, daß dem Hausbesitz Hilfe werde — nicht sowohl in seinem eigenen Interesse als in dem des wankenden Realkredits, mit dem das Interesse der Allgemeinheit in Deutschland enger als irgendwo sonst verknüpft ist. An und für sich hätte die Allgemeinheit gar keine Veranlassung, geschweige denn eine moralische Verpflichtung, das großstädtische Mietskasernensystem mit seinen unzähligen wirtschaftlichen und sozialen Mängeln künstlich am Leben zu erhalten und alle jene mittellosen Hausbesitzer, die durch den Kauf hochbelasteter Grundstücke in Bedrängnis geraten sind, vor den Folgen des bodenlosen Leichtsinns zu bewahren, den es bedeutet, wenn jemand, der nicht einmal imstande ist, einen Mietsausfall von ein paar tausend Mark zu ertragen, ein Viertel- oder Halbmillionenobjekt erwirbt. Ganz im Gegenteil könnte man sich eine heilsame erzieherische Wirkung davon versprechen, wenn durch eine Reinigungskur allen unerfahrenen Personen die Gefahr dieses Systems deutlich vor Augen geführt würde. Einzig und allein deshalb, weil die Kosten einer solchen Kur von zahllosen unschuldigen Hypothekenbesitzern getragen werden würden, müssen wir notgedrungen davon absehen, den Dingen ihren natürlichen Lauf zu lassen, wie man dies in jedem anderen Gewerbe für ganz selbstverständlich hält. Aus dem gleichen Grunde muß aber auch ein deutlicher Trennungsstrich zwischen den wirtschaftlich berechtigten Motiven einer öffentlichen Hilfsaktion und

Digitized by Google

denjenigen Motiven gezogen werden, die nur der Ausdruck des dringenden Wunsches sind, ein mit zahllosen Mängeln belastetes und für den Untergang mehr als reifes System um jeden Preis am Leben zu erhalten.

Von diesem Wunsche sind offensichtlich die Vorschläge diktiert, die der bekannte Terrainfachmann Georg Haberland, mit Einverständnis und Billigung des Schutzverbandes für den deutschen Grundbesitz, zum Zweck der wirtschaftlichen Erhaltung des Hausbesitzes in einer kürzlich erschienenen Broschüre gemacht hat. In dieser Broschüre, betitelt: „Das Mietsverhältnis im Kriege", heißt es programmatisch: „Mit dem Zusammenbruch des Hausbesitzes in den Großstädten entfällt die Möglichkeit der Wohnungsfürsorge in der bisherigen Form auch für die Zeit nach dem Kriege. Auf den Trümmern eines zusammengebrochenen Hausbesitzerstandes wird sich niemand bereit finden, Wohnungen zu Mietszwecken zu errichten." Das düstere Bild, das mit diesen Worten von den Möglichkeiten der Zukunft entworfen wird, dürfte die vom Verfasser gewollte Absicht, Furcht und Schrecken zu erregen, bei den fortgeschrittenen Wohnungspolitikern kaum erfüllen. Wenn sich wirklich auf den Trümmern eines zusammengebrochenen Hausbesitzerstandes das heutige Unternehmertum nicht bereit finden sollte, Wohnungen zu Mietszwecken zu errichten, so würde dies ganz gewiß nicht zur Folge haben, daß die siegreich heimkehrenden Vaterlandsverteidiger in Erdhöhlen wohnen müßten. Es wäre in diesem sehr unwahrscheinlichen Fall im Gegenteil zu erwarten, daß das kleine Eigenhaus (wie es in Belgien die Regel bildet) zu Ehren kommen und die Gartenstadtbewegung eine ungeheure Anregung erfahren, mithin ein Ideal sich erfüllen würde, dessen Verwirklichung bisher hauptsächlich daran gescheitert ist, daß unsere großen Beleihungsinstitute in einseitiger Weise auf die Mietskaserne eingeschworen sind. Die Vorliebe der Institute für diese Bauart würde natürlich ganz beträchtlich nachlassen, wenn der befürchtete Fall wirklich eintreten würde und Tausende von Objekten zusammengebrochener Hausbesitzer von ihnen übernommen werden müßten (wie dies in geringerem, aber doch schon recht bedenklichem Umfange bereits in den letzten Friedensjahren der Fall gewesen ist). Es würde den Beleihungsinstituten alsdann gar nichts anderes übrig bleiben, als nunmehr die Beleihung von kleineren Objekten in den Kreis ihrer Tätigkeit zu ziehen, womit das Haupthindernis einer fortgeschrittenen Ansiedlungspolitik verschwinden würde. Zugleich würden aber auch die Besitzer der unbebauten Terrains mit sich reden lassen müssen; der Preis der Terrains, der auf die bisherige Verwendungsmöglichkeit für Mietskasernen-Zwecke

Digitized by Google

zugeschnitten war, würde einen wesentlichen Abstrich erfahren, so daß auch die zweite wichtige Voraussetzung des Kleinhauses, die Billigkeit des Bodens, erfüllt wäre. So könnte sich eine auch von den Anhängern des jetzigen Systems vielfach als Ideal bezeichnete Umwälzung verwirklichen, ohne jedes Zutun von außen, und ohne daß die Achtung vor dem Privateigentum im geringsten verletzt würde. Sonach können die Argumente des Terrainfachmannes, die so typisch sind für die Befürchtungen aller jener Kreise, die an dem jetzigen System der Wohnungsherstellung wirtschaftlich interessiert sind, nicht eben sehr überzeugen. Wenn man trotz Ablehnung dieser Argumente mit dem Ziel einverstanden ist, das die Terrain-Interessenten im Auge haben, und ihr Gesuch um Hilfe für den Grundbesitz unterstützen kann, so geschieht dies nicht aus Liebe für das System, dessen Schutz sie beanspruchen, sondern lediglich aus dem Wunsch heraus, eine Katastrophe zu verhüten, die ihre Opfer weit über die unmittelbar beteiligten Kreise hinaus suchen würde.

Die in der erwähnten Broschüre gemachten Vorschläge gipfeln in der Forderung, daß den Gemeinden von Gesetzes wegen Mietsunterstützungen auferlegt werden sollen für solche Mieter, die wegen ihrer Einberufung zu den Fahnen oder aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen aus eigenen Mitteln zu erfüllen. Um die Unterstützungsbedürftigkeit der einzelnen Mieter zu prüfen, sollen obligatorische „Mietseinigungsämter" eingerichtet werden. Die Summen, die von den Gemeinden zu Mietsunterstützungs-Zwecken verauslagt werden, sollen aus folgenden vier Quellen wieder hereingebracht werden: Die Gemeinden sollen berechtigt sein, dem gesamten Grundbesitz (bebautem und unbebautem) eine einmalige Kriegssteuer von 1 vom Tausend, ferner sämtlichen Hypothekengläubigern, für die im Weichbild der Gemeinde Hypotheken eingetragen sind, eine einmalige Steuer von ½ vom Tausend aufzuerlegen. Sodann soll die Gemeinde ihrerseits einen auf dem Anleihewege aufzunehmenden Betrag zur Verfügung stellen, der 1 bis 1½ vom Tausend des Grundstückswertes entspricht. Endlich soll als Vierter auch der preußische Staat einen Gesamtzuschuß von 1 vom Tausend desjenigen Grundstückswertes gewähren, der in den preußischen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern vorhanden ist. Dieser Zuschuß wird auf etwa 40 Millionen M. geschätzt. Daß in den vorstehenden Vorschlägen als Einnahmequelle auch eine Steuer nach dem gemeinen Wert figuriert, die gerade von den dem Befürworter der Vorschläge nahestehenden Kreisen wegen ihres angeblich eigentumsfeindlichen Charakters bisher leidenschaftlich befehdet

Digitized by Google

worden ist, bildet einen bemerkenswerten Beitrag zu den vielen umstürzlerischen Wirkungen des Krieges. Dies jedoch nur in Parenthese. Was den Vorschlag selbst anlangt, so erscheint der Gedanke, alle diejenigen Stellen, welche an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des städtischen Hausbesitzes interessiert sind, für den Unterstützungsfonds heranzuziehen, recht einleuchtend. Trotzdem hat der Vorschlag gerade in den Kreisen, die er am meisten angeht — denen der Hausbesitzer- und der Gemeindeverwaltungen — eine kühle Aufnahme gefunden; wenigstens ist noch kein Fall in der Oeffentlichkeit bekannt geworden, daß außer dem Bund der Berliner Grundbesitzervereine, dessen Vorstand mit dem Schutzverband für den deutschen Grundbesitz enge Beziehungen unterhält, von diesen Stellen aus für die Durchführung der Vorschläge bei den maßgebenden Stellen eingetreten worden wäre. Einzelne Gemeinden gewähren zwar auf eigene Faust Mietsunterstützungen, doch ist nach allem, was aus den Gemeinde-Kommissionen darüber in die Oeffentlichkeit dringt, eine befriedigende Formel dafür noch nicht gefunden worden. Von einer Kooperation der Gemeinden untereinander oder mit der Regierung ist keine Rede. Man muß aus dieser Ziellosigkeit schließen, daß die hier in Betracht kommenden Kreise sich über die ganze Größe der drohenden Gefahr noch nicht klar geworden sind, obwohl eigentlich kein Zweifel darüber sein kann, daß mit jedem neuen Mietstermin das zu lösende Problem brennender wird.

Nun ist freilich nicht zu verkennen — und das ist auch der Haupteinwand, den man gegen den Haberland'schen Vorschlag erheben muß —, daß eine einheitliche Regelung der Angelegenheit durch den Staat, ungeachtet der den einzelnen Gemeinden zu lassenden Freiheiten, überaus schwer durchzuführen ist. Werden schon die Hausbesitzer einer und derselben Gemeinde von dem Krieg in ganz verschiedener Weise berührt, so treten bei den Gemeinden selbst, je nach ihrer Lage und Eigenart, naturgemäß die allergrößten Unterschiede zutage. Dadurch wird die Einigkeit sowohl innerhalb der einzelnen Hausbesitzergruppen wie zwischen den verschiedenen Gemeindeverwaltungen gefährdet. Schon im Frieden ist es deshalb überaus schwer, die lokalen und interlokalen Interessen unter einen Hut zu bringen. Wo es sich um die Erschließung neuer Einnahmequellen handelt, ist die Einigkeit noch verhältnismäßig leicht herbeizuführen. Aber bei der Uebernahme neuer Lasten macht sich das Schwergewicht der lokalen Besonderheiten stets störend geltend.

Muß man unter diesen Umständen darauf verzichten, nach einer den lokalen und individuellen Verschiedenheiten gerecht werdenden Lösung zu suchen? Und soll man sich statt dessen

Digitized by Google

mit einer Almosenpolitik von Fall zu Fall genügen lassen? Ein anderer, bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteter Vorschlag, der mir von einem volkswirtschaftlich geschulten Hamburger Großkaufmann vorgelegt worden ist, und für den eine Gruppe seiner Freunde mit großer Energie Propaganda macht, ist nach Ansicht seiner Befürworter geeignet, den vorerwähnten Einwänden Rechnung zu tragen und die Basis einer wirklich großzügigen Hilfsaktion zu bilden. Nirgends im Reich spricht ja die Hausbesitzernot überzeugender zu uns als in Hamburg, dessen Welthafen seit Ausbruch des Krieges verödet ist, und dessen sonst so arbeitsfreudige Bevölkerung seitdem zu einem großen Teil die Hände müßig halten muß. Nach dem Hamburger Plan, wie wir ihn fortan kurz nennen wollen, soll das Reich (oder der Staat oder die Gemeinden) eine Bodenkasse ins Leben rufen, welche die Aufgabe hat, notleidenden Hausbesitzern ihr Eigentum zum vollen Werte abzukaufen. Als Kaufpreis soll der zuletzt versteuerte Wert gelten, wobei besondere Kautelen zu schaffen sind, die es verhindern, daß der Ablösungspreis über den reellen Marktpreis, wie er im Frieden galt, hinausgeht. Die Bodenkasse soll gehalten sein, alle auf dieser Basis an sie herantretenden Hausangebote anzunehmen und eine bare Auszahlung in von ihr auszugebenden unverzinslichen Bodenscheinen vorzunehmen. Durch geeignete Maßnahmen ist Vorsorge zu treffen, daß diese Bodenscheine im Verkehr den gesetzlichen Zahlmitteln gleichwertig sind. Jedes von der Bodenkasse so erworbene Objekt soll alsbald dem bisherigen Besitzer zur Verwaltung derartig übertragen werden, daß er an der ordentlichen Verwertung des Hauses interessiert bleibt. Die von ihm abzuführenden Mieten sollen, nach Abzug der Verwaltungskosten, zur Amortisation des reinen Häuserwertes benutzt werden, der damit allmählich wieder in seinen Besitz übergeht. Nicht amortisiert wird der Bodenwert, der als unablösliche und verzinsliche Last auf dem Boden haften bleibt. Im übrigen kann dieses Rechtsverhältnis beliebig abgetreten werden (ähnlich der deutschen Erbpacht oder dem englischen lease hold), jedoch mit dem schwerwiegenden Unterschied, daß bei jedem Rechtsübergang eine Neuabschätzung des Bodenwertes, d. h. der kapitalisierten Grundrente, stattfindet. Die von der Bodenkasse mitübernomenen Hypotheken werden gekündigt und in Bodenscheinen bar ausgezahlt. Um wohlerworbene Rechte nicht zu schmälern, wird den bisherigen Besitzern der Hypotheken ein Bezugsrecht auf neu auszugebende Anleihen (Reich, Staat oder Gemeinde) eingeräumt, die mit einem den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechenden Zinsfuß ausgestattet sind. Da dieser in der Regel höher sein wird als der unter anderen Ver-

Digitized by Google

hältnissen festgesetzte Hypothekenzinsfuß, bei meist höherer Sicherheit, so ist an der Bereitwilligkeit der Hypothekengläubiger in eine vorzeitige Rückzahlung ihrer Forderungen zu willigen, nicht zu zweifeln. Die von der Bodenkasse auszugebenden Scheine werden aus den Erträgnissen der Grundstücke, soweit sie die Ausgaben und die Amortisationskosten übersteigen, fortschreitend aus dem Verkehr gezogen und vernichtet.

Was gegen diesen kühnen Plan als vielleicht wichtigster Einwand erhoben werden könnte, ist zweifellos, daß der Verkehr wohl nicht imstande und willig sein wird, diese neu zu schaffenden unverzinslichen Bodenscheine zu pari aufzunehmen. Es würde zu weit führen, hier in eine Erörterung darüber einzutreten, ob die nach dieser Richtung vorgeschlagenen Maßnahmen währungspolitisch Stich halten. Nur referierend sei erwähnt, daß die Befürworter des Vorschlags auf dem Standpunkt stehen, außerordentliche Gefahren rechtfertigten außerordentliche Mittel. Sie verweisen — ob mit Recht, bleibe dahingestellt — auf die Darlehnskassenscheine, deren Ausgabe ja, streng genommen, ebenfalls auf eine Durchbrechung unserer bisherigen Geldverfassung hinausläuft. Die zu schaffende Bodenkasse würde, so wird weiter argumentiert, nur eine Erweiterung der gemeinnützigen Aufgaben der Darlehnskassen bilden, allerdings mit Modifikationen, die es ermöglichen sollen, mit dem Hilfszweck zugleich die Verwirklichung eines hohen sozialpolitischen Ideals zu verbinden. Hierüber ist noch zu sprechen. Was aber die Unterlagssicherheit der Bodenscheine anlangt, so sind sich die Befürworter des Hamburger Plans natürlich darüber im klaren, daß sie in hohem Grade von der glücklichen Durchführung des Krieges abhängt. Ein Sieg Deutschlands würde zweifelsohne dem deutschen Grund und Boden nicht nur die Sicherheit, die er vor dem Kriege besaß, wiedergeben, sondern sie vermutlich noch wesentlich erhöhen. Eine Spekulation auf diesen Fall sei aber — so fügt man hinzu — höchste Moral.

Ich muß von der Voraussetzung ausgehen, daß es gelingt, die Einwände der Währungstheoretiker zu besiegen. Würde die Bodenkasse alsdann tatsächlich und besser in der Lage sein, der durch die verringerten Mietseingänge geschaffenen Schwierigkeiten Herr zu werden, als es die bisher vorgeschlagenen Maßnahmen vermögen? Um darauf eine Antwort zu geben, muß man sich zunächst vor Augen halten, daß die Bodenkasse sich ihre Mittel durch die Ausgabe von unverzinslichen Bodenscheinen beschaffen soll. Sie würde also die Beträge, die sie zum Ankauf der Rentengrundstücke aufwendet, zinslos erhalten, und zwar auch dann, wenn die Hypothekengläubiger von ihrem Bezugs-

Digitized by Google

recht auf die eventuell auszugebenden Anleihen Gebrauch machen. Das ist sehr leicht einzusehen. Angenommen, die Bodenkasse der Stadt Berlin würde nach dem Hamburger Plan für 100 Mill. M. Grundstücke erwerben, und zugleich würde von der Stadt eine Anleihe in erforderlicher Höhe zu Umtauschzwecken ausgegeben. Alsdann würden die den etwa 80 oder 90 Millionen M. Hypotheken entsprechenden Bodenscheine aus den Händen der abgelösten Hypothekengläubiger in den Besitz der Stadt übergehen, die damit, wie mit jedem anderen von ihr aufgenommenen Kapital, werbende Anlagen schaffen oder kaufen könnte, z. B. die für die Verstadtlichung reifen Aktien der Berliner Elektrizitätswerke. Die aus der Anlegung fließenden Einnahmen würden zur Verzinsung der 80 bis 90 Mill. M. neuer städtischer Anleihen ausreichen. Die von der Bodenkasse ausgegebenen Scheine aber sind mit keiner Zinslast beschwert, die mit diesem Gelde erworbenen Häuser kosten sie also, abgesehen von ihren eigenen Verwaltungskosten, nichts. Nimmt man nun an, daß die Instandhaltung der Häuser 25 % der Miets-Solleinnahme beträgt, so könnten 75 % der Miete ausfallen, ohne daß die Bodenkasse mit Unterbilanz arbeitet. Wem dies als Taschenspielerei erscheint, der sei auf die Analogie der Darlehnskassenscheine verwiesen. Die Schaffung dieser unverzinslichen Zahlmittel hat die Folge gezeitigt, daß ein nennenswerter Teil der deutschen Kriegsanleihe, nämlich soweit die betreffenden Zeichner sich das Geld zum Ankauf bei der Darlehnskasse beschafft haben, nicht allein dem Reich keine Zinsen kostet, sondern ihm sogar noch einen baren Gewinn zuschanzt. Das Reich nimmt aus dem betreffenden Darlehnsgeschäft 6 % Zinsen ein, während es für die dagegen validierenden Anleihen nur 5⅓ bis 5⅔ % zu zahlen braucht. Gewinn durchschnittlich ½ %. Es ist klar, daß ein Hausbesitzer, der unter so günstigen Bedingungen arbeitet, wie es die Darlehnskasse tut, seinen zahlungsunfähigen Mietern ein viel weitergehendes Entgegenkommen zeigen kann als der Vorbesitzer, der den Kaufpreis, soweit er durch Hypotheken belegt war, voll verzinsen mußte. Damit würde die ungeheuer schwierige Frage der Mietsunterstützung, die gegenwärtig in den Gemeindevertretungen unendliche Auseinandersetzungen hervorruft, ohne daß man bisher eine befriedigende Formel gefunden hätte, auf elegante Weise gelöst sein, und zwar ohne die Gefahr, daß den böswilligen Mietern ein zu großes Entgegenkommen gezeigt würde, da ja, wie oben erwähnt, das Privatinteresse des Hausbesitzers an einer ordnungsmäßigen Verwertung des Hauses erhalten bleiben soll.

Für den Hausbesitzer würde die Möglichkeit, durch die

Digitized by Google

Bodenkasse alle seine Verbindlichkeiten abgelöst zu erhalten, die Befreiung von seiner Hauptsorge bedeuten. Freich würde damit für ihn auch die Chance geschwunden sein, an dem nach dem Kriege etwa eintretenden Wertzuwachs wie bisher teilzunehmen, da ja nach dem Hamburger Plan bei dem Besitzwechsel der Häuser eine Neuabschätzung der Bodenrente stattfinden soll. Das bedeutet natürlich den Ausschluß jeder spekulativen Chance, und das liegt auch in der sozialpolitischen Absicht des Plans. Auch rein kaufmännisch läßt sich der Fortfall des Gewinns am Wertzuwachs vertreten. Wer eine Vermögensanlage nicht aus eigenen Mitteln durchhalten kann, muß schon zufrieden sein, wenn er aus einem Weltkriege ohne Verlust hervorgeht. Darüber hinaus ihm auch noch einen Spekulationsgewinn zu lassen, hieße das Entgegenkommen, das ihm durch eine öffentliche Einrichtung bewiesen wird, zu weit treiben. Dies um so mehr, als ja ein etwa eintretender Gewinn nicht durch seine Anstrengungen, sondern durch das Blut unserer Soldaten erkauft wäre. Trotzdem ist vielleicht gerade der Wegfall der Gewinnchance geeignet, den Hamburger Plan in manchen Augen zu diskreditieren. Wer aber aus diesem Grunde die Hilfe, die sich dem notleidenden Hausbesitzer anbietet, zurückweisen wollte, würde das Recht auf Hilfe überhaupt verwirkt haben.

Die Frage, welche Summen von Bodenscheinen durch eine Bodenkasse, deren Wirksamkeit sich über das ganze Reich erstreckt, insgesamt in den Verkehr kommen würden, ist natürlich nicht zu beantworten. Nur so viel steht fest, daß diejenigen, welche auf Grund einer rohen Schätzung der städtischen Häuserwerte auf eine Ziffer von vielen Milliarden kommen wollten, sich einem großen Trugschluß hingeben würden. Zunächst liegen die Verhältnisse in den einzelnen Gegenden Deutschlands außerordentlich verschieden. Ganz können wohl das flache Land und die von der Landwirtschaft lebenden kleinen Städte ausgeschieden werden, denen der Krieg eher Vorteil als Nachteile gebracht hat. Was aber die Großstädte anlangt, so kommt hier ein Moment hinzu, das in seiner großen Bedeutung nur von dem kaufmännisch geschulten Verstande voll gewürdigt werden kann. Und das ist das folgende: In dem Augenblick, wo eine starke Hand im Markte erscheint, die auf Anruf bereit ist, ein notleidendes Objekt zum reellen Preise zu erwerben, ist ein großer Teil der unverschuldeten Hausbesitzernot tatsächlich auch schon behoben. Nicht, weil die Mietseingänge nunmehr reichlicher fließen, sondern weil die Häuserwerte alsbald eine untere Grenze erhalten, unter die sie nicht mehr sinken können. Diese Grenze ist der Ablösungswert. Die Aussicht, gegen das Heruntergleiten unter diese Grenze gesichert zu sein, würde un-

Digitized by Google

zweifelhaft zur Folge haben, daß den Hausbesitzern sofort neue Kreditquellen zur Verfügung ständen, da ja die Häuser nunmehr bis zur Höhe der Ablösungssumme eine absolut sichere Unterlage darstellen. Dadurch würde es den durch Mietsausfälle geschwächten Hausbesitzern möglich sein, ihren Hypothekenverpflichtungen noch auf Jahre hinaus gerecht zu werden, und so ihren Besitz bis zum Frieden durchzuhalten. Manche Hausbesitzer werden es trotzdem vorziehen, von dem Anerbieten der Bodenkasse Gebrauch zu machen, sei es, daß sie die zunächst ausbleibenden Mieten als einen definitiven Verlust ansehen, sei es, daß sie nicht an einen Wertzuwachs nach dem Kriege glauben. So viel steht aber nach dem eben Gesagten wohl fest, daß man bei der Beurteilung des Hamburger Plans mit weit niedrigeren Ziffern zu rechnen hat, als man bei der ersten Bekanntschaft mit dem Plan anzunehmen geneigt ist. Die Hamburger Befürworter des Plans rechnen für eine das ganze Reich versorgende Bodenkasse mit einer Bodenscheinausgabe von etwa 4 bis 5 Milliarden M. Ich halte diese Summe für viel zu hoch gegriffen. Uebrigens ist anzunehmen, daß nach dem Inslebentreten der Bodenkasse mancher Privatkapitalist auf die Idee kommen wird, Häuser von schwachen Elementen zu übernehmen — ein fast risikoloses Geschäft, da hinter ihm die Bodenkasse steht, auf die er das Haus während des Kriegs jederzeit wieder abschieben kann. Um diese so naheliegende Spekulation auf dem Rücken der Bodenkasse zu verhindern, müßte jedenfalls eine Bestimmung getroffen werden, wonach die Einrichtung nur solchen Personen zugute kommen darf, die vor Kriegsausbruch Besitzer des angebotenen Hauses waren.

Ob man, das Zustandekommen einer Bodenkasse vorausgesetzt, ihre hohe Inanspruchnahme zu befürchten oder umgekehrt zu wünschen hat, das hängt ganz davon ab, welchen Wert man auf die sozialpolitischen Folgen des Hamburger Planes legt. Wer in ihm lediglich eine vorübergehende Hilfsaktion für den notleidenden Hausbesitz sieht, der wird schon mit Rücksicht auf etwaige währungspolitische Bedenken wünschen müssen, daß möglichst wenig Hausbesitzer von der Kasse Gebrauch machen. Er wird den Hauptvorteil in dem durch das bloße Dasein der Kasse geschaffenen Damm gegen Wertverminderung erblicken. Der Sozialpolitiker dagegen wird es als eine höchst begrüßenswerte Tatsache ansehen, wenn die öffentliche Hand auf dem friedlichen Wege einer Hilfsaktion und zu reellen Bedingungen in den Besitz von bedeutenden Bodenwerten gelangt, der ihr die von so vielen Seiten angestrebte, aber so schwer durchführbare Kontrolle des Wohnungsmarkts sichert. In je größerem Umfange die Bodenkasse ihre Tätig-

Digitized by Google

keit betreibt, um so wirksamer wird diese Kontrolle, die sicherlich mit zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Friedenszeit gehört, ausgeübt werden können. Und noch etwas anderes kommt hinzu: Wenn der unter seinen Hypothekenlasten seufzende Hausbesitzer mit einer gewissen Berechtigung sagen kann, daß er nicht imstande sei, von seinem mageren Ueberschuß einen Teil für Amortisation des Materialwertes des Hauses abzuzweigen — was doch angesichts des schnellen technischen Fortschritts heute mehr als je ein Gebot der elementarsten wirtschaftlichen Vorsicht ist —, so ist die Bodenkasse mit ihren unverzinsbaren Scheinen in der Lage, alles, was sie über die reinen Verwaltungskosten hinaus vereinnahmt, zur Amortisation ihrer Häuserwerte zu verwenden, und sie gelangt darüber hinaus noch in den Besitz der reinen Grundrente, deren natürlichen Wertzuwachs sie für öffentliche Zwecke voll dienstbar machen kann. Abbau des Mietskasernen-Systems und Erschließung neuer Einnahmequellen zugunsten der Allgemeinheit — das ist gewiß ein Ziel, groß genug, um die Vorschläge, die nach der Meinung ihrer Urheber zu seiner Erreichung führen werden, in ernstliche Erwägung zu ziehen. Ludwig Eschwege.

Der „Abbau" der Berliner Börsenkurse.

Mehr als ein Vierteljahr ist seit dem Ausbruch des großen Krieges verflossen, und noch immer sind die maßgebenden Effektenbörsen der Welt geschlossen. Keine von ihnen hat bisher den Mut gehabt, dem Kapitalverkehr den großen Markt zurückzugeben, an den er gewöhnt ist, und ohne den man sich ihn kaum noch vorzustellen vermag. Diese Scheu vor der Wiedereröffnung hat ihre guten Gründe. Der meistgenannte Grund ist der, es sei zu befürchten, daß diejenige Börse, die als erste wieder in Funktion treten wollte, mit einem wahren Hagel von internationalen Papieren überschüttet werden würde. Die an dieser Börse gehandelten Fremdwerte würden sich, in Ermangelung anderer Verwertungsmöglichkeiten, über sie als das einzige Ventil zum offenen Markte ergießen und die Kurse aller Papiere, selbst der rein nationalen, mit sich in die Tiefe reißen. Dieser Grund tritt jedoch, so laut man ihn auch betont, vor einem anderen, wichtigeren Grunde zurück. Das ist die heimliche Furcht vor den Kursdifferenzen, oder besser gesagt, vor dem Mißverhältnis, in dem die Zahlungskraft der einzelnen Börsen zu der Höhe dieser Differenzen steht. Man kennt die Zahlungskraft zwar nicht ganz genau, aber man glaubt, daß es gut ist, sie nicht auf die Probe zu stellen. Die ersten Tage nach der Börseneröfffnung, die kursmäßigen Aufschluß über die Wert-

Digitized by Google

veränderungen bringen, welche die vor dem Kriege auf Termin gekauften Effekten erlitten haben, lassen es zugleich offenbar werden, welcher Teil der Börsenbesucher seiner Verpflichtung zur Effekten-Abnahme oder Nachschuß-Leistung nicht nachkommen kann, sondern „exekutiert" werden muß und dadurch ein weiteres starkes Angebot von Effekten herbeiführt, das neue Insolvenzen im Gefolge hat. Und diese Kraftprobe möchte man überall so lange wie möglich hinausschieben.

Am dringlichsten ist der Wunsch, die Landesbörse wieder in Funktion zu sehen, in England. Abgesehen von der Rücksicht auf die vielfältigen Interessen, die hier wie in den anderen Ländern die Börseneröffnung herbeisehnen lassen, sprechen in London auch politische Gründe für die Herbeiführung eines geordneten Börsenhandels. England muß bei der Finanzierung des Kriegsbedarfs seiner Verbündeten mitwirken, es muß ferner die schwankende Freundschaft einiger neutraler Staaten durch Gewährung von Krediten befestigen. Fremde Anleihen lassen sich aber schwer übernehmen und unterbringen, wenn nicht ein Börsenkurs wenigstens einen ungefähren Anhalt dafür liefert, wie die Finanzhäuser und Kapitalisten die Schuldtitel des fremden Staates bewerten. Deshalb steht in England die Regierung in der vordersten Reihe der Anhänger einer baldigen Börseneröffnung. Und da man ihr keinen Zweifel daran gelassen hat, daß das wichtigste Bedenken in der Furcht vor der möglichen Häufung von Zwangs-Liquidationen und Insolvenzen wurzelt, so bietet sie jetzt ihre Hand zu Maßnahmen, die jene Furcht beseitigen sollen. Sie hat nach neueren Londoner Meldungen mit den großen Banken, die in England zwar direkt mit der Börse nichts zu tun haben, wohl aber durch ihre großen Ausleihungen an die „money brokers" einen indirekten Einfluß auf den Effektenmarkt ausüben, die Abrede getroffen, daß die Banken bis zum Ablauf eines Jahres nach Kriegsschluß weder diese Kredite kündigen noch eine Verstärkung der ihnen als Sicherheit übergebenen Effektendepots fordern sollen. Den Finanzhäusern, Privatbankiers, Stock-Brokers usw. wird unter der Bedingung, daß sie ebenfalls keine Zuschüsse von ihrer Kundschaft fordern, ein Kredit in Höhe von 60% des Wertes ihrer Effekten-Engagements — berechnet nach den Kursen vom 29. Juli — bei der Bank von England eingeräumt. Sobald es feststeht, daß dieses Abkommen genügt, um ein Uebermaß von Zwangsverkäufen hintanzuhalten, soll die Londoner Stock Exchange ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Die Berliner Börse befindet sich, von außen gesehen, eigentlich in einer günstigeren Lage als die Londoner. Die umfassenden Vorbereitungen, die der Börseneröffnung drüben vorangehen

Digitized by Google

müssen, sind hier teils unnötig, teils längst getroffen. So sollte man wenigstens meinen. Die Zahl der spekulativen Fremdwerte, die in Berlin gehandelt werden und den Markt bei der Eröffnung überschwemmen könnten, ist ungleich geringer als in London, so gering, daß man den Handel in ihnen ruhig eine Zeitlang untersagen könnte, ohne der Börse dadurch sonderlichen Abbruch zu tun. Das spekulative Termingeschäft, das in London die Regel bildet, tritt in Berlin gegenüber dem Kassageschäft verhältnismäßig mehr in den Hintergrund. Und die Gelegenheit zur Verpfändung von Effekten, die man in London jetzt schaffen will, besteht hier seit Monaten bei den Darlehnskassen. Es bedarf also nur noch einer dem englischen Abkommen nachgebildeten Verpflichtung der Banken und Kommissionshäuser, keine Börsenkredite zu kündigen, keine Nachschüsse zu verlangen und keine Exekutionen vorzunehmen, und die deutschen Börsen könnten zugleich mit den englischen, oder sogar noch früher, wieder in Tätigkeit treten.

Aber das ist nur scheinbar so einfach. In Wirklichkeit würde eine Verpflichtung, wie sie die englischen Banken übernommen haben, in Deutschland schwer durchzusetzen sein. Das hängt damit zusammen, daß die Deckung, welche die Banken von ihrer spekulierenden Kundschaft verlangen, in Deutschland nicht so hoch ist, wie sie in England — vielleicht mit Ausnahme des „Kaffernmarktes" — die Regel bildet, daß also das Risiko der Kommissionshäuser hier größer ist als in England. Ist doch schon unser Kassamarkt infolge der geringen Sicherheitsleistung, mit der sich unsere Banken und Bankiers begnügen, eine ständige Gefahrenquelle für sie; um wieviel mehr der Terminmarkt, der nicht nur nach der Seite des Auftraggebers, sondern weit mehr noch nach der anderen Seite, nämlich der des Gegenkontrahenten an der Börse, ein erhebliches Risiko bedeutet. In London, wo der Konzentrationsprozeß Jahrzehnte früher eingesetzt und schwache Elemente ausgemerzt hat als bei uns, und wo überdies eine weitgehende Spezialisierung im Effektengeschäft die Leistungsfähigkeit des einzelnen erhöht hat, sind nicht entfernt so viel „schwache Hände" im Markt wie in Berlin. Keine Bank würde hier ohne zwingende Veranlassung sich den Gefahren aussetzen, die eine Stundung der Börsenforderungen auf ein oder zwei Jahre und ein ebenso langer Verzicht auf jede Nachschuß-Forderung für sie bedeuten würde. Schon die relativ kurze Spanne, die sie von dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Börseneröffnung trennt, scheint den Berliner Kommissionshäusern viel zu lang, um ruhig abzuwarten, wie sich die Solvenz ihrer Börsenschuldner im Lichte der ersten zur Notierung kommenden Kurse ausnehmen wird. Sie fürchten.

Digitized by Google

daß eine allzu große Spannung zwischen dem Juli-Liquidationskurs und dem ersten Liquidationskurse nach Wiederbeginn des Börsenverkehrs manche Börsenfirma, die ihnen zu dem hohen Juli-Kurse Effekten abgekauft oder „in Report gegeben" hat, zahlungsunfähig machen würde. Deshalb suchen sie schon seit langem nach Mitteln, ihr Risiko einzuschränken, d. h. jene Spannung möglichst zu verringern. Und mit Hilfe des Berliner Börsenvorstandes ist es ihnen Ende Oktober auch tatsächlich gelungen, einen „Abbau" der ihnen zu hoch erscheinenden Juli-Kurse herbeizuführen. Diesen Abbau haben sie durchgesetzt, indem sie das Gegenteil von dem taten, was die englische Regierung von den Banken gefordert und als Vorbedingung für die Eröffnung der Börse bezeichnet hat: Indem sie nämlich von ihren Börsenschuldnern einen Einschuß in Höhe von 5% der Schuldsumme auf die schwebenden Engagements einforderten*).

Die Börse hat nach Kriegsausbruch ein Privatmoratorium für sich und die ihr nahestehenden Kreise erlassen. Sie hat alle Zahlungen nach innen und nach außen, auch solche, die, wie die Ultimogelder, teilweise nur in losem Zusammenhange mit der Börse stehen, aus eigener Machtvollkommenheit von Monat zu Monat hinausgeschoben. Ob sie die gesetzliche Berechtigung dazu hatte, ist zweifelhaft; tatsächlich haben einige Gläubiger, Staatsinstitute wie andere Geldgeber, das Privat-Börsenmoratorium nur mit gewissen Abänderungen gegen sich gelten lassen. Jetzt hat die Börse wiederum machtherrlich in den Geldverkehr eingegriffen, aber in entgegengesetztem Sinne. Statt des Stundungszwangs hat sie mit Bezug auf die schwebenden Termingeschäfte einen Zahlungszwang verhängt. Da sie diesen Zahlungszwang auf die börsenmäßigen Effektengeschäfte beschränkt und die reinen Geldgeschäfte ausgenommen hat, so ist ihre Zuständigkeit diesmal nicht von vorherein so zweifelhaft wie im ersten Falle. Es haben sich allerdings auch jetzt Stimmen erhoben, welche den Börsenbehörden grundsätzlich das Recht bestreiten, willkürliche Abänderungen der allgemeinen Bestimmungen zugunsten eines Teils der Effektenhändler vorzunehmen. Aber da jede Börse das gesetzliche Recht hat, sich selbst eine Verfassung in Gestalt einer Börsenordnung zu geben, so steht es ihr zweifellos auch zu, diese Börsenordnung und die ihr entsprechenden Geschäftsbedingungen im Bedarfsfall abzuändern. Nur müssen dabei die für den Erlaß der Börsenordnung geltenden Vorschriften beobachtet

*) Zurzeit schweben auch an der Londoner Börse Erwägungen wegen eines Einschusses von 5% auf Staatsanleihen und 10% auf alle anderen Papiere. Dieser Einschuß ist aber keineswegs als obligatorisch, sondern als freiwillig gedacht. Er soll nur da geleistet werden, wo der Geldgeber sich verpflichtet, seine Forderung nicht früher als ein volles Jahr nach Friedensschluß geltend zu machen. Wer die Stundung nicht beansprucht, zahlt auch den Einschuß nicht. Diese Entschädigung der Geldgeber für eine Fristbewilligung von 1 bis 2 Jahren ist also mit dem Berliner allgemeinen Kursabbau in keiner Weise vergleichbar.

Digitized by Google

werden. Der § 4 des Börsengesetzes schreibt vor, daß jede Börsenordnung der Genehmigung der Staatsregierung unterliegt. Nun ist aber nicht bekannt geworden, daß sich die Staatsregierung oder auch nur die von ihr zur Aufsicht über die Börse eingesetzte Handelskammer mit dem Beschlusse des Börsenvorstandes befaßt hätte. Der Staatskommissar der Berliner Börse hat zwar den Sitzungen des Börsenvorstandes beigewohnt; sein Bericht an den Handelsminister hat jedoch keine Maßnahmen oder Aeußerungen des Ministeriums herbeigeführt. Die Regierung hat sich also passiv verhalten und die Börsenbehörde — nicht im Einklang mit den Vorschriften des Börsengesetzes — selbständig beschließen lassen. Auch das steht im Gegensatz zum Verfahren in England, wo die Regierung sich intensiv mit allen Fragen der Börse beschäftigt und jeden Beschluß kontrolliert, obwohl ihr dort, anders wie bei uns, das formale Recht ein Eingreifen eigentlich nicht gestattet. Die Unterlassung in Deutschland ist aber nicht nur deshalb bedauerlich, weil es sehr erwünscht gewesen wäre, den Börsenbeschluß durch eine übergeordnete Instanz auf seine Zweckmäßigkeit hin prüfen zu lassen, sondern vor allem deshalb, weil der Börsenbeschluß dadurch zu einer halben Maßnahme geworden ist, die wichtige Interessen schädigt. Mangels Genehmigung durch die Regierung ist der Einzahlungsbeschluß des Börsenvorstandes nicht zu einem Teil der Börsenordnung im Sinne des Gesetzes geworden. Mithin kann niemand gezwungen werden, den Beschluß gegen sich gelten zu lassen. Und in der Tat hat das große Publikum, haben insbesondere viele gewohnheitsmäßige Spekulanten sich geweigert, die verlangte Zahlung von 5 % auf ihre Schuldsumme zu leisten.

Das hat nun überaus bedenkliche Folgen für den Bankierstand gehabt. Der Bankier hat, wenn er nicht gegen die Standesehre verstoßen oder gar für zahlungsunfähig angesehen werden wollte, die verlangten 5 % natürlich bezahlen müssen. Von seiner Kundschaft aber hat er nur in den allerseltensten Fällen eine Ersatzzahlung erlangt. Da die eigenen Betriebsmittel des Bankiers zum größten Teil in Effekten festliegen, die er weder verkaufen will, noch bei geschlossener Börse verkaufen kann, da er ferner seit Kriegsausbruch nicht nur nichts verdient, sondern für bare Zinszahlung auf die laufenden Termingeschäfte weitere Gelder hergegeben hat, so ist er vielfach nicht imstande gewesen, den Einschuß von 5 % zu zahlen; zumal er in seiner Eigenschaft als reiner Kommissionär nicht mit großem Eigenkapital zu arbeiten braucht, meist also nur ein kleines Betriebskapital besitzt.

Nun hat allerdings der Börsenvorstand diesen Fall vorausgesehen und deshalb die Bestimmung getroffen, daß der Einschuß statt in bar auch in Effekten geleistet werden könne, wobei der

Digitized by Google

Börsenkurs vom 25. Juli als Wertmaßstab zugrunde gelegt werden sollte. Von diesem Entgegenkommen haben viele Bankiers Gebrauch gemacht, indem sie statt des Bareinschusses solche Papiere in Zahlung gaben, deren Wert sich gegenüber dem Juli-Kurse erheblich vermindert hatte. Für den empfangenden Teil waren diese Papiere, obwohl vielfach von denkbar schlechtester Qualität, immerhin besser als gar nichts. Aber für den zahlenden Teil hat diese Art der Regulierung, die ihm zunächst über den Oktobertermin hinweggeholfen hat, doch nicht unbedenkliche Folgen. Ein großer Teil der in Zahlung gegebenen Papiere ist nämlich nicht sein Eigentum, sondern das Eigentum seiner Kundschaft; sie sind ihm als Deckung für etwaige Spekulationsverluste übergeben worden und können, wenn diese Verluste nicht eintreten oder das Engagement an eine andere Stelle übertragen wird, von der Kundschaft zurückgefordert werden. Hat der Bankier diese Deckungseffekten als fünfprozentigen Einschuß auf Termingeschäfte eines anderen Teils seiner Kundschaft verwendet, der nicht zahlen will oder kann, so ist er außerstande, die Effekten zurückzuliefern. Mit anderen Worten, er ist insolvent. (Dabei wird natürlich vorausgesetzt, daß er dem Depotgesetz gemäß gehandelt und nur solche Effekten als Einschuß hingegeben hat, über die ihm seitens der Kundschaft das Verfügungsrecht eingeräumt worden ist, daß er sich also nicht etwa einer Depotunterschlagung schuldig gemacht hat).

Das Ergebnis ist mithin, daß der Bankier seine private Kundschaft nicht befriedigen kann, weil er mit deren Effekten, gemäß Beschluß des Börsenvorstandes, seine Gegenkontrahenten an der Börse befriedigt hat. Die Einschußforderung zugunsten der börsenmäßigen Geldgeber wird also in einer Anzahl von Fällen — Kenner der Verhältnisse schätzen die Anzahl sogar sehr hoch — dieselbe verhängnisvolle Wirkung haben, die im sonstigen Geschäftsverkehr der Mißbrauch der Sicherungs-Uebereignung hat: Hier wie dort stellt es sich im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners heraus, daß zugunsten eines besonders vorsichtigen Gläubigers auch solche Aktiva ausgesondert worden sind, die eigentlich die Forderungen anderer, wirtschaftlich besser legitimierter Gläubiger decken sollten.

Aber dies ist nicht das einzige moralische Bedenken gegen die vom Berliner Börsenvorstand dekretierte Einschußleistung. Es kommt hinzu, daß die Bestimmung die Verschiedenartigkeit der Börsenengagements nicht berücksichtigt, sondern alle geldlichen Börsenverpflichtungen mit gleichem Maße mißt. Gleichheit ist aber hier dasselbe wie Ungerechtigkeit. Wer Terminpapiere gekauft hat, die gegenüber seinem Kaufpreise einen Gewinn abwerfen — man denke an die Aktien von Pulverfabriken —

Digitized by Google

muß genau denselben Einschuß zahlen, wie jemand, auf dessen Engagement ein Verlust von 50 oder 100 % ruht. Also nicht nur, daß er ein erhebliches Risiko gegenüber dem Verkäufer seiner Terminpapiere läuft, der vielleicht nach Börseneröffnung nicht in der Lage sein wird, ihm die Effekten zum vereinbarten Kurse zu liefern, muß er jenem obendrein eine 5 %ige Zuzahlung leisten, sein Risiko also dementsprechend noch erhöhen. Die Verfügung des Börsenvorstandes krankt daran, daß sie dem Geldgeber, das heißt dem Effektenverkäufer, der seine Forderung bis zum Lieferungstage stundet, unter allen Umständen eine Geldsumme zuwendet, auch da, wo es eher angebracht wäre, ihm eine Zahlungsverpflichtung aufzuerlegen. Andererseits erhält der Geldnehmer, das heißt der Käufer, der seinen Anspruch auf die gekauften Effekten bis zum Lieferungstage stunden muß, keinerlei Sicherung für den Fall, daß sein Gegenkontrahent ihm die Effekten nicht zum vereinbarten Kurse liefern kann. Statt dessen muß er diesem Gegenkontrahenten, der vielleicht längst insolvent ist, seinerseits 5 % bezahlen.

Diese krasse Ungerechtigkeit hat man nun allerdings durch eine Klausel auszumerzen versucht. Danach soll der Geldnehmer (Käufer) berechtigt sein, von dem Geldgeber (Verkäufer) die Lieferung der gekauften Effekten zu verlangen. Kann oder will der letztere nicht liefern, so fällt für den anderen die Verpflichtung zur Leistung des Einschusses fort. Diese Klausel beseitigt zwar die geschilderte Ungerechtigkeit zum Teil (nicht ganz, denn die ungleiche Behandlung des Geldgebers und Geldnehmers bleibt bestehen); aber sie ersetzt sie sofort durch eine neue Ungerechtigkeit, die um so bedenklicher ist, als sie nicht dem Zufall entspringt, sondern beabsichtigt ist.

Es gibt an der Börse zahlreiche Geldgeber, die mit der Geldhingabe bzw. dem Effektenkauf keine Kapitalsanlage beabsichtigen, sondern die sich die Effekten nur verschaffen wollen, weil sie diese zu irgendeinem Zwecke brauchen. Generalversammlungs-Majoritäten werden auf solche Weise — durch Kauf per diesen und Rücklieferung per nächsten Ultimo — zusammengebracht, namentlich aber werden Baisse-Spekulationen so, durch gekaufte und rückverkaufte, d. h. gelichene Effekten, von Monat zu Monat hinausgeschoben. Wenn nun Börsenleute, die solche Baisseengagements, das heißt Verpflichtungen zur Effektenlieferung unterhalten und der Börse gegenüber Geldgeber sind, im Sinne der erwähnten Klausel aufgefordert werden, gegen Rückempfang ihres Geldes die geschuldeten Effekten zu liefern, so können sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten, weil sie die Effekten zu beschaffen nicht in der Lage sind. So lange

Digitized by Google

die Börse geschlossen ist, fehlt ihnen die Möglichkeit, die vorverkauften Effekten zu decken. Sie befinden sich also in der durch die Börsenschließung verschuldeten Zwangslage, die ihnen angebotene Geldrücknahme und Effektenhergabe ablehnen zu müssen, und gehen dadurch ihres Anspruchs auf die sonst jedem Geldgeber zustehenden 5 % Einschuß verlustig. Und das kann verhängnisvoll für sie werden. Während sie auf der einen Seite keine Zahlung erhalten, sind sie auf der anderen Seite, wo sie selbst Geldnehmer bzw. Effektenkäufer sind, verpflichtet, 5 % Einschuß zu leisten. Denn zur Abnahme und Bezahlung der Stücke sind sie jetzt, wo ihre Kundschaft an eine derartige Abnahme nicht denkt, ganz und gar nicht in der Lage. Was an dieser Ungerechtigkeit, die sich in der Börsenpraxis mildern läßt und auch am Oktober-Zahltag vielfach durch Uebereinkommen gemildert worden sein soll, das bemerkenswerteste und schlimmste ist, das ist der Umstand, daß sie, wie bereits gesagt, mit voller Ueberlegung in die Börsenverordnung hineingetragen worden ist und eine gewollte Schädigung einer bestimmten Gruppe von Börsenbesuchern darstellt. Ein Mitglied des Börsenvorstandes (Kommerzienrat Max Richter) hat es offen ausgesprochen und sogar geschrieben, daß die Klausel in der Einschußverordnung sich ausschließlich gegen die Baissespekulanten richte, die der Börsenvorstand an der Forderung des 5 %igen Einschusses verhindern wolle.

Nun kann man über die Berechtigung der Baissespekulation denken, wie man will. Wenn es aber auf der ganzen Welt ein Organ gibt, das diese Spekulation als einen vollwertigen und gleichberechtigten wirtschaftlichen Faktor respektieren muß, so ist es der Börsenvorstand. Nicht nur aus dem äußerlichen Grunde, weil viele seiner Mitglieder bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit allem Nachdruck für die Existenzberechtigung der Baissespekulation eingetreten sind, sondern aus zwei anderen, wichtigeren Gründen. Einmal, weil der Börsenvorstand aus seiner Kenntnis der Verhältnisse heraus wissen muß, daß mancher Bankier, der Termingeschäfte für ausländische Kunden vermittelt, oder, wie es bei internationalen Papieren so überaus häufig ist, an einer fremden Börse ein Gegenengagement laufen hat, ganz wider seinen Willen zum Blankoverkäufer an der Berliner Börse geworden ist. Sodann aber, und das ist der Hauptgrund: Weil jedes Mitglied des Börsenvorstandes ein Amt bekleidet, das ihn verpflichtet, unparteiisch die Interessen aller Börsenbesucher in gleicher Weise wahrzunehmen, und weil er, wenn er anders handelt, eine Pflichtverletzung begeht. Es ist sehr bedauerlich, daß nicht einmal die Frage der bewußten Schädigung eines Teils der Börsenbesucher den Handelsminister

Digitized by Google

veranlaßt hat, zu der Verordnung des Börsenvorstandes Stellung zu nehmen.

Man hat an dieser Verordnung bemängelt, daß sie einseitig zugunsten der Großbanken erlassen worden sei. Das ist indes nicht zutreffend. Die Banken sind allerdings im größten Maßstabe Börsengeldgeber. Aber erstens sind sie es nicht ausschließlich: die schon erwähnte Hereinnahme von Effekten vor den Generalversammlungen ist gerade ihre Spezialität, und dadurch werden sie zu Geldnehmern. Vor allem aber sind sie Geldgeber meist nur gegen Ueberdeckung, d. h. sie gewähren weniger Reportgeld als Ultimogeld, das eben dieser vorhandenen Ueberdeckung wegen nicht unter die Einschußverordnung fällt. Soweit die Banken Reportgeld geben, geschieht dies entweder an ihre guten Freunde, die für sie Stimmung machen und Effekten placieren, die zu schädigen also nicht in ihrem Interesse liegt; oder es handelt sich um so angesehene Firmen, daß die Banken ihnen gegenüber auf den Schutz, den die Ueberdeckung beim Ultimogeld bedeutet, verzichten zu können glauben. Gerade sie haben es also am wenigsten nötig, durch Einforderung von Nachschüssen einen indirekten Abbau des Kursniveaus von Ende Juli herbeizuführen und ihr Risiko dadurch zu vermindern. Es scheint daher, daß die Einschußverordnung eher auf das Betreiben größerer Privatfirmen zurückzuführen ist, die allmonatlich als Geldgeber im Prolongationsgeschäft auftreten und zuweilen sogar das von den Banken oder von Industriellen erhaltene Ultimogeld in dem riskanteren, dafür aber etwas lukrativeren Reportgeschäft wieder ausleihen. Die Verlustgefahr dieser Firmen ist größer als die der Banken, und der Wunsch, das Risiko durch einen Abbau der ihnen zu hoch erscheinenden Julikurse zu vermindern und gleichzeitig durch eine „Stichprobe" die Solvenz der Geldnehmer festzustellen, ist vom Standpunkt der großen Privatfirmen aus verständlich. Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß einzelne dieser Firmen die 5%ige Einschußforderung nur als einen ersten Schritt in der Richtung eines gründlichen Abbaus des Kursniveaus angesehen haben. Angesichts der geharnischten Proteste, die an der Börse gegen die Absicht weiterer Einschußforderungen erhoben worden sind, wird es aber einstweilen bei dem Oktober-Abbau sein Bewenden haben, der übrigens nicht gerade klein genannt werden kann. Denn 5% vom Kurswert heißt bei den meisten Terminpapieren 8 bis 12% vom Nominalwert.

Im übrigen haben diejenigen Bankiers, die für den Abbau der Börsenkurse eingetreten sind, damit, vermutlich ohne es zu wissen, durchaus gegen die Interessen des Privatbankierstandes und für das Interesse ihres Gegenparts, der Großbanken, gearbeitet. Für jeden nicht sehr kapitalkräftigen Privatbankier

Digitized by Google

ist die Aufforderung, einen Einschuß auf sämtliche für Rechnung seiner Kundschaft an der Börse laufenden Engagements zu leisten, gleichbedeutend mit dem Zwange gewesen, seinerseits die gleiche Aufforderung an seine Kundschaft zu richten. Wenn auch die Wahrscheinlichkeit, daß ein größerer Teil des spekulierenden Publikums den Einschuß tatsächlich leisten würde, von vornherein sehr gering war, so mußte es jeder ehrenhafte Bankier doch für seine Pflicht halten, wenigstens den Versuch zu machen, sich die Mittel für die Einschußleistung durch einen Rückgriff auf seine Auftraggeber zu verschaffen. Erst wenn dieser Versuch scheiterte, konnte der Bankier sich für befugt halten, den moralisch weniger einwandfreien und, wie wir gesehen haben, privatwirtschaftlich ziemlich bedenklichen Weg der Hingabe oder Verpfändung fremder Effektendepots zu wählen. Der Privatbankier war also genötigt, an seine Kundschaft mit einem Verlangen heranzutreten, das diese ihm in der durch den Krieg geschaffenen schwierigen Lage sicherlich verübeln mußte, gleichviel ob sie dem Verlangen nachkam oder nicht. Im Gegensatz dazu haben die Aktienbanken es nicht nötig gehabt, ihre Kundschaft zu behelligen. Der Einschuß von 5 % spielt ihren größeren Mitteln gegenüber eine viel zu geringfügige Rolle, und es stehen ihnen außerdem viel zu bequeme Wege der Geldbeschaffung zu Gebote, als daß sie zu einem Rückgriff auf ihre Kommittenten gezwungen wären. So bedeutet die scheinbar rein börsentechnische Maßregel der Einschußforderung einen neuen Keil, der sich zwischen den Privatbankier und seine ohnehin zusammenschmelzende Kundschaft schiebt; und soweit die Börse sich gegen den Einschuß ausgesprochen hat, weil er eine Maßnahme zugunsten der Großbanken wäre, hat sie instinktiv das richtige Empfinden gehabt, wenn sie auch keine ganz klare Vorstellung davon hatte, wo der Vorteil der Banken in Wirklichkeit lag.

Die Befürworter des Abbaus der Börsenkurse haben aber nicht nur — soweit sie Privatbankiers sind — gegen ihr eigenes Standesinteresse, sondern sie haben auch gegen das vaterländische Interesse gehandelt, indem sie mit einer starken Ermäßigung des Kursniveaus an der Berliner Börse wie mit einer Selbstverständlichkeit rechneten. Sie haben im Auslande den üblen Eindruck erweckt, als herrsche bei uns ein stärkeres Mißtrauen als in den anderen Ländern, wo ein künstlicher Abbau des Kursniveaus nicht für erforderlich gehalten worden ist*). Die Maßnahme kann von außen her in der Tat kaum anders denn als ein Mißtrauen in Deutschlands wirtschaftliche Stärke gedeutet werden. Es ist freilich richtig, daß der starke Geldbedarf, den

*) Wegen der Verhältnisse in London vergl. Anmerkung S. 1022.

Digitized by Google

der Krieg in allen beteiligten Ländern hervorgerufen hat, und der zu einer Steigerung des Zinsfußes auch der besten Staatsanleihen geführt hat, nicht ohne Einfluß auf den Kurs der Dividendenpapiere bleiben kann. Aber diesem Druck, dem die Kurse ausgesetzt sind, sollte eigentlich die Erwartung gegenüberstehen, daß nach einem glücklichen Ausgange des Krieges das deutsche Wirtschaftsleben einen ganz außerordentlichen Aufschwung nehmen wird. Diese Erwartung ist gerade in den Kreisen des effektenbesitzenden Publikums sehr weit verbreitet, und es fehlt daher nicht an Stimmen, die für den Fall, daß die Wiedereröffnung der Börse mit einem ausschlaggebenden deutschen Siege zusammenfällt, nicht nur keinen Rückschlag, sondern sogar eine Steigerung der Kurse vorhersehen. Auf solche Zuversicht muß sich der an der Börse selbst dekretierte Abbau des Kursgebäudes natürlich wie Mehltau legen. Die Oeffentlichkeit muß stutzig werden, wenn sie sieht, daß die sachverständigen Börsenorgane es für nötig halten, Vorsichtsmaßregeln gegen einen bei Börseneröffnung zu erwartenden Kurssturz zu treffen. Und so kann der Kurssturz sehr leicht Wirklichkeit werden, nur weil die Börse sich in so weithin sichtbarer Weise auf ihn vorbereitet hat.

Diese Vorbereitung, die nach außen hin wie ein Mangel an Vertrauen zu Deutschlands wirtschaftlicher Weiterentwicklung wirkt, beruht in Wirklichkeit aber auf Ursachen anderer Art. Sie ist eine ganz natürliche Folge des finanziell schlechten Aufbaus des deutschen Effektengeschäfts. Es ist der oft beklagte Unfug des Spekulierens mit viel zu niedriger Deckung, der letzten Endes schuld daran ist, daß die Berliner Börse zu so zweideutigen Schutzmaßnahmen greift. Wäre die Kundschaft der deutschen Banken und Bankiers daran gewöhnt, für ihre Termingeschäfte eine Deckung zu stellen, die den Vermittler auch gegen ein beträchtliches Kursrisiko sichert, so wäre ein Zweifel an der Solvenz der solideren Börsenfirmen unberechtigt, und es fiele jeder Anlaß fort, auf die Möglichkeit eines kommenden Kurssturzes hin Vorschußleistungen von ihnen zu fordern. Das ist auch der Grund, warum der Vorstand der Hamburger Börse — im Gegensatz zu dem der Berliner und Frankfurter — es ablehnen konnte, durch Zuschußforderungen einen Abbau der Kurse herbeizuführen. In Hamburg sind die Börsenverhältnisse eben im ganzen solider. Die Gepflogenheit, nicht mit jedem ersten Besten auf Basis ganz minimaler Deckung zu arbeiten, bewährt sich dort als ein ausreichender Schutz gegen Kursüberraschungen und macht Sondermaßnahmen überflüssig, während sich die Berliner Börsenbehörde mit einer gewissen Berechtigung darauf berufen kann, daß sie mit ihrer die Berliner Börse diskreditierenden Maßnahme lediglich die gebotene Konsequenz aus der hier üblichen Uebertreibung

Digitized by Google

des Effektenkredits ziehe. Ob sich der Börsenvorstand hierauf wird berufen wollen, ist freilich eine andere Frage. Tatsache ist aber, daß die mit dem Uebermaß des Effektenkredits für den Bankierstand verbundene Gefahr die einzige Rechtfertigung des vorgenommenen Kursabbaus bildet. Zugleich ist sie aber auch ein drastischer Beweis dafür, wie berechtigt die seit Jahr und Tag erhobene Forderung des Reichsbank-Präsidenten ist, daß mit dem herrschenden Mißbrauch des allzu kleinen Einschusses gründlich und endgültig gebrochen werde. A. L.

Die Umorganisierung der deutschen Industrie im Kriege.

Um den Einfluß des Krieges auf die Industrie richtig zu beurteilen, müssen wir zwischen zwei Gruppen von Industriezweigen unterscheiden. Die erste Gruppe arbeitet vorwiegend für den heimischen Markt. Sie wird von dem Kriege weniger getroffen als die zweite Gruppe, die vorwiegend für den Weltmarkt produziert und deren Export entweder verboten, oder abgeschnitten, jedenfalls auf kaum nennenswerte Quanten reduziert worden ist.

Durch den Krieg werden diese beiden Gruppen nun nicht nur hinsichtlich der Absatzgelegenheit, sondern auch in bezug auf die Preisentwicklung in sehr verschiedener Weise betroffen. Der Krieg unterbindet das Abströmen des wirtschaftlichen Energieüberschusses, der sich in Deutschlands Exportindustrie konzentriert. Soweit hier trotz starker Einschränkung der Erzeugung ein Ueberschußquantum vorhanden ist, wie es namentlich bei den auf die Hausindustrie gestützten Exportindustrien, z. B. der Spielwarenindustrie, der Fall ist, drückt dieses überschüssige Quantum auf den heimischen Markt. Mit anderen Worten: Die bisherigen Exportartikel müssen im Preise sinken, soweit dieser durch Angebot und Nachfrage reguliert wird, und soweit nicht etwa Papiergeldwirtschaft ein lediglich nominelles Steigen der Preise zur Folge hat.

Auf dem Markt der ausschließlich oder vorwiegend für das Inland tätigen Industrie wird in den meisten Fällen, wenn man von den reinen Luxusindustrien absieht, die entgegengesetzte Preisentwicklung eintreten, und zwar um so stärker, je notwendiger die betreffende Ware gebraucht wird, und je mehr ihr Import nachläßt.

Zu solchen, keinen Produktionsüberschuß für das Ausland liefernden Industrien gehört z. B. die deutsche Petroleumindustrie. In 31 Betrieben wurden 1912 135 000 t Erdöl gefördert im Werte von 9½ Mill. M. Das reicht natürlich bei weitem nicht

Digitized by Google

aus, um den deutschen Bedarf zu decken, und so mußten in dem genannten Jahre noch 795000 t im Werte von 62,9 Mill. M. eingeführt werden*). Da die Zufuhren zum Teil unterbunden sind, und das Petroleum auf dem deutschen Markt knapp wird, steigt der Preis, und die deutschen Erdölbetriebe machen ein gutes Geschäft. Das gleiche gilt für die Benzin gewinnenden Petroleumraffinerien, wenn auch ihre Gesamtgeschäftslage noch durch andere Produkte, wie Paraffin, Vaseline usw., mitbestimmt wird.

Sonstige wesentlich für den Innenmarkt arbeitende Industrien sind die Kalzium-Karbitindustrie, die Korkindustrie, die Schokoladenindustrie, die Zigarettenindustrie u. a.

Wenden wir uns nun der zweiten Gruppe zu, die durch den Krieg weitaus mehr geschädigt wird, so finden wir, daß die wichtigsten und größten deutschen Exportindustrien die folgenden sind**):

Maschinenindustrie mitein. Ausf. von	680,3	Mill. Mark	(1913)
	652,3	„ „	(Eisenwaren)
	204,6	„ „	(Stabeisen)
	102,8	„ „	(Eisenblech)
	84,2	„ „	(eiserne Röhren)
Eisenindustrie „ „ „ „	76,2	„ „	(Eisendraht)
	73,7	„ „	(Eisenbahnsch. usw.)
	65,4	„ „	(Roheisen)
	65,3	„ „	(Luppen, Rohsch. usw.)
	49,8	„ „	(Träger)
Steinkohlenindustrie „ „ „ „	516,4	„ „	(Kohle)
	146,7	„ „	(Koks)
Textilindustrie „ „ „ „	446,5	„ „	(Baumwollwaren)
	270,9	„ „	(Wollwaren)
Zuckerindustrie „ „ „ „	264,7	„ „	
Papier-u. Pappenind. „ „ „ „	262,8	„ „	
	142,1	„ „	(Anilin u. Teerfarbst.)
Chem. Industrie „ „ „ „	58,3	„ „	(Chlorkalium)
	53,3	„ „	(Indigo)

Unter den Exportindustrien gibt es indes auch solche, die durch eine starke Zunahme des Inlandskonsums für den Fortfall der Auslandsbestellungen entschädigt werden. Das sind diejenigen, die Kriegsbedarf liefern. Alles, was mit der Lieferung von Heeresbedarf direkt oder indirekt zusammenhängt, arbeitet stärker denn je zuvor. Denn der Bedarf nimmt im Kriege, vor allem wegen des starken Verschleißes, nicht ab, sondern gewaltig zu.

Nun sind aber eine ganze Reihe von Industriezweigen resp. von industriellen Werken, die früher gar nicht oder doch nur in geringem Maße für den Heeresbedarf arbeiteten, durch den

*) 1913 etwas weniger.

**) Diese nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich (1914) zusammengestellten Zahlen repräsentieren nicht den ganzen Export des betr. Industriezweiges, sondern nur den der am meisten daran beteiligten Waren.

Digitized by Google

Krieg zu Armeelieferanten geworden. Denn diese Lieferungen werfen den höchsten Nutzen ab. Das die Produktion befruchtende Kapital hat stets das Bestreben, sich aus den Zweigen zurückzuziehen, die weniger rentabel sind, und Anlage in denjenigen zu suchen, denen die Konjunktur hohen Gewinn verheißt. Das sind aber während des Krieges diejenigen Betriebe, die in irgendeiner Weise an der Befriedigung des Heeresbedarfs teilnehmen. Man braucht nur einen Blick in die Zeitungen zu werfen, um diese Wanderung des Kapitals zu erkennen, das sich der Friedensproduktion abwendet und sich zu den Kriegslieferungen drängt. So enthält z. B. das Berliner Tageblatt vom 25. Oktober unter anderen folgende Annoncen:

„Mit ca. 100000 M. ev. mehr wünscht seriöse Firma Beteiligung an Kriegslieferungen."

„Geld für Heereslieferung. in jeder Höhe geg. Beteilig."

„1 bis 2 Millionen sofort verfügbar für vorhandenen direkten Auftrag von der Heeresverwaltung."

„Finanzierung nur großer fester Militäraufträge durch Großbank."

„Beteiligung gesucht von Kapitalisten an leistungsfähigem Geschäft oder Fabrik für Kriegslieferungen, Branche gleich."

„6 Millionen für Heereslieferungen an nur ganz erstklassige Firmen zu vergeben."

Diese Inserate sind sehr lehrreich. Sie bestätigen zunächst die alte national-ökonomische Wahrheit von der Bewegung des Kapitals nach den Unternehmungen, die den größten Gewinn ergeben. Sie zeigen, daß auch die Banken durch Finanzierung und umfangreiche Kredite an diesen Profiten teilnehmen. Die Dresdner Bank hebt in dem Bericht über ihre letzte Aufsichtsratssitzung ausdrücklich hervor, daß sie im Zusammenhang mit der Finanzierung von Heereslieferungen mit neuen Kunden in Verbindung getreten sei. Es handelt sich also nicht um bloße Darlehen, sondern um Beteiligungen; es werden nicht nur feste Zinsen gezahlt, sondern auch Teile des Unternehmergewinns an die Geldgeber abgetreten.

So arbeitet im Kriege ein verhältnismäßig großer Teil der gesamten deutschen Industrie für das Heer. Und zwar können wir dabei zwei Gruppen unterscheiden. Bei der ersten liegt keine Aenderung der Fabrikation, sondern nur eine Aenderung der Absatzrichtung vor. Die zweite hingegen hatte vor dem Kriege mit Heereslieferungen überhaupt nichts zu tun. Als Beispiel für die erste Gruppe kann die Industrie der Nahrungsmittel dienen, deren einzelne Zweige in sehr verschiedenem Maße an der Versorgung des ausländischen und heimischen Marktes teilnehmen. Man denke an die stark exportierende Zuckerindustrie

Digitized by Google

und an die ganz auf den heimischen Markt angewiesenen Bäckereien und Fleischereien. Durch das Massenaufgebot eines Fünfmillionenheeres sind eine große Zahl von Betrieben mit an der Versorgung desselben beteiligt, die früher mit Militärlieferungen nichts zu tun hatten. Die Konservenfabriken schicken enorme Massen getrockneten Gemüses ins Feld. Die Mühlenindustrie ist für die Feldbäckereien mit großen Mehllieferungen in Anspruch genommen. In hohem Maße ist auch die Textilindustrie an der Versorgung des Heeres beteiligt. Die feldmäßig ausgerüsteten Truppen brauchen eine Reihe von Bekleidungsgegenständen, und der ganze Felddienst erfordert zahlreiche Hilfsstoffe. So sind eine Reihe mechanischer Webereien jetzt mit dem Weben von Militärdecken und Zeltstoffen beschäftigt. In den Krefelder Zwirnereien und Spinnereien wird stark gearbeitet. Die deutschen Trikotagen- und Strumpfwarenfabriken sind so stark beschäftigt, daß sie keine neuen Lieferungsverpflichtungen für die nächsten Monate mehr übernehmen können. (Konfektionär vom 29. Oktober.) Der Lazarettdienst erfordert ungeheuere Mengen Verbandszeug und sonstiges Material, so daß die Textilindustrie alle Hände voll zu tun hat, um rechtzeitig liefern zu können. Nun zeigt sich aber immer deutlicher das Gespenst eines Mangels an Baumwolle und Wolle. Die erstere kommt aus den Vereinigten Staaten, Aegypten und Ostindien. Trotz der diplomatischen Niederlage Englands, das Baumwolle nicht mehr als Kriegskonterbande behandeln darf, dürfte die Zufuhr gering sein. Die vorhandenen Vorräte werden nach fachmännischer Schätzung noch bis zum Februar reichen — ähnlich steht es mit Schafwolle — trotz der in Belgien beschlagnahmten Wolle im Werte von 10 Mill. M. Das für den Bezug von Merinowolle wichtigste Land, Australien, hat ein Wollausfuhrverbot erlassen. Ausgenommen ist nur die Ausfuhr nach Ländern, welche die Wolle nicht nach feindlichen Ländern weiterverkaufen. Auch England und andere Länder haben die Wollausfuhr verboten. Das läßt den Schluß zu, daß es nicht unberechtigt ist, wenn Sachverständige die verfügbaren Vorräte an Rohwolle nur noch bis zum Januar für ausreichend halten. Auch die ursprünglich bedeutenden Bestände an Wollfabrikaten in Form von Strümpfen usw. haben sich durch die Ueberführung nach den Schlachtfeldern bereits stark gelichtet. Die Folge ist ein starkes Steigen am ganzen Wollwarenmarkt. Um die Verteilung derjenigen Kammwollen und Kammzüge zu regeln, die für die Kriegsausrüstung dienen, hat sich zunächst auf Anregung des preußischen Kriegsministeriums eine „Kammwoll-Aktien-Gesellschaft" gebildet, die lediglich organisatorische Funktionen hat und weder Dividenden noch Liquidationsgewinne ausschütten darf. Dann hat die Regierung, um einem vorzeitigen

Digitized by Google

Mangel vorzubeugen, die deutschen Kammzug-, Rohgarn- und Handelsgarnbestände in allen deutschen Kämmereien und Spinnereien beschlagnahmt, davon 75 % für die Heeresverwaltung in Anspruch genommen und nur 25 % für den Handel freigegeben. Die Kammgarnspinnereien haben daher erklärt, daß sie nur einen Teil der mit Privaten getätigten Abschlüsse auszuführen in der Lage seien.

Daß auch die Lederindustriellen für den Armeebedarf herangezogen worden sind, und daß das Leder wesentlich im Preise gestiegen ist, versteht sich bei dem starken Verbrauch an Patronentaschen, Tornistern, Sätteln und vor allem an Stiefeln von selbst. Die meisten Staaten haben die Ausfuhr von Leder verboten, und Deutschland, das auch hierin vom Auslande abhängig ist, vermag nicht genügend selbst zu produzieren. Es ist daher der Versuch gemacht worden, wenigstens einen Teil der aus Leder hergestellten Artikel durch Surrogate zu ersetzen. So werden jetzt in der Gubener Hutindustrie Militärhelme aus Filz angefertigt. Diese sind gleichfalls mit Metall beschlagen und feldgrau.

Die Pelzindustrie, die früher einen Teil ihrer Pelze nach dem Auslande sandte, ist durch die Tatsache, daß der Winter bevorsteht, in hervorragendem Maße zur Versorgung der Armee herangezogen worden, so daß bereits jetzt ihre Lager geräumt und die Preise für die billigen Pelzsorten ungeheuer gestiegen sind.

Die Kartonnagenindustrie hat, nach Ueberwindung einer durch den Kriegsausbruch veranlaßten Stockung, sich mit der Herstellung von Kartons für Kriegssendungen und durch Anfertigung von Packungen für die Feldpost ebenfalls der großen Zahl von Lieferanten für das Heer angeschlossen. Durch die zahlreichen Liebesgabensendungen haben auch die Tabak-, Wein-, Schokoladen-, Seifen- usw. Industrien ihren Anteil an der Heeresversorgung erhalten.

Auch hier treffen wir organisatorische Ansätze, um die Verteilung des Armeebedarfs zu regeln. So haben sich die Zigarrenfabrikanten eine „Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten“ in Minden geschaffen, die alle Aufträge der Heeresverwaltung annimmt und sie nach einem vereinbarten Schlüssel auf die fünf deutschen Tabakfabrikationsbezirke verteilt. Auf diese Weise wird eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Zigarrenfabriken in allen Teilen Deutschlands herbeigeführt.

Nun gibt es aber, wie gesagt, noch eine zweite Gruppe von Industriezweigen, nämlich diejenigen, welche, wenn irgend möglich, ihr Fabrikationsprogramm verändern, um an den Lieferungen für das Heer teilnehmen zu können, obwohl sie früher wenig oder gar nichts mit ihm zu tun hatten. Das hat

Digitized by Google

natürlich in den betreffenden Unternehmungen zum Teil nicht unerhebliche organisatorische Aenderungen notwendig gemacht. Die hier vorliegende Umschaltung ist ein Beweis für die technische Elastizität und das Organisationstalent der Unternehmer. In relativ kurzer Zeit haben sie sich — nachdem die erste Bestürzung nach Ausbruch des Krieges überwunden war — der Kriegslage angepaßt. Die beiden großen Verbände der deutschen Schwer- und der Leichtindustrie, das sind der Centralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen, haben sich zusammengetan und einen Kriegsausschuß der deutschen Industrie gebildet. Es stellte sich nämlich bald nach Ausbruch des Krieges heraus, daß die Produktion für den Kriegsbedarf sich ganz irregulär gestaltete. Einzelne Fabriken waren mit Aufträgen seitens der Militärverwaltung geradezu überhäuft, während andere, welche die gleichen Artikel in derselben Qualität herzustellen vermochten, mit ihren Angeboten unberücksichtigt blieben. Freilich ist damit das Ziel dieser großen Orgnisation, „die verfügbaren Kräfte auf rationellste Weise zu sammeln und zu organisieren, damit vor allem Zersplitterung und Vergeudung wirtschaftlicher Machtmittel vermieden werden", erst angebahnt, aber noch nicht erreicht. Weitere Aufgaben, wie Organisation und schnellste Verbreitung der Lieferungsausschreibungen des Staats und seiner einzelnen Verwaltungszweige (Militär-, Post-, Eisenbahnverwaltung), sind in Angriff genommen. Ebenso die Herausgabe fortlaufender Mitteilungen aller der für die Kriegszeit erlassenen Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen der Behörden.

An einzelnen Stellen haben sich die untereinander mit Bezug auf die Lieferung für den Kriegsmarkt konkurrierenden Privatbetriebe zu Organisationen zusammengeschlossen, die dann die Gesamtaufträge unter sich verteilen. Ein solcher Verband ist beispielsweise in Guben unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Glücksmann entstanden. Guben ist der Mittelpunkt der Lausitzer Hut- und Tuchindustrie. Um diese Industrie für Militärlieferungen zu befähigen, ist der „Zweckverband der Gubener Wollindustrie für Kriegslieferungen E. V." gegründet worden. Durch ihn erfolgt die organisatorische Zusammenfassung von Rohmaterialien, Fabrikationserfahrungen und Betriebseinrichtungen für die Herstellung von Militärsachen, namentlich feldgrauer Tuche, seitens der Industriellen der Hut- und Tuchbranche. Diese schnelle organisatorische Anpassung an die Kriegslage ist, wenn in großem Stile durchgeführt, von hoher Bedeutung für die nationale Verteidigung und die rechtzeitige Speisung der militärischen Energiequellen. Ihre Darstellung bleibt der späteren volkswirtschaftlichen Forschung vorbehalten.

Digitized by Google

Für heute soll sie nur an einigen Beispielen näher illustriert werden.

An der Spitze aller durch Aenderung ihres Fabrikationsprogramms die gegenwärtige Konjunktur ausnutzenden Unternehmungen steht die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. Sie gehört zu den Werken, von denen man gesagt hat, daß in ihnen nicht der Ingenieur, sondern der Kaufmann herrscht. D. h. kaufmännische Gesichtspunkte dirigieren hier die technische Produktion. In dem großen Werk in der Brunnenstraße werden jetzt neben und an Stelle der Dynamos in umfangreichem Maße Granaten hergestellt, deren Füllung dann in Spandau erfolgt. In anderen Betrieben werden Metallknöpfe gefertigt. Viele der übrigen elektrotechnischen Werke — ich nenne nur Siemens-Schuckert — sind ebenfalls stark mit der Herstellung von Heeresbedarf beschäftigt; Telephone und Telegraphen werden in großem Maße für den Krieg benötigt. In zahlreichen Eisengießereien und Maschinenfabriken Deutschlands, die früher ein ganz anderes Programm hatten, werden jetzt Granaten gegossen und bearbeitet. Maschinenfabriken, die vorher Schreibmaschinen, Fahrräder und Metallmöbel machten, fabrizieren gleichfalls Kriegsartikel. Nähmaschinenfabriken sind zur Anfertigung von Schrapnells übergegangen. Die großen Zerstörungen, die der Krieg im Gefolge hat, bedeuten bereits jetzt für eine Reihe von Maschinenfabriken neue Aufträge. So erhielt z. B. die Maschinenfabrik und Eisengießerei Wegelin & Hübner in Halle a. S. Aufträge aus Oesterreich auf Apparate zur Wiederherstellung zerstörter Wasserwerke — neben großen Bestellungen von seiten der Heeresverwaltung.

Zahlreich sind auch die Werke der Metallwarenbranche, die Halb- oder Teilfabrikate für die Armeeausrüstung herstellen, z. B. Helmbeschläge, Schalen für Waffenrockknöpfe, Feuerzeuge usw. Eine Maschinenfabrik annonciert Helmspitzen und Benzinbehälter. Die Firma Großmann, Eisen- und Stahlwerk Akt.-Ges. in Wald (Rheinland) bietet u. a. Karabinerhaken für Militärfeldflaschen und Brotbeutel sowie Steigbügel aus Temperguß an. Die Märkische Maschinenbauanstalt Teutonia in Frankfurt a. O. fabriziert für den Krieg Eßnäpfe, Waschschüsseln, Wasserkannen, Kochgeschirre, Trinkbecher. Infolge dieser Entwicklung hat sich die Lage der Eisengießereien im Gegensatz zu derjenigen der übrigen Zweige des Großeisengewerbes, ziemlich günstig gestaltet. Der große Eingang von Heeresbestellungen, der schon von Anfang September an datiert, hat den mit Militäraufträgen belegten Eisengießereien erlaubt, ihre Gußwarenpreise um 10 % zu erhöhen. Auch der Verband der deutschen Zink-

Digitized by Google

walzwerke hat Zeitungsnachrichten zufolge den Zinkblechpreis um 3 M. auf 57,20 M. pro dz Frachtbasis Oberhausen erhöht.

Das Großeisengewerbe andererseits liegt darnieder. Die Preisrückgänge beeinträchtigen hier die Erträge. So bemerkt die Bergbau- und Hütten-Akt.-Ges. Friedrichshütte zu Herdorf, ein gemischtes Werk der Eisenindustrie, in ihrem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht: „Dem Eisengewerbe gehen zwar durch Kriegsmaterial und auch aus den neutralen Staaten Aufträge zu, doch sind diese für die Gesamteisenindustrie der Menge nach zu gering und stehen in keinem Verhältnis zu dem verminderten Export und Inlandsbedarf. Demgegenüber ist allerdings die Erzeugung der Werke durch die geringere Zahl der Arbeiter erheblich zurückgegangen."

Andere Betriebszweige, die mit der Eisen- und Metallwarenbranche nur noch lose zusammenhängen, haben nur die Wahl, sich auf Kriegslieferungen umzuorganisieren oder stillzustehen. So schreibt mir eine Fabrik photographischer Bedarfsartikel aus Metall und Glas (Kindermann & Co. in Berlin): „Unser Betrieb ist für ca. 50 Mann eingerichtet, mit allen notwendigen Maschinen versehen und zurzeit frei." Die Firma sucht jetzt für das Heer Metallartikel zu liefern und erwähnt unter diesen speziell Koppelschlösser. Alle derart durch den Krieg mattgesetzten Betriebe suchen ganz natürlich ihre Zuflucht in der Heereslieferung.

Aber selbst solche Fabriken, die man auf den ersten Blick in Bezug auf den Krieg für vollständig neutral und unbeteiligt halten sollte, haben ihren Betrieb in der Richtung der Kriegslieferungen ausgebaut. So liegt mir beispielsweise die Offerte einer Spezialfabrik für modernen Gewächshausbau vor (Böttger & Eschenhorn, Berlin-Lichterfelde), deren Fabrikationsprogramm sich auf Weintreibhäuser, transportable Treibhäuser, Wintergärten, Verandaheizungen, Frühbeetfenster, Frühbeetkästen und Gartenmöbel erstreckt. Die Firma fabriziert jetzt Werkzeugkästen und -Schränke, Skripturenkästen, Brotschieber, Feldstühle, Feldtaschen, ferner Krankentische, Bettstellen, Tragbahren usw. für Lazarette. Hier ist die organisatorische Aenderung, welche die neue Produktionsaufgabe erfordert, allerdings nicht besonders schwierig, denn die Herstellung von Intendantur- und Lazarett-Bedarf setzt in der Holzbearbeitungsfabrik keine Neuanschaffung von Maschinen voraus.

In der chemischen Industrie gestalten sich die Verhältnisse je nach der Fabrikationsspezialität verschieden. Fabriken die Farbstoffe fabrizieren, liegen, soweit sie nicht für Färbereien, die Militärstoffe verarbeiten, liefern, ganz darnieder. Das gleiche gilt von den Säurefabriken. Hingegen halten diejenigen Be-

Digitized by Google

triebe, die z. B. pharmazeutische Bedarfsartikel herstellen, ihren Betrieb aufrecht. Ueberall aber wird versucht, Anschluß an den großen Kriegswarenmarkt zu bekommen. Auch hier mögen einige Beispiele das Wesen der eingetretenen Veränderungen andeuten. Die Rütgerswerke Akt.-Ges., die hauptsächlich Holz für Eisenbahnschwellen usw. imprägnieren, außerdem Teer- und Erdölprodukte herstellen, sind jetzt, nach einer Mitteilung der Verwaltung, in einigen Abteilungen für Heereszwecke und für die Marine aufs Angespannteste in Anspruch genommen. Andere chemische Fabriken haben sich auf die Herstellung von Spezialartikeln geworfen. Eine chemische Fabrik in Hamburg liefert für Isolierung, Warmhaltung von Lazarett- und Gefangenenbaracken einen „Isolinanstrich, der abdichtet, steinhart wird, gut klebefähig ist und daher mit Jute, Müll, Flanell usw. ein gutes Isoliermittel darstellt". Wieder andere chemische Fabriken machen Kaffee- und Bouillonwürfel. Eine von ihnen kann laut Inserat monatlich je 500 000 Stück liefern. Fabriken, die sonst ätherische Oele, Essenzen und Farbstoffe herstellen, wie z. B. Klotz, Wunderlich & Co. in Leipzig-Lindenau, haben gleichfalls ihrer Fabrikation eine der Armeeversorgung entsprechende Richtung gegeben. Sie liefern die für die Herstellung von Spirituosen wichtigen Grundbestandteile. Die genannte Firma schreibt: „Soviel uns bekannt, befassen sich verschiedene Proviantämter oder andere für die Verpflegung des Feldheeres in Frage kommende Militärbehörden mit der Selbstanfertigung von Spirituosen, namentlich Bitterlikören und ähnlichen Sachen, Kunstrum und Kunstarrak. Teils wird dies aber auch von Marketendern oder ähnlichen Personen besorgt, besonders von solchen, die irgendwo in der Nähe der fechtenden Truppen eine Niederlage haben und von dort aus ihre Vorräte ergänzen können. Zur Herstellung jener Spirituosen liefern wir geeignete Essenzen und sonstige Artikel, mit deren Hilfe die Anfertigung der Fabrikate schnell und einfach bewirkt werden kann."

So hat der Krieg zu einer teilweisen Neuorientierung unserer heimischen industriellen Produktion geführt. Er hat einer ungeheuren Anzahl von Werken, die früher wenig oder garnichts mit Heereslieferungen zu tun hatten, einen neuen Markt eröffnet. Er hat aber auch auf verschiedenen Gebieten zu einer Neuregelung der Verteilung geführt, deren Methoden (Kontingentierung, Export- und Konsumregulierung und Preisfestsetzung) vielfach dem Ideenkreise der Wirtschafts- und Staatspolitik des 18. Jahrhunderts entstammen. Dr. O. Stillich.

Digitized by Google

Der Oktober 1914.

Der dritte **Kriegsmonat** ist vorübergegangen, ohne daß er bis in die allerletzten Tage hinein wichtige politische Veränderungen gebracht hätte, und es schien, als ob sich in der Mächtegruppierung, wie sie sich in den ersten beiden Monaten gestaltet hatte, nichts mehr ändern würde. Das glaubte man auch noch, als einer der treuesten Freunde, Deutschlands, König Karol von Rumänien, die Augen schloß; ebensowenig erwartete man von dem Tode San Giulianos und der Umbildung des Kabinetts Salandra in Italien Veränderungen. Die letzten Tage des Monats brachten jedoch ein Ereignis, das alte, längst erledigt geglaubte Fragen neu in Fluß brachte: das aktive Eingreifen der **Türkei** in den Kampf, dem angeblich die Erklärung des heiligen Krieges folgen wird. Das bedroht die Mächte des Dreiverbandes an einer Reihe der allerempfindlichsten Punkte. In Aegypten haben sich die revolutionären Zuckungen bereits wesentlich verschärft; nach Anfang November noch unbestätigten Gerüchten sollen kleinere Beduinenkolonnen bereits in das Land eingedrungen sein, und eine große türkische Armee nahe der Sinaihalbinsel zum Einmarsche bereit stehen. Auch in Tunis und Marokko ist es zu religiös-politischen Unruhen gekommen. In dem Losschlagen der Türkei will man eine gewisse Gewähr für die Fortdauer der italienischen Neutralität sehen, da die verwundbarste Stelle dieses Landes, seine afrikanischen Kolonien, gegen ein Uebergreifen des heiligen Krieges kaum zu sichern wären. Was den Balkan selbst betrifft, so scheint es, ols ob Rumänien geneigt sei, mindestens seine Neutralität aufrechtzuerhalten. Es meldeten sich in diesem Lande in den letzten Oktobertagen sogar Stimmen, die für einen aktiven Anschluß an die Zentralmächte eintraten. Griechenland widerstrebt noch immer, seinen Bündnisverpflichtungen gegenüber Serbien mit der Waffe in der Hand nachzukommen. — Im fernen Osten versucht China seine waffenlose Neutralität in eine bewaffnete zu verwandeln, was ihm um so wünschenswerter erscheint, als die japanisch-englischen Uebergriffe andauern. Die Vereinigten Staaten von Amerika wahren weiter ihre stark Dreiverbandfreundliche Neutralität; doch erscheint es durchaus nicht unmöglich, daß die englischen Uebergriffe gegen den neutralen Handel auch in den Sympathien dieses Landes Wandel schaffen. Begünstigt wird das noch durch das zunehmende Unbehagen, welches das weitere Vordringen der Japaner auf den Inseln des Stillen Ozeans hervorruft. Dieses Vordringen bleibt in den britischen Kolonien mit Selbstverwaltung begreiflicherweise ebenfalls nicht unbeachtet, wenn auch ein offener Widerspruch gegen den Verbündeten des Mutterlandes zurzeit nicht laut

Digitized by Google

wird. Eine Ausnahme in der Vasallentreue macht **Südafrika.** Dort benutzten unzufriedene Burengruppen die günstige Gelegenheit, die alte Flagge der Freistaaten wieder zu erheben. Nach den bisher vorliegenden, lediglich englischen Meldungen werden die Rebellen andauernd besiegt; das geschieht aber so häufig und an so verschiedenen Orten, daß man vorläufig daraus nur den Schluß ziehen kann, daß hier keine Einzelrevolte, sondern eine ziemlich umfassende Erhebung vorliegt.

Die **militärischen Ergebnisse** des Oktobers bestehen im wesentlichen darin, daß es Deutschland nach nur 12tägiger Belagerung gelungen ist, Antwerpen zu nehmen, an die Nordsee vorzudringen und den größten Teil der belgischen Küste zu besetzen. Die Riesenschlacht in Nord-West-Frankreich hat sich bis nach Süd-West-Belgien heraufgezogen, ist jedoch immer noch nicht beendet. Die deutschen Truppen haben zwar gewisse Fortschritte gemacht, jedoch ist bisher weder die Feldschlacht noch das Ringen um die starken Maasbefestigungen zu unseren Gunsten entschieden. Im Osten sind Teile Galiziens vom Feinde gesäubert und die zernierte Festung Przemysl entsetzt worden. Eine Entscheidung war aber auch auf diesem Kampfplatze noch nicht zu erzielen, der (deutsche) Nordflügel der Verbündeten mußte sogar in den letzten Tagen des Oktobers vor einer neuen starken Uebermacht den Rückzug antreten. Im Südosten wurden den Serben und Montenegrinern Schlappen von geringer Bedeutung beigebracht.

Im Seekriege sind der deutschen Flotte an der holländischen Küste durch feindliche Uebermacht kleinere Verluste beigebracht worden, jedoch wurden große englische Schiffe dabei schwer beschädigt. Die deutschen Unterseeboote haben neue Erfolge zu verzeichnen und in der letzten Zeit sogar in den Kaperkrieg eingegriffen. — Außerhalb des eigentlichen Krieges stehen die Besetzung von Valona durch Italien, von Epirus durch Griechenland und — zunächst noch — das Vorgehen der Türkei gegen die russische Flotte und die Küstenstädte am Schwarzen Meere.

Eigenartige Formen nimmt immer mehr der von Großbritannien begonnene **Wirtschaftskrieg** an. Der englischen Methode des Kampfes gegen die feindliche Einzelwirtschaft ist auch Frankreich gefolgt, und alle Dreiverbandsmächte bemühten sich schließlich im edlen Wetteifer, durch Beschlagnahmung feindlichen Privateigentums auch zu Lande und durch Zusammenpferchung friedlicher Zivilisten in Gefangenenlager die elementarsten Grundlagen des Völkerrechtes zu verletzen. Mit Widerstreben haben sich Deutschland und Oesterreich-Ungarn schließlich zu Gegenmaßregeln, wie Zahlungsverboten usw., entschließen müssen.

Digitized by Google

Von einer richtig funktionierenden **Weltwirtschaft** kann unter solchen Umständen natürlich noch immer keine Rede sein, um so weniger, als einer ihrer wichtigsten Verkehrswege, der Bosporus, vollständig, und ein anderer, der Suezkanal, zeitweilig gesperrt worden ist und binnen kurzem wohl für die ganze Kriegsdauer gesperrt werden dürfte. Für weitere Erschwerungen sorgen Minenfelder an der Ost- und neuerdings auch an der Westküste Englands, sowie die andauernden Schikanen dieses Landes gegenüber dem neutralen Handel, die bis jetzt in der völligen Aufhebung der „Londoner Deklaration" und „der Sperrung der Nordsee für die Handelsschiffahrt" gipfeln. Im Widerspruch zu allem, was bisher Rechtens gewesen ist, erklärt das englische Kabinett jetzt Rohstoffe, die bisher noch nie als Kriegsmaterial gegolten, für absolute Konterbande, verwischt in praxi jeden Unterschied zwischen absoluter und relativer Konterbande; ja, es droht damit, die Häfen jedes neutralen Landes auf den Verdacht des Handels mit Konterbande hin zu sperren und Schiffe wegen Beförderung von relativer Konterbande als gute Prise aufzubringen. Eine ganze Reihe von Neutralen hat sich diesen diktatorischen Geboten widerstandslos gefügt. Einige haben durch den Erlaß gegen Deutschland gerichteter Ausfuhrverbote den Versuch gemacht, allzu grobe Belästigungen des Handels mit Lebensnotwendigkeiten hintanzuhalten. Unter solchen Umständen hat sich in der Lage der wichtigsten Industrien in allen, auch den neutralen Ländern, bisher eine wesentliche Besserung nicht durchsetzen können, abgesehen natürlich von den eigentlichen und uneigentlichen Kriegsindustrien, die überall angestrengt arbeiten. Gewisse Einschränkungen müssen jedoch auch hier gemacht werden, denn in Frankreich sind die wichtigsten Kohlen- und Eisenerzreviere in deutschem Besitz oder in der Kampflinie, in Rußland herrscht nach Sperrung der Dardanellen noch größerer Kohlen- und Eisenmangel als zuvor, und allenthalben machen sich die Ausfuhrverbote, namentlich die für deutsche Farben und Chemikalien, störend bemerkbar.

Auf **staatsfinanziellem** Gebiete beherrschen die Anforderungen für Kriegführung und Neutralitätsschutz das Feld. In Deutschland sind, bei verhältnismäßig geringer Beanspruchung der Darlehnskassen, die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe in wesentlich größeren Beträgen erfolgt, als vorgeschrieben war. In nächster Zeit dürfte Preußen die in der Kriegstagung des Landtages bewilligten 1½ Milliarden flüssig machen, wahrscheinlich durch Begebung von Schatzwechseln an die Darlehnskassen. — In Großbritannien sind die zuerst bewilligten 100 Millionen £ beinahe erschöpft, und es soll jetzt eine zweite Summe gleicher Höhe angesprochen werden. Zur Begebung einer Kriegs-

Digitized by Google

anleihe hat man sich bisher noch nicht entschließen können, sondiert aber bereits, vorläufig inoffiziell, in Amerika, ob sich eine Möglichkeit ergibt, die Anleihe auch in New York aufzulegen. — Frankreich hat bisher 300 Mill. Frs. Verteidigungs-Schatzscheine im Lande untergebracht und in den letzten Tagen des Monats 5 Mill. $ Schatzscheine an die National City Bank in New York verkauft. Der Erlös soll — wie es auch bei der nicht zustande gekommenen Morgananleihe vorgesehen war — zur Bezahlung von Waren dienen. — In Rußland hat die Schließung der Dardanellen auch den Bezug von Gold durch seine Verbündeten unterbunden; die Regierung will jetzt angeblich versuchen, eine halbe Milliarde Rubel durch eine innere Anleihe aufzubringen. — Auch Oesterreich-Ungarn plant die Aufnahme einer größeren Kriegsanleihe, und in Italien ist über die Frage großer Rüstungskredite das Ministerium Salandra zu Falle gekommen, was allerdings nur eine kleine Umbildung des Ministeriums zur Folge hatte. — Die anderen dem Weltbrand benachbarten Staaten haben ebenfalls an ihre heimischen Geldmärkte appellieren müssen. So hat die Schweiz jetzt schon die zweiten 50 Mill. Frs. aufgelegt, so haben die nordischen Staaten Anleihen ähnlichen oder etwas größeren Umfanges aufgenommen oder — wie Holland — vorbereitet, und so hat schließlich Griechenland bei seiner Nationalbank eine Papieranleihe von 65 Millionen aufgenommen, wofür das Notenausgaberecht dieses Institutes auf die neuen Provinzen ausgedehnt wurde. — Außerhalb Europas ist die erste wichtige finanzielle Kriegsfolge die Bankrotterklärung Brasiliens, das die Zinszahlung auf 13 Anleihen für drei Jahre einstellt und dafür eine „Fundierungsanleihe" von 15 Mill. £ ausgibt.

Für den **Welthandel** im ersten Halbjahre 1914 hat das Londoner Board of Trade nachträglich seine gewohnte Zusammenstellung veröffentlicht. Sie sei hier mit den üblichen Vorbehalten wiedergegeben. Nach diesen Angaben betrugen (in 1000 £):

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1. Sem. 1912	1. Sem. 1913	1. Sem. 1914	1. Sem. 1912	1. Sem. 1913	1. Sem. 1914
Großbritannien. .	296 066	319 705	375 883	225 313	257 056	255 458
Deutschland . . .	260 588	267 048	269 314	205 391	243 077	249 248
Vereinigte Staat.*)	215 275	212 210	237 728	255 557	271 769	245 695
Frankreich*) . .	192 223	196 436	198 557	149 032	156 431	153 767
Belgien	90 939	92 076	92 126	74 115	70 383	74 159
Rußland	51 875	59 527	74 957	63 132	59 534	71 508
Schweiz	36 277	36 571	34 938	26 058	26 421	27 846

Ueber den **Außenhandel des Deutschen Reiches** im Oktober sind weder amtlich noch nichtamtlich verwertbare Ziffern

*) Für die 7 Monate Januar—Juli.

Digitized by Google

veröffentlicht worden; soweit es möglich ist, die Lage zu übersehen, scheint sich jedoch die Ausfuhr im Oktober wieder nicht unbeträchtlich gehoben zu haben. Der absolute Stand des Verkehrs mit dem Ausland bleibt nichtsdestoweniger weit hinter dem normalen zurück.

Der Außenhandel **Oesterreich-Ungarns** hat natürlich unter dem Kriege ebenfalls sehr stark gelitten. Es betrugen (in Mill. Kr.):

Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr-Ueberschuß	
1913	1914	1913	1914	1913	1914
2475	2375	2014	1661	461	714

Was den Außenhandel **Großbritanniens** anlangt, so hat man dort zweifellos die Einwirkungen des Krieges ganz wesentlich unterschätzt. Wenn sich auch die Einfuhrziffern noch auf einer mit den Vorjahren einigermaßen vergleichbaren Höhe halten, so ist doch die Ausfuhr sehr beträchtlich zurückgegangen. Es fehlen nicht nur die feindlichen Staaten als Abnehmer, sondern auch Belgien, Rußland und Frankreich scheiden ziemlich vollständig aus. Und nach Uebersee ist die Ausfuhr nicht entfernt in dem Maße gewachsen, wie man es erwartete. In den ersten dreiviertel Jahren betrugen (in Mill. £):

3 Quartale	1911	1912	1913	1914
Einfuhr	**489,50**	**528,97**	**557,80**	**522,7**
davon				
Lebensmittel	184,35	197,05	205,97	?
Baumwolle	44,17	45,75	38,76	?
Textilwaren	32,03	34,16	35,94	?
Ausfuhr	**381,18**	**354,28**	**390,76**	**350,8**
davon				
Kohle, Koks etc.	28,17	29,94	39,76	?
Eisen- und Stahlwaren	45,16	49,16	56,87	?
Maschinen	22,54	24,06	27,49	?
Textilwaren	128,56	131,69	137,14	?

Für den Außenhandel der **Vereinigten Staaten von Amerika** spielt jetzt die Beantwortung der Frage, was Konterbande ist oder nicht, die ausschlaggebende Rolle. So ziemlich alle Exportartikel des Landes, außer Baumwolle, werden von England wenigstens bedingungsweise als Konterbande bezeichnet, was ihre Ausfuhr sehr erschwert. Zu energischen Einsprüchen hat sich, abgesehen vom Artikel Baumwolle, das Kabinett bisher nicht aufgeschwungen, und die Statistik zeigt deutlich die Folgen davon. Es betrugen nämlich in den ersten dreiviertel Jahren (in Millionen $):

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr-Ueberschuß
1913	1325,9	1733,4	407,5
1914	1409,2	1467,5	58,3

Die Lage des **Weltarbeitsmarktes** hat im Oktober einen durchgreifenden Wandel begreiflicherweise noch nicht erfahren. Aus großen Industrien der Vereinigten Staaten, vornehm-

Digitized by Google

lich der Montanindustrie, wird von Lohnkürzungen berichtet, aus der englischen Baumwollindustrie kommen andauernd schwere Klagen, und für die Wollindustrie neutraler Länder bedeutet das Ausfuhrverbot aus England und den Kolonien eine schwere Schädigung. In Großbritannien soll nach Angaben aus Regierungskreisen die Arbeitslosigkeit abgenommen haben. Es werden jedoch gelegentlich Ziffern bekannt, die deutlich zeigen, daß dies nur für bestimmte Gewerbegebiete der Fall ist. — Auch für Deutschland ist verwendbares Ziffernmaterial für den Oktober nicht vorhanden. Soweit sich aus der lückenhaften Berichterstattung ein Schluß ziehen läßt, scheint die Heranziehung weitester Kreise zu Militärlieferungen und die leise Belebung des Exports auch hier die Arbeitslosigkeit nicht unwesentlich verringert zu haben.

Im Oktober sind der Güter- und Personenverkehr auf den **deutschen Eisenbahnen** wieder regelmäßiger geworden, was die Betriebseinnahmen erheblich gesteigert hat. Ziffern darüber werden, wie bereits gemeldet, zurzeit nicht bekanntgegeben. — Die Lage der **Seeschiffahrt** ist noch etwa die gleiche wie vor einem Monat. Die hohen Seeversicherungssätze verhindern manche Verladung, die sonst vielleicht noch möglich wäre, und in der gleichen Richtung wirken die andauernden Schikanen gegen den neutralen Handel durch Großbritannien. Die Sperrung der Dardanellen, die wahrscheinliche Schließung des Suezkanals und das Zufrieren der Häfen des Weißen Meeres dürften weitere Einbußen besonders des englischen Ueberseehandels mit sich bringen. Für Deutschland existiert zurzeit nur ein stark eingeschränkter Verkehr mit den nördlichen Ostseehäfen.

Die **Konkursziffern** sind im Oktober weiter gestiegen, was nicht verwundern kann, denn einen gewissen Einfluß dürfte das Ende der Gerichtsferien auch im laufenden Jahre gehabt haben. Es wurden eröffnet:

im August	1912	659	Konkurse	1913	651	Konkurse	1914	415 Konkurse
„ Sept.	1912	630	„	1913	671	„	1914	473 „
„ Oktob.	1912	809	„	1913	763	„	1914	595 „

Daß die Wirkungen des Weltbrandes und der ihn begleitenden Krediteinschränkungen sich weit über die direkt betroffenen Gebiete hinaus erstrecken, erweist wohl nichts deutlicher, als das enorme Aufschnellen der Konkursziffern, vornehmlich aber der Passiven, in den Vereinigten Staaten. Die vorjährigen, schon recht hohen Quartalsziffern haben sich glatt verdoppelt. Nach der Dunschen Statistik wurden eröffnet:

3. Quartal	1911	2 880	Konkurse mit	35 167 269 $	Passiven
3. „	1912	3 499	„ „	45 532 137 $	„
3 „	1913	3 549	„ „	43 274 413 $	„
3. „	1914	4 098	„ „	86 818 291 $	„

Digitized by Google

Die Lage auf dem **deutschen Eisenmarkt** hat im Oktober eine weitere, wenn auch nicht eben bedeutende Besserung erfahren, vor allen Dingen deshalb, weil der Eisenbahnversand und die Zufuhr von Rohmaterialien wieder regelmäßiger funktionierten. Im einzelnen ist die Lage natürlich in den einzelnen Zweigen grundverschieden. Höhere Preise werden ohne Widerstreben eigentlich nur für Materialien bewilligt, die Kriegszwecken dienen. Im übrigen versuchen die Abnehmer nach Möglichkeit, etwa bereits gestiegene Preise wieder auf das Niveau zurückzuführen, das sie vor dem Kriege einnahmen. Immerhin konnte ein Teil der gedämpften Hochöfen wieder angeblasen, manche stillgelegte Walzenstraße wieder in Betrieb genommen werden. Das zeigt sich besonders deutlich in der Luxemburger Industrie, für die ja längere Zeit aus militärischen Gründen ein Versand oder Bezug per Bahn ausgeschlossen war.

Beim **Roheisenverband** ist der Versand im September auf 49,7% gestiegen; im Oktober hat er dagegen wieder eine Abschwächung auf etwa 40% erfahren. Die Preispolitik des Verbandes wird scharf kritisiert, jedoch hat seine Leitung sich bisher nicht veranlaßt gesehen, die Preiserhöhung zurückzunehmen. Sie erwägt lediglich eine Wiedereinführung der Ausfuhrvergütung. In der letzten Hauptversammlung wurde berichtet, daß die abgeschlossenen Mengen sich erheblich unter dem Normalbedarf bewegten, und daß das Auslandsgeschäft überaus ruhig liege. Die Roheisenerzeugung betrug (in 1000 t):

	1910	1911	1912	1913	1914
Juli	1 228,3	1 292,0	1 517,1	1 648,8	1 564,3
August	1 262,8	1 285,9	1 487,4	1 638,8	586,7
September . .	1 232,5	1 250,7	1 479,3	1 589,2	580,1
Oktober . . .	1 291,4	1 334,9	1 589,3	1 650,2	?

Ueber die Geschäftslage beim **Stahlwerksverband** wurde in der letzten Mitgliederversammlung berichtet, daß das Halbzeuggeschäft sich eine Kleinigkeit gehoben habe, daß dagegen das Schienengeschäft, namentlich mit dem Auslande, sehr still liege. Der Absatz von Formeisen nach dem Inlande habe sich gebessert, nach dem Auslande sei Formeisen nach Aufhebung des Ausfuhrverbotes zunächst zur Lagerauffüllung stark abgerufen worden, jedoch werde sich auch hier der Einfluß der Wintermonate sicherlich bald bemerkbar machen. Für Formeisen wurde der Verkauf per November-Dezember zu unveränderten Preisen freigegeben, und gleichzeitig eine Ausfuhrvergütung von 12½ M., für Halbzeug von 10 M., für Schiffbaumaterial von 7½ M. per t wieder eingeführt. Versandziffern fehlen.

Die Stabeisenpreise haben im Oktober eine Kleinigkeit weiter nachgegeben; die Forderungen des Handels liegen heute um 102—105 M. herum, die der Werke um 6—8 M. höher.

Digitized by Google

Der Walzdrahtverband, der am 30. Oktober aufgehört hat zu existieren, hatte seine Preise vorher noch um 10 M. ermäßigt und eine Ausfuhrvergütung eingeführt, was natürlich keinerlei Bedeutung mehr besaß. Für Bleche sind die Preise eine Kleinigkeit gestiegen, weil die neutralen Länder größeren Bedarf zeigen und auch das Inland stärker abruft. Die Nietenpreise sind ebenfalls weiter in die Höhe gesetzt worden. Die Düsseldorfer Börse ist noch immer geschlossen.

Von den außerdeutschen europäischen Märkten liegen nur wenige Nachrichten von Bedeutung vor. Ein belgischer Markt existiert überhaupt nicht. In Großbritannien sind die eisenverbrauchenden Industrien, wie überall, für Kriegszwecke beschäftigt, ohne daß sich jedoch dadurch die Lage an den Roheisenmärkten besser gestaltet hätte. Im Gegenteil, die Warrant-Preise haben weiter nachgegeben. Nach den letzten Ziffern aus Glasgow sind im Bezirke 26 Hochöfen weniger im Feuer als vor einem Jahre. Man notierte dort No. 3 M'bro Warrants (per ton):

2. Okt.	8. Okt.	15. Okt.	22. Okt.	29. Okt.
50,11	50,0½	48,7	49,4	49,—

Der Absatz der österreichischen Eisenwerke blieb im September wiederum um etwa ein Viertel gegenüber dem Vorjahre zurück. Das Schienenkartell hat mit dem Staate einen neuen, bis Ende 1917 reichenden Lieferungsvertrag abgeschlossen.

Die amerikanische Eisenindustrie hat im Oktober noch kein lebhafteres Geschäft verzeichnen können, und der letzte Bericht des Iron Age bezeichnet auch die Aussichten für den Winter als nicht günstig. Die Preise haben zum größten Teil langsam weiter nachgegeben. Lebhafter gefragt sind seitens des Auslandes Maschinen, Werkzeuge, und Stacheldraht. — Der Stahltrust hat sich gezwungen gesehen, die Dividende auf die Stammaktien für das dritte Quartal von 1¼ auf ½% heraubzusetzen, da er sonst wiederum ein großes Defizit aufgewiesen hätte. Die Gesamteinnahmen sind trotz des Krieges etwas gestiegen. Es betrugen:

Betriebsgewinn (in 1000 Doll):

	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
1. Quart.	18 229	22 921	37 617	23 519	17 827	34 426	17 994
2. „	20 265	29 340	40 170	28 108	25 101	41 218	20 458
3. „	27 106	38 247	37 365	29 523	30 064	38 450	22 276
4. „	26 225	40 970	25 991	23 105	35 186	23 036	
zus.	91 825	131 478	141 143	104 255	108 178	137 130	

Auftragsbestand am Ende des Quartals (in 1000 tons):

1. Quart.	3 765	3 542	5 403	3 447	5 304	7 468	4 654
2. „	3 314	4 058	4 257	3 361	5 807	5 807	4 033
3. „	3 422	4 797	3 158	3 611	6 551	5 004	3 788
4. „	3 603	5 927	2 675	5 084	7 932	4 282	

Digitized by Google

Die Lage des **Kohlenmarktes** hat sich im Oktober weiter gebessert, wozu die Jahreszeit und das Fehlen der englischen Konkurrenz beigetragen haben. Namentlich nach denjenigen Marken, in denen sonst England Abgeber ist, herrscht große Nachfrage, so zum Beispiel nach Anthrazit, der knapp ist und gelegentlich durch Briketts ersetzt werden muß, und nach Fettkohlen, welche die Marine in großen Mengen bezieht. Die im vorigen Hefte erwähnten Versuche der preußischen Staatsbahnverwaltung, bei der Lokomotivfeuerung Koks zuzusetzen, werden fortgesetzt; andere Kreise jedoch scheuen sich bei der Höhe der Kokspreise, diesem Beispiel zu folgen. Der Absatz des Syndikats soll sich im Oktober etwa auf der Höhe des September gehalten haben; in dem letzten Monat zeigte der rechnungsmäßige Kohlenabsatz die folgenden, relativ günstigen Ziffern (in 1000 t):

	1912		1913		1914	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
Juli	6 814,8	252,4	7 314,0	270,9	6 969,4	258,1
August	7 032,3	260,5	7 027 4	270.3	2 545,9	97,9
September	6 543,8	261,8	6 886,6	264.9	4 121,1	158,5

Für **Koks und Briketts** lauten die Versandziffern (in 1000 t.):

	1912				1913				1914			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Juli	1621,2	52,3	391,5	14,5	1787,1	57,6	411,6	15,2	1390,2	44,8	401,4	14,9
Aug.	1751,2	56,5	401,2	14,9	1787.1	57,6	390,4	15,0	553,9	17,9	113.9	4,4
Sept.	1722,8	57,4	367,4	14,7	1707,0	56,9	386,4	14,9	871,1	29,0	249,2	9,6

Für November sind die Beteiligungsanteile in Kohlen auf 60% (vor dem Kriege 85%), in Koks auf 27½% (40), in Briketts auf 65% (85) festgesetzt worden. Da am 1. Januar 1915 der Verkauf von Kohlen für die Zeit nach Ablauf des jetzigen Syndikates frei werden würde, andererseits nicht zu erwarten ist, daß bis dahin die durch den Krieg ins Stocken geratenen Erneuerungsverhandlungen zu einem Ergebnis führen, so soll der nächsten Zechenbesitzerversammlung vorgeschlagen werden, eine Vereinbarung auch mit den außenstehenden Zechen dahin zu treffen, daß selbständige Verkäufe bis zum 1. Oktober 1915 unterbleiben.

Für **Deutschlands Kohlengewinnung** liegen Ziffern erst bis Ende September vor. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist, namentlich bei Braunkohle, bei der übrigens in den meisten Revieren über Arbeitermangel geklagt wird, wesentlich geringer als im August. Auch die Koksproduktion hat sich wieder gehoben. Es wurden gefördert (in 1000 t):

	Steinkohle.			Braunkohle:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Juli . . .	15 799,1	17 198,0	16 562,0	6 645,2	7 508,5	7 672,0
August . .	15 909,8	16 542,6	8 477,2	6 805,3	7 250,3	4 378,0
September .	14 906,7	16 355.6	9 995,4	6 832,0	7 473,2	5 988,8
im 3. Quartal	46 615,6	50 096,2	35 034,6	20 282,5	22 232,0	18 038.8
im 1. Halbjahr	84 706,5	93 577,4	94 149.5	39 430,1	41 900,1	44 403,3
1. 1.—30. 9.	131 322,1	143 673,6	129 184,1	59 712,6	64 132,1	62 442,1

Digitized by Google

Daß sich der Krieg in den Ausweisen der Kohlenzechen in hohem Maße bemerkbar macht, ist selbstverständlich. Soweit überhaupt noch Ueberschüsse erzielt werden, sind sie sehr stark zurückgegangen. So betrugen sie zum Beispiel bei:

Harpen

	1910	1911	1912	1913	1914
1. Quartal	3 400 000 M.	4 306 000 M.	3 966 000 M.	7 008 700 M.	4 669 000 M.
2. „	3 779 000 „	3 603 000 „	6 262 500 „	7 385 700 „	4 002 700 „
3. „	4 036 000 „	3 752 000 „	6 373 000 „	7 222 000 „	1 702 800 „
4. „	4 490 000 „	4 351 000 „	5 277 600 „	5 605 000 „	—
	15 705 000 M.	16 012 000 M	21 879 100 M.	27 221 400 M.	

In Großbritannien ist der Kohlenmarkt recht lebhaft, da ihm hier besonders große Mengen für Marinezwecke entzogen werden. Aber auch sonst ist die Kohlenausfuhr wieder wesentlich lebhafter geworden, und die Tendenz ist ziemlich fest. — Die französischen Reviere sind, wie gesagt, zum größten Teil von den deutschen Truppen besetzt oder liegen im Kampfgebiet. — In Rußland herrscht ausgesprochene Kohlennot. — Auch Oesterreich bedarf der Einfuhr deutschen Brennmaterials.

Ueber die Lage der deutschen **Kaliindustrie** wurde in der letzten Gesellschafterversammlung des Syndikats mitgeteilt, daß in den ersten 2½ Kriegsmonaten der Absatz gegen das Vorjahr außerordentlich stark, von 12,4 auf 4 Mill. dz, zurückgegangen sei. Der Ausfall beträgt dem Werte nach etwa 17 Mill. M., jedoch hat sich das Geschäft in der letzten Zeit, auch nach Uebersee, wieder etwas gebessert. Um den zurzeit lieferungsunfähigen Kaliwerken einen Ausgleich zu gewähren, wurden Richtpreise eingeführt.

Wie die **Herbstbestellung** in Deutschland vor sich gegangen ist, darüber fehlen offizielle Nachrichten, doch darf man angesichts der günstigen Witterung trotz des Mangels an Leuten und Gespannen annehmen, daß sie (von Ostpreußen abgesehen) in gewohntem Umfange erfolgt ist. Nach langem Schwanken, und erst nachdem die Getreidepreise einen sehr hohen Stand erreicht hatten, hat sich die Reichsregierung zur Einführung von Höchstpreisen für Weizen (Basis Berlin 260 M.), Roggen (220 M.) und Futtergerste (205 M.), sowie zur Einführung eines Verfütterungsverbotes für Brotgetreide entschlossen. Gleichzeitig wurde eine schärfere Ausmahlung von Weizen und Roggen sowie der Zusatz von Roggenmehl zu Weizengebäck, von Kartoffelmehl zu Roggengebäck vorgeschrieben. Die Festsetzung von Mehl-Höchstpreisen bleibt den Landesbehörden überlassen, dahingegen sind noch solche für Kleie (Weizen- und Roggenkleie 13 M.) im ganzen Reich festgesetzt worden. Für spätere Lieferung erhöhen sich die Preise. Da ohne Höchstpreise für Kartoffeln die Maßnahme eine Halbheit darstellt, wird die Einführung einer

Digitized by Google

Preisgrenze für diese gegenwärtig erwogen. Für die großen Mengen fehlenden Futters hofft man durch Ausdehnung der Kartoffeltrocknung und durch Verfütterung von Zuckerrüben einen gewissen Ersatz zu schaffen. — Nachdem die Zurücknahme des Zuckerausfuhrverbotes zum größten Teil wieder annulliert worden war, ist hier ebenfalls durch eine Produktionsregelung und Festsetzung von Mindestpreisen eingegriffen worden. Die diesjährige Zuckerrüben-Ernte in Deutschland und Oesterreich-Ungarn scheint nach den bis jetzt vorliegenden Ziffern der Internationalen Vereinigung nur unwesentlich geringer auszufallen als vor einem Jahre. Die Schätzungen lauten nämlich (in Mill. dz):

	Ergebnis					Schätzung
	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13	1913 14	1914/15
Deutschland . . .	20,4	25,8	15,0	27,0	27,2	25,6
Oesterr.-Ungarn .	12,6	15,2	11.5	19,0	16,9	16,4

Bei all den Waren, die wir importieren, also vornehmlich bei Metallen, Kolonialwaren und Textilrohstoffen kann von einer normalen Preisbildung zurzeit natürlich noch immer nicht gesprochen werden; die Preise sind durchweg weiter gestiegen. die Notierungen meist noch eingestellt. Wesentliche Preissteigerungen zeigt auch der Häutemarkt, an dem die überseeische Zufuhr empfindlich vermißt wird. — Die Spirituszentrale hat ihre Preise für Primasprit um 6½ M., für Brennspiritus um 3 Pfennig erhöht. — Der Zinkhüttenverband läßt seine Preise bis Schluß des Jahres unverändert. — Unsere Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	31. Okt. 13	1. Sept. 14	1. Okt. 14	10. Okt. 14	20. Okt. 14	30. Okt. 14
Weizen (Berlin) .	186,75	226,—	247,—	252–256	267—270	261—264
do. (New York)	95⅞	120,50	114⅞	118¼	123¼	124,—
Roggen (Berlin) .	158,—	197,—	222,—	225,—	236,—	222,—
Mais (New York)	80,—	87½	80¾	81⅜	82¾	83½
Schmalz (Chicago)	10,62	10,15	9,42	10,05	10,40	10,75
Silber (London) .	27⅝	24,—	24,—	23⅝	22 15/16	22⅜

Die Notierungen verstehen sich für Weizen New York u. Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze.

Von den maßgebenden **Weltbörsen** hat auch im Oktober keine einzige offiziell ihre Tätigkeit wieder aufgenommen; dagegen sind die Börsen in Toronto und Christiania im Oktober, in Stockholm Anfang November wieder eröffnet worden. Sie haben alle nur lokale Bedeutung. — Trotz des Fehlens amtlicher Kursfeststellungen hat sich natürlich an sämtlichen größeren Börsenplätzen allmählich ein freier Verkehr mit Effekten herausgebildet, dessen Umfang nirgends bedeutend ist, der aber Erwähnung finden muß. Verhältnismäßig am lebhaftesten scheint er noch in London zu sein; seine Kurse sind allerdings nicht gerade zuverlässig, vor allem wegen der im vorigen Hefte bereits

Digitized by Google

erwähnten Mindestnotierungen; es läßt sich jedoch aus den von den Zeitungen veröffentlichten Berichten und Kursen soviel ersehen, daß gelegentlich doch ein etwas lebhafterer Handel stattfindet. Konsols stehen nominell noch immer auf 68½, doch wird zu diesem Kurse nichts umgesetzt. — Die Scheinbörse in Bordeaux arbeitet ebenfalls weiter, und die Notierung für französische Rente wurde zeitweilig bis auf 78% heraufgesetzt. Praktischen Wert hat auch diese Notiz nicht. Bezeichnend für den Umfang des Geschäfts in Bordeaux ist die Tatsache, daß nur ein Teil der amtlichen Makler dorthin mitgegangen ist; ein anderer Teil täuscht in Paris ein ähnliches Scheindasein der Börse vor. In London wie in New York wird andauernd über die Wiedereröffnung der Börse verhandelt, ohne daß sich bis jetzt ein gangbarer Weg hätte finden lassen; an dem ersteren Platze glaubt man der Schwierigkeiten überhaupt nur dadurch Herr werden zu können, daß die Bank von England auf Börsendarlehen große Vorschüsse gewährt, und daß die Privatbanken auf schwebende Engagements nicht vor einem Jahr nach Friedensschluß Zuschüsse oder Rückzahlungen einfordern. Auch in **Berlin** ist die Ultimoliquidation um einen weiteren Monat verschoben worden, wobei gleichzeitig auf Börsenlombards ein Einschuß von 5% vorgeschrieben wurde (vergl. den bezügl. Artikel in diesem Heft). Aehnliche Beschlüsse hat die Frankfurter Börse gefaßt, während man sich in Hamburg zur Forderung eines Einschusses nicht entschließen konnte. Das inoffizielle Geschäft war in Berlin meist sehr gering, jedoch zeigte sich einige Tage lang Nachfrage nach Kriegsanleihe über dem Emissionskurse.

Am **internationalen Geldmarkt** hat sich im Oktober wenig geändert. Der leidliche Zustand, daß Geldgeber und Geldnehmer in kleinerem Umfange geschäftlich miteinander verkehren können, dauert an, hat aber noch nirgends zu einer richtigen Marktbildung geführt. Ebensowenig hat sich der Geldverkehr der Länder untereinander gebessert. Die Zahlungsverbote gegen feindliche Ausländer schränken die Zahl der Länder ein, mit denen jeder der kriegführenden Staaten, namentlich aber Deutschland, in Zahlungsverkehr treten kann, und soweit ein solcher Verkehr möglich ist, vollzieht er sich zu Wechselkursen, die sich mit jeder kleineren Schwankung der Zahlungsbilanz erheblich verändern. Daß dabei, von Belgien und Frankreich abgesehen, die Kurse zugunsten der Länder stehen, die ihre Notenpresse wenig in Anspruch nehmen, ist natürlich kein Zufall. Was die Versorgung der Geldmärkte — wenn man von solchen reden darf — mit Kapitalien betrifft, so ist sie nicht sonderlich reichlich. Da aber die Zahl der Kreditnehmer, die Zugang zu den Märkten haben, stark zusammengeschrumpft ist, so bilden sich meist

Digitized by Google

ziemlich leichte Geldsätze heraus, die einen weit größeren Geldüberschuß vorspiegeln, als er tatsächlich vorhanden ist. Eine Ausnahme hat im Oktober, abgesehen von New York, der Berliner Platz gemacht, an dem namentlich gegen Mitte des Monats recht hohe Geldsätze genannt wurden. Das ist eine ziemlich selbstverständliche Erscheinung, denn Deutschland ist das einzige Land, das dem Geldmarkt bisher die Last einer beträchtlichen Kriegsanleihe auferlegt hat, deren Erlös zum Teil ins Ausland gewandert ist. Die internationale Geld- und Devisen-Arbitrage, die sonst einen gewissen Ausgleich zwischen den Geldsätzen in den verschiedenen Ländern herbeigeführt hat, stockt zurzeit, so daß Deutschland im wesentlichen auf sich selbst angewiesen ist. Von den europäischen Notenbanken hat nur eine, die Oesterreichisch-Ungarische, eine Diskontveränderung vorgenommen. Die Ermäßigung des Diskontsatzes um ½% hat hier aber besondere Gründe und ist nicht als Symptom anzusehen. Der im September begonnene Abbau der Moratorien hat im Oktober seinen Fortgang genommen. Doch besteht noch überall ein partieller Zahlungsaufschub.

Am englischen Geldmarkt hat im Laufe des Oktober die Unterscheidung zwischen Prä- und Postmoratoriums-Wechseln aufgehört, weil das Ende des Wechselmoratoriums dort für den November bevorsteht, und überdies die vor dem 4. August ausgestellten Wechsel allmählich zu „kurz" für den Marktdiskont geworden sind. Dagegen hat sich eine große Spannung zwischen Bankwechseln und Warenwechseln herausgebildet, da die Bank von England neuerdings nur Bankpapier diskontiert. Der Satz für Warenwechsel ohne Bankgiro bewegte sich im Oktober 1½ bis 2% über dem der Bankwechsel. Die Geldgeber bevorzugen also in einem noch nie beobachteten Maße kurzfristige bzw. sofort realisierbare Anlagen. Für diese ist aber Geld relativ reichlich vorhanden. Immerhin mußte die Regierung für die am 21. Oktober aufgelegte Serie von Kriegs-Schatzscheinen (von denen Ende Oktober insgesamt 75 Mill. £ im Umlauf waren) fast ½% mehr anlegen als im September, nämlich ca. 3¾%. Der Privatdiskont, der sich nur auf Bankwechsel bezieht, hat die folgende Bewegung durchgemacht:

1. Okt.	6. Okt.	12. Okt.	19. Okt.	26. Okt.	31. Okt.	höchst	niedrigst
3⅜	3⅝	3⅜	3¼	3 1/16	3 1/16	3⅝	3 1/16

Die Bank von England hat, da sie mit der Praxis fortfährt, Gold nur noch auf Anweisung der Regierung herzugeben, ihren Goldbestand weiter ansehnlich steigern können. Obwohl sie 5 Mill. £ als Reserve für das staatliche Kriegspapiergeld hergeben mußte (einem Umlauf von rund 31,4 Mill. £ currency notes standen Ende Oktober 9½ Mill. £ Gold als

Digitized by Google

Deckung gegenüber), hat der Goldbestand der Bank sich bis zum 28. Oktober um rund 9 Mill. £ erhöht. Am 31. Oktober hat er eine weitere starke Erhöhung infolge Uebertragung von 3,4 Mill. £ Gold aus Petersburg nach London erfahren, die erst in den November-Ausweisen erscheinen. Ein Teil des Goldzuflusses ist wieder nicht effektiv, sondern in Gutschriften der Bevollmächtigten in Ottava und Johannesburg erfolgt, wo die amerikanischen Goldexporte und die Ablieferungen der Minenindustrie für die Bank niedergelegt werden, um den Ueberseetransport zu vermeiden. Die Inanspruchnahme der Bank geht in dem Maße zurück, wie die unter Garantie der Regierung diskontierten Prämoratoriumswechsel fällig werden. In noch stärkerem Maße haben aber die privaten Depositen abgenommen, da das Halten allzu hoher Bankguthaben den Kreditinstituten nicht mehr nötig scheint. Der Notenumlauf machte Ende Oktober wenig mehr als die Hälfte des Goldbestandes aus, und selbst unter Hinzurechnung des staatlichen Kriegspapiergeldes war der ganze englische Notenumlauf voll in Gold gedeckt.

Die Ziffern der Goldbewegung bei der Bank von England können nur unter Vorbehalt wiedergegeben werden, da die telegraphisch hierher gemeldeten Ziffern nicht durchweg zuverlässig sind. Doch können die Abweichungen nur geringfügige sein. Die Ziffern lauten:

	Eingang		Ausgang		Saldo
1.— 3. Oktober	2 146 000 £				+ 2 146 000 £
5.—10. „	4 679 000 „		500 000 £	an das Schatzamt f. d. Staatspapiergeld-Reserve	+ 4 179 000 „
12.—17. „	1 714 000 „		500 000 „		+ 1 214 000 „
19.—24. „	3 956 000 „		3 000 000 „		+ 956 000 „
26.—31. „	5 977 000 „		1 000 000 „		+ 4 977 000 „
	18 472 000 £		5 000 000 £		+ 13 472 000 £

Die Umsätze des Londoner Clearinghauses haben sich im Oktober weiter gehoben und Ende des Monats fast wieder ihre normale Höhe erreicht. Die Ziffern lauten (in Mill. £):

September

1912		1913		1914	
29. 8.— 4. 9.	341	28. 8.— 3. 9.	325	27. 8.— 9. 9.	323
5. 9.—11. 9.	229	4. 9.—10. 9.	270	10. 9.—16. 9.	180
12. 9.—18. 9.	313	11. 9.—17. 9.	287	17. 9.—23. 9.	185
19. 9.—25. 9.	243	18. 9.—24. 9.	256	24. 9.—30. 9.	208
29. 8.—25. 9.	1 126	28. 8.—24. 9.	1 138	27. 8.—30. 9.	896
1. 1.—28. 8.	10 398	1. 1.—27. 8.	10 841	1. 1.—26. 8.	10 629
1. 1.—25. 9.	11 524	1. 1.—24. 9.	11 979	1. 1.—30. 9.	11 525

Oktober

1912		1913		1914	
26. 9— 2. 10.	373	25. 9— 1. 10.	367	1. 10.— 7. 10.	233
3. 10.— 9. 10.	307	2. 10.— 8. 10.	327	8. 10.—14. 10.	244
10. 10.—16. 10.	353	9. 10.—15. 10.	324	15. 10.—21. 10.	249
17. 10.—23. 10.	281	16. 10.—22. 10.	295	22. 10.—28. 10.	258
24. 10.—30. 10.	370	23. 10.—29. 10	288		
26. 9.—30. 10.	1 684	25. 9.—29. 10.	1 601	1. 10.—28. 10.	984
1. 1.—25. 9.	11 524	1. 1.—24. 9.	11 979	1. 1.—30. 9.	11 525
1. 1.—30. 10.	13 208	1. 1.—29. 10.	13 580	1. 1.—28. 10.	12 509

Digitized by Google

Der Pariser Geldmarkt ist derjenige, an dem der regelmäßige Geldverkehr am schwersten wieder in Gang kommt. Das hat seinen Grund in der Zweiteilung des Marktes, der offiziell nach Bordeaux übertragen worden ist, sich vom Sitze der größten Banken aber naturgemäß nicht trennen läßt. Die Geldsätze, die aus Paris und Bordeaux gemeldet werden, sind wenig zuverlässig und für die Beurteilung der Marktlage ohne Wert, weil nicht bekannt ist, für welche Wechsel-Kategorien der Privatdiskont Geltung hat. Gewiß ist nur, daß für kurzfristiges Geld das Angebot groß und die Geldsätze niedrig sind. — Die Bank von Frankreich hat ihre Wochenberichte auch im Oktober nicht veröffentlicht. Da die französischen Schatzscheine keinen großen Absatz haben, und eine fundierte Anleihe bisher weder im Inland noch im Ausland aufgenommen worden ist, der Krieg also in der Hauptsache wohl mit Noten geführt wird, muß sich der Stand der Bank seit dem 1. Oktober wesentlich verschlechtert haben. Damals waren bereits 4,9 Milliarden Frcs. ungedeckte Noten im Umlauf.

Am Wiener Geldmarkt sind die Leihsätze für Geld im Oktober außerordentlich niedrig gewesen, niedriger als vor dem Kriege. Zu diesen Sätzen steht allerdings nur allerersten Instituten Geld zur Verfügung. Prima Bankakzepte sind mit 4 bis 4¼% diskontiert worden, Ultimogeld, d. h. die Verzinsung der unverändert prolongierten Termin-Engagements, stellte sich auf 5½% gegen 6½% im September. Die Oesterreichisch-Ungarische Bank hat daher einen triftigen Grund zur Herabsetzung ihres Diskonts von 6 auf 5½% (am 29. Oktober) gehabt, doch ist der Hauptgrund wohl in der Erzeugung einer günstigen Stimmung für die kommende Kriegsanleihe zu suchen. Lange Wechsel werden von der Bank übrigens nicht zum offiziellen Satze diskontiert, sondern 1% höher lombardiert. Ausweise veröffentlicht die Bank noch immer nicht.

Von der Russischen Staatsbank ist in Deutschland ein Ausweis per 14. Oktober bekannt geworden. Dieser zeigt einen Notenumlauf von 2800 Mill. Rbl. bei 1617 Mill Rbl. Barbestand und 216 Mill. Rbl. Goldguthaben im Auslande.

In New York haben sich die Geldmarkt- und Währungsverhältnisse weiter konsolidiert. Da ein großer Teil der Auslandsschulden in Gold abgedeckt worden ist, konnte das Disagio des Dollar sich auf ca. 2% ermäßigen. Der „Goldpool", dem es jetzt gelungen ist, sich annähernd 100 Mill. $ Gold zu sichern, hat Mitte Oktober die ersten 25% auf die Zeichnungen einberufen, aber schon vorher größere Goldexporte nach Ottava vorgenommen, um sich so Sterling-Guthaben zu verschaffen. Auf Grund dieser Guthaben nimmt der Pool Verkäufe in Kabel-Auszahlung London vor, jedoch nicht zur Parität, sondern entsprechend dem Stande

Digitized by Google

des Londoner Wechselkurses. Die Bemühungen, die Verschuldung Amerikas gegenüber Europa durch Warenexporte zu vermindern, werden jetzt von englischer Seite unterstützt, da sich die Bemühungen mit dem Wunsche Englands decken, Kriegsmaterial aus den Vereinigten Staaten zu beziehen. Die Sätze am New-Yorker Geldmarkt haben sich im Oktober weiter auf ca. 6% gehalten. — Bei den New-Yorker Clearinghaus-Banken (einschließlich Trust-Comp.) hat das Defizit in der gesetzlichen Mindestdeckung Ende Oktober wieder einem Ueberschuß Platz gemacht. Die Ausweise lauten in der abgeänderten Form (in Mill. $):

	26. Sept.	3. Okt.	10. Okt	17. Okt.	24. Okt.	31. Okt.
Darlehen	2226,7	2202,1	2175,9	2171,5	2170,5	2157,3
Depositen	1983,3	1966,3	1935,2	1931,5	1920,9	1919,7
Barbest. u. Leg.-Tenders	416 8	424,8	428,5	434,6	441,9	448,4
Notenumlauf	137,3	138,8	144,1	146,2	145,4	142,4
Reserve	— 30,7	— 18,0	— 7,8	— 0,9	— 8,5	+ 14,9

Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken haben sich, abgesehen von dem der Oesterreichisch-Ungarischen Bank (am 29. Oktober auf 5½% ermäßigt), nicht verändert.

Nachstehend die Hauptziffern aus den Oktober-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken, soweit solche veröffentlicht bzw. bekannt geworden sind (vgl. auch die Tabellen am Schluß des Heftes).

Oktober-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staaten	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. X.	1770,7	18,7	—	3300,0	42,9	1915,4		4198,9	2409,5
15. „	1801,7	23,1	—	2975,0	31,6	1571,5		4061,2	2236,4
23. „	1828,1	30,1	—	2928,7	26,7	1555,1		3968,0	2109,8
31. „	1858,3	32,0	—	2773,5	35,6	1305,5		4170,8	2280,5
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
7. X	56,8		—	141,9		17,9	146,3	34,8	—
14. „	59,2		—	137,3		23,7	138,8	34,7	—
21. „	60,1		—	132,9		15.8	143,1	34,8	—
28. „	61,9		—	124,3		25 0	126,7	35,1	—
Bank von Frankreich.						Veröffentlichen während des			
Oesterreichisch-Ungarische Bank.						Kriegs keine Ausweise.			
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
29. IX.	1613,5		216,7	?	?	210,9	?	270,0	—
6. X.	1615,8		217,4	?	?	203,1	?	272,5	—
14. „	1617,0		215,8	?	?	208,4	?	280,0	—
Bank von Finland. Ausweise nicht bekannt geworden.									
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
20. IX.	1084,7		88,0	89,2[1])	1416,1[2])	68,8	447,3	2100,9	839,0
30. „	1086,2		89,9	97,1[1])	1497,7[2])	87,7	474,3	2152,0	878,8
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
26. IX.	548,7	695,2[3])	181 3	428,0	540,8[4])	80,4	575,7	1985,8	560,6
3. X.	549.3	693,1[3])	180,1	447,7	543,0[4])	115,0	579,5	1992,7	570,2
10. „	549,7	691,7[3])	179,6	444,4	537,8[4])	110,9	592,0	2000,6	579,6
17. „	550,4	696,7[3])	176,2	437,5	527,9[4])	103,8	599,7	1994,3	571,0
24. „	551,6	699,8[3])	174,8	433,6	522,4[4])	92,9	608,5	1988,7	562,5

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Bank von Portugal.									
5. VIII.	8,014	8,630[11])	—	25,833	67,101	2,195	6,809	86,407	69,763
12. „	8,014	7,525[11])	—	27,881	68,021	2,476	6,931	87,890	72,351
19. „	8,015	7,165[11])	—	28,423	69,117	2,644	7,077	88,753	73,573
26. „	8,015	6,907[11])	—	29,006	69,593	2,687	7,471	89,262	74,340
2. IX.	8,015	5,123[11])	—	29,849	69,466	2,803	5,182	90,508	77,370
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
3. X.	156,4	4,0	5,4	181,6	146,5	—	25,8	453,1	287,3
10. „	155,4	3,1	4,5	181,4	149,3	—	20,5	458,3	295,3
17. „	158,1	3,8	4,0	185,9	147,8	—	21,9	462,8	296,9
24. „	160,6	3,9	3,3	183,6	146,1	—	20,0	464,5	296,7
31. „	171,1	4,3	3,3	185,2	148,3	—	17,4	479,0	300,3
Belgische Nationalbank. Ausweise nicht bekannt geworden.									
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. X.	226,2	12,7	—[9])	254,0	16,7	84,3		432,6	193,7
15. „	228,5	14,2	—[9])	234,8	17,0	83,0		421,4	178,7
23. „	230,1	15,5	—[9])	226,6	17,3	88,0		416,2	170,6
31. „	232,3	16,4	—[9])	204,7	19,2	59,6		429,0	180,3
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
3. X.	103,5	49,8		156,4		43,2		292,6	139,3
10. „	103,7	50,7		168,0		67,0		279,2	124,8
17. „	103,7	50,4		159,8		69,9		274,8	120,7
24. „	103,9	49,4		156,4		65,3		272,1	118,8
31. „	103,0	47,9		161,4		58,4		284,0	132,2
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
7. X.	43,2	53,4[1])		121,8		19,8		133,8	37,2
15. „	42,6	55,8[1])		124,0		23,6		132,4	34,0
22. „	42,5	60,4[1])		122,6		25,2		131,2	28,3
31. „	40,8	59,4[1])		124,3		23,2		132,6	32,4
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
30. IX.	72,8	32,3[1])		74,8[5])	47,5[6])	7,1		211,3	106,2
31. X.	72,2	32,4[1])		80,5[5])	46,3[6])	6,5		224,2	119,6
Nationalbank von Serbien. Ausweise nicht bekannt geworden.									
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
13./26. IX.	153,7	0,6	56,5	259,9	145.1[7])	—[8])		566,1	355,3
20. IX./3. X.	153,9	0,6	56,7	257,5	160,5[7])	—[8])		580,6	369,4
27. „ /10. „	154,0	0,6	56,7	257,6	166,8[7])	—[8])		586,6	375,3
4./17. „	154,0	0,6	56,7	252,0	165,6[7])	—[8])		580,4	369,1
11./24. „	154,0	0,7	56,7	254,1	166,2[7])	—[8])		591,3	369,9
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
7./20. IX.	55,2	29,6	30,6[1])	42,0	262,8[10])	—	175,3	213,9	98,5
14./27. „	55,2	29,5	28,8[1])	42,0	264,8[10])	—	177,0	212,4	98,9

*) Einschließl. Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei die ausländischen Wechsel. [2]) Ohne Kontokorrent-Debitoren, aber einschließlich der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [3]) Dabei geringe Kupferbestände. — [4]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [5]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [6]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (31. 8. 14 25,9 Mill. Kr., 30. 9. 14 25,6 Mill. Kr.) — [7]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 15 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [8]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [9]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [10]) Hiervon rund 78 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. — [11]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände.

Digitized by Google

Am **Berliner Geldmarkt** hat sich wieder ein ziemlich regelmäßiger Verkehr herausgebildet, bei dem allerdings die Zinssätze nur für feinste Bankwechsel Geltung haben. Die Tendenz ist während des ganzen Oktober eine feste gewesen. Tägliches Geld notierte 5 bis 5½%, der Privatdiskont:

3. Okt.	9. Okt.	16. Okt.	23. Okt.	28. Okt.	31. Okt.	höchst	niedrigst
5⅜	5½	5⅝	5¾	5⅜	5⅝	5¾	5⅜

Der hohe Stand der Geldsätze, der sogar einige österreichische Gelder nach Berlin gelockt hat, hängt mit dem Bedarf der Kriegsindustrie sowie mit dem Fälligwerden der bei Kriegsausbruch bei der Reichsbank rediskontierten Wechsel zusammen; ferner mit den Einzahlungen auf die Kriegsanleihe. Nach dem Termin für die zweite Einzahlung (26. Oktober) erfuhren die Zinssätze zunächst eine kleine Ermäßigung. Bis zum 31. Oktober sind auf die Anleihe über 3½ Milliarden Mark oder ca. 80% eingezahlt worden, und zwar ohne beträchtliche Inanspruchnahme der Darlehnskassen, die an diesem Tage im ganzen Darlehen in Höhe von 1110,9 Mill. M. gewährt hatten.

Offizielle Wechselkurse sind auch im Oktober nicht notiert worden. Die privaten Notizen lauten aber noch immer zuungunsten Deutschlands. Der holländische Wechselkurs hat sich zwar etwas gebessert, wohl im Zusammenhang mit den neuen holländischen Ausfuhrverboten; dafür haben sich Zahlungsmittel für Italien, die nordischen Länder, die Schweiz und die Vereinigten Staaten weiter verteuert. Die deutsche Ausfuhr reicht also zur Bezahlung der Einfuhr noch immer nicht aus, was zum Teil mit der durch den Krieg geschaffenen Lage, zum Teil aber auch mit der durch die Noten der Reichsbank und Darlehnskassen künstlich erhöhten deutschen Kaufkraft zusammenhängt.

Bei der **Deutschen Reichsbank** hat sich der Goldbestand im Oktober wieder ansehnlich erhöhen können. Er betrug am 31. Oktober rund 600 Mill. M. mehr als vor Kriegsausbruch (einschließlich 205 Mill. M. Reichskriegsschatz). Auch die sonstige Lage der Bank hat sich nennenswert gebessert, hauptsächlich, weil die Wechselschuld der privaten Schuldner seit Kriegsbeginn um etwa ¾ Milliarden Mark abgenommen hat. Auch das Reich hat Ende Oktober einen kleinen Teil seiner Schatzwechsel eingelöst. Allerdings gingen dieser Erleichterung starke Abhebungen auf Girokonto, und zwar sowohl seitens des Reiches als der Privaten, parallel. Trotzdem hat der Notenumlauf sich gegenüber dem letzten September-Ausweis um einige hundert Millionen Mark ermäßigen können, und die Metalldeckung ist von 39 auf über 45% gestiegen.

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Oktober 1914.

(Vom 1. bis 31. Oktober im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Oktober 1913		Oktober 1914		Oktober 1913		Oktober 1914		Oktober 1913		Oktober 1914		Oktober 1913		Oktober 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	1	2 600	—	—	9	7 270	—	—	—	—	1	300	4	251	—	—
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	—	—	15	504	1	20	3	6 500	—	—	2	260	1	4
Steine u. Erden	—	—	—	—	40	2 925	2	62	2	1 450	—	—	16	3 024	3	27
Metalle u. Maschinen . .	2	1 600	1	6 000	65	7 487	11	659	2	650	—	—	37	6 218	4	358
Elektrotechnische Erzeugn.	2	2 000	—	—	15	794	1	50	—	—	—	—	8	830	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	2	2 000	—	—	9	673	2	96	3	5 035	1	800	11	1 615	1	1 141
Fette, Oele etc.	1	750	—	—	14	5 038	1	20	1	750	—	—	8	5 300	—	—
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	—	—	1	6 000	26	1 283	4	160	5	1 870	—	—	14	1 437	2	110
Textilgewerbe	2	4 000	1	4 250	16	3 163	1	50	2	720	—	—	3	555	1	13
Papiergewerbe	—	—	—	—	5	970	—	—	1	1 541	—	—	3	1 202	—	—
Ledergewerbe	1	2 000	—	—	3	550	—	—	1	565	—	—	3	805	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	—	—	10	827	—	—	1	200	—	—	3	621	1	5
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	3	2 602	1	1 000	56	16 642	2	95	6	2 739	1	175	15	1 452	2	34
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	1	700	—	—	10	448	1	20	—	—	—	—	2	135	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	1	5	—	—	14	954	5	111	3	645	—	—	5	245	—	—
Graphische Gewerbe . .	—	—	—	—	12	967	2	40	—	—	—	—	4	180	—	—
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	2	130	2	10	132	7 027	1	20	4	1 240	—	—	13	1 014	2	45
Banken u. Vers.-Ges. . .	—	—	13	24 867	12	654	1	100	3	4 100	1	1 000	1	28	—	—
Bahnen u. Transport-Ges. .	—	—	—	—	15	1 509	2	101	1	137	1	348	8	1 360	—	—
Handel (außer Banken) .	1	100	—	—	111	9 766	15	3 430	—	—	—	—	29	3 012	1	30
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	8	1 359	2	120	—	—	1	6	3	33	—	—
Sonstige Gesellschaften . .	—	—	—	—	102	6 005	5	177	3	1 130	2	301	40	2 487	5	193
	19	18 487	19	42 127	699	76 815	59	5 331	41	29 272	8	2 930	232	32 064	23	1 960

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Oktbr. 1914: 47 458 000 Mk.; im Oktbr. 1913: 95 302 000 Mk.
Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 4 890 000 „ „ „ 1913: 61 336 000 „
Gesamtanspruch im Oktbr. 1914: 52 348 000 Mk.; im Oktbr. 1913: 156 638 000 Mk.

Digitized by Google

Im Abrechnungsverkehr der Reichsbank haben sich die Umsätze wieder erheblich erhöht; auch das prozentuale Verhältnis zum Vorjahr hat sich gebessert. Die Ziffern lauten:

	1910	1911	1912	1913	1914
August	4 233,7	5 119,4	5 456,8	5 218,9	2 938,5
September . . .	4 374,2	5 353,6	5 577,4	5 903,7	3 211,7
Oktober	4 723,3	6 130,5	6 961,6	6 924,9	4 473,0

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer und den sonstigen Reichs-Umsatzsteuern sind auch für den Oktober nicht bekanntgegeben worden.

Die **Gründungstätigkeit** hält sich trotz des Krieges auf einem ziemlich hohen Niveau, weil fortgesetzt neue Kriegskredit- und Kriegsbedarfsdeckungs-Banken entstehen. Es sind im Oktober zur Eintragung gelangt:

19 Aktiengesellschaften mit 42 127 000 M. Kapital
59 Gesellschaften m. b. H. „ 5 331 000 „ „
zusammen 47 458 000 M. Kapital
gegen 95 302 000 M. Kapital im Oktbr. 1913
und 58 797 000 „ „ „ „ 1912

Dagegen finden **Kapitalserhöhungen** nur noch im allerkleinsten Maßstabe statt. Die Ziffern vergleichen sich wie folgt:

8 Aktiengesellschaften mit 2 930 000 M. Kapital
23 Gesellschaften m. b. H. „ 1 960 000 „ „
zusammen 4 890 000 M. Kapital
gegen 61 336 000 M. Kapital im Oktbr. 1913
und 53 521 000 „ „ „ „ 1912

An Genossenschaftsgründungen haben im Oktober laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
3	13	0	0	3	17
Dagegen im Oktober 1913:					
23	8	0	8	14	75
Dagegen im Oktober 1912:					
22	3	0	2	10	97

Insgesamt sind also gegründet worden:

Okt. 1914: 6 Genossenschaften m. unb. H. u. 30 Genossenschaften m. b. H
„ 1913: 37 „ „ „ „ 91 „ „ „ „
„ 1912: 32 „ „ „ „ 102 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Oktober fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	65	in Düsseldorf	5	in Herford	8
„ Breslau	6	„ Frankfurt a. M.	7	„ Liegnitz	6
„ Dresden	8	„ Hamburg	15	„ München	7

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Oktober 1914:

301 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften eingetragen.

Digitized by Google

Die deutschen Banken im Oktober 1914.

Reichsbank. Präsident Havenstein teilt in der Zentralausschußsitzung Ende des Monats mit, daß bis zum 28. Oktober die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe 3.47 Milliarden M. (= 78% der Gesamtzeichnung) betragen, oder 700 Mill. M. mehr als nach den Zeichnungsbedingungen erforderlich. Ihren höchsten Stand erreichten die bei den Darlehnskassen aufgenommenen Kriegsanleihe-Darlehen am 7. Oktober mit 710 Mill. M. (am 23. Oktober nur noch 534 Mill. M.). Bezüglich des preußischen Kriegskredites siehe Seehandlung. Die Bezogenen der vor dem 31. Juli ausgestellten und von der Reichsbank diskontierten Auslandstratten, welche die bis Ende Januar verlängerte Stundung nicht in Anspruch nehmen wollen, werden benachrichtigt, daß sie Einlösung durch Zahlung der Wechselsumme plus 6% Zinsen vornehmen können. In einem Rundschreiben des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird zur Verteidigung der Großbanken gegen den Vorwurf übertriebener Krediteinschränkungen erklärt, daß Einschränkungen in den Wechseldiskontierungen, soweit sie vorgekommen, auf die entsprechenden Maßnahmen der Reichsbank zurückzuführen seien. Diese Behauptung stößt in der Presse auf Widerspruch. Direktor von Lumm gibt als Kaiserlicher Generalkommissar für die Banken in Belgien Anweisungen über die Einziehung von Wechsel- und Warenforderungen, Bankguthaben sowie Sparkasseneinlagen in den okkupierten Gebieten. Die Filiale Memel ist, wie sie gegenüber Zeitungsmeldungen erklärt, seit Kriegsausbruch nicht geschlossen gewesen. Der Diskontsatz bleibt unverändert 6%.

Seehandlung. Ist auch im Oktober nicht als Geldgeberin am Markte. Hat an Zeichnungen auf die Kriegsanleihe 86 Mill. M., vorwiegend in kleinen Beträgen, vermittelt. Dem Institut sind in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch erhebliche Summen an Depositengeldern zugeflossen. Der neu aufgenommene preußische Kriegskredit von 1,5 Milliarden M. soll in Schatzanweisungen, die durch Vermittlung des Instituts bei der Darlehnskasse lombardiert werden, realisiert werden.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Wird in einem Teil der genossenschaftlichen Presse angegriffen, weil sie die bei Kriegsausbruch in Aussicht gestellte Befriedigung der Kreditbedürfnisse des gewerblichen Mittelstandes nur den Verbandskassen gewähre und so das ganze Risiko für etwa an falscher Stelle gewährte Kredite von sich auf die den Verbandskassen angeschlossenen Genossenschaften abwälze. Es wird ein Fall bekannt, in dem die Kasse eine reine Inkassoverbindung einer Spar- und Darlehnskasse mit einer Bank als Verstoß gegen die ihr gegenüber eingegangene Ausschließlichkeitsverpflichtung ansieht. Die Kasse bleibt im Oktober dem Markt als Geldgeber fern. Vom Staate ist ihr ein Kredit überwiesen worden, der an Kreise, Landwirtschaftskammern, Genossenschaften usw. zur Beschaffung bzw. Verwendung von Motorpflügen „weitergegeben werden kann".

Kriegskreditinstitute. Außer den im August und September errichteten Hilfsinstituten werden noch gegründet: Kriegskreditbank für Ostpreußen, Kapital 10,5 Mill. M. — Kriegskreditbank Straßburg i. E. A.-G., Kapital 1,5 Mill. M., davon Beteiligung des Staates 0,2 Mill. M. — Kriegskreditbank für Halle A.-G., Kapital 0,5 (nicht 0,75) Mill. M. — Kriegskreditbank A.-G. in Erfurt, in Aussicht genommenes Kapital 0,3. Diskontzusage der Reichsbank 2,4, Haftsumme der Handelskammer Erfurt 0,2 Mill. M. — Kriegsbank der Stadt Magdeburg. — Kriegskreditbank für Hausbesitzer in Hannover. — Kriegskreditkasse für den deutschen Mittelstand, e. G. m. b. H., Gründung des Hansabundes unter Mitwirkung der Reichs-

Digitized by Google

bank, der viele Kreise und Gemeinden Deutschlands angehören. Von den im Oktober als geplant erwähnten Instituten werden errichtet: Kriegskreditbank für das Großherzogtum Sachsen, Kapital 1 Mill. M., davon Beteiligung des Staates 0,3, der Stadt Weimar 0,1 Mill. M. — Kriegskreditbank für das Herzogtum Altenburg, Kapital 3 Mill. M. — Geplant sind noch: Kriegskreditbank für die Provinz Westpreußen; ferner je ein Kreditinstitut, das der Verein der am Kaffeehandel beteiligten Firmen Hamburgs sowie der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse errichten wollen, um den Handel von dem Londoner Kredit unabhängig zu machen. — Siehe auch Kammwoll-A.-G. unter Berliner Handelsgesellschaft, sowie Jute-Kontor unter Disconto-Gesellschaft.

Disconto-Gesellschaft. Das Mitglied des Aufsichtsrates Geheimer Baurat Lent ist ausgeschieden. Verhandlungen mit der Bank und ihren Konsortialen wegen eines einjährigen Vorschusses (von 200 Mill. Mark) an Oesterreich und von 100 Mill. M. an Ungarn führen zu keiner Einigung. Die Antwerpener Niederlassung, deren Gebäude durch die Beschießung nicht gelitten hat, soll baldmöglichst wieder eröffnet werden. Bei der Bank in Berlin wird ein Jute-Kontor zur Verteilung der durch die Militärbehörde beschlagnahmten Jute an die Industrie geschaffen. Ueber die Liquidation der Londoner Niederlassung vergleiche Deutsche Bank. Siehe ferner A. Schaaffhausen'scher Bankverein sowie für die russischen Coupons unter Mendelssohn & Co.

Deutsche Bank. Erbietet sich, den Aktionären der in Liquidation gehenden Kaliwerke Sarstedt A.-G., die bei einem Aktienkapital von 4,48 Mill. M. Kapital über ein Guthaben bei der Deutschen Bank von 4,83 Mill. M. verfügt, 85 % auf ihren Besitz vorzustrecken. Bei den Hohenlohewerken (Fürstenkonzern) wird wegen des Krieges von einer Dividendenzahlung abgesehen (vorgeschlagen im Juli 4%, verteilt i. V. 8%). 2 Mill. M. neue Aktien der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-A.-G., Berlin (bisheriges Kapital 4 Mill. M.), werden von der Bank zu pari übernommen zwecks Weitergabe an die Aktionäre zu gleichem Kurse. Von den Petroleumgesellschaften der Bank schlägt die Steaua Romana 6 (i. V. 10) %, die Deutsche Petroleum A.-G. 8% (wie i. V.) vor; über die Gewinnverteilung der Europäischen Petroleum-Union G. m. b. H. wird die Beschlußfassung vertagt. Die Abwicklung der Geschäfte bei den Londoner Niederlassungen der deutschen Banken (Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank) hat eine sehr befriedigende Lage ergeben, so daß nach Ablauf des Moratoriums alle fällig werdenden Verbindlichkeiten voll bezahlt werden können. Der englische Regierungskommissar stellt fest, daß ungewöhnlich große Ueberweisungen an ihre Zentralen vor dem Kriege von keiner der Niederlassungen vorgenommen worden sind. Die Konstantinopeler Niederlassung der Deutschen Bank macht von dem türkischen Moratorium nur unwesentlich Gebrauch. Die Bank gibt ein „Nachrichtenblatt" für ihre zu den Fahnen einberufenen Mitarbeiter heraus. Von ihren Groß-Berliner Beamten sind 1268 eingezogen. 57 Beamte der Bank sind gefallen.

Dresdner Bank. Stellv. Direktor Dr. Schacht wird zur Deutschen Zivilverwaltung in Belgien berufen. Ueber die dem Institut nahestehende Banque J. Allard & Cie., Paris, vgl. Französische Banken in diesem Heft. Nach Mitteilungen in der Aufsichtsratssitzung war der Reingewinn im ersten Halbjahr wesentlich höher als im Vorjahre. Die Anzahl der Konteninhaber ist während des Krieges bedeutend gestiegen. Kreditkündigungen wurden nicht vorgenommen, neue Kredite vornehmlich für Heereslieferungen (meist in Form von Beteiligungen) gewährt. Der Anteil der Bank an den Kriegskreditbanken einschließlich der Berliner Beleihungskasse für nachstellige Hypotheken (siehe Oktoberheft unter Kriegskreditinstitute) betragen über 2 Mill. M. Ueber die Liquidation der Londoner Niederlassung siehe Deutsche Bank.

Digitized by Google

Darmstädter Bank. In der Halbjahrssitzung wird das Ergebnis als günstig und die durch den Krieg entstandene Lage als befriedigend bezeichnet. Das aus Gesundheitsrücksichten ausscheidende Vorstandsmitglied Marks wird zur Wahl in den Aufsichtsrat in Aussicht genommen. An seine Stelle wird am 1. Januar das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied Beheim-Schwarzbach treten. Von der Verteilung einer Dividende bei der zum Industriekonzern der Bank gehörenden Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft (i. V. 10%) wird in Rücksicht auf den Krieg Abstand genommen. Direktor Bodenheimer scheidet aus dem Aufsichtsrat der Immobilien-Verkehrsbank aus. Direktor Gutleben von der Münchener Niederlassung wird in die Kaiserliche Bankverwaltung für Belgien berufen.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Die Frist für den Umtausch der Aktien des Instituts in Disconto-Kommandit-Anteile wird nochmals bis zum 1. Dezember verlängert. In der Anfechtungsklage gegen die Verschmelzung mit der Disconto-Gesellschaft tritt Vertagung ein, da der Kläger im Felde steht.

Berliner Handels-Gesellschaft. Nimmt an der Gründung der Kammwoll-A.-G. (Kapital 6 Mill. M., wovon 25 % eingezahlt werden) teil. Geschäftsinhaber Dr. Jeidels wird an Stelle des verstorbenen Geschäftsinhabers Ahrens in den Aufsichtsrat der Sarotti Schokoladen-A.-G. gewählt. Siehe auch unter Mendelssohn & Co.

Nationalbank für Deutschland. In den Aufsichtsrat der Farb- und Gerbstoffwerke Paul Gulden & Co., A.-G. in Piesterwitz (Dividende 11 (i. V. 7) % wird ein Vertreter der Bank gewählt. Die Canada Pacific-Bahn, deren Aktien durch die Bank in Deutschland eingeführt worden sind, plant trotz der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse eine Kapitalerhöhung.

Mitteldeutsche Creditbank. Der Abschluß des ersten Halbjahrs weist auf allen Erträgniskonten höhere Ziffern als im Vorjahr aus. Der Kundschaft konnten nach Kriegsausbruch die Kredite erhalten werden. Neue Kredite für Heereslieferungen sind meist in Form von Beteiligungen bewilligt worden.

Gebr. Arnhold, Dresden. Die Firma begeht ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum und gibt bei dieser Gelegenheit eine Schrift „50 Jahre sächsische Volkswirtschaft" mit eigenem statistischen Material heraus. Der Sohn des Seniorchefs Hans Arnhold wird als Teilhaber aufgenommen.

Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Schlägt auf das von 5 auf 15 Mill. M. erhöhte Aktienkapital aus dem Reingewinn von 1.65 (i. V. 1.29) Mill. M. eine Dividende von wieder 8 % vor.

Bank Ziemski A.-G., Posen. Hat ebenso wie die ihr nahestehenden polnischen Aktienbanken angeblich fast keinen Einfluß des Krieges auf ihre Debitoren und Kreditoren verspürt, vermag aber eine Dividendenschätzung noch nicht abzugeben.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Direktor Barthelmeß ist im Kriege gefallen.

Bayerische Disconto- und Wechselbank, München. Der Reingewinn für 1913/14 beträgt 1.43 (i. V. 1.32) Mill. M., die Dividende wird wegen des Krieges nur mit 5 (i. V. 6) % vorgeschlagen.

S. Bleichröder, Berlin. Die „Nordstern" Preußische Feuerversicherungs-A.-G. in Berlin, deren Aktienmehrheit aus dem Besitz des Fürsten Hohenlohe in den des Hauses übergegangen ist, fusioniert mit der Westdeutschen Versicherungs-Aktienbank in Essen. Gegen fünf Aktien der letzteren à 3000 M. (20% eingezahlt) sollen

Digitized by Google

sechs Aktien der ersteren à 1000 M. (25% eingezahlt) gewährt werden. Siehe auch Mendelssohn & Co.

Chr. Gotth. Brückner, Mylau. Die Firma (das älteste Bankhaus des Vogtlandes) begeht ihr 125 jähriges Bestehen.

Danziger Privat-Aktien-Bank. Der Abschluß für das erste Halbjahr 1914 ist befriedigend und der weitere Geschäftsgang normal.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. Das stellvertretende Vorstandsmitglied Meyer begeht sein 10 jähriges Jubiläum bei der Bank.

Deutsche Orientbank, Berlin. Die türkischen Niederlassungen nehmen Auszahlungen in größerem Maßstabe vor, als es die Bestimmungen des dortigen Moratoriums vorschreiben.

Hessischer Bankverein, Cassel. Der Reingewinn für 1913/14 beträgt wieder 0.46 Mill. M., die Dividende wird wegen des Krieges nur mit 4 (i. V. 7) % in Vorschlag gebracht. Die Bank hat seit Jahresbeginn die Kundschaft der Dresdner Bank in Eschwege übernommen (siehe diese im Januarheft).

Kreditkasse Pforzheim A.-G. (im Oktoberheft unter Hilfsbank). Das Hilfsinstitut wird in den Räumen der Firma Greb & Frühauf (s. Oktoberheft unter Zahlungseinstellungen) eröffnet. Die Stadtgemeinde übernimmt als Selbstschuldnerin eine Sammelgarantie von 1 Mill. M. gegenüber der Reichsbank, wovon 0.95 Mill. M. durch Garantiezeichnungen innerhalb der Bürgerschaft gedeckt sind; die Reichsbank gewährt dagegen der Kasse bis zu 8 Mill. M. Kredit.

Landwirtschaftliche Central-Darlehenskasse für Deutschland, Berlin (früher Neuwied). Direktor Schwarz wird mit der Geschäftsaufsicht über die Frauenbank e. G. m. b. H. betraut, die infolge Mißwirtschaft in Schwierigkeiten geraten ist. In der Anfechtungsklage der Posener Vereine gegen die Beschlüsse der letzten Generalversammlung der Kasse (siehe Märzheft) tritt Vertagung ein (der Vertreter der Kasse hatte Aussetzung des Verfahrens gegen eine Sicherheitsleistung von 0.1 Mill. M. beantragt).

Magdeburger Bankverein. Der Leiter der Braunschweiger Niederlassung ist im Kriege gefallen. Der frühere Leiter der Naumburger Niederlassung, Henze, der Geldrollen, die statt Goldes 50-Pf.-Stücke enthielten, bei der Reichsbank hatte einzahlen lassen, und der dadurch die Bank um 5700 M. geschädigt hatte, wird zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Maklerbank, Hamburg. Trennt die Metallabteilung als besondere „Metall-Liquidation G. m. b. H." mit 0.1 Mill. M. Stammkapital von ihrer Fondsabteilung ab. Die Geschäftsführung der G. m. b. H. verbleibt bei den Direktoren der Bank. Sämtliche Forderungen der Metallabteilung werden der G. m. b. H. zediert. Für ihre Verbindlichkeiten haftet die Bank nach wie vor.

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin. Schätzt ihre Dividende für 1914 auf 15% (wie i. V.).

Mendelssohn & Co., Berlin. Regeln die Einlösung der Coupons einiger staatsgarantierten russischen Privatbahnen (gemeinsam mit der Disconto-Gesellschaft, S. Bleichröder und der Berliner Handels-Gesellschaft) in der Weise, daß aus den mit einer Art Affidavit einzureichenden oder bei den Zahlstellen befindlichen Coupons deutscher Gläubiger für jede einzelne Bahn ein Block gebildet wird. Jeder Block erhält volle Bezahlung für einen im Verhältnis zu den vorhandenen Mitteln stehenden Teil der Coupons, während die übrigen Coupons zurückgegeben werden, da nur so die Zahlungspflicht der russischen Gesellschaften bzw. der Regierung unzweifelhaft bestehen bleiben kann.

Digitized by Google

Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg. In der Anfechtungsklage des Aktionärs Coopmann (siehe Augustheft) wird die Verhandlung wieder vertagt.

Niederdeutsche Bank in Konkurs, Dortmund. In dem Konkurse der A.-G. für luftlos-elastische Fahrzeugbereifung, einer Gründung der Bank, sind etwa 4% Dividende zu erwarten. In dem Konkurs über das Vermögen des Direktors Ohm kommt zwischen der Masse und dessen minderjährigen Kindern ein Vergleich auf Grundlage von 0,03 Mill. M. zustande.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen. Der Gewinn für das erste Halbjahr ist nach Mitteilungen in der Halbjahrssitzung in Berlin höher als im Vorjahr. Seit Kriegsausbruch ist der Stand, besonders im Hinblick auf die Höhe der sofort greifbaren Mittel, durchaus zufriedenstellend.

Pfälzische Bank, Ludwigshafen. Der Reingewinn für 1913/14 der dem Institut nahestehenden Immobilien-A.-G. Noris in Liquidation, auf deren Aktien bisher 30 % zurückgezahlt worden sind, beträgt 0,02 (i. V. 0,06) Mill. M.

Pforzheimer Bankverein. Mit der Rückzahlung der Guthaben wird begonnen. Ueber 0,15 Mill. M. sind erforderlich, um jedem kleinen Gläubiger bis zu 200 M. auszuzahlen. Der Gesamtaufsichtsrat soll im November neugewählt werden.

Preußisches Leihhaus A.-G., Berlin. Verlegt seine Räume nach der Kommandantenstraße, da das Grundstück Beuthstraße am 1. Oktober der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt werden muß. Ficht im Klagewege den im Enteignungsverfahren auf 0,6 Mill. Mark festgesetzten Verkaufspreis des alten Grundstücks an; der Buchwert desselben beträgt 0,4 Mill. M., so daß schon jetzt die am 31. Dezember 1913 ausgewiesene Unterbilanz von 0,2 Mill. M. gedeckt ist.

Rheinisch-Westfälische Diskonto-Gesellschaft, Aachen. Die Fusion des Westdeutschen Bankvereins mit der Bank wird genehmigt (vgl. August- und Oktoberhefte). Auf vier Aktien des Bankvereins, der für das laufende Jahr keine Dividende zahlt, wird eine Diskonto-Aktie mit halber Dividende für 1914 gegeben.

Sächsische Bank, Dresden. Setzt den Diskontsatz am 2. Oktober von 6½ auf 6% herab.

Schlesischer Bankverein, Breslau. Empfiehlt in einem Rundschreiben an die Aktionäre von E. F. Ohles Erben (siehe Augustheft) die Annahme der Vorschläge des Konsortiums (1 Mill. Mark, die aus den Jahresgewinnen mit 4½% verzinst und aus der Hälfte der darüber hinaus erzielten Reingewinne getilgt wird, soll nach diesem Vorschlag der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden).

Lazard Speyer-Elissen, Frankfurt a. M. Der Teilhaber Eduard Beit von Speyer tritt infolge des Kriegs als Deutscher aus dem Londoner Bankhause Speyer Brothers, und Sir Edgar Speyer von der Londoner Firma als Engländer aus dem deutschen Stammhause aus.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Beantragt die Zulassung von 2 Mill. M. neuen Aktien des Vereins deutscher Oelfabriken zur Mannheimer Börse. (Vgl. Deutsche Vereinsbank im Oktoberheft.) Direktor Frank wird in den Aufsichtsrat der Süddeutschen Drahtindustrie A.-G. gewählt, der sein Mandat in corpore niedergelegt hat (Dividende 1 [i. V. 8] %).

Vereinsbank in Hamburg. Direktor Frege wird in den Aufsichtsrat der Transport A.-G. (vorm. J. Heyecke) in Hamburg (Dividende 7 [i. V. 16] %) gewählt.

Digitized by Google

Westdeutsche Bodencredit-Anstalt, Köln. Direktor Lambrich ist ausgeschieden.

Westdeutscher Bankverein, Hagen. Siehe Rheinisch-Westfälische Diskonto-Gesellschaft.

Zahlungseinstellungen usw. Niederdeutsche Bank und Pforzheimer Bankverein siehe oben, Frauenbank vgl. unter Landwirtschaftliche Central-Darlehenskasse. — Bei der Norddeutschen Handelsbank, Geestemünde, die bei Kriegsausbruch die Kassen schließen mußte, werden die Aktiva auf 5,55 und die Passiva auf 6,43 Mill. M. beziffert. — Die Magdeburger Güterbank G. m. b. H. wird unter Geschäftsaufsicht gestellt (Aktiva angeblich 3,92, Passiva 3.70 Mill. M.). — Bei dem Siegener Bankverein in Liquidation steht eine weitere Abschlagszahlung in Aussicht. — Der Konkurs der Marienburger Privatbank wird nach Ausschüttung von insgesamt 26 % und der des verstorbenen Bankiers Reisacher, Kempten, nach Ausschüttung von 1 % aufgehoben. — Bei A. Saal, C. G. Kästners Nachf., Weimar, gelangt außerkonkurslich eine erste Zahlung von 20 % zur Ausschüttung. — Im Konkurse Kerstens & Koerner, Stade (siehe Oktoberheft, Aktiva nur 0.4 Mill. M.) sind etwa 25%, bei der Bankfirma Pistorius, Hildesheim (Aktiva 0.13 Mill. M.) etwa 14 %, bei Eduard Schellhorn, Mindelheim (Aktiva etwa 0,1 Mill. Mark), 4 %, bei der Gewerbebank e. G. m. b. H. in Hamburg eine erste Ausschüttung von 25%, bei der Elbinger Vereinsbank eine solche von 20 %, bei Eduard Wulkow, Berlin, 5 bis 7 %, bei Eduard Weck, Solingen, weitere 3 % (bisher insgesamt 25 %) zu erwarten. — Von dem Konkursverwalter der Weißenseer Bank wird die Gültigkeit der Zurückzahlung von Guthaben nach dem 1. Juli 1913 angefochten. — Im Konkurse Hörlein, Würzburg, werden die Passiva nunmehr auf 1,16 Mill. M. angegeben. — Der Konkurs wird verhängt über den Nachlaß der Inhaber der Bankfirma Benno Lazarus, Brandenburg. — Der Mitinhaber Schiff der Bankfirma Joachimsohn, Berlin, verübt Selbstmord (geschäftliche Gründe angeblich nicht vorliegend). — Die Landwirtschaftliche Bank der Provinz Pommern in Stettin (Zentralgenossenschaft) ist durch Fälschung des Reichsbankgirokontos seitens ihres ersten Kassierers um 0,44 Mill. M. geschädigt worden. — Der oben bereits erwähnte Bankier Schellhorn, Mindelheim, wird wegen betrügerischen Bankrotts und Depotunterschlagung zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die ausländischen Banken im III. Quartal 1914.

II. England.

Bank von England. Erhöht nach Ausbruch des österreichisch-russischen Krieges am 30. Juli ihren Diskontsatz auf 4 %, am 31. Juli auf 8 % und am Tage der deutschen Mobilmachung (1. August) auf 10%, um die enorm anschwellenden Ansprüche von sich abzuwehren. Die „anderen Sicherheiten", d. h. Darlehen und Wechsel, steigen vom 22. Juli bis 1. August von 33.6 auf 63.3 Mill. £, der Goldbestand sinkt um über 10 Mill. £. Vom 3. bis 6. August werden allgemeine „Bankfeiertage" verhängt. Am 7. August beginnt die Banktätigkeit wieder, aber unter der Herrschaft eines Moratoriums, eines Zahlungsverbots gegen Ausländer und eines Goldausfuhr-Verbots. Die Bank gibt praktisch kein Gold mehr her, außer auf Staatsbefehl, obwohl die Peels Act trotz Autorisation der Bank durch eine Parlamentsakte formell nicht suspendiert und das Notenkontingent von 18,5 Millionen £ nicht erhöht worden ist. An die Stelle des

Digitized by Google

Goldes treten Regierungsnoten à 20 und 10 Shilling, die bis zur Höhe von 30 Mill. £ ausgegeben werden und ihrerseits in Gold einlöslich sind (vgl. unter „Staatspapiergeld"). Der Goldvorrat der Bank beginnt daher wieder zu steigen, und die Bank setzt am 6. August ihren Diskont auf 6, am 8. August auf 5 % herab. Es fließen ihr größere Goldmengen teils in natura (so ein Betrag ägyptischer Regierungsgelder), teils in Form von Goldguthaben zu, die durch Niederlegung effektiven Goldes bei überseeischen Bevollmächtigten entstehen. So gehen dem kanadischen Finanzminister in Ottawa und der Regierung in Johannesburg (Transvaal) große Goldbeträge für Rechnung der Bank zu, die von ihr mit 97 % für amerikanische Eagles, und mit 99.7 % für Barren und Sovereigns bevorschußt und in den Ausweisen als Goldbestand geführt werden. Die Bank setzt wöchentlich größere Beträge zur Deckung bzw. Einlösung des Staatspapiergeldes beiseite, bis Ende September 4 Mill. £. Sie diskontiert auf Veranlassung der Regierung in großem Maßstabe „Prämoratoriums-Wechsel", d. h. Wechsel, die vor dem 4. August akzeptiert worden sind, wegen des Moratoriums und der Stockung des Uebersee-Rimessenverkehrs aber großenteils nicht eingelöst werden können; für diese Wechsel beträgt der Diskontsatz 2 % über Banksatz. Für etwaige Verluste aus diesen Wechseln gewährt die Regierung der Bank volle Entschädigung. Auch neue Akzepte werden, wenn die Bank sie diskontwürdig findet, von der Regierung garantiert. Man schätzt das Risiko der Regierung hieraus insgesamt auf 30 Mill. £. Das Portefeuille der Bank erfährt durch diese Diskontierungen eine neue Verdoppelung auf ca. 122 Mill. £ (Anfang September). Durch Vorschüsse an die Regierung steigt das Konto der Regierungssicherheiten im August auf ca. 30 Mill. £, es ermäßigt sich aber bis Ende September auf 25 Mill. £. Auch die Depositen der Bank steigen enorm, da der Erlös der diskontierten Wechsel auf Scheckkonto stehen bleibt; die Golddeckung der Depositen und Noten beträgt Ende September 27 %, die der Noten allein 152 %. Die übliche Reserveberechnung (Verhältnis der noch vorhandenen Emissionsmöglichkeit zu den Depositen) ergibt am 7. August 11¼ % (Minimum), am 30. September 22¾ %. — Die Generalversammlung der Bank beschließt Mitte September die Verteilung der üblichen Abschlagsdividende von 5 %. Der Reingewinn beträgt bis zum 31. August 0.63 Mill. £.

Moratorium. Eine Verordnung vom 3. August bestimmt auf Grund eines Gesetzes vom gleichen Tage, daß jeder vor dem 4. August akzeptierte Wechsel erst einen Monat nach seiner ursprünglichen Fälligkeit zahlbar wird, sofern der Akzeptant den Wechsel neu akzeptiert (eine Bedingung, die später fallen gelassen worden ist). Eine weitere Verordnung vom 6. August erstreckt diesen Zahlungsaufschub auf Schecks und alle sonstigen Zahlungs-Instrumente sowie Buchforderungen. Ausgenommen sind Zahlungen bis zu 5 £, Löhne, Gehälter, Zinsen, Steuern, Banknoten, Frachten und Sparguthaben. Die Schuld ist mit 6 % zu verzinsen. Eine dritte Verordnung vom 12. August setzt den Zins von 6 % auf den jeweiligen Satz der Bank von England (praktisch also auf 5 %) herab und erstreckt den Zahlungsaufschub auf alle englischen Besitzungen und Schutzgebiete. Eine vierte Verordnung vom 1. September ist bereits am 3. September von einer fünften (verbesserten) abgelöst worden, welche das Moratorium für bestimmte Wechsel und Forderungen bis zum 4. Oktober verlängert. Für alle anderen Schulden greift ein Gesetz vom 31. August Platz, welches das obligatorische Moratorium durch ein fakultatives, richterliches ersetzt (ähnlich dem deutschen). Dieses Gesetz ist das Ergebnis einer von der Regierung veranstalteten Rundfrage, ob das Moratorium am 1. September verlängert oder beendet werden solle. Von 8000 Antworten stimmten 4500 für die Beendigung; für die Verlängerung stimmten fast sämtliche Banken und Diskonthäuser, die meisten Exporteure und Spediteure und der Börsenvorstand.

Digitized by Google

Staatspapiergeld. Da bei Ausbruch der Krisis das Hartgeld in großem Maßstabe thesauriert wird, fehlt es an Zirkulationsmitteln für kleinere Zahlungen (die Noten der Bank von England lauten auf 5 £ und mehr), und das Publikum bestürmt die Bank von England um Gold. Die Regierung beschließt daher die Ausgabe von 30 Mill. £ kleinen Staatsnoten (currency notes) à 20 und 10 Shilling, die gesetzliche Zahlkraft haben und in Gold einlöslich sein sollen. Der Bank von England wird gestattet, diese Staatsnoten statt Gold an die Präsentanten ihrer Noten auszugeben, doch muß sie nach und nach durch Beiseitesetzung von Gold einen Einlösungs-Fonds 4 Mill. £. Da die Fertigstellung des Staatspapiergeldes einige Tage für die Staatsnoten schaffen. Ende September beträgt dieser Wochen in Anspruch nimmt, werden die Zahlungsanweisungen der Post (postal orders) bis auf weiteres ebenfalls zu gesetzlichen Zahlungsmitteln gemacht; sie werden jedoch nur ungern vom Publikum genommen. Die Currency notes werden jeder Bank auf Wunsch bis zur Höhe von 20% ihrer Depositen verabfolgt und müssen zum Banksatz verzinst werden; statt der Noten können auch Zertifikate gegeben werden, die von der Bank von England diskontiert werden. Die Noten dienen in Schottland und Irland als Notendeckung für die eigene Zirkulation der dortigen Banken (in England und Wales sind sie keine Notendeckung). Durchschnittlich sind nur etwa 20 Mill. £ im Umlauf, davon der kleinere Teil zugunsten der Banken, der größere als provisorisches Zahlungsmittel der Regierung (etwa wie Requisitionsscheine).

Die Banken-Krisis. Ende Juli und Anfang August beginnen starke Depositenabhebungen bei den Banken, was diese zwingt, ihrerseits ihre kurzfristigen Forderungen an die Börsen- und Wechselmakler einzutreiben, woraus sich ein Sturm der Darlehnssuchenden auf die Bank von England entwickelt. Vom 1. August an zahlen die Banken nur noch kleinere Beträge in Gold aus. Zahlungen der Banken untereinander werden durch effektengedeckte Anweisungen auf das Clearinghaus (ähnlich den amerikanischen Clearinghaus-Zertifikaten) bewerkstelligt. Die Regierung macht außer dem 3. August, der ein „bank holiday" ist, auch den 4., 5. und 6. August zu Bankfeiertagen, um Zeit zu gewinnen, und arbeitet inzwischen ein Moratorium aus. Nach Erlaß des Moratoriums (siehe dieses), das fernere Kreditkündigungen überflüssig und unmöglich macht, kehrt Ruhe ein. Die Banken werden vielfach, auch von Lloyd George, öffentlich getadelt, weil sie das Geld, das sie gegen Faustpfand von der Regierung erhalten haben (in Staatspapiergeld), weniger zu Neuausleihungen als zur Stärkung ihrer Reserven verwenden. Von dem Moratorium machen die Banken fast gar keinen Gebrauch; Scheckentnahmen, die nicht allzu groß sind, werden prompt honoriert, jedoch nur zum kleinsten Teil in Gold, zum größeren in Banknoten und in Schecks auf die Bank von England ausgezahlt, sofern das Geld nicht für Löhne oder Lebensmittel verwendet werden soll. Der Zins für befristete Depositen, der Anfang August auf 4% erhöht worden war, wird Anfang September auf 3, Mitte September auf 2½% ermäßigt.

Die Krisis in Kanada. Die kanadische Regierung erläßt nach Ausbruch des europäischen Krieges (am 4. August) folgende Bestimmungen: Die sonst erst im Herbst statthafte Ausgabe von Zusatzbanknoten durch die chartered banks darf bis zur Höhe von 15% ihres Eigenkapitals sofort geschehen. Die Banken dürfen weitere Notenmengen statt auf Grund von Golddepots gegen Hinterlegung bestimmter Sicherheiten ausgeben. Die Banken brauchen ihre Noten bis auf weiteres nicht in Gold einzulösen. Sie erhalten ferner gemäß Gesetz vom 21. August von der Regierung gedeckte Vorschüsse in kanadischen Staatsnoten (Dominion notes), die bis zum 1. Mai 1915 zurückgezahlt werden müssen. Bis zu 50 Mill. $ (bisher 30 Mill. $)

Digitized by Google

sollen die Staatsnoten mit 25%. darüber hinaus voll in Gold gedeckt sein. Die Einlösung in Gold, die das Gesetz vorsieht, wird gleichzeitig durch Notverordnung suspendiert. Es wird ein Moratorium erlassen. Kabel-Auszahlung London und Paris steigt Anfang August vorübergehend auf 40% über Parität.

Die Krisis in Indien. Infolge Ausbruchs des europäischen Kriegs und Zurückziehung großer englischer Guthaben entsteht ein Sturmlauf der Depositengläubiger auf die Banken. Da die Abhebungen nur den Zweck haben, Noten und Scheidemünzen beim currency department in Gold einzuwechseln, so läßt der Andrang nach, als die Regierung die Goldausgabe einstellt. Für Auslandszahlungen werden nach wie vor Goldwechsel auf England zur Verfügung gestellt, die bei der Indischen currency-Reserve in London eingelöst werden. — Die Credit Bank of India, Lahore, ein mohammedanisches Institut, stellt ihre Zahlungen ein.

Konzentrationsbewegung. Die Zusammenschließung englischer Banken, welche die Zahl der in Großbritannien und Irland arbeitenden Aktienbanken (ohne Kolonial- und Fremdbanken) von 1890 bis 1913 auf die Hälfte reduziert hat (123 : 61), macht weitere Fortschritte. Es fusionieren, nachdem bereits die Lloyds Bank und die London City and Midland Bank andere Aktienbanken in sich aufgenommen haben (vgl. Juliheft S. 699 und 700): Bank of Liverpool mit North Eastern Banking Co.; Barclay & Co. mit Nevile, Reid & Co.; Coutts & Co. (Akt.-Ges. mit unbeschränkter Haftung) mit Robarts, Lubbock & Co. Mit letzterer Firma verschwindet der einzige dem Londoner Clearinghaus angehörende Privatbankier (1810 gehörten 46, 1873 13, 1900 noch 3 Privatbankiers dem Clearinghaus an). — In Südafrika hat die National Bank of S. A. die Natal Bank in sich aufgenommen.

Englische Privatnotenbanken. Der Notenumlauf bei 8 Bankiers und 4 Aktienbanken betrug Anfang Juli 0,08 Mill. £ bei einer autorisierten Ausgabe von 0,13 Mill. £.

Schottische Notenbanken. Ende Juni betrug der Notenumlauf der 8 schottischen Notenbanken 8,08 Mill. £ bei 6,99 Mill. £ Metalldeckung. Das gesetzliche Maximum ungedeckter Noten beträgt 2,67 Mill. £.

Irische Notenbanken. Ende Juni betrug der Notenumlauf der 6 irischen Notenbanken 8,24 Mill. £ bei 5 Mill. £ Metalldeckung. Das gesetzliche Maximum ungedeckter Noten beträgt 6,35 Mill. £.

Die Londoner Filialen deutscher und österreichischer Banken sind bei Eingreifen Englands in den Krieg zunächst geschlossen, dann aber wieder geöffnet worden, um die schwebenden Geschäfte zu liquidieren. Neue Geschäfte sind ihnen verboten. Sie arbeiten unter staatlicher Aufsicht und müssen den Ueberschuß der Aktiva über die Passiva, der sich nach Durchführung der Liquidation ergibt, an die Bank von England für Rechnung der Regierung abführen, die ihn bis zur Beendigung des Krieges sperrt.

Emissionen. Die vergleichende Statistik der öffentlichen Zeichnungsaufforderungen in England während des ersten Semesters 1914 sowie der entsprechenden Perioden früherer Jahre ergibt folgende Ziffern (in 1000 £):

		1. Sem. 1914	1. Sem. 1913	1. Sem. 1912
1913	Britische Prospekte	24 910	20 324	24 159
	Koloniale „	70 253	43 003	27 932
	Fremde „	57 187	57 032	58 252
	zusammen	152 350	120 359	110 343

Unter den Emissionen des ersten Semesters 1914 befinden sich: Kolonialanleihen 37,7 (i. V. 14,3), fremde Staatsanleihen 18,3 (i. V.

Digitized by Google

22,6), englische Stadt- und Kreisanleihen 2.6 (0), Kolonial- und fremde Stadtanleihen 17,1 (12.1), Kolonial- und fremde Eisenbahnwerte aller Art 28 (23.6) Mill. £.

Londoner Börse. In der Ende Juli-Liquidation, unmittelbar vor Kriegsausbruch, brechen 7 Börsenhäuser zusammen. Am 31. Juli, 10 Uhr, wird die Börse „until further notice" geschlossen. Die Liquidationstage werden auf den September, dann weiter auf den Oktober verschoben. Einige Zeitungen veröffentlichen private Kurse für eine Reihe von Papieren und vermitteln so Geschäfte in ihnen. Für Konsols und sonstige festverzinsliche Werte bildet sich ein freier Markt, der aber zu funktionieren aufhört, als der Börsenvorstand für 800 Werte Mindestpreise festsetzt und Käufer für Konsols zum Mindestkurse von 68½% nicht mehr auftreten. Verhandlungen zwischen Banken, Börsenvorstand und Regierung wegen Wiedereröffnung der Börse bleiben resultatlos. — Die Royal Exchange (für Devisen- und Valutenhandel) beginnt Mitte September wieder schwach zu funktionieren und Wechselkurse festzusetzen.

Insolvenzen. Außer sieben Börsenfirmen, die in der Ende Juli-Liquidation „gehämmert" werden, stellen ihre Zahlungen ein: National Penny Bank (hat ihre Mittel stark immobilisiert und tritt in Liquidation); Harris' Naval Bank, Plymouth, eine kleine, seit 140 Jahren bestehende Privatbank, die keine Ausweise veröffentlicht (siehe Lloyds Bank); Civil Service Bank, London „ist genötigt, den Vorteil des Moratoriums für sich in Anspruch zu nehmen". — In Indien hat die Credit Bank of India, Lahore, ihre Zahlungen eingestellt. — Die im Juni insolvent gewordene Firma Chaplin, Milne, Grenfell & Co., London, veröffentlicht einen Status, der die Aktiva (vor dem Kriege) mit 0,88 und die Passiva mit 0,92 Mill. £ ausweist.

Bank of Liverpool. Verteilt wieder eine Dividende von 8% für das am 30. Juni beendete Halbjahr, somit 15% für das ganze Jahr (steuerpflichtig). Uebernimmt die North Eastern Banking Co. (Kapital 0.38, Reserven 0.18 Mill. £) in Newcastle on Tyne und erhöht zu diesem Zweck ihr Kapital von 11.30 auf 13,87 Mill. £. Für jede N. E. B.-Aktie werden zwei B. o. L.-Aktien und 3½ £ bar gewährt.

Barclay & Co., Limited, London. Nehmen am 1. Juli die seit 1780 bestehende Bankfirma Nevile, Reid & Co., Windsor, in sich auf; die Firma stand bisher in engen Beziehungen zu Williams Deacon's Bank, bei der zwei ihrer Teilhaber im Direktorium sitzen. Eröffnen Filialen in Dover und Bristol. Aus der Bilanz per 30. Juni: Kapital 3.6, Reserven 1.6, Depositen 61,9, Kasse und Bankguthaben 9, Callgeld usw. 6.8, Wechsel 8.6, erstklassige Effekten 13.1, Darlehen 27.8 Mill. £. Die Jahresdividende beträgt (inkl. Abschlagsdividende und Bonus) 10% auf die A-Aktien und 18¾% auf die B-Aktien, minus Steuer.

Capital and Counties Bank, London. Eröffnet eine Depositenkasse in London und eine Filiale in Bridgend. Verteilt für das am 30. Juni beendete Halbjahr wieder 16% p. a. Dividende, mithin für das ganze Geschäftsjahr 1913/14 16%. Aus der Bilanz per 30. Juni: Depositen 10.89, Kassa und Bankguthaben 6.34, Callgelder usw. 6.52, erstklassige Effekten 5.37, Wechsel und Darlehen 24,26 Mill. £ bei 1.75 Kapital und 0.8 Mill. £ Reserven. Bis zum 31. August erhöhen sich Kasse und Bankguthaben auf 9.27 Mill. £.

Coutts & Co., Akt.-Ges. m. unbeschr. Haftung, London. Die 1692 gegründete Bank (Aktienkapital 0.6, Reserven 0.4 Mill. £), die mehrere Lords und Earls unter ihren Anteilseignern hat und die Bank der hohen Aristokratie ist, übernimmt die 1771 gegründete Londoner Bankfirma Robarts, Lubbock & Co. (siehe auch unter „Konzentrationsbewegung").

Digitized by Google

Glyn, Mills, Currie & Co., London. Ende Juni 1914 werden ausgewiesen: Depositen 17,62, Kasse und Bankguthaben 2,85, Callgelder usw. 4,61, Effekten 2,87 Mill. £ bei 1 Mill. £ Kapital und 0,50 Mill. £ Reserven.

Lancashire and Yorkshire Bank, Manchester. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 17 % p. a. Dividende (steuerpflichtig, wie i. V.).

Lloyds Bank, London. Verteilt eine Halbjahrsdividende von 18 1/8 % p. a. (steuerfrei). Aus dem Status per 31. August: Depositen 110,69, Kasse und Bankguthaben 20,10, Callgelder usw. 9,58 Mill. £ bei 8,61 Mill. £ Kapital und Reserven. Die Bank gewährt den Gläubigern der insolventen Naval Bank, Plymouth, Vorschüsse bis zu 25 % ihrer Forderungen und wird voraussichtlich das Geschäft der Bank übernehmen.

London and Provincial Bank, London. Verteilt wieder 19 % p. a. Halbjahrsdividende (steuerpflichtig).

London and South-Western Bank, London. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 eine Interimsdividende von 18 % minus Steuer (i. V. 17 %). Aus der Bilanz per 30. Juni: Depositen 21,55, Kasse und Bankguthaben 3,40, Callgelder usw. 3,23, Wechsel 2,96, Darlehen 10,51, erstklassige Effekten 3,85, Kapital 1,20, Reserven 1,35 Mill. £. Die Bank eröffnet eine neue Depositenkasse in London.

London City and Midland Bank, London. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 eine Dividende von wieder 18 % p. a. (steuerfrei). Aus dem Ausweise per 31. August: Depositen 112,35, Kasse und Bankguthaben 24,44, Callgelder usw. 11,15 Mill. £ bei 8,78 Mill. £ Kapital und Reserven. Die Bank ist die erste, die während der Kriegspanik Goldzahlung vorübergehend verweigert.

London County and Westminster Bank, London. Tritt als erste Bank dafür ein, daß fremde, insbesondere holländische und skandinavische Schecks und Wechsel auf England, die ein deutsches Giro tragen, nicht honoriert werden. Verteilt wieder 21 1/4 % p. a. Halbjahrsdividende. Aus dem Status per Ende August: Depositen 94,36, Kasse und Bankguthaben 20,59, Callgelder usw. 10,42 Mill. £ bei 8,23 Mill. £ Kapital und Reserven.

London Joint Stock Bank, London. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 eine Dividende von 11 % p. a. (steuerpflichtig, i. V. 10 2/3 %). Aus dem Ausweise per Ende August: Depositen 36,08, Kasse und Bankguthaben 6,75, Callgelder usw. 5,61 Mill. £ bei 4,09 Mill. £ Kapital und Reserven. Die Bank kauft ein Grundstück in London, E. C., zwecks Eröffnung einer neuen Kasse.

Manchester and County Bank, Manchester. Verteilt wieder 5 sh 8 d (= ca. 14 % p. a.) Interimsdividende. Status per 30. Juni: Kapital 1,09, Reserven 0,85, Depositen 10,48, Kasse und Callgelder 2,96, Effekten 1,70 Mill. £.

Manchester and Liverpool District Banking Co., Manchester. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 wieder 17 1/2 % p. a. Dividende (steuerfrei). Aus der Bilanz per 30. Juni: Kapital 1,99, Reserven 1,61, Depositen 25,10, Kasse und Bankguthaben 3,09, Callgelder usw. 3,43, erstklassige Effekten 3,59 Mill. £.

National Discount Co., London. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 eine Interimsdividende von 11 % p. a. minus Steuer (i. V. 10 %, steuerfrei). Aus dem Status per 30. Juni: Kapital 0,85, Depositen 17,65, Giro-Obligo 6,81, Kasse und Bankguthaben 0,41, Wechsel 22,14 Mill. £.

National Provincial Bank of England, London. Verteilt wieder 18 % p. a. Halbjahrsdividende (steuerpflichtig). Aus dem Status per 30. August: Depositen 71,99, Kasse und Bankguthaben 14,65, Callgelder usw. 4,71 Mill. £ bei 5 Mill. £ Kapital und Reserven.

Digitized by Google

Parr's Bank, London. Verteilt eine Halbjahrsdividende von 20 % p. a. Per Ende August werden ausgewiesen: Depositen 48,33, Kasse und Bankguthaben 8,58, Callgelder usw. 8,23 Mill. £ bei 4,80 Mill. £ Kapital und Reserven.

Robarts, Lubbock & Co., London. Die Firma, gegründet 1771, geht in die Akt.-Ges. Coutts & Co. auf; sie gehörte als letzte Privatbankierfirma dem Londoner Clearinghaus an.

Union Discount Co., London. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 eine Dividende von 13 % p. a. (i. V. 12 %). Aus der Bilanz per 30. Juni: Depositen 19.20, Kasse und Bankguthaben 0.91, Wechsel 22,83, Giro-Obligo 6.95 Mill. £ bei 1,12 Mill. £ Kapital und Reserven.

Union of London and Smith's Bank, London. Macht ihre frühere Drohung (sie werde fortan als einzige Londoner Bank ihren effektiven Barbestand bekanntgeben, falls die anderen Banken nicht ihre Goldreserve erheblich erhöhten), wahr und trennt in ihren Ausweisen Barbestand von Bankguthaben. Ihre Bilanz per 30. Juni zeigt: Barbestand 3,2, Bankguthaben 3,3, Callgeld usw. 6,9, erstklassige Effekten 6,8, Wechsel 6,2, Darlehen 18,2 Mill. £, gegenüber 3,5 Mill. £ Kapital, 1,1 Mill. £ Reserven und 40,5 Mill. £ Depositen. Bis Ende August erhöhen sich die Depositen auf 46,97 und der Barbestand plus Bankguthaben auf 11,72 Mill. £. Die Bank verteilt wieder 10 % p. a. Dividende und 2 % p. a. Bonus (minus Steuer). In der Generalversammlung (Ende Juli) tritt der Vorsitzende der Bank, Felix Schuster, wieder für eine Verstärkung der englischen Goldreserven ein.

United Counties Bank, Birmingham. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 wieder eine Dividende von 13⅛ % p. a. (steuerpflichtig).

Williams Deacons Bank, Manchester. Verteilt eine Halbjahrsdividende von wieder 15 % p. a. Aus der Bilanz per 30. Juni 1914: Depositen 16,12, Kasse und Bankguthaben 2,52, Calldarlehen usw. 2,30 Mill. £ bei 1,90 Mill. £ Kapital und Reserven. (Siehe auch Barclay & Co.)

Bank of Scotland, Edinburgh. Ist Prospekt-Ausgabestelle für 3,1 Mill. £ 5proz. Bonds der Barcelona Traction etc.-Co.

Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 wieder 10 % p. a. Dividende minus Steuer. Aus der Bilanz per 30. Juni: Depositen 12.87, umlaufende Noten 3,18, Kasse 1,74, Callgelder usw. 1,82 Mill. £ bei 2,77 Mill. £ Kapital.

National Bank, London-Dublin. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 wieder 10 % p. a. Dividende minus Steuer. Aus der Bilanz per 30. Juni: Kapital 1,50, Reserve 0,40, Banknoten 1,29, Depositen 14,47, Kasse und Bankguthaben 2,10, Callgelder usw. 2,68, Effekten 1,77, Wechsel 3,16, Darlehen 7,23 Mill. £.

Provincial Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 eine Dividende von 12½ % p. a. minus Steuer (wie im Vorjahr).

Royal Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für das am 31. August beendete Halbjahr wieder eine Dividende von 10 % p. a.

Ulster Bank, Belfast. Verteilt für das am 31. August beendete Jahr eine Dividende von wieder 20 %.

Australian Bank of Commerce, Sydney. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 wieder eine Dividende von 3 % p. a.

Bank of Australasia, London. Verteilt für das am 13. April beendete Halbjahr wieder 17 % p. a. Dividende.

Digitized by Google

Bank of Bengal, Kalkutta. Verteilt für das erste Semester 1914 eine Dividende (inkl. Bonus) von 16 % p. a. (i. V. 14 %).

Bank of Bombay. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 eine Dividende von 13 % p. a. und einen Bonus von 2 %, zusammen 15 % (wie im Vorjahr).

Bank of British North America, London. Verteilt für das am 31. Mai beendete Halbjahr wieder 8 % p. a. Dividende minus Steuer.

Bank of Montreal. Verteilt eine Quartalsschlußdividende von 2½ % = 10 p. a. (für das 1. Quartal 1914 wurden 2½ % + 1 % Bonus verteilt). Eröffnet eine Filiale in North-Battleford sowie eine Hilfskasse in Volcartier Camp, dem Sammelpunkt des kanadischen Kriegskontingents gegen Deutschland.

Bank of New South Wales, Sydney. Erklärt per 30. Juni die übliche Quartalsdividende von 10 % p. a. Status per 31. März: Depositen 36,70, Notenumlauf 0.28, Kasse 12,17, Callgelder in London 2.40 Mill. £ bei 3.50 Mill. £ eingezahltem Kapital und 2,35 Mill. £ Reserven.

Bank of New Zealand, Wellington. Verteilt auf die Stammaktien für das am 31. März beendete Jahr 1913/14 wieder eine Dividende von 15 % (vgl. Juliheft), die sich zusammensetzt aus 2×6 % Halbjahrsdividende und 3 % Jahresbonus. Die Vorzugsaktionäre erhalten (nach 6 % Abschlagsdividende) 4 % Restdividende. Die Kapitalserhöhung (vgl. Oktoberheft 1913) ist noch nicht durchgeführt. Aus der Bilanz per 31. März: Kapital 2,0, neue Kapitaleinzahlung 0,3, Reserve 1,4, Notenumlauf 1,0, Depositen 18,1, Kasse und Bankguthaben 3,3, Callgeld und erstklassige Sicherheiten 8,2, Wechsel 1,3, Darlehen 10,1, erstklassige Effekten 0,9 Mill. £.

Bank of Nova Scotia, Halifax, gegründet 1832 (Kapital 6 Mill. $). Beabsichtigt mit der Metropolitan Bank zu fusionieren, wodurch die Zahl der kanadischen chartered banks auf 23 zurückgehen würde.

Bank of Victoria, Melbourne. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 und damit für das ganze Geschäftsjahr wieder 6 % p. a. Dividende.

Canadian Bank of Commerce, Toronto. Verteilt eine Quartalsdividende von 2½ % = 10 % p. a. Eröffnet weitere Filialen, hauptsächlich in Ontario.

Commercial Bank of Australia, Sydney. Unterläßt infolge des Protestes der Vorzugsaktionäre (vgl. Juliheft, S. 702) die Ausschüttung von 4 % Dividende auf die Stammaktien bis zur gerichtlichen Entscheidung des Streitfalles.

Commercial Banking Co. of Sydney. Eröffnet Filialen in Morven (Queensl.), Bonalbo (N. S. W.) und Willow Tree (N. S. W.).

Commonwealth Bank of Australia, Sydney. Eröffnet eine Reihe weiterer Filialen in Queensland und New South Wales.

National Bank of Australasia, Melbourne. Eröffnet weitere Filialen in West-Australien.

National Bank of India, London. Verteilt für das am 30. Juni beendete Halbjahr eine steuerfreie Interimsdividende von 12 % p. a.

National Bank of New Zealand, London. Verteilt für das am 31. März beendete zweite Halbjahr wieder Dividende und Bonus in Höhe von zusammen 13 % p. a. auf das um 50 % erhöhte Kapital.

National Bank of South Africa, Pretoria. Schlägt der Generalversammlung vom 28. bzw. 29. September vor, das Kapital um 0,65 Mill. £ zu erhöhen und die Natal Bank für 0,50 Mill. £

Digitized by Google

zu erwerben. Verlegt ihr Geschäftsjahr vom 31. Dezember auf den 31. März. Für die letzten 15 Monate sind wieder Dividenden auf der Basis von 6 % p. a. verteilt worden, nachdem 0,08 Mill. £ zur Abschreibung des Kaufpreisrestes aus der früheren Uebernahme der Nat. Bank of the Orange River Colony verwendet worden sind. Die Bank eröffnet weitere Filialen in Natal, Kapkolonie, Basutoland usw. Infolge des Krieges scheidet das deutsche Verwaltungsmitglied M. von Rapp aus der Bank aus.

Standard Bank of South Africa, London. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 wieder 14 % p. a. Dividende. Errichtet weitere Agenturen in Transvaal, Natal, Basutoland usw. Die Zahl der Niederlassungen beträgt Ende September etwa 220.

Union Bank of Australia, London. Verteilt für das am 28. Februar abgelaufene Geschäftsjahr wieder 10 % p. a. Dividende plus 2 % Bonus (= 4 % p. a.). Beabsichtigt ihre auf 75 £ lautenden Aktien (mit 25 £ eingezahlt) in kleinere Abschnitte zu teilen. Aus der Bilanz per 30. Juni 1914: Kapital 2, Reserve 1,96, Notenumlauf 0,18, Depositen 23,54, Kasse und Bankguthaben 4,79, Goldbarren 0,16, Callgelder usw. in London 1,80, Inkasso in London 3,99, erstklassige Effekten 2,02, Wechsel und Darlehen 16,31 Mill. £. Eröffnet eine Niederlassung in Waipukurau (N. Seel.) und eine Depositenkasse in Sydney.

Union Bank of Canada, Quebeck. Verlegt ihr Londoner Bureau in das bisher von der zusammengebrochenen Finanzfirma Chaplin, Milne, Grenfell & Co. bewohnte Gebäude.

III. Frankreich.

Banque de France. Wird bei Kriegsausbruch ermächtigt, unter Zwangskurs bis zu insgesamt 12 Milliarden Fr., und auf Ministerial-Anordnung in noch höherem Betrage Noten auszugeben (seit Dezember 1911 betrug das Maximum 6,8 Milliarden). Stellt Anfang August die Veröffentlichung der Ausweise sowie die Barzahlung ein. Für den 1. Oktober gibt der Finanzminister folgende Zahlen bekannt: Metallbestand 4112 (30. Juli 4766), davon Gold 4093 (4141), Notenumlauf 9299 (6683), Wechselbestand 4476 (2444) Mill. Fr. Seit dem 31. Juli werden die (auch im Kriege von 1870 ausgegebenen) Noten zu 20, 10 und 5 Fr. in Umlauf gesetzt. Weiterhin werden, da das Hartgeld aus dem Verkehr verschwindet, Scheine zu 0,50, 1 und 2 Fr. von der Pariser Handelskammer hergestellt; als Unterpfand werden Noten zu 50 und 100 Fr. an die Banque de France gegeben. Kleinere Beträge belgischer Noten werden belgischen Flüchtlingen zum Nennbetrage in französische eingewechselt. Die Handelskammer von Dieppe ersucht die Regierung Ende September, für die Dauer des Kriegs englisches Geld als gesetzliches Zahlungsmittel in Frankreich zu 125 Fr. für 100 Schilling bzw. 10 Centimes für den Penny zuzulassen. Anfang September werden die Wertbestände der Bank (1322 Tonnen Gold und rund 3000 Tonnen Silber inklusive Verpackung) nach Bordeaux geschafft; Mitte September soll nach einer unbeglaubigten Mitteilung der deutschen Botschaft in Rom Gold nach London gebracht worden sein. Ende August fordert die Bank Nachschüsse für die im Wert gesunkenen Lombardeffekten. Sie gibt weiterhin Vorschüsse auf erstklassige französische Werte zu 6% (bei 5% Bankdiskont), aber nur bis zu maximal je 2000 Fr. Wird Ende September durch den Finanzminister aufgefordert, in Verbindung mit den Großbanken Mittel vorzuschlagen, um der Desorganisation des Marktes für ausländische Wechsel abzuhelfen. Der Diskontsatz wird am 30. Juli auf 4½, am 1. August weiter auf 6 % erhöht und am 20. August auf 5% herabgesetzt.

Digitized by Google

Moratorium. Am 31. Juli wird ein Moratorium erlassen. Dasselbe gilt — zunächst auf einen Monat — für alle Wechsel- und Buchforderungen. Die Auszahlung von Bankguthaben wird auf 250 Fr. plus 5% des Guthabens beschränkt. Ende August aber auf 250 Fr. plus 10% des Guthabens erhöht. Die Rückzahlung fälliger Obligationen und Lose darf bis zur Beendigung des Krieges verschoben werden, ebenso die Couponszahlung, wobei den Obligationären die gestundeten Beträge zu 5% zu verzinsen sind. Für Wechsel, die vor dem 4. August ausgestellt sind, wird die Verfallzeit Ende August ein zweites Mal und Ende September ein drittes Mal um 30 Tage hinausgeschoben. Dasselbe gilt für die Bezahlung von Warenlieferungen. Sparkassen brauchen auf jedes Sparguthaben nur 50 Francs auszuzahlen.

Währung. Kurz vor Kriegsausbruch tritt infolge starker Zurückziehung französischer Auslandsguthaben eine erhebliche Wertsteigerung der französischen Valuta ein. Scheck London sinkt Ende Juli auf 24,8, der Markkurs auf 117, der Rubelkurs auf 160 Fr., die schweizerische Devise 5% unter pari; der Dollarkurs schwankt zwischen 4.60 und 4 Fr. [In den Jahren 1880—1913 waren nach der „Frankf. Ztg." Maxima und Minima: London 25.46 (1881), 25,05 (1900); Berlin $123^7/_8$ (1913), 121 (1906); Petersburg 271 (1894), 201 (1888); Schweiz $^5/_{32}$% Prämie (1908, 1911), $^{15}/_{16}$% Disagio (1898, 1899, 1900); New York 5,25 (1886), 5,10 (1886).] Im Laufe des August und September büßt die französische Valuta infolge starker Ausgabe ungedeckter Noten fortgesetzt an ihrer Kaufkraft gegenüber London ein; für Scheck London müssen Ende September wieder ca. 25,30 Fr. (Parität 25,225) bezahlt werden, obgleich Frankreich seine Zahlungsverpflichtungen im Auslande zum großen Teil aus seinen ausländischen Guthaben decken kann. (Anfang Oktober ist der Kurs ca. 25,20 Francs).

Sparkassen. Die Rückzahlungen werden Ende Juli auf 50 Fr. pro Sparbuch, zahlbar 14 Tage nach Kündigung, beschränkt. Im August standen bei der Caisse Nationale d'Epargne 4.24 Mill. Fr. Neueinlagen 21,47 Mill. Fr. Rückzahlungen gegenüber.

Die Banken und die Krisis. Die Zurückziehung von Bankguthaben wird Ende Juli gesetzlich auf 250 Fr. plus 5% des Guthabens beschränkt und Ende August auf 250 Fr. plus 10% erweitert. Die Banken zahlen auf Anordnung der Regierung keine Dividenden aus, um die Aktionäre nicht gegenüber den Gläubigern zu bevorzugen. Die Pariser Großbanken verlegen Anfang September ihren Sitz teils nach Bordeaux, teils nach dem Sitz größerer Provinzfilialen. Zahlreiche Depositenkassen werden wegen Personalmangels geschlossen.

Bankreform. „L'Humanité" fordert im September die Wiederaufnahme des Gesetzvorschlages über die Bankreform auf bedeutend erweiterter Grundlage. Man fordert vielfach die Organisierung eines Nationalkredits für Handel und Industrie, um der Arbeitslosigkeit zu steuern.

Agenturen feindlicher Banken. Die Büros derjenigen Banken und Bankiers, die im Verdacht stehen, ausländische Interessen zu vertreten, werden behördlich geschlossen; so u. a. die Banque J. Allard & Co., die Pariser Vertreterin der Dresdner Bank. Angeblich sind auch die flüssigen Mittel der Banken mit Beschlag belegt worden.

Maßnahmen gegen die Steuerflucht des Kapitals werden in der Deputiertenkammer Anfang Juli von dem Abgeordneten Clémentel gefordert. Durch internationale Verträge müsse besonders den schweizerischen Banken das Handwerk gelegt werden, welche den Ausländern Garantien gegen alle fiskalischen Schnüffeleien anböten, ja sogar zur Eintragung falscher Namen (?) in ihre Bücher bereit seien.

Digitized by Google

Insolvenz. Der Inhaber eines seit einigen Jahren bestehenden Hypotheken-Bankhauses, Ramajou, wird mit Verbindlichkeiten von 5.25 Mill. Fr. Anfang Juli insolvent. Hauptsächlich sind kleine Sparer in Mitleidenschaft gezogen. Ramajou wird verhaftet.

Banque J. Allard & Cie., Paris. Sieht sich infolge des Ausbleibens russischer Rimessen bei der Verkehrsstockung vor dem Kriegsausbruch genötigt, ihre Schalter vorübergehend zu schließen. Später wird die Schließung von der Regierung aufrechterhalten, da die Bank in Beziehungen zur Dresdner Bank steht. Auch sollen ihre Gelder mit Beschlag belegt worden sein.

Banque de Paris et des Pays-Bas, Paris. Hat die Gelder für den Tilgungsdienst der bulgarischen Anleihen von 1902, 1904 und 1907 pünktlich erhalten, jedoch infolge des Eintritts der Kriegswirren nicht an alle mit der Zahlung betrauten Banken des Auslandes weiterverteilen können. Die Aktien der Bank werden von dem allgemeinen Kurssturz der französischen Bankaktien im Juli besonders stark in Mitleidenschaft gezogen; es sind unkontrollierbare Gerüchte von Schwierigkeiten einer der Bank nahestehenden führenden Persönlichkeit der Pariser Hochfinanz im Umlauf.

Banque Périer & Co., Paris. Wird vom Fiskus in eine Strafe von $8^1/_8$ Mill. Fr. genommen, weil sie die rechtzeitige Verstempelung der seinerzeit übernommenen Türkischen 5 proz. Tresorscheine unterlassen hat. Der Strafbetrag wird später auf 4 Mill. Fr. herabgesetzt, doch erhebt die Bank gerichtlich Einspruch.

Comptoir National d'Escompte de Paris. Honoriert, ebenso wie der Crédit Lyonnais, schon Ende Juli keine deutschen Schecks mehr. Verweigert, angeblich unter Berufung auf das Moratorium, auch die Auszahlung der Guthaben von Banken einiger neutraler Staaten.

Crédit Foncier de France, Paris. Ende Juni werden an Darlehen 5341.08 (Ende März 5197.96) Mill. Fr. ausgewiesen. Es sind (wie sich herausstellt, unbegründete) Gerüchte verbreitet, denen zufolge das Institut seine Zinsscheine auf Anordnung der Regierung nicht einlösen werde.

Crédit Industriel et Commercial, Paris. Der Bruttogewinn für das erste Halbjahr 1914 beträgt 4,49 (i. V. 4,31) Mill. Fr. Aus dem Status per 31. Mai 1914: Kasse und Bankguthaben 31,2 (31. 5. 1913 22.8). Wechsel 144.1 (137.2), Lombard und Reports 84,1 (78.2), Debitoren 21.1 (24.8), Sichtguthaben und befristete Depositen 139.2 (131.9), Kreditoren 107,4 (94,0), Akzepte 21,8 (25,7) Mill. Fr.

Crédit Lyonnais, Paris. Aus dem Status per 30. Juni 1914: Kasse und Bankguthaben 231,47 (i. V. 146,42), Wechsel 1648,38 (1199,69), Darlehen und Reports 356,82 (345,89), Debitoren 714,14 (698,05), Depositen 961,39 (846,64), Kreditoren 1416,89 (1265,23). Akzepte 117,17 (125,65) Mill. Fr. Die Ende September fällige zweite Hälfte der Dividende für 1913 wird nicht ausgezahlt, da nach dem Moratorium Gewinnverteilungen von Gesellschaften, die von den Einschränkungen der Depositenrückzahlung Gebrauch machen, nicht statthaft sind. Die Bank weigert sich bereits Ende Juli, Schecks Frankfurter Häuser wie auch einer belgischen Firma zu honorieren, teilweise selbst ohne die Schecks zu retournieren. Bei den ausländischen Niederlassungen wird die Nichtauszahlung deutscher Guthaben damit begründet, daß sämtliche von ausländischen Korrespondenten unterhaltenen Konten auf die Zentrale in Paris übertragen worden seien. Noch Mitte September werden Guthaben von Banken einiger neutraler Staaten angeblich nicht ausgezahlt. Die Anfang August beabsichtigte Versendung eines größeren Betrages Gold nach Rußland durch die Konstantinopeler Niederlassung wird durch die türkische Regierung verhindert.

Digitized by Google

Société Française de Banque et de Dépôts, Paris. Die Niederlassung Berlin, die als feindliches Unternehmen unter Geschäftsaufsicht gestellt wird, zahlt auf Verlangen des Aufsichtskommissars nach Besetzung Belgiens durch die Deutschen auch solche Ultimogelder zurück, die aus Brüssel stammen.

Société Générale, Paris. In der Angelegenheit Ungarische Bank- und Handels-A.-G. (siehe diese im Oktoberheft) wird ein Wiener Advokat mit der Wahrnehmung der Interessen der Société Générale betraut. Die Bank verschleppt schon mehrere Wochen vor Kriegsausbruch die Emission der der Serbischen Staats-Bodencreditanstalt (siehe diese im Juniheft) zugesagten und bevorschußten 30 Mill. Fr. Anleihe. Nach Kriegsausbruch dringen weiterhin ungünstige Gerüchte über das Institut ins Ausland (siehe Augustheft). Ein früherer Pariser Mitarbeiter des „Berl. Tagebl." teilt mit, daß die ausländischen Berichterstatter bisher durch die schärfsten Einschüchterungs-Maßregeln an der Veröffentlichung der vollen Wahrheit gehindert worden seien. Das durch die Entwertung seines Effektenportefeuilles schwer getroffene Institut sei auch durch die riesigen Vermittlungsgebühren geschädigt worden, die es beim Erwerb des Grundstückes der Großen Pariser Omnibusgesellschaft an den ehemaligen Kriegsminister Etienne und seine „Preßtrabanten" habe zahlen müssen. Aus dem Status vom 30. Juni 1914: Kasse und Bankguthaben 159,6 (30. 3. 1914: 143), Wechsel 652,3 (958,2; der Rückgang ist wohl auf Rediskontierungen bei der Banque de France zurückzuführen), Lombard 327,8 (330,7), Reports 75,1 (81,3), Debitoren 702 (660,5), Sichtguthaben 406,9 (472,5), befristete Depositen 237,2 (229,8), Kreditoren 1006,6 (1217), Akzepte 144 (165,7).

Banque de l'Algérie, Paris. Wird Anfang August ermächtigt, ihren Notenumlauf bis auf 400 Mill. Fr. zu erhöhen und Noten zu 5 Fr. auszugeben.

Banque de l'Afrique Occidentale, Paris. Die Verlegung des Gesellschaftssitzes nach Bordeaux wird Anfang September durch den Kolonialminister verfügt.

Banque de l'Indo-Chine, Paris. Der Minister der Kolonien verfügt Anfang September die Verlegung des Gesellschaftssitzes der Bank nach Bordeaux.

Banque Française du Rio de la Plata, Paris. Verteilt für das erste Halbjahr 1914 eine Abschlußdividende von 15 Fr. per Aktie = 3 (i. V. 4) %.

Crédit Franco-Egyptien, Paris. Der Reingewinn für 1913/14 beträgt 0,70 (i. V. 0,81) Mill. Fr. Wegen der ungünstigen Wirtschaftslage in Aegypten wird von der Verteilung einer Dividende abgesehen (i. V. 10 Fr. pro Aktie).

IV. Russland.

Russische Staatsbank. Lehnt Anfang Juli die innerhalb ihrer Verwaltung erörterte Herabsetzung ihres Diskontsatzes ab. Dieser wird am 29. Juli von 5½ auf 6% erhöht. Für die Dauer des Krieges wird die Einlösung der Kreditbilletts (Noten) eingestellt und die Bank ermächtigt, bis zu 1200 (bisher 300) Mill. Rbl. ungedeckter Noten zu emittieren. Die Ausweise werden nach Kriegsausbruch im Auslande nur vereinzelt bekannt. Der Notenumlauf schwillt bis Anfang September von ca. 1600 Millionen auf über 2300 Millionen, bis Anfang Oktober auf ca. 2700 Mill. Rbl. an. Die Warschauer Niederlassung diskontiert schon einige Tage vor der Mobilmachung keine Wechsel mehr; seit Ende Juli ist sie geschlossen. Die Guthaben der Bank in Deutschland (bei Mendelssohn & Co.) werden von der deutschen Regierung beschlagnahmt.

Digitized by Google

Moratorium. Für die westlichen Gouvernements einschließlich Petersburg wird am 25. Juli/7. August ein zweimonatiges Moratorium für Wechselforderungen erlassen und am 19. September verlängert.

Währung. Telegraphische Auszahlung Petersburg erreicht am 29. Juli, dem letzten Berliner Notierungstage, den tiefsten seit Einführung der Goldwährung erreichten Stand von 202 M. (Parität 216) und wird im privaten Verkehr der nächsten Tage weiter auf ca. 180 M. gedrückt. In London und Paris bleibt das Disagio der russischen Währung dauernd 25—30%; in Berlin bessert sich der Kurs infolge der deutschen Nachfrage nach Rubelnoten (für die in Rußland kämpfenden Armeen) auf ca. 200 M.

Aktienwesen. Der Beschluß des Ministerrats betr. Beschränkung des Landerwerbs durch Aktiengesellschaften und betr. Einführung eines numerus clausus für jüdische Verwaltungsmitglieder bei Aktiengesellschaften (vgl. Augustheft) wird bald nach Kriegsausbruch durch einen kaiserlichen Ukas bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.

Gründungen. Im ersten Vierteljahr 1914 wurden (nach einer Statistik der Vereinigung der Montanindustriellen Südrußlands) errichtet 99 (i. V. 79) Unternehmen mit 149 (108,58) Mill. Rbl. Das Ausland war daran mit 4 (8) Unternehmen bzw. 3,85 (17,68) Mill. Rubel Kapital beteiligt.

Bankgründungen. In Kiew wird Mitte Juli die Kiewer Handels- und Schiffsbauindustrie-Bank mit 3 Mill. Rbl. Anfangskapital errichtet. — Die Bildung einer „Syndikatsbank russischer Provinzbanken", wozu von 29 Aktienbanken mit 86 Mill. Rbl. Grundkapital 20 ihre Beteiligung in Aussicht stellen, wird im Juli zwecks Abwehr des Wettbewerbs der Großbanken (unter Zustimmung der Kreditkanzlei) erwogen. Das Kapital soll 10 Mill. Rbl. betragen. Weitere Einzelheiten sollten im September festgesetzt werden, was aber infolge des Kriegsausbruchs unterbleibt. Als Muster sollte die Société Centrale des Banques de Province in Paris dienen (die aber auch Privatbankiers umfaßt).

Asow-Don-Kommerzbank, Petrograd. Nach dem Prospekt über die 10 Mill. Rbl. neuer Aktien, von denen 8 Mill. Rbl. den Aktionären angeboten worden sind (s. Februarheft), dienen die restlichen 2 Mill. Rbl. zum Eintausch von nominal 3,33 Mill. Rbl. Aktien der Kiewer Privat-Kommerz-Bank zu etwa 114% zwecks Erwerb der Majorität. Das bei der Kapitalerhöhung erzielte Agio von 9 Mill. Rubel wird mit 125 Rbl. pro Aktie dem ordentlichen Reservefonds und mit 100 Rbl. pro Aktie dem Spezialreservefonds zugeführt. Direktor Rappert und ein zweiter deutscher Beamter der Bank, die sich nach Kriegsausbruch im deutschen Hilfsverein zu Petrograd betätigt hatten, werden verhaftet.

Commerzbank in Warschau. Setzt infolge der Flucht der russischen Behörden aus Polen Assignaten in Beträgen bis zu 50 Kopeken herunter in Umlauf.

Jurjewer (Dorpater) Bank. Bietet (Ende Juli) ihren Aktionären 0,5 Mill. Rbl. neue Aktien im Verhältnis von 1 zu 2 zum Kurse von 355 Rbl. für die 250-Rbl.-Aktie an.

Handelsbank in Lodz. Aus der Bilanz per 30. Juni 1914: Bar und Bankguthaben 1.77 (30. 6. 1913: 1.49), Wechsel 28.86 (22.45), Debitoren 17.01 (17.18), Girokonto und Depositen 16,54 (16.16), Kreditoren 11.17 (19.99) Mill. Rbl.

Petersburger Internationale Handelsbank. Das Mitglied des Verwaltungsrates Joseph Radine tritt in den Verwaltungsrat der neugegründeten Société Hydro-électrique de Saint-Petersbourg (siehe Russisch-Asiatische Bank) ein. In den Aktien der Bank,

Digitized by Google

die vor Kriegsbeginn auch von Deutschland aus besonders stark zum Verkauf kommen, werden in den letzten Julitagen große Stützungskäufe vorgenommen.

Rigaer Commerzbank. Aus der Bilanz vom 31. Mai 1914: Kasse und Bankguthaben 3,04 (1. 5. 1913: 2,73). Wechsel 63,82 (46,90). Debitoren 28,26 (24,76), Einlagen und laufende Rechnungen 38,65 (28,56), Kreditoren 32,14 (24,68) Mill. Rbl.

Russisch-Asiatische Bank, Petrograd. Verlangt vergeblich von Bulgarien die Einlösung der Ende August fälligen 28 Mill. Fr. Schatzscheine; die Einlösung sollte aus dem Vorschuß auf die kurz vor Kriegsausbruch mit der Disconto-Gesellschaft abgeschlossene Anleihe erfolgen. Präsident Poutiloff sowie der Direktor Raffalovich von der Pariser Niederlassung gehören dem Verwaltungsrat der als Schweizer Gesellschaft mit 20 Mill. Fr. neugegründeten Société Hydro-électrique de Saint-Petersbourg, Lausanne, an. (Siehe auch Petersburger Internationale Handelsbank und Russische Bank für Handel und Industrie.)

Russische Bank für auswärtigen Handel, Petrograd. Präsident Dawydow, der frühere Direktor der Kreditkanzlei, verhandelt unmittelbar vor Kriegsausbruch in Berlin mit Direktor Mankiewitz (Deutsche Bank) über die Frage der russischen Auslandguthaben.

Russische Bank für Handel und Industrie, Petrograd. Das Mitglied des Verwaltungsrates Kon tritt in den Verwaltungsrat der neugegründeten Société Hydro-électrique de Saint-Petersbourg (siehe Russisch-Asiatische Bank) ein.

Sibirische Handelsbank, Petrograd. Aus dem Status per 1. Juni 1914: Kasse und Bankguthaben 12,23 (i. V. 7,80), Wechsel 63,12 (67,48), Darlehen 84,36 (81,15), Debitoren 87,35 (44,28). Einlagen 183,93 (133,97), Kreditoren 46,31 (36,27) Mill. Rbl. Von den der Bank nahestehenden Eisenbahnen erhält (kurz vor Kriegsausbruch) die Troizker Gesellschaft Konzessionen für zwei neue Strecken von annähernd 1000 Werst, deren Bau etwa 100 Mill. Rbl. erfordern wird, ferner die Moskau-Windau-Rybinsk-Eisenbahngesellschaft Konzessionen für etwa 900 Werst im Betrage von etwa 100 Mill. Rbl.

Unionbank, Moskau. Die Mitglieder des Verwaltungsrates Giraud, Darcy und Boutry sind ausgeschieden. Die Berliner Niederlassung kommt unter Geschäftsaufsicht.

Bank von Finland, Helsingfors. Die Guthaben der Bank in Deutschland werden wie die der Russischen Staatsbank (siehe diese) von der deutschen Regierung beschlagnahmt.

Finländische Stadthypothekenkasse. Die am 1. Oktober fälligen Zinsscheine der 4½ proz. Pfandbriefanleihen von 1900, 1909, 1910 und 1911 werden in Deutschland bei den dortigen Zahlstellen zum vollen Markbetrage eingelöst.

Föreningsbanken in Finland, Helsingfors. Gibt Ende Juli 3 Mill. finn. Mark neue Aktien zu 200 % aus.

Nordische Aktienbank für Handel und Industrie, Helsingfors. Die am 1. Oktober fälligen Zinsscheine und gelosten Stücke werden bei den deutschen Zahlstellen für die deutschen Besitzer zum vollen Markbetrag eingelöst.

V. Vereinigte Staaten von Amerika.

Bundes-Reserve-Amt (federal reserve board). Man glaubt, die zwölf Bundes-Reserve-Banken, die dem Amt unterstehen (siehe Augustheft, S. 801) Mitte November eröffnen zu können. Die Wahl einiger der in das Amt berufenen Persönlichkeiten wird im Senat

Digitized by Google

fortgesetzt kritisiert, so die Wahl von Thomas D. Jones von der International Harvester Co. (der schließlich unfreiwillig demissioniert); ferner die Wahl von Paul M. Warburg (bisher Kuhn, Loeb & Co.), der einer zweimaligen Vernehmung unterworfen wird und eine Reihe von Fragen beantworten muß, so z. B. die, wie er über die neuesten Finanzskandale (Frisco, Rock-Island, New-Haven usw.) urteile, denen seine Firma nicht ganz fern gestanden habe. Seine Wahl wird schließlich bestätigt, und das Amts-Direktorium konstituiert sich am 13. August. Zum Gouverneur ist Charles S. Hamlin, zum Vizegouverneur Frederic A. Delano bestellt worden. Einige Amendements zum Bundes-Reserve-Gesetz sehen Erleichterungen für den Beitritt der state banks und für das Diskontgeschäft vor. Das Amt erläßt eine Umfrage bei den Banken, wie hoch und wie geartet ihre Schulden im Auslande seien, um die Währungskrisis lösen zu helfen. Von den Direktoren der zwölf Bundes-Reserve-Banken sind zwei Drittel, nämlich die der öffentlich zu wählenden Kategorien A und B bereits ernannt. Kategorie C, die vom Amt selbst angestellt wird, soll Anfang Oktober ernannt werden. Mehrere Bankverbände verlangen eine Neueinteilung der den einzelnen Reservebanken zugeteilten Distrikte. Die New-Yorker Handelskammer beantragt eine Aenderung des Reserve-Amts-Gesetzes dahingehend, daß die Mitgliederbanken des Amts Export- und Importtratten in der vollen Höhe ihres Eigenkapitals akzeptieren dürfen (statt 50% des Eigenkapitals). Der Parteitag der Republikaner in Saratoga sagt in seiner Resolution u. a., daß das Bundes-Reserve-Amts-Gesetz „die Möglichkeit einer Geldinflation schaffe, welche, unklug oder sorglos herbeigeführt, großes Unheil verbreiten würde". Ebenso urteilt A. Reynolds, Präsident der American Bankers' Association, in einem Referat vor der Bankers' Association von Illinois (siehe dagegen National City Bank, Kritik von Vanderlip). Die erste Einzahlung auf die Aktien des Amts (1 % des Eigenkapitals der Mitgliederbanken) ist im August geleistet worden, die folgenden Einzahlungen sollen bis zur Wiederkehr ruhigerer Zeiten verschoben werden.

Geldmarkt- und Bankenkrisis. Die starken Goldausgänge zu Anfang August (siehe Goldbewegung) veranlassen die am Devisen-Markt interessierten Banken, ein „Fünfer-Komitee" zu bestellen, das über Gegenmaßregeln beraten soll. Die Ausgänge haben zur Folge, daß die Barreserven der New-Yorker Banken und Trust-Comp., die bei ersteren in „lawful money", d. h. Staatspapiergeld und Gold gehalten werden müssen, binnen 14 Tagen um 78 Mill. $ abnehmen. Dadurch und durch die Abnahme der Depositen verringert sich die Kreditfähigkeit der Banken, die große Beträge an Vorschüssen und Calldarlehen kündigen müssen, zumal die kanadischen Banken ihre großen Guthaben vom New-Yorker Markt zurückziehen (vgl. „Kanadische Großbank-Politik" im Maiheft 1913). Das Kassen-Surplus der Clearinghausbanken (d. h. der Mehrbestand an Bargeld über die gesetzlichen 25 % hinaus) verschwindet und verwandelt sich bis zum 8. August in ein Minus von 43.1 Mill. $. Die Krisis äußert sich mehr in einer strengen Auswahl unter den Kreditanwärtern als in den Geldsätzen; der Zins für tägliches wie für Dreimonatsgeld steigt im allgemeinen nicht über 8 %. Der Comptroller of the currency droht den Banken mit Entziehung der Regierungsdepositen, wenn sie zu starke Kreditrestriktion übten und zu viel Barreserven anhäuften; mehreren Banken gegenüber macht er seine Drohung wahr. Die New-Yorker state savings banks beschränken auf Anordnung des staatlichen Bank-Aufsichtsamts ihre Auszahlungen auf Beträge bis zu 50 $, wie es vorher bereits die Spar- und Trustbanken in Ohio getan haben.

Währung. Ueber die zeitweilige Entwertung des Dollars infolge des Uebermaßes an kurzfälligen Schuldverpflichtungen im Auslande siehe unter „Geldmarkt- und Bankenkrisis" sowie „Goldbewegung". Ueber die Ausgabe von Geldsurrogaten siehe unter „Notstandsgeld", über das neue Zentral-Noteninstitut unter „Bundes-

Digitized by Google

Reserve-Amt". Der Senat nimmt ein Gesetz an, das zur Beseitigung des Geldmangels (und im Interesse der Silberproduzenten) den Ankauf und die Ausprägung von 15 Mill. Unzen Silber (bisher 3 bis 4 Mill. Unzen jährlich) anordnet. Die Stadt New York muß den Banken, die ihr 100 Mill. $ 6proz. Anleihe (binnen drei Jahren tilgbar) abnehmen, 2 % pro Jahr Währungsdisagio zahlen.

Notstandsgeld. Der Kongreß nimmt sofort nach Kriegsausbruch eine Novelle zur Aldrich-Vreeland Act v. 1908 an (die eigentlich am 30. Juni d. J. außer Kraft getreten ist), wodurch die Ausgabe des in dieser Act vorgesehenen Notstandsgeldes erleichtert wird. Nach der Novelle wird die Ausgabe von „emergency notes" nicht nur den zu „national currency associations" zusammengeschlossenen Nationalbanken, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch Einzelbanken gestattet. (Bis Ende Juli bestanden 24 currency associations, Ende August 37, eine Reihe weiterer associations hat sich im September gebildet). Die Notensteuer, die in der Act von 5—10% abgestuft war, wird auf 3—6% ermäßigt, das Notenmaximum der einzelnen Bank auf 125% (statt 100%) des Eigenkapitals erhöht. Als Deckung der Noten kommen außer erstklassigen Effekten auch Wechsel in Betracht; 5% sind in Gold zu decken. Wechsel dürfen bis zur Höhe von 75% des Eigenkapitals der Banken als Deckung dienen (früher 30%). Es wird beantragt, auch Tabak- und Baumwoll-Lagerscheine als Deckung zuzulassen. — Das New-Yorker Clearinghaus gibt am 3. August — wie Ende 1907 — Clearinghaus-Zertifikate aus, mit denen die Zahlungen der Clearingbanken untereinander bewerkstelligt werden. Die Zertifikate werden gegen Hinterlegung von Wechseln und Effekten ausgegeben und sind mit 6 % zu verzinsen. Andere Clearinghäuser, z. B. San Francisco, zahlen nach wie vor in gesetzlichem Gelde. — An emergency notes sind Ende August etwa 140 Millionen, Ende September über 200 Mill. $ in Umlauf gewesen.

Goldbewegung. Die bereits im Mai und Juni beobachteten Goldexporte nehmen auch im Juli ihren Fortgang. Da die größere oder geringere Bereitwilligkeit des Schatzamts, Gold zur Verfügung zu stellen, einen erheblichen Einfluß auf den Londoner Wechselkurs hat, entwickelt sich eine Valutaspekulation, bei der die Kenntnis der Goldtransporte, welche das Schatzamt aus dem Landesinnern zur Küste vornimmt, eine große Rolle spielt. Schatzsekretär Mc. Adoo weist daher die Beamten an, Stillschweigen über diese Transporte zu beobachten. Bei Ausbruch des europäischen Kriegs setzt infolge der Weigerung Londons, die amerikanischen Kredite zu verlängern, eine wilde Nachfrage nach Gold ein, die von den Banken nur zum kleinen Teil befriedigt werden kann. Da das Schatzamt kein Gold hergibt und sogar die Ausgabe von „money orders" auf Europa für größere Beträge eingestellt wird, muß für Auszahlung London bis zu 7 $, d. h. ein Aufgeld bis zu 45%, gezahlt werden, das sich gegen Mitte August auf 10—12, Ende September auf 3—4% ermäßigt. Die großen Finanzhäuser, namentlich Morgan sowie Kuhn Loeb & Co. und die National City Bank verlangen vom Schatzamt die Hergabe von Gold und vom Bankaufsichtsamt die Befreiung der Nationalbanken von dem Zwange, ihre Reserven in „lawful money" zu halten, was Gold freisetzen würde. Als beides erfolglos ist, versuchen sie, unter den Banken einen Fonds von 100 Mill. $ Gold aufzubringen, um die amerikanischen Schulden im Ausland, insbesondere die Schulden der Stadt New York in London, durch Goldsendungen anstatt durch teurere Kabelkredite abzutragen. Bis Ende September gelingt es ihnen, etwa 25 Mill. $ zusammenzubringen, die im Auftrage der Zahlungspflichtigen und für Rechnung der englischen Gläubiger großenteils nach Ottava, einem neu eingerichteten Depot der Bank von England, gehen (siehe Bank von England in diesem Hefte). 10,6 Mill. $ Gold, die vor Kriegsausbruch mit dem Nordd.-Lloyd-Dampfer „Kronprinzessin Cecilie" nach London gehen

Digitized by Google

sollten, werden, da der Dampfer nach Amerika umkehrt (woraus sich Prozesse zwischen Lloyd und den Versendern ergeben), ebenfalls zum Teil nach Ottava gebracht. Die Firma Morgan erhält von der Banque de France mehrere Darlehen von zusammen ca. 16 Mill. $, davon die Hälfte in Gold, gegen die Verpflichtung, der französischen Regierung größere Beträge in Amerika zur Verfügung zu stellen, die zur Bezahlung von Getreidekäufen verwendet werden sollen. Die Transaktion kommt nicht, wie anfangs beabsichtigt, als Staatsanleihe, sondern in der Form von privaten Rembourskrediten Morgans und anderer zustande. Die Währungskrisis wird schließlich dadurch gemildert, daß die Stadt New York 100 Mill. $ 6proz. Anleihe begibt, wovon ein Teil in natura zur Abdeckung kurzfristiger Schulden der Stadt in London dient. Siehe auch den Aufsatz „Der internationale Zahlungsausgleich im Kriege" im Septemberheft.

Geldumlauf. Am 1. September 1914 waren in den Vereinigten Staaten folgende Geldsorten im Umlauf bzw. im Schatzamt (in 1000 $):

	im Umlauf	im Schatzamt	zusammen
Gold, gemünzt und in Barren . . .	627 104	228 183	1 844 602
Goldzertifikate (gegen depon. Gold) .	944 622	44 692	
Silber-Dollar	70 819	1 507	565 858
Silberzertifikate (geg. depon. Silber)	481 405	12 127	
Scheidemünze	160 894	21 925	182 819
Schatznoten von 1890	2 402	12	2 414
Ver. Staaten-Noten (Greenbacks) . .	339 253	7 427	346 681
Nationalbanknoten*)	852 102	25 438	877 540
	3 478 604	341 312	3 819 916

Clearinghaus. Das New-Yorker Clearinghaus gibt, wie bereits Ende 1907, von Anfang August an Clearinghaus-Zertifikate aus (vgl. „Notstandsgeld") und beschließt, während der Laufzeit dieser Zertifikate die Wochenausweise der Clearinghausbanken nicht mehr für die einzelnen Institute getrennt, sondern nur in einer Gesamtsumme zu veröffentlichen, ferner die Wochenziffern zu unterdrücken und nur die Wochendurchschnitte bekanntzugeben. Dasselbe geschah 1907. Viele andere Clearinghäuser, darunter dasjenige von San Francisco, erklären, ohne Clearinghaus-Zertifikate über die schwierige Zeit hinwegkommen zu können.

Personalunion bei den Banken. Die sog. „Clayton omnibus bill" (Ergänzung zu den Antitrustgesetzen) wird, nachdem sie im Repräsentantenhaus angenommen worden, mit geringen Aenderungen auch vom Senat genehmigt. Der Abschnitt über das Verbot der Häufung von Verwaltungsposten konkurrierender Gesellschaften in einer Hand (interlocking directorates) erfährt noch eine Verschärfung, insofern nicht nur, wie im Entwurf vorgesehen, Gesellschaften mit 2½ Mill. $ Eigenkapital, sondern bereits solche mit 1 Mill. $ unter das Verbot fallen; bei Banken wollte der Entwurf die Grenze bei 5 Mill. $ ziehen, das Gesetz zieht sie bereits bei 2½ Mill. $.

Postsparkasse. Präsident Wilson versagt einem Gesetz, das den Höchstbetrag des Einzelguthabens bei der Postsparkasse von 500 auf 1000 $ heraufsetzen will, seine Genehmigung. Am 31. Juli sind 45 Mill. $ von 397 000 Sparern eingezahlt.

Bekämpfung der Trusts. Der Senat nimmt alle Antitrustvorlagen mit kleinen Aenderungen an. Die Vorlagen bestehen aus drei Gesetzen, nämlich der „Clayton omnibus Bill" (gegen ungesetzliche Anwendung von Gewalt, Monopolwirtschaft usw.), einem Gesetz zur Regelung der Eisenbahn-Emissionen und der „Trade Commission Bill", die für den Handel ein ähnliches Bundesorgan

*) incl „emergency notes".

Digitized by Google

vorsieht, wie es die Interstate Commerce Commission für den Eisenbahnverkehr ist. Das erstgenannte Gesetz enthält auch das Verbot einer Häufung von Verwaltungsstellen konkurrierender Gesellschaften in einer Hand, das nach zwei Jahren in Kraft treten soll (siehe „Personalunion bei den Banken"). — Gegen die Handelskammer von Chicago ist seinerzeit auf Grund des Shermanschen Antitrustgesetzes Klage angestrengt worden, weil sie nach Börsenschluß einen autonomen „call"-Kurs für Weizen festzusetzen pflegt, was gegen die freie Preisbildung verstoßen soll; die Gerichtsverhandlungen nehmen einen für die Handelskammer ungünstigen Verlauf.

Sonderbesteuerung der Banken. Unter den neuen Steuern, die das Repräsentantenhaus Ende September beschließt, befindet sich auch eine Kapitalbesteuerung der Banken. Die Steuer beträgt jährlich 2 promille des Eigenkapitals. Die American Bankers' Association protestiert gegen diese Ausnahmebesteuerung.

Hundertjahrfeiern. Nach der Liquidation der ersten „Bank der Vereinigten Staaten" (1811) begann eine Aera der Gründungen von Privatnotenbanken, die namentlich 1814 in großem Umfange entstanden, so daß der Notenumlauf sich von Ende 1813 bis Anfang 1815 fast verdoppelte. Von den damals errichteten „national banks" haben jetzt eine Reihe ihr hundertjähriges Jubiläum gefeiert, so die Farmers' Nat. Bank of Reading, die Phoenix Nat. Bank of Hartford, die Nat. Bank of Germantown und andere.

Die New-Yorker Fondsbörse ist am 31. Juli geschlossen worden, nachdem an den vorhergehenden Tagen außerordentlich starke europäische Verkäufe das Kursniveau heftig erschüttert und die amerikanische Verschuldung an Europa weiter gesteigert hatten. Die anderen großen Börsen (Philadelphia, Boston, Chicago, Baltimore, Pittsburgh usw.) haben am selben Tage ihr Geschäft eingestellt, außer Cincinnati, wo das Geschäft erst am 1. September suspendiert wird. Ebenso schließen die Kaffee- und Baumwollbörsen. Zahlreiche Baumwollfirmen und einige Effektenbankiers gehen in Konkurs. Ende August wird ein beschränkter Effektenverkehr in New York und Chicago zugelassen, der sich jedoch, da Mindestkurse vorgeschrieben sind, nicht entwickeln kann. Ein Börsensitz, der zum Verkauf kommt, erbringt nur 34000 $ (zuletzt 42000 $); zwei Sitze an der Bostoner Börse wechseln die Inhaber für je 11000 $ (zuletzt 15000 $).

Gegen das Börsentermingeschäft in Baumwolle richtet sich die „Lever Bill", die vom Parlament angenommen worden ist, und die eine Abgabe von 10 $ auf jeden Ballen Baumwolle legt, der auf Zeit gehandelt wird, ohne daß bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Diese Bedingungen laufen darauf hinaus, daß alle Geschäfte sich in „Standard-Baumwolle" vollziehen, d. h. in einer Baumwolle bester Qualität, die im Gesetz näher beschrieben wird. Terminabschlüsse in schlechterer Baumwolle können mithin nicht mehr zu einem Börsenpreise, sondern nur zum Preise der guten Qualität unter privater Verrechnung der Qualitätsdifferenz abgeschlossen werden. Die Regierung erwartet daher eine allgemeine Preissteigerung für Baumwolle, die den Plantagenbesitzern jährlich 75 bis 100 Millionen $ mehr einbringen soll (!). — Andererseits wird das Termingeschäft in Zucker, das in New York bisher nicht existiert hat, neu eingeführt; es wird sich an der Kaffeebörse vollziehen.

Finanzierung der Baumwollernte. In derselben Weise wie im vorigen Jahre (vgl. Novemberheft 1913 S. 1124) stellt das Schatzamt den Banken der südlichen und östlichen Staaten größere Beträge zu 2% für Kredite an die Baumwollfarmer zur Verfügung. Im ganzen sind 34 Mill. $ vorgesehen, doch ist das Schatzamt auch zur Hergabe einer größeren Summe bereit (vgl. „Regierungskredite" im Augustheft). Es beabsichtigt ferner, Baumwoll-Lagerscheine als Deckung für die „emergency notes" zuzulassen bzw. die Zulassung beim Kongreß zu beantragen. Große Posten Baumwolle werden in

Digitized by Google

Lagerhäusern aufgespeichert, andere werden unter der Devise „buy a bale!" im Publikum untergebracht. In Texas wird den Versicherungsgesellschaften gestattet, Baumwollwechsel in Höhe ihres Eigenkapitals zu erwerben.

Fusionen. Die Manufacturers' Nat. Bank und die Citizens' Trust Co., beide in Brooklyn, schließen sich zur Manufacturers'—Citizens' Trust Co. (mit 1 Mill. $ Kapital und ca. 13 Mill. $ Depositen) zusammen. — Die Edgewater State Bank, Chicago, übernimmt die (insolvente) Broadway State Bank, ebendort. — Die Commercial Nat. Bank und die American Nat. Bank, beide in Macon, fusionieren unter der Firma der letzteren Bank. — Die People's Savings Bank, die Commercial Bank und die Old Second National Bank, alle in Bay City, schließen sich zusammen; Gesamtkapital 0.5 Mill. $. — Die Traders National Bank, Spokane, geht in die Spokane & Eastern Trust Co. auf, die danach 0,5 Mill. $ Kapital und 8,9 Mill. $ Depositen hat. — Die National Bank of Savannah (0,4 Mill. $ Kapital) und die Oglethorpe Savings & Trust Co., ebendort (0.12 Mill. $ Kapital) fusionieren mit der dortigen Real Estate Bank & Trust Co. (0,3 Mill. $ Kapital). — Es schließen sich ferner zusammen: Die Citizens' Nat. Bank und die Bankers' Nat. Bank in Evansville, die Ohio Valley Bank & Trust Co. und die Planters' State Bank in Henderson, die Savannah Trust Co. und die Chatam Bank in Savannah, die St. Joseph Valley Bank und die First State Bank of Elkhart, die United States Nat. Bank of Pittsburgh mit der Diamond Nat. Bank, ebendort, die Memphis State Bank & Trust Co. mit der People's Savings Bank & Trust Co., Memphis, u. a. m.

Insolvenzen. Nach einer Zusammenstellung von R. G. Dun & Co. sind im dritten Quartal 1914 161 Banken in Konkurs gegangen (i. V. 30). Die Passiva betragen 49.5 Mill. $ (i. V. 2.5 Mill.$). — Der Konkurs der Anfang des Jahres zusammengebrochenen New-Yorker Privatbankfirma Henry Siegel & Co. (vgl. Maiheft S. 491) ist beendet; die Gläubiger haben 15.3% erhalten. — Die Gläubiger der insolventen Spekulationsfirma H. B. Hollins & Co., New York (vgl. Mai- und Augustheft) erhalten 10% in bar und 90% in Anweisungen auf den künftigen Erlös der Aktiva. — Die Gläubiger der insolventen La Salle Street Trust & Savings Bank, Chicago, haben 80 % zu erwarten. — Das Bank- und Währungsamt (comptroller of the currency) stellt den Antrag, die Verwaltung der 1911 zusammengebrochenen Mount Vernon Nat. Bank zum Ersatz der von den Gläubigern eingebüßten 0.4 Mill. $ zu verurteilen; der Präsident ist früher bereits zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. — Die Verwaltungsmitglieder der 1911 zusammengebrochenen Union Nat. Bank of Columbus, Ohio, werden mit einer Ausnahme solidarisch zum Ersatz des den Gläubigern erwachsenen Schadens von 0,3 Mill. $ verurteilt. — Die Broadway State Bank, Chicago, bricht zusammen; die Stadt hat bei ihr ein (gedecktes) Guthaben von 0.1 Mill. $. — Am Tage der Schließung der New-Yorker Börse (31. Juli) stellen die Effektenbankiers Flower & Co. und S. H. P. Pell & Co., New York, sowie J. C. Wilson & Co. (New York, San Francisco und Chicago) ihre Zahlungen ein. Die Privatbankiers Adolf Mandel, Jarmulowski, Max Kohre, Moses Ginsberg, Deutsch Bros., sämtlich in New York, geraten in Zahlungsschwierigkeiten, ebenso eine Reihe von Privatbankiers in Chicago. — Ueber die Bankers' Trust Co., St. Louis, kursieren ungünstige Gerüchte; der Kurs der Aktien geht Ende Juli auf 32 $ (Ende April 190) herunter. Mitte August kommt die Bank unter receivership; das Kapital beträgt 1½ Mill. $. — Kleinere Insolvenzen: State Trust Co. of Little Rock, State Savings Bank of Butte, German American Bank, Chicago, First Nat. Bank of Johnson City, New Citizens' Bank of Pulaski (nach achtzehntägigem Bestehen!), Germantown Avenue Bank, Philadelphia, American Nat. Bank of Pensacola.

Digitized by Google

Bankers' Trust Co., New York. Verteilt 5% = 20% p. a. Quartalsdividende.

Central Trust Co., New York. Verteilt eine Quartalsdividende von 10% = 40% p. a.

Chase National Bank, New York. Verteilt 5% Quartals-Dividende = 20% p. a. Präsident Wiggin steht an der Spitze des Goldsyndikats, das 100 Mill. $ für Exportzwecke frei machen will (vgl. Goldbewegung). Das Verwaltungsmitglied Hepburn warnt vor der Annahme des Morganschen Vorschlags, der das Gold in den Bankreserven durch Banknoten ersetzt wissen will (vgl. National City Bank), weil das alte Greshamsche Gesetz noch immer wirksam sei, d. h. das schlechte Geld das gute aus dem Lande treibe.

Chemical National Bank. Verteilt die übliche Zweimonatsdividende von 2½% = 15% p. a.

Columbia-Knickerbocker Trust Co., New York. Aendert ihre Firma in „Columbia Trust Co." ab. Am 30. Juni betragen die Depositen 57,88 Mill. $ bei 2 Mill. $ Kapital und 7,35 Mill. $ Reserven.

Continental and Commercial Bank, Chicago. Präsident Reynolds protestiert gegen die Bestimmung der Clayton omnibus (anti-trust) bill, daß Bankdirektoren keiner Verwaltung einer anderen Bank mit mehr als 2½ Mill. $ Kapital angehören dürfen. Die Bank bezieht ihr neues Gebäude, das angeblich 12 Mill. $ gekostet hat.

Equitable Trust Co., New York. Verteilt 6% = 24% p. a. Quartalsdividende. G. Le Blanc vom Wechselkontor der Bank gehört dem „Fünfer-Komitee" an (vgl. Geldmarkt- und Banken-Krisis).

First National Bank, New York. Verteilt eine Quartalsdividende von 7% = 28% p. a.

First National Bank, Chicago. Beabsichtigt die Errichtung einer Filiale in Lima (Peru).

Guaranty Trust Co., New York. Vizepräsident May gehört dem Fünfer-Komitee an, das über die Krisis am Wechsel- und Valutenmarkt berät. Meint, die Krisis werde sofort verschwinden, wenn die englischen, französischen und deutschen Käufer amerikanischer Baumwolle und amerikanischen Getreides den Kaufpreis pränumerando (!) bei der Bank von England hinterlegen wollten, so daß die amerikanischen Finanzhäuser Schecks auf diese Guthaben abgeben könnten. Die Bank hat 5 Mill. $ Gold mit der „Kronprinzessin Cecilie" nach Europa gesandt. Da infolge des Kriegsausbruchs das Schiff nach Amerika zurückkehrt, das Gold also nicht zur Zahlungsleistung verwandt werden kann, muß die Bank zu hohem Kurse Kabelauszahlung kaufen; den Schaden (angeblich 20%, da sie für Auszahlung London 6 $ statt 4.9 $ zahlen mußte) klagt sie gegen den Norddeutschen Lloyd ein. Das Gold wird in Ottava zur Verfügung der Bank von England deponiert. Die Bank verteilt die übliche Quartalsdividende von 6% = 24% p. a., läßt aber den gewohnten Bonus von 2% ausfallen.

Hanover National Bank, New York. Verteilt 5% = 20% p. a. Quartalsdividende. Präsident Woodward, zugleich Vorsitzender des New-Yorker Clearinghauses, stellt bei dem letzteren den Antrag auf Ausgabe von Clearinghaus-Zertifikaten (siehe „Notstandsgeld").

Marine National Bank of Buffalo (Kapital 5 Mill. $). Verteilt außer der regulären Jahresdividende von 16% weitere 20% in Aktien der neu von ihr gegründeten Bankers Trust Co. in Buffalo.

Metropolitan Trust Co., New York. Verteilt 6% = 24% p. a. Quartalsdividende.

Digitized by Google

National Bank of Commerce, New York. Verteilt 2% = 8% p. a. Quartalsdividende. Am 30. Juni betrugen die Depositen 155, der Notenumlauf 7,7, das Kapital 25, die Reserven 17,2 Mill. $.

National Bank of Commerce, St. Louis. Verteilt per 1. Oktober eine Quartalsdividende von 1½% = 6% p. a. (bisher regelmäßig 2% = 8% p. a.).

National City Bank, New York. Macht ziemlich ergebnislose Versuche, sich als ein „Ersatz-Clearinghaus" für die Zahlungsabwicklung zwischen Nord- und Südamerika durchzusetzen, nachdem die Errichtung von Filialen in Buenos Aires und Rio de Janeiro die Genehmigung des Bundes-Reserveamts erhalten hat. Präsident Vanderlip nennt die neu ausgegebenen Notstandsnoten (siehe Notstandsgeld) „a true expanding currency". Vizipräsident Gardin gehört dem „Fünfer-Komitee" an (vgl. Geldm.- u. Banken-Krisis); Vizepräsident Eldridge tritt (mit Jacob H. Schiff und anderen) vergeblich dafür ein, daß die Regierung die Noten der Nationalbanken als Depositenreserve zulasse, damit Gold aus der Reserve zu Exportzwecken verfügbar werde (vgl. „Goldbewegung" und Chase National Bank). Die Bank verhandelt mit Norwegen wegen Uebernahme einer kleinen Anleihe.

National Park Bank, New York. Gewährt dem Staat Tennessee einen 6proz. Vorschuß von 1,4 Mill. $, den zu gewähren die anderen New-Yorker Banken ablehnen; erhält dafür vom Schatzamt höhere Regierungsdepositen. Verteilt 4% Quartalsdividende = 16% p. a.

New York Trust Co. Verteilt 8% = 32% p. a. Quartalsdividende.

Title Guaranty & Trust Co., New York. Verteilt eine Quartalsdividende von 5% = 20% p. a.

Union Trust Co., New York. Erklärt die übliche Quartalsdividende von 4% = 16% p. a. Die Depositen betragen am 30. Juni 61,9 Mill. $ bei 8,3 Mill. $ Kapital und Reserven.

Umschau.

KAPITALAUSWANDERUNG UND GOLDKLAUSEL.

Die von den Deutschland-feindlichen Staaten erlassenen und gegen ihre Gegner, das heißt Deutschland und Oesterreich, gerichteten Zahlungsverbote und Vermögens-Sequestrationen haben bei uns nicht ausschließlich Verdruß verursacht. Soweit von diesen Gewaltmaßnahmen deutsche Kapitalisten betroffen worden sind, die ihr Geld ohne jede zwingende Veranlassung in England angelegt haben, begegnen ihre Klagen vielmehr kühlem Achselzucken, wenn nicht gar unverhohlener Genugtuung. Man hat die zunehmende Neigung des deutschen Großkapitals zur Auswanderung seit Jahren mit Unwillen beobachtet und sieht in den Verlegenheiten, die ihm jetzt aus seiner Vaterlandsflucht erwachsen, nur eine gerechte Strafe und eine Lehre für die Zukunft. Die Uebertragung von Effektenbeständen und Barguthaben nach dem Auslande, insbesondere nach England, Belgien und der Schweiz, sowie die Gründung von Vermögensverwaltungen in Aktienform nach ausländischem Recht hat in Deutschland um so mehr verstimmt, als der Zweck der Auswanderung meist kein ganz einwandfreier gewesen ist. Wenigstens mußte man aus der Tatsache, daß die Landesflucht des Kapitals immer gerade dann in größerem Maßstabe einsetzte, wenn eine Erhöhung der direkten Steuern unmittelbar bevorstand, auf den Wunsch der Besitzer schließen, Teile ihres Vermögens und ihres Einkommens der Kontrolle und dem steuerlichen Zugriff zu entziehen. Dieselbe Erscheinung ist übrigens auch in Frankreich anzutreffen, wo sie seit dem Auftauchen der Caillauxschen Steuerprojekte eine ständige

Digitized by Google

Rubrik in den Tageszeitungen bildet. Man hat dort versucht, den Gesamtbetrag der in den letzten Jahren im Auslande „versteckten" französischen Kapitalien zu ermitteln, was aber seine großen Schwierigkeiten hat. Die Schätzungen weichen denn auch erheblich voneinander ab und schwanken zwischen 2½ und 5 Milliarden Francs. Nun ist es allerdings richtig, daß die schlauen deutschen Großkapitalisten, die einen Teil ihres Vermögens nach England übertragen haben augenblicklich in keiner angenehmen Lage sind. Sowohl die Kapitalien wie die Einkommen daraus sind auf unbestimmte Zeit ihrer Verfügung entzogen. Nichtsdestoweniger liegt ein Grund zur Schadenfreude eigentlich nicht vor. Denn es ist ausgeschlossen, daß die fremden Kapitalien von der englischen Regierung angetastet werden. Auch soweit sie als feindliches Vermögen erkennbar sind, werden sie als Privateigentum respektiert. Selbst für den naheliegenden Fall einer deutschen Invasion ist nichts für sie zu fürchten. Denn ganz wie es in Frankreich geschehen ist, würden die Gelder und Effektenbestände der Banken auch in England rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden — obwohl eine solche Vorsicht gegenüber dem streng rechtlichen Vorgehen Deutschlands gar nicht nötig wäre. Die steuerscheuen Kapitalisten, die so geschickt die Freizügigkeit des mobilen Kapitals für sich ausgenutzt haben, können also mit Bestimmtheit darauf rechnen, nach Beendigung des Kriegs wieder die freie Verfügung über ihr ganzes und ungeschmälertes Auslandsvermögen zu erhalten. Ja noch mehr. Sie haben die Gewißheit, daß die Forderungen, die sie gegen englische Unternehmungen haben, ihnen zu ihrem vollen Goldwert erhalten bleiben, und daß die Zinsen, die ihrem Guthaben zuwachsen, ebenfalls keine Verkürzung durch die Schwankungen des Geldwerts erleiden. Das ist eine Gewißheit, die nicht jeder Besitzer einer in Deutschland fälligen Forderung hat. Denn der deutsche Bundesrat hat am 28. September eine Verordnung erlassen, in der bestimmt wird, daß alle vor dem 31. Juli 1914 getroffenen Vereinbarungen, nach denen eine Zahlung in Gold zu erfolgen hat, bis auf weiteres nicht verbindlich sind. Damit ist die sogenannte Goldklausel, mit der sich besonders vorsichtige Gläubiger gegen ein etwaiges Sinken der Markwährung unter ihr gesetzliches Gold-Aequivalent zu schützen geglaubt haben, außer Kraft gesetzt. Die Gläubiger müssen sich also mit deutschem Währungsgelde zufrieden geben, gleichviel, wie es um sein Verhältnis zum Golde steht. Die Verordnung ist erlassen worden, weil die eigenartige Lage, in die Deutschland bei und nach Kriegsausbruch gekommen ist, seine Zahlungsbilanz ungünstig beeinflußt und die Weltgeltung der Markwährung etwas vermindert hat. Der Bundesrat wollte verhindern, daß eigennützige Gläubiger aus dieser Sachlage Nutzen zögen und sich, da seit Einstellung der Goldzahlung bei der Reichsbank Gold im Inland schwer erhältlich ist, ein Aufgeld auf die Schuldsumme zahlen ließen. Die Verordnung ist also guten Motiven entsprungen, hat aber zwei bedauerliche Wirkungen. Erstens schafft sie einen Präzedenzfall, der den deutschen Interessen sehr abträglich werden kann. Sie kann nämlich Ländern, deren Währung eine starke Minderung ihrer Weltgeltung erfahren hat, z. B. Rußland, als Legitimation dienen, sobald diese Länder Deutschland gegenüber von ihrem vermeintlichen Rechte Gebrauch machen wollen, alle ihre Schulden in entwerteter Landesmünze statt in Gold zu zahlen. Auf den Coupons vieler russischer Anleihen ist der Zinsbetrag außer in Landeswährung auch in Mark, Francs und Pfund Sterling angegeben. Das bedeutet die Zusage, auf Wunsch des Inhabers den Coupon in Weltgeld einzulösen, ist also nichts anderes als eine Goldklausel. Es würde als ein Treubruch angesehen werden müssen, wenn die Länder diese Klausel vorübergehend oder dauernd außer Kraft setzen wollten. Nun darf freilich Deutschland mit Fug und Recht eine andere Stellung zur Goldklausel einnehmen als jene Schuldnerländer, denn Deutschland hat so gut wie gar keine öffentlichen Verpflichtungen gegen das Ausland. Aber

Digitized by Google

es wäre nichtsdestoweniger gut, wenn alles unterlassen würde, was von einem böswilligen Schuldner als Beispiel und Beschönigung seines eigenen vertragswidrigen Verhaltens mißdeutet werden könnte. Eine weitere bedauerliche Wirkung der Außerkraftsetzung der Goldklausel ist, daß sie geradezu eine Prämie auf das landesfeindliche Gebaren der deutschen Vermögensexporteure setzt. Wer sein Geld aus Steuerscheu nach England übertragen hat, ist des Goldwerts seiner Forderung und seiner Zinsen sicher; derjenige, der sein Geld mit Goldklausel in Deutschland angelegt hat, ist es nicht. Jener kann sich etwas auf seine besondere Umsichtigkeit zugute tun, die ihn veranlaßt hat, das Land der größten Geld-Wertbeständigkeit aufzusuchen. Vermutlich hätte die Unannehmlichkeit der zeitweiligen Beschränkung in der Verwaltung seines Vermögens, der er jetzt in England ausgesetzt ist, ihn gelehrt, die Vorteile einer Kapitalanlage im Heimatlande mehr als bisher zu schätzen. Aber dieser erfreulichen Folge, die das rigorose Vorgehen Englands gegen seine Auslandsgläubiger eigentlich haben müßte, wirkt ein Eingriff in die Vertragsfreiheit, wie ihn die Annullierung der Goldklausel bedeutet, ohne Frage erheblich entgegen. Deshalb hätte es im nationalen Interesse gelegen, wenn der Bundesrat den berechtigten Zweck seiner Verordnung, nämlich die Schonung des an eine Goldklausel gebundenen Schuldners, auf eine andere Weise erreicht hätte, als durch das Auffahren des schweren Geschützes einer generellen Außerkraftsetzung. Statt die Unwirksamkeit der Goldklausel zum zwingenden Recht zu machen, hätte es vollkommen genügt, die Unwirksamkeit von gewissen Voraussetzungen (Schädigung erheblicher Interessen, Verstoß gegen die guten Sitten u. dgl.) abhängig zu machen. Die Entscheidung darüber, wann die Abrede der Goldzahlung als unbillig oder als berechtigt anzusehen sei, hätte dem Ermessen des Richters überlassen werden können. Auf diese Weise wäre ein bedenkliches Präjudiz vermieden und der Vorliebe des Großkapitalisten für das Ausland kein neuer Anreiz gegeben worden.

DIE AUFSPEICHERUNGSPOLITIK DER AKTIENGESELLSCHAFTEN.

Nach dem deutschen Aktienrecht hat der Aktionär Anspruch auf Auszahlung des nach Vornahme der gebotenen Abschreibungen und Rückstellungen erzielten Reingewinns. Er kann (wie dies u. a. auch von Staub mit aller Schärfe betont wird) die Auszahlung seines Gewinnanteils auch dann verlangen, wenn nach Beendigung des mit einem Reingewinn abschließenden Geschäftsjahres Verhältnisse eingetreten sind, durch welche die Aussichten seiner Gesellschaft wesentlich verschlechtert erscheinen. Der Dividendenanspruch kann nicht einmal durch Generalversammlungsbeschluß ungültig gemacht werden, es sei denn, daß die Gesellschafts-Satzung die Auszahlung der Dividende ausdrücklich von einem solchen Beschluß abhängig macht. Die aktienrechtlichen Vorschriften mögen in diesem Punkt unzweckmäßig sein und unter Umständen zu Schädigungen führen können, aber sie bestehen nun einmal. Deshalb muß es von den Aktionären als ein Unrecht empfunden werden, wenn jetzt zahlreiche deutsche Aktiengesellschaften den Krieg zum Anlaß nehmen, den im vorangegangenen Geschäftsjahr erzielten und die Auszahlung einer Dividende zulassenden Reingewinn zurückzuhalten, oder nur einen Teil davon auszuschütten. In ganz besonderem Maße müssen diejenigen Fälle die Kritik herausfordern, in denen die betreffenden Gesellschaften hohe, das Dividendenerfordernis weit übersteigende Bankguthaben besitzen, da hier der Verdacht nahe liegt, daß der Krieg nur zum Vorwand dient, den in der Verwaltung ausschlaggebenden Instituten das Guthaben der Aktionäre zu belassen. Da die deutschen Aktiengesellschaften fast ausnahmslos in ihren Statuten eine Bestimmung haben, die — in Verbindung mit den bekannten Gepflogenheiten bei Beschaffung von Generalversammlungsmehrheiten — das gesetzliche Klagerecht der Aktionäre auf Herauszahlung verteilbarer Gewinne praktisch ausschließt, so müssen die Aktionäre wohl oder

Digitized by Google

übel die Dividendenpolitik ihrer Verwaltungen gutheißen. Vielleicht bildet es in dieser Lage einen Trost für sie, zu erfahren, daß die einschlägigen Verhältnisse in England in gewisser Hinsicht noch krasser liegen. Dort haben seit Kriegsausbruch zahlreiche Eisenbahnen, die in England bekanntlich durchweg als private Aktiengesellschaften betrieben werden, die Auszahlung der Dividenden eingestellt; einige schottische Bahnen haben sogar die garantierten Vorzugsdividenden unbezahlt gelassen. Berücksichtigt man, daß die englischen Bahnaktien mit ihren gleichbleibenden Erträgnissen einen rentenähnlichen Charakter, soweit die Vorzugsaktien in Betracht kommen, sogar einen reinen Rentencharakter haben, so muß die Vorenthaltung solcher Dividenden als eine noch viel größere Ungerechtigkeit empfunden werden, als die Nichtauszahlung der Dividenden auf deutsche Industriepapiere, deren mehr oder weniger spekulativer Charakter den Besitzern doch im allgemeinen bekannt ist. In den Erörterungen, welche die Einbehaltung verteilbarer Gewinne in der deutschen Handelspresse hervorgerufen hat, ist besonders häufig der Gedanke wiedergekehrt, daß es volkswirtschaftlich unerwünscht sei, die Konsumfähigkeit der Kapitalisten durch unnötige Beschränkung ihrer Einnahmen zu schwächen. Es sei vielmehr heute von höchstem Allgemeininteresse, die Dividenden, selbstverständlich unter Beobachtung aller gebotenen Vorsicht, möglichst reichlich zu bemessen, damit auch auf diesem Wege das Wirtschaftsleben eine Anregung erhalte. Diese Argumentation beruht auf einem Trugschluß. Die den Aktionären vorenthaltenen Summen werden dem Verkehr ja nicht entzogen; sie betätigen sich nur an anderen Stellen des Wirtschaftslebens. Zwar wird der auf schmalere Kost gesetzte Kapitalist vielleicht genötigt sein, sein Dienstpersonal zu verringern oder seinen Theaterbesuch einzuschränken, also in seiner näheren Umgebung die Arbeitslosigkeit fördern. Dafür bewirkt an einer anderen Stelle des Wirtschaftslebens die Aufspeicherungspolitik der Aktiengesellschaften eine Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Werden den großen Zentralstellen unseres Wirtschaftslebens, den Banken, große Beträge für Dividendenzwecke entzogen, so müssen sie ihrerseits ihren Kreditverkehr einschränken, und das würde vielfach zur Folge haben, daß auf Bankkredit angewiesene Großbetriebe Arbeiter auf die Straße setzen müßten. Die bei den Banken belassenen Guthaben der Aktiengesellschaften liegen ja nicht müßig, sondern gelangen auf dem Wege des Kredits wieder in die Produktion. Wie man sieht, ist die Beurteilung der Frage unter dem populären Gesichtspunkt der Wirtschaftsbefruchtung ziemlich oberflächlich. Aber es ist auch gar nicht nötig, die klare Sachlage durch Hineintragung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte zu komplizieren. Selbstverständlich braucht der Aktionär nicht zu dulden, daß andere Leute auf seinem Rücken ihr Interesse für die Volkswirtschaft betätigen. Mit derselben Logik könnte man auch von dem großen Heer der Angestellten verlangen, daß es im Interesse der Volkswirtschaft auf einen Teil seiner Gehälter verzichte. Der Aktionär hat das Recht, s e l b s t zu entscheiden, welche Verwendung die Gewinne, die sich aus seinem bei den Aktiengesellschaften arbeitenden Kapital ergeben, finden sollen. Es muß ihm überlassen bleiben, ob er daraus eine Stiftung für das Rote Kreuz machen, oder seine Lebenshaltung aufbessern, oder irgendwelche Luxusbedürfnisse befriedigen will. Indem die Verwaltungen der Aktiengesellschaften die Dividenden den Empfangsberechtigten vorenthalten, ohne daß es das geschäftliche Interesse erheischt, maßen sie sich einen Eingriff in die Vermögensdisposition dritter Personen an, die ihnen weder aus wirtschaftlichen noch aus rechtlichen Gründen zukommt.

ZUR AUFHEBUNG DER NOTENSTEUER.

Unmittelbar nach Erlaß der Kriegs-Ausnahmegesetze ist an dieser Stelle (Augustheft S. 810) darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Gesetz, das für die Dauer des Kriegs die Paragraphen 9 und 10

Digitized by Google

des Bankgesetzes außer Kraft hat treten lassen, eine ungerechtfertigte Bereicherung der Reichsbank-Aktionäre zur Folge habe. Die genannten Paragraphen enthalten die Vorschrift, daß die Reichsbank von ihrem über 550 Mill. M., an den Quartalsterminen über 750 Mill. Mark hinausgehenden ungedeckten Notenumlauf eine Steuer von 5 % an das Reich zu entrichten habe. Wenn diese Steuer für die Dauer des Kriegs in Fortfall kommt, so bedeutet das angesichts der starken Steigerung, die der ungedeckte Notenumlauf der Reichsbank erfahren hat, für die Aktionäre mindestens eine Verdoppelung ihres Anteils am Reingewinn der Bank und ihrer Dividende. Daß ein derartiger Gewinnzuwachs in einer Zeit, wie der heutigen, noch dazu auf Kosten des Reichs, keine innere Berechtigung hat, liegt auf der Hand. Die Reichsbank hat sich daher, wie jetzt verlautet, entschlossen, einen erheblichen Teil des Mehrgewinns zur Vornahme von Abschreibungen und Rückstellungen auf ihre Wechselbestände zu verwenden, da anzunehmen ist, daß von den unmittelbar nach Kriegsausbruch diskontierten Wechseln ein höherer Prozentsatz notleidend werden wird, als in normalen Zeiten. Diese Absicht ist durchaus zu billigen. Der Verzicht des Reichs auf die Notensteuer führt auf diese Weise nicht zu einer ungerechtfertigten Bereicherung der Aktionäre, sondern macht den Schaden gut, der dem Institut aus seiner gesteigerten Hilfsbereitschaft erwächst. Indem das Reich so die Verluste deckt, welche die Reichsbank auf sich nimmt, um Handel und Verkehr über die erste schwere Kriegszeit hinwegzuhelfen, handelt es genau wie die englische Regierung, die der Bank von England gegenüber die Garantie für alle Verluste übernommen hat, die der Bank aus der Diskontierung der sog. „Prämoratoriums-Wechsel" erwachsen. Der Unterschied ist nur, daß in England die Garantie sich genau mit der Summe der unbezahlt bleibenden Wechsel deckt, während die deutsche Reichsgarantie sich nicht nach der Qualität des Wechselmaterials richtet, sondern einen festen Betrag ausmacht, der genau so hoch ist, wie die in Fortfall gekommene Notensteuer.

DAS GOLD IN DIE REICHSBANK!

Unter dieser Devise wird allenthalben in Deutschland mit Wort und Tat dahin gewirkt, daß das in den Taschen und Truhen zahlreicher Einzelwirtschaften aufgespeicherte Gold dahin übertragen werde, wo es nützliche volkswirtschaftliche Arbeit verrichten kann. Namentlich in den ländlichen Bezirken sucht man mit allen Mitteln der Ueberredung und des persönlichen Einflusses das Hartgeld durch Scheine zu ersetzen; und die ständige Zunahme des Goldbestandes der Reichsbank zeigt, daß die Neigung des Bauern, zur Urväterzitte des Sparstrumpfs zurückzukehren, mit Erfolg bekämpft worden ist. Angesichts dieser tatkräftigen Werbetätigkeit zugunsten der Goldkonzentration hat die „Köln. Volks-Ztg." jetzt die Erinnerung daran aufgefrischt, wie man es im Herbst 1907 in Amerika verstanden haben soll, das Gold in seinen Verstecken aufzustöbern und zu den Banken zu treiben. Damals war das Gold infolge der Krisis urplötzlich aus dem Verkehr verschwunden, und die Barreserven der Banken sanken unter das gesetzlich vorgeschriebene Minimum. Da kam Morgan auf einen echt amerikanischen Einfall. Er sorgte dafür, daß Tag für Tag in allen Zeitungen kleine Notizen über Einbruchsdiebstähle erschienen, und dem Publikum auf diese Weise suggeriert wurde, die Aufspeicherung großer Gold- und Silberbestände im Hause des Eigentümers sei eine außerordentlich gefährliche Sache. Durch diese täglich in anderer Form wiederkehrenden Zeitungsnotizen wurde das Publikum in der Tat dermaßen verängstigt, daß es sein Bargeld schleunigst wieder zu den Banken schaffte. Si non e vero . . . Eine andere Methode der Goldsammlung, die den doppelten Vorzug hat, verbürgt und gleichzeitig etwas weniger smart zu sein, ist von einer Reihe deutscher, namentlich sächsischer Zeitungen angewendet worden. Die Verleger dieser Zeitungen haben sich zur Entgegennahme von

Digitized by Google

Gold gegen Scheine bereit erklärt und zugleich Prämien für die Einreicher jeder tausendsten, zehntausendsten und hunderttausendsten Mark ausgesetzt. Diese Spekulation auf die menschliche Gewinnsucht soll namentlich in Dörfern und kleinen Landstädten wahre Wunder gewirkt und viel Gold in die Reichsbank hineingezaubert haben.

Aus den Statistischen Aemtern.

KOMMUNALE VERSCHULDUNG

Ueber die Verschuldung der Gemeinden und ihre Steigerungstendenz ist an dieser Stelle mehrfach berichtet worden, u. a. S. 1059, Jahrgang 1912, mit Bezug auf die preußischen Städte und großen Landgemeinden. Die Zeitschrift des Königl. Sächs. Statistischen Landesamtes enthält jetzt eine Verschuldungsstatistik für die größeren und mittleren sächsischen Gemeinden, die das preußische Material nach verschiedenen Richtungen hin ergänzt. Die Gesamtziffern der berücksichtigten Gemeinden lauten:

Ende 1905 450,7½ Millionen M. Schulden aller Art
„ 1910 664,4 „ „ „ „ „

was eine Steigerung um 47,43 % bedeutet, gegenüber 53,15 % in der gleichen Zeit in Preußen. Der Unterschied ist somit nicht bedeutend, und man darf daraus wohl auf eine gewisse Aehnlichkeit auch der übrigen Verhältnisse schließen. Eine ziemlich wichtige Frage, die nach der Fälligkeit der Schulden, findet in Sachsen folgende Beantwortung: Von der Gesamtsumme müssen getilgt sein

in den Jahren	1911	bis 1920	11,2	Millionen M.	= 1,69 %
„ „ „	1921	„ 1930	47,7	„ „	= 7,18 %
„ „ „	1931	„ 1940	62,3	„ „	= 9,38 %
„ „ „	1941	„ 1945	83,8	„ „	= 12,61 %
„ „ „	1946	„ 1950	165,1	„ „	= 24,85 %
„ „ „	nach 1950		256,4	„ „	= 38,59 %
untilgbar			37,9	„ „	= 5,7 %

In den 30 Jahren bis 1945 ist mithin noch nicht ein Drittel der Schulden rückzahlbar, das heißt, die jetzt lebende Generation überläßt die Deckung ihrer Schulden zu über zwei Dritteln ihren Nachkommen. Interessant (aber nicht ohne weiteres auf die anders gearteten Verhältnisse außerhalb Sachsens übertragbar) ist auch eine Zusammenstellung der verschiedenen Gläubiger. Vom Gesamtbetrage waren nämlich aufgenommen:

	insgesamt	Von den Gemeinden mit . . . . Einwohnern				
		unter 5000	5000—10000	10000—20000	20000—50000	über 50000
als Schuldverschreib.	71,17	1,64	5,21	21,56	40,18	91,69
b. Landw. Credit-Ver.	10,22	46,23	43,35	30,48	17.40	1,36
b. d. Land.-Vers.-Anst.	6,56	24,78	27,18	22,60	14,08	0,41
„ Lndst. Bk. d. Oberlaus.	2,20	10,06	6,47	3,45	12,48	0,15
„ Komm'bk. f. d. Kgr. S.	1,72	3,43	2,74	3,10	5,14	0,99
„ Knappschaftkasse .	1,21	0,59	2,58	6,67	3,35	0,12
„ and. Gem.-Spark. .	1,11	7,76	4,28	5,45	0,37	0,02
„ eig. Sparkasse . .	0,32	1,48	1,12	1,88	0,15	0,00
sonst	5,49	4,03	7,07	4,81	6,85	5,26

Der Bearbeiter bemerkt dazu, daß bei den großen Gemeinden die Inhaber-Schuldverschreibungen noch stärker vorwögen, als diese Zusammenstellung zeige, da von den nicht fundierten Darlehen der großen Gemeinden der größte Teil aus Schulden einverleibter Vororte bestehe, der, wenn die Vororte noch selbständig wären, in die Darlehen der kleineren Gemeindeklassen fallen würde. Bemerkenswert ist die große Rolle, die der Landwirtschaftliche Creditverein in Dresden und die Landesversicherungsanstalt für die kommunale Geldbeschaffung spielen.

Digitized by Google

DIVIDENDENPOLITIK DER AKTIENBANKEN

Das Kaiserlich Statistische Amt hat jetzt seine Statistik über die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1912/13 veröffentlicht. Als die entsprechende Statistik im vorigen Jahre erschien, wurden ihr an dieser Stelle (Jahrgang 1913, S. 915) einige Ziffern entnommen, welche für die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften im allgemeinen kennzeichnend waren. Für die Aktienbanken allein sieht das Bild folgendermaßen aus:

	Div.-berecht. Akt.-Kap. Mill. M.	Jahreserträgnis absolut Mill. M.	in % des Akt.-Kap.	in % des A.-K. + Reserv.	Dividendensumme absolut Mill. M.	% des Akt.-Kap.	% des Jahreserträgn.
1907/08	3596,9	344,1	9,65	7,73	274,1	7,68	79,65
1908/09	3651,8	339,4	9,40	7,47	276,5	7,65	81,46
1909/10	3723,7	350,7	9,67	7,62	285,5	7,87	81,40
1910/11	3815,4	365,0	9,71	7,60	297,6	7,91	81,54
1911/12	3976,0	376,3	9,68	7,53	310,1	7,98	82,40
1912/13	4084,8	385,3	9,56	7,42	319.9	7,93	83,02

Die Neigung der Aktiengesellschaften, einen immer größeren Teil des Jahreserträgnisses zur Ausschüttung zu bringen, auf die seinerzeit an dieser Stelle hingewiesen worden ist, wird somit auch von den Aktienbanken geteilt. Sie haben allerdings von 1907/08 zu 1908/09 die Steigerung dieses Verhältnisses bei der Gesamtheit der Aktiengesellschaften (von 79,89 auf 86,11 %, also um ca. 6¼ %) nicht in diesem Umfange mitgemacht, sind dafür aber auch dem Rückgang des Dividendenanteils (auf 81,07 %) im Jahre 1909/10 so gut wie gar nicht gefolgt. Am bemerkenswertesten ist es jedoch, daß diese Verhältniszahl bei allen Gesellschaften von 1911/12 zu 1912/13 (von 83,03 auf 80,41 %) um mehr als 2½ % gefallen, bei den Banken dagegen noch um fast ⅔ % weitergestiegen ist. Die Banken haben im letzten statistisch erfaßten Jahre zum ersten Male einen ganz wesentlich größeren Teil ihres Jahresgewinnes ausgeschüttet als die Gesamtheit der Aktiengesellschaften. — Auf den übrigen Inhalt der Statistik wird noch zurückzukommen sein.

SPARKASSEN-STATISTIK

Mit allem Nachdruck muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß in Deutschland die Sparkassen einen ganz anderen Charakter tragen als in den meisten anderen Ländern. Während im allgemeinen diese Kassen dazu dienen, Ersparnisse in kleinen und kleinsten Beträgen aufzusammeln, die dann, wenn sie bestimmte Summen überschritten haben, (oft automatisch) in Staatsanleihen oder dergleichen umgewandelt werden, ist in Deutschland ein gesetzlicher Höchstbetrag nicht vorgesehen. Das hat zur Folge, daß den Sparkassen Kapitalien belassen werden, die normalerweise entweder in Anleihen u. dgl. Anlage suchen sollten, oder die ihrem Wesen nach zur Bank gehören. Diese Pseudo-Spargelder sind in beträchtlichem Maße für das rapide Wachstum der Guthaben bei den deutschen Sparkassen verantwortlich zu machen, denn die Anzahl der Groß-Guthaben wächst rascher als die Gesamtzahl. Das zeigt deutlich eine Zusammenstellung in der alljährlichen Sparkassenstatistik, welche jetzt wieder in der Zeitschrift des Königl. Preuß. Statist. Landesamtes veröffentlicht wird. Die Ziffern beziehen sich zwar nur auf Preußen, stellen jedoch auch die Allgemeintendenz zweifellos zutreffend dar. Von den überhaupt bestehenden Sparkassenbüchern entfielen nämlich (in Prozenten):

auf die Bücher mit	1901	1903	1905	1907	1909	1911	1912
bis zu 60 M.	27,97	27,91	27,65	28,05	29,68	29,43	30,19
60— 150 „	15,05	14,59	14,31	14,15	13,68	13,33	13,11
150— 600 „	28,73	28,02	27,59	26,57	26,30	25,48	24,92
600— 3 000 „	24,08	24,78	25,32	25,26	25,47	25,31	25,07
3 000—10 000 „	3,72	4,17	4,56	4,76	5,16	5,63	5,82
über 10 000 „	0,45	0,52	0,58	0,61	0,71	0,82	0,88

Digitized by Google

Die absolute Ziffer der Sparkassenbücher ist in der gleichen Zeit von 9 031 900 auf 13 819 830 gestiegen. Das Wachstum gerade der großen Guthabenklassen ist aus obigen Ziffern bereits klar genug zu erkennen, wird aber in seinem Einfluß auf den gesamten Einlagebestand noch deutlicher erkennbar, wenn man die Bewegung der kleinsten Gruppe (bis zu 60 M.) genauer betrachtet. Dann zeigt sich nämlich, daß das Anwachsen der großen Klassen in den ersten Jahren der Beobachtungszeit so groß war, daß es sogar den relativen Anteil dieser allerkleinsten Guthaben sinken ließ. Dann setzt die Zeit der Ausbreitung der Heimsparkassen, Sparmarken usw. dieser Senkung ein Ziel und läßt den Anteil wenigstens der untersten Klasse wieder anwachsen, während der relative Rückgang bei den angrenzenden Klassen andauert. Um so stärker nimmt der Anteil der Sparbücher mit über 3000 M. Einlagestand zu, so daß (nach einer anderen Zusammenstellung) in den letzten zehn Jahren sich die Anzahl der Bücher mit

bis 60 M.	um 58,97 %	von 600— 3 000 M.	um 50,66 %
von 60—150 „	„ 31,56 „	von 3 000 - 10 000 „	„ 117,53 „
von 150—300 „	„ 27,98 „	über 10 000 „	„ 168,68 „
von 300—600 „	„ 31,15 „		

vermehrt hat. Da in allen diesen Ziffern nur die Bücherzahl, nicht aber der Einlagestand berücksichtigt worden ist, so erscheint das Wachstum der großen Guthaben noch nicht einmal so groß wie ein Vergleich der Summen es ergeben würde, und wie es tatsächlich der Fall ist.

KONKURS UND GESELLSCHAFTSFORM

Bei Erörterung der Konkursstatistik ist in diesen Heften mehrfach auf die steigende Bedeutung der allerschwersten Zusammenbrüche, also vor allem der Fälle hingewiesen worden, in denen die Eröffnung des Konkurses mangels Masse abgelehnt wird. Das letzte Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches, das die amtliche Konkursstatistik für 1913 enthält, bringt zu dieser Frage recht interessantes Material. Die Statistik teilt nämlich wiederum die neuen Konkurse, auch die mangels Masse abgelehnten, nach Schuldnergruppen, was das folgende Bild ergibt:

	neue Konkurse 1913	neue Konkurse 1912	davon mangels Masse abgelehnt 1913	davon mangels Masse abgelehnt 1912
Personen	7 200	6 943	1 326	1 273
Nachlässe	2 268	2 223	1 140	1 147
Einzelfirmen . .	1 969	1 698	107	116
Handelges . . .	1 240	1 134	398	340
Komm.-Ges . . .	43	34	7	4
Akt.-Ges.	46	35	15	7
G. m. b. H. . . .	674	629	311	280
Gewerkschaften .	11	11	2	2
eing Genossensch.	62	74	1	1
andere Schuldner .	17	22	9	8
Zusammen .	*12 756*	*12 094*	*298*	*2 885*

Eine unverhältnismäßig große Anzahl abgelehnter Konkurse weisen nach dieser Tabelle die Nachlässe auf, was wahrscheinlich das Verhältnis bei Einzelfirmen und vornehmlich bei Einzelpersonen günstiger erscheinen läßt, als es tatsächlich ist; weitere Schlüsse werden sich gerade aus dieser Ziffer nicht ziehen lassen. Bemerkenswert schlecht stellen sich auch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung dar, bei welchen fast die Hälfte der Konkursanmeldungen mangels Masse zurückgewiesen werden muß. Das hängt wohl damit zusammen, daß der G. m. b. H., ganz wie der Aktiengesellschaft, neben dem Mittel der außergerichtlichen Einigung, das ja allgemeine Anwendung findet, noch besondere Mittel (Zusammenlegung, Zuzahlung usw.) zur Ver-

Digitized by Google

fügung stehen, die den Ausbruch des Konkurses hintanhalten. Infolgedessen kommt es hier sehr oft erst dann zum Konkurse, wenn nicht ein Pfennig mehr in der Masse liegt. Um so bemerkenswerter ist es freilich, daß die absolute Zahl der Konkurse bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung trotzdem so überaus hoch ist.

BAU-GENOSSENSCHAFTEN

Unter den modernen Genossenschaften spielt die Baugenossenschaft eine besondere Rolle insofern, als man sich von ihr in wesentlich höherem Maße als bei den anderen Genossenschaftsarten Wirkungen verspricht, die über das rein genossenschaftliche Moment hinausgehen. Abgesehen von der Zusammenfassung der Kräfte, welche die Erreichung von Zielen gestattet, die der Finanzkraft des Einzelnen unerreichbar bleiben, sollen sie soziale Zwecke fördern helfen. Unzweifelhaft haben die Baugenossenschaften auch meist die Wirkung gehabt, den Beteiligten bessere Wohnungen, als sie ihnen sonst zugänglich gewesen wären, zu billigerem Preise zu verschaffen. Eine Zusammenstellung des bisherigen Wirkens der Baugenossenschaften, die das Preußische Statistische Landesamt in seiner Korrespondenz veröffentlicht, kann deshalb auf allgemeines Interesse rechnen. Leider sind die Ziffern nicht nach Stadt und Land, sondern nur nach Ortsgrößen-Klassen geschieden. Die Ziffern lauten (per Ende 1910):

Gemeinden	Zahl	Mitglieder	fertiggestellte Häuser	fertiggestellte Wohnungen	Herstellungspreis M.	fremde Gelder M.
bis 2 000 Einw.	23	1 299	285	601	2 936 549	2 811 384
2 000— 3 000 „	17	1 400	388	572	2 563 360	2 332 735
3 000— 5 000 „	51	4 140	609	1 541	6 551 152	5 707 550
5 000— 10 000 „	104	12 155	1 826	4 949	23 256 082	20 471 144
10 000— 15 000 „	59	8 531	1 252	4 292	18 560 785	15 722 953
15 000— 20 000 „	23	3 369	467	1 743	7 766 445	6 499 489
20 000— 30 000 „	55	11 440	1 059	5 331	26 603 968	24 669 997
30 000— 40 000 „	35	7 968	566	3 530	16 425 849	14 425 380
40 000— 50 000 „	4	1 401	47	334	2 511 939	2 388 214
50 000— 75 000 „	28	7 415	680	3 168	18 068 170	16 865 834
75 000—100 000 „	8	2 401	183	1 017	6 659 310	6 106 984
100 000—200 000 „	39	18 887	1 848	7 853	46 376 111	42 563 359
200 000—300 000 „	26	18 859	939	7 734	48 335 550	45 681 436
300 000—400 000 „	3	2 920	74	535	4 890 036	4 889 920
400 000—500 000 „	5	2 112	98	676	4 596 901	4 686 549
über 500 000 „	14	23 080	357	7 210	68 404 071	63 889 388
Summe . . .	*494*	*127 377*	*10 678*	*51 086*	*304 506 278*	*279 712 316*

Den 10 678 bis Ende 1910 fertiggestellten Häusern von Baugenossenschaften standen bei der Gebäudesteuer-Revision des gleichen Jahres an vorhandenen und veranlagten Gebäuden gegenüber:

in den Städten insgesamt 2 097 539
auf dem Lande „ 3 514 485

Der Anteil der Genossenschaften am Hausbesitz ist somit noch sehr gering, und es ist der ganzen Lage der Sache nach auch nicht anzunehmen, daß er sich in kürzerer Zeit wesentlich vergrößern wird. Eine andere recht interessante Ziffer ist die der in Anspruch genommenen fremden Gelder. Sie erreicht zwar nicht die Summe der Gebäudewerte, bleibt aber insgesamt nur um 24,8 Mill. M. hinter ihr zurück. Im ganzen sind also nur etwas über 8 % des Gebäudewertes durch eigene Mittel aufgebracht worden.

Digitized by Google

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

Betrieb-Wissenschaft. Von Rudolf Dietrich. München und Leipzig 1914. Verlag von Duncker & Humblot. (Preis 2) M.) — Aus dem Inhalt: Standort der Betrieb-Wissenschaft. — Betrieb-Wissenschaft und „Privatwirtschaft-Lehre". — Zum Wesen und Rechte der Ethik. — Wesen und Arten der Betriebe. — Bau und Gliederung der Betriebskörper. — Innenleben der Betriebe: Arbeit. — Betriebs-Ethik (volkswirtschaftlicher Außendienst unter ethischen Gesichtspunkten; ethisch bestimmte Arbeit im Innern usw.).

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 12. Jahrgang 1914. Herausgegeben von Heinrich Kaufmann. 2 Bände. Hamburg 5, Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. (10 M.) — Aus dem Inhalt: Material zur Frage des Warenbezuges der Konsumgenossenschaften von landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften. — Wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften. — Die Besteuerung der Konsumvereine. — Die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände. — Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. — Der Zentralverband deutscher Konsumvereine. — Bericht über die Entwicklung der einzelnen Revisionsverbände nebst den Statistiken über die Geschäftsergebnisse der angeschlossenen Genossenschaften, die Tätigkeit von Einkaufsvereinigungen und die Verhandlungen der Verbandstage.

Die Rüstungsausgaben des Deutschen Reichs. Von M. Erzberger, M. d. R. Stuttgart 1914. Verlag von Ferd. Enke. (3 M.) — Aus dem Inhalt: Die Gesamtausgaben des Reichs. — Die Ausgaben anderer Großmächte. — Internationale Beschränkung der Rüstungen. — Private Rüstungsindustrie. — Allgemeine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. — Rüstungsindustrie und technischer Fortschritt. — Rüstungen und Finanzen.

Volkswirtschaftliche Betrachtungen über Belgien. Von Dr. Curt Calmon. Berlin und Wien 1915. Verlag für Fachliteratur. (1,80 M.) — Aus dem Inhalt: Allgemeines. — Die Banken. — Die industriellen Werke. — Der Kongostaat. — Einwirkung des Krieges 1914. — Die Ziffern des Spezialhandels Deutschlands mit Belgien.

Was uns der Krieg bringen muß. Von einem Deutschen. Leipzig. Oskar Born. (0,60 M.) — Behandelt das voraussichtliche Ergebnis des Krieges 1. an politischer Einsicht, 2. Rußland gegenüber, 3. England gegenüber.

* * *

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (Bücher). 3. Heft 1914. — Aus dem Inhalt: Die Tendenz der öffentlichen Sparkassen in Preußen zu bankmäßiger Betätigung (Hansemann). — Das Einnahmebudget des Arbeiterhaushalts (Albrecht).

Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft (Manes). 1. November 1914. — Aus dem Inhalt: Anthropometrie und Lebensversicherung (Bohlmann). — Ein Beitrag zur analytischen Ausgleichung von Sterbetafeln (Ulrich).

La Riforma Sociale (Einaudi-Prato). September/Oktober 1914. — Aus dem Inhalt: La Politica delle esenzioni tributarie in Italia ed i suoi inconvenienti (Allesandrini).

Jahrbuch der Bodenreform (Damaschke). Oktober 1914. — Aus dem Inhalt: Die Neueinschätzung des französischen Bodens in den Jahren 1908—1913. — Der Versuch einer Kriegskredit-Organisation für den Grundbesitz.

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis. Oktober 1914. — Aus dem Inhalt: Kriegsbilanzen und Kriegsdividenden (Obst). — Der Krieg und die privatwirtschaftlichen Verhältnisse (Rehm).

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat Oktober (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

	Aktiva							Passiva							
	Metallbestand*)	Kassenscheine **)	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (—) ***)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdisk. %
7. Oktober															
1914	1789,4 (1770,7)	949,2	23,5	3300,0	42,9	97,6	266,5	180,0	74,5	4198,9	1915,4	100,3	—886,8	42,6	6
1913	1412,7 (1159,2)	39,1	28,5	1240,1	77,1	223,0	197,6	180,0	70,0	2252,6	646,5	68,9	—222,3	62,7	6
1912	1129,4 (833,8)	26,7	27,5	1595,2	70,2	97,7	169,7	180,0	66,9	2105,2	709,3	54,9	—371,6	53,6	4½
1911	1006,7 (737,2)	37,3	28,3	1510,9	62,6	156,2	176,3	180,0	64,8	2046,6	642,8	44,0	—424,4	49,2	5
1910	912.5 (657,6)	56,1	24,0	1344,2	117,0	124,6	174,5	180,0	64,8	1872,0	591,7	44,6	—406,5	48,7	5
15. Oktober															
1914	1824,8 (1801,7)	833,4	24,8	2975,0	31,6	73,9	224.3	180,0	74,5	4061,2	1571,5	100,6	—828,2	44,9	6
1913	1458,8 (1195,9)	44,8	38,4	1053,5	75,9	163,3	206,8	180,0	70,0	2065,3	656.5	69,5	+ 26,6	70,6	6
1912	1167,5 (865 4)	31,0	39,2	1436,7	72,8	97,7	152,0	180,0	66,9	1942,2	752,6	55,1	—154,5	60,1	4½
1911	1041,7 (768,3)	41,4	34,0	1320,6	69,2	143,6	153,2	180,0	64,8	1897,6	617,8	43,6	—230,5	54,9	5
1910	950.8 (695,1)	58,7	34,9	1186,1	94,1	104.5	190,8	180,0	64,8	1719,5	610.5	45,1	—202,2	55,3	5
23. Oktober															
1914	1858,2 (1828,1)	741,6	25,5	2928,7	26,7	82,3	218,2	180,0	74,5	3968,0	1555,1	103,6	—792,7	46,8	6
1913	1494,3 (1219,7)	50,5	44,9	970,6	55,7	183,1	186,4	180,0	70,0	1959,4	705,2	70,8	+180,3	76,3	6
1912	1198,0 (886,6)	34,9	46,0	1144,6	56,7	58,8	170,1	180,0	66,9	1850,8	854,4	57,0	— 21,8	64,7	4½
1911	1096,7 (815,0)	45,1	39,9	1214,4	61,1	132,1	148,3	180,0	64,8	1806,1	642,0	44,7	— 74,4	60,7	5
1910	991,7 (729,8)	61,0	40,3	1121.3	67.0	82 5	188,3	180,0	64,8	1655,9	605.7	45,8	— 90,0	59.9	5
31. Oktober															
1914	1890,3 (1858,8)	869,8	10,6	2773,5	35,6	38,4	224,4	180,0	74,5	4170,8	1505,5	111,9	—850,0	45 2	6
1913	1462,5 (1195,7)	40,9	8,8	1002,6	94,3	206,5	200,6	180,0	70.0	2118,7	575,2	72,2	— 56,5	69,0	5½
1912	1131,5 (826,7	28,5	9,5	1475,6	111,6	52,9	181,4	180,0	66,9	1993,0	693,3	57,9	—273 4	58,5	5
1911	1052,6 (770,7)	40,4	12,5	1313,4	122,8	98,2	162,3	180,0	64,8	1915.3	596,0	46.0	—259,9	55,0	5
1910	947,2 (687,0)	58,2	8,2	1203,0	112,8	60.6	211,9	180,0	64,8	1750.7	559,7	46,7	—264,3	54,1	5

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.

**) Seit 7. August 1914 Reichs- und Darlehnskassenscheine.

***) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472.8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M. Die Steuerpflicht ist seit dem 7. August 1914 suspendiert.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im Oktober 1914.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Okt. 1914	Metall-bestand	Kassen-scheine*)	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grund-kapital	Res.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Noten-reserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 789 356	949 163	23 529	3 300 035	42 878	97 614	266 503	180 000	74 479	4 198 879	1 915 429	—	100 291	— 886 831	—
	15.	1 824 761	833 402	24 803	2 975 029	31 562	73 904	224 344	180 000	74 479	4 061 172	1 571 532	—	100 622	— 828 206	—
	23.	1 858 173	741 578	25 536	2 928 679	26 704	82 258	218 169	180 000	74 479	3 967 953	1 555 058	—	103 607	— 792 666	—
	31.	1 890 344	869 830	10 583	2 773 543	35 592	38 430	224 376	180 000	74 479	4 170 787	1 305 495	—	111 937	— 850 030	—
Bayerische Notenbank	7.	29 834	117	2 413	40 376	3 099	1 531	4 831	7 500	3 750	62 332	4 915	—	3 704	+ 2 032	635
	15.	29 931	160	2 677	40 631	3 162	1 531	4 554	7 500	3 750	62 611	5 133	—	3 652	+ 2 157	575
	23.	30 089	114	3 734	40 903	3 197	1 531	4 521	7 500	3 750	63 806	5 464	—	3 569	+ 2 131	924
	31.	30 157	90	3 858	40 944	3 207	1 530	4 392	7 500	3 750	65 337	4 133	—	3 458	+ 768	789
Sächsische Bank	7.	20 201	301	16 132	67 745	9 506	8 537	11 439	30 000	7 500	42 412	28 003	23 247	2 699	+ 10 993	81
	15.	21 544	373	20 503	64 691	8 281	8 515	11 666	30 000	7 500	39 956	31 098	24 283	2 734	+ 19 235	31
	23.	25 364	500	24 037	64 785	6 461	8 360	12 782	30 000	7 500	38 485	39 182	24 362	2 760	+ 28 187	58
	31.	20 518	383	8 907	66 534	5 454	8 335	15 387	30 000	7 500	29 934	32 821	22 512	2 751	+ 16 645	23
Württembergische Notenbank	7.	7 667	113	4 945	16 658	10 540	2 521	7 143	9 000	1 721	15 592	21 422	2	1 852	+ 7 133	888
	15.	7 811	156	5 489	16 511	9 856	2 521	8 929	9 000	1 721	15 292	23 653	2	1 605	— 197	480
	23.	8 074	100	6 205	16 277	9 683	3 493	7 108	9 000	1 721	14 549	24 040	2	1 628	— 9 830	423
	31.	8 183	100	3 531	16 911	11 537	3 493	5 237	9 000	1 721	16 260	20 329	2	1 681	+ 5 554	270
Badische Bank	7.	5 905	16	2 414	13 619	6 382	2 893	6 915	9 000	2 250	15 421	10 469	—	1 004	+ 2 914	144
	15.	5 930	24	1 537	14 571	6 056	2 764	6 708	9 000	2 250	15 223	10 073	—	1 044	+ 2 268	98
	23.	5 942	15	1 784	15 062	6 875	2 549	6 228	9 000	2 250	15 514	10 619	—	1 074	+ 2 227	204
	31.	5 946	19	1 090	15 548	5 956	2 455	4 776	9 000	2 250	13 545	9 896	—	1 099	+ 3 510	171
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 852 963	949 710	49 433	3 438 433	72 405	113 096	296 831	235 500	89 700	4 134 636	1 980 238	23 249	109 550	—	—
	15.	1 889 977	834 115	55 009	3 111 433	58 917	89 235	256 201	235 500	89 700	4 194 254	1 641 489	24 285	109 657	—	—
	23	1 927 642	742 307	61 296	3 065 706	52 920	98 191	248 808	235 500	89 700	4 100 307	1 634 363	24 364	112 638	—	—
	31.	1 955 148	870 422	27 969	2 913 480	61 746	54 243	254 168	235 500	89 700	4 295 863	1 372 674	22 514	120 926	—	—

*) Reichs- und seit 7. August 1914 Darlehnskassenscheine.

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im Oktober (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 Okt. 7.	56,76	27,97	113,89	34,82	17,86	146,25	40,38	24½	5
„ 14.	59,24	27,57	109,72	34,67	23,73	138,83	43,02	24½	5
„ 21.	60,06	24,07	108,79	34,80	15,76	143,06	43,71	27½	5
„ 28.	61,87	19,43	104,87	35,11	24,99	126,74	45,21	29¾	5
1913 Okt. 1.	37,60	13,29	28,20	29,64	9,74	39,83	26,41	53¼	5
„ 8.	35,71	14,49	25,52	29,23	5,99	41,21	24,93	52¾	5
„ 15.	35,99	14,48	24,77	28,85	5,34	41,76	25,59	54⅛	5
„ 22.	36,83	13,49	24,93	28,67	5,95	41,32	26,60	56¼	5
„ 29.	37,39	11,79	28,62	28,73	8,71	41,06	27,11	54½	5
1912 Okt. 2.	38,94	13,34	34,20	29,59	13,95	43,08	27,80	48¾	4
„ 9.	37,91	13,34	32,86	29,17	10,36	45,30	27,19	48⅞	4
„ 16.	37,57	13,04	33,51	28,63	9,36	46,80	37,39	48¾	4
„ 23.	37,59	13,04	32,73	28,54	11,36	44,13	27,50	49½	5
„ 30.	37,34	13,04	34,53	28,59	11,75	45,25	27,20	47¾	5
1911 Okt. 4	39,06	15,69	28,36	29,62	11,32	42,87	27,89	51½	4
„ 11.	37,96	14,60	28,30	29,18	6,43	45,99	27,23	51⅞	4
„ 18.	37,36	14,10	28,24	28,67	6,71	45,05	27,14	52⅜	4
„ 25.	37,43	14,10	27,91	28,67	7,27	44,23	27,21	52¾	4
1910 Okt. 5.	34,41	14,98	29,79	28,18	7,62	44,14	24,68	47⅝	4
„ 12	33,78	14,98	30,23	27,88	6,34	45,50	24,35	47	4
„ 19.	31,97	14,98	28,96	27,61	7,09	41,93	22,80	46½	4
„ 26.	31,32	14,98	28,44	27,75	7,17	40,54	22,02	46⅛	5

Bank von Italien.

Dekadenausweise von Juli bis September 1913—1914. (Mill. Lire.)

Ausweis-Tag	Gold-bestand	Silber	Gold-wechsel auf das Ausland[1]	Wechs., Vorsch. und Debit.[2]	Guthab. des Staates	Guthab. der Privat.	Noten-umlauf	Durch Gold u. Silber nicht gedeckte Not.	Bank-diskont %[3]
1914 Juli 10.	1105.3	91,4	85,4	761,7	80,5	205,3	1678,2	481,5	5
„ 20.	1106,5	90,4	85,3	740,8	60,9	211,9	1661,1	464,2	5
„ 31.	1105,1	88,9	88,3	892,2	118,5	244,9	1730,1	536.1	5
Aug. 10.	1093,6	86,2	83,8	1196,6	32,5	251,5	2086,8	907,0	6
„ 20.	1083,6	86,1	87,4	1346,1	83,5	321,9	2096,0	926,3	6
„ 31.	1080,2	86,7	90,4	1396,5	92,2	371,7	2115,0	948,1	6
Sept. 10.	1082,5	88,2	89,3	1367,9	53,0	420,6	2087,4	916,7	6
„ 20.	1084,7	88,0	89,2	1416,1	68,8	447,3	2100,9	928,2	6
„ 30.	1086,2	89,9	97,1	1497,7	87,7	474.3	2152,0	975,9	6
1913 Juli 10.	1121,1	108,1	86,9	720.2	111,4	210,9	1625,9	396,7	5½
„ 20.	1119,8	104,5	87,5	707.3	91,6	218,3	1617,4	393,1	5½
„ 31.	1118,9	104,2	87,6	744,4	99,0	217,4	1669,1	446,0	5½
Aug. 10.	1118,1	102,5	85,6	743,7	61,0	202,5	1673,3	452,7	5½
„ 20.	1116,4	102,1	86,6	718,3	82,9	214,7	1644,7	426,2	5½
„ 31.	1115,1	100,2	86,3	797,6	122,4	211,1	1678,4	463,1	5½
Sept. 10.	1113,7	100,1	86,0	796,4	87,2	204,2	1676,4	462,6	5½
„ 20.	1112,7	100,0	86,4	807,2	148,0	210,7	1674,6	461,9	5½
„ 30.	1112,3	98,9	88,7	829,7	107,5	215,8	1750,3	539,1	5½

[1]) Ein Teil der Goldwechsel auf das Ausland erscheint nochmals in der Rubrik Wechsel und Darlehen. [2]) In den früheren Zusammenstellungen sind die Debitoren gesondert aufgeführt worden. [3]) Maximaldiskontsatz.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: i. V. Wolfgang Fernbach, Berlin, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Die Kriegskosten-Deckung und ihre Quellen.

II.

Vier Quellen sind es, wie wir gesehen haben, aus denen jeder kriegführende Staat schöpfen kann. Diese Quellen bestehen einmal aus den beiden Reserven des Landes, nämlich der Barreserve oder Reserve erster Ordnung und den kurzfristigen Forderungen an das Ausland, die eine Reserve zweiter Ordnung darstellen, und zu denen auch die jeweils fällig werdenden Zins- und Amortisationsquoten langfristiger Auslandsanleihen gehören; zum andern aus den beiden Bestandteilen des nationalen Betriebsüberschusses, nämlich dem Reingewinn und der Amortisationsquote, die der Staat ebenso wie die beiden Reserven durch Kriegsanleihen zu einem erheblichen Teil an sich ziehen kann. Wir haben ferner gesehen, daß diese vier Quellen, so ergiebig namentlich die letzteren beiden in Deutschland auch fließen mögen, und ein so großer Teil von ihnen sich auch freiwillig zur Verfügung stellen mag, heute doch nicht ausreichen, um diejenigen Summen aufzubringen, mit denen wir im gegenwärtigen Weltkrieg — seine längere Dauer vorausgesetzt — zu rechnen haben. Wir müssen also Maßregeln ergreifen, um die Ergiebigkeit der vier Quellen über ihr natürliches Maß hinaus zu steigern, wenn wir nicht wollen, daß Lloyd George mit seiner Prophezeiung recht behalten, und uns tatsächlich der finanzielle Atem vorzeitig ausgehen soll. Denn eine fünfte Quelle, aus welcher der Staat redlicherweise schöpfen könnte, existiert für ihn nicht; was er sich an nationaler Zahlkraft dienstbar machen kann, ohne einen Gewaltakt zu begehen, muß notwendigerweise aus den angesammelten Reserven oder aus dem Ueberschuß stammen, den die Produktion über den Verbrauch hinaus läßt.

Damit ist bereits die Richtung angedeutet, welche die technisch-organisatorischen Kriegsmaßnahmen des Staats einzuschlagen haben. Sie mögen im einzelnen be-

Digitized by Google

stehen worin sie wollen, stets werden sie einem der beiden Zwecke dienen müssen, entweder den Produktionsüberschuß des Landes über den Konsum hinaus zu erhöhen, oder die Reserven des Landes zu verstärken. Beide Aufgaben sind im Grunde nur verschiedene Bezeichnungen für ein und dasselbe Programm. Denn die verfügbaren Reserven eines Landes sind ja nichts anderes als der jeweils unverzehrte Teil seiner Produktion; ihre Höhe gibt genau die Differenz an zwischen der nationalen Gesamterzeugung und dem nationalen Gesamtkonsum. Nur läßt sich das Programm von verschiedenen Endpunkten aus in Angriff nehmen, je nachdem man den gewünschten Effekt durch Produktionssteigerung oder durch Konsumverringerung herbeiführen will. Im ersten Falle wird das Ziel, nämlich die Schaffung von Kriegsmitteln für den Staat, indirekt erreicht, indem eine erhöhte Produktion sich in erhöhten Gewinn und dadurch mittelbar in erhöhte Reserven umsetzt; im zweiten Fall erfolgt die Reservebildung direkt, indem man einen Teil des Produktionserlöses nicht verbraucht, sondern „spart". Welche Art des Vorgehens die praktischere ist, hängt von den Umständen ab. Bald wird die eine, bald die andere, bald eine Vereinigung beider Arten sich empfehlen. Die Steigerung der Produktivität hat den außerordentlichen Vorteil, daß sie dem Staat zu dem seinigen verhilft, ohne daß der private Konsument sich Entbehrungen aufzuerlegen braucht, und daß sie außerdem eine Quelle ist, die ständig fließt, indem sie die Gewinne, aus denen der Staat schöpft, fortwährend reproduziert. Andrerseits hat sie den Nachteil, daß sie dem Staate immer nur die wenigen Prozent des Effektiverlöses bereitstellt, die den Bruttoüberschuß über die Erzeugungskosten ausmachen. Da wirkt die Einschränkung des Konsums ungleich prompter und ergiebiger. Sie kann dem Staate das Totale der nicht konsumierten, sondern „gesparten" Güter zur Verfügung stellen, und zwar sofort. Dafür fehlt aber hier das regenerierende Moment, da das „Spargut" der nationalen Produktion die Anregung vorenthält, die von dem „Tauschgute" ausgeht. Konsumverringerung bedeutet nicht Produktion, sondern Liquidation auf denjenigen Gebieten der nationalen Erzeugung, von denen

Digitized by Google

der Konsum sich abkehrt, um für den Staat zu sparen; wobei aber nicht übersehen werden darf, daß der Staat mit dem ihm überlassenen Spargut die Produktion auf anderen, oft weit abgelegenen Gebieten wieder befruchtet, der Sparprozeß für die nationale Erzeugung also keine Gebietsverringerung, sondern nur eine Gebietsverschiebung bedeutet, was wohl für den betreffenden Einzelnen, nicht aber für die Gesamtheit von Nachteil ist.

Am besten und den Zeitverhältnissen am meisten entsprechend ist es, wie uns das schon unser instinktives Empfinden sagt, wenn die Wirtschaft von beiden Seiten her, sowohl von der Produktion wie vom Konsum aus, auf Kriegsfuß gebracht wird, d. h. wenn zugleich möglichst intensiv produziert und möglichst wirksam gespart wird. Die Forderung, daß heute jeder einzelne Mann tüchtig arbeiten und dabei allen entbehrlichen Genüssen entsagen soll, scheint uns eine so selbstverständliche zu sein, daß wir es geradezu als ein Unrecht an unseren Kameraden im Felde empfinden, wenn wir uns selbst oder einen Dritten auf Müßiggang oder eitler Genußsucht ertappen. Oder sollte das innere Gefühl, das uns heute auf den Imperativ „Spare und arbeite!" als auf eine Notwendigkeit der Stunde hinweist, einer irrigen Anschauung entspringen? Es gibt Leute, die uns das glauben machen wollen. Sowohl die Arbeitsamkeit wie die Sparsamkeit wird von ihnen mit Argumenten bekämpft, denen eine gewisse volkstümliche Ueberzeugungskraft innewohnt. So wenden sie sich gegen die Forderung, daß heute jeder einzelne an seinem Platz nützliches schaffe, gleichviel ob er genügend dafür entlohnt werde oder nicht, mit dem Einwande, daß man auf diese Weise nur denen das Brot wegnehme, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen. Und gegen die Sparsamkeit machen sie Front, indem sie fragen, für wen denn die Produktion schaffen solle, wenn der Konsum fehle; es könne im Gegenteil gar nicht genug verbraucht werden, und jede Luxusausgabe sei heute gerechtfertigt, da sie irgendeiner Produzentengruppe Arbeit und Verdienst gebe.

Diesen Anwälten des Nichtstuns und des Wohllebens kann gar nicht energisch genug entgegengetreten werden.

Digitized by Google

Gewiß, sie haben recht: Mit jedem Wollstrumpf, den unsere Frauen für die Soldaten anfertigen, wird ein gewisses Quantum Lohnarbeit entbehrlich und mithin ein Druck auf den Preis der Arbeit ausgeübt. Und jede Autodroschke, die nicht benutzt, jeder Schmuck, der nicht gekauft wird, setzt ein Teilchen Produktion oder Arbeit lahm. Aber lautet denn die Forderung der Stunde etwa, daß jede Arbeit heute hoch bezahlt werden, daß jede Produktion überflüssiges produzieren soll! Nein, sie will im Gegenteil, daß jedwede Arbeit zugleich niedrig entlohnt und auf nützliches gerichtet sei, oder mit anderen Worten, daß jeder einzelne viel und vernünftig arbeiten müsse, um mit Maß verbrauchen zu können. Nicht umsonst ist der Krieg ein Wertevernichter. Die Milliarden, die er verschlingt, sind Konsumgut, das dem Volksganzen entzogen wird, und es bedarf harter Arbeit, um auch nur einen Teil davon in der kurzen Produktionsperiode der Kriegsdauer zu ersetzen. Wer sich da den regsamen Händen in den Weg stellt und sie hindert, an der Ersetzung vernichteten Gutes mitzuarbeiten, oder wer seine Nebenmenschen auffordert, die verringerte Gütermenge durch unbekümmerten Konsum weiter zu verringern, der begeht, ohne es zu wissen, eine Nichtswürdigkeit. Unser Gefühl leitet uns ganz richtig, wenn es uns Arbeitsamkeit und Sparsamkeit anempfiehlt. Denn der Druck, den wir dadurch auf den Arbeitslohn, und der Zwang zu nützlicher, der Zeit entsprechender Produktion, den wir auf den Fabrikanten ausüben, sie sind ja gerade das Mittel, durch das die Nationalwirtschaft automatisch zur höchsten Leistung im Interesse des Staatsganzen angetrieben wird. Am Staat ist es jetzt, zu konsumieren, an uns allen ist es, zu produzieren, was der Staat braucht. Wenn das geldliche Produkt unserer Arbeit nur gerade hinreicht, um uns während des Krieges ein bescheidenes Leben zu sichern, so heißt das nichts anderes, als daß wir von außen zu derselben Enthaltsamkeit gezwungen werden, die wir sonst freiwillig üben müßten. Und diese Enthaltsamkeit bedeutet kein Opfer für uns, denn der „Mehrwert", den wir schaffen, fließt dem Staate zu, in dem sich unser ureigenstes Interesse niemals mehr verkörpert als gerade im Kriege.

Digitized by Google

Nun entsteht freilich ein Bedenken: Reicht der Konsum des Staats denn wirklich aus, um den teilweisen Fortfall des Privatkonsums auszugleichen? Und müssen nicht zahlreiche Betriebe feiern, weil der Staat an ganz anderer Stelle konsumiert als die Privatwirtschaft? In der Tat sehen wir, daß viele Fabriken und Werkstätten, obwohl es ihnen an Material und Arbeitskräften nicht mangelt, dennoch geschlossen sind, weil der gewohnte Absatz stockt, der Staat ihre Fabrikate nicht gebrauchen kann, und sie selbst nicht imstande sind, den Betrieb umzuorganisieren und von Friedensarbeit zu Kriegsarbeit überzugehen. Jede Fabrik aber, die nicht arbeitet, jede Maschine, die steht, jede Hand, die feiert, ist ein nationaler Verlust. Sollten da nicht doch jene Befürworter des unbekümmerten Weiterkonsums recht haben, die der Sparsamkeit als einer Feindin der nationalen Betriebsamkeit entgegentreten?

Nein, sie haben dennoch nicht recht. Einmal ist die Konsumkraft des Staates eine ganz bedeutende, wie es ja schon aus seinem Geldbedarf hervorgeht, der sich zum weitaus größten Teil — direkt oder indirekt — in einen Ankauf von Heimatsgütern umsetzt. Außerordentlich groß ist auch die Anpassungsfähigkeit der Industrie, die wir heute vielfach auf Gebieten beschäftigt sehen, die ihr eigentlich recht fern liegen. Warenhäuser fabrizieren Konserven, Farbenfabriken Kaffee- und Bouillonwürfel, Maschinenfabriken Helmbeschläge, Kochgeschirre und Schrappnellhülsen. Wenn nichtsdestoweniger viele Betriebe feiern oder mit stärkerer Einschränkung arbeiten, als es infolge Materialmangels oder infolge Mangels an gelernten Arbeitern unumgänglich nötig ist, so ist das lediglich ein Beweis dafür, daß das Preisniveau in Deutschland sich heute über den Stand erhebt, der durch den Krieg gerechtfertigt ist. Denn im anderen Falle würde die Herstellung zahlreicher Friedensartikel sich nach wie vor lohnen, wenn nicht für den inländischen Konsum, so für das Ausland.

Der Export ist gerade in Kriegszeiten ein überaus wichtiges Ventil für die Nationalwirtschaft, weil diese in solchen Zeiten mehr als je genötigt ist, die Gütermengen, die sie für Kriegszwecke oder als Rohstoff für

Digitized by Google

ihre Industrie aus dem Auslande beziehen muß, mit Waren zu bezahlen. Bargeld, das sonst wohl ein Defizit der Zahlungsbilanz decken darf und unter Umständen decken muß, ist im Kriege unbedingte Exportkonterbande und darf nur dann aus dem Lande gehen, wenn das Nationalinteresse dies zur Abwehr schwerer Schädigungen gebieterisch verlangt, der Geldexport also von mehreren Uebeln das kleinere ist. Im übrigen ist der Import, soweit sein Wert die Zinsen der Auslandsforderungen übersteigt, im Kriege unbedingt mit Exportware zu bezahlen. Und das ist gerade im gegenwärtigen Kriege um so leichter, als unsere Einfuhr, soweit sie über neutrale Häfen erfolgt, von England weit argwöhnischer beobachtet und weit wirksamer behindert wird, als unsere Ausfuhr. Tatsächlich hat denn auch der Reichsbankpräsident Ende September erklären können, daß (im Gegensatz zur Einfuhr und ungeachtet aller Ausfuhrverbote) die deutsche Ausfuhr sowohl absolut wie relativ weniger zurückgegangen ist als diejenige Englands. Und im Oktober haben die Berliner Hotels zu ihrer eigenen Ueberraschung die Anwesenheit ausländischer, sogar amerikanischer Einkäufer konstatiert. Das Ausland ist also für deutsche Ware durchaus aufnahmefähig und aufnahmewillig, und das ist im Grunde auch ganz selbstverständlich. Denn wie wir selbst unsern Import mit Ware bezahlen müssen, so muß das Ausland, als Ganzes genommen, für seinen Export hierher deutsche Ware in Zahlung nehmen; es hat dabei noch den Vorteil günstiger Wechselkurse, deren Ursprung an dieser Stelle unerörtert bleiben kann, die aber zur Folge haben, daß das Ausland die deutschen Waren um ebensoviel unter ihrem Nennwert in Mark erhält, als Deutschland die fremden Waren über ihren Nennwert in Pfund, Francs oder Lire bezahlen muß — ein weiteres Moment, das die Einfuhr Deutschlands behindert, seinen Export dagegen erleichtert. Fabriken also, die nicht imstande sind, die gewaltsame Wandlung von der Friedens- zur Kriegsproduktion zu vollziehen, können ihren Betrieb dadurch aufrechterhalten, daß sie die weit einfachere Wandlung von der Heimats- zur Exportindustrie vornehmen. Die Knappheit des erforderlichen Rohmaterials ist kein so erschwerendes

Digitized by Google

Moment, wie man vielfach annimmt. Denn erstens gibt es wenig Rohmaterialien, die Deutschland nicht erhalten könnte, wenn es bereit ist, den Mehrpreis zu bezahlen, den der Umweg über einen oder mehrere Vermittler verursacht. Und zweitens zaubert jeder Preisaufschlag Surrogate herbei. Die Konkurrenzfähigkeit wird durch die hohen Materialpreise zunächst zwar beeinträchtigt (obwohl die als Abnehmer in Frage kommenden benachbarten Länder das Material nicht viel billiger erhalten, sonst würde es trotz etwaigen Ausfuhrverbots seinen Weg nach Deutschland finden). Aber die Materialteuerung läßt sich durch den billigen Preis, den die Lohnarbeit in Kriegszeiten fordert oder zu fordern berechtigt ist, hinreichend ausgleichen, um die Konkurrenzfähigkeit wieder herzustellen.

Der Export hat also die Aufgabe, die Lücke im Absatz zu schließen, welche die allgemeine Konsumverringerung im Lande selbst verursacht. Er hat die fernere Aufgabe, denjenigen Teil der Kriegskosten auszugleichen, den der Staat im Auslande für den Unterhalt seiner Heere aufzubringen hat, und der im Effekt einer gesteigerten Einfuhr gleichkommt. Der oben erwähnte, für Deutschland ungünstige Stand der Wechselkurse zeigt unwiderleglich, daß unsere Ausfuhr trotz ihrer absoluten Höhe und trotz der Unterstützung, die sie durch die Wechselkurse selbst erfährt, nicht denjenigen Umfang erreicht hat, der unseren Aufwendungen im Auslande entspricht; denn sonst würde die fremde Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln es unmöglich machen, daß die Reichsmark so weit unter ihre Parität sinken kann, wie es tatsächlich der Fall ist. Und da der Export um so mehr gefördert wird, je mehr die Zurückhaltung der inländischen Konsumenten auf die Preise drückt, und je billiger sich die dadurch freigesetzte und nach Beschäftigung suchende Lohnarbeit anbietet, so ist die relative Geringfügigkeit unseres Exports, dokumentiert durch die Wechselkurse, ihrerseits ein unverkennbares Symptom dafür, daß die Preise in Deutschland auf einer durch die äußeren Umstände nicht gerechtfertigten Höhe stehen. Der Eigenkonsum des Landes ist größer, als das Nationalinteresse es derzeit gestattet; er lenkt Güter, die ihren

Digitized by Google

Weg ins Ausland nehmen würden, wenn sie billiger wären, aus ihrer Richtung, und verhindert gleichzeitig die Produktion anderer Exportgüter dadurch, daß er die Löhne über der durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen erforderten Normalhöhe hält — auf einer solchen Höhe, daß der Fiskus sich bereits veranlaßt gesehen hat, mit den Lieferanten von Kriegsmaterial über die Frage der Festsetzung von Höchstlöhnen zu verhandeln.

Ueber die Momente, die dem deutschen Volke eine derartige Konsumfähigkeit verliehen haben, wird später zu sprechen sein. Es spielen da Einzelheiten der Bankpolitik, der Preispolitik und auch der öffentlichen Fürsorgepolitik hinein (welch letztere vielfach ein Anrecht auf Konsum gewährt hat, wo Anrecht auf Arbeit am Platze gewesen wäre). Hier kommt zunächst nur die Tatsache in Betracht, daß sich in ganz Deutschland eine außerordentliche Konsumfreudigkeit äußert, die bereit ist, von der vorhandenen Konsumfähigkeit den weitestgehenden Gebrauch zu machen. Das erweckt zwar nach außen einen sehr günstigen Eindruck und bietet willkommene Gelegenheit zu Phrasen über die Widerstandskraft des deutschen Wirtschaftslebens; der Vaterlandsfreund aber wird die Theater, Kinos, Restaurants, Cafés und Warenhäuser gern entbehren, wird auf Autos, Schmuck und Damenputz gern Verzicht leisten, wenn er sich vergegenwärtigt, daß beispielsweise die überflüssigen Autofahrten in Groß-Berlin mindestens die Hälfte aller Kraftwagenlenker von wirklich nützlicher Arbeit fernhalten; daß tausende von Betrieben mit der Herstellung von Galanteriewaren, Seidenstrümpfen und Pasteten für den deutschen Konsum beschäftigt sind, zur selben Zeit, wo der Staat Wollwaren, Haubitzen und Konserven braucht und für die in diesen Kriegsartikeln verkörperte Lohnarbeit einen hohen Aufschlag bezahlen muß; denn die Vergeudung, die mit der Arbeitskraft getrieben wird, äußert sich natürlich in einem entsprechenden „Seltenheitswert" der Arbeit.

Ernste Zeiten erfordern ernsthafte Arbeit und ernsthaften Konsum. Der Konsum, der keine andere Berechtigung für sich geltend machen kann, als die Beschäftigung von Händen, die sonst müßig gehen würden, ist

Digitized by Google

in Kriegszeiten ein verwerflicher Konsum, denn er hält jene Hände nur davon ab, sich nützlicherer Arbeit zu widmen. Die Befürchtung, daß die Arbeitskräfte müßig gehen müßten, wenn sie nicht mehr an der Herstellung der Eintagsgüter für den verschwenderischen Tageskonsum arbeiten könnten, ist naiv. Allerdings wird die Arbeitskraft genötigt, sich unter ihrem bisherigen Tarif anzubieten, und ihr Inhaber muß während des Krieges auf ein gewisses Quantum Bier oder Zigarren verzichten; aber auf der andern Seite hat der Fortfall des entsprechenden Konsums einen Geldbetrag freigemacht, der nicht nur hinreicht, um eben dieselbe Arbeitskraft auf andere, nützlichere Weise zu beschäftigen, sondern der, da die Arbeitskraft jetzt billiger zu haben ist als vordem, noch einen Ueberschuß läßt, aus dem weitere, bisher müßig gehende Kräfte beschäftigt werden können. Der Fortfall des Konsums hat also der nationalen Produktivität nicht nur nichts geschadet, sondern sie sogar noch erhöht. Er hat jene Reserve vergrößert, welche die erste der vier Quellen ist, aus denen der Staat für seinen Kriegsbedarf schöpft. Und zwar ist die Reserve um den ganzen Betrag des Konsumrückgangs, d. h. der Ersparnis, vergrößert worden, wenn der Betrag direkt dem Staate zu beliebiger Verwendung überlassen wurde; dagegen hat die Reserve nur um einen Bruchteil der Ersparnis zugenommen, wenn sie einem Dritten zu produktiver Anlage überlassen worden ist, für den Staat also nur in Höhe des Produktionsüberschusses in Betracht kommt. Aber auch in dieser letzteren Form ist die Ersparnis für die in einen Krieg verwickelte Nationalwirtschaft unendlich wertvoller, als der entsprechende Konsum es gewesen wäre.

Eine Kriegswirtschaft sieht eben ganz anders aus als eine Friedenswirtschaft. In ruhigen Zeiten lassen sich Erzeugung und Verbrauch in der Hauptsache von rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten, und dürfen es auch. Denn wenngleich eine zügellose Nachfrage nach Gütern und Diensten aller Art sich immer einmal rächt und zu Rückschlägen führt, so ist doch nichts gegen das Prinzip einzuwenden, das die Nachfrage über das Angebot hinaus steigert. Die Besitzer der Pro-

Digitized by Google

duktionsmittel, mögen diese nun in Kapital oder in Arbeitskraft bestehen, kommen dadurch in die Lage, dem Konsumenten ihre Bedingungen zu diktieren, und so bei niedrigstmöglicher Arbeitsleistung das höchstmögliche Aequivalent für ihre Produktion zu erzielen, woraus ein Ueberschuß entsteht, aus dem jeder einzelne sich Luxusgenüsse gestatten kann, ohne daß die öffentliche Wohlfahrt darunter leidet. Ganz anders im Kriege. Hier nutzt der höchste Produktionsüberschuß nichts, wenn er nur dazu dient, dem einzelnen ein behagliches oder gar luxuriöses Leben zu sichern. Die eiserne Notwendigkeit führt jetzt einen neuen Konsumenten in Gestalt des Staats auf den Plan, und jeder Staatsbürger hat die Pflicht, sein eigenes Anrecht auf Konsum in dem größtmöglichen Umfange an diesen neuen Verbraucher abzutreten. Er hat ferner die Pflicht, dem Ideal der niedrigsten Arbeitsleistung zu entsagen und für die Befriedigung des Staatskonsums auch von der anderen, der produktiven Seite her Sorge zu tragen. Nicht mehr großer Verbrauch bei geringer Arbeit ist jetzt die Devise, sondern umgekehrt: Höchste, aufopferndste Arbeitsleistung bei geringstem Verbrauch und größter Sparsamkeit zugunsten des Staatsganzen.

Wie kann der Staat diesen Wechsel in der Wirtschaftsweise, diesen notwendigen Uebergang vom individuellen Egoismus zum nationalen Egoismus herbeiführen? Es gibt außerordentlich viele Mittel zu diesem Zweck, die meist so naheliegend und so wenig kompliziert sind, daß für den zielbewußten Staat keine andere Verlegenheit als die der großen Auswahl besteht. Das Zielbewußtsein allerdings, das Verständnis für die Forderung der Stunde, muß vorhanden sein; denn für welche Maßnahme sich der Staat auch entscheiden mag, die Vorbedingung für ihren Erfolg ist, daß sie großzügig, ohne Schwanken und ohne falsche Sentimentalität durchgeführt wird.

Das nächstliegende und harmloseste Mittel, um die Wirtschaft auf Kriegsfuß zu bringen, ist dasjenige, zu dem tatsächlich meist in erster Linie gegriffen wird, und das auch in Deutschland sechs Wochen nach Kriegsausbruch angewendet worden ist: die Kriegsanleihe.

Digitized by Google

Wenn eine solche Anleihe auch zunächst nur der Magnet ist, der die flüssigen Mittel erster und zweiter Ordnung sowie die Netto- und Bruttoüberschüsse der Produktion zum Staate hinüberzieht, diesem also die vier Quellen erschließt, aus denen er jederzeit, auch im Frieden, schöpfen kann, so ist die Wirkung der Anleihe doch eine weitergehende. Sie veranlaßt eine große Anzahl von Konsumenten, und zwar eine um so größere Zahl, je günstiger die Bedingungen der Anleihe sind, ihren Verbrauch einzuschränken oder aufzuschieben und das so Ersparte dem Staate zuzuwenden. Und sie veranlaßt ferner eine Anzahl von Produzenten, deren Betrieb durch den Krieg minder lohnend geworden ist, ihre Produktion einzuschränken, d. h. ihren Konsum an Materialien und Arbeitskraft zu verringern und die Differenz ebenfalls an den Staat abzuführen. Erfolgt die Einschränkung nicht freiwillig, so erfolgt sie gezwungenermaßen durch die Verknappung, die der Industriekredit infolge der Anleihe erfährt. Beides, die Verbrauchsverringerung sowohl wie die Produktionseinschränkung, ist ein erster Schritt auf dem Wege zur Umorganisierung der Nationalwirtschaft. Der Konsument tritt dem Staate sein Anrecht auf den Verbrauch beliebiger Güter, der Produzent tritt ihm sein Anrecht auf den Verbrauch von Materialien und Arbeitskräften ab, beide, indem sie „sparen", wo sie „verbrauchen" könnten, und indem sie die bare Reserve, aus welcher der Staat schöpft, um den Betrag der Ersparnis erhöhen.

Aber diese milde Form der Einwirkung auf die Wirtschaftsweise des Landes läßt sich, wenn nicht andere Maßnahmen unterstützend hinzutreten, nicht in demjenigen Umfange anwenden, den ein Krieg wie der gegenwärtige bei längerer Dauer unbedingt erfordert. Denn um die Konsumenten und Produzenten in dem wirklich nötigen Ausmaße zu einem Verzicht zugunsten des Staats zu veranlassen, müßte man, wenn man sich auf die Anleihe als einziges Hilfsmittel stützen wollte, einen so hohen Zinsfuß wählen, daß der Staatskredit darunter leiden, der alte Anleihebestand erheblich an Wert verlieren und die Nation eine ungebührlich schwere Zinsbürde zu tragen haben würde. Außerdem würden allzu günstige Anleihebedingungen auch die Wirkung haben, daß nicht nur die Pro-

Digitized by Google

duzenten minderer Nützlichkeiten, sondern auch diejenigen lohnenderer und notwendigerer Güter, darunter sogar Produzenten mittelbaren Kriegsmaterials, die hohe Rente dem fabrikatorischen Risiko vorziehen und dadurch die Deckung des Kriegsbedarfs erschweren und verteuern würden; die Umorganisierung der Wirtschaft würde sich also in einer dem Staatsinteresse nicht entsprechenden Richtung vollziehen. Deshalb muß die Umorganisierung von dem Punkte an, wo die mit vernünftigem Zinse ausgestattete Anleihe ihre Wirkung einzubüßen beginnt, durch andere, zweckmäßigere Maßnahmen gefördert werden.

Das Mittel, das in erster Linie geeignet ist, die Anleihe zu ersetzen oder zu ergänzen, ist die Kriegssteuer. Dieses Mittel ist schon erheblich schärfer als die Anleihe; es setzt den Zwang an die Stelle der freiwilligen Leistung und das Opfer an die Stelle der zinstragenden Anlage. Daß es nichtsdestoweniger ein sehr naheliegendes Mittel ist, haben wir im vorigen Jahre gesehen, als dem deutschen Volke eine Wehrsteuer in Höhe einer runden Milliarde auferlegt worden ist; wir haben es auch an der englischen Kriegsfinanzgebarung gesehen, die bis vor kurzem das Prinzip hatte, die Hälfte aller Kriegskosten im Steuerwege zu decken. Immerhin ist es ein ziemlich rohes Mittel, das zwar insofern seinen Zweck erfüllt, als es einen Teil der privaten Konsumkraft auf den Staat überträgt, das aber meist schematisch, ohne Rücksicht auf die Berechtigung des Konsums zur Anwendung kommt. Der Umorganisierung leistet die Steuer nur dann gute Dienste, wenn sie als Verbrauchsabgabe oder Zoll auf ausgesprochene Luxusartikel gelegt wird. Je besser sie aber hier ihren Zweck erfüllt, das heißt je mehr sie prohibitiv wirkt, um so mehr leidet auch ihre Ergiebigkeit. Diese Bedenken mindern indes nur ihren Nutzen und heben ihn keineswegs auf. Die Einschränkung des privaten Konsums als solchen und seine Umwandlung in Reserve erster Ordnung wird durch den Sparzwang der Kriegssteuer in vollkommener Weise erreicht. Wenn sich ihre Anwendung in allzu großem Maßstabe trotzdem nicht empfiehlt, so liegt das an den bekannten Wirkungen, welche drückende Steuern auf die Stimmung der Massen selbst in einem populären Kriege ausüben. Es ist dies

Digitized by Google

derselbe Grund, der auch gegen die Anwendung einer Zwangsanleihe spricht, so lange andere Mittel zur Verfügung stehen.

Ein wahrhaft klassisches Mittel der Umorganisierung von Friedenswirtschaft in Kriegswirtschaft hat uns vor bald 2400 Jahren der alte hellenische Realpolitiker Themistokles gezeigt, der wie kein zweiter den Patriotismus der Besitzenden mit ihrem Ehrgeiz zu einem festen Bollwerk für den von den Persern bedrohten Staat zusammenzuschweißen verstanden hat. Jeder Athener, dessen Vermögen drei Talente überstieg, mußte „freiwillig" die Jahreskosten für die Ausrüstung und Bemannung eines Kriegsschiffes übernehmen, wofür er den Ehrentitel eines Trierarchen erhielt. Soweit das Vermögen festgelegt und nicht ohne Verlust flüssig zu machen war, streckte die Staatskasse den Betrag aus den Einkünften der Laurion-Gruben gegen Zins vor. Da diese Einnahmen bis dahin (effektiv oder in Form einer Minderbesteuerung) unter die Bürger verteilt worden waren, also die Konsumkraft des Volkes erhöht hatten, so bedeutete die Maßnahme des Themistokles eine Umwandlung des willkürlichen Privatverbrauchs in einen auf die Landesverteidigung gerichteten Staatsverbrauch und zugleich eine gewaltsame Produktionsverschiebung, indem die gewaltige Erzeugungsfähigkeit Athens statt für überflüssige Nichtigkeiten fortan für den Bau und die Instandhaltung einer großen Flotte angespannt wurde. Das sichtbare Resultat waren 1200 Villen weniger und 100 kriegstüchtige Dreidecker mehr, und ihm verdankte Athen zwei Jahre später seinen weltgeschichtlichen Sieg im Perserkriege. Das Mittel wäre mutatis mutandis auch heute nicht schlecht. Nur würde infolge des jahrhundertelangen Mißbrauchs, den man mit dem persönlichen Ehrgeiz der Besitzenden getrieben hat, indem man ihn zur Quelle von Einkünften für allerlei fragwürdige Zwecke machte, jeder neue themistokleische Versuch Mühe haben, sich die öffentlichen Sympathien zu erobern. Jedenfalls würde er sich in eine Form kleiden müssen, die dem heutigen demokratischen Empfinden gerecht wird, und nicht zu einer Oligarchenherrschaft führen dürfen, wie jener Aemter- und Regimenterkauf im 17. Jahrhundert, von dem Saint-Simon in seinen Memoiren so naiv plaudert.

Digitized by Google

Ein an und für sich vortreffliches, obwohl gewaltsames Mittel, um die Richtung der Wirtschaftsführung im Sinne der Staatsnotwendigkeit zu korrigieren, ist ein vernunftgemäßes Moratorium. Es kommt nur auf seine Konstruktion an, um ihm den leidigen Charakter einer Notmaßregel zu nehmen und es zu einem Akt der Zweckmäßigkeit zu stempeln. Schematisch auf alle Zahlungen bezogen, ist es für die Umorganisierung der Wirtschaft allerdings nicht zu brauchen. Aber ein qualifiziertes Moratorium, das alle Guthaben über einen bestimmten, das Existenzminimum deckenden Betrag hinaus sperrt, die nicht zur Weiterführung eines nützlichen oder mindestens unschädlichen Betriebes dienen, würde die Wirkung haben, den unproduktiven Konsum einzuschränken und den produktiven zu fördern. Es würde zugleich die erste Reserve des Landes, soweit sie bei den Kredit- und Sparinstituten ruht, vor der Verzettelung bewahren und teilweise für den Staat frei machen. Immerhin ist es nicht zu empfehlen, diesen Eingriff ohne Not mitten im Kriege zu vollziehen, wenn man es einmal unterlassen hat, ihn bei Ausbruch des Krieges vorzunehmen, also in einem Stadium, wo eine ganze Anzahl von Gründen für seine Anwendung sprechen. Denn wenn auch die heftig erschütterte Wirtschaft das Moratorium mehr als eine Wohltat denn als eine Belästigung empfindet, so lange sie sich noch einem desorganisierten Kredit- und Zahlungsverkehr gegenübersieht, so nimmt die Maßregel doch in dem Maße, wie die Panik schwindet und der Verkehr sich den Verhältnissen anpaßt, den Charakter einer Störung an, die man eher zu beseitigen als zu vertiefen bemüht sein muß.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Wirtschaftsführung haben auch die beiden Elemente der Sitte und der Mode, die sich in Kriegszeiten sehr leicht in den Dienst des nationalen Gedankens stellen lassen. Es bedarf nur des guten Beispiels von oben und eines ehrlichen Appells an das gesunde Volksempfinden, um jeden Luxus, jede Verschwendung von Gut und Arbeitskraft der öffentlichen Mißbilligung preiszugeben. Die Abkehr vom schädlichen zum neutralen oder nutzbringenden Konsum erfolgt dann ohne weiteres, denn der Appell von außen deckt sich absolut mit dem inneren Fühlen des

Digitized by Google

Einzelnen. Sobald nur der Irrglaube beseitigt ist, daß der Konsum unterschiedslos und in jeglicher Form ein erwünschter Wirtschaftsanreger sei, gibt das im Kriege hochentwickelte Schamgefühl einen trefflichen Regulator für die Richtung des Volksverbrauchs und damit einen brauchbaren Wegweiser für die Neuorientierung der Wirtschaft ab.

Wirksamer aber noch als in ihren Aeußerungen läßt sich die Verschwendung in ihren Voraussetzungen bekämpfen. Der Luxus verschwindet von selbst, wenn ihm die Gelegenheit zur Betätigung fehlt. Das hat die deutsche Reichsregierung richtig erkannt und in ihren jüngsten Verordnungen betreffend die Brotfruchtversorgung klar zum Ausdruck gebracht. Sie hat sich nicht damit begnügt, an die Oeffentlichkeit zu appellieren und ihr einen haushälterischen Konsum des nationalen Getreidevorrats oder wie es gelegentlich drastisch ausgedrückt worden ist, ein „Anziehen des Schmachtriemens" zu empfehlen; sondern sie hat die gebotene Sparsamkeit im Verordnungswege erzwungen. Sie hat den Konsum reinen Weizen- und Roggenbrotes unmöglich gemacht, indem sie die Bäcker als Produzenten hinderte, solch Brot herzustellen. Was der Staat hier auf dem Gebiete der Naturalverpflegung getan hat, das kann er auch auf anderen Gebieten tun, um die Vergeudung von Geld und Arbeit zu verhindern, die ihm die Ausrüstung des Heeres und die technische Kriegführung indirekt verteuert und erschwert. Er braucht nicht gerade mit Verboten vorzugehen; aber er kann beispielsweise das Aushebungsgeschäft regulierend handhaben, indem er nützlichen Betrieben ihre Arbeiter nach Möglichkeit läßt, reinen Luxusindustrien dagegen, sofern sie sich nicht als Lieferanten für den Export ausweisen, die Arbeitskräfte entzieht. Er kann ferner viel erreichen, indem er das wichtige Element des Kredits zweckentsprechend handhabt. Von der Reichsbank an bis zum letzten Bankier muß die Losung sein: Billiger Kredit für den Heereslieferanten und seine Hilfsindustrien, teurer Kredit für die Luxusproduktion. (Augenblicklich liegen die Kreditverhältnisse gerade umgekehrt.)

So gibt es zahlreiche Mittel, um die Wirtschaft ohne allzu drakonische Maßnahmen auf Kriegsfuß zu bringen.

Digitized by Google

Ihre Wirkung ist stets dieselbe: Freimachung der in Funktionen niederer Nützlichkeit gebundenen Gelder und Arbeitskräfte, von denen die ersteren als eine Art Liquidationserlös die Reserve auffüllen, aus welcher der Staat seinen Kriegsbedarf schöpft, die letzteren, soweit der Staat sie nicht im Felde braucht, sich den Industrien zur Verfügung stellen, die durch den Krieg und für den Krieg arbeiten. Die natürliche Wirkung, nämlich die allgemeine Senkung der Preise und Löhne, ist kein Uebel, das bekämpft werden muß, sondern die erwünschte Begleiterscheinung einer Wirtschaftsweise, die auf das Notwendige gerichtet ist, und einer Volksanschauung, die für die Dauer des Kriegs auf gewisse individuelle Annehmlichkeiten zugunsten des nationalen Besten verzichtet. Daß zahlreiche Arbeitskräfte frei werden und sich, um leben zu können, zu billigen Löhnen anbieten müssen, entspricht nicht nur der Konsumbeschränkung, die sich jeder einzelne auferlegen muß, und die der Staat mit seinen Brotfruchtverordnungen erzwingen will, sondern es hat vor allem die wichtige Folge, daß zahlreiche Betriebe, die nicht zur Kriegsindustrie übergehen konnten und mangels lohnenden Absatzes geschlossen werden mußten, jetzt durch die niedrigeren Löhne und die infolge Konsumverringerung ermäßigten Materialpreise wieder konkurrenzfähig werden — nicht für die Versorgung des Inlandes, sondern für die des Auslandes. Der Ueberschuß, den diese verbilligte Exportproduktion erzeugt, braucht nicht geringer zu sein als der Ueberschuß, den die mit hohen Löhnen und Materialpreisen beschwerte Inlandsindustrie bisher dem Staat zur Verfügung stellen konnte; sie hat aber vor dieser den großen Vorzug, daß sie den Ueberschuß aus dem Auslande holt, also eine nationale Bereicherung herbeiführt und zugleich die gestörte Zahlungsbilanz, die uns momentan alle Auslandsbezüge so erheblich verteuert, wieder ins Lot bringt.

Erst wenn die Ausfuhr hinreicht, um die Einfuhr und den Kriegsaufwand im Auslande voll zu decken, ist die Nationalwirtschaft wirklich auf Kriegsfuß gebracht. Die Zahlungsbilanz und ihr Index, die Devisenkurse, zeigen mit unübertrefflicher Genauigkeit an, ob die Preise und Löhne im Inland auf dem durch die Zeit- und Ortsverhält-

Digitized by Google

nisse gerechtfertigten Niveau, oder ob sie über diesem Niveau stehen. Selbst eine ungleich schärfere Absperrung vom Weltmarkt, als sie England über uns zu verhängen vermag, ist nicht imstande, diese registrierende Eigenschaft der Zahlungsbilanz zu beseitigen oder ihre Genauigkeit zu beeinträchtigen; denn in dem Maße, wie die Auslandsware Eingang findet, hat auch die Inlandsware stets Gelegenheit zum Ausgang; Ausfuhrverbote hemmen den Export nicht, sondern geben ihm nur eine andere Zusammensetzung. Solange die Zahlungsbilanz auf Passivität weist, kann es als feststehend angenommen werden, daß im Lande selbst mehr konsumiert als produziert, mehr gefragt als angeboten und daher jede Leistung über ihren berechtigten Wert hinaus bezahlt wird. Und die durch die Umorganisierung der Wirtschaft herbeigeführte Senkung der Preise und Löhne ist nichts anderes als die Korrektur dieser Anomalie.

Funktioniert die Wirtschaft aber erst in der durch den Kriegszustand erforderlich gewordenen Weise, so kann ein Land mit der technischen und intellektuellen Leistungsfähigkeit Deutschlands die finanziellen Lasten eines Weltkriegs mit Gleichmut tragen. Der Staat wird dann aus den Ueberschüssen der laufenden, von ihm selbst in ihrer Richtung maßgebend beeinflußten Produktion und aus der sich immer neu bildenden, durch die Enthaltsamkeit der Bevölkerung gespeisten Barreserve stets die nötigen Mittel zur Kriegführung entnehmen können. Der Vorsprung, den andere Länder bei Beginn des Krieges durch besser gefüllte Reserven erster und zweiter Ordnung haben, wird, je länger der Krieg dauert, desto mehr durch die zweckentsprechende Organisation der leistungsfähigen Wirtschaft, durch die Anpassung der Bevölkerung an den Krieg und seine Forderungen ausgeglichen. Sparsamkeit und Arbeitsamkeit füllen die anfangs noch erhöhungsbedürftigen Reserven sehr schnell auf, und mit einer Anleihe nach der anderen kann der Staat in diese Reserven greifen, in denen sich der Ueberschuß der Produktion über den privaten Konsum verkörpert, der zugunsten des Muß-Konsumenten „Staat" zurückgetreten ist.

Erweisen sich die Ueberschüsse trotzdem als nicht

Digitized by Google

genügend, was in einem Lande wie Deutschland immer nur auf einen ungenügenden Grad der Umorganisierung zurückgeführt werden kann, so stehen dem Staate noch zahlreiche Mittel zu Gebote, um die Wirtschaft zu weiterer Anpassung an den Krieg zu zwingen. Er kann, wenn er will, verhindern, daß der Gewinn, den die Wirtschaft aus seinen eigenen Kriegsbestellungen zieht, eine ungeeignete Verwendung findet, indem er den Kaufpreis seiner Bezüge nicht in bar, sondern in Schatzanweisungen zahlt. Um den üblen Anschein einer Zwangsanleihe zu vermeiden, muß er dann dafür Sorge tragen, daß die Reichsbank oder andere Institute diese an Zahlungsstatt gegebenen Schatzanweisungen bevorschussen, aber nur in dem für die Weiterproduktion unbedingt erforderlichen Umfange. Die Lieferanten müssen andauernd genötigt sein, sich anderwärts nach Kapital umzusehen, und so dahin zu wirken, daß sich möglichst viel Kapital der minder nützlichen Produktion entzieht, um die nützlichste, diejenige für den Krieg, aufzusuchen. Damit hat der Staat seinen Zweck erreicht; und er hat überdies den Vorteil, daß der gewollte Effekt, nämlich, daß Dritte die Mittel für seinen Kriegsbedarf liefern, nicht auf dem Umwege über eine Anleihe, sondern direkt, unauffällig und kostenlos durch Einbehaltung der Kaufpreise erzielt wird. Der Staat kann noch einen Schritt weiter gehen und einen Teil der sich ständig aus der Produktion regenerierenden Landesreserve dadurch seiner unmittelbaren Verfügung zuführen, daß er der Reichsbank oder den Staatsbanken während des Krieges die Annahme relativ hoch verzinslicher Depositen gestattet. Denselben Zweck kann er aber auch auf andere Weise erreichen, indem er die bei den Banken und Sparinstituten sich bildenden Reserven ständig durch Begebung von Schatzscheinen abschöpft, sie so vor einer ihm nicht genehmen Verwendung bewahrt, und sie schließlich in dem Umfange und mittels der Bezüge, die er jeweilig für geboten hält, wieder in den Verkehr zurücksickern läßt.

Auf der anderen Seite kann und muß der Staat aber dafür Sorge tragen, daß nichts geschieht, was den Ansporn der Produktivität zur Höchstleistung beseitigt oder mindert. Dazu ist es unter anderem erforderlich, daß er

Digitized by Google

die charitative Betätigung der Oeffentlichkeit, und nicht zuletzt seine eigene, fortgesetzt auf ihre Wirkungen hin prüft. Es ist eine verhängnisvolle Art von Wohltätigkeit, wenn viele Millionen an Kriegsunterstützungen, die Monat für Monat in die Bevölkerung dringen, rein schematisch und ohne Kontrolle hingegeben werden, und wenn — wie es heute tausendfach beobachtet werden kann — berufstätige Personen dadurch vom Weiterarbeiten abgehalten werden. Wo nicht Krankheit, Schwäche oder Sorge für zahlreiche Kinder Ausnahmen nötig machen, tut Arbeitsgelegenheit not, nicht Almosen oder Renten. Nach dem Kriege mag die milde Hand des Staates und der Gemeinden sich weit öffnen und die des Ernährers Beraubten materiell so günstig stellen wie nur möglich. Während des Krieges aber darf keine Hand müßig bleiben, die auch nur die bescheidenste Arbeit zu leisten imstande ist, solange nicht der letzte Soldat seine Wollstrümpfe, Handschuhe und Leibbinden hat. Jeder Einzelne ohne Ausnahme muß heute arbeiten, muß zu seinem Teil dazu beitragen, daß die Nationalproduktion in der ihr durch den Krieg gewiesenen Richtung das Maximum hergibt, dessen sie fähig ist. Wenn dabei zunächst die Löhne sinken, um so besser. Auch dem Arbeiter wird nach dem Kriege seine Entschädigung werden. Heute erfüllt er durch billige Hingabe seiner Muskelkraft und Geschicklichkeit die wichtige nationale Aufgabe, alle Preise auf das zur Herstellung der Parität mit dem Auslande erforderliche Niveau zu ermäßigen, die Zahlkraft unserer Währung intakt zu erhalten und unsere Einfuhr zu verbilligen.

Spare und arbeite für den Staat! Das ist die Devise, nach der die Umorganisierung der deutschen Wirtschaft vor sich gehen muß. Geschieht das — und erfreuliche Ansätze dazu sind bereits zu beobachten — so werden uns die letzten hundert Millionen, mit denen Lloyd George uns droht, auch bei der denkbar längsten Dauer des Krieges nicht schrecken. Wir werden dann finanziell genau so stark sein, wie wir es militärisch sind.

Welche Stellung die Reichsbank im allgemeinen und ihr Privileg der Ausgabe ungedeckter Noten im besonderen in dem Prozeß der Umbildung unserer Friedenswirtschaft in eine Kriegswirtschaft einnehmen, davon ein andermal.

Alfred Lansburgh.

Digitized by Google

Verschiebung des Exportes von der Kohle zum Fabrikat.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat läuft am 31. Dezember 1915 ab. Die Erneuerung des Vertrages hat den Zechen schon viel Kopfzerbrechen gemacht, ist aber in den letzten Monaten durch die politischen Ereignisse in den Hintergrund des allgemeinen Interesses gedrängt worden, obwohl die Neubildung des Syndikates eine Sache von höchster Eile ist. Denn wenn auch selbständige Verkäufe der Zechen noch bis zum Ende des nächsten Jahres ausgeschlossen sind, so sind die Zechen doch berechtigt, schon lange vorher Verträge für die Verwertung ihrer Erzeugung nach dem 31. Dezember 1915 abzuschließen. Vor allem aber muß es sich innerhalb der nächsten paar Wochen entscheiden, ob das Syndikat in der bisherigen Form fortbestehen soll oder nicht, weil in letzterem Falle der Syndikatsvertrag bis zum Ende dieses Jahres, d. h. ein volles Jahr vor seinem Erlöschen, gekündigt sein muß. Sollte keines der Syndikatsmitglieder bis dahin schriftlichen Widerspruch zu Händen des Syndikats-Vorstandes erheben, so gilt der Syndikatsvertrag als auf weitere zehn Jahre verlängert. Mit einer solchen stillschweigenden Verlängerung kann diesmal jedoch auf keinen Fall gerechnet werden, und deshalb würden die Zechen nach dem 31. Dezember d. J. auch moralisch frei in ihren Verkaufsdispositionen werden, wenn bis dahin kein neues Abkommen sie bindet. Der vorletzte Syndikatsvertrag sollte am 31. Dezember 1905 sein Ende erreichen, aber bereits am 15. September 1903 war der neue Vertrag notariell festgestellt. Sehr frühzeitig war auch die Erneuerung des ersten Syndikatsvertrages erfolgt, der bis zum 1. März 1898 geschlossen war, aber schon am 31. Juli 1895 erneuert wurde. Die Dringlichkeit war also noch niemals so groß wie diesmal; sie hat auch bereits den Vorschlag einer provisorischen Verlängerung gezeitigt. Danach sollen die Mitglieder sich verpflichten, nicht vor dem 30. September 1915 selbständige Verkäufe vorzunehmen. Da aber in diese Verpflichtung auch die außerhalb des Syndikates stehenden Zechen der jetzigen Verkaufsgemeinschaften hineingezogen werden sollen, so ist es sehr zweifelhaft, ob die bedingungslosen Erklärungen sämtlich rechtzeitig einlaufen werden.

Nun liegt die Möglichkeit allerdings sehr nahe, daß den rheinisch-westfälischen Zechen der selbständige Verkauf von Kohle im nächsten Jahre verboten wird, wenn sie nicht sämtlich freiwillig darauf verzichten. Denn der mit besonderen Vollmachten ausgestattete Bundesrat ist sehr geneigt, wirtschaftliche Komplikationen auf dem Wege der Verordnung zu beseitigen.

Digitized by Google

Es besteht also die Gefahr, daß die Regierung sich in einer Frage festlegt, deren Entscheidung so schwerwiegend für die ganze wirtschaftliche Entwicklung ist, daß sie nicht über das Knie gebrochen werden sollte. Wenn die Neubildung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates erfolgt, so muß dabei den Interessen der Volkswirtschaft mehr Rechnung getragen werden als bisher. Die Wahrnehmung dieser Interessen ruht in der Hand der Reichsregierung sowie der Regierung des größten deutschen Bundesstaates, Preußens, das viele Millionen aufgewendet hat, um zu einem Einflusse auf die Kohlenproduktion zu gelangen, der ihm die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses erleichtert.

Gegen das Kohlensyndikat, das in seiner jetzigen Gestalt über zwanzig Jahre besteht, sind von den Verbrauchern ebenso wie von den Vertretern der Oeffentlichkeit im Parlament und der Presse vornehmlich zwei Vorwürfe erhoben worden; der eine betrifft — um ihn in der schärfsten Form auszudrücken — den Kohlenwucher im Inlande, der andere die Kohlenverschleuderung im Auslande. Zu dem ersten Vorwurf will ich hier nicht Stellung nehmen. Ich lasse es dahingestellt, ob durch niedrigere Kohlenpreise der industrielle Verbrauch gehoben werden kann, und ob sich die Rückschläge der Konjunktur durch rechtzeitige Verbilligung der Kohle vermeiden oder doch mildern lassen; ob andererseits durch billige Kohlen einer Verschwendung dieses Teiles des Nationalvermögens Vorschub geleistet werden würde, und ob endlich die höheren Löhne, die gesteigerte Kaufkraft der Bergleute und Aktionäre bei hohen Kohlenpreisen der Volkswirtschaft nützlicher sind als die Begünstigung der Kohle verbrauchenden Fabrikanten durch billige Preise. Diese Fragen der Preispolitik werden wohl niemals zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst werden können, und das einzige Rezept für ihre Behandlung dürfte bleiben: sich von Uebertreibungen nach jeder Seite hin freizuhalten.

Anders verhält es sich mit der Beschuldigung der Kohlenverschleuderung im Auslande. Hier stehen nicht inländische Interessen einander gegenüber, sondern inländische Interessen den ausländischen. Die Tatsache, daß vom Kohlensyndikat im Auslande billiger verkauft wird als im Inlande, namentlich als in dem sogenannten unbestrittenen Absatzgebiet, wird zwar von einigen Vertretern der Zechen auch heute noch in Abrede gestellt; sie war aus mancherlei Gründen auch in der Kartellenquete nicht einwandfrei aufzuklären. Aber die natürlichen Verhältnisse in den meisten ausländischen Absatzgebieten, vor allem der scharfe Wettbewerb mit den britischen, belgischen und französischen Zechen, würden selbst dann keinen Zweifel daran lassen, daß das Syndikat seine Kohle jenseits der Grenze billiger verkauft als dies-

Digitized by Google

seits, wenn die Preise und die Klagen der Konkurrenten über diese Preise nicht bekannt wären. Im einzelnen darüber zu streiten, ob ein bestimmter Abschluß unter Berücksichtigung der Fracht, der Sorte, der Menge, der Rabatte und der Rückvergütungen zu billig war oder nicht, wird meist ein müßiges Beginnen sein, denn solange nicht die gesamte Geschäftsführung des Syndikates, seiner Untergesellschaften und seiner Vertreter in jeder Einzelheit nachgeprüft werden kann, wird es stets möglich sein, daß bei der Erörterung konkreter Fälle die Theoretiker und die Beamten von den Kaufleuten um die Wahrheit herumgeführt werden.

Einen ungefähren Begriff von dem Umfang der Preisnachlässe bei den ausländischen Verkäufen ergibt die Höhe der Umlage beim Kohlensyndikat. Sie ist zugleich der beste Beweis für das Bestehen von Schleuderverkäufen überhaupt. Ueber den Export, die Auslandsverkäufe und die Umlage ist das Syndikat recht schweigsam, und in seinen Jahresberichten finden sich darüber nur sehr oberflächliche Angaben; sogar in den Satzungen ist die Umlage fast ganz übergangen worden. Der letzte Jahresbericht der Aktiengesellschaft Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat weist in der Gewinn- und Verlustrechnung nur einen Einnahmeposten aus: „Umlage abzüglich gezahlter Entschädigungen“ in Höhe von 3,78 Mill. M., dem auf der anderen Seite in gleicher Höhe die allgemeinen Unkosten gegenüberstehen. Das Syndikat ist als solches keine Erwerbsgesellschaft, es verdient an dem Handel mit Kohlen, Koks und Briketts nichts. Jedes Jahr werden unter normalen Umständen an Hand der vom Beirat festgestellten allgemeinen Richtpreise „Verrechnungspreise“ für alle Qualitäten und Sorten jeder beteiligten Zeche festgesetzt. Sie bilden den Kaufpreis für die Produkte der beteiligten Zechen und sind den monatlichen Abrechnungen zugrunde zu legen. (§ 5, Abs. 2 des Syndikatsvertrages.) Was das Syndikat über die Verrechnungspreise hinaus im unbestrittenen Absatzgebiete tatsächlich erzielt, verbleibt der liefernden Zeche und wird ihr monatlich gutgeschrieben. (§ 5, Abs. 4.) Der Zweck dieser Bestimmung ist, die Zechen zur Verbesserung der Qualitäten anzuregen. Im bestrittenen Absatzgebiet werden kaum Mehrerlöse über die Verrechnungspreise hinaus zu erzielen sein, so daß hier eine Bestimmung nicht nötig ist. Wohl aber fehlt eine solche für die Deckung von Unterpreisen. Diese fallen den Geschäftsunkosten zur Last, und über diese heißt es in § 6, Abs. 1 des Syndikatsvertrages: „Zur Deckung der Geschäftskosten und einer etwaigen Unterbilanz wird ein gleichmäßiger prozentualer Abzug von den Monatsrechnungen vorgenommen, dessen Höhe der Beirat feststellt.“ Das ist die sogenannte „Umlage“. Sie wird also vom Gesamterlös der verkauften Produkte, mindestens vom Ver-

Digitized by Google

rechnungspreise, erhoben. Ihre jährliche Höhe läßt sich nur schätzungsweise feststellen, erreicht aber ungefähr den zwanzigfachen Betrag der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Syndikates ausgewiesenen Summe. Die Umlage für Kohle betrug im Jahre 1913 durchweg 7 %, nachdem sie in den vorhergehenden Jahren wesentlich höher gewesen war und schon mehr als 10 % betragen hatte. Für Koks schwankte die Umlage zwischen 3 % und 7 %, für Briketts zwischen 5 % und 7 %. Der Kohlenabsatz des Syndikates hatte sich im Jahre 1913 auf 57,14 Mill. t belaufen, der Koksabsatz auf 13,33 Mill. t, der Brikettabsatz auf 4,33 Mill. t. Rechnet man mit einem durchschnittlichen Verrechnungspreise für Kohle von 13 M. pro Tonne, für Koks von 18 M. und für Briketts von 12 M., so stellt sich die Gesamtsumme aller Umlagen im Jahre 1913 auf schätzungsweise 65 Mill. M. Da das Syndikat eine Umlage abzüglich der Entschädigungen mit 3,78 Mill. M. ausweist, so müssen die Entschädigungen schätzungsweise mehr als 60 Mill. M. betragen haben; einige Jahre zuvor waren sie von 100 Mill. M. nicht mehr weit entfernt gewesen. Was sind das nun für „Entschädigungen", die das Syndikat leistet? Zahlungen dieser Art hat das Syndikat, soweit bekannt ist, nur an frühere Kohlenhändler zu zahlen, die aufgekauft worden und nun im Genuß einer Syndikatsrente sind. Doch können diese Ruhegehälter bei weitem nicht jene hohe Summe erreichen, und es ist nicht einmal sicher, ob sie überhaupt in den Entschädigungen, und nicht vielmehr in den allgemeinen Unkosten enthalten sind. Nein, diese Entschädigungen stellen fast ausschließlich einen Ausgleich an diejenigen Untergesellschaften und Vertreter dar, die unter den Verrechnungspreisen verkaufen müssen. Und das ist vor allem im Auslande der Fall. Wieviel Kohlen das Syndikat alljährlich exportiert, darüber bewahrt es Schweigen. Es wird aber ungefähr zwei Drittel der deutschen Gesamtausfuhr besorgen, die sich im Jahre 1913 auf 34,57 Mill. t Kohle und 6,45 Mill. t Koks stellte. Demnach würde sich die Entschädigung von 60 Mill. M. auf etwa 23 Mill. t beziehen und 2 bis 3 M. pro Tonne exportierter Kohle betragen. Da in den vorhergehenden Jahren die Umlage des Syndikates wesentlich höher, die Kohlenausfuhr dagegen bedeutend niedriger war, so ist der Minderpreis der ausgeführten Kohle noch beträchtlicher, die Kohlenausfuhr also von einer „Verschleuderung" nicht mehr weit entfernt gewesen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß damals auch für den Absatz im bestrittenen inländischen Absatzgebiet Entschädigungen gezahlt worden sein dürften.

Nach diesen Feststellungen, die durch die Schuld des Syndikates nur Schätzungen sein können, sind die Auslandsverkäufe des Syndikates zu wesentlich niedrigeren Preisen wohl als erwiesen

Digitized by Google

anzusehen, und es bleibt nur noch zu untersuchen, welchen Nutzen oder Schaden die Volkswirtschaft von ihnen hat. Eine alte Forderung der Nationalökonomie ist die Zurückhaltung der Rohstoffe im Inlande, die aber nur so weit zu gehen hat, wie die Rohstoffe im Inlande verarbeitet werden können. Sparsamkeit mit den deutschen Kohlenvorräten um ihrer selbst willen ist nicht angebracht, da diese für Jahrhunderte reichen und ihre Verwendbarkeit noch dazu nicht für alle Ewigkeit einwandfrei sichergestellt ist. Je mehr von den schwarzen Schätzen in lebendiges Kapital umgewandelt werden kann, desto leistungsfähiger wird die Volkswirtschaft. Von diesem Gesichtspunkt aus würde der billige Kohlenverkauf in das Ausland zu verteidigen sein. Es kommt aber ein anderes hinzu. Die Kohlen sind kein Lebensmittel, sondern ein industrieller Rohstoff. Wer von zwei unter gleichen wirtschaftlichen Bedingungen arbeitenden Fabrikanten billiger Kohle einkaufen kann, der schlägt die Konkurrenz des anderen. Als solche Konkurrenten stehen sich die Industrien der einzelnen Länder gegenüber. Bei einigen Rohindustrien spielen in der Tat die Kosten des Brennmaterials eine große Rolle. In erster Linie ist hier an die Roheisenindustrie zu denken, bei der auf eine Tonne Roheisen etwa eine Tonne Koks verbraucht wird. Bei einem um 5 M. billigeren Einkauf des Koks kann also das Roheisen um den gleichen Preis billiger verkauft werden, und entsprechend die weiteren in den gemischten Werken erzeugten Fabrikate. Die Montanbetriebe Südwest-Deutschlands sitzen so dicht neben denen Belgiens und Frankreichs, daß selbst kleinere Differenzen im Kokspreis eine Rolle spielen, wenn das Syndikat nach Belgien und Nordfrankreich billiger verkauft als an die deutschen Hütten, die keine eigenen Zechen besitzen. Auf dem Weltmarkt stehen gerade die in dem gleichen Erzrevier fußenden Riesenwerke des Auslandes in einem lebhaften Wettbewerb mit den deutschen Betrieben, die auf eine Ausfuhr ihrer Erzeugnisse angewiesen sind. In der ganzen Eisenindustrie macht sich die Wirkung der billigen Kohlenverkäufe ins Ausland empfindlich bemerkbar (wenn auch die Folgen nicht ganz so handgreiflich und ruinös sind, wie die der Verschleuderung deutschen Halbzeugs durch den Stahlwerksverband nach England, wodurch ganze Zweige der Fabrikatindustrie in Deutschland lahmgelegt worden sind). Jedenfalls ist daran festzuhalten, daß durch zu billige Kohlenverkäufe an die ausländische Industrie oder die fremde Schiffahrt der Wettbewerb deutscher Gewerbe auf dem Weltmarkt erschwert, ihre Ausfuhr gehindert und dadurch die Volkswirtschaft geschädigt wird. Denn für diese ist unter allen Umständen die Ausfuhr der verarbeiteten Erzeugnisse nützlicher als die des Rohstoffes; ganz besonders aber dann, wenn an Roh-

Digitized by Google

stoffen nichts verdient wird, wie es bei der Kohlenausfuhr der Fall ist. Zugegeben ist, daß nur ein Teil des Kohlenexportes in dieser Richtung schädlich wirkt, ein anderer Teil dagegen, der zur Hausfeuerung, zur Gaserzeugung und ähnlichen Zwecken verwendet wird, und bei dem von der Unterstützung einer Konkurrenz nicht die Rede ist, einen Schaden nur in Höhe des erzielten Minderpreises verursacht.

Von den Vertretern der Zechen wird nun behauptet, daß die Kohlenausfuhr für ihre Industrie ein unentbehrliches Ventil sei, um Krisen zu verhindern; ebenso wie die Eisenindustrie mit dieser Begründung für sich das Recht von Schleuderverkäufen in das Ausland in Anspruch nimmt. Ein Massenexport um jeden Preis sei in schlechten Zeiten notwendig, um eine Einschränkung der Produktion und die damit verbundenen Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Vereinzelt begegnet man auch der Auffassung, daß die Kohlenausfuhr vom Syndikat tatsächlich nach dem genannten höheren Gesichtspunkt gehandhabt wird. Diese Anschauung ist aber irrig. Sie hat nur insofern einen richtigen Kern, als die Preisschleuderei in schlechten Zeiten größer ist als in guten. In den letzten fünf Jahren hat sich die deutsche Kohlenausfuhr unaufhörlich vergrößert, obgleich die Konjunktur erst nach oben, dann nach unten ging. Die Ausfuhrziffern für Kohlen und Koks lauteten:

1909	23,35	Mill.	To.	Kohlen	3,44	Mill.	To. Koks
1910	24,26	„	„	„	4,13	„	„ „
1911	27,41	„	„	„	4,56	„	„ „
1912	31,14	„	„	„	5,85	„	„ „
1913	34,57	„	„	„	6,45	„	„ „

Die Ausfuhr von Kohlen und Koks ist also in guten und schlechten Zeiten gewaltig gestiegen. Von einer Anpassung an die Schwankungen der Konjunktur kann nicht die Rede sein.

Worauf die große Koksausfuhr, die sich in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt hat, zurückzuführen ist, dürfte allgemein bekannt sein. Sowohl von den gemischten (Kohle Eisen) Werken als auch von den reinen Zechen ist die Kokserzeugung sehr stark ausgedehnt worden, und zwar der Nebenprodukte wegen. Vor allem werden die Koksofengase gebraucht, von den Stahlwerken zum Antrieb ihrer Walzenstraßen, von den reinen Zechen zur Gasversorgung des Industriereviers. Die Expansion der Koksindustrie ist in solchem Umfange vor sich gegangen, daß trotz des großen Exportes das Syndikat im laufenden Jahre nur die Hälfte der Erzeugungsfähigkeit in Koks hat freigeben können.

Die Zunahme der Kohlenausfuhr beruht auf ähnlichen Gründen. Die einzelne Zeche hat infolge ihrer Zugehörigkeit zum Syndikat nicht mehr das Risiko ihrer Produktionsvergrößerung zu tragen. Sobald für die neuen Anlagen eine Beteiligungs-

Digitized by Google

ziffer bewilligt ist, muß das Syndikat die prozentuale Erzeugung der neuen Betriebe zu dem Verrechnungspreise abnehmen. Es kann dann zusehen, wo es die Kohlen los wird. Einen Verlust beim Verkauf trägt nicht die Zeche, die ihn verursacht hat, sondern die Gesamtheit der Syndikatsmitglieder. Die Zechen vergrößern also ihre Anlagen, und das Syndikat stößt dann die Produktion ins Ausland mit Preisopfern ab. Daraus ergibt sich, daß die billige Kohlen- und Koksausfuhr nicht Willkür der Syndikatsverwaltung ist, sondern daß sie im Wesen dieses Verbandes selbst beruht. Nicht der Zwang der Konjunktur ist es, der die Massenausfuhr des wichtigsten Rohstoffes, die Unterstützung der Konkurrenzindustrien mit billigem Rohstoff zur Folge hat, sondern der Zwang des Syndikatsvertrages. Deshalb müssen aber auch bei der Erneuerung des Syndikatsvertrages Maßnahmen getroffen werden, durch die eine weitgehende, der Volkswirtschaft abträgliche Kohlenausfuhr verhindert wird.

Die Kohlenausfuhr an sich ist der Volkswirtschaft nützlich, auch wenn sie der ausländischen Industrie den Rohstoff liefert; bei einer Sperrung des deutschen Exports würde jene sich einfach anderweitig versorgen. Schädlich aber ist die billige Ausfuhr von Kohle. Daraus ergibt sich als die einzig zweckmäßige Maßnahme zu ihrer Verhinderung ein Verbot der Kohlenausfuhr unter den Inlandspreisen, wobei der Kohlenindustrie noch so weit entgegengekommen werden könnte, daß als Basis für das Ausland der Preis „ab Grenze" genommen würde. Eine solche Verhinderung der zu billigen Kohlenversorgung des Auslandes muß die Voraussetzung für jeden Schritt sein, den die Regierung zugunsten einer zwangsweisen Verlängerung des Syndikates tut; vor allem aber für jede Verständigung des Preußischen Bergfiskus mit dem Syndikat. Da diese Verständigung eine Vorbedingung für das künftige Bestehen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates ist, so ist die Unterbindung der Schleuderverkäufe im Ausland ohne besondere gesetzliche Maßnahmen möglich. Ein weiterer Druck auf das Syndikat kann noch im Wege der Tarifpolitik ausgeübt werden, indem man ebenso wie alle anderen Kohlenexporteure nur dann in den Genuß niedrigerer Ausfuhrtarife für Kohlen gelangen läßt, wenn der Nachweis erbracht wird, daß die auszuführenden Kohlen nicht unter dem Inlandspreis verkauft worden sind.

Eine derartige Verhinderung der Kohlenausfuhr unter den Inlandspreisen, deren Durchführbarkeit außer Zweifel steht, kommt nun aber einer sehr starken Verhinderung der Kohlenausfuhr überhaupt gleich. Die Ausfuhr würde vielleicht auf die Hälfte herabsinken, vielleicht noch tiefer. Und

Digitized by Google

das kann für die Kohlenindustrie schwerwiegende Folgen haben. Eine Ueberschwemmung des inländischen Marktes mit Kohle und Koks braucht man bei der straffen Organisation des Syndikates zwar nicht zu befürchten. Die Einschränkung der Koksproduktion auf weniger als die Hälfte der Leistungsfähigkeit ist der beste Beweis dafür, daß vom Syndikat auch eine Beschränkung der Ausfuhr durch Betriebsreduktion ausgeglichen werden würde, zumal das Syndikat sicherlich an seinen hohen Preisen festhalten wollen wird. Zu befürchten ist also nur eine weitere Produktionseinschränkung, die Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen zur Folge haben würde — es sei denn, daß eine Verwertung des Exportüberschusses an Kohle in anderer Form erfolgen könnte.

Sehen wir von dieser Ersatz-Möglichkeit zunächst ab, und beschäftigen wir uns mit der Produktionseinschränkung. Die Notwendigkeit einer solchen ist gerade augenblicklich durch den Krieg gegeben. Die Kohlenausfuhr ist zum größten Teil unmöglich geworden, ja vorläufig überhaupt verboten. Was muß die Folge sein? Da die Kohlenausfuhr ihren großen Umfang in erster Linie der Ausdehnung verdankt hat, in die sich die einzelnen Zechen in den letzten Jahren verwickelt haben, so würde sich die Unterbindung der Kohlenausfuhr in einer Verlangsamung der Zechen-Expansion äußern. Aus vielen Gründen wäre es für das Land wünschenswert gewesen, wenn eine solche Wirkung schon früher eingetreten wäre. Die Ausdehnung ist längst über den natürlichen Zuwachs von Arbeitskräften hinausgegangen, hat gewaltige Massen von Arbeitern aus dem Osten nach Westfalen gezogen und dort ein Industrieproletariat gezüchtet, das zum Teil noch dazu aus dem Auslande, aus Rußland, Oesterreich und Italien, stammt und auf keinen Fall einen kulturellen Zuwachs bedeutet. Es führt zu weit, hier auseinanderzusetzen, wie die Bedürfnislosigkeit dieser Elemente eine gerechte Aufbesserung der Löhne, eine Erhöhung der Lebenshaltung verhindert und ganze Gegenden auf einen niedrigeren Kulturstand bringt oder darauf festhält; wie ferner die fremden Arbeiter die Bergbautechnik herunterdrücken und die Gefährlichkeit vergrößern; wie schließlich ein großer Teil des Verdienstes ins Ausland wandert und der deutschen Volkswirtschaft verloren geht. Die Andeutung dieser Wirkungen genügt, um jede künstliche Förderung der Zechenexpansion unerwünscht erscheinen zu lassen, wenn sie nicht auf der anderen Seite eine Bereicherung der Volkswirtschaft bringt. Das ist aber nicht der Fall bei einem billigen Export und niedrigen Transporttarifen. Eines kleinen Zwischenhändler-Gewinnes wegen können wir nicht zugleich Kohlen an das Ausland verschenken und durch ausländische Arbeiter die deutsche Lebens-

Digitized by Google

haltung drücken lassen. Insofern wäre der Zeitpunkt gut gewählt, wenn durch Abschiebung der ausländischen Arbeiter einer etwaigen lohndrückenden Wirkung der Ausfuhrbeschränkung von vornherein entgegengearbeitet werden würde.

Bleibt noch die Möglichkeit eines Ersatzes der schädlichen Kohlenausfuhr durch eine Ausfuhr nützlicher Art. Denn Kohlenexport kann auch nützlich sein, und zwar dann, wenn er in der indirekten Form der Fabrikat-Ausfuhr erfolgt. Der Nutzen beginnt beim Roheisen und ist hier geringfügig, oft sogar fragwürdig, er endet beim Draht oder bei der Nähnadel, und ist hier sehr erheblich. Je weiter verarbeitet das Exportfabrikat ist, desto größer ist der nationale Verdienst daran. Das ist eine alte merkantilistische Lehre, weshalb die Merkantilisten der Ausfuhr von Rohstoffen (und von Rohstoff verarbeitenden Maschinen) überhaupt entgegengetreten sind. Auch die moderne Volkswirtschaft strebt danach, den Export immer weiter vom Rohstoff fort und zum Fabrikat hin zu verlegen. In der Montanindustrie ist dieses Streben durch die Bildung der großen gemischten Konzerne wesentlich erleichtert worden, da diese ebensogut Fabrikate wie Kohle ausführen können. An sie kann daher die Forderung gerichtet werden, daß sie die Kohle ausnutzen und erst als Schienen, Bleche, Draht und andere Produkte auf den Weltmarkt bringen. Die Entwicklung geht ohnehin seit längerer Zeit diesen Weg. Die Hersteller von Rohstoffen gliedern sich in immer größerem Umfange Betriebe der Verfeinerung an. Sie sind die größten Exporteure gerade für Fabrikate geworden, und einer Entlastung der heimischen Volkswirtschaft durch billige Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, die in den Verbrauch des Auslandes übergehen, ist nichts in den Weg zu legen.

Aber nur die gemischten Riesenbetriebe haben dieses Ventil für schlechte Zeiten. Den reinen Werken, in erster Linie den Zechen, die nur Kohle oder Koks herstellen, fehlt es vollkommen. Ihnen ist die Ausfuhr von Fabrikaten verwehrt. Doch gibt es auch hier einen Weg, die bisher ins Ausland gelieferten billigen Kohlen der deutschen Exportindustrie zugute kommen zu lassen. Einen ersten Schritt nach dieser Richtung hat bereits das Kohlensyndikat getan, das ebenso wie der Roheisenverband und der Stahlwerksverband zeitweise Ausfuhrvergütungen bonifiziert, um der heimischen Industrie einen Ausgleich gegen den billigeren Rohstoffbezug der ausländischen Abnehmer zu gewähren. Bei der Ausfuhr von Eisenfabrikaten wird eine Rückvergütung für die bei ihrer Herstellung verbrauchten Kohlen gewährt. Die inländischen Kohlenkäufer erhalten also nachträglich noch einen Rabatt, wenn sie die Kohle in der verfeinerten Form des Fabrikats exportieren. Auf diesem Wege können die

Digitized by Google

reinen Zechen jetzt weitergehen, wenn sie ihren Absatz an Kohle und Koks erweitern wollen. Sie können sich eine Exportindustrie verschiedenster Art heranziehen, deren Leistungsfähigkeit auf niedrigen Einkaufspreisen für Kohlen beruht. Nur müssen die Rabatte wesentlich größer sein als die bisherigen Ausfuhrvergütungen, die weniger als die Hälfte des Betrages ausmachen, um den das Ausland die Kohle zu billig erhält. Das scheint auch der einzige Weg zu sein, auf dem die reinen Zechen einer weiteren Konzentration in der Montanindustrie entgegenwirken können, durch die sie ihre besten Käufer einbüßen. Ist doch allein durch die infolge der hohen Syndikatspreise zustandegekommene Interessengemeinschaft Rombach (Hütte)—Concordia (Zeche) dem Kohlensyndikat ein Abnehmer von jährlich ¾ Mill. t Koks verloren gegangen. Heute können die deutschen Eisenwerke, die Koks einkaufen müssen, auf dem Weltmarkte nicht mit den Werken konkurrieren, die ihn selbst erzeugen. Das muß zum Vorteil der deutschen Volkswirtschaft anders werden.

Aus meinen Ausführungen dürfte hervorgehen, daß eine Verhinderung der billigen Auslandsverkäufe des Kohlensyndikates jetzt nicht nur möglich und für die Volkswirtschaft nützlich ist, sondern daß sie auch ohne nachteilige Folgen für die Kohlenindustrie selbst herbeigeführt werden kann, sofern diese nur die nötigen Vorkehrungen trifft, um den erschwerten Export der Kohle in der Urform durch einen Export in der verfeinerten Form von Fabrikaten wett zu machen.

Dr. Hermann Zickert.

Der verschuldete Hausbesitz im Kriege.

Gegen eine im Felde befindliche Person kann eine Klage wegen Nichterfüllung einer zivilrechtlichen Verpflichtung nicht angestrengt werden. Diese an sich durchaus verständliche Vorschrift hat für den Hausbesitz eine Lage gezeitigt, die dem natürlichen Rechtsempfinden widerspricht. Während ein Bäcker oder ein Kolonialwarenhändler zwar gezwungen werden kann, seine vor dem Kriege entstandenen Forderungen zu stunden, nicht aber, seine Waren ohne Bezahlung weiter zu liefern, kann der Hausbesitzer durch die vorstehende Bestimmung in die eigenartige Lage kommen, seine Wohnräume auch dann zur Benutzung hergeben zu müssen, wenn keine Zahlung der Miete erfolgt. Die Dauer dieses für ihn höchst ungünstigen, unter Umständen sogar ruinösen Verhältnisses ist theoretisch unbeschränkt. Der Krieg mag 5 oder 10 Jahre oder noch länger dauern — während dieser ganzen Zeit kann der Hausbesitzer gegen einen säumigen Mieter, der sich im Felde befindet, und gegen seine, die Wohnung benutzende Familie nicht Klage auf Räumung an-

Digitized by Google

strengen. Dementsprechend kann er auch die unbezahlte Wohnung nicht an einen anderen, zahlungsfähigen Reflektanten vermieten. Allerdings wird der Mietsanspruch durch den Krieg nicht aufgehoben, vielmehr findet nur eine Stundung statt. Aber wie die Erfahrung lehrt, ist die nicht bezahlte Miete in der Regel als verloren anzusehen. Bei dieser Rechtslage kann man es durchaus verstehen, wenn die Hausbesitzer sich dagegen wehren, daß der Staat seine Verpflichtung, für die Familien der zur Fahne Einberufenen zu sorgen, auf ihre Schulter abwälzt, soweit die Unterkunft in Frage kommt. Und wenn sie an die Gemeinden mit der Forderung herantreten, in solchen Fällen eine Mietsunterstützung zu gewähren, so bedeutet das nicht den Anspruch auf einseitige Bevorzugung, sondern nur den berechtigten Wunsch, gegen eine offenbare Ungerechtigkeit geschützt zu werden.

Bis hierher wird auch der Nichthausbesitzer den Bestrebungen zum Schutze des notleidenden Hausbesitzes sich anschließen können — aber auch nicht weiter. Die Wege müssen sich trennen, sobald von seiten der Hausbesitzer verlangt wird, daß ihnen ganz allgemein die Ausfälle, die sie infolge der durch den Krieg eingetretenen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mieter erleiden, ganz oder teilweise ersetzt werden. Darauf laufen aber im Kern die Vorschläge hinaus, die vom Schutzverband für deutschen Grundbesitz zugunsten des Hausbesitzes gemacht worden sind. Zweifellos befindet sich der Hausbesitz, auch abgesehen von dem eingangs genannten Uebelstand, in einer schweren Notlage. Das hat jedoch nichts mit den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen zu tun, sondern war schon lange vor dem Kriege der Fall. Dieser hat die ohnehin vorhandene Notlage vieler Hausbesitzer nur deutlicher zutage treten lassen und sie der Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs noch näher gebracht. Das involviert aber für die Oeffentlichkeit keinerlei Verpflichtung, dem Hausbesitz mehr als dem Bäcker, dem Kolonialwarenhändler und den übrigen Berufsständen zu helfen. Wenn trotzdem auch die Nichthausbesitzer Veranlassung haben, sich mit dem Problem der Hausbesitzernot und ihrer Beseitigung zu beschäftigen, so sind dafür besondere, von mir im Oktoberheft der „Bank“ genannte Gründe maßgebend. Dem Hausbesitz muß geholfen werden — aber nicht um seinetwillen, sondern um der mit ihm unlöslich verbundenen Spar-Interessen halber. Deshalb müssen alle diejenigen Vorschläge verworfen werden, die den Hausbesitz als solchen und unabhängig von den mit ihm verknüpften Gläubiger-Interessen durch Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln vor den wirtschaftlichen Nachteilen des Krieges bewahren wollen. Die städtischen Ver-

Digitized by Google

waltungskreise sind sich denn auch, wie unter anderem aus der Stellungnahme des Deutschen Städtetages hervorgeht, durchaus darüber im klaren, wie bedenklich eine solche Geschenkpolitik sowohl aus prinzipiellen wie aus fiskalischen Gründen wäre. Was die Umstände heute fordern, ist nicht der Schutz einer einzelnen Erwerbsgruppe, mag diese für die kommunale Steuerkraft wichtig oder unwichtig sein. Gefordert werden muß lediglich der Schutz des Realkredits, in dem 40 oder mehr Milliarden Sparkapital verankert sind. Nur für diesen Zweck können die öffentlichen Machtmittel mit Fug und Recht angespannt werden. Bei der Hypothek also ist der Hebel anzusetzen. Wenn es bei einer zu solchem Zweck unternommenen Hilfsaktion nebenbei auch noch gelingt, den auf schwachen Füßen stehenden Hausbesitzer in eine bessere Zeit hinüberzuretten, dann um so besser, Sein Schicksal aber, so nahe es uns rein menschlich gehen mag, steht nicht mehr und nicht weniger zur Debatte, als das irgendeines Geschäftsmannes, der unter der Schuldenlast, die er im Frieden aufgehäuft hat, zu erliegen droht.

Nun ist es freilich richtig: Hausbesitzernot ist in erster Reihe Schuldennot. Der fast bis zum vollen Taxwert und meist über den Effektivwert hinaus hypothezierte städtische Hausbesitz kann, da er Reserven im allgemeinen nicht besitzt, einen irgendwie nennenswerten Mietsverlust nicht ertragen. Es drohen ihm Massensubhastationen, und diese müssen, da sie zu großen Gläubiger-Verlusten führen würden, nach Möglichkeit verhütet werden. Darüber herrscht bei allen Sachverständigen, die sich die Heilung des kranken Hausbesitzes angelegen sein lassen, Uebereinstimmung. Prüft man aber die von ihnen gemachten Vorschläge im einzelnen, so erkennt man sofort, daß sie samt und sonders die Prämisse verleugnen. Ist es ihnen wirklich nur um Hilfe für den notleidenden, oder was dasselbe ist, für den verschuldeten Hausbesitzer zu tun, so müssen sie logischerweise allen denjenigen Besitzern den Anspruch auf Unterstützung aus Mitteln der Allgemeinheit absprechen, deren Häuser so wenig belastet sind, daß selbst die durch den Krieg verringerten Mietseinnahmen noch das Zinsensoll ihrer Hypothekenschulden decken. Darüber hinaus ihnen aus der Tasche der Steuerzahler noch eine Rente zu garantieren, wie es alle bisher bekannt gewordenen Vorschläge tun, dafür liegt nach der von den Sachverständigen selbst vorgetragenen Begründung nicht die mindeste Veranlassung vor. Sonst würde ein schwerreicher Mann, der neben anderen Vermögensobjekten auch ein schuldenfreies Haus besitzt, seine Mietsausfälle von der Gemeinde ersetzt erhalten, während ein kleiner, bei ihm zur Miete wohnender Schuster, dessen Einnahmen während des Krieges ebenfalls stark zurück-

Digitized by Google

gegangen sind, auf keinerlei öffentliche Hilfe rechnen kann. Zu dieser Ungereimtheit kommen die Vorschläge aber, wohl gegen den Willen ihrer Autoren, nur deshalb, weil sie mechanisch die Höhe des Mietsausfalles zum Maßstab der Hilfsbedürftigkeit machen.

Man muß sich eben von vornherein darüber im klaren sein, daß die öffentliche Hilfe nicht bei der Miete, sondern bei der Hypothek einzusetzen hat. Dann wird man erkennen, daß es zuvorderst nötig ist, zu prüfen, in welcher Höhe ein Haus belastet sein muß, damit man von einem, die öffentliche Hilfe im Interesse der Gläubiger rechtfertigenden Notstand sprechen kann. Die Angaben des Grundbuches werden hierfür nicht ohne weiteres genügen. Bei der Dehnbarkeit unserer Taxen (richtiger gesagt: des Gewissens der Taxatoren) wird manches Grundstück, das anscheinend sehr niedrig belastet ist, trotzdem weit in die Zone der Hilfsbedürftigkeit hineinreichen. Immerhin darf man behaupten, daß die Verzinsung einer bei 60 % des vorsichtig ermittelten Unterlagswerts auslaufenden Hypothek selbst im Kriege normalerweise durch die eingehenden Mieten gesichert ist. Diese Ansicht gründet sich auf die bis jetzt gemachte Beobachtung, daß der Mietsausfall selten über $^2/_5$ der Mietssolleinnahme hinausgeht.

Um nun die Lage eines Hausbesitzers an einigen praktischen Beispielen darzutun, sei zunächst ein Haus im Werte von 300 000 Mark gewählt, dessen ganze Belastung 180 000 M. gleich 60 % des Wertes betragen würde. Man darf die Einnahmen aus einem solchen Hause bei normaler Vermietung auf brutto 20 000 M., und nach Abzug der Kosten für Verwaltung, Steuern und Instandhaltung auf netto 15 000 M. veranschlagen. Die Zinsen der Hypothek, zu 4½ % gerechnet, erfordern 8100 M. Sie bleiben also um 900 M. hinter dem während des Krieges auf drei Fünftel gesunkenen Mietseingang von netto 9000 M. zurück. Ein Hausbesitzer, dessen Objekt nicht höher belastet ist, als in diesem Beispiel, ist also weder für seine Person noch für die seines Hypothekengläubigers hilfsbedürftig. Es hieße sich an der Gesamtheit der Steuerzahler, die ihre Mittel gerade jetzt für dringendere Aufgaben nötig hat, versündigen, wollte man ihr in einem solchen Fall Opfer zumuten.

Nun kann man aber ohne weiteres zugeben, daß der vorstehend skizzierte Fall eine nicht eben häufig vorkommende Ausnahme bildet. Und es kommt uns darauf an, den Regelfall ins Auge zu fassen, der wenigstens in den Großstädten, die Belastung bis zum Schornstein ist. Nehmen wir also als Beispiel eine Belastung von „nur" 95 % des Wertes an, und prüfen wir an ihm die Wirkungen, die ein Ausfall in der durchschnittlichen Höhe von $^2/_5$ des

Digitized by Google

Mietssolls auf Besitzer und Gläubiger eines solchen Hauses ausüben würde. Das betreffende Grundbuchblatt sähe ungefähr wie folgt aus:

180 000 (= 60 %)	I.	Hypothek	zu	4½ %	verzinslich
60 000 (= 20 %)	II.	„	„	5¼ %	„
30 000 (= 10 %)	III.	„	„	6 %	„
15 000 (= 5 %)	IV.	„	„	6 %	„ (Handwerker- oder Verwandtenforderung.)

Ein Mietsausfall von zwei Fünfteln würde bei dieser Belastung, wie oben gezeigt, den Zinsendienst der ersten Hypothek überhaupt nicht, den der zweiten Hypothek teilweise gefährden. Die Grenze der gesicherten Verzinsung liegt ungefähr bei 210 000 M. gleich 70 % des Grundstückswertes. Was darüber hinausragt, ist heute notleidend, und müßte im Subhastationsfall als definitiv verloren angesehen werden. Aber auch die erste Hälfte der zweiten Hypothek, deren Verzinsung noch gesichert ist, erscheint stark gefährdet, mit Rücksicht darauf, daß die Ausbietung der Forderung in der Subhastation Baraufwendungen erheischt, die schon im Frieden selten, im Kriege aber wohl nur ausnahmsweise für den Zweitgläubiger verfügbar sind.

Unter welchen Voraussetzungen könnte nun in dem gewählten Beispiel eine Hilfe aus öffentlichen Mitteln in Frage kommen? Meiner Ansicht nach unter den folgenden Voraussetzungen: Erstens: Die Hilfe muß ein Darlehen, und darf nicht ein Geschenk sein. Es widerspricht aller Moral und würde geradezu vergiftende Wirkungen ausüben, wollte man einer einzelnen Gesellschaftsschicht Zuwendungen à fonds perdu machen. Sollten aber die Befürworter einer Geschenkpolitik ihren Standpunkt mit dem Hinweis auf die der gebrandschatzten ostpreußischen Bevölkerung gewährten Staatsentschädigung stützen wollen, so erübrigt es sich wohl, das Schiefe eines solchen Vergleiches ausführlich darzulegen. Die zweite Voraussetzung ist: Es müssen diejenigen Beteiligten Opfer — wenn auch verhältnismäßig kleine Opfer — bringen, die ohne Eingreifen der Oeffentlichkeit große Vermögensverluste erleiden würden. Denn irgend jemand muß die Verluste tragen, die der Krieg dem Hausbesitz zufügt; der Staat kann nur die verhängnisvollen Wirkungen der Verluste mildern, nicht aber diese selbst in ihrem ganzen Umfange aus der Welt schaffen. Der Umfang der zu bringenden Opfer muß nach der Höhe des möglichen Verlustes, d. h. nach dem Risiko der Anlage, abgestuft werden. Um zu veranschaulichen, wie sich der Verfasser eine solche Hilfe denkt, sei angenommen, die Verhandlungen zwischen dem notleidenden Hausbesitz und dem Staat würden etwa in der Weise vor sich gehen, wie eine private Sanierungsaktion, bei der eine Bank sich bereit erklärt, zur Fortführung eines verschuldeten Betriebes einen neuen Kredit

Digitized by Google

herzugeben. Auch die Hilfe, die der Staat dem notleidenden Hausbesitz gewähren soll, läuft ja schließlich auf eine Geldhingabe hinaus, Und zwar wäre der Kredit zweckmäßigerweise für die ganze Dauer des Krieges und noch ein Jahr darüber hinaus zu gewähren.

Für sein Eintreten zugunsten der Gläubiger, muß der Staat, analog dem Vorgange bei privaten Sanierungen, selbstverständlich verlangen, daß die ernstlich gefährdeten Gläubiger einen Nachlaß auf ihre Forderungen gewähren. Dieser Nachlaß hat nicht den Zweck, die Sicherheit der Staatsforderung zu erhöhen; sondern er hat die wirtschaftlich eminent wichtige Bestimmung, den überschuldeten Grundbesitz nicht nur für eine kurze Galgenfrist über Wasser zu halten, sondern ihn, wenn irgend möglich, n a c h h a l t i g zu sanieren. Wir werden sehen, daß es zu diesem Zweck vollständig genügt, wenn diejenigen Gläubiger, die ohne Eingreifen des Staates ihre Total-Forderung verlieren würden, als Aequivalent für die Staatshilfe auf einen Teil dieser — praktisch wertlosen — Forderung zugunsten des Hausbesitzers verzichten. Zu den Gläubigern, denen solches Opfer (wenn man es überhaupt „Opfer" nennen darf) zugemutet werden muß, gehören selbstverständlich nicht diejenigen Hypothekenbesitzer, deren Zinsansprüche durch die Mietseingänge selbst im Krieg gedeckt sind. Sie haben keinerlei Veranlassung, auf einen Teil ihrer Rechte zu verzichten, da sie selbst im Subhastationsfalle gedeckt sind. Die Ansprüche der Hypothekenbanken, Lebensversicherungsanstalten, Sparkassen, Stiftungen usw. blieben also, soweit die Beleihungen sich auf eine halbwegs solide Wertermittelung stützen, unangetastet. Das werden die nachstehenden Gläubiger auch für recht und billig halten. Etwas schwerer dürfte es sein, dem Inhaber der zweiten Hypothek die Notwendigkeit eines Opfers klar zu machen, wie er es in der Mehrzahl der Fälle wird bringen müssen, wenn er an die Staatshilfe appelliert. Er kann seine Forderung in unserem Beispiel zwar noch bis zu 70 % als durch die Mietseingänge gesichert ansehen, aber die zweite Hälfte des Postens fällt bereits ins Leere. Es entspricht nur der Billigkeit, wenn der Staat seine Bereitwilligkeit, für das Zinserfordernis der Nachhypotheken einzutreten und der zweiten Stelle das Ausfallen in der sonst unvermeidlichen Subhastation zu ersparen, davon abhängig macht, daß auf ein Drittel des gefährdeten Teiles dieses Postens verzichtet wird. Der Inhaber der zweiten Stelle wird noch sehr froh sein können, wenn ihm ein solches Angebot gemacht wird. Im sonst unvermeidlichen Subhastationsfalle wäre er gezwungen, die vorausgehende Hypothek auszubieten und das ganze Risiko des Haus-

Digitized by Google

besitzes zu übernehmen*); außerdem hätte er erhebliche Kosten für Stempel, rückständige Hypothekenzinsen usw. aufzubringen. Das Angebot würde also zweifellos angenommen werden. Danach würde der Teil der Zinsen, der nicht aus der Miete gedeckt wird, vom Staat vorgestreckt, und der betreffende Vorschuß hypothekarisch vor der zweiten Hypothek eingetragen werden. Um den betreffenden Betrag würde freilich die Sicherheit der nachstehenden Forderungen verschlechtert werden. Aber durch den Drittel-Nachlaß der zweiten Hypothek verbessert sich ihre Sicherheit weit mehr, als sie durch jene Eintragung geschädigt wird. Das Resultat des staatlichen Eingreifens ist für sie also eine wesentliche Qualitätsverbesserung.

Natürlich erhalten sie diese Verbesserung nicht umsonst. Die Inhaber der dritten und vierten Hypothek in unserem Beispiel würden im Subhastationsfalle nicht die leiseste Hoffnung haben, auch nur einen kleinen Teil ihres Guthabens zu retten. Schon in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges würden sie nicht ausgeboten worden sein; ebenso hätten sie keine Möglichkeit gehabt, ihre Forderung ohne erheblichen Verlust zu Gelde zu machen. Sie würden ein größeres Damno schon in Friedenszeiten mit Vergnügen bewilligt haben, um auf diese Weise wenigstens einen Teil ihrer Forderung zu retten. Dann dürfen sie sich unter den jetzt so wesentlich verschlechterten Verhältnissen nicht beklagen, wenn die Sicherung ihrer praktisch wertlosen Forderung von einem Nachlaß abhängig gemacht wird. Ein Nachlaß von zwei Fünfteln auf die bei 90 % des Grundstückswerts auslaufende, und von 50 % auf die bei 95 % auslaufende Hypothek, den wir ihnen zumuten wollen, ist sicherlich keine zu hohe Strafe für den Leichtsinn, Geld in einer so hoch auslaufenden Hypothek angelegt zu haben. Hierbei wird angenommen, daß die dritte und vierte Hypothek tatsächlich bar ausgezahlt worden sind. Das ist aber, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, nur ausnahmsweise der Fall. Wohl kann man dem Publikum in Sachen der Vermögensanlage manche Torheit zutrauen, doch sind die Geldleute, die sich beschwatzen lassen, so hoch auslaufende Hypotheken zu erwerben, schon seit Jahren mit der Laterne zu suchen. Die letzten Eintragungen stellen vielmehr entweder das Restkaufgeld des Vorbesitzers der Baustelle dar und bilden dann im wahren Sinne des Worts den „auf dem Papier" stehengebliebenen Spekulationsgewinn des Vorbesitzers; oder sie sind durch Hand-

*) Daß die übliche Vertragsbestimmung, wonach im Subhastationsfalle die erste Hypothek sofort fällig wird, durch eine Ergänzung der bundesrätlichen Verordnung vom 18. August (betr. nicht pünktliche Zahlung von Hyp.-Zinsen) für unwirksam erklärt werden wird, nehme ich ohne weiteres an. Im anderen Falle wäre die Lage des Hypothekengläubigers ohne Eingreifen des Staats geradezu verzweifelt.

Digitized by Google

werkerforderungen entstanden, die der Berechtigte schon von vornherein, auf Grund seiner Kalkulation bei der Lieferung, nur mit einem Bruchteil des nominellen Betrages bewerten durfte. Der Nachlaß auf eine solche Forderung ist in beiden Fällen kein reiner Verlust, sondern zum Teil nur ein entgangener Gewinn. Um zu erkennen, welchen Charakters diese Nachhypotheken meistens sind, braucht man nur die Bilanzen der großen Berliner Terraingesellschaften nachzulesen, von denen einzelne bis zu 15 Millionen M. unabgelöster Restkaufgelder als Nachhypotheken in ihren Aktiven aufführen. Für diese Art von Gläubigern wäre es geradezu eine Bereicherung, wollte man die Verzinsung ihrer schon im Frieden meist notleidend gewesenen Resthypotheken aus öffentlichen Mitteln vornehmen. Von den Scheinhypotheken, die auf dem Pflaster der Großstadt ebenfalls keine geringe Rolle spielen, soll ganz abgesehen werden.

Wer aber trotz alledem noch nicht davon überzeugt ist, daß ein Nachlaß auf diese Posten als Vorbedingung einer öffentlichen Hilfe ein durchaus billiges Verlangen darstellt, der muß sich vergegenwärtigen, daß ja niemand verpflichtet ist, das ihm gemachte Angebot anzunehmen. Entscheidend soll einzig und allein die Rücksicht auf den eigenen Vorteil sein. Die Wahl zwischen den beiden Möglichkeiten: in der Subhastation ganz auszufallen, oder den größeren Teil davon durch den Staat bis zum Frieden und noch ein Jahr darüber hinaus gesichert zu erhalten, steht bei dem Gläubiger. Ein Zwang wird in keiner Weise auf ihn ausgeübt.

Haben sich die Hypothekengläubiger aber mit der vorgeschlagenen Sanierungsbasis einverstanden erklärt, so geht die Verpflichtung, die auf dem Hause ruhenden Hypotheken zu verzinsen, nunmehr auf den Staat über, dem auch die Mieten zu überweisen sind. Soweit diese die Verzinsung der Hypotheken nicht decken, zahlt der Staat die fehlenden Beträge aus seiner Tasche. Die vom Staat gemachten Vorlagen werden hypothekarisch eingetragen, und zwar immer *vor* dem Posten, zu dessen Verzinsung sie bestimmt sind. Was die hierdurch herbeigeführte Herabdrückung des Ranges der nachstehenden Hypotheken anlangt, so wird sie, wie oben ausgeführt, durch das Aufrücken infolge des Nachlasses der Vorhypothek mehr als ausgeglichen. Bei diesem Modus der Sicherung und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß im Zusammenhang mit der Hilfsaktion eine nennenswerte *Abbürdung der Schuldenlast* stattfindet, ist das Risiko des Staates unerheblich, und damit das Odium, eine Sonderpolitik zugunsten einzelner Volkskreise zu treiben, von ihm genommen. Die Verhandlungen mit dem Staat und mit den einzelnen Hypothekengläubigern zwecks

Digitized by Google

staatlichen Eingreifens würde naturgemäß der Hausbesitzer führen, als derjenige, der vor allem an der Verhütung eines Zusammenbruchs interessiert ist. Nur wenn er sich weigert, können die Gläubiger selbständig verhandeln. Ob ein staatlicher Vertreter die Aufsicht über die ordnungsgemäße Verwendung der Mieten führen soll (Geschäftsaufsicht), ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Hiervon abgesehen, bleibt dem Besitzer das volle Verfügungsrecht über sein Eigentum.

Setzen wir nun den Fall, daß der Krieg ein volles Jahr dauert und die Staatshilfe sich noch auf ein weiteres Jahr erstrecken soll; ferner, daß für diese beiden Jahre der Mietsausfall von zwei Fünfteln unverändert fortdauert. Am Ende des zweiten Jahres würde dann das Grundbuchblatt wie folgt aussehen:

% d. Grundstücks-W.		Belastung
60	180 000 M.	I. Hypothek (unverändert)
1,05	3 150 „	Zinsvorschuß d. Staates auf die II. Hypothek bis zu 70 %
10	30 000 „	Hälfte der II. Hypothek (unverändert)
0,70	2 100 „	Zinsvorsch. d. Staat. a. die II. Hälfte bis zu 80% (4¼% a. 20000)
6,67	20 000 „	2. Hälfte der II. Hypothek (um $^1/_3$ ermäßigt).
0,72	2 160 „	Zinsvorsch. d. Staat. a. III. Hypothek bis 90% (6% a. 18000)
6	1 800 „	III. Hypothek (um $^3/_5$ ermäßigt)
0,30	000 „	Zinsvorsch. d. Staat auf die IV. Hypoth. bis 95% (6% a. 7500)
2,50	7 500 „	IV. Hypothek (um die Hälfte ermäßigt)
87,94	263,810 M.	

Danach hätte sich also die hypothekarische Belastung des Grundstücks um 21 900 M. oder 7,06 % des Gesamtwertes ermäßigt. Diese Entschuldung des Hauses ist möglich gewesen, obwohl inzwischen Zinsvorschüsse des Staates im Betrage von 8310 M. neu eingetragen worden sind.

Daß eine solche Hilfe nicht nur gerechter, sondern auch vom Standpunkt der Oeffentlichkeit aus wesentlich vorteilhafter ist, als eine Hilfe, die auf Kosten der Steuerzahler im Wege des glatten Ersatzes ausgefallener Mieten erfolgen würde, ist klar. Es erübrigen sich die unerquicklichen Verhandlungen zwischen Hausbesitzer und Mietseinigungsamt, die Hilfe verliert den Charakter des Almosens, und es entfällt die Gefahr, daß andere Gewerbetreibende analoge Ansprüche an die Staatskrippe stellen. Zu lösen bleibt nur noch die Frage, in welcher Form die Hypothekengläubiger für die gebrachten Opfer zu entschädigen sind, falls es sich später herausstellt, daß diese Opfer unnötig groß gewesen sind, das heißt, daß das notleidend gewesene Objekt später wieder den alten Unterlagswert oder gar einen höheren Wert erhält. Eine solche Rückerstattung unnötig gebrachter Opfer entspricht nur den Anforderungen der Billigkeit; sonst würde ja die ganze Hilfsaktion auf ein Geschenk der Gläubiger an den Hausbesitzer hinauslaufen. Es ist nicht schwer, einen geeigneten

Digitized by Google

Weg hierfür zu finden. Am einfachsten liegt der Fall, wenn das Haus nach dem Friedensschluß verkauft wird, und zwar zu einem Preise, der die alte Belastung erreicht oder übersteigt. Alsdann würde aus dem Verkaufserlös eine Rückzahlung der nachgelassenen Beträge vorzunehmen sein. Um die Ansprüche der Hypothekengläubiger gegen einen böswilligen Schuldner zu sichern, würde es genügen, die Genehmigung des Verkaufs zu einem Preise, der unter der alten Belastung liegt, von der Genehmigung der Gläubiger abhängig zu machen. Etwas schwieriger scheint im ersten Augenblick die Sache zu liegen, wenn der Hausbesitzer nicht an einen Verkauf denkt. Aber auch in diesem Fall ist die Lösung vorgeschrieben: sie besteht in der Beteiligung der Hypothekengläubiger an den zukünftigen Mietsüberschüssen, abgestuft nach der Höhe der gebrachten Opfer. Sind die Erträgnisse des Grundstücks auch nach der Wiederkehr normaler Zeiten so niedrig, daß sie die Verzinsung der Hypothekenschulden in ihrer ursprünglichen Höhe nicht decken, so ist darin der unwiderlegliche Beweis zu erblicken, daß die alte Beleihung zu hoch war, der bewilligte Hypothekennachlaß sich also nicht als ein Opfer charakterisiert, sondern lediglich die grundbuchliche Beglaubigung des tatsächlichen Minderwerts der Hypotheken darstellt. Gestalten sich aber die Einnahmen des Grundstücks so günstig, daß sie die Verzinsung der nachgelassenen Beträge gestatten, so sind aus dem Mietsüberschuß die entsprechenden Summen an die Hypothekengläubiger abzuführen. Das käme auf die Umwandlung einer fundierten Schuld in eine Gewinnbeteiligung mit schwankenden und nach oben begrenzten Erträgnissen hinaus. Und das entspräche dem Charakter der hoch auslaufenden Beleihungen weit besser als der jetzige Zustand. Uebrigens hat diese Lösung schon längst eine Analogie. Man weiß von den großen Hypothekenbanken — wenn auch nicht aus ihren Geschäftsberichten —, daß sie es zuweilen vorziehen, ein von ihnen beliehenes Grundstück, dessen Zinsendienst gefährdet ist, nicht zur Zwangsversteigerung zu bringen, sondern weiter im „Besitz" des Schuldners zu lassen, der alsdann die Aufgabe hat, aus den Erträgnissen des Grundstücks die Hypothek, so gut oder schlecht es eben geht, zu verzinsen. Hier haben wir bereits die reine Gewinnbeteiligung vor uns; und es sind sogar Inhaber von ersten Hypotheken, die diesen Weg notgedrungen beschritten haben. Mit wie viel mehr Recht darf dasselbe Prinzip gegenüber den Gläubigern zu nachgeordneter Stelle angewendet werden!

Die Vorteile der hier vorgeschlagenen Lösung bestehen also, wie zusammenfassend festgestellt sei, in folgendem: Kein Risiko des Staates, kein Almosen aus öffentlichen Mitteln, keine gefähr-

Digitized by Google

lichen Einwirkungen auf andere, durch den Krieg in ihrem Einkommen geschädigte Erwerbskreise, kräftiger Anfang einer Entschuldung des Hausbesitzes, Möglichkeit für den Hauswirt, auf schwache Mieter Rücksicht zu nehmen. Für diese dem Hausbesitzer vom Staat verschafften Vorteile wird nur eine Gegenleistung von ihm verlangt, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, nämlich die Rückzahlung der geleisteten Vorschüsse. Erfüllt er diese Verpflichtung, so erfährt das Grundbuch eine weitere Bereinigung, und die Belastung des Hauses sinkt von 95 % auf $60 + 10 + 6{,}67 + 6 + 2{,}50 = 85{,}17$ % des Grundstückswerts, also um fast 10 %. Erfüllt er die Verpflichtung mangels eigener Mittel nicht, so kann die Ablösung des Staatsvorschusses von einem beliebigen Kapitalisten erfolgen; der betreffende Grundbuchposten wird ihm alsdann zediert. Leistet aber weder der Hausbesitzer selbst, noch ein Dritter für ihn die Rückzahlung, so geht er — und das kann dann niemand als eine Härte ansehen — seines Eigentumsrechtes verlustig. Das Haus würde in diesem Fall am zweckmäßigsten in den Besitz der Gemeinde überzugehen haben, die auch die Vorschüsse des Staates zu tilgen hätte.

Was die Hypothekengläubiger betrifft, welche die Abwendung der Subhastationsgefahr mit einem Forderungsnachlaß erkaufen müssen, so wird man von ihrer Seite Einwendungen gegen den vorgeschlagenen Modus kaum zu erwarten haben. Sie sind es, die von einem Zusammenbruch ihres Schuldners den größten Schaden hätten, und zudem steht es völlig in ihrem Belieben, ob sie die ihnen gebotene Hilfe annehmen wollen oder nicht. Sie werden die Staatshilfe nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie ihren Vorteil dabei finden, an Stelle einer mehr oder weniger wertlosen Hypothek eine zwar ermäßigte, dafür aber während der kritischen Zeit staatlich gesicherte Forderung zu erhalten.

Eine Schlußbemerkung ist noch nötig. So sehr der Verfasser auch davon überzeugt ist, daß sein Vorschlag einen geeigneten Weg zeigt, um den städtischen Hausbesitz während des Kriegs und in dem ersten Jahre danach vor einem Zusammenbruch zu bewahren, so ist er sich doch darüber im klaren, daß die Herbeiführung wirklich gesunder Verhältnisse auf diesem wichtigen Gebiete der nationalen Vermögensanlage davon nicht erwartet werden kann. Es ist das wahnwitzige Verschuldungssystem, das an dem Marke unserer Hausbesitzer zehrt, und das sie so wenig widerstandsfähig gegen wirtschaftliche Krisen macht. Deshalb ist das vorgeschlagene Mittel auch nur als Opiat gedacht, dazu bestimmt, die Not des kranken Hausbesitzes vorläufig so zu lindern, daß die Gläubiger, die ihm Kredite in leichtfertiger Höhe eingeräumt haben, nach Möglichkeit vor dem vollen Verlust

Digitized by Google

ihrer Forderungen bewahrt bleiben. Ueber die Krankheit selbst und über die Mittel, die zu ihrer Bekämpfung in friedlicheren Zeiten anzuwenden sind, wird noch zu sprechen sein.

Ludwig Eschwege.

Die neuen Zentralbank-Distrikte in den Vereinigten Staaten.*)

Die Reform der Notenbankgesetzgebung in den Vereinigten Staaten, die Ende 1913 zustande kam, war eine Anpassung des europäischen Zentralbanksystems an die amerikanischen Bedürfnisse, wie sie von den in den Vereinigten Staaten augenblicklich herrschenden wirtschaftspolitischen Anschauungen aufgefaßt werden. Diese Anschauungen, die ihre Erklärung teils in der parteipolitischen, teils in der wirtschaftlichen Geschichte der Union finden, schlossen eine einfache Nachahmung des europäischen Zentralbanksystems von vornherein aus. Der „Federal Reserve Act" vom Dezember 1913 bestimmte daher statt der Errichtung einer für das gesamte Gebiet der Union gemeinschaftlichen Zentralbank die Organisation eines Netzes von sogenannten Federal Reserve Districts mit je einer eigenen Zentralbank, deren Tätigkeit der Oberaufsicht einer neuen Bundesbehörde, des sogenannten Federal Reserve Board, unterliegen sollte.

Das neue Gesetz ist am 1. August dieses Jahres in Kraft getreten. Die Einteilung der Zentralbankdistrikte erfolgte bereits einige Zeit zuvor und hat, wie nicht anders zu erwarten, mancherlei Widerspruch und Kritik hervorgerufen. Eine Abänderung dieser Einteilung ist jedoch den Bestimmungen des Gesetzes entsprechend vorläufig nicht möglich. Die Einteilung kann vielmehr erst geändert werden, nachdem die Einwände gegen sie von dem Federal Reserve Board selbst untersucht und gebilligt sein werden. Da eine derartige Untersuchung naturgemäß längere Zeit in Anspruch nimmt, so wird die gegenwärtige Einteilung wohl für geraume Zeit in Kraft bleiben, und es empfiehlt sich daher ein Ueberblick über die durch das neue Gesetz geschaffenen Zentralbankdistrikte und die gegen diese Einteilung bisher vorgebrachten Einwände.

Der Federal Reserve Act bestimmte, daß nicht weniger als acht und nicht mehr als zwölf „Zentralbanken" errichtet werden sollten. Diese Bestimmung war das Ergebnis eines Kompromisses. Vor Einbringung des Gesetzentwurfs hatte man in demokratischen Kreisen eine weit größere Anzahl von Zentralbanken gewünscht.

*) Ueber die bank- und währungspolitische Seite der amerikanischen Notenbank-Reform hat sich die „Bank" wiederholt ausführlich geäußert (vergl. u. a. Januar 1912, August 1913, Januar 1914). In nachstehendem wird eine organisatorische Teilfrage behandelt die in den Ver. Staaten den Gegenstand heftiger Parteikämpfe bildet.

Digitized by Google

Im Senate wünschte man dagegen auf demokratischer Seite nur acht, und auf republikanischer Seite sogar nur vier Banken. Ein Ausweg wurde schließlich in der Weise gefunden, daß man für die Zahl der zu errichtenden Banken einen Spielraum schuf und sie nach oben auf zwölf, nach unten auf acht begrenzte. Es wurde jedoch von vornherein erwartet, daß bei der Einteilung der neuen Zentralbankdistrikte die Höchstzahl zwölf sofort erreicht werden würde. Nach den gegen diese Einteilung eingelaufenen Protesten zu urteilen, scheint es, daß auch eine Heraufsetzung der Höchstzahl der zu errichtenden Banken auf sechzehn oder gar auf zwanzig keine größere Zufriedenheit hervorgerufen haben würde.

Träger der neuen Zentralbanken oder „regional reserve banks" sind die national- und state-banks des betreffenden Distrikts (für die ca. 7500 national banks war der Beitritt obligatorisch, für die state-banks und trust-companies ist er fakultativ), die sechs Prozent ihres Kapitals und ihrer Reserven als Anteil an der zu gründenden Zentralbank zu zeichnen hatten. Das Mindestkapital für jede Zentralbank ist auf vier Millionen Dollar festgesetzt worden, ein Umstand, der bei der folgenden Betrachtung der Zentralbankdistrikte ins Gewicht fällt, da bei der Einteilung dieser Distrikte darauf Rücksicht genommen werden mußte, daß die von ihnen umfaßten Banken zahlreich oder kapitalkräftig genug waren, um zusammen das Mindest-Aktienkapital von vier Millionen Dollar aufbringen zu können. Abgesehen von dieser Fähigkeit der Banken eines gegebenen Distrikts, das Kapital für ihre regionale Zentralbank aufzubringen, waren für die mit der Abgrenzung der Distrikte beauftragte Kommission, die aus dem Schatzsekretär, dem Comptroller of the Currency und dem Sekretär des Departement of Agriculture bestand, noch folgende Gesichtspunkte maßgebend: die in einem gegebenen Distrikt bestehenden „Handels-, industriellen und finanziellen Beziehungen", die voraussichtliche Bedeutung einer regionalen Zentralbank für diesen Distrikt, die „angemessene und gerechte Teilung" des in den verschiedenen Distrikten zur Verfügung stehenden Bankkapitals, die allgemeinen geographischen Verhältnisse, die Bevölkerung, Bodenfläche und Geschäftsrichtung des einzelnen Distrikts.

Unter Zugrundelegung dieser Gesichtspunkte bestimmte die Kommission aus einer Liste von 37 amerikanischen Städten die folgenden zwölf zu Sitzen der neuen Zentralbanken und damit zu sogenannten „reserve cities": Boston, New York, Philadelphia, Cleveland, Richmond, Atlanta, Chicago, St. Louis, Minneapolis, Kansas-City, Dallas (Texas), San Francisco. Nach diesen Städten werden die nachfolgend umschriebenen „Federal Reserve Districts" benannt (siehe den beigegebenen Plan):

Digitized by Google

1. Boston. Umfaßt die Neu-England-Staaten Maine, New Hampshire, Vermont, Massachusetts, Rhode Island und Connecticut. Mitgliederbanken der Reserve Bank sind 446 Nationalbanken, das Kapital der Reservebank beläuft sich auf 9 931 740 $.

2. New York. Umfaßt den Staat New York, enthält 478 Nationalbanken. Das Kapital der Federal Reserve Bank beläuft sich auf 20 621 606 $; unter Berücksichtigung der Staatsbanken und Trust-Comp., die bis jetzt ihren Beitritt erklärt haben, erhöht es sich auf 20 687 616 $.

3. Philadelphia. Umfaßt die Staaten New Jersey und Delaware sowie den größten Teil Pennsylvaniens. Mitgliederbanken der Federal Reserve Bank sind 800 Nationalbanken. Das Kapital der Reservebank beläuft sich auf 12 980 412 $, oder unter Hinzurechnung der Staatsbanken und Trust-Comp., die ihre Beteiligung erklärten, auf 12 983 013 $.

4. Cleveland. Umfaßt den ganzen Staat Ohio, den Westen Pennsylvaniens, einige Bezirke von Westvirginien und den Nordosten Kentuckys. 724 Nationalbanken sind Mitglieder der Federal Reserve Bank, deren Kapital 11 528 835 $, oder unter Berücksichtigung der beigetretenen Staatsbanken und Trust-Comp. 11 621 535 $ beträgt.

5. Richmond. Umfaßt den Distrikt Columbia mit der Bundeshauptstadt Washington, die Staaten Maryland, Virginia, Nordkarolina, Südkarolina und nahezu ganz Westvirginien. 475 Nationalbanken sind der Federal Reserve Bank beigetreten, deren Kapital sich auf 6 303 665 $, oder unter Hinzuziehung beigetretener Staatsbanken und Trust-Comp. auf 6 643 281 $ beläuft.

6. Atlanta. Umfaßt die Staaten Alabama, Georgia und Florida, ferner die östliche Hälfte von Tennessee, den Süden von Mississippi und den Südosten von Louisiana. Der Distrikt enthält 372 Nationalbanken. Das Kapital der Federal Reserve Bank beläuft sich auf 4 641 415 $, oder unter Hinzurechnung der beigetretenen Staatsbanken und Trust-Comp. auf 4 702 780 $.

7. Chicago. Umfaßt den Staat Jowa, den Süden von Wisconsin, den Norden von Illinois und Indiana und den Südosten von Michigan. Die Zahl der Nationalbanken in diesem Distrikt beläuft sich auf 984, das Kapital der Federal Reserve Bank auf 12 664 100 $, oder einschließlich der Staatsbanken und Trust-Comp., die der Reserve Bank bisher beitraten, auf 13 151 923 $.

8. St. Louis. Umfaßt Arkansas, den größeren (östlichen) Teil Missouris, den Süden Illionis und Indianas, den Westen Kentuckys und Tennessees und den Norden Mississippis. Der Distrikt enthält 434 Nationalbanken. Das Kapital der Reserve Bank beläuft sich auf 4 843 079 $, oder unter Berücksichtigung der Staatsbanken und Trust-Comp., die ihre Beteiligung erklärt haben, auf 6 219 323 $.

Digitized by Google

9. Minneapolis. Umfaßt die Staaten Montana, Norddakota, Süddakota, Minnesota, den Norden von Wisconsin und Michigan. Die Zahl der Nationalbanken, die Mitgliederbanken der Federal Reserve Bank wurden, beläuft sich auf 687, das Kapital der Reserve Bank auf 4 702 864 $.

10. Kansas City. Umfaßt die Staaten Kansas, Nebraska, Colorado und Wyoming, den nicht im achten Distrikt eingeschlossenen Teil Missouris sowie den Norden von Oklahoma und Neu-Mexiko. Der Distrikt enthält 835 Nationalbanken, das Kapital der Federal Reserve Bank beläuft sich auf 5 583 955 $, oder einschließlich der Staatsbanken und Trust-Comp., die ihren Beitritt erklärten, auf 5 594 916 $.

11. Dallas. Umfaßt den ganzen Staat Texas, den Süden Oklahomas, den größten Teil Neu-Mexikos, die Südostecke von Arizona, den Westen Louisianas. Die Federal Reserve Bank, an der sich 762 Nationalbanken beteiligten, hat ein Kapital von 5 520 187 $, oder unter Zurechnung der beigetretenen Staatsbanken und Trust-Comp. von 5 634 091 $.

12. San Francisco. Umfaßt die Staaten Kalifornien, Washington, Oregon, Idaho, Nevada und Utah und den größeren Teil von Arizona. Der Distrikt enthält 514 Nationalbanken als Mitgliederbanken der Federal Reserve Bank, deren Kapital sich auf 7 825 405 $, oder unter Hinzurechnung der Subskriptionen von Staatsbanken und Trust-Comp. auf 8 115 524 $ beläuft.

Vergleicht man die verschiedenen Zentralbankdistrikte hinsichtlich der Größe ihres Gebiets und ihrer Bevölkerung miteinander, so ist sofort ersichtlich, daß sich hier beträchtliche Abweichungen finden. Was die Größe der „Reserve Districts" anlangt, so stehen die vier Distrikte des fernen Westens, Minneapolis, Kansas-City, Dallas und San Francisco, die durchweg die zwei- bis dreifache Ausdehnung des Deutschen Reiches haben, an der Spitze. Hinsichtlich der Bevölkerungszahl dominieren die Distrikte von Chicago mit mehr als zwölf, und von New York mit mehr als 9 Millionen Einwohnern. Im übrigen ist versucht worden, eine Einteilung zu erreichen, die jedem Distrikt eine Gesamtbevölkerung von etwa 5½ bis 6½ Millionen Einwohnern (nach der Volkszählung von 1910) verschaffte. Immerhin ergaben sich, wie die nachfolgende Zusammenstellung zeigt, auch hier erhebliche Ungleichheiten:

Reserve Districts	Bodenfläche (Sq. Miles)	Bevölk. (Mill.)	Reserve Districts	Bodenfläche (Sq. Miles)	Bevölk. (Mill.)
1. Boston	66 465	6,55	7. Chicago	176 940	12,63
2. New York	49 170	9,11	8. St Louis	146 474	6,72
3. Philadelphia	39 865	8.11	9. Minneapolis	437 930	5,72
4. Cleveland	183 995	7,96	10. Kansas-City	509 649	6,30
5. Richmond	173 818	8,51	11. Dallas	404 826	5,31
6. Atlanta	233 860	6,69	12. San Francisco	693 658	5,38

Digitized by Google

Insgesamt macht die Bodenfläche 3 016 650 Sq. Miles, die Bevölkerung 89,04 Millionen aus.

Ein Vergleich der einzelnen Zentralbankdistrikte nach der Zahl der Nationalbanken, welche Mitgliederbanken der Federal Reserve Banks in den zwölf Distrikten wurden, des Kapitals und der Reserven, welche diese Banken besitzen, und des Kapitals, über das die einzelnen Federal Reserve Banks auf Grund der Zeichnung von sechs Prozent des Kapitals und der Reserven jeder Nadionalbank verfügen, wird durch die nachfolgende Tabelle ermöglicht:

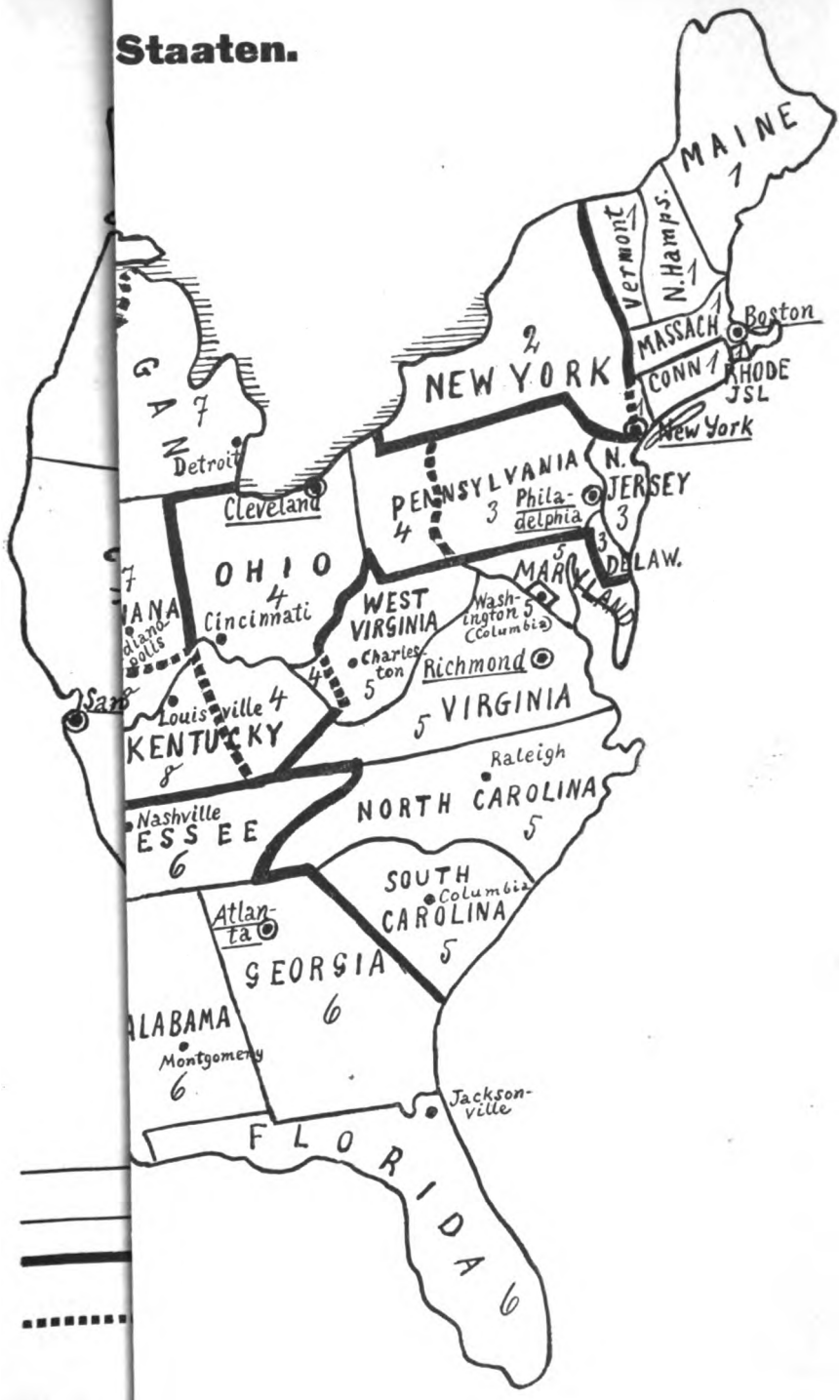
Reserve Districts	Nationalbanken	Kapital u. Reserven $	6 % Zeichn. f. Reserve Bank $
1. Boston	446	165 529 010	9 931 740
2. New York . . .	478	343 693 437	20 621 606
3. Philadelphia . .	800	216 340 213	12 980 412
4. Cleveland . . .	724	192 147 258	11 528 835
5. Richmond . . .	475	105 064 483	6 303 868
6. Atlanta	372	77 356 913	4 641 415
7. Chicago	984	211 068 338	12 664 100
8. St. Louis	434	80 717 981	4 843 079
9. Minneapolis . . .	687	78 361 081	4 702 864
10. Kansas-City . . .	835	93 065 912	5 583 955
11. Dallas	726	92 003 125	5 520 187
12. San Francisco . .	514	130 423 422	7 825 405
Insgesamt	7475	1 785 791 171	107 147 470

Berücksichtigt man außer den Nationalbanken auch noch die Staatsbanken und Trust-Companies, die den Federal Reserve Banks in den einzelnen Reserve Districts bis jetzt (Ende Oktober) beigetreten sind, obwohl eine solche Beitrittspflicht nur für die Nationalbanken, nicht aber für die Staatsbanken und Trust-Comp. bestand, so ergeben sich einige Abweichungen von den vorstehenden Ziffern, welche die nachfolgende Tabelle veranschaulicht:

Reserve Districts	Mitgliederbank.	Kapital u. Reserven $	6 % Zeichn. f. Reserve Bank $
1. Boston	446	165 529 010	9 931 740
2. New York . . .	479	344 793 437	20 687 616
3. Philadelphia . .	801	216 550 213	12 993 013
4. Cleveland . . .	726	193 697 258	11 621 835
5. Richmond . . .	484	109 054 683	6 543 281
6. Atlanta	382	78 379 663	4 702 780
7. Chicago	999	219 198 760	13 151 925
8. St. Louis	445	103 655 397	6 219 323
9. Minneapolis . .	687	78 381 081	4 702 864
10. Kansas-City . .	838	93 248 612	5 594 916
11. Dallas	732	93 901 523	5 634 091
12. San Francisco . .	529	135 258 732	8 115 524
Insgesamt	7548	1 831 648 369	109 898 902

Die äußerst geringe Beteiligung von Staatsbanken an dem neugebildeten Zentralbanksystem ist bemerkenswert. In der ganzen Union haben nur 73 Staatsbanken sich als Mitgliederbanken der Federal Reserve Banks angemeldet. Von den Staats-

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

banken der Neu-Englandstaaten — die dem ersten Reserve District Boston angehören — hat sich keine einzige an dem neuen System beteiligt. Das gleiche gilt für den neunten Reserve District (Minneapolis). In den Distrikten New York und Philadelphia zeichneten nur je eine Staatsbank für die Federal Reserve Bank ihres Distrikts. Vielfach wird die Erwartung ausgesprochen, daß späterhin wohl eine größere Anzahl von Staatsbanken dem neuen System beitreten werde; vorläufig indessen ist die Abneigung der Staatsbanken, sich an dem System zu beteiligen, eine fast allgemeine.

Vor allem aber hat sich gegen die Einteilung der neuen Zentralbankdistrikte auf allen Seiten eine, zum Teil äußerst scharfe Kritik geltend gemacht, die sogar vor dem Vorwurf nicht zurückschreckte, daß die vorgenommene Einteilung in verschiedenen Fällen mehr unter politischen und persönlichen Rücksichten erfolgt sei, als unter dem in erster Linie zu berücksichtigenden Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit. Von den Verteidigern der vorgenommenen Einteilung wurde hierauf erwidert, daß es nicht der Zweck der neuen Gesetzgebung sei, die gegenwärtige finanzielle Suprematie bestimmter kaufmännischer Zentren zu erhalten, sondern daß es im Gegenteil ihr Zweck sei, „das Bankgeschäft zu dezentralisieren". Nur aus dieser Anschauung heraus läßt es sich verstehen, daß man ein Moment, das bei der Auswahl der „Reserve Cities" sonst ganz erheblich hätte ins Gewicht fallen müssen, nämlich den Umfang des Clearingverkehrs in den als Zentralbanksitz in Betracht kommenden Städten, in mehr als einem Falle völlig außer acht gelassen hat. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt eine Uebersicht über den Clearingverkehr der bedeutendsten amerikanischen Städte im Jahre 1913. Die Beträge bedeuten Millionen Dollar, die Ziffern vor dem Namen einer Stadt entsprechen der oben gegebenen Uebersicht der Reserve cities und Zentralbank-Distrikte.

2. New York	100,744	10. Kansas City	2,713	— Detroit	1,128
7. Chicago	15,381	12. San Francisco	2,678	— New Orleans	1,058
1. Boston	8,964	— Baltimore	1,957	5. Richmond	0,430
3. Philadelphia	8,166	— Cincinnati	1,369	6. Atlanta	—
8. St. Louis	4,028	9. Minneapolis	1,182	11. Dallas	—
— Pittsburgh	2,799	4. Cleveland	1,150		

Man sieht aus dieser Zusammenstellung, daß zwei Städte zu Reserve Cities gemacht worden sind, die im Clearingverkehr des Landes überhaupt keine Rolle spielen, nämlich Atlanta und Dallas. Andererseits ist eine Stadt von der Bedeutung von New Orleans, das sich für einen der beiden südlichen Distrikte sehr wohl als Zentralbank-Sitz geeignet hätte, übergangen worden. Der gleiche Einwand wie gegen Atlanta und Dallas läßt sich gegen die Wahl einer verhältnismäßig unbedeutenden Stadt wie Rich-

Digitized by Google

mond zur Reserve City des fünften Zentralbankdistrikts erheben. Auch wenn man aus politischen Gründen die Reserve Bank dieses Distriktes nicht nach der Bundeshauptstadt Washington verlegen wollte, so hätte sich doch zum mindesten die Wahl von Baltimore empfohlen, dessen Clearingverkehr mehr als das Vierfache des Clearingverkehrs von Richmond beträgt. Auch die Wahl des schon geographisch — an der äußersten Nordgrenze des Distrikts — sehr unglücklich gelegenen Cleveland als Reserve City für den vierten Zentralbankdistrikt verwundert einigermaßen; denn in dem gleichen Distrikt sind Städte wie Pittsburgh belegen, dessen Clearingverkehr nahezu zweieinhalbmal größer ist als der Clevelands, und wie Cincinnati, dessen Clearingverkehr ebenfalls nicht unbeträchtlich größer ist, und das sich außerdem einer zentraleren Lage erfreut.

Indessen erschöpfen sich die Einwände, die gegen die vorgenommene Einteilung der Zentralbank-Distrikte erhoben werden, nicht mit der Behauptung, daß bei der Wahl der Reserve Cities die Bedeutung der gewählten Städte im Clearingverkehr nicht genug gewürdigt worden sei. Andere, in der Tat nicht ganz von der Hand zu weisende Beanstandungen richten sich dagegen, daß man natürliche wirtschaftliche und finanzielle Zusammenhänge willkürlich zerrissen habe, nur um dem in gewissen politischen Kreisen beliebten Gedanken der „Dezentralisierung des Bankgeschäftes" Rechnung zu tragen. Das trifft namentlich auf die Abgrenzung des zweiten Zentralbankdistriktes (New York) zu. Hier hat man die mit New York City im engsten wirtschaftlichen Zusammenhang, zum Teil sogar in völligem Vorstadtverhältnis stehenden Teile Connecticuts willkürlich dem ersten Reserve-Distrikt (Boston) zugeschlagen. Ebenso hat man die auf dem andern Ufer des Hudson belegenen, aber mit New York in dem gleichen engen Zusammenhang stehenden Städte Jersey-City, Newark und Hoboken dem Reserve-Distrikt Philadelphia zugeteilt. Diese Art der Einteilung ist weit weniger ein Schlag gegen den New-Yorker „Geld-Trust", als der sie wohl gedacht gewesen ist, als vielmehr ein Schlag gegen die Banken jener benachbarten Städte, die auf diese Weise aus ihrem natürlichen Zusammenhang gerissen sind, und die jetzt Reserven in Boston und Philadelphia halten müssen, obwohl das Schwergewicht ihrer Geschäfte, insbesondere ihres Scheckverkehrs, in New York ruht, wo sie nach wie vor Konten unterhalten müssen. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, daß diese Einteilung dazu führe, zwei Dollar die Arbeit von einem tun zu lassen, was ja wohl nicht gerade die Absicht der Reformgesetzgebung war. Auch kann man häufig die Ansicht hören, daß die Wahl von Städten, deren finanzielle Bedeutung eine so geringe ist wie die von Dallas und Atlanta, die Gefahr

Digitized by Google

der Abhängigkeit der betreffenden Zentralbankdistrikte von New York nicht gemindert, sondern eher noch gesteigert habe.

Die schärfste Kritik, die über die Einteilung der Zentralbank-Distrikte geäußert wurde, ist denn auch gegen die Wahl dieser beiden Reserve Cities — Dallas und Atlanta — sowie gegen die Uebergehung von New Orleans gerichtet, das sich in der Tat zurückgesetzt fühlen muß. Eine Versammlung der Bankiers und Geschäftsleute von New Orleans hat denn auch vom Kongreß eine Untersuchung der Methoden verlangt, die angewendet, und der Einflüsse, die geltend gemacht worden sind, um den Organisations-Ausschuß zu seinen Entschließungen zu veranlassen. Sie hat ferner eine Neueinteilung der Reserve Districts und Neuwahl von Reserve-Cities „entsprechend den billigen Anforderungen des Wirtschaftslebens des Landes und den Bestimmungen der Bankgesetzgebung" gefordert.

Freilich ist zu berücksichtigen, daß der Organisationsausschuß bei seiner Bestimmung der Zentralbanksitze nicht allen Wünschen zu entsprechen vermocht hat, so gerechtfertigt diese Wünsche in verschiedenen Fällen an sich auch sein mochten. So beschwerte sich beispielsweise die Stadt Seattle in Washington — der äußersten Nordwestecke der Union —, daß sie dreimal so weit von dem Sitze ihrer Zentralbank (in San Francisco) entfernt sei, als irgendeine andere Stadt in einem beliebigen Zentralbank-Distrikt. Bei der großen Ausdehnung der Vereinigten Staaten und der ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung ihrer einzelnen Gebietsteile ließen sich aber derartige Ungelegenheiten unmöglich ganz vermeiden. Seattle und Portland (in Oregon) hatten beide ihre Ernennung zu Zentralbankstädten gewünscht und dafür namentlich auf ihre Lage in größter Nähe Alaskas, dessen raschere Entwicklung durch neue Bahnbauprojekte erhofft wird, hingewiesen. Dagegen führte der Organisationsausschuß mit Recht aus, daß, so bedeutend auch die Entwicklung der Staaten Idaho, Washington und Oregon in den letzten Jahren gewesen sei, das kombinierte Kapital nebst Reserven ihrer Nationalbanken und derjenigen Staatsbanken und Trust-Gesellschaften, die ihre Mitgliedschaft an einer Federal Reserve Bank angemeldet hätten, nicht groß genug wäre, um auf Grundlage einer sechsprozentigen Zeichnung das gesetzlich geforderte Mindestkapital von vier Millionen Dollar zur Begründung einer eigenen Federal Reserve Bank aufzubringen; sollte jedoch das Wachstum dieses Distrikts im bisherigen Maßstab weiterschreiten, so würde in späterer Zeit eine Vorlage an den Kongreß, welche die Bildung eines weiteren Zentralbankdistrikts fordere, wohl auf Erfolg rechnen können.

Natürlich wird ein abschließendes Urteil über die neue Ge-

Digitized by Google

setzgebung erst möglich sein, nachdem sich der Uebergang in die neuen Verhältnisse völlig vollzogen hat, und die neue Organisation in Tätigkeit getreten ist.*) Manche Mängel und Fehler der vorgenommenen Einteilung der Zentralbank-Distrikte können von dem überwachenden Federal Reserve Board (über dessen Zusammensetzung es zu heftigen Kämpfen im Senat gekommen ist) durch eine geschickte Verteilung der Reserven sowie der Diskonttätigkeit der einzelnen Zentralbanken wieder wettgemacht werden. Auch ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß sich der vorläufig zurückgewiesene Gedanke einer großen Zentralbank im europäischen Sinne doch wieder durchkämpft, und daß der neugeschaffene Federal Reserve Board, dem die Kontrolle des gesamten Bankreserve-Systems obliegt, schließlich in eine Zentralbank umgewandelt wird. Damit würden sich die jetzigen zwölf Zentralbanken einfach in Zweigbanken verwandeln, und die gegenwärtigen Streitigkeiten und Eifersüchteleien, die jetzt kaum anders als durch die Schaffung immer neuer Zentralbanken beseitigt werden können, würden dann ein für allemal beendet sein. Ob freilich damit auch erreicht werden würde, daß die Erörterung bankpolitischer Probleme in den Vereinigten Staaten endlich die Arena des Parteistreites verlassen und sich lediglich in den Grenzen der wirtschaftspolitischen Erörterung bewegen würde, muß nach den Erfahrungen, die man mit der ersten und zweiten Zentralbank der Vereinigten Staaten gemacht hat, ernstlich bezweifelt werden. Dr. Friedrich Glaser (Washington).

Der November 1914.

Der vierte **Kriegsmonat** hat als wichtigstes politisches Ereignis die Erklärung des „heiligen Krieges" der Mohammedaner gegen den Dreiverband gebracht. Es sind erst wenige Wochen seitdem vergangen, doch beginnen sich in den französischen Besitzungen Nordafrikas bereits die Folgen zu zeigen. Andererseits sind, nach den vorliegenden, nicht immer objektiven Meldungen zu schließen, bis Ende November wesentliche Erfolge seitens der Türkei noch nicht erreicht worden. Die Verhältnisse am Balkan und die Haltung Italiens sind noch ebenso unklar, wie sie es vor einem Monat gewesen sind, dagegen hat **Portugal** dem englischen Drucke auf die Dauer nicht widerstehen können; angeblich sind bereits portugiesische Truppen nach Aegypten und nach den Kolonialschauplätzen entsandt. Sonst hat das Völkerringen bisher neue Gebiete nicht ergriffen; sogar Persien hat sich offiziell vorläufig für neutral erklärt. Nur

*) Das ist am 16. November geschehen. Die Red.

Digitized by Google

in der Provinz Aserbeitschan, die seit Jahren von den Russen besetzt ist, soll es zu Unruhen und Russenmetzeleien gekommen sein. Dem englisch-australischen Druck nachgebend, hat Japan die bereits besetzten Inselgruppen im Stillen Ozean wieder verlassen müssen; diese sind bis zum Ende des Krieges von australischen Truppen besetzt worden. — Die Vereinigten Staaten von Amerika sind trotz der Vorgänge im fernen Osten und trotz des Heranspülens des Seekrieges an den amerikanischen Kontinent ihrer Politik der Dreiverband-freundlichen Neutralität treu geblieben. Sogar das Vorgehen Englands gegen eine Anzahl der wichtigsten amerikanischen Exportartikel hat darin eine Wandlung nicht hervorgerufen, und von den Protesten der amerikanischen Kupferproduzenten ist nichts übriggeblieben als „freundschaftliche Vorstellungen" bei der englischen Regierung, die selbstverständlich unbeachtet blieben. Sogar die Baumwollausfuhr nach dem europäischen Festlande wird noch immer nach Möglichkeit behindert, obwohl Baumwolle offiziell von der Kontrebande-Liste gestrichen worden ist, und obwohl Amerika sich durch Lieferung enormer Mengen von Waffen, Unterseebooten und sonstigen Kriegsmaterial an die Verbündeten den Dank Englands verdient. Auf die Volksstimmung der Vereinigten Staaten hat übrigens der Eintritt der Türkei in den Krieg eine merkwürdige Wirkung ausgeübt: während man vergeblich auf ein Wort der Mißbilligung gegen das Loslassen von Senegalschützen, Turkos, Indern und sonstigen Farbigen auf das deutsche Heer wartete, entrüstet sich Amerika jetzt über das Vorgehen der Türkei; es befürchtet angeblich Christenmassakers in Armenien und Syrien, wo gerade die bedenklichsten Elemente sich der türkischen Gerichtsbarkeit durch Uebertritt zum Christentum entzogen haben. — Der Aufstand der Buren in Süd-Afrika dauert an; über seine Ausdehnung kann man sich noch kein Bild machen, seine Erfolge scheinen problematisch zu sein.

Von politischen Veränderungen, die mindestens indirekt mit dem Kriege zusammenhängen, ist in erster Reihe die Umbildung des Kabinetts in Italien zu erwähnen, wo u. a. auch Sonnino in das Ministerium eingetreten ist. — In Bulgarien sind die Bestrebungen der Russenfreunde, das Ministerium in ihrem Sinne umzubilden, bisher erfolglos geblieben.

Die **militärischen Ergebnisse** des November bestehen in größeren deutschen Teilsiegen im Osten, denen ein neues Vordringen der Russen in Galizien und der Bukowina gegenübersteht, ferner in einer scharfen Zurückdrängung der serbischen und montenegrinischen Streitkräfte. Auf dem westlichen Kriegsschauplatze haben sich die Kämpfe immer mehr nach Norden gezogen.

Digitized by Google

Das einzige greifbare Ergebnis war im November die Erstürmung Dixmuidens.

Im Seekriege dagegen hat der November den deutschen Waffen den ersten größeren Erfolg gebracht, indem das Stille Meer-Geschwader an der chilenischen Küste in einstündigem Kampfe zwei englische Panzerkreuzer vernichtete und ein drittes Schiff schwer beschädigte. Die deutschen Unterseeboote haben ihre Tätigkeit jetzt auch auf die englische Nord- und Westküste sowie auf den Kanal ausgedehnt. Andererseits sind freilich mehrere deutsche Kaperkreuzer, nämlich die bis dahin so erfolgreiche „Emden" und die „Königsberg", von den Engländern unschädlich gemacht worden.

Der von England mit so großer Energie betriebene **Wirtschaftskrieg** hat auch im November weitere Fortschritte gemacht, unter denen vor allem die englische „Nordseesperre" zu erwähnen ist. Die zahmen Proteste der Neutralen haben England natürlich nicht veranlaßt, diese Sperre aufzuheben. Dagegen ist bezeichnenderweise die Schließung der Londoner Filialen der Ottomanbank und der türkischen Nationalbank schleunigst rückgängig gemacht worden, weil es sich bei diesen mit englischem bzw. französischem Kapital arbeitenden Banken „nicht um rein türkische Unternehmungen" handelt. Die Maßnahmen zur systematischen Schädigung feindlichen Privateigentums in Frankreich und England wurden weiter ausgebaut, und auch Rußland erließ ein administratives Zahlungsverbot gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Neue deutsche Gegenmaßregeln waren deshalb unvermeidlich. Eine wirksame Maßnahme sind auch die gegen den Dreiverband gerichteten Verordnungen der Türkei. In diesem Zusammenhang ist auch die auf die englischen Schikanen zur See zurückzuführende Ausdehnung des Systems der Ausfuhrverbote zu erwähnen. Am bedeutsamsten für Deutschland sind die für die Durch- und Ausfuhr in Betracht kommenden, von Italien, Holland und der Schweiz erlassenen Vorschriften, die beispielsweise Kupfer nur schwer nach Deutschland gelangen lassen.

Unter diesen Umständen kann von einer regelmäßig arbeitenden Weltwirtschaft natürlich noch immer nicht gesprochen werden; man kann im Gegenteil eher behaupten, daß die Störungen sich je länger je mehr bemerkbar machen. Zum Teil hängt das mit äußeren Momenten zusammen, bei Rußland zum Beispiel mit der Sperrung der Häfen des Weißen Meeres durch den Frost, und mit der Sprengung der wichtigsten Eisenbahnbrücke an der einzig offenen Linie nach Schweden (bei Tammerfors), anscheinend durch Revolutionäre. Die französische Wirtschaft wird andauernd durch die schwere Zahlungskrisis in diesem

Digitized by Google

Lande beeinflußt. Für die allgemeine Lage ist es bezeichnend, daß aus der Union zwar andauernd Berichte über eine Besserung der Lage kommen, daß aber gleichzeitig die Vereinigung der Eisenbahnen die Veröffentlichung ihrer Frachtwagenstatistik eingestellt hat. — In den Niederlanden ist eine halbstaatliche Uebersee-Handelsgesellschaft gegründet worden, die den Versuch machen will, die Waren für den Landesbedarf einzuführen, die England bisher als relative Kontrebande ungerechtfertigterweise beschlagnahmt hat.

Auf **staatsfinanziellem Gebiete** sind die Verhältnisse ähnliche geblieben, wie in den letzten Monaten. Die staatlichen Aufwendungen in den direkt und indirekt am Kriege beteiligten Staaten wachsen enorm, und gleichzeitig gehen aus begreiflichen Gründen die Staatseinnahmen überall zurück. Groß-Britannien hat sich daher nach langem Zögern zur Ausgabe einer Kriegsanleihe entschlossen und gleichzeitig die Teezölle, sowie vor allem die Biersteuer sehr stark in die Höhe gesetzt; ferner ist auch die Einkommensteuer verdoppelt worden. Bei der Kriegsanleihe von 350 Mill. Lstrl. sind den Zeichnern für englische Verhältnisse ungewöhnlich günstige Bedingungen gestellt worden. Das Anlehen ist 3½ proz., binnen 10—14 Jahren zu pari rückzahlbar, der Emissionskurs nur 95 %; die Einzahlungen erstrecken sich über fast ein halbes Jahr, und die Bank von England hat sich bereit erklärt, die Anleihe bis zum 1. März 1918, also mehr als drei Jahre lang, zu beleihen, und zwar „taken at the issue price without margin, at 1 per cent under the current bank rate". Trotzdem scheint die Anleihe nur sehr wenig überzeichnet worden zu sein, denn nach den bisher vorliegenden Berichten sind kleinere Zeichnungen voll, größere zu 96—98 % zugeteilt worden; offiziell hat man das Zeichnungsergebnis nicht bekanntgegeben, nachdem man vorher die phantastischsten Milliardenziffern unwidersprochen gelassen hatte. Immerhin übertrifft das Zeichnungsresultat rein ziffernmäßig alles bisher Dagewesene, auch die deutsche Kriegsanleihe, von der sich die englische Anleihe aber dadurch unvorteilhaft unterscheidet, daß bei ihr „Konzertzeichnungen" größeren Umfanges erfolgt zu sein scheinen, denn wenige Tage nach Schluß der Zeichnung ist die Anleihe im freien Verkehr bereits mit ⅛ % Disagio gehandelt worden. — Frankreich behilft sich offiziell weiter mit seinen bons de la défense nationale; wie weit daneben die Notenpresse arbeitet, ist mangels neuerer Ausweise der Bank von Frankreich unbekannt. — Rußland hat sich gleich den übrigen Bundesgenossen kleine Kredite in London eröffnen lassen; ferner hat es eine angeblich voll gezeichnete 5 % innere Anleihe von 500 Mill. Rbl. zu 94 % begeben, läßt

Digitized by Google

die Notenpresse arbeiten und soll. wie gegen Ende des Monats aus Schweden berichtet wurde, die Absicht haben, weitere 500 Millionen Rubel 5 % Anleihe in London zu emittieren. — Von den Zentralmächten hat Deutschland im November keine finanziellen Schritte getan. Erst am 2. Dezember hat sich das Reich einen neuen Kredit von 5 Milliarden Mark bewilligen lassen, der jedoch vorläufig nicht die Form einer Anleihe annehmen soll. Infolge der im vorigen Hefte erwähnten preußischen Kriegskredite ist der Höchstumlauf an Darlehnskassenscheinen auf 3 Milliarden Mark heraufgesetzt worden. — Oesterreich und Ungarn haben nach deutschem Muster Anleihen aufgelegt; Oesterreich 5½ % Schatzscheine, Ungarn 6 % Rente zu 97½ %, beide in unbegrenzter Höhe. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten sind etwa 1¾ Milliarden Kronen Schatzscheine und knapp eine Milliarde Anleihe gezeichnet worden. — Vor einem schweren Entschluß stehen die Niederlande. Dort soll eine Anleihe im Betrage von einer Viertelmilliarde oder mehr aufgenommen werden, und zwar teilweise als Zwangsanleihe. Das Land plant außerdem ein interessantes finanzpolitisches Experiment. Es will nämlich Kriegs-Ausfuhrzölle einführen, aber nur für solche Waren, deren Preise wesentlich gestiegen sind, und deren Zoll das Ausland (d. h. Deutschland) tragen würde. — Norwegen hat eine innere Anleihe von 10 Mill. Kr. aufgenommen Griechenland von Frankreich sich einen Vorschuß von 20 Mill. Frcs., anscheinend für Zinszahlungen gewähren lassen.

Die Lage des **Weltarbeitsmarktes** hat auch im November keinerlei durchgreifende Veränderung erfahren. In den meisten Industriestaaten, mit Ausnahme von Belgien, Frankreich und teilweise wohl auch von Oesterreich-Ungarn, haben die großen Aufträge der Militärbehörden direkt und indirekt einen gewissen Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausgeübt, so daß die Arbeitslosigkeit geringer geworden ist. Von einer wirklichen Belebung des Arbeitsmarktes kann aber trotzdem nirgendwo gesprochen werden. Die Berichte aus Großbritannien lauten, soweit die Textilindustrie in Betracht kommt, recht ungünstig, während die Montanindustrie zum Teil mit Hochdruck für die Militärverwaltung arbeitet. Ein für Weißblech erlassenes Ausfuhrverbot hat die an sich schon große Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe noch mehr verschärft. Am allerschlechtesten scheint die Lage im Handelsgewerbe zu sein. — In den Vereinigten Staaten haben die riesigen Aufträge der Alliierten für Kriegsmaterial eine kleine Teilbelebung bewirkt; im allgemeinen aber spricht man lediglich von Hoffnungen, die sich im kommenden Frühjahr erfüllen sollen. — In Deutschland hat jetzt eine gewisse Anpassung an den

Digitized by Google

Kriegszustand stattgefunden, welche die Arbeitslosigkeit weiter verringert hat. Der Bericht des Reichsarbeitsblattes, der sich nur auf den Oktober bezieht, betont bereits, daß die Verbesserung des Arbeitsmarktes sich weiter fortgesetzt und sogar auf die Luxus- und Edelmetallindustrie erstreckt habe. Daß im Baugewerbe eine solche Besserung nicht zu verzeichnen ist, erscheint angesichts der Jahreszeit und der Heeresgestellung, die gerade dieses Gewerbe außerordentlich in Mitleidenschaft zieht, nur begreiflich. Im ganzen ist nach den amtlichen Meldungen die Arbeitslosigkeit Ende Oktober nur noch etwa halb so groß gewesen wie Ende August.

Was die **Einnahmen der deutschen Eisenbahnen** betrifft, so sind neue Momente im November hier nicht eingetreten. Ziffern sind nicht bekanntgegeben worden, sie dürften aber, da der Verkehr sich wieder regelmäßiger gestaltet hat, vor allem auch die Zahl der Personenzüge weiter erhöht worden ist, wieder gestiegen sein. — Die Lage der **Seeschiffahrt** ist die gleiche geblieben wie zuvor. Deutsche Schiffe schwimmen auch weiter kaum auf den Weltmeeren; was aber die englische Schiffahrt durch die Unschädlichmachung der „Emden" gewonnen haben kann, dürfte durch das Erscheinen deutscher Unterseeboote im Kanal und an der Westküste Englands ungefähr ausgeglichen sein. Eine fernere Einbuße für die englischen Reeder ergibt sich aus dem Zufrieren des Weißen Meeres sowie aus der bereits erwähnten Sprengung der Brücke bei Tammerfors, die einen Transithandel England—Schweden—Rußland auf längere Zeit unmöglich machen, mindestens sehr erschweren dürfte. Ueber die Lage am Suezkanal fehlen zuverlässige Meldungen; angeblich sollen bereits Transporte über das Kap der guten Hoffnung umgeleitet werden. Der Süd-Amerika-Handel Englands ist nach den Angaben des Times-Korrespondenten durch die Taten der deutschen Kreuzer „fast vernichtet", was freilich übertrieben klingt. Die Schiffahrt der Neutralen wird durch die englischen und französischen Schikanen andauernd behindert und ist weiter zusammengeschrumpft.

Auf die Ziffern der neueröffneten **Konkurse** wirken noch immer die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen des Bundesrats ein, so daß sich weitgehende Schlüsse aus ihnen verbieten. Es wurden eröffnet:

im Sept.	1912	630	Konkurse	1913	671	Konkurse	1914	473 Konkurse
„ Oktob.	1912	809	„	1913	763	„	1914	595 „
„ Nov.	1912	840	„	1913	724	„	1914	511 „

Die Lage des **deutschen Eisenmarktes** hat sich im November zunächst langsam weiter gebessert, wobei die Steigerung der Nachfrage zum Teil dadurch ausgeglichen wurde, daß mehrere Werke

Digitized by Google

ihren Betrieb wieder aufnahmen oder ausdehnten. Neben den Aufträgen der Militärverwaltungen spielt jetzt auch die Nachfrage des privaten Konsums und des neutralen Auslandes wieder eine gewisse Rolle. Eine Einheitlichkeit der Tendenz hat sich natürlich nicht herausbilden können, denn wenn zum Beispiel die Kleineisenindustrie, die für militärische Zwecke arbeitet, mit Aufträgen geradezu überlastet ist, so zeigt sich bei den Formeisen-Walzwerken die Wirkung der eingeschränkten Bautätigkeit und der Unterlassung aller neuen Anlagen und Werkvergrößerungen sehr deutlich. Der Durchschnittsgrad der Beschäftigung wird im Westen auf 50—60 % geschätzt, wobei jedoch darauf hingewiesen werden muß, daß in manchen Fällen lediglich das Fehlen geschulter Arbeiter eine weitere Erhöhung verhindert.

Der Versand des **Roheisenverbandes** wird im November etwa wieder 50 % der Beteiligung betragen haben; im Oktober hat er sich schließlich auf 49,09 % gestellt. Trotz des im vorigen Hefte geschilderten Widerspruches der Abnehmer hat sich der Verband nicht zu einer Herabsetzung seiner Verkaufspreise entschlossen, sondern lediglich eine Ausfuhrvergütung von 5½ M. wieder eingeführt; gleichzeitig hat er aber die Hämatitpreise um 10 M. pro Tonne in die Höhe gesetzt, was großes Befremden erregt hat. Die Abnehmer beabsichtigen, durch Vermittlung der Regierung eine Abänderung dieses Beschlusses anzuregen. Dem Berichte des Verbandes nach geht die infolge des Krieges eingeschränkte Produktion voll in den Verbrauch über. Sie betrug (in 1000 t):

	1910	1911	1912	1913	1914
September . .	1 232,5	1 250,7	1 479,3	1 589,2	580,1
Oktober . . .	1 291,4	1 334,9	1 589,3	1 650,2	729,8
November . .	1 272,3	1 313,9	1 537,2	1 587,3	?

Der Siegerländer Eisenstein-Verkaufsverein hat seine Verkaufstätigkeit für das erste Vierteljahr 1915 aufgenommen, und zwar zu Preisen, die für Rostspat um 1 M., für Rohspat entsprechend weniger in die Höhe gesetzt worden sind.

Der **Stahlwerksverband** hat seine Hauptversammlung erst Anfang Dezember abgehalten. Nach dem erstatteten Berichte ist der Formeisenabsatz etwas zurückgegangen, das Halbzeug- und Eisenbahnmaterial-Geschäft weiter etwas gebessert. Für alle diese Produkte konnten größere Abschlüsse nach dem neutralen Auslande gemacht werden. Der Halbzeug- und Formeisenverkauf für das erste Vierteljahr 1915 wurde zu den bisherigen Preisen freigegeben. Versandziffern liegen nur als Gesamtangaben bis Ende Oktober vor. Danach sind im September 245 194 t (Rohstahlgewicht), im Oktober 280 570 t (gegen 524 891 t im Oktober 1913) versandt worden.

Digitized by Google

Am Stabeisenmarkte, der im Oktober und der ersten Hälfte des November ebenfalls etwas besser gelegen hatte, machte sich im weiteren Verlaufe des letzten Monats die bereits erwähnte Steigerung der Produktion besonders stark bemerkbar. Die etwas erhöhten Preise gaben deshalb allmählich wieder nach, und gegen Ende November lagen die Forderungen für Stabeisen ziemlich allgemein wieder bei ca. 100 M. — Die Auflösung des Walzdrahtverbandes hat den Markt weniger beeinflußt, als zunächst befürchtet worden war, weil die an seine Stelle getretene Interessengemeinschaft ihm eine gewisse Stütze bot. Die Blechpreise neigen nach unten, das Geschäft ist hier (von Feinblech für die Konservendosen abgesehen) still; in Schiffsbaumaterial ist das neutrale Ausland, namentlich Skandinavien, mit größeren Aufträgen im Markt. Die Röhrenpreise sind (durch Herabsetzung der Rabattsätze) um eine Kleinigkeit erhöht worden.

Die Nachrichten von den außerdeutschen Märkten fließen weiter spärlich. Die Verhältnisse in Belgien haben sich nicht geändert, da die dortige Arbeiterschaft sich weigert, die Arbeit wieder aufzunehmen. — In England hat sich das Inlandsgeschäft infolge von Kriegsaufträgen weiter belebt, die Ausfuhr dagegen hat sich kaum gebessert. Die Warrantpreise haben etwas angezogen, weil die Nachfrage nach Roheisen sich gebessert hat. No. 3 M'bro Warrants notierten in Glasgow (per ton):

2. Nov.	6 Nov.	13 Nov.	20. Nov.	26. Nov
49 sh 1½ d	49 sh	49 sh 4½ d	50 sh 5 d	51 sh 2 d

Der Inlandsabsatz der österreichischen Eisenwerke ist im Oktober gegenüber dem September um etwa 10 Prozent gestiegen.

In Amerika hat sich das Geschäft, trotz der andauernd ausgesprochenen Hoffnungen, auch im November nicht wesentlich belebt; die Preise für Fertigfabrikate haben sogar fast durchweg langsam nachgegeben. Der Bericht des Iron Age vom Ende des Monats schätzt die im November eingegangenen Aufträge geringer als die im Oktober und erklärt, Berichte über die Wiederaufnahme des Betriebes in einer Anzahl Gießereien seien irreführend, da andere Werke gleichzeitig Betriebseinschränkungen erfahren hätten.

Die Lage des **deutschen Kohlenmarktes** ist auch im November ziemlich befriedigend geblieben. Das gilt allerdings wiederum nur für Kohle, während bei Koks sich die Absatzschwierigkeiten eher gesteigert haben, weil die Nachfrage nach Brech- und Siebkoks nachgelassen hat. Da neutrale Länder, wie zum Beispiel die sonst von Frankreich versorgte Süd-Schweiz, jetzt den deut-

Digitized by Google

schen Markt aufsuchen, so erscheint es nicht unmöglich, daß die infolge der Mobilmachung naturgemäß stark verringerte Kohlenproduktion zur Deckung des In- und Auslandbedarfes nicht voll ausreichen wird. Eine Steigerung der Produktion läßt sich zwar durchsetzen, würde aber, wie in bergbaulichen Kreisen betont wird, die an sich schon bestehenden Mehrkosten noch weiter wachsen lassen. Damit motiviert man wenigstens in allen Revieren die Absicht, Preiserhöhungen für Rohkohle vorzunehmen; der Saarfiskus hat solche sogar bereits angekündigt. Bei diesem betragen sie etwa 1,50 M. per Tonne. Beim Rheinisch-Westfälischen Syndikat und der Oberschlesischen Konvention sollen sie sich im selben Rahmen halten. Angeblich plant das Syndikat gleichzeitig eine schärfere Herabsetzung der Kokspreise. In der letzten Sitzung wurden die Umlagen für das vierte Quartal bei Kohlen auf 7 %, bei Koks auf 9 %, wie bisher, festgesetzt, für Briketts dagegen von 8 auf 2 % ermäßigt.

Die Beteiligungsanteile für das vierte Quartal 1914 wurden für Kohle und Briketts erhöht, für Koks unverändert gelassen, so daß sich in Prozenten der Beteiligung folgendes Bild ergibt:

	Kohle				Koks				Briketts			
	1914	1913	1912	1911	1914	1913	1912	1911	1914	1913	1912	1911
Januar . .	85	[2]	90	87.5	55	85	75	72.5	80	85	80	75
Februar .	80	[2]	95	87.5	55	90	80	75	80	85	85	75
März . . .	80	[2]	95	87.5	55	90	80	75	80	85	85	75
April . . .	80	[2]	[1]	87.5	50	85	85	75	80	90	85	75
Mai . . .	82½	[2]	[1]	87.5	45	80	78	70	82½	90	85	80
Juni . . .	87½	[2]	95	87.5	45	80	75	65	87½	95	85	80
Juli . . .	85	95	95	87.5	40	75	72.5	65	85	90	85	80
August . .	85	95	97.5	87.5	40	75	75	65	85	85	85	80
September .	[2]	95	97.5	87.5	[2]	75	75	65	[2]	85	85	80
Oktober . .	[2]	95	100	87.5	25	65	82.5	60	65	85	85	80
November	60	87½	100	85	27½	65	85	67	65	85	85	77.5
Dezember .	65	85	100	90	27½	55	85	75	75	85	85	80

Der Syndikatsbericht über den Oktober betont die günstigere Entwicklung in diesem Monat, erklärt jedoch gleichzeitig, daß trotzdem in einzelnen Sorten die Lagerbestände weiter gestiegen seien. Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug (in 1000 t):

	1912		1913		1914	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
August	7 032,3	260,5	7 027,4	270,3	2 545,9	97,9
September	6 543,8	261,8	6 886,6	264,9	4 121,1	158,5
Oktober	6 530,1	241,9	6 658,5	246,6	4 667,1	172,9

Für Koks und Briketts lauten die Versandziffern (in 1000 t.):

	1912				1913				1914			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Aug.	1751,2	56.5	401,2	14,9	1787,1	57,6	390,4	15,0	553,9	17,9	113,9	4,4
Sept.	1722,8	57,4	367,4	14,7	1707,0	56,9	386,4	14,9	871,1	29,0	249,2	9,6
Okt.	1798,8	58,0	369,0	13,7	1646,5	53,1	395,0	14,6	1039,2	33,5	328,6	12,2

[1]) Streikmonate [2]) Nicht festgesetzt

Digitized by Google

Während man bisher der Meinung war, daß eine provisorische Verlängerung des Syndikates unbedingt notwendig werden würde, weil eine Einigung bis zum 1. Januar in das Bereich der Unmöglichkeit gehöre, wird jetzt berichtet, daß der nächsten Zechenbesitzer-Versammlung bereits der abgeänderte Verlängerungsvertrag zur Beschlußfassung vorgelegt werden solle; es kann sein, daß er unter einem sanften Druck der Regierung zur Annahme kommen wird.

Für **Deutschlands Kohlengewinnung** liegen die Oktoberziffern noch nicht vor.

In der Lage der deutschen **Kaliindustrie** hat sich im November nichts geändert. Von einer Wiederaufnahme der Ausfuhr ist noch kaum die Rede, und der Inlandsabsatz kann sich erst im Frühjahr wieder richtig entwickeln. Zahlen über den Versand sind nicht bekanntgegeben worden.

Nach den Nachrichten, die über Feldbestellung und Aufgehen der junger. **Saaten** vorliegen, sind die Aussichten für deren Ueberwinterung bis jetzt recht günstig. Vor allem hat der kurze Frost in der zweiten Novemberhälfte die tierischen Schädlinge, über die bis dahin sehr geklagt wurde, beseitigt. Den bisherigen Maßnahmen ist inzwischen auch die Festsetzung von Höchstpreisen für Hafer (Berlin: 212 M.) und Kartoffeln (Berlin: 2,50 M. pro Ztr.) gefolgt, von denen der letztere nur für den Produzenten gilt. Da sich bisher schon eine ganze Reihe von Lücken in der Höchstpreis-Gesetzgebung gezeigt haben, so dürften in der allernächsten Zeit Zusatzbestimmungen erlassen werden.

Am Zuckermarkte ist es über die Auslegung der neuen Regierungsbestimmungen bzw. deren Folgen für die Raffinerieverträge zu Differenzen zwischen den Raffineuren und deren Abnehmern gekommen, die wahrscheinlich ein nochmaliges Eingreifen der Regierung notwendig machen werden. Nach der zweiten Schätzung der internationalen Vereinigung ist die russische Ernte mit über 2 Millionen Tonnen, also höher als im Vorjahre, anzunehmen. Die Rohzuckererzeugung wird von Willett und Grey etwa ebenso hoch geschätzt wie im Vorjahre. Die Preise in England sind nicht niedriger geworden. — Der deutsche Kaffeemarkt ist durch eine Vereinbarung der deutschen mit der Santos-Regierung vor einer weiteren Versteifung bewahrt worden. Die in Hamburg (und wahrscheinlich auch die in Antwerpen) lagernden brasilianischen Valorisations-Kaffees sind dem deutschen Markte, d. h. dem Handel, zu etwas niedrigerem Preise zur Verfügung gestellt worden, als vorher in Deutschland bezahlt wurde; beiläufig erzielt auf diese Weise Santos Preise für seinen Kaffee, auf die es sonst nie hätte hoffen können. Die Tee- und Kakaopreise sind weiter erheblich gestiegen.

Digitized by Google

Mitte des Monats ist die Londoner Metallbörse wieder eröffnet worden. Angesichts der Ausfuhrverbote geben ihre Notierungen aber kein getreues Bild der Marktlage. In Deutschland sind die Preise weiter gestiegen, und es steht die Festsetzung von Höchstpreisen, insbesondere für Kupfer, bevor. Gegen die englischen Schikanen haben, wie erwähnt, die amerikanischen Kupferproduzenten bereits vor Wochen bei ihrer Regierung Einspruch erhoben, jedoch vermochte diese sich bisher zu einem energischen Handeln nicht aufzuraffen. — Die Zinnauktionen in Holland sind bis auf weiteres vertagt worden, eine Maßregel, die weniger im Interesse dieses Landes als Englands liegt.

Besonders gespannt hat sich die Lage an den Textilmärkten gestaltet. Für Wolle haben die meisten der in Betracht kommenden Staaten, vor allem England, Ausfuhrverbote erlassen, letzteres in der Absicht, Deutschland damit in Verlegenheit zu bringen. Der Erfolg ist der gewesen, daß allerdings in Deutschland die Preise kräftig weiter gestiegen sind, ohne daß aber eine direkte Wollnot entstanden wäre. — Baumwolle ist zwar auf Amerikas Verlangen von Großbritannien ausdrücklich für „frei" erklärt worden, jedoch ist trotz alledem die Baumwollausfuhr aus der Union bisher nur wenig in Fluß gekommen. England, dessen Export gerade in Textilien vollkommen ins Stocken geraten ist, bleibt wenig aufnahmefähig, Verschiffungen nach dem Kontinent aber finden kaum statt, weil die Versicherungssätze und Frachten zu hoch sind. Der Preis ist unter diesen Umständen in Amerika sehr niedrig und deckt nicht die Selbstkosten der Pflanzer. — Niedrig sind außerhalb der Sperrzone auch die Preise für Jute, deren Ausfuhr Großbritannien ebenfalls aufs strengste verbietet, womit die indischen Pflanzer natürlich recht wenig einverstanden sind, da Indien und Großbritannien bei weitem nicht in der Lage sind, die gerade dieses Jahr sehr gut geratene indische Juteernte aufzunehmen.

Während in Deutschland der Petroleumkonsum künstlich etwas zurückgedrängt wird, um mit den Vorräten Haus zu halten, wobei man von einer Preiserhöhung ausdrücklich Abstand nahm, hat die Unterbindung der Ausfuhr in Rußland zu einem ungeheuerlichen Preissturz geführt. — Was die sonstigen Warenpreise angeht, so sei noch die weitere starke Steigerung der Häute- und Lederpreise erwähnt, die in Deutschland zur Beschlagnahme der für Militärzwecke verwendbaren Arten geführt hat. — Trotz Steigerung der Rohmaterialienpreise hat das Hefesyndikat von der ursprünglich geplanten Heraufsetzung seiner Preise abgesehen.

Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

Digitized by Google

	29. Nov. 13	1. Okt. 14	2. Nov. 14	10. Nov. 14	20. Nov. 14	30. Nov. 14
Weizen (Berlin) .	198,50	247,—	—	—	—	—
do. (New York)	99,—	114 7/8	125 1/2	123 1/4	124 3/4	125 1/4
Roggen (Berlin) .	163,75	222,—	222,—	—	—	—
Mais (New York)	—	80 3/4	84,—	85 1/4	74 1/2	70 1/2
Schmalz (Chicago)	11,10	9,42	10,92	10,30	10,55	9,67
Silber (London) .	26 7/16	24,—	22 3/16	22 5/8	22 3/4	22 7/8

Die Notierungen verstehen sich für Weizen New York u. Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze.

Voll aufgenommen hat von den **Weltbörsen** auch im November keine ihre Tätigkeit; jedoch hat in der zweiten Hälfte des Monats New York wieder mit dem offiziellen Handel in Obligationen begonnen und konnte sogar bald zur Notierung einzelner sorgfältig ausgewählter Aktien übergehen. Das Geschäft ist vorläufig klein, und Kursschwankungen von Belang sind nicht zu verzeichnen. Einzelne Kurse haben sich höher gestellt als vor dem Kriege. Hervorzuheben ist, daß die New-Yorker Umschreibungsstelle der Canada-Bahn erklärt hat, während des Krieges Umschreibungen von auf deutsche Namen lautenden Aktien nicht vorzunehmen; diese künstliche Beschränkung des Angebots kann bei weiterer Ausdehnung des Börsenverkehrs Wichtigkeit bekommen. Einige amerikanische Provinzbörsen, wie Cleveland und Los Angeles, ebenso wie auch die meisten amerikanischen Warenbörsen haben ihre Tätigkeit ziemlich voll wieder aufgenommen. — In Europa berät man noch immer über die Maßnahmen, die einer Wiedereröffnung der Börsen vorausgehen müssen, und so ist es weder in London und Paris, noch in Berlin und Wien, von Petersburg ganz zu schweigen, zur Wiederaufnahme der offiziellen Notierungen gekommen. — In London scheint man sich über die Hilfsmaßnahmen jetzt schlüssig geworden zu sein, und will, wie berichtet wird, die Börse Anfang Januar wieder eröffnen. Ob die Absicht ausgeführt werden kann, hängt wohl mit von der weiteren militärischen Entwicklung ab. Die im vorigen Hefte erörterten Prolongationsbedingungen der Londoner Börse sind nachträglich in einem wichtigen Punkt abgeändert worden; der geforderte Einschuß kann nämlich auch in Effekten geleistet werden. — Neben der Scheinbörse in Bordeaux hat sich jetzt auch in Paris eine solche aufgetan; für den Anfang Dezember ist sogar die Wiedereröffnung des dortigen Comptantmarktes angekündigt worden. Dabei hat man aber die Liquidation vom 31. Juli noch immer vertagen müssen. — Auch in Berlin ist die Liquidation um einen weiteren Monat verschoben worden, ohne daß dieses Mal neue Einschüsse eingefordert worden wären. Da unter der Hand englisch gestempelte Stücke von Reichsanleihen aus neutralen Staaten angeboten wurden, ist der Handel mit solchen verboten

Digitized by Google

worden, soweit sie nicht vor dem 31. Juli in verbündetem oder neutralem Besitze gewesen sind. Die Reichsbank nahm dieses Vorkommnis zum Anlaß, um zu erklären, daß sie mit Firmen, die direkt oder indirekt aus dem feindlichen Auslande Werte in den Handel bringen, jeden Verkehr abbrechen werde. Der freie Effektenhandel ist in Berlin im November etwas lebhafter geworden. Mehrfach zeigte sich Nachfrage nach Kriegsanleihe etwas über dem Emmissionskurse, auch waren des öfteren Aktien gesucht. In erster Reihe waren das natürlich die Aktien von Waffenfabriken, daneben aber auch solche der Wollwaren- und Farbenindustrie, sowie gewisse Montanaktien und einzelne Spezialwerte. In diesem Zusammenhange sei auch die Kapitalserhöhung der Friedrich Krupp A.-G. um 70 Mill. M. erwähnt.

Am **internationalen Geldmarkt** hat sich die Situation im November insofern nicht geändert, als nach wie vor ein öffentlicher Geldverkehr sich nur im engsten Rahmen und zwischen Häusern von unzweifelhafter Solvenz abspielte, dieser aber meist zu niedrigen Geldsätzen, die stark mit den schweren Zinslasten kontrastierten, welche die privaten Kreditnehmer, soweit sie überhaupt auf Darlehen rechnen konnten, im Verkehr mit den Banken zu tragen hatten. Dieser Erscheinung, die international war, stand aber auf der anderen Seite eine gewisse Erleichterung im Geldverkehr der Länder untereinander gegenüber. Der Devisenverkehr scheint sich mit der anormalen Kriegslage abzufinden und die Ausgleichung der externen Schuldverpflichtungen zu ermöglichen. Sogar zwischen den kriegführenden Ländern spielt sich bereits ein — freilich sehr beschränkter — indirekter Zahlungsverkehr ab, bei dem das neutrale Ausland den Mittelsmann abgibt. Für die Banken, sowohl die inländischen wie die vermittelnden, entspringt aus dem Valutenhandel ein ungewöhnlich großer Gewinn, da offizielle Wechselkurse nicht existieren, zu den privaten Notizen hohe Spesen zu- bzw. abgeschlagen werden, und Geld- und Briefkurs erheblich, oft um ganze Prozente, auseinandergehen. Nur in England sind die Devisen halbwegs kulant zu handeln; deutsche und österreichische Wechsel fehlen aber selbstverständlich auf der Preisliste. An Diskontveränderungen sind im November zwei zu registrieren. Die Bank von Italien und die Bank von Spanien haben fast gleichzeitig ihren Diskontsatz um $^1/_2$% herabgesetzt. Die Sätze der großen Zentralbanken in den kriegführenden Ländern sind unverändert geblieben. Der Abbau der Moratorien hat seinen Fortgang genommen, aber noch nirgends zur normalen Schuldregulierung geführt. In England besteht zurzeit zwar ein Moratorium nicht mehr, auch nicht in abgeschwächter Form, aber die Regierung sorgt doch dafür,

Digitized by Google

daß durch private Abmachungen oder milde richterliche Spruchpraxis den Schuldnern größere Härten erspart bleiben.

Am englischen Geldmarkt beginnen sich die Verhältnisse wieder einigermaßen dem normalen zu nähern, wenn man von der rigorosen Aussonderung der Kreditnehmer absieht, wofür die andauernd hohe Spannung zwischen Bankwechseln und Prima-Warenwechseln (ca. 2%) symptomatisch ist. Im übrigen aber beginnt London wieder ein Markt zu werden, an den sich der internationale Kreditbegehr wendet, und außer den Verbündeten Englands haben bereits Länder wie Norwegen und die Vereinigten Staaten Gelder in London aufnehmen können, natürlich unter Mitwirkung der Regierung bzw. der Bank von England. Auch Indien und Australien haben ihren Geldbedarf in London gedeckt. 5 Mill £ indische Schatzwechsel fanden Unterkunft zu $3^7/_8$% für ganzjährige, und zu $3^9/_{16}$% für halbjährige Abschnitte. Ueber die englische Kriegsanleihe, die man sich entschlossen hat, statt einer ursprünglich in Aussicht genommenen weiteren 100 Mill. £-Serie von Schatzscheinen auszugeben, ist das nötige bereits an anderer Stelle (unter „staatsfinanzielle Maßnahmen") gesagt worden. Welchen Einfluß die 350 Mill. £ die sie binnen eines halben Jahres aus dem Markt nimmt, auf die Geldverhältnisse haben werden, ist bisher nicht zu erkennen (die nächste Einzahlung von nur 3% ist am 7. Dezember fällig). Die Anzahlung von 2%, die bei der Zeichnung geleistet werden mußte, hat keine nachhaltige Wirkung auf den Geldmarkt ausgeübt. Der Privatdiskont notierte:

2. Nov.	9. Nov.	14 Nov.	20. Nov.	26. Nov.	30. Nov.	höchst.	niedrigst.
$3^1/_{16}$	3	$2^7/_8$	$3^1/_8$	$2^3/_4$	$2^{15}/_{16}$	$3^3/_{16}$	$2^3/_4$

Diese Sätze galten indes nur für Bank-Akzepte. Warenwechsel notierten $1^3/_4$ bis 2% höher.

Bei der Bank von England hat sich auch im November der Goldbestand bedeutend erhöhen können, obwohl die Bank nicht weniger als 4 Mill. £ als Reserve für die kleinen Regierungsnoten beiseite gesetzt hat. Dem Goldbestand werden natürlich (durchaus zu Recht) auch die Posten zugerechnet, die in Canada und Transvaal zu treuen Händen für Rechnung der Bank hinterlegt worden sind. Zum erstenmal hat gegen Ende November der Schatzkanzler auf eine Anfrage die (in diesen Heften wiederholt mitgeteilte) Tatsache bestätigt, daß die Regierung bei Kriegsausbruch ein Goldausfuhrverbot erlassen bzw. Gold als Export-Kontrebande erklärt hat. Die weitere Tatsache, daß die Bank von England Gold überhaupt nur auf spezielle Anweisung der Regierung hergibt, ist bisher offiziell noch nicht zugegeben worden. Der Status der Bank ist, da der Notenumlauf andauernd um mehr als 30 Mill. £ überdeckt ist, ein sehr guter, obwohl das starke

Digitized by Google

Steigen der Privatguthaben die Reserve prozentual niedrig erscheinen läßt (am 25. November 31,6%). Am 7. Dezember dürfte die Einzahlung auf die Kriegsanleihe einen Betrag von rund 10 Mill. £ von den privaten zu den öffentlichen Depositen hinüberfließen lassen. Was die den Bedingungen der deutschen Kriegsanleihe nachgebildete Bestimmung betrifft, daß die Bank von England den Zeichnern der neuen Anleihe den Subskriptionspreis auf drei Jahre herzuleihen verpflichtet ist, und zwar zu dem niedrigen Zinse von 1% unter dem Banksatz, so darf man die Bedeutung dieser Bestimmung nicht überschätzen. Denn die Anleihebedingungen sind derartig, daß die Zeichner bei sofortiger Vollzahlung der Anleihe und ihrer Lombardierung bei der Bank 1% Zinsen zusetzen, wozu nur ein kleiner Teil von ihnen bereit sein wird.

Die Ziffern der Goldbewegung bei der Bank von England, die wir unter dem gewohnten Vorbehalt wiedergeben, lauten folgendermaßen:

	Eingang		Ausgang		Saldo
2.— 7. November	750 000 £	1 000 000 £	an die Staatspapiergeld-Reserve	—	250 000 £
9.—14. „	6 638 000 „	1 000 000 „		+	5 638 000 „
16.—21. „	739 000 „	1 000 000 „		—	261 000 „
23.—28. „	1 103 000 „	1 000 000 „		+	103 000 „
30. „	114 000 „	—		+	114 000 „
	9 344 000 £	4 000 000 £		+	5 344 000 £

Ende November waren rund 34 Mill. £ Regierungsnoten (currency notes) im Umlauf, wovon rund 7½ Mill. £ bereits an die Bank von England zurückgeflossen waren, und denen eine Golddeckung von 13½ Mill. £ gegenüberstand.

Die Umsätze des Londoner Clearinghauses, die sich Ende Oktober bereits wieder dem Normalen genähert hatten, sind im November von neuem um etwa 30% hinter den vorjährigen Vergleichsziffern zurückgeblieben. Die Ziffern lauten (in Mill. £):

1912		1913		1914	
31. 10.— 6. 11.	327	30. 10.— 5. 11.	379	29. 10.— 4. 11.	249
7. 11.—13. 11.	279	6. 11.—12. 11.	289	5. 11.—11. 11.	232
14. 11.—20. 11.	348	13. 11.—19. 11.	334	12. 11.—18. 11.	223
21. 11.—27. 11.	276	20. 11.—26. 11.	289	19. 11.—25. 11.	200
31. 10.—27. 11.	1 230	30. 10.—26. 11.	1 291	29. 10.—25. 11.	904
1. 1.—30. 10.	13 208	1. 1.— 29. 10.	13 581	1. 1.—28. 10.	12 509
1. 1.—27. 11.	14 438	1. 1.—26. 11.	14 872	1. 1.—25. 11.	13 413

Der Pariser Geldmarkt funktioniert andauernd schlecht. Die Geldsätze sind zwar, soweit Kredite zu haben sind, niedrig, aber völlig dem individuellen Ermessen der Banken überlassen. Für die letzteren haben sich mehrfach Schwierigkeiten aus dem Abbau des Moratoriums ergeben, demzufolge sie verpflichtet waren, im November auf größere Guthaben bis zu 40% des Betrages, auf Guthaben bis zu 1000 Fr. den vollen Betrag auszuzahlen. Die Bank von Frankreich hat dabei vielfach Hilfe

Digitized by Google

leisten und u. a. auch unakzeptierte Tratten zum Diskont nehmen müssen. Trotz ihres außerordentlich großen Umlaufes an ungedeckten Noten (deren genauer Betrag infolge Fehlens der Ausweise nicht bekannt ist), bleibt die französische Währung andauernd auf pari, zuweilen sogar etwas darüber. Das hängt damit zusammen, daß die mehrausgegebenen Noten zum größeren Teil keinen zusätzlichen Geldumlauf darstellen, sondern nur das fast völlig aus dem Verkehr verschwundene Hartgeld ersetzen; ferner mit der fortgesetzten Einziehung kurzfristiger Auslandsforderungen an den andauernden englischen Rimessen für den Unterhalt der britischen Truppen und als Valuta für in London diskontierte bons de la défense.

Der Wiener Geldmarkt hat im November unter dem Zeichen der Kriegsanleihe gestanden. Die Banken haben schon wochenlang vorher äußerste Zurückhaltung im Kreditgeschäft geübt, um ihre Mittel für die zeichnende Kundschaft zu reservieren. Der Privatdiskont von meist 3¾% war infolgedessen so gut wie nominell. Um die österreichische Währung nicht durch die großen demnächst fälligen Couponszahlungen nach Deutschland weiter zu schwächen, haben die österreichische und die ungarische Regierung Vorschüsse bei deutschen Banken aufgenommen und zwar je in Höhe von 200 bzw. 100 Mill. M. Aus diesen Vorschüssen, denen 6% Schatzwechsel als Unterlage dienen, wird die Oesterreichisch-Ungarische Bank (die noch immer keine Ausweise veröffentlicht) der deutschen Reichsbank den Saldo überweisen, der sich nach Kompensation der österreichischen Schuldverpflichtungen in Deutschland mit den deutschen in Oesterreich ergeben wird.

In New York sind allmählich wieder normale Verhältnisse eingekehrt. Der „Goldpool" hat mit seinen starken Goldexporten nach Canada seinen Zweck erreicht und die amerikanische Währung wieder auf die Parität gebracht, wobei ihn allerdings die enormen Bezüge von Kriegsmaterial durch den Dreiverband und auch die starke Nachfrage nach Dollarwechseln seitens Deutschlands wesentlich unterstützt haben. Außerdem hat England größere Guthaben in New York stehen lassen, was auf ein englisches Darlehen an Amerika hinausläuft. An Notstandsnoten standen Ende November noch etwa 260 Mill. $ (Höchstbetrag 378 Mill.) aus. Am 16. November sind programmgemäß die zwölf Bundes-Reservebanken (vgl. den betr. Aufsatz in diesem Heft) eröffnet worden. Sie haben sofort ihre Diskonttätigkeit zu Zinssätzen von 5½ bis 6½% begonnen und dem Geldmarkt dadurch eine erhebliche Erleichterung gebracht. Die Geldsätze, die sich Anfang November noch auf 6% für Dreimonatswechsel stellten, sind Ende des Monats auf 4¾% zurückgegangen. Täg-

Digitized by Google

liches Geld, das anfangs ebenfalls 6 % bedang, ging später auf 3½ % zurück. — Bei den New-Yorker Clearinghaus-Banken (einschließl. Trust-Comp.) haben die Reserven sich sofort nach Eröffnung der Bundes-Reservebanken außerordentlich gesteigert bei gleichzeitiger starker Abnahme des Notenumlaufs der New-Yorker Nationalbanken. Die Ausweise lauten in der seit Kriegsausbruch üblichen Form (in Mill. $):

	7. Nov.	14. Nov.	21. Nov.	28. Nov.
Darlehen	2144,7	2133,2	2146,2	2156,7
Depositen	1923,0	1925,4	2028,0	2045.8
Barbest. u. Leg.-Tenders	450,0	442.8	510,9	468,9
Notenumlauf	130,3	106,7	92,7	78.3
Reserve	+ 15,9	+ 7,4	+ 176,8	+ 132,4

Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken haben die beiden bereits erwähnten Veränderungen erfahren und lauten, soweit bekannt:

Deutsche Reichsbank	bis 30. Nov.	6;					Durchschnitt	6
Bank von England	„ 30. „	5;					„	5
Bank von Frankreich	„ 30. „	5;					„	5
Oest.-Ung. Bank	„ 30. „	5,5;					„	5.5
Banca d'Italia	„ 8. „	6;	bis 30. Nov.	5,5;			„	5.6
Russ. Reichsbank	„ 30. „	6;					„	6
Bank von Spanien	„ 11. „	5;	„ 30. „	4,5;			„	4.7
Bank von Portugal	„ 30. „	5,5;					„	5,5
Schweiz. Nationalbank	„ 30. „	5;					„	5
Schwed. Reichsbank	„ 30. „	6;					„	6
Bank von Norwegen	„ 30. „	5,5;					„	5.5
Niederländische Bank	„ 30. „	5;					„	5
Nationalb. v. Dänemark	„ 30. „	6;					„	6
Rumän. Nationalbank	„ 30. „	6;					„	6

Nachstehend die Hauptziffern aus den November-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken, soweit solche veröffentlicht bzw. bekannt geworden sind (vgl. auch die Tabellen am Schlusse des Heftes).

November-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. XI.	1885,4	36,2	—	2642,9	33,1		1282,1	4084,8	2163 2
14. „	1916,0	40,3	—	2769,7	30,9		1357,0	4060,0	2103,7
23. „	1948,7	45,0	—	2887,5	35,1		1415.8	4009,2	2015.5
30. „	1991,3	44,3	—	2932,4	35,8		1397,4	4205,4	216º 8
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
4. XI.		69,5	—		122,1	16,5	140,3	35,5	—
11. „		69,3	—		122,1	19,3	137,3	35,5	—
18. „		72,6	—		125,7	16,3	147,3	35,3	—
25. „		72,2	—		137,6	18,7	156,5	35,3	—
Bank von Frankreich.	Veröffentlichen während des Kriegs keine Ausweise.								
Oesterreichisch-Ungarische Bank.									
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
21. X.		1621,0	216,0	?	?	208,0	?	2800,0	—
29. X.		1623,0	?	1045.0	216,0	225,0	754,0	2706,0	—
5. XI.		1548,0	216,0	1100,0	218,0	215,0	742,0	2781,0	—
Bank von Finland. Ausweise nicht bekannt geworden.									

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand			b) Anlagen		c) Verbindlichkeiten		d) Notenumlauf	
	Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	Wechsel	Darlehen	Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	insges.	durch a) nicht gedeckt
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
10. X.	1086,9	91,7	100,3[1])	1532,4[2])		67,7	481,4	2186,3	907,4
20. „	1089,8	94,2	100,8[1])	1494,5[2])		78,7	513,4	2154,4	869,6
31. „	1094,3	96,2	104,3[1])	1565,5[2])		118,8	500,1	2146,1	851,3
10. XI.	1093,9	97,1	106,3[1])	1495,1[2])		44,6	496,4	2148,1	850,8
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
31. X.	552,3	703,6[3])	173,8	439,9	523,9[4])	89,3	605,4	1985,2	555,5
7. „	559,5	698,3[3])	164,6	436,4	525,6[4])	84,4	605,3	1998,6	576,2
14. „	560,4	704,9[3])	164,0	420,6	518,7[4])	86,9	612,3	1986,7	557,4
Bank von Portugal. (Millionen Escuados)									
9. IX.	8,015	4,990[10])	—	30,057	70,869	3,049	5,605	91,253	78,248
16. „	8,016	5,044[10])	—	30,135	71,285	3,265	6,036	91,149	78,089
23. „	8,016	5,126[10])	—	30,034	71,728	3,413	6,169	91,243	78,101
30. „	8,016	5,130[10])	—	29,853	73,329	3,539	6,434	92,132	78,986
7. X.	8,016	5,117[10])	—	29,239	74,958	3,558	6,616	92,964	79,831
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
7. XI.	171,7	4,8	3,3	186,3	146,1	—	17,7	478,9	299,1
14. „	171,9	4,7	1,5	185,6	145,5	—	17,9	477,0	298,9
11. „	172,3	4,7	1,2	182,5	145,2	—	17,1	475,1	296,9
23. „	181,2	4,9	0,8	179,2	148,5	—	20,5	481,1	294,2
Belgische Nationalbank. Ausweise nicht veröffentlicht.									
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. XI.	244,5	17,6	—[9])	194,6	21,3	74,7		419,6	157,5
14. „	242,4	18,7	—[9])	194,2	20,1	82,7		410,9	149,8
23. „	240,0	19,9	—[9])	165,9	20,7	68,1		401,0	141,1
30. „	237,7	20,5	—[9])	171,1	20,8	64,3		413,9	155,7
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
7. XI.	104,1	50,4		163,6		60,6		281,8	127,3
14. „	104,2	51,7		161,5		62,9		278,9	123,0
21. „	104,4	54,9		158,1		63,7		270,1	110,8
28. „	104,4	53,2		157,2		68,2		271,1	113,5
30. „	104,4	51,4		169,8		70,2		283,7	127,9
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
7. XI.	41,1	62,2[1])		121,5		23,6		130,8	27,5
16. „	72,5[11])	31,4[12])		122,2		25,0		129,7	25,8
23. „	42,9	61,0[1])		119,1		24,2		128,1	24,2
30. „	44,5	57,0[1])		119,1		20,5		131,5	30,0
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
31. X.	72,2	32,4[1])		80,5[5])	46,3[6])	6,5		224,2	119,6
30. XI.	81,4	29,7[1])		64,9[5])	45,6[6])	4,3		211,1	100,0
Nationalbank von Serbien. Ausweise nicht bekannt geworden.									
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
18./31. X.	154,0	0,7	56,7	253,3	167,4[7])	—[8])		581,7	370,3
25. X. 7. XI.	154,0	0,7	56,7	254,0	168,1[7])	—[8])		583,7	372,3
1./14. XI.	154,0	0,7	56,7	251,3	159,1[7])	—[8])		570,9	359,5
7./20. „	154,0	0,7	56,7	249,6	159,8[7])	—[8])		568,9	357,5
15./28. „	154,0	0,7	56,7	251,5	161,9[7])	—[8])		572,3	360,9
Nationalbank von Bulgarien. Weitere Ausweise nicht bekannt geworden.									

*) Einschließl. Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei die ausländischen Wechsel. [2]) Ohne Kontokorrent-Debitoren, aber einschließlich der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [3]) Dabei geringe Kupferbestände. — [4]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [5]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [6]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (31. 8. 14 25,9 Mill. Kr., 30. 9. 14 25,6 Mill. Kr.) — [7]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 15 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [8]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [9]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [10]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [11]) inkl. Goldbestand im Auslande. — [12]) Nur Ausl.-Wechsel.

Digitized by Google

Am **Berliner Geldmarkt** hat der Verkehr sich in denselben Formen vollzogen wie im Oktober. Die Geldsätze sind hier andauernd weit höher als an den Westplätzen, doch ist zu diesen Sätzen wenigstens Geld erhältlich, soweit die Deckung gut ist. Die am 25. November fällige Einzahlung von 20 % auf die Kriegsanleihe vollzog sich leicht. Tägliches Geld, für das Anfang des Monats etwa 5½ % erzielt wurde, ging um die Zeit des Einzahlungstermins sogar um zirka 1 % zurück. Für den Privatdiskont wurden folgende Sätze genannt:

2. Nov.	9. Nov.	14 Nov.	21. Nov.	25. Nov.	30. Nov.	höchst.	niedrigst.
5⅝	5¾-⅞	5½	5½	5½	5¼	5⅞	5¼

Offizielle Wechselkurse sind auch im November nicht notiert worden. Doch mußte für die meisten Devisen weiter erheblich über Parität bezahlt werden, für Amsterdam, New York und London (umgerechnet über die Wechselkurse neutraler Länder) mehrfach über 12 %. Gegen Ende des Monats hatten Goldrimessen der Reichsbank nach Dänemark und Holland eine merkliche Verbilligung der Wechselkurse zur Folge. Für belgische Valuta hat die Nachfrage fast ganz aufgehört, seitdem die deutsche Zivilverwaltung in Belgien den Annahmezwang für Reichsmark (auf Basis von 125 Fr. gleich 100 M.) verhängt hat. Demnächst soll in Belgien neues Papiergeld auf Grund der dem Lande auferlegten Kriegskontribution ausgegeben und damit eine Forderung erfüllt werden, die in diesen Heften bereits vor zwei Monaten (vgl. Oktoberheft S. 984) erhoben worden ist.

Der **Deutschen Reichsbank** sind auch im November wieder so ansehnliche Goldmengen zugeflossen, daß sie im Interesse des Devisenhandels größere Posten nach dem Auslande senden und doch noch einen Zuwachs von 133 Mill. M. verzeichnen konnte. Dementsprechend hat sich auch ihr Notenumlauf erhöht bzw. ihr Bestand an Darlehnskassenscheinen verringert. Die Wechselanlage der Bank hat sich infolge Uebernahme von Reichsschatzwechseln und Seehandlungs-Akzepten etwas vergrößert, obwohl die privaten Diskonteinreichungen zurückgegangen sind. Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold hat Ende November 47,3 % betragen.

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank hat sich im November ungefähr auf der Höhe des Vormonats gehalten, was eine Besserung bedeutet, da der Oktober meist erhebliche Mehrumsätze zu bringen pflegt. Die Ziffern lauten:

	1910	1911	1912	1913	1914
September . . .	4374,2	5353,6	5577,4	5903,7	3211,7
Oktober	4723,3	6130,5	6961,6	6924,9	4473,0
November . . .	4533,9	5370,5	6008,4	5582,3	4427,0

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer und den sonstigen Reichs-Umsatzsteuern sind auch im November nicht bekanntgegeben worden.

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im November 1914.

(Vom 1. bis 30. November im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	November 1913		November 1914		November 1913		November 1914		November 1913		November 1914		November 1913		November 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	—	—	—	—	5	710	—	—	—	—	—	—	3	126	—	—
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	—	—	1	22	1	20	2	3 800	—	—	1	200	—	—
Steine u. Erden	—	—	—	—	9	620	2	840	—	—	—	—	3	220	1	13
Metalle u. Maschinen	1	250	—	—	23	1 153	5	131	6	3 520	—	—	12	4 866	—	—
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	6	280	—	—	—	—	—	—	2	63	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	1	8 000	—	—	2	321	—	—	2	550	1	2 000	3	1 020	—	—
Fette, Oele etc.	1	1 000	—	—	2	170	—	—	—	—	—	—	1	100	—	—
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	—	—	—	—	8	423	3	103	—	—	1	2 000	6	395	—	—
Textilgewerbe	1	1 500	—	—	2	220	2	120	—	—	—	—	1	40	—	—
Papiergewerbe	—	—	—	—	2	280	—	—	1	100	—	—	1	400	—	—
Ledergewerbe	—	—	—	—	1	20	2	40	—	—	—	—	—	—	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	—	—	9	286	2	65	—	—	—	—	4	108	—	—
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	1	2 330	—	—	13	962	11	916	—	—	—	—	4	365	—	—
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	2	1 075	—	—	13	1 590	—	—	—	—	—	—	1	25	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	—	—	9	229	1	66	—	—	—	—	3	80	—	—
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	2	107	1	30	—	—	—	—	1	5	—	—
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	4	215	—	—	24	1 898	8	545	—	—	—	—	3	130	—	—
Banken u. Vers.-Ges.	1	600	1	1 642	2	60	2	456	—	—	3	3 860	—	—	1	65
Bahnen u. Transport-Ges.	1	140	—	—	5	190	2	40	1	30 000	—	—	2	160	—	—
Handel (außer Banken)	—	—	—	—	36	2 908	18	774	—	—	—	—	3	319	1	80
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	2	40	1	100	1	304	—	—	1	6	—	—
Sonstige Gesellschaften	—	—	—	—	42	1 650	5	306	1	3 000	—	—	7	444	3	105
	13	15 110	1	1 642	218	14 139	66	4 552	14	41 274	5	7 860	62	9 072	6	263

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Novemb. 1914: 6 194 000 Mk.; im Novemb. 1913: 29 249 000 Mk.
Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 8 123 000 „ „ „ 1913: 50 346 000 „
Gesamtanspruch im Novemb. 1914: 14 317 000 Mk.; im Novemb. 1913: 79 595 000 Mk.

Digitized by Google

Die **Gründungstätigkeit** ist im November so gut wie auf den Nullpunkt gekommen, wenigstens für Aktiengesellschaften; die einzige Aktien-Gesellschaft, die neu zur Eintragung kam, ist eine Kriegskreditbank. Es wurden eingetragen:

1 Aktiengesellschaft	mit	1 642 000	M. Kapital
66 Gesellschaften m. b. H.	„	4 552 000	„ „
zusammen		6 194 000	M. Kapital

gegen 29 249 000 M. Kapital im Nov. 1913
und 32 642 000 „ „ „ „ 1912

Die **Kapitalserhöhungen** haben sich im November ungefähr auf demselben niedrigen Niveau gehalten wie im Oktober. Die Ziffern lauten:

5 Aktiengesellschaften	mit	7 860 000	M. Kapital
6 Gesellschaften m. b. H.	„	263 000	„ „
zusammen		8 123 000	M. Kapital

gegen 50 346 000 M. Kapital im Nov. 1913
und 71 759 000 „ „ „ „ 1912

An Genossenschaftsgründungen haben im November laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
3	8	0	0	2	19
Dagegen im November 1913:					
37	5	0	3	9	57
Dagegen im November 1912:					
26	7	1	3	7	79

Insgesamt sind also gegründet worden:

Nov. 1914:	5	Genossenschaften m. unb. H. u.	27	Genossenschaften m. b. H.	
„ 1913:	46	„ „ „ „	65	„ „ „	
„ 1912:	34	„ „ „ „	89	„ „ „	

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im November fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

n Berlin	62	in Frankfurt a. M.	7	in Liegnitz	5
„ Cöln/Rh.	5	„ Hamburg	22	„ Mannheim	5
„ Eichstätt	5	„ Herford	5	„ München	18
„ Elberfeld	5	„ Leipzig	8		

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im November 1914:

305 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Digitized by Google

Die deutschen Banken im November 1914.

Reichsbank. Gibt in Aachen belgische und französische Noten zu niedrigeren Preisen, als den im freien Verkehr in Berlin bezahlten, gegen 1½ ‰ Gebühr ab, sofern sie zur Bezahlung von Waren dienen, deren Anschaffung im Reichsinteresse erfolgt. Unter der gleichen Bedingung gibt die Bankstelle Düsseldorf Scheck und Auszahlung Schweiz ab. Das aus dem feindlichen Ausland über neutrale Staaten nach Berlin gelangende Angebot deutscher Reichsanleihe (u. a. in Stücken mit englischem Stempel) veranlaßt die Reichsbank zu der Erklärung, daß sie den Verkehr mit Firmen, die den Verkauf solcher Anleihen vermitteln, abbrechen werde. Die Bank kommt mit der Oesterreichisch-Ungarischen Bank überein, daß der nach Austausch der in den beiden Reichen präsentierten Coupons auf das andere Reich verbleibende Saldo vom Schuldnerlande (meist Oesterreich) bar beglichen werden soll. Präsident Havenstein reist in Sachen der belgischen Nationalbank nach Belgien, was zu dem (sofort dementierten) Gerücht Anlaß gibt, es stehe die Errichtung einer Reichsbankstelle in Antwerpen bevor. Im Einvernehmen mit dem Reichsschatzamt erklärt die Bank sich bereit, von den im Felde Stehenden bis auf weiteres Zeichnungen auf die Kriegsanleihe nachträglich anzunehmen. Nach einer Denkschrift der Regierung haben die Diskontierungen von Reichsschatzanweisungen seitens der Reichsbank bis Ende September (vor Emission der Kriegsanleihe) mit 2.3 Milliarden M. ihren Höhepunkt erreicht. Außerdem gewährte die Bank dem Reich bis zum 15. September durch Diskontierung und Lombardierung von Zollwechseln Kredit in Höhe von 312 Mill. M. Die von den Darlehenskassen gewährten Darlehen erreichten am 7. November mit 1120 Mill. Mark ihren höchsten Stand (am 30. November 1062 Mill. M.). Für das laufende Jahr wird die gewohnte zweite Abschlagsdividende von 1¾ % verteilt. Die Gewinne der Bank würden eine wesentliche Erhöhung der Jahresdividende (1913: 8,43 %) gestatten, doch soll ein erheblicher Teil des Mehrgewinns zurückgestellt werden (vgl. Novemberheft S. 1087/88). Seit Ende September hat die Filiale Tilsit ihren Betrieb wieder aufgenommen, nachdem sie fast zwei Monate ihre Schalter geschlossen hatte. Die Reichsbankstelle Mülhausen, die bei Kriegsausbruch nach Freiburg i. Br. verlegt worden ist (s. Oktoberheft), kehrt wieder nach Mülhausen zurück. In München werden Fälschungen von Hundertmarkscheinen festgestellt und der Fälscher verhaftet. Auch in Württemberg tauchen falsche Reichsbanknoten (à 20 M.) auf. An Präsident Havenstein ist von der philosophischen Fakultät der Universität Straßburg für seine Verdienste um die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens im Kriege der Ehrendoktortitel verliehen worden. Direktor Reißner von der Reichsbankstelle Bromberg ist gestorben. Direktor Beltz in Flensburg ist unter Verleihung des Titels Geheimer Regierungsrat in den Ruhestand getreten. Direktor Hoffmann von der Nebenstelle Fürstenwalde ist im Felde gefallen. — Siehe auch unter Seehandlung.

Seehandlung. Bleibt auch weiterhin dem Markt als Geldgeberin fern. Beginnt auf Grund des der preußischen Regierung bewilligten 1½-Milliarden-Kredits Gelder für Ostpreußen und für Notstandsarbeiten flüssig zu machen, größtenteils durch Akzepte, welche die Reichsbank diskontiert.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Prolongiert die wenigen noch im Markte befindlichen Ultimogelder mit 6½ %. Das Ergebnis der Mittelstandskredit-Aktion der Kasse (siehe Septemberheft) sind neun für die verschiedenen Handwerke bestimmte Genossenschaftsbanken; in einem Rundschreiben an die Kommunalverwaltungen überläßt die Kasse es diesen, durch besondere Kreditkommissionen die an die neun Genossenschaften herantretenden Ansprüche zu prüfen. Eine Reihe von Gemeinden, vornehmlich Mitglieder des Preußischen Städtetages, geben dieser Anregung Folge.

Digitized by Google

Kriegskreditinstitute. Die Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen und die Kriegskreditbank für den Bezirk Leipzig sollen sich verschmelzen. — Den früher aufgeführten Hilfsinstituten sind noch anzufügen: Kriegsdarlehnskasse für Breslau A.-G., Kapital 1 Mill. M. — Kriegskreditbank in Posen A.-G. (im Septemberheft als geplant erwähnt), Kapital 0,83 Mill. M. — Kriegsunterstützungskasse auf Gegenseitigkeit der Landesbank der Provinz Westfalen. — Kreditbank für Hausbesitzer A.-G. in Düsseldorf. — Bei der Kriegskreditbank für das Herzogtum Sachsen beträgt das Kapital 1,25, bei der Kriegskreditbank für das Herzogtum Altenburg 0,4 Mill. M. — Kriegsleder A.-G. vgl. unter Commerz- und Discontobank. — Kriegshilfe-Bank für Kleinhändler und Gewerbetreibende A.-G. in Bremen (Kapital 1,61 Mill. M.) siehe Deutsche Nationalbank.

Disconto-Gesellschaft. Führt das Konsortium, das der ungarischen Regierung zur Befriedigung des großen (in erster Linie staatlichen) Bedarfes an Markvaluten ein Guthaben von 100 Mill. M. gegen einjährige 6proz. Schatzwechsel eröffnet, und nimmt an dem der österreichischen Regierung gewährten gleichartigen Kredit teil. (Siehe hierzu sowie bezüglich der Liquidation ihrer Londoner Filiale unter Deutsche Bank.) Geschäftsinhaber Dr. Mosler wird in die Schätzungs- und Verteilungskommission berufen, die dem Aufsichtsrat der mit 6 Mill. M. Kapital gegründeten „Kriegschemikalien A.-G." beigesellt wird. Ein Aufsatz, den Geschäftsinhaber Waller in „Nord und Süd" über „Das deutsche Bankgewerbe und der Krieg" veröffentlicht, spricht sich über die derzeitige und künftige Wirtschaftslage Deutschlands sehr zuversichtlich aus.

Deutsche Bank. Führt das Konsortium, das der österreichischen Regierung zwecks Währungsregulierung 200 Mill. M. gegen einjährige 6proz. Schatzwechsel vorschießt. Wiener Mitteilungen über einen Vorschuß der Deutschen Bank an die Türkei von 5 Mill. türk. Pfund entbehren angeblich jeder Grundlage. Bei der Handelsvereinigung A.-G. (Fürstenkonzern) ergibt sich ein Verlust von 8,2 Mill. M. (bei 15 Mill. Mark Kapital); der Kredit der Deutschen Bank, der früher über 100 Mill. M. betragen hat, ist erheblich zurückgegangen. Siehe auch Carl Neuburger. Die im Novemberheft erwähnte volle Erfüllung aller Verbindlichkeiten bei der Liquidation der deutschen und österreichischen Bankniederlassungen in London ist dadurch ermöglicht worden, daß die Bank von England den Diskont der dem Warengeschäft entstammenden englischen Akzepte auch auf die Akzepte der Londoner Filialen deutscher und österreichischer Banken ausdehnt. Geheimrat Klönne wird mit Jahresende aus dem Vorstande ausscheiden, soll aber seine Aufsichtsratsstellen beibehalten und in den Aufsichtsrat der Bank selbst eintreten. Als sein voraussichtlicher Nachfolger gilt der frühere erste Direktor der Bergisch-Märkischen Bank, Schlitter. Der bisherige stellv. Direktor der Düsseldorfer Filiale, Krämer, tritt als Teilhaber in das Bankhaus J. Dreyfus & Co., Frankfurt a. M., ein.

Dresdner Bank. Gegen die Banque J. Allard & Cie., die Pariser Kommandite der Dresdner Bank, ist in der französischen Presse systematisch gehetzt worden (siehe auch Novemberheft unter Frankreich); durch ihre Vermittlung seien jährlich Millionen deutscher Waren eingeführt worden, angeblich sei sie auch das Zentrum der deutschen Spionage gewesen. Das Institut wird daher von der französischen Regierung unter Zwangsverwaltung gestellt, die dann aber bald wieder aufgehoben, offiziös sogar abgeleugnet wird. Der Umsatz des Prenzlauer Bankvereins mit der Dresdner Bank in den ersten drei Quartalen 1914 betrug nach einer Angabe des Bankvereins 2,8 (i. V. 2,5) Mill. M. Wegen der Londoner Filiale der Dresdner Bank siehe unter Deutsche Bank. Die im vorigen Heft erwähnten neuen

Digitized by Google

Kredite für Heereslieferungen sind, wie die Bank uns mitteilt, nicht in der Form von Beteiligungen (wie bei den meisten anderen Großbanken), sondern lediglich gegen Zins und Provision gewährt worden.

Darmstädter Bank. Das Reichsgericht weist den Schadenersatzanspruch einer Firma an die Bank ab; es handelte sich um eine ohne Verbindlichkeit erteilte Auskunft über eine (später in Konkurs geratene) Firma, in der verschwiegen worden war, daß die Firma der Bank Forderungen und Warenbestände in Höhe von 0.15 Mill. M. abgetreten hatte. Ein Kassenbote der Niederlassung in Leobschütz ist mit 30000 M. geflüchtet. Ein Kellner, der die Niederlassung in Breslau mittels gefälschter Wechsel um 10000 M. geschädigt hatte, erhält vier Jahre Zuchthaus. Direktor Dr. Beheim-Schwarzbach wird verwundet und erhält das Eiserne Kreuz unter Beförderung zum Hauptmann.

Berliner Handels-Gesellschaft. Sichert denjenigen ihrer Beamten, die durch die Teilnahme am Kriege innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß berufsunfähig werden, auch soweit sie noch nicht pensionsberechtigt sind, eine Pension sowie die Zahlung von Witwen- und Waisengeldern zu, wobei dem Dienstalter sechs Jahre zugezählt werden.

Commerz- und Disconto-Bank. Mit 2 Mill. M. Kapital (zu 25 % eingezahlt) wird die „Kriegsleder A.-G." gegründet, die ihren Sitz bei der Hauptniederlassung der Bank hat und von ihr in Gemeinschaft mit der Disconto-Gesellschaft finanziert wird.

Mitteldeutsche Creditbank. Direktor Mommsen tritt in den Aufsichtsrat der Rockstroh & Schneider A.-G. ein. In Alsfeld in Oberhessen wird eine Filiale der Bank eröffnet.

Nationalbank für Deutschland. Das Mitglied des Aufsichtsrates und frühere stellv. Direktionsmitglied Mosevius ist gestorben. Direktor Winterfeldt wird an Stelle des verstorbenen Direktors Stern in den Aufsichtsrat der Chemischen Werke vorm. Dr. Heinrich Byk gewählt.

Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft, Straßburg. Die Mitglieder des Aufsichtsrates Rocherand in Petersburg sowie Defontaine und Petit in Paris sind ausgeschieden. Die Filiale in Saargemünd wird infolge der Einberufung ihres Direktors zum Heere geschlossen.

Gebr. Arnhold, Dresden. Machen anläßlich ihres fünfzigjährigen Bestehens der Stadt Dresden eine Stiftung von 0.05 Millionen Mark.

Bank für Handel und Gewerbe, Bremen. Nimmt teil an der Gründung der Kriegshilfsbank für Kleinhändler und Gewerbetreibende A.-G. (siehe Deutsche Nationalbank).

Bank für Thüringen, vorm. B. M. Strupp, Meiningen. Ein Vorbesitzer des Geschäfts, Aufsichtsratsmitglied Strupp, ist gestorben. In den Aufsichtsrat der Gothaer Waggonfabrik A.-G. wird an seiner Stelle Direktor Fuld gewählt. Die Dividende von 8 % wird genehmigt.

Bank von Elsaß und Lothringen, Straßburg. Die der Bank nahestehende Lederfabrik Höchst A.-G. verteilt für 1913/14 wieder 5 % Dividende.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Direktor Wuppermann wird in den Aufsichtsrat der Elberfelder Papierfabrik A.-G. gewählt.

Barmer Kreditbank. Erklärt, unter normalen Bedingungen gut beschäftigt zu sein und mit einem befriedigenden Ertrag rechnen zu können, lehnt aber die Schätzung der voraussichtlichen Dividende ab.

Digitized by Google

Bayerische Handelsbank, München. Gibt diesmal keine Schätzung der Dividende ab, beabsichtigt aber, von der Dividende des Vorjahres (8,05 %) wenn irgend möglich, nicht abzugehen.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Beabsichtigt die Dividende, wenn irgend möglich, auf 14 % wie i. V. zu halten.

Bayerische Vereinsbank, München. Direktor Brüntigam von der Augsburger Niederlassung wird in den Aufsichtsrat der August Wessels Schuhfabrik A.-G. gewählt (Dividende 10 % wie i. V.). Die Bank erklärt gegenüber Zeitungsmeldungen, daß sie den Uebergang zum 4½ % Pfandbrief-Typus zurzeit nicht erwäge. Will, wenn irgend möglich, nicht von der Vorjahresdividende (9 %) abgehen.

S. Bleichröder, Berlin. Gehört den Konsortien für das österreichische und ungarische Kreditgeschäft an (siehe Disconto-Gesellschaft und Deutsche Bank). Der Mitinhaber, Dr. von Schwabach, hat im Felde das Eiserne Kreuz erhalten. Die Firma hat sich dem (inzwischen umgestoßenen) Beschlusse der Berliner Banken und Bankiers, den im Felde stehenden Beamten das volle Gehalt zu zahlen, nicht angeschlossen.

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg. Der Reingewinn für 1913/14 beträgt 2,54 (i. V. 2,31) Mill. M. Die Dividende für 1913/14 wird mit Rücksicht auf den Krieg auf 6 (10) % festgesetzt. Der nach Zuführung von 0,3 Mill. M. an die Spezialreserve verbleibende Restgewinn von 0,6 Mill. M. wird zur Stärkung des Vortrages (nunmehr 1,2 Mill.) verwandt.

Danziger Privat-Aktienbank. Der Halbjahresabschluß weist nach Angabe der Verwaltung befriedigende Ziffern auf, und das Geschäft ist weiterhin normal.

Deutsch-Asiatische Bank, Berlin. Die Niederlassungen in Yokohama und Kobe sollen — bei allerdings stark eingeschränktem Betriebe — ungestört arbeiten. Die chinesischen Niederlassungen sind fast völlig lahmgelegt, die indischen in Kalkutta und Singapore sollen den Betrieb nahezu eingestellt haben, und über die Niederlassung Tsingtau ist noch nichts genaues bekannt. Die Dividendenaussichten (i. V. 7 %) sind naturgemäß noch unbestimmt und sehr gering.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Der Mitinhaber M. Elias der von der Bank kommanditierten Bankfirma M. Elias Kaufmann's Sohn, Kassel, ist gestorben.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Der Krieg hat den Geschäftsertrag bisher nicht wesentlich beeinträchtigt, wenn auch neue Geschäfte nur ganz vereinzelt eingegangen wurden. Die Dividende ist zurzeit noch nicht zu beurteilen.

Deutsche Nationalbank, Komm.-Ges. a. A., Bremen. Gehört zu den 297 Gründern der Kriegshilfsbank für Kleinhändler und Gewerbetreibende A.-G. in Bremen.

Deutsche Orientbank, Berlin. Die ägyptischen Niederlassungen werden unter englische Kontrolle genommen. Die „Times" behauptet, das Institut sei das Organ einer geheimen alldeutschen Propaganda gewesen, worauf schon die Herkunft ihrer Beamten „aus den höchsten Kreisen Deutschlands" hinweise. Das Aufsichtsratsmitglied Mosevius ist gestorben (siehe Nationalbank für Deutschland).

Deutsche Ueberseeische Bank, Berlin. Die Bank ersucht uns, mitzuteilen, daß „ebenso wie die spanischen Filialen auch die südamerikanischen Niederlassungen der Deutschen Ueberseeischen Bank in jeder Beziehung ihren Zahlungsverpflichtungen nachgekommen sind und ihre Tätigkeit nicht eingestellt haben". Das letztere ist ungenau, da zum mindesten in Argentinien bei Kriegsausbruch Bankfeiertage verhängt worden sind, die dort eine vorüber-

Digitized by Google

gehende Schließung der Kassen auch der D. Ue. B. notwendig gemacht haben müssen. Die Gerüchte, auf die sich der erste Teil der Berichtigung bezieht, daß nämlich die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen sei, sind uns bisher unbekannt gewesen.

Deutsch-Südamerikanische Bank, Berlin. Das Aufsichtsratsmitglied Mosevius ist gestorben (siehe Nationalbank für Deutschland).

Frankfurter Hypotheken-Kreditverein. Erwartet für 1914 ein kaum hinter dem Vorjahre zurückbleibendes Ergebnis, doch wird die Höhe der Dividende (i. V. 8½ %) von den Ereignissen vor und nach Jahresabschluß abhängen.

Hannoversche Bank. Das erste Halbjahr war recht gut, das Ergebnis des zweiten läßt sich noch nicht beurteilen.

Hildesheimer Bank. Kann sich erst nach Jahresschluß über die Dividende (i. V. 9 %) äußern, wenn auch das Erträgnis nicht ungünstig sein wird.

Hypothekenbank in Hamburg. Wird eine, „wenn auch nicht erheblich" reduzierte Dividende (i. V. 10 %) zwecks besonderer Reservestellung verteilen. Bei einer Versteigerung Ende November bringen 500 M. 3½ proz. Pfandbriefe der Bank 80 % (letzte Börsennotiz vom 30. Juli 83 %).

Maklerbank, Hamburg. Die in der jetzt abgezweigten Metall-Liquidation G. m. b. H. (siehe Vorheft) verbuchten Geschäfte werden Ende November durch Zwangsliquidation (entsprechend Bundesratsbeschluß) ohne Verlust für die Bank abgerechnet. Bis Ende Juli hielt sich der Gewinn der Bank auf der Höhe des Vorjahres. Neue Geschäfte hat die Bank seit Börsenschluß nicht abschließen können, ihre Garantie für die Ultimo August fällig gewesenen, bisher immer wieder hinausgeschobenen Fondsengagements besteht noch. Das Jahresergebnis läßt sich daher nicht voraussehen (10 % Dividende für 1913).

Mecklenburgische Bank, Schwerin. Das Geschäft hat unter dem Kriege nicht gelitten und Verluste sind nicht eingetreten.

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin. Wird voraussichtlich wieder 15 % Dividende verteilen.

Mendelssohn & Co., Berlin. Gehören zu den Konsortien für die österreichische und ungarische Kreditoperation (siehe Disconto-Gesellschaft und Deutsche Bank). Haben sich seinerzeit dem (inzwischen umgestoßenen) Beschluß der Stempelvereinigung, den im Felde stehenden Beamten das volle Gehalt zu zahlen, nicht angeschlossen.

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Der Aufsichtsratsvorsitzende Strupp ist gestorben (siehe Bank für Thüringen). Die Höhe der Dividende (i. V. 4¾ %) wird von dem Ende Jahres-Kurse der Reichs- und Staatspapiere im Besitze der Bank abhängen. Bisher ist das Geschäft seit Kriegsbeginn nur in bezug auf den Obligationenabstaz beeinträchtigt worden.

Carl Neuburger Komm.-Ges. a. A. in Liqu., Berlin. Die Regreßklage des Liquidators gegen die Handelsvereinigung wird von neuem vertagt (vgl. Dezember 1913), doch wird mit der Beilegung im Wege des Vergleichs gerechnet.

Niederdeutsche Bank in Konkurs, Dortmund. Die Regreßklage des Konkursverwalters der Bank gegen deren früheren Aufsichtsrat wird vom Landgericht ausgesetzt, bis das Urteil der Strafkammer gegen Ohm rechtskräftig geworden sein wird. Die Konkursmasse der früheren Kreis Bergheimer Volksbank gewinnt vor dem Reichsgericht die Klage gegen die Konkursmasse der N. B., wodurch

Digitized by Google

der Volksbank die Verteilung einer Abschlagsquote von 50 % auf etwa 1.75 Mill. M. Passiva ermöglicht werden dürfte (vgl. November 1913).

Norddeutsche Credit-Anstalt, Königsberg. Umsätze und Erträgnis für das erste Halbjahr waren recht zufriedenstellend. Seither hat die Bank in beträchtlichem Umfange Kriegslieferungen finanziert.

Norddeutsche Grundcredit-Bank. Weimar. Das Jahresergebnis wird auf die Höhe des vorigen geschätzt, während die Dividende (i. V. 6%) sich nicht voraussehen läßt.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Kann das Jahreserträgnis (i. V. 9%) noch nicht vorausberechnen, obwohl die bisherigen Ergebnisse „keinen Anlaß zu Beunruhigungen" geben.

Pforzheimer Bankverein. Der Status vom 31. Juli ergibt (bei 6 Mill. M. Aktienkapital) ohne Rücksicht auf die durch den Krieg entstandenen Verhältnisse einen Verlust von 8,66 Mill. M., zu dessen Deckung im Falle außergerichtlicher Einigung der gesamte (allerdings nur allmählich realisierbare) Nachlaß des verstorbenen Direktors Kayser verfügbar ist. Siehe auch Pforzheimer Kreditkasse. Ueber die Berliner Bankfirma Emil Wechsler & Co., bei welcher der Bankverein seine Spekulationen in Berlin vornahm, vgl. unter Zahlungseinstellungen. Der seit Juli flüchtige ehemalige Direktor des Bankvereins Herrmann stellt sich dem Gericht.

Pforzheimer Kriegskreditkasse A.-G. Beleiht Forderungen an den Pforzheimer Bankverein bis 1000 M. zu 60 % und bis 5000 M. zu 50 %.

Preußische Pfandbriefbank, Berlin. Bezüglich der Gehälter der im Felde stehenden Angestellten gilt das bei Mendelssohn & Co. Gesagte.

Privatbank zu Gotha. Hofft, obwohl sich Bestimmtes noch nicht sagen lasse, wieder eine „der vorjährigen (6½ %) ähnliche Dividende" zu verteilen.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Das Geschäft im ersten Halbjahr war normal, der Einfluß des Krieges auf das Gesamtergebnis läßt sich noch nicht übersehen. Direktor R.-Rat Janzer wird in den Aufsichtsrat der Rheinischen Treuhand-A.-G. gewählt. Direktor Köster-de Bary von der Heidelberger Niederlassung wird in den Aufsichtsrat der H. Fuchs Waggonfabrik A.-G. gewählt.

Rheinische Treuhand-A.-G., Mannheim. Die Dividende für 1913/14 beträgt 4 % (i. V. 5 %). Direktor Janzer von der Rheinischen Creditbank wird in den Aufsichtsrat gewählt.

Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Köln. Kann über die Dividendenaussichten (i. V. 8½ %) noch nicht urteilen. Gegenüber der Beeinträchtigung des Geschäftes durch den Krieg sei daran zu erinnern, daß der auszuweisende Jahresgewinn großenteils aus weiter zurückliegenden Zinsüberschüssen und Abschlußprovisionen bestehe.

Schlesische Handelsbank, Breslau. Verteilt für 1913/14 aus 0.7 Mill. M. Reingewinn wieder 6 % Dividende. Nach Mitteilung in der Generalversammlung ist der Geschäftsgang im laufenden Geschäftsjahre bei etwa gleich hohem Gewinn wie im Vorjahre befriedigend. Dr. Schuermann-Beuthen wird neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Siegener Bank für Handel und Gewerbe. Die Höhe der Dividende läßt sich noch nicht voraussehen, da die Umsätze während des zweiten Halbjahres stark zurückgegangen sind.

Vereinsbank in Hamburg. Sieht eine Ermäßigung ihrer Dividende (i. V. 9 %) vor. Ist von der Unterbindung der Welthandelsbeziehungen ziemlich unberührt geblieben, da ihre Auslandengagements nicht sehr umfangreich seien.

Digitized by Google

Westfälisch-Lippische Vereinsbank, Bielefeld. Komm.-Rat Dr. Oetker ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Das Erträgnis des Jahres läßt sich noch nicht voraussehen (5 % Dividende für 1913).

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Der bisherige Direktor der Heilbronner Niederlassung, Koch, der Mündelgelder in Höhe von 0.45 Mill. M. in eigenen Spekulationen verloren hat, wird mit 2½ Jahren Gefängnis bestraft.

Zahlungseinstellungen usw. Carl Neuburger, Niederdeutsche Bank. Pforzheimer Bankverein siehe oben. Kreis Bergheimer Volksbank siehe unter Niederdeutsche Bank. — Der Siegener Bankverein in Liqu. verteilt eine Abschlagsquote von 2 %, eine zweite in ähnlicher Höhe steht zu erwarten. — Im Konkurs J. H. Pistorius (Aktiva 0.13 Mill. M.) erhalten die Gläubiger insgesamt 14.8 %. — Bei der Hamburg-Altonaer Kreditbank (Aktiva 0.28 Mill. M.) sind 8 % Dividende zu erwarten. — Im Konkurse Eduard Wulkow in Berlin (Passiva 1.25 Mill. M.) wird jetzt eine Quote von 10½ %, vielleicht auch mehr, bei der Hamburg-Altonaer Creditbank e. G. m. u. H. (Passiva etwa 3 Mill. M.) 8 % erwartet. — Der Bankfirma Emil Wechsler & Co. in Berlin (siehe Augustheft und oben Pforzheimer Bankverein) wird eine Verlängerung des Moratoriums um drei Monate gewährt. — Die Treubank A.-G. in Eisenach will liquidieren. - - Die Klage des Konkursverwalters des früheren Königswinterer Spar- und Kreditvereins auf 0.15 Mill. M. Schadenersatz gegen Vorstand und Aufsichtsrat wird vom Landgericht abgewiesen und geht an das Oberlandesgericht. — Der Konkurs wird verhängt über den Erlenbacher Spar- und Darlehnskassenverein e. G. m. b. H. und die Leipziger Handelsbank e. G. m. b. H. in Liqu.

Die ausländischen Banken im III. Quartal 1914.

VI. Italien.

Banca d'Italia. Setzt am 3. August den Diskontsatz von 5 auf 6 % herauf. Bezüglich der Erweiterung des Notenprivilegs und Herabsetzung der Notensteuer vgl. „Maßnahmen gegen die Geldkrisis". Von den neuen Vorschüssen der Notenbanken an die Regierung hat das Institut 230 Mill. Lire zu tragen. Siehe ferner Banca Commerciale Italiana. Wegen Zunahme des Notenumlaufs u. dgl. siehe die regelmäßigen Auszüge aus den Ausweisen an anderer Stelle.

Moratorium. Für die Zeit vom 4. bis 20. August wird die Zahlungspflicht für Sparkassen, Banken (außer Notenbanken) und sonstige Kreditinstitute auf 5 % der Schuldsumme (Minimum 50 Lire) beschränkt. (Tatsächlich werden auf Bankdepositen im August meist 25—30 % ausgezahlt.) Die Fälligkeit der bis 20. August zahlbaren Wechsel wird um 20 Tage hinausgeschoben. Der Aufschub wird durch Dekret vom 16. August bis zum 30. September verlängert, wobei weitere 10 % in zwei Raten ausbezahlt und auf Wechsel mit Verfallzeit bis 30. September, die um 40 Tage prolongiert werden, mindestens 15 % (+ 6 % Jahreszinsen auf den prolongierten Betrag) abzuzahlen sind. Ende September wird das Moratorium bis Jahresende verlängert, wobei auf Kontokorrent monatlich 10 % abgezahlt werden sollen.

Maßnahmen gegen die Geldkrisis. Das Emissionsprivileg der Notenbanken wird nach Kriegsausbruch erweitert durch Ermächtigung zur Ausgabe von 300 Mill. Lire ungedeckter Noten, die (gegen Hinterlegung von Staatspapieren und Hypothekenpfandbriefen) Sparkassen und anderen Depositeninstituten zur Verfügung gestellt werden

Digitized by Google

sollen; ferner durch Erhöhung des gesetzmäßigen ungedeckten Notenumlaufes um zwei Drittel oder rund 605 Mill. Lire. Die Notensteuer wird von 6% (der Höhe des geltenden Bankdiskontsatzes) auf 1% ermäßigt. (In der ersten Augustdekade erfuhren bei den drei Notenbanken die Wechsel und Vorschüsse eine Steigerung von 871 auf 1235, und der Notenumfauf eine solche von 2265 auf 2704 Mill. Lire, während sich der Metallbestand auf etwa 1500 Mill. Lire erhielt.) Ferner wird infolge des Verschwindens der Scheidemünze aus dem Verkehr die Ausgabe von 350 Mill. Lire Staatsnoten zu 10 und 5 Lire beschlossen. Die weiterhin vorgesehene Emission von 250 Mill. Lire in teilweise durch Silber gedeckten Kassenscheinen zu 1 und 2 Lire unterbleibt einstweilen, da die Knappheit an Scheidemünze bald vorübergeht. Der Höchstbetrag der von den Notenbanken an die Regierung zu leistenden Vorschüsse wird von 125 auf 310 Mill. Lire erhöht.

Währung. Der Pariser Wechselkurs steigt am 31. Juli auf 107 (31. 12. 13: 100,32), bleibt bis Anfang September ungefähr auf dieser Höhe und geht dann langsam auf ca. 105½ % zurück. Auch die Berliner Devise wird, obwohl auf dem Weltmarkt stark angeboten, mit Aufgeld gehandelt und Mitte September mit 125.075 notiert (Jahresdurchschnitt 1907: 122,88, 1912: 124,41).

Bankgründung. Unter Vorsitz des früheren Finanzministers Luzzati wird als eine Art Zentralkasse für die 20 größten Volksbanken die Banca Federale in Mailand Ende Juni gegründet (siehe Genossenschaftswesen S. 585).

Postsparkassen. Am 30. September 1914 betrugen die Guthaben der Einleger 2072,1 (i. V. 2027.1) Mill. Lire.

Börsenorganisation. Die bisher fehlende, aber (nach Pariser Muster) angestrebte Kollektivhaftung der Börsenmakler wird Ende Juni durch Gründung eines gemeinsamen Garantiefonds eingeführt, doch steht der Anschluß an die garantierende Maklergruppe vorläufig im Belieben der einzelnen Börsenmakler.

Insolvenzen. Das Bankhaus Fratelli Weiß in Mailand gerät durch den Zusammenbruch eines Mailänder Getreidehauses in Konkurs; die Inhaber flüchten. Die Passiva betragen 20, die Aktiva 8 Mill. Lire, von den Depots fehlen 4 Mill. Lire. Siehe auch unter Credito Italiano. — Der Bankier Paolo Ascenso Figlio in Ventimiglia flüchtet unter Hinterlassung von 2 Mill. Lire Passiven, zur Hälfte Depositen. — Unter Mitnahme von 0,15 Mill. Lire entflieht der Direktor der Banca Popolare Cooperativa in Asti, die darauf die Zahlungen einstellt. — Die Bankfirma Luigi Patriarca in Ivrea stellt infolge eines Runs ihre Zahlungen ein.

Banca Commerciale Italiana, Mailand. Der bisherige Delegierte im Verwaltungsrat Weil wird zu dessen Vizepräsidenten gewählt. Der Abschluß für das erste Halbjahr wird als sehr befriedigend bezeichnet; über die Bank werden indes Gerüchte verbreitet, nach denen sie sich durch ihre Bestrebungen, die italienische Schiffahrts- und Eisenindustrie zu vertrusten, derart festgefahren habe, daß eine Hilfsaktion der Banca d'Italia notwendig geworden sei (siehe auch Septemberheft). Allen derartigen Gerüchten wird von beteiligter Seite energisch widersprochen.

Banco di Napoli. Erklärt sich nach Kriegsausbruch zur Vermittlung des Zahlungsverkehrs zwischen Amerika und Italien bereit. An den neuen Vorschüssen der Notenbanken an die Regierung (siehe unter Maßnahmen gegen die Geldkrisis) nimmt das Institut, das bisher von einer derartigen Verpflichtung frei war, mit 60 Mill. Lire teil. Ende September beträgt der Notenumlauf 535,27, der Kassenbestand 261,01 Mill. Lire.

Banco di Roma. Die Zweigniederlassung in Alexandrien muß nach Kriegsausbruch auf Anordnung der Behörden ihre Schalter bis gegen Ende August schließen.

Digitized by Google

Banco di Sicilia, Palermo. Der Notenumlauf betrug Ende September 132.75, der Kassenbestand 63.78 Mill. Lire. Die Bank wird zur Vorschußleistung an die Regierung mit 20 Mill. Lire herangezogen. (Siehe unter Maßnahmen gegen die Geldkrisis.)

Credito Italiano, Mailand. Hat 5½ Mill. Lire Diskonten des insolventen Bankhauses Fratelli Weiß im Portefeuille, die durch andere Unterschriften angeblich genügend gesichert sind. Die bisherigen Direktoren Pfizmaier und Balzarotti demissionieren, bleiben aber im Verwaltungsrat der Bank.

VII. Schweiz.

Schweizerische Nationalbank. Am 30. Juli wird der Zwangskurs über die Noten der Bank verhängt. Die Bank setzt ihren Diskontsatz am 31. Juli von 3½ auf 4½, am 1. August weiter auf 5½, am 3. August auf 6% (das erstemal seit Bestehen) herauf und am 10. September auf 5% herab; setzt ferner den Lombardsatz am 31. Juli von 4½ auf 5½, am 1. August auf 6 und am 24. September wieder auf 5½% fest. Die Bank empfiehlt Anfang August den Banken unter Androhung der Krediteinschränkung, vom Rechtsstillstand Gebrauch zu machen und auf Kontokorrent-Forderungen nicht mehr als 200, auf Spargelder nicht mehr als 50 Fr. auszuzahlen, keine Zugeständnisse bezüglich der Kündigungsfristen zu machen und nur für Lohnzahlungen größere Beträge bereitzustellen. Vom 30. Juli ab ist die Bank zur Ausgabe von 20-Fr.-Noten ermächtigt. Es folgt die Ausgabe von 5-Fr.-Noten, und Anfang September wird auch die Ausgabe von 40-Fr.-Noten vorgesehen. Die Bank muß die Garantie für die Bundeskassenscheine übernehmen, die im Betrage von 30 Mill. Fr. in 5-, 10- und 20-Fr.-Abschnitten, seit 1899 vorbereitet, jetzt ausgegeben werden, und für welche die Bank die gleiche Deckung wie für die eigenen Noten zu halten hat. Anfang September beschließt die Bank, die bewilligten Diskontkredite um 40% zu erhöhen und (nur während des Krieges) bis zu 15% des Diskontkredites auch Lombardwechsel hereinzunehmen. Es wird eine Darlehnskasse nach deutschem Muster mit Zweigstellen bei allen Niederlassungen der Bank unter Haftung der Eidgenossenschaft errichtet; dieselbe gibt besondere Scheine zu 25 Fr. aus. Schweizer Zeitungen propagieren die Errichtung eines „internationalen Clearinghauses" vorerst für die Kriegszeit, späterhin als dauernde Institution, bei der Nationalbank. Diese sucht dort, wo sie Korrespondenten besitzt, in beschränktem Maße der Anregung nachzukommen. Die Bank unterstützt eine infolge des Kriegs gebildete Schweizer Käseexport-Genossenschaft, indem sie den finanzierenden Banken die Eigenwechsel der Genossenschaft bis zu 15 Mill. Fr. als Zusatzkredit diskontiert.

Währung. Ende Juli wird die Goldzahlung suspendiert. „Um der spekulativen Ausnutzung der Valutaschwankungen zu begegnen", wird der Kurs für Postanweisungen nach Frankreich und Italien jeweils gemäß dem Stande der Valuta, bei Kriegsausbruch auf 102 für 100 Fr., festgesetzt. — Im ersten Halbjahr 1914 betrug die Goldeinfuhr 27,54, die Ausfuhr 4.47 Mill. Fr. gegen 31,31 und 18,85 Millionen Fr. im Jahre 1913 und 27,63 und 7,62 Mill. Fr. im Jahre 1912.

Moratorium. Bei Kriegsausbruch wird ein Rechtsstillstand auf 30 Tage verfügt, der später bis Ende September verlängert wird. Auch wird für Auslandsverpflichtungen ein Gegenmoratorium, entsprechend den Vorschriften des Gläubigerlandes, verhängt. Ueber die Zahlungen der Banken vgl. Schweiz. Nationalbank. In bezug auf die nach dem 1. August eingezahlten Depositen verpflichten sich viele Banken ausdrücklich zu sofortiger Auszahlung auf Verlangen.

Kredithilfe. Ueber die Darlehnskasse siehe unter Nationalbank. In Genf wird eine besondere Caisse Genevoise d'avances sur titres und in Chaux-de-Fonds (Neuchâtel) eine Industriekasse errichtet, die besonders der Uhrenfabrikation zur Seite stehen soll.

Digitized by Google

Bankgründungen. Im Juli, also vor Kriegsausbruch, werden in Genf die Banque Suisse et Anglaise mit 1 Mill. Fr. Anfangskapital und rein englischem Verwaltungsrat, sowie die Alliance Financière Suisse, die neben dem Bankgeschäft und Realkredit auch selbständige Handels- und Industrieunternehmungen plant, mit 5,76 Mill. Fr. Aktienkapital errichtet, die letztere von belgischen Kapitalisten.

Ueber die Auslandspropaganda der Schweizer Banken, um französisches (und auch deutsches) Kapital an sich zu ziehen, vgl. „Maßnahmen gegen die Steuerflucht des Kapitals" unter Frankreich im Novemberheft.

Emissionen. Die Beanspruchung des schweizerischen Kapitalmarktes im zweiten Quartal 1914 betrug 105.70 (i. V. 186.89) Millionen Fr.

Bankstatistik. Bei den 11 gemischten Lokalbanken, deren eigene und fremde Gelder vornehmlich hypothekarische Anlage, daneben aber auch Verwendung im laufenden Kreditgeschäft finden, stellte sich 1913 die Zinsspannung durchschnittlich auf 2 % der fremden Mittel, die Unkosten auf 0,5 % der Bilanzsumme, der Reingewinn auf 7,6 % des Eigenkapitals.

Insolvenzen. Bank für Handel und Industrie, Zug, siehe diese. — Bei der Basellandschaftlichen Volksbank in Sissach ist das Aktienkapital von 1,25 Mill. Fr. völlig verloren; sie will liquidieren, doch soll vorerst versucht werden, die in der Armaturwerke A.-G. investierten beträchtlichen Gelder zu retten. — Die 150 Jahre alte Bankfirma Zündel & Co., Schaffhausen, wird nach Kriegsausbruch insolvent (Passiva 3,97, Aktiva nominell 4,46 Mill. Fr.). — Der in Schwierigkeiten geratenen Bankkommandite Eduard Dukas & Co. (siehe Septemberheft) wird ein Moratorium bewilligt. — Die Banca Populare Ticinese in Bellinzona (siehe Kreditkrisis im Juniheft) wird liquidieren; vor dem Kriege wird die Dividende auf 75—80 % geschätzt.

Bank für Handel und Industrie, Zug-Zürich (siehe im Septemberheft unter Insolvenzen). Die vorgeschlagene Liquidation wird von der Generalversammlung abgelehnt. Bis 30. Juni 1914 beträgt der Verlust 1,54 Mill. Fr., davon durch eigenmächtige Hausseengagements der Zürcher Niederlassung verschuldet 0,14 Mill. M.; die Verschiebung der Ultimo Juli-Regulierung an der Zürcher Börse erfolgt u. a. auch wegen der durch die Kriegsgefahr hervorgerufenen Unmöglichkeit, die Bank zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen bzw. sie zu exekutieren. Sie war mit etwa 1,5 Mill. Fr. an der Börse engagiert (in 24 Aktiengattungen à la hausse und mit 6 à la baisse). Zum ersten Direktor ist der bisherige Leiter der Basler Niederlassung der Bank von Elsaß-Lothringen, Rimensberger, bestellt worden, der aber vor dem definitiven Eintritt wieder quittiert. Nach Rücktritt des bisherigen Verwaltungsrates werden fünf neue Verwaltungsräte gewählt.

Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal. An die Stelle des ausscheidenden Präsidenten Nationalrat Schwander tritt Landrat Schneider.

Berner Handelsbank. Gehört dem Konsortium für die Emission der A.-G. Obrecht & Co.-Obligationen an (siehe Solothurner Handelsbank).

Schweizerisch-Argentinische Hypothekenbank, Zürich. Verteilt aus einem Reingewinn von 0,97 (0,86) Mill. Fr. wieder 7 % Dividende. Infolge der zunehmenden Schwierigkeit der Geldbeschaffung für argentinische Hypotheken hat die Bank 12 Mill. Francs Unterbeteiligungen an Hypothekengeschäften abgegeben.

Schweizerische Privatbank, Glarus. Errichtet eine Zweigstelle in Zürich.

Digitized by Google

Schweizerischer Bankverein, Basel. Legt vor Kriegsausbruch 10 Mill. Fr. 5 proz. Pfandbriefe der Ungarischen Hypothekenbank (siehe diese im Oktoberheft) zu 98 % auf.

Schweizerische Vereinsbank, Bern. Verteilt für 1913 keine Dividende (gegen 8 % im Vorjahr). Eine Aktionärgruppe setzt die Zuwahl der Verwaltungsräte Malgarini (Lausanne), Piettre (Bern), Dr. Schorno (Dornach), Pintat (Paris) zu den bisherigen fünf Mitgliedern durch.

Schweizerische Volksbank, Bern. Der bisherige Direktor der Kreisbank Bern wird zum Generaldirektor der Bank bestellt. Es wird ein Schreiben der Bank veröffentlicht, demzufolge sie nach Kriegsausbruch die Verfügung über Guthaben bei ihr nur mittels Uebertragung auf andere Firmen, die bei ihr ein Konto eröffnen, zuläßt; die Barauszahlung wird also (im Rahmen des Moratoriums) gesperrt.

Schweizerisch-Südamerikanische Bank, Zürich. Weist für das erste Geschäftsjahr 1912/13 einen Verlustsaldo von 0,53 Mill. Fr. aus, der vorgetragen wird. Die Mitglieder des Verwaltungsrates Gsell in Buenos Aires und Bonn in London sind ausgeschieden. Nach dem Geschäftsbericht ist die Förderung der schweizerischen Ausfuhr, der Hauptzweck der Gründung, nur zum kleinen Teil gelungen, während andere Länder trotz der Krise in Argentinien Boden gewannen. Nach vorübergehender Verschärfung der Schwierigkeiten durch den europäischen Krieg müsse die Preissteigerung der Bodenprodukte und des Bodens und die Einwanderung die Gesundung in Argentinien herbeiführen.

Société Suisse de Banque et de Dépôts, Lausanne. Verwendet den Reingewinn für 1913/14 von 0.82 Mill. Fr. zu Abschreibungen (im Vorjahre wurden aus 0,80 Mill. Fr. 5 % Dividende bezahlt).

Solothurner Handelsbank. Legt im Juli konsortialiter 1 Mill. Fr. 5 proz. Obligationen der A.-G. Obrecht & Co. in Grenchen zu pari auf.

Solothurnische Volksbank. Gehört zu dem Konsortium für die Obrecht-Emission (siehe Solothurner Handelsbank).

St Gallische Kantonalbank. Ende Juli erfolgt auf die Schalter der Bank ein Run, der infolge angeblich falscher Gerüchte entsteht, aber abgeschlagen wird. Auf die Ermittlung der Urheber der Gerüchte wird eine Belohnung ausgesetzt.

Zürcher Kantonalbank. Sieht sich infolge des Krieges genötigt, die Auszahlung einer großen Anzahl bereits bewilligter, aber noch nicht erfüllter Kredite zu vertagen. Die Spargelder bei dem Institut haben 100 Mill. Fr. überschritten (zu etwa einem Drittel innerhalb der letzten fünf Jahre angesammelt).

VIII. Belgien und Luxemburg.

Belgien. Währung. Kurz vor Kriegsausbruch erreicht der Wechselkurs auf Paris 81/2 % Agio, zum Teil infolge der Zeichnungen auf die französische Anleihe, nach deren Schluß er rasch wieder auf 4½ % Agio sinkt. Gold bedingt Anfang August bis 15 % Agio. Zur Steuerung der Geldknappheit werden von der Regierung 5-Fr.-Scheine ausgegeben. (Vgl. auch bei Nationalbank.) Im September bewirkt die starke deutsche Nachfrage nach belgischen Zahlungsmitteln eine Besserung aller Wechselkurse in Belgien und eine Steigerung der belgischen Valuta über ihren Wert hinaus.

Moratorium. Am 2. August wird ein zunächst bis Ende August laufendes Moratorium verfügt. Von Beträgen über 1000 Fr. zahlen die Banken nur 10 %. Für die von Deutschland besetzten Gebiete (praktisch ganz Belgien) wird der Zahlungsaufschub bis Ende Oktober und weiterhin bis Ende November verlängert.

Digitized by Google

Die Brüsseler Banken haben, soweit sie belgisch sind, Anfang September ihre Schalter sämtlich geschlossen. Die Filialen der deutschen Banken betreiben (nach vorübergehender Behinderung zu Beginn des Krieges) ihre Geschäfte weiter.

Belgische Nationalbank. Verteilt für das erste Halbjahr wieder 85 Fr. Dividende pro Aktie aus einem Gewinn von 14,58 (i. V. 17,83) Mill. Fr., von dem der Staat (als Ertrag des über 3½% hinausgehenden Diskonts) nur 5,36 (i. V. 8,10) Mill. Fr. erhält. Versucht Anfang Juli Angebot und Nachfrage in französischen Zahlungsmitteln zu einem von ihr festgesetzten Preise zu befriedigen und den französischen Wechselkurs zu stabilisieren. Nach Kriegsausbruch gewährt die Bank in großem Maßstabe Vorschüsse auf Effekten und andere Sicherheiten; es wird ein Syndikat mit 100 Millionen Francs gebildet, bestehend aus den Brüsseler Banken und der Banque de Paris und geleitet von Vorstandsmitgliedern der Société Générale, der Banque de Bruxelles, der Caisse de Reports, Baron Empain u. a., das die Darlehen der Bank garantieren soll. Die Vorschüsse sollen nicht zu neuen Geschäften, sondern zur Aufrechterhaltung der industriellen Bankkredite dienen und der Bankenkundschaft die Lohnzahlung, den Materialbezug usw. erleichtern. Die Noten der Bank erhalten Zwangskurs. Die Bestände werden bei Kriegsausbruch allmählich nach Antwerpen übergeführt, Anfang September werden sie nach London gebracht. Die Bank lombardiert die als Kriegskontribution von der Stadt Brüssel gegebenen Stadtkassenscheine nur bis zum Betrage von 5 Mill. Fr., und zwar durch Auslieferung von neuen Noten à 1, 2, 5 und 20 Fr. an die Brüsseler Niederlassung der Deutschen Bank. Der Diskontsatz ist am 30. Juli von 4 auf 5 und am 31. Juli weiter auf 6 % erhöht worden. Ende September hört die Bank auf, zu funktionieren.

Deutsche Maßnahmen in Belgien. Die belgischen Banken und Handelsfirmen dürfen Zahlungen nach den von Deutschland noch nicht besetzten Teilen des Landes sowie nach den mit Deutschland im Kriege befindlichen Ländern nicht vornehmen. Die Zweigniederlassungen von Banken der letzteren Länder werden liquidiert. Alle Creditinstitute unterstehen der Aufsicht des Generalkommissars Reichsbankdirektor von Lumm.

Postscheckverkehr. Ende Juli betrug die Zahl der Teilnehmer 6423, ihr Gesamtguthaben 15,58 Mill. Fr. (Ende Juni 6215 und 11,94 Mill.).

Sparkassen. Infolge der Desorganisation der Nationalbank ist auch die Staats-Sparkasse lahmgelegt. Bei den Sparkassen, welche imstande sind, auszuzahlen, sind die Abhebungen auf zweimal 50 Fr. pro Monat beschränkt.

Insolvenzen usw. Der ehemalige Bankier Wilmart in Brüssel wird Ende Juli zu fünf Jahren Gefängnis und 2000 Fr. Geldstrafe wegen Herausgabe gefälschter Aktien, und zu weiteren Geld- und Gefängnisstrafen in gleicher Höhe wegen Depotsunterschlagung verurteilt. — Der Crédit Ostendais stellt Anfang September seine Zahlungen ein.

Banque Belge pour l'Etranger, Brüssel. Tritt als Kommanditistin in die Wiener Bankfirma Politzer, Rosenberg & Co. ein (s. diese im Oktoberheft).

Banque d'Anvers. Gehört dem Konsortium der Sucreries et Raffineries en Roumanie an (vergl. Société Générale). Die bei der Bank entdeckten Unterschlagungen (s. Septemberheft) werden auf 2 Mill. Fr. beziffert.

Banque Centrale Gantoise, Gent. Schlägt unmittelbar vor Kriegsausbruch die Reduktion ihres Aktienkapitals von 5,25 Millionen Francs mittels Rückzahlung von 30 % vor. Die beabsich-

Digitized by Google

tigte Anlehnung an die Banque de Gand unterbleibt infolge des Kriegsausbruchs.

Banque de Bruxelles, Brüssel. Die Compagnie de Carbonisation et Récuperation, an der die Bank neuerdings großes Interesse genommen hat, verteilt für 1913/14 wieder 6 % Dividende. Die Bank verzinst nach Erlaß des Moratoriums neue, dem Moratorium nicht unterworfene Sichtguthaben nur mit 1½ %. Vergl. auch unter Nationalbank.

Banque de Gand. Vgl. unter Banque Centrale Gantoise.

Banque de l'Union Anversoise s. unter Crédit Mobilier de Belgique.

Banque Internationale de Bruxelles. Gehört zu dem Konsortium für die Sucreries et Raffineries en Roumanie (s. unter Société Générale).

Caisse Générale de Reports et de Dépôts, Brüssel. Gehört zu dem Konsortium für die Sucreries et Raffineries en Roumanie (Vergl. Société Générale). Sucht über die in Berlin in Reports angelegten Guthaben bei Kriegsausbruch zu verfügen, doch wird Zahlung verweigert. Eine erneute Aufforderung, die Gelder an die Belgische Nationalbank und die (bei der Dresdner Bank ruhenden) Effekten an Mendelssohn & Co. in Berlin auszuliefern, wird ebenfalls abgelehnt. Das Institut vergütet nach Erlaß des Moratoriums auf neue, diesem nicht unterworfene Sichtguthaben 2 %. S. auch Nationalbank.

Crédit Anversois. Gehört dem Konsortium für die Sucreries et Raffineries en Roumanie an (s. Société Générale).

Crédit Mobilier de Belgique, Brüssel. Die Generalversammlung nimmt für das Institut (s. Septemberheft unter Banque de Reports) die neue Firma an und genehmigt die Interessengemeinschaft mit der Banque de l'Union Anversoise.

Société Générale de Belgique, Brüssel. Legt im Juli konsortialiter je 4,5 Mill. Fr. Aktien und 5 proz. Obligationen der Société Générale de Sucreries et Raffineries en Roumanie (zu 135 % für den gemeinsamen Bezug von gleichen Beträgen Aktien und Obligationen) auf; den Aktionären der Rumänischen Gesellschaft ist ein Bezugsrecht reserviert. Die Bank verzinst nach Erlaß des Moratoriums neue, dem Moratorium nicht unterworfene Sichtguthaben mit 2 %. Siehe auch Belgische Nationalbank.

Luxemburg. Ein Moratorium für Wechsel wird auf 30 Tage verfügt und nach Ablauf um die gleiche Frist verlängert. Von Guthaben über 300 M. brauchen bis Anfang Oktober die Banken (nicht aber die Sparkassen) nur 5 % auszuzahlen. Weiterhin wird das Moratorium nicht erneuert.

Banque Internationale, Luxemburg. Die Noten der Bank, deren Maximum auf 6,25 Mill. Fr. beschränkt ist, erhalten Zwangskurs. Es werden neue Scheine zu 1, 2 und 5 M. ausgegeben. Gerüchte über eine Weigerung der Bank, Coupons deutscher Staats- und Provinzialanleihen einzulösen, sind unzutreffend. Von dem Moratorium macht die Bank keinen Gebrauch.

Luxemburger Unionbank. Zahlt für 1913/14 9 % Dividende wie im Vorjahr.

IX. Holland.

Niederländische Bank. Die Noten der Bank erhalten bei Kriegsausbruch Zwangskurs. Siehe auch unter „Währung". Dem in Verbindung mit der Nederlandschen Handelsmaatschappij (siehe diese) gebildeten Ausschuß zur Unterstützung niederländisch-indischer

Digitized by Google

und anderer Handels- und Finanzinstitute werden von der Bank bis zu 200 Mill. Fl. Kredite zur Verfügung gestellt; dem Ausschuß gehören u. a. an: Amsterdamsche Bank, Rotterdamsche Bankvereeniging, Twentsche Bankvereeniging, Nederlandsche Indische Handelsbank und Incasso-Bank. Um der Bank die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zu ermöglichen, wird durch Notgesetz Fünftel-Deckung ihrer Noten und Depositen angeordnet. (Bisher 40 % Notendeckung.) Die Regierung vereinbart mit der Bank, daß Steuern und Abgaben statt in bar durch Giroüberweisung bezahlt werden können. Der Diskontsatz wird am 29. Juli von 3½ auf 4½, am 31. Juli weiter auf 6 erhöht und am 19. August auf 5 % herabgesetzt.

Währung. Anfang August wird zur Behebung des Mangels an Scheidemünzen die Ausgabe von Silberbons zu 1, 2½ und 5 Fl. im Höchstbetrage von 25 Mill. Fl. vorgesehen, deren Einziehung so schnell als möglich vorgenommen werden soll, sobald die Nationalbank der Regierung genügend Silber zur Verfügung stellt. Bis zur Ausgabe dieser Noten werden von dem Magistrat in Amsterdam interimistisch Noten in den gleichen Beträgen ausgegeben. Die Goldausfuhr wird verboten, eine Maßregel, die sich bald als überflüssig erweist, da infolge des starken Exporthandels die holländische Valuta andauernd über Parität notiert und größere Goldmengen ins Land fließen.

Ein bedingtes Moratorium, das einen Zahlungsaufschub auch für Versicherungsprämien gestattet, ihn aber von der gerichtlichen Genehmigung abhängig macht, wird Ende August verhängt. Die Auszahlungen der Sparkassen werden auf wöchentlich 25 Fl. pro Kopf beschränkt; größere Abhebungen erfordern halbjährige Kündigung (abgesehen von besonders dringlichen Fällen).

Postsparkasse. Muß infolge des Krieges die Frist für größere Auszahlungen von 14 Tagen auf 6 Monate erhöhen.

Privatsparkassen. Siehe unter „ein bedingtes Moratorium".

Börsennotgesetz. Die Amsterdamer Börse wird bei Kriegsausbruch geschlossen. Gleichzeitig wird sie der Staatsaufsicht unterstellt, so daß bei der Wiederaufnahme der Notierungen (die bisher nicht erfolgt ist) das Handels-Ministerium für eine die Börseninteressen möglichst schonende Kursfeststellung zu sorgen haben wird.

Amsterdamsche Bank. Vgl. unter Niederländische Bank.

Banco Hollandes de la America del Sud, Amsterdam. Beginnt ihren Geschäftsbetrieb in Buenos Aires (vgl. Septemberheft).

Incasso Bank, Amsterdam. Siehe unter Niederländische Bank.

Nederlandsche Handelsmaatschappij, Amsterdam. Führt ein bei Ausbruch der Börsenpanik Ende Juli mit 25 Millionen Florin gebildetes Bankiersyndikat, das den Börsenmitgliedern Hilfe leisten soll, das aber infolge der bald darauf erfolgenden Schließung der Börse wieder aufgehoben wird. Die Bank bildet darauf zusammen mit der Niederländischen Bank (siehe diese) einen Hilfs-Ausschuß, dem die Niederländische Bank einen Notkredit bis zu 200 Mill. Fl. zur Verfügung stellt. In erster Reihe sollen holländisch-indische Institute mit diesen Krediten gestützt werden.

Nederlandsche Indische Handelsbank. Siehe Niederländische Bank.

Rotterdamsche Bankvereeniging. Siehe Niederländische Bank.

Twentsche Bankvereeniging B. W. Blydenstein & Co., Amsterdam. Der Reingewinn für das erste Halbjahr 1914 beträgt 1,11 (i. V. 0.98) Mill. Fl. Siehe ferner Niederländische Bank.

Digitized by Google

X. Spanien und Portugal.

Spanien. Währung. Das Disagio des Peseta, das bereits vor dem Kriege auf 3 % zurückgegangen war, verschwindet nach Kriegsausbruch vorübergehend vollständig. Ende September beträgt es wieder 3 %.

Bank von Spanien. Setzt den Diskontsatz Anfang August von 4½ % auf 5½ % herauf. Zahlt für das erste Halbjahr 15 Pesetas pro Aktie Dividende (wie i. V.). Legt Ende Juli 25,71 Mill. Pesetas 4 proz. Spanische Staatsschatzscheine zu pari auf, von denen infolge des Kriegsausbruchs jedoch nur 5,01 Mill. gezeichnet werden. Der Bank werden vom Schatzamt weitere 10 Mill. Pesetas Gold zugewiesen (vgl. Septemberheft).

Aktienwesen. Nach einer Schätzung des Économiste Européen beträgt das in Handels- und Industriegesellschaften Spaniens arbeitende Nominalkapital 5 Milliarden Fr.

Insolvenz. Der Banco de Asturias y Norte de España in San Sebastian liquidiert unter Austeilung von 2,78 %.

Dividenden verschiedener Banken. Es verteilen: Banco de Bilbao 7 % und Banco de Vizcayo 6 % für das erste Halbjahr; ferner Banco de Villanueva 10 Pesetas pro Aktie und Credito Navarro in Pamplona 25 Pesetas pro Aktie Abschlagsdividende.

Banco de Castilla, Madrid. Zahlt für das laufende Jahr eine Abschlagsdividende von 2½ %. Erhält die Konzession zum Bau einer Straßenbahn von Madrid nach dem Escorial.

Banco Hipotecario de España, Madrid. Gibt auf Anregung der Regierung in ungewöhnlich großem Maße Baugelder ab, im August und September 2.51 Mill. Pesetas gegen nur 0,49 Mill. im Vorjahre.

Portugal. Bank von Portugal. Der Notenumlauf steigt von 82,923 Contos am 1. Juli 1914 auf 92,132 am 30. September. Der Diskontsatz bleibt unverändert 5½ %.

Moratorium. Ein Teilmoratorium für Auslandforderungen wird am 10. August auf drei Monate verfügt und weiterhin bis 10. Januar 1915 verlängert.

Staatssparkasse. Die Einlagen betrugen Ende März 1914 rund 14 (i. V. 13) Mill. Escudos.

Banco de Lisboa e Azores, Lissabon. Gehört dem Konsortium an, das wegen einer Angola-Anleihe mit der Regierung verhandelt (siehe Banco Ultramarino).

Banco Nacional Ultramarino, Lissabon. Eine von der Bank geführte Gruppe bietet im Juli der Regierung für Angola eine 6¼ proz. Anleihe von 8000 Contos an.

XI. Schweden, Norwegen, Dänemark.

Schweden. Schwedische Reichsbank. Erhöht den Diskontsatz am 31. Juli von 4½ auf 5½ und am 1. August weiter auf 6½ %; ermäßigt ihn am 28. August auf 6 %. Gibt nach Kriegsausbruch kein Gold mehr ab und setzt, um der Silberknappheit zu begegnen, Scheine à 1 Krone in Umlauf (bis Ende September etwa 1 Mill. Kr.). Das Recht der Banken, Wechsel zu einem Vorzugszins bei der Reichsbank zu rediskontieren, wird vorübergehend aufgehoben. Die Steigerung des Notenumlaufes um etwa 55 Mill. Kr. beruht hauptsächlich auf den staatlichen Ansprüchen im Zusammenhang mit der Teilmobilisierung.

Ein Moratorium auf zunächst einen Monat wird bei Kriegsausbruch erlassen und durch mehrmalige Erneuerung bis Ende November verlängert; es hat auch für die Kreditinstitute Geltung.

Digitized by Google

Bankenfusion. Der im Septemberheft erwähnte Zusammenschluß von zehn großen Banken (mit einer Gesamtbilanzsumme von 650 Mill. Kr. und insgesamt 190 Zweigniederlassungen) wird von den Bevollmächtigten der Bank genehmigt, aber infolge des Krieges vertagt.

Die Wechselproteste im September beziffern sich auf 4452 im Betrage von 2,10 Mill. Kr. gegen 3991 und 1.88 Mill. im Vorjahr.

Insolvenz. Die Stockholms Folkbank stellt Ende September die Zahlungen ein.

Göteborgs Handelsbank, Gotenburg. Eröffnet im Juli eine Filiale in Stockholm.

Stockholms Enskilda Bank. Plant im Juli (gemeinsam mit der Centralbanken for Norge und der dänischen Landmannsbank) die Errichtung einer nordischen Bank in San Franzisko. Nimmt mit den beiden genannten Instituten an dem internationalen Konsortium teil, das die 4½ proz. Anleihe der Stadt Kristiania von 15,43 Mill. Kr. (Emissionskurs 99½ %) übernimmt.

Norwegen. Bank von Norwegen. Setzt den Diskont am 1. August von 5 auf 6, am 4. August weiter auf 6½ % herauf und am 20. August auf 5½ % herab. Die Noten der Bank erhalten Zwangskurs.

Ein Moratorium von einem Monat, das auch für Kreditinstitute gilt, wird bei Kriegsausbruch erlassen und Anfang September, jedoch nur für Auslandforderungen, um zwei Monate verlängert.

Centralbanken for Norge, Christiania. Bezüglich Errichtung einer nordischen Bank in San Franzisko und der Teilnahme an der Kristianiaer Stadtanleihe vgl. Stockholms Enskilda Bank.

Hypothekenbank des Königreichs Norwegen. Die von der Regierung vorgeschlagene Staatsgarantie auf die Obligationen der Bank (siehe Septemberheft) wird von dem Storthing genehmigt.

Dänemark. Dänische Nationalbank. Verteilt für 1913/14 7 (i. V. 8) % Dividende aus 3.2 (3,1) Mill. Kr. Reingewinn. Die Noten der Bank erhalten bei Kriegsausbruch Zwangskurs. Die 5 % dänischen Staatsanweisungen im Besitz der Bank werden als Notendeckung anerkannt. Der Diskontsatz wird am 2. August von 5 auf 6, am 4. August weiter auf 7 % erhöht.

Moratorium. Für Auslandverpflichtungen wird ein Zahlungsaufschub bis 1. Oktober gewährt, der später bis 15. Januar 1915 verlängert wird, während für inländische Verpflichtungen Vertagung auf Gerichtsbeschluß vorgesehen ist. Die Banken und Sparkassen dürfen die Auszahlung von Einlagen auf 300 Kr. pro Kopf und Woche beschränken.

Dänische Landmannsbank, Kopenhagen. Bezüglich Errichtung der nordischen Bank in San Franzisko und Teilnahme an der Kristianiaer Stadtanleihe siehe unter Stockholms Enskilda Bank.

Dänisch-Westindische Nationalbank. Die Noten der Bank erhalten Zwangskurs.

Grundeigner Bank, Kopenhagen. Liquidiert unter Verteilung von insgesamt 5 % Dividende (siehe auch Kopenhagener Handelsbank).

Kopenhagener Handelsbank. Verhandelt im Juli wegen Uebernahme eines Teils der Grundstücke und Terrains der Grundeigner Bank (siehe daselbst).

XII. Balkanstaaten.

Türkei. Währung. Ueber den Zwangskurs der Banknoten vgl. Imperial Ottoman Bank. Mit Geltung vom 1. März 1915 sollen alle Kupfer- und Silberscheidemünzen außer Kurs gesetzt werden und nur

Digitized by Google

Nickelgeld fernerhin als Scheidemünze im Umlauf verbleiben. Eine vom Finanzministerium über die Reform der türkischen Währung gehörte Kommission ist der Ansicht, daß die unterschiedliche Bewertung des türkischen Geldes in den einzelnen Provinzen leicht zu beseitigen sei; die Kosten (Zinsverlust. Transport) werden auf jährlich 0,3 Mill. türk. Pfund geschätzt. Die Kommission spricht sich für Beibehaltung der Goldwährung unter Aufhebung der Silberpiaster-Berechnung aus, folgt also nicht der Anregung, die Einführung der Francs-Währung zu befürworten. (In der Presse ist verschiedentlich das Gegenteil behauptet worden.)

Ein allgemeines Moratorium wird, zunächst mit Gültigkeit bis 3. September, Anfang August erlassen. Bei der Verlängerung bis 3. Oktober wird eine Zahlung von 5 % auf alle Verbindlichkeiten (Banken mindestens 10 türk. Pfund) und von 25 % auf die Hausmieten, bei der weiteren Verlängerung bis 3. Januar 1915 Zahlung von je 5 % aller Schulden am 4. Oktober und 14. November vorgesehen.

Nationale Bankgründungen. Es macht sich im ganzen Reich eine Bewegung geltend, die auf die Errichtung einer unabhängigen, rein türkischen Staatsbank mit dem Rechte der Notenausgabe hinzielt (vgl. hierzu Imperial Ottoman Bank). — Als Banque de l'Evkaf wird durch die Wakufverwaltung ein Institut mit 0,5 Mill. türk. Pfund Anfangskapital errichtet, welches das Bankgeschäft einschließlich des Realkredits pflegen soll. Das Wakufministerium kann das gesamte oder auch einen beliebigen Teil des Aktienkapitals zeichnen, das aber ausschließlich in Händen von Mohammedanern sein soll. Den Verwaltungsrat ernennt vorerst das Ministerium; nach drei Jahren entsendet es nur noch drei von den fünf bis elf vorgesehenen Mitgliedern.

Banque Agricole, Konstantinopel (Staatsinstitut). Wird durch Gesetz zur Gewährung eines Darlehens von 0,33 Mill. türk. Pfund an den Staatsschatz herangezogen.

Imperial Ottoman Bank (Banque Impériale Ottomane), Konstantinopel. Den Noten der Bank wird Zwangskurs verliehen, nachdem die Bank anfänglich von dem Moratorium überhaupt keinen Gebrauch gemacht, und dann ihre Noten bis zum Betrag von 100 türk. Pfund pro Einreicher in Gold eingelöst hat. Die Bank wird ermächtigt, bis zu 1 Mill. türk. Pfund Noten à 4, 3, 2, 1 und ½ türk. Pfund auszugeben, muß aber dafür den entsprechenden Betrag Noten à 50 und 100 türk. Pfund einziehen. Von den kleinen Noten soll sie die Hälfte an die übrigen Konstantinopler Institute weitergeben. Stellt in den beiden ersten Tagen nach der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien der Filiale des Wiener Bankvereins, die über 0,3 Mill. türk. Pfund auszuzahlen hat, 0,03 Mill. türk. Pfund zur Verfügung. Zahlt auf kleinere Guthaben mehr als das Moratorium vorschreibt, vermag aber die anderen Banken nicht in dem Maße zu unterstützen, wie es das Notenprivileg ihr vorschreibt. Es wird daher eine Aktion ins Werk gesetzt, um ihr das Privileg zu entziehen (siehe auch unter nationale Bankgründungen).

Rumänien. Währung. Scheck Paris notiert Ende Juli mit 1,7% Agio. Nach Kriegsausbruch fordert die Handelskammer Bukarest, daß die Nationalbank (siehe diese) Devisen zu einem von Fall zu Fall festzusetzenden Kurse abgebe. (Daß diesem Ersuchen stattgegeben worden wäre, ist nicht bekannt geworden.)

Ein Auslandsmoratorium wird Ende August verfügt; die inländischen Forderungen bleiben davon unberührt, doch wird auf Veranlassung der Regierung ein Uebereinkommen zwischen den Banken und ihren Gläubigern getroffen, wonach alle Wechsel (bis auf eine kleine Teilzahlung) prolongiert werden.

Banken und Krisis. Infolge der übermäßigen, auf Restriktion hinzielenden Kreditverteuerung durch die Großbanken suchen die betroffenen kleineren Institute durch gemeinsames Vorgehen zu erreichen,

Digitized by Google

daß ihnen die alten Guthaben erhalten bleiben, und daß ihnen kein höherer Zinssatz als 2 % über Bankdiskont berechnet wird.

Kreditgenossenschaften. Die eingezahlten Kapitalien der „Volksbanken" betrugen Ende 1912 99.07 (Ende 1906 18,51) Mill. Lei. Von 563 000 Mitgliedern waren 512 000 Arbeiter.

Rumänische Nationalbank. Setzt am 19. Juli/1. August den Diskontsatz von 5½ auf 6, am 26. Juli/8. August weiter auf 7 und ermäßigt ihn am 28. August/10. September wieder auf 6 %. Weist für das erste Halbjahr 3.81 (i. V. 3,65) Mill. Lei Reingewinn aus, woraus eine Abschlagsdividende von wieder 50 Fr. verteilt wird. Wird im September ermächtigt, über die 56,6 Mill. Lei Auslandsguthaben und Devisen, die bereits als Notendeckung zugelassen sind (die Devisen dürfen satzungsgemäß 30 % des Goldbestandes erreichen), weitere 31.8 Mill. Lei Devisen und Auslandsguthaben der Notendeckung zuzuzählen. „Darf" dem Staate Darlehen gegen Schatzscheine in ziffernmäßig nicht begrenztem Betrage zu 4 % gewähren, andererseits Noten zu 5 und 10 Lei bis zum Betrage von 100 Mill. Lei ausgeben. Vgl. auch unter Währung.

Bankgründungen. Mit 5 Mill. Lei Anfangskapital wird die Banca Comertului din Bucaresti errichtet; sie ist Nachfolgerin der seit 1912 bestehenden Immobilienfirma Avantul. — Die Banca „Dobrogea" wird in Balcic mit 1 Mill. Lei, die Banca de Credit si Sconti in Targoviste mit 0,25 Mill. Lei errichtet.

Bulgarien. Ein allgemeines Moratorium wird am 25. Juli/8. August auf drei Monate verfügt und bei Ablauf um drei weitere Monate (bis 7. Februar 1915) verlängert.

Das ausländische Kapital in Bulgarien. Nach einer statistischen Aufnahme für das Jahr 1909 arbeiteten 13 Fabriken von 266, davon 4 ausschließlich mit fremdem Kapital. Das letztere belief sich auf 14,65 Mill. Fr. bei einer Gesamtanlage von 64,39 Mill. Fr.

Bulgarische Nationalbank. Bei dem Institut werden die Beträge für die fällig gewordenen, im Ausland befindlichen, infolge der Verkehrserschwerung durch den Krieg aber angeblich nicht präsentierbaren bulgarischen Schatzscheine hinterlegt. An der „Nationalgesellschaft zur Exploitierung von Minen" — einer der Konzessionen, welche die Disconto-Gesellschaft, Berlin, als Aequivalent für die Uebernahme der neuesten 500-Mill.-Fr.-Anleihe erhalten hat — sollte sich die Bank (ebenso wie die Banque Agricole Bulgare) mit 30 % des Aktienkapitals beteiligen. Der Diskontsatz bleibt unverändert 6½ %.

Banque Agricole Bulgare. Siehe unter Bulgarishe Nationalbank.

Serbien. Währung. Das Goldagio beträgt Anfang Juli 2½ %. Nach dem Kriegsausbruch steigt es sehr erheblich.

Ein Moratorium von zunächst 60 Tagen wird mit Gültigkeit vom 29. Juli erlassen und bei Ablauf verlängert.

Postsparkasse. Die Errichtung einer solchen war vor dem Kriege geplant.

Gescheiterte Bankprojekte. Unmittelbar vor Kriegsausbruch verhandelt eine von dem ehemaligen Minister Mijatovik geführte Gruppe englischer Finanziers mit dem Handelsministerium wegen Gründung einer Anglo-Serbischen Bank mit 20 Mill. Din. Anfangskapital, der größere öffentliche Arbeiten, insbesondere in den neuen serbischen Gebieten, übertragen werden sollen. Auch eine russische Gruppe unter Führung der Russisch-Asiatischen Bank verhandelte wegen Gründung einer Bank in Belgrad. Beide Projekte sind durch den Krieg zunächst hinfällig geworden.

Serbische Nationalbank. Um einen Druck auf die Regierung auszuüben, die außer den im Septemberheft erwähnten Ansprüchen

Digitized by Google

auch noch einen Anteil von 5 % am Reingewinn der Bank fordert, entzieht die Bank kurz vor Kriegsausbruch dem Handel ostentativ und in großem Umfange Kredite.

Serbische Staats-Bodencreditanstalt (Uprava Fondova), Belgrad. Per Ende 1913 werden ausgewiesen: Hypothekarforderungen 75.8, Darlehen an öffentliche Verbände 51.46, öffentliche Fonds 58,74, öffentliche und private Depositen 18.88, Pfandbriefumlauf 60.4 Mill. Din. Von dem Rohertrag von 7.58 Mill. Din. ist dem Staate nur ein Reingewinn von 1,17 Mill. Din. geblieben. Die Ausgabe der an die Société Générale in Paris begebenen 30 Mill.-Anleihe wird von dieser derart verschleppt, daß die Uprava Fondova und damit der Realkredit des Landes in schwere Bedrängnis gerät. Die Höhe der noch nicht erledigten Kreditgesuche steigt Anfang Juli auf 20 Mill. Din., wovon 8 Mill. auf öffentlich-rechtliche Organisationen entfallen.

Griechenland. Moratorium. Durch Dekret vom 21. Juli/3. August werden alle Kreditinstitute bis zum 13. September der Rückzahlung fällig werdender Verbindlichkeiten enthoben. Nur die Sparkassen müssen bis zu 50 Drachmen nach vierzehntägiger Kündigung auszahlen. Das Dekret wird nach Ablauf der Frist erneuert.

Griechische Nationalbank. Der Reingewinn für das erste Halbjahr beträgt 2.1 Mill. Dr., die Halbjahresdividende 100 Dr. pro Aktie. Mit der Regierung wird über die Ausdehnung der Tätigkeit des Instituts, insbesondere des Notenprivilegs, auf die neuerworbenen Gebiete verhandelt. Man hofft (vor dem Kriege), mittels stufenweiser Erhöhung des Aktienkapitals allmählich zur Aufhebung des seit 1885 bestehenden Zwangskurses schreiten zu können. Im Juli verhandelt die Regierung mit der Bank über einen Anleihevorschuß von 55 Mill. Dr. Ende September wird im Einvernehmen mit der Regierung die Erhöhung des Notenumlaufs um 78 Mill. Dr. in Aussicht genommen.

Banque d'Athènes. Die Hamburger Zweigniederlassung wird im August aufgelöst.

Albanien. Die Errichtung einer Staatsbank unter österreichisch-italienischer Leitung kommt bis zum Kriegsausbruch nicht zustande, weil die anderen Mächte eine bevorzugte Stellung Italiens und Oesterreichs nicht gutheißen wollen. Nach einem Gegenentwurf soll der Präsident ein Albanier, die Vizepräsidenten ein Engländer und ein Franzose, und die leitenden Verwaltungsräte ein Oesterreicher und ein Italiener sein. Der Krieg verhindert die Bankgründung in dieser wie in jeder anderen Form.

XIII. Japan.

Bank von Japan. Hat infolge der empfindlichen Kreditkürzungen seitens des Auslandes, die auch alle japanischen Banken bei Kriegsausbruch zu Kreditrestriktionen zwingen, so hohen Ansprüchen zu genügen, daß sie die statutarische Notengrenze um etwa 100 Millionen Yen überschreiten muß. Einer Anzahl Banken im Osaka-Distrikt (siehe Kitahama-Bank), die zusammen etwa 30 Mill. Depositen verwalten, stellt die Nagoya-Niederlassung der Bank 2 Mill. Yen zur Verfügung.

Auslandsexpansion. Kurz vor Kriegsausbruch errichtet die Bank- und Waren-A.-G. Kabushiki Kwaisha Okura Gumi, Tokio, in Hamburg unter der Firma Okura & Co. Ltd. eine Niederlassung.

Kitahama-Bank, Osaka (siehe unter Bankschwierigkeiten im Septemberheft). Kann von der Bank von Japan für die Stärkung ihrer Liquidität nur 1,35 Mill. Yen statt 7, wie ursprünglich geplant, oder nur 3 Mill. Yen, wie später abgemacht, erhalten. Dehnt gleich-

Digitized by Google

wohl ihre Tätigkeit nach Nagoya und Tokio immer mehr aus. Kann einen Betrag von 0,35 Mill. Yen, den kurz nach Kriegsausbruch die Nippon Baumwoll-Ges. abheben will, nicht auszahlen und schließt ihre Schalter, da die Bank von Japan jeden weiteren Kredit versagt. Für die Osaka-Börse bedeutet ihre Zahlungseinstellung einen Verlust von mehr als 1 Mill. Yen.

Yokohama Specie Bank. Kündigt nach Kriegsausbruch an, daß amerikanische und japanische Banken miteinander direkte Verbindungen anknüpfen werden, um die Vermittlung von London und Paris entbehren zu können.

XIV. Verschiedene Länder.

Argentinien. Währung. Die Goldausfuhr wird für die Dauer des Moratoriums (siehe dieses) verboten, das Papiergeld erhält Zwangskurs. Der Goldbestand der Konversionskasse, der Ende Juli auf 194 Mill. $ (gegen 213 Mill. Ende Juni) gesunken war, steigt infolge von Einlieferungen der Banken wieder an (Mitte August 227 Mill. $). Der Papiergeld-Umlauf steigt vom 1. bis 12. August von 735 auf 809 Millionen Pesos; Versuche, die Regierung zur Ausgabe weiterer Massen ungedeckter Noten zu veranlassen, bleiben ohne Erfolg. Der Wechselkurs auf London (normal 48½) stellt sich auf 46—47 d. Siehe auch die nachstehende Notiz und Argentinische Nationalbank.

Zwecks Aufrechterhaltung des internationalen Zahlungsverkehrs während des Krieges nehmen die argentinischen Gesandtschaften im Ausland gemünztes Gold in Verwahrung. Für dieses werden Anweisungen auf die Konversionskasse ausgegeben, die bei Vorlegung durch die Nationalbank argentinisches Papiergeld zum Wechselkurse ausgibt.

Moratorium. Anfang August werden acht Bankfeiertage verhängt. Sodann wird für alle Verbindlichkeiten die Zahlungspflicht auf 20 % beschränkt, und der Restbetrag auf 30 Tage gestundet. Gegenüber den kriegführenden Staaten sowie denjenigen Staaten, die ein Moratorium erlassen haben, wird den Zahlungspflichtigen Stundung bis zum Friedensschluß gewährt.

Argentinische Nationalbank (Banco de la Nación Argentina), Buenos Aires. Der Reingewinn für 1913 beträgt 6 (i. V. 8) Millionen Pesos, wovon die Hälfte dem Kapitalkonto zugeschrieben wird (nunmehr 128 Mill. Pesos), die andere der Reserve (nunmehr 14,57 Mill. Pesos Gold). Der Saldo im Lombardgeschäft der Zentrale betrug 477,7 (1904: 96,6) Mill. $, ihre Depositen 541,4 (1904: 143,5, 1912: 499,6) Mill. $. Die Zweigniederlassungen diskontierten für 245,7 (1893: 27,1) Mill. $, ihr Lombardgeschäft schloß mit einem Saldo von 398,8 Mill. $. Ein Mitglied des Direktoriums soll in die Verwaltung der in Aussicht genommenen Postsparkasse (siehe diese) aufgenommen werden. Anfang August wird die Bank ermächtigt, den statutenmäßig nur zu Devisenkäufen verwendbaren Bestand der Konversionskasse (siehe auch unter Währung) zeitweilig zu Rediskontierungen zu benutzen. Gibt an die Konversionskasse zwischen 1. und 12. August 18.5 Mill. $ Gold ab. Siehe auch unter Ackerbaubanken.

Errichtung einer Postsparkasse. Ein der argentinischen Deputiertenkammer vorliegender Gesetzentwurf nimmt die Schaffung einer vom Staate garantierten Nationalsparkasse in Aussicht, deren Verwaltung u. a. ein Mitglied des Direktoriums der Nationalbank angehören soll.

Bankstatistik. Nach der jüngsten Feststellung des Ackerbauministeriums arbeiten im Lande 143 (1895: 191) Banken mit 1256 (612) Millionen Dollar Kapital und einem Kassabestand von 704 (133) Millionen Dollar. Darunter sind 10 Staatsinstitute, 70 Aktienbanken mit einheimischem, 11 mit ausländischem Kapital, 27 Privat-Bankiers mit einheimischem, 13 mit ausländischem Kapital, 41 Hypotheken-

Digitized by Google

banken (davon eine staatliche), 6 staatliche und 5 private Pfandleihhäuser.

Ackerbaubanken. Zur Beschaffung des Kapitals für die geplante Ackerbaubank (siehe Septemberheft) schlägt die Regierung eine 5 proz. Anleihe von 40 Mill. Pesos vor. Die Nationalbank soll gegen Hinterlegung von 10 Mill. Pesos Bonds der neuen Bank dieser den gleichen Betrag als Kredit gewähren. — Für die Provinz Santa Fé ist unmittelbar vor dem Kriege gleichfalls die Errichtung einer staatlichen Ackerbaubank unter Reorganisation der Provincialbank für Santa Fé erwogen worden.

Argentinische National-Hypothekenbank (Banco Hipotecario Nacional). Buenos Aires. Der Umlauf an Cedulas betrug Ende 1913 499.43 (i. V. 442.54, 1907 129.38). die Darlehen 543.40 (475.31 bzw. 165.79) Mill. Pesos. Der Ueberschuß für 1913 beträgt 5,02 Mill. Pesos Papier, wovon die Hälfte einem Spezialfonds überwiesen wird, während die Reserve sich um die andere Hälfte auf 31,12 Mill. steigert. Für die nächste Ausgabe von 50 Mill. Pesos 6 proz. Cedulas ist (noch vor dem Kriege) ein Kurs von 85 % geplant gegen 88½ % bei der letzten Emission.

Dividenden verschiedener Banken. Es verteilen: Banco d'Italia y Rio de la Plata für das erste Halbjahr 5 (i. V. 6) $ pro Aktie, Banco Popular Argentino 13 % für 1913/14 (wie i. V.), Banco de Londres y Rio de la Plata 8 % für das erste Halbjahr 1914.

Banco de Valencia y Aragon, Buenos Aires. Das seit zwei Jahren bestehende Institut beschließt die Liquidation.

Banco Espagnol del Rio de la Plata, Buenos Aires. Verteilt für 1913/14 eine Dividende von 11 (i. V. 12) Pesos pro Aktie. Bis zur Wiederherstellung eines normalen Devisenmarktes erfolgt die Einlösung der Dividendenscheine nur in Buenos Aires. Die Bank nimmt im Verlaufe der argentinischen Krise große Interventionskäufe in ihren eigenen Aktien vor, was auf den spanischen Wechselkurs einen erheblichen Einfluß hat (siehe Spanien Währung in diesem und im Septemberheft).

Banco Francés del Rio de la Plata, Buenos Aires. Kündigt noch Anfang August eine Abschlagsdividende von 15 Fr. per Aktie an, stellt aber Mitte August die Zahlungen ein. Die Depositen betragen etwa 60, die Kreditoren ebenfalls 60 Mill. Pesos. Es wird gehofft, daß von dem Aktienkapital von 28 Mill. $ Gold nebst 6,99 Millionen Dollar Gold Reserven nur ein Teil verloren ist.

Banco Popular Argentino, Buenos Aires. Verteilt für 1913/14 aus 129,615 (i. V. 136,015) £ Reingewinn 13 % Dividende auf 911,444 (879,366) £ Kapital. Auf Dubiose werden 26.620 £ abgeschrieben.

Brasilien. Währung. Die Regierung wird Ende August zur Ausgabe von 250 000 Contos ungedeckten Papiergeldes (Umlauf Ende 1913 601 488 Contos) ermächtigt, wovon 100 000 Contos als Vorschüsse an die Banken Verwendung finden. Die Konversionskasse hat die Einlösung ihrer Noten eingestellt und ihre Schalter geschlossen. In Rio de Janeiro sinkt daher der Wechselkurs auf London, der bei Ausbruch des europäischen Krieges auf 15⅛ d (früher 16 d) stand, bis 10½ d. Siehe auch Banco de Brasil.

Moratorium. Anfang August wird ein vierzehntägiger Bankfeiertag angeordnet. Dieser wird durch eine Zahlungsstundung um 30 Tage abgelöst, die dann wieder um drei Monate verlängert wird. Ausgenommen sind 10 proz. monatliche Abhebungen auf Depositen. Die Staatsregierung stellt die Zinszahlung auf die brasilianischen Anleihen ein und gibt statt dessen (wie 1898) eine neue Anleihe (funding loan) aus.

Digitized by Google

Banco do Brasil. Rio de Janeiro. In einem (durch den Krieg hinfällig gewordenen) Projekt einer großen Anleihe mit Hilfe der Rothschild-Gruppe ist vorgesehen gewesen, daß die Bank die Konversionskasse ersetzen und ihr Notenprivileg erhalten sollte. Die Bank versucht bis zum Kriege, den Wechselkurs auf London auf 16 d zu halten, muß dann aber den Marktkurs akzeptieren.

Chile. Währung. Die Deputiertenkammer stimmt dem Gesetzentwurf betreffend Standarisierung des Pesos auf 10 d (siehe Septemberheft) zu, so daß nunmehr nur noch die Genehmigung des Senates aussteht; der Kriegsausbruch dürfte die Reform zunächst unmöglich machen. Der Rest des noch nicht nach London übertragenen Auslandsguthabens der Konversionskasse im Betrage von 2,25 Mill. £, der Ende September fällig wird, bleibt vorerst in Deutschland. Die chilenische Regierung überweist der Konversionskasse 1 Mill. Pesos zur Unterstützung der Banken und gibt 36 Mill. Pesos Schatzscheine aus, welche den Banken gegen Hinterlegung von Pfandbriefen und dergleichen übergeben werden.

Moratorium. Für die zwischen 1. August und 1. November fälligen Zahlungsverpflichtungen in Gold werden 60, für die im August fälligen Wechsel 30 Tage Aufschub gewährt.

Insolvenz. Der Banco Italiano in Valparaiso (Aktienkapital 10 Mill. Papierpesos und 1,95 Mill. Reserven) stellt im August die Zahlungen ein. (Für 1913 wurden aus 0,7 Mill. Reingewinn 4½% Dividende verteilt. Von 25 Mill. Verbindlichkeiten waren 15,6 Mill. Depositen.)

Banco de Chile, Santiago. Der Reingewinn für das erste Halbjahr 1914 beträgt 4,02 (i. V. 4,00) Mill. Pesos, die Dividende wieder 9 %.

Caja de Credito Hipotecario, Santiago. Das Institut läßt von seinen zu pari zu tilgenden 5 proz. in Deutschland gehandelten Goldpfandbriefen 0,12 Mill. M. über den vorgeschriebenen Betrag auslosen. Am 31. Dezember 1913 betrugen die Darlehen 302,6 (i. V. 261,2) Mill. Pesos, 50,2 (50,8) Mill. Fr. und 0,63 (0,64) Mill. £, die umlaufenden Pfandbriefe 269,4 (210,8) Mill. Pesos, 108,7 (108,7) Millionen Francs und 0,67 (0,64) Mill. £, der Reinertrag 0,73 (0,70) Millionen Pesos, um den sich der Reservefonds auf 9,15 Mill. erhöht.

China. Bankgründung. Anfang Juli wird in Peking eine chinesisch-japanische Handels- und Credit-Gesellschaft mit 5 Mill. $ Kapital errichtet, das zur Hälfte in chinesischen und zur Hälfte in japanischen Unternehmungen angelegt wird. Zum Generaldirektor ist der Unterstaatssekretär Yanashihchi ausersehen. Jeder Zusammenhang mit einem früher von Sunyatsen geplanten chinesisch-japanischen Handelstrust wird bestritten. Neben Peking soll Tokio Hauptsitz und Shanghai Sitz einer Zweigstelle werden.

Ecuador. Ein Moratorium wird Anfang August verfügt.

Aegypten. National Bank of Egypt, Cairo. Den Noten des Institutes wird durch die Militärverwaltung Ende August Zwangskurs verliehen.

Moratorium. Ein zunächst bis Mitte September verfügter Zahlungsaufschub wird bis Anfang November verlängert.

Die Banken haben infolge des Krieges großenteils ihre Schalter geschlossen.

Mexico. Währung. Der Dollarkurs ist bis Ende September auf etwa 100 % über den normalen Stand gestiegen, da fortgesetzt

Digitized by Google

neues Papiergeld ausgegeben wird (so zur Ersetzung der von den Konstitutionalisten ausgegebenen Bons allein 130 Mill. Pesos). Die Regierung ist vergeblich bemüht, einen Zwangskurs für das umlaufende Papiergeld durchzusetzen.

Die europäischen Banken nehmen infolge der politischen Unsicherheit des Landes seit Anfang Juli Depositen in Landeswährung nicht mehr entgegen.

Mexikanische Nationalbank. Schließt Anfang Juli alle ihre Niederlassungen, nimmt aber Ende August den regelmäßigen Geschäftsverkehr wieder auf.

Banco de Londres y Mexico, Mexico. Hat die Zahlungen noch nicht in vollem Umfange wieder aufgenommen (siehe Juniheft).

Crédit Foncier Mexicain. Infolge der Valutaverschlechterung entsteht bei der Einlösung der Obligationenkoupons in Francs ein Verlust von 0,65 Mill. $. Ohne diesen Verlust würde der Reingewinn für 1913 0.67 (i. V. 0.64) Mill. $ betragen haben. Ende 1913 beliefen sich die Hypothekendarlehen auf 36.45 (i. V. 31,76) Mill. $. Die in Paris vereinbarte Emission von 6 Mill. $ 5 proz. Obligationen unterbleibt infolge der Revolution; ebenso wird die Mehrzahl der seit Beginn des Jahres eingeleiteten Hypothekengeschäfte vertagt.

Nicaragua. Ein Moratorium von nicht näher bekanntgewordener Dauer ist erklärt worden.

Peru. Währung. Die Münze in Callao prägte 1913 für 73403 £ in Goldmünzen aus (seit den ersten Prägungen peruanischer Pfundstücke entstammen der peruanischen Produktion. Bezüglich der Neuschaffung von Papiergeld vgl. die folgende Notiz.

Moratorium. Bei Kriegsausbruch wird ein Moratorium dekretiert und durch zweimalige Verlängerung bis Anfang Oktober ausgedehnt. Während dieses Zeitraums zahlen die Banken dreimal je 5 % auf Sichtguthaben, die beiden letzten Raten in neu geschaffenem Papiergeld.

Uruguay. Moratorium. Ein Rechtsstillstand von 60 Tagen wird verfügt. Vom 2. bis 12. August herrschten Bankfeiertage. Siehe auch die nächste Notiz.

Banco de la Republica Oriental del Uruguay, Montevideo. Wird infolge des europäischen Krieges zunächst ermächtigt, für sechs Monate die Noteneinlösung einzustellen. Diese Bestimmung wird gegen Ende September wieder aufgehoben, doch bleibt der Goldexport verboten.

Banco italiano dell' Uruguay, Montevideo. Verteilt aus einem Reingewinn von 0.29 Mill. Pesos für das erste Halbjahr 1914 eine Semestraldividende von 6 %.

Umschau.

DIE BANK VON ENGLAND IM KRIEGE.

Die gewaltsame Erschütterung des Zahlungsverkehrs bildet die unvermeidliche Begleiterscheinung jeder Kriegspanik, dieser schärfsten aller Wirtschaftskrisen. Sie trifft ein Land um so härter, je mehr sein Zahlungsverkehr sich auf dem Vertrauen aufbaut, das heißt je mehr er sich mit buchmäßigen Anweisungen auf Geld (Gutschriften) oder mit Geld abgeleiteten Werts (Papiergeld) begnügt, also auf wertechtes Geld, das nicht nur Symbol, sondern zugleich auch körperliches Pfand des ihm innewohnenden Forderungsrechts ist, Verzicht leistet. Denn die Kriegspanik besteht eben darin, daß das Vertrauen weiter Kreise zu den Zah-

Digitized by Google

lungsmitteln ohne Wertpfand schwindet, und der Verkehr sich gewaltsam von den Geldsurrogaten ab- und dem wertechten Gelde (oder dem, was er für wertechtes Geld hält) zuwendet. Daraus ergibt sich, daß bei Ausbruch des gegenwärtigen Krieges der englische Zahlungsverkehr einer ungleich stärkeren Erschütterung ausgesetzt sein mußte, als derjenige irgendeines anderen Landes. Denn so sehr auch das Geldwesen der übrigen Länder mit papiernen Zahlungsmitteln durchsetzt ist, die sich bei Ausbruch einer Krisis in Hartgeld zu verwandeln trachten, so arbeitet doch der auf dem Scheck- und Clearingsystem aufgebaute englische Geldverkehr mehr als irgendein anderer mit Geldsurrogaten. Das ist äußerlich schon an der Tatsache erkennbar, daß der Vorrat an wertechtem Gelde, also an Gold, nirgends, selbst in den Vereinigten Staaten nicht, in einem solchen Mißverhältnis zu der Größe des Zahlungsverkehrs steht, wie in England. Der Ansturm der Gold fordernden Bevölkerung auf die Bankkassen und die Schalter der Zentralbank ist denn auch in den ersten Tagen des August in England ein beispielloser gewesen. Einem solchen Ansturm ist kein Land gewachsen, denn Gold, das nicht vorhanden ist, läßt sich selbst in einem Lande wie England, das durch rigorose Schuld-Einkassierung im Auslande nach und nach erhebliche Goldmengen an sich zu ziehen vermag, nicht aus dem Boden stampfen. Dem Vorgange sämtlicher anderen Zentralnotenbanken folgend, hat daher die Bank von England Anfang August, nachdem sie über 10 Millionen Pfund Sterling Gold freigegeben hatte, ihre Goldzahlungen zunächst durch dilatorische Schalterbehandlung eingeschränkt, und dann, nachdem die Regierung die Goldausfuhr verboten und ein Notgeld in Gestalt staatlicher 1- und ½-£-Scheine geschaffen hatte, stillschweigend ganz eingestellt. Aber das genügte nicht. Denn der Zahlungsverkehr will, wenn man ihm in kritischen Zeiten das beste Geld vorenthält, das zweitbeste Geld haben; und als dieses werden in Ländern mit ausgedehntem Scheckverkehr die Scheidemünzen und das Papiergeld, nicht aber das Scheckguthaben angesehen. Es galt also noch einem zweiten Ansturm, demjenigen auf die Kreditinstitute, zu begegnen, die, so liquide sie auch in England sind, doch nicht imstande gewesen wären, den Ansprüchen des ersten panischen Schreckens voll zu genügen. Es gibt zwei Mittel, um die Kreditinstitute vor den Folgen eines derartigen Ansturmes zu bewahren. Man kann sie entweder dadurch schützen, daß man sie durch ein Spezialgesetz von der Zahlungspflicht entbindet, d. h. ein Moratorium erläßt; oder aber dadurch, daß man die Gelder, die den Banken zur vollen Befriedigung ihrer Gläubiger fehlen, durch Ausgabe ad hoc geschaffenen Papiergeldes künstlich schafft und ihnen im Wege des Diskont- oder Lombardkredits überläßt. In Deutschland, wo der bankmäßige Zahlungsverkehr zwar weniger als in England, aber doch genügend ausgebildet ist, um die Banken ebenfalls einem empfindlichen Gläubigersturm auszusetzen, hat man das zweite Mittel gewählt, große Mengen Banknoten und Darlehnskassenscheine ausgegeben und dadurch ein allgemeines Moratorium überflüssig gemacht. In England hat man sich für das Moratorium entschieden und dadurch die Ausgabe größerer Mengen Noten vermieden. Die ersten, schlimmsten Tage wurden schlankweg zu Bankfeiertagen erklärt, und als die Banken ihre Schalter dem Verkehr wieder öffneten, waren sie durch das Moratorium geschützt, von dem sie übrigens nur einen bescheidenen Gebrauch machten: Zahlungen nicht zu großen Umfangs wurden ohne weiteres in bar geleistet, größere Zahlungen wurden nicht verweigert, sondern durch Umbuchung von einer Bank auf die andere, also derart bewerkstelligt, daß die Beträge dem Bankwesen als Ganzem erhalten blieben. Die Bank von England hat während der kritischen Zeit mit der Nüchternheit gehandelt, die sie von jeher auszeichnet. Sie hat nicht einen Moment daran gedacht, dem Geldmarkt über ihre eigene Potenz hinaus zu helfen, von dem Grundsatz ausgehend, daß ihre erste und wichtigste Aufgabe die Aufrechterhaltung der ihr anvertrauten englischen Währung sei, und daß jede Hilfeleistung, die sich mit dieser

Digitized by Google

Aufgabe nicht vereinbaren ließ, nicht ihre Sache, sondern Sache der Regierung sei, der sie im übrigen mit ihrem erprobten Rat zur Seite stand. Die Bank von England hat während der ganzen vier Monate seit Kriegsausbruch nichts für den Geldmarkt getan, was gegen das Interesse der Währung verstieß, und sie hat England damit einen wichtigen Dienst erwiesen. Denn tatsächlich ist die Sterling-Währung die einzige, die während dieser Monate ohne jede Schädigung davongekommen ist. Die Bank von England hat ihren nüchternen Geschäftssinn aber noch weiter getrieben. Sie hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie als private Aktienbank nach rein geschäftlichen, nicht nach altruistischen Prinzipien zu handeln habe, daß ihr also aus ihrer Tätigkeit im Interesse der Oeffentlichkeit kein pekuniärer Schaden erwachsen dürfe. Dabei mag die Ueberlegung mitgesprochen haben, daß sie als letzte Reserve des Landes und Rückgrat der ganzen englischen Wirtschaft jede Schwächung auch im Staatsinteresse vermeiden müsse. Diesen Standpunkt der Bank muß man sich vergegenwärtigen, um ihr Verhalten während der Krisis zu verstehen. Zuerst, als es noch nicht zu übersehen war, ob es tatsächlich zum Kriege kommen würde, griff sie in das Arsenal ihrer alten, bewährten Mittel. Sie suchte die Ansprüche an ihren Goldbestand, die hauptsächlich französischen Ursprungs waren, durch rücksichtsloses Anziehen des Diskontsatzes (von 3 auf 4, dann auf 8 und schließlich auf 10%) abzuwehren. Diese Strategie der Bank hätte auch sicherlich ihren Zweck erfüllt, Geldreserven aus aller Welt nach London zu lenken und sie selbst zu entlasten, wenn nicht die russisch-französische Kriegserklärung erfolgt und damit eine Lage geschaffen worden wäre, der gegenüber jede Diskontpolitik versagen mußte. Die Bank veranlaßte daher die Regierung zu den schon genannten Maßregeln: Verhängung von Bankfeiertagen vom 3. bis zum 6. August, Erlaß eines Moratoriums und eines Goldausfuhrverbots. Sie ließ sich ferner für alle Fälle das Recht einräumen, die Peels Act, die ihren ungedeckten Notenumlauf auf derzeit 18,45 Mill. £ begrenzt und ihr die Goldeinlösung der Noten zur Pflicht macht, nach eigenem Ermessen außer Kraft zu setzen, wenn und soweit dies nötig werden sollte. Mit diesen Sicherungen und Vollmachten ausgerüstet, ging die Bank am 7. August ruhig wieder an ihre Tätigkeit; den Diskontsatz, der keine Abwehrfunktion mehr auszuüben hatte, setzte sie auf 6, und am 8. August weiter auf 5% herab. Es zeigte sich, daß die staatlichen Maßregeln genutzt hatten, und daß die Banken ihre Hilfe kaum noch brauchten; die Kreditansprüche nahmen in der zweiten Augustwoche nur ganz unwesentlich zu, dafür erhöhten sich die privaten Depositen bei der Bank um fast 50% — eine beispiellose Steigerung, die ihre Ursache darin hatte, daß die Banken, um größere Zahlungen per Scheck statt in bar leisten zu können, sich möglichst hohe Guthaben bei der Bank von England schafften. Die Bank hatte also jetzt die Mittel, um ohne Ausdehnung ihres Notenumlaufs dem englischen Handel helfen zu können, der in Bedrängnis gekommen war, weil die Banken ihre Kredite einschränkten, und die Auslandsforderungen zum Teil uneinbringlich geworden waren. Die Bank entschloß sich daher zu einer Kooperation mit der Regierung: Sie erklärte sich bereit, alle vor dem 4. August akzeptierten Wechsel mit Bankgiro — späterhin auch „Postmoratoriumswechsel" — ohne Rückgriff auf die Giranten zu diskontieren; dagegen übernahm die Regierung die Verlustgarantie für die Wechsel, so daß die Bank kein Risiko lief. Als Aequivalent für dieses Opfer der Regierung mußte sich die Bank jedoch verpflichten, nach und nach einen besonderen Goldfonds anzusammeln, der als Spezialdeckung für das bereits erwähnte Staatspapiergeld (currency notes) dienen sollte. Die Ausgabe dieser Noten war unbedingt erforderlich geworden, denn mit dem Fortfall der Goldzahlungen seitens der Bank und mit dem Verschwinden des Goldes aus dem Verkehr fehlte es, da die kleinste Note der Bank von England über 5 £ lautet, an baren Zahlungsmitteln entsprechender Stückelung. Die Ausgabe der Noten

Digitized by Google

ist in Deutschland vielfach als ein Verstoß gegen die englische Währungsgrundlage angesehen worden: Um die offizielle Aufhebung der in der Peels Act vorgesehenen Notengrenze zu vermeiden, habe man statt der Bank von England die Regierung zur Trägerin einer zusätzlichen Notenausgabe gemacht. Es mag nun zwar sein, daß die Bank von England, die von Anfang an entschlossen gewesen ist, ihre Verfassung bis zum äußersten zu verteidigen, es abgelehnt hat, das Zusatzgeld zu schaffen, nach dem der Verkehr schrie, um die Peels Act im Punkte des Notenkontingents nicht durchbrechen zu müssen. Wenn dem aber so gewesen ist, so hat es sich im Laufe der Krisis herausgestellt, daß die Befürchtung der Bank unbegründet war, denn in keinem Moment hat der ungedeckte Papierumlauf in England (Banknoten und Staatsnoten) die 18.45 Mill. £ überschritten, zu deren Ausgabe die Bank berechtigt ist; in diesem Punkte hat also weder eine direkte noch eine indirekte Aufhebung der Peels Act stattgefunden. Augenblicklich, Anfang Dezember, ist der Gesamtumlauf an Papiergeld in England (ohne Schottland und Irland) um mehr als 20 Mill. £ bar überdeckt. Von der Bardeckung entfallen 11½ £ auf den Goldeinlösungsfonds der Staatsnoten, den die Bank von England gemäß ihrer Verpflichtung nach und nach beiseite gesetzt hat, und der jetzt eine mehr als 50prozentige Deckung der umlaufenden Staatsnoten (abzüglich der aus dem Verkehr zurückgeflossenen) darstellt. In rein währungspolitischer Hinsicht hat man also in England vorzüglich operiert. Der Barbestand der Bank von England hat sich vom 5. August bis zum 2. Dezember von 27.6 auf 84.9 Mill. £ erhöht, sich also verdreifacht; nach Absetzung des vorgenannten Separatfonds für die Staatsnoten bleibt noch immer ein Barvorrat von 70.4 Mill. £, dem ein nur halb so großer Umlauf an Banknoten gegenübersteht. Daß es möglich gewesen ist, mitten im Kriege eine derartige Erhöhung des Metallschatzes durchzusetzen, und doch den Notenumlauf nicht zu erhöhen, ist aber weniger ein Verdienst der Bank von England, als eine Folge der in so hohem Grade auf dem Moment der Auslandsreserven aufgebauten und daher so liquiden englischen Volkswirtschaft. Sofort bei Kriegsausbruch hat sich automatisch ein Goldstrom aus aller Welt nach England zu in Bewegung gesetzt, durch nichts anderes ausgelöst als durch die Kündigung kurzfristiger Auslandskredite seitens der englischen Gläubiger. Gewaltakte sind nicht angewendet worden, außer der ägyptischen Regierung gegenüber, deren baren Goldbestand man beschlagnahmt und der Bank von England überwiesen hat. Wenn die amerikanischen Finanzkreise über die Brutalität geklagt haben, mit der man ihnen ihr gutes Gold aus dem Lande gezogen habe, so ist das der Notschrei des verwöhnten Schuldners, der es als selbstverständlich angesehen hat, daß man ihm das Darlehen prolongieren würde, und der nun entrüstet darüber ist, daß er am Fälligkeitstage zahlen soll. Aus praktischen Erwägungen ist ein Teil des Goldes nicht nach London überführt, sondern in Kanada und Transvaal zur Verfügung der Bank von England geblieben; das hat nichts anderes zu bedeuten, als daß das Gold statt in der Zentrale in Filialen oder Agenturen ruht. Ebensowenig aber, wie der starke Goldzuwachs der Bank als das Resultat einer besonders geschickten Politik anzusehen ist, genau so wenig bildet es ein besonderes Verdienst der Bank, daß sie imstande gewesen ist, ihre Leihtätigkeit während des Krieges auf das Dreifache zu steigern. Denn wie schon gesagt, hat die Bank in keinem Moment einen andern Standpunkt eingenommen als den des Eigenschutzes im Interesse der Währung, und wenn sie dem Handel nichtsdestoweniger eine Stütze hat bieten können — wohlgemerkt mit Garantie der Regierung —, so ist das dem Moratorium zu danken, das die Banken in die Lage versetzt hat, ihre Guthaben bei der Bank von England auf das Vierfache ihrer ursprünglichen Höhe zu steigern; wobei die englische Gewohnheit der Scheckzahlung gute Dienste geleistet hat. Diese Stärke der englischen Zahlungsorganisation ist aber zugleich auch ihre Schwäche. Denn im Fall

Digitized by Google

des Ausbruchs einer neuen Panik müssen die riesenhaft angeschwollenen Privatguthaben bei der Bank von England (am 2. Dezember fast 3½ Milliarden Mark) rapide zusammenschmelzen, und mit der Kriegsbereitschaft der Bank ist es dann vorbei. Schon die englische 3½ proz. Kriegsanleihe, die im Laufe eines halben Jahres 7 Milliarden M. aus dem Markte herausheben wird, kann eine empfindliche Belastungsprobe für die Bank werden. Denn ein großer Teil der Einzahlungen wird mit ihrem eigenen Gelde geleistet werden. Es bedeutet nur die Anerkennung dieser Tatsache, wenn die Bank sich bereit erklärt hat, jedem Zeichner auf Wunsch einen Vorschuß in voller Höhe des Zeichnungsbetrages zu gewähren. Denn wozu sie sich hier freiwillig erbietet, dazu kann sie gezwungen werden. Der Unterschied ist lediglich, daß der ihr entzogene Betrag in dem einen Falle als Darlehens-Plus, in dem anderen als Depositen-Minus im Wochenausweis erscheint. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie die Einzahlungen auf die Anleihe, die dank der englischen Zahlungstechnik auf die Bank zurückfallen müssen, auf ihren Status einwirken werden. Es wird großer Rücksichtnahme von seiten der englischen Regierung und vorsichtigster Disposition über das ihr bei der Bank erwachsende Guthaben bedürfen, wenn ernste Störungen vermieden werden sollen. Besonders interessant würde es nicht nur vom politischen, sondern auch vom währungstechnischen Standpunkt sein, wenn mitten in die Anleihe-Operationen eine neue Panik, hervorgerufen durch gewisse deutsche Militärerfolge, hineinplatzen sollte.

EINE EIGENARTIGE KRIEGS-OFFERTE.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß es Deutschland gelungen ist, sein Wirtschaftsleben nach der ersten lähmenden Wirkung des Kriegsausbruchs wieder in flotten Gang zu bringen. Das wird auch dadurch bestätigt, daß unsere großen und kleinen wirtschaftlichen Interessenverbände bereits wieder emsig an der Arbeit sind, um auch im Angesicht der gewaltigen weltgeschichtlichen Ereignisse ihre — an diesem Maßstab gemessen nebensächlichen — Erwerbsinteressen zu fördern. Zu den Verbänden, die eine rege Tätigkeit entwickeln, zählt auch der Schutzverband für deutschen Grundbesitz (nicht mehr für „den" deutschen Grundbesitz, wie er früher irrtumerregend firmierte). Diese in der Hauptsache von einigen Terraininteressenten für ihre Spezialbedürfnisse ins Leben gerufene Organisation verliert auch während des Kriegs ihr Ziel, das ist die Beeinflussung der Oeffentlichkeit in allen bodenpolitischen Fragen in einer ihren Interessen dienlichen Richtung, nicht aus den Augen. Der Verband weiß zwar, daß jetzt nicht die Zeit ist, um Grundsteuerfragen und ähnliche Fragen des nackten Berufsegoismus polemisch zu erörtern. Wohl aber benutzt er die Kriegszeit, um mit Zähigkeit und anerkennenswerter Geschicklichkeit seine Stellung im öffentlichen Leben weiter zu fundamentieren. Zu diesem Zwecke hatte sich der Verband bisher stets des taktischen Mittels bedient, auch solche Kreise in seine Organisation hineinzuziehen, die mit den eigentlichen Bestrebungen der Gründer des Verbandes nichts gemein hatten, oft sogar diametral entgegengesetzte Interessen verfolgten. Man bedurfte dieser Kreise, um den dünnen Chor der eigentlichen Interessenten zu verstärken. So gelang es gleich in der ersten Zeit nach der Verbandsgründung, eine Anzahl von Hypothekenbanken vor den Wagen der Terraininteressenten zu spannen, wobei verwandtschaftliche und materielle Beziehungen einiger Direktoren zu Terrainkreisen in geschickter Weise ausgenutzt wurden. Nach dieser Verquickung völlig wesensfremder Elemente brachte man ein ebenso unnatürliches Bündnis mit großen Hausbesitzer-Organisationen zustande, die bei richtigem Verständnis für ihre wirklichen Berufsinteressen sich mit der Terrainspekulation, die in Wahrheit ihr gefährlichster Feind ist, nicht hätten identifizieren dürfen. Die hervorragendste Leistung des Verbandes bildete aber im weiteren Verlaufe die Anbahnung enger Beziehungen zu Vertretern einiger angesehener Organisationen der Landwirtschaft, z. B. des großen westfälischen Bauernvereins, wohl die

Digitized by Google

merkwürdigste Mesalliance — man verzeihe das Fremdwort —, die jemals im deutschen Wirtschaftsleben geschlossen worden ist. Das war indes noch nicht das höchste Ziel des Verbandes. Dieses Ziel bestand vielmehr in der Herstellung und allmählichen Vertiefung von Beziehungen zu unseren Behörden. Auch hierin sind bereits beachtliche Resultate erzielt worden. Beweis dafür ist z. B. die Unterstützung, die dem Schutzverbande von seiten einiger hohen Regierungsstellen in Sachen der von ihm gegründeten „Bauauskunftstelle für Groß-Berlin" zuteil geworden ist (vgl. den Artikel „Der Sumpf" im Oktoberheft 1913). In der gleichen Richtung bewegt sich jetzt ein neuer Vorstoß des Verbandes, der symptomatisch ist für das Geschick, mit dem er auch die ihm in dieser schweren Zeit erwachsenden Aufgaben in den Dienst seiner geschäftlichen Ziele zu stellen bestrebt ist. Der Verband hat folgende Eingabe an das Ministerium des Innern, zu Händen des Unterstaatssekretärs Dr. Richter, gelangen lassen:

„Die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sind genötigt, eine erhebliche Zahl von militärpflichtigen Personen als unabkömmlich zurückzubehalten, um den Dienst in dem notwendigen Umfang durchführen zu können. Für die Durchführung des Feldzugs wäre es durchaus erwünscht, wenn man diese Personen durch Uebertragung ihrer Arbeiten an Ersatzkräfte für den Felddienst freimachen könnte. In demjenigen Teile der Grund- und Hauseigentümer Deutschlands, welcher nicht ins Feld zu rücken braucht, finden sich zahlreiche Persönlichkeiten, die nach ihrer Vorbildung und Tätigkeit durchaus geeignet wären, in solchen Behörden nützliche Arbeit zu leisten. Sie werden dazu um so eher bereit sein, als es ihnen auf diese Weise möglich ist, in diesen schwierigen Zeiten die Verteidigung des Landes zu erleichtern, ohne daß sie genötigt sind, ihren Wohnsitz aufzugeben. Ob und in welcher Weise ihre Kraft für den bezeichneten Zweck sich nutzbar machen läßt, bedarf natürlich noch näherer Erörterung. Eure Exzellenz bitten wir, uns hierzu möglichst bald Gelegenheit geben zu wollen. Der Schutzverband für deutschen Grundbesitz ist bereit, sich in jeder nur möglichen Weise hierbei zu betätigen, und er glaubt, falls dem Gedanken näher getreten werden sollte, einen Erfolg um so eher in Aussicht stellen zu dürfen, als die mehr als 500 000 Mitglieder, die in den dem Verband angeschlossenen Organisationen vereinigt sind, sich über ganz Deutschland verteilen, und außerdem in allen wichtigeren Plätzen angeschlossene Organisationen vorhanden sind, die tatkräftig miteingreifen können."

Man muß diese Eingabe sehr genau lesen und sich Sinn und Bedeutung des darin Gesagten klar vergegenwärtigen, um zu begreifen, was der Regierung hier zugemutet wird. Die Regierung soll dahin wirken, daß die Verwaltung der deutschen Städte, soweit ihr Beamtenstand durch den Krieg verringert ist, in die Hände von Persönlichkeiten gelange, die ihre Befähigung hierzu durch Zahlung eines Mitgliedsbeitrags bei irgendeinem Hausbesitzerverein in Kottbus oder Kyritz nachgewiesen haben. Diese an sich gewiß höchst ehrenwerten Leute glaubt man der Regierung als besonders geeignet für die Verwaltung unserer Städte während eines Kriegs empfehlen zu dürfen, der ganz besonders schwere Aufgaben an die Verwaltungspraxis stellt. Man möchte das zunächst für einen schlechten Scherz halten. Wer aber den Dingen etwas näher steht, weiß, daß man hier ein recht ernst zu nehmendes Symptom dafür vor sich hat, was sich die Leiter des Verbandes gegenüber der Regierung oder doch gegenüber einigen Dezernaten derselben herausnehmen zu dürfen glauben. Wäre es noch der Hausbesitzerstand schlechthin, dessen gute Dienste man der Regierung anbietet, dann könnte man die Eingabe als ein Produkt gutmeinender Kurzsichtigkeit mit einem bedauernden Achselzucken aus der Hand legen. Denn so vorzügliche Dienste der Hausbesitzer auch in dem legislativen Organ einer Stadtverordneten-Versammlung leisten kann, so wenig ist er zur Mitwirkung im Magistrat, dem Organ der Verwaltung und Exekutive, berufen. Aber die Ersatzbeamten, die man der

Digitized by Google

Regierung empfiehlt, sollen gar nicht unterschiedslos dem Hausbesitz entnommen werden, sondern ausschließlich demjenigen Teil des Hausbesitzes, der ein Bündnis mit dem Schutzverband und den in ihm verkörperten Terraininteressen eingegangen ist. Wenn schon prinzipiell mit allem Nachdruck betont werden muß, daß der Hausbesitzerstand als solcher niemals Subjekt, sondern stets nur Objekt der Verwaltung sein kann, zumal während eines Kriegs, der neben vielen anderen heiklen Problemen auch dasjenige aufrollt, ob, wie und in welchem Umfange dem Hausbesitz aus öffentlichen Mitteln geholfen werden soll, so muß doch ganz besonders und mit dreifacher Unterstreichung hervorgehoben werden, daß der mit Terraininteressen verquickte Hausbesitz der denkbar ungeeignetste Vertreter öffentlicher Interessen ist. Nicht etwa, weil dadurch die Geschicke unserer Städte Gefahr laufen, in die Hände von Mitgliedern unserer Bezirksvereine zu geraten. Sondern weil dadurch gewisse geschäftskluge Persönlichkeiten aus den Kreisen der Terrain-Spekulation in die Lage versetzt werden können, auf dem Wege der Kriegsvertretung Einblicke in die wichtigsten städtischen Angelegenheiten, besonders auch in Sachen der Bebauungspläne, Grundstückspolitik usw., zu erlangen; und zwar nicht nur Einblicke in die Angelegenheiten einer einzelnen Stadt, sondern aller durch ihre Trabanten mitverwalteten Städte. Bisher konnten solche Einblicke, die dann ganz von selbst auch zur Beeinflussung führen, nur auf dem Wege der direkten oder indirekten Bestechung erlangt werden. Soll jetzt der Völkerkrieg es ermöglichen, die städtische Bodenpolitik den Beeinflussungs-Versuchen der Terraininteressenten preiszugeben, die dafür nicht einmal „danke schön" zu sagen brauchen, sondern ihrerseits als freiwillige Stadtverwalter Anspruch auf den Dank des Vaterlandes machen dürfen? Denn selbst wenn der Schutzverband sich bei seiner Eingabe nicht von egoistischen Erwägungen hat leiten lassen, was wir zu seiner Ehre annehmen wollen, muß seine Mitwirkung bei der städtischen Verwaltung doch ganz von selbst Verhältnisse herbeiführen, die für die Kommunen ebenso schädlich wie für die Terraininteressenten vorteilhaft sind. Es hieße den Bock zum Gärtner oder den Gefangenen zum Gefängnisaufseher machen, wollte man den Grundstücksinteressenten gegen Vorzeigung einer Mitgliedskarte des Schutzverbandes die Geheimfächer unserer kommunalen Archive öffnen. Man sollte meinen, daß das ganz selbstverständlich wäre, und daß die naive Eingabe des Verbandes an das Ministerium ohne weiteres in den verdienten Papierkorb wandern müßte. Es liegen aber Gründe vor, sich hierauf nicht allzu fest zu verlassen. Schon der Text der Eingabe muß stutzig machen. Diese enthält nämlich noch einen Nachsatz, der folgendermaßen lautet: „Eure Exzellenz bitten wir ergebenst um gefällige baldige Mitteilung, wann wir die Angelegenheit im einzelnen mit Euer Exzellenz besprechen können." Der Verband muß seiner Sache doch wohl sehr sicher sein, wenn er in einem Gesuch an die Regierung, noch dazu in einem Gesuch, das in einem derartig kühnen Vorschlage gipfelt, es nicht etwa der Regierung überläßt, ob sie seiner Anregung nähertreten will oder nicht, sondern gleich um „baldige" Angabe eines Konferenztages bittet — als sei es selbstverständlich, daß die Regierung in eine solche Konferenz willigen müsse. Angesichts der Bemühungen des Schutzverbandes, seine Beziehungen bis zu den höchsten Stellen auszudehnen, ist diese Art der Gesuchstellung vielleicht doch nicht ganz so anmaßend, wie sie dem harmlosen Ohre klingt. Um so wichtiger wird es für die breitere Oeffentlichkeit sein, zu erfahren, welche Antwort die Regierung auf die Kriegsofferte erteilt hat, die ihm der Schutzverband — gedeckt durch den in der Presse proklamierten „Burgfrieden" — zu machen gewagt hat.

DER ZINSFUSS DER DARLEHNSKASSEN.

Die durch Gesetz vom 4. August geschaffenen Kriegs-Darlehnskassen berechnen seit ihrem Bestehen dauernd einen Leihzins von 6½ %, das heißt von ½ % über dem Diskontsatz und ebensoviel unter

Digitized by Google

dem Lombardsatz der Reichsbank. Nur bei solchen Darlehen, die für Zeichnungen auf die deutsche Kriegsanleihe bestimmt waren, betrug der Zinssatz 6 %. In Berliner Bankierkreisen ist nun eine Bewegung entstanden, die darauf hinzielt, eine Ermäßigung des nach ihrer Ansicht zu hohen Darlehnskassen-Zinses herbeizuführen, und einige Zeitungen, darunter die „Frankf. Ztg.", haben die Sache zu der ihrigen gemacht. Begründet wird die Forderung einer Zinsermäßigung damit, daß ein hoher Zins abschreckend wirke und zahlreiche Unternehmer hindere, sich die Mittel zur Fortführung ihres Betriebs und zur Weiterbeschäftigung ihrer Arbeiter durch Kreditentnahme bei den Darlehnskassen zu verschaffen. Um diese Ansicht zu belegen, hatte man das Beispiel eines oberschlesischen Hochofenwerks angeführt, das, von dem Wunsche geleitet, seinen Betrieb und seine Belegschaft voll zu beschäftigen, Roheisen auf Vorrat fertigt und aufstapelt. Das Werk hat bereits große Lager angehäuft, würde aber bereit sein, sie noch zu vergrößern, wenn nicht das dazu erforderliche Geld bei Entnahme von einer Darlehnskasse mit 6½ % verzinst werden müßte. Jedes Prozent Ermäßigung würde hier einen Anreiz zur Vergrößerung der Produktion und zur Beschäftigung zahlreicher Hände bieten. Dieses Beispiel aus der Praxis, das die Notwendigkeit einer Zinsermäßigung dartun soll, ist so unglücklich gewählt, wie nur möglich. Denn der Tatbestand, den es anführt, spricht weit eher für die Notwendigkeit einer Zinserhöhung als einer Zinsermäßigung. Heute ist wahrhaftig nicht die Zeit, in der Menschen und Gelder aufgewendet werden dürfen, um Lager aufzustapeln, also überflüssige Arbeit zu verrichten. Jeder Mann und jeder Groschen ist heute kostbar. Wie wichtig es ist, daß im gegenwärtigen Kriege weder Menschenkraft noch Geld verschwendet wird, und welche bedeutungsvolle Aufgabe gerade der Kredit als Umorganisator der Friedensarbeit in Kriegsarbeit zu verrichten hat, darüber kann Näheres im leitenden Aufsatz dieses Heftes nachgelesen werden. Im übrigen steckt in dem Verlangen nach billigerem Zins doch kein so unberechtigter Kern, wie es das gewählte Beispiel aus der Praxis glauben machen kann. Denn wenn auch für unnütze Produktion kein noch so hoher Strafzins hoch genug ist, so ist doch für nützliche Produktion, also für solche, die direkt oder indirekt der Kriegführung dient, oder die unsere Zahlungsbilanz verbessert, kein Zins zu niedrig. Darlehenskassen und Reichsbank sollten deshalb in der Tat überall da, wo der nachgesuchte Kredit erwiesenermaßen für einen der genannten nützlichen Zwecke dienen soll, ihren Zinsfuß herabsetzen. Wenn sie sich dann für den entstehenden Zinsausfall an solchen Krediten schadlos halten, bei denen der Nachweis einer nützlichen Verwendung nicht erbracht werden kann, oder die sogar sichtlich der Verschwendung von Kraft und Geld dienen, so ist dagegen ganz gewiß nichts einzuwenden.

Bank und Börse.

KRIEGSBILANZEN

Die Bilanzwahrheit, schon im Frieden ein schwer erfüllbares Ideal, ist während des Krieges geradezu eine Unmöglichkeit geworden. In einer Zeit, wo das Schicksal ganzer Völker im Dunkeln liegt, wäre es naiv, verlangen zu wollen, daß die zu Ende dieses Jahres aufzustellenden Bilanzen auch nur einigermaßen den sonst gewohnten Anschauungen über Bilanzwahrheit entsprächen. Die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, die sonst als Maßstab dienen, haben ihre Anwendbarkeit zum großen Teil verloren. Was bedeuten z. B. die Vorschriften über die Einsetzung des Kurses von Wertpapieren in einer Zeit, wo es keine Börse gibt! Wie die Außenstände, und zwar nicht nur diejenigen im feindlichen Ausland, zu bewerten sind, darüber mag unsere oberste Heeresleitung vielleicht eine einigermaßen stichhaltige Au-

Digitized by Google

sicht haben können. Was der Aktiendirektor oder der Privatkapitalist darüber denkt, ist nicht mehr wert, als die Ansicht eines Bierbankstrategen über unsere militärische Lage. Und die für die Bewertung der Warenvorräte, Rohmaterialien usw. sonst vorhandenen Anhaltspunkte existieren heute meist nicht mehr. Kupfer, um nur ein einziges Beispiel zu nennen, wird in den Vereinigten Staaten gegenwärtig mit etwa 1000 M. pro Tonne bewertet. In diesem erheblich ermäßigten Preise kommt die Verringerung der Ausfuhr zum Ausdruck. In Deutschland wird aus dem gleichen Grunde Kupfer ungefähr zum doppelten Preise gehandelt. Welchen Preis darf der vorsichtige Kaufmann zugrunde legen? Es gibt keine Vorsicht, die groß genug wäre, um der durch den Krieg geschaffenen Marktlage, die jeden Tag umgestoßen oder modifiziert werden kann, auch nur annähernd Rechnung zu tragen. Was also soll am großen Bilanztage geschehen? Der einfachste Weg, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, scheint der zu sein, daß durch einen gesetzlichen Akt die Verpflichtung zur Vermögensaufstellung zunächst um ein Jahr oder bis zum dritten Monat nach Friedensschluß hinausgeschoben wird. Ein solcher Vorschlag ist denn auch gemacht, aber mit Recht fast einstimmig abgelehnt worden. Ohne Bilanz kein Reinerträgnis, ohne Erträgnis kein Einkommen, ohne Einkommen keine Steuern. Das geht natürlich nicht, ganz abgesehen von dem bedenklichen Eindruck, den eine solche wirtschaftliche Resignation auf das Ausland machen würde. Ueber die Notwendigkeit, zum vorgeschriebenen Termin die Jahresbilanzen zu ziehen — von den zwingenden Fällen abgesehen, auf welche die Steuerbehörde schon im Frieden Rücksicht nimmt — ist man sich also ziemlich einig. Bleibt nur die Frage, welche Regeln man an Stelle der inhaltlos gewordenen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches befolgen soll. Mit dem Schlagwort „Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns" läßt sich nichts anfangen. Das subjektive Ermessen des einzelnen entbehrt heute so sehr jeder realen Grundlage und ist daher so dehnbar, daß jede Differenz in der Bewertung der wichtigsten Bilanzposten in ihm Platz haben würde. Der Steuerhinterziehung und der Kreditschiebung würden Tür und Tor geöffnet werden. Ohne eine gesetzliche Regelung geht es also nicht ab. Die Notwendigkeit einer solchen wird denn auch ziemlich allgemein anerkannt, wobei man sich freilich nicht überall genügend klar darüber ist, daß eine schematische Festlegung der Bilanzgrundsätze, wie sie im Frieden durch das Handelsgesetzbuch möglich war, während des Krieges zu den größten Widersinnigkeiten führen müßte. Welche tiefgreifenden Unterschiede werden nicht allein dadurch geschaffen, daß das eine Erwerbsunternehmen Kriegsbedarf, das andere nur Friedensbedarf herstellt oder vertreibt. Dort herrscht Hochkonjunktur, hier mehr oder weniger schwere Depression. So hat der Krieg auch in mancher anderen Hinsicht das Wirtschaftsleben in Teile gespalten, die seinen Einfluß in ganz verschiedener, oft entgegengesetzter Weise empfinden. Alle diese Teile in das Prokrustesbett eines ad hoc zu schaffenden Bilanzgesetzes zu pressen, würde zu den größten Unzuträglichkeiten führen. Dennoch erscheint eine Regelung unbedingt geboten; nur hat sie mehr negativer als positiver Natur zu sein. Es kommt in erster Linie darauf an, zu verhindern, daß man dem individuellen Pessimismus bei der Bewertung der Aktiven allzusehr die Zügel schießen läßt. Im Frieden ist selbst die Uebertreibung der Vorsicht bei der Bilanzaufstellung oft eine Tugend. Im Kriege bedeutet der rein kaufmännische Standpunkt, bei der Bilanz alle nur denkbaren ungünstigen Eventualitäten zu berücksichtigen, nicht sowohl geschäftliche Solidität, als vielmehr mangelndes Vertrauen in die Zukunft des Vaterlandes, ist hier also das Gegenteil von Tugend. Sache des Staates ist es, gegenüber den Allzuvorsichtigen das Allgemeininteresse zur Geltung zu bringen. Schon aus steuerlichen Gründen. Die Etats von Reich, Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde würden in die unheilvollste Verwirrung geraten, wollte man jedem zur Aufstellung einer Bilanz Ver-

Digitized by Google

pflichteten gestatten, seiner individuellen Auffassung von dem Einfluß des Krieges auf die Bewertung der Aktiven bilanzmäßig Ausdruck zu geben. Daher muß verlangt werden, daß die Bilanz in allen ihren Teilen nach den Grundsätzen aufgestellt wird, die für die letztvorhergegangene Friedensbilanz maßgebend waren. Dabei würden sich selbstverständlich vielfach Ueberwertungen ergeben. Um diesen Nachteil bilanzmäßig wieder auszugleichen, müßten entsprechende Reservestellungen vorgenommen werden, aber nur in dem unbedingt gebotenen Ausmaße. Höhe und Berechtigung sämtlicher Rückstellungen wären der Steuerbehörde im einzelnen nachzuweisen. Soweit Privatunternehmen in Frage kommen, würde durch diese Art der Bilanzierung, abgesehen von der Steuerpflicht, nichts geändert. Der Privatmann zieht von seinem bilanzmäßig herausgerechneten Gewinn ja doch nur das aus dem Geschäft, was er für seinen Lebensunterhalt gebraucht. Anders bei den Aktiengesellschaften. Hier darf die Zugrundelegung der Friedensgrundsätze bei der Bilanzaufstellung natürlich nicht zu einer Verteilung hoher Dividenden führen. Das wäre weder der Sachlage entsprechend, noch vom Standpunkte der Liquidität erwünscht. Die vorgeschlagene Regelung bedarf daher eines Korrelats, und dieses hätte darin zu bestehen, daß von einer Dividendenerklärung grundsätzlich abgesehen wird, was aber keineswegs ausschließt, daß den Aktionären während des Krieges eine der Geschäftslage entsprechende Einnahme gewährt wird. Die Gesellschaften brauchten nur ermächtigt zu werden, auf die Gesamtheit der Anteile einen Vorschuß zu gewähren, dessen Höhe nach sorgfältigster Berücksichtigung aller Faktoren von den Verwaltungen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung, zu bestimmen wäre. Wenn hierbei ein Schuß Pessimismus mit unterläuft, ist dagegen kaum etwas einzuwenden. Durch die vorgeschlagene Lösung würde ein doppelter Zweck erreicht. Es würden einerseits jene übertrieben schwarz gefärbten Bilanzen verhindert werden, die lediglich den Kriegswert der Aktiven zugrunde legen, und damit würde das geschäftliche Vertrauen vor einer sachlich nicht gerechtfertigten und das Ausland irreführenden Erschütterung bewahrt bleiben. Es würde ferner dem während des Krieges besonders wichtigen steuerlichen Gesichtspunkt ausreichende Berücksichtigung zuteil werden, ohne daß eine Schwächung der Betriebe durch Herausziehung zu hoher Dividenden erfolgen könnte.

EIN UNSCHÄDLICHER GEWALTAKT

Die Deutsche Gasglühlichtgesellschaft (Auer) gehört zu denjenigen Aktiengesellschaften, deren Schicksal absolut und bedingungslos von dem die ausschlaggebende Majorität besitzenden Großaktionär bestimmt wird. Dementsprechend sind die Generalversammlungen bei diesem Unternehmen noch weit mehr als bei anderen eine reine Formalität, und die von den Aktionären zu erledigende Tagesordnung gleicht jenen berühmten napoleonischen Befehlen von der Art: „Der Grenadier Duval wird vor ein Kriegsgericht gestellt, verurteilt und erschossen." Bei einer solchen autokratischen Verfassung hat die Kritik selten eine Möglichkeit, sich irgendwie im Interesse der unabhängigen Aktionäre zu betätigen. Allenfalls kann sie ihren Scharfsinn daran setzen, zu untersuchen, in welcher Beziehung ein gerade zur Debatte stehender Verwaltungsantrag zu den besonderen Interessen des Großaktionärs steht. Im allgemeinen werden aber diese Interessen mit dem Gesellschaftsvorteil identisch sein, da bei jeder Schädigung der Gesellschaft der Großaktionär Hauptleidtragender sein würde. Im letzten Jahr ist jedoch die Sachlage bei der Auergesellschaft dadurch kompliziert worden, daß neben den bisher bestehenden Stammaktien von 9,9 Mill. M. weitere 16½ Millionen Mark 5 proz. Vorzugsaktien ausgegeben worden sind. Die Rechte dieser neuen Kategorie von Aktien wurden im Statut dahin geregelt, daß sie aus dem Reingewinn, soweit er nach der jährlichen

Digitized by Google

Bilanz verfügbar ist, durch Auslosung oder Ankauf mit einem Aufgeld von 5 % getilgt werden sollen. Die Amortisation darf jedoch jährlich höchstens 25 % des ursprünglichen Nennbetrages der Vorzugsaktien betragen. Die letzte Bilanz wies bereits eine Sonderrücklage von 3,465 Mill. M. auf, die von früheren Generalversammlungen für die Einlösung von Vorzugsaktien geschaffen worden war. Der jüngst abgehaltenen Jahres-Generalversammlung lag nun der Antrag des Aufsichtsrats vor, die Verwaltung zu ermächtigen, die Vorzugsaktien auch unter dem zugesicherten Kurse von 105 % anzukaufen, und zwar über die statutarische Grenze von 25 % des ursprünglichen Betrages hinaus. Gegen diese Schmälerung ihrer Rechte wurde von den Vorzugsaktionären lebhafter Widerspruch erhoben, der aber nach Lage der Dinge auf einen zwecklosen Stimmaufwand hinauslief. Der Großaktionär befürwortete die Statutenänderung, und damit war dieselbe angenommen. Da nun jeder Erwerber einer Auer-Aktie die Majoritätsverhältnisse bei dieser Gesellschaft kennt oder doch durch seinen Bankier über sie unterrichtet worden sein müßte, so kommt hier die sittliche Entrüstung nicht auf die Kosten. Wohl aber lohnt es, bei der Frage zu verweilen, was denn der tiefere Grund für die von der Verwaltung bzw. dem Großaktionär durchgedrückte Verschiebung der Rechtslage bei den Vorzugsaktien gewesen sein mag. Die Angabe des Großaktionärs, man wolle den Vorzugsaktionären, die während des Krieges wegen Schließung der Börse keine Verkaufsmöglichkeit hätten, Gelegenheit geben, ihren Besitz zu Geld zu machen, läßt darauf schließen, daß es der Großaktionär selbst ist, der den in Vorzugsaktien angelegten Teil seines Vermögens zu Gelde zu machen wünscht. Damit steht auch seine Erklärung im Einklang, daß der Kurs, zu dem die Gesellschaft die Vorzugsaktien zurückzukaufen haben werde, nicht wesentlich unter 105 % liegen dürfte. Allerdings steht der für die vorzeitige Einlösung der Vorzugsaktien in Betracht kommende Barbestand dem Großaktionär, der zugleich der Bankier der Gesellschaft ist, ohnehin zur Verfügung, so daß eine Erhöhung seiner Barmittel nicht eintreten würde. Er würde nur in seiner Disposition über das Geld weniger beschränkt sein, wenn es sein Eigentum und nicht das Guthaben der Gesellschaft wäre, und so könnte es ihm vorteilhafter erscheinen, jetzt, wo das bare Geld einen besonders hohen Wert erlangt hat, die Umbuchung vorzunehmen und Eigentümer statt Verwalter zu werden. Er schützt sich damit auch gegen die Möglichkeit, daß er bei einem Ansichtswechsel im Direktorium moralisch gezwungen werden könnte, das Guthaben der Gesellschaft herauszuzahlen. Indessen bedeutet der Vorteil des Großaktionärs in diesem Falle keinen Nachteil für die übrigen Aktionäre. Die Vorzugsaktionäre profitieren wie jener vom hohen Rückkaufkurse, und die Stammaktionäre haben alle Veranlassung, die der Gesellschaft aus dem Zinsanspruch der Vorzugsaktien erwachsenden Zinslasten zu ermäßigen. Bisher spielten die 825 000 M., die für die Verzinsung der Vorzugsaktien abzuzweigen waren, keine Rolle, da die Auer-Gesellschaft sich rechnungsmäßig sehr hoher Gewinne erfreute. Mit dem Kriegsausbruch ist das aber anders geworden. Bei der riesigen Expansion der Gesellschaft, besonders in den mit uns im Kriege stehenden Ländern, sind Verlustmöglichkeiten geschaffen worden, durch welche die bisher ausgewiesene hohe Rentabilität der Gesellschaft bedroht ist. Da die Bilanzen der Gesellschaft in bezug auf das Auslandsrisiko sehr undurchsichtig sind, so ist es den unabhängigen Aktionären nicht möglich, auch nur annähernd die Bedeutung der externen Anlagen und Beteiligungen und ihren Einfluß auf die Gewinnrechnung während des Krieges zu schätzen. Der Einfluß dürfte indessen groß genug sein, um eine Verringerung der festen Lasten geboten erscheinen zu lassen. „Den een' sin Nachtigall" ist also in diesem Falle noch durchaus nicht „den annern sin Uhl".

Digitized by Google

ABZAHLUNGS-WIRTSCHAFT

Ein Opfer ihrer übermäßigen Verkaufstätigkeit ist die Vogtländische Maschinenfabrik A.-G. in Plauen geworden. Ihr Dividendenschein für das am 30. Juni dieses Jahres beendete Geschäftsjahr bleibt wertlos, während in den drei vorangegangenen Jahren je 30 % verteilt wurden. Natürlich wird der letztjährige Mißerfolg auf die „durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse" zurückgeführt. Es wird nicht das letztemal sein, daß der Krieg den Sündenbock für häusliche Fehler abgeben muß. Denn solche, nicht äußere Verhältnisse, sind schuld an dem Plauener Unglück. Die Vogtländische Maschinenfabrik erzeugt hauptsächlich Stickmaschinen, die sie ihren Abnehmern, meist wenig bemittelten Leuten, gegen Ratenzahlung mit Eigentumsvorbehalt verkauft. In welchem Umfange die Gesellschaft dieses Abzahlungsgeschäft betrieben hat, geht aus der Bilanz hervor, die Ende Juni 1913 nicht weniger als 12½ Mill. M. Außenstände bei 5¼ Mill. M. Aktienkapital aufwies. Aus dieser forcierten Verkaufstätigkeit mußte sich notwendig ein höchst bedenklicher Kreislauf ergeben. Denn mit jeder Stickmaschine, die zur Aufstellung kommt, nimmt die Zahl der Stickereien zu, sie verschlechtert damit die Marktlage und beeinträchtigt so die Solvenz der Debitoren. Nun ist es freilich nach der geltenden Geschäftsmoral nicht ohne weiteres zu verlangen, daß ein Erwerbsunternehmen darauf Rücksicht nehme, inwieweit es durch Forcierung des Absatzes die Rentabilitätsaussichten seiner Abnehmer verschlechtert. Auf den vorliegenden Fall angewendet, heißt das: Man wird der Vogtländischen Maschinenfabrik keinen Vorwurf daraus machen können, daß sie durch ihre Methode den Stickereimarkt immer weiter herunterbrachte. Was man ihr zum Vorwurf machen muß, ist vielmehr, daß sie die buchmäßigen Gewinne an den auf Abzahlung verkauften Maschinen zur Basis ihrer Gewinnverteilung machte. Anstatt, wie es dem Gebot der Vorsicht entsprochen hätte, bis zur völligen Abtragung der Raten einen mehr oder weniger großen Teil des buchmäßig erzielten Gewinnes in Reserve zu stellen, hat man durch Auszahlung riesiger Dividenden Raubbau getrieben, hierdurch eine wilde Agiotage entfesselt — der Kurs der Aktien wurde bis 824 % getrieben —, dem Unternehmen aber die besten Kräfte entzogen. Die Konjunkturentwicklung, nicht der Krieg, hat jetzt durch diese unsolide Rechnung einen Strich gemacht. Die Leistungsfähigkeit der ratenpflichtigen Abnehmer hat sich seit langem derart verschlechtert, daß eine besondere Rückstellung auf die Außenstände vorgenommen werden mußte. Ferner mußte, offenbar wegen Kapitalmangels, ein Teil der Betriebe stillgelegt werden. Die Verwaltung, die für diese Entwicklung die Verantwortung trägt, hat, man darf in diesem Fall wohl sagen, das Glück gehabt, daß ihr langjähriger leitender Direktor im vorigen Jahre verstorben ist. Zwei weitere Mitglieder der Verwaltung wurden in der letzten Generalversammlung ausgeschifft. Damit sind die Haupturheber der ungeheuren Verluste beseitigt, welche die Gesellschaft erlitten hat. Die Verluste selbst werden sich aber nicht ganz so leicht reparieren lassen.

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

Salings Börsenpapiere, III. (finanzieller) Teil. 15. Auflage. Bearbeitet von O. Hartberg. Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G., Berlin, Leipzig, Hamburg. (Geb. 15 M.) Saling III, der sich als ein zuverlässiges Hand- und Nachschlagebuch für die Bank- und Kapitalistenwelt bewährt hat, berichtet über alle Dividendenpapiere und Fonds, die an den Börsen von Augsburg, Braunschweig, Bremen, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Mainz, Mannheim, München, Halle a. Saale.

Digitized by Google

Hamburg, Hannover, Köln, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Stettin, Stuttgart und Zwickau im offiziellen Börsenverkehr notiert werden und gibt gewissenhafte Auskunft über die Entwicklung eines jeden Unternehmens. Die in Essen und Düsseldorf gehandelten Gewerkschaften, über die sonst nur schwer zuverlässige Mitteilungen zu erlangen sind, sowie sämtliche Kaliwerke sind gleichfalls ausführlich behandelt.

Die Milchversorgung norddeutscher Städte und Industriegebiete. Mit Beiträgen von Meinert, Thiele, Dr. Schöne, Oeser, Dr. Arnoldi. München 1914. Duncker & Humblot. (11 M.) Aus dem Inhalt: Das Milchversorgungsgebiet. — Die Milcherzeugung. — Der Milchabsatz und die Milchverwertung. — Der Milchvertrieb in der Stadt. — Der Milchverbrauch und die Milchverbraucher. — Die Kindermilchversorgung. — Die Milchpreise.

Jahrbuch des allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften e. V. Von Dr. Hans Crüger, Berlin 1914. J. Guttentag. Aus dem Inhalt: Allgemeines über die Lage des deutschen Genossenschaftswesens und der Genossenschaften im Ausland. — Bewegung und Stand der eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reich.

Jahrbuch der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Herausgegeben vom Vorstande. Band 29 (1. und 2. Lieferung). Berlin 1914. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft. Aus dem Inhalt: Februartagung Berlin 1914. — Wanderversammlung und -ausstellung Hannover 1914.

Annuaire Suisse du Registre du Commerce 1914. Editeurs: Art. Orell Füßli. Zürich 1914. (12 Fr.) Table de matières: Registre des raisons de commerce établi par cantons et communes. — Registre des raisons de commerce rangées par branches commerciales ou industrielles précédé du Repertoire alphabétique des branches commerciales et industrielles en français-allemand.

Fünfzig Jahre sächsische Volkswirtschaft. Vom Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden, anläßlich seines 50 jährigen Bestehens 1914. — Aus dem Inhalt: Bevölkerung. — Volkswohlstand. — Bergbau und Hüttenwesen. — Landwirtschaft. — Entwicklung der Industrie. — Versicherungsgewerbe. — Verkehrswesen. — Handelsgewerbe. — Bank-, Kredit- und Börsenwesen.

Die wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges. Von A. Lohmann, Präsident der Bremer Handelskammer. (16 S.) — Die Schrift bezweckt den Nachweis, daß England durch den Krieg mit Deutschland seinen Handel und seine Finanzen in die größte Gefahr gebracht habe.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn und die internationalen Interessen. Von Dr. Béla Rajnik. München und Leipzig 1914. Verlag von Duncker & Humblot. (2,50 M.) — Aus dem Inhalt: Internationale Uebersicht: Die Handels- und Zollpolitik aus dem Gesichtspunkte der ungarischen wirtschaftlichen Interessen. — Das Versagen der Agrarzölle im Vertragsgebiet und seine Ursachen.

Die Gründung der Universität Frankfurt a. M. Vortrag von Professor Dr. Andreas Voigt. Leipzig und Berlin. B. G. Teubner. — Der Verfasser, der von Anfang an der Verwaltung der Akademie der Sozial- und Handelswissenschaften, des Mutterinstituts der Universität, angehörte, behandelt die Vorgeschichte seit dem Jahre 1900.

Die Entwicklung der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von Dr. Max Augstin. München 1914. Duncker & Humblot. (4 M.) Aus dem Inhalt: Das Bevölkerungswesen und die Grundbesitzverhältnisse. — Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. — Das Verkehrswesen in den Vereinigten Staaten. — Die technischen Grundlagen der nordamerikanischen Landwirtschaft. — Der Ackerbau in den Vereinigten Staaten. — Die Viehzucht in den Vereinigten Staaten.

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat November (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

Aktiva | **Passiva**

	Metallbestand*)	Kassenscheine **)	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (—) ***)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdiskont %
7. November															
1914	1921,6 (1885,4)	859,2	23,2	2642,9	33,1	35,1	221,6	180,0	74,5	4084,8	1282,1	115,5	—730,8	46,9	6
1913	1481,8 (1215,4)	42,7	19,4	945,3	63,9	206,3	205,4	180,0	70,0	2018,2	623,3	73,4	+ 75,7	73,4	5,5
1912	1118,8 (817,8)	29,3	20,5	1402,4	80,2	47,0	174,1	180,0	66,9	1914,6	651,8	59,0	—159,0	58,9	5
1911	1057,9 (778,7)	41,0	21,6	1222,2	80,9	96,4	160,3	180,0	64,8	1822,1	566,7	46,7	—151,6	58,1	5
1910	951,3 (694,1)	58,9	17,4	1113,4	78,3	40,6	202,0	180,0	64,8	1625,4	494,5	47,3	—174,9	56,7	5
15. November															
1914	1956,3 (1916,0)	758,0	25,2	2769,7	30,9	33,2	216,9	180,0	74,5	4060,0	1357,0	118,7	—770,5	47,7	6
1913	1506,7 (1232,1)	55,8	27,6	897,3	57,4	201,2	184,5	180,0	70,0	1927,6	676,7	76,0	+212,5	78,2	5,5
1912	1127,2 (823,7)	31,0	29,3	1401,2	81,9	49,0	173,5	180,0	66,9	1865,0	720,5	60,5	—127,6	60,4	6
1911	1108,7 (819,5)	44,9	31,2	1163,7	74,5	91,7	160,1	180,0	64,8	1730,1	652,3	47,7	+ 4,8	64,1	5
1910	999,9 (734,5)	61,8	26,5	1075,9	73,0	78,5	185,1	180,0	64,8	1591,2	616,2	48,6	— 30,1	63,2	5
23. November															
1914	1993,7 (1948,7)	599,9	26,8	2887,5	35,1	29,6	227,2	180,0	74,5	4009,2	1415,8	120,2	—838,8	49,7	6
1913	1540,1 (1254,8)	60,0	33,4	846,5	53,7	181,2	198,0	180,0	70,0	1836,7	750,9	75,2	+346,8	83,8	5,5
1912	1142,4 (836,0)	33,1	37,2	1303,0	62,3	28,1	201,5	180,0	66,9	1796,0	703,2	61,4	— 33,4	95,5	6
1911	1147,5 (849,8)	47,9	37,5	1112,2	56,7	89,9	161,9	180,0	64,8	1653,7	706,5	48,4	+129,2	69,4	5
1910	1059,9 (781,6)	64,4	32,9	1029,4	53,7	58,8	193,4	180,0	64,8	1513,5	684,3	49,9	+116,6	70,0	5
30. November															
1914	2035,6 (1991,8)	743,4	9,3	2932,4	35,8	28,4	211,7	180,0	74,5	4205,4	1397,4	139,3	—867,1	48,4	6
1913	1503,5 (1219,1)	59,2	8,2	886,1	67,2	208,1	207,3	180,0	70,0	1981,9	631,4	76,2	+139,0	75,8	5,5
1912	1064,7 (769,6)	24,8	10,4	1430,9	128,5	33,1	228,8	180,0	66,9	2010,0	601,2	63,0	—350,2	53,0	6
1911	1106,1 (809,9)	42,9	11,3	1181,4	98,9	88,4	168,6	180,0	64,8	1754,5	649,1	49,3	— 44,2	63,1	5
1910	1014,0 (738,3)	61,7	11,0	1089,5	88,9	73,2	212,4	180,0	64,8	1598,7	656,7	50,5	— 39,1	63,4	5

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.
**) Seit 7. August 1914 Reichs- und Darlehnskassenscheine.
***) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 1911 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M. Die Steuerpflicht ist seit dem 7. August 1914 suspendiert.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im November 1914.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Nov. 1914	Metallbestand	Kassenscheine*)	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grundkapital	Res.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Notenreserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 921 580	859 218	23 247	2 642 943	33 146	35 120	221 643	180 000	74 479	4 084 842	1 282 060	—	115 516 —	730 797	—
	14.	1 956 265	758 040	25 229	2 769 714	30 873	33 190	216 885	180 000	74 479	4 060 009	1 357 007	—	118 701 —	770 475	—
	23.	1 993 669	599 867	26 809	2 887 493	35 100	29 568	227 177	180 000	74 479	4 009 164	1 415 795	—	120 245 —	838 819	—
	30.	2 035 576	743 405	9 276	2 932 364	35 824	28 412	211 727	180 000	74 479	4 205 363	1 397 443	—	139 299 —	867 106	—
Bayerische Notenbank	7.	30 297	127	4 173	41 351	3 228	1 529	4 563	7 500	3 750	65 417	5 052	—	3 549 +	1 180	631
	14.	30 384	142	4 877	41 160	3 235	1 532	4 368	7 500	3 750	65 551	5 354	—	3 543 +	1 852	776
	23.	30 481	162	4 985	40 661	3 073	1 532	4 443	7 500	3 750	64 946	5 590	—	3 551 +	2 682	530
	30.	30 527	196	4 591	40 463	3 118	1 532	4 500	7 500	3 750	64 567	5 586	—	3 524 +	2 747	289
Sächsische Bank	7.	20 995	470	13 573	65 016	7 369	8 300	19 762	30 000	7 500	39 748	32 673	22 804	2 759 +	12 061	31
	14.	22 124	528	15 576	62 697	7 217	8 225	19 817	30 000	7 500	39 541	32 879	23 476	2 787 +	15 458	23
	23.	21 045	653	18 307	61 866	7 300	8 053	20 324	30 000	7 500	40 004	34 180	23 077	2 786 +	16 772	27
	30.	21 306	501	6 779	61 861	7 820	8 017	9 843	30 000	7 500	32 666	20 848	22 347	2 766 +	12 691	45
Württembergische Notenbank	7.	8 432	136	3 070	19 953	13 956	3 493	3 172	9 000	1 721	16 764	22 996	2	1 728 +	4 874	291
	14.	8 536	182	2 730	20 571	14 373	3 493	3 668	9 000	1 721	17 340	23 741	2	1 748 +	4 108	707
	23.	8 764	147	3 953	20 453	14 774	3 493	4 479	9 000	1 721	17 419	26 149	2	1 770 +	5 445	486
	30.	8 886	115	3 095	20 222	14 710	3 493	5 159	9 000	1 721	17 767	25 402	2	1 789 +	4 329	749
Badische Bank	7.	5 965	15	1 998	16 121	6 559	2 343	5 810	9 000	2 250	14 526	11 921	—	1 113 +	3 452	80
	14.	5 994	34	1 249	15 811	6 745	2 190	5 482	9 000	2 250	14 031	11 096	—	1 129 +	3 246	342
	23.	6 009	32	1 437	14 991	7 567	1 435	6 889	9 000	2 250	13 935	12 028	—	1 146 +	3 543	108
	30.	6 007	11	1 206	15 400	7 676	1 403	5 659	9 000	2 250	13 161	11 780	—	1 170 +	4 063	342
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 987 269	859 966	46 061	2 785 384	64 258	50 785	254 950	235 500	89 700	4 221 297	1 354 702	22 806	124 665	—	—
	14.	2 023 303	758 926	49 661	2 909 953	62 443	48 630	250 220	235 500	89 700	4 196 472	1 430 077	23 478	127 908	—	—
	23.	2 059 968	600 861	55 491	3 025 464	67 814	44 081	263 312	235 500	89 700	4 145 468	1 493 742	23 079	129 498	—	—
	30.	2 102 302	744 228	24 947	3 070 310	69 148	42 857	236 888	235 500	89 700	4 333 524	1 461 059	22 349	148 548	—	—

*) Reichs- und seit 7. August 1914 Darlehnskassenscheine.

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im November (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Reserve absolut	Reserve i. % d. tägl. fäll. Verb.	Bank-diskont %
1914 Nov. 4.	69,47	17,20	104,91	35,53	16,45	140,29	52,39	33½	5
„ 11.	69,28	17,00	105,09	35,52	19,25	137,29	52,21	33⅜	5
„ 18.	72,57	18,60	107,11	35,31	16,28	147,33	55,70	34	5
„ 25.	72,22	26,29	111,32	35,32	18,69	156,46	55,36	31⅝	5
1913 Nov. 5	36,77	11,79	29,03	28,74	7,13	42,40	26,48	53⅜	5
„ 12.	36,70	11,79	27,36	28,50	9,63	38,40	26,65	55½	5
„ 19.	36,82	11,78	27,99	28,40	10,61	38,25	26,87	55	5
„ 26.	37,42	11,18	29,59	28,42	9,75	40,72	27,46	54⅜	5
1912 Nov. 6.	36,55	13,04	33,91	28,64	10,20	45,30	26,36	47½	5
„ 13.	36,63	13,04	31,57	28,30	12,76	40,81	26,78	50	5
„ 20.	37,47	13,04	31,67	28,28	13,88	40,64	27,64	50⅝	5
„ 27.	37,79	13,03	31,76	28,31	13,18	41,75	27,92	50⅜	5
1911 Nov. 1.	36,42	14,10	2 ,65	29.13	7,20	42,59	25,74	51¾	4
„ 8.	35,38	14,34	28,47	28,97	9,54	40,42	24,86	49¾	4
„ 15.	36,03	14,44	28,78	28.45	10,64	40,87	26,04	50½	4
„ 22.	36,87	14,44	28,98	28,50	12,82	39,69	26.82	51	4
„ 29.	37,36	14,44	28,91	28,73	12,13	40,62	27,08	51⅜	4
1910 Nov. 2.	32,26	14,33	26,27	28,61	6,57	38,41	22,10	49⅛	5
„ 9.	32,70	14,02	24,97	28,17	6,61	37,64	22,98	51⅞	5
„ 16.	34,96	14,64	25,73	28,52	10,08	37,43	24,89	52⅜	5
„ 23.	35,59	14,64	27,51	28,15	11,26	38,99	25,89	51½	5
„ 30.	35,63	14,64	28,49	28,39	11,42	39,69	25,69	50¼	5

Niederländische Bank.

Wochenausweise von Juli bis September 1913—1914 (in 1000 Fl.)

Ausweis-Tag	Metall: Gold	Metall: Silber	Wechsel-bestand	Dar-lehen	Laufende Rech-nungen (Saldo)	Noten-umlauf	Nicht metallisch gedeckte Noten	Bank-dis-kont %
1914 Juli 4.	160 606	8 092	94 683	81 859	6 866	321 891	153 193	3½
„ 11.	160 122	7 852	95 641	79 871	5 671	321 015	153 041	3½
„ 18.	161 112	7 932	91 797	73 851	4 225	312 907	143 863	3½
„ 25.	162 114	8 228	88 135	74 130	4 737	310 437	140 095	3½
Aug. 1.	161 950	2 986	161 066	137 872	17 245	427 919	262 983	6
„ 8.	161 979	642	192 058	154 285	29 643	461 121	298 500	6
„ 15.	161 982	613	189 157	142 487	31 034	445 409	282 814	6
„ 22.	162 125	799	184 883	136 976	32 845	438 886	275 962	5
„ 29.	162 146	2 298	180 103	143 572	32 150	444 233	279 789	5
Sept. 5.	162 206	2 710	186 479	138 250	29 426	445 194	280 278	5
„ 12.	160 773	4 397	181 730	142 202	27 635	444 794	279 624	5
„ 19.	159 687	5 749	180 386	144 877	32 252	441 127	275 691	5
„ 26.	157 333	4 894	178 683	149 093	32 737	440 845	278 618	5
1913 Juli 5.	145 262	7 849	99 900	99 413	10 792	325 993	172 882	5
„ 12.	145 270	7 691	94 465	95 547	9 174	319 763	166 802	5
„ 19.	145 280	8 000	88 635	91 887	6 655	314 569	161 289	5
„ 26.	147 287	8 204	82 544	89 417	4 847	308 444	152 954	5
Aug. 2.	147 288	7 709	77 964	94 963	3 725	310 532	155 535	5
„ 9.	147 293	8 123	71 880	91 773	2 893	304 622	149 206	5
„ 16.	147 295	8 298	69 961	91 788	3 366	302 151	146 558	5
„ 23.	147 354	9 184	66 469	91 712	4 515	298 118	141 580	5
„ 30.	148 327	8 807	67 451	96 927	3 540	305 342	148 208	5
Sept. 6.	148 311	8 001	68 694	99 342	3 747	307 847	151 535	5
„ 13.	147 317	7 874	67 100	100 180	3 019	305 843	150 652	5
„ 20.	147 335	8 424	67 429	97 853	3 389	303 888	148 129	5
„ 27.	147 338	8 258	69 592	99 372	2 567	307 961	152 365	5

Digitized by Google

Nationalbank von Rumänien.

Wochenausweise von April bis Juni 1913—1914

(in 1000 Lei.)

Ausweis-Tag (alter Stil)		Metall		Guthab. im Ausl.	Wechs.	Darlehen*)	Notenumlauf	nicht metall. gedeckt. Ret.	Bankdiskont
		Gold	Silber						
1914 April	5.	155 819	661	56 642	197 016	58 631	423 813	267 333	6
„	12.	155 743	718	56 642	193 009	47 414	433 930	277 469	6
„	19.	155 864	766	56 642	185 449	65 190	420 938	264 308	6
„	26.	155 770	767	56 642	176 665	69 979	423 946	267 409	6
Mai	3.	155 647	860	56 642	182 666	69 363	425 775	269 268	5½
„	9.	155 542	882	56 642	194 127	66 503	427 123	270 699	5½
„	17.	155 433	882	56 642	191 481	68 699	426 481	270 166	5½
„	24.	155 316	844	56 642	190 315	71 414	430 427	274 267	5½
„	31.	155 203	1031	56 642	195 553	66 214	428 219	271 985	5½
Juni	7.	155 054	1023	56 642	191 004	66 865	425 008	269 931	5½
„	14.	154 892	1010	56 642	190 835	66 462	423 434	267 532	5½
„	21.	154 637	1001	56 650	183 280	70 158	420 754	265 116	5½
„	30.	154 223	958	56 598	185 003	68 053	418 938	263 757	5½
1913 April	6.	148 859	1506	56 649	143 964	72 860	403 002	252 637	6
„	13.	148 411	1402	56 624	146 008	66 848	397 108	247 295	6
„	20.	148 144	1467	56 622	140 629	68 085	393 097	243 486	6
„	27.	147 843	1501	56 624	142 807	65 145	391 606	242 262	6
Mai	4.	147 374	1533	56 633	143 034	62 275	388 542	239 635	6
„	11.	147 086	1587	56 633	142 345	62 732	388 082	239 459	6
„	18.	146 509	1562	56 633	142 406	63 199	386 482	238 411	6
„	25.	146 105	1537	56 633	140 007	64 289	384 970	237 328	6
Juni	1.	145 464	1508	56 633	140 315	66 343	385 815	238 843	6
„	8.	145 009	1457	56 633	138 319	61 686	379 224	232 758	6
„	15.	144 494	1408	56 633	138 419	65 047	381 296	235 394	6
„	22.	143 999	1293	52 769	150 392	79 624	404 151	258 859	6

*) Inkl. Saldo des Kontokorrents, in dem ein Debetsaldo der Regierung von rund 13 Mill. Lei enthalten ist.

Nationalbank von Bulgarien.

Wochenausweise von April bis Juni 1913—1914. (Mill. Lewa).

Ausweis-Tag (alter Stil)		Metall		Guthaben im Ausl.	Wechsel*)	Darlehen**)	Verbindl. bzw. Einlagen	Notenumlauf	nicht metall. gedeckt. Not.	Bankdiskt. %
		Gold	Silber							
1914 April	7.	55,6	26,8	46,1	38,7	277,9	218,6	183,0	100.6	6½
„	14.	55,6	28,9	39,8	36,8	271,2	218,6	174.4	89,9	6½
„	22.	55,6	29,3	27,1	36,9	271,8	206,8	172,8	87,9	6½
„	30.	55,6	29,6	16,1	36,4	268,9	189,9	172,5	87,3	6½
Mai	7.	55,5	29,6	15,8	36,6	269,1	190,4	177,7	92,6	6½
„	14.	55,5	30,0	12,5	36,9	264,3	185,5	176,8	91,3	6½
„	22.	55,5	30,4	11.6	36,9	264,1	183,5	177,3	91,4	6½
„	31.	55,6	30,6	14,2	37,1	264,8	188,7	172,8	86,6	6½
Juni	7.	55,6	30,5	10,2	37,0	259,8	178,5	176,4	90,3	6½
„	14.	55,6	30,6	7,2	37,5	258,0	178.4	176,6	90,4	6½
„	22.	55,6	30,7	5,7	37,7	261,8	179,7	174,1	87,8	6½
„	30.	55,6	30,5	5,7	37,9	269.1	190,4	173,3	87.2	6½
1913 April	7.	55,1	21,0	17,6	49,4	190,7	165,8	177,3	101,2	6½
„	14.	55,0	21,2	15,4	49,3	207,8	150,4	177,8	101,6	6½
„	22.	55,0	21,5	14,1	49,1	210,9	147,2	180,4	103,9	6½
„	30.	54,6	21,4	13,6	49,0	216,8	143,6	179,3	103,3	6½
Mai	7.	55,4	20,5	11,5	48,9	233,4	153,4	182,6	106,7	6½
„	14.	55,5	20,9	9,5	48,9	234,4	152,2	184,8	108,4	6½
„	22.	55,6	21,2	19,7	48,8	240,1	159,9	189,4	112,6	6½
„	31.	56,0	21,7	17 8	48,8	260,0	179,4	188,0	110,3	6½
Juni	7.	56,0	20,5	15,8	48,7	262,7	176,5	191,4	114,9	6½
„	14.	56,1	21,6	12,9	48,7	264,9	175,6	191,9	114,2	6½
„	22.	54,6	20,1	10 3	48,7	263,4	171,5	194,5	119,8	6½
„	30.	54,7	18,0	15,0	48,7	268,7	179,7	197,0	124,3	6½

*) In den früheren Zusammenstellungen sind die Devisen den Wechseln, jetzt den Auslandsguthaben zugezählt worden.

**) Inkl. Hypotheken- und Kommunaldarlehen.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: i. V. Wolfgang Fernbach, Berlin, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im November (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 Nov. 4.	69,47	17,20	104,91	35,53	16,45	140,29	52,39	33 1/2	5
„ 11.	69,28	17,00	105,09	35,52	19,25	137,29	52,21	33 3/8	5
„ 18.	72,57	18,60	107,11	35,31	16,28	147,33	55,70	34	5
„ 25.	72,22	26,29	111,32	35,32	18,69	156,46	55,36	31 5/8	5
1913 Nov. 5	36,77	11,79	29,03	28,74	7,13	42,40	26,48	53 3/8	5
„ 12.	36,70	11,79	27,36	28,50	9,63	38,40	26,65	55 1/2	5
„ 19.	36,82	11,78	27,99	28,40	10,61	38,25	26,87	55	5
„ 26.	37,42	11,18	29,59	28,42	9,75	40,72	27,46	54 3/8	5
1912 Nov. 6.	36,55	13,04	33,91	28,64	10,20	45,30	26,36	47 1/2	5
„ 13.	36,63	13,04	31,57	28,30	12,76	40,81	26,78	50	5
„ 20.	37,47	13,04	31,67	28,28	13,88	40,64	27,64	50 5/8	5
„ 27.	37,79	13,03	31,76	28,31	13,18	41,75	27,92	50 3/8	5
1911 Nov. 1.	36,42	14,10	2 ,65	29,13	7,20	42,59	25,74	51 3/4	4
„ 8.	35,38	14,34	28,47	28,97	9,54	40,42	24,86	49 3/4	4
„ 15.	36,03	14,44	28,78	28,45	10,64	40,87	26,04	50 1/2	4
„ 22.	36,87	14,44	28,98	28,50	12,82	39,69	26,82	51	4
„ 29.	37,36	14,44	28,91	28,73	12,13	40,62	27,08	51 3/8	4
1910 Nov. 2.	32,26	14,33	26,27	28,61	6,57	38,41	22,10	49 1/8	5
„ 9.	32,70	14,02	24,97	28,17	6,61	37,64	22,98	51 7/8	5
„ 16.	34,96	14,64	25,73	28,52	10,08	37,43	24,89	52 3/8	5
„ 23.	35,59	14,64	27,51	28,15	11,26	38,99	25,89	51 1/2	5
„ 30.	35,63	14,64	28,49	28,39	11,42	39,69	25,69	50 1/4	5

Niederländische Bank.

Wochenausweise von Juli bis September 1913—1914 (in 1000 Fl.)

Ausweis-Tag	Metall		Wechsel-bestand	Dar-lehen	Laufende Rech-nungen (Saldo)	Noten-umlauf	Nicht metallisch gedeckte Noten	Bank-diskont %
	Gold	Silber						
1914 Juli 4.	160 606	8 092	94 683	81 859	6 866	321 891	153 193	3 1/2
„ 11.	160 122	7 852	95 641	79 871	5 671	321 015	153 041	3 1/2
„ 18.	161 112	7 932	91 797	73 851	4 225	312 907	143 863	3 1/2
„ 25.	162 114	8 228	88 135	74 130	4 737	310 437	140 095	3 1/2
Aug. 1.	161 950	2 986	161 066	137 872	17 245	427 919	262 983	6
„ 8.	161 979	642	192 058	154 285	29 643	461 121	298 500	6
„ 15.	161 982	613	189 157	142 487	31 634	445 409	282 814	6
„ 22.	162 125	799	184 883	136 976	32 845	438 886	275 962	5
„ 29.	162 146	2 298	180 103	143 572	32 150	444 233	279 789	5
Sept. 5.	162 206	2 710	186 479	138 250	29 426	445 194	280 278	5
„ 12.	160 773	4 397	181 730	142 202	27 635	444 794	279 624	5
„ 19.	159 687	5 749	180 386	144 877	32 252	441 127	275 691	5
„ 26.	157 333	4 894	178 683	149 093	32 737	440 845	278 618	5
1913 Juli 5.	145 262	7 849	99 900	99 413	10 792	325 993	172 882	5
„ 12.	145 270	7 691	94 465	95 547	9 174	319 763	166 802	5
„ 19.	145 280	8 000	88 635	91 887	6 655	314 569	161 289	5
„ 26.	147 287	8 204	82 544	89 417	4 847	308 444	152 954	5
Aug. 2.	147 288	7 709	77 964	94 963	3 725	310 532	155 535	5
„ 9.	147 293	8 123	71 880	91 773	2 893	304 622	149 206	5
„ 16.	147 295	8 298	69 961	91 788	3 366	302 151	146 558	5
„ 23.	147 354	9 184	66 469	91 712	4 515	298 118	141 580	5
„ 30.	148 327	8 807	67 451	96 927	3 540	305 342	148 208	5
Sept. 6.	148 311	8 001	68 694	99 342	3 747	307 847	151 535	5
„ 13.	147 317	7 874	67 100	100 180	3 019	305 843	150 652	5
„ 20.	147 335	8 424	67 429	97 853	3 389	303 888	148 129	5
„ 27.	147 338	8 258	69 592	99 372	2 567	307 961	152 365	5

Digitized by Google

Nationalbank von Rumänien.

Wochenausweise von April bis Juni 1913—1914

(in 1000 Lei.)

Ausweis-Tag (alter Stil)			Metall		Guthab. im Ausl.	Wechs.	Darlehen*)	Notenumlauf	nicht metall. gedeckt. Not.	Bankdiskont
			Gold	Silber						
1914	April	5.	155 819	661	56 642	197 016	58 631	423 813	267 333	6
	„	12.	155 743	718	56 642	193 009	47 414	433 930	277 469	6
	„	19.	155 864	766	56 642	185 449	65 190	420 938	264 308	6
	„	26.	155 770	767	56 642	176 665	69 979	423 946	267 409	6
	Mai	3.	155 647	860	56 642	182 666	69 363	425 775	269 268	5½
	„	9.	155 542	882	56 642	194 127	66 503	427 123	270 699	5½
	„	17.	155 433	882	56 642	191 481	68 699	426 481	270 166	5½
	„	24.	155 316	844	56 642	190 315	71 414	430 427	274 267	5½
	„	31.	155 203	1031	56 642	195 553	66 214	428 219	271 985	5½
	Juni	7.	155 054	1023	56 642	191 004	66 865	425 008	269 931	5½
	„	14.	154 892	1010	56 642	190 835	66 462	423 434	267 532	5½
	„	21.	154 637	1001	56 650	183 280	70 158	420 754	265 116	5½
	„	30.	154 223	958	56 598	185 003	68 053	418 938	263 757	5½
1913	April	6.	148 859	1506	56 649	143 964	72 860	403 002	252 637	6
	„	13.	148 411	1402	56 624	146 008	66 848	397 108	247 295	6
	„	20.	148 144	1467	56 622	140 629	68 085	393 097	243 486	6
	„	27.	147 843	1501	56 624	142 807	65 145	391 606	242 262	6
	Mai	4.	147 374	1533	56 633	143 034	62 275	388 542	239 635	6
	„	11.	147 086	1587	56 633	142 345	62 732	388 082	239 459	6
	„	18.	146 509	1562	56 633	142 406	63 199	386 482	238 411	6
	„	25.	146 105	1537	56 633	140 007	64 289	384 970	237 328	6
	Juni	1.	145 464	1508	56 643	140 315	66 343	385 815	238 843	6
	„	8.	145 009	1457	56 633	138 319	61 686	379 224	232 758	6
	„	15.	144 494	1408	56 633	138 419	65 047	381 296	235 394	6
	„	22.	143 999	1293	52 769	150 392	79 624	404 151	258 859	6

*) Inkl. Saldo des Kontokorrents, in dem ein Debetsaldo der Regierung von rund 13 Mill. Lei enthalten ist.

Nationalbank von Bulgarien.

Wochenausweise von April bis Juni 1913—1914. (Mill. Lewa).

Ausweis-Tag (alter Stil)			Metall		Guthaben im Ausl.	Wechsel*)	Darlehen**)	Verbindl. bzw. Einlagen	Notenumlauf	nicht metall. gedeckt. Not.	Bankdiskt. %
			Gold	Silber							
1914	April	7.	55,6	26,8	46,1	38,7	277,9	218,6	183,0	100.6	6½
	„	14.	55,6	28,9	39,8	36,8	271,2	218,6	174,4	89,9	6½
	„	22.	55,6	29,3	27,1	36,9	271,8	206,8	172,8	87,9	6½
	„	30.	55,6	29,6	16,1	36,4	268,9	189,9	172,5	87,3	6½
	Mai	7.	55,5	29,6	15,8	36,6	269,1	190,4	177,7	92,6	6½
	„	14.	55,5	30,0	12,5	36,9	264,3	185,5	176,8	91,3	6½
	„	22.	55,5	30,4	11,6	36,9	264,1	183,5	177,3	91,4	6½
	„	31.	55,6	30,6	14,2	37,1	264,8	188,7	172,8	86,6	6½
	Juni	7.	55,6	30,5	10,2	37,0	259,8	178,5	176,4	90,3	6½
	„	14.	55,6	30,6	7,2	37,5	258,0	178.4	176,6	90,4	6½
	„	22.	55,6	30,7	5,7	37,7	261,8	179,7	174,1	87,8	6½
	„	30.	55.6	30,5	5,7	37,9	269.1	190,4	173,3	87.2	6½
1913	April	7.	55,1	21,0	17,6	49,4	190,7	165,8	177,3	101,2	6½
	„	14.	55,0	21,2	15,4	49,3	207,8	150,4	177,8	101,6	6½
	„	22.	55,0	21,5	14,1	49,1	210,9	147,2	180,4	103,9	6½
	„	30.	54,6	21,4	13,6	49,0	216,8	143,6	179,3	103,3	6½
	Mai	7.	55,4	20,5	11,5	48,9	233,4	153,4	182,6	106,7	6½
	„	14.	55,5	20,9	9,5	48,9	234,4	152,2	184,8	108,4	6½
	„	22.	55,6	21,2	19,7	48,8	240,1	159,9	189,4	112,6	6½
	„	31.	56,0	21,7	17 8	48,8	260,0	179,4	188,0	110,3	6½
	Juni	7.	56,0	20,5	15,8	48,7	262,7	176,5	191,4	114,9	6½
	„	14.	56,1	21,6	12,9	48,7	264,9	175,6	191,9	114,2	6½
	„	22.	54,6	20,1	10 3	48,7	263,4	171,5	194,5	119,8	6½
	„	30.	54,7	18,0	15,0	48,7	268,7	179,7	197,0	124,3	6½

*) In den früheren Zusammenstellungen sind die Devisen den Wechseln, jetzt den Auslandsguthaben zugezählt worden.

**) Inkl. Hypotheken- und Kommunaldarlehen.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: i. V. Wolfgang Fernbach, Berlin, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT.

Unsere Kassenkasse Berlin W. 8, Behrenstrasse 32—33, Eingang B, und Französische Strasse 42—44, Eingang A [illegible] **Zahlstelle** für die zahlbaren **Zins- und Gewinnanteil-Scheine** sowie für die **rückzahlbaren Stücke** folgender Effekten:

Aach. Rückv.-G., Akt. — Accumul.-F. A.-G., Akt., — Aktienbrau. Erlangen (s. H. Henninger Reifbräu). — A.-G. Brown Boveri & Cie., Akt. — A.-G. Charlottenhütte, Akt. u. Schuldv. — A.-G. f. Erwerb u. Verwertung v. Industrie- u. Hafengeländen, Schuldv. — A.-G. Finnländ. Stadt-Hypothekenkasse, 4½% Pfandbr. v. 1909, 1910 u. 1911. — A.-G. Franzburg. Kreisb., Akt. — A.-G. Franzburg. Südb., Akt. — A.-G. f. Gas u. Elektric., Cöln, Akt. u. Schuldv. — A.-G. f. Gas-, Wass.- u. Elektr. Anl., Akt. u. Schuldv. — A.-G. f. Glasind. vorm. Friedr. Siemens, Akt. u. Schuldv. — A.-G. Saatziger Kleinb., Akt. — A.-G. f. Stickstoffdünger, Akt. — A.-G. Thiederhall, Akt. u. Schuldv. — A.-G. f. Verkehrswesen, Akt. u. Schuldv. — A. E. G., Akt. u. Schuldv. — A. E. G. Schnellb., Akt. — Allg. Hypothekenk. d. Städte Schwedens (s. Stadt-Hypothekenk. d. Kgr. Schweden). — Allg. Lok.- u. Straßenb.-G., Akt. u. Schuldv. — Aluminium-Ind.-A.-G., Akt. — Azow-Don-Commerzbk., Akt.

Bad. Lok.-Eisenb.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Bahnges. Waldhof, Akt. — Bahnh. Jungfernheide Bod.-A.-G., Akt. — Banca Commerciale Italiana, Akt. — Banca Marmorosch, Blank & Co., Akt. — Bk. f. Dt. Eisenbahnwerte, 4% Schuldv. — Bk. f. elektr. Unternehm., Akt. u. Schuldv. — Bque. Internat. de Bruxelles, Akt. — Bauges. Kaiser Wilhelm-Str., Akt. — Baumw.-Spinn. Erlangen, Akt. u. Schuldv. — Baumw.-Spinn. Unterhausen, Akt. u. Schuldv. — Bayer. Elektr.-Lief.-Ges., Schuldv. — Benrather Maschinenf. A.-G., Schuldv. — Bergb.- u. Schiff.-A.-G. Kannengießer, 4½% Schuldv.—Berg. Märk. Bk., Akt. — Bgw.-A.-G. Consolidation, Skt. — Bergwges. Hibernia, Akt. u. Schuldv. — Bln.-Anhalt. Masch.-Bau-A.-G.,Akt.—Berlin-Charlottenbg.Straßenb.,Akt. u. Schuldv. — Berl. E.-W., Akt., Vorz.-A. u. Schuldv. — Berl. Hdls.-G., Ant. — Berliner Masch.-Bau.-A.-G. vorm. L. Schwartzkopff, Akt. — Berl. Stadtanl. — Bierbrauerei Luther, Bukarest, 6% Schuldv. v. 1912. — Bismarckhütte, Akt. u. Schuldv. — Blechwalzwerk Schulz-Knaudt, A.-G., Akt. u. Schuldv. — Blohm & Voss, Kom. a. Akt., Akt. u. Vorz.-Akt. — Bochumer Verein f. Bergbau u. Gußstahl-Fabr., Akt. u. Schuldv. — Bosnisch-Hercegov. Eisenbahn-Landes-Anleihe von 1902. — Brandenburger 4% und 3½% Provinzial-Pfandbriefe — Braunkohlen- und Briket-Industrie, Aktien und Schuldv. — Brauschweig. Eisenb., 4½% Prior.-Anleihe. — *Braunschweig-Hannov. Hypoth.-Bk., Akt. u. Pfandbr. — Braunschw. Landes-Eisenbahn, Akt. u. Schuldv. — Braunschw. Straßenb. (s. Straßen-Eisenb.-Ges. in Braunschw.). — Braunschw.-Schöninger Eisenb.-Ges., 4½% Schuldv. — Breitenburg. Portl.-Cement-Fabr., Akt. — Bremer 3½% Staats-Anl. v. 1893, 1898 u. 1905. — Bremer 4% Staatsanl. v. 1909. — Bremer Vulkan, Schiffsbau u. Maschinenfabr., Akt. — Breslauer elektr. Straßenb. (s. Elektr. Straßenb.). — Brohlth. Eisenb.-G., 4½% Schuldv. — Brown Boveri & Co. A.-G., Schuldv. — Bucarester 4½% Stadtanl. v. 1895 u. 1898. — Butzbach-Licher Eb. A.-G., Akt.

Capito & Klein A.-G., Akt. — Carlshütte A.-G. f. Eisenq. u. Maschinenb., Akt. — Cellulose-Fabr. Feldmühle (s. Feldmühle). — Central-A.-G. f. Tauerei u. Schleppschifff., 4½% Schuldv. — Charlottenburger 4% u. 3½% Stadt-Anl. — Charlottenhütte (s. A.-G. Charlottenhütte). — Chem. Fabr. Lindenhof C. Weyl & Co. A.-G., Akt. — Chicago, Burlington & Quincy, 4% Eisenb.-Oblig. — Chines. 5% Staats-Anl. v. 1896. — Chines. 4½% Staats-Anl. v. 1898. — Chines. 5% Hukuang Eisenb.-Anl. v. 1911. — Chines. 5% Reorg.-Anl. v. 1913. — Chines. 5% Tientsin-Puckow Eisenb.-Anl. — Chines. 5% Tientsin-Pukow Eisenb.-Erg.-Anl. — Christian. Straßenbahn, 4½% Teilschuldv. — Club v. Berlin, Grundschuldbr. — Cölner Stadtanl. — Colorado & South. Railw. Comp. I Vorz.-Akt., 4½% Refund. & Extens. redeem. Gold-Bds. u. Coup.-Bds. — Crefelder Eisenb.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Crefelder Stadtanl. v. 1907, Ausg. II. — Crefelder Straßenb. A.-G., Akt. u. Schuldv.

Dampfschifff.-Ges. d. Oesterr. Lloyd, Schuldv. — Danzig. Elektr. Straßenb. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Darmstädter 4% Stadtanl. v. 1909. — Dellarocca Chem. Fabr. A.-G., Akt. — Demminer Kleinb. A.-G., Akt.—Dtsch. Continental-Gas-Ges., Akt. u. Schuldv. — Dtsch. Grund-Credit-Bk., Gotha, Akt., Pfandbr. u. Präm.-Pfandbr. — Dtsch. Hypoth.-Bk. (A.-G.) Berlin, Akt. u. Pfandbr. — Dtsch. Hypoth.-Bk. Meiningen, Pfdbr. u. Pr.-Pfdbr. — Dtsch. Kolon.-Eisenb.-Bau- u. Betr.-G., Ant.— Dtsch. Maschinenf. A.-G. Duisb., Akt.— Dtsch Nation.-Bk., Kom.-Ges. a. A., Akt. — Dtsch. Niles-Werkz.-Masch.-Fab., Akt. — Dtsch. Ostafr.-Linie, Akt. u. Schuldv. — Dtsch. Pfdbr.-Anst., Posen, 4% Pfdbr — Dtsch. Ton- u. Steinzeugw., A.-G., Akt. u. Schuldv. — Dtsch. Vereinsbk. Frankfurt a. M., Akt. — Dtsch. Anker, Pens.- u. Lebensvers.-A.-G., Akt. — Dtsch. Eisenhdl. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Deutsch-Atlant. Telegr.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Deutsch-Niederl. Telegr.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Deutsch-Südamerik. Telegr.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Deutsch-Uebersee. Elektr.-Ges. Akt. u. Schuldv. — Dortmunder 4% Stadt-Anl. v. 1908. — Düsseldorfer 4% Stadt-Anl. v. 1899 u. folgende.

Eidgenöss. 3½% u. 3% Anl. — Eidgen. 3% Eisenb.-Rente v. 1897. — Eisenb.-Ges. Greifswald-Grimmen, Akt. — Eisenb.-Ges. Mühlhausen-Ebeleben, Akt.—Eisenb.-Ges. Stralsund-Tribsees, Akt. — Eisenh. Silesia A.-G. Akt. u. Schuldv. — Elektr.-A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co., Akt. u. Schuldv. — Elektr.-Lieferungs-Ges., Akt. u. Schuldv.—Elektr.-Werk Eisenach, Akt. u. Schuldv. — Elektr.-Werk Straßb. i. E., Akt. u. Schuldv.—Elektr.-Werk Südwest A.-G., 4% u. 4½% Schuldv. — Elektr.-Werk Westfalen, Akt. — Elektr. Hoch- u. Untergrundb. (s. Ges. f. el. Hoch- u. Untergrb.). — Elektr. Straßenb. Breslau, Akt. u. Schuldv. — Elektr. Straßenb. Valparaiso A.-G., Akt. — Elektrochem. Werke G. m. b. H., Schuldv. — Elektro-Treuhand-A.-G., 4½% Schuldv. — Emscher Genossn., 4% Schuldv.

Färberei Glauchau A.-G., 4½% Schuldv. — Feldmühle, Papier- und Zellstoffw., Akt. u. Schuldv. — Felten & Guilleaume Carlswerk, Akt. u. Schuldv. — Ferrocarriles Nacionales de Mexico, 4% u. 4½% Gold-Bonds. — Finnländ. Stadt-Hyp.-K., 4½% Pfandbr. v. 1909, 1910 u. 1911. — Fischhaus Kreisb. A.-G., Akt. — Frankfurt a. M. 3½% Stadtanl. v. 1899. — Frankfurt a. M. 3½% Stadtanl. v. 1901, Abt. II u. III. — Frankfurt a. M. 3½% Stadtanl. v. 1903 u. 1904. — Frankfurt a. M. 3½% Stadtanl. v. 1906. — Frankfurt a. M. 4% Stadtanl. v. 1906, Abt. III. — Frankfurt a. M. 4% Stadtanl. v. 1907. — Frankfurt a. M. 4% Stadtanl. v. 1908. — Frankfurt-Finkenheerder Braunk.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Freiburger 4% Stadtanl. v. 1900.

Gasanstalts-Betriebsges. m. b. H., 4½% Schuldv. — Gelsenkirchen 4% Stadtanl. v. 1907, Ausg. I. u. II. — Gelsenkirchen 4% Stadt-Anl. v. 1910. Ausg. I, II u. III. — Germania Schiffsbau, 4% Schuldv. — Ges. d. Metallf. B. Hantke, A.-G. — Ges. f. elektr. Hoch- u. Untergrundb., Akt. u. Schuldv. — Ges. f. elektr. Unternehm., Akt. u. Schuldv. — Ges. f. Straßenb. im Saartal, Akt. — Gew. Courl, 5% Schuldv. — Gew. Fürst Leopold, 4½% Schuldv. — Gew. General Blumenthal, 4% Schuldv. — Gew. Günthershall, 5% Schuldv. — Gew. Kalibergwerk Wils, 5% Schuldv. — Gew. Schlägel u. Eisen, 4% Schuldv. — Gew. Schwarzburg zu Göllingen 5% Schuldv. — Gew. Siebenplaneten, 4% Schuldv. — Gew. Victoria Lünen, 4½% Schuldv. — Glauchauer Stadtanl. — Görlitzer Kreisb. A.-G., Akt. — A. Goerz & Co., Ld., Akt. — Gothaer Pfandbriefe (s. Deutsch. Grund-Credit-Bk.). — Gotthardb., 3½% Oblig. v. 1895. — Greifenberg. Kleinb. A.-G., Akt. — Greifenhag. Kreisb., Akt. — Große Berliner Straßenb., Akt. und Schuldv. — Grundkredit-B. Königsb. i. Pr., Pfdbr — Güstrower 3½% Stadtanl. v. 1895. — Gutmann, A.-G. f. Maschinenbau. Akt.

Haffuferbahn A.-G., Akt. — Halberstädter 3½% Stadtanl. v. 1897. — Halle-Hettstedter Eisenb., Akt. u. Schuldv. — Halle 3½% Stadtanl. v. 1892. — Halle 4% Stadtanl. 1900 u. 1905. — Halle 3½% Stadtanl. v. 1900. — Hamb. 3½% Staatsanl. v. 1887, 1893, 1899 u. 1904. — Hamb. 3% Staatsanl. v. 1902. — Hamb 4% Staatsanl. v. 1907, 1908, 1909, 1911 u. 1913. — Hamb.-Amerik. Packetf.-A.-G., Akt., 4% Prior.-Anl. 1898 u. 4½% Prior.-Anl. v. 1908. — Handelsges. f. Grundbesitz Akt. u. Schuldv. — Harpener Bergb.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Hasper Eisen- u. Stahlw., Haspe, Akt. u. Schuldv. — H. Henninger-Reifbr. A.-G., Akt. u. Schuldv.—Herne, Vereinig. Hibernia-Akt., Schuldv. — Hessische Landes-Hyp.-B., Pfandbr. u. Komm.-Schuldv. — Hess. 3% Staatsanl. v. 1905, Serie IX. — Hess. 4% Staatsanl. v. 1906, Ser. X u. 1908, Ser. XI. — W. Hoeft's Imprägnierw., A.-G., Akt.— Hofbierbr. Schöfferhof u. Frankenbr. Bürgerbr., A.-G., Akt., 6% Vorz.-Akt. u. Schuldv. — Hohenlohe-W., A.-G., Akt. — Hukuang Eisenb., 5% Anl. v. 1911. — Hypoth.-B. in Hamburg, Akt. u. Pfdbr.

Industrie f. Holzverw. A.-G., Akt. — Industrie Schöneb. A.-G., Akt. — Insterburger Kleinb. A.-G., Akt. — Italien. 3½% kons. Rente. — Italien. 3½% kons. Rente v. 1906. — Italien. 3½% amort. innere Rente v. 1906. — Italien. 3% innere Staatsanl. v. 1910. — *Italien. ann. 5% Rente III. u. IV. Serie. — Italien. 3% staatsgar. Eisenb.-Oblig., Serie A. B. C. D. E. (Adriat. Netz-Mittelmeernetz-Sicilian. Netz.) -- Italien. Ges. d. Sardin. u. Rom, Obl. I. u. II. Serie. — Italienische Ges. Sicilian. Eisenb., 4% steuerfr. Gold-Obl., Em. I. — *Italien. Südb. (Meridionalb.) Akt. u. Gen.-Sch. — Italien. Mittelmeer Eisenb.-Ges., 4% steuerfr. Obl. — Italien. 3½% steuerfr. Bodencr.-Pfandbr. d. Banca Nazionale nel Regno d'Italia.

Kaliwerke Krügershall, Akt. u. Schuldv. — Kamen. Eisenbahn-Gesellsch., Vorzugsant. Reihe A. — Kamen. Eisenbahn-Gesellsch., Stammanteile Reihe B. — Kerr. Assouan, 3½% Eisenb.-Obl. — Kieler 3½% Stadtanl. von 1901. — Kleinb. A.-G. Bunzlau-Neudorf, Akt. — Kleinb. A.-G. Kiel-Schönberg, Akt. — Kleinb. A.-G. Kitzerin-Kriesen, Akt. — Kleinb. A.-G. Marienwerder, Akt. — Kleinb. A.-G. Neustadt-Prüssau, Akt — Kleinb. A.-G. Putzig-Krockow

Digitized by Google

BAA

12. Heft Dezember 1914

OF THE
UNIVERSITY OF ILLINOIS
FEB 1915

Die Bank

Monatshefte für Finanz- u. Bankwesen

Herausgeber: Alfred Lansburgh

BANK VERLAG
Berlin W., Mansteinstrasse 9

Die Hefte erscheinen Mitte jeden Monats. Preis des Einzelheftes 1,50 Mark, im Auslande 1,70 Mark. Quartal 4,00 Mark, im Auslande 4,50 Mark.

Digitized by Google

Halbjahrsbände

der Jahrgänge 1908 bis 1913 der „Bank" sind zum Preise von **8 M.** ungebunden, **9.50 M.** gebunden, noch in beschränkter Anzahl erhältlich.

BANK VERLAG
Berlin W., Mansteinstr. 9.

Inhalt.

	Seite
Die Kriegskosten-Deckung und ihre Quellen II von Alfred Lansburgh	1097
Verschiebung des Exportes von der Kohle zum Fabrikat von Dr. Hermann Zickert	1116
Der verschuldete Hausbesitz im Kriege von Ludwig Eschwege	1125
Die neuen Zentralbank-Distrikte in den Vereinigten Staaten von Dr. Friedrich Glaser	1136
Der November 1914	1144
November-Ausweise europäischer Notenbanken	1160
Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H.	1163
Die deutschen Banken im November 1914	1165
Die ausländischen Banken im III. Quartal 1914. VI. Italien. VII. Schweiz. VIII. Belgien und Luxemburg. IX. Holland. X. Spanien und Portugal. XI. Schweden, Norwegen, Dänemark. XII. Balkanstaaten. XIII. Japan. XIV. Verschiedene Länder	1171
Umschau	1187
Bank und Börse	1194
Literatur	1198
Deutsche Reichsbank	1200
Die deutschen Notenbanken	1201
Bank von England	1202
Niederländische Bank	1202
Nationalbank von Rumänien	1203
Nationalbank von Bulgarien	1203

Die Centralnotenbanken Europas
Hauptzüge ihrer Organisation und Wirksamkeit
Von **Ivar Hultman**
Vorsteher der Statistischen Abteilung der Schwedischen Reichsbank.
: : Nebenamtlicher Dozent an der Handelshochschule Stockholm. : :
Ins Deutsche übertragen von **W. Ch. Degen.**
Preis: Mk. 4.50. **Bank Verlag, Berlin W. 57**

Digitized by Google

Dresdner Bank

Kapital Mk. 200000000 — Reservefonds Mk. 61000000

Niederlassungen:

Berlin – Dresden – London

Altenburg S.-A., Altona, Augsburg, Bautzen, Beuthen O.-S., Bremen, Breslau, Bückeburg, Bunzlau, Cannstatt, Cassel, Chemnitz, Corbach, Detmold, Emden, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Fulda, Fürth, Gleiwitz, Görlitz, Göttingen, Greiz, Hamburg, Hannover, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Kattowitz, Königshütte O.-S., Leer, Leipzig, Liegnitz, Lübeck, Mannheim, Meißen, München, Nürnberg, Plauen i. V., Spandau, Stettin, Stuttgart, Tarnowitz, Ulm, Wiesbaden, Zittau, Zwickau.

Deutsche Orientbank Kapital M. 32 000 000

Berlin :: Hamburg :: Konstantinopel :: Adrianopel :: Aleppo :: Brussa :: Mersina Adana :: Alexandrien :: Kairo :: Mansourah :: Minieh :: Tantah :: Beni-Souef Damanhour :: Fayouni

---

Deutsch-Südamerikanische Bank Kapital M. 20 000 000

Berlin :: Hamburg :: Buenos-Aires :: Valparaiso :: Santiago (Chile) :: Rio de Janeiro Mexiko (Stadt) :: Torreon (Mexiko)

Deutsch-Westafrikanische Bank Kapital M. 1 000 000

Berlin :: Lome (Togo) :: Duala (Kamerun)

Digitized by Google

Berliner Handels-Gesellschaft

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Behren-Strasse 32-33 und Französische Strasse 42 **BERLIN W. 8** Behren-Strasse 32-33 und Französische Strasse 42

Errichtet 1856

Kommanditkapital M. 110 000 000. Reserven M. 34 500 000.

Stadtbüro mit Stahlkammer

Berlin W. 8, Charlotten-Strasse 33

Fernsprecher: Amt Centrum, Nr. 11 283 und 11 284

Ausführung aller Arten bankgeschäftlicher Aufträge

Nationalbank für Deutschland

Berlin W., Behrenstrasse 68—69

Aktienkapital und Reserven 106 Mill. Mark

An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Noten- u. Geldsorten. Kontokorrent-, Scheck- und Depositenverkehr. Ausstellung von Schecks- und Kreditbriefen auf das In- und Ausland. Einlösung von Wechseldomizilen von Zins- und Gewinnanteilscheinen. Aufbewahrung von Wertpapieren mit gesetzlicher Haftung. Safes.

Die Nationalbank für Deutschland ist nebst ihren sämtlichen Depositenkassen amtliche Zahlstelle der Kgl. Ungarischen Postsparkasse in Budapest. Ein- und Auszahlungen für Rechnung der Scheckkontoinhaber der Kgl. Ungarischen Postsparkasse können bei der Nationalbank für Deutschland erfolgen.

Commerz- und Disconto-Bank

Hamburg Berlin

Leipzig Hannover Kiel Altona Altenburg S.-A.

Aktienkapital Mk. 85 000 000,—

Reservefonds Ende 1913 ca. Mk. 15 500 000,—

Telegramm-Adresse für sämtliche Niederlassungen: **„Hanseatic"**

London Agents: **London & Hanseatic Bank Ltd.**

Die Mitteldeutsche Creditbank

IN FRANKFURT A. M. UND BERLIN

Neue Mainzer Strasse 32 **Burgstrasse 24**

mit Filialen in Baden-Baden, Essen-Ruhr, Fürth i. B., Giessen, Hanau, Hannover Hildesheim, Mainz, München, Nürnberg, Wiesbaden

Aktienkapital und Reserven M. 69 000 000

Übernimmt Wertpapiere aller Art in Verwahrung und Verwaltung in **offenen Depots** und führt sämtliche bankgeschäftlichen Transaktionen prompt und kulant aus.

Wechselstuben und Depositenkassen:

FRANKFURT a. M.: Neue Mainzer Str. 32, Hanauerlandstr. 1, Adalbertstr. 7a u. b (Bockenheim), Schweizerstr. 31 (Sachsenhausen), Bergerstr. 124 b (Bornheim); **ESSEN-RÜTTENSCHEID:** Rüttenscheider Str. 85; **FRIEDRICHSHAGEN b. B.:** Friedrichstrasse 66; **FRIEDENAU b. B.:** Rheinstr. 4; **FRIEDBERG i. H.:** Kaiserstr. 70; **HÖCHST a. M.:** Kaiserstr. 2; **MARBURG** Bahnhofstr. 9; **OFFENBACH:** Frankfurter Str. 55; **UELZEN:** Lüneburger Str. 6; **WETZLAR:** Hausergasse 12; **BERLIN** Burgstr. 24 (Hauptdepositenkasse), Behrenstr. 4, Belle-Alliance-Platz 17, Chausseestr. 3, Rossstr. 3, Potsdamer Str. 11 Tauentzienstr. 12, Ritterstr. 36, Alt-Moabit 10 b, Königstr. 51, Köpenicker Str. 126, Müllerstr. 181, Münzstr. Motzstr. 44 (Prager Platz), Jerusalemerstr. 23; **CHARLOTTENBURG:** Berliner Str. 54; **PANKOW:** Breite Str. 8-9.

Agenturen in BUTZBACH und BÜDINGEN.

Digitized by Google

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Kapital Mk. 110 000 000 — Reserven ca. Mk. 47 000 000

Zweigniederlassungen:

Dresden	Bernburg	Gößnitz	Markranstädt	Pirna	Siegmar
Altenburg	Chemnitz	Greiz	Meerane	Potschappel	Werdau
Annaberg	Freiberg	Grimma	Meuselwitz	Riesa	Wurzen
Aue	Gera	Leopoldshall	Niedersedlitz	Schkeuditz	Zeitz
Bautzen	Glauchau	Limbach	Oschatz	Schmölln	Zittau

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Interessengemeinschaft

Rheinische Creditbank
Mannheim.

Aktienkapital Mark 95 000 000,—
Reserven Mark 18 500 000,—

Zweiganstalten:

Baden-Baden, Bruchsal, Freiburg i. B., Furtwangen, Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Konstanz, Lahr i. B., Lörrach, Mülhausen i. E., Neunkirchen (Reg.-Bezirk Trier), Offenburg, Pforzheim, Pirmasens, Rastatt, Speyer a. Rh., Straßburg i. E., Triberg, Villingen, Weinheim a. d. B., Zell i. W., Zweibrücken.

Pfälzische Bank
Ludwigshafen a. Rh.

Aktienkapital Mark 50 000 000,—
Reserven Mark 10 000 000,—

Zweiganstalten:

Alzey, Bad Dürkheim, Bamberg, Bensheim, Donaueschingen, Frankenthal, Frankfurt a. M., Germersheim, Gernsheim, Groß-Gerau, Grünstadt, Haßloch (Pfalz), Homburg (Pfalz), Kaiserslautern, Kirchheimbolanden, Lambrecht, Lampertheim bei Worms, Landau (Pfalz), Landstuhl, Mannheim, München, Neustadt a. H., Nierstein, Nürnberg, Oppenheim, Osthofen bei Worms, Pirmasens, Speyer, St. Ingbert, Worms, Zweibrücken u. Süddeutsche Bank, Abt. d. Pfälz. Bank, Mannheim u. Worms.

Essener Credit-Anstalt, Essen-Ruhr.

Aktienkapital und Reserven Mk. 116 Millionen.

Zweigniederlassungen in Altenessen, Bocholt, Bochum, Borbeck, Bottrop, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Duisburg-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Hattingen, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim a. Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Wanne, Wesel, Witten.

Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Aachen.

Zweigniederlassungen in **Köln, Bonn, Godesberg, Neuwied, Koblenz, Traben-Trarbach, Düsseldorf, Neuss, M.-Gladbach, Viersen, Remscheid, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Recklinghausen, Lippstadt, Gütersloh.**
Depositenkassen in **Kalk, Ratingen, Kreuznach, Malmedy** und **Erkelenz.**

Aktienkapital . . . . . 95 000 000 Mk. Rücklagen . . . . 18 000 000 Mk.

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

„Minimax" ist Deutsch.

Die von der Konkurrenz veranlaßten Ausstreuungen in der Presse und durch Rundschreiben finden ihre beste Zurückweisung durch folgende offizielle Widerlegungen:

Einstweilige Verfügung. (Abschrift.)

Hamburg. **Landgericht.** H VI 576/1914. **Beschluß.**

In der Sache der **Minimax Apparate-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, vertreten durch ihre Geschäftsführer Wilhelm Graaff und Walter Kochert, Antragstellerin, Berlin W 9, Linkstraße 17, Prozeßbevollmächtigte Rechtsanwälte Dres. H. Samson. Lippmann, Blunck & Co., Leo, gegen

1. **die Pluvius-Feuerlösch-Gesellschaft** mit beschränkter Haftung, vertreten durch ihren Geschäftsführer Karl Grünwald, Hamburg, Bieberhaus,
2. Karl Grünwald, Hamburg, Eppendorferlandstraße 54, Antragträger,

hat das Landgericht in Hamburg, Kammer 6 für Handelssachen, unter Mitwirkung folgender Richter: 1. des Landgerichtsdirektors Dr. Knauer, 2. des Handelsrichters Erhard, 3. des Handelsrichters Hertz am 16. November 1914 beschlossen:

Durch einstweilige Verfügung wird den Beklagten unter Androhung einer Geldstrafe bis 1500,— M. oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten verboten, zu behaupten oder zu verbreiten: Minimax sei englisch, Antragstellerin suche unwahrerweise den Anschein zu erwecken, als ob sie deutsche Fabrikate biete, der Geschäftsführer der Antragstellerin, Wilhelm Graaff, sei ein Engländer und heiße eigentlich William Graaff, das ganze Kapital der Minimax Consolidated Limited in London werde von London aus beschafft und geleitet.

gez.: Knauer.

Für richtige Ausfertigung. (L. S.) Der Gerichtsschreiber des Landgerichts: gez. Eichblatt

Digitized by Google

Berliner Elektricitäts-Werke

Bilanz per 30. Juni 1914.

Aktiven.	M.	pf
Kasse	16 592	60
Effekten und Beteiligungen	29 902 651	59
Effekt. d. Unterstützungsk. f. Beamte u. Arbeit.	352 9	8 37
Debitoren	5 134 372	40
Material. u. vermiet. Anlag.: Best. laut Inventur	4 693 294	46
Versicherungen: Vorausgezahlte Prämien	264 62	29
Noch in Arbeit befindliche Neuanlagen	1 546 129	91
Anlagen innerhalb des Weichbildes v. Berlin	104 392 361	80
Anlagen außerhalb d. Weichbildes v. Berlin	27 378 393	60
	173 081 331	02

Passiven.	M.	pf
Aktien-Kapital	64 100 000	—
Reservefonds	5 429 909	39
Unterstützungskasse für Beamte u. Arbeiter	1 246 073	29
Erneuerungsfonds	4 564 733	82
Teilschuldverschreibungen	55 837 500	—
Hypotheken	4 510 828	—
Kreditoren	22 900 158	52
Dividenden, noch nicht eingelöste	8 720	—
Teilschuldverschr.-Einlös., noch nicht eingel.	3 966	28
Teilschuldverschreibungs-Zinsen	1 082 801	25
Rückständige Vertragsabgaben	1 767 131	12
Talonsteuer-Reserve	275 000	—
Gewinn	11 354 509	35
Verteilung des Gewinnes:		
Gesetzlicher Reservefonds M. 554 857,15		
4½ % Divid. a. M. 20 000 000 Vorzugsaktien. „ 900 000,—		
12 % Divid. a. M. 44 100 000 Stammaktien „ 5 292 000,—		
Gewinnant. d. Stadt Berlin „ 3 839 120,17		
Tantieme des Aufsichtsrats „ 206 958,28		
Gratifikationen f. Beamte, Dotierung d. Unterstütz.-kasse f. Beamte u. Arbeit. sow. d. Wohlfahrtseinrt. „ 300 000,—		
Vortrag auf neue Rechn. „ 261 573,75		
M. 11 354 509,35	173 081 331	02

Bilanz-Konto 30. Juni 1914.

Aktiva.		Passiva.	
Grundst. u. Fabranl.	1 000 000	Stamm-Aktien	1 000 000
Bahnanlage-Konto	88 0 0	Reservefond-Konto	400 000
Wohnhaus-Konto	50 000	Spez.-Reservefond-Konto	60 000
Pferde- u. Wagen-K.	1	Delkrederefond-K.	7 415
Feuerversicher.-K.	33 444	Talonsteuer-Reservefond-Konto	16 000
Unfallversicher-K.	5 616	Dividenden-Konto	3 453
Bergwerks-Konto	1 474 067	Allg. Unterstützfond.	94 535
Kassa-Konto	4 068	Konto-Korrent-K.	258 676
Wechsel-Konto	25 788	Gewinn.- u. Verlust-Konto	458 449
Effekten-Konto	95 659		
Konto-Korrent-K.	1 582 406		
Fabrikations-Konto	940 187		
M.	6 298 529	M.	6 298 529

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.		Kredit.	
Betriebs-Unkost.-K.	57 233	Saldo-Vortrag	21 026
Reparatur-Konto	24 501	Fabrikations-Konto	703 694
General-Unkost.-K.	172 185	Dividende-Konto	588
Abschreibungen	148 862	Bergw.-Ausbeute	94 800
Gewinn	458 449	Zinsen- u. Agio-K.	41 124
M.	861 233	M.	861 233

Der Aufsichtsrat: Geh. Kommerzienrat H. Frenkel.

Die Direktion: Dr. A. van Haaren. E. Windus. H. Görig.

Wir haben vorstehende Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung per 30. Juni 1914 einer eingehenden Prüfung unterzogen und bestätigen deren Uebereinstimmung mit den von uns ebenfalls geprüften, ordnungsmäßig geführten Büchern der Gesellschaft.

Deutsche Treuhand-Gesellschaft. Bodinus. ppa. Heiser.

Die für das Geschäftsjahr 1913/14 auf 6 % festgesetzte Dividende gelangt für die Aktien à M. 300,— Nr. 1-10000 mit M. 18,— und für die Aktien à M. 1200,— Nr. 10001 – 10832 mit M. 72,— bei den Herren **Jacquier & Securius, Berlin,** bei der **Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin,** und bei der **Gesellschaftskasse, Staßfurt,** zur Auszahlung.

Staßfurt, den 28. November 1914.

Staßfurter Chemische Fabrik vormals Vorster & Grüneberg Actien-Gesellschaft.

Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft.

Aktiva. Bilanz per 30 Juni 1914.

An Kassa-Konto		155 025
„ Wechsel-Konto		6 013 770
„ Guthaben bei den Banken		76 973 252
„ Kautions-Konto		9 806 849
„ Konsortial-Konto		8 658 974
„ Effekten-Konto		91 797 478
„ Elektricitäts-Werke u. elektrische Bahnen		969 316
„ Debitoren		120 021 126
„ Hypotheken		270 000 —
„ Patente-Konto		1 —
„ Inventarium-Konto		1 —
„ Geschäftshaus Friedrich Karl-Ufer 2-4		2 424 400 —
„ Fabriken: Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge und Modelle		60 202
„ Inventur		92 425
Passiva.		470 748
Per Aktien-Kapital		155 000 000 —
„ Obligationen		108 141 000 —
„ Reservefonds-Konto		73 618
„ Rückstellungs-Konto		19 640
„ Rückstellungs-Konto für Wehrsteuer		1 500 000 —
„ Rückstellungs-Konto für Talonsteuer		982 446 —
„ Hypotheken		5 013
„ Wohlfahrts-Einrichtungen		13 994
„ Geloste Obligationen		204 000 —
„ Obligations-Zinsen		1 631 940 —
„ Fällige Dividenden		49
„ Aval-Akzepte		171
„ Kreditoren		71 907
„ Reingewinn		18 892
Hiervon:		
10% Divid. a. M. 155 000 000	M. 15 500 000,—	
Tantieme des Aufsichtsrats einschl. Steuer	„ 465 0 0.—	
Gratifikationen a. Beamte	„ 1 200 000,—	
Zuweisung an den Unterstützungsfonds	„ 1 000 000,—	
Vortrag pro 1914/15	„ 727 640,56	
	M. 18 892 640,56	470 748

Debet. Gewinn- u. Verlust-Konto per 30 Juni 1914.

An Handlungs-Unkosten-Konto	1 472
„ Steuern-Konto	2 122
„ Abschreibungen	383
„ Bilanz-Konto: Reingewinn	18 892
	23 881
Kredit.	
Per Bilanz-Konto: Vortrag aus 1912 13	1 229
„ Geschäftsgewinn pro 1913 14	22 651
	23 881

Aktiva. Bilanz zum 30. Juni 1914. Passiva.

Aktiva.		Passiva.	
Grundstück-Konto	1283281	Aktien-Kapital	90000
Gebäude-Konto	1855531	Vorz.-Aktien-Kap.	18200
Pat., Erfind. u. Vers.	1	Reservefonds	5201
Inventar	100000	Kreditoren	7888
Werkzeug u. Masch.	100000	Dividenden-Konto	1
Elektr. Anl. u. Appar.	100000	Aval-Konto	255
Haus-Einrichtung	1	Wohlfahrtsfonds	450
Fabrik-Einricht.	100000	Reserve zur Verfüg. künftiger General-versammlungen	354
Bankier-Guthaben	19276821	Sonder-Rücklage	300
Debitoren	14280525	Talonsteuer-Res.	70
Hypotheken-Konto	627500	Wehrst.-Beitrag	180
Beteilig. u. Effekten	7849109	Hypotheken-Konto	1058
Waren-Konto	4211059	Gewinn-Saldo	52
Kassen-Bestand	65020		
Wechsel- u. Schecks	282600		
Vorausbez. Präm.	49032		
Aval-Konto	2550000		
Kautions-Konto	51567		
M.	52762052	M.	527620

Soll. Gewinn- und Verlust-Konto. Haben.

Handl.-Unk.-Konto.	5221322	Vortrag v. Vorjahr	672
Steuern-Konto	759434	Geschäftsgewinn 1913 14	11053
Abschreibungen	483195		
Bilanz-K.: Reingew.	5264288		
M.	11728240	M.	11725

Die für das Geschäftsjahr 1913 14 auf 25 % = M. 50 für die **Stamm-Aktie** und auf 5 % = M. 50 für die **Vorzugs-Aktie** festgesetzte **Dividende** gelangt gegen Einreichung der betreffenden Dividendenscheine bei der **Gesellschaftskasse,** Ehrenbergstr. 11/14, und bei den Herren **Koppel & Co. Bankgeschäft, Berlin,** Pariser Platz 6, zur Auszahlung.

Berlin, den 30. November 1914.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Auergesellschaft).

Dr. Blau. Feuer. Meinhardt. Müller. Nathan. Remi

Digitized by Google

— **Kleinb. A.-G. Virchow,-Dtsch.-Kroner Kreisgrenze, Akt.** — **Kleinb.-G. Anklam-Lassan, Akt.** — Kleinb.-G. **Greifswald-Wolgast**, Akt. — Koehlmann, Akt. (s. Starke-Zuckerf., A.-G.). — Kolberger Kleinb. A.-G., Akt. — Kölner Stadtanl. — Königsberger Lagerhaus A.-G., Akt. u. Schuldv. — Königsb. 3½ % Stadtanl. v. 1895. — Königsb. Kleinb. A.-G., Akt — Kopenhagener 3½ % Stadtanl. v. 1886. — Gebr. Körting, A.-G., Akt. u. Schuldv. — Kraftübertrag.-W. Rheinfelden, Akt u. 4½ % Schuldv. — Krefelder Eisenb.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Krefelder 4 % Stadtanl. v. 1907, Ausg. II. — Krefelder Straßenb.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Kremmen-Neuruppin-Wittstocker Eisenb.-G., 3¾ % Schuldv. — Fried. Krupp, A.-G., 4 % Anl. — Kursk-Charkow-Azow, 4 % Eisenb.-Prior.-Oblig. v. 1888. — Kursk-Kiew, 4 % Eisenb.-Prior.-Oblig.

Lahmeyer Elektr.-G. (s. Elektr.-A.-G. vm. W. Lahmeyer & Co.). — Lancaster West Gold Mining Co., Ltd., 6% Debent. — Leipz. Bierbr. zu Reudnitz, Riebeck & Co., Vorz.-Akt. u. Akt. — Leipz. Elektr. Straßenb., Akt. u. Schuldv. — Leipz. 4 % Stadtanl. v. 1908, Em. 1912 u. 1913. — Lemberg-Czernowitz-Jassy Eisenb.-G., Akt., Genuß-Akt. u. Oblig. — Lichtenb. 4 % Stadtanl. v. 1910. — Liegnitz-Rawitsch. Eisenb.-G., A. u. Schuldv. — Lodz. 4 % Fabr.-B.-Obl. — Herm. Löhnert A.-G., Akt. — Ludw. Loewe & Co., A.-G., Akt., 4½ % u. 4 % Schuldv. — Lübeck-Büchener Eisenb.-G., Akt u. Schuldv. — Lübecker 3 % Staatsanl. v. 1895. — Lübecker 3½ % Staatsanl. v. 1899. — Lübecker 4 % Staatsanl. v. 1906, 1908 u. 1912. — Luxemburg. Prince Henri Eisenb. u. Erzgruben-Ges., Akt. u. Oblig. — Luzerner 3½ % Stadt-Anl.

Magdeburger 3½ % conv. Stadt-Anl. v. 1875 u. 1880. — Magdeburger 4 % Stadt-Anl. v. 1913, Abt. I. — Magdeburger Straßen-Eisenb.-Ges. 4 % Schuldv. — C. D. Magirus A.-G., Akt. — Mannesmannröhren-W., Akt. u. 4½ % Schuldv. — Märk. Elektrizitätsw., A.-G., Schuldv. — Marokkan. 5 % Staatsanl. v. 1910. — Maschinenb.-Anst. Humboldt, Akt. u. Schuldv. — Franz Méguin & Co., A.-G., Akt. — Meininger Hypoth.-B. (s. Dtsch. Hypoth.-B. Mein.). — Metallbank u. Metallurg. Ges., Akt. — Mexikan. Nation. Eisenb.-Anl., 4 % u. 4½ %. — Mitteld. Bodenkredit-Anst., Akt., Pfdbr. u. Grundrentenbr. — Mitteld. Privatb., Magdeburg, Akt. — Moselbahn A.-G., Akt. — Moskau-Jaroslaw-Archangel, 4 % Eisenb.-Prior.-Obl. — Moskau-Kasan 4 % Eisenb.-Prior.-Obl. — Moskau-Kasan 4½ % Eisenb.-Prior.-Obl. v. 1909 u. 1911. — Moskau-Kiew-Woronesch 4 % Eisenb.-Prior.-Obl. — Moskau-Kiew-Woronesch 4½ % Eisenb.-Prior.-Obl. v. 1909 u. 1910. — Moskau-Smolensk 4 % Eisenb.-Prior.-Oblig. — Moskau-Windau-Rybinsk 4 % Eisenb.-Pr.-Oblig. — Münch. Stadtanl.

Nagykikinda-Arader Lokal-Eisenb. A.-G. 4 % Prior.-Anl. — Naphta-Prod.-G. Gbr. Nobel, Akt. u. Schuldv. — Naumb. Braunk. A.-G., Schuldv. — Neckarwerke, A.-G., Akt. — Neustadt-Gogolin. Eisenb.-Ges., Akt. — Niederösterr. Esc.-Ges., Akt. — Niederrh. Güter-Assec.-G., Akt. — Niederrh. Rückv.-Ges., Akt. — Nordd. Lloyd, Akt. u. Schuldv. — Nordh.-Wernigeröder Eisenb.-Ges., Akt. — Nordiska Aktiebk. für Handel och Ind., Helsingfors, Akt. — Nürnberg.-Stadt.-Anl.

Oberschl. Eisen-Ind., A.-G. f. Bergbau u. Hüttenbetr., Akt. u. Schuldv. — Oberschl. Koks-W. u. Chem. Fbr., A.-G., Akt. u. Schuldv. — Oelfabr. Großgerau, Akt. — Oest. 4% einh. Rente. — Oest. Alpine Mont.-G., Aktien. — Oesterr. Lok.-Eisenb.-G., 4% Gold-Prior.-Anl v. 1886. — Oest. Lok.-Eisenb.-G., 3% Prior.-Anl. v. 1894. — Oest.-Ung. B., 4% Pfdbr. — Oschersleben-Schöninger Eb.-G., Akt. — Ostbank f. Handel u. Gewerbe, Akt. — Ostdtsche. Eisenb.-G., Akt. u. Schuldv. — Ottom. 4% Staats-Anl. v. 1903. — Ottom. 4% Zoll-Anl. v. 1911.

Panzer A.-G., Akt. — Papierf. Köslin. A.-G., Akt. u. 5% Schuldv. — Pillkaller Kleinb. A.-G., Akt. — Julius Pintsch A.-G., Akt. u. Schuldv. — Planiaw. A.-G. f. Kohlenfabr., Akt. — Plauener Stadt.-Anl. — Podolische 4½ % Eisenb.-Obl. v. 1911. — Pomona-Diamanten-Ges., Anteilscheine. — Pongs Spinnereien u. Webereien, A.-G., Akt. — Portug. unif. 3% äuß. Staats-Schuld, Serie I—III. — Posener 3½ % Stadt-Anl. v. 1885. — Prager Eisenindustrie-Ges., Akt. — Preuß. Hypoth.-Akt.-Bk., Akt. u. Pfdbr. — Prince Henri-Eisenb.-Akt. u. Obl. (s. Luxemb. Pr.-H.-Eisenb. u. s. w.). — Princ. Estate u. Gold Mining Co., Lim., 6% Deb.

Randower Kleinb.-A.-G., Akt. — Ratzeburger Kleinb.-A.-G., A. — Regensburger Stadt-Anl. — Regenwalder Kleinb.-A. G., Akt. — Reichelbräu, A.-G., Akt. — Rhein. Elektr.- u. Kleinb.-A.-G., Akt. — Rhein. Stahlw., Akt. u. Schuldv. — *Rheinpr.-Anl. — Rhenania, Ver. Emaillierw., Akt. und Schuldv. — A. Riebeck'sche Montanw. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Rinteln-Stadth. Eisenb.-G., Vz.- u. St.-A. — Rjäsan-Kozlow 4 % Eisenb.-Prior.-Obl. — Rjäsan-Uralsk 4 % Eisenb. Prior.-Obl. — Rombacher Hüttenw., Akt. u. Schuldv. — Rügensche Kleinb.-A.-G., Akt. — Ruppiner Eisenb.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Russ. A.-G. Zellstofffabrik Waldhof, 4½ % u. 5% Anl. — Russ. Eisen-Ind. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Russ. Montanind. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Russ. 4% Goldanl. v. 1889. — Russ. 4 % steuerfr. Staats-Anl. v. 1902. — Russ. 4½ % steuerfr. Staats-Anl. v. 1905. — Russ. 5% steuerfr. Staats-Anl. v. 1906. — Russ. 4½ % steuerfr. Staats-Anl. v. 1909. — Russ. Südostb., 4% Obl. v. 1897, 1898 u. 1901. — Rütgerswerke A.-G., Akt. u. Schuldv. — Rybinsk 4 % Eisenb.-Prior.-Obl. — Rybnicker Steink.-Gew., 4½ % Schuldv.

Sachs. Elektr.-Lief.-G., 4½ % Prior.-Anl. — Sächs.-Thüring. A.-G. f. Braunk.-Verw., Schuldv. — Sächs. Thüring. Portl. Cem.-Fab., Prüssing & Co., Akt. — Samlandb., A.-G., Akt. u. 4½ % Schuldv. — Sarotti Chokol.- u. Cacao-Ind. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Schantung-Eisenb.-G., Akt. u. Genuß-Sch. — Aug. Scherl, G. m. b. H., 4½ % Teilschuldv. — Aug. Scherl, Deutsche Adressb.-Ges. m. b. H., 5 % Teilschuldv. — Schles. A.-G. f. Bergb. u. Zinkhüttenbetr., St.-Akt. u. Prior.-Akt. — *Schles. Bodencr.-Akt.-Bk., Akt. u. Pfdbr. — Schles. Elektr.- u. Gas-A.-G., Akt. u. 4½ % Schuldv. — Schles. Handelsb. A.-G., Akt. — Schles. Kleinb. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Schles. Kohl. u. Cokes-W., Akt. — Schles. Bk.-V., Akt. — Schlesw-Holst. 4% Prov.-Anl. v. 1907. — Schöfferhof-Dreikönigshof (s. Hofbierbr. Schöfferhof). — W. A. Scholten, Stärke- u. Syrup-F., Akt. — Schulz-Knaudt (s. Blechwalzw. Schulz-Knaudt). — Schwartzkopff, Maschinenf. (s. Berl. Maschinenb.-A.-G.) — Schwed. Reichs-Hypoth.-Bk., 3½ % Pfdbr. v. 1886. — Schwed. Städte-Hypoth.-Pfdbr. (s. Stadt-Hypoth.-K. d. Kgr. Schweden). — Schweiz. 3½ % Bundesb.-Anl. — Schweiz. Bundesb.-Rente. — Schweiz. Centralb., Obl. — Schweiz. G. f. Metallw., Akt. u. Schuldv. — Schweiz. Nordostb., Oblig. — Serbische 2% Präm.-Anl. (v. 14. 1. bis 14. 2. j. Jahr.) — Serb. 4 % amort. Anl. v. 1895. — Serb. 4½ % amort. Anl. v. 1906. — Serb. 5 % St.-Monop.-Anl. — Serb. 4½ % Anl. v. 1909. — 5% Serb. Anl. v. 1913. — Siam. 4½ % steuerfr. Sterl.-Anl. v. 1907. — Sicilian. Eisenb.-Obl. (s. Ital. G. der Sicil. Eisenb.). — Siemens Glasind. (s. A.-G. f. Glasind.) — Siemens & Halske A.-G., Akt. u. Schuldv. — Silesia A.-G. (s. Eisenb. Silesia A.-G.) — Sofianer 5 % steuerfr. Stadt-Anl. v. 1906. — Solinger Kleinb. A.-G., 4½ % Schuldv. — Southern Pac. C. S. Francisco Term. 4 % Gold-Bds. — Spinn. u. Buntweb. Pfersee, Akt. u. Schuldv. — Spinn. u. Web. Erlangen (s. Baumw.-Spinn. Erlangen). — Spinn. u. Web., Ulm, Schuldv. — Stadt-Hyp.-K. d. Kgr. Schweden, 4 % Pfdbr. v. 1883, 1902, 1904, 1906. — Stärke-Zuckerfab. A.-G. v. C. A. Koehlmann & Co., Akt. — Stahlw. Julienhütte G. m. b. H., 5 % Teilschuldv. — Stahlw. Rich. Lindenberg, A.-G., Akt. u. Schuldv. — Staßfurter Chem. Fabr. vorm. Vorster & Grüneberg, A.-G., Akt. — Steele Stadt-Anl. — Stein- u. Thon-Ind.-G., Brohlthal-Köln, Akt. u. 4½ % Schuldv. — Stendaler 4 % Stadt-Anl. v. 1908. — Stett. Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier, Akt. — Stett. Maschinenb.-A.-G. „Vulcan", jetzt Vulcan-W. Hamburg u. Stettin. — Stett. Stadt-Anl. — Stett. Strass.-Eisenb.-G., Akt., V.-A. u. Schuldv. — St. Louis Iron. Mount. & South.-Eisenb., 5 % Gold-Bds. — St. Louis- u. S. Francisco-Eisenb., 4 % Ref.-Bds. — St. Louis- u. S. Francisco-Eisenb. 6 % u. 5 % Gen.-Mortg.-Bds. — St. Paul-Minneap. & Manitoba Eisenb., 4½ % cons. Prior.-Gold-Obl. — Stockholms Inteckningss Garanti A., 4 % Pfdbr. v. 1886 u. 1887. — Gebr. Stollwerck, A.-G., Vz.-Akt. — Stolpethalb. A.-G., Akt. — Straßburger Straßenb.-G., Akt. u. Schuldv. — Straßen-Eisenb.-G. in Braunschweig, Akt. u. Schuldv. — Strausberg-Herzfelder Kleinb. A.-G., verl. Akt. u. Divid.-Sch. — Südd. Donau-Dampfschiff.-G., 4 % Schuldv. — Südostb. (Russische), 4 % Obligat. v. 1897, 1898 u. 1901. — Sudenb. Masch.-Fabr. u. Eisengießerei A.-G., Vorz.-Akt. u. Akt.

Telephon-F., A.-G., vorm. J. Berliner, Akt. u. Schuldv. — Temes Bega-Thal Wasserreg.-G., 4% Obl. — Thiederhall (s. A.-G. Thiederhall). — Thomson Houston-G., Akt. u. Oblig. — Tientsin-Pukow (s. Chin. 5% Tientsin-Pukow Anl.) — Tschöpelner Werke, A.-G., Akt. — Türk. 4% St.-Anl. v. 1903. — Türk. 4% Zoll-Anl. v. 1911.

Ung. Agr.- u. Rentenb., 4 % Weing.-Obl. — Ung. Agr.- u. Rentenb., 4½ % Rentensch. — Ung. Agr.- u. Rentenb., 4½ % Pfandbr. — Ung. Hypoth.-Bk. Budapest, Pfdbr. — Union-Bk. i. Wien, Akt.

Ver. Dt. Nickelw. A.-G. vorm. Westf. Nickelw., Fleitmann, Witte & Co., Akt. — Ver. Lausitz. Glasw., Akt. — Ver. vorm. Pongs'sche Spinn. (s. Pongs Spinn. u. Web.). — Ver. Westd. Kleinb., A.-G. 4½ % Obl. — Vereinsbk. in Hamb., Akt. — Vesalia, Vers.-A.-G., Akt. — Viktoria Falls a. Transv. Pow. Cp. 5% Debent. — Vulcan-W. Hamb. u. Stett., A.-G., Akt. u. Schuldv.

Waggonf. Jos. Rathgeber A.-G., Akt. u. Schuldv. — Warschau-Wiener Eisenb.-G., Akt., Obl., Ser. I u. VII. — Warsteiner Gruben- u. Hüttenw., Akt. — Westdt. Bodenkr.-Anst., Akt. u. Pfdbr. — Westdt. Eisenb.-G., Akt., Vz.-Akt. u. Schuldv. — Westf. Drahtind., Akt. u. Schuldv. — Westl. Berl. Vorortb., Akt. u. Schuldv. — Westl. Boden-A.-G. i. L. — Westsicilian. Eisenb.-G., Akt. u. Oblig. I. u. II. Em. — Wladikawkas 4% Eisenb.-Prior.-Oblig. v. 1895, 1897 u. 1898. — Wladikawkas 4½ % Eisenb.-Prior.-Oblig. v. 1909, 1912 u. 1913. — Württemb. 4%, 3½ % u. 3% Staats-Anl. — Württemb. Nebenb., Akt. u. Schuldv.

Zeitzer Paraffin- u. Solarölf., Schuldverschr. — Zellstoff-F. Waldhof, Tilsit, 4½ % Schuldverschr. — Zellstofff. Waldhof, Waldhof, Akt. u. Schuldverschr. — Zuckerf. Fröbeln A.-G., Akt. — Zuckerraff. Danzig, G. m. b. H., Schuldv. — Zuckerraff. Tangermünde Fr. Meyers Sohn A.-G., Akt. u. Schuldverschr. — Züricher 3½ % u. 4% Stadt-Anl.

Bei den mit einem * versehenen Effekten sind wir nicht Zahlstelle für die verlosten Stücke.

Berlin, im Dezember 1914.

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT.

Digitized by Google

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Bochum.

Bilanz per 30. Juni 1914.

Aktiva.	30. Juni 1913	Zugänge	Abgänge	Abschreib.	30. Juni 1914	
	M. pf	M. pf	M. pf	M. pf	M. pf	M. pf
I. Kohlenzechen.						
Grubenfelder	12 500 000 —	— —	— —	400 000 —	12 100 000 —	
Grubenbaue	22 400 000 —	992 204 25	— —	952 204 25	22 440 000 —	
Grundstücke	8 800 000 —	1 112 500 10	796 102 35	216 397 75	8 900 000 —	
Gebäude	2 520 000 —	330 385 44	— —	250 385 44	2 600 000 —	
Masch.,Kessel u.Pump.,elektr.Anlag.u.Seilb.	19 500 000 —	1 993 118 19	150 834 08	2 142 254 11	19 200 000 —	
Kohlen-Separat., Wäschen u. Brikettfabr.	7 200 000 —	339 169 98	— —	739 169 98	6 800 000 —	
Eisenbahnen und Wege	750 000 —	82 444 30	20 000 —	62 444 30	750 000 —	
Inventarien	2 000 000 —	133 629 48	— —	283 629 48	1 850 000 —	
Kokereien und Nebenprod.-Anlagen	7 854 000 —	1 998 233 50	— —	852 233 50	9 000 000 —	
Wasserleitungen	30 751 —	— —	— —	10 751 —	20 000 —	
Ziegeleien	241 581 89	— —	— —	36 333 88	205 248 01	
Beamten- und Arbeiterwohnhäuser	11 030 000 —	4 074 195 71	— —	404 195 71	14 700 000 —	
Mobilien	1 —	— —	— —	— —	1 —	
Brikettwerk „Dahlhausen"	6 325 72	— —	1 912 —	— —	4 413 72	
Beteiligungsziffer-Konto Hasenwinkel	800 000 —	— —	— —	200 000 —	600 000 —	
Allgemeine Neubauten	7 627 007 07	— —	2 627 007 07	— —	— —	
	98 259 666 68	11 055 881 55	3 595 885 50	6 500 000 —	99 219 662 73	99 219 662 73
II. Differdinger Hüttenwerke.						
Erzgrubenfelder	1 622 949 59	684 584 93	— —	289 801 73	2 017 732 79	
Erzgrubenbau	110 000 —	— —	— —	60 000 —	50 000 —	
Drahtseilbahn	620 000 —	— —	— —	100 000 —	520 000 —	
Kalksteinbrüche	1 —	— —	— —	— —	1 —	
Grundstücke	1 939 540 62	22 103 —	— —	61 643 62	1 900 000 —	
Hochöfen	9 010 006 —	— —	— —	405 000 —	8 605 006 —	
Stahlwerk	1 045 000 —	— —	— —	125 000 —	920 000 —	
Walzwerke	6 850 003 —	1 207 613 90	— —	477 614 90	7 580 002 —	
Werkstätten	30 000 —	— —	— —	10 000 —	20 000 —	
Elektrische Kraft- und Lichtanlage	1 320 000 —	408 682 17	— —	238 682 17	1 490 000 —	
Betriebsgebäude	100 000 —	— —	— —	10 000 —	90 000 —	
Beamten- und Arbeiterwohnhäuser	1 520 000 —	79 782 23	— —	99 782 23	1 500 000 —	
Wasserleitungsanlage	1 —	— —	— —	— —	1 —	
Eisenbahnen und Wege	290 000 —	6 396 48	— —	56 396 48	240 000 —	
Dampfkessel	30 000 —	— —	— —	5 000 —	25 000 —	
Gasreinigung	311 078 87	— —	— —	61 078 87	250 000 —	
Allgemeine Neubauten	1 593 279 11	— —	667 578 30	p.Saldo	925 700 81	
Inventarien	207 865 90	— —	129 192 09	p.Saldo	78 673 81	
Lokomotiven und rollendes Material	270 911 60	20 568 78	— —	— —	291 480 38	
	26 870 636 69	2 429 731 49	796 770 39	2 000 000 —	26 503 597 79	26 503 597 79
III. Dortmunder Union.						
a) Dortmunder Werke.						
Erzgrubenfelder	2 170 000 —	182 409 50	— —	602 409 50	1 750 000 —	
Erzgrubenbau	800 000 —	81 202 72	— —	212 202 72	669 000 —	
Grundstücke	8 469 156 83	1 026 045 46	10 501 —	82 941 21	9 401 760 08	
Hochöfen	8 000 000 —	5 464 168 53	— —	1 064 168 53	12 400 000 —	
Gasreinigung	1 200 000 —	123 664 75	— —	323 664 75	1 000 000 —	
Elektr. Kraft- u. Lichtanlage u. Gasgebläse	5 560 000 —	294 691 30	— —	354 691 30	5 500 000 —	
Stahlwerke	400 000 —	17 933 783 63	— —	1 233 783 63	17 100 000 —	
Walzwerke	5 770 000 —	3 498 391 38	— —	768 391 38	8 500 000 —	
Werkstätten	600 000 —	23 735 47	— —	73 735 47	550 000 —	
Dampfkessel	150 000 —	— —	— —	50 000 —	100 000 —	
Eisenbahnen und Wege	200 000 —	4 986 516 57	— —	336 516 57	4 850 000 —	
Beamten- und Arbeiterwohnhäuser	1 100 000 —	— —	— —	50 000 —	1 050 000 —	
Wasserleitungsanlage	250 000 —	407 675 61	— —	157 675 61	500 000 —	
Räderfabrik	100 000 —	1 176 061 12	— —	170 061 12	1 100 000 —	
Brückenbau-Anstalt und Weichenbau	1 000 000 —	333 644 65	— —	133 644 65	1 200 000 —	
Waggonfabrik	350 000 —	656 471 32	— —	106 471 32	900 000 —	
Allgemeine Neubauten	21 230 355 55	— —	20 068 712 57	— —	1 161 642 98	
Inventarien	516 958 99	71 181 87	— —	— —	588 140 86	
Lokomotiven und rollendes Material	200 000 —	179 642 24	— —	79 642 24	300 000 —	
Beteiligungsziff. an Verbänd. sow. Kundsch.	2 000 000 —	— —	— —	200 000 —	1 800 000 —	
b) Horster Werke.						
Grundbesitz	799 737 60	— —	1 071 —	3 281 05	795 385 55	
Hochofenanlage	830 000 —	— —	12 300 —	60 000 —	757 700 —	
Elektrische Kraft- und Lichtanlage	25 000 —	— —	1 000 —	2 000 —	22 000 —	
Eisenbahnanlage	45 798 95	— —	6 000 —	9 798 95	30 000 —	
Schraubenfabrik	125 000 —	— —	— —	15 000 —	110 000 —	
Federnfabrik	33 000 —	— —	— —	3 000 —	30 000 —	
Achsenfabrik	9 000 —	— —	— —	1 000 —	8 000 —	
Dienst- und Wohngebäude	150 000 —	— —	4 080 —	5 920 —	140 000 —	
	62 084 007 92	36 433 286 12	20 103 664 57	6 100 000 —	72 313 629 47	72 313 629 47
IV. Friedrich-Wilhelms-Hütte.						
Hüttengrundstück	450 000 —	— —	— —	— —	450 000 —	
Baugrundstück und Wohnungen	500 000 —	32 063 44	— —	32 063 44	500 000 —	
Hochöfen	3 200 000 —	1 381 640 97	— —	261 640 97	4 320 000 —	
Gießereien	6 000 000 —	197 402 28	— —	367 402 28	5 830 000 —	
Maschinenbauanstalt	1 450 000 —	27 434 06	— —	77 434 06	1 400 000 —	
Eisenbahnanlage	522 987 12	— —	— —	49 322 84	473 664 28	
Elektrische Kraft- und Lichtanlage	190 000 —	— —	— —	25 000 —	165 000 —	
Kokerei	2 150 000 —	24 225 22	— —	134 225 22	2 040 000 —	
Gaskraftanlage	1 900 000 —	292 911 19	— —	152 911 19	2 040 000 —	
Gruben	1 —	— —	— —	— —	1 —	
	16 362 988 12	1 955 677 16	— —	1 100 000 —	17 218 665 28	17 218 665 28

Digitized by Google

Aktiva.	30. Juni 1913 M.	pf	Zugänge M.	pf	Abgänge M.	pf	Abschreibungen M.	pf	30. Juni 1914 M.	pf	M.	pf
V. Nordseewerke.												
Grundstücke	291 677	61	3 668	05	—	—	5 345	66	290 000	—		
Gebäude	100 000	—	246 341	38	—	—	16 341	38	330 000	—		
Maschinen	230 000	—	419 182	26	—	—	49 182	26	600 000	—		
Werftanlagen	40 000	—	93 743	86	—	—	33 743	86	100 000	—		
Dock	350 000	—	—	—	—	—	30 000	—	320 000	—		
Fahrzeuge	30 000	—	—	—	—	—	10 000	—	20 000	—		
Hellinganlage	—	—	1 678 604	42	—	—	78 604	42	1 600 000	—		
Eisenbahnen, Wege- und Kaianlage	50 000	—	1'4 278	88	—	—	54 278	88	130 000	-		
Arbeiterwohnhäuser	—	—	552 230	46	—	—	16 155	73	536 074	73		
Werkzeuge	1	—	6 847	81	—	—	6 347	81	1	—		
Inventarien und Mobilien	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Modelle	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—		
Div. Neuanlagen	1 476 789	87	—	—	1 426 819	18	—	—	50 970	69		
	2 568 470	48	3 134 397	12	1 426 819	18	300 000	—	3 977 048	42	3 977 048	42
Bestand an Materialien in Bochum, Differdingen, Dortmund, Mülheim-Ruhr, Horst und Emden											2 292 600	21
Bestand an Fabrikaten in Bochum, Differdingen, Dortmund, Mülheim-Ruhr, Horst und Emden											8 184 787	84
Kautionen M. 4 351 869.60												
Bürgschafts-Debitoren „ 10 310 800.—												
M. 14 662 669.60												
Kasse											241 027	19
Wechsel											53 204	84
Effekten											5 756 385	62
Beteiligung an Zeche Tremonia 9967/10 000 Kuxe											4 485 898	20
Beteiligung an Vereinigungen etc.											2 072 612	86
Beteiligung an der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft Karlingen											10 407 952	44
Debitoren:												
Banken									10 221 581	35		
Verschiedene									35 323 349	99	45 544 931	34
											298 271 904	23

Passiva.	M.	pf	M.	pf	M.	pf	M.	pf
Aktienkapital								130 000 000 —
Fundierte Schulden:								
4 % Prinz Regent-Obligationen	1 042 000	—						
ab Tilgung	21 000	—	1 021 000	—				
4½ % Obligationen hypoth. auf alte Zechen	6 492 000	—						
dazu neu emittierte	21 000	—						
	6 513 000	—						
ab Tilgung	96 000	—	6 417 000	—				
4½ % Obligationen hypoth. auf Hüttenwerk Differdingen	5 928 400	—						
ab Tilgung	92 000	—	5 836 400	—				
4 % Partial-Darlehns-Urkunden Friedlicher Nachbar	1 100 000	—						
ab Tilgung	50 000	—	1 050 000	—				
4 % Teilschuldverschreibungen Friedlicher Nachbar	680 000	—						
ab Tilgung	40 000	—	640 000	—				
4 % Obligationen hypoth. auf Hüttenwerk Mülheim-Ruhr	916 000	—						
ab Tilgung	54 000	—	862 000	—				
4½ % Teilschuldverschreibungen hypoth. auf den Zechen Hasenwinkel, Bruchstraße und Louise Tiefbau			8 000 000	—				
4½ % Obligationen hypoth. auf Zeche Wiendahlsbank	441 000	—						
ab Tilgung	27 000	—	414 000	—				
4½ % Oblig. hypoth. auf Zeche Wiendahlsbank aus dem Jahre 1909	3 050 000	—						
ab Tilgung	100 000	—	2 950 000	—				
4½ % Obligationen hypoth. auf Zeche Adolf von Hansemann	4 787 000	—						
ab Tilgung	167 500	—	4 619 500	—				
4 % Partialobligationen hypoth. auf Hüttenwerk Union			1 681 000	—				
4½ % Teilschuldverschreibungen hypoth. auf Hüttenwerk Union			15 467 000	—				
4½ % Partialobligationen hypoth. auf Zeche Kaiser Friedrich	290 000	—						
ab Tilgung	71 000	—	219 000	—				
5 % Partialobligationen hypoth. auf Zeche Kaiser Friedrich	1 268 440	—						
ab Tilgung	248 720	—	1 019 720	—				
5 % Teilschuldverschreibungen aus 1914			25 000 000	—				
Genußscheine-Konto Kaiser Friedrich	207 270	—						
ab Tilgung	174 646	02	32 623	98	75 229 243	98		
Hypotheken auf Arbeiterhäuser und Grundstücke			10 201 052	30				
abzüglich Hypotheken zu unseren Gunsten			318 863	77	9 882 188	53	85 111 432	51

Digitized by Google

	M.	pf	M.	pf	M.	pf	M.	pf
Unfundierte Verpflichtungen:								
Löhne					3 842 080	25		
Kreditoren { Verschiedene			30 508 844	18				
Kreditoren { Banken			8 702	35	30 517 546	53		
Rückstellung für genossenschaftliche Beiträge					980 599	29		
Aufgelaufene Obligationen-Zinsen					1 416 464	—		
Ausgeloste Obligationen					94 022	60		
Rückständige Dividenden					17 975	—		
Rückständige Genußscheine					7 639	70	36 876 327	[illegible]
Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds							292 436	[illegible]
Delkredere-, Hochöfen-Erneuerungsfonds- und Rückstellungskonto							1 316 89[illegible]	[illegible]
Union-Stiftung							338 82[illegible]	[illegible]
Reservefonds							32 801 35[illegible]	[illegible]
Agio-Konto, noch nicht abgerechnetes Agio auf neue Aktien							1 949 16[illegible]	[illegible]
Avale M. 4 351 869.60								
Bürgschafts-Konto „ 10 310 800.—								
M. 14 662 669.60								
Rückstellung für Talonsteuer							512 09[illegible]	—
„ Wehrsteuer							150 00[illegible]	—
Verfügbarer Gewinn einschl. M. 535 800.— Vortrag aus dem Vorjahre							8 923 449 [illegible]	
							298 271 90[illegible]	

Gewinn- und Verlust-Konto per 30. Juni 1914.

Soll.	M.	pf	Haben.	M.	
Obligationen- und Hypotheken-Zinsen	2 663 226	23	Vortrag aus 1912/13	595 89[illegible]	
Steuern	1 493 600	36	Betriebsüberschüsse	28 544 45[illegible]	
Abschreibungen	16 000 000	—			
Verfügbarer Gewinn	8 923 449	84			
	29 080 276	43		29 080 25[illegible]	

Bochum, den 30. Juni 1914.

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft.

Der Vorstand.

R. Eigenbrodt. Knepper. Knupe. Sellge. Vögler. Wirtz.

Bilanz am 30. Juni 1914.

Aktiva.		Passiva.	
Grundstücke	323 641	Vorzugs-Aktien	2 000 000
Gebäude	1 212 754	4½% Anleihe v. 1899	816 500
Arb.-Wohnhäuser	163 473	4½% Schuldv. v. 1907	758 500
Anschl.-,Werkst.-Gl.	248 696	4½% Sch.-Tilg. v. 1907	2[illegible]
Licht-, Heiz- u. Wasserleit.-Anl.	205 649	4½% Schuldv. v. 1912	704 000
Kraftanlage	60 000	4½% Sch.-Tilg. v. 1912	23 500
Werkzeugmasch.	1	4½% Anl.-Zs. v. 1899	2 115
Inventar	1	4½% Sch.-Zs. v. 1907	8 893
Werkzeuge	1	4½% Sch.-Zs. v. 1912	8 308
Mobilien u. Utensil.	1	Dividende-Konto	240
Zeichn. u. Modelle	1	Hypotheken auf Arbeiter-Wohnh.	100 000
Pferde, Wag. u. Auto	1	Arbeiter-Unterst.-F.	13 569
Material, sow. halbf. Wag. u. Flugzeuge	1 999 199	Kreditoren	538 071
Kassabestand	18 048	Aval-Konto	307 714
Effekten	15 586	Reservefonds	347 447
Debitoren	990 036	Spez.-Reservefonds	51 550
Kautionen	307 714	Talonsteuer-Res.	10 500
		Gewinn- u. Verl.-K.	351 895
	M. 5 544 804		M. 5 544 804

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Debet.		Kredit.	
Unkosten	334 472	Vortrag	40 736
Abgaben	69 044	Waren-Konto	1 157 387
Reparaturen	65 242		
Zs., Skonto u. Prov.	134 596		
Abschreibungen	242 873		
Reingewinn	351 895		
	M. 1 198 123		M. 1 198 123

Gothaer Waggonfabrik, Aktiengesellschaft.
A Kandt.

Die am **2. Januar 1915** fälligen Zinsscheine unserer Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen werden bereits vom **15. d. M. ab** an **unserer Kasse**, sowie an den früher bekannt gemachten Stellen eingelöst.

Berlin, den 1. Dezember 1914.

Preußische Hypotheken-Actien-Bank.

Bilanz per 30. September 1914.

Passiva.		Aktiva.	
Grundst. u. Gebäude	2 477 973	Aktien-Kapital	2 000 000
Beleuch.-A. Pankow	1	Hypotheken	1 349 00[illegible]
Elekt. Licht- u. Kraft-Anl. Charlottenbg.	8 500	Reservefonds-K. I	226 8[illegible]
Brunnen-Anlage	1	Reservefonds-K. II	280 00[illegible]
Masch. u. Eismasch.	407 218	Dispositionsfonds	55 0[illegible]
Treibr. u. Schläuche	1	Delkredere-Konto	4 3[illegible]
Pferde u. Wagen	93 839	Guth. d. Kundschaft	402 1[illegible]
Geschirre	1	Guth. d. Lieferanten	341 6[illegible]
Kraftwagen	1	Braust.-Stunduug	447 1[illegible]
Flaschenb.-Utens.	66 375	Kautionen	115 2[illegible]
Lager-Fastagen	147 948	Talonsteuer-Res.	9 8[illegible]
Transport-Fastagen	41 728	Interims-Konto	102 5[illegible]
Ausschank-Inventar	7 330	Avale M. 1 181 272	
Restaurat.-Inventar	40 889	Gewinn	501 9[illegible]
Utensilien	1		M. 5 834 99[illegible]
Werkzeug	1		
Kassa	22 301		
Bank-Guthaben	749 399		
Wechsel	1 750		
Effekten	106 653		
Beteiligungen	188 378		
Debitoren I	90 020		
Debitoren II	113 041		
Darlehen	957 660		
Kautionen	6 595		
Waren-Bestände	297 978		
Eigene Hypotheken	1		
Firmen u. Warenz.	1		
Interims-Konto	9 411		
Avale M. 1 181 272			
	M. 5 834 999		

Die auf **10 pCt** festgesetz[illegible]
Dividende gelangt gege[illegible]
Einreichung des **Dividenden**
scheins pro 1913/1914 mit M. 10[illegible]
pro Aktie bei den **Gesellschafts**
kassen in **Pankow** und **Char**
lottenburg, sowie in **Berlin**
bei der **Bank für Handel und**
Industrie und den Bank
häusern **Abraham Schlesinger**
und **S. Simonsen** von heute a[illegible]
zur Auszahlung.

Berlin, den 5. Dezbr. 191[illegible]
Brauerei
Ernst Engelhardt Nachf.
Aktiengesellschaft. Nacher[illegible]

Die Sortimentsabteilung

des **Bank-Verlages** empfiehlt sich zur Besorgung sämtlicher Werke, die in das Gebiet der Nationalökonomie sowie des Bank- und Finanzwesens schlagen, erteilt auf Wunsch auch Auskunft über derartige Werke.

Berlin, Mansteinstr. 9 **Bank-Verlag.**

Digitized by Google

Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1914 festzusetzende Dividende der Reichsbankanteile wird vom 15. d. Mts. ab eine zweite halbjährliche Abschlagszahlung von ein und dreiviertel Prozent oder

M. 52,50 für jeden Anteil zu M. 3000 und
M. 17,50 für jeden Anteil zu M. 1000

gegen den Dividendenschein Nr. 11 bzw. Nr. 14 bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen, Reichsbankstellen, sowie bei sämtlichen Reichsbanknebenstellen mit Kasseneinrichtung erfolgen.

Berlin, den 3. Dezember 1914.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Harpener Bergbau-Actien-Gesellschaft, Dortmund.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden zur diesjährigen

ordentlichen Generalversammlung

auf **Samstag, den 19. Dezember d. J., nachmittags 5 Uhr** im Verwaltungsgebäude zu Dortmund, Goldstraße 14, unter Bezugnahme auf nachstehende Tagesordnung eingeladen.

Zur Teilnahme an dieser Generalversammlung sind die Aktien bis zum 11. Dezember d. J. inkl. in **Berlin** bei der **Berliner Handelsgesellschaft**, bei der **Bank für Handel und Industrie**, bei der **Deutschen Bank**, bei der **Dresdner Bank**, bei dem **Bankhause C. Schlesinger-Trier & Co.**, in **Köln** bei dem **Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Co.**, bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.**, in **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M.**, bei der **Dresdner Bank**, bei der **Filiale der Bank für Handel und Industrie**, in **Hamburg** bei der **Deutschen Bank, Filiale Hamburg**, bei der **Dresdner Bank**, bei der **Filiale der Bank für Handel und Industrie**, in **Elberfeld** bei dem **Bankhause von der Heydt-Kersten & Söhne**, in **Dortmund** bei der **Essener Kredit-Anstalt**, bei der **Gesellschaftskasse** gegen Empfangsbescheinigung zu deponieren.

Tages-Ordnung: 1. Vorlage des Geschäftsberichts und der Bilanz für das Jahr 1913/14. 2. Bericht der Rechnungsprüfer. 3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns und Erteilung der Entlastung. 4. Wahl von drei Rechnungsprüfern und zwei Stellvertretern für das Geschäftsjahr 1914/15. 5. Wahlen zum Aufsichtsrat.

DORTMUND, 10. November 1914.

Der Aufsichtsrat:
Freiherr von der Heyden-Rynsch, Wirklicher Geheimer Rat und Bergbauptmann a. D.

Stahlwerk Becker Aktiengesellschaft
in Willich bei Crefeld.

Wir laden hiermit die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft zu der am 19. Dezember d. J. nachmittags 3 Uhr im Verwaltungsgebäude zu Willich stattfindenden **siebenten ordentlichen Hauptversammlung** ein.

Tagesordnung.

1. Vorlage des Geschäftsberichts, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1913/14.
2. Beschlußfassung über Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung und über Verwendung des Reingewinns.
3. Entlastung des Aufsichtsrats.
4. Entlastung des Vorstandes.
5. Wahl zum Aufsichtsrat.
6. Wahl des Bilanz-Prüfungsausschusses.

Aktionäre, welche an dieser Hauptversammlung teilzunehmen beabsichtigen, wollen ihre Aktien nebst zwei gleichlautenden Verzeichnissen derselben **spätestens bis zum 14. Dezember d. J.** bei der Gesellschaftskasse in Willich hinterlegen oder die anderweitige Hinterlegung durch eine amtliche Bescheinigung, aus welcher die Nummern der hinterlegten Aktien ersichtlich sind, dem Vorstand nachweisen.

Willich, den 20. November 1914.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats.
Jul. Becker.

Concordia, chemische Fabrik auf Aktien.

Die für das Geschäftsjahr **1913/14** auf **6 pCt.** festgesetzte Dividende gelangt **sofort** bei dem Bankhause **A. Reissner Söhne, Berlin** zur Auszahlung.

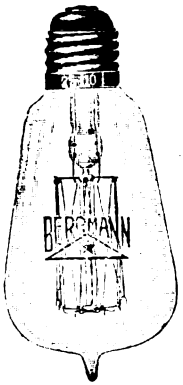
Leopoldshall, den 26. November 1914.

Der Vorstand. Dr. Strehle.

ZOOLOGISCHER GARTEN BERLIN.
TÄGLICH KONZERT.

Im Sommer: Doppel-Konzert an den ausgedehnten Restaurationsterrassen (10000 Stühle), Sonntags drei Militärkapellen.
Im Winter: Symphonie-Konzert in dem prachtvollen Festsaale.
Eintrittspreis: 1 Mark, Sonntags und gegen Abend in der Woche billiger.
Restaurant in den Händen der Hotel-Betriebs-Act.-Ges. 3 Eingänge: Stadtbahn, Kurfürstendamm, Tiergarten.
Bequeme Verbindung durch Stadt-, Untergrund- und Straßenbahn. — Fahrradhalle.

Digitized by Google



Die **Preise**

für die wirklich unverwüstlichen

Bergmann Metalldrahtlampen

sind bedeutend ermäßigt.

Bergmann Generalvertretung

EMG

Gesellschaft für elektrische Maschinen :: und Installationsbedarf m. b. H. ::

Berlin SW. 48

Friedrichstraße 22.

Fernsprecher Amt Moritzplatz Nr. 14 510—14 515.

Bank für Handel und Industrie

(Darmstädter Bank)

Aktien-Kapital und Reserven 192 Millionen Mark

Berlin — Darmstadt

Breslau, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Hannover, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Straßburg i. Els.

Bamberg, Beuthen O.-S., Cottbus, Forst i. L., Frankfurt a. d. O., Freiburg i. B., Fürth (Bayern), Gießen, Glatz, Gleiwitz, Görlitz, Guben, Jauer, Kattowitz, Landau (Pfalz), Leobschütz, Neustadt (Haardt), Neustadt O.-S., Offenbach a. M., Oppeln, Pforzheim, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Wiesbaden, Zabrze.

Biebrich a. Rh., Greifswald, Habelschwerdt, Kehl, Krappitz, Kreuzburg, Lauban, Ludwigshafen a. Rh., Myslowitz, Prenzlau, Senftenberg, Sorau, Spremberg, Stargard i. P., Ziegenhals.

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 061850308

Digitized by Google